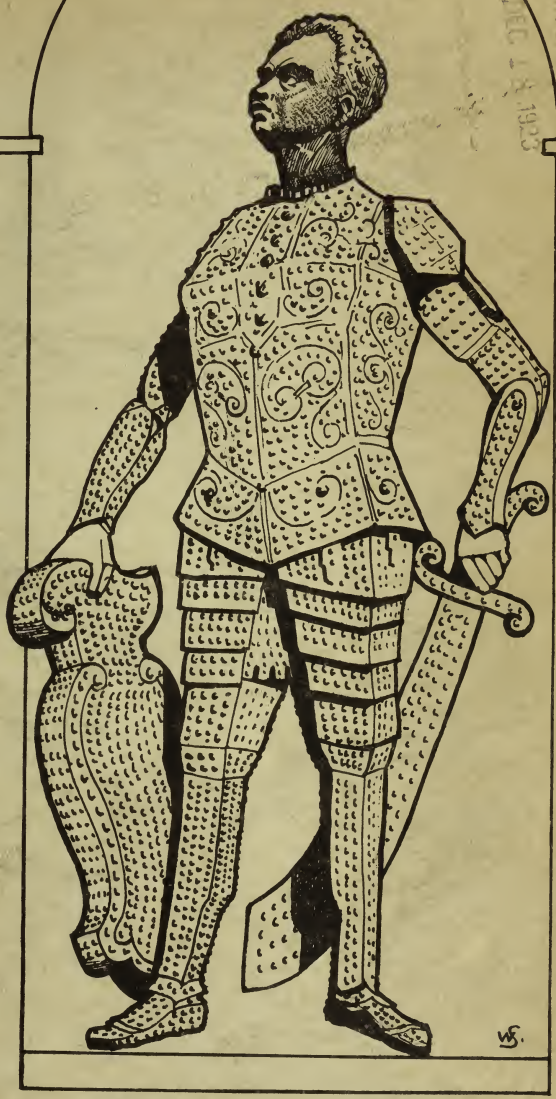
940.9132
Un31c

# Coburg im Weltkrieg 1914–18



UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY
NOV 8 1922
UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY
DEC 1 8 1923

# Coburg im Weltkrieg 1914/18

## Ein Denk- und Dankstein

Im Namen und unter Mitarbeit
von Heimatgenossen
errichtet
von

Ludwig Ungelenk

Coburg 1922
Selbstverlag des Herausgebers
Druck: A. Roßteutscher, Coburg

940.91321
Un 31c

12 Nov. 25. K.P.

18 Dec. 23 dig.

# Geleitwort.

In das vorliegende Kriegsgedenkbuch sind alle wichtigen Geschehnisse eingezeichnet worden, die sich während des Weltkriegs und an der Schwelle der neuen Zeit im öffentlichen Leben des ehemaligen Herzogtums Coburg ereignet haben und deren Erinnerung in der Volksseele lebendig bleiben soll.

Schon im Jahre 1917 hatte der damalige Vorstand der Coburger Ministerialabteilung, Staatsrat Dr. Quarck, einen Stab von Mitarbeitern berufen, dem er die Aufgabe übertrug, die Kriegsakten der Heimat zu sammeln und deren Veröffentlichung vorzubereiten. Die Durchführung der Aufgabe wurde in der frohen Erwartung eines glücklichen Kriegsausganges begonnen; sie ruhte, seitdem der furchtbare Zusammenbruch alle stolzen Hoffnungen begrub.

Doch das geplante Werk mußte zustande kommen; sollte es doch vor allem zum schlichten Denkmal werden, gewidmet allen denen, die, im Dienste des bedrohten Vaterlandes sich aufopfernd, den unauslöschlichen Dank der Heimat verdient haben.

So nahm der Oberbürgermeister der Stadt Coburg, Gustav Hirschfeld, den Plan später wieder auf und fand die freudige Unterstützung des Vorstandes der Niederfüllbacher Stiftung, der namhafte Mittel in den Dienst des Heimatwerkes stellte.

Die Durchführung des Planes wurde dem Unterzeichneten übertragen, der sich zur Lösung der edlen, aber schweren Aufgabe erst entschließen konnte, als die Mitarbeit berufener und bewährter Heimatgenossen gesichert galt.

Mit tiefem Ernste und unermüdlichem Fleiße wurde über ein Jahr an dem Aufbau des Werkes gearbeitet.

Allen Mitarbeitern sei auch an dieser Stelle für die an der bedeutsamen Aufgabe geleistete Arbeit der wohlverdiente Dank gesagt!

Der Inhalt dieses Gedenkbuches erzählt in erster Linie von der in unserer engeren Heimat während des Krieges geleisteten Arbeit. Von den Ruhmestaten, die unsere tapferen Coburger Brüder draußen vor dem Feinde kämpfend und blutend vollbracht haben, konnte im Rahmen dieser Aufgabe nur das Wesentlichste berichtet werden. Eine eingehende Darstellung und Würdigung dieser großen und ruhmreichen Geschehnisse muß einer berufenen Feder vorbehalten werden.

Dank namhafter finanzieller Beihilfe aus Heimatkreisen war es möglich, den Verkaufspreis dieses Buches in bescheidenen Grenzen zu halten. Ohne diese Beisteuer hätte sich infolge der geradezu phantastischen Verteuerung jeglicher Drucklegung ein Verkaufspreis ergeben, der den Absatz des Buches und somit dessen Zustandekommen überhaupt wahrscheinlich ausgeschlossen haben würde.

5[illegible]536

Den edlen Spendern den Dank der Heimat auch hier zum Ausdruck zu bringen, ist dem Herausgeber ein unabweisbares Bedürfnis.

Diesen Dank schuldet die Heimat außer dem Vorstande der Niederfüllbacher Stiftung S. K. H. Herzog Karl Eduard von Sachsen Coburg-Gotha, S. M. König Ferdinand von Bulgarien, dem Kommunalverband Coburg-Land, den Stadtverwaltungen zu Coburg, Neustadt, Rodach und Königsberg i. B., der Coburger Landesstiftung, der Handelskammer, dem Landwirtschaftsrat, der Handwerkskammer, dem Kriegshilfsausschuß, den Vereinigten Kommunalverbänden, ferner den Firmen Hugo Birnstiel, Max Brose & Co., Max Carl, Coburg-Gothaische Bank (A.-G.), Bernstein & Saalfeld, F. A. Dünckel, Ernst Dorn, Albert Axthelm, Greif & Schlick, Großmann (E. G. m. b. H.), Haeßler & Hülbig, Fritz Kuhn, Städt. Sparkasse, F. & H. Schumann, Anton Sturm, Vereinsbank, sämtlich in Coburg, und den Firmen Annawerk in Oeslau, Escher & Koch in Niederfüllbach, Theodor Recknagel in Alexandrinenthal, Rose, Schulz & Co. in Creidlitz und St. Scheidmantel in Cortendorf.

Nunmehr liegt „Coburg im Weltkrieg" fertig vor uns. Nicht zur Verherrlichung des Weltkriegs ist es geschrieben. Wir alle haben den Krieg als ein entsetzliches Schreckнis kennen gelernt und wünschen aus tiefem Herzen unserem unglücklichen Vaterlande einen dauernden Frieden in Ehren.

Unsere Nachkommen aber sollen — erst recht, nachdem die Entscheidung gegen uns gefallen ist — erfahren, welche Opfer an Gut und Blut, an Kraft des Geistes und des Körpers gebracht worden sind im Kampfe um des Vaterlandes Freiheit und Ehre, sollen wissen, welche Fülle von Leid und Sorge, von Last und Entbehrungen der furchtbare Krieg auf die Schultern der Zeitgenossen legte.

Mögen unsere Kinder und Kindeskinder aus dem stillen Heldentum, das auch unsere Heimat während der Kriegszeit in so reichem Maße hervorgebracht hat, die Kraft schöpfen, die sie bitter nötig brauchen werden nicht nur zu drückender Fron, die wir ihnen nach dem Willen der fluchwürdigen Versailler Urkunde zu unserem tiefsten und herbsten Leide vererben müssen, sondern auch zu harter Wiederaufbauarbeit und nicht zuletzt zum Kampf gegen Lüge, Schmach und Gewalt.

So übergebe ich dieses Kriegsgedenkbuch zugleich im Namen meiner Mitarbeiter der Öffentlichkeit. Möge es anerkannt werden als das, was es sein will: **ein Denk- und Dankstein aus den schwersten Jahren unserer Heimat und unseres Vaterlandes!**

Coburg, im April 1922.

**Ludwig Angelenk.**

# Verzeichnis der Verfasser.

Altenstädter, 2. Bürgermeister, Coburg
Baudler, L., Staatsrat z. D., Coburg
Dr. Beck, Heinrich, Geh. Regierungs- und Oberschulrat, Coburg
Berner, F., Stadtkämmerer, Rodach
Dehler, Franz, Bezirksamtmann, Coburg
Diercks, Heinrich, Direktor der Städt. Werke, Coburg
Dr. Doebel, Walther, Regierungsrat 1. Klasse, Coburg
Dürr, Fritz, Gewerbe-Schulrat, Coburg
Eberhardt, Otto, Bankbeamter, Coburg
Ehrlicher, Alfred, Rechtsanwalt, Coburg
Escher, Karl, Verwaltungs-Oberkommissär, Coburg
Faber, Heinrich, Oberpostsekretär, Coburg
Fenler, J., Rektor, Königsberg i. B.
Dr. Fritsch, Ernst, Oberregierungsrat, Coburg
Grebhahn, P., Assistent der Generalkasse, Gotha
Haußknecht, Alfred, Kommerzienrat, Coburg
Hirschfeld, Gustav, Oberbürgermeister, Coburg
Dr. Hönisch, Oskar, Obermedizinalrat und Bezirksarzt, Coburg
Kandler, Hermann, Eisenbahn-Oberingenieur, Coburg
Kohler, Rudolf, Sekretär der Handwerkskammer, Coburg
Langbein, Heinrich, Gymnasialoberlehrer, Coburg
Lorenz, Richard, Schriftleiter, Coburg
Dr. Lotz, Andreas, Regierungsschulrat, Coburg
Dr. Lungershausen, Hugo, Veterinärrat, Coburg
Marr, Max, Hauptlehrer, Coburg
Mahling, Gottfried, Hofrat, Intendant des Cob. Landestheaters
Meckel, Leonhard, Direktor der Städt. Werke, Coburg
Neumann, Ernst, Major a. D., Coburg
Dr. Quarck, Hermann, Staatsrat z. D., Coburg
Quarck, Tobias, Privatmann, Coburg
Rauschert, Andr., Polizei-Inspektor a. D., Coburg
Reißenweber, Peter, Superintendent, Neustadt
von Rüxleben, H. F., Exzellenz, Wirkl. Geh. Rat, Oberhofmarschall und Kabinett-Chef a. D., Schloß Schney (Ober-Franken)
Sander, Major a. D., Welkershausen bei Eisenach
Sauerteig, Alfred, Oberstadtsekretär, Coburg
Dr. Schack, Hans, Landgerichtsdirektor, Coburg
Schumann, Carl, Realoberlehrer, Coburg
von Selle, Fritz, Generalmajor a. D., Nürnberg
Soergel, Konrad, Direktor der städt. Sparkasse, Coburg
Dr. Stoll, Hermann, Amtsgerichts-Direktor, Coburg
von Strenge, Ernst, Landgerichtsdirektor, Coburg
Ungelenk, Ludwig, Lyzealoberlehrer, Coburg, zugleich Herausgeber und Verleger
Wagemann, Arnold, Rechtsrat, Coburg
von Wangenheim, Kurt, Freiherr, Oberstleutnant a. D., Coburg
Weiß, Kurt, Pfarrer, Coburg
Wesselmann, Wilhelm, Geschäftsführer, Stadtrat, Coburg

Das Titelblatt fertigte Studienlehrer W. O. Scheibe.

# Inhalt.


Seite

I. **Einleitung** . . . . . 1

II. **Mobilmachung** . . . . . 5

III. **Vor dem Feinde**

1. Unsere 95er . . . . . 14
2. Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 32 . . . . . 25
3. Res.-Inf.-Regt. Nr. 233 . . . . . 27
4. Inf.-Regt. Großherzog von Sachsen (5. Thür.) Nr. 94 . 29
5. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 82 . . . . . 32
6. Res.-Inf.-Regt. Nr. 252 . . . . . 34
7. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 71 . . . . . 40
8. Thür. Feldartillerie . . . . . 48
9. Landst.-Inf.-Batl. „Gotha" XI. 10 . . . . 51
10. Landst.-Inf.-Batl. „Eisenach" XI. 12 . . . . 54

IV. **Coburg als Kriegsgarnison** . . . . . 56

V. **Die Heimatfront**

1. Im Dienste des Roten Kreuzes
   a) Der Mobilmachungsausschuß . . . . 60
   b) Allgemeine Wohlfahrtspflege (Marienverein und Marienhaus) . . . . . 73
2. Das Herzogliche Haus . . . . . 75
3. Staatsregierung und Landtag (Von Kriegsausbruch bis Juli 1919) . . . . . 84
4. Die evangelische Landeskirche . . . . . 121
5. Die Schule . . . . . 144
6. Gesundheitswesen . . . . . 150
7. Das Wirtschaftsleben
   a) Die Landwirtschaft . . . . . 159
   b) Industrie und Handel . . . . . 200
   c) Das Handwerk . . . . . 216
8. Soziale Kriegsfürsorge
   a) Die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge
      aa) Der Coburger Sonderausschuß der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen . . . . . 222
      bb) Kriegsbeschädigtenfürsorge während des Kriegs bis zur Übernahme durch das Reich . . 233
      cc) Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene . . . . . 235

b) Arbeitsmarkt, Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweis und Berufsamt . . . . . 242
c) Die freie Kriegswohlfahrtspflege . . . . 244
9. Ernährungswesen . . . . . 264
10. Das Herzogl. Hoftheater (Cob. Landestheater) . . 298
11. Die Presse . . . . . 303
12. Selbstschutzmaßnahmen . . . . . 306
13. Die Verwaltung der Stadt Coburg
a) Zustand der Stadt im allgemeinen . . . 310
b) Einfluß des Krieges auf die städtische Verwaltung und Bevölkerung . . . . . 313
c) Die städtische Polizei . . . . . 319
d) Finanzen . . . . . 322
e) Bauwesen . . . . . 327
f) Städtische Werke . . . . . 330
g) Das städtische Wohlfahrtswesen . . . 334
h) Ernährungs- und Bekleidungswirtschaft . . 362
i) Die städtische Sparkasse . . . . . 373
k) Die Jugendwehr . . . . . 376
l) Hindenburg-Ehrung . . . . . 380
14. Neustadt . . . . . 381
15. Rodach : . . . . . 405
16. Königsberg . . . . . 410
17. Das Postamt . . . . . 415
18. Das Eisenbahnbetriebsamt . . . . . 416
VI. **Die letzten Zeiten der staatlichen Selbständigkeit Coburgs**
1. Staatsregierung und Landesversammlung bis zum Anschluß Coburgs an Bayern . . . . . 422
2. Der Anschluß Coburgs an Bayern . . . . 433
3. Die Cob. Landesstiftung und Festungsbau . . . 448
VII. **Die toten und vermißten Heldensöhne der Heimat** . . 457
VIII. **Beilagen**

---

Berichtigung.

S. 49, Zeile 10 v. u., ist vergeblich statt angeblich zu lesen.
S. 63, Zeile 2 v. o., ist zu lesen: 23. August **1919.**
S. 10. Zeile 5 v. o., ist zu lesen: statt der bisherigen **11** sollte Coburg **13** . . . Abgeordnete stellen.
In dem Bericht der Landwirtschaft ist Herr Domänenpächter Aumüller in Sonnefeld als Teil-Berichterstatter zu nennen.

Carl Eduard
Herzog von Sachsen Coburg-Gotha

Viktoria Adelheid
Herzogin von Sachsen Coburg-Gotha

# Einleitung.

Von Landgerichtsdirektor von Strenge.

Die Mobilmachung am 1. August 1914 entfesselte wie überall in deutschen Landen so auch in unserer Coburger Heimat eine hohe vaterländische Begeisterung und freudigen Opfermut in allen Schichten der Bevölkerung. Reichlich flossen Geldspenden und Liebesgaben, jeder gab willig an seinem Teile, was für die Bedürfnisse unseres Heeres nötig war. Und nicht gering waren die Opfer, die gebracht werden mußten. Ein großer Teil des Pferdebestandes der Landwirtschaft und des Gewerbes wanderte schon in den ersten Mobilmachungstagen zur Front. Umfangreiche Haferlieferungen wurden ausgeschrieben. Mit Beginn des Jahres 1915 setzte die Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides ein und gab der Bevölkerung zum ersten Male eine Ahnung von dem Ernste unserer Ernährungslage, die infolge der feindlichen Küstensperre immer bedrohlicher wurde.

Aber die Siegesnachrichten, die Schlag auf Schlag kamen, erweckten ein stolzes Hochgefühl im ganzen Volke und erstickten jede Anwandlung der Verzagtheit und des Unwillens über die wirtschaftlichen Einschränkungen. Das Gold strömte zur Reichsbank, Kleider, Naturalien und ungezählte Gegenstände des täglichen Bedarfs wurden freudig hingegeben. Die Kriegsanleihen fanden willige Abnahme, jeder Spargroschen wurde dem Vaterlande geopfert. In selbstloser Opferwilligkeit stellten die Daheimgebliebenen, Männer, Frauen, Jungfrauen und Jünglinge, sich in den Dienst des Roten Kreuzes und der Wohlfahrtspflege — ein großer Zug ging durch das Volk.

Die Begeisterung des ersten Jahres wich bald einer ernsten Stimmung. Die Verlustlisten wurden größer, Eltern und Witwen in Trauer verdüsterten das Verkehrsbild auf den Straßen, Verwundetenzüge trafen immer häufiger ein und redeten zur Bevölkerung in nie gehörter Sprache von Krieges Leid und Elend.

Während man zu Anfang des Krieges mit dem Eintritt erheblicher Arbeitslosigkeit gerechnet hatte, zeigte sich bald das Gegenteil. Man hatte die Bedürfnisse des Millionenheeres unterschätzt. Es ergab sich, daß nicht genug Hände vorhanden waren, die Anforderungen der Kriegsindustrie zu befriedigen. Die Jahre 1915—18 standen unter dem Zeichen einer mehr und mehr sich ausdehnenden Herstellung von Kriegswerkzeug, von Geschoßkörben und Granaten. Männer und Frauen, Knaben und Mädchen arbeiteten in fieberhafter Tätigkeit. Bald zeigten sich die nachteiligen Wirkungen dieser Zwangsindustrie auf das Wirtschaftsleben: die Landwirtschaft verödete aus Mangel an Arbeitskräften, die Bodenerzeugung ließ nach, die Ernten wurden schwächer. Zu dem Mangel an Leuten kamen Mangel an Spannvieh

Unterernährung bei Mensch und Tier, Fehlen von Kunstdünger und ausreichendem Saatgut. Mit ihrer Arbeitskraft trat die Coburger Bauersfrau in die Bresche, mit rastlosem Fleiße hat sie Übermenschliches geleistet. Überhaupt kann nicht hoch genug angerechnet werden, was unsere Frauen in Selbstaufopferung und Entsagung während der Kriegsjahre im Dienste ihres Volkes geleistet haben.

Die hohen Löhne der Kriegsindustrie gaben den Anreiz zu üppiger Lebenshaltung in weiten Kreisen der Bevölkerung. Sparsinn und Einfachheit traten zurück, insbesondere bei der erwachsenen Jugend, Eigenwille, Ungehorsam und Mangel an Achtung vor dem Alter machten sich bemerkbar. Auch die Schuljugend verwilderte mangels genügender elterlicher und schulischer Zucht. Kein Wunder! War doch der größte Teil der Väter und Lehrer im Felde, standen doch die Schulhäuser einen großen Teil des Jahres über geschlossen, und sahen doch die Kinder in dem Übermute der erwachsenen Geschwister ein schlechtes Beispiel.

Immer schwieriger wurde die wirtschaftliche Lage. Zu dem Mangel an Nahrungsmitteln kam empfindlicher Rohstoffmangel und in dessen Gefolge schwerwiegender Eingriff der öffentlichen Gewalt in das Privateigentum. Von den Kirchentürmen verschwanden die alten, trauten Glocken, aus den Kirchen die Orgelpfeifen, aus den Haushaltungen das alte, lieb gewordene Kupfergeschirr.

Die Aushebungen zum Frontdienst vermehrten sich, Mann um Mann zog hinaus, immer größer wurden die Lücken des Heimatheeres, nur mit äußerster Anspannung aller Kräfte gelang es, die Tätigkeit der Heimatbehörden in Gang zu halten. Von den Beamten der Staats- und Gemeindeverwaltung, in Kirche und Schule, in allen Zweigen der öffentlichen Tätigkeit wurde das Äußerste verlangt und willig geleistet. Bald war es nur mit großer Schwierigkeit möglich, die Stellen der Staats- und Gemeindeverwaltung überhaupt zu besetzen, denn auch die kampfunfähigen Männer wurden im Heeresdienst, in Etappe und Garnison gebraucht. Aber die Arbeit schwoll und schwoll, und namentlich auf dem Gebiete der Ernährungsfürsorge wuchsen die Anforderungen an die Behörden von Tag zu Tag. Weibliche Hilfskräfte mußten aushelfen, Ausnahmegesetze suchten den Verwaltungsapparat in Gang zu halten. Immer neue Opfer und Entbehrungen wurden den Daheimgebliebenen auferlegt, das Letzte mußte herausgegeben werden. Aber es geschah nicht mehr mit der alten Freude und Bereitwilligkeit.

Jahre schon hatte der Krieg gedauert. Den anfänglichen Siegen waren Rückschläge gefolgt, unendliche Blutopfer, Rückgang der Wirtschaften trübten die Stimmung, immer schwerere Einschränkungen wurden notwendig, schier unerträglicher Zwang herrschte, wo einst das frohmütige Coburger Volk mit Lust und Liebe sein Tagewerk vollbracht hatte. Ein Gefühl der Abstumpfung, der Gleichgiltigkeit, ja der Verbitterung griff mehr und mehr um sich. Der Widerstand gegen die Maßnahmen der Behörden wuchs, es häuften sich die Vorwürfe gegen die öffentlichen Stellen, denen man Unfähigkeit, Starrsinn, Mangel an wirtschaftlicher Einsicht vorwarf. Fast jeder tadelte, keiner wußte zu sagen, wie es besser zu machen sei. Unentwegt taten die Behörden und Beamten ihre Pflicht, beruhigten, suchten Härten

zu mildern, sie fanden wenig Verständnis und Dank, predigten tauben Ohren. Das Volk war mürbe. Die Nachrichten der Presse fanden geteilte Aufnahme: man wußte ja, sie stand unter strenger Zensur.

Mit der Zeit zeigten sich verderbliche Auswüchse. In der Kriegsindustrie wurden vielfach Gewinne erzielt, die über Nacht manchen zum reichen Manne machten. Vor allem erhob dreister und dreister der Geist des Schiebertums sein Haupt, jener verächtlichen Gesinnung, welche aus dem geheimen und verbotenen Vertrieb lebensnotwendiger Dinge von einer Hand zur andern Gewinne von märchenhafter Höhe zog und die Not des Volkes rücksichtslos ausbeutete. Es regnete Gesetze und Verordnungen zur Bekämpfung dieser Volksseuche, aber sie blieben ohne nennenswerten Erfolg. Zahlreiche Strafen wurden verhängt, oft standen sie für das Volksempfinden in argem Mißverhältnis zu den Vorteilen des wucherischen Geschäftes. Die Ernährungsnot zwang das Volk zu andauernder Gesetzesübertretung, die Gesetze verloren Kraft und Ansehen, die Behörden Macht und Einfluß. Die Teuerung wuchs und vergrößerte die körperliche und seelische Not. Schärfer und schärfer prägten sich die Gegensätze heraus: auf der einen Seite oft müheloser Gewinn und steigender Reichtum, verbunden vielfach mit augenfälliger Üppigkeit und Verschwendung, auf der andern wirtschaftlicher Verfall, steigende Not, stellenweise fühlbares Elend. Und doch sollte Schlimmeres nachkommen.

Noch standen unsere Heere unbesiegt im Feindesland, wenn auch die Reihen täglich lichter wurden und Ersatz kaum noch möglich war. Der Sieg über Rußland hob vorübergehend die Hoffnung, bald aber zog die trübe Ahnung kommenden Unheils durch das Volk. Man fühlte, der Krieg ging zu Ende, aber das Ende würde ein anderes sein, als man hochgemut und siegesfroh in den Zeiten der Erhebung erwartet hatte.

Der November 1918 brachte das Ende, die furchtbare Enttäuschung, deren naturgemäße Folge die Revolution war. Die Truppen fluteten in die Heimat zurück, unbesiegt und in Ehren, aber finsteren Mutes, verdrossen und unwillig. Kein froher Empfang, kein Festgeläute, kein Freudenschießen! Der furchtbare Ernst der Niederlage hemmte jeden Freudenausbruch. Nicht alle kamen, auf die man gehofft hatte; die Kriegsgefangenen mußten sich weiter in Sehnsucht nach der Heimat verzehren, noch über Jahr und Tag.

Waffenstillstand! Wem noch nicht klar war, daß Deutschland es mit unversöhnlichen Feinden zu tun hatte, dem öffneten die Waffenstillstandsbedingungen die Augen. Und sie waren nur das Vorspiel zu noch Furchtbarerem.

Mit der Rückkehr des Heeres in die Heimat wuchsen die inneren Nöte: die Ernährungsschwierigkeiten steigerten sich, es kamen Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Brennstoffmangel. Kein Wunder! Woher sollte Brot für so viele Esser kommen, da doch die Heeresvorräte zumeist in Feindesland geblieben waren? Unzählige Ehen waren bei Ausbruch des Krieges geschlossen worden, die nun ein Heim begehrten. Aber vier Jahre lang war die Bautätigkeit zum Stillstand verdammt gewesen, Arbeitskräfte fehlten, und die Baumaterialien, Holz, Zement, Eisen — das

alles hatte fast restlos die Front in Anspruch genommen. Wo sollten die Tausende von Geschoßkorbarbeitern und Granatendrehern von heute auf morgen andere Arbeit finden, nun die Kriegsindustrie mit einem Male stillstand? Woher sollten die Kohlen kommen, da doch die Waffenstillstandsbedingungen gewaltige Lieferungen an den Feind vorsahen? Woher die Milch, woher das Spannvieh, da doch alsbald umfassende Viehlieferungen an den Feind einsetzen mußten? Und alle diese Nöte überragte die zur Unerträglichkeit steigende Teuerung infolge der ständig sinkenden Kaufkraft unserer Mark. Es sind Nöte, in denen wir heute noch mitten drin stehen, die durch den Friedensschluß noch verstärkt worden sind, von denen nicht abzusehen ist, ob und wann sie enden werden.

Der Übergang in die neue Staatsform vollzog sich im Lande Coburg fast reibungslos. An die Stelle des über Nacht entstandenen Arbeiter- und Soldatenrats trat bald eine gesetzmäßige Regierung, eine ordnungsmäßige Volksvertretung. Die Staatsmaschine ging weiter, Erschütterungen schwerer Natur blieben erspart. Es vollzog sich die Angliederung an Bayern, die Loslösung von Gotha, mit ihr von Thüringen und damit die Lösung Jahrhunderte alter Bande völkischer Zusammengehörigkeit.

Freilich das innere Leben des Volkes war ein anderes geworden. Hier wie anderwärts zeigte sich Zunahme der Arbeitsunlust, der Vergnügungssucht, des Hangs zur Leichtlebigkeit, des Verbrechertums — Folgeerscheinungen, die lange Kriege und Revolutionen stets mit sich bringen, denen aber die Zeit und verständige Führung begegnen, wenn es gelingt, die Vorbedingungen einer erträglichen Lebenshaltung für die breiten Volksschichten zu schaffen.

Wenn es gelingt! Das ist die große Frage, auf die schon die nächste Zukunft Antwort geben muß.

Im Vorstehenden ist der Hintergrund entrollt, vor dem sich das Leben des Coburger Volkes während des Krieges und während der ihm folgenden beiden Jahre abgespielt hat. Es ist im wesentlichen wohl dasselbe Bild wie in anderen deutschen Landesteilen, die unter feindlichem Einbruch nicht zu leiden hatten. Und doch heben sich bei genauer Betrachtung Stellen heraus, die von dem Bilde anderer Landesteile abstechen, Gebiete, auf denen es dem Coburger Volke vergönnt war, Besonderes und Eigenartiges zu leisten. Diese Coburger Bilder aus der Weltkriegszeit festzuhalten, ist die Aufgabe der nachfolgenden Blätter.

# Mobilmachung.

(Vor der Kriegserklärung. Mobilmachung befohlen!
Die erste Kriegswoche. Ausmarsch des Coburger Bataillons.)

Von Gymnasialoberlehrer Langbein.

Die Reichstagswahlschlacht war geschlagen, die bürgerlichen Parteien hatten sich geschlossen und dem Landtagspräsidenten Arnold-Neustadt zum Sieg verholfen. Herzog Carl Eduards Geburtstag stand im Zeichen festlich froher Zeit, die alten Soldaten von Reserve, Landwehr und Landsturm, von Heer und Flotte hatten bei gemeinsamem Kommers, die aktiven Mannschaften vor dem Parademarsch im Treuschwur zu Fürst und Vaterland, zu Kaiser und Reich den Fahneneid erneut. Bei Festgottesdienst und Schulfeiern, beim Festmahl der Bürgerschaft pries man die hier so freundlichen und treuen Beziehungen zwischen Fürst und Volk mit besonderer Wertung der Verdienste des Herzogs um die kulturelle Entwicklung seines Landes. Unsere volks- und vaterlandstreuen Sängerscharen waren begeistert vom fränkischen Sängerbundesfest in Bamberg, an dem 5000 Sänger teilgenommen hatten, heimgekehrt und erzählten von weihevollen Stunden und glänzenden Erfolgen. Die Coburger Turner waren beim 10. Kreisturnfest in Weimar. Es zeigte sich wieder, daß Eintracht eine Macht ist und Einstimmigkeit die deutschen Turner in ihrer Treue zum Vaterland fest zusammenschließt, daß die durch Turnen geübte Kraft den deutschen Jüngling stärkt und stählt zum friedlichen und ernsten Kampf. Und alle, die erschienen waren, fühlten sich gebunden im Geist und in der Wahrheit unseres Turnerwahlspruches: Deutsche Treue, deutsche Kraft ist, was Deutschland Ehre schafft! Das alljährliche Vogelschießen war mit seinen Veranstaltungen und Darbietungen angekündigt und machte bereits Stadt und Land mobil. — Das alles in der zweiten Hälfte des Juli 1914.

Während so Sonnenschein den heimatlichen Himmel verklärte, zog das Kriegswetter, das im Südosten den politischen Himmel verdunkelte, und von dem man hoffte, daß es ohne Entladungen sich verziehen würde, höher am Himmel herauf. Ich hatte Ferienruhe und Erholung auf einer Wanderung durch den Böhmerwald gesucht. Obwohl ich mich mit meinem Freunde nicht nur im schweigenden Hochwaldpark der hundertjährigen Bestände erging oder in der Einöde des Krummholzes den Höhen zustieg, sondern vorübergehend auch an belebten Ausflugsorten diesseits und jenseits der Länderscheide unter politisch orientiertes Publikum geriet, gingen die sich drohend entwickelnden Tagesereignisse spurlos über mich weg. Zeitungen lasen wir nicht, da wir uns meist abseits der stark besuchten Sommerfrischen

hielten und daher nur sehr wohlbetagte Nachrichten gefunden haben würden, die gewiß längst überholt waren, ehe sie uns zu politischen Betrachtungen stimmen konnten. Zudem waren wir stark optimistisch angehaucht und dem nervenstärkenden Ferienfrieden selig ergeben. Erst auf unserer durch einsetzende Regengüsse beschleunigten Rückreise wurde uns der furchtbare Ernst der Tage und Lage in überraschender Weise klar. Wir übersprangen in Nürnberg einen Zug. Auf kurzem Gang durch die Stadt sahen wir vor einer Zeitungsausgabestelle dichte Volksmassen in breiten und tiefen Reihen voll aufgeregter Erwartung stehen, und wir hörten: „Um 6 Uhr läuft das Ultimatum an Serbien ab". Ganz plötzlich waren wir somit auf den Boden der politischen Tatsachen gestellt. In Coburg erfuhren wir, daß Serbien die von Österreich geforderte Genugtuung verweigere und der Krieg zwischen den beiden Reichen unvermeidlich sei. Deutschland gelang es trotz aller hingebenden Bemühungen nicht, die politischen Wirren zu einer friedlichen Lösung zu bringen. Der Krieg brach aus. Unsere nationale Ehre verlangte die unbedingte Wahrung der Bundestreue gegen Österreich, die Erhaltung des ungeschwächten Bestandes der uns verbündeten Monarchie und die Sicherung unserer eigenen Großmachtstellung inmitten der lauernden Feinde im Osten und Westen. Heil und Ehre lag für uns im Schwerte.

Am Sonnabend, den 1. August, um die sechste Stunde des Nachmittags trug die elektrische Welle von Berlin aus nach allen Windrichtungen bis in die entferntesten Städte und Dörfer des Deutschen Reiches die schicksalschwere Nachricht: Mobilmachung befohlen!

Rasch verbreitete ein Anschlag am hiesigen Hauptpostgebäude, dem alsbald Anschläge in allen Stadtteilen folgten, die Kunde, der die Bevölkerung seit 24 Stunden in fieberhafter Spannung entgegengeharrt hatte.

Jubelnde Begeisterung, Kriegslust und Opfermut für Recht und Gerechtigkeit schlug aus allen Herzen. Auch in Coburg fehlte es nicht an spontanen und erhebenden Kundgebungen. „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!" so klang es auf den Straßen und Plätzen, wo sich Gruppen und Massen sammelten. Das jetzt erst allgemein bekannt gewordene „O Deutschland hoch in Ehren" mit seinem Schlachtruf: „Haltet aus!" und mit seinem Gebet: „Zum Herrn erhebt die Herzen, zum Herrn erhebt die Hand!" schallte aus den Versammlungen, aus den überfüllten Stammkneipen und aus den Umzügen der Jugendlichen. Im Sommertheater (Vereinsbrauerei) erhob sich bei der Aufführung des „Musikantenmädel" nach dem dritten Akt die zahlreiche Zuhörerschaft und sang den ersten Vers der österreichischen, dann die deutsche Nationalhymne. In der jeden Abend dicht besetzten Loreley, dem alten neutralen Boden für alle Schichten der Bevölkerung, saßen junge Soldaten, drei Offiziere dabei, Handwerker, Beamte, Kaufleute, Arbeiter ringsum. Hand in Hand steht alles beim Weihelied: „Und jeder echte deutsche Mann soll Freund und Bruder heißen!" Von ihrem Vereinslokal bei Reisenweber am Steinweg (Nr. 43) ziehen die zum Dienst einberufenen Mitglieder des Marinevereins nach einer feierlichen Abschiedsstunde aus. Mit dem Gesang des Flaggen-

liedes „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot an unsres Schiffes Mast" geht es zur Bahn, begleitet von Angehörigen und Freunden, denen sich ein ganzer Menschenzug anschließt. Die Abschiedsfeier für die von den hiesigen drei Militärvereinen einberufenen und ins Feld ziehenden Mannschaften findet am 5. August im Erbprinzen (kleine Johannisgasse) statt. Es herrschte allenthalben eine Stimmung, die nur der freudigsten Hingabe für die heiligsten irdischen Güter galt. Die „Wacht am Rhein" wurde zum Gebet, „Ein feste Burg ist unser Gott" zum Volksgesang.

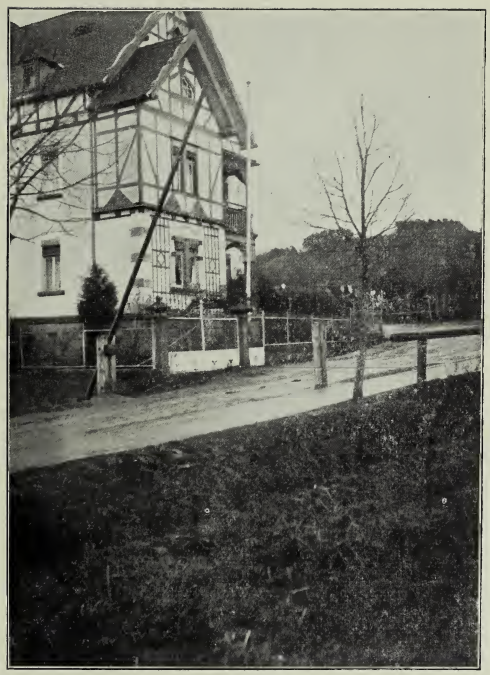
In der Sonntagspredigt vom 2. August, der erdrückend volle Gotteshäuser sah, stärkte in der Moritzkirche Diakonus Kipp seine Gemeinde in der ihm eigenen gehaltreichen Auslegung des Jesaiawortes: „Durch Stillesein und Hoffen werdet ihr stark sein."[1])

In der Hofkirche widmete Oberhofprediger Keßler in seiner markig-deutschen Weise das Psalmwort: „Mit Gott wollen wir Taten tun" den hinausziehenden Jungkräften des Landes, besonders seinen früheren Konfirmanden. Eltern und Söhne zogen nach den Gottesdiensten zu den Altären und nahmen das Heilige Abendmahl. Junge Paare verbanden sich durch die Nottrauung. Kriegsbetstunden an den Wochentagen wurden in der evangelischen, katholischen und israelitischen Kirche eingerichtet. Eine besonders feierliche, tief ergreifende, aber auch aufrichtende und stärkende Kriegsbetstunde fand am 12. August im Hofe der Ehrenburg statt. Tausende von Andächtigen waren gekommen und lauschten den Worten des Geistlichen, die das Bibelwort auslegten: „Wer sein Leben behalten will, der wird es verlieren." Gewaltig und siegesgewiß brauste zu den Sternen hinauf das Lutherlied mit seinem Ausklang: „Nehmen sie den Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib, — laß fahren dahin! Sie haben's kein'n Gewinn, das Reich muß uns doch bleiben!" Der vom Kaiser angeordnete Bettag um Gottes Waffensegen fand am Freitag, den 7. August, vormittags 10 Uhr in der Moritzkirche statt. Diakonus Eberhardt hielt die erbauende Predigt. Beichte und Abendmahl nach dem Gottesdienst übernahm Diakonus Kipp. Die Bilder, die man in den zu Gott flehenden Alten und Jungen, Männern und Frauen sah, waren zum Weinen vor Schmerz und Freude. Hier im weißen Bart ein Veteran von 1870/71, voll Mut und Zuversicht; er wird seinen Mann noch stellen hinter der Front oder im Dienste der Heimat. Dort junge Burschen mit glänzenden Augen, mit dem Lied auf den stummen, bebenden Lippen, „zu leben und zu sterben fürs heilige Vaterland". Daneben der in der Musterung vom Waffendienst noch Zurückgehaltene, vergrämt und verdrossen: das große Erleben ist dort bei seinen Kameraden, er wird es sich noch suchen und sichern müssen. Hier ein altes Mütterchen mit inbrünstig gefalteten Händen und glaubensernsten Mienen. Dort ein junges Weib, dem das Herz zerspringen will vor bittrem Weh. Manch Weiberfant trägt nur den modischen Plunder hier zur Schau, das gab es auch, und Spott und Fluch dazu. In München mußte der Polizeipräsident einen Aufruf an Frauen und Jungfrauen erlassen, in dem er auffordert, das Tragen auf-

1) S. Anhang.

fallender Kleider zu vermeiden. Auch hier in Coburg hat eine deutsche Frau durch eine „Stimme aus dem Publikum" die Damen „in auffallender und affiger Kleidung" auf den Ernst der Zeit hingewiesen. Ein deutscher Mann hat ihr gedankt im Namen aller Männer.

Der 2. August war der erste Mobilmachungstag. Die Wehrmänner vom ganzen Land und weiteren Gebieten stellten sich ein, oft begleitet von Weib und Kind, die jungen Burschen von ihrem Schatz mit Rosen und grünen Reisern geschmückt. Am 1. August hatte der Korpskommandant von unserem XI. Armeekorps einen patriotischen Aufruf zur Beschleunigung und Sicherung der bevorstehenden Mobilmachung an die Bevölkerung erlassen und auf den alten Waffenruhm des XI. Armeekorps begeistert hingewiesen. Der Marschbefehl für die 95er traf erst zum 7. August hier ein. Aber schon vom ersten Mobilmachungstag an meldeten sich die jüngeren und älteren Kriegsfreiwilligen zu den Fahnen. Gelehrte und Arbeiter, Künstler und Handwerker, Studenten und Schüler der hiesigen höheren Lehranstalten, selbst fünfzehn- und sechzehnjährige mit gut durchgebildetem Körper drängten zu Meldeamt und Kaserne, ihre Einstellung fordernd. Wenige Tage nach Kriegsausbruch waren beim hiesigen Meldeamt schon 300 Kriegsfreiwillige gemeldet. In ganz Deutschland zählte man ihre Zahl auf zwei Millionen. Viele eilten hier zum Bahnhof, um ihre Einstellung in heimatlichen Regimentern oder bei selbstgewählten Waffengattungen zu bewirken. Mit sturmgewaltigem Hurra setzten sich die vollbesetzten Züge in Bewegung. Die Menschenmauern am zum Teil wegen Umbau in Trümmer gelegten und abgesperrten Bahnhof bekamen Leben. „Auf Wiedersehen!" klang es in Rührung und seliger Mitfreude. Winken und Tücherschwenken, bis der Zug außer Sicht war. Man trennt sich. Wildfremde Menschen drücken sich stumm die Hand. Alles Trennende zwischen Mensch und Menschen ist gefallen. Nach einigen Stunden dasselbe Bild, derselbe weihevolle Abschied. Wer es gesehen hat von uns Alten, dem wird es „wie ein Bild der alten Tage durch seine Träume glänzend weh'n. Wie eine stille, fromme Sage wird es ihm vor der Seele steh'n". Die auf den Zaun gekletterten Jungen, die zum Abschied emporgehobenen kleinen Mädchen, sie vergessen es nicht bis an ihr Lebensende. Das ist gut so, das ist der Alten Trost und Glück. Viele Coburger gingen nach Lichtenfels und sahen sich dort den auf einer der Hauptkriegsfahrstrecken sich vollziehenden Durchzug der in Eichlaub und Birkengrün geschmückten Eisenbahnzüge mit jubelnder deutscher Kriegsjugend an. Viele Wagen waren mit launigen und derbwitzigen Sprüchen, dem besonderen Kennzeichen der deutschen Soldatenpoesie, über und über beschrieben. Dazwischen las ich in ernst geschwungenen Formen: Ein feste Burg ist unser Gott! In Coburg als überzählig oder noch nicht diensttauglich Zurückgewiesene fuhren in den von Freiwilligen und Einberufenen voll besetzten Zügen auf gut Glück zur nächsten und wieder zur nächsten Garnisonstadt, nur um angenommen und ausgebildet zu werden und möglichst bald vor den Feind zu kommen. Alle Bahnfahrten waren frei; es genügte die Versicherung, Soldat werden zu wollen. Frohe Zuversicht und Vertrauen auf Sieg und Ehre schwellte die Herzen und machte die ungewohnte



Automobile halt! (Königsberg)

Pferdeaushebung

Waffen- und Marschübung trotz aller Strapazen, trotz aller Entbehrungen in den Quartieren zu frohem Dienst und gern erfüllter Pflicht, Die Zähne zusammengebissen, die Herzen zusammengerissen! Keiner trat zurück, weil ihm das Waffenhandwerk zu schwer erschien. Wer wirklich dienstuntauglich befunden wurde, trat in die Heimatkolonnen oder in die Militärabteilungen der Krankenpfleger und Krankenträger ein. Auch als solcher hat mancher sich sein Eisernes Kreuz mit Heldenmut verdient, mancher in Selbstaufopferung sein Leben gelassen für seine Brüder.

Die vor der Tür stehende, durch die Einberufungen gefährdete Ernte rief die Jugend von der Schule, die Alten vom Austragstübel, die Mädchen und Frauen zur Arbeit und zu Anstrengungen, die oft das Maß ihrer Kräfte erschöpften. An die im Bund „Jungdeutschland" vereinten Jugendlichen erging die amtliche Aufforderung, bei den Erntearbeiten helfend mit einzugreifen. Die Sommerferien wurden verlängert, und bald sah man da und dort auf den Gütern buntbemützte Arbeitskräfte bei fleißigem Schaffen, wenn auch im großen allgemeinen, besonders in den eigentlichen Bauernwirtschaften, alles mit den eigenen Leuten und Familienangehörigen in oft doppelt achtstündiger Arbeitszeit erzwungen wurde.

Auch unliebsame Erscheinungen, die ein ausbrechender Krieg mit sich bringt, fehlten hier nicht. Schon in den ersten Augusttagen mußte öffentlich vor dem sinnlosen Einhamstern von Lebensmittelvorräten gewarnt werden. — Die teilweise sehr notwendige Überwachung des Bahn- und Autoverkehrs, der feindliche Spione und andere verdächtige Elemente durchs Land führte, brachte bei der zu nervöser Erregung gewordenen Spionenfurcht nicht selten Verkennungen und Mißgriffe, die außerordentlich bedauerlich waren. War die Verhaftung von drei verdächtigen Russinnen bei Weidhausen, die sich als ganz unschuldige, von den Festspielen in Bayreuth schleunigst im Auto heimkehrende Engländerinnen erwiesen, wie auch die Einbringung von zehn in ihr Schicksal ergebenen ausländischen Erntearbeitern, russischen wehrfähigen Staatsangehörigen, die dann vorübergehend nach Wüstenahorn zur Verrichtung landwirtschaftlicher Arbeiten geschafft wurden, noch äußerst harmlos, so waren die Belästigungen, die unserer stets hülfsbereiten Herzoginwitwe Marie auf der Fahrt von der Rosenau nach Coburg bereitet wurden, recht bedauerlich.

Ganz selbstverständlich war es, daß alle hier und im Herzogtum wohnenden Ausländer sich zur Feststellung und Prüfung ihrer Personalien bei Polizei oder Gemeindevorstand umgehend zu melden hatten. Diese erste Meldepflicht wurde später auf eine täglich sich wiederholende festgesetzt. So kam es, daß auch der Geheimsekretär von Frau Herzogin Marie, der russische Geheime Staatsrat von Mengden hier, aus dem deutschen Staatsgebiet ausgewiesen wurde und Coburg sofort mit Extrazug verlassen mußte. Die Maßregel wurde Tags darauf gemildert. Baron von Mengden durfte unter der Verpflichtung der täglichen Meldung von Hof aus nach Coburg wieder zurückkehren, er wurde unter Aufsicht und Schutz der Militärbehörde gestellt.

1100 Italiener — meist Arbeiter, auch Frauen mit Kindern dabei — waren am 7. August mit Extrazug hierhergekommen. Die Leute wurden zunächst auf die

Dörfer einquartiert und am 11. August nach ihrer Heimat abgeschoben, da Italien noch neutral war.

Unberechtigt war die Spionenfurcht keineswegs. Schon hörte man von verbrecherischen Anschlägen auf Eisenbahnbrücken, Tunnel, strategisch wichtige Bahnstrecken usw. Bei solchen Anschlägen auf frischer Tat Betroffene wurden sofort erschossen. Den planmäßigen Aufmarsch unserer Truppen, der tadellos klappte, versuchte man feindlicherseits durch französische und russische geheime Agitatoren zu erforschen und zu stören. In die Anschlußleitungen der Bezirkskommandos schalteten sich russische Spione ein. Jedermann war daher aufgefordert, solche Umtriebe unschädlich zu machen, auf Eisenbahnfahrten und überall sich Mitteilungen über Truppeneinziehungen und -Bewegungen wie über alle militärischen Vorgänge strengstens zu enthalten. Auch den Zeitungen war natürlich unbedingte Verschwiegenheit geboten.

Vor der Stadt, am Aus- und Eingang aller Dörfer waren in den ersten Kriegstagen Vorkehrungen getroffen, Schranken und Schrankenwärter bestellt, um ankommende Automobile und verdächtige Personen, namentlich solche, die Gold durch das Land von Frankreich nach Rußland bringen wollten, anzuhalten. Die Haltzeichen für die Automobile sind heute noch da und dort zu sehen. Die ungeheuren Erregungen hatten auch älteren und sonst vernünftigen Leuten den Kopf verdreht, so daß durch Verkennungen und Verwechselungen der Autoinsassen manches verhängnisvolle Unheil entstand und einzelne Personen erschossen wurden, die auf ihrer Fahrt im Dienste des Militärs standen. Die Barrikaden vor den Dörfern und Städten wurden daher auf Befehl des Generalstabs nach einigen Tagen wieder entfernt, da sie den militärischen Dienst und den Privatverkehr empfindlich gefährdeten. Auch die Jagd nach den angeblich Gold mitführenden Autos mußte mit Rücksicht auf die Durchführung des notwendigen Kraftwagenverkehrs für die Heeresleitung am 6. August wieder eingestellt werden. Im Coburger Land wurden die Sperren an den Ortschaften Mitte August aufgehoben. Die hier angeordnete Bewachung der Fischbacher Quellwasserbehälter und der Hochdruckbehälter der Stadt Coburg wurde nach kurzer Zeit auch wieder aufgegeben.

Die hiesige Polizei und die eingerichtete Sicherheitspolizei wurden durch Beiziehung von Feuerwehrleuten verstärkt. Später wurden eintretende Lücken durch Freiwillige aus der Bürgerschaft ausgefüllt. Der durch Einberufung stark zurückgegangene Mannschaftsbestand der Feuerwehr wurde durch die Einstellung Freiwilliger, später auch von noch nicht kriegspflichtigen jungen Schülern der hiesigen höheren Lehranstalten ergänzt.

Für die Einrichtung von Lazaretten, für die Errichtung einer Verband- und Erfrischungsstelle am Bahnhof, für die Sammlung und Verteilung von Liebesgaben an Krieger und Verwundete, für den Transport von Verwundeten und Kranken und für die weitere Kriegsfürsorge bildete sich hier schon am ersten Mobilmachungstag ein „Mobilmachungsausschuß vom Roten Kreuz", dessen Geschäftsstelle im Hause Markt 11 errichtet wurde. Als an die Frauen und Jungfrauen Coburgs die Auf-

forderung zur Mitarbeit erging, entstand in der Geschäftsstelle ein solcher Andrang, daß man am ersten Tage die Anforderungen nicht bewältigen und zuächst nur hundert einstellen konnte. Andere wurden später herangezogen. Frauen und Jungfrauen wollten ihren Anteil haben an vaterländischer Betätigung und Opferwilligkeit. Die kleinsten Mädchen wetteiferten mit Müttern und Großmüttern im Stricken von Liebesgaben für die kältere Jahreszeit. Vor den Häusern, am Feld- und Wiesenrand saßen sie und strickten und sangen und gedachten der tapferen Soldaten mit kindlich heißen Wünschen.

Ein weitgehender Straferlaß des Herzogs befreite manchen, der sich aus Fahrlässigkeit, Leichtsinn oder Übereilung vergangen hatte, von Strafe und Sorge.

Nun traf auch endlich der Marschbefehl für das Coburger Bataillon hier ein. Es war in den letzten Tagen in der Stadt einquartiert, um die Kaserne für die Reservemannschaften frei zu machen. Am 7. August vormittags fand die Vereidigung unseres kriegsstarken III. Bataillons vom 6. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 95 auf dem Kasernenhof statt. Herzogin Marie, Fürstin von Hohenlohe-Langenburg mit ihren Kindern, Infant Alfons und Infantin Beatrice wohnten der Feier bei. Der Bataillonskommandeur von Selle und Oberbürgermeister Hirschfeld hielten begeisternde und herzliche Ansprachen. Dann ging es zum letzten Militärgottesdienst und zur Abendmahlfeier in der (Garnison-) Heiligkreuzkirche. Im Laufe des Tages wurden die Pferde, die Munition, das große Gepäck, Wagen usw. verladen. Nachts 11 Uhr erfolgte der Ausmarsch zum Bahnhof. Es rieselte leichter Regen herab. Doch war der Himmel auch trüb, die Herzen der „grauen Jungen" schlugen in hoher, heller Freude. Die Hoffnung auf den sicheren Sieg, die Freude, die uns längst listig umlauernden Feinde niederzuschlagen, ihnen zu zeigen, was deutsche Kraft und deutsche Ehre ist, und den dauernd gefährdeten Frieden zu wahren, schwellte das Herz in erwartungsvoller Anspannung, in Stolz und Heldenmut. Jedes Soldatenherz beseelte nur der eine Gedanke: Man zwang uns das Schwert in die Hand, und nun hurra auf den Feind! Dem Ruhm der Väter soll jetzt der Ruhm der Söhne erblühen! So zogen denn unsere tapferen Coburger, Gewehr, Helm und Waffenrock mit Eichenlaub und Blumen geschmückt, frohen Mutes und festen Trittes in feldmarschmäßiger Ausrüstung durch Kasernenstraße, Heiligkreuz und Bahnhofstraße unter den Marschrhythmen der Stadtkapelle — die Regimentskapelle war in Gotha zusammengezogen — und unter den Klängen kerniger Lieder, von denen das „O Deutschland hoch in Ehren" das beliebteste geworden war. Aus dichten Menschenreihen am Weg, aus den erleuchteten Fenstern kamen Abschiedsgrüße. „Auf Wiedersehen!" das war der frohe und doch das Herz durchzitternde Ruf. Neben den Soldaten marschierten Jungen und Mädchen, Mütter und Frauen und Bräute. Am Bahnhof grüßte ein schier unaufhörliches Hurra aus tausend Kehlen die anziehenden Truppen. Coburg verabschiedete sich von seinen 95ern, von seinen Heimathelden, die in diesen Tagen so recht sein Heimatstolz waren. Kurz vor dem Bahnhof noch einmal ein herzliches, schmerzliches Abschiednehmen, denn man soll nicht sagen, daß, wenn Herzen von Herzen gerissen werden, die Wehmut vor der

Begeisterungsfreudigkeit nicht aufkommen kann, besonders bei denen, die daheim bleiben. Der Soldat, der nur Ehre und Pflicht kennt, bezwingt seine Abschiedstränen. Die Gewehre werden zusammengestellt. Nun geht es zum Einnehmen der letzten Mahlzeit, die vorhalten muß für wer weiß wie viele Stunden. Die Offiziere speisen im östlichen, kleinen Wartesaal zweiter Klasse. Den Mannschaften werden auf dem Bahnsteig aus fünf über Feuer stehenden Kesseln Bohnen mit Rauchfleisch gegeben, eine Abschieds- und Liebesgabe der Stadt Coburg an ihre 95er. Ich hatte an einer der fünf Speisungsstellen des Bataillons den Dienst der Austeilung mit übernommen, die aber rasch vorüberging und uns Zeit ließ, auf dem zunächst abgesperrten Bahnsteig, auf dessen erstem Geleise der Zug mit 36 Wagen in der Richtung Eisenach stand, dem munteren militärischen Leben und Treiben, dem nicht immer ganz glatten Verteilen der Mannschaften zuzusehen. Die Platzberechnung war, wie bei der Eisenbahn immer, zahlenmäßig richtig, auch bei den zum Militärtransport hergerichteten Güterwagen, bei denen die außen angeschriebene Mannschaftszahl jeden Zweifel über die Besetzung ausschloß. Aber die Fahrgäste wollen es oft nicht glauben, daß in einem überfüllten Eisenbahnwagen für weitere zwei bis drei Mann immer noch reichlich Platz vorhanden ist. Die militärischen Zugführer brachten schließlich alles zur Zufriedenheit unter, und unsere Soldaten haben später bei Urlaubsfahrten in die Heimat bei den wenigen Zügen, die fuhren, noch ganz andere, schier unbeschreibliche Unterkunftsverhältnisse auf den Eisenbahnen kennen gelernt.

Unterdessen war den Angehörigen das Betreten des nicht sehr geräumigen Bahnsteiges stillschweigend erlaubt worden, waren es doch alle Coburger, die ein Stück Herz und Leben hingaben ans Vaterland. Ein Glück war es für die ganzen Truppenbewegungen, auch für den weihevollen Eindruck des Abschiedsbildes, daß Wein, Bier oder Schnaps nirgends unterwegs verabreicht wurden. Auch unser Bahnhof war lange Zeit alkoholfrei. Würdig und herzlich war daher auch hier die allerletzte Abschiedsgelegenheit. Jetzt blies der Signalist zum Einsteigen. Ein letzter Händedruck, ein letzter Kuß! Letzte Grüße und Worte: „Auf gesundes Wiedersehen, Vater!" — „Mit Gott, mein Sohn, tu deine Pflicht!" — „Heil und Sieg, mein Schatz!" Tausende von Händen winken den Scheidenden entgegen. Der Bataillonskommandeur von Selle schreitet nochmals den geordneten Zug ab. Dann wird mit militärischer Pünktlichkeit 12 Uhr 36 Minuten das Zeichen zur Abfahrt gegeben. Brausende Hurras, die von den Abfahrenden im Widerhall zurückschlagen, übertönen die ernste Abschiedsweise der Musik: „Muß i denn, muß i denn zum Städtele hinaus, und du mein Schatz bleibst hier". Hinaus rollt der Zug mit unserem Stolz, mit unserer Hoffnung. Himmelwärts richten sich die feuchten Blicke, hinauf zu den Sternen und zu ihm, der auf den Sternen waltend sitzet von Ewigkeit zu Ewigkeit.

Was wir, die Zurückbleibenden, in dieser ernsten, erhebenden Stunde empfanden, sprach unser Heimatdichter Georg Riechers in seinem „Abschiedsgruß an das Coburger Bataillon" aus:

Nun ziehst du hinaus in den Weltenkrieg,
Mein Coburger Bataillon!
Wir alle wünschen dir Sieg auf Sieg,
Trag Ehren und Ruhm davon.

Und ist uns das Herz auch so bang und schwer
Um den Vater, den Bruder und Sohn,
Doch der Kaiser rief! Es eilet zum Heer
Das Coburger Bataillon.

Gott führ' deine Fahne zum herrlichen Sieg,
Der Lorbeer werde ihr Lohn,
Er schütze, behüte und segne dich,
Mein Coburger Bataillon!

An demselben Tag, an dem das Bataillon hier auszog, erfolgte die Bekanntgabe der Kriegsaushebung für alle noch Zurückgestellten, Zurückgewiesenen und für solche, über die noch keine Entscheidung getroffen war. Die beim hiesigen Bataillon einberufenen Landwehrleute, meist ältere, unausgebildete Mannschaften, rückten am 8. August abends zu Fuß hier ab, um zunächst in Rodach Quartier zu beziehen und dann ihrem vorläufigen, ihnen unbekannten Bestimmungsort entgegen zu marschieren.

Schon am 23. August standen unsere 95er vor dem Feinde. In den Eroberungskämpfen vor Namur durften sie den ersten Lorbeer pflücken.

# Vor dem Feinde.

## Unsere 95er.

### I.

Von General a. D. von Selle.

Am 6. Mobilmachungstag wurde das 95. Regiment in drei von der Heimat sinnig geschmückten Eisenbahnzügen nach dem westlichen Kriegsschauplatz gebracht. Von St. Vith aus erfolgte der Marsch über die Grenze nach Belgien hinein. Ohne auf besonderen Widerstand zu stoßen, gelangten wir an die Maas und drehten hier nach Norden ab, um Namur zu nehmen. Nicht kriegerische Arbeit erwartete uns bei Lösung dieser Aufgabe. Schwere Mörser der Österreicher hatten bald die Forts der Festung zerschlagen, sodaß wir beim Sturm leichtes Spiel hatten. Am 23. August wurde die weiße Fahne sichtbar, der Einzug in die Festung konnte erfolgen. Der Weg dahin brachte bei Bouge Straßenkämpfe, die der 9. Kompagnie den Verlust ihres Kompagnie-Führers, des Hauptmanns Witte, und mehrerer braver Kameraden brachten, die als erste des Regiments den Heldentod starben. Ein Infanterist, der seinen gefallenen Kompagnieführer zurückholen wollte, fiel, sein Beispiel weckte Begeisterung und Mut. Wir zogen durch Namur hindurch, den Feind vor uns hertreibend, bis wir in die Gegend von Philippeville kamen. Hier empfing uns die Nachricht, daß das 11. Armeekorps den Weg nach dem östlichen Kriegsschauplatz anzutreten habe.

Nach wenigen Tagen schon wurde unser Regiment in Allenstein ausgeladen. Wir zogen vorwärts, ohne vorerst unsere Waffen gebrauchen zu können. Unser Vormarsch brachte uns nach Sechserben und Groß-Karpowen. In diesen und den folgenden Tagen ist es bei Adamsheide-Szidlack hart hergegangen, sie haben uns unsere besten Offiziere (Weltzien), Unteroffiziere und Mannschaften gekostet, die wir später sehr nötig hätten brauchen können, sie waren zu schonungslos gegen sich selbst. Von Szidlack, wo es am 11. September besonders heiß herging, und wo Sergeant Weiß, die Fahne des 3. Bataillons hochhaltend, im Sturme von Adamsheide voranging, mußten wir mit großen Verlusten weiterziehen. In unaufhaltsamem Vorwärtsdrängen, wobei lange und verlustreiche Kämpfe ausgeschlossen waren, wurde der Feind bei Schirwind über die Grenze getrieben. Ostpreußen war geräumt. Da die Heeresleitung nicht vorhatte, den geschlagenen Russen zu verfolgen, erhielten wir Befehl, den Kameraden zu helfen, die in den südlichen Karpathen in Not waren. So traten wir den Rückmarsch an.

Wir wurden in Wehlau verladen. Der Zug führte uns über Breslau nach Krakau. Von hier aus wurde der Marsch angetreten. Das Regiment fand zunächst Verwendung bei Nowe und Slupia an der Weichsel. In diesem Kampfgebiet lagen wir etwa 14 Tage, unmittelbar vor uns die russischen Gräben. Da erhielten wir plötzlich Befehl, den Abschnitt des 11. Armeekorps den Österreichern zu überlassen, denen die Aufgabe zufiel, Iwangorod zu halten. Wir selbst sollten durch Wegnahme von Warschau den Österreichern zu Hilfe kommen. Nach sieben anstrengenden Tagemärschen (49 bis 52 Kilometer pro Tag) kamen wir sehr bald in die Gegend östlich Lodz, Richtung Warschau. Doch der Plan mußte zunächst aufgegeben werden. Da Iwangorod von den Österreichern nicht gehalten werden konnte, mußte sich Hindenburg entschließen, Polen aufzugeben und nach der Provinz Posen zurückzugehen, um von hier aus neue Bewegungen einzuleiten. Unser Regiment sollte den Russen nachziehen, um später ihre rechte Flanke packen zu können. So geschah es, daß wir in Posen wieder deutschen Boden betraten.

Generalfeldmarschall von Hindenburg hatte die Absicht, die rechte Flanke der russischen Armee entscheidend anzugreifen. So wurde das 11. Armeekorps über Gnesen nach Norden in Marsch gesetzt. In diesen Tagen mußte ich leider meine Stellung als Bataillons-Kommandeur des 3. Bataillons 6. Thüringischen-Infanterie-Regiments Nr. 95 verlassen, um auf drei Wochen das Kommando des Reserve-Jäger-Bataillons Nr. 21 zu übernehmen. Inzwischen bewährten sich unsere 95er bei Chelmno, Mühle Kiki und Janowici im Angriff und in der Abwehr hervorragend. Es sind Heldentaten verrichtet worden, die geradezu erhaben genannt zu werden verdienen. Der Tag von Janowici freilich war ein schwarzer Tag. Hier erlitt in vorderster Schützenlinie mein Vorgänger, unser geliebter, ritterlich denkender und ritterlich handelnder Kommandeur Oberst von Berg, den Heldentod. Von der russischen Schützenlinie aus beobachtet, erhielt er einen Kopfschuß.

Das Regiment kam weiter in schwere Zeit bei Czarnny. Hier leistete die 4. Kompagnie unter ihrem entschlossenen Führer Aulock Heldenhaftes. Leutnant von Aulock und sein Vizefeldwebel Schrickel schossen bei dunkler Nacht Salven in die Reihen der Russen, die infolgedessen fluchtartig zurückgingen. Unsere gefährliche Situation aber war gerettet, die schon verloren gewesenen Maschinengewehre wurden wieder genommen.

Als ich nach drei Wochen zurückkam, fand ich das Regiment in Kämpfen vor Lodz. Wenige Tage danach, am 6. Dezember, rückten wir als Sieger in die Stadt ein, die wir so betraten, wie wir es gewöhnt waren, Trommler und Pfeifer voran, ihnen folgend berittene Offiziere, dann die Mannschaften, und kein Russe wagte, den Einmarsch zu stören.

In den folgenden Kämpfen zeichnete sich besonders die 12. Kompagnie durch Heldentaten aus. Ein von der Patrouille Frankenberg vorgehender Musketier (Greiner) kroch nachts in die russische Stellung, nahm einem Russen das Maschinengewehr ab, band es mit einem Bindfaden an sein Seitengewehr und brachte es unbehelligt in unsere Stellung.

Unser Regiment blieb den zurückflutenden Russen dicht auf den Fersen, bis sich der Feind östlich des Rylsk festsetzte. So kam die Verfolgung zum Stillstand, und wir verlebten um und in Rawa, wo das Weihnachtsfest gefeiert wurde, ruhigere Tage, die allerdings durch den verlustreichen Sturm am 31. Dezember 1914 auf Höhe 10, bei dem Hauptmann von Fischern fiel, unterbrochen wurde. Von Rawa, wo wir mehrere Monate lagen, kamen wir nach Kawenczin. Hier wurden wir Anfang März 1915 plötzlich mit einem Auftrag betraut, der uns ehrte. Das 1. und 3. Bataillon wurde nach Jezierzes kommandiert, um in Gemeinschaft mit anderen Bataillonen den Feind anzugreifen. Das geschah mit wahrem Heldenmut. Vereint mit den 71ern wurde am 5. und 6. März 1915 vor der Pilicza ein Stück kriegerischer Arbeit vollbracht, das wahrhaft erhaben dasteht. Unsere Verluste waren an Toten 7 Offiziere und einige 40 Mann. Nach verlustreichen Kämpfen auch bei Strzalki, den opferschwersten Tagen des Feldzugs, kamen wir zurück nach Rawa, wo uns am 1. Juli der Ablösungsbefehl erreichte, der uns zur großen Offensive des Feldmarschalls Hindenburg über Graudenz nach Mlawa rief. Ich wurde zur Division befohlen, die mir eröffnete, daß nach den Plänen Hindenburgs Grudusk genommen werden müsse, ehe auch nur ein einziger Soldat zur Offensive übergehe. Denn bevor Grudusk als vorspringender Winkel der russischen Stellung nicht genommen war, konnte der Vormarsch der Flanke nicht beginnen. Nachdem ich auf den Ernst und die Bedeutung der Aufgabe hingewiesen worden war, wurde ich mit Handschlag entlassen. Ich versammelte sofort meine treubewährten Führer bis zu den Zugführern und machte sie mit Wesen und Bedeutung der Aufgabe bekannt. Am 13. Juli schlugen wir los. Morgens von 2 bis 5½ Uhr hatte die Artillerie gut gesprochen. Wir arbeiteten uns sodann auf wenige hundert Meter an die feindliche Stellung heran. Patrouillen stellten fest, daß die Drahthindernisse an einzelnen Stellen gänzlich zerstört waren. Einer kurzen Ruhepause folgte ungestümes Vernichtungsfeuer der Artillerie und der Minenwerfer, und punkt 8 Uhr begann der Sturm. In vorderster Linie stürmten die 3., 2., 6. und 5. Kompagnie. In wenigen Minuten waren die vier Kompagnien in Grudusk: der Schlüsselpunkt der russischen Befestigung war in unserer Hand. Die 5. Kompagnie stürmte unter Leutnant d. R. Bayard (Hauptmann von Seebach fiel) und eroberte fünf Geschütze, die ersten von den 95ern erbeuteten. Zwei Tage später fiel Leutnant Warnke bei Osbonje. Unser Siegeszug ging weiter und führte uns in Richtung auf Gacki. Schon auf dem Marsche dahin hatten wir täglich schwere Gefechte. So stürmte das Regiment mit den drei Bataillonen am 17. August die starke Waldstellung bei Zdrojki-Lubica. In drei schweren Anläufen wurde die glacisartig ansteigende russische Stellung mit Hurra genommen und fünf Kilometer tief durchstoßen. Der Russe floh bis Gacki, um welches wir am 20. und 21. August hart kämpfen mußten. Den mächtigen Angriffen der Bataillone Caesar, Heinrici und Zimmermann und schließlich im harten Bajonettkampf mußte die starke Besatzung von Gacki weichen. Oberleutnant Greiner wurde im Walde eingeschlossen und schien der Vernichtung preisgegeben. Durch tatkräftiges Eingreifen wurde er herausgehauen. Hier bei Gacki standen die Russen

Staatsrat z. D. Dr. Hermann Quarck

Generalmajor a. D. Fritz von Selle

20 bis 30 Glieder tief, sie ergriffen bei unserem Angriff die Flucht, obwohl sie von den Kosaken mit Peitschenhieben vorgetrieben wurden. So konnten wir bis über den Narew weiter vorstoßen und erreichten bei Spilki an der Lida den östlichsten Punkt in Rußland. Hier wurden wir in unserem Siegeslaufe angehalten, dem Regimente wurde als Wirkungsfeld wieder der westliche Kriegsschauplatz zugewiesen.

Wir marschierten über Kowno zurück und betraten bei Prostken deutschen Boden. Hier wurden wir verladen und über Berlin, Köln auf das Schlachtfeld von Arras gebracht. Doch zunächst wurde dem Regimente eine Ruhezeit gegeben. In dem Augenblick, da wir den Osten verließen, verschwand das wirkliche Schlachtbild des Feldsoldaten. Wir hatten Kämpfe und Schlachten hinter uns gleich den Schlachtbildern auf Truppenübungsplätzen und in großen Manövern. Wir sahen den Feind, gingen gegen ihn vor, schlugen und verfolgten ihn. Dabei trat die Tapferkeit des Kompagnieführers, des jungen Leutnants und seiner Mannschaft, die ein Herz und eine Seele waren und Unternehmungsgeist und Mut besaßen, in die feindliche Stellung einzudringen, glänzend hervor. Hindenburg und Ludendorff wiesen uns den Weg, und wir taten begeistert die Kampfarbeit.

Mit dem Augenblick des Abschieds vom östlichen Kriegsschauplatz änderte sich dieses Kampfbild völlig. Wir gingen in die Verteidigung, die nur von wenigen Offensivschlägen unterbrochen wurde.

Unser Regiment fand sich in dem ruhigeren, aber heimtückischen Stellungskrieg, der uns zunächst sieben Monate bei Carlepont in einer der herrlichsten Landschaften Frankreichs festhielt, schnell zurecht. Nur zweier Einzelbilder aus diesem Kampfabschnitt sei gedacht.

Bei Carlepont ging Leutnant Stephan mit drei Mann — seinem Burschen und zwei anderen Leuten — in die feindliche Stellung und holte sich einige Franzosen — Marokkaner — heraus. Es kam zum Kampfe Mann gegen Mann, bei dem ein Franzose auf den Leutnant Stephan zu liegen kam. Schnell war der Bursche zur Stelle und befreite seinen Offizier, indem er dem Marokkaner das Lebenslicht ausblies. Unterwegs verlor der Bursche seinen Leutnant und blieb noch einen vollen Tag im feindlichen Graben zurück. Als er wieder zu uns zurückgekommen war, traf ich ihn und fragte ihn nach seinem letzten Erlebnis. Da schloß er seinen Bericht mit den Worten: „Ich werde doch meinen Leutnant nicht im Stiche lassen!"

Ein andermal — Ende Februar, Anfang März 1916 — sollten wir wieder feststellen, welche Truppenteile in der feindlichen Stellung vorhanden waren. Leutnant Vogt mit sieben ausgesuchten Leuten übernahmen die gefährliche Aufgabe. Um bei der Winterlandschaft nicht erkannt zu werden, zogen sie Hemden über, überschritten im Nu die Schneefläche, holten drei Kerls aus dem feindlichen Graben und kamen, ohne einen Tropfen Blut verloren zu haben, glücklich zu uns zurück.

Im Mai 1916 ging es weiter nach Verdun. Dort sollten wir die mörderische Kampfesweise der Westfront so recht kennen lernen, als wir auf Höhe 304, dem Brennpunkt des Verdun-Großkampfgebietes, eingesetzt wurden. In schwersten Stürmen nahmen und behaupteten wir 95er in den Tagen vom 13. bis 17. Mai 1916 die

überherrschende Höhe 304. Viel edles Thüringer Blut ist in diesen Tagen und in den folgenden fünf Monaten geflossen, manch treuer Kamerad ist in dieser Hölle spurlos verschwunden. Einem unserer besten Kompagnieführer, Leutnant Luther (III/95), der, vor dem Kriege Feldwebel der 3. Kompagnie, während des Feldzuges wegen musterhafter Tapferkeit vom Kaiser zum Offizier befördert worden war, wurde durch eine Granate ein Bein abgerissen. Kurz danach starb er den Heldentod. Auch der todesmutige Leutnant Stephan fiel im Kampf.

Schon seit geraumer Zeit wütete unterdessen die Sommeschlacht. Auch hier sollte unser Regiment nicht fehlen. Mitte November wurden wir in diese blutigste Schlacht, die wir erlebt haben, eingesetzt, die uns leider die allerschwersten Verluste kosten sollte. Die Kompagnien der Bataillone Zimmermann und Caesar haben dort bei Grandcourt und St. Pierre-Divin an der äußersten Kante der deutschen Stellung mit vorbildlicher Tapferkeit ausgehalten. Das Schlachtfeld war nur noch ein Trichterfeld. Was in langer, heißer Arbeit aufgebaut worden war, wurde in wenigen Minuten durch einzelne Lagen der französischen Großkampfgeschütze zusammengeschossen. Drei Wochen lagen wir in dieser Hölle. Leutnant Caesar meldete pflichtgetreu: „Es geht nicht mehr!" Am 13. November 1916 sollten wir abgelöst werden. Kurz vorher setzte sich der englisch-amerikanische Angriff nach vorausgegangener schwerster Artillerieschlacht gegen uns in Bewegung. Die Bataillone Zimmermann und Caesar wurden dabei von hinten gepackt und mußten trotz heldenmütiger Gegenwehr erliegen. Oberleutnant d. R. Greiner, ein oft erprobter Kompagnieführer, erlitt den Heldentod.

Ein junger, großer Leutnant, von Henning, der mit wenigen Leuten und Maschinengewehren bereits alle Angriffe abgewiesen hatte, sah plötzlich Tanks. Er legte sich in ein Granatloch und ließ eines der Ungetüme über sich hinwegfahren, steckte aber dabei eine Eisenstange von unten in das Räderwerk. Als infolgedessen der Tank in der Weiterfahrt stockte, kroch Henning hervor und erledigte die Insassen mit Handgranaten. Er wurde leider dabei gefangen genommen. — Das waren schöne Heldenstücke!

Nachdem unser Regiment aus der Front herausgezogen und wieder aufgefüllt worden war, kamen wir nach Serre-Pussieux. Das waren Tage, wo harte Fröste uns packten, und doch hatte die Kälte die voll Wasser stehenden Trichter nicht durchfrieren lassen. So kam es, daß, sobald während des feindlichen Trommelfeuers die Granaten die vollgefüllten Wassertrichter zerschlugen, die in dem anstoßenden Unterstand befindlichen Leute größtenteils ertranken. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch derer gedenken, die mitten im Feuer uns die Schutzhölzer, die wir für die Unterstände brauchten, herbeischafften und Essen, Handgranaten, Verwundete und Tote trugen. Auch ihnen möchte ich als Kommandeur des Regimentes hier Dank sagen.

Frühjahr 1917 wurden wir bei dem Dorfe Roeux verwendet. Von hier, wo wir leider den Rittmeister Holtz und von der 4. Kompagnie unsere braven Georgi, Albrecht und Reblitz liegen lassen mußten, kamen wir im Sommer 1917 nach Ypern.

Die große Ypernschlacht — das dürfen wir 95er stolz sagen — haben wir allein auf breiter Front zum Stehen gebracht. Der 31. Juli war für das Regiment ein Ehrentag. Als wir hier eingesetzt wurden, war uns bekannt, daß Offensiv-Angriffe der Engländer bevorstanden. Bataillon Haxthausen mit den Kompagnien 5 bis 8 (Stupe) standen vorn, und wir fühlten, daß wir uns nicht wiedersehen würden, wenn der große Angriff begann. So kam es auch zum Teil. Das Trommelfeuer begann um 4,30 Uhr und rollte über die vordersten Stellungen. Wohlweislich ging die 7. Kompagnie (Leutnant Klemens) vor die Stellung nach vorn und rettete dadurch den Hauptteil der Kompagnie. Leutnant Stupe und Leutnant Weiß (früher Feldwebel der 6. Kompagnie) folgten ihrem Beispiel, sie sind nicht wieder gekommen. Gar mancher unserer Leute, der hier von den Engländern gefangen genommen worden war, hat sich — es herrschte starker Nebel — wieder befreit. Sie brachten mir um 6 Uhr früh Meldung von dem, was vorn geschehen war. Während dieser Zeit war nördlich von uns der Engländer schon vier Kilometer vorgekommen. Zwei Kilometer links von uns waren Bayern überwältigt worden. Was war bei uns geschehen? Die 3. und 4. Kompagnie etwas nördlich vom Bellevarde-See hatte tapfer aushalten und in dem Kampf Mann gegen Mann wahre Heldentaten geleistet. Tanks wurden durch Maschinengewehre erledigt. Ein Geschütz, das in der Nähe von Wupzaal stand, konnte nicht mehr schießen, weil seine Bedienung gefallen war. Da übernahm Bennauer mit ein paar Leuten von den Maschinengewehren das Geschütz und haben es als Infanteristen brav bedient. So haben sich die Helden großartig geschlagen, und der Feind wurde überall zurückgeworfen.

Das Bataillon des Major Bohm kämpfte während des ganzen Tags im wogenden Kampfe. Um 12, 2, 3 Uhr erfolgten Angriffe der Engländer, die immer abgeschlagen wurden. So kam die Offensive nicht mehr als zweihundert Schritte im Vorfeld voran. Elf Bataillone der Regimenter 96, 41, 58, 238 wurden mir im Laufe des 31. Juli zur Verstärkung zugeführt. Dadurch konnte die Front gehalten und wieder hergestellt werden. Nach acht Schlachttagen wurden wir endlich abgelöst. Nach einiger Ruhe kamen wir nach Monchy, und auch hier hat sich jeder Einzelne im schweren Kampf mit den Minenwerfern usw. betätigt. Immer wieder meldeten sich tapfere Leute der Mannschaft, die bereit waren, in die feindliche Stellung einzudringen, die feindlichen Truppenteile festzustellen oder sonst ihnen Abbruch zu tun. Unter anderen erhielten hier Unteroffizier Görnandt der 2. Kompagnie und Vizefeldwebel Oixel der 12. Kompagnie das Eiserne Kreuz I. Klasse für Tapferkeit.

Von Monchy kamen wir nach dem Houthoulster Forst, der uns als Schreckensgegend immer in Erinnerung bleiben wird. Besonders die Schutzholz- und Essenträger erlitten hier im Sperrfeuer die größten Verluste. In dieser schwersten Zeit — wir lagen 6 Wochen auf diesem aufgewühlten Trichterfeld — ist manche Heldentat von unseren 95ern vollbracht worden. Ich nenne nur den Musketier Boß der 1. Kompagnie. Er war ein stämmiger, breitschultriger Mann, ein Haudegen, den man im Kampfe brauchen konnte. Eines Tages kroch ich bei Nebel die vordersten Horchposten ab und sah etwa zweihundert Meter vor unserem vorgeschobenen Ma-

schinengewehr einen Mann, der unbewaffnet sich unserer Stellung näherte. Ich hielt die Mannschaft vom Schießen ab, denn ich vermutete einen englischen Überläufer. Der „Engländer" hieß aber Boß, und auf meine Frage: „Menschenskind, woher kommen Sie? Waren Sie denn gefangen gewesen?" antwortete er: „Nein, ich wollte nur Cornedbeef und Rasierseife holen." Ich verbot ihm solche Scherze. Der Erfolg meiner Rede war, daß er am nächsten Tage bei hellem Sonnenschein 12 Uhr mittags wieder hinüberging. Dabei sah er in einem Graben 8 bis 10 schlummernde Engländer. Er lief zurück, um seine Wahrnehmung zu melden, und Leutnant Vogt hob mit ein paar Mann, darunter Fixel, das Nest aus und brachte die Gefangenen im Gänsemarsch zu uns herüber. Ich habe Boß dafür zuerst das E. K. I. gegeben, drei Stunden später beförderte ich ihn zum Unteroffizier wegen Tapferkeit vor dem Feinde. Ich wollte ihm die Freude gönnen, das E. K. I als „Musketier" erworben zu haben. Dann nahm ich ihn ins Gebet und verbot ihm solchen Leichtsinn. Hoch und heilig versprach er mir Gehorsam. Leider ist er drei Tage später gefallen. —

Anfangs Dezember 1917 wurden wir nördlich Paschendaele eingesetzt. Der Kampf wogte hin und her, und es schien, als ob die Engländer alle Mittel anwenden wollten, um den Feldherrnhügel zu stürmen, der — genau wie Höhe 304 — das ganze Hinterland übersehen ließ. Er durfte nicht in die Hände des Feindes kommen. Überlegene englische Truppen griffen den Feldherrnhügel an, alle Angriffe wurden von den Unsrigen mit todesmutiger Tapferkeit abgeschlagen. Nur an einer Stelle wurde unsere Front eingedrückt, und das wäre uns verhängnisvoll geworden, wenn nicht Lt. d. Res. Rößger mit 20 Mann, dem Reste seiner Kompagnie, einen Flankenstoß ausgeführt hätte. Die Einbeulung blieb freilich bestehen. Nunmehr setzte sich das 3. Bataillon unter Lt. d. Res. Martini zum Gegenstoß ein. Sein Weg war schwer. Aber der Angriff erfolgte, und die Front wurde glatt gemacht. Wer fehlte noch? Die großartig vorgestoßene Patrouille des Leutnants Voigt. Der saß mit seinem braven Burschen und einigen Unteroffizieren im seitlich gelegenen Granattrichter. Die Feinde waren um sie herum gekommen und hatten sie abgeschnitten. 28 Stunden haben sie sich so gehalten. Beim Gegenstoß wurden sie befreit. Von den Tapferen ist, glaube ich, keiner mehr am Leben. Fürwahr Heldentaten, die verewigt zu werden verdienen.

Wir erhielten nun Auftrag, von Paschendaele nach Armentières zu marschieren. Die Offensive führte uns bis nach Bailleul. Dahin zu kommen, war ein schwerer Weg. Wir kamen langsam, aber unentwegt vor. Als aber die Flanke nicht mehr mitging, waren wir zum Stillstand gezwungen. Auch wurden durch den Riesenpark von Autos den stark dezimierten feindlichen Truppen während der Nacht wieder neue Kräfte zugeführt. So begannen für uns wieder schwere Zeiten. An Minieren war in diesem Gelände nicht zu denken. Wir mußten oben auf dem Boden oder in den flachen Gräben liegen und waren den zermalmenden Geschossen ausgesetzt. Die 8. Kompanie (Metzer) hatte sich in diesen Tagen weit vorn besonders ausgezeichnet und Schönes geleistet.

Nunmehr wurde dem Regiment eine kurze Ruhe gewährt. Mir selbst ist es leider nicht möglich gewesen, den Feldzug bis zu Ende bei den 95ern zu verbringen, da ich Kommandeur der 55. Infanterie-Brigade wurde. So übergab ich das Regiment Anfang Juni 1918 dem Major Freiherrn von Wangenheim.

* * *

## II.

### Von Oberstleutnant Freih. von Wangenheim.

Nach einigen Ruhetagen bei Barroeul, südwestlich Lille, wurde das Regiment am 17. Juni bei La Bassé mit dem linken Flügel am La Bassée-Kanal, mit dem rechten Flügel im sogenannten Trichtergelände eingesetzt. Der Abschnitt galt als ein ruhiger. Die eigene wie die feindliche Infanterie- und Maschinengewehrtätigkeit beschränkte sich auf Beschuß von Fliegern und Streufeuer während der Nacht, sowie vereinzelte Feuerüberfälle der beiderseitigen Artillerie auch mit Gasgranaten auf dem gesamten Abschnitt. Das Feuer steigerte sich an einigen Tagen zu kurzem Vernichtungsfeuer in einzelnen Abschnitten. Die eigenen wie die feindlichen Minenwerfer und Granatwerfer verhielten sich in dieser Stellung sehr rege. Die feindlichen Minenwerfer richteten in der Stellung viel Schaden an, sodaß des nachts fleißig am Ausbau der Stellung gearbeitet werden mußte. Von allen Kompagnien der vordersten Linie wurde durch regen Patrouillengang die feindliche Stellung dauernd beobachtet. Dank ihrer Umsicht, Entschlossenheit und Tapferkeit, vereint mit der unermüdlichen Aufklärungsarbeit der Flieger, wurde jede Veränderung in der feindlichen Stellung bekannt, sodaß feindliche Angriffsabsichten durch Minenwerfer- und Granatfeuer, sowie durch Vernichtungsfeuer der Artillerie sofort im Keime erstickt werden konnten. Der schneidigen Patrouillenführer und ihrer Mannschaften sei hier besonders ehrend gedacht. Was diese Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften in dem anstrengenden, aufreibenden und gefahrvollen Dienst während des ganzen Krieges geleistet haben, ist über alles Lob erhaben und verdient in der Geschichte des Krieges ein ganz besonderes ehrendes Gedenken.

Eine epidemisch auftretende Grippe schwächte die Kampfkraft des Regimentes von Tag zu Tag mehr und mehr, sodaß es am 4. Juli abgelöst werden mußte und Ruhequartier in Cysoing bei Lille bezog. Hier wurde am 19. Juli der Geburtstag Sr. Königlichen Hoheit des Herzogs von Sachsen-Coburg und Gotha gefeiert. Se. Königliche Hoheit, am Tage vorher eingetroffen, nahm am 19. Juli die Parade über das Regiment ab und widmete seinen 95ern begeisterte Worte der Anerkennung über sein Verhalten vor dem Feinde. Jedem 95er wird es für sein ganzes Leben eine stolze Erinnerung bleiben, daß Se. Königliche Hoheit Leid und Freud während des ganzen Verlaufs des Krieges mit seinem Regiment getreulich getragen hat. Den tapferen Toten seines Regiments hat Se. Königliche Hoheit ein ehrendes Denkmal durch eine große Geldstiftung für die Hinterbliebenen gesetzt.

Die wohltuende Ruhe für Mann und Roß in Cysoing fand einen kurzen Schluß in den ersten Tagen des August. Der Feind war südwestlich St. Quentin durchgebrochen und hatte unsere Truppen in breiter Front zurückgedrängt.

Mit Lastautos wurde das Regiment über Cambrai, La Pavé, Gouzeaucourt, Fins, Peronne nach Villers Carbonnel gebracht und lag am 10. August in einer Bereitschaftsstellung bei Chaulnes — etwa in der Mitte zwischen La Fère - Amiens. —

Am Nachmittag wurde das Regiment zum Angriff auf Maucourt — Chilly angesetzt, das zweite Bataillon rechts, das erste links, das dritte in zweiter Linie. Ungestört vom Feinde vollzog sich die Entwicklung der Bataillone zum Angriff. 5 Uhr Nachmittag traten die Bataillone zum Angriff an. Eigene Schlachtgeschwader begleiteten den Angriff. Unter geschickter Ausnutzung der vorhandenen Gräben wurde die Bahnlinie La Fère-Amiens erreicht. Aus der rechten Flanke erhielten die vorgehenden tapferen Bataillone Maschinengewehr- und Artilleriefeuer. Feindliche Maschinengewehrnester leisteten den vorstürmenden Kompagnien Widerstand, aber wie immer im Verlauf des ganzen Krieges: dem unvergleichlichen Ansturm unserer Truppen haben schwarze und weiße Engländer und Franzosen auch hier nicht standhalten können. Die 6. und 1. Kompagnie erbeutete je 1 Maschinengewehr. Gegen 7 Uhr 30 abends kam der Angriff dicht vor Chilly zum Stehen. Die 4. Kompagnie erreichte den Nordostrand des Ortes. Mit Einbruch der Dunkelheit ließ die Gefechtstätigkeit nach und hörte fast ganz auf. An den folgenden Tagen wogte der Kampf hin und her. Die Bataillone, auch das 3. Bataillon, das inzwischen eingesetzt war, beseelt vom alten deutschen Angriffsgeist, griffen immer wieder mit Teilen an. Das sog. Krähen- und Amselwäldchen, von dem ebenso wie von Chilly so gut wie nichts mehr zu sehen war — es ist das Gelände der Sommeschlacht 1916 —, war der Hauptkampfpunkt. In der Nacht vom 11. zum 12. August kam zum erstenmal seit dem 8. August wieder warme Verpflegung nebst Getränken an die Truppen. Bis zum 26. August wogte der Kampf nur mit kurzen Unterbrechungen. Heldentaten wurden von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften verrichtet. Mit dem edlen Blute manches tapferen Kameraden wurde der Boden getränkt, aber immer wieder beseelten soldatischer Geist und glühende Vaterlandsliebe die Truppe zu neuen Taten.

Am 26. August begannen die Rückzugskämpfe über Omiecourt bis östlich der Somme nach Monchy La Gasche. Fünf Offizierpatrouillen blieben zurück, um den Rückzug zu decken. Sie hatten keine leichte Aufgabe zu erfüllen, aber glänzend haben sie sie gelöst. Ohne Verlust erreichte das Regiment Monchy La Gasche.

Am 31. August wurde das Regiment nach Peronne gezogen und stellte sich südlich Bussu in Bereitschaft. Nachmittags wurde das erste und zweite Bataillon, später auch das dritte Bataillon zum Angriff Richtung Clary, nördlich Peronne, angesetzt. Das Regiment trat von neuem in schwere verlustreiche Kämpfe. Ohne Rücksicht auf Verluste traten die Bataillone immer und immer wieder zum Angriff an, die ganze Nacht tobte der Kampf, ohne uns nennenswerten Geländegewinn zu bringen. Am 1. September morgens setzte starkes feindliches Trommelfeuer gegen

den ganzen Abschnitt ein. Bald darauf griff der Feind an. Vor dem eigenen Abschnitt wurde der Angriff durch überhöhendes Maschinengewehrfeuer niedergehalten. Dem Gegner gelang es hingegen, in den Abschnitt links einzudringen und von dort die Front nach rechts aufzurollen. Das erste Bataillon mußte deshalb nach tapferer Gegenwehr zurückgehen, um nicht abgeschnitten zu werden. Das zweite und dritte Bataillon mußte gleichfalls folgen bis in die Linie Peronne-Zuckerfabrik-Mont St. Quentin. Diese Linie wurde gehalten und jeder weitere Angriff durch unser vorderste Linie und durch ganz besonders tatkräftige Unterstützung der Maschinengewehre blutig abgeschlagen.

Am 3. September wurde der weitere Rückzug auf die Tincourt-Stellung und am 6. September in die Stellung nach Templeux-Le Gerard, südwestlich Cambrai, unter dem Schutze von zurückgelassenen Patrouillen angetreten und diese Stellung ohne Verluste erreicht.

Der neue Abschnitt des Regiments bestand in einem großen Steinbruch, der in den kommenden Tagen nachhaltig zur Verteidigung eingerichtet wurde. Die feindliche Tätigkeit war im allgemeinen gering. Am 17. September lag das dritte Bataillon im Steinbruch, das erste Bataillon in Bereitschaft und das zweite in Reserve. Am 18. September 5 Uhr morgens setzte starkes feindliches Trommelfeuer auf breiter Front ein. Durch Nebelgranaten ging jede Sicht verloren. Eine halbe Stunde später griff der Gegner an. Durch Umfassung gelang es ihm, sowohl das dritte Bataillon im Steinbruch, als auch das erste Bataillon in der Bereitschaft im Rücken zu fassen. Nach tapferer Gegenwehr wurden große Teile dieser Bataillone gefangen genommen. Der Rest, sowie das zweite Bataillon wurden am 20. September aus vorderster Linie abgelöst und traten am 21. September den Rückmarsch in die Unterkunftsorte nach Solesmes, das zweite Bataillon nach Briastre an.

Am 29. September wurde das Regiment alarmiert, um südöstlich Cambrai auf dem Höhenrücken zwischen Wambaix und Lesdain in zweiter Linie sich bereitzustellen. 9 Uhr vormittags trafen die Bataillone in ihren Stellungen ein und gruben sich, soweit keine Gräben vorhanden waren, in Schützenlöchern ein. Die eigene Artillerie war sehr tätig, die feindliche im ganzen ruhig. Am 5. Oktober, in der Nacht wurde das vor uns liegende bayerische Regiment zurückgedrängt, im Gegenstoß wurde der alte Abschnitt wieder erreicht und der Feind geworfen. 2 Uhr nachmittags griff der Gegner wieder an, die bayrischen Truppen gingen zurück, und der Feind arbeitete sich näher an unsere Linie heran. Reger Verkehr hinter der Front des Feindes ließ einen feindlichen Großangriff für nahe bevorstehend erscheinen. Am 8. September, 5 Uhr 30 morgens, setzte auf breiter Front stärkstes feindliches Trommelfeuer ein. Der ganze Abschnitt wurde dicht vernebelt. Gegen 6 Uhr 45 Min. morgens brach der Feind mit starken Kräften vor. Es gelang ihm, die Stellung südlich Lesdain zu nehmen, in dem Tale von Lesdain vorzukommen und den Regimentsabschnitt unter gleichzeitigem Frontalangriff von Norden und Süden, die vor uns liegenden Bayern überrennend, aufzurollen. Der größte Teil des Regiments, einschließlich der 3 Bataillonsstäbe, wurde nach heftigen Einzelkämpfen

unter großen Verlusten gefangen genommen. Der kleine Teil des Regiments wurde in einer Stellung weiter rückwärts gesammelt und in der Nacht nach Vendregies au Bois zurückgezogen. Am 9. Oktober wurde aus Mannschaften der Bagage eine Abteilung zusammengestellt, die eine Aufnahmestellung bei Solesmes am Bahndamm bezog. Aus den Resten des Regiments wurden zwei Bataillone, jedes zu drei Kompagnien, gebildet. Im Kampfabschnitt setzte am 12. Oktober starkes Trommelfeuer mit darauffolgendem Infanterieangriff ein. Die Linie wurde jedoch gehalten.

Am 14. Oktober wurde das Regiment aus der vordersten Linie herausgezogen und in Marsch gesetzt, um am 26. Oktober an der Schelde, südöstlich Courtray, in Belgien eingesetzt zu werden. Von hier aus wurde am 7. November der weitere Rückzug in die Gegend von Ronse, am 10. November von Pamel und am 12. November der Rückmarsch in die Heimat über Brüssel, Löwen, Bergheim, Köln, Opladen, Bodelschwingh, Elberfeld, Hamm, Güterloh, Lemgo, Duderstadt, Mühlhausen angetreten. Am 16. Dezember traf das Regiment in Gotha ein, einige Tage später das zweite Bataillon in Hildburghausen und das dritte Bataillon in Coburg.

Gegen eine Welt von Feinden hatte das deutsche Heer über 4 Jahre Übermenschliches geleistet. Die 95er haben an diesen Taten ruhmreichen, unsterblichen Anteil genommen. Tapfer und pflichtgetreu haben sie sich in diesen schweren Zeiten des Endkampfes gezeigt, würdig ihrer jahrhundertlangen Überlieferung, getreu ihrem Eide für Kaiser, Fürst und Vaterland. Leider gestattet der mir zur Verfügung stehende enge Raum nicht, Heldentaten Einzelner hervorzuheben. Des 95ers, der treu und gewissenhaft an seinem Platze seine Pflicht erfüllt hat, wird in Ehren und Anerkennung in allen Zeiten gedacht werden.

Vor den Kameraden, die ihre Treue mit dem Tode besiegelt haben, neigen wir uns in Ehrfurcht. Mit ehernen Lettern wird ihr Name in der Geschichte des Deutschen Vaterlandes geschrieben stehen. Die Fürsorge für die Hinterbliebenen und die Fürsorge für die, denen der Krieg Gesundheit und Kraft genommen hat, sind der Lebenden erste und vornehmste Pflichten und heiliges Vermächtnis.

Als letztem Regimentskommandeur des Königlich preußischen 6. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 95 sei es mir gestattet, an dieser Stelle der beiden Kommandeure zu gedenken, die während des Krieges an seiner Spitze gestanden haben.

Oberst von Berg, der mit dem Regiment ins Feld gerückt ist, hat im Frühjahr 1915 an der Spitze desselben den Tod gefunden. Für alle 95er, die ihn kannten, wird er fortleben als ein gerader, offener Mann, gerecht gegen seine Untergebenen, geehrt und geliebt von allen.

Oberst von Selle war es vergönnt, während der drei erhebendsten Jahre des Krieges an seiner Spitze zu stehen, es in Ost und West zu Ruhm und Sieg zu führen und neue Lorbeeren an die ruhmgekrönten Fahnen, würdig unserer Väter von 1866 und 1870, zu knüpfen.

Möge Jung-Deutschland aus der Geschichte dieses stolzen Regiments lernen, daß Vaterlandsliebe, Treue, Mannesmut und Gehorsam die Stützen eines Staates mit Weltgeltung waren, sind und ewig bleiben.

# Vom Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 32.

Von Hauptlehrer Marr.

1914:

Am 1. August wurde die Mobilmachung befohlen. Einige Tage darauf wurde in Meiningen das Landw.-Inf.-Regt. 32 zusammengestellt. Am Morgen des 12. August rückte das Landw.-Inf.-Regt. 32 über Frankfurt a. M. und Worms an die westliche Reichsgrenze bis Busendorf bei Metz. Da die Franzosen in dieser Gegend erwartet wurden, mußte das Landw.-Inf.-Regt. 32 hier sofort Schanzarbeiten verrichten. Während dann das 2. Bataillon zur Grenzbahnbewachung herangezogen wurde, rückten das 1. und 3. Bataillon weiter und hatten am 25. August heftige Kämpfe mit den Franzosen bei Lanhères zu bestehen. Bald darauf wurden das 1. und 3. Bataillon aus der Gefechtsfront herausgezogen, und das ganze Regiment kam zur Etappen-Inspektion der 5. Armee. Mitte November 1914 schied dann das 2. Bataillon aus dem Regimentsverbande aus und kam als leicht verschiebbare Reserve zur Armee Falkenhausen. Dort hatte das Bataillon vom 7.—10. Dezember im Priesterwald schwere Kämpfe zu bestehen.

1915:

Nach dem Eintreffen neuer Ersatztruppen bezog das 2. Bataillon Mitte Januar eine neue Waldstellung im Mort Mare, wenige Kilometer südlich von Thiaucourt, wo es furchtbare Osterkämpfe zu bestehen hatte. Das Bataillon hatte dabei nicht nur den eigenen Abschnitt zu verteidigen, sondern mußte auch in den weiter rechts liegenden Abschnitten bis zum Bahndamm bei Flirey mit eingreifen. Nach diesen Kämpfen bezog das Bataillon zunächst eine Stellung im Combois bei Montsec, nahm von Mitte Juni bis Mitte Juli an den Kämpfen auf der Lorettohöhe teil, kehrte dann in die alte Stellung bei Montsec zurück und bezog noch einmal die im Winter zuvor angelegte Stellung im Priesterwald. Anfangs August kehrte das Bataillon endlich zurück zum 1. und 3. Bataillon des Landw.-Inf.-Regts. 32, die beide seit Januar 1915 ebenfalls aus der Etappen-Inspektion der 5. Armee herausgezogen und zum XVI. Armeekorps in die Argonnen versetzt worden waren, und blieb nun beim Regimentsverbande bis zum Kriegsende. Ein volles Jahr noch nahm das gesamte Regiment an den Stellungskämpfen in den West- und Ost-Argonnen teil.

1916:

Am 1. August schied das Landw.-Inf.-Regt. 32 vom Verbande des XVI. Armeekorps aus und rückte an die Ostfront nach Galizien. Sofort nach seiner Ankunft hatte das Regiment im Verein mit ungarischen und österreichischen Truppen vom

7.—10. August bei Bialkiernica und Olejow mit den Russen furchtbare Kämpfe zu bestehen, doch gelang es ihm endlich nach den Kämpfen an der Zlota-Gora und bei Jaroslawice, die von Anfang bis Ende September andauerten, den russischen Vormarsch in diesem Gefechtsabschnitt zum Stehen zu bringen. Vom Oktober ab begannen die Stellungskämpfe bei Zborow.

1917:

Mit Beginn dieses Jahres bezogen die einzelnen Kompagnien Stellungen, die zwischen österreichischen Truppen lagen. Am 1. Juli begann die russische Brussilow-Offensive. Das 1. Bataillon des Landw.-Inf.-Regts. 32, das hinter österreichischen Jägern und Bosniaken bei Koniuchy in Reserve lag, mußte sofort mit eingreifen und den Hauptstoß der russischen Offensive abwehren. Am 18. Juli schon setzte an der Zlota-Gora und bei Zborow, wo das 2. und 3. Bataillon des Landw.-Inf.-Regts. 32 lagen, die deutsch-österreichische Gegenoffensive ein, wobei die Russen aus ganz Galizien hinausgedrängt wurden und erst an der russischen Grenze am Zbrucz wieder eine feste Stellung beziehen konnten. Das ganze Landw.-Inf. Regt. 32 hatte an dieser Gegenoffensive hervorragenden Anteil und zeichnete sich besonders noch in den furchtbaren Kämpfen beim Uebergang über den Zbrucz aus. Nach diesen Kämpfen bezog das Regiment im Verbande der 197. Inf.-Division eine Stellung in der Gegend Trembola-Tarnopol. Anfang Dezember schied dann das Landw.-Inf.-Regt. 32 aus dem Verbande dieser Division aus und kostete im früheren Abschnitt der 12. Landw.-Division nochmals einen echt galizischen Winter unter den Anstrengungen und Entbehrungen des Grabenlebens.

1918:

Als anfangs 1918 sich die russische Front auflöste, folgten das 1. und 3. Bataillon des Landw.-Inf.-Regts. 32 den Russen in die Ukraine nach. Bald war die Hauptstadt, das „heilige Kiew", erreicht, worauf auch in den Ostertagen das 2. Bataillon nachrückte. Bei der Heeresgruppe Eichhorn hatte dann das Regiment noch manchen unvergeßlichen Strauß auszufechten. Die Orte Kiew, Lockwiza, Korsun, Niezin, Chorol, Mirgorod werden den 32ern stets in Erinnerung bleiben. Die Tücke der einheimischen Bevölkerung oder auch Unglücksfälle brachen noch manches brave Soldatenherz und schlugen noch manche tiefe Wunde. Schwere, unsichere Wochen, ja Monate zogen heran, als nach der Revolution die Heimreise durch tausenderlei Gefahren in Frage gestellt wurde. Der Waffentreue und der Besonnenheit, der Kameradschaft und der Ausdauer war es aber zu danken, daß sich das Regiment wacker durchs Feindesland durchschlug.

1919:

In alter Treue noch den Rückzug anderer Truppen schützend und dann wohlgeordnet die Heimfahrt antretend, blieb das Landw.-Inf.-Regt. 32 ein Muster deutscher Standhaftigkeit, und so war es ihm vergönnt, über Kowel—Brest-Litowsk den heimatlichen Boden in Ehren wieder zu betreten. Anfangs Februar 1919 erfolgte dann seine wohlgeordnete Auflösung in Mühlhausen i. Th. —

## Vom Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 233.

Nach dem Tagebuch eines Offiziers berichtet vom Herausgeber.

Das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 233, am 30. August 1914 aus Kriegsfreiwilligen, Ersatzreservisten und einigen Wehrleuten formiert, wurde am 10. Oktober 1914 vom Truppenübungsplatz Ohrdruf aus nach dem westlichen Kriegsschauplatz abtransportiert. Nachdem das Regiment bei Roulers seine Feuertaufe erhalten hatte, wurde es in schwere, verlustreiche Kämpfe vor Langemark und Poelkapelle verwickelt, die erst Ende Oktober ihren Abschluß fanden. Nun galt es, die gewonnene Stellung auszubauen und für den Stellungskampf, der uns vom Dezember 1914 bis April 1915 die härtesten Anstrengungen auferlegte, einzurichten. Endlich, am 22. April 1915, war nach einem Winter voll Grauen alles bereit zum erneuten Kampf um Ypern. Die große Durchbruchsschlacht vom 22. bis 23. April, die wir mit unserem ersten Gasangriff eröffneten, führte das 26. Reservekorps, dem unser Regiment angehörte, über Langemark bis zu den Höhen drei Kilometer nördlich Ypern. In der neugewonnenen Stellung blieb das Regiment — ohne Reserven! — bis zum 8. Mai. Am Morgen dieses Tages wurde nach rasendem Trommelfeuer auf die feindlichen Linien auf's neue Gelände gewonnen. Wir hatten die Höhen bei Verlorenhoek erreicht. In der Nacht erfolgte die Ablösung des Regiments. Am 22. Mai (Pfingstheiligabend) ging es unter wildem Gewitterregen auf's neue in Stellung bei St. Julien, wo auf Chateau de Langemarck ein schneidiger Angriff erfolgte, der das ganze Höhengelände nordöstlich Ypern in unsere Hand brachte. Der Kampf ging nun wieder in den Stellungskrieg über, der uns harte Arbeit, aber auch Erholung brachte.

Nach kurzer Ruhe wurde das Regiment anfangs Oktober im Gebiete der feindlichen Offensive vor Artois eingesetzt, und zwar bei Loos (Zeche 13 — Holluch), wo das Regiment schwere Kämpfe zu bestehen hatte. Stark zusammengeschossen, wurde das Regiment am 17. Oktober aus der Stellung herausgezogen und erhielt einige Ruhe, um dann bei Zonnebecke eingesetzt zu werden, wo aber bis zum Juni 1916 keine größeren Kampfhandlungen stattfanden. Auch die von den Engländern Ende Juni unternommenen Artilleriefeuerüberfälle und größeren Kampfpatrouillen, die als Scheinmanöver erkannt wurden, brachten uns keine größeren Verluste.

Gerade in der Zeit schwerster Kämpfe an der Westfront erhielt unser Regiment Befehl, aus dem alten Verbande der 51. Division auszuscheiden, um den Kampf auf dem östlichen Kriegsschauplatz im Verbande der 195. Jägerdivision fort-

zusetzen. Am 31. Juli 1916 hatte der Abtransport begonnen, und schon nach kaum einer Woche war unser Regiment in die Rückzugskämpfe der k. und k. 4. Armee verwickelt. Die russische Brussilowoffensive hatte zu dieser Zeit nicht unerhebliche Fortschritte gemacht, bei Zwyczyn war es den Russen gelungen, in die österreichischen Stellungen einzudringen. Nach harten, wechselvollen Kämpfen war es uns gelungen, die Rückzugsgefechte zum Stillstand zu bringen. Als Frontlinie in unserem Abschnitt wurde Perepelniki-Zwyczyn befohlen. Am 23. September hatten die Russen die österreichischen Linien wiederum und in beträchtlicher Ausdehnung überrannt. Das II./233 rückte vor und ging auf der Höhe zwischen Chromyszz und Markowy-Gaj in Stellung. Nach anfänglich mißlungenem Sturm auf den Gegner ging II/233, unterstützt von Österreichern und durch ein deutsches Bataillon des 173. Regiments, zum Sturm vor, der die feindliche Stellung nebst reicher Beute in unsere Hand brachte.

Bald darauf, am 5. Oktober, war wiederum die Stellung der Österreicher bei Zwyczyn durchbrochen worden. Ein energischer Angriff unserer 233er schlug den Gegner alsbald zurück. Dennoch wurde unsere Lage kritisch, denn der Gegner vermochte schier unerschöpfliche Menschenmassen einzusetzen. Da erschien in der Stunde höchster Not unser aus der Reserve von Lukawiec herangezogenes 2. Bataillon. Mit seiner Hilfe gelang es, den mit großen Kräften zum Durchbruch angesetzten Angriff des an Zahl weitüberlegenen Feindes abzuschlagen. Freilich ein Tag schwerster Verluste!

Nach einem ruhigen Monat — die Kampftätigkeit war abgeflaut, die Mühseligkeiten des Stellungskrieges hatten wieder begonnen — wurde uns durch einen russischen Überläufer verraten, daß der rechte Abschnitt des Regiments unterminiert und die Sprengung für die Nacht vom 12. zum 13. Februar 1917 geplant sei. Als tatsächlich zur angegebenen Zeit die Explosion erfolgte, war unsere 1. Linie bereits geräumt, und die zum Angriff vorgehenden russischen Reserven brachen unter unserem Maschinengewehrfeuer zusammen. Als wir durch nachfolgende Überläufer Kenntnis erhalten hatten, daß unsere Linie an mehreren Stellen unterminiert sei, wurde die Zerstörung der Stollen einer Kampfpatrouille befohlen, deren heldenmütige Arbeit, anfangs von vollem Erfolg begleitet, später durch widrige Umstände beeinträchtigt wurde, sodaß es dem Gegner — freilich nur unter schwersten Verlusten — gelang, eine Bresche in unsere Linie zu schlagen.

Nachdem unser Regiment acht Monate schwerster Kriegsarbeit bei unzureichender Verpflegung, in fortwährende Kämpfe mit einem an Zahl weit überlegenen Gegner verwickelt, an der Seite eines wenig zuverlässigen Bundesgenossen, oft unerträglicher Hitze, aber auch strengster Kälte ausgesetzt, in Galizien verbracht hatte, erhielt es Befehl, wieder in die Kampffront des westlichen Kriegsschauplatzes einzutreten.

Bei Bercelaire im Ypernbogen begann der Kampf und wurde nach kurzer Ruhe in der Wytschaeteschlacht fortgesetzt, um in der Flandernschlacht seinen vorläufigen Abschluß zu finden. Insbesondere die Flandernschlacht brachte Großkampf-

tage, an die alle Beteiligten mit Grauen denken werden. Bei Paschendaele ging das Regiment in Stellung, die unter dem stärksten englischen Feuer zur Hölle wurde, aus der es am 13. Oktober abberufen wurde, nur noch bestehend aus drei Sammelkompagnien, jedes Bataillon hatte nur noch eine Kompagnie.

Nach solchen Tagen des Schreckens war dem Regimente die Nachricht von seinem bevorstehenden Abtransport nach Italien nicht unwillkommen. Schon am 26. November stand es in der Nähe der italienischen Grenze. Inzwischen war aber der Waffenstillstand mit Rußland geschlossen worden. Viele Streitkräfte, die dort Verwendung gefunden hatten, waren frei geworden. So marschierte unser Regiment in anstrengenden Märschen zurück nach Triest, von wo sein Abtransport nach dem Oberelsaß erfolgte. Noch einmal bescherte der westliche Kriegsschauplatz unseren 233ern einen Großkampftag. Am 21. März 1918 wurden bei Legnicart, nördlich Cambrai, die feindlichen Stellungen durchbrochen. Hier sah das Regiment zum ersten Male einen feindlichen Tankangriff, der durch unsere Tankabwehrbatterie bald zum Stehen gebracht wurde.

Nach längerem Stellungskampf wurde das Regiment am 1. Mai in das vom Kriege noch unberührte Dorf Fressies zurückgenommen, wo am 7. Mai zu allgemeiner Überraschung seine Auflösung erfolgte. Der Regimentskommandeur entließ die einzelnen Bataillone mit Dankesworten für die während des dreieinhalbjährigen Feldzuges geleisteten Dienste, alsdann erfolgte der Abtransport in die Gegend von Metz, wo die 233er in die Reihen der 239. Infanterie-Division eingefügt wurden. Bis zum Ausgang des Krieges wich eine gewisse Mißstimmung über die unerwartete Auflösung des Reserveregiments nicht von den Gemütern der 233er, die in treuer Pflichterfüllung unter großen Anstrengungen und Entbehrungen ihrem Vaterlande gedient hatten.

## Vom Infanterie-Regiment Großherzog von Sachsen (5. Thür.) Nr. 94.

Von Otto Eberhardt.

Am 10. August 1914 überschritten die ersten Teile des Regiments von St. Vith aus die belgische Grenze. Nach Änderung der ursprünglichen Richtung marschierte es gegen Namur, wo es erst im Osten, dann im Norden der Festung eingesetzt wurde. Nach Niederkämpfung des Forts Marchovelette durch Artillerie gelangte II/94 als erste deutsche Formation am 23. August nach 3 Uhr nachmittags in das Innere der Stadt, mußte sie aber wegen eigenen Artilleriefeuers wieder räumen, um abends erneut einzudringen. Am nächsten Tage ergab sich Fort de Heriberts wenigen Offizieren und Mannschaften des Regiments.

Um wieder zur 3. Armee zu stoßen, marschierte das Regiment nach Südwesten ab, erhielt aber unterwegs den Befehl Kehrt zu machen, um von St. Vith aus nach dem Osten befördert zu werden und in Ostpreußen gegen die Russen Verwendung zu finden.

Am 5. September begann der Vormarsch von Allenstein nach Nordosten. Am 9. September Gefecht bei Sechserben, am 15. September Verfolgung des geschlagenen Feindes, am 11. September Gefecht bei Albrechtsau, am 12. und 13. September anstrengende Verfolgungsmärsche bis dicht zur russischen Grenze.

Am 21. September wurde das Regiment in Labiau nach dem österreichischen Kriegsschauplatz verladen. Von Krakau aus stieß es bis zur Weichsel gegenüber Annapol vor (Gefechte bei Wodzislaw und am 3. und 4. Oktober bei Opatow). Mitte Oktober marschierte das Regiment über Radom (Vorbeimarsch an Hindenburg) und Lodz unter anstrengenden Märschen quer durch Polen über die deutsche Grenze. (Durchbruch bei Strykow, Novosolna Ende Oktober). Nach der Umgruppierung erfolgte der zweite Einmarsch in Polen bei Peisern. Glückliches Gefecht bei Chelmno am 14. November, bei Janowice am 18. November (6/94 wirft ein russisches Bataillon aus seiner Stellung), am 19. November die unglücklichen Gefechte mit schwersten Verlusten bei Porszewice-Swiontniki und Vola-Zytowka. Es folgte der Rückzug in eine Verteidigungsstellung am Ner. Der 2. Dezember wurde der größte Ruhmestag des Regiments: Erstürmung der Höhe 181 bei Lutomiersk (Friedhof von Bechcice) und Halten der Stellung gegen heftige Angriffe. Der Einnahme von Lodz folgten Kämpfe bei Wioncyn Gorny am 9. und 14. Dezember.

Vor Weihnachten begann der Stellungskrieg in Mittelpolen, der sich bis Mitte Juli 1915 ausdehnte.

Mitte März 1915 verlustreiche Kämpfe mit wechselndem Erfolg bei Bartoszowka. Im April angenehme Stellung bei Inowlodz, von Mitte Mai bis Ende Juni Stellung bei Rawa.

In der Sommeroffensive 1915 im Osten fand das Regiment schwere, aber erfolgreiche Aufgaben.

Anfang Juli wurden die 94er westlich Praßnitz eingesetzt, nahmen am 13. Juni Kolaki und die Höhe 175 und stürmten noch an demselben Tag die für uneinnehmbar geltende wichtige Stellung von Gorne. Am 14. Juni griff das Regiment verlustreich die Stellung bei Zaluze-Patorn und Trentowo ohne Erfolg an, nahm sie aber am folgenden Tag im Sturm. Nach ebenfalls verlustreichem Gefecht am 16. Juli bei Truszki zogen sich die Russen auf Pultusk zurück. Am 23. Juli wurde der Narew durchwatet und der Angriff fortgesetzt, kam aber bald zum Stehen. Von Rozan aus ostwärts erreichte das Regiment unter leichteren und schwereren Gefechten (in 68 Tagen 42 Gefechte) und mit erheblichen Verlusten die Gegend von Lida, von wo aus es nach dem Westen kam.

Von Anfang Oktober bis Mai 1916 war das Regiment in Stellung zwischen Oise und Aisne, seine Hauptaufgabe bestand in der Patrouillentätigkeit.

Die Monate Mai bis September stand das Regiment vor Verdun. Trotz größter Tapferkeit waren ihm Erfolge nicht beschieden. Unsere Unternehmungen gegen Höhe 304 und Toten Mann mißlangen.

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY
NOV 8 1922


Am 20. Oktober bezog 94 eine Stellung im Sommegebiet. Gleich am ersten Tag hatte III/94 einen starken englischen Angriff unter großen Verlusten aufzuhalten. I/94 unternahm am 26. Oktober einen Angriff zur Rückeroberung von Gelände, mußte das gewonnene aber wieder räumen.

Nach einigen ruhigen Wochen an der Nordseeküste wurde das Regiment kurz vor Weihnachten nördlich der Somme bei Miraumont und im Februar 1917 bei Serre eingesetzt. Häufige feindliche Vorstöße wurden abgewiesen. Gegen Ende Februar wurde die Siegfriedstellung besetzt. Auch hier Kämpfe mit nachfolgenden Engländern und am 2. April ein erfolgreicher Vorstoß.

Bei Roeux stürmte das Regiment am 16. Mai zwei Linien der Engländer und den Bahnhof, mußte diesen aber wieder aufgeben.

Ende Juli war das Regiment in Flandern bei Freezenberg-Verlorenhoek. Zum heißesten Großkampftag kam es hier am 31. Juni. In heldenhafter Verteidigung und unter schwersten Verlusten wurden ihm zwei Stellungen weggenommen, doch ihr Ziel, den Durchbruch, erreichten die Engländer nicht.

Nach Neuaufstellung war das Regiment im September und Oktober wieder an der Arrasfront tätig, um im November wiederum in Flandern südlich des Houthoulsterwaldes eingesetzt zu werden. An einem weiteren Großkampftag (2. Dezember) wurden bei Paschendaele die Engländer nach kleinen Erfolgen durch Gegenstoß blutig zurückgeworfen. Von Flandern kam das Regiment Anfang April 1918 weg, um bei der Offensive an der Lys verwendet zu werden. Am 11. April erzwang die 10. Kompagnie den Übergang über die Lys, Pont de Nieppe wurde gestürmt und am 24. April ein größerer englischer Angriff abgeschlagen. Mai und Juni wurde das Regiment bei La Bassée eingesetzt, aber im Juli wegen starken Auftretens der Grippe aus der Front herausgenommen.

Infolge des dem Feind am 8. August gelungenen Durchbruchs wurde das Regiment am 9. August bei Chaulnes eingesetzt. Am nächsten Tag schlug es mehrere englische Tankangriffe mit eigenen Mitteln ab. Nach weiteren Kämpfen verlor das Regiment am 31. August nördlich Peronne seine vordere Stellung, eroberte sie aber am selben Tag wieder zurück.

In den folgenden Tagen wurde die Front unter schweren Kämpfen zurückverlegt. Ein besonders verlustreicher Tag war der 18. Oktober bei Templeux le Guerard. In den nächsten Wochen kämpfte 94 südlich Cambrai, wo es am 8. Oktober 90% seines Bestandes verlor. Mit durchschnittlich 16 Mann Kompagniestärke beteiligte sich das Regiment noch an den folgenden Kämpfen. Am 10. November sollte das Regiment westlich Brüssel nochmals eingesetzt werden, da erhielt es die Nachricht von den politischen Umwälzungen in der Heimat. Am Tage darauf wurde der Waffenstillstand abgeschlossen.

Nun begann der Rückmarsch über Lüttich-Aachen-Elberfeld und weiter nach Weimar, wo das Regiment am 18. Dezember herzlich empfangen wurde, um dann aufgelöst zu werden.

152 Offiziere und 4542 Unteroffiziere und Mannschaften — darunter eine ganze Anzahl Coburger Landeskinder — haben beim Regiment den Tod für Volk und Vaterland erlitten, haben ihr Leben für die Heimat dahingegeben.

## Vom Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 82.

Von Major a. D. Neumann.

Das Regiment wurde in Gotha aus den Bezirkskommandos Gotha, Weimar Eisenach formiert und zählte in seinen Reihen viele Coburger.

Am 10. August 1914 wurde das Regiment bei Straßburg ausgeladen und zunächst zur Sicherung der Festung gegen Süden und Südwesten verwendet. Am 27. August nach Chateau Salins befördert, wurde es auf dem rechten Flügel der gegen Nancy vorgehenden Angriffsgruppen eingesetzt. Als wir am Fuße des Grandmont bei Nancy auf 600 m den französischen Gräben gegenüberlagen, traf der Befehl zum Rückzug hinter die Seille ein, der bei Gewitterregen, von den Franzosen unbemerkt, ausgeführt wurde. Der Angriff war aufgegeben, eine Folge der abgebrochenen Marneschlacht.

Nach mehrfachem Hin- und Herziehen an der lothringischen Front erhielt das Regiment Ende September bei Beginn des Stellungskrieges einen Abschnitt bei Delme südlich Metz, den es bis Februar 1915 zu halten hatte. Schwere Schanzarbeit bei durchnäßtem Boden, Patrouillentätigkeit und kleine Vorpostengefechte füllten diese Zeit aus, in der die Rückeroberung des Dorfes Aulnois durch Kompagnien des 2. Bataillons unter Hauptmann von Olszewski das bemerkenswerteste Ereignis war. Sehr zu leiden hatten wir unter dem Feuer der starken und sehr tätigen französischen Artillerie, das von uns wegen Mangel an Munition nur selten und schwach erwidert werden konnte.

Ende Februar wurde das Regiment abgelöst, aber sofort bei den Kämpfen um Badonviller eingesetzt. Im Waldgefecht bei Brémédil zeigte die brave Thüringer Landwehr, daß sie auch im Angriff einem jüngeren aktiven Truppenteil nicht nachstand. Das Regiment nahm im Sturm ein großes Waldstück und mußte es wochenlang gegen französische Gegenangriffe halten. — Zeiten der Ruhe wechselten dann mit meist nächtlicher Schanzarbeit in vorderster Linie im Walde von Parroy unter schwierigen Verhältnissen und unter feindlichem Artilleriefeuer.

Noch einmal wurde das Regiment zu mehrtägiger Gefechtstätigkeit bei Münster und Metzeral eingesetzt, wo die Franzosen durchbrechen wollten, dann wurden wir wieder durch Bahntransport nach Chateau Salins befördert und erhielten eine Stellung zugewiesen, die südlich unserer alten Winterstellung sich bis zum Wald von Grémécy erstreckte und uns wieder Schanzarbeit, Vorpostengefechte — namentlich um das Dorf Han — und Patrouillentätigkeit brachte. Unsere Patrouillen mußten über die oft angeschwollene und mehr als mannstiefe Seille, und mit diesem

Fluß im Rücken ist manche kühne Tat verrichtet worden. Von Coburgern zeichnete sich hier vor allem Leutnant Enders aus.

Vom 15. bis 30. Oktober hatte das 1. Bataillon eine schwere Zeit in den Kämpfen bei Leintrey durchzumachen, wo es zur Unterstützung des Reserve-Regiments 60 eingesetzt wurde und starke Verluste hatte.

Im Februar 1917 wurde das Regiment in die Gegend von Laon befördert, arbeitete hier an der Siegfriedstellung und bezog sodann eine Stellung nördlich des Oise-Aisne-Kanals. Hier hat das Regiment unter schweren Verlusten in der großen Doppelschlacht Aisne-Champagne trotz feindlichen Trommelfeuers und heftiger Angriffe von Kolonialtruppen keinen Fuß breit Boden verloren.

Nach kurzer Zeit wurde dem Regiment eine neue Stellung bei La Fère zugewiesen, wiederum bei Schanzarbeit in sumpfigem Boden, Patrouillentätigkeit und schwerem feindlichen Artilleriefeuer. In diesem Abschnitt wurde das 2. Bataillon in der großen Tankschlacht bei Cambrai eingesetzt, wo es mit Auszeichnung focht.

Im Frühjahr 1918 begann die große Offensive, die nach glänzendem Anfangserfolg so traurig enden sollte.

Das Regiment mußte durch einen Angriff aus seiner Stellung durch sumpfiges Vorgelände gegen Travecy die feindliche Aufmerksamkeit von den Hauptangriffspunkten ablenken und führte diese Aufgabe glänzend durch. Zahlreiche Gefangene und Maschinengewehre waren die Beute dieses Angriffs.

Im Mai 1918 mußte das Regiment in einer Stellung gegenüber dem Chemin des dames den gegen diese Höhen vorbereiteten Angriff decken und verschleiern. So hat das Regiment bei der großen Frühjahrs-Offensive in Angriff und Verteidigung Großartiges geleistet, aber das Schwerste stand noch bevor.

In einer Stellung auf der Cote Lorraine stand das Regiment im Sommer und Herbst 1918. Hier traf es im September der große amerikanische Angriff, der nach heftigem Trommelfeuer mit ungeheurer Überlegenheit ansetzte. Das Regiment hielt stand, bis die Nachbarabschnitte genommen waren, dann mußte unter schweren Verlusten an Menschen und Material der Rückzug in die Michelstellung angetreten werden, welche aber nur von den Trümmern des armen Regiments erreicht wurde.

In dieser Stellung wurde das Regiment nach schwerer Schanzarbeit und nach Zurückweisung eines neuen amerikanischen Angriffs im November durch den schmachvollen Waffenstillstand überrascht und mußte den Rückmarsch durch Lothringen, Rheinprovinz und Pfalz nach Aschaffenburg antreten, von wo es nach Mühlhausen transportiert und dort demobilisiert wurde.

Vier Jahre hatte so das Regiment die deutsche Westgrenze geschützt, in Angriff und Verteidigung gezeigt, was alte, gut ausgebildete Soldaten leisten konnten und bis zuletzt treu dem Fahneneide musterhafte Ordnung und Disziplin bewahrt. Mit Ehrfurcht gedenken wir der Kameraden, die den Heldentod für's Vaterland

starben. Sind sie umsonst gestorben? Fast scheint es, denn untergehen muß ein Volk, das nicht mehr kämpfen kann. Mögen wir den Ruf unserer toten Heldensöhne hören und verstehen: „Exoriar aliquis nostris ex ossibus ultor."

## Vom Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 252.

Auf Grund der Regimentsgeschichte des Hauptmanns a. D. Klemm zusammengestellt von Amtsgerichtsdirektor Dr. Stoll.

Die Regimentsgeschichte des R.-I.-R. 252 von Hauptmann Klemm beginnt: Während das deutsche Feldheer in den Wintermonaten 1914/15 sich als eherne Mauer dem Ansturm der Feinde in Ost und West entgegenstemmte, wurde ungestört in seinem Rücken ein zweites gewaltiges Heer herangebildet. Zu diesem Heere gehörte das R.-I.-R. 252. Am 23. November 1914 stellten auf:

Das Ersatzbataillon des I.-R. Nr. 71 in Sondershausen das Feldbataillon Nr. 57 (Führer Major Bachfeld), das Ersatzbataillon des I.-R. Nr. 95 in Coburg das Feldbataillon Nr. 58 (Führer Hauptmann Grau), das Ersatzbataillon des I.-R. Nr. 96 in Rudolstadt das Feldbataillon Nr. 59 (Führer Major Hübner).

Am 8. Januar 1915 wurde aus diesen Feldbataillonen — Gründungstag des Regiments der 29. Dezember 1914 — das R.-I.-R. 252 unter seinem Regimentskommandeur Major Laue auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf in Thüringen zusammengestellt. R.-I.-R. 252, 253 und 254 bildeten die Infanterie der 76. Reservedivision. Divisionskommandeur war Generalleutnant Elstermann von Elster, unter dessen ruhmreicher Führung das R.-I.-R. 252 bis zum rumänischen Waffenstillstand im Frühjahr 1918 kämpfen durfte.

Das II./252 ist also in Coburg aufgestellt, und daher stammt die Verbindung des Regiments mit unserer schönen Vaterstadt. Außer III./95 ist nur II./252 geschlossen aus Coburg ausgerückt, das Regiment und alle 3 Bataillone sind zeitweise von Coburgern geführt worden, zahlreiche Coburger haben im Verband des Regiments, vornehmlich beim II., aber auch beim I. und III. Bataillon gekämpft, gesiegt und geblutet, viele auch den Heldentod erlitten — aus der Stadt Coburg allein 16: Walter Ernst, König, Höhn, Schilling, Münscher, Elsmann, Schneider, Walter Ludwig, Höllein, Allstadt, Vogt, Bauersachs, Knecht, Wicklein, Jung, Heger —, sodaß das Regiment, das ja keinen eigentlichen Standort hat, unser Coburg wohl in erster Linie mit als seine Heimat bezeichnen darf.

Um die Wende 1914/15 verließ das II./252 Coburg mit Liebesgaben vom Roten Kreuz, dem Frauenverein Coburg und vielen gastlichen Coburgern freigebig bedacht und von der Frau Herzogin wie jede aus Coburg ausmarschierende Truppe mit Blumen zum Abschied reich geschmückt.

Nachdem die 76. Reserve-Division in Ohrdruf noch weiter ausgebildet und Seiner Majestät dem Kaiser vorgestellt worden war, wurde R.-I.-R. 252, beginnend am 31. Januar 1915, in Ohrdruf verladen und nach eisigkalter Fahrt vom 2. bis 6. Februar 1915 in Gumbinnen ausgeladen. Es ging — in die Winterschlacht in Masuren. Welche Schwierigkeiten bot allein der Anmarsch! Die Schneeverwehungen waren so groß, daß am 8. Februar 1915 das gesamte Regiment zu seiner Bereitstellung bei dem Dorf Gr. Jodupönen nur im Gänsemarsch marschieren konnte. Bei Birkenfelde bekam das Regiment am 9. Februar 1915 die Feuertaufe,*) und bereits am 11. Februar 1915 überschritt es im ungestümen Siegeslauf mit dem Lied „Deutschland, Deutschland über alles" bei Plathen die russische Grenze. Die Einzelheiten der Winterschlacht können hier nicht wieder gegeben werden. Am 21. Februar bei Wolkusch war der Ehrentag des Regiments. Hatte doch das R.-I.-R. 252 allein im Kampf 30 Geschütze erobert und über 10000 Gefangene gemacht! Durch die Winterschlacht in Masuren war die 10. russische Armee vernichtet. Vom 23. Februar bis 30. März folgten Gefechte am Bobr und hierauf vom 31. März bis 6. Juni Stellungskrieg, die Namen Augustow, Bialobrzegi, Rutka Tartak, Jasionowo- und Poszeszupiewald, Biale Bloto Kupowosee und Szelmentkatal erinnern die Alten an glorreiche Waffentaten und Zeiten idyllischer Ruhe, an die jeder gern zurückdenkt.

Am 6. Juli 1915 wurde das Regiment abgelöst und vor Kowno ausgeladen. Nach schweren Vorfeldkämpfen im Dominikankawald erzwangen sich am 17. August das I. und II./252 unter ihren Führern, dem Coburger Hauptmann Hansen und Hauptmann Götz, unterstützt durch Artilleriefeuer vom rechten Njemenufer aus als erste Truppen den Übergang über den Njemen und damit den Eintritt in die Stadt Kowno. Vom 19. August bis 27. September 1915 folgte ein frischer Bewegungskrieg, der die Division im siegreichen Vormarsch über Koszedary, Penkieniki, Skiersabola, Myszagola und Wilna bis Missa unweit Smorgon brachte. Bei Myszagola, dem Schlüssel zu Wilna, hatte das R.-I.-R. 252 mit solchem Erfolg gegen die Petersburger Garde gekämpft, daß es im Heeresberichte lobend erwähnt wurde. Vom 27. September bis 16. Oktober trat für das Regiment vor Kloster Sutzkow eine kurze Zeit des Stellungkriegs ein.

Vor Missa bin ich zum Regiment gekommen, ich übernahm dort das III./252 und habe es geführt bis zur Demobilmachung am 31. Januar 1919.

Am 27. September 1915 hatte das Regiment die Höhen östlich Missa gestürmt. Als ich die Höhen überschritt, fiel mir als erstes, was ich vom Regiment sah, der frische Grabhügel eines Landsmanns, des Unteroffiziers König, in die Augen, der dort den Heldentod gefunden hat.

Vom 16. bis 27. Oktober 1915 lag das Regiment bei Shupranj in Reserve, dann wurde es abbefördert über Wilna und lag bis Ende November in und um Mitau im Kurland.

*) Ein Coburger, Eberhard, erhielt für eine Patrouille bei Birkenfeld als einer der ersten des Regiments das Eiserne Kreuz.

Vom 24. November bis 6. Dezember 1915 war das III./252 unter meiner Führung bei Berfemünde bei der sechsten Reserve-Division eingesetzt. Wir hatten keine leichte Aufgabe: die Russen hatten den Unsrigen arg zugesetzt, das dortstehende J.-R. 24 hatte einen Vorstoß gemacht, die Russen hatten im Gegenstoß den „Kahlen Berg" wieder erobert, das III./24 hatte, durch die Berse z. T. bis an den Hals im Wasser watend, zurückgemußt. Das abgekämpfte III./24 löste III./252 ab. Gleich am Tag nach der Ablösung griff der Russe an, aber alle seine Anstrengungen waren umsonst. „Berfemünde fest in unserer Hand" meldete der Heeresbericht, wir hatten unsere Aufgabe erfüllt und stießen am 7. Dezember wieder zum Regiment.

Vom Brückenkopf bei Uexküll ist im Heeresbericht oft die Rede gewesen. Dort war die einzige Stelle, wo der Russe noch diesseits auf dem linken Ufer der Düna lag. Vor Uexküll war immer „etwas los", auch wenn anderwärts Ruhe war. Dort hat das R.-J.-R. 252 fast dreiviertel Jahr (vom 7. Dezember 1915 bis 18. September 1916) treu die Wacht am Dünastrand gehalten und insbesondere den großen Russenangriff am 21. März 1916 siegreich abgeschlagen. Wie schön waren die herrlichen Waldungen um Eser, Merzendorf und Baldon, wie wunderbar der Blick vorwärts über die glitzernde Düna, in der Ferne die goldenen Dächer von Riga, auf unserer Seite der unendliche, tief dunkle Tannen- und Fichtenwald. Tadellos war unsere Stellung ausgebaut: „Nassaustellung", „Tiefland", „Buntschkeller", „Markahöhe", „alter und neuer Friedhof", „altes und neues Lager" sind jedem Mitkämpfer vertraute Namen. Natürlich hatten wir auch im Lager eine Coburger Straße, sie war die vornehmste Lagerstraße und glich mit ihren Unterständen etwa der Alexandrinenstraße in Coburg. In jenen Tagen wurden alle 3 Bataillone zeitweise von Landsleuten geführt: das I./252 von Hansen-Coburg, das II./252 von Weiland-Gotha, das III./252 von Stoll-Coburg. Die Heimat hat uns am Dünastrand nicht vergessen. Für die Liebesgaben von der Coburger Turngenossenschaft, vom Roten Kreuz, vom Frauenverein und vielen einzelnen Coburgern sei auch an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Auch sogenannte „Vergessene" habe ich nach Coburg gemeldet; eines jeden hat man sich in Coburg angenommen. Die zarten Bande sind heute vielleicht zerrissen, aber einen meiner „Vergessenen" habe ich doch vor wenigen Tagen mit seiner Braut in Coburg begrüßen können. Wir waren an der Düna eine ganze Coburger Kolonie: Hansen, Stoll, Walraff, Nonnemacher, Volk, Stahl, Keßler, Scheler, Gänser, Schüler, Biehl, Heger, Müller, Claus, Vogt Gustav, Vogt Walter, Hammerschmidt, Stößlein aus Coburg, Mann aus Großwalbur, Welsch aus Creidlitz, Engel und Brückner aus Gestungshausen, Schaumberg und Röhrig aus Scheuerfeld, Oppel, Wernhöfer und Schwerdt aus Beiersdorf, Mächtig aus Mönchröden und viele andere. Besonders ausgezeichnet hat sich Walraff: Vor unserer Stellung lag ein altes Gemäuer, dahin führte von den Russen ein Anlaufgraben. Jede Nacht besetzten die Russen das Gemäuer und störten unsere Arbeiten. Es war festzustellen, ob das Gemäuer auch bei Tag besetzt sei, um es vielleicht in die Luft zu sprengen. Walraff lief bei Tage in Mütze und

ohne Waffen 50 m über offenes Gelände hinüber. Die Russen hielten ihn für einen Überläufer. Er stellte fest, daß das Gemäuer bei Tag unbesetzt war, drei Schießscharten hatte und ein Loch in den russischen Anlaufgraben führte. Als Walraff zurück lief, merkten die Russen, was los war, und schossen wie von Sinnen, er kam aber glücklich und unverwundet in unseren Graben. Ich brachte ihn zum Regimentskommandeur, dieser frug ihn, wo er her sei. Ich erwiderte für ihn: natürlich aus Coburg, und alle Anwesenden wiederholten im Chor: selbstverständlich aus Coburg.

Am 18. September 1915 wurde K.-J.-K. 252 in Merzendorf an der Düna verladen und am 23. und 24. September bei Mikeszaszа, Balazfalva und Kis Kapus ausgeladen. Das Regiment nahm ruhmreichen Anteil an der Schlacht von Hermannsstadt, den Kämpfen bei Fogaras, der Schlacht vor dem Geisterwalde und bei Kronstadt und erstritt sich mit der 76. Reserve-Division den Eingang zum Törzburger Paß. Vom 10. bis 13. Oktober kämpfte das Regiment unmittelbar rechts und links der Törzburger Paßstraße; es war der Sturmtrupp der 76. Reserve-Division, die sich am 14. Oktober die Paßhöhe erkämpfte und damit ins rumänische Land einbrach. Aus dem Dünatiefland bis 1300 Meter Höhe! Was der Gebirgskrieg in dieser Höhe und obendrein im Winter für unsere Soldaten bedeutete, kann nur der ermessen, der diese Kämpfe mitgemacht hat. Nordöstlich Kampulung boten gewaltige, natürlich ausgebaute Gebirgsstellungen der Rumänen der im Törzburger Paß vorgehenden Truppe in Höhe des Magurei (1210), Mateias (1241) — Leaota (2134) bis zum 28. November ein unwillkommenes Halt. Wir lagen unweit Dragoslavele, bis am 29. November 1915 der Feind seine Stellungen räumte. Aus den Transsylvanischen Alpen gings ihm nach ins Flachland der Wallachei. Wieder war frischer Bewegungskrieg bis 14. Januar 1917. Wochen höchster Anstrengungen, aber auch höchsten Ruhmes folgten.

Das I./252 unter dem Coburger Hauptmann Hansen erbeutete am 5. und 6. September bei Calinesti 17 Offiziere, 1600 Mann, 8 Maschinengewehre, 4 Infanteriegeschütze, 10 Tragetiere und gewaltiges Kriegsmaterial.

Das III./252 besetzte zu gleicher Zeit unter dem Coburger Hauptmann d. R., Stoll, nach Kämpfen bei Podurile, Valea Lunga, Ederile, Magureni die Olstadt Campina und rettete dort noch für 12 Millionen Mark Vorräte vor den durch den englischen Oberst Thompsen geleiteten Zerstörungen.

Das aus Coburg ausgerückte II/252 nahm am 7. Dezember bei Cocorasti Mislí gefangen: 11 Offiziere, einen Feldgeistlichen, 1198 Mann, 6 Maschinengewehre und erbeutete eine Kriegskasse mit Gold- und Silbergeld.

Weiter ging der Siegeslauf über Plösti, Mizil, Buzau nach Rimnikul Sarat. Wieder wie zu Zeiten des Prinzen Josias fochten dort Coburger in der Weihnachtsschlacht von Rimnikul-Sarat vom 21. bis 27. Dezember 1916. Die starke

feindliche Stellung wurde gestürmt, und über Sihlele, Gugesti, Focsani ging es weiter bis zur Putna, wo das Regiment vom 9. Januar bis 5. August 1917 im Stellungskrieg bei Paraipani und Mircesti lag. Die Zeit im Januar und Februar bis Anfang März 1917 war die schwerste, die das Regiment durchzumachen hatte. Die Gräben mußten in deckungslosem Gelände im eisigen Schneesturm ausgehoben werden. Kein Wärmstoff half. Viele erfrorene Glieder wurden abgenommen. Der Winter in Rußland war nichts dagegen.

Am 6. Mai 1917 wurde das Regiment herausgezogen und nach einer Ausbildungszeit in dem herrlichen Candesti, nach furchtbar heißen Quartieren am Amarasee, in Desirati und Domnita, bei Balta-Ratei unweit Focsani, an der Putna, in der Schlacht bei Marasesti vom 6. bis 22. August 1916 wieder eingesetzt. Nächst Wolkusch ist Marasesti wohl das schönste Ruhmesblatt des R.-I.-R. 252. In ungestümem Vorwärtsdrängen wurde eine feindliche Stellung nach der anderen genommen und kein Fußbreit wieder verloren. Die Haltung des Regiments war „über jedes Lob erhaben", wie es im Divisionsbefehl hieß, ich selbst habe zwei verwundete Offiziere nur durch ausdrücklichen Befehl aus der Feuerlinie gebracht. Das Ausscheiden von Reserven war trotz Befehl nicht möglich. Die Verluste waren aber auch sehr schwer: 9 Offiziere, 236 Mann tot, 25 Offiziere, 840 Mann verwundet. Jeder dritte Mann war tot oder verwundet, der Rest durch Krankheit, insbesondere Ruhr, schwer mitgenommen, dabei wurde bei 40 Grad Reaumur gekämpft, sodaß die Leichen, zwischen denen wir lagen, alsbald in Fäulnis übergingen. Wer Marasesti mitgemacht hat, weiß, was der Krieg bedeutet.

Vom 1. September bis 15. Dezember 1917 befand sich das Regiment in einer Bergstellung vor Jresti.

Am 5. Dezember wurden wir herausgezogen und hinter der Front bei Odobesti ausgebildet. Am 4. März 1918 sollte das Regiment bei Malurile zum Übergang über den Sereth wieder eingesetzt werden, es kam aber nicht dazu, da die Rumänen unsere Friedensbedingungen annahmen. Danach wurde das Regiment sofort nach dem Westen abtransportiert.

Nach Ausbildung in Metz vom 18. bis 30. März 1918 erfolgte der Abtransport zur „Großen Schlacht in Frankreich". Durch Quentin und die eroberte englische Stellung dahinter, ständig belästigt von Fliegern, rückten wir vor bis an die Avre, am 7. April wurde R.-I.-R. 252, als erstes I./252, am Park von St. Grivennes eingesetzt. Unsere Linien lagen dort fast ständig unter schwerstem Trommelfeuer aller Kaliber. Am 9. April 1918 verlor III/252 im Wald von Bouillancourt binnen wenigen Minuten 7 Tote und 63 Verwundete. Der Franzose hatte durch Flieger die Bereitstellung des Bataillons ausgekundschaftet und schickte uns 200 Granaten auf einmal. Das ganze Bataillon wurde versprengt. Die Namen Grivesnes, Bouillancourt, Hargicourt, Malpart, Hangest und Arvillers sind jedem

252er unvergeßlich. Bis 12. Mai hielt R.-J.-R. 252 an der Avre die Wacht, und kein Fuß breit Land ging währenddem verloren. Nach einer Zwischenstellung im Wald von Laboissière, östlich Montdidier, folgte eine Zeit größerer Ruhe im Stellungskampf vor Verdun vom 25. August bis 18. Juli 1918. Gerade dort aber war ich dem Tod am nächsten. Ich kam in einen Feuerüberfall. Daß von den 20 bis 25 Granaten, die um mich platzten, mich auch nicht ein Splitter getroffen hat, ist mir heute noch unbegreiflich.

Die Zeit vom 19. Juli bis 20. September 1918 sah das Regiment in ununterbrochenen Gefechten, denn es stand in dem Hexenkessel des damaligen Ringens. Das Regiment nahm teil an der Abwehrschlacht zwischen Soissons und Reims (8. bis 25. Juli), der beweglichen Abwehrschlacht zwischen Marne und Vesle (26. Juli bis 3. August), dem Stellungskampf und der Abwehrschlacht zwischen Oise und Aisne (4. August bis 4. September), den Kämpfen vor der Siegfriedfront und in der Siegfriedstellung (bei Vauxaillon und Lauffaux 5. bis. 18. September 1918.) Vor Soissons und an der Aisne wurde das Regiment drei Wochen lang von einem Coburger, dem Hauptmann d. R. Stoll, Verfasser, geführt. Nach einer kurzen Ruhezeit bei Laon wurde das Regiment wiederum eingesetzt im Argonnerwald. Nach zwei Tagen griff der Feind hier an, und die ganze 76. Reserve-Division mit R.-J.-R. 252 schlug sich so glänzend, daß der Heeresbericht die 76. Reserve-Division besonders lobend hervorhob. Das Regiment hat insbesondere den Angriff der 4. französischen Kürassiere siegreich abgewehrt.

Von den weiteren Kämpfen seien diejenigen um Grandpré hervorgehoben, dabei erhielt ein Coburger, Hauptmann Hansen, für die Abschnürung eines Bataillons Amerikaner den Orden Pour le mérite. Der Coburger Vizefeldwebel Stößlein, einer unserer besten Patrouillenführer, brachte bei einer erfolgreichen Patrouille mit 7 bis 8 Mann 40 Franzosen, darunter 3 Offiziere, ein. Das E. K. I war sein Lohn.

Wenige Tage darauf vollbrachte er eine weitere hervorragende Leistung. Trotz Durchbruch rechts beim Nachbarregiment hielt er mit wenigen Leuten eine wichtige Höhe in unserer rechten Flanke so lang, daß er sogar gefangen gemeldet wurde. Für diese neue Heldentat wurde er, nachdem er eben erst das E. K. I empfangen hatte, sofort weiter zum „Hohenzollern" eingegeben.

Am 2. November 1918 war das Regiment so zusammengeschmolzen, daß das II. Bataillon aufgelöst und auf das I. und III. Bataillon verteilt wurde. Am 11. November 1918 $11^{15}$ vormittags in der Unterkunft bei Brevilly-Clouterie de Forges erreichte das Regiment die Nachricht vom Waffenstillstand.

Auf dem Rückmarsch wurde am 12. Dezember 1918 in der Grenzschutzstellung bei Mittelhofen—Elsoff—Mengerskirchen vom Regiment das Freiwilligenbataillon Hansen gebildet, das sich der Regierung zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung

zur Verfügung stellte. Gleichzeitig rückten der Regimentsstab und ein Teil der Bagagen nach Weimar ab. Die Reste des Regiments wurden von dem Coburger Hauptmann Stoll durch Westerwald, Rhön und Thüringerwald ebenfalls nach Weimar geführt, wo nach Eintreffen am 3. Januar 1919 die Demobilmachung des R.-J.-R. 252 erfolgte.

Im September 1922 wird das R.-J.-R. 252 sein Regimentsfest in Coburg feiern und seine Heldengräber (König, Münscher, Cridel, Höllein) auf dem Friedhof in Coburg schmücken. Möge ihm ein freundlicher Empfang in Coburgs Mauern beschieden sein, denn zur Geschichte Coburgs im Weltkrieg gehören auch die Geschichte und die ruhmreichen Erinnerungen des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 252.

## Vom Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 71.

Von Rechtsanwalt Ehrlicher.

Der Mobilmachungsbefehl ruft uns nach Erfurt. Dort soll das 1. und 2. Bataillon aufgestellt werden. Aus allen Teilen Deutschlands strömen hier die für die thüringischen Regimenter bestimmten Streiter zusammen. Die ungeheure Arbeit der Mobilmachung läßt fast keine Zeit zur Besinnung. Ununterbrochen treffen die Trupps von Mobilisierten ein, weit mehr als wir für die Bataillone brauchen. Die Überzähligen kamen zum Ersatzbataillon. Scharen von Freiwilligen drängen sich heran. Eine Gruppe von ihnen wird uns als Ordonnanzen zur Verfügung gestellt. Die Leute werden nach ihrem Beruf gefragt: Kellner, Student, Glasbläser, Schneider, Kaufmann, Gymnasiast . . . Der Kaiser rief, und alle, alle kamen!

Tag und Nacht rollen Transportzüge auf der Hauptstrecke nach Westen. Singend und jubelnd zieht die Blüte unsres Volkes in den Kampf.

An einem der ersten Tage wird unsre Arbeit durch den Feldgottesdienst des aktiven Regiments 71 unterbrochen. Für die Streiter von Lüttich wurde der Segen des Himmels erbeten. Am 7. August war Lüttich gefallen.

Unsre Bataillone sind am achten Mobilmachungstage mobil. Regimentskommandeur: Oberstleutnant Hofmann, in Gesinnung und Taten ein preußischer Offizier.

In der Nacht vom 8. zum 9. Mobilmachungstag werden wir verladen. Das 3. Bataillon kommt von Gera. Die Fahrt geht an den Rhein. Überall werden wir mit Wohltaten überhäuft. Jeder wollte ja damals dem bedrohten Vaterland helfen. Dann gehts die alte Völkerstraße am Rhein hinauf: Mainz, Worms, Speyer, Druſenheim, Sesenheim. Kurz vor Straßburg ist unsre zweitägige Fahrt zu Ende. Also Festungsbesatzung vor Straßburg.

In den urdeutschen Dörfern vor Straßburg werden wir untergebracht. Aus der Ferne grüßt das Straßburger Münster, „das Denkmal deutscher Baukunst",

herüber, im Westen türmen sich die blauen Berge der Vogesen, aus denen dumpfer Kanonendonner herüberrollt, im Osten der Schwarzwald. Wir werden dem Abschnittskommandeur Straßburg-Süd unterstellt. Bald nach unsrer Ankunft die ersten Spuren des Kriegs: Schwerverwundete werden in Autos nach Straßburg gebracht. Ein Führer ruft im Vorbeifahren: „Großer Sieg bei Mühlhausen". In den nächsten Tagen weitere Transporte von Verwundeten und Gefangenen. Das Gefecht von Schirmeck brachte uns den Alarmzustand, es war gemeldet, daß die Franzosen die Vogesen durchbrochen hätten. Das Regiment erhält den Abschnitt zwischen Breusch und der Bahnlinie Straßburg-Schlettstadt zur Verteidigung. An dem Ausbau der noch sehr friedensmäßigen Verteidigungsstellung wird eifrig gearbeitet dahinter biwakiert. Nachdem eine sächsische Ersatzdivision in die Vogesen vorgeschoben ist, beziehen wir wieder Ortsunterkunft. Die nächsten Tage dienen der Ausbildung der zum größten Teil aus älteren Jahrgängen gebildeten Truppe. Der Sieg in Lothringen befreite Straßburg von jeder Bedrohung und gestattete eine andere Verwendung der dort befindlichen Truppen.

In der Nacht vom 24. zum 25. August wurde das Regiment an den Fuß der Vogesen befördert. Kestenholz: ein altes deutsches Dorf mit stimmungsvollen Straßenbildern, hohe Berge, unten mit Wein bewachsen, gucken in die winkligen Dorfstraßen, Ruinen auf den Bergen, in der Ferne die Hohkönigsburg. Der Ort ist stark mit Militär belegt. Wir wurden der Division Benzino unterstellt. Der nächste Tag brachte den Befehl, dem Gefecht entgegen zu marschieren. Zu Fuß gings durch das schöne Lebertal nach Markirch zu. Leberau, St. Kreuz. Der Krieg war schon durch das Tal gezogen: Ruinen zerschossener und verbrannter Häuser. Markirch: in den Straßen viele verwundete deutsche und französische Soldaten. Steiler Aufstieg nach dem Paß. Er war wenige Tage vorher von Bayern gestürmt worden. Über die Höhe läuft die deutsch-französische Grenze. Das deutsche und das französische Gasthaus auf der Höhe sind zerstört. Das 2. Bataillon findet dort notdürftige Unterkunft. Das 1. und das halbe 3. Bataillon marschierten nach Wiesenbach. Am nächsten Morgen stieg auch das 2. Bataillon nach Frankreich hinab. Lebhafter Artilleriekampf. Bei St. Léonard erhält das Bataillon den Befehl, in ein Waldgefecht einzugreifen. Die ersten feindlichen Geschosse pfeifen um die Ohren. Die 6. Kompagnie erhält lebhaftes Feuer. Die Franzosen zogen sich zurück. Nachmittags lebte das Gefecht wieder auf. 1. und 6. L. 71 wurden im Wald nördlich Anozel im Anschluß an bayrische Regimenter ins Gefecht eingesetzt. Es dauerte bis in die Nacht hinein. 2. und 3. Kompagnie schufen im Waldangriff den Bayern Luft. Im Morgengrauen suchten die beiden Kompagnien des 1. L. 71 in den am Waldrand gelegenen Anozel Unterkunft, um sich nach mehrtägigem Fasten zu erfrischen. Sie wurden überfallen und konnten nur unter großen Verlusten den Anschluß an das Regiment wieder finden. Hauptmann Quarck (3./71) wurde dabei schwer verwundet. Während 1. nach St. Marguérite marschierte, blieb 2. in Saulcy, das zur Verteidigung hergerichtet wurde. Der erwartete Angriff wurde während des Nach-

mittags durch heftige Feuerüberfälle von der französischen Artillerie vorbereitet. Durch einen Treffer wurde eine in unmittelbarer Nähe von uns stehende Batterie vernichtet. Hier lernten wir zum ersten Mal durch die Erfahrung, daß der Soldat als erstes das Gebot zu beherzigen hat, das aus der Geburtsstunde des Christentums zu uns herüberklingt: „Fürchtet Euch nicht!" Furcht ist die gefährlichste ansteckende Krankheit, die einen, namentlich im Krieg, immer wieder bedroht. Der französische Angriff kam erst am nächsten Morgen aus andrer Richtung. Wir wurden nach La Planchette befohlen und sahen dort von der Höhe die Entwicklung des Gefechts. Das Lazarett in Saulcy wurde in Brand geschossen, Verwundete, zum Teil nur im Hemd, kamen über das Gefechtsfeld. Heftige Artillerietätigkeit. Vizefeldwebel Müller, Lehrer aus Rodach, fiel als erstes Opfer des 2. L. 71 durch einen Schrapnellschuß. Mitten in der Kompagnie traf ihn als einzigen das tödliche Geschoß. Im Grund zwischen La Planchette und Saulcy ruht er bei einer alten Eiche.

Am 30. August kamen 1. und 2. L. 71 zur Ablösung der Ortsbesatzung nach St. Dié, zu deutsch St. Diedel, die erste französische Stadt. Es gibt in ihr aber viele Huber, Schmidt, Keller und König, also ein starker deutscher Einschlag. Wir unterstehen der württembergischen Division Soden. Diese hat den Franzosen angedroht, daß wir Geiseln aus der Stadt mitnehmen, wenn nicht die von den Franzosen aus dem Elsaß verschleppten Deutschen zurückgebracht würden. Nach einigen Tagen kommen französische Parlamentäre und kurz darauf unsre Landsleute, meist Frauen und Kinder. Sie berichten, was sie zu leiden hatten. Eine Frau aus Saales kommt mit einem schwer kranken Säugling auf dem Arme. Unter Tränen erzählt sie, wie es ihr mit ihrem kerngesunden Kind ergangen, sie hat nicht das Notdürftigste zur Pflege des Kindes bekommen. Im Rathaus zu St. Dié ist das Kind in ihren Armen gestorben.

Teile des 1. Bataillons wurden zur Sicherung in den Kemberg vorgeschoben. Die 6. Kompagnie wurde am 1. September in Sturmausrüstung in den Wald de la Madeleine befohlen. Sie sollte dort die steile Bergstellung der Franzosen mit dem R.-J.-R. 99 stürmen. Die Kompagnie kam gleich ins Gefecht, mußte aber wider Erwarten zwei Tage und zwei Nächte ausharren. Am 3. September brachten Leute der Kompagnie unsern wackeren Kameraden Leutnant Wegener erschossen zurück. Er war Verpflegungsoffizier gewesen. Als es aber nach Frankreich hineinging, wollte er nicht mehr hinter der Front bleiben. Er war ein unerschrockener, frischer Soldat. Mit ihm hatten zwei seiner braven Leute den Heldentod gefunden. Am gleichen Tag wurde uns gemeldet, daß noch ein Landsmann, Oberleutnant Lotz, der mit der 5. L. 71 auf dem Paß von Markirch geblieben war, als Führer einer Patrouille bei Diedolshausen den Tod gefunden hatte. Er hatte sich mit vorbildlichem Eifer seiner Kompagnie gewidmet und in kurzer Zeit das volle Vertrauen seiner Leute gewonnen.

Die nächsten Tage waren bemerkenswert durch die auffallende Ruhe, die bei den Franzosen herrschte. Wir hatten eine Stellung westlich St. Dié bei Les Tiges bezogen. Die französische Artillerie rührte sich nicht. Am 8. September abends wurde in St. Dié angeschlagen: Maubeuge est pris. 40000 Prisonniers, 400 pièces de canon. Die Bewohner schüttelten ungläubig die Köpfe. Der nächste Tag brachte den Kriegsbericht, in dem stand, daß der rechte deutsche Flügel etwas zurückgenommen wurde. Am darauffolgenden Tag wurde berichtet, daß der Flügel noch etwas zurückgenommen wurde.

Am 10. vormittags Befehl, die Stellung zu räumen und sofort nach Norden abzumarschieren. Der Marsch ging in mehreren Tagen hoch über die Vogesen nach Senones, Celles, Badonviller, Cirey. Sehr erstaunt waren unsre Leute, als wir bei Richeval wieder die deutsche Grenze überschritten. Uns war das schon in St. Dié eröffnet worden, und wir merkten aus den Befehlen, die die Besorgnis vor französischen Angriffen erkennen ließen, daß wohl etwas nicht in Ordnung war. In Avricourt bezogen wir Ortsunterkunft. Verteidigungsstellungen wurden ausgehoben. Am 17. marschierten wir nach Bühl, auf der deutschen Seite des Rhein-Marne-Kanals, die Kanalübergänge wurden durch Sicherungsabteilungen besetzt. Hinter dem Kanal waren Verteidigungsstellungen vorbereitet. Wir unterstanden dem 14. Reservekorps und der 19. Ersatzdivision.

Am 18. September fühlten wir wieder vor. Das 2. Bataillon wurde nach St. Quirin geschickt, um die dort von der 8. Kompagnie bereits ausgestellten Sicherungen zu verstärken und die Verbindung mit dem am Donon stehenden Korps Eberhard zu halten. Am 19. rückt die Division wieder vor, um den vor unsrer Front untätig gebliebenen Feind zu beunruhigen. Wir schließen uns am 20. an. Am 21. erhält das Regiment zwischen Cirey und Parux den Befehl zum Angriff. Auf der Straße Montreux-Badonvillers, bei der Battant-Mühle, wird in erster Linie das 1. L. 71, in zweiter 2. L. 71 entwickelt. Das 1. lag zu Beginn des Gefechts in lebhaftem Feuer, 2. ging in der Richtung Pexonne vor, die Franzosen zogen sich zurück. Wir machten einige Gefangene. Unsere Verluste waren gering. Wir Coburger hatten aber wieder den Verlust eines vortrefflichen Landsmanns zu betrauern: Vizefeldwebel Grosch, ein hoffnungsvoller, stattlicher junger Mensch, Student der Naturwissenschaften, den wir alle lieb gewonnen hatten, war tödlich getroffen, der einzige von seiner Kompagnie. Am folgenden Tag bereitete ihm sein bewährter Kompagnieführer, Hauptmann Völker, im Rathaus zu Badonviller eine schlichte, ergreifende Trauerfeier.

Am 22. erhielt das II. Bataillon Befehl, sich der vom Donon in das Plainetal vorgegangenen Brigade Neuber zur Verfügung zu stellen. Der genaue Standort der Brigade war unbekannt. Das Bataillon marschierte bis auf die Höhe des Pierre Percé und stellte durch eine Patrouille fest, daß General Neuber in Celles

war. Er hatte es in der vergangenen Nacht gestürmt und brauchte die Unterstützung nicht mehr. Das Bataillon kehrte deshalb nach Badonviller zurück. Leider war diese Unternehmung nicht ohne Verluste abgegangen. Die landschaftlich sehr schönen, aber als Gefechtsgelände sehr unangenehmen Vogesen wurden für uns noch dadurch unangenehmer, daß sie durch starke Alpenjägerpatrouillen unsicher gemacht wurden. Eine solche überraschte die nachgezogene Bagage einer Kompagnie, schoß den Fahrer ab, nahm einige Leute gefangen und führte den Wagen mit fort.

Der 23. brachte uns in Badonviller einen neuen Gefechtsbefehl, der Feind hatte sich nach dem Gefecht vom 21. verstärkt und verschanzte Stellungen bezogen. Die Dörfer vor unsrer Front waren von ihm befestigt. Die Division sollte angreifen. Das Regiment sollte von Badonviller aus vorgehen. Um 5 Uhr nachmittags begann das erste Bataillon den Angriff, das zweite folgte unmittelbar. Schon am Ausgang von Badonviller wurden einige Kompagnien vom Artilleriefeuer gefaßt. Es ging aber rasch vorwärts. Der Angriff kam jedoch bald zum Stehen, da die Bataillone unter dem aus den befestigten Stellungen abgegebenen Infanterie- und Maschinengewehrfeuer starke Verluste hatten. Das Regiment wurde in den nächsten Tagen zurückgenommen bis in die Linie Ögney Repaix, wo es in der ersten Zeit des Stellungskrieges blieb.

Dort trat anfangs Oktober das 3. Bataillon wieder zum Regiment zurück. Es war dem Korps Eberhard zugeteilt gewesen und hatte sich in der Gegend des Passes von Markirch in harten Kämpfen bewährt.

Für das Regiment begann nun die Tätigkeit, die es während der übrigen Kriegszeit hauptsächlich in Anspruch nahm, das Schanzen. Der Stellungsbau mußte gelernt werden. Das Regiment kam um den 10. November zur bayrischen Division Fischer in die Gegend Ommeray-Donnelay. Dort wurde sofort eifrig am Ausbau der noch auf deutschem Boden gelegenen Hauptstellung gearbeitet. Ein Angriff der Franzosen am Totensonntag (22. November) wurde nach längerem Kampf zurückgewiesen. Der erste Winter des Stellungskriegs stellte hohe Anforderungen an unsre Truppen. Vorpostendienst in ungenügend ausgebauten Stellungen, Patrouillengefechte, Stellungsbau, dazu Ausbildung in den neuen Kampfweisen, die der Stellungskrieg mit sich brachte.

Mitte Mai 1915 kam das Regiment zur 13. Landwehrdivision. Auch hier nahm der Ausbau stark befestigter Feldstellungen die meiste Zeit in Anspruch. Die Bataillone waren abwechselnd auf Vorposten, in Bereitschafts- und in Ruhestellung. Die äußersten Feldwachen befanden sich in den Grenzdörfern Alincourt, Bioncourt, Attiloncourt und Pettoncourt. Die Vorpostenkompagnien lagen im Wald von Château Salins. Die Bereitschaften waren hinter der Hauptstellung, die sich etwa in der Linie Jallaucourt-Merlinsole durch den Wald von Chateau Salins hinzog. Ortsunterkünfte waren Fresnes, Coutures, Chateau Salins, Amélécourt. Gegen Ende

Mai wurden unsre Vorpostendörfer von den Einwohnern geräumt. Kurze Zeit darauf wurden sie von den Franzosen eines Nachmittags in Brand geschossen, alles wurde zerstört. Die Gefechtstätigkeit war gering. Die Vorposten machten häufig Patrouillenunternehmungen. Bei einer glückte es der dritten Kompagnie, jenseits der Seille zehn Franzosen zu fangen. Anfang September 1916 verließ uns unser Kommandeur, Oberst Hofmann, der sich als Soldat und Mensch die größte Achtung und Verehrung aller erworben hatte. Sein Nachfolger wurde Oberstleutnant Pianka. Als er das Regiment übernahm, wurde es aus der Stellung herausgezogen, angeblich um für einen anders gearteten Dienst vorbereitet zu werden. Wir alle hofften, daß es gegen Rumänien gehen sollte und freuten uns, den eintönigen Stellungskrieg hinter uns zu haben. Bald wurden wir in Mörchingen, wo wir in Ruhe lagen, verladen. Die Reise ging aber nicht nach Osten, sondern durch das lothringische Industriegebiet über Sedan, Charleville, Rethel. Wir wurden zunächst hinter der Champagnefront untergebracht und vervollkommneten unsre Ausbildung im Grabenkampf. Wir wurden dem 3. Armeekorps unterstellt. Die Bataillone wurden zunächst an verschiedenen Stellen der Front eingesetzt. Wir lernten das Gelände kennen, über das die Champagneschlacht hingerast war. Südlich Monthois lag das zweite Bataillon einige Zeit im Herzbergtunnel, einem riesigen unterirdischen Bau, der mehrere Regimenter aufnehmen konnte. Aus ihm stieg man auf etwa hundert Stufen in den zweiten Kampfgraben. Die feindliche Stellung lag so nahe, daß im ersten Graben größte Stille beobachtet werden mußte. In den sogenannten Horchpausen durfte überhaupt kein Verkehr stattfinden, weil in diesen durch Abhorchen festgestellt werden sollte, wo der Gegner minierte. Auch von unsrer Seite wurde eifrig miniert. Der Dienst war äußerst anstrengend und ungewohnt. Auch die Bilder, die uns unmittelbar hinter der Front geboten wurden, zeigten uns den Krieg von einer anderen Seite, als wir ihn gewohnt waren. Einzelne Dörfer waren völlig verschwunden, von Wäldern sah man nur noch einzelne Baumstümpfe. Gleich neben dem Ausgang von unserm Tunnel war ein Soldatenfriedhof, der aber keinen friedlichen Eindruck machte, da er oft von feindlichen Minen umgewühlt wurde. Der Verkehr außerhalb des Stollens war durch Signalposten gesichert, die durch ein Hornsignal auf Flieger und Minengefahr aufmerksam machten. Wir sahen hier eine Verteidigungseinrichtung, die nach großen Gesichtspunkten ausgestaltet war. Der Herzbergtunnel war nur eine von den vielen großen Anlagen, die deutsche Hände in Frankreichs Erde hineingebaut hatten. Im Kanonenhügel und westwärts nach Tahure sahen wir sie in noch größeren Ausmaßen. Die Einrichtung war musterhaft, überall Kraftanlagen zur Erzeugung von elektrischem Licht, Baderäume, Küche, Munitionslager, kurz alles, was in einer derartigen Wohnung gebraucht wird. Unseres Bleibens war hier nicht lange. Wir mußten ein Regiment südlich St. Hilaire ablösen, wo wir auf ebenem Gelände den Franzosen ebenfalls sehr nahe gegenüberlagen. Tiefe Unterstände und viele Ratten. Die Kampftätigkeit war gering.

Hier traf uns Anfang November der Befehl, der uns nach dem Osten rief. Quer durch Frankreich und Deutschland ging die Fahrt. Schlesien, Galizien. Die

Namen, die aus der großen Schlacht bekannt sind, tauchen auf: Jaroslau, Przemysl, Lemberg. Von da gehts auf einer während des Kriegs gebauten Strecke bis Stojanow. Dort werden wir ausgeladen und erreichen nach kurzem Marsch die russische Grenze und russische Wege. Sie sind nur bei einigermaßem gutem Wetter benutzbar, sonst grundlos. Etwa 12 Kilometer östlich Gorochow kommen wir in Stellung. Sie ist tief in den steinlosen Lößboden eingegraben, breite Drahthindernisse. Unterstände fehlen, wir hausen in Erdhöhlen, die in die feindwärts gelegene Grabenwand gewühlt und durch Zeltbahnen oder Lappen abgeschlossen sind. Mit dem R.-L.-J.-R. 2 und R.-J.-R. 224 bilden wir die 215.Infanterie-Division. Nun begann nach einem großen Bauplan der Stellungsbau. In den vorderen Gräben wurden Unterkunftsräume mit sechs Meter Erddecke geschaffen. Die Reserven wurden in Kompagnieunterständen, sogenannten Kasernen, ein bis zwei Kilometer hinter der Front, untergebracht. Das Zwischengelände wurde befestigt. Von nun an hausten wir fast ständig in diesen Unterständen. Sie vervollkommneten sich aber auch immer mehr, bis schließlich sogar jeder mit elektrischem Licht versehen wurde. Die Gefechtstätigkeit war gering, wir trieben häufig Patrouillen gegen die etwa einen Kilometer entfernte russische Stellung vor. Nur einmal kam es zu einem Zusammenstoß mit einer feindlichen Patrouille. Im Herbst des Jahres 1917 meldeten uns häufiger eintreffende Überläufer die Zersetzung der russischen Armee. Bald wurden Verhandlungen angeknüpft und der Verkehr der russischen Soldaten bis an unsere Stellungen zugelassen. Am 7. Dezember wurde eine zehntägige Waffenruhe zwischen den Heeresleitungen vereinbart. Der Waffenstillstand folgte.

Die Verhandlungen mit der Ukraine führten zu dem am 20. Februar begonnenen friedlichen Einmarsch. Der befestigte Brückenkopf von Zwiniacze, der uns über ein Jahr lang Sorge gemacht hatte, wurde auf diese Weise unblutig genommen. Am 25. Februar war das Regiment bereits in Dubno. Die Division unterstand dem Korps Knörzer. Der Marsch ging — vorzüglich vorbereitet — unter Benutzung der Hauptbahnlinien rasch vorwärts. Anfang März erreichten wir die Gegend von Schitomir und Berditschew. Hauptsorge war, die Bahnlinien und die Brücken, die wir schon teilweise zerstört fanden, zu schützen. In Berditschew, dem russischen Jerusalem, lernten wir die erste größere russische Stadt mit östlichem Anstrich kennen. Gegen Ende März wurde das Regiment weiter östlich nach Lubny, einer sauberen Kleinstadt am hohen Ufer der Sula, befördert. Der Divisionsbefehl vom 23. März lautete: „Korps Knörzer ist im Vorgehen auf Alexandria südlich des Dniepr. Korps Groener hat den Raum Chorol Mirgorod und Lochnitza Romny erreicht und hält mit der 91. Infanterie-Division in und bei Kiew. 215. Infanterie-Division beginnt am 25. März mit dem Abtransport in den neuen Versammlungsraum Gorodisze-Piriatin an der Strecke Kiew-Poltawa und löst den Bahnschutz der 45. L.-D. von Darniza sechs Kilometer östlich Kiew bis Gscherkassy ab."

Das heilige Kiew war also erreicht, und immer weiter nach Osten flutete die Welle. Dazu aus Westen die Fanfare:

„Paris wird mit weittragenden Geschützen beschossen. Der Feind zündet auf dem Rückzug alle Dörfer an. Beute unermeßlich".

Wer sollte da nicht froher Hoffnung sein!

Poltawa — mit dem den Sieg Peters des Großen verherrlichenden Denkmal, ansehnlichen staatlichen Gebäuden und reich geschmückten Kirchen!

Losovaja — mit der traurigen Erinnerung an ein schweres Eisenbahnunglück, das unsere Division da betroffen! Teile der Division hatten ein Gefecht mit den Bolschewisten.

Wir erreichten das Dongebiet. Slawiansk, Badeort am Tarez, einem Nebenfluß des Doniez. Von da gings südwärts auf der Strecke Charkow-Taganrog. Wir setzten uns im Donjez-Kohlenbecken fest. Es bestand der Plan, durch Ausbeutung der Kohlengruben die Ostukraine zu versorgen. Wir hatten zunächst in dem regierungslosen Land eine Regierung einzurichten, die Verwaltung zu besorgen. Die Kohlengruben waren zu sichern, die Versorgung mit Betriebsstoffen und die Förderung und Verteilung zu regeln. Bahnschutz und Stellung der erforderlichen Wagen war eine Hauptarbeit. Dazu kam die Beschaffung von Lebensmitteln für die notleidende Bevölkerung. Der Verkehr mit den Russen vollzog sich fast reibungslos. Der Zauber der deutschen Macht wirkte damals noch. Wir alle nahmen an dem Ansehen Teil, das in einem Jahrhundert die preußische Erziehung unserem Vaterland erworben hatte. Am stolzesten waren unsere Landsleute, die in zahlreichen Kolonien in Südrußland verstreut wohnten. Keiner von uns hatte sie so zahlreich dort vermutet, keiner auch wußte, welchen Einfluß sie dort hatten, und welches Ansehen sie durch ihre Tüchtigkeit genossen.

Die Bataillone wechselten öfters ihre Standorte.

Charzisk, Enakiewo, Iwanowka, Diebalzewo, Krindatschowka sind die Orte, in denen wir den Sommer zubrachten. Im September trat eine Verschiebung des Regiments in die Gegend von Luganst ein.

Die Frühjahrserfolge im Westen hatten uns in der festen Hoffnung auf einen günstigen Ausgang bestärkt. Mit Unbehagen steckten wir dann unsere Fähnchen auf den Kriegskarten rückwärts, und bald meldeten auch Urlauber aus der Heimat, wie dort die Stimmung war.

Die Revolution brach aus, als das Regiment über 2000 km von der Heimat entfernt war. Die Truppe blieb in der Hand der Führer. Sie hatte auf dem Weg nach der Heimat noch schwere Kämpfe zu bestehen und erlitt dabei fast so viel Verluste als in der ganzen vorhergegangenen Kriegszeit. Von den Tüchtigsten sind noch viele angesichts der Heimat gefallen. Als der Löwe zu sterben begann, wurden seine Feinde mutig.

Anfangs Januar 1919 kam das II. Bataillon, Ende Januar und Anfang Februar das I. und III. in ihren Demobilmachungsorten an.

Das Regiment, zum größten Teil aus älteren Jahrgängen zusammengesetzt, hat während des Weltkriegs keine großen Heldentaten vollbracht. Es hat aber die ihm zugewiesenen Aufgaben erfüllt. Wir haben im Feuer gestanden und die seelischen Erschütterungen, die der Kampf bringt, erlebt. Wir haben gesehen, wie unsre Freunde starben. Uns ist das Leben geschenkt. Bemühen wir uns, es zu verdienen!

## Von der Thüringischen Feldartillerie.

Von Bezirksamtmann Oehler.

### 1. Die 38. Feldartillerie-Brigade.

Die Feldartillerie-Truppenteile, denen fast nur Thüringer, darunter viele Coburger Landsleute, angehörten, waren das 1. Thür. Feldart.-Rgt. Nr. 19 in Erfurt nnd das 2. Thür. Feldart.-Regt. Nr. 55 in Naumburg a. d. Saale. Die beiden Regimenter bildeten die 38. Feldart.-Brigade (Stab in Erfurt), die mit den Thür. Inf.-Regimentern 94, 95 und 96 der 38. Inf.-Division in Erfurt unterstellt war. Diese gehörte mit der 22. Inf.-Division zum XI. A. K.

Die neun Kanonenbatterien (I. Abt. F. A. R. 19, I. und II. Abt. F. A. R. 55), die „leichten" Feldhaubitzbatterien (II. [F] Abt. F. A. R. 19) und die vier leichten Munitionskolonnen der Brigade wurden im Laufe des 8. August 1914 nach der Westfront befördert und in St. Vith ausgeladen. Von dort aus vormarschierend, erhielt die Brigade bei der Eroberung von Namur die Feuertaufe. Der weitere Vormarsch in westlicher Richtung wurde plötzlich abgebrochen, die Brigade mußte in Eilmärschen zurückmarschieren und wurde am 1. September von St. Vith aus nach Ostpreußen gefahren. Dort dem Oberbefehl Hindenburgs unterstellt, wirkten sämtliche Batterien — insbesonders die leichter beweglichen Kanonenbatterien in kleinen Gefechtsverbänden — an der Schlacht bei den Masurischen Seen (Henriettenfeld, Albrechtsau, Kanzelberg) hervorragend mit und erreichten bei den Verfolgungskämpfen über Darkehmen, Gumbinnen und Stallupönen die russische Grenze. Dem weiteren Vordringen wurde auch hier plötzlich Halt geboten und die Brigade mit den übrigen Teilen des XI. A. K. nach Südpolen verladen. Von Krakau begann Ende September der Vormarsch in das unwirtliche und unwegsame Polen hinein. Kämpfend und verfolgend (Schlachten bei Pinczow und Opatow) drang die Brigade bis zur Weichsel vor und marschierte Ende Oktober von dort bis zur deutschen Grenze wieder zurück (strategischer Rückzug Hindenburgs). Im November 1914 begann der Vormarsch von neuem, zunächst an der Warthe aufwärts (Kolo, Konin, Dombie),

dann über den Ner in östlicher Richtung. Den Höhepunkt der Vormarschkämpfe bildeten die gewaltigen Schlachten um Lodz, in denen sich u. a. die I. Abt. F. A. R. 55 bei Höhe 181 ganz besonders auszeichnete. Unter den körperlich sehr anstrengenden, aber nicht allzu verlustreichen Kämpfen im Jahre 1915 sind zu erwähnen: die schwierigen und blutigen Übergänge über den Narew, Njemen und Swislotsch, die Eroberungsschlachten von Bialystock und von Grodno.

Mitte September 1915 wurde die Brigade nach der deutschen Grenze zu in Marsch gesetzt und in Prostken verladen. An der Westfront in den Stellungen zwischen Oise und Aisne eingesetzt, begann eine verhältnismäßig ruhige Zeit — die längste im Kriege. Und doch sehnten sich Offiziere und Mannschaften bald zurück nach dem frisch-fröhlichen Bewegungskrieg im Osten mit seinen täglich wechselnden Bildern und begeisternden Erfolgen, trotz seiner großen Anstrengungen und Entbehrungen. Dort konnten die flinken Kanonenbatterien in die Infanteriekämpfe ausschlaggebend eingreifen, hier im Westen dagegen konnte der Infanterie meist nur mit schweren Geschützen und Minenwerfern oder durch Masseneinsatz von Artillerie der Weg geebnet werden. Diesem Umstand wurde durch die spätere großzügige Vermehrung der Fuß- (Schweren) Artillerie und Umgruppierung der Feldartillerie Rechnung getragen.

In der ruhigen Stellung bei Noyon kam im Januar 1916 auch die II. Abt. F. A. R. 55 aus dem Osten wieder zur Brigade zurück, sie war im Oktober 1914 der 4. Ldw.-Div. (beim Schlesischen Landwehrkorps unter Woyrsch) zugeteilt worden. Die hervorragende und erfolgreiche Beteiligung dieser Kanonenabteilung beim ersten Vordringen bis an die Weichsel (5. Batterie bei Janowice am 10. Oktober 1914), in der Durchbruchsschlacht bei Sienno, bei dem berühmten Weichselübergang (bei Rzeczywol nördl. Iwangorod), bei den Verfolgungskämpfen über den Bug und durch die Bialovieska—Puszeza, bei der Schlacht bei Slonim und den Kämpfen a. d. oberen Szczara—Serwetsch können leider nur gestreift werden.

Im Frühjahr 1916 schied die 38. Inf.-Div. — und mit ihr die 38. F. A. B. — aus dem Gefechtsverband des XI. A. K. aus und wurde Anfang Mai nach Verdun gefahren. Dort hatte sie schwere Kämpfe um die Höhe 304 und den Toten Mann zu bestehen und erlitt schwere Verluste. Nachdem der angebliche Angriff auf Verdun durch Ludendorffs Eingreifen eingestellt und aus der Angriffsschlacht Stellungskrieg geworden war, kam die Brigade an die Somme und wirkte hier an der schwersten Abwehrschlacht des ganzen Krieges hervorragend mit. Die II. Abt. F. A. R. 55 wurde bei Rocquigny und Sailly-Saillisel eingesetzt, während die anderen Abteilungen F. A. R. 19 und 55 hauptsächlich am Ancre-Bach schwere Angriffe abzuwehren hatten. Im Winter 1916/17 erfolgte die Umgruppierung der Feldartillerie und die Vermehrung ihrer leichten Feldhaubitz-Abteilungen. Bisher hatten viele neu aufgestellte Inf.-Divisionen nur wenig oder gar keine Feldartillerie, und jetzt bekam jede Division ein Feldartillerieregiment mit drei Abteilungen, von denen wenigstens eine

mit leichten Feldhaubitzen ausgestattet war. Die Vermehrung des größeren Kalibers auch bei der Feldartillerie (l. F. H. = 10,5 cm gegenüber den 7,7 cm Kanonen) war eine Folge des Grabenkrieges an der Westfront.

### Das 1. Thür. Feldart.-Regt. Nr. 19.

Die 19er blieben bei der Umgruppierung im Gefechtsverband der (aktiven) 38. Inf.-Division, die an dem guten Gelingen der Alberichbewegung im Frühjahr 1917 und an den Kämpfen in der Siegfriedstellung ganz besonders Anteil hatte. Die Schlacht bei Arras brachte dem Regiment schwere Verluste, und dann kam die noch blutigere Abwehrschlacht in Flandern, in der das Regiment zwei volle Monate ohne Ablösung aushalten mußte. Nach einigen Wochen der Ruhe erfolgte der Einsatz im Artois. Von hier ging es Anfang November wieder nach Flandern hinauf, wo im sumpfigen Houthoulster-Forst bei Westroosebeke und Paschendaele mit wechselndem Glück gekämpft wurde.

Im April 1918 wirkten die 19er bei der verhängnisvollen Angriffsschlacht bei Armentières mit und wurden dann bei La Bassée verwendet. Im August nahmen sie im Abschnitt Péronne-Süd an der großen Schlacht in Frankreich teil, von wo aus die anfangs erzwungenen und später befohlenen Rückwärtsbewegungen ausgeführt wurden: in die Hermann I, II und III-Stellungen und in die Antwerpen-Maas-Stellung. Nach dem unglückseligen Waffenstillstand erfolgte der anstrengende Rückmarsch über Brüssel-Löwen-Lüttich und von da über Aachen-Köln-Paderborn-Cassel in die Garnison Erfurt.

### Das 2. Thür. Feldart.-Regt. Nr. 55.

Im Februar 1917 wurden die 55er von der 38. Inf.-Div. getrennt und als Divisions-Feldartillerie-Regiment der in Thüringen neu aufgestellten 239. Inf.-Div. zugeteilt, die aus den Inf.-Regimentern 466, 467 und 468 bestand. Der erste Einsatz des Regiments im neuen Gefechtsverband erfolgte in der Champagne, wo es auch in verschiedenen Kampfabschnitten während der französischen Angriffsschlacht Aisne-Champagne und danach im Stellungskrieg bis Ende September verblieb. Dort abgelöst, wurden die 55er nach Flandern verladen. Die englischen Angriffe bei Poelkapelle, Westroosebeke und Paschendaele forderten besonders an den Großkampftagen große Opfer an Mann und Pferd. Nachdem das Regiment Anfang Dezember endlich herausgezogen worden war — eine tage- oder wochenweise Ablösung wie bei der Infanterie war nicht möglich —, verbrachte es z. T. in Bereitschaftsstellung den Dezember in Ruhequartieren und wurde am 30. Dezember 1917 bei Paschendaele und danach bei Gheluvelt-Zandvoorde eingesetzt. Ende Februar 1918 wurden die 55er in die Gegend von Tournai gefahren und dort für die bevorstehende „Große Schlacht in Frankreich" vorbereitet. Am 21. März begann die Durchbruchsschlacht bei Monchy-Cambrai (Quéant) mit einem überwältigenden Erfolg, der durch die Schlacht bei Bapaume (Morv, Ervillers, Morenneville, Anette) noch vergrößert wurde. An diesen Schlachten hatte das

Regiment fast stets in vorderster Linie hervorragenden Anteil und erlitt dabei sehr schwere Verluste. Da aber an dieser Stelle ein weiteres Vordringen aussichtslos erschien — infolge zu starker Gegenwirkung aus Arras heraus —, wurde das Regiment nach der anderen Angriffsfront bei Armentières verladen und dort nahe dem La Bassée-Kanal in ungünstiger Talstellung (Riez du Vinage) eingesetzt. Nach weiteren großen Verlusten war das Regiment „abgekämpft" und wurde Ende April nach Lothringen verladen. Wenige Wochen der Ruhe in der landschaftlich herrlichen Gegend bei Duß (Dieuze) und bei der gastfreundlichen Bevölkerung frischten Mann und Pferd wieder auf, Ersatz wurde eingereiht, und Mitte Mai bezog das Regiment die Stellungen bei Ignen. Am 18. Juni ging die „Ruhezeit" zu Ende, und die 55er wurden nach der Champagne abbefördert, wo der Aufmarsch zu einem neuen Vorstoß begann. Da aber der Plan den Franzosen verraten worden war und diese planmäßig in die zweite Stellungslinie auswichen, verlief der Angriff ohne nennenswerten Erfolg, wohl aber mit schweren Verlusten. Nach dieser verunglückten „Angriffsschlacht an der Marne und der Champagne" blieb das Regiment bis Ende September in seinen Stellungen. Da setzten die französisch-amerikanischen Großangriffe auch in der Champagne ein, die unsere Rückwärtsbewegungen zur Folge hatten (Isonzobewegung, Kämpfe vor und in der Hunding — und Brunhild-Stellung), die aber in den Stellungskämpfen an der Aisne ihren vorläufigen Abschluß fanden. Gegen Ende Oktober wurde das Regiment nach Nordfrankreich (Maubeuge) verladen und dort nördlich Le Quesnoy eingesetzt. Der erwartete engl. Großangriff erfolgte am 4. November und kostete leider noch schwere Verluste. Die danach von der obersten Heeresleitung angeordneten Rückwärtsbewegungen vor den und in die Hermann-Stellungen und in die Antwerpen-Maas-Stellung wurde befehlsgemäß und ohne Verluste ausgeführt, da der Feind im allgemeinen nur zaghaft folgte. Nach dem Waffenstillstand begann sogleich der sehr schwierige und ebenso trostlose Rückmarsch, der bis zuletzt in musterhafter Ordnung von statten ging. Im Dezember 1918 mußte das Regiment, obwohl die älteren Mannschaftsjahrgänge bereits entlassen waren, noch den Grenzschutz am Ostrand der neutralen Zone (im Kreise Gummersbach) übernehmen und wurde erst Anfang Januar 1919 in die Garnison Naumburg a. d. S. heimbefördert, wo die 55er mit klingendem Spiel und von der Bevölkerung lebhaft begrüßt zum letzten Male einrückten.

## Landsturm-Infanterie-Bataillon „Gotha" XI. 10.

Vom Herausgeber.

Am 16. August 1914, einem Sonntag, erging durch Anschläge und Extrablätter ganz plötzlich auch an den gedienten Landsturm der Aufruf. Viele Hunderte von Gewerbetreibenden, Beamten, Landwirten und Arbeitern mußten noch an demselben Tage Abschied nehmen von Familie und Beruf, denn schon in der siebenten Morgenstunde des nächsten Tages sollte der Landsturm der beiden Herzogtümer (Jahresklassen 1890—99) auf dem Kasernenplatz in Gotha zur Ausmusterung

bereit stehen. Es war eine in das wirtschaftliche Leben der Heimat tief eingreifende Maßnahme, die den Ernst der Stunde kennzeichnete. Der Zweck des Landsturm-Aufgebots war klar: es galt die gesamten zur Verfügung stehenden und für das Feldheer geeigneten Kräfte für den Kampf an der Front frei zu machen und so eine rasche Entscheidung zunächst im Westen herbeizuführen.

Wiederum wie am Tage des Ausmarsches unserer 95er hatte sich am Bahnhof eine nach Tausenden zählenden Menschenmenge zum Abschied eingefunden, und manche ergreifende Szene spielte sich hier ab. Doch der begeisterte Gesang der scheidenden Landsturmmänner „Lieb' Vaterland, magst ruhig sein" bewies, daß ihnen der Imperativ der Pflicht tief in der Seele saß.

In Gotha zeigte sich, daß die Militärbehörde nicht vorhatte, den bürgerlichen Berufen ganz plötzlich soviele Kräfte zu entziehen, sondern nur einen Überblick über die Zahl der verfügbaren Mannschaften gewinnen wollte. Nur die Jahrgänge 1895 (zur Hälfte) und 1896—99 wurden zunächst benötigt und aus ihnen durch den Major von Hedemann das Landsturm-Infanterie-Bataillon „Gotha" formiert, das am 22. August marschbereit stand. Am 24. August trug der Zug das Bataillon über die luxemburgisch-belgische Grenze in's Feindesland, wo ihm in der belgischen Provinz Luxemburg, Kreis Arlon, zunächst die Aufgabe zufiel, den Bahnschutz der Strecke Arlon-Marbehan zu übernehmen. Dieser Sicherungsbereich wurde später, nachdem zahlreiche Etappenbataillone aus Belgien herausgezogen worden waren, wesentlich erweitert. Nach Einrichtung der deutschen Verwaltung in Belgien wurde das L.-I.-Btl. Gotha außer zum Bahnschutz auch zum Polizei- und Verwaltungsdienst, zum Grenz- und Jagdschutz herangezogen, sodaß ein gerüttelt Maß Arbeit zu bewältigen war. Daneben wurde die Kriegstüchtigkeit des Bataillons durch fleißiges Exerzieren, Übungen im Handgranatenwerfen und in der Handhabung des Maschinengewehrs (eine eigene Maschinengewehrabteilung war 1917 gebildet worden) gefördert. Abgesehen von zeitweiser anderweitiger Verwendung einzelner Kompagnien verblieb das Bataillon während des ganzen Krieges innerhalb der Provinz Luxemburg.

Die lange Dauer des Krieges machte es erforderlich, daß auch aus den Landsturmbataillonen die jüngeren Jahrgänge der Kriegsverwendungsfähigen herausgezogen und an die Front geschickt wurden. So mußte auch das Landsturm-Bataillon „Gotha" den Tod manches lieben Kameraden beklagen, der einst mit ihm nach Belgien ausgezogen war. Die so entstandenen Lücken wurden durch ununterbrochen aus den verschiedensten Ersatztruppenteilen eintreffende Ersatzleute ausgefüllt, sodaß sich das ursprünglich landsmännisch fast einheitliche Bild des Bataillons, in dem zuerst fast nur Coburger und Gothaer in treuer und friedlicher Kameradschaft nebeneinander standen, nach und nach völlig änderte.

Bis Juni 1917 führte Oberstleutnant von Hedemann das Bataillon, das nach kurzer stellvertretender Führung durch Hauptmann Stötzer Major d. L. Deusing übernahm, dem im März 1918 Oberstleutnant von Besser folgte. Am 14. Juli übernahm Major Wichmann das Bataillon und behielt dessen Führung bis zur Demobilmachung.

Schon Anfang Juli 1916 löste das Landsturm-Infanterie-Bataillon „Kreuznach" das Bataillon „Gotha" ab, dessen Stab infolgedessen von Arlon nach Libramont verlegt wurde. Nachdem Anfang Oktober 1918 Libramont und Umgebung zum Etappengebiet der 3. Armee erklärt worden war, bekam „Gotha" Befehl, seinen Stab nach St. Marie (östlich Libramont) zu verlegen. Da nahten sich die ersten Boten der beginnenden Zersetzung. Am 1. November 1918 mußte auf Befehl des Oberkommandos 3 eine Verfügungskompagnie in Stärke von 125 Mann nach Sedan zu Polizeidiensten gestellt werden. Sie traf erst am 6. Dezember in Erfurt mit dem Bataillon wiederzusammen, nachdem sie von Sedan aus, wo sie vor den nachrückenden Franzosen weichen mußte, einen beschwerlichen Fußmarsch durch die Wälder von Bertrix, Neufchâteau usw. zurückgelegt hatte.

Für die in Libramont errichtete Versprengten-Sammelstelle mußte eine Kompagnie von 13 Unteroffizieren und 140 Mann gestellt werden. Infolge der mehr und mehr um sich greifenden Disziplinlosigkeit der Versprengten usw. mußte der Bewachung der Etappenmagazine in Libramont, Paliseul, Bastogne, Sibret und Strainchamps erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden. So mußte der letzte Mann des Bataillons in den letzten Wochen ständig bei Tag und Nacht in Dienstbereitschaft stehen. Am 10. November wurde die Umgegend von Libramont und St. Marie als Operationsgebiet erklärt. Am 11. November erfolgte durch Befehl des Armeeoberkommandos die Mitteilung vom Abschluß des Waffenstillstandes. Gleichzeitig erging an das Bataillon der Befehl, die bisherigen Stellungen nicht zu verlassen, sondern die Bahnsicherung weiterhin auszuüben. Unterdessen meldeten sich beim Bataillon aus allen Teilen des Besatzungsgebietes die Abkommandierten zurück. Die in immer größeren Massen zurückflutenden Truppenkörper brachten Nervosität auch in die Reihen der Landstürmer, die nun ihrerseits ebenfalls auf Zurücknahme drängten.

In guter Ordnung und Disziplin erfolgte am 15. November nachts der Abmarsch des Bataillons, nicht zu früh, denn schon am 17. November marschierten die Franzosen in Neufchâteau und Libramont ein. Da bei der rückwärts in Bastogne liegenden Etappeninspektion vergeblich nach bestimmten Marschbefehlen angefragt worden war, erfolgte der Weitermarsch nach der luxemburgischen Grenze, und am 18. November früh $4^{15}$ erreichte das Bataillon die deutsche Grenze. Mit Wehmut lese ich im Kriegstagebuch der 3. Kompagnie, mit der ich 24 Monate Leid und Freude geteilt habe, den am 1. Dezember 1918 eingetragenen lakonischen Vermerk:

„Die Kompagnie überschreitet $8^{33}$—$8^{39}$ den Rhein und bezieht Quartier in Nauort."

Vier Jahre vorher hatte die Kompagnie im stolzen Verbande des Bataillons „Gotha" den Rhein überschritten, in edler Begeisterung glaubend an den Sieg des Vaterlandes. Nun schreitet sie denselben Weg, seelisch zermürbt, erschöpft, verbittert und auch äußerlich ramponiert, denn mancher Kamerad marschiert barfuß oder hat die Stiefelsohlen mit Draht oder Bindfaden festgebunden.

Am 4. Dezember bestieg das Bataillon auf dem Bahnhof Neuwied die Eisenbahn und erreichte in der Nacht vom 5. zum 6. Dezember Erfurt, wo die Demobilisation erfolgte.

Nicht zu großen Kampfhandlungen war das Landsturm-Infanterie-Bataillon „Gotha" während seiner Teilnahme am Weltkriege berufen gewesen; aber es hat den bescheidenen Platz, der ihm in dem Riesenrahmen der deutschen Heeresarbeit zugewiesen war, treu und gewissenhaft ausgefüllt. Das möge dem alten Landsturmmann wohl angerechnet werden, denn er trug die Sorge um Familie und Existenz mit in's Feindesland.

## Landsturm-Infanterie-Bataillon „Eisenach" (XI. 12.).

Von Major a. D. Sander, Welkershausen bei Eisenach.

Das Landsturm-Infanterie-Bataillon Eisenach (XI./12.) wurde am 18. August 1914 in Eisenach aufgestellt; alte Vierundneunziger bildeten seinen Kern und Hauptbestandteil; der erste Kommandeur war Oberstleutnant Witt. Nachdem seine Mobilmachung am 23. Oktober beendet war, wurde das Bataillon am 10. November nach Graudenz abtransportiert, da es zur Kriegsbesatzung dieser Festung treten sollte. Jedoch kaum in Graudenz angekommen, erhielt es den Befehl, nach wenigen Stunden die Fahrt in Richtung auf Soldau fortzusetzen, da dort heftig gekämpft und Verstärkung dringend gebraucht wurde. So ging es am 12. November frühmorgens über Deutsch-Eylau bis zu der Station Borchersdorf, in nächste Nähe des Gefechtsfeldes, und bereits beim Ausladen erhielt das Bataillon die Feuertaufe und erlitt die ersten Verluste. Es rückte nun unverzüglich in die Feuerlinie vor, griff bei Scharnau in den schwankenden Kampf ein und trug wacker zur erfolgreichen Abwehr der Russen bei. In den folgenden Tagen drängte es den Feind weiter zurück und grub sich dann bei Scharnau ein. 32 Tote, 95 Verwundete und 4 Vermißte verlor es in diesen siegreichen Kämpfen der Schlacht bei Soldau-Scharnau.

Während der nächsten Monate nahm es, dem Korps Zastrow angehörend, am Schutz der preußischen Grenze teil und hatte dabei im Dezember Gefechte bei Kutzbock und Zuromin zu bestehen.

Im Februar 1915 fand seine Fronttätigkeit im Osten ein Ende, es wurde nach dem Westen überführt und der Kriegsbesatzung der Festung Straßburg zugeteilt. 16 Monate lang behielt es diese Bestimmung, dann wurde es an die Westfront entsandt.

Am 16. Juni 1916 durch das Breuschtal nach Heiligblasien befördert, marschierte das Bataillon von dort aus über den Hantzpaß und rückte in die Stellung am Hortomont zwischen Senones und Bau de Sapt ein. Hier durch zwei Maschinengewehr-Kompagnien verstärkt und mit Granat- und leichten Minenwerfern ausgerüstet, lernte es schnell, den Anforderungen des Stellungskrieges gerecht zu werden. — Im Oktober 1916 wurde Major Frankenfeld Kommandeur, ihm folgte Ende Juli 1917 Major Sander.

Während anfangs die Gefechtstätigkeit am Hortomont gering war, wurde sie von Anfang August 1917 an zeitweise sehr lebhaft. Bei starkem Artilleriefeuer,

regen Patrouillengängen und gewaltsamen Erkundungen mehrten sich die Verluste, und das Bataillon bewies von neuem, daß es auch im Nahkampf seinen Mann stand.

Im Oktober 1917, nach 1¼jährigem Aushalten im Schützengraben, wurde es für 6 Wochen hinter die Front zurückgezogen, um als Divisionsreserve zu dienen und zu exerzieren. Dann bezog es am 18. November 1917 einen anderen Frontabschnitt auf dem steilen Berghang nordwestlich Mouscy. 5 Monate lang hatte es diese Stellung inne, unermüdlich die schwachen Anlagen verstärkend und in häufigen Vorstößen gegen den Feind den kriegerischen Geist erhaltend. — Am 1. Dezember 1917 besuchte S. K. H. der Großherzog von Sachsen das Bataillon in der Stellung und sprach ihm seine volle Anerkennung aus. — 22 Monate hat das Bataillon im Wasgenwalde getreulich Wacht gehalten, und niemals ist es während dieser Zeit dem Feinde gelungen, in die Stellungen einzudringen oder Gefangene zu machen.

Als im Frühjahr 1918 die Ablösung der an der Wasgenwaldfront stehenden Landsturmbataillone durch junge Truppen aus dem Osten erfolgte, wurde auch das Bataillon Eisenach aus der Front gezogen. Durch das Lob seines Divisionskommandeurs, des alten Vierundneunzigers Generalmajor v. Wurmb, geehrt, verließ es am 18. April seine Stellung und wurde bald darauf von Schirmeck nach Péronne und St. Quentin abtransportiert. Je 3 Kompagnien wurden der 2. und 18. Armee zugeteilt, um zunächst beim Sammeln der erbeuteten englischen Munition und Geschütze behilflich zu sein. Die Kompagnien lagen weit zerstreut, zumeist im Operationsgebiete, der Stab in dem gänzlich zerstörten Péronne. Allein aus dem Bereich der 2. Armee wurden 331 Geschütze und 1 300 000 gebrauchsfertige Artilleriegeschosse abbefördert. Fast täglich erfolgende Fliegerangriffe, die oft Verluste verursachten, erschwerten die mühselige Arbeit.

Anfang Juli wurde die 1. M.-G.-Komp. bei Contoire an der Avre in der Front eingesetzt. Hier vom englischen Angriff am 8. August mitbetroffen, verlor sie 8 Mann und 3 unbrauchbar gemachte Maschinengewehre, ging aber erst nach Abmarsch der Batterien, die sie zu decken hatte, langsam und in guter Ordnung zurück. Auch die nahe hinter der Einbruchsfront arbeitende 3. Komp. bewahrte gute Haltung und widerstand der eingerissenen Panik. In den folgenden Tagen wurden die Luftangriffe auf Péronne aufs äußerste gesteigert, und die noch dort befindlichen Teile des Bataillons erlitten beträchtliche Verluste, bis sie am 16. August abends nach Fins zurückverlegt wurden. Niemand ahnte, daß damit der endgültige Rückzug begonnen hatte.

Doch schon Anfang September ging das langsame Zurückweichen in Richtung auf Caudry und Bavai weiter, und in wechselnder Verwendung wurden Stab und Kompagnien immer mehr von einander getrennt. Ein Zug der 2. M.-G.-Komp. hatte Anfang Oktober zum letzten Male Gelegenheit, in der Front zu kämpfen: bei Maretz eingesetzt, brachte er mit einem Verlust von 3 Mann die matt nachdrängenden Engländer leicht zum Stehen. Am 24. Oktober übernahm Hauptmann Wesch das Kommando des Bataillons. — Der Rückzug wurde von Bavai über

Binche bis Chastre an der Bahn Namur—Brüssel fortgesetzt. Dort traf die Kunde vom Waffenstillstande ein. Nun begann der Heimzug, und in langen Fußmärschen gelangten 5 Kompagnien bis Lüdenscheid, 2 bis Köln, 1 bis Gerstungen, von diesen Orten aus wurden sie nach Erfurt befördert und dort im Laufe des Dezember aufgelöst.

Auch nach Ausbruch der Revolution hat das Bataillon gute Ordnung gehalten, trotz der beschwerlichen Märsche keine Ausrüstungsstücke preisgegeben und bis zum bitteren Ende seine Pflicht gegen das Vaterland treu erfüllt.

## Coburg als Kriegsgarnison.

Von Assistent Grebhahn in Gotha.

Als am 6. Mobilmachungstag das 3. Bataillon 6. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 95 seine Garnisonstadt Coburg zur Fahrt nach dem Kriegsschauplatz verließ, ahnte wohl niemand von den Bewohnern Coburgs, daß während des Krieges in der Stadt sich wieder militärisches Leben entwickeln würde. War doch für Coburg nur ein Reserve-Lazarett vorgesehen, das auch wenige Tage nach dem Abmarsch der Truppe seine Pforten öffnete.

Da Deutschland gegen die immer mehr an Zahl zunehmenden Feinde eine ungeheure Truppenmacht aufbringen mußte, waren die Ersatz-Bataillone, von denen jedes aktive Regiment und die Reserve- und Landwehr-Regimenter — soweit sie als solche im Heeresetat formiert waren — eines aufzustellen hatten, überlastet und nach Eintreffen der Verwundeten, Kranken usw. aus dem Felde stark überfüllt. Andernteils war zur Auffüllung der Truppenteile an der Front und zur Aufstellung von Neuformationen ständig großer Bedarf an ausgebildeten Mannschaften vorhanden, dessen Deckung durch die vorhandenen Ersatz-Bataillone nicht möglich war.

Im Anfang des Jahres 1915 wurde für fast alle aktiven Infanterie-Regimenter ein 2. Ersatz-Bataillon gebildet, und das 2. Ersatz-Bataillon Infanterie-Regiment Nr. 95 erhielt Coburg als seinen Standort.

Coburg war nun mit einem Male wieder Garnisonstadt geworden, und reges Soldatenleben sollte bald wieder in seinen Mauern aufblühen.

Am 12. Februar 1915 traf der Bataillonsstab in Coburg ein, um die Vorarbeiten zur Unterbringung des Bataillons vorzunehmen. Die Führung übernahm Oberstleutnant Freiherr von Erffa, dem das Bataillon bis zu seiner Demobilisation unterstand. Da das Bataillon mit 400 einzustellenden Rekruten 11 bis 1200 Mann stark war, boten sich Schwierigkeiten in der Unterbringung der Unteroffiziere und Mannschaften. Die Kaserne, die zur Zeit mit einem auf Abruf bereitstehenden Landsturm-Bataillon belegt war, bot trotz der geplanten Benutzung des Exerzierhauses zu Wohnzwecken nicht genügend

Raum zur Aufnahme dieser großen Zahl von Menschen. Der Kommandeur entschloß sich daher zur Einrichtung eines Massenquartiers. Durch das Entgegenkommen der Direktion des Hofbrauhauses wurde dem Bataillon der große Saal in der Aktienbierhalle zu diesem Zweck überlassen, der in jeder Hinsicht den Anforderungen für eine Unterbringung von 4 bis 600 Mann entsprach und in Bezug auf Verpflegung, sowie in hygienischer Hinsicht sich vorzüglich eignete. Im Verein mit dem damaligen Garnison-Verwaltungs-Oberinspektor war in wenigen Tagen alles vorbereitet, was zur Aufnahme der Truppe erforderlich war.

Am 15. Februar 1915 trafen die von den einzelnen Ersatz-Bataillonen des stellvertretenden 11. Armeekorps zu stellenden Offiziere und die Vorkommandos ein, und es wurde mit der Einrichtung der Kaserne und des Massenquartiers in der Aktienbierhalle begonnen. Am 16. Februar 1915 trafen die wiederum von verschiedenen Ersatz-Bataillonen des stellv. Gen.-Kdos. zu stellenden Unteroffiziere und Mannschaften ein. Das Bataillon, bestehend aus einer Genesenen-Kompagnie, einer Feld-Kompagnie, zwei Rekruten-Kompagnieen und einem Rekruten-Depot, wurde formiert, und der Dienst nahm seinen Anfang. Das Bataillon setzte sich aus Leuten aller thüringischen Staaten zusammen. Nachdem es Ersatz-Bataillon für das Res.-Inf.-Rgt. 235 geworden war, kamen vorwiegend Rheinländer nach Coburg.

Wenige Zeit nach seiner Formierung bekam das Bataillon die ersten Rekruten aus Coburg, Gotha und Eisenach zur Ausbildung.

Bis zur Mitte des verhängnisvollen Jahres 1918 hat das Ersatz-Bataillon, das im Herbst 1917 aufgelöst wurde und an dessen Stelle das Ersatz-Bataillon Res.-Inf.-Regts. Nr. 71 trat, Rekruten ausgebildet, die in kürzeren oder längeren Zwischenpausen aus allen deutschen Staaten hier eintrafen, nachdem die Ausgebildeten an die Front oder in Rekrutendepots abgegeben waren. Die durchschnittliche Ausbildungszeit war auf ca. 12 Wochen berechnet. Wenn man diese kurze Zeit im Hinblick auf die Mannigfaltigkeit und den erreichten Grad der Ausbildung in Betracht zieht, so darf man die stets erzielten Erfolge nicht allein dem guten Geist der Leute, sondern in erster Linie dem unermüdlichen Fleiß und dem Eifer des besonders hierzu herangebildeten Ausbildungspersonals zuschreiben.

Die Verwendung der Mannschaften im Stellungskrieg, im Nahkampf und die Einführung der verschiedensten Nahkampfmittel erforderten neben der infanteristischen Ausbildung auch in diesen Fächern eine gründliche Schulung. Was den Leuten in der kurzen, für die Ausbildung zur Verfügung stehenden Zeit beigebracht werden mußte, das wird der beurteilen können, der es selbst mit durchgemacht hat. Das Bataillon hatte zur praktischen Ausbildung der Mannschaften einen Schützengraben und einen Handgranatenstand auf der Brandensteinsebene angelegt und im Kürengrund unter Verwendung der natürlichen Hindernisse eine künstliche Hindernisbahn angelegt. Das gefechtsmäßige Schießen fand im ersten Jahre bei Drossenhausen statt. Zur Vermeidung von Flurschaden und um das gefechtsmäßige Scharfschießen in größerem Rahmen abhalten zu können, den Rekruten die Überwindung festungs-

artig angelegter Hindernisse und das Nehmen groß angelegter Erdwerke zu erlernen, wurde nach jeder Ausbildung der Truppenübungsplatz auf 14 Tage benutzt. Mit Ausnahme von drei Besichtigungen, die in Coburg und in der nächsten Umgebung stattfanden, wurden diese auf dem Truppen-Übungsplatz Ohrdruf im Beisein der höheren Vorgesetzten des stellv. 11. Armee-Korps, der Landwehr-Inspektion, bezw. später der 2. stellv. 83. Infanterie-Brigade abgehalten. Jeder Besichtigungstag wurde zu einem Ehrentag für das Bataillon. Hier wurde Arbeit und Fleiß gelohnt, mit dem sich das Ausbildungs-Personal seiner verantwortungsvollen Aufgabe während der Ausbildung der Rekruten gewidmet hatte. Herzliche Briefe und Karten von vielen ehemaligen Rekruten aus dem Felde sind ein beredtes Zeugnis davon, mit welcher Liebe und Achtung die Leute an ihren Vorgesetzten hingen, und Dankbarkeit spricht aus den gesandten Zeilen für alles, was man sie auf militärischem Gebiete gelehrt hat. Mancher brave Held, der in Jugendfrische seine militärische Ausbildung in Coburg genossen hat, ruht in fremder Erde. Ihrer aller sei auch an dieser Stelle ehrfurchtsvoll gedacht.

Die aus den Lazaretten zum Ersatz-Bataillon entlassenen Unteroffiziere und Mannschaften wurden — soweit dieselben nicht zum Infanteriedienst verwendet werden konnten — der Genesenen-Kompagnie zugeteilt. Nach ausgiebigem Heimaturlaub wurden diese Leute durch Verwendung als Facharbeiter in den verschiedensten Berufen — vorwiegend in der Landwirtschaft — der Allgemeinheit nutzbar gemacht. Die große Fürsorge des Bataillonsarztes für die Kriegsbeschädigten, die Anwendung der durch das Bataillon beschafften Hilfsmittel und Apparate zur Stärkung und Gelenkigmachung von Muskeln und Gliedern hat bei diesen Leuten gute Erfolge erzielt. Mancher von ihnen wird heute mit Dankbarkeit anerkennen, daß man seitens des Bataillons nur sein Bestes wollte. Die aus den Lazaretten eintreffenden Unteroffiziere und Mannschaften, die feldverwendungsfähig waren oder in kurzer Zeit wurden, kamen zur Feldkompagnie. Hier wurden sie durch nach und nach anstrengenderen Dienst wieder gestählt und bei Bedarf je nach ihrer Verwendungsfähigkeit dem Front- oder Etappendienst zugeführt.

Nach dem Ausbruch der Revolution, und nachdem die Reste des Ref.-Inf.-Reg. Nr. 71 aus dem Felde in Coburg eingetroffen waren, setzte die Entlassung der einzelnen Jahrgänge und damit die Auflösung des Regiments ein. Ende des Jahres 1918 war nur noch ein Auflösungskommando vorhanden, das die noch erforderlichen Arbeiten erledigte. Den Bewohnern Coburgs, die sich in allen Fällen den Angehörigen des Ersatz-Bataillons gegenüber hilfsbereit, freigebig und gastfreundlich zeigten, dem Roten Kreuz, das durch Liebesgaben den Unteroffizieren und Mannschaften so manche Freude bereitete, den staatlichen und städtischen Behörden, bei denen das Bataillon stets das größte Entgegenkommen fand, insbesondere dem Herzogspaare, das unermüdlich und in herzlichster Weise seiner Teilnahme an dem Ergehen jedes Einzelnen unter uns Ausdruck gab, sei an dieser Stelle aufrichtiger Dank gezollt. Gern werden alle Angehörige des Ersatz-Bataillons das gastfreundliche, schöne Coburg in dankbarer Erinnerung behalten.

An Stelle des Ersatz-Bataillons trat im Januar 1919 wieder das 3. Bataillon des noch bestehenden Inf.-Reg. Nr. 95, dessen Regimentsstab am 8. Februar 1919 seinen Sitz von Gotha nach Coburg verlegte. Alsbald erfolgte die Auflösung auch dieses stolzen Regimentes, und an seiner Stelle zog das Reichswehrbataillon Nr. 21 in die Coburger Kaserne ein, das schon Anfang April 1920 auf eine Kompagnie reduziert wurde. Bald darauf wurde der coburgischen Staatsregierung durch das Reichswehrministerium mitgeteilt, daß, da das Reichsheer nur 100000 Mann zählen dürfe, eine Belegung Coburgs mit Reichswehrtruppen nicht mehr möglich sei. Damit hatte Coburg aufgehört, Garnisonstadt zu sein.

# Die Heimatfront.

## Im Dienste des Roten Kreuzes.

### Der Mobilmachungsausschuß.

Von Regierungsschulrat Dr. Lotz.

Die lehr- und ruhmreiche Geschichte des Roten Kreuzes[1]) erzählt sehr anschaulich, daß unser Coburg schon seit länger als 50 Jahren auf dem Gebiete der freiwilligen Kranken- und Wohlfahrtspflege zielbewußt und tatbereit unter den Staaten Deutschlands mit in vorderster Reihe gestanden, während der Kriege 1866 und 1870/71 durch seinen „Verein zur Pflege verwundeter und erkrankter Krieger" den Heeres-Sanitätsdienst im Geiste der Genfer Konvention von 1864 unterstützt und seit 1871 die Lösung der Friedensaufgaben des Roten Kreuzes zugleich als Vorbereitung auf den staatlichen Sanitätsdienst angesehen hat. Sollte Coburg ja auch nach den schönen Worten des eigentlichen Begründers seines Roten Kreuzes, des Generalsuperintendenten Dr. Meyer,[2]) „was es seiner Lage nach im großen Vaterlande ist, in echt deutschem Geiste das Herz sein, das für unsere leidenden Mitbrüder warm und wärmer in helfender und pflegender Liebe schlägt."

Männer- und Frauenvereine sind es, die das Rote Kreuz bilden, jene Weltgemeinschaft von Personen, welche dem Barmherzigen Samariter gleich für die Mühseligen und Geschlagenen ein helles Auge, ein warmes Herz und eine rührige Hand haben. Der coburgische Männerverein vom Roten Kreuz ist (seit 1870) der jetzige Landesverein einschließlich der seit 1891 entstandenen 8 Sanitätskolonnen in Stadt und Land. Der Frauenverein (seit 1900) ist der Marienverein, Verband der Vaterländischen Frauenvereine, mit dem selbständigen Marienhaus, Mutterhaus vom Roten Kreuz, einer „Stiftung" (1901) der edlen Herzogin Marie, der bis zu ihrem Tode (22. 10. 1920) den Coburgern treu gebliebenen Schutzherrin der coburgischen Rote Kreuz-Vereine. So wie die allezeit marschbereite Sanitätskolonne dem Landesverein die helfende und dienende Hand leiht, wenn er ihrer zu einem Samariterwerk bedarf, so das Marienhaus mit seinen Schwestern, Hilfsschwestern und Helferinnen dem Marienverein, und zwar ebensowohl im Krieg wie im Frieden, und nicht nur hinsichtlich der Kranken-, sondern

[1]) S. Kimmle, Das deutsche Rote Kreuz. 3 Bände. Berlin 1910.

[2]) Die Ruhestätte des hochherzigen Mannes, gest. am 22. März 1870, ist die allererste auf dem Coburger Ehrenfriedhof. „Drum mag er würdig führen auch noch die tote Schar!"

auch der Wohlfahrtspflege. Die drei coburgischen Organisationen vom Roten Kreuz (2 Vereine, 1 Stiftung) haben ihre eigenen Vorstände, doch ist die Vorsitzende des Marienvereins, z. Zt. Frau Staatsrat Quarck, zugleich solche des Marienhausvorstandes.

Zum allererſten Male wehte das Banner des Roten Kreuzes — das Schweizerwappen in Farbenumkehrung — 1866 über Coburg, als der gänzlich vereinzelt daſtehende „Verein zur Pflege verwundeter und erkrankter Krieger" wenige Tage nach Ausbruch des Deutſchen Krieges ſich gebildet hatte und 56 von ihm ſelbſt in Notlazaretten in und bei Kiſſingen tatſächlich zuſammengeſuchte Leichtverwundete in Coburg pflegte. Er löſte ſich im November 1866 leider wieder auf. Der 4 Jahre ſpäter auf Veranlaſſung des Generalkommandos des XI. Armeekorps in Vorahnung eines nahe bevorſtehenden Krieges am 5. April 1870 gegründete Verein pflegte in der Zeit vom 7. Auguſt 1870 bis 26. September 1871 410 Krieger auf 280 Reſerve- und 85 Vereinslazarett-Lagerſtätten. Schmerzlich bedauert wurde ſowohl 1866 wie 1870/71 der Mangel an freiwilligen männlichen und weiblichen Krankenpflegern und an freiwilliger Frauenhilfe in dem geſamten ökonomiſchen Lazarettbetrieb. Abhilfe für die Zukunft wurde durch die Gründung der Sanitätskolonnen, des Marienvereins und des Marienhauſes geſchaffen. Schon im Frieden hat das Rote Kreuz bei uns ſegensreich gewirkt: Es ſei nur der Beteiligung des Landesvereins an der Bekämpfung der Tuberkuloſe als Volkskrankheit gedacht, an ſeine Förderung des Landkrankenhausbaues und die Ausbildung von Hilfsſchweſtern und Helferinnen, Krankenpflegern und -trägern. Allgemein bekannt iſt die Hilfsbereitſchaft der Sanitätskolonnen bei Unglücksfällen, die Armen-, Kranken- und Kinderfürſorge des Marienvereins und die Arbeit der Pflegeſchweſtern vom Coburger Mutterhauſe in den Stadt- und Landgemeinden.

Zur gemeinſchaftlichen Beratung und Beſchlußfaſſung ihrer auf dem Gebiete der Kriegsvorbereitungen liegenden Aufgaben hatten die gedachten Organiſationen ſchon im Jahre 1908 ſich vereinigt und aus der Zahl ihrer Vorſtandsmitglieder eine Kommiſſion eingeſetzt, den Mobilmachungsausſchuß vom Roten Kreuz im Herzogtum Coburg.[3]) Ihm iſt nächſt den beiden Vereinen und beſonders der Sanitätskolonne und dem Marienhaus zu danken, daß bereits am 1. Mobilmachungstag 1914 zweckmäßig ausgeſtattete Räume dem Roten Kreuz zur Verfügung ſtanden, auch Verband- und Erfriſchungsſtellen, wie Einrichtungen und Geräte zur Krankenbeförderung und vor allen Dingen wohlvorgebildete Krankenpfleger, -Pflegerinnen und -Träger, ferner Perſonen, welche die (ſtaatlichen) „Reſervelazarette" durch Uebernahme der Beköſtigung, Wäſchereinigung u. a. aufs zuverläſſigſte unterſtützten. Es lehrt ja die Geſchichte mit aller Deutlichkeit — man denke an

[3]) Nach neuerlichen Vereinbarungen der 3 coburgiſchen R. Kr.-Organiſationen vertritt in Zukunft „Das Coburger Rote Kreuz" den bisherigen Mobilmachungsausſchuß auf Grund der Satzung vom 9. Mai 1921.

Dunants „Un souvenir de Solferino" —, daß bei schweren Kriegsereignissen eine ausreichende Hilfe den Verwundeten und Kranken gegenüber außerhalb der Möglichkeit selbst der vorsorglichsten militärischen Vorbereitung liegt.[4])

Der Mobilmachungs-Ausschuß von 1908, durch Zuwahl 1914 verstärkt, setzte sich aus 20 Mitgliedern, Frauen und Männern, zusammen und hat im Namen und Auftrag des gesamten cob. Roten Kreuzes unter Leitung des Wirkl. Geheimen Rates Exz. von Wittken und dessen Stellvertreters Schulrat Dr. Lotz vom 1. August 1914 bis zum 4. Oktober 1919 in ungetrübter Eintracht seines schweren, aber auch dankbaren Berufes gewaltet und nicht weniger als 96 Sitzungen gehabt:

1914: 28
1915: 30
1916: 10
1917: 11
1918: 11
1919: 6.

Die erste Sitzung fand im Palais Edinburg statt, die folgenden wurden im Gesellschaftshause und später in der Vereinsbank abgehalten. Die hier gefaßten Beschlüsse haben in sachlicher wie formeller Hinsicht die Anerkennung der Heeresverwaltung in ehrender Form gefunden und sind von den einzelnen Stellen des Mobilmachungs-Ausschusses mit reichem Erfolg verwirklicht worden. Die sorgfältig geführten Protokolle und die zahlreichen Bekanntmachungen, wie auch die eingehenden Berichte des Vorsitzenden und des Justizrats Dr. Bretzfeld legen Zeugnis von einer ganz in der Stille entfalteten, gesegneten Tätigkeit ab. An den Beratungen und vielseitigen Arbeiten nahmen zu unserer großen Freude als Ehrengäste regsten Anteil: die Frau Herzogin Viktoria Adelheid, die Frau Fürstin Alexandra zu Hohenlohe-Langenburg, die Frau Infantin Beatrice von Orléans-Bourbon und in Vertretung der hochverehrten Schutzherrin des coburgischen Roten Kreuzes die Hofdame Fräulein von Anker. Der Aufruf des Mobilmachungs-Ausschusses vom 3. August an die „Mitbürger in Stadt und Land", vor allem auch derjenige der Frau Herzogin Viktoria Adelheid vom 10. August an die „Coburger Frauen und Mädchen" und eine äußerst wirkungsvolle Kundgebung von mehr als 400 Personen vom 16. August waren die Signale zum Beginn planmäßiger Kriegsarbeiten der Coburger in Stadt und Land unter dem Zeichen des Roten Kreuzes.

Da die freiwillige Krankenpflege im Heere nicht selbständig auftreten kann und darf, sondern dem staatlichen Sanitätsdienst „eingefügt" ist, unterstand die gesamte Tätigkeit des M.-A. wie schon im Frieden einem staatlich bestellten, unter dem

[4]) Neben dem Roten Kreuz sind u. a. auch noch die Ritterorden: die Johanniter-, Malteser- und St. Georgs-Ritter zur Unterstützung des Kriegssanitätsdienstes zugelassen und stehen ebenfalls unter dem Schutze des Genfer Abkommens.

Kaiserlichen Kommissar und Militärinspekteur der freiwilligen Krankenpflege arbeitenden Territorialdelegierten: Bis zum 23. August dem Staatsrat Dr. Quarck, hierauf dem Ministerialdirektor Dr. Fritsch. Die Heeresverwaltung richtete nach und nach 10 Reservelazarette mit 1488 Lagerstellen ein, die einen auf längere, die anderen auf kürzere Zeit. Die „Teillazarette" waren:

1. Kaserne mit Exerzierhaus (320 Lagerstellen) 1. September bis 23. November 1914,
2. Vereinsbrauerei (102) 12. März 1915 bis 8. Februar 1916,
3. Heiligkreuzschule (255) 1. September 1914 bis 30. Juni 1919,
4. Reichsgraf (105) 15. Januar 1916 bis 31. März 1919,
5. Turnhallen mit dem alten Schießhaus (120) 1. September 1914 bis 28. Dezember 1918,
6. Fabrikgebäude Derichs (111) 4. Oktober 1914 bis 27. November 1918,
7. Hofgartenvilla 5 (60) 28. Januar 1915 bis 31. Januar 1918,
8. Garnisonlazarett (92) 2. August 1914 bis 10. Januar 1920,
9. Hofbrauhausbierhalle (300) 20. Oktober 1918 bis 22. Februar 1919,
10. Bürgerhof (23) 26. November 1919 bis 10. Januar 1920.

Der Landesverein vom Roten Kreuz stellte auf seine Kosten 30 Betten als „Vereinslazarett" zur Verfügung, das im Landkrankenhaus vom 4. Oktober 1914 bis 31. März 1919 bestand und von der Direktion des letzteren mit eigenen Kräften und Hilfsmitteln unter Benutzung einer vom Landesverein in Friedenszeiten schon beschafften Döcker'schen Baracke geleitet und selbständig verwaltet wurde. Es war hauptsächlich für Verwundete bestimmt, bei denen sich eine größere Operation nötig machte. — In einem von J. K. K. Hoheit der Frau Herzogin Marie in der Hofgartenvilla 3 eingerichteten und unterhaltenen Genesungsheim fanden in der Zeit vom 12. September 1914 bis 29. Juni 1915 gleichzeitig immer 10 Offiziere Aufnahme und auf Schloß Callenberg in den Sommermonaten ständig eine Anzahl verwundeter und kranker Soldaten.

In allen Lazaretten und im Genesungsheim haben Schwestern des Roten Kreuzes nebst Hilfsschwestern und Helferinnen die Krankenpflege unter Leitung der Frau Oberin Gottfriedsen und — in den Reservelazaretten — Frauen und junge Mädchen aus allen Kreisen der Bürgerschaft die Wirtschaftsführung übernommen. Die ärztliche Versorgung erfolgte unter Oberleitung einer vom Stellvertretenden Generalkommando des XI. Armeekorps bestellten Lazarettkommission, bestehend aus einem militärischen, einem ärztlichen (Geh. Med.-Rat Dr. Floël) und einem ökonomischen Mitglied, durch 16 Ärzte aus Coburg und Oeslau, 1 Feldhilfsarzt und 3 Feldunterärzten. — Nachdem der schwere Krieg begonnen, hatte der Mobilmachungs-Ausschuß die Aufgabe, den zahlreichen amtlichen „Dienstanweisungen" Leben einzuhauchen: Fürsorge für das Heer zu üben und sich unter Weiterführung der Friedensarbeit auf allen Gebieten der Kriegswohlfahrtspflege zu betätigen. Seine Haupttätigkeit konzentrierte sich — von der Fürsorge für die zu den Fahnen strömenden Vaterlandsverteidiger einstweilen abgesehen—naturgemäß auf den Empfang

der Verwundeten am Bahnhof, ihren Transport nach den einzelnen Lazaretten und ihre körperliche und geistige Pflege. Während des ganzen Krieges trafen in Coburg (außer wenigen Einzeltransporten Verwundeter und Kranker) 55 Sanitäts- (d. i. Lazarett- und Hilfslazarett-) und Krankenzüge ein, im Kriegsjahre

1914/15: 11,
1915/16: 14,
1916/17: 12,
1917/18: 9,
1918/19: 9,

insgesamt 18657 Verwundete und Kranke, darunter 2195 Schwerverwundete. 167 sind ihren Verwundungen und Krankheiten erlegen; von ihnen starben allein im Oktober und November 1918 23, davon 11 an Grippe. Das Eintreffen der Sanitäts- und Krankenzüge wurde den in Frage kommenden Stellen durch Meldungen freiwilliger Radfahrer, später durch die Dampfpfeifen der hiesigen Fabriken bekanntgegeben. Häufig wurden die Transporte nur ganz kurze Zeit vor ihrer Ankunft, manchmal erst von Eisfeld aus gemeldet. Die Ausladung geschah anfangs am Personenbahnhof, später — des Bahnhofumbaues halber — am Güterbahnhof, die erste Verpflegung soweit erforderlich in der geräumigen Erfrischungshalle. Auf Anruf waren zu jeder Tages- und Nachtzeit, in Sonnenglut und bei Winterstürmen die fleißigen Damen der Empfangs- und Erfrischungsstelle unter Führung von Frau L. Lütkemeyer, die unermüdlichen Sanitätskolonnen, an ihrer Spitze Sanitätsrat Dr. Fries, hilfbereite Schüler der höheren Lehranstalten und Mitglieder des Mobilmachungs-Ausschusses zur Stelle, um ihres Samariteramtes zu walten. In besonders sinniger Weise hat die Frau Herzogin Viktoria Adelheid die aus dem Kriegsgetümmel ins friedlich-liebliche Coburg gekommenen Vaterlandsverteidiger zu begrüßen und zu erfreuen gewußt. Der Abtransport in die einzelnen Lazarette erfolgte nach Anweisung der Lazarettkommission und zwar mit Hilfe von Kraftwagen, Landauern, Breaks und Mannschaftswagen der Feuerwehr; als sehr praktisch erwiesen sich dabei die von dem „Vater der Kolonne", Heinrich Zeidler, sinnreich konstruierten Gestelle und Tragbahren. Wagen, Pferde und Bedienung wurden unentgeltlich zur Verfügung gestellt, wie überhaupt den Soldaten und vor allem den Verwundeten und Kranken gegenüber kein Opfer gescheut wurde. Alle, alle wollten helfen und Freude bereiten! Und in dichten Scharen — die Feuerwehr mußte mehrfach Absperrdienst übernehmen — standen Alt und Jung mitleidvoll in den Straßen, durch welche die Transporte nach den Lazaretten sich bewegten. Manch einem ist dabei so recht die Wahrheit der Dichterworte zum Bewußtsein gekommen: „Ein roh gewaltsam Handwerk ist der Krieg" und: „Du forderst viel, o Vaterland!"

In den Lazaretten selbst herrschte vor und nach Ankunft der Sanitäts- und Krankenzüge reges Leben: Schwestern des Marienhauses und Krankenwärter übernahmen wohlgerüstet die Pflege in den vorschriftsmäßig ausgestatteten Krankenräumen und mehr als 100 Frauen und junge Mädchen, dazu 30 bezahlte Arbeiterinnen, die erforderliche Verpflegung nebst allen mit ihr verbundenen Arbeiten.

Munitions-, Küchen- und Bagagewagen vor der Abfahrt zum Kriegsschauplatz am 7. August 1914

Landwehr-Abschied (10. August 1914)

Nagelung eines Eisernen Kreuzes in Neustadt

Nagelung des „Eisernen Moriz" in Coburg am 18. Juli 1915

Der umfangreiche Küchen- und Waschbetrieb stand unter der Oberleitung der Frau Diakonus Eberhardt, die Nähstube, in welcher viele junge Damen, ebenfalls unter Zuhilfenahme bezahlter Kräfte, mit außerordentlichem Fleiß Leibwäsche aller Art herstellten, wurde von Fräulein Othberg geleitet und erhielt andauernd die wertvollste Unterstützung der unermüdlichen Postbeamtinnen, die auch mit rührender Beständigkeit dem Roten Kreuz dienten. Der besonderen Abteilung für Herstellung von Wollsachen, namentlich den viel- und heißbegehrten Strümpfen, stand Frau Landrat von Strenge vor. Allein in den Jahren 1916 und 1918 wurden je 4000 Paar Strümpfe gestrickt, während des Kriegs im ganzen 11990 Paar, und, soweit sie nicht in Coburg Verwendung fanden, an das Kriegsbekleidungsamt des IV. Armeekorps in Magdeburg gegen Bezahlung abgeliefert, manche Familie hat dabei ihren Unterhalt verdient.

Die Verköstigung in den Lazaretten wurde vom M.-A. gegen eine Pauschalentschädigung seitens der Königl. Intendantur vom 15. November 1914 an übernommen und unter verdienstvoller geschäftsführender Mitwirkung des Kommerzienrats Cäsar von Frau Staatsrat Quarck, Frau de Cuvry und Frl. H. Geith geleitet. Im Jahre 1916 — die Ernährungsschwierigkeiten wuchsen bereits von Monat zu Monat — betrug die Zahl der Verpflegungstage 158000, der verpflegten Personen durchschnittlich täglich also 432, ganz außerordentlich mühevoll und verantwortungsreich ist die hier vollbrachte Arbeit gewesen. Vom 1. Mai 1918 ab übernahm auf militärische Anordnung hin die Lazarettverwaltung selbst wieder wie in den ersten dreieinhalb Kriegsmonaten die Verpflegung in allen Reserve-Lazaretten, und damit war die Tätigkeit der freiwilligen Arbeitskräfte auf diesem Gebiet geschlossen, nachdem schon ein Jahr vorher — am 1. April 1917 — die Reinigung der Lazarettwäsche, die der M.-A. durch Waschfrauen hatte vornehmen lassen, von der Militärbehörde einer Waschanstalt übergeben worden war. Mit wehmütigem Herzen und aufrichtigem Bedauern, daß es ihnen nicht vergönnt war, bis zur Auflösung der Lazarette die ihnen liebgewordenen Pflichten gegen deren Insassen ausüben zu können, verließen die Damen der Verpflegungsstelle und des Küchenbetriebs, 115 an der Zahl, ihre Posten. Herzlicher Dank wurde ihnen bei einer Abschiedsfeier in der „Traube" seitens des M.-A. für ihre jahrelange, opferfreudige Tätigkeit und die allezeit gerühmte Verpflegung durch den stellvertretenden Vorsitzenden zugleich im Namen der Militärbehörde ausgesprochen.

Neben der Sorge um das leibliche Wohlergehen der Verwundeten und Kranken bemühte sich der M.-A. auch in weitgehendem Maße um die Stärkung und Erhebung von Geist, Gemüt und Willenskraft der seelisch in der Regel tief erschütterten Lazarettinsassen. Eine große Anzahl von Damen und Herren — namentlich Geistliche, Schulmänner und Künstler — stellte sich in den Dienst der geistigen Pflege. Durch Darbietungen mancherlei Art wurden in den frühen Abendstunden die Krieger in den Lazarettsälen erfreut, auch diejenigen, die ihre Lagerstatt nicht verlassen konnten. Zu gunsten des wissenschaftlichen Interesses der Zuhörer wurden Vorträge unterhaltenden und belehrenden Inhaltes geboten

und Gelegenheiten zum Lesen guter Bücher und Zeitschriften — lauter Liebesgaben — gegeben. Künstlerische Neigungen wurden durch musikalisch-deklamatorische Unterhaltungen von Schulkindern, von Vereinen und von Mitgliedern des Hoftheaters befriedigt. Anregungen ethischer Art boten patriotische Feiern und das Reformationsfest (1917). Das religiöse Interesse wurde durch Gottesdienste, Andachten und andere seelsorgerische Veranstaltungen der Geistlichen gepflegt. Von besonderer Bedeutung waren die herzerhebenden Weihnachtsfeiern mit Bescherungen: Deutsche Krieger im Lazarett, zum teil liegend in Betten oder auf Tragbahren und Stühlen, vor dem Christbaum „Stille Nacht" singend und um „Frieden auf Erden" den Vater in der Höhe bittend — welch ergreifendes Bild! Wir haben es während des langen Krieges zu wiederholten Malen erschaut!

Für geistige und leibliche Genüsse außerhalb der Lazarette sorgte das im Gesellschaftshause eingerichtete Verwundetenheim unter Leitung von Frau Oberlehrer Töpfer. Zahlreiche Liebesgaben fanden dort Verwendung: Rauch- und Eßwaren, Kaffee, Tee und Mineralwässer, Bücher, Zeitschriften, Spiele, Schreibmaterialien, Musikinstrumente usw. Der Besuch des Heims wechselte naturgemäß stark und belief sich in einem Jahr auf ungefähr 4600 Personen. Den gleichen Zweck verfolgte das „Soldatenheim" der Landeskirchlichen Gemeinschaft. — An dieser Stelle sei erwähnt, daß an unsere Verwundeten und Kranken zahlreiche Einladungen in Familien und Vereine, zu Ausflügen, Theater- und Lichtbilderaufführungen und zu Ausstellungen des Kunstvereins ergingen, und daß viele Krieger in der Absicht, ihre technische und wissenschaftliche Berufstüchtigkeit wieder zu erwerben oder zu fördern, teilnahmen an Kursen des Stenographenvereins, am stundenplanmäßigen Unterricht der Baugewerkschule und der Handelsfachschule und an den Arbeiten im Professor Poertzel'schen Atelier für Groß- und Kleinplastik. Andere fanden lohnende Beschäftigung als Korbflechter, Schlosser, Kesselschmiede, Tischler, Gärtner, landwirtschaftliche Arbeiter. Kriegsbeschädigte haben sich bei hiesigen Meistern in ihren Beruf wieder einarbeiten können. Viel ist geschehen, um unsere Kriegsgäste zu erfreuen, zu ermutigen, für ihren Beruf wieder geschickt zu machen. Wir wissen auch aus zahlreichen Briefen, daß sie gern an ihren Aufenthalt in Coburg zurückdenken, 167 aber sind hier gestorben: Sie ruhen in ihrer Heimat oder auf unserem Ehrenfriedhof im Frieden, den ihnen die Welt nicht gab.

Und nicht nur die Feldgrauen in den Lazaretten erfreuten sich der Hilfe der Coburger aus Stadt und Land — auch die zum Kriegsdienst erst Einberufenen, sodann die Urlauber u. a. auf der Durchreise und vor allem die Kämpfer draußen in allen Himmelsgegenden, die Gefangenen und die Heimkehrenden, aber auch arme Kriegerfamilien, Witwen und Waisen, Säuglinge und notleidende Kinder.

Eine ständige Sanitätswache der Kolonne war am Coburger Bahnhof an jedem Zug bereit, durchkommenden Soldaten mit Auskunft und Hilfe zur Seite zu stehen. Sie leistete in 23205 Fällen Handreichungen, und Damen des Roten

Kreuzes boten Erfrischungen. Die Übernachtungsstelle im Bahnhofsgebäude war namentlich denjenigen Urlaubern sehr willkommen, die bei später Ankunft Anschluß zu ihren Zügen in der Richtung Coburg-Ernstthal und Rodach nicht mehr fanden. In 3 Zimmern mit 20 Betten erhielten allein im Jahre 1918 4050 Soldaten Nachtlager und dank dem großen Entgegenkommen der Besitzer des Bahnhofshotels auf Wunsch auch Verpflegung. Viele befanden sich im Spätherbst 1918 nach dem schrecklichen Zusammenbruch unseres Heeres bereits auf der trauervollen Heimkehr.

Größte Liebestaten des Roten Kreuzes erfuhren wie ihre Kameraden in den Lazaretten die Feldgrauen an der Front. Mehrere große Liebesgabentransporte — anfänglich vorsichtshalber bis an die Front begleitet von 2 Vertrauensmännern[5]) — und unzählige Einzelpakete sind abgegangen an das Feldheer, die Marine und die Fliegerscharen, besonders bedacht wurden das Infanterie-Regiment 95 und sein Ersatzbataillon, das Landwehr.-Inf.-Regt. 32, die Reserve-Inf.-Regt. 235 und 71 und das Landsturm-Infanterie-Bataillon Gotha in Arlon (Belgien). Einzelpakete erhielten auch alle in den verschiedenen Heeresteilen verstreut stehenden Coburger Vaterlandsverteidiger, einschließlich der Sanitätskolonnen-Mitglieder, soweit ihre Adressen zu ermitteln waren, doch von engherziger Gesinnung weit entfernt, sandten wir auch Geld, Gebrauchs- und Eßwaren an Nichtcoburger, z. B. an Landsturmleute auf Wachkommandos an Gebirgseisenbahnen; Sammelerträgnisse gingen sogar an das Bulgarische Rote Kreuz und den Osmanischen Roten Halbmond. Einer ganz besonderen Fürsorge unsererseits erfreuten sich diejenigen Feldgrauen, von denen wir auf dienstlichem oder außerdienstlichem Wege, häufig durch mitleidige Kriegskameraden, erfahren hatten, daß sie als Waisen oder armer Leute Kinder oder aus einem anderen Grunde Feldpostpakete nicht empfingen und nur solche glücklicher Waffenbrüder zu sehen bekamen. Sie wurden von uns nicht vergessen und erhielten (mehr als 100 hatten wir ermittelt) vom M.-A. immer einmal ein besonderes Päcklein. Ihre Adressen aber gaben wir zu fleißiger Benutzung in mildtätige Hände mit sehr gutem Erfolge weiter. Im ganzen wurden vom M.-A. 25000 Pakete mit freiwilligen Gaben, denen viele angekaufte Gegenstände, u. a. Coburger Schmätzle, beigelegt waren, einzeln oder in Sammelladungen abgeschickt, einmal auch 30 große Weihnachtsbäume. Der Wert, der vom M.-A. selbstbeschafften Geschenke betrug in den Jahren 1916, 1917, 1918 zusammen 70 194,75 Mark.

Die Fertigstellung der Weihnachtspakete ist mit freudiger Hingabe unter Mitwirkung des Hoflieferanten Riechers durch Damen des Roten Kreuzes in Gegenwart und unter Leitung der Frau Herzogin Viktoria Adelheid im Thronsaal der Ehrenburg erfolgt. Manch einem Päcklein sind Friedrich Hofmanns Verse aus „Mütterleins Feldpostpaket" (1870) zugerufen worden:

---

[5]) Im Jahre 1870/71 machten die Coburger mit ihren Liebesgabensendungen nach dem Kriegsschauplatz schlimme Erfahrungen: Von vier großen Transporten gelangten drei nicht an ihre Adresse, und einer von diesen ist überhaupt spurlos verschwunden.

„Gepackt, gesiegelt! Nun geh hin,
erfreue meinen Herzensjungen!
Wär' ich so jung wie alt ich bin,
ich wär der Feldpost nachgesprungen,
gelaufen wär' ich Tag und Nacht,
hätt' ihm das Päcklein selbst gebracht."

Zu denjenigen Kriegsteilnehmern, die seelisch aufs schwerste gelitten haben[6]), gehörten wohl unstreitig die Gefangenen. Vielfach als vorderste Stürmer schwer verwundet in die Hand teuflisch hassender Feinde gefallen, lange oft abgeschnitten vom Verkehr mit den Lieben daheim, befallen von der „Stacheldrahtpsychose" — so waren sie in Gefahr, entweder einer entsetzlichen Verblödung und Taubheit (Depression) oder exzedierenden Gefühlen (Affekten) zu erliegen, die sie oft zu schwer bestraften Ausschreitungen führten (Opfer von Avignon, Algier!). Ihnen zu helfen, zunächst ihren Aufenthaltsort festzustellen und den Verkehr zwischen ihnen und ihren Angehörigen zu vermitteln[7]), sie sodann als Austauschgefangene in einem neutralen Lande internieren zu lassen, ihnen Liebesgaben zuzuwenden u. a. — diese Aufgaben übernahm die Gefangenenfürsorgestelle. Sie wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Mobilmachungs-Ausschusses eingerichtet und von der Sekretärin Frl. Martens geleitet, später aber — vom 1. Juni 1918 an — von Frau Gräfin von Roß und Geh. Sanitätsrat Dr. Enke unter Mithilfe von Frl. E. Ehrhardt und Hoflieferant Hahn verwaltet, sie nahm sich auch der Zivilgefangenen[8]), der aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen und der Flüchtlinge aus Posen, Ostpreußen und Rußland tatkräftig an und ging zuletzt an das Landratsamt über. Der Geschäftsbericht vom Landesverein vom Roten Kreuz für 1917 bekundet: „In Scharen sind Männer und Frauen in der Gefangenenfürsorgestelle erschienen, um Auskunft über den Verbleib von Angehörigen zu erhalten. Mehr als 1000 Auskünfte sind (i. J. 1917) mündlich gegeben, über 800 Briefe erledigt, 250 Postsendungen von Angehörigen der Gefangenen besorgt und 700 Pakete von uns als Liebesgaben abgeschickt worden." Und im Bericht für 1918 heißt es: „Die Tätigkeit der Gefangenenfürsorge ist im Jahre 1918 eine recht bedeutende gewesen. Mündliche Auskünfte wurden 6571 erteilt, die Zahl der Posteingänge betrug 5342, die Postausgänge 7595. Im Auftrag von Angehörigen wurden 507 Pakete und 740 Geldsendungen durch Vermittlung des neutralen Auslandes an Gefangene abgesandt. Direkt wurden im Auftrag von Angehörigen aus Stadt und Land 2803 Pakete expediert, zum größten Teil verpackt, adressiert und gestempelt. Vom Mobilmachungs-Ausschuß selbst wurden 285 Pakete als Liebesgaben abgeschickt."

---

[6]) Vergl. hierzu unsern dem Mobilmachungs-Ausschuß erstatteten Reisebericht „Über unsere Feldgrauen in der Schweiz". Coburger Heimatglocken 1918 Nr. 40.

[7]) In vielen Fällen wurde auch vom Mobilmachungs-Ausschuß Auskunft über französische Kriegsgefangene ihren Angehörigen direkt erteilt.

[8]) Die Fürsorge für Zivilinternierte coburgischer Staatsangehörigkeit hatte für die Stadt Coburg der Magistrat, für den Landbezirk das Landratsamt übernommen.

Wie in allen anderen deutschen Staaten wurde auch in Coburg eine Geschäftsstelle eingerichtet, die unter dem Namen „Kriegsgefangenenheimkehr" die Fürsorge für die in die Heimat zurückkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen übernommen hat. Unter ihren Mitgliedern war das Rote Kreuz durch seinen Vorsitzenden und durch Frau Gräfin von Roß vertreten. Zu jedem Zuge, mit dem Heimkehrende überhaupt erwartet werden konnten, fand sich seitens des Empfangsausschusses eine Abordnung auf dem Bahnhof zur Begrüßung ein. Im ganzen wurden hier etwa 1040 Kriegsgefangene erwartet, davon 111 aus russischer, 320 aus französischer und 609 aus englischer Gefangenschaft. Wie schlimm es den Deutschen in französischer Gefangenschaft sogar nach Friedensschluß noch ergangen ist und zum Teil bis auf den heutigen Tag (1. Oktober 1921) ergeht, ist allbekannt. Händeringend rufen wir wie die Schweizer zu Geßlers Zeit: „Die Wüteriche!" — „Gerechtigkeit des Himmels! Wann wird der Retter kommen diesem Lande?" — —

Und nun gedenken wir noch der Schwestern unseres Mutterhauses und der Mitglieder unserer Sanitätskolonnen, die draußen und daheim dem Roten Kreuz die unentbehrlichsten Helfer waren, und endlich der patriotischen Wohltäter in der Heimat, die den Mobilmachungs-Ausschuß durch Liebesgaben und Liebesdienste aller Art in den Stand setzten, seine großen Aufgaben zu lösen.

Trotz aller Vorbereitungen im Frieden galt es gleich zu Anfang des Krieges noch Hilfsschwestern und Helferinnen neu auszubilden, um die durch deren Einstellung daheim frei werdenden Vollschwestern in das Etappengebiet und auf die Kriegsschauplätze im Osten und Westen, auch nach Oesterreich, nach Rumänien, in die Türkei und selbst nach dem Kaukasus und nach Palästina senden zu können. War es doch dem lebenskräftigen Marienhaus, das die Ausbildung der Schwestern ohne jegliche Mitwirkung militärischer Stellen ausführte, auch möglich, schon für die erste Expedition nach der Türkei im Dezember 1914 die Schwestern stellen, im ganzen aber 38 der Etappe und 56 den Coburger Lazaretten zuweisen zu können. Zwei der Heldinnen sind Opfer ihres Berufs geworden:

Oberschwester Anita Heß,
Schwester Elisabeth von Gagern,

erstere in Coburg, letztere im Flecktyphuslazarett in Konstantinopel, wo sie auf dem Ehrenfriedhof beigesetzt worden ist. Joh. 15, 13. —

Für die Fortsetzung der sogenannten Friedensarbeiten des Roten Kreuzes während der Kriegszeit sorgten Schwestern des Marienhauses in den Gemeinden, beim Kinderheim in Coburg, in der Krippe und im Krankenhaus in Neustadt u. a. —

Die 8 Sanitätskolonnen im Coburger Lande zählten zu Beginn des Krieges 350 Mitglieder, von denen 182 als Krankenpfleger und -Träger ausmarschiert und 52 — davon 5 im Dienst der freiwilligen Krankenpflege — den Tod fürs Vaterland gestorben sind. Gedächtnistafeln melden den einzelnen Kolonnen und uns allen die Namen der 52 wackeren Männer, die getreu bis in den Tod waren und von uns nie vergessen werden.

Im Dienste der freiwilligen Krankenpflege rückte zuerst Sanitätsrat Dr. Enke, Mitglied des Landesvereinsvorstandes, aus, um die Führung des Vereinslazarettzuges O[9]) zu übernehmen. Vom Oktober 1914 ab wurden ganze Kolonnenzüge für die Südarmee, für den Westen und für die Armeegruppe Woyrsch im Osten zusammengestellt und unter bewährter Führung in die Etappe entlassen.

An dieser Stelle sei erwähnt, daß während des Krieges 2 Kolonnen ihr 25jähriges Bestehen feiern konnten: Am 11. Februar 1917 die zu Coburg, am 15. September 1918 die zu Einberg. Mit der Feier in Coburg war das Dienstjubiläum des Begründers der Kolonne, des Verbandsvorsitzenden Heinrich Zeidler, verbunden, dem auch bei dieser Gelegenheit zahlreiche Ehrungen zuteil wurden.

Daß die Sanitäter daheim nicht müßig waren, sondern sich wie die Schwestern vom Roten Kreuz neben ihrer Tätigkeit in den Lazaretten der „Friedensarbeit" widmeten, ergibt sich aus nachstehender Übersicht über ihre Hilfeleistungen im Jahre 1917:

| Art des Unfalles oder der Krankheit u. a. | Zahl der Unfälle usw. | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Coburg | Neustadt | Rodach | Königsbg. | Einberg | Festungshaulen | Meeder | Scherneck | i. Summa |
| 1. Verletzungen, äußere: . . . . | 1158 | 255 | 224 | 37 | 133 | — | — | 38 | 1845 |
| 2. Verletzungen, innere: . . . . | 21 | 10 | 10 | 5 | 18 | — | — | 4 | 68 |
| 3. Schlagaderblutungen . . . . | 7 | 2 | 1 | 1 | 1 | — | — | — | 12 |
| 4. Ohnmachten . . . . . | 82 | 40 | 24 | 14 | 19 | — | — | 14 | 193 |
| 5. Krämpfe . . . . . | 17 | 6 | 4 | 2 | 4 | — | — | 1 | 34 |
| 6. Erstickungen . . . . . | 5 | 1 | — | — | — | 1 | — | — | 7 |
| 7. Verstauchungen u. Verrenkungen | 128 | 12 | 8 | 6 | 8 | — | — | 5 | 167 |
| 8. Knochenbrüche . . . . . | 134 | 30 | 8 | 4 | 8 | — | — | 2 | 186 |
| 9. Vergiftungen . . . . . | 4 | 7 | — | — | 1 | — | — | — | 12 |
| 10. Fremdkörper, eingedrungene , . | 103 | 32 | 29 | 24 | 22 | — | — | 7 | 217 |
| 11. Krankheiten, innere . . . . . | 252 | 132 | 54 | 16 | 32 | — | — | 12 | 498 |
| 12. Transporte: | | | | | | | | | |
| a) mit Auto . . . . . | 16 | — | — | — | — | — | — | — | 16 |
| b) mit dem staatl. Krankenwagen | 77 | — | — | — | — | — | — | — | 77 |
| c) mit fahrbarer Trage . . . | 84 | 64 | 12 | — | 6 | — | — | — | 166 |
| d) mit gewöhnlicher Trage . | 1 | 1 | — | — | — | — | — | — | 2 |
| e) auf andere Weise (Eisenbahn, Droschke, Leiterwagen usw. | 80 | — | — | — | 2 | — | — | — | 82 |
| 13. a) Beihülfe beim Umbetten . . | 64 | 4 | 8 | — | — | — | — | — | 76 |
| b) Beihülfe beim Arzt bei Operationen u. Anlegen v. Verbänden | 6 | 5 | 1 | — | — | — | — | — | 12 |
| 14. Desinfektionen . . . . . | 202 | 22 | — | — | 4 | — | — | — | 228 |
| Summa | 2441 | 623 | 383 | 109 | 258 | 1 | — | 83 | 3898 |

[9]) Die staatlichen Lazarettzüge sind durch Nummern, die Vereinslazarettzüge durch Buchstaben gekennzeichnet.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 15. Nachtwachen bei Kranken! | Coburg | 6 | Mann | 347 Stunden |
| | Neustadt | 4 | „ | 62 „ |
| | Summa | 10 | Mann | 326 Stunden. |

Das Sammel- und Kassewesen, zu dessen Darlegung wir zum Schlusse unserer Ausführungen gelangen, wird nach seiner Notwendigkeit und Bedeutung für das Rote Kreuz ohne weiteres verstanden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die freiwillige Krankenpflege fast ausschließlich auch auf freiwillige Beiträge angewiesen ist, und daß das Reich, von der Erstattung der Auslagen für die staatliche Krankenpflege abgesehen, dem Roten Kreuz im allgemeinen keine Unterstützungen gewährt. Deshalb also die bereits erwähnten „Aufrufe" vom 3. und 16. August 1914 mit der Bitte um Liebesgaben aller Art! Ihr Erfolg war so groß, daß der Coburger amtliche Kriegssanitätsbericht (S. 83) den Coburgern das Zeugnis ausstellt: „Mit Ausbruch des Krieges hat die Bevölkerung von Stadt und Land in heller Begeisterung alles nur Erdenkliche an Lebens- und Genußmitteln herbeigebracht" . . . und — fügen wir hinzu — alles Erdenkliche in reichem Maße: Spendeten doch z. B. die Schulkinder (etwa 10000) in den coburgischen Landstädten und Landortschaften für die Lazarette zu Weihnachten 1914 118 Gänse nebst den Kartoffeln zu den „erforderlichen" Klößen und zu Ostern 1915 19200 Eier. Wie erstaunten darüber die Damen der Verpflegungsstelle, und wie freuten sich die höchlichst überraschten Verwundeten und Kranken, die den Schulen aufs herzlichste dankten und „nie vergessen wollen, zum Christfest 1914 von coburgischen Schulkindern bewirtet worden zu sein."

Alle Material-Liebesgaben wurden, soweit sie nicht in der Verpflegungsstelle aufbewahrt und von hier aus verwendet werden mußten oder durch die Spender selbst in den einzelnen Lazaretten zur Verteilung gelangten, zusammen mit den angekauften Gegenständen im großen Depot des Mobilmachungs-Ausschusses in der Baugewerkschule durch Frau Direktor Berninger, Frau Kommerzienrat Mai und Frau von Plessen angesammelt, sortiert und nach Bedarf in größeren oder kleineren Mengen zweckentsprechend abgegeben. Auf unser Depot, eine Art „Warenhaus", konnten wir stolz sein: Allein in den ersten 17 Kriegsmonaten kamen daraus zur Verausgabung 2751 Hemden, 2146 Unterjacken, 7751 Paar Strümpfe, 1786 Paar Fußlappen, 3477 Paar Pulswärmer, 700 Paar Kniewärmer, 983 Kopfschützer, 255 Brustschützer, 1865 Leibbinden, 192 Paar Handschuhe, 3178 Taschentücher, 1887 Hosenträger, 1197 Handtücher, 1299 Nähbeutel, 57800 Zigarren, 88600 Zigaretten, 1962 Pakete Tabak, 427 Pfeifen u. a. im Gesamtwert von 71831,30 Mark. Später spielten auch Taschenlampen, Harmonikas, Luntenfeuerzeuge, Unterhaltungsspiele und Feldbüchereien eine große Rolle. — Die Akten der Verpflegungsstelle berichten, wie Nahrungs- und Genußmittel aller Art in erstaunlichen Mengen — aus Landgemeinden vielfach fuderweise — als Liebesgaben eingingen; selbst Hasen, Rebhühner und Rehe fanden den Weg nach Coburg,

Herrngasse 17. Und wieviel Fleisch und Wurst, Geflügel, Stallhasen, Butter, Käse, Honig, Kuchen (Kniekrapfen), Beerwein, Kartoffeln, Mehl wurden gespendet!

Der Bevölkerung von Stadt und Land gebührt heißer Dank dafür und den Männern und Frauen, die auch in ihrer Werbetätigkeit für das Rote Kreuz in den Gemeinden nicht müde geworden, besondere Anerkennung!

Die Gesamt-Geldeinnahme betrug 406211 Mk., einschließlich des Reinertrags vom Rote Kreuz-Fest am 14. und 15. Juni 1914 in Höhe von 14000 Mk. Sie setzt sich zusammen aus zahlreichen größeren und kleineren Zuweisungen, aus den Erträgnissen von Haus- und Straßensammlungen an sogenannten Blumen-, Opfer-, Nichtrauchertagen, der „Nagelung" des Bildes des Heiligen Moritz in Coburg und des Eisernen Kreuzes in den Städten Neustadt, Rodach, Königsberg und in vielen Landgemeinden, aus Volksspenden (eine solche zu Herzogs Geburtstag 1916 ergab 20641 Mk.). Wesentliche Einnahmen wurden auch erzielt aus freundlichst gestifteten coburgischen Kreuzpfennigmarken und aus Postkarten mit dem Bilde vom Coburger Schloßplatz aus der Fliegerschau, ferner aus dem Verkauf von eingesammeltem Altpapier, Altleder, Gummi, von Rote Kreuz-Streichhölzern u. v. a. Ja, sogar fremdländische Orden, an denen die Inhaber Gefallen nicht mehr fanden, wurden dem Mobilmachungs-Ausschuß zur Verfügung gestellt und zu gunsten seiner Kasse verwertet. Recht bedeutende Summen erbrachten zahlreiche Konzerte und Vorträge von einheimischen und fremden Künstlern und Gelehrten von besonderem Rufe: Kapellmeister Fichtner veranstaltete nicht weniger als 12 große Künstlerkonzerte; auch die Hofkapelle von Meiningen, das hiesige Theater, die Militärkapelle, der Ernst-Albert-Oratorienverein, der Kirchenchor, der Kunst- und Gewerbeverein, der Kunstverein (er veranstaltete eine Ausstellung Wiegk'scher Bilder) und andere stellten sich ebenfalls in den Dienst des Roten Kreuzes und verhalfen ihm zu ansehnlichen Geldmitteln. — Große Unterstützung erfuhr die Sammel- und Werbetätigkeit durch die gesamte Coburger Presse, die Kreditanstalten, Sparkassen und Kirchen- und Gemeindekassen, durch die Marienzweigvereine und durch zahlreiche junge Mädchen unter Führung der Frau Diakonus Eberhardt, durch die gesamte Schuljugend, die gesinnungstüchtige Jugendwehr und sehr viele Geschäftsinhaber.

Bedeutende Geldausgaben erforderten die Beiträge zu den Liebesgaben für unsere Feldgrauen vor dem Feind, in den Lazaretten und in der Gefangenschaft, — zur Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Krieg Gefallenen, — zur sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte, — zur Schwesternspende des Zentralkomitees vom Roten Kreuz, — zur Unterstützung von Frauen und Kindern einberufener Sanitätskolonnenmitglieder, — zum „Coburger Kriegerdank" (Landsiedlungsgesellschaft) usw. Die Gesamt-Ausgabe belief sich auf 376639,39 Mk. Von dem Restbestand von (406211—376639,39 =) 29571,61 Mk. wurden zunächst auf die 3 Organisationen vom Roten Kreuz je 2500 Mk. in Kriegsanleihestücken verteilt und 7138 Mk. als Beitrag zu den vom Staatsministerium der Sanitätskolonne

überwiesenen Automobil ausgezahlt.[10]) 14933,61 Mk. sollten zur Begleichung etwaiger Nachforderungen an den Mobilmachungs-Ausschuß als gemeinschaftliches Vermögen des Landesvereins, des Marienvereins und des Marienhauses zurückbehalten werden. Vollständige, authentische Nachweise über die (von Privatier Schlegel in liebenswürdiger Weise regelmäßig geprüften) Einnahmen und Ausgaben finden sich in den Akten des Mobilmachungs-Ausschusses und — auszugsweise — in den gedruckten Geschäftsberichten des Landesvereins vom Roten Kreuz.

All die vielen Arbeiten, die dem Roten Kreuz während des Weltkrieges erwuchsen, wurden von dem Mobilmachungs-Ausschuß eingehend beraten und unter wahrhaft idealer Mithilfe der gesamten coburgischen Bevölkerung und insonderheit der Frau Herzogin Viktoria Adelheid durch seine allezeit wachsame „Geschäftsstelle" zur Ausführung gebracht. Die Beteiligten sind mit mancherlei Ehrungen „Für Verdienste um das Rote Kreuz" — „In dankbarer Anerkennung wertvoller Arbeit unter dem Roten Kreuz" — „Zur Erinnerung an Deutschlands schwere Kriegszeit" bedacht worden.... Die größte Freude wird ihnen aber ihr Leben lang das Bewußtsein bereiten, nicht müßige Zuschauer der Kriegsereignisse gewesen zu sein, sondern auch auf ihrem Posten nach Kräften für das geliebte Vaterland und sein tapferes Heer unter dem Zeichen des ehrwürdigen Roten Kreuzes in deutscher Treue gewirkt zu haben!

## Allgemeine Wohlfahrtspflege.

(Marienverein und Marienhaus.)

Von Landgerichtsdirektor von Strenge.

Neben der Fürsorge für die Angehörigen des Feldheeres ging die allgemeine Wohlfahrtspflege im Lande her, insbesondere die Krankenpflege, die Kinder- und Säuglingsfürsorge, die Bekämpfung der Tuberkulose, die Unterstützung der wirtschaftlich Schwachen, soweit für sie nicht die öffentliche Fürsorge (offene und geschlossene Armenpflege) in Betracht kam. Seit Jahrzehnten lag im Coburger Lande der Schwerpunkt der Tätigkeit auf diesem Gebiete in den Händen des Verbandes der Vaterländischen Frauenvereine, des Marienvereins und des ihm angeschlossenen Mutterhauses vom Roten Kreuz, des Marienhauses in Coburg, beide unter der Oberleitung der Frau Gertrud Quarck, das letztgenannte insbesondere unter der Leitung seiner verdienten Oberin Mila Gottfriedsen stehend.

Durch die Folgeerscheinungen des Krieges erwuchsen dem Marienverein bald besondere, erweiterte Aufgaben. Zwar schien es anfänglich, als müßten alle Kräfte und Hände sich ausschließlich in den Dienst der Heeresfürsorge stellen, und als müßte hinter diese Aufgaben die Heimatfürsorge zurücktreten. So wurden gleich zu Anfang des Krieges die auf dem Lande angestellten Gemeindeschwestern des Marienhauses mit wenigen Ausnahmen zurückgezogen, um sich für den Dienst der militärischen Krankenpflege zur Verfügung zu stellen, und die Tätigkeit der 36 über

[10]) Das früher im Besitz des Roten Kreuzes gewesene Kranken-Automobil war schon am 2. Mobilmachungstag von der Militärbehörde beschlagnahmt und mit seinem Chauffeur Walther dem Gardekorps zugeteilt worden.

das ganze Land verbreiteten Zweigvereine des Marienvereins erschöpfte sich zunächst in der Sammlung von Liebesgaben für das Frontheer, Aufbringung von Geldmitteln im Wege der Sammlung für die Hinterbliebenen, die Kriegsgefangenen, die Verwundeten und ähnliches. Je mehr aber die Erkenntnis durchdrang, daß dieser Krieg ein jahrelanger sein werde, dessen Ende und Ausgang nicht abzusehen sei, desto entschiedener ergab sich die Notwendigkeit, die Aufgaben der Heimatfürsorge wieder tatkräftig in die Hand zu nehmen. So wurden bald die Schwesternstellen auf dem Lande wieder besetzt, ihre Zahl sogar um vier vermehrt, die Kinderfürsorgeanstalten (Kindergärten, Krippe zu Neustadt), die zu Anfang des Krieges ihre Tätigkeit eingestellt hatten, wieder in Betrieb genommen, ihr Aufgabenkreis teilweise erweitert, indem einzelne dieser Anstalten (z. B. Oeslau) sich darauf einrichteten, den Kindern auch Tagesbeköstigung zu gewähren, alles unter tätiger Beihilfe und Geldunterstützung des Marienvereins. Ganz besonders segensreich wirkte in diesen Jahren die schon vor dem Kriege durch den Marienverein ins Leben gerufene Krippe in Neustadt: ursprünglich nur auf etwa 12—15 Kinder im Alter bis zu 2 Jahren eingerichtet, mußte sie während des Krieges vielfach bis zu 30 Kindern jeden Alters, deren Väter im Felde und deren Mütter in den Geschoßkorbwerkstätten tätig waren, täglich Wartung und Beköstigung geben. Erheblich waren die Aufwendungen, welche der Marienverein, unterstützt vom Staat, vom Vaterländischen Frauenverein in Berlin und mehrfach auch von J. K. Hoheit der verstorbenen Frau Herzogin-Witwe Marie hierbei aufbringen mußte, aber der sichtbare Erfolg lohnte reichlich alle Mühe und Opfer.

Die steigende Ernährungsnot zwang zu rationeller Küchenwirtschaft; mit dem Wenigen an rationierten Lebensmitteln hauszuhalten wurde immer mehr zur Kunst, welche die Hausfrauen sich erst aneignen mußten. Kriegslehrkochkurse, welche der Marienverein für Frauen und Mädchen aus Stadt und Land in Coburg veranstaltete, sollten dazu beitragen und wurden gut besucht.

Vor allem galt es, die verderblichen Folgen zu bekämpfen, welche der Krieg für die Volksgesundheit hatte: die Säuglingssterblichkeit und die Tuberkulose, beides Folgen der Unterernährung, unter der weite Kreise des Volkes von Jahr zu Jahr mehr litten. Hier entfaltete das Säuglingsheim des Marienhauses, das schon in der Vorkriegszeit in Verbindung mit dem Landkrankenhause eingerichtet war, seine segensreiche Tätigkeit, in Verbindung damit die Krippe des Alexandrinenvereins, die Mütterberatungsstelle in der Stadt Coburg, alle insbesondere aus staatlichen und Stiftungsmitteln, wie auch aus Mitteln der Stadt Coburg wesentlich unterstützt. In Neustadt wirkte die schon erwähnte Krippe.

Der Kampf gegen die Tuberkulose wurde wirksam aufgenommen durch die Einrichtung von Fürsorgestellen für Lungenkranke in Coburg, Neustadt und Rodach und von zahlreichen Hilfsfürsorgestellen auf dem Lande, die von den Marienhausschwestern besorgt und von der Leitung des Marienhauses beaufsichtigt wurden. Die Mittel zur Unterhaltung dieser Stellen, die ihre Hilfe den Kranken unentgeltlich zu teil werden ließen, flossen aus Mitteln des Marienvereins, des Staates und

der Thüringer Landesversicherungsanstalt in Weimar. Gerade letztere ist nicht müde geworden, der ständig sich weiter ausbreitenden unheimlichen Volkskrankheit einen Damm vorzuschieben. War das Steigen der Tuberkulosenzahlen schon während des Krieges groß, so gewann besonders nach der Rückkehr der Truppen in die Heimat die gefährliche Seuche immer mehr an Boden. Dies bedingte Verstärkung der Bekämpfungsmaßnahmen, insbesondere der ambulanten Beaufsichtigung der Kranken, eine Tätigkeit, welche Hand in Hand mit den Aerzten, den Fürsorgeschwestern und Gemeindeschwestern zufiel. Sie erstreckte sich hauptsächlich auf die Feststellung der Wohnungsverhältnisse der Kranken, deren Beratung in Bezug auf Vorsichtsmaßnahmen zur Verhütung der Ansteckung der Familienmitglieder (Kinder), aber auch Beschaffung kräftiger Nahrung, Wäsche, Spuckflaschen für die Kranken, Durchführung der Entseuchung der Wohnungen und des Hausrates, zu welchem Zwecke die Schwestern als Desinfektorinnen ausgebildet und ausgerüstet wurden, Vermittelung der Einleitung von Heilverfahren durch Versicherungsanstalten und ähnliche Maßnahmen. Besonderes hat in dieser Hinsicht die Stadt Coburg geleistet, welche in Wüstenahorn ein Walderholungsheim für Lungenkranke nach den Plänen und unter tätiger Mitwirkung des Sanitätsrats Dr. Thurm errichtet hat. Eine ähnliche kleine Erholungsstätte hat die Stadt Neustadt am Mupperg eingerichtet.

Für schwächliche, insbesondere rhachitische Kinder veranstaltete der Marienverein jährliche Solbadekuren im städtischen Volksbad in Coburg, zu denen die Stadt Coburg und die Thüringer Landesversicherungsanstalt Zuschüsse gaben.

Gegen die Verwilderung der Jugend kämpften mit Erfolg außer den schon erwähnten Kindergärten insbesondere das dem Marienhaus unterstellte Kinderheim, die Marienschule in Coburg, die dort bestehenden Horte, der Erziehungsverein, der seine nicht unerheblichen Mittel in den Dienst der Fürsorge für die sittlich gefährdeten Kinder und Jugendlichen durch Unterbringung in Familien- und Anstaltspflege stellte, das Augustenstift und andere Anstalten.

So regten sich auf diesen Gebieten sozialer Fürsorge im Lande Coburg viele fleißige Hände, meist in der Stille wirkend, alle Segen streuend, der vielfach schon zu sprossender Saat aufgegangen ist und dazu beitragen wird, die Jahre der Trübsal, die vor uns liegen, erträglicher zu gestalten.

## Das Herzogliche Haus.

Von Exzellenz von Rüxleben.

Bei Ausbruch des Weltkrieges lag die Regierung des Coburger Landes in der Hand des als englischer Prinz geborenen Herzogs Carl Eduard, die Witwe des ihm vorangegangenen Herzogs Alfred, ebenfalls eines Sprossen des englischen Königshauses, Herzogin Marie Alexandrowna, war eine russische Großfürstin. Die Tatsache, daß auf dem Thron Coburgs also schon in zweiter Generation ein Ausländer saß, erschien manchem guten Deutschen bedenklich genug, und es hat in der herzerhebenden nationalen Erregung der ersten Kriegstage nicht

an entsprechenden versteckten wie offenen Angriffen in dieser Richtung gefehlt. Allmählich verstummte dann aber der Argwohn, je mehr es offenbar wurde, daß an der Größe des furchtbarsten aller Kriege und an der Aufgabe, welche ihm dieser stellte, der junge Herzog zum ausschließlich deutsch fühlenden und deutsch handelnden Manne heranreifte, und daß die manchem Fernstehenden zuweilen vielleicht unnahbar und fremd erscheinende Herzogin-Witwe unbeirrt, wie sie es stets getan hatte, Wohltat auf Wohltat auf die ihr so lieb gewordene Heimatscholle häufte.

Am ersten Mobilmachungstage drahtete Herzog Carl Eduard an den Kaiser als den Obersten Kriegsherrn:

„Eurer Majestät stelle ich mich hiermit nach erfolgtem Mobilmachungsbefehl freudig zur Verfügung und wäre dankbar für allergnädigstes Einverständnis, beim elften Armeekorps am Feldzug teilnehmen zu können. Gott sei mit unseren Waffen und mit unserer gerechten Sache!"

Dieses Bekenntnis zu seiner Pflicht als deutscher Bundesfürst bedeutete für den Herzog zugleich die Absage an alles, was ihm in der Kindheit und als Jüngling teuer gewesen war: an das Land seiner Geburt, an Mutter und Schwester, welche an England gebunden blieben, endlich auch an materiellen Besitz, der nun ihm jenseits des Kanals verloren zu gehen drohte. Ohne Besinnen opferte der junge Landesherr dies alles den Pflichten seiner bundesfürstlichen Stellung, einer Stellung, um welche er sich seinerzeit, als die Thronfolgefrage in Coburg nach dem Tod des einzigen Sohnes, des Herzogs Alfred, brennend geworden war, nicht etwa beworben, sondern die ihm, dem damals noch minderjährigen Prinzen, Regierung und Landesvertretung einerseits, die englische Königsfamilie anderseits dringend angetragen hatte.

Kaiser Wilhelm II. erfüllte natürlich die Bitte seines Vetters. Der Herzog wurde durch A. C. O. vom 1. August 1914 dem Stabe der 38. Infanterie-Division zugeteilt und konnte somit seinen Landeskindern und seinem Infanterie-Regiment Nr. 95 jederzeit nahe sein. Wenn auch seit Wochen schon durch einen Anfall seines alten rheumatischen Leidens schwer behindert, begab sich Herzog Carl Eduard am 7. August, an welchem Tage der Divisions-Stab in Erfurt verladen wurde, mit seinen beiden Adjutanten von Schack und von Veltheim nach dort, und das Herz voll Begeisterung und stolzer Zuversicht wurde die Fahrt nach Belgien hinein angetreten.

Schon am 26. August erhielt dann die Division den Befehl zum Abtransport nach dem Osten welchen der Herzog mit seinem Regiment im Transportzug mitmachte. Unter nicht endenwollendem Jubel der Bevölkerung ging die lange Fahrt durch ganz Deutschland bis Allenstein vor sich. Hier traf der Herzog zum ersten Male mit Exzellenz von Hindenburg zusammen und konnte den Sieger von Tannenberg, den Befreier Ostpreußens, persönlich beglückwünschen. Oft noch hat der Herzog im Laufe des Krieges Gelegenheit gefunden, dem von ihm bewunderten Feldmarschall verehrungsvoll die Hand zu drücken.

Auf oben erwähnter Fahrt wurde nachstehendes Telegramm an Staatsminister von Bassewitz in Gotha gesandt:

„Ich ermächtige Sie öffentlich bekannt zu geben, daß ich die Stelle als Chef des Regiments Seaforth-Highlanders niederlege, da ich es als Deutscher Bundesfürst nicht in Einklang bringen kann, noch Chef eines Regiments zu sein, dessen Land uns in schändlichster Weise überfallen hat.

Carl Eduard".

Auch dies wieder ein deutsches Treubekenntnis, wie der Herzog ein solches ferner durch die billigende Stellungnahme gegenüber seinem Oberhofmarschall und Kabinettschef von Rüxleben bekundete, welch Letzterer einige Tage vorher öffentlich bekannt gegeben hatte, daß er seine englischen, russischen und belgischen Orden ablege und zu gleichem Handeln auffordere.

Unterdessen begannen in der Heimat die fürstlichen Damen, die Gemahlin des Herzogs, Viktoria Adelheid, sowie die Herzogin-Witwe Marie mit ihren Töchtern, Fürstin Alexandra zu Hohenlohe und Prinzessin Beatrice, Gemahlin des Prinzen Alfons von Orleans, Infanten von Spanien, eine rege Tätigkeit auf allen Gebieten der Kriegswohlfahrt. Herzogin Viktoria Adelheid, die Nichte der Kaiserin, war und ist eine so vorbildliche deutsche Patriotin, wie es deren leider nicht allzu viele gibt. Mit der ihr eigenen Frische und Natürlichkeit hat sie das Liebeswerk für die im Feld stehenden wie in den Lazaretten befindlichen Krieger in Angriff genommen und es die vier Kriegsjahre hindurch mit immer gleicher Freudigkeit und Unermüdlichkeit gepflegt, viele Tausende Verwundeter und Kranker wissen ihr dafür Dank und werden ihrer noch lange mit Rührung gedenken.

Neben ihr hat die Herzogin-Witwe dem Roten Kreuz in Coburg ihre tatkräftige Hülfe geliehen und immer wieder reiche Opfer gebracht. In den ersten Tagen nach der Mobilmachung sollte sie eine böse Erfahrung machen, indem sich die Volksleidenschaft gegen sie ebenso heftig als grundlos entlud. Es ging damals das Gerücht, daß die Großfürstin Kyrill, Tochter der Herzogin-Witwe, welche vor Kriegsausbruch zu Besuch in Coburg sich aufgehalten hatte, auch nach der Kriegserklärung noch dort anwesend sei, und zwar mit ihrem Gemahl, dem Großfürsten, allerlei häßliche Vermutungen knüpften sich hieran. Als eines Tages die Herzogin Marie mit ihren Töchtern, der Fürstin Hohenlohe und der Prinzessin Beatrice, sich im Automobil von Schloß Rosenau in die Stadt zu einer Sitzung des Roten Kreuzes begab, wurde sie unterwegs von einer Anzahl junger Leute belästigt und beschimpft, schlimmer noch erging es ihr auf der Rückfahrt, da man wiederum annahm, daß sich die Großfürstin mit im Auto befände. Über eine Stunde wurde das Fahrzeug von der wütenden Menge festgehalten, bis endlich durch Eingreifen der Gendarmerie die Weiterfahrt ermöglicht wurde.

Wie in der Herzogin Marie selbst, so hatte die blinde Volkswut auch in den genannten Töchtern völlig Unschuldige getroffen: die Fürstin Alexandra zu Hohenlohe, in Coburg geboren, Gemahlin des ehemaligen Regenten von Coburg-Gotha, hat während des ganzen Krieges ihre Kraft dem Roten Kreuz in Coburg wie auch in ihrer neuen Heimat Langenburg gewidmet, während die Prinzessin Beatrice jedem Coburger als die treuste Coburgerin bekannt war, mit Recht und Stolz

konnte Coburg sie „Unsere Prinzessin" nennen. Übrigens bekundete auch die Großfürstin Kyrill ihre Anhänglichkeit an die Coburger Heimat, indem sie dem Roten Kreuz für Kriegswohlfahrt wiederholt namhafte Beträge überwies. Das einzige ehemalige Glied des herzoglichen Hauses, welches sich tatsächlich auf feindlicher Seite betätigte, blieb somit die Königin von Rumänien.

Die bald folgenden schweren Kämpfe gegen die Armee Rennenkampf machte Herzog Carl Eduard bei der Division mit. Am 11. September wurden im Gefecht bei Szidlack in seiner unmittelbaren Nähe drei Offiziere des Stabes verwundet, es war die Feuertaufe des jungen Herzogs, welcher in der Folge noch öfters Gelegenheit gehabt hat, im Feuergefecht seine Kaltblütigkeit zu erproben. Dem weichenden Feind folgte die Division über Gumbinnen auf Stallupönen, in welchen Ort der Herzog zugleich mit unseren Truppen eindrang, um Zeuge des tobenden Straßenkampfes inmitten des brennenden Städtchens zu werden.

Neue Aufgaben riefen die Division bereits am 22. September nach Galizien, von Krakau aus begann unter dauernden Gefechten der Vormarsch durch Südpolen nach Motkowice. Von hier aus traf am 2. Oktober bei der Herzogin Viktoria Adelheid in Coburg folgendes Telegramm ein:

„Bin sehr glücklich, erhielt heute morgen Eisernes Kreuz II. und I. Klasse, das ich der Tapferkeit meiner Landeskinder verdanke. Bis hierher alles wohl.

Carl Eduard."

Am 19. Oktober konnte der Herzog zum ersten Mal vom Kaiser verliehene Kriegsauszeichnungen an Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften seines Regiments persönlich austeilen. Es sei an dieser Stelle erwähnt, daß der Herzog im Laufe des Krieges seinerseits folgende Kriegsorden bezw. Medaillen gestiftet hat:

1. wurde der Sachsen-Ernestinische Hausorden, das ihm angegliederte Verdienstkreuz, sowie die goldene und silberne Medaille desselben mit Schwertern als Anerkennung für besondere Tapferkeit an Landeskinder verliehen, welche im feindlichen Feuer sich bereits das Eiserne Kreuz verdient hatten. Für Inhaber des Eisernen Kreuzes I. Klasse konnte unter Umständen:

2. die am schwarz-gelben Band zu tragende Carl-Eduard-Medaille mit Schwertern und Datumspange verliehen werden.

Für Personen, welche das Eiserne Kreuz nicht im feindlichen Feuer erworben hatten, kam Verleihung des Hausordens mit der betreffenden Jahreszahl in Betracht.

3. Im Jahre 1916, an Herzogs Geburtstag, wurde:

„in dankbarer Anerkennung der ruhmvollen Beteiligung unserer Landeskinder an den Kämpfen im gegenwärtigen Krieg das Carl-Eduard-Kriegskreuz für Angehörige des Infanterie-Regiments 95, sofern sie das Eiserne Kreuz erhalten"

gestiftet.

4. Endlich wurde durch Verordnung vom 19. Juli 1918 das Ehrenzeichen für Heimatverdienst gestiftet „in Anerkennung der in allen Kreisen des Volkes zur erfolgreichen Durchführung des Krieges geleisteten unermüdlichen Arbeit." Dieses Ehrenzeichen wurde bestimmt „für Personen, welche während des Krieges im Interesse der Kriegführung und in der Förderung gemeinnütziger Bestrebungen Hervorragendes geleistet haben."

Die große Anzahl von Kriegsauszeichnungen, welche der Herzog in den Jahren 1914 bis 1918 verliehen hat, und welche zum größten Teil Landeskindern zugute gekommen sind, erforderten für ihre Herstellung einen Aufwand von rund 225000 Mark, welcher Betrag ausschließlich aus dem Herzoglichen Privatsäckel, nicht aus Staatsmitteln gedeckt worden ist. —

Im Oktober wurde die Division über Lodz-Windawa behufs Neugruppierung zurückgenommen, um am 12. November den Vormarsch auf Dombie zu beginnen. In jenen Wochen hat Herzog Carl Eduard Bekanntschaft mit den denkbar schlechtesten Quartieren gemacht, in den schmutzigsten Panjehütten hat er mit den übrigen Offizieren des Stabes manche Nacht auf Stroh zugebracht, aber treue Kameradschaft und unverwüstliche Stimmung ließen alle Beschwerden freudig ertragen, und mehr und mehr ist der junge Herr gerade in jenen Wochen Offizieren und Mannschaften, vor allem seinen lieben 95ern, auf die er so stolz war, herzlich nahe getreten. So war denn auch der Verlust des Kommandeurs, Oberst von Berg, welcher am 19. November bei Ludomirsk den Heldentod starb, für ihn ein besonders herber Schmerz.

Das erste Weihnachtsfest wurde mit dem Stabe bei kläglichster Unterkunft — der Herzog teilte damals mit mehreren Offizieren ein kleines, jeder bescheidensten Bequemlichkeit bares Stübchen — in Bylinystare nahe der Stadt Rawa gefeiert. Da gerade in jenen Tagen die Postverbindung stockte und somit das Band mit der Heimat gerissen war, fehlte dem Feste denn noch die rechte frohe Stimmung.

Mitte Februar 1915 riefen Regierungsgeschäfte den Herzog für kurze Zeit nach Gotha, das Ende des Monats sah ihn dann wieder an der Westfront. In Begleitung des Oberhofmarschalls und Kabinettchefs von Rüxleben und der Flügeladjutanten von Schack und Vedova wurde das Husarenregiment Nr. 9, dessen Chef der Herzog war, und welches damals unweit Dieuze auf französischem Boden lag, besucht. Es folgte ein Aufenthalt bei dem in Arlon in Belgien stationierten Landsturmbataillon Gotha, und ein solcher beim sächsischen Husarenregiment Nr. 18, bei welchem der Herzog à la suite geführt wurde, in Henry. In Folembray bot Excellenz von Kluck, der Führer der I. Armee, gastliche Aufnahme, und von hier aus konnten Coburg-Gothaische Landeskinder der Reserveregimenter Nr. 71 und 82 auf dem Plateau von Nouvron in den vordersten Schützengräben aufgesucht werden — nur wenig über 70 km von Paris entfernt. —

Nach einem Besuch der Armee des Kronprinzen Ruprecht von Bayern, dessen Hauptquartier sich bei Lille befand, hatten Coburger und Gothaer der Regimenter 233 und 235 die Freude, ihren Landesfürsten bei Ostnieuwekerke begrüßen und aus

seiner Hand Kriegsauszeichnungen empfangen zu können. Eine Fahrt zu den Marinetruppen, welche den Schutz des Armelkanals zwischen Ostende und Zeebrügge bildeten, schloß sich an, dann gings nach Gotha zurück und nach kurzem Aufenthalt wieder nach dem Osten zum alten Regiment, welches bei Rawa lag. Ein kleiner Gutshof in Chociw nahm den Divisionsstab für einige Monate langweiligen Stellungskriegs auf; mit seinem Adjutanten teilte der Herzog dort ein mehr als bescheidenes Stübchen.

Damals brachte der Besuch einer Batterie den Herzog in ernste Gefahr indem er auf dem Rückweg in schwerstes Granatfeuer geriet.

Ende Mai wurde wieder eine Fahrt in die Heimat nötig, denn wenn auch der Staatsminister, sowie der Kabinettchef den Landesherrn zeitweise im Feld zum Vortrag aufsuchten, wurde doch ein Aufenthalt des Letzteren in den Herzogtümern hier und da dringend erforderlich, zumal er die Regierung nicht, wie es bei einigen anderen Bundesfürsten geschehen war, für die Kriegsdauer einer Regentschaft übergeben hatte.

Am 13. Juli 1915 nahm das Regiment 95 unter den Augen seines Chefs das befestigte Dorf Grudusk im Sturm, ferner befestigte Stellungen bei Opinogura. Den ganzen Vormarsch der Division über den Narew bis in die Umgegend von Bialystock machte der Herzog mit, bis ihn endlich sein durch die Anstrengungen und Entbehrungen verschlimmertes rheumatisches Leiden zwang, für einige Wochen Heilung in Wiesbaden zu suchen.

Währenddessen wurde die Division wieder an die Westfront geworfen, wohin der Herzog am 3. November — und zwar nach Cuts bei Chauny — folgte, unter dem Lärm des Granatfeuers wurde dort das zweite Weihnachtsfest begangen.

Im Frühjahr 1916 begab sich der Herzog mit seinem Oberhofmarschall von Rüxleben und seinem Flügeladjutanten Rittmeister Vedova an die bulgarische Front, um sich dem Thrazischen Infanterie-Regiment Nr. 22, dessen Chef er war, anzuschließen. Dasselbe stand an der Südgrenze Bulgariens bei Petric in Sicht der Berge Griechenlands gegen die Armee Sarreils. Der Herzog folgte damit einer Einladung seines Oheims, des Königs Ferdinand, mit dem ihn nicht nur verwandtschaftliche Bande verknüpfen, sondern dem er bis zur Stunde in Treue und Verehrung zugetan ist. Mit dankbarer Zuneigung erwidert der König diese Freundschaft, wie er auch, der vorbildlichste Vertreter edler Tradition, in dem jungen Herzog bei jedem Anlaß den Chef des Coburger Fürstenhauses ehrt.

Wie bekannt hatte König Ferdinand, dem eine kurze Zeitspanne vorher Rumänien in den Rücken gefallen war und ihn um die wohlverdienten Früchte seiner bewundernswerten militärischen Erfolge gebracht hatte, nach langem Wägen im Einvernehmen mit seinem klugen, nur vielleicht allzu optimistischen Minister-Präsidenten Radoslawow sich den Mittelmächten angeschlossen. Daß sein wahrhaft großer Gedanke einer einheitlichen Wirtschaftsfront von Hamburg bis Bagdad nicht zur Verwirklichung kommen sollte, kann ein deutsches Herz bluten machen.

Mit Begeisterung folgte der Herzog dem Gedankenflug seines Oheims, in welchem, dem hervorragenden Diplomaten und Politiker, er den bedeutendsten Vertreter seines Hauses verehrte. Wieder gab der Aufenthalt auf dem Balkan ihm Gelegenheit zu bestaunen, was dieser als Staatsmann, Gelehrter, Diplomat und Kunstfreund gleich hervorragende Mann aus seinem Bulgarien, welches er vor ein paar Jahrzehnten erst aus Jahrhunderte langem Schlummer geweckt, in dieser kurzen Frist gemacht hatte.

Längere Zeit war der Herzog damals auch Gast des Generalfeldmarschalls von Mackensen, welcher sein Hauptquartier in Uesküb in Serbien aufgeschlagen hatte. Von dort aus wurde auf Veranlassung des Königs die bulgarische Südwestfront besucht, in Begleitung des Oberkommandierenden der bulgarischen Armee, Exzellenz Jekoff, besichtigte man Monastir, Ochrida, sowie in Albanien das durch den katastrophalen Rückzug der Serben bekannte Drintal. Nach kurzem Aufenthalt in Küstendil ging es dann nach Sophia.

Die Mitte des Mai fand den Herzog bereits wieder bei seinem Regiment vor Verdun, die „Nußbaum-Ferme" nahm ihn wie die Offiziere des Divisionsstabs für mehrere Wochen auf, Landeskinder im Landwehrregiment Nr. 32 konnten ihn in den Argonnen bei Varennes, andere von der 22. Reserve-Division bei Sivry begrüßen.

Im Oktober wurde die 38. Division an der Somme eingesetzt, jetzt wie im Frühjahr 1917 weilte der Herzog wieder beim Stabe, erst in Vaux-Braulcourt, nachher in Cambrai. Zum dritten Male dann begingen seine 95er mit ihrem Landesherren dessen Geburtstag, diesmal in Dadizeele in Flandern.

Bei Beginn des Jahres 1917 stand man unter dem Eindruck des im vorangegangenen Dezember unsererseits unternommenen Friedensschrittes und seines Mißerfolges, am 15. Januar 1917 sandte der Herzog aus diesem Anlaß folgendes Telegramm an den Kaiser:

> „Eurer Majestät flammender Erlaß an das Deutsche Volk hat wie überall so auch in meinem Herzen und den Herzen meiner Coburg-Gothaer den lebhaftesten Widerhall gefunden. Wir weisen mit glühender Entrüstung alle Verleumdung und Tücke zurück, mit welcher die Gegner unseren ehrlichen Schritt zum Frieden beantworten und rücken noch enger Schulter an Schulter, eisern entschlossen zum vollen Sieg."

Während eines neuen Besuchs in Bulgarien im September 1917, zu welchem die Beisetzung der Königin die erste Veranlassung gab, wurde ein Aufenthalt beim Sächsischen Husaren-Regiment Nr. 18 genommen, welches damals bei Braila am Sereth lag, und dort zugleich ein aus Coburg-Gothaern bestehendes Landsturmbataillon besichtigt. Wiederum war der Herzog Gast des Feldmarschalls von Mackensen in Sinaia wie in Bukarest und fand so Gelegenheit, das von uns besetzte Rumänien eingehend kennen zu lernen. Schon im April dieses Jahres hatte er an den Feldmarschall nachstehendes Schreiben gesandt:

„Mein sehr verehrter Herr Feldmarschall! Den Hauptmann von König meines Regiments, der Eurer Exzellenz Stab angehört, und welchen ich Ihrem Wohlwollen bei diesem Anlaß bestens empfehlen möchte, habe ich beauftragt, Ihnen das von mir für hervorragende Verdienste im Krieg kürzlich gestiftete Carl-Eduard-Kriegskreuz zu überbringen. Ich bitte Eure Exzellenz dieses Kreuz von mir freundlichst entgegennehmen zu wollen als ein Zeichen meiner ganz besonderen Hochschätzung und Verehrung. Immer wieder gedenke ich dankbar jener Tage, welche ich vor nunmehr einem Jahr in Ihrem Hauptquartier weilen durfte, dieselben werden mir immer unvergeßlich bleiben. Wie erschütternd großartig ist dieses furchtbare Ringen an unserer Westfront! Möchte uns bald das ersehnte siegreiche Ende beschieden sein! Fast scheint es ja, als sei der Frieden nicht mehr allzu fern.

Indem ich bitte, mich den Herren Ihres Hauptquartiers gütigst zu empfehlen, bin ich mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen in aufrichtiger Verehrung Euer Exzellenz sehr ergebener

Carl Eduard."

Es würde hier zu weit führen, dem Herzog durch die vier Kriegsjahre hindurch auf seinen militärischen Wegen in allen Einzelheiten zu folgen. Immer wieder hat es ihn während der notgedrungenen Aufenthalte in der Heimat hinausgezogen, um mit seinen Landeskindern im Felde zusammen zu sein, mit denen er auf allen Kriegsschauplätzen so viele bitterernste, aber auch manche frohe Stunden in guter Kameradschaft verbracht hat, und er hat es wie ein Versäumnis empfunden, sobald er ihnen fern bleiben mußte. Jedes Kriegsweihnachten hat er inmitten seiner 95er gefeiert, und jeden seiner Geburtstage verschönerte er ihnen durch persönliche Verteilung von Kriegsauszeichnungen.

Noch am 27. Januar 1918 hatte der Glaube an den Sieg dem Herzog folgendes Telegramm an den Kaiser diktiert:

„Eurer Majestät sende ich zum heutigen Tag in unerschütterlicher Bundestreue und steter, dankbarer Verehrung allerherzlichste Glückwünsche, zugleich im Namen der Herzogin. — Möge im neuen Lebensjahr mit Gottes Hülfe Eurer Majestät und dem deutschen Volk endgültiger Sieg und ein stolzer Friede beschieden sein."

Es sollte anders kommen!

Als erster Vorbote der nahenden Katastrophe kam im Oktober die Abdankung des Königs der Bulgaren, welcher als erstes Opfer fiel, nicht aber als Opfer seiner Fehler, sondern der Fehler anderer.

König Ferdinand suchte damals Zuflucht auf seinen unter Habsburgs Szepter liegenden Besitzungen, aber Kaiser Karl ließ ihn bedeuten, daß er es lieber sähe, wenn er seinen Stab weiter setze, „da er nicht für die Sicherheit des Königs einstehen könne". — Sofort bot ihm Kaiser Wilhelm gastliche Aufnahme auf deutschem

Boden an, und zwar im Einverständnis mit Herzog Carl Eduard, welcher den Oheim in Coburg auf's wärmste willkommen hieß. — Wenige Tage weiter, und das Verhängnis riß auch dem Kaiser Wilhelm die Zügel aus der Hand.

Wie der Herzog, als es um Bleiben oder Nichtbleiben, um Sein oder Nichtsein des Kaisers ging, „fideliter et constanter" auch hier bis zum letzten Augenblick zu denjenigen Bundesfürsten gehört hat, die sich vor ihr Oberhaupt gestellt, die für den obersten Kriegsherrn eingestanden, das wird die Geschichte melden. Hier nicht mehr davon.

Am 8. November Abends begann in Gotha, am 9. in Coburg der Umsturz. Den Herzog und seine Familie trafen jene in solchem Umfang nicht erwarteten Vorgänge auf dem Callenberg, wo er, die Entwicklung abwartend, unbehelligt verblieb. Am 15. November legte er dann, der Gewalt weichend, seine souveränen Rechte nieder und trat von der Regierung der Herzogtümer zurück.

Bezüglich seiner materiellen Abfindung mußte er mit den Staaten Coburg und Gotha in lange Verhandlungen eintreten, mit Coburg kamen dieselben durch Vertrag vom 7. Juni und Gesetz vom 1. Juli 1919 zu einem Abschluß, welcher an anderer Stelle dieser Chronik Erläuterung findet, mit Gotha haben die ebenfalls alsbald nach der Revolution eingeleiteten Verhandlungen zu einem Ergebnis noch nicht geführt.

Die dortige Regierung hat Ende Juli 1919 dem Landtag ein Gesetz vorgelegt, durch welches das gesamte fideikommissarische Eigentum des Herzoglichen Hauses, nämlich das Hausfideikommiß, das Lichtenberger- und das Ernst-Albert-Fideikommiß, die Schmalkaldener Forsten und das Hausallod, beschlagnahmt und in das Eigentum des Staates übergeführt und die Hofkammer aufgelöst wird. Am 31. Juli hat der Landtag diesem Gesetz zugestimmt. Die Rechtsgültigkeit desselben wurde vom Herzog bestritten und im Prozeßwege angefochten, irgendeine materielle Entscheidung ist aber von den Gerichten zur Zeit noch nicht getroffen.

Was die Herzoglichen Angestellten, Beamte und Diener, betrifft, welche zum großen Teil ihrer Stellungen verlustig gingen, so bestimmt der Coburger Ausgleich die Übernahme aller am 1. Juli noch tätig gewesenen Beamten durch das Land bezw. die „Landesstiftung." Das Gothaische Gesetz verfügt, daß der Staat denjenigen Angestellten gegenüber, die nicht im Dienst des Herzogs verbleiben, in die bisherigen Verpflichtungen des Herzoglichen Hauses eintritt.

Der Herzog hat seinen Wohnsitz im Lande Coburg behalten, indem er dauernden Aufenthalt auf dem in seinem Besitz verbliebenen Schloß Callenberg nahm und zeitweise auch von seinem Wohnrecht auf der von ihm so geliebten Veste Coburg Gebrauch macht. Auch König Ferdinand blieb, während sein ältester Sohn, Kronprinz Boris, den Königsthron Bulgariens bestieg, mit seinen übrigen Kindern, dem Prinzen Kyrill und den Prinzessinen Eudoxie und Nadeschda, in dem altvertrauten Coburg.

Ein Gleiches endlich tat auch die schwergeprüfte Herzogin-Witwe Marie, und ein mitfühlendes Gedenken an dieses jüngst dahingegangene edle Glied des herzoglichen Hauses möge diesen Abschnitt beschließen, müssen doch die furchtbaren Schicksalsschläge, welche diese fürstliche Frau in den letzten Jahrzehnten zu dulden gehabt hat, das rein menschliche Mitempfinden eines Jeden — über alle sozialen oder politischen Scheidelinien hinweg — wecken. Lange Jahre schon vor dem Weltkrieg hatte der Tod unter den ihrem Herzen nächststehenden grausam aufgeräumt, die Kriegsjahre aber und die Revolution in Rußland raubten ihr dann nahezu ihre ganze väterliche Familie in der entsetzlichsten Weise und brachten sie auch materiell in eine schwerbedrängte Lage. Mit rührender Geduld und stiller Größe hat sie ihr Los getragen, bis sie nun ein milder Tod erlöste.

## Staatsregierung und Landtag.

(Von Kriegsausbruch bis Juli 1919.)

Von Staatsrat z. D. Dr. Quarck.

### I.

Der Aufforderung, die Tätigkeit der Coburger Staatsregierung und des Coburger Landtags im Weltkrieg zu schildern, bin ich nur mit Widerstreben nachgekommen, einmal weil mir das Aktenmaterial aus der Kriegszeit nicht mehr zu Gebote steht, ich also bei der Darstellung mehr oder minder auf mein Gedächtnis angewiesen bin, ferner weil so viele Pläne und Maßregeln der Regierung auf ein glückliches Ende des Riesenkampfes unseres Vaterlands zugemessen waren, sodaß nun ihre schmerzliche Erinnerungen weckende Schilderung sich kaum mehr lohnt, weiter weil entsprechend dem nahen Zusammengerücktsein aller Verhältnisse und Zuständigkeiten in einem so kleinen Staatswesen, wie es das vormalige Herzogtum Coburg war, gar viele Einrichtungen und Anordnungen persönlicher Anregung und Einwirkung entsprangen, deren nähere Darstellung mir die Bescheidenheit verbietet, und schließlich, weil ich nicht gern persönliche Schicksale berühre, deren Erwähnung aber bei dem gewünschten Bericht unvermeidlich ist. Wenn ich trotzdem das Ersuchen erfülle — ich kann es nur, indem ich einzelne markante Punkte hervorhebe —, so geschieht es im wesentlichen nur deshalb, weil mir auf diese Weise nochmals Gelegenheit geboten ist, zu bekunden, daß während der eigentlichen Kriegszeit das Verhältnis zwischen Landtag und Regierung von einmütigem, gegenseitigem Vertrauen getragen war, das die Erledigung der schweren Aufgaben des Staates allen Beteiligten zur inneren Freude und Erhebung gestaltete, und daß alle Behörden und Beamten des nunmehr der Geschichte angehörigen alten Herzogtums S. Coburg, dessen letzter oberster Beamter ich zu sein die Ehre hatte, im vollstem Maße ihre vaterländische Pflicht erfüllt haben.

Die Bekundung dieser beiden Tatsachen ist um so notwendiger, weil gerade die Kriegszeit bewiesen hat, wie wichtig für die Geschicke des Vaterlands das

reibungslose Zusammenspiel der Organe auch des Kleinstaates ist, deren Tätigkeit man in der „guten, alten" Friedenszeit oft allzuleicht über die Achsel anzusehen geneigt war, und deren Arbeit auch im eignen Land in normalen Tagen nicht immer von der regsten Anteilnahme der Bevölkerung begleitet wurde. Die Kriegszeit hat gerade von den Behörden des Kleinstaats, vielfach ohne Rücksicht auf seine Leistungsfähigkeit, ein derart hohes Maß von Arbeit und ständiger Bereitschaft erfordert, daß jene bei der immer schärfer fühlbar werdenden Minderung der Zahl der Arbeitskräfte, die sich nicht wie bei größeren Staaten aus einem starken Reservoir oder aus der Nachbarschaft ergänzen ließen, der Fülle der verantwortungsreichen Pflichten oft zu erliegen drohten.

Viele Behörden mußten in sich eine große Anzahl von Funktionen vereinigen oder neue Dienstzweige aufnehmen, für welche anderwärts mehrere wohlgegliederte Organisationen und mehrere Instanzen zu Gebote standen, oft lag die Last auf einer einzigen oder nur ganz wenigen Schultern, die sie Tag und Nacht Jahre hindurch mit Aufbietung aller Kräfte aushalten mußten, von der obersten Behörde, dem Staatsministerium, das völlig unzureichend mit Personen ausgestattet war, gar nicht zu reden. Die Opfer, die da bei kargem Gehalt und karger Nahrung an Gesundheit und auch an Leben gebracht werden mußten, sind wahrlich des Dankes nicht minder würdig wie die in der Nähe des Feindes gebrachten.

Wenn es trotzdem den ständig steigenden Aufgaben gegenüber gelang, alle Kräfte zur Verteidigung am Heimat-Wall unserer Front zusammenzufassen und fast bis zuletzt in gleicher Höhe der Spannung zu erhalten, und zwar in einer Weise, wie es anderwärts nicht immer geglückt ist, so muß ein gut Teil des Danks hierfür auch dem von vaterländischem Opfergeist belebten Sinn der Coburger Bevölkerung in Stadt und Land gezollt werden, der bis in die Unglückstage des Herbstes 1918 hinein, wenn auch nicht in der Anfangshöhe, so doch in ausreichender Stärke die zahlreichen, an der inneren Verteidigungsfront tätigen Schanzarbeiter beseelte.

In dieser Zusammenfassung aller heimischen Kräfte lagen zugleich so viele Keime für eine günstige Entwickelung der Heimat, daß auch ein Ende des Kampfes selbst ohne feierlich anerkannten Sieg der deutschen Waffen die Bedingungen zu einer gedeihlichen Fortentwicklung Coburgs nicht ernstlich und auf die Dauer gestört haben würde. Wie viel mehr mußte ein glückliches Ende des Kriegs diesen Erfolg zeitigen, den Coburg mit dem regen Gewerbefleiß seiner Bewohner und ihrer vaterländischen Gesinnung besonders verdient hätte.

Es ist anders gekommen! Das alte Herzogtum Coburg, von der Gunst einer gütigen Natur wie von der über Jahrhunderte waltenden Fürsorge seines Fürstengeschlechts gleich reich bedacht und umhegt, in dem sich immer Männer fanden, die, gestützt auf ausgleichende, freiheitliche Gesinnung und auf engste Fühlung mit den Sorgen und Wünschen der einzelnen Klassen und Gruppen der Bevölkerung, über den engen Rahmen der kleinstaatlichen Umgebung hinaus Vorbildliches zu schaffen und zu entwickeln

sich bemühten, ist als Staat verschwunden; es hat den Nachwirkungen des bitteren Kriegsausgangs seine Selbständigkeit zum Opfer gebracht. Hier ist nicht der Ort, die zum Ende des Staates Coburg führenden Tatsachen im einzelnen zu würdigen, aber es wäre doch falsch, an dieser Stätte nicht nochmals voller Dankbarkeit der Kräfte zu gedenken, die der Heimat einen geachteten Platz im politischen und im Kulturleben unserer Nation erstritten haben, und die auch während der schweren Kriegszeit sie die Stelle als pochendes, warmfühlendes Herz des Reichs behaupten ließen.

Der Ausbruch des Krieges traf das Herzogtum Coburg in wirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Beziehung ebenso unvorbereitet wie die anderen Bundesstaaten. Ich selbst, erst im Juni 1914 in das Amt des Ministerialvorstandes berufen, konnte nur die notwendigsten Maßnahmen, die den Zivilbehörden in dem gewaltigen Mechanismus der Mobilmachung zugewiesen waren, noch in Coburg treffen und eben noch die Hilfstätigkeit des Roten Kreuzes, die durch dessen „Mobilmachungsausschuß" trefflich vorbereitet war, in Gang bringen, ehe ich mich als Landwehroffizier zu meinem Truppenteil nach Erfurt begeben mußte. Immerhin durfte auch ich von der Heimat noch den unvergeßlichen Eindruck trutziger Gefaßtheit und alles umfassender Opferbereitschaft hinwegnehmen, als ich die Geschäfte des Ministeriums dem Geh. Reg.-Rat Dr. Claus übergab. Die nervösen Tage der Gerüchte und der Spionenfurcht, welche gerade Coburg bei seinen vielerlei Beziehungen zu den Fürstenhäusern im gegnerischen Lager naturgemäß besonders heftig erfaßt hatte, erlebte ich nur aus Berichten aus der Heimat.

Trotz alledem bedeuteten die Augusttage 1914 den Höhepunkt in der Geschichte des nachbismarckischen Reichs, das sich mit klarem Ernst nun bereiten mußte, die Erbenprobe zu bestehen, deren Unvermeidbarkeit und furchtbare Schwere die Besten im Volk angesichts des rings um Deutschland seit Jahrzehnten aufgetürmten Neides und Hasses, aber auch in Rücksicht auf die verhängnisvolle und sprunghafte Politik der nachbismarckischen Zeit in quälender Sorge schon lange vorausgeahnt hatten.

Das deutsche Volk riß sich mit gewaltiger, aus tiefsten, sittlichen Quellen entspringender Kraft noch einmal aus den Banden des Materialismus los, der es schon fast allzustark umstrickt hielt, und alle die Jahrhunderte alten Hemmungen seiner Entfaltung, angestammter Klassenhader, gemeinschaftsfremde Eigenbrödelei und würdelose Weichherzigkeit, überbrauste ein begeisterter und zugleich stahlharter Opferwille, der mit jeder neuen Kriegserklärung nur noch fester ward.

Es schienen die zornigen Gluten der Befreiungskriege, die aufwärtsdrängenden Sehnsuchtskräfte der Reichsgründungszeit und der ganze Stolz, den die Bismarckische Epoche einem mannbar gewordenen Volk als Rüstzeug gewirkt hatte, auf einmal in die deutsche Seele gegossen. Wenn diese Feuerglut anhielt und nicht von der Asche der alten deutschen Erbfehler wieder überdeckt wurde, wer konnte ein solches Volk überwinden? . . .

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY
NOV 8 1922


Wenn aus dem Chaos, in das uns nunmehr das schmachvolle Ende des Krieges gebracht hat, wenigstens die Erinnerung an jene Tage wieder freigelegt und als Kraftquelle offen gehalten werden kann, dann wird es trotz alledem doch wieder einmal ein Deutschland „hoch in Ehren" geben . . . . .

Als ich im September 1914 verwundet in die Heimat zurückkehrte und das Amt vom Krankenzimmer aus so gut wie möglich leitete, beschäftigte die Regierung vor allem die Frage, wie man die Daheimgebliebenen vor bitterer Not schützen könne. Es war dem Landtagspräsidenten Arnold und seinem Stellvertreter Gutsel gelungen, bald nach Ausbruch des Kriegs verheißungsvolle Beziehungen mit den militärischen Stellen, namentlich den Spandauer Artilleriewerkstätten anzuknüpfen, die in der Folgezeit zum Segen der Bevölkerung noch auf das fruchtbarste ausgebaut werden konnten.

Für die auf den Export angewiesene Coburger Hausindustrie war es geradezu eine Lebensfrage, daß Ersatz für die durch den Krieg unterbrochenen Arbeits- und Absatzmöglichkeiten geschaffen werden konnte.

Einen solchen boten die bald in großer Menge hereingeholten Aufträge für Munitionskörbe und Holzarbeiten aller Art. Lieferungen für Sattler, Schreiner, Schneider und sonstige Handwerkszweige und Aufträge für Frauennäharbeiten schlossen sich an. Es glückte auch, ein militärisches Abnahmekommando für die Heereslieferungen in Coburg zu stationieren, das sein Tätigkeitsfeld bald weit über die Grenzen des Landes ausdehnte. Später wurde die Vergebung der Kriegsaufträge über das ganze Herzogtum im sog. „Kriegshilfsausschuß für Arbeitslose" organisiert, von dem später noch die Rede sein wird. Nachdem es noch gelungen war, die Baubehörden, vor allem die Eisenbahndirektion Erfurt zur Vornahme und Beschleunigung umfangreicherer Tiefbauarbeiten (insbes. Bahnbau Neustadt-Weidhausen) zu veranlassen, und nachdem auch Auftrag und Anregung gegeben war, die im Staatsgebiet geplanten Straßen- und Wegebauten in größerem Maßstab in Angriff zu nehmen — leider konnte aus Mangel an Mitteln der Festungsumbau nicht in dies Programm einbezogen werden (s. u.) —, schien die an die Türen pochende Not für's erste gebannt.

In entgegenkommender Weise stellte der Landtagsausschuß die erforderlichen Kredite zur Verfügung. Der allseitig gehegte Wunsch, die Kriegslage gegenüber Belgien zu gunsten der Rückforderung der vom genannten Staate innebehaltenen Millionen der Niederfüllbacher Stiftung auszunutzen, konnte leider nur insoweit verwirklicht werden, als nach langen Verhandlungen das Auswärtige Amt die Regelung der Rückerstattungsfrage beim Friedensschluß zusagte. Zu unmittelbarem Eingreifen erklärten sich die Reichsbehörden nach ihrer peinlich juristischen Auffassung außer stande.

Noch im November 1914 wurden die leerstehenden Räume des früheren Schlosses Hassenberg auf das Angebot der Regierung mit einem Gefangenen-

lager besetzt, das für Zivilinternierte zweifelhafterer Art gesucht wurde, und dessen Einrichtung diesem besonders notleidenden Landesteil Absatz seiner Produkte und Beschäftigung verschaffen sollte. Die später immer fühlbarer werdenden Ernährungsschwierigkeiten und die ungünstige Verkehrslage Hassenbergs — die Bahnstrecke konnte statt, wie vorgesehen, 1916 erst 1920 fertiggestellt werden, ihre frühere Vollendung hinderte die 1916 mit voller Wucht einsetzende Baumaterialiennot — machten freilich das Aufgeben dieses Lagers schon nach 1½ Jahren notwendig.

Ende November 1914 wieder in's Feld gerückt, rief mich schon Anfang März 1915 eine Kaiserliche Kabinettsordre zur Abernahme meines Zivildienstes aus dem Schützengraben in die Heimat zurück. Diese stand eben im Begriff, sich in die neue, von der feindlichen Blockade bedingte Bewirtschaftung des Brotgetreides einzuleben. Da gab es alle Hände voll zu tun, um die Kommunalverbände zu organisieren. Bald stellte sich die Notwendigkeit heraus, die 5 Verbände des Landes zu vereinigen. Die „Vereinigten Kommunalverbände des Herzogtums Coburg" haben sich unter der umsichtigen Leitung des Landrats von Strenge und unterstützt von der verständnisvollen Mithilfe der Bürgermeister der Städte und mehrerer tatwilliger Fachleute bald zu befriedigendem Zusammenwirken eingespielt. Dem Ministerium lag es dann nur ob, ihre Tätigkeit zu überwachen, die Gegensätze zwischen Gebenden und Nehmenden auszugleichen und ihren Wünschen bei den Reichs- und später bei den Thüringischen Zentralstellen Nachdruck zu verleihen. Das letztere war nicht immer leicht, namentlich nachdem ein Produkt nach dem anderen von der Zwangswirtschaft ergriffen ward, und diese immer tiefer in Erzeugung und Verbrauch einschnitt. Der Widerspruch der Interessen zwischen Erzeugungs- und Verbrauchsgebiet war auch im Lande Coburg zu spüren. Für die Mehl- und Brotversorgung seiner Bevölkerung brachte Coburg ¾ des Jahresbedarfs auf, es war also auf die Zuschußleistung der Reichsstellen angewiesen. Ähnlich lagen die Verhältnisse für die Futtermittel- und Kartoffelversorgung, während der heimische, anerkannt gute Viehstand auf längere Zeit vollauf hinreichte, den „rationierten" Anforderungen des Landes an Fleisch zu genügen. Für Milch und Fett war das anfänglich schon zweifelhaft, im Verlauf der Zwangswirtschaft mußte infolge des Rückgangs der Viehhaltung immer mehr von außen hereingeholt werden.

Bei dieser Sachlage war es nicht möglich, wie so viele Verbraucher wünschten, aus Coburg eine Art „geschlossenen Handelsstaat" zu machen. Das anfänglich so betrüblich häufig auftretende Beispiel, daß jeder Erzeuger-Verband sich hermetisch abschloß, durfte Coburg schon aus vaterländischen Gründen nicht nachahmen, es mußte namentlich an die arme Sonneberger und Lauschaer Gegend besonders an Fett und Milch abgeben, was es übrig hatte; anderseits durfte es sich auch nicht von dem begreiflichen, durch gute Löhne noch gesteigerten Hunger der Waffenindustrie auf dem Thüringer Wald aussaugen lassen. Da gab es denn einen harten Kampf mit den militärischen Behörden, die sich auf Grund des Belagerungszustands auch noch mit ihren Anordnungen auf das so schon so komplizierte Ernährungswesen warfen, bis

endlich durch eine besondere Verordnung von Cassel, die als die sogenannte lex Quarck langezeit bei den Beteiligten je nachdem gerühmt und getadelt wurde, die Möglichkeit geschaffen wurde, den Handel mit Lebensmitteln und den Marktverkehr durch Konzessionszwang von dem schädlichen Aufkäuferwesen zu entlasten. Spätere Reichsvorschriften haben diese Maßnahmen dann durch andere ersetzt. Der Widerstreit zwischen Verbrauchern und Erzeugern hat aber nie geruht, solange die Zwangswirtschaft im vollen Maße über Deutschland waltete. Sie war ein Notbehelf, aus dem furchtbaren Ernst unserer Lage geboren, ein notgedrungener Versuch der Überlistung oder Vergewaltigung der menschlichen Instinkte, der nur solange voll gelingen konnte, als die Regungen des vaterländischen Gemeingefühls die natürlichen Triebe des menschlichen Eigennutzes überwogen, und deren Bestand immer stärker bedroht wurde, je mehr Habsucht und Wuchergeist sich eindrängten. Mag auch die immer deutlicher werdende Überspannung des Organisationsgedankens schließlich fast zwangsläufig eine starke und verhängnisvolle Reaktion namentlich auch auf dem moralischen Gebiet hervorgerufen haben, die Tatsache bleibt doch bestehen, daß die jahrelange Duldung des Experiments der Zwangswirtschaft, das sich überhaupt nur ein so an Disziplin und Einordnung gewöhntes Volk wie das deutsche leisten konnte, ein Ruhmesblatt für unser Vaterland darstellt, auf das wir trotz allem stolz sein dürfen. Welche Leiden freilich mit dieser Wirtschaftsform für den Einzelnen verbunden waren, wird niemals ausreichend gewürdigt werden können, ebensowenig aber auch, welche Anforderungen an Energie und Übersicht, an psychologischer Überredungskunst und an Lavieren zwischen Vernunft und Unsinn, zwischen Mitleid und Strenge die Zwangswirtschaft an die Behörden stellte.

Daß das in Coburg trotz der teilweise günstigen Produktionsverhältnisse in geringerem Maße der Fall gewesen wäre, wie anderwärts, kann nicht zugegeben werden. Das Gegenteil darf schon aus dem Umstand geschlossen werden, daß bei uns insofern eine gewisse Vielherrschaft waltete, als Gotha, Weimar, Cassel und Berlin in unsere Ernährungswirtschaft pflichtgemäß, aber doch nicht allenthalben gleichmäßig hineinregierten und -organisierten. Es war danach nicht immer einfach, die richtige Mittellinie einzuhalten, zumal da die Verbraucher leicht unliebsamen Vergleichen mit angeblich besser bedachten Nachbarn in Nord und Süd zuneigten, die sich oft bei näherem Zuschauen nicht aufrechterhalten ließen. Dazu kam, daß Coburg vor den Toren Bayerns lag, dem es angeblich weit besser ging, als dem Norden, das niedrigere Preise halten konnte, weil es sich abschließen durfte, und das mit Ausnahme der Gemüselieferungen Bambergs, die der Stadtmagistrat daselbst uns unverdrossen in dankenswerter Weise zufließen ließ, uns auch im Grenzverkehr trotz der Versuche des Kriegsernährungsamt in Berlin nichts wesentliches (außer einem monatlichen Ochsen für Königsberg) abgab.

Kein Wunder, wenn Coburg sich nur ungern in die Zusammenfassung der Wirtschaft der thüringischen Staaten einfügte, bei denen deutlich das Verbraucherinteresse überwog. Diese Eingliederung war aber unvermeidlich, sie wurde für uns immerhin dadurch gemildert, daß es mir nach längerem Widerstand gelang, Coburg

neben Gotha ein volles Stimmrecht im „Thüringischen Staatenausschuß" zu erringen, der das thüringische Ernährungsamt und seine Nebeneinrichtungen trug. Damit war die Möglichkeit geschaffen, uns kräftiger unserer Haut zu wehren, und verhütet, daß Coburg völlig schutzlos der starken Anziehungskraft der Thüringen benachbarten sächsischen und preußischen Industriegebiete ausgeliefert war, die immer empfindlicher Preise und Bedarf bestimmten.

Es würde zu weit führen, die einzelnen Phasen der Ernährungskämpfe, die vielen Verhandlungen, Sitzungen, das zahlreiche Anpochen an die Türen der mächtigen Zentralstellen zu schildern, bei denen oft die stärkste Lungenkraft die größte Beute davontrug, das würde eine Chronik für sich ausfüllen.

Ich will auch nicht berichten, wie schwer es oft war, den immer tiefer werdenden Gegensatz zwischen Stadt und Land auszugleichen, wie viele Mühe notwendig war, um dem hungrigen Städter klar zu machen, daß der Landwirt, wenn er für die Allgemeinheit produzieren sollte, seine Individualinstinkte also ausschalten mußte, einen Voraus an Nahrungs- und Futtermitteln haben mußte, wenn anders das System nicht zusammenbrechen sollte, ich will nicht erzählen, wie schwierig es war, der tapferen Bauersfrau und dem Auszügler auf dem Land, der die letzen Jahre seines Lebens daransetzte, um seiner Familie den Acker zu erhalten, die anders gearteten Lebensbedingungen in der Stadt klar zu machen. Ich will hier nur rühmend derer gedenken, die auf dem Gebiete der Erfassung und Beschaffung, der Einteilung, Aufklärung und Organisation, der vielen Sammlungen und zahllosen Erhebungen das Menschenmögliche leisteten. Schule und Kirche, vor allem die Lehrer standen voll im Dienst dieser vaterländischen Arbeit. Viele freiwillige Kräfte, namentlich in den Städten, opferten in dankenswerter Weise ihre freie Zeit für die gemeinsame Not.

Manch Mustergültiges ist geschaffen worden. Ich darf hier nur an die Versorgung der Lazarette erinnern, die Kommerzienrat Caesar mit einem Stab von Damen in uneigennütziger Weise zu Dank aller Verpflegten und aller Hindernisse ungeachtet durchführte. Ich gedenke weiter der Tätigkeit der Einkaufsgenossenschaft (Kaufmann Petz und Geschäftsführer Wöhner) und der zahlreichen Helfer der Versorgungskommissionen und dgl. in den Städten, nicht zuletzt auch der Gemeindevorstände auf dem Land, denen der Schultheißenberuf bald aufhörte, ein Nebenamt zu sein. Mit Namen kann ich sie hier nicht alle anführen.

Um die Schwierigkeiten der Versorgung zu heben, galt es, mit den maßgebenden Stellen persönliche Fühlung aufrecht zu erhalten. Diese Last lag bis zur Rückkehr des damaligen Regierungsrats Dr. Fritsch fast ganz allein auf meinen Schultern. Später haben wir beide uns redlich in diese Arbeit geteilt, mancher Erfolg war solcher persönlichen Einwirkung zu danken. Die oft auftretenden Lücken in der Kartoffel- und Kohlenversorgung z. B. wären ohne direkte Vorstellung bei den betr. Stellen kaum auszufüllen gewesen.

Bei dem Mangel an freien Kräften und bei der Überlastung der Kommunalverbände blieb schließlich nichts anderes übrig, als eine Reihe von Versorgungs-

stellen in das Ministerium aufzunehmen oder sie ihm unmittelbar anzugliedern, so u. a. die Fettstelle, die Landesviehstelle, sowie die Landesobst- und Gemüsestelle.

Das bedeutete freilich eine starke Ablenkung der wenigen dem Ministerium zur Verfügung stehenden Kräfte von ihrem eigentlichen Arbeitsgebiet, aber es hat sich rückschauend doch gelohnt, wichtige Versorgungsgebiete bei der obersten Behörde zentralisiert zu halten. Mancher Ausgleich war so möglich, und namentlich die Landesgemüsestelle, die unternehmungslustig bald in der Nähe von Coburg einige Hektar Land mit Gemüse bestellte und heute noch in Arbeit hält, hat unter der Oberleitung von Dr. Fritsch, deren späterem umsichtigen Coburger Ernährungsdezernenten, trefflich gewirkt. Anfechtungen blieben ihr so wenig wie anderen Stellen erspart, aber es war doch wohltuend, daß sie bei dem Mangel an inländischer Erzeugung jeweils rechtzeitig auf dem Markt erscheinen, und daß daneben — heute darf es ja verraten werden — immer noch so mancher Coburger Kohlkopf gegen sächsische Kohle umgesetzt werden konnte. Die Landesfettstelle stand unter der Leitung des Oekonomierats Fischer, bei der Gemüse-, Obst- und bei der Kohlenstelle half wirksam Forstmeister Wittmann mit, daneben möchte bei ersterer der unverdrossenen Arbeit des Handelsgärtners Fr. Wöhner und des Gärtners Koch von Ahorn, bei der Viehstelle der Hilfe des erfahrenen und geschäftsgewandten Kommissionsrat Friedmann und bei der Kohlenstelle der Mitarbeit der Herren Geiling und Ehemann u. a. nicht vergessen werden. Später wurden einige der genannten Stellen mit den vereinigten Kommunalverbänden vereinigt, wo sie vom Regierungsrat Dr. Doebel sorgsam betreut wurden.

Der Versorgung mit Heizstoffen diente eine Landesverordnung, durch welche die Waldbesitzer zur Abgabe von Brennholz gegen festgelegten Preis gezwungen wurden und die Verteilung der geschlagenen Mengen über das Land angeordnet wurde. Es war wohl die erste Verordnung dieser Art im Reich, ihre Last lag naturgemäß hauptsächlich auf den Domänenwaldungen, die unter Aufsicht des Oberforstmeisters Sembach zur Bekämpfung der Not beisteuerten, was sie konnten.*) Überhaupt gab der Wald an Bau- und Papierholz, aber auch an Nebenprodukten, Bucheckern zur Oelgewinnung, Streu, Laubheu usw., was verantwortlich erschien, zur Verteidigung des Vaterlandes und zur Durchschleppung unserer Wirtschaft her.

Die mit dem Ministerium vereinigte Domänenverwaltung hat sich auch sonst bemüht, durch Pachtlandabgabe dem Kleinwirtschaftsbedürfnis entgegen zu kommen. Es sind während des Kriegs an Coburg, Oeslau, Sonnefeld, Scheuerfeld und andere Ortschaften über 80 ha = 1/12 der Fläche des Domänengutsbesitzes an die Gemeinden zur Weiterverpachtung an Bedürftige abgegeben worden. Freilich war oft der Landhunger so groß, daß die Parzellenpachtpreise über Gebühr in die Höhe getrieben wurden und oft erst nach einer zwangsweisen, gleichmäßigen Reduktion der Pachtgebote Ruhe eintrat.

Auch der Abgabe von Pachtland aus der Hand von Gemeinden und Privaten an Garten- und Gemüsebauwillige widmete die Regierung natürlich ihre Teilnahme

*) Im Jahre 1918/19 sind aus den Domänenforsten über 5600 rm für die obigen Zwecke abgegeben worden. Oberforstmeister Sembach stellt noch die nachfolgenden, die Waldwirtschaft betreffenden Angaben besonders zusammen.

und förderte das Klein- und Schrebergartenwesen, wie es sich in Coburg und Neustadt entwickelte, mit namhaften Mitteln.

Oberforstmeister Sembach berichtet im besonderen:

„So klein auch der staatliche (Domänen-) Waldbesitz im vormaligen Herzogtum ist (rund 5900 ha), so wurde er doch auch in mancherlei Hinsicht zur Linderung der Kriegsnöte herangezogen.

Was das Nutzholz anlangt, so machte sich schon im 1. Kriegsjahr (Winter 1914/15) eine Absatzstockung geltend; es wurde daher der Einschlag an Nutzholz, der in normalen Jahren 11 000 fm betrug, bedeutend ermäßigt (auf 7000 fm) und entsprechend mehr Brennholz geschlagen. Hierdurch wurde für 1915/16 eine nicht unerhebliche Mindereinnahme erzielt, dagegen aber dem allmählich recht fühlbar gewordenen Mangel an Kohlen und sonstigen Brennstoffen wenigstens etwas gesteuert. — Der große Heeresbedarf an Front-Hölzern (Minenbohlen, Pfosten und Latten), wozu auch das Coburger Land nach Möglichkeit beisteuerte, bewirkte dann eine starke Mehrung der Nachfrage nach Nutzholz, so daß bei anziehenden Preisen schon 1916 und 1917 über den Friedens-Etat geschlagen wurde, obwohl Bautätigkeit und Möbelfabrikation fast ganz darnieder lag. Die Coburger Sägewerke waren vollauf mit dem Einschnitt der Heereshölzer beschäftigt. Bei Kriegsende war von der Reichsregierung noch ein um 33% erhöhter Einschlag verfügt worden, der in den Coburger Waldungen (einschließlich der größeren Privat- und einzelner Gemeindewaldungen) nahezu erfüllt wurde. — Nach Kriegsende wurden für Siedelungszwecke (Kriegerdank) ca. 600 fm Bauholz zu bedeutend ermäßigten Preisen abgegeben.

Bezüglich der Brennholz-Versorgung war Coburg einer der ersten Staaten, der den Waldbesitzern (von 10 ha aufwärts) eine Zwangsabgabe auferlegte (ursprünglich 1 rm von 2 ha Wald). Diese Abgabe, in Summa rund 7500 rm, wurde durch die Bezirkskohlenstelle an die Gemeinden verteilt. — Vor Erlaß dieser ersten Verordnung über die Brennholzversorgung (10. August 1917) waren schon auf Anordnung des Staatsministeriums an die Bedürftigsten — hauptsächlich an Kriegerfrauen und Kriegerwitwen — größere Mengen von Durchforstungsmaterial, Reisig usw. zu billigen Preisen abgegeben worden. (7—12 Mark für 1 Fuhre)

Der Friedenseinschlag in den Domänenforsten von rund 15000 rm Derb-Feuerholz und etwa 10000 Wellen Reisig ist trotz des bis zum Jahre 1918 fortwährend gestiegenen Nutzholz-Heeresbedarfs meist nicht unerheblich überschritten worden (hauptsächlich aus Durchforstungen gewonnen), trotz des vielfach aufgetretenen Arbeitermangels.

Auch die von der Reichsregierung zur Unterstützung der Presse angeordnete staatliche Lieferung von Papierholz mußte in den Jahren 1917 und 1918 ausgeführt werden. Es wurden je rund 500 rm Papierholz zu sehr geringen Preisen (12 Mark) in natura abgegeben, während für annähernd dieselbe

Menge, die der Brennholzversorgung wegen zurückbehalten wurde, eine Geldentschädigung (18 Mark pro rm) an die Reichsstelle für Papierholz gezahlt werden mußte.

Sehr stark wurde der Domänenwald in den Kriegsjahren mitgenommen durch die außerordentliche Abgabe von Bodenstreu. Infolge mehrerer Dürrjahre während des Krieges und des Bedarfs an Stroh und Futter für das Heer war für die Landwirtschaft Waldstreu in großen Mengen notwendig geworden. Während die Abgabe in normalen Friedensjahren ca. 2000 rm betrug, war sie in den Kriegsjahren auf 12000 bis 20000 rm gestiegen, so daß mit Kriegsende fast die letzten Streu-Reserven des Waldes aufgebraucht waren.

Die in den beiden letzten Kriegsjahren angeordneten Sammlungen von Buchekern zur Oelgewinnung und von Laubheu hatten, da der Domänenwald überwiegend aus Nadelwald besteht, keinen großen Erfolg. —

Infolge der Not an Brennstoffen zeigte sich leider ein Überhandnehmen von Forstfreveln, das an einzelnen Stellen, wie in der Nähe der Städte und größeren Dörfer, den Wald vielfach in arger Weise geschädigt hat."

Ein besonderes Gebiet der Fürsorge war das der Jugendpflege, die im Verlauf des Kriegs nicht nur aus militärischen Gründen, sondern auch im Interesse der Volkswohlfahrt und des leider ständig notwendiger werdenden Kampfes gegen die Verwahrlosung der Jugend stark in den Vordergrund trat. Ihren Zwecken dienten neben der Einführung von sogenannten Kriegsstunden in den Schulen, in denen wochenweise die wichtigsten Zeitereignisse zur Stärkung des vaterländischen Sinns der Schüler dargestellt wurden, mancherlei Maßnahmen für gediegene Unterhaltung und Belehrung der Jugend und vor allem die Einrichtung der Jugendwehren in Stadt und Land.

Die coburgische Fortbildungsschulgesetzgebung ermöglichte es dem Ministerium schon 1914 durch ein später vom Landtag bestätigtes Notgesetz die Pflicht zur Teilnahme an körperlichen Übungen bei der männlichen Jugend bis zum Alter des Eintritts in das Heer auszudehnen. Auf dieser Grundlage wurden überall von den Schulbehörden aus den oberen Klassen der höheren Lehranstalten und den Fortbildungsschulpflichtigen bis zum 20. Lebensjahr Pflicht-Jugendwehren gebildet, bei denen das Gefühl des Zwangs bald hinter die Freude der tätigen Mithilfe auf allerlei Gebieten zurücktrat. Es fanden sich überall unter den Lehrern, unter den Turn- und Krieger-Vereinen, sowie unter den Gendarmen opferbereite Männer genug, welche die Führerrolle übernahmen und die militärischen und sonstigen Anforderungen an die Jungmannen mit Eifer und großem Erfolg förderten und pflegten.

Die Jugendwehren waren keine Spielerei, sie haben manchen trefflichen Soldaten vorbereitet, manchen von der Heimat verlangten Hilfsdienst bei Sammlungen und als Ersatzkräfte der Landwirtschaft ausgeführt, den durch die Einziehungen notleidend gewordenen Feuerwehren gute Dienste getan und hervorragend dazu beigetragen, vornehmlich bei Siegesfeiern, Wettkämpfen und dergleichen, die vaterländische Stimmung in Familie und Öffentlichkeit zu stärken und zu erhalten. Namentlich in

der Stadt Coburg, wo sich Oberlehrer Schumann in eifrigster Weise der Jugendwehr widmete, wird bei der Erinnerung an die großen Tage der Siege immer der Weihe gedacht werden, welche trotz Stiefel- und Kleidernot die frische Jugend aller Stände mit ihren begeisterten Umzügen den ernsten Feiern verlieh und auf das von Sorgen zermürbte Alter übertrug.

Leider hat das Coburger Beispiel der Pflichtjugendwehr, das allerlei berufene und unberufene Beschauer, selbst aus Österreich-Ungarn, anlockte, anderwärts keine volle Nachahmung gefunden. Man nahm beim Reich und der Heeresverwaltung nicht die Gelegenheit wahr, den Coburger Zwang einzuführen. Die statt dessen unternommenen Versuche, mit allerlei indirekten Mitteln (Sparzwang durch die Arbeitgeber usw.) die Jugend vor Verwahrlosung zu behüten, mußten scheitern. Ich bin überzeugt, daß nach dem Wegfall der allgemeinen Wehrpflicht, jener einzigen Erziehungsschule eines waffenfrohen Volkes, man der immer stärker zu Tage tretenden Gefährdung der Jugend nicht anders begegnen kann als dadurch, daß man den Zwang zu körperlichen Übungen bis in die Zeit der Mannbarkeit in irgend einer Form gesetzlich einführt. Das ist kein Rückfall in den „Militarismus", sondern ein Gebot der Erhaltung unserer sittlichen und körperlichen Volkskraft. Möchte die Zeit hierfür nicht mehr fern sein! Dann wird auch die Coburger Jugendwehr, die nach der Revolution fallen mußte, in irgend einer der Jetztzeit angepaßten Form wieder auferstehn, und ihre wertvolle Wirksamkeit während des Kriegs wird eine friedliche Fortsetzung zum Heile der Zukunft unseres armen Vaterlands finden.

Ein weiteres Gebiet der staatlichen Fürsorge war die Arbeitsbeschaffung für die Daheimgebliebenen. Wie schon erwähnt, machte sich bald eine durchgreifende Organisation der Beschaffung und Vergebung von Heeresaufträgen nötig, die ihre Form in dem Kriegshilfsausschuß fand. Er war aus Vertretern des Landtags, der Gemeinden, des Handwerks und der Industrie zusammengesetzt. Möglichst in in jeder Gemeinde bestand ein ehrenamtlicher Unterausschuß, der für die Unterverteilung der hereingeholten Aufträge sorgte. So gelang es, Arbeit bis in die kleinsten Adern des Landes hineinzubringen und den verteilenden Stellen zugleich durch die Ermächtigung zur Entnahme einer kleinen Provision einen Notgroschen für besondere gemeindliche und soziale Zwecke zuzuführen. Das äußere Bild mancher Gemeinde, z. B. Weidhausen, zeugt noch heute von dieser Tatsache.

Dem Staat als Zentrale und den Gemeinden sind so an Provisionen weit über 1 Million Mark zugeflossen. Der staatliche Anteil wurde zur Unterstützung von allerlei sozialen Einrichtungen benutzt und namentlich für den Festungsumbau (s. u.) zurückgestellt.

Der Wert der durch den Kriegshilfsausschuß in das Land geholten Aufträge allein an Näharbeiten, an Kisten und Munitionskörben aller Art wird mit 40—50 Millionen Friedensmark nicht zu niedrig geschätzt sein.

Die Arbeit des Kriegshilfsausschusses, dem Kommerzienrat Senkeisen vorstand, und dessen Geschäftsführung in den Händen des überaus tätigen Kommerzienrats

Haußknecht lag, dessen umfangreiches Kassewesen von Privatier W. Hoffmeister sorgfältig verwaltet wurde (der Nähabteilung stand Frau Geh. Staatsrat Baudler vor), verlief keineswegs reibungslos. Die Eifersucht der Aufträgeheischenden bedrohte seine Wirksamkeit und seinen Kredit bei den vergebenden Stellen mehrfach auf das ernsteste, bis es dem Geschäftsführer und mir gelang, alle Hemmungen zu beseitigen. Später ist der Kriegshilfsausschuß in seiner Eigenschaft als Coburger Heeresauftragsamt (Hea) von den vergebenden Stellen als Muster für andere Staaten anerkannt worden, seine Erfolge wurden freilich vielfach von den letzteren mit Neid verfolgt, sodaß die Ausgleichsstelle der Bundesstaaten für Heeresaufträge, die in Berlin gebildet worden war, um die Heeresaufträge gleichmäßiger zu verteilen, oft Mühe hatte, den größeren Nachbarn klar zu machen, daß die Überbelieferung Coburgs mit mehr als 300 % in der besonderen wirtschaftlichen Struktur des Herzogtums ihren Grund hatte. Manche Reise und persönliche Vorstellung mußte eingeschaltet werden, um diesen hohen Stand dem Neid der übrigen gegenüber zu behaupten. Der Erfolg, daß die Heimat keine Not litt, belohnte die Mühe. Es darf wohl hier gesagt werden, daß den Coburgern der Krieg direkt und im Wege des Steuerdrucks viel fühlbarer geworden wäre, wenn der bezeichnete Ausschuß nicht überallhin Arbeit vermittelt hätte. Daneben liefen natürlich — auch die bayrischen Stellen versahen in entgegenkommender Weise die Coburger Industrie mit Arbeit — die Aufträge an die Spezialfirmen, die namentlich nach Einführung des Hindenburgprogramms alle Hände zu regen hatten. Hier ist vor allem die Firma M. O. Arnold in Neustadt zu nennen, deren Unternehmungsgeist und Anpassungsfähigkeit es vermochte, einen guten Teil von Neustadt mit Arbeit zu versorgen und von der dortigen, brachliegenden Hausindustrie, für welche die Ernährungsverhältnisse ganz besonders schwierig lagen — Bürgermeister Mosbach hat in zäher Arbeit gegen die dortigen Schwierigkeiten angekämpft — die Not zu verscheuchen.

Es war erfreulich, daß es mir auch gelang, die Heeresbehörde zu veranlassen, nach Neustadt eine größere Wäscherei und Bekleidungsreparaturwerkstätte zu verlegen. Auch in Coburg wurden private Wäschereien für den Heeresbedarf eingerichtet, manche neue Unternehmungen, wie das Metallwerk Hausknecht & Co., fanden auf mehr oder minder leise Vermittlung hier ihre Stätte. Allenthalben war ein emsiges Schaffen zu spüren, das freilich infolge der Lohnpolitik der Heeresstellen auch seine Kehrseiten für Haus- und Landwirtschaft aufwies, weil diesen die nötigen Hilfskräfte immer mehr entzogen wurden, bis eine notgedrungene Beschränkung der Freizügigkeit auch hier eingreifen mußte und den Behörden neue Arbeit zuwies.

Der unverkennbar oft unkriegsmäßige Verdienst des inländischen Gewerbes durfte natürlich für die zahlreichen Aufgaben der Kriegsfürsorge nicht ungenutzt bleiben. Manche mehr oder minder freiwillige Steuer ist in dieser Beziehung über meine Hand in die Kassen des Roten Kreuzes und anderer Einrichtungen gewandert. Dafür, daß die Kriegsspenden und die Kriegsanleihen bei dieser Sachlage in Coburg über das Maß der allgemeinen Opferwilligkeit hinaus ein gutes Ergebnis zeitigten,

konnte ohne große Schwierigkeiten gesorgt werden. Daneben bleibt die Opferfreude der Einzelnen, der Gemeinden, Kirchen und Stiftungen, die alle verfügbaren Mittel für die Anleihen flott machten, rühmlichst hervorzuheben.

Die besonderen Gründungen, wie die des Coburger Zweigs der Nationalstiftung, eines eigenen Hilfsfonds für Kriegsbeschädigte, und die einer Siedlungsgenossenschaft (Coburger Kriegerdank), die in den Jahren 1916 und 1917 eingeleitet wurden, waren denn bald im Besitz verhältnismäßig namhafter Mittel und erfreuten sich der Teilnahme aus allen Kreisen. (Der Coburger Kriegerdank begann in Coburg auf dem Boden der alten Landesbaumschule noch gegen Ende des Kriegs den Bau von 21 Heimstätten mit je 1/4 ha. Gartenland — die Viktoria-Adelheid-Siedlung —, es flossen ihm neben den Genossenschaftsanteilen reichliche Spenden zu, die es ihm ermöglichten, der Überteuerung des Bauwesens ruhiger ins Gesicht zu sehen, als das sonst wohl der Fall war. Die Heimstätte nebst Garten ist den Siedlern dank mannigfacher Hilfe auf nicht mehr als rund 15000 Mark Dauerwert zu stehen gekommen. Inzwischen sind auch in Neustadt 7 Häuser errichtet worden, 6 sind dort noch im Bau, 6 Wohnungen in Hassenberg und 8 in Neuses bei Coburg folgen).

Die vorstehende skizzenhafte Schilderung hat den eigentlichen staatlichen Tätigkeitsbereich noch kaum berührt. Die Erledigung der mehr formalen Aufgaben eines modernen Staats konnte aber im Krieg, so sehr dessen Forderungen auch voranstanden, nicht vernachlässigt werden. Freilich drückte auch diesen Arbeiten der Krieg seinen schweren Stempel auf. An einen Fortbau an unseren Kulturaufgaben war natürlich nicht zu denken. Alle Pläne, die nach dieser Richtung gehegt wurden, mußten zurückstehen. Es ist die Tragik aller durch die Revolution beseitigten Staatsmänner, daß sie ihren guten Willen zur Friedensarbeit, zur Entwicklung des ihnen anvertrauten Landes in Gesetzgebung und Verwaltung nicht durch die Tat beweisen konnten . . .

Der Etat des kleinen Landes balanzierte in Friedenszeiten in Ausgabe und Einnahme mit rund 1 1/2 Millionen Mark, eine erstaunlich niedrige Summe gegenüber den heutigen Sätzen. (Der letzte Etat Coburgs weist die fünffachen Zahlen auf). In den letzten Jahren vor dem Krieg blieb gewöhnlich etatsmäßig ein kleiner Fehlbetrag, der meist durch Mehreinnahmen aus Steuern gedeckt wurde. Die Staatsschuld betrug zu Beginn des Kriegs etwa 1 1/2 Millionen Mark, der in Höhe von etwa 1 Million Mark Kapitalvermögen gegenüberstand. Die wesentlichen Einnahmen des Staats flossen, abgesehen von den Domänen (mit ca. 150000—200000 Mark Ertragsanteil) im wesentlichen aus direkten Steuern in Höhe von etwa 1 Million Mark (1917 etwa 1 1/2 Millionen Mark, beim Übergang an Bayern etwa 3 1/2 Millionen Mark).

Es schien zu Beginn des Krieges, als ob angesichts der knappen und unsicheren Einnahmen der Staat ohne nennenswerte Schuldenvermehrung nicht auskommen könnte. Das Bild hat sich aber infolge der guten Verdienstmöglichkeiten der Bevölkerung bald geändert. Nach der Einführung mehrerer kleiner Finanz-

gesetze und eines Kapitalrentensteuergesetzes, dem der Landtag im Gegensatz zu früher glatt zustimmte, das der Vorläufer einer Steuerreform sein sollte, und das etwa 100 000 Mark Mehreinnahmen brachte, und nach der Festsetzung eines Einkommensteuerzuschlags, der, die kleinen Einkommen freilassend, bei höheren Einkommen bis zu 50% (später höher normiert) der Steuer anstieg und immer noch hinter den Zuschlägen der Nachbarn zurückblieb, schienen aber die finanziellen Sorgen beschwichtigt.

Die so gewonnenen Mehreinnahmen ermöglichten neben der Schaffung des Gleichgewichts die Gewährung von Teuerungszulagen an die Beamten, die sie reichlich verdient hatten, und die Freilassung großer Kategorien von Bedürftigen von der Steuerzahlung. Günstig wirkten später noch die gesteigerten Forsteinnahmen (Ertrag des Domänenguts: 1915 für den Staat ca. 180 000 Mark, nach Etat 1920: rund 2½ Millionen Mark einschl. Schmalkalden), sodaß ein ruhiges Fortarbeiten gesichert schien, wenn nur Klarheit über die Frage der Rückerstattung der aus der Staatskasse verlegten Ausgaben zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer herrschte, die 1917 schon einen Betrag von 7 Millionen Mark erreicht hatten. Gegen Ende des Kriegs und nach der Revolution traten dieser Schuldsumme noch allerlei Kredite für Erwerbslosenfürsorge, für Lebensmittelbeschaffung usw. hinzu, deren Rückerstattung durch das Reich ungewiß war, und deren dauernde Belassung die einzelstaatliche Freiheit gefährdete. (Später hat das Reich den größten Teil dieser Lasten übernommen).

Bei einem glücklichen Ausgang des Kriegs mußte trotz alledem eine ungestörte Entwicklung Coburgs dank der vorsichtigen Finanzpolitik als verbürgt gelten, ein weniger unglückliches Ende des Riesenkampfs hätte wohl unseren Staat infolge auch der Anforderungen des Reichs zu praktischer Zusammenlegung mancher Verwaltungsgebiete mit den gleichbetroffenen Nachbarn genötigt, was mancher kleinstaatlichen, mehr von sorgfältig gepflegtem Eigenlob als von wirklichen Verdiensten lebenden Einrichtung nicht zu Schaden gereicht hätte, das Aufgeben des eigenen Staatswesens hätte aber nicht die unbedingte Folge sein müssen. Gegenüber *diesem* Ausgang des Kriegs, wie wir ihn dann erleben mußten, hat auch die sorgfältigste Finanzpolitik kein vorbeugendes Heilmittel vorbereiten können.

Von den wichtigeren *Vorlagen an den Landtag* seien nur einzelne herausgegriffen. Der *Etat* ist während des Kriegs trotz der Unsicherheit der finanziellen Unterlagen zweimal völlig neu aufgestellt worden. Die bereits erwähnten Zuschläge zur Einkommensteuer hielten ihn im Gleichgewicht und ermöglichten gleichzeitig, vorsorglich für die Wiederaufbauarbeit nach dem Krieg, z. B. für das Handwerk, verhältnismäßig namhafte Rückstellungen zu machen. Im Abgabengesetz für 1918/19 war aus den Zuschlägen zur Einkommensteuer eine 5%ige Abgabe zur Bildung eines Grundstocks für die Errichtung eines staatlichen Fürsorgeamts vorgesehen, das die auf freiwilliger Arbeit beruhende Tätigkeit der verschiedenen Fürsorgeeinrichtungen des Landes zusammenfassen und sich vornehmlich auch in den Dienst der Säuglingspflege und der Bekämpfung der Tuberkulose stellen sollte.

Das Ende des Kriegs hat auch diese auf einer Art Wohlfahrtssteuer aufgebauten, durch sonstige Zuweisungen noch geförderten Pläne verschlungen oder weit hinausgeschoben.

Dem Zwecke, den zurückkehrenden Kriegern beim Wiederaufbau ihrer Wirtschaft zu helfen, diente das schon im April 1917 erlassene coburgische Gesetz, betr. die Gewährung von Darlehen an die Kriegsteilnehmer und die infolge des Kriegs wirtschaftlich Geschädigten. Danach sollte der Staat den Wohnsitzgemeinden zu niedrigem Prozentsatz Mittel vorschießen, die jene zur Ermöglichung der Wiedereröffnung der Arbeit und des Betriebs an die Heimgekehrten im Bedürfnisfall weiterleihen sollten. Ausfälle sollten Staat und Gemeinden zu gleichen Teilen tragen. Der Staat hatte hierzu namhafte Mittel aus der Kriegswirtschaft ohne Belastung der Steuerzahler zur Verfügung gestellt, sodaß das Gesetz bereits 1918 in Wirksamkeit gesetzt werden konnte. Es hat, obschon die Darlehnsbeträge nach heutigen Begriffen vergleichsweise als niedrig gelten müssen, doch vielfach gute Wirkungen geübt. Gotha ist über den Versuch, Ähnliches zu schaffen, nicht hinausgekommen.

Als Vorläufer der späteren Coburger Gesetze über das Siedlungswesen darf das Gesetz vom April 1918 über die Abänderung der Bauordnung gelten, nach welchem, in der Absicht den Kleinwohnungsbau zu fördern, die Anforderungen für diese Art von Bauten gemildert wurden. Mehrere spätere Ausführungs-Verordnungen dienten dem gleichen Zweck.

Der gemeinschaftliche Landtag tagte wiederholt in Coburg. Unter den Vorlagen, die ihn beschäftigten, und die ihre Wirkungen auch auf die Sonderstaatsgesetzgebung übertrugen, sind insbesondere die wiederholten Anträge über die Gewährung von Teuerungszulagen an die Beamten zu nennen, die Gesetze über die Erhöhung der Gehalte um 20% u. a. mehr.

Leider kam der von Coburg immer wieder betriebene Plan der Verbesserung der Hinterbliebenenversorgung der Beamten erst nach dem Krieg zur Durchführung. Während der Kriegszeit blieb er in einer Kommission des gemeinschaftlichen Landtags stecken, dem eine Vorlage über eine Reform des ganzen Staatsdienergesetzes unterbreitet worden war. Es gelang den Coburger Bemühungen nicht, aus dieser Vorlage die wenigen §§ über die Hinterbliebenenversorgung herauszunehmen und beschleunigt gesondert verabschieden zu lassen.

Von besonderer Bedeutung war das Gesetz über die Änderung der Thronfolge in den Herzogtümern Coburg und Gotha und die damit zusammenhängende Neuordnung der Nachfolge in das Domänengut in beiden Staaten. Schon zu Beginn des Krieges war der Wunsch laut geworden, durch gesetzgeberische Maßnahmen jede Möglichkeit auszuschließen, daß der Thron der Herzogtümer jemals von dem Angehörigen eines nichtdeutschen Fürstengeschlechts eingenommen werden könnte, eine Möglichkeit, welche angesichts des Umstands, daß der regierende Herzog zwei Prinzen hatte, augenblicklich tatsächlich ausgeschlossen schien, die aber vorsichtiger-

weise doch in Betracht gezogen werden mußte. Bei dem hochgespannten Nationalgefühl der ersten Kriegsjahre erschien vor allem der Gedanke unerträglich, daß ein Mitglied des englischen Königshauses einmal den Thron besetzen könnte. Die Regierung versuchte anfänglich dieser nationalen Forderung dadurch Rechnung zu tragen, daß sie einen entsprechenden Akt der Reichsgesetzgebung veranlassen wollte. Es war dies um so verständlicher, als auch andere Bundesstaaten ähnlichen Schicksalen bezüglich der Thronfolge wie Coburg-Gotha ausgesetzt waren. Das Reich verschloß sich aber den Wünschen der coburg-gothaischen Regierung, und so blieb nur übrig, die Landesgesetzgebung in Bewegung zu setzen. Der ursprüngliche Plan, schlechtweg jedem Agnaten des Herzogshauses nicht deutscher Staatsangehörigkeit den Thron zu versagen, mußte indessen aus Schonung der Interessen der Abkömmlinge des Prinzen August von S.-Coburg (d. h. der österreichischen Linie einschließlich des Königs von Bulgarien) der dann zum Gesetz erhobenen einschränkenden Fassung weichen, nach welcher Mitglieder des Herzoglichen Hauses, die einem außerdeutschen Staat angehören, das Recht zur Thronfolge für sich und ihre Nachkommen verlieren sollten, wenn ihr Heimatstaat Krieg gegen das Deutsche Reich führt. Damit waren neben den Portugiesen vor allem die belgischen und englischen Coburger von der Thronfolge ausgeschlossen.

Herzog Carl Eduard, der hochherzig und bereitwillig dem Gesetz seine Zustimmung gab, hat diese durch englische Vergeltungsmaßnahmen büßen müssen. Daß das englische Königshaus, seinen Coburger Ursprung verleugnend, sich nunmehr Haus Windsor nennt, war eine mittelbare Folge dieses Gesetzgebungsakts, dessen Wirkung durch Landesgesetze im Jahre 1917 auch auf die Erbfolge in das Domänengut beider Landesteile erstreckt wurde. Die Organe der Gesetzgebung gingen bei dieser Maßnahme von der Auffassung aus, daß die durch Verfassungsgesetz erfolgte Änderung der Thronfolge auch die Succession in das Hausgut, insbesondere das Domänengut beeinflussen müsse.

An sonstigen Änderungen brachte das Thronfolgegesetz noch die Aufhebung der Statthalterschaft und die Einführung der Vorschrift, daß auch der Regierungsverweser von Geburt deutscher Staatsangehöriger sein müsse.

Eine andere hochpolitische Vorlage an den gemeinschaftlichen Landtag war der im November 1917 eingebrachte Entwurf zur Änderung des Landtagswahlrechts. Wiederholt hatte der gemeinschaftliche Landtag die Beseitigung der Wahlmännerwahlen gewünscht, war aber nicht zu einer einmütigen Willenskundgebung darüber zu bringen gewesen, wie im einzelnen das materielle und formale Wahlrecht auszubauen sei.

Die Sozialdemokratie wünschte noch 1913 die glatte Einführung des damaligen Reichstagswahlrechts, 1917 verlangte sie durch einen Antrag Bock das Wahlrecht für alle Staatsbürger beiderlei Geschlechts vom 21. Lebensjahr ab, die bürgerlichen Parteien trachteten nach „Sicherungen" des im Lande seit 1852 schon bestandenen allgemeinen und gleichen Wahlrechts.

Die Vorlage des Staatsministers von Bassewitz, die im Einklang mit der Coburger Ministerialabteilung aufgestellt war, wollte die Wahlmännerwahl beseitigen, das Wahlrecht an die Erreichung des 25. Lebensjahres, an den Wohnsitz im Land, sowie an den Besitz des Staatsbürgerrechts und an die Steuerentrichtung seit einem Jahre knüpfen. Statt der bisherigen 9 sollte Coburg 11, Gotha statt 20 24 Abgeordnete stellen. Die Wahlkreise waren mühsam neu eingeteilt. In den größeren Städten, denen vornehmlich die Vermehrung der Sitze zu gute kam, sollte das Verhältniswahlsystem eingeführt werden.

Die Vorlage gelangte zunächst in eine siebengliedrige Kommission, erst im Mai 1918 kam es zur Plenarverhandlung in Coburg. Die Wünsche der einzelnen Gruppen waren indessen so vielgestaltig, daß schon nach ihnen eine Einigung recht erschwert erschien. Ein Teil der Gothaer bürgerlichen Abgeordneten war überhaupt nicht für ein Eingehen auf die Vorlage zu haben, der andere Teil nebst den Coburgern war wohl für die Aufnahme der Beratung, aber auch ihre Wünsche gingen bezügl. der Voraussetzungen des Wahlrechts, der Wahlkreiseinteilung und der Zahl der Sitze erheblich auseinander. Die Sozialdemokratie beantragte im Plenum en bloc Annahme der Vorlage, die bürgerliche Gruppe mit Ausnahme der Gothaer Agrarier Einzelberatung. Beide Anträge fanden keine Mehrheit, das mühsame Werk mußte also scheitern. Ein Versuch, die Beratungen am nächsten Tag nochmals aufzunehmen, schlug gleichfalls fehl, sodaß der Staatsminister zu der Erklärung Veranlassung nahm, *diesen* Landtag würde eine ähnliche Vorlage nicht mehr beschäftigen. Niemand ahnte damals noch, daß dieses Wort bald, wiewohl in ganz anderem Sinn, sich bewahrheiten sollte.

Wenn auch die Coburg-Gothaischen Wahlrechts-Debatten nicht so große Wellen schlugen als das verhängnisvolle Versagen des preußischen Landtags in der freilich ganz anders gearteten Frage der Preußischen Wahlrechtsreform, so blieb doch ein starker Rest von Verstimmung zurück, der sich nach dem Niedergang der Siegeshoffnungen, wie er im Spätsommer 1918 eintrat, in der Agitation recht bemerklich machte.

Im Frühjahr 1918 freilich war das deutsche Volk nochmals durch den Erfolg der großen Offensiven im Westen auf die Höhe der Stimmung gehoben worden. Ein baldiges glückliches Ende des Kriegs schien bevorzustehen, wenn nur die stark belastete Nervenkraft des Volkes durchhielt.

Diese scheinbar letzte, zum glücklichen Ausgang des Kampfes führende Anspannung aller Kräfte spornte auch die Coburger Regierung an, alles vorzubereiten, was für die *Überleitung in den Friedensstand*, zum Ausgleich und zur Heilung der Kriegswunden im voraus zu tun möglich war. Es galt dafür zu sorgen, daß die heimkehrenden Kriegsteilnehmer die Möglichkeit gewannen, sich schnell wieder in die heimischen, so vielfach veränderten Verhältnisse einzurichten, und daß sie vor allem Beschäftigung und Arbeit vorfanden.

Der Kriegshilfsausschuß (Hea) bemühte sich in Verbindung mit der Regierung eifrigst, die Weitervergebung der militärischen Aufträge auch für die Zeit der De-

mobilmachung und darüber hinaus zu sichern. Die Aufrechterhaltung einer amtlichen zentralen Vergebungsstelle in Berlin ward von hier aus angebahnt und allerlei Reserven für unvorhergesehene Fälle geschaffen. Für die Ausstattung der Heimkehrer mit wohlfeilen Gebrauchsmöbeln war eine besondere Gesellschaft, die „Möbel- und Hausratshilfe", auf Betreiben der Regierung gegründet und ihr Geldmittel und verbilligter Holzbezug zugewandt worden. (Die Hausratshilfe stand unter Leitung des Fabrikanten Gottlieb Frommann.)

Auf dem Gebiete des Verkehrswesens waren umfangreiche Arbeiten vorbereitet (der ins Stocken geratene Bahnbau Neustadt-Weidhausen, zweites Geleis nach Eisfeld, Bahnhofserweiterung in Mönchröden, die Arbeiten an den Unterführungen am Bahnhof Coburg waren während des Kriegs nahezu zur Vollendung gelangt, während das Coburger Bahnhofsgebäude selbst noch in den Anfängen steckte).

Die Errichtung neuer Motorpostlinien war geplant, auch das alte Projekt einer Bahnverbindung Rossach-Kaltenbrunn war so weit gefördert worden, daß Preußen nach Überwindung der Bedenken Bayerns grundsätzlich zur Übernahme des Baus bereit war.

Es bestand begründete, durch mancherlei Beziehungen geförderte Aussicht, daß nach Kriegsende der Stab des Inf.-Regiments Nr. 95, vielleicht sogar ein zweites Bataillon nach Coburg verlegt werden sollte.

Um den zu erwartenden schweren Anforderungen des Friedens gerecht zu werden, war also vorgesorgt, soweit eben die beängstigende Überflutung mit Details und persönlichen Wünschen und Anliegen, die sich im Verlauf der Zeit immer stärker geltend machte, und die nur die Kenner des Coburger Ministerialapparats recht zu würdigen in der Lage sind, eine solche vorausschauende Vorsorge gestattete.

Dieser steigende Geschäftsdrang, verbunden mit einem aus dem Felde stammenden Darmleiden, auf das Rücksicht zu nehmen das Amt nicht gestattete, hatte mir bereits im Winter 1916/17 einen körperlichen Zusammenbruch verursacht. Eine schwere Operation, die mich schnellstens wieder diensttauglich machen sollte, vermochte im nächsten Winter einen Rückfall nicht zu verhindern. Während dieser Krankheitszeiten vertrat mich — nur um deswillen erwähne ich hier die obigen Tatsachen — der Oberverwaltungsgerichtsrat Richard Leutheußer in Jena. Seine taktvolle, gewissenhafte und sorgsame Führung der Regierungsgeschäfte darf der Chronist hier nicht verschweigen.

Der Niederbruch der Stimmung, nachdem die gewaltigen Offensiven im Westen zu einer Entscheidung des Kriegs nicht geführt hatten, machte sich im Sommer 1918 auch in Coburg deutlich bemerkbar. Die Feier des 100jährigen Geburtstags Herzog Ernst II. sammelte im Juni 1918 (vgl. Cob. Zeitung Nr. 144 v. 1918) noch einmal die Gedanken und die guten Vorsätze der Heimat. Die Erinnerung an das große Werk unserer Vorfahren bot Anlaß zur Einkehr, zur Überlegung, was alles auf dem Spiele stand, wenn die Nerven nicht durchhielten, wenn der innere Damm zerbrach. An ihm leckten, nachdem der Krieg dem Volks-

körper in steigendem Maße die guten und stolzen Säfte entzogen hatte, immer deutlicher die Wellen der Enttäuschung, der Groll über die Härten der Zwangswirtschaft mit ihren trüben Begleiterscheinungen des Wuchers, die vergiftenden Wirkungen der feindlichen, nur zu willig aufgenommenen Propaganda und allerlei aus der Tiefe aufsteigende, dem alten Staatssystem feindliche Kräfte. Der Glaube an sein Recht verblich beim deutschen Volk immer mehr. Es trug ihn nicht gleich anderen Völkern wie ein heiliges Amulett stets, auch in der größten Not, bei sich. Unser Volk, beim Fehlen großer politischer Führer immer in übertriebenem Maße auf innerpolitische Probleme eingestellt, drohte auch in diesen schwersten Wochen die Forderungen aus diesem, seiner Sinnesart so angepaßten Bereiche den Forderungen der äußeren Not voranzustellen, wenn nicht das Gebot der Ehre ihm in letzter Stunde und in höchster Gefahr Einhalt und Selbstbesinnung befahl.

An dieser Frage hing schließlich alles, Bestand und Wiederaufbau des Vaterlandes. Auch wenn infolge der Rückschläge an den Fronten und bei den Bundesgenossen der erhoffte Sieg der Waffen nicht mehr möglich schien, lagen doch in einer ehrenvollen Beendigung des gegen fast die ganze Welt geführten Kampfes immer noch genug Bürgschaften für die Erhaltung der schier unerschöpflichen Kräfte des deutschen Volkes und für ihre freie Entfaltung gemäß seiner Eigenart.

In der kurzen Tagung des im Oktober 1918 nochmals zusammenberufenen Coburger Landtags, der sich hauptsächlich mit Vorlagen zur Verbesserung der Lage der Beamten beschäftigte, fanden die Sorgen für unsere engere und weitere Heimat von seiten des Präsidenten und der Regierung mahnenden Ausdruck. Anfang Oktober war der Zar von Bulgarien,* der nach dem Zusammenbruch der mazedonischen Front aus seinem Lande hatte weichen müssen, in Coburg eingetroffen. Seine Anwesenheit im alten Stammland, wo ihm der Herzog, die Behörden und die Bevölkerung gern ein ungestörtes Asyl boten, war ein handgreiflicher Beweis, daß die große Tragödie des Kriegs zu Ende ging, wahrscheinlich unheilvoll für das Vaterland, wenn nicht alle Kräfte um das Banner der Ehre sich scharten.

Mit Recht dankte in der Schlußsitzung des Landtags der Präsident nochmals allen Kräften, vornehmlich der heimischen Presse, die in jeder Beziehung bestrebt waren, den Mut und das Selbstvertrauen der Bevölkerung zu stärken und Flaumacherei von ihr fernzuhalten.

Wenn ich meine eigenen Worte aus der Sitzung vom 8. Oktober 1918 hierher setze, so geschieht es, um darzutun, daß die Regierung über den Ernst der Lage

* Zar Ferdinand weilte während des Kriegs im Februar 1916 schon einmal in Coburg. Er war damals schon, wie sich aus Gesprächen ergab, nicht der unbedingt zuversichtlichen Stimmung über ein baldiges Kriegsende, wie solche sonst herrschte. Er bemängelte u. a., daß noch keine Maßnahme getroffen worden sei, um Hindenburg und Ludendorff an die Spitze der obersten Heeresleitung zu berufen und damit einen einheitlichen Oberbefehl für alle Fronten zu schaffen. Ich gab damals von dieser mir geäußerten Auffassung, die meiner Ueberzeugung voll entsprach, Nachricht nach Berlin. Ob sie geholfen hat, weiß ich nicht. Jedenfalls sind die Beiden so spät (erst Herbst 1916) auf ihren neuen Posten berufen worden, daß der Ausgleich der gemachten Fehler nur sehr schwer noch möglich war. Viele Kritiker des Tags vergessen, das zu berücksichtigen.

nicht im Zweifel war und ihn in eindringlicher Mahnung der Öffentlichkeit nicht verhehlte. Sie lauteten:

Wie das deutsche Volk in seiner größten Not um seiner Zukunft willen auf die todesmutige Westfront baut, so muß auch diese auf die Festigkeit des Gefüges unserer inneren Front vertrauen können. Wankt und reißt der innere Damm, so ist auch der Wall der Feldgrauen draußen gefährdet. Jeder in der Heimat, mag er stehen, wo er will, ist zum Aufseher und zum Werkmann an diesem bedrohten Deich berufen, an den die Sturmflut unserer Feinde heranbrandet. Gemeindrang muß alle Lücken, welche dieser Damm aufweist, zu verschließen eilen.

Die Vorsehung hat uns in dieser schwersten Zeit keinen zweiten Deichhauptmann geschenkt, wie unsere Väter ihn in Bismarck hatten. Sie wollte damit, daß wir alle, jeder für sich und jeder in sich und alle wieder zusammen, durch unsere Dankbarkeit, unseren deutschen Stolz, durch unseren Opfermut und unseren deutschen Zorn den Geist Bismarcks in uns erneuern sollen. Das ist die schwere Erbenprobe, die unserem Geschlecht auferlegt ist.

Gebe Gott, daß wir sie in Ehren um unserer Kinder halber bestehen können, damit diese nicht einmal uns fluchen müssen, weil wir kostbares Erbe vergeudet haben! Darum denke ein jeder an das Wort Hindenburgs, daß der Sieg dem gehört, der in der letzten Viertelstunde sich die Nerven bewahrt. Es stehe uns aber auch jenes andere Wort uns in diesen Tagen vor Augen und vor der Seele: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre." . . . .

## II.

Die Revolution, die sich in den Anfangstagen des nächsten Monats wie eine Sturmflut über Deutschland dahinwälzte und schließlich auch, fast zuletzt, Coburg in ihren Strudel hineinriß, traf auch unsere Heimat ins innerste Mark. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß die äußeren Formen der Umwälzung hier nicht so tragische waren wie anderwärts. An einen bewaffneten Widerstand war hier im entscheidenden Moment um so weniger zu denken, als ringsum bereits alle Monarchien gefallen waren, und die einzige ernstlich in Betracht kommende militärische Macht, das hier garnisonierende Ersatzbataillon, auf Geheiß des stellvertretenden Generalkommandos am Vortag der vorbereiteten und angekündigten Umwälzung selbst seinen Soldatenrat gebildet hatte, daß also das Militär zu den Kräften des Umsturzes gewissermaßen friedlich und auf instanzmäßigen Befehl übergangen war. Die „Übernahme der Gewalt" fand am 11. November durch einen großen Demonstrationszug statt, bei dessen Durchführung die erwarteten auswärtigen Helfer größtenteils ausblieben. Die Führer des Zugs verlangten von mir die Abdankung des Herzogs, gaben sich aber mit der Antwort, daß für diese Frage

die Regierung in Coburg nicht zuständig sei, zufrieden und wünschten dann nur, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung die Behörden, einschließlich meiner Person, im Amte bleiben sollten. Auf die Erwiderung, daß ich und die Beamten nicht bereit wären, sich einer Eidesverletzung schuldig zu machen, wurde erklärt, daß man das nicht verlange. Man verlange nur die Mithilfe der Behörden bei der Sicherung der Ordnung, welche der Vollzugsausschuß des „Arbeiter- und Soldatenrats" verbürge.

In Gotha hatte bereits in der Nacht vom 8. auf den 9. November die Revolution durch Besetzung aller wichtigen städtischen und staatlichen Gebäude und des Bahnhofs mit Waffengewalt eingesetzt. Der dortige Arbeiter- und Soldatenrat, geführt vom Abgeordneten Bock, hatte nach Übernahme der Staatsgewalt „die Minister" für abgesetzt erklärt, ihnen aber die vorläufige Fortführung ihrer Geschäfte befohlen. Er verlangte unter anderem die Abdankung des Herzogs, die Zusammenschließung Großthüringens zu einer Gesamtrepublik und veranlaßte die Einberufung des gemeinschaftlichen Landtags nach Gotha.

Noch am Abend des 11. November kam Staatsminister von Bassewitz nach Coburg, um mit dem Herzog über dessen Stellungnahme zur Umwälzung zu verhandeln. Er befürchtete, daß die Gothaer Radikalen durch einen Autovorstoß nach dem Callenberg den Herzog mit Gewalt zur Abdankung zwingen würden. Die nächtlichen Verhandlungen auf dem Callenberg, bei denen wir die überaus vornehme Haltung des Herzogs bewundern mußten, zeitigten die später im Landtag abgegebene Erklärung, daß, nachdem Deutschland eine auf sozialistischer Grundlage beruhende Republik geworden sei, Raum für das Fortbestehen von Einzelmonarchien nicht mehr gegeben sei. Damit hat, so hieß es dort, „der Herzog aufgehört, in Coburg und in Gotha zu regieren. Er hat alle Beamten von dem ihm geleisteten Eid entbunden. Auch weiterhin ist er beseelt von dem aufrichtigen Wunsche für das Wohl seiner bisherigen Landeskinder und unseres armen geschlagenen Vaterlands".

Die Tagung des gemeinschaftlichen Landtags am 14. November 1918 in Gotha, in der diese Erklärung abgegeben wurde, endete mit einem schlecht verhehlten Gewaltakt.

Es war nicht einmal möglich, dem Herzogspaar für seine treue Fürsorge für das Land aus den Reihen der bürgerlichen Abgeordneten Dank zu sagen — um so deutlicher gab sich später, namentlich in Coburg das Gefühl der Verehrung und der Dankbarkeit aus allen Zweigen der Bevölkerung kund —. Die Gothaer Gewalthaber erklärten den Landtag für erledigt und verhinderten auch eine Tagung des Verfassungsausschusses, der in Gemäßheit des Art. 160 der Verfassung für den dort vorgesehenen Fall des Wegfalls des Herzogs die Überleitungsmaßnahmen, namentlich bezügl. des Domänenguts, treffen wollte. Schließlich kam noch eine Erklärung sämtlicher Abgeordneten zustande, die folgendes besagte:

> „Das bisherige Oberhaupt des Staates betrachtet sich infolge des Gangs der Ereignisse als der Rechte der Staatsgewalt entkleidet, die ihm die Verfassung gibt.

Die Staatsregierung ist von Organen übernommen worden, die die Verfassung nicht vorsieht.

Der auf Grund dieser Verfassung gewählte Landtag hält unter den obwaltenden tatsächlichen Verhältnissen seine weitere Wirksamkeit für unmöglich."

In anderen thüringischen Staaten hat die Überleitung in die Republik noch der bisherige Landtag in aller Form vollzogen und so für Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Teil für eine friedliche Abschichtung des Fürsten mit dem Land gesorgt. Daß in Gotha in der geschilderten Weise die rohe Gewalt eingeschaltet wurde, mußte auch für das Verhältnis beider Herzogtümer zu einander die schwerwiegendsten Folgen zeitigen. Das dort beliebte Verfahren in Verbindung mit der Todeserklärung, welche sich der gemeinschaftliche Landtag selbst ausstellen mußte, legte den Grund für die Trennung beider Staaten, die nun weder durch einen Monarchen, noch durch eine gemeinschaftliche Volksvertretung mehr zusammen gehalten waren, und deren bisherige Organe, ebenso wie selbstverständlich auch die neuen, die gemeinschaftliche Verfassung für mindestens in ihren Hauptteilen erschüttert erklärt hatten.

Für Coburg galt es nun, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß, notfalls auch ohne Rücksicht auf Gotha, dessen Radikalismus hier auch die herrschenden Faktoren nicht nachahmen wollten, möglichst bald verfassungsmäßige Zustände wiederkehrten.

Wiewohl die Mehrzahl der Beamten mit ihren Gefühlen und Anschauungen dem „alten System" noch anhingen, galt es doch, nachdem sie vom Eid auf die Monarchie entbunden waren, sich ihrer vollen Mitarbeit zu sichern. Der Feind stand vor den Toren, das Heer war in überstürzter Auflösung begriffen, Unordnung und Verwirrung herrschten allenthalben, das Bürgertum war teils in Verstörtheit, teils in Gleichgiltigkeit verfallen, die feindliche Blockade waltete noch über dem unglücklichen Land, unser Ernährungswesen war auf das gefährlichste erschüttert und bedroht, der Feind hätte alles, was er wollte, aus uns machen können, wenn nicht die Beamtenschaft mit zusammengebissenen Zähnen auf ihrem Posten geblieben wäre und nicht den schwereren Weg des Ausharrens in Pflichterfüllung gewählt hätte. Von solchen Gesichtspunkten geleitet, blieb auch ich im Amt.

Es gelang bald, eine Einigung mit dem Vollzugsausschuß über die Fortführung der Regierungsgeschäfte in Coburg dahin zu erzielen, daß (vgl. V. v. 21. Nov. 1916, Ges.-Slg. S. 124) die Obliegenheiten der Regierung im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zu verwalten seien, und daß, da wo das Ministerium nach den alten Vorschriften der Zustimmung oder Mitwirkung anderer Organe bedurfte, der Vollzugsausschuß eingesetzt wurde.

Aus einer noch Ende 1918 abgehaltenen Beratung auf dem Coburger Rathaus, zu der namhafte Persönlichkeiten aus allen Berufen zugezogen waren, und in der vor allem die Notwendigkeit einer friedlichen Auseinandersetzung mit dem Herzog und die Gefahr des Eingreifens der feindlichen Agnaten namentlich bei Gewaltakten erörtet wurden, gewann der Vollzugsausschuß die Überzeugung, daß Neuwahlen

auszuschreiben seien, um neue verfassungsmäßige Organe zu schaffen. Es war Gotha Gelegenheit gegeben, ein Gleiches zu tun, aber die dortige Gewalthaberschaft wollte wohl die Macht nicht gern aus den Händen geben. Erst als von Reichs wegen in jedem Freistaat die Bildung einer Volksvertretung auf der Grundlage des Reichswahlrechts angeordnet war, entschloß sich Gotha zu entsprechenden Schritten. Inzwischen war in Coburg die Wahl auf Grund einer Wahlordnung vom 14. Januar 1919 auf den 9. Februar 1919 bereits ausgeschrieben worden. Das ganze Land sollte zu der constituierenden Landesversammlung nach den Grundsätzen der Verhältniswahl 11 Abgeordnete wählen.

Kurz vor der Wahl versuchte eine Gothaer Kommission vergeblich, die Coburger Revolutions-Organe zur Bildung einer gemeinschaftlichen Regierung nach dem in Gotha herrschenden System der Volksbeauftragten zu überreden, welche ihre Funktionen von dem allmächtigen Arbeiter- und Soldatenrat herleiteten.

Es glückte, unter Hinweis auf die bevorstehende Neuordnung der Verhältnisse in Coburg diesen Versuch abzuwiegeln, es war deutlich, Coburg wollte sich nicht mehr von Gotha in seine Angelegenheiten hineinsprechen lassen, nachdem dort eine friedliche Überleitung verabsäumt worden war oder doch allem Anschein nach noch im weiten Felde lag. Die Gothaer Kommission zog unter Verlust ihres Autos, das sie dem herzoglichen Besitz entlehnt hatte, unverrichteter Sache ab.

Auch die Versuche, die Abfindung mit dem Herzog gemeinsam mit Gotha zu erledigen, scheiterten an den Forderungen Gothas, das u. a. auch die Frage des Schmalkaldener Waldes in die Verhandlungen hereinziehen wollte und Coburg das Theater streitig machte. Coburg mußte sich entschließen, wenn es nicht auf die Klärung der Gothaer Verhältnisse über Gebühr warten wollte, allein vorzugehen. Die Grundsätze der Abfindung waren auch bereits mit dem Vollzugsausschuß besprochen, bis dieser plötzlich erklärte, der Landesversammlung nicht vorgreifen zu wollen.

Die neue Landesversammlung, die aus sieben Sozialdemokraten (Abg. Kirchner, Mämpel, Stegner, Artmann, Klingler, Lauer, Wend), drei Demokraten (Abg. Arnold, Külbel, Dr. Schack) und einem rechtsstehenden, ländlichen Abgeordneten (Abg. Heß) bestand, also ein von dem bisherigen Landtag ganz abweichendes Bild bot, trat Anfang März 1919 zusammen. Nicht nur diese Zusammensetzung, sondern auch der Grundsatz, daß die Regierung vom Vertrauen der Volksvertretung abhängig sein sollte, veranlaßte mich, zu Beginn der Tagung mein Amt zur Verfügung zu stellen. Ich wurde ersucht, es weiter zu führen, und später an der Hand einer schnell entworfenen vorläufigen Verfassung und der gleichfalls schnell verabschiedeten Geschäftsordnung für das Ministerium neben den Abgeordneten Artmann und Klingler zum geschäftsleitenden Regierungsmitglied bestellt. Es war mir von vorneherein klar, daß, nachdem auch die Demokraten erklärt hatten, nur mit schweren Bedenken der Regierungsbildung, wie sie vorgeschlagen, zuzustimmen, meine Stellung keine gar feste sein konnte. Ich

mußte deshalb von vornherein gewärtig sein, wenn ich meine Schuldigkeit getan oder die Masse der Wähler an mir aus irgend welchen Parteigründen Anstoß nahm, vom Amte scheiden zu müssen. Wenn ich gleichwohl blieb, so geschah es nur, nachdem ich mir den Kern meines Amts, die Verantwortung, hatte sichern lassen, und vornehmlich aus dem Grunde, weil ich glaubte, meiner Heimat, der ich vielleicht in allzu reizbarer, für diese kompromißhungrige Zeit unmoderner Liebe anhing, vermöge meiner Vertrautheit mit den Schmerzen und Bedürfnissen der Bevölkerung noch dienlich sein zu können. Das galt vor allem für die Frage der Abschichtung mit dem Herzog, zu gunsten deren Erledigung ich bereits eine sichere Kandidatur für die Nationalversammlung hatte an mir vorübergehen lassen, vielleicht auch für die Frage der künftigen Schicksalsgestaltung des alten Herzogtums Coburg.

In ersterer Beziehung glaube ich mich nicht getäuscht zu haben, in der zweiten Hauptfrage konnte ich infolge von Konflikten mit der stärksten Partei des Landtags, die zum Teil zwangsläufig kommen mußten, nicht bis zum Abschluß mitraten.

Es war eine Zeit voller Bitternisse, Unbill und Verwirrung. Das deutsche Volk, überanstrengt von den Anforderungen der Kriegszeit drinnen und draußen, von immer neuen Fieberzuckungen geschüttelt, war in seiner Seele schwer erkrankt und so wilden Leidenschaften zur leichten Beute geworden.

Die Peripetie des Wilhelminischen Zeitalters war zu jäh über uns gekommen, als daß es ohne tiefgreifende Erschütterungen hätte abgehen können. Tiefes Mitleid mit den kranken Volksgenossen war oft das einzige Schutzmittel gegen aufkeimende Menschenverachtung. Der Übergangszeit fehlte jede nationale Schwungkraft, wie sie sonst bei anderen Umwälzungen zu Tage trat. Das Bürgertum, das doch den Aufstieg des Reichs getragen hatte, war zermürbt und ohne Bekennermut. Statt daß in höchster Not alle Klassen enger und dichter zusammenrückten, schien es damals, um ein bekanntes Wort umzudeuten, als ob es fast nur noch Parteien, aber kaum mehr Deutsche gäbe.

Alte Freunde veränderten ihr Gesicht, eine Abweichung von der landläufigen Ansicht gab Anlaß, auch den moralischen Wert des „Gegners" (der Gegner stand doch am Rhein!) zu bezweifeln, die eilige Umprägung aller Werte — manches Alte und Überlebte verdiente dies Schicksal an sich vollauf — war vielfach mehr von einer starken Mimikry als von klarem Urteil verursacht, und wer aufrecht stand im Streit der Meinungen und die Dinge beim rechten Namen nannte, mußte gewärtig sein, bald die eisige Luft der Einsamkeit zu spüren.

In Coburg war es nicht viel anders als anderwärts, tröstlich war nur, daß der hier vorhandene Sinn für Ordnung und Gesetzmäßigkeit leichter die Hemmungen überwand, die sich ihm, oft von auswärts eingeführt, entgegen zu stellen drohten.

Starres Festhalten am Alten war technisch und taktisch nicht möglich, es galt nur dafür zu sorgen, daß das Neue nicht im völlig unreifen Zustand serviert, und daß die Erhaltung des guten Alten, oft vielleicht auf einigen Umwegen schmackhaft gemacht ward.

Die Landesversammlung tagte anfangs in Permanenz, die Arbeitslast minderte sich daher nicht im geringsten, doch nahm an ihr neben Dr. Fritsch auch der damalige Amtsrichter Rabich, namentlich auf sozialpolitischem Gebiet, seinen redlichen Anteil.

Wie überall brach zunächst ein Sturm auf das Domänenland los. Viele wollten gern bei diesem Wettlauf zur Rolle des Selbstversorgers kommen, vielen aber war das Leben in und mit der Natur durch den Schützengraben so vertraut geworden, daß sie mit Recht eine eigene Scholle und ein eigenes Heim erstrebten. Tiefbedauerlich, daß diesem berechtigten und heilenden Drang nur ungenügende Reichsmaßnahmen entgegenkamen, die namentlich in der Durchführung sich an der Vielheit der unter sich eifersüchtigen Ressorts und der Starrheit der Verhältnisse stießen!

In Coburg suchte man, soweit die Aufrechterhaltung einer guten Besitzmischung — Großgrundbesitz ist hier kaum vorhanden —, die Sorge für die Rentabilität der Restgüter und vor allem die Notwendigkeit, unsere schwierige Ernährungswirtschaft zu sichern, die im wesentlichen beim Mittel- und Kleinbesitz mit eingelebter Familienwirtschaft ruhte, es eben zuließen, dem Ansturm durch freiwillige Abgabe aus dem Domänenland abzuhelfen. Der Kreditnot auf dem Gebiet des Siedlungs- und Kleinbauwesen, das schon durch die Notverordnung vom 24. 2. 1919 gefördert worden war, suchte die Coburgische Gesetzgebung durch das Gesetz vom 2. Juli 1919 zu steuern, das die öffentlichen Sparkassen und die Staatsbank (Landrentenbank) zwang, gemeinnützige Siedlungsunternehmungen da, wo ein Wohnungsnotstand anerkannt war, durch Gewährung von hypothekarisch gesicherten Baugeldern bis zur Höhe von 90% des Beleihungswerts zu finanzieren. So stark auch der Eingriff dieser Maßnahme war, so bot sie doch die einzige Möglichkeit, das Siedlungswesen zu fördern. Anderwärts ist man über tastende Versuche, 2. Hypotheken zu sichern, nicht viel hinausgekommen. An dem Gesetz wurde später, nach meinem Abgang, wirksam durch Einführung des Heimstättewesens fortgebaut.

In ordnungsgemäßer Form kam die Verlängerung des letzten Kriegsetats und das Abgabengesetz für 1919/20 zur Verabschiedung, das neben starken Begünstigungen der niederen Steuerstufen eine Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer bei den größeren Einkommen festlegte. Die Reichsgesetzgebung hat diese Maßnahmen inzwischen längst überholt.

Auf moderner Basis wurde ein neues Gemeindewahlrecht durch das Gesetz vom 29. 3. 1919 eingeführt, das die alten Voraussetzungen des Nachbarrechts (Zahlung von Nachbargeld, abgestuft nach Fremden und Nachbarsöhnen pp.) beseitigte, den ländlichen Zensus abschaffte und das Stimmrecht allen Gemeindeangehörigen zuwandte, die das 20. Lebensjahr vollendet, und die seit mindestens einem halben Jahr in der Gemeinde wohnen oder die inländische Staatsangehörigkeit besitzen. Die Neuwahlen für die Gemeindeorgane mußten bis zum 1. Juli 1919 vollzogen sein.

Durch das Gesetz vom 4. Juni 1919 wurde die Möglichkeit geschaffen, den Volksschullehrern, unbeschadet der bestehenden Aufsichtsrechte, eine erhöhte Teilnahme

an der Schulverwaltung und Schulleitung zu sichern. Die daraufhin gegründeten Lehrer-Räte aller Art entwickelten bald eine lebhafte Tätigkeit. Sie verlangten eine völlige Umgestaltung des Schulgesetzes, das bis vor kurzem noch als Muster galt. Eine solche kam indessen erst nach meinem Abgang zustande und mußte bald aus Anlaß der nicht unberechtigten Einsprüche der Gemeinden teilweise wieder abgebaut werden.

Die Schaffung einer neuen Verfassung für den Freistaat Coburg mußte mit Rücksicht auf die damals noch nicht feststehende Neuordnung der Reichsverfassung, aber auch im Hinblick auf die Ungeklärtheit des Verhältnisses zu Gotha aufgeschoben werden. Man begnügte sich mit einem „vorläufigen" Gesetz über die Gesetzgebung und Verwaltung im Freistaat Coburg, das alle notwendigen Grundsätze mit kurzen Worten regelte.

Die Beziehungen zwischen Coburg und Gotha sollten in der auf Ende März 1919 nach Gotha einberufenen Tagung der beiden Landesversammlungen ihre Klärung finden. In Gotha hatte die unabhängige Sozialdemokratie (später meist Kommunisten) die Mehrheit im Landtag erzielt. Man konnte sich dort von dem Rätegedanken nicht lösen, alle Verfassungsentwürfe waren Früchte dieses Systems.

Der Tagung in Gotha* wäre fast ein gleiches Schicksal beschieden gewesen wie der Novembersitzung des Vorjahres, bis sich endlich, namentlich auf Betreiben der Coburger Abgeordneten, doch die Auffassung durchsetzte, daß man zu einer Regelung kommen müßte.

Die bis zuletzt aufrecht erhaltene Hoffnung der Gothaer bürgerlichen Abgeordneten, mit Unterstützung der „vernünftigeren" Coburger doch noch zu einer gemeinsamen Regierung und vielleicht mit ihrer Hilfe zu einer organischen Verfassung auch in Gotha zu gelangen, mußte Coburg enttäuschen.

Nach den bereits geschilderten Vorgängen mußte Coburg sich seine Selbständigkeit sichern. Die mit Gotha bisher bestandene Realunion war in wesentlichen Stücken erschüttert, es konnte sich deshalb nur darum handeln, ob und wie man aus praktischen Erwägungen heraus die in Liquidation befindliche staatsrechtliche Gemeinschaft noch in einer befristeten Vertragsgemeinschaft zusammenhielt. Auf Grund eines von dem Abg. Dr. Schack, Geheimrat Muther und mir aufgestellten Entwurfs kam schließlich am 12. April 1919 der „Staatsvertrag über die Verwaltung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Freistaaten Coburg und Gotha" durch Mehrheitsbeschlüsse beider Landesversammlungen zustande. Danach sollten die beiden Freistaaten künftig ihre Angelegenheiten unabhängig von einander durch die von ihnen bestimmten Organe, regeln, gemeinsame Angelegenheiten beider blieben in vertragsmäßiger Ordnung u. a. nur die Beziehungen zum Reich, die Justiz, die Staatsverträge aus der

*) Der Staatsminister von Basserwitz, der nach der Revolution aus Pflichtgefühl, das seine ganze aufopfernde Amtsführung vorbildlich auszeichnete, noch im Dienst geblieben war, war bereits Anfang 1919 ausgeschieden.

Vergangenheit, das Staatsdienergesetz und die Staatsarchive. Die gemeinschaftlichen Angelegenheiten sollten von dem Staatsministerium in Gotha im Einvernehmen mit beiden Landesregierungen auftragsmäßig verwaltet werden. Der Vertrag war nur auf ein Jahr abgeschlossen.

So war das 1826 ohne innere Unterlagen geflochtene Band der beiden Länder gelöst und Coburg, das infolge der Stammesverschiedenheit seiner Bevölkerung trotz aller Bemühungen der Fürsten und Minister, in letzter Zeit aber auch infolge des in Gotha herrschenden Radikalismus enge und vertraute Beziehungen zu dem größeren „Schwesterland" nie recht gewinnen konnte, auf sich selbst gestellt. Es war ein notwendiger Schnitt, eine Maßnahme der Selbsterhaltung, die Coburg mit Rücksicht auf seine bereits erzielte organische Ordnung auch dann zu gute kommen mußte, wenn es späterhin mit Gotha, worüber damals noch keineswegs Klarheit herrschte, in einem größeren Staate Thüringen oder bei einem Anschluß beider Staaten oder Thüringens an Preußen sich wieder zusammenfand. Coburg konnte so, getrennt von Gotha, allein das Gewicht seiner Wünsche und Bedürfnisse in die Wagschale werfen, einerlei wohin es der Weg führte.

Ein besonders Zwischenspiel löste in Gotha noch die Theaterfrage aus. Das Theatergebäude in Coburg war Privateigentum des Herzogs, der letztere war, wie später noch zu schildern, gewillt, das Gebäude nebst dem reichen, z. Zt. mit Rücksicht auf die Spielzeit noch in Coburg befindlichen Fundus Coburg zu überlassen. Er hatte daran freilich die Bedingung geknüpft, daß versucht werden sollte, mit Gotha wegen Ermöglichung einer dortigen Spielzeit eine Vereinbarung zu treffen (eine solche kam später nicht zustande). Anfang 1919 befanden sich das Personal wie der Fundus noch in Coburg, weil dieses, nicht aber Gotha über die nötigen Kohlenvorräte verfügte, diese waren z. Zt. mühsam von dem Reichskohlenkommissar durch die hiesige Regierung erkämpft worden. Diese äußeren Umstände, aber auch der Wunsch des Personals, sowie die Befürchtung, daß eine Verbringung des Fundus nach Gotha Coburg nur das Nachsehen lassen würde, veranlaßten die Regierung, an dem Verbleiben des Fundus in Coburg mit aller Energie festzuhalten.

Die Verwaltung des ehemaligen Hoftheaters lag noch in den Händen der Gothaer Hofbehörde, die als Geschäftsführer für beide Staaten das Institut weiterführte. Die Gothaer Volksbeauftragten setzten alle Hebel in Bewegung, sich das Theater zu sichern, sie scheuten zeitweilig auch nicht vor der Sperre der Bezüge des Personals zurück, die sie der in ihrer Gewalt befindlichen Hofbehörde auferlegten. Es bedurfte starker Mittel der Überredung, um dem Personal seine Rechte zu sichern. Schließlich erklärte Gotha, wohl in der Erkenntnis, daß Coburg die Trümpfe in seiner Hand hielt, sein Desinteressement an dem bisherigen Hoftheater. So waren die Grundlagen dafür geschaffen, daß mit dem Theater dem Lande Coburg eine der wichtigsten Kulturanstalten aus der alten Zeit erhalten blieb, deren Fortführung freilich schwere Opfer für den Unternehmer mit sich bringen mußte. Im Hinblick auf die Bedeutung des Instituts mußten diese aber getragen werden, wenn nur ihre angemessene Verteilung zwischen der zunächst interessierten Stadt

und dem Staat vereinbart werden konnte. Dabei kam es vor allem darauf an, die Trägerschaft für die Personallasten klar und sicher festzulegen. Der Theatervertrag zwischen Stadt und Staat kam erst nach meinem Abgang, und zwar zum Teil abweichend von dem noch von mir vertretenen Entwurf, zustande . . .

Das Hauptinteresse der Coburger Landesversammlung nahm naturgemäß die Frage der Abschichtung mit dem ehemaligen Landesherrn in Anspruch. Eine baldige friedliche Verständigung war auch deshalb besonders erwünscht, weil mit Eingriffen der durch die Änderung der Thronfolgeordnung nicht gerade freundlich gestimmten Agnaten aus den Feindbundstaaten zu rechnen war. Wie betont, lagen die Grundsätze für die Einigung im großen und ganzen bereits zu Zeiten des Vollzugsausschusses fest.

Schon Anfang 1919 war mit dem Herzog, der sich Justizrat Dr. Bretzfeld zu seinem Vertreter bestellt hatte, in Fühlung getreten worden. Geleitet von seiner Liebe zu Coburg, erklärte er sich mir gegenüber bereit, die großen historischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Schätze, welche die Ehrenburg und die Museen im Hofgarten und vor allem auf der Veste bergen, gegebenenfalls auch das Theater freizugeben, wenn ich nur Bürgschaft dafür geben könnte, daß jene in der Hand eines vom politischen Schicksal des Staats unabhängigen, rechtlich gesicherten Organs dem Lande dauernd erhalten blieben. Damit war der Grundgedanke für die künftige Landesstiftung gegeben. Wenn irgend möglich, wollte der Herzog in die gleiche Hand auch das Coburger Hausfideikommiß, die Domänen, gelegt sehen.

Eine spätere Zeit wird erst voll zu würdigen verstehen, welche Schätze und welche Möglichkeiten für die Erhaltung eines Teils des alten Ruhms Coburg diese hochherzige Gabe des Herzogs seinem alten Stammland bot. Die bald zu erwartende neue Aufstellung der Sammlungen auf der Veste, dem besonderen Sorgenkind des kunstsinnigen Fürsten, dürfte schon der heutigen Generation einen deutlichen Beweis für die obige Behauptung verschaffen.

Die Verhandlungen über die Abfindungsfrage wogten im Landtage lange hin und her. Die an ihnen hauptsächlich neben mir Beteiligten, Justizrat Bretzfeld und Abg. Dr. Schack, werden bestätigen, wie schwer es war, das Schiff im Hafen zu bergen, und wie oft ein plötzlicher Sturm den Weg dahin noch bedrohte. Endlich konnte der Vertrag am 7. Juni 1919 vollzogen werden. Er wurde durch Gesetz vom 1. Juli 1919 zugleich mit einem Ausführungsgesetz als Landesgesetz verkündet.

Sein Inhalt* ist kurz folgender:

Von dem coburgischen Domänengut verbleiben dem Herzog das Schloß Callenberg nebst Park und einem größeren anschließenden Waldkomplex (dem sog. Tierpark), der Eichhof, die Schweizerei Rosenau** mit umliegenden Ländereien und die Farm Callenberg. Er erhielt weiter ein lebenslängliches Wohnrecht auf der

* S. Anhang.

** Das Schloß Rosenau nebst Park, Wirtschaft und Gärtnerei ist später Eigentum der Stiftung geworden

Veste eingeräumt, dessen Ausdehnung auf seine Kinder vorbehalten blieb. Dazu wurde ihm als Ausgleich der Betrag von 1½ Millionen Mark zugesprochen.

Das übrige Domänengut einschl. des Hofgartenmuseums sollte nach dem Vertragswortlaut „zum Besten des Landes und zur Wohlfahrt seiner Bewohner verwaltet und möglichst in einer diesen Zwecken gewidmeten Landesstiftung vereinigt werden".

In dem Ausführungsgesetz hieß es zur Verstärkung dieses Gedankens noch ausdrücklich, daß der Staat und sein etwaiger Rechtsnachfolger für die Erfüllung dieser Zwecke Gewähr leistet, und daß dafür seine Rechte an dem Reinertrag des Domänenguts (die Hälfte des Ertrags) aufrecht erhalten blieben.

Die in den Museen, im Schloß und auf der Feste befindlichen Sammlungen und Einrichtungsstücke sollten, soweit der Herzog nicht an einzelnen Sachen sich das Eigentum vorbehielt, der Landesstiftung einverleibt werden, deren Verhältnisse ein besonderes Gesetz regeln sollte. Theater und Fundus sollten dieser gleichfalls zufallen. Die Archive und die Hof- und Staatsbibliothek sollten in einer Verwaltung vereinigt und der Allgemeinheit zugänglich gemacht bleiben Das Land Coburg oder die Stiftung übernahm die am Übernahmetermin in den fortzuführenden Betrieben noch tätigen Hofangestellten und die Personallasten aus der Vergangenheit zu einem Sechsteil. Die Übernehmer sollten auch dafür Sorge tragen, daß die bestehenden Verpflichtungen bezüglich des Theaterpersonals übernommen würden. Die Verpflichtung der Abgewährung eines Viertels des Reinertrags aus den Schmalkaldener Forsten, die bekanntlich 1866 von Preußen dem damaligen Herzog Ernst II. für seine Kriegshilfe mit der Auflage zugewandt worden waren, den Ertrag mit den beiden Herzogtümern zu teilen, blieb zu gunsten Coburgs aufrechterhalten. Die übrigen Fideikommisse des Herzoglichen Hauses sollten von Coburg unangefochten bleiben, sofern nicht ein Dritter Ansprüche auf sie geltend machte.

Im Zusatzprotokoll sind noch allerlei Nebenabreden getroffen, z. B. über die Zugänglichkeit des Callenbergs und der Prunkräume auf der Feste, die dem Herzog als Wohnung zugewiesen waren, sowie über die Belassung des Schlosses Rosenau in der Nutzung der Herzogin-Witwe Marie auf deren Lebenszeit.

Zur Durchführung des Vertrags wurden von beiden Seiten Bevollmächtigte ernannt und ein Domänen- und Fideikommißamt eingesetzt, das die Formalien zu regeln hatte. Das genannte Amt stand auch nach meinem Abgang noch unter meiner Leitung.

Den Schlußstein des Gesetzgebungswerks, das in der Sitzung vom 1. Juli 1919 zum Abschluß kam, bildete das Gesetz über die Aufhebung der Fideikommisse (im Einzelnen vom Abg. Dr. Schack entworfen), nach welchem die im Lande vorhandenen gebundenen Güterarten aufgehoben und auch das Herzogliche Hausgut, soweit es noch dem Herzog verblieb, aus dem Fideikommißverband gelöst ward.

Damit waren die wesentlichsten Grundlagen für die friedliche Auseinandersetzung zwischen Herzog und Staat festgelegt. Die nötigen Maßnahmen zur Durch-

Der letzte coburgische Sonderlandtag. *)

Abg. Senkeisen Abg. Heß Abg. Hirschfeld Abg. Goekel Abg. Römhild Abg. Brückner
Abg. Külbel Vize-Präsident Gutsel Präsident Arnold Abg. Langner

*) Von den 11 Abgeordneten fehlt auf dem Bilde Abg. Stepf-Königsberg, der z. Z. wegen Krankheit beurlaubt war.

Geh. Kommerzienrat Oskar Arnold
Präsident des Coburger Sonderlandtags
1914-18 Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Coburg

führung des Vertrags konnten erst 1920 zum Abschluß gebracht werden. Sie erforderten noch manche, nicht unwesentliche Verhandlung.*)

Das Gesetz über die Einzelregelung der Landesstiftung ist nach meinem Abgang im August 1919 verabschiedet worden. Seine Vorschriften weichen von der Grundlage des Vertrags und dem Ausführungsgesetz hierzu in wesentlichen Punkten namentlich insofern ab, als sie nicht der Landesstiftung, sondern dem Staat das Eigentum an den Domänen, den Schlössern, der Veste, dem Theater und dem Fundus zuwandten und die Landesstiftung lediglich auf die Nutzung der Veste, Schlösser und Museen und auf den hälftigen Ertrag aus dem Domänengut verwiesen. Es geschah dies, wie später betont wurde, mit Rücksicht auf Steuerfragen und aus der Befürchtung heraus, daß die Belassung des Eigentums der Stiftung nicht leicht zu ertragende Baulasten verursachen würde. (Auch bei der nunmehr getroffenen Regelung ist die Stiftung mit der Hälfte der Baulast belegt). Den unerquicklichen Streit, der sich über die Richtigkeit des ursprünglich festgelegten oder des später tatsächlich eingeschlagenen Wegs in der Öffentlichkeit lange hinzog, hier zu schildern, liegt außerhalb der Aufgaben meines Berichts.

Auch in der Frage des künftigen staatlichen Geschicks Coburgs wurden in der denkwürdigen Landtagssitzung vom 1. Juli 1919 schwerwiegende Entscheidungen getroffen. Es wurde dort dem von den thüringischen Parlamentariern unter der Ägide von Prof. Dr. Rosenthal-Jena und Minister von Brandenstein-Gera entworfenen, die Verschmelzung Thüringens einleitenden sog. Gemeinschaftsvertrag seitens des Coburger Landtags die Zustimmung versagt und die Entscheidung über den Anschluß Coburgs an einen größeren Staat in die Hand einer Volksabstimmung gelegt, die baldigst durch ein Landesgesetz angeordnet werden sollte. Zu ersterer Entschließung habe ich selbst geraten, weil sich Coburg als der am Ende der Kette gelegene südlichste Kleinstaat unmöglich in Bausch und Bogen an Thüringen binden konnte, ehe es seine Rechte gesichert hatte. Die zweite Entschließung war, wenn sie auch bei der Schwierigkeit einer richtigen Fragestellung leicht dazu führen konnte, die Verhandlungsbasis für Coburg zu schwächen, unvermeidlich, nachdem die Abgeordneten im Wahlkampf bei der damaligen Unklarheit über den für Coburg einzuschlagenden Weg sich schon auf die Entscheidung der Lebensfrage unseres kleinen Staats durch eine Befragung der Wählerschaft festgelegt hatten.

In der Tat war die Wahl des Wegs für Coburg nicht leicht. Mir kam es mehr auf ruhige Erwägung aller Möglichkeiten, als auf eine eilige, unter Umständen von Stimmungen abhängige Entscheidung an.

Das Für und Wider des Anschlusses nach Süden oder Norden kann in dem engen Rahmen hier nicht dargestellt werden. Ich fand, nachdem einmal diese Frage letzten Endes in die Hand eines Volksentscheids gelegt werden sollte und die wirtschaftlich und kulturell führenden Kreise der Bevölkerung zu einer klaren, korporativen Stellungnahme nicht zu vermögen waren, meine Hauptaufgabe persönlich darin, Vorkehrungen zu treffen, daß auf jeden Fall Coburgs Eigenart und seine berech-

*) Der Vertrag mit dem Herzog und die Nebengesetze sind in der Beilage abgedruckt.

tigten Bedürfnisse tunlichst gut gesichert werden könnten. Auf Wunsch des Landtags wurden zunächst Verhandlungen mit Bayern noch unter der Regierung Hofmann angeknüpft. Die in dem damals noch stacheldrahtumwehrten Bamberg geführten ersten Besprechungen (Juni 1919) ergaben die prinzipielle Bereitwilligkeit Bayerns, auf die wesentlichsten Wünsche Coburgs (Verkehrspläne, Erhaltung der Schulen und Anstalten, Sicherung des Theaters und der mit der Errichtung der Landesstiftung verbundenen Pläne, Ersatz für den Fortfall der obersten Verwaltungsbehörde tunlichst durch eine gerichtliche Behörde) einzugehen. Auf die Mitteilung dieser grundsätzlichen Angebote machte sich auch die weimarische Staatsregierung anheischig, Gleiches bei den künftigen Thüringer Organen durchzusetzen. (Es bestanden damals freilich solche noch nicht. Später war es der Fehler Thüringens, mit seinen förmlichen Angeboten erst in letzter Stunde zu kommen.)

Die gemütliche Neigung wies einen großen Teil der Coburger nach Süden, ein beträchtlicher Teil aber hing seine Hoffnung in Erinnerung an alte politische Zusammenhänge und in Erwartung von dessen baldiger Widererstarkung an Preußen, dessen Regierung aber blieb in dem entscheidenden Zeitpunkt völlig unentschlossen. Man trug sich damals dort mit dem Plan, „in Deutschland aufzugehen", und wollte, teils der Entente halber, teils aus Rücksicht auf das Reich, auch nicht den leisesten Anschein einer Land- oder Machterweiterung erwecken.

Ob bei dieser vorsichtigen Zurückhaltung Preußens — später wurde man dort zugänglicher — der Umweg über Thüringen später doch noch zum Ziel führen konnte, blieb unsicher. Es war schließlich eine schwere Temperaments- und Gewissensfrage für die Anhänger des Gedankens des nördlichen Anschlusses, ob sie der Bevölkerung so viel Widerstandskraft und Geduld zutrauen durften oder aus historischen Gründen zutrauen *mußten*, den vergleichsweise schwereren Weg nach Norden trotzdem zu gehen. Es liegt aber kein Grund vor, den Anhängern eines nördlichen Anschlusses geringere Heimatliebe vorzuwerfen als der Mehrheit, die nach Süden drängte.

Im Juni 1919 waren von mir noch Verhandlungen mit Meiningen eingeleitet worden, die den Zweck hatten, in der Stellung zum Thüringer Gemeinschaftsvertrag eine gemeinsame Phalanx der beiden südthüringischen Staaten zu bilden. Ein alsbaldiges Eingehen Meiningens auf den Brandenstein'schen Verschmelzungsplan hätte Coburg für den Fall, daß die Volksabstimmung sich für Thüringen entscheiden sollte, völlig isoliert und als letzten Genossen im Thüringer Verband aller Möglichkeiten zur Sicherung seiner Rechte beraubt. Umgekehrt war es klar, daß, wenn Coburg *mit* Meiningen zunächst dem neuen Verband noch fernblieb, es Meiningen mitreißen mußte, wenn es dann den Weg nach Norden wählte. Coburg konnte dann für den Zutritt zu Thüringen seine Bedingungen stellen und unter Umständen sogar als Preis für seinen Beitritt die Vorhand in Südthüringen erlangen. Meiningen blieb zunächst in der Tat dem Gemeinschaftsvertrag ferne; es stellte dann später seinerseits seine Bedingungen an Thüringen, nachdem Coburg sich für den Weg nach Süden entschieden hatte.

Für den Fall des Nichtbeitritts zum Gemeinschaftsvertrag war den zunächst fernbleibenden Staaten die Teilnahme an den Sitzungen der vorbereitenden Organe von Thüringen, dem Volksrat (Landtag) und dem Staatsrat (Regierung), mit beratender Stimme nachgelassen. Coburg sollte in ersterem drei von dem Landtag zu wählenden, in letzterem einen von der Landesregierung zu bestimmenden Vertreter haben.

Wie erwähnt, lehnte der Coburger Landtag den alsbaldigen Beitritt zum Gemeinschaftsvertrag ab, wählte aber zugleich als seine Vertreter im Volksrat 3 Abgeordnete (Dr. Schack, Lauer und Mämpel).

Die Benennung eines Vertreters zum Staatsrat sollte zugestandenermaßen der Regierung überlassen bleiben.

Als ich nach Schluß der Landtagssitzung vom 1. Juli 1919 die Besprechung hierüber vornehmen lassen wollte, wurde mir überraschender Weise eröffnet, daß die Sozialdemokratische Fraktion ihren beiden Regierungsmitgliedern die Wahl des Abg. Artmann in den Thüringer Staatsrat auferlegt hatte. Eine Wahl in und durch die Regierung war damit ausgeschlossen oder doch zu einer leeren Form gestempelt. Ich mußte diese Übergehung als einen Stoß gegen meine Verantwortlichkeit als geschäftsleitendes Regierungsmitglied auffassen, das man so in der wichtigsten Angelegenheit, der Anschlußfrage, von der Vertretung des Landes ausschloß. In den gleichen Tagen hatte, wie ich erfuhr, der Abg. Artmann, ebenfalls ohne jede Fühlungnahme mit mir, aber doch wohl in Verbindung mit seiner Partei, und ohne daß ein Regierungs-, geschweige denn ein Landtagsbeschluß oder auch nur die Etatsgrundlagen hierfür vorhanden waren, in einer in der Stille anberaumten Lehrerversammlung einen Regierungs-Referenten für das Volksschulwesen wählen lassen.

Das gab mir Anlaß, meinen Abschied einzureichen, den ich nach 8 Tagen glatt und ohne weitere Form erhielt.

In der Landtagssitzung vom 11. Juli 1919 wurde die Regierung auf eine neue, rein parteipolitische Basis gestellt und der Vorsitz nach Eintritt des demokratischen Abg. Dr. Schack dem Abg. Klingler (Soz.-Dem.) übertragen.

Erst nach Jahr und Tag, nach völliger Erledigung der Anschlußfrage habe ich in der Eigenschaft als 2. Vorsitzender der Landesstiftung wieder Gelegenheit erhalten, im Rahmen der dieser für Coburg so bedeutsamen Einrichtung zugewiesenen Aufgaben an den Geschicken der Heimat mitzuwirken.

Nach meinem Austritt aus der Regierung hat man die Meinung weitergetragen, daß ich durch mein Rücktrittsgesuch, das ich wahrlich in dieser Zeit mir schwer genug abrang, eine Machtprobe auf meine „Unentbehrlichkeit" hätte veranstalten wollen, um dann das Staatsruder um so fester in die Hand zu bekommen. Der Platz am Steuer, für den die Ellenbogenfreiheit schon vorher weidlich beschränkt war, wurde mir ja durch die obigen Vorgänge genommen. Daß diese Tatsache wie der Marmorblock Jasons auf die Riesen wirken würde, war schlechterdings nicht anzunehmen. Die Rechnung auf Unentbehrlichkeit ist aber wie die Erwartung

von Dank, wenn überhaupt, so sicherlich am wenigsten in der Gegenwart für einen Staatsmann der taugliche Anker, mit dem er in den Untiefen des politischen Lebens sein Schifflein befestigen könnte.

Ich habe, solange es mit meiner Auffassung von Ehre vereinbarlich war, mit allen Kräften der Heimat gedient und ging, als mir das beste Stück des Amts, die Verantwortung, ernstlich bedroht ward. Das ist alles! Das Organ der Mehrheitspartei (Volksblatt vom 8. Juli 1919) hat denn auch in jenen Tagen klar ausgesprochen, daß die Beseitigung des „Hemmnisses" meiner Person im Interesse der „Erfüllung des Volkswillens" unvermeidlich war. Ich nehme diese aus parteipolitischen Gesichtspunkten fließende Haltung in der Tatsache am wenigsten der Sozialdemokratie übel. Sie hatte in der Tragödie des Reichs das Machtspiel vorerst gewonnen. Sie mußte ihre Macht ihren Anhängern zeigen, die von der neuen Zeit ja alles Heil erwarteten. Im Hause Deutschland muß offenbar jedes neue politische Bewirtschaftungssystem immer erst in allen seinen Folgerungen abgenutzt werden, welche das Dogma — hier die Lehre von der Partei als einzig richtigen Hauswirt — eingibt, ehe die Vernunft auf leisen, versöhnlichen Sohlen wieder Einlaß begehren darf. Gebe Gott, daß unser armes, stark erschüttertes Haus so lange bestehen kann, bis dieser Moment endlich eintritt!

Bald setzten die Kämpfe um den Anschluß ein. Im November 1919 entschied sich der weitaus überwiegende Teil der Heimat für Bayern. Der förmliche Anschluß selbst wurde mit großer Eile von der neuen Regierung betrieben. Schon zum 1. Juli 1920 war Coburg ein Stück Bayern.

Möchte unser altes Herzogtum im schönen Bayernland eine gute und gesicherte Stätte gefunden haben! . . . .

Die Vergangenheit kehrt nicht wieder. Doch schändlich wäre es, sich des Dankes gegen sie zu entschlagen. Das Gedenken an das Gute der Vorzeit in Ehrfurcht stärkt den Willen zum Schaffen an der Zukunft.

Für uns heißt es jetzt: vorwärts schauen, sich in den neuen Verhältnissen einrichten und mitarbeiten an den Geschicken der neuen, größeren Heimat.

Es ist dies eine in manchen Stücken nicht minder lebenswerte Aufgabe, als sie den Coburgern früher gestellt war. Denn die Arbeit für Bayern gilt nicht zuletzt auch dem großen Vaterland und seiner Wiederaufrichtung.

Möchte sie gesegnet sein!

Meine letzten Arbeiten im Amt waren der Durchsetzung der Einführung des preußischen Teuerungszulagensystems für die unzureichend bedachte Beamtenschaft, der Aufstellung eines Entwurfs für eine neue freie Kirchenverfassung auf der Grundlage der Kirchengemeinde und der Verteilung der aus allerlei Quellen von mir gesammelten Fonds aus der Kriegswirtschaft pp. an Einrichtungen sozialer Natur in Stadt und Land gewidmet. Der Löwenanteil aus den Abgewährungen des Kriegshilfsausschusses war dem Festungsbau zugedacht.

Von dem Festungsbau, dem langjährigen Sorgenkind meiner Vorgänger und von mir, habe ich bis jetzt nur andeutungsweise gesprochen. Ich will zum Schluß über ihn noch einige Angaben nachholen.

Schon seit seiner Thronbesteigung hatte Herzog Carl Eduard unserer alten, zum Domänengut gehörigen Veste, die noch das stark theaterhafte Gewand der Heideloff'schen Restauration trug, und die in einigen Teilen (Fürstenbau) baufällig war und der nötigen Feuersicherheit entbehrte, seine Aufmerksamkeit zugewandt. Das Land hatte ihm für seine Wiederherstellungspläne schon bei seiner Vermählung eine namhafte Geldgabe, die vornehmlich für die Lutherkapelle bestimmt war, dargeboten. Der Umbau, der, wie es bei solchen Bauten üblich ist, immer mehr Bauteile ergriff, war unter der Leitung des Prof. Bodo Ebhardt schon seit 7 Jahren vor Kriegsbeginn in Gang. Bestimmender Bauherr war der Herzog, dem ja die Veste zum ausschließlichen Nutzungsrecht zugewiesen war. Dem Ministerium als oberster Domänenbehörde und als Vertreterin der Substanz des Domänenguts war die nicht völlig klare Stellung der Baubehörde zugewiesen. Der maßgebende Einfluß ruhte aber nicht bei ihr. Für die nötigen Mittel hatte, soweit nicht der Herzog aus privaten Fonds zusteuerte — das Domänengut durfte nach einem Landtagsbeschluß zu den Kosten des Umbaus nicht in Anspruch genommen werden —, ein eigens hierzu gegründeter, unter Leitung des Ministerial-Vorstandes stehender Verein, „das Komitee zum Ausbau der Veste Coburg", zu sorgen. Dieser Verein beschaffte nach Erschöpfung der sonstigen Quellen die erforderlichen Mittel durch eine vom Preußischen Kriegerverband unternommene Geldlotterie, die, in 5 Serien eingeteilt, den Ertrag von 1 800 000 Mark ergeben sollte. Nach dieser Summe war der Bauanschlag bemessen. Zu Zeiten meines Dienstantritts (das Programm für den Bau und die Zweckbestimmung der einzelnen Gebäude lagen damals schon fest) war neben den drei Türmen und den Wehrmauern der Herzogin-bau, welcher die Kupferstichsammlung beherbergt, fertiggestellt, der Fürstenbau war im Gang; 4 Serien der Lotterie waren gespielt und ihr Ertrag verwendet, 2 Serien standen noch aus. Die Genehmigung zur Verwilligung einer Nachtragslotterie (400 000 Mark) war nachgesucht. Es war nicht an letzter Stelle dem persönlichen Interesse des Kaisers an Coburg zu danken, daß die Lotterien durchgesetzt werden konnten. Ohne sie wäre das Werk kaum fortzuführen gewesen. Im Juli 1914 waren zufolge einer ungünstigen Finanzoperation der Vorzeit keine flüssigen Mittel, sondern nur Schulden in Höhe von 400 000 Mark vorhanden. Man hatte sich gewöhnt, die Zeit vom Sommer bis zum Eintreffen der betr. Lotterierate (360 000 Mark) jeweilig durch einen Kredit auszufüllen, für den sich aus naheliegenden Gründen zu Kriegsbeginn Niemand bereit finden wollte. Die Verwicklung Deutschlands in einen Krieg berechtigte zudem den Lotterieveranstalter zu sofortigem Rücktritt. Nicht nur die Abberufung der Arbeitskräfte bei Kriegsausbruch, sondern auch die finanzielle Notlage bedrohte also auf das Empfindlichste den Fortgang des Baues. Es gelang indessen, die Ausspielung der restigen Jahresserien, wenn auch mit etwas verschobenen Terminen, trotz der Kriegsklausel durchzusetzen. Dem Präsidium des Preußischen Kriegerverbands muß

für sein wiederholt in Anspruch genommenes Entgegenkommen besonderer Dank gezollt werden. Somit war wenigstens Anfang 1915 die Möglichkeit für die Befriedigung der stürmisch und ängstlich drängenden Gläubiger geschaffen, der Fortführung des Baues waren freilich angesichts der Finanzlage des Komitees starke Schranken gesetzt. Günstigere Verhältnisse traten erst ein, als die Nachtragslotterie im Frühjahr 1916 mit dem Ertrag von 400000 Mark zur Ziehung kam. Doch zeigten sich bald namhafte Überschreitungen am Fürstenbau, deren Wirkungen erst überwunden werden konnten, nachdem der Herzog den größten Teil ihrer Mehrkosten durch die Hofkammer dem Baufonds zuschoß. Wiewohl es sehr zweifelhaft war, ob angesichts der nun einsetzenden Teuerung mit den vorhandenen Mitteln der Bau programmgemäß zu Ende geführt werden könnte — es galt vor allem, den Bau der hohen Kemenate, des Hauptsammlungsgebäudes, zu sichern; der Carl Eduard- (später Kongreßhaus-)Bau mußte vor dieser Notwendigkeit noch zurückstehen, das sogenannte Gästehaus war im vollen Bau —, wurde soweit möglich doch gerade 1916 rüstig gebaut, bis die steigenden Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage, insbesondere die Durchführung des Hindenburgprogramms mit seinen Wirkungen auf den Bauarbeiter- und Baumaterialienmarkt auch hier Einhalt geboten. Viele Firmen erklärten, daß sie die erteilten Aufträge wegen Arbeitermangel nicht ausführen könnten. Die hiesigen Baugewerksmeister wandten sich mit der Bitte an das Ministerium, die Arbeiten auf der Veste einzustellen, damit die Gewerke für kriegswichtige Arbeiten freigemacht werden könnten. Es kamen die Verbote der militärischen Stellen, die alle nicht den Kriegszwecken dienenden Bauten kategorisch sistierten. Zu gunsten der Veste konnte schon mit Rücksicht auf den Landesherrn und seine politische Stellung eine Ausnahme von diesen Verboten trotz des gegenteiligen Wunsches des Architekten nicht nachgesucht werden. Es durfte nicht das Ärgernis erregt werden, daß ein Residenzbau fortgeführt werden könne, während fast jede, auch die dringlichste bauliche Arbeit in Stadt und Land ruhen mußte. So konnten 1917 auf 1918 im wesentlichen nur die nötigen Sicherungsarbeiten vorgenommen werden, der eigentliche Bau mußte, gewiß zu seinem Schaden, aber aus höheren Gesichtspunkten im großen und ganzen stilliegen. Dagegen wurde, um einer Wiederholung der Zustände von 1914 vorzubeugen, vom Komitee in der Zwischenzeit die Beschaffung neuer Mittel betrieben. Wiederum durch persönliches Eingreifen des Kaisers gelang es, die Zusage für eine neue Lotterie mit dem Ertrag von 300000 Mark zu erlangen.

Da drohte der Ausbruch der Revolution auch diese Möglichkeit zu nichte zu machen. Nach schwierigen Verhandlungen glückte es indessen, die Zustimmung der neuen Machthaber zum Spielen der letzten Lotterie zu erringen. (Der Ziehungstermin wurde freilich auf das Frühjahr 1919 verschoben.)

Gleichzeitig hatte der Umsturz das Schicksal der Bauten auf der Veste oder doch ihre künftige Zweckbestimmung in Unsicherheit gebracht.

War es schon zu Zeiten des alten Regimes schwer, der dreifachen Bedeutung der Veste (Residenz des Fürsten, allgemeiner Versammlungsort und Museum) bei

den Bauprojekten gerecht zu werden — es bestand keineswegs immer Einigkeit zwischen dem Ministerium und dem Architekten über die einzelnen Pläne, insbesondere hat die Tunnelauffahrt zu lebhaften Ausstellungen Anlaß geboten —, so mußte jetzt mindestens abgewartet werden, welches Geschick dem bereits am weitesten fortgeschrittenen Fürstenbau (Residenzbau) beschieden werden sollte. Als diese Frage sich zu gunsten des Verbleibens des Herzogs auf der Veste gelöst hatte und feststand, daß im Übrigen die Veste dem Lande überwiesen werden sollte, war auch die Bahn wieder frei für einen flotten Fortgang des Baues, wenn nur ausreichende Mittel vorhanden waren. Vor Klärung des Schicksals der Burg konnten schlechterdings nur solche Arbeiten als Notstandsarbeiten zur Ausführung gelangen (Gästehaus, Außenmauern, Fundamente des Kongreßhausbaues), welche der künftigen Einteilung und Bestimmung der Bauten nicht vorgriffen. Die oben geschilderte Unsicherheit hatte, unter zeitweiliger Ausschaltung des Architekten des Herzogs, die Übernahme der Bauleitung auf das Ministerium nötig gemacht. Nach meinem Abgang ward Prof. Bodo Ebhardt auf Grund neuen Vertrags als Bauleiter wieder eingesetzt. Nachdem die neugegründete Landesstiftung, in welche auch das vorgenannte „Komitee" namentlich in finanzieller Beziehung übergegangen war, die Fortführung des Baues übernommen hatte, erfuhren die Bauarbeiten energische Förderung von allen Seiten, trotz des inzwischen eingetretenen scharfen Anstiegs sämtlicher Preise.

Die vom Komitee und von mir persönlich gesammelten Mittel nebst den Zuschüssen des Kriegshilfsausschusses (s. o.) — insgesamt ca. 1 ½ Millionen Mark — eröffneten der neuen Bauherrin nun auch die Möglichkeit, kräftig vorwärts zu kommen. Es erschien dem Vorstand der Landesstiftung als ein Gebot der Pflicht gegen die Heimat und als ein Mittel des Kampfes gegen die drohende Arbeitslosigkeit zugleich, das Werk endlich zum Abschluß zu bringen, dessen Vollendung der Herzog sich zur Lebensaufgabe gestellt, der Krieg aber gehindert hatte.

Nun wird wohl bald die Zeit gekommen sein, da die fertiggestellte alte Veste zum nationalen Wallfahrtsort werden kann, der Vertiefung in die Schätze der Kunst und Wissenschaft, welche die Vorzeit da oben gesammelt hat, und für deren würdige Aufstellung die Landesstiftung mit schweren Opfern Sorge trägt, bedarf unsere arme Gegenwart und wohl auch die Zukunft auf lange hinaus weit dringlicher zu ihrer Erbauung und Stärkung als die glücklichere Vergangenheit.

Alle aber, die am Bau mitschaffen, und die des kunstsinnigen Herzogs Pläne unter seiner Anteilnahme vollenden helfen — die Landesstiftung, der Architekt und seine Gehilfen, die Arbeiter und Handwerker, nicht zuletzt auch der Bayrische Staat, der sich mit seiner finanziellen Hilfe und seinem Rat in voller Würdigung der Bedeutung der Burg für die engere und weitere Heimat diesen Werkleuten in hochherziger Weise vorangestellt hat —, alle wirken an einem Werk, das dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes gilt, und das nach seinem Zweck und der Art seiner Förderung auch in den Dienst des vornehmlichsten Gebots der Stunde gestellt

ist, die Versöhnung der klaffenden Gegensätze in unserem Volk anzubahnen, welch ersterer wir so dringend bedürfen.

Unsere alte Veste — ich führte ähnliches bei der kleinen Weihefeier aus, die anläßlich des Einzugs des Herzogspaares auf der Veste im Winter 1920 stattfand — ist mir stets als Spiegelbild des Lebens und der Schicksale des Deutschen Volks erschienen mit seinen so vielfach vergeblichen Ansätzen, mit dem großen Kräfteverbrauch für hohe Zwecke, mit dem immer wieder erfolgten Zurückgeworfenwerden kurz vor dem Ziele und mit dem Durchbruch seiner unzerstörbaren Lebenskraft trotz alledem. In den dunklen Zeiten unserer Vergangenheit ist der alten Burg immer wieder eine geschichtliche Mission erwachsen. Die Veste durfte weit über die Grenzen der Lande hinaus, die sich zu ihren Füßen breiten, ein Symbol sein der Lebensbejahung, des Willens zum Licht, der tief im deutschen Wesen lebt. So war es, als Luther seinem Volke oben im festen Haus in wirrer und trüber Zeit am Fundament deutschen Geistes, deutscher Sprache und deutscher Gesittung baute, als er dem ringenden deutschen Gewissen den Weg freilegte zu seinem Herrgott. So war es, als in der Zeit der Ohnmacht des deutschen Bundes und der öden Reaktion die Burg unter Ernst II. zum Sammelpunkt des offiziell noch verpönten Einheitsgedanken ward, als ihre grauen Mauern der Sehnsucht der besten nach dem einigen Reich ein Asyl boten. Das Feuer, das damals von der Veste ausging, war nötig, damit der Reichsschmied auf seiner Schmiedeesse das Reich zusammenhämmern konnte, dessen Glanz zwei Generationen erfüllte.

Und nun, da dieser Glanz von uns gewichen ist, fällt der Veste erneut eine ähnliche Mission zu, wie vordem. Allen denen, die in Ehrfurcht aus den Quellen der Vergangenheit schöpfen, und die aus der Erkenntnis der unverwüstlichen Lebenskraft unseres Volks den Mut zum Herausarbeiten aus der augenblicklichen Verschüttung gewinnen wollen, soll sie gerade heute wieder eine Mahnung und ein Wahrzeichen werden des Strebens zum Licht. Wie sie jedem Coburger ein Stück seines Lebens ist, so soll ihr Bau und sie selbst gerade in unseren Tagen dem ganzen Volk ein Symbol der Lebensbejahung sein trotz und gerade wegen aller Zerstörung und allen Jammers, der uns rings umgibt.

Das Messen der Kräfte an einem guten, der Zukunft geweihten Werke hilft am besten über die Ohnmacht und die Not der Zeit. Einmal wird auch die Veste wieder über einem versöhnten Volk und über freien deutschen Landen leuchten, wenn das deutsche Volk erst wieder soweit ist, nur sich selbst zu wollen.

Dann werden, wie die Opfer des Kriegs, so auch die Sorgen um die Heimat und die Arbeit für sie, von denen dieser Bericht erzählt, doch nicht völlig vergeblich gewesen sein.

# Die evangelische Landeskirche.

Von Pfarrer C. Weiß.

## 1. Kirchliche Mobilmachung.

Die flammende Begeisterung und tiefgehende Erschütterung jener denkwürdigen Augusttage des Jahres 1914 weckte in aller Herzen etwas, was bei vielen in den ruhigen und glücklichen Friedensjahren eingeschlummert war: das Verlangen nach Gottes Wort, nach einem sicheren Halt in der Zeit des Sturmes, nach Trost und Stärkung, wie sie eben nur die Kirche als Verwalterin ewiger Kräfte zu geben vermag. Jetzt war sie wieder eine Macht geworden im Leben unseres Volkes. Mit einem Male, mächtig erwacht, regte sich allenthalben ein starkes gottesdienstliches Bedürfnis.

Noch am gleichen Abend riefen die Pfarrer in Stadt und Land die für die ersten Mobilmachungstage Einberufenen zum Abschiedsgottesdienst für den Sonntagmorgen des 2. August ins Gotteshaus. Wo die Züge am Vormittag gingen, sammelten sich die Einberufenen schon in den frühen Morgenstunden zum Gottesdienst. Allenthalben waren die Kirchen dicht gefüllt. Die Pfarrer redeten aus tiefstem Inneren heraus davon, was alle mächtig bewegte. Was man sonst wohl schmerzlich vermissen mochte, die einheitliche Stimmung aller, in der gemeinsamen Not war sie geboren. Mächtig, ergreifend erklangen die Lieder, ernst und andächtig stieg das gemeinsame Gebet zum Himmel empor. Zum letzten Male für lange Zeit, vielleicht für immer stärkte Gottes Wort in der heimatlichen Kirche die Herzen derer, die jetzt sehnlichst danach verlangten. Besonders ergreifend und an die Zeit der Freiheitskriege gemahnend war es, wenn, wie es aus Sonnefeld berichtet wird, die Ausmarschierenden, in der Altarhalle versammelt, den Segen Gottes empfingen. Mit Gott für König und Vaterland!

Am Freitag, den 7. August, fand in allen Kirchen des Landes auf Anordnung der Kirchenregierung ein allgemeiner Kriegsbettag statt. Da kamen, vielfach zu ungewohnter Stunde, um die Erntearbeiten nicht zu sehr zu stören, von der Arbeit weg im Werktagskleide Männer, Frauen und Kinder ins Gotteshaus, um sich, ihre Angehörigen im Heere und das Wohl des geliebten Vaterlandes im Gebete dem ewigen Gott zu befehlen. So voll sind die Kirchen wohl selten gewesen. Alle stärkten sich durch das gemeinsame Gebet.

Nun wurde der Wunsch laut, in der schweren Zeit gemeinsamer Not öfters solche Stunden des Trostes und Gebetes zu erleben. Diesem Bedürfnis kamen die Kirchengemeinden gerne nach. So entstanden Kriegsbetstunden an Wochentagsabenden in allen Gemeinden unseres Landes. In den Städten und vielen

Landgemeinden fanden sie wöchentlich, in anderen vierzehntägig, vierwöchentlich oder auch nur dann und wann, wenn das Bedürfnis danach besonders stark war, statt. Kirchen, Schulsäle, Pfarrhäuser oder, wie in Trübenbach, der Platz unter der Dorflinde waren die Stätten solcher Stunden gemeinsamer Andacht und des Gebets. Die Kriegsbetstunden waren in diesen ersten Kriegsmonaten sehr stark besucht. In Coburg wurden sie die ganze Kriegszeit hindurch wöchentlich am Mittwoch abends nach Laden- und Geschäftsschluß abgehalten und nach Kriegsende als Wochenandachten weitergeführt. Neben den Stadtgeistlichen beteiligte sich auch der Oberhofprediger im regelmäßigen Wechsel an dieser kirchlichen Kriegsarbeit. Gerade diese Kriegsbetstunden waren Stunden tiefsten religiösen Erlebens für Pfarrer und Gemeindeglieder, Stunden echter und rechter Gemeinschaft. Angehörige aller Stände, vielfach auch die herzogliche Familie, besonders zahlreich aber Männer und Frauen aus dem Arbeiterstande und jugendliche Personen, die es nach Beendigung ihrer Tagesarbeit zu religiöser Erbauung drängte, nahmen an den Kriegsbetstunden teil. Wie manches echte und heiße Gebet stieg da zum Herrn unseres Lebens, zum Lenker der Schlachten empor!

Unvergeßlich bleiben dem, der sie erlebte und bei ihnen dienen durfte, jene zahlreichen Abendmahlsfeiern der ersten Kriegszeit. Abend für Abend luden in der ersten Kriegswoche die Glocken in Coburg zum Tische des Herrn. Da kamen Eltern mit ihren ausrückenden Söhnen, Gatten mit ihren Ehefrauen, die sie nun, vielleicht zum erstenmale, verlassen mußten, um noch einmal gemeinsam mit ihnen beim heiligen Abendmahl vor dem ewigen Gott sich zu beugen und neu gestärkt der schweren Abschiedsstunde und den Gefahren des Krieges entgegenzugehen. Auge tauchte in Auge mit der stummen Frage: „Werden wir uns wiedersehen, um dann wieder, Dank im Herzen, gemeinsam zum Tische des Herrn zu gehen?" Tränen rollten über die Wangen, während das gotterfüllte Herz wohl sprach: „Wie Gott es will!" Da waren mit einem Male alle Schranken uralter kirchlicher Sitte gefallen, die, zumal auf dem Lande, Männer und Frauen getrennt, in strenger Altersfolge, zum Tisch des Herrn führte. Hand in Hand, in lieber Familiengemeinschaft, kamen sie noch einmal nach evangelischer Art im Herrn vereint. Da ist kein Kirchdorf, und wäre es noch so klein, im Coburger Lande, das nicht von solchen ergreifenden Abendmahlsfeiern zu berichten wüßte. Machte manchem Pfarrer in den Jahren vor dem Kriege die sehr geringe und stetig sinkende Zahl der Abendmahlsgäste seiner Gemeinde schwere Sorge, in der ersten Kriegszeit stieg sie zu stolzer Höhe, ein untrügliches Zeichen dafür, daß die evangelische Abendmahlsfeier doch noch immer den Höhepunkt religiöser Betätigung, oft sicher auch des religiösen Lebens bedeutet.

Bei der Schilderung der kirchlichen Mobilmachung dürfen auch die namentlich in den ersten Kriegswochen stark begehrten Kriegstrauungen nicht fehlen. Auch sie waren voll ergreifender Momente für alle, die ihnen anwohnten. Bevor die, die innerlich einander gehörten, auseinandergingen, um sich vielleicht nie wiederzusehen, wollten sie vor der Welt ihren Bund fürs Leben schließen und ihn segnen

lassen vor Gottes Angesicht. Während sonst, vor allem auf dem Lande, auf festliche Hochzeitsfeiern großer Wert gelegt wurde, kam man jetzt in aller Eile, gar oft im schlichten Werktagsrock und begehrte den kirchlichen Segen für den Ehebund. Auf dem Lande wurde nur ganz selten auf die kirchliche Trauung verzichtet. In den Städten kam es häufiger vor, daß man sich mit bürgerlicher Eheschließung begnügte. In manchen Fällen mag die kirchliche Trauung nachgeholt worden sein, wenn der Gatte zum ersten Urlaub aus dem Felde in die Heimat kam.

Auch Kriegstaufen kamen vor. Ehe der Vater ins Feld zog, sollte das der Taufe harrende Kind noch in den Bund der Christenheit aufgenommen werden. Tief ergreifend waren auch diese christlichen Familienfeiern, die meist, dem Wunsche der Eltern entsprechend, im häuslichen Familienkreise vollzogen wurden.

So genügte unsere Landeskirche schnell und gern den stark erwachten religiösen Bedürfnissen des Volkes, das in seiner Schicksalsstunde die Augen zu den ewigen Quellen der Kraft emporhob.

Von den 32 Pfarrern der Landeskirche nahmen 3 am Kriege teil und zwar alle auf freiwillige Meldung hin. In den ersten Kriegswochen bereits trat Pfarrer Lochner aus Dörflis bei Königsberg i. Fr. in den Sanitätsdienst ein. Nach seiner Ausbildung in der Heimat wurde er im Felde als Krankenpfleger und in der Lazarettseelsorge verwendet. Am 7. Februar 1915 kehrte er auf Wunsch seiner Gemeinde wieder in die Heimat zurück. Pfarrer Langenfaß aus Grub am Forst war vom 1. Dezember 1914 bis 31. März 1917 als Lazarettpfarrer im Felde, und Pfarrer Schleifenheimer aus Neustadt war vom 1. Oktober 1915 bis 1. August 1917, zunächst als Oberjäger in Marburg, dann als Divisionspfarrer an der Front tätig. Beide wurden, da der Mangel an Geistlichen in der Heimat sich stark fühlbar machte, von der Kirchenregierung des Landes zurückgerufen. Auch der Oberhofprediger, Konsistorialrat Keßler, verließ am 16. September 1918 seine Stelle, um als Feldprediger in den Kaukasus zu ziehen. Er kehrte in das Hofpredigeramt nicht zurück. Seit seinem Weggang wurden die Amtsgeschäfte der Hofgemeinde von den Stadtgeistlichen mitbesorgt. Die Revolution nahm der Hofgemeinde als besonderer Standesgemeinde ihre Berechtigung. Sie wurde aufgelöst, und ihre Glieder blieben der kirchlichen Versorgung der Stadtgeistlichen unterstellt.

Mit der Waffe dienten dem Vaterlande die beiden Predigtamtskandidaten des Landes, Albert Eberhardt und Curt Küstermann aus Coburg. Letzterer, geb. am 23. März 1891 zu Coburg, war zuerst im Sanitätsdienst in der Heimat tätig, zog es aber dann vor, in Reih und Glied draußen an der Front mitzukämpfen, da er der Meinung war, „in den Schützengräben unmittelbar vor dem Feinde am besten und schönsten im evangelischen Sinne wirken zu können." Am 25. März 1915 fand in der St. Morizkirche in Coburg seine Ordination statt. Bald darauf, am 1. Oktober 1915, wurde er, als Musketier im Res.-Inf.-Rgt. Nr. 283 vor Ypern stehend, schwer verwundet und starb am 13. Oktober 1915 im Feldlazarett Nr. 90 zu Roulers in Flandern. Seine sterblichen Überreste wurden in die Heimat überführt und fanden auf dem Heldenfriedhof zu Coburg ihre letzte Ruhestätte. Der

Predigtamtskandidat Albert Eberhardt, geboren am 30. Januar 1891 in Coburg, zog mit dem Ref.-Inf.-Rgt. Nr. 252 ins Feld und kämpfte im Februar 1915 in der Masurenschlacht mit. Zum Ref.-Inf.-Rgt. Nr. 235 versetzt, nahm er an den Kämpfen vor Ypern, an der Somme und in der Champagne teil. Als Leutnant und Kompagnieführer der 3. Kompagnie des Ref.-Inf.-Rgt. Nr. 28 ist er dann am 28. März 1918 an der Spitze seiner Kompagnie ein Opfer der feindlichen Kugel geworden. Er war Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse. Ehre den beiden Helden aus dem Pfarrerstande! Aus zahlreichen Pfarrhäusern unseres Landes zogen Pfarrerssöhne hinaus zum Kampf fürs Vaterland. Von ihnen starben den Heldentod der stud. phil. Alfred Eberhardt und der Oberleutnant z. S. und Kommandant von „U. C. 49" Hans Kükenthal aus Coburg, sowie der Techniker Otto Heß aus Neuses und der Gymnasiast Hans Epler aus Königsberg i. Fr.

Besonders schwierig und anstrengend gestaltete sich die geistliche Versorgung der Stadt Coburg. Ihr Superintendent Oberpfarrer Dr. Kükenthal wurde auf Korsika vom Kriegsausbruch überrascht und 3¼ Jahre dort festgehalten. Obwohl er auch dort regelmäßige dankenswerte Predigt- und Seelsorgetätigkeit an den Zivilgefangenen der verbündeten Länder ausüben konnte, waren es doch für ihn schwere Jahre schmerzlichsten Heimwehs und bitterster Seelenqualen. Die bedeutend gewachsene Amtstätigkeit in Predigt und seelsorgerischer Arbeit lag somit den 3 städtischen Diakonen ob. In die kirchliche Verwaltungstätigkeit teilten sich Diakonus Wittmann und Diakonus Eberhardt. Letzterer übernahm die Geschäfte des städtischen Oberpfarramts, während der erstere die Ephoralgeschäfte besorgte. Es war eine nervenaufreibende, kräfteverzehrende Tätigkeit, der am 1. Ostertage 1917, am 8. April, Diakonus Kipp, eben erst von einer Frontreise zurückgekehrt, wohin es ihn mit heißer Sehnsucht zog, infolge Schlaganfalls erlag. Sein Scheiden war ein schwerer Schlag und herber Verlust für die Kirchengemeinde der Stadt Coburg. Erst im Jahre 1913 war er dem Rufe seiner Vaterstadt gefolgt und hatte sein städtisches Amt angetreten, dem er mit vorbildlicher Hingabe und Treue mit seiner ganzen Kraft diente. Der Krieg gab dem vortrefflichen Prediger, dem gottbegnadeten Seelsorger und mitfühlenden Menschen erst recht Gelegenheit zu segensreichem Wirken. Was er in den schweren Kriegsjahren der Landeskirche gewesen ist, wird immer unvergessen sein. Dem treuen Diener seines Heilandes und seiner Kirche sei auch hier ein Wort dankbaren Gedenkens geweiht. Das Gedächtnis der Gerechten bleibt in Segen!

In die kirchliche Arbeit in der Stadt Coburg teilten sich nun Diakonus Wittmann und Diakonus Eberhardt, denen im Dienst bei Taufen, Trauungen und Beerdigungen Oberhofprediger Konsistorialrat Keßler und Geh. Kirchenrat Halter helfend zur Seite traten. In der Predigttätigkeit wurden sie von den Pfarrern des Landes unterstützt, bis am 1. Januar 1918 Pfarrer Weiß von Großgarnstadt an die Stelle des heimgegangenen Diakonus Kipp trat. Am gleichen Tage nahm auch der aus der Gefangenschaft glücklich heimgekehrte Oberpfarrer Superintendent Dr. Kükenthal sein Amt wieder auf, sodaß die Stellen der Stadtgeistlichen wieder vollständig besetzt waren.

Da in den ersten Mobilmachungstagen auch die beiden kirchlichen Beamten in Coburg, Stadtkirchner und Organist Schammberger und Kirchendiener Lomp, zum Heeresdienst einberufen wurden, übernahm für die erste Zeit Diakonus Eberhardt das Amt des Kirchenbuchführers, bis ihn Kantor a. D. Fickel-Coburg ablöste, der es bis zur Rückkehr des Stadtkirchners führte. Als Organisten dienten Stadtkantor Weißenborn, Lehrer Liebmann, Lehrer Bauer, Rektor a. D. Puff, Lehrer Fritz, Lehrer Gatzer und Oberlehrer Güntzel aus Coburg.

Im Lande sind während des Krieges manche Veränderungen im Personalstand der Landeskirche zu verzeichnen. Pfarrer Greiner kam Anfang 1915 von Gauerstadt nach Sonnefeld. Die Pfarrstelle Gauerstadt verweste bis 1. Juli 1916 Pfarrer Schmidt von Roßfeld. An diesem Tage übernahm der aus der Baptistengemeinde in den Dienst der Landeskirche zurückgekehrte Pfarrer Heß die Pfarrstelle, auf der er früher bereits gewirkt hatte, um am 1. Oktober 1918 nach Neuses überzusiedeln. Die Pfarrstelle Neuses-Wiesenfeld war am 6. November 1916 durch den Heimgang ihres langjährigen, getreuen Seelsorgers, Kirchenrat Knauer, der 44 Jahre lang in Neuses in Segen gewirkt hatte, frei geworden. In der Zwischenzeit wurde Neuses von Pfarrer Siegel-Unterlauter, Wiesenfeld von Pfarrer Seeber-Meeder mitversehen. Kirchenrat Hock in Ebersdorf trat am 1. Januar 1917 in den wohlverdienten Ruhestand, seine Stelle übernahm Pfarrer Schammberger, der bisher als Pfarrvikar in Grub a. F. den im Felde stehenden Pfarrer Langenfaß vertreten hatte, die Vertretung in Grub übernahm bis zur Rückkehr des Stelleninhabers Pfarrer Weiß von Großgarnstadt. Am 1. November 1914 zwang sein leidender Gesundheitszustand den verdienten Kirchenrat Derks, den langjährigen Pfarrer von Elsa-Heldritt und Verweser von Ahlstadt-Grattstadt, um seine Versetzung in den Ruhestand nachzusuchen. In die Verwaltung der durch ihn seither besorgten Pfarreien teilten sich sein Sohn, Pfarrer Derks von Ottingshausen-Ottowind, Oberpfarrer Sontag von Rodach, Pfarrer Bergner von Großwalbur-Breitenau und Pfarrer Seeber von Meeder. Am 22. Oktober 1915 starb plötzlich der langjährige Seelsorger der Pfarrgemeinden Ahorn-Niederfüllbach, Kirchenrat Helbich, ein im Dienste des Herrn und seiner Gemeinde bewährter Mann. Die Pfarrstelle versah mit Hülfe anderer Geistlicher Pfarrer Helbich von Scheuerfeld, sein Sohn, bis Ahorn in der Person des Pfarrers Schütze von Cölleda in Thüringen am 1. Oktober 1916 einen neuen Pfarrer bekam.

Durch den gerade in diesen Jahren besonders starken Wechsel im Pfarrerstand der Landeskirche und die infolge Pfarrermangels und aus Sparsamkeitsrücksichten mehrfach vorgenommene Einziehung und Zusammenlegung von Pfarrstellen kam es, daß die schwerste Zeit, die das deutsche Volk seit einem Jahrhundert durchgemacht hat, auch in unserem kleinen Lande mehr unbesetzte und vorübergehend verwaiste Pfarrstellen sah als je eine andere Zeit. Pfarrer, die außer der eigenen Gemeinde eine Nachbargemeinde mitzuversehen hatten, die bei jedem Wetter beständig zwischen mehreren Pfarrorten hin- und herwanderten, bildeten die Regel. Deshalb

war es eine heilsame und fürsorgliche Maßnahme unserer Kirchenregierung, daß sie, zumal bei der für eine rechte kirchliche Versorgung unzureichenden Pfarrerzahl unseres Landes, die Diener der Kirche für unabkömmlich erklärt hatte, da sie ja gesetzlich zum Dienst mit der Waffe nicht herangezogen werden und nur im Sanitäts- oder Militärseelsorgedienst Verwendung finden konnten. Diese kirchenregimentlich notwendige Maßnahme lastete, zumal in den ersten Zeiten des Krieges, wo Tausende und Abertausende von Freiwilligen sich ins Feld drängten, mit hartem Druck auf vielen Pfarrern. Zumal die Jüngeren unter der Pfarrerschaft, die im Frieden ihrer Militärpflicht genügt hatten, empfanden es schwer, Entsagung üben zu müssen und bei vielen Volksgenossen kein Verständnis zu finden, aber bald, als alle kirchlichen Hilfskräfte, als die Lehrer und andere führende Männer, zumal in den Landgemeinden, fehlten, zeigte es sich, wie gut es war, wenn in dem Pfarrer ein Mann in den Gemeinden vorhanden war, der bei den vielerlei Kriegsmaßnahmen helfend mit Rat und Tat eingreifen und den oft ratlosen, der Hausväter entbehrenden Familien als Tröster und Berater zur Seite stehen konnte. Daß der Geist von 1914 mehrere Jahre hindurch, die Feldarmee, stärkend die Heimat beseelte, dazu haben die Pfarrer als Mahner der Gemeinden, soweit es in ihren Kräften stand, getreulich mitgeholfen und so der Heimat bitter notwendige Kriegsdienste geleistet. In den Gemeinden wurde das vielfach auch anerkannt, man wollte den Pfarrer nicht hinausziehen lassen und tat alles, um die, welche, dem Zug ihres Herzens folgend, ins Feld gezogen waren, für den Heimatdienst wiederzugewinnen.

Durch die Einberufung der Lehrer war vielfach auch das Organistenamt auf dem Lande verwaist. In einigen Gemeinden, wo andere Hilfskräfte, meist musikalisch gebildete Landwirte, nicht zur Verfügung standen, versah der Pfarrer im Gottesdienst auch das Amt des Organisten. An vielen Orten trat er aushelfend in den Schuldienst ein, übernahm die Arbeiten des Gemeindeschreibers und stellte sich überall gern und willig in den Dienst der politischen Gemeindepflege, deren bedeutend vermehrten Aufgaben die Kräfte der Schultheißen oft nicht gewachsen waren.

So ließen die Kriegsjahre die Geistlichen mit ihren Gemeinden enger verwachsen, als es bisher gewesen war. Das evangelische Pfarrhaus in der Gemeinde wurde nun als ein großer Segen empfunden, während man es bisher oft gleichgültig hingenommen und wenig beachtet hatte. Gleich in den ersten Kriegstagen war es der Mittelpunkt des Dorfes. Die Einberufenen kamen, um Abschied zu nehmen, andere kamen mit allerlei Fragen, Sorgen und Nöten zum Seelsorger der Gemeinden. Da und dort begleitete der Pfarrer die ersten Ausrückenden zum Bahnhof, und der letzte Händedruck war ein Gelöbnis und gab denen, die die Heimat verlassen mußten, die Gewißheit: in der Heimat steht ein Freund und Berater deiner Familie bei. So waren die Pfarrer Freunde und Berater der Familien in Stadt und Land geworden und sind es die ganze Kriegszeit hindurch geblieben. Wenn die Siegesglocken läuteten — und sie kündeten oft Sieg in jenen ersten Kriegswochen —, dann versammelten sich

um die Pfarrer in den Pfarrhöfen, bei den Kirchen oder an der Dorflinde die freudig erregten, wißbegierigen Gemeindeglieder, um von ihnen die Siegesberichte zu vernehmen und den Kriegslauf sich erläutern zu lassen. Alle neuen Nachrichten von den Angehörigen im Felde wurden ins Pfarrhaus getragen und Rat und Hilfe in allen Dingen des täglichen Lebens dort erbeten. Tausende von Urlaubsgesuchen und anderen amtlichen Schriftsachen wurden im Auftrag der Gemeindeglieder von den Pfarrern erledigt. Sie waren ja, und zwar nicht bloß auf dem Lande, sondern auch in der Stadt, die Vertrauensleute für die Glieder der Heimatgemeinden geworden. Es war ein schönes Band gegenseitigen Vertrauens, das in den ersten Zeiten des Krieges die Pfarrer mit ihren Gemeinden verband.

Aus solchem Gemeinschaftsgefühl heraus, das alle Volksgenossen ohne Unterschied des Standes und der Partei beseelte, begann man bereits in den auf die Mobilmachung folgenden Tagen mit der Kriegsarbeit auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege. In Coburg bildete sich sofort der Mobilmachungsausschuß des Roten Kreuzes für alle Aufgaben, die die Sorge um das Feldheer von der Heimat erforderte. Mit großem Segen, von der Bevölkerung tatkräftig unterstützt, hat er die ganze Kriegszeit hindurch gewirkt. In seinem Ausschuß war auch die Kirche vertreten, und die Pfarrer des Landes haben gern in ihren Gemeinden an ihrem bescheidenen Teil geholfen, die Bestrebungen dieser Organisation tatkräftig zu unterstützen. Zog sich auch die Tätigkeit aller Einrichtungen der Kriegswohlfahrtspflege durch die ganze Kriegszeit hin und wird noch öfter davon die Rede sein müssen, so gebührt doch der Zeit der ersten stürmischen Erregung der Ruhm, sie recht eigentlich geschaffen zu haben. Jetzt dachten nur wenige an sich allein, eine Opferfreudigkeit, wie man sie vordem nie gekannt hatte, setzte allenthalben ein. Reiche Gaben an Geld flossen den Kriegshilfsausschüssen zu, die auf Anordnung des Landratsamts in allen Orten des Landes gebildet wurden, und an deren Spitze in den Pfarrorten meist der Pfarrer stand. Not und Sorge, wie sie Arbeitslosigkeit und andere Kriegsfolgen schufen, sollten durch Unterstützungen von seiten der Hilfsausschüsse gemildert werden. Bald rief das von den Russenhorden gebrandschatzte Ostpreußenvolk um Hilfe. Wieder flossen reiche Gaben an Geld und Kleidungsstücken. Kirchen- und Haussammlungen mit beträchtlichem Ertrage halfen der dringenden Not steuern. Weiter galt es überall Sammlungen von Liebesgaben in die Wege zu leiten, die den Truppen mitgegeben oder ins Feld gesandt werden sollten. Da häuften sich die Gaben, die Konfirmandinnen oder andere junge Mädchen sammelten, in den Pfarrhäusern, die meist als Sammelstellen dienten. Lebensmittel aller Art, wärmende Kleidungsstücke für die Winterszeit, Wolle zum Stricken, Zigarren, Zigaretten und Tabak in großen Mengen und allerlei Gegenstände, geeignet Freude zu bereiten, wurden gegeben. Sie wurden zum Teil an den Mobilmachungsausschuß oder die Marienvereinssammelstelle in Coburg abgegeben, zum Teil gingen sie als Liebesgaben der Heimat unmittelbar den Söhnen der Gemeinde zu. Keiner wurde vergessen, jeder sollte sein Liebesgabenpaket als Zeichen des Gedenkens der Heimatgemeinde haben. Das gab beim Einpacken eine freudige Arbeit im Pfarrhause,

zumeist für die weibliche Jugend. Meist begleitete ein persönlicher Gruß des Pfarrers, dem die Arbeit des Adressenschreibens überlassen blieb, die Liebesgabe an die Front. Die Tätigkeit in den Hilfsausschüssen nötigte zur Organisation der Sammeltätigkeit. Die Vereine wurden aufgerufen, bei Wohltätigkeitsveranstaltungen zum Besten der durch den Kriegsausbruch schwer Betroffenen und zur Beschaffung von Liebesgaben für die Krieger mitzuwirken. Alle, ohne jede Ausnahme, erklärten sich gerne dazu bereit. Wie so meist die Männer um den Pfarrer sich scharten, sammelten um Pfarrer- und Lehrersfrauen sich die Frauen in den Landgemeinden. Manchen Abend verbrachten die Konfirmandinnen und jungen Mädchen des Dorfes im Pfarrhause, um Strümpfe und warme Wollkleidung für die Söhne der Gemeinde im Felde zu stricken. Aus den Berichten der einzelnen Kirchengemeinden läßt sich erkennen, daß starke Opferfreudigkeit bei der Einrichtung der Kriegswohlfahrtspflege überall anzutreffen war, in den Industrieorten war sie fast noch stärker als in den Landgemeinden. Die große Zeit fand auch in unserem Lande kein kleines Geschlecht.

### 2. Kirchlicher Dienst in der späteren Kriegszeit.

Wie schon bei der Schilderung der kirchlichen Mobilmachung die Gottesdienste als die am stärksten hervortretenden Äußerungen des kirchlichen Lebens im Vordergrund standen, so müssen wir auch jetzt bei der Beschreibung der kirchlichen Arbeit der späteren Kriegszeit mit den Gottesdiensten beginnen. In den beiden ersten Kriegsjahren hören wir noch keine Klagen über das Nachlassen des guten Besuchs der Gottesdienste. Das gilt auch von den häufiger als sonst abgehaltenen Lesegottesdiensten, die sich nötig machten, da fast jeder Pfarrer mehr wie eine Kirchgemeinde zu versorgen hatte. In den späteren Jahren wird da und dort über eine geringere Teilnahme an den gottesdienstlichen Veranstaltungen geklagt. Ganz allgemein aber werden die Klagen auf dem Lande, besonders über das Fehlen der Männer im Gottesdienst, von dem Zeitpunkt an, als im Jahre 1917 die Freigabe des Sonntags zur Arbeit seitens der Regierung erfolgte. Das war ein für das kirchliche Leben verhängnisvoller Schritt. Die seit Jahrhunderten feststehende Sitte, nun einmal gelockert, läßt sich nur sehr schwer wieder festigen. Noch heute hat darunter der Kirchenbesuch auf dem Lande schwer zu leiden. Als eine sehr erfreuliche Erscheinung mag festgehalten werden, daß bis zu Ende des Krieges die meisten auf Erholungsurlaub in der Heimat weilenden Krieger neben einem Besuch im Pfarrhaus auch den Besuch des heimatlichen Gotteshauses nicht versäumten. Neben den Sonntagsgottesdiensten fanden auch die am Anfang des Krieges eingeführten Kriegsbetstunden während der ersten Kriegsjahre regelmäßig statt, bis der immer geringer werdende Besuch sie auf dem Lande ganz einschlafen ließ. In der Stadt Coburg waren sie den ganzen Krieg hindurch die am besten besuchten Gottesdienste. Sie wurden, da ihre Ausgestaltung in das Belieben der Pfarrer gestellt war, reichlich und mannigfaltig ausgestattet. Fast regelmäßig waren sie durch Chor- und Einzelgesänge, sowie durch musikalische Darbietungen verschönt und so am besten geeignet, die durch die Not der Zeit beschwerten und durch mancherlei

Kriegsleid niedergedrückten Gemüter aufzurichten und zu den ewigen Quellen der Kraft und des Trostes hinzuleiten. Sie geben ein gutes Bild des Kriegsverlaufs. Bald wurden sie, wenn die Kunde von Siegen und Ruhmestaten unserer unvergleichlichen Heere in die Heimat drang, zu erhebenden Sieges- und Dankesfeiern, bald forderten sie auf, wenn schwere Kämpfe den Siegeslauf unserer Truppen hemmten, betende Hände zum Himmel emporzuheben und durch ernste Fürbitte die Kämpfenden draußen zu stärken, bald kräftigte das gemeinsame Gebet den durch wirtschaftliche Nöte und Sorgen, durch Leiden und Entbehrungen geschwächten Willen der Heimarmee zum Ausharren und Durchhalten.

Hier ist auch der Ort, eine Schilderung der vielerlei Aufgaben der Kriegspredigt zu geben und zu zeigen, wie die Prediger des Landes dieser großen und schweren Aufgabe gerecht zu werden versuchten. Aufgabe der Predigt ist es, den Menschen unter der Kanzel Antwort auf ihre Zweifelsfragen, Trost für ihr Herzeleid und Kraft und Stärke in ihren Sorgen und Nöten zu geben. Gewiß eine schöne, aber auch sehr schwere Aufgabe! Da ist den Menschen nicht mit religiösen Zeitbetrachtungen gedient, zumal nicht in schwerer Kriegszeit. Da muß Gott, der Herr, durch sein Wort und seinen Christus in den Fragen und Nöten der Zeit selber zu den Menschen reden. So waren es in den ersten Kriegszeiten meist Worte des alten Testamentes, die auf den Kanzeln behandelt wurden, denn dem durch viele Kriegsnöte hindurch gegangenen Volke Israel haben die Männer des alten Bundes, die Propheten und Psalmdichter, gar vielfach das Herz und den Mut stärken müssen. Solche Worte entsprachen ja auch dem innersten Empfinden und den Bedürfnissen des deutschen Volkes in den ersten Jahren des Krieges. Das Vertrauen auf die Gerechtigkeit Gottes, die unbedingt der guten Sache zum Siege helfen müsse, bildete einen sehr wesentlichen Teil der religiösen Gedankenwelt der Kriegsfrömmigkeit. Dabei wurde die eigene Sache zur heiligen Sache und Gott zum gerechten Vollstrecker gerechten Gerichts über unsere Feinde. Es galt, die überall lebendig gewordenen Probleme: Christentum und Krieg, Berechtigung der Haßgesinnung und vor allem die Frage Christus und der Krieg zu behandeln. Bei der Massenhaftigkeit des Kriegsleides, bei der ungeheueren Größe des Elends und der Vernichtung tauchte die uralte Menschheitsfrage, wie das Leid in der Welt mit der göttlichen Weltregierung zu vereinen sei, riesenhaft auf und verlangte nach einer Lösung im Lichte der Lehre Jesu. Schließlich war anzukämpfen gegen den Aberglauben, der durch den Krieg eine Neubelebung und Stärkung erfahren hatte. Das alles wurde im weiteren Fortgang des Krieges an der Hand von Worten Jesu und der Männer des neuen Testamentes behandelt. Die Festzeiten der Kirche wurden im Lichte des Krieges erlebt. Seelische Kräfte wurden geweckt als Quellen und Helfer für die Bewältigung der riesengroßen Aufgaben, die die Kriegszeit auch von der Heimat forderte. Daneben kehrte man an vielen Orten dann und wann auch zur Behandlung rein religiöser Themata, wie die gewöhnlichen Sonntagstexte es forderten, zurück und benutzte das Kriegserleben nur zur Veranschaulichung der vom Text gegebenen Gedanken. Man darf wohl sagen, daß die

evangelische Predigt im Coburger Lande in der Kriegszeit nicht mehr und mehr zur patriotischen Ansprache herabgesunken ist, sondern daß im allgemeinen das Evangelium mitten in das Branden der Zeit hineingestellt und die Rücksicht auf den von den Wogen der stürmischen Zeit hin- und hergeschleuderten Menschen, der ins Gotteshaus kommt, um Kraft und Trost zu suchen, nicht vergessen wurde. Freilich waren, und das hätte auch nicht anders sein dürfen, die Prediger als aufrechte, mit der Not ihres Vaterlandes fühlende, deutsche Männer ihrer Pflicht als berufene Mahner der Heimarmee sich bewußt, und so fehlte es nicht an Ermahnungen zum Durchhalten, zur Befolgung der Kriegsgesetze und zur Betätigung vaterländischer Gesinnung und treudeutscher Pflichterfüllung in der gottesdienstlichen Rede. Auch an scharfem, schonungslosem Tadel des am Ende der Kriegszeit zum Schaden unseres Vaterlandes hochgekommenen, selbstsüchtigen Wuchergeistes hat es nicht gefehlt. Die Gewinn- und Vergnügungssucht der einen, während die anderen darbten und litten, wurde scharf gegeißelt. Als ein Beispiel solcher Mahnung zu vaterländischer Pflichterfüllung und selbstlosem Dienst fürs Ganze sei die Kundgebung erwähnt, auf die im Ostergottesdienst 1917 die Landpfarrer ihre Gemeindeglieder unterschriftlich verpflichteten. Sie lautete: „Zum Osterfest im Gotteshause versammelt, geloben wir freudig, unsere Pflicht zu tun und die uns auferlegten Opfer an Lebensmitteln gerne zu bringen, daß die Stadt und Industriebevölkerung nicht durch Hunger am Durchhalten bis zum ehrenvollen Frieden gehindert sei. Wir wollen in der Heimat treu und tapfer bleiben in Arbeit und Gebet, daß unserer kämpfenden Brüder Kraft und Mut rings an der Front stets ungebrochen steht, bis Gott im Himmel gnädig unser Flehn um Sieg erhört." Ebenso sei der auf Anordnung der Kirchenregierung bei Beginn des dritten Kriegsjahres von den Kanzeln verlesenen Kundgebung des preußischen Oberkirchenrats gegen Wucher, Unehrlichkeit, Unsittlichkeit und Uneinigkeit in diesem Zusammenhange Erwähnung getan.

Besondere kirchliche Feiern fanden während der Kriegszeit an Kaisers Geburtstag statt, der unter großer Teilnahme der Bevölkerung und unter Beteiligung der vaterländischen Vereine kirchlich begangen wurde. Auch der Sedangedenktag und die Jahrestage des Kriegsbeginnes wurden an den zunächstliegenden Sonntagen kirchlich gefeiert. Ein besonderer kirchlicher Festtag war der 31. Oktober 1917, an dem das 400jährige Reformationsjubelfest gefeiert wurde. Über die Feier dieses Tages im Coburger Lande berichtet ausführlich die vortreffliche Schrift von Diakonus Eberhardt in Coburg: Die vierte Jahrhundertfeier der Reformation im Herzogtum Coburg 1517—1917.

Den äußeren Gang der Gottesdienste bestimmten auch in der Kriegszeit die im Lande üblichen agendarischen Ordnungen, getragen und gehalten durch die festgewurzelte kirchliche Sitte. Nur die Kriegsbetstunden, in der Kriegsnot aus dem Bedürfnis der Gemeinden heraus neu geschaffen, bildeten hierin eine Ausnahme. Sie hatten oft eine besondere Ordnung, die gerne und dankbar von den Gemeindegliedern aufgenommen wurde. Zeichneten die Agenden auch hier im großen und ganzen den Gang vor, so blieb dem Pfarrer in vielen einzelnen Stücken doch freie Wahl.

Er ließ da und dort zu bestimmtem Zweck gedichtete, wohl auch von vaterländischen Gedanken erfüllte Lieder singen und paßte Gebete und Sprüche, dem Schatz alter und neuer Kriegsdichtung entnommen, der Stunde an. Gute Dienste leistete dabei die schnell entstandene und in unserem Lande ziemlich allgemein in Aufnahme gekommene, sehr gut brauchbare Agende für die Kriegszeit von Arper und Zillessen. Dem Bedürfnis nach neuen, für die Kriegszeit geeigneten Liedern trug der auf Anregung des Herzogs geschaffene und im November 1916 in den Gemeinden zur Einführung gelangte Gesangbuchsanhang mit Liedern für die Kriegszeit Rechnung.

Was treffend ein Schilderer der Kriegsgottesdienste, Generalsuperintendent Gennrich, ausführt, gilt voll und ganz auch für unser Coburger Land: „Jetzt braucht der Prediger nicht erst mühsam die Anknüpfungspunkte aufzusuchen, von denen er an die Gemeinde herankommt, um sie aus der Alltäglichkeit in die Welt der Ewigkeit zu erheben . . . . , von vornherein trifft er sich mit der Gemeinde in dem, was jetzt aller Herzen bewegt und beschäftigt . . . . Es ist der Gemeinde wieder zum Bewußtsein gekommen, welche köstlichen Schätze sie an ihren Liedern und Chorälen hat. So manches alte, seit der Jugendzeit vertraute Wort der Schrift hat für sie ein ganz neues Gesicht bekommen . . . . Jetzt findet das gemeinsame Gebet in Bitte, Dank und Fürbitte lebendigen Widerhall in der Seele des Einzelnen . . . . Was man jetzt vor Gott zu bringen hat, wird wirklich als etwas empfunden, was alle angeht, und doch zugleich jedes einzelnen persönliche Not und Bitte, Wunsch und Gelübde ist. So kommen Gottesdienste als wirkliche Gemeindefeiern zustande." (Monatsschrift für Pastoraltheologie 1916/17 S. 212 ff.)

Von der starken Belebung des Gemeinschaftsbewußtseins in den ersten Tagen des Krieges haben wir bereits gesprochen. Wir haben der Siegesfeiern unter der Dorflinde, in den Städten auf dem Markte oder vor der Kirche gedacht. Sie belebten das Zusammengehörigkeitsgefühl und die gemeinsame Teilnahme an den Geschicken des Vaterlandes ungemein. Ergreifend und zugleich erhebend war es, wenn nach den Worten des Pfarrers, die auf die Bedeutung und Tragweite der Ereignisse hinwiesen, unter dem Geläute der Siegesglocken ganz aus innerem Drang heraus der Choral von Leuthen, das alte „Nun danket alle Gott" und hernach das deutsche Lied erklang. Was so ganz von selbst, von innen heraus gewachsen war, das pflegten die Pfarrer wohl in allen Orten durch Einrichtung sogenannter „Kriegsabende", an denen sich zur Besprechung der Kriegslage oder wirtschaftlicher und religiöser Fragen die Gemeindeglieder in den Gaststätten zusammenfanden. Der anfangs sehr zahlreiche Besuch solcher Kriegsabende, an denen oft auch das kriegerische Leben an der Front durch Lichtbilder vor Augen geführt wurde, ließ später, als man sich mehr in das Kriegsleben hineingefunden hatte, nach, zumal in der Sommerszeit, die die Kräfte der Dorfbewohner bei dem Leutemangel mehr als sonst in Anspruch nahm. Später geboten die starken wirtschaftlichen Nöte, der Raummangel, die Kohlen- und Lichtnot eine Einschränkung, aber in vielen Gemeinden wurde die Einrichtung doch in bescheidenem Maße beibehalten. Neben diese Kriegsabende für die Männer traten die mancherlei Fürsorgearbeiten, be-

sonders der weiblichen und jugendlichen Gemeindeglieder, die im Pfarrhaus ihre Stätte hatten, und zu denen Liebe und Pflicht die Beweggründe waren. Manches aufmunternde und mahnende Wort wurde auch bei diesen Gelegenheiten gesprochen. Die kirchliche Vereinsarbeit allerdings hat während des Krieges gegenüber diesen auf Stärkung des Ganzen gerichteten Bestrebungen etwas gelitten.

In den Städten waren solche Kriegsabende, die alle Kreise umfaßten, schwerer zu veranstalten, da nahmen sich Turn-, Krieger- und Militärvereine der vaterländischen Gemeinschaftspflege an. In Neustadt hat die Abendgesellschaft unter Führung des Oberpfarrers auf diesem Gebiete viel geleistet. Vom Jahre 1917 an gaben die von der obersten Heeresleitung eingerichteten Lehrgänge für vaterländischen Volksunterricht Pfarrern, Lehrern und anderen Personen, die sich in den Dienst der Volksaufklärung zur Stärkung des einheitlichen Kriegswillens stellten, wertvolle Anregungen, die in Städten und Dörfern durch Vorträge und auch im persönlichen Gespräch weitergegeben wurden. Namentlich diese persönliche Einwirkung auf die Einzelnen, zu denen die Hausbesuche dem Pfarrer Gelegenheit gaben, war von hohem Werte für das Ziel der Volksgemeinschaft. Zu solchen Besuchen war ja jetzt viel mehr Gelegenheit gegeben wie in Friedenszeiten. Da gab es Grüße zu bestellen, die vom Felde aus an den Pfarrer gelangt waren, dort galt es, sich nach dem Befinden Verwundeter zu erkundigen, anderswo als Berater und Helfer sich anzubieten, und häufig boten andere Veranlassungen sich dar, das Band zwischen Kirche und Volk enger und enger zu knüpfen. Viel half dazu auch die Verteilung religiöser Kriegsschriften und Flugblätter, die den sorgenden und bangenden Familiengliedern Trost und Stärkung vermittelten.

Es traf sich gut, daß gerade vor Beginn des Krieges von Pfarrer Siegel-Unterlauter und Diakonus Kipp-Coburg für das Coburger Land ein Gemeindeblatt, die „Heimatglocken", geschaffen worden war, das rasch in fast allen Gemeinden des Landes Eingang und weite Verbreitung fand. Während die Auflage im Erscheinungsjahr 1914 sich auf 4000 Stück belief, ist sie während des Krieges auf 13000 Exemplare gestiegen. Rasch stellte sich das kirchliche Heimatblatt auf den Krieg ein und erzählte der Heimatgemeinde vom Ergehen und den Kriegsschicksalen der Ausmarschierten, während es der Feldarmee oft sehnlichst erwartete und dankbar begrüßte Nachrichten aus den Heimatgemeinden brachte.

Eine gewaltige Aufgabe erwuchs der Kirche und ihren Dienern, als es galt, den um den Verlust teuerer Angehöriger Trauernden Trost zu bringen. Welch eine Fülle von Trauernachrichten für die Häuser selbst kleinster Gemeinden brachte der furchtbarste aller Kriege mit sich! Wie entsetzlich war die Ungewißheit, wenn der Angehörige als „vermißt" gemeldet wurde! Es gab unsagbar viel Leid, und so war denn auch die Aufgabe des Tröstens für die in erster Linie dazu Berufenen unsagbar groß und schwer. Bei den kirchlichen Verhältnissen unseres Landes fiel, da Laienhelfer fehlten, diese Aufgabe allein den Pfarrern zu. Die amtlichen Stellen hatten vielfach die Anordnung getroffen, daß alle Todesnachrichten oder Vermißt-

meldungen durch kurze amtliche Nachricht in erster Linie den Seelsorgern übermittelt würden, damit diese in taktvoller, schonender Weise sie den Angehörigen mitteilten. Das war die schwerste, aber auch bedenklichste Aufgabe für den Pfarrer. Denn man sah nun gar oft in dem im Anfang des Kriegs so freudig als Freund und Berater willkommen geheißenen Diener der Kirche den furchtbaren Todesboten, und häufig konnte man bemerken, wie ein Erschrecken die Gemeindeglieder erfaßte, wenn ein seelsorgerischer Gang den Pfarrer ins Haus führte. Das gab manche Hemmungen und Erschwerungen für die gerade in diesen schweren Zeiten so notwendige Seelsorgearbeit. Mit umso größerem Danke war es zu begrüßen, daß der Kaiser, als er das Gedenkblatt für die im Kriege Gebliebenen den Angehörigen gestiftet hatte, die Bestimmung traf, daß diese Gedenkblätter an die Pfarrämter geschickt und von den Pfarrern den Angehörigen persönlich überreicht werden sollten. Es war dies, zumal für die vielbeschäftigten Stadtpfarrer keine kleine Arbeit, aber doch eine willkommene Gelegenheit, in alle Häuser zu kommen, in die der Krieg schweres Leid gebracht hatte, den Trauernden den Trost des Evangeliums zu spenden und so das Band zwischen Kirche und Gemeindeglied wieder fester zu knüpfen. Auch gaben diese amtlichen Besuche reiche Gelegenheit, durch gedruckte religiöse Schriften und Trostblätter den mündlich gespendeten Trost noch zu vertiefen und der Kirche schönste Kriegsaufgabe noch vollkommener zu erfüllen.

Aber auch auf andere Art suchte die Kirche als Gemeinde den Trauernden nahezukommen. Sie nahm in ihrer Gesamtheit Anteil an dem Geschick derer, die aus ihrer Mitte in den Kampf gezogen waren. Dankbar erfüllte sie die Ehrenpflicht, in kleineren Gemeinden regelmäßig die Namen der Gefallenen im Gottesdienst abzukündigen und durch kurzes Gebet gemeinsam der Trauernden vor Gott zu gedenken. In den Städten, so in Coburg, geschah dieses Gefallenengedächtnis der Kirchengemeinde durch Veröffentlichung der Namen der Coburger Helden auf einer Ehrentafel in den kirchlichen „Heimatglocken". Der Trost wurde den Trauernden an besonders dazu bestimmten Kriegsbetstunden und den überaus stark besuchten Totenfestgottesdiensten gespendet. Dieses Gedächtnis am Totenfest, an dem zu Ehren der heimgegangenen Krieger die Glocken läuteten, war im Lande allgemein. In vielen Landgemeinden wurde im Laufe des Krieges für jeden einzelnen Gefallenen oder für mehrere zusammen ein Gedächtnisgottesdienst abgehalten. Diese Gedächtnisgottesdienste waren rechte Trostgottesdienste für die Angehörigen der Gefallenen. So hatten auch die, die die sterbliche Hülle ihrer Teueren, wie das auch ab und zu geschah, nicht in die Heimat überführen lassen und sie auf ihrem letzten Gang begleiten konnten, ihre Trauer- und Totenfeier, nach der ihr Herz verlangte. Die Kirche hat jede sich ihr bietende Gelegenheit dankbar genutzt, ihre ihr von Gott gegebene Pflicht zu erfüllen und den Trauernden in den Zeiten schwerster Trübsal Trost zu bringen.

Aber auch andere Aufgaben erwuchsen, je länger der Krieg dauerte, der Kirche. Eine schwere Sorge, die von den klar Sehenden immer drückender empfunden wurde,

ja sich geradezu zur Not auswuchs, war die zunehmende Verwahrlosung der heranwachsenden Jugend. Die Familienväter standen als Landwehrmänner und Landstürmer im Felde. Daheim fehlte die väterliche Autorität. Die Mütter, gar oft noch zur Arbeit gezwungen, hatten vielfach nicht die zur Erziehung der Kinder unbedingt nötige Festigkeit. Die Schule mußte infolge des Fehlens der Lehrkräfte aufs äußerste eingeschränkt werden. Von Anfang des Krieges an hatte man die schulentwachsene Jugend zur Jugendwehr einberufen, an deren Übungen und Vortragsstunden sich oft auch die Pfarrer beteiligten, aber in der Länge des Krieges genügte diese Einrichtung nicht, da die Beteiligung stark nachließ. Darum griffen die staatlichen Behörden ein und ordneten im Winter 1915/16 Jugendpflegedienst allgemein an, den sie besonders den Pfarrern, die Vorsitzende der Jugendausschüsse wurden, zur Pflicht machten. Schule und Kirche reichten sich die Hand, allenthalben, in Stadt und Land wurde die Jugend gesammelt und in regelmäßigen Jugendabenden durch Vorträge und Lichtbilder über den Kriegsverlauf belehrt und so auf den Ernst der Zeit hingewiesen.

Aber es war nicht allein die seelische Not der Jugend, die schwere Sorgen verursachte und die Hülfe der aufs Volkswohl bedachten Kreise erforderte, auch der leiblichen Not der Kinder galt es zu steuern, den Müttern die Sorge für Pflege und Nahrungsbeschaffung abzunehmen. Die vom Marienverein ins Leben gerufene Säuglingsfürsorge wandte sich in den Orten, wo eine Gemeindeschwester nicht vorhanden war, an die Pfarrfrauen, die bereitwillig die Aufgaben der Mütterberatung und Säuglingspflege übernahmen und durch Beschaffung kräftiger Kost für Wöchnerinnen und von Kinderwäsche für die Säuglinge ihre Aufgaben erfüllten. 1 Krippe, 3 Kindergärten mit Krippe und ein Kinderhort wurden mit tätiger Hilfe der Kirchengemeinden im Kriege geschaffen bezw. weiter ausgebaut. Als die Not in den Großstädten, besonders in dem schweren Winter 1916/17, so groß geworden war, daß sie Leben und Gesundheit der heranwachsenden Jugend aufs schwerste gefährdete und der Ruf in Deutschland erscholl: „Großstadtkinder aufs Land", fand er offene Ohren bei den Dienern der Kirche. Der Pfarrer ging von Haus zu Haus, und in vielen Gemeinden ließen die Landleute sich dazu bewegen, Stadtkindern Aufnahme zu gewähren. Viele Pflegestellen standen teils unentgeltlich teils gegen geringes Pflegegeld offen, und eine große Zahl von Großstadtkindern zog im Sommer 1917 erstmalig ins Coburger Land ein. Kinder aus Barmen, Charlottenburg und Leipzig waren es, die zu uns kamen, während Neustadter Kinder in Königsberg in Franken Aufnahme fanden. Wenn auch im folgenden Kriegsjahre infolge der auch in unserem Lande steigenden wirtschaftlichen Nöte nur wenig Pflegestellen angeboten wurden, so kamen doch manche Kinder wieder und fanden liebevolle Aufnahme. Durch diese Liebestätigkeit unserer Gemeindeglieder auf dem Lande wurde die schwere Not der Großstadtbewohner gemildert und vielen Familien die quälendste Sorge um die Gesundheit der Kinder genommen. Auch die Kirche darf für sich in Anspruch nehmen, ihr gut Teil Mithilfe bei diesem notwendigen und segensreichen Hilfswerke geleistet zu haben,

wie sie es nicht an sich fehlen ließ, bei der Beteiligung an den Werken sozialer Fürsorge aller Art.

Von der Arbeit der Pfarrer in den im Anfang des Krieges in allen Gemeinden ins Leben gerufenen Hilfsausschüssen war schon die Rede. Von diesen Organisationen wurden 42459 Mark gesammelt, durch Kirchensammlungen 16600 Mark und durch Hausammlungen 25859 Mark. Für örtliche Kriegsfürsorgezwecke waren 23797 Mark, für andere Zwecke 18662 Mark bestimmt. Landeskirchlich angeordnete Kirchensammlungen für Kriegswohlfahrtspflege brachten 46439 Mark, davon entfielen auf Kirchensammlungen 9906 Mark und auf Hausammlungen 36532 Mark. An Spenden aus Kirchengemeindemitteln gingen für die Zwecke sozialer Kriegsfürsorge 2946 Mark ein, von den Pfarrern oder kirchlichen Vereinigungen wurden Gaben in Höhe von 58310 Mark vermittelt. Hierbei sind nicht eingerechnet zahlreiche Gaben für das Rote Kreuz, wie rohes und eingemachtes Obst, Eier, Kartoffeln, Gemüse und andere Lebensmittel für die Lazarette, Geschenke zu Weihnachtsbescherungen für die Soldaten, Kleidungsstücke und Unterkleider, angefertigte Strick- und Wollwaren und dergl., deren Wert in bar sich nicht mehr feststellen läßt. Auch die Sammlung von Laubheu, Obstkernen, Brennesseln, Haaren, Metall, Papier und alten Kleidern lag auf dem Lande häufig in den Händen der Ortspfarrer. In 3 Pfarrgemeinden wurde vom Pfarrer eine Arbeitsvermittelungsstelle eingerichtet, 2 gewährten Mietserleichterungen. Die Hilfsausschüsse unterstützten die Familien bedürftiger Krieger. Eine Pfarrei hat Brennstoffe an Bedürftige verteilt, eine gab regelmäßige Unterstützungen an alte Leute und Kriegerfrauen, wieder eine andere übernahm die Vermittlung von Schrebergärten und Kartoffelland. Überall haben die in den Pfarrorten fast stets unter der Leitung der Pfarrfrauen stehenden Marienzweigvereine in Verbindung mit der Kirche ersprießliche Dienste für die Kriegswohlfahrtspflege und soziale Fürsorge geleistet. An dieser Stelle sei auch die Nagelung von Eisernen Kreuzen erwähnt, die im Jahre 1916 in den Kirchen des Landes zum Besten der Kriegwohlfahrtspflege stattfand. Auch beim Aufkauf von Goldsachen, sowie nicht zuletzt bei der Werbung für die Kriegsanleihen haben die Pfarrer mitgeholfen. Von den 36 Kirchengemeinden wurden aus kirchlichen Mitteln 348759 Mark zu den Kriegsanleihen gezeichnet. Die „Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen" bediente sich auf dem Lande gerne der Hülfe der Pfarrer, viele Beiträge zur Linderung der Not gingen durch ihre Hand.

Groß waren die Opfer, die von den Kirchengemeinden für Heereszwecke gebracht wurden. Als die zinnernen Orgelprospektpfeifen im Jahre 1917 abgeliefert werden mußten, haben 36 Gemeinden 38 Orgelprospekt- und Registerpfeifenreihen abgeliefert. Das von den Gemeinden am schwersten empfundene Opfer war die Hingabe ihrer Kirchenglocken. Ein Wehschrei ging durchs Land, als die Glocken abgenommen, ja wegen ihrer Größe und Schwere zum Teil auf den Türmen zerschlagen werden mußten. Da blieb kaum ein Auge tränenleer, als sie, die so manchen Sieg verkündet und zum Teil Jahrhunderte lang die freudigen wie schmerzlichen Ereignisse im Leben der Dorfbewohner begleitet hatten, zum letztenmal ihr

Geläute über die Dörfer erklingen ließen. Ernste Feiern waren die überall veranstalteten Glockenabschiedsfeiern. In Sonnefeld-Weidhausen wurde ein besonderer Bericht darüber gedruckt und mit dem Bilde der zum Abschied festlich geschmückten Glocken den Kriegern ins Feld gesendet. Es kann wohl mit Recht behauptet werden, daß es besser gewesen wäre, wenn dieser schwere Schlag gegen das Volksempfinden dem Landvolk erspart geblieben wäre, zumal er sich bei dem baldigen Ende des Krieges dann als unnütz und zwecklos erwies. Das kirchliche Leben hat jedenfalls infolge dieser Glockenwegnahme schweren Schaden gelitten. Von 45 Kirchen des Landes wurden 69 Glocken geopfert. Von den Glocken der evangelischen Kirchen der Stadt Coburg mußten 3 den Weg zur Front gehen. Von der Morizkirche wurde das historische „Armsünderglöcklein", das in früheren Jahren bei den Hinrichtungen, in letzter Zeit aber nur während des Gebets am Bußtage seine Stimme erschallen ließ, und die sogenannte „Viertelsglocke" abgenommen, die ganz oben im „grünen Dächle" hing und Tag und Nacht die Viertelstunden kündete. Die kleine Glocke der Heiligkreuzkirche, die ebenfalls ins Feld ziehen mußte, wurde, durch Treue und Opfersinn der Nachbarn der Kirche neu gestiftet, im Gottesdienst des 22. Trinitatissonntags 1921 (23. September) feierlich geweiht und ihrer Bestimmung übergeben.

Für Orgel- und Glockengut, das aus dem Lande abgeliefert wurde, wurden 108088 Mark Entschädigung gezahlt. Außerdem kamen noch Blitzableiter und Goldsachen im Werte von 1950 Mark von den Kirchengemeinden zur Ablieferung.

Ein weiterer wichtiger Zweig der kirchlichen Kriegsarbeit lag in der Fürsorge für die Gemeindeglieder im Felde. Die Kirchengemeinden haben den ganzen Krieg hindurch die Tatsache nicht aus den Augen verloren, daß die im Heere stehenden Glieder zu ihnen gehörten und ihrer Fürsorge anvertraut seien. Der Feldgraue blieb, wie mit der Heimat überhaupt, so auch mit seiner Kirchengemeinde aufs engste verbunden, zumal auf dem Lande, wo die Zahlen der Ausmarschierten nicht zu groß waren. Briefe und Karten in großer Zahl gingen aus den Pfarrhäusern an die Gemeindeglieder im Felde und in den Heimatgarnisonen hinaus, von dem Ergehen der Gemeinden in der Heimat berichtend, oder sie sprachen den Verwundeten in Feld- und Heimatlazaretten Mut und Tröstung zu und suchten das Heimweh der Gefangenen im Feindesland lindern zu helfen. Manche religiöse Trost- und Ermunterungsschrift wurde übermittelt und dankbar aufgenommen. Die Heimatglocken wurden regelmäßig in Tausenden von Exemplaren hinausgesandt und mit vielem Dank von den Ausmarschierten angenommen. Erwähnt seien an dieser Stelle besonders die von Superintendent Sellner in Gestungshausen regelmäßig am Weihnachtsfest oder an den anderen hohen christlichen Festen herausgegebenen und ins Feld gesandten Festgrüße der Heimatgemeinde, die draußen Feststimmung zu verbreiten suchten und vom Ergehen in der Heimat berichteten. Das Reformationsjubelfest im Jahre 1917 gab den Pfarrern der Ephorie Sonnefeld Veranlassung, ein mit den Bildern der Coburger Lutherstätten und den Heimat-

kirchen der Ephorie bildlich geschmücktes, mit Lutherworten und Lutherliedern ausgestattetes Heftchen als Festgruß der Heimat den Gliedern der Kirchengemeinden Gestungshausen, Sonnefeld-Weidhausen, Großgarnstadt und Ebersdorf ins Feld zu senden. Superintendent Sellner besorgte die Ausstattung des Heftes und schrieb einen Aufsatz: „Luther, der deutsche Dichter und Sänger", Pfarrer Schamberger von Ebersdorf handelte über die Segnungen der Reformation, Pfarrer Greiner von Sonnefeld beschrieb den Aufenthalt Luthers auf der Veste Coburg im Jahre 1530, während Pfarrer Weiß von Großgarnstadt in einem Aufsatz: „Im Lutherhause" einen Blick in Luthers häusliches Leben tun ließ und das von vielen erst im Krieg erkannte Glück rechten christlichen Familienlebens pries. Pfarrer Greiner-Sonnefeld verfaßte, wie schon oben erwähnt, einen Bericht von der Glockenabschiedsfeier, der, mit den Bildern der ins Feld ziehenden Glocken geschmückt, den Kriegern von Sonnefeld und Weidhausen zur Belebung des Heimatsinnes und der Heimatliebe zugesandt wurde.

Eine nicht zu unterschätzende Aufgabe bildete die für diese Kriegsarbeit unerläßliche Sammlung der Feldadressen der Krieger, deren fortwährende Ergänzung und Berichtigung einen nicht geringen Aufwand von Zeit und Mühe erforderte. Bei dieser Arbeit fanden die Pfarrer unter Schulkindern, Konfirmanden und anderen Gemeindegliedern freudige Helfer. Ein regelmäßiger Schriftwechsel verband fast überall Pfarrer und Gemeinde im Felde.

Urlaubs- und andere Gesuche, kriegswirtschaftliche Berichte in großer Zahl, Nachforschungen nach Verwundeten und Vermißten wurden überall im Pfarrhause begehrt und gerne verfaßt. So war das Pfarrhaus auf dem Lande Auskunfts- und Beratungsstelle, Schreibstube, Verpackungs- und Versendungsort für Liebesgaben geworden. Es erwies sich der Bevölkerung während des ganzen Krieges in jeder Hinsicht als eine segensvolle Stätte, was allgemein dankbar anerkannt wurde und mit zu den handgreiflichsten Segenswirkungen evangelisch-kirchlicher Arbeit im Kriege gerechnet werden darf.

Aber nicht bloß der Krieger im Felde mußte die Kirche sich annehmen, ihre Fürsorge galt noch in höherem Maße den Verwundeten in den Heimatlazaretten. Hatten bei Beginn des Krieges viele Orte sich erboten, Schulsäle oder Fabrikräume zur Aufnahme von Verwundeten bereitzustellen, waren auch viele Einzelbetten aus allen Dörfern des Landes gemeldet worden, so war doch unseres Wissens nur die Stadt Coburg mit Verwundeten belegt worden. Hier hatte in mehreren Teillazaretten das Reservelazarett Coburg seine Stätte. In seine geistliche Versorgung teilten sich die Geistlichen der Stadt. Das Garnisonlazarett übernahm der Garnisonprediger Geh. Kirchenrat Halter, Diakonus Wittmann versah das Teillazarett Heiligkreuzschule, Diakonus Eberhardt das Turnhallen- und Schießhauslazarett, Diakonus Kipp das Fabriklazarett und Oberhofprediger Keßler das Hofgartenlazarett. Als letzteres aufgelöst wurde, übernahm Oberhofprediger Keßler die Seelsorge im Garnisonlazarett — an seine Stelle trat nach seiner Ein-

berufung Diakonus Weiß — und Geh. Kirchenrat Halter das Teillazarett „Reichsgraf". Oberpfarrer Kükenthal übernahm nach seiner Rückkehr die geistliche Versorgung des Fabriklazaretts. Ferner war das Vereinslazarett vom Roten Kreuz im Landkrankenhaus eingerichtet worden. Es wurde wie das Landkrankenhaus von Diakonus Eberhardt seelsorgerisch bedient. In den Lazaretten wurden seitens der Pfarrer regelmäßige Besuche gemacht, die Kranken durch Anteilnahme und mündlichen Zuspruch getröstet und mit Schriften aller Art versorgt. Gottesdienste wurden eingerichtet und, solange die Lazarette bestanden, regelmäßig abgehalten. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen die stimmungsvollen und ergreifenden Weihnachtsfeiern, bei denen unter brennendem Lichterbaum und reichlich gedecktem Gabentisch das liebe, alte Weihnachtsevangelium die Herzen erwärmte und die des Trostes oft so bedürftigen Seelen neu erhob. An den Vorträgen aller Art, die die Stimmung in den Lazaretten heben und die quälende Langeweile verscheuchen sollten, beteiligten sich auch die Pfarrer und waren ständig behülflich, immer neue Vortragende zu gewinnen. Gerne haben die Stadtpfarrer einen Teil ihrer Kraft der gewiß nicht leichten und besonders in den letzten Kriegsjahren nicht immer dankbaren Arbeit eines Lazarettpfarrers im Nebenamt gewidmet.

Empfand es die Kirche als ihre Pflicht, der Krieger im Felde und in den Lazaretten sich anzunehmen, so gehörte es nicht minder in ihren Aufgabenkreis hinein, das Gedächtnis der gefallenen Gemeindeglieder zu ehren. Vieles, was hierher gehört, ist bereits erwähnt worden, als wir oben von der Trostaufgabe der Kirche gegenüber den Trauernden handelten. Die Namen der Gefallenen wurden mit Gebet im Gottesdienst abgekündigt, in allen Gemeinden wurde am Totensonntag mit oder ohne Nennung der Namen ihrer gedacht, und die Heimatglocken verzeichneten auf der Ehrentafel die Namen der gefallenen Coburger Helden. In kleineren Orten wurden fast überall Gedächtnisgottesdienste abgehalten. Aber das einmalige Gedächtnis geht vorüber und verweht. So empfanden es, wie in früheren Kriegen, so auch diesmal die Kirchengemeinden als ihre Pflicht, das Gedächtnis der Krieger in bleibender Weise zu ehren. In manchen Gemeinden wurden Gedenktafeln im Gotteshause angebracht. Da und dort wurden Bilder der Gefallenen aufgehängt und Kränze zum Gedächtnis ins Gotteshaus gebracht. In einigen Gemeinden nennen bunte Gedächtnisfenster die Namen der Gefallenen. Denksteine in Form früherer Epitaphien wurden aufgestellt oder Kriegerdenkmäler in den Gemeinden errichtet. In anderen Gemeinden wurden Ehrenhaine und Heldenfriedhöfe zum Gedächtnis der gefallenen Krieger angelegt. Kriegergedenkbücher für die Stadt Coburg und mehrere andere Gemeinden stellen würdige Heldenehrungen in Wort und Bild dar. Kaum wird ein Friedhof des Landes ohne ein Kriegergrabmal sein, das der besonderen Fürsorge der Kirchengemeinde sich erfreut. Der Ehrenfriedhof der Stadt Coburg ist eine besonders würdige Anlage, die vielen Kriegergräbern, in einheitlicher Form mit Holzkreuzen geschmückt, eine Stätte bietet. So ehrte die Stadt Coburg die gefallenen Söhne der Stadt, die in der Heimat ihre letzte Ruhestätte fanden. Die Anlage

wurde bereits im Oktober 1914 neben den Kriegergräbern der Gefallenen von 1870 hergestellt. In allen Orten des Landes, wo es bisher noch nicht geschehen ist, geht man daran, das Gedächtnis der Gefallenen zu ehren. Die Pfarrer haben fast überall die Anregung dazu gegeben und bei der Sammlung der Gelder und Herstellung der Gedächtnismale tätige Hilfe geleistet.

So hat die Kirche in jeder Weise auch der Glieder ihrer Gemeinden im Felde sich angenommen und nie die Verbindung mit ihnen verloren, bis mit den Begrüßungsfeiern heimkehrender Krieger und Gefangener, die in allen Kirchengemeinden veranstaltet wurden, mit Ende des Krieges dieser Zweig kirchlicher Kriegsarbeit sein Ende fand.

3. Das Kirchenregiment und seine Veränderung infolge des Krieges.

Die Chronik der Kriegstätigkeit der evangelischen Kirche würde unvollständig sein, wenn nicht auch das Kirchenregiment während des Krieges in den Kreis der Betrachtung gezogen würde. Da Staats- und Kirchenregierung unseres Landes in einer Hand lagen, darf es nicht verwunderlich erscheinen, wenn, wie es auch in den anderen Ländern Deutschlandes geschah, in den Zeiten schwerer vaterländischer Not die staatliche Behörde der Hilfe der Kirche und ihrer Diener sich bediente. Vaterländische Gesinnung zu pflegen, haben sich die Pfarrer immer am Herzen gelegen sein lassen, daher empfanden sie es in den Kriegszeiten als ihre besondere Pflicht, über den eigentlichen Kreis kirchlichen Dienstes hinaus, fürs Vaterland tätig zu sein. Vieles von dem oben bereits Erwähnten gehört dazu. Ich weise hier nur kurz auf Predigten und Mahnungen in Bezug auf die Kriegsanleihen, die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen, die Selbstsucht, den Wuchergeist und das Nachlassen des Geistes von 1914 hin. Damit hat die Kirche sich durchaus nicht zur bloßen Dienerin des Staates gemacht, sondern nur ihrer vaterländischen Pflicht genügt.

Im Mai 1916 wurde der Landeskirchenrat zu einer Tagung einberufen, um zu den Kriegsverhältnissen Stellung zu nehmen. In einem ersten Vortrage: „Der Zustand der Landeskirche und ihr Verhältnis zum Gesamtprotestantismus" behandelte Diakonus Kipp-Coburg die Lebensbewegungen der Landeskirche seit der letzten Tagung des Landeskirchenrats, während er in einem zweiten die Frage erörterte: „Welche Erfahrungen sind während des Krieges auf kirchlichem Gebiete gemacht worden und welche Aufgaben zur Erhaltung des kirchlichen Lebens ergeben sich hieraus?" Eine Fülle von Anregungen bot dieser Vortrag, der, wie der erste, gedruckt den Pfarrämtern zugestellt wurde. Wie eine Kriegschronik anzufertigen, und was alles dabei zu bedenken ist, zeigte in außerordentlich gründlicher Weise Pfarrer Forkel-Untersiemau in seinen diese Frage betreffenden Ausführungen. Eine ernste Mahnung an unsere Gemeinden, die auf Anordnung der Kirchenregierung von den Kanzeln verkündet und in den Tagesblättern veröffentlicht wurde, erließ der Landeskirchenrat am Schlusse seiner Kriegstagung. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„In ernsten Tagen zur Arbeit an der Kirche berufen, wollen die geordneten Vertreter der Landeskirche nicht auseinandergehen, ohne ihre Stimme an die

Gemeinden zu erheben. Sie mahnen das Volk in Stadt und Land, allen Kleinmut niederzuringen und sich vor dem Wuchergeist zu hüten, der eine schwere Sünde wider Gott und wider das Volk ist, sondern gemäß dem Schriftwort zu leben: „Einer trage des anderen Last, dann werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen". Sie vertrauen vielmehr, daß der Geist der Bruderliebe und des Gottvertrauens, der Geduld, der Hoffnung und der Treue zur Kirche der Väter, der in diesen schweren Zeiten so herrlich spürbar war, auch weiter in allen Herzen Wohnung behalte, damit wir das Bild eines Volkes zeigen, dem auch ferner zu helfen, Gott für wert hält."

Die Kirchenregierung schenkte jederzeit den Kriegsschicksalen der Heimat ihre volle Aufmerksamkeit und gab, in enger Verbindung mit dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß stehend, Pfarrern und Gemeinden wichtige Anregungen für ihre Kriegstätigkeit. Trefflich hat sie die überaus gelungene Feier des Reformationsjubelfestes 1917 vorbereitet.

Der Zusammenbruch unseres Vaterlandes zog die evangelische Kirche in den allgemeinen Verfall mit hinein. *Durch die Abdankung des Herzogs verlor auch die Landeskirche ihr Haupt.* Der Vorstand des Staatsministeriums in Verbindung mit dem Vorstand des Landeskirchenrats führte die Kirchenregierung einstweilen weiter. Der seither als kirchlicher Referent im Staatsministerium tätige Geh. Kirchenrat Halter legte sein Amt nieder, und an seine Stelle wurde am 1. April 1919 der Coburger Superintendent und Oberpfarrer Dr. Kükenthal berufen. Gleich nach Ausbruch der Revolution, am 27. November 1918, hatte sich bereits der Vorstand des Landeskirchenrats in einer Kundgebung an das evangelische Kirchenvolk des Landes gewandt:

> „Die Waffen ruhen. Der Friede steht vor der Tür, er wird anders werden, als wir ihn uns gedacht haben. Die Entscheidung ist gegen uns gefallen; wir sind im Innersten erschüttert. Eine Neuordnung der Dinge hat in deutschen Landen Platz gegriffen. Jetzt gilt es nicht zu zagen und zu klagen über das, was dahingesunken ist, sondern sich auf den Boden des Neuen zu stellen und mit Hand anzulegen, daß ein neuer wohnlicher Bau erstehe.
>
> Unsere evangelische Kirche will als Volkskirche mitten im Leben der Jetztzeit stehen; auch heute ist sie aufrichtig und von Herzen bereit, ihre starken geistigen und sittlichen Kräfte in den Dienst des Neuaufbaues zu stellen.
>
> Wir rufen unsere Gemeinden zur Treue gegen unsere Kirche, die Kirche der Reformation, auf!
>
> Wachet, stehet im Glauben, seid männlich und seid stark!
>
> Wir glauben an die Zukunft unseres Volkes und unserer Kirche, denn wir glauben an Gott!"

Eine durch Jahrhunderte hindurch segensvolle Verbindung zwischen *Staat und Kirche* in der Person des Landesfürsten als obersten Landesbischofs der

evangelischen Kirche war zu Fall gekommen. Unendlich viel hat die Coburger Landeskirche ihren Fürsten, echten Nachfolgern der Schirmherrn Luthers, zu verdanken. Unvergessen wird bleiben, was sie in treuer Fürsorge für das Wohl der Kirche getan haben. Ein letztes, herrliches Bekenntnis zum evangelischen Glauben hat unser Landesherr Herzog Carl Eduard am Reformationsjubelfest abgelegt, wenn er in seiner Kundgebung zum 31. Oktober 1917 sagt:

„Noch während des gewaltigen Kampfes um des Vaterlandes Sicherheit und Größe begehen die evangelischen Deutschen die Feier vierhundertjähriger Erinnerung an die segensvollen Großtaten der Reformation. Die entscheidungsschwere Gegenwart kann nur tiefer und ernster zur Betrachtung der unvergänglichen Güter führen, die Gottes Gnade unserem Volk in der Aufschließung Seines heiligen Wortes im Evangelium dargeboten hat. Diese Betrachtung mahnt auch Uns an die Uns von Unseren Erlauchten Vorfahren, den Schirmherren der Reformation, überkommenen hohen und heiligen Pflichten, die Uns nicht als eine Last, sondern zum Segen gestellt sind. Ihre Erfüllung ist Uns nicht ein äußerliches Gebot, sondern der Inhalt Unseres Lebens als evangelischer Christ und deutscher Fürst.

Ebenso aber vertrauen Wir auch, daß das Reformationsjubiläum allen evangelischen Glaubensgenossen Unserer Lande helfen wird, das Festhalten an Gottes Wort und Luthers Lehr' und die Treue gegen die evangelische Kirche neu zu beleben und zu stärken.

Mit ihnen allen vereinigen Wir Uns in dem Gebet zu dem allmächtigen und gnädigen Gott und himmlischen Vater, daß dem gesamten deutschen Volke Heil und Segen aus der schweren Prüfung erstehe, die es in allen seinen Teilen jetzt durch den ihm aufgezwungenen Weltkrieg erfährt. Wir haben im Kampfe draußen, wie in Leid und Sorgen daheim, die Quelle echter Volkskraft erkannt. In reiner Gottesfurcht und starkem Vertrauen wollen Wir alle uns bereiten für die Aufgaben, denen Deutschland im Frieden nachtrachten soll, daheim in seiner eigenen Mitte und in der gesamten Welt.

Dazu soll die Feier des Reformationsfestes neuen Antrieb und heiligen Willen geben!

Das walte Gott!"

Mit Dank und Freude haben unsere Gemeinden dieses Bekenntnis unseres Landesherrn zum evangelischen Glauben begrüßt.

Die Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse, die der in der neuen Verfassung des Reiches ausgesprochene Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat erforderte, ist auch bei uns in vollkommener Ruhe und Ordnung nach staatlichen Rechtsgrundsätzen vor sich gegangen. Am 11. August 1919 nahm die neugewählte Landesversammlung einen Gesetzentwurf an, der für die Rechtsstellung

der Coburger Landeskirche von größter Bedeutung war. Das Kirchenregiment, das seit den Tagen der Reformation vom Landesherrn ausgeübt wurde, ging danach auf einen selbständigen Oberkirchenrat über, der fortan die inneren Angelegenheiten der Kirche unabhängig vom Staate ordnen sollte. Der Oberkirchenrat bestand aus 3 Personen, einem von der Landesversammlung bestimmten juristischen Mitglied als Vorsitzenden — dazu wurde Ministerialdirektor Dr. Fritsch (Stellvertreter: Regierungsrat Rabich) bestimmt —, dem kirchlichen Referenten des Staatsministeriums Superintendent Dr. Kükenthal (Stellvertreter: Superintendent Reißenweber in Neustadt) und dem vom Vorstand des Landeskirchenrats gewählten Mitglied Diakonus Eberhardt (Stellvertreter: Diakonus Weiß). Dem neuen Oberkirchenrat lag es ob, die Wahlen für eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren Wahlrechts und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählende Landessynode in die Wege zu leiten, die als kirchliche gesetzgebende Körperschaft eine ausführende kirchliche Oberbehörde einzusetzen hatte, die an Stelle des jetzt geschaffenen Oberkirchenrats trat. Am 26. Oktober 1919 fand die Wahl zur neuen Landessynode statt. Sechs Geistliche und 12 Vertreter der Laienwelt aus allen Ständen und Parteien wurden gewählt. Am 19. Dezember 1919 trat die neugewählte Synode zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Schon bei dieser ersten Tagung wurde der Synode seitens des Oberkirchenrats eine Vorlage betr. den Anschluß der Coburger Landeskirche an die Landeskirche Bayerns vorgelegt, da kurze Zeit vorher, am 30. November 1919, die Bevölkerung des Coburger Landes in ihrer Mehrheit für den staatlichen Anschluß an den Freistaat Bayern sich ausgesprochen hatte. Es wurden die Grundsätze aufgestellt, die als Grundlage für den kirchlichen Anschluß dienen sollten. Die Verhandlungen mit dem protestantischen Oberkonsistorium wurden von dem in seinem Amt bestätigten Oberkirchenrat, zu dessen Vorsitzenden mit der alten Coburger Amtsbezeichnung Generalsuperintendent Dr. Kükenthal-Coburg gewählt worden war, in mehreren mündlichen Besprechungen in München, zu denen auch Synodalvertreter zugezogen wurden, weiter und zu Ende geführt. Im August 1920 nahm die bayrische Generalsynode in Ansbach das ihr vom Münchener Oberkonsistorium vorgelegte Abkommen mit der evangelischen Landeskirche Coburg betr. Vereinigung mit der bayrischen Landeskirche an, dem die Coburger Landessynode am 10. Januar 1921 ihre Zustimmung gab. Am 1. April 1921 trat der Vertrag über den Anschluß der Coburger Landeskirche an die evangelisch-lutherische Landeskirche Bayerns r. d. Rh. in Kraft. Sind mit dem Vertrage auch nicht alle Wünsche erfüllt worden, die man glaubte, im Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung der Coburger Landeskirche stellen zu dürfen, so bleibt doch die kirchliche Eigenart des Coburger Kirchenwesens auf lange Zeit hinaus gewahrt, und an der Bevölkerung unseres Landes wird es liegen, sich zu erwerben, was sie von ihren Vätern geerbt hat, um es auf immer zu besitzen. Nicht leichten Herzens, sondern mit dem Gefühl tiefer Wehmut wurde das Band gelöst, das uns seit den Tagen der Reformation mit den Glaubensgenossen in Thüringen verband. Dankbar gedenken wir dessen, was wir von Thüringen, dem Stammlande Luthers, was wir von der Landes-

universität Jena empfangen haben. Der Wille des Volkes, das Schicksal, ist es gewesen das uns zu den fränkischen Stammesbrüdern nach Bayern geführt hat. Getreu und getrost in gegenseitigem Vertrauen wollen wir uns zusammenfinden in dem Letzten und Höchsten und auf dem Grunde, der da gelegt ist, der da ist Jesus Christus. Möge in seinem Dienste auch das Dekanat Coburg der evangelisch-lutherischen Landeskirche Bayerns das Seine leisten und auch in Zukunft der Väter sich wert erweisen!

Wir stehen am Ende unserer Schilderung der kirchlichen Kriegsarbeit und glauben gezeigt zu haben, daß die Kirche während des Krieges nicht versäumt hat, ihre Pflicht zu erfüllen und ihre Arbeit an der Seele des deutschen Volkes zu tun. Es wird ihre Aufgabe sein müssen, was sie im Kriege begonnen hat, auch im Frieden weiterzubauen, damit ihre Gemeinden kräftige und lebendige Glieder am Leibe unseres deutschen Volkes bilden. Wenn wir an die Fülle dessen denken, was unsere Gemeinden während des Krieges geleistet haben, müssen wir voll Dankes sein gegen den Herrn der Kirche, der sie stark gemacht hat, vieles zu tun und zu leisten, was ohne ihre treue Arbeit überhaupt ungetan geblieben wäre.

Gott segne die Arbeit unserer Kirche zum Wohle unseres deutschen Volkes und Vaterlandes für alle Zukunft!

# Die Schule.

Vom Geh. Regierungs- und Oberschulrat a. D. Dr. Beck.

Der Krieg ist nicht nur ein äußeres Geschehen, in dem der Soldat mit Einsatz seines Lebens kämpft, er ist eine Angelegenheit aller, seien sie dem Kriegsschauplatz auch noch so fern, und jeder nimmt sowohl geistig in Schmerz und Freude, in Trauer und patriotischer Begeisterung, als handelnd in patriotischer Arbeit aller Art daran teil.

Das gilt auch für die Schule und für diese im Lande Coburg um so mehr, als hier das Schulwesen so reich und vielseitig ausgebildet ist wie irgendwo.

Wir haben an staatlichen Anstalten ein Gymnasium, dessen Schülerzahl vor dem Krieg sich auf etwa 180 belief, mit 13 Lehrern, eine Oberrealschule mit 500 Schülern und 19 Lehrern, ein Lehrerseminar mit 100 Schülern und 7 Lehrern, eine höhere Töchterschule mit 300 Schülerinnen und 4 Lehrern, eine Baugewerkschule mit 36 Schülern im Sommer, 60 im Winter und 7 Lehrern, eine Landwirtschaftliche Winterschule mit 30 Schülern und einem Direktor, in Neustadt b. Coburg eine Industrie- und Gewerbeschule mit 300 Schülern und 5 Lehrern; in den Stadt- und Landorten zählen wir etwa 10000 Schüler mit 199 Lehrern. Unter städtischer Verwaltung stehen in der Stadt Coburg die Volksschulen mit 3000 Kindern und 63 Lehrern und die Rast'sche Gewerbeschule mit 550 Schülern und 5 Lehrern. An die Volksschulen schließt sich die Fortbildungsschule mit dreijährigem Kursus. (In den vorstehend angegebenen Zahlen sind nur die Direktoren und hauptamtlichen Lehrer der verschiedenen Anstalten vor dem Krieg inbegriffen, nicht die Lehrerinnen und nebenamtlichen Lehrer). Eine Gründung aus Interessenkreisen ist die hiesige Handelsfachschule, deren Knabenabteilung vor dem Krieg 160, die Mädchenabteilung 24 Teilnehmer hatte.

Zunächst war es natürlich die Pflicht der Schulen, dem gesetzlichen Lehrplan auch während des Krieges gerecht zu werden, dann aber, die vorgeschriebenen Lehraufgaben zu den Ereignissen des Krieges nach Möglichkeit in Beziehung zu setzen und auch außerhalb des planmäßigen Unterrichts alle wichtigen Begebenheiten zu würdigen und alle Veranstaltungen des Schullebens so zu treffen, daß die Jugend zu erhöhter Teilnahme an der gewaltigen Erhebung unseres Volkes und zur Vertiefung vaterländischen Denkens und Fühlens erzogen werde. Insbesondere dienten diesem Zweck die sogenannten Kriegsstunden, die für die älteren Schüler in der Regel alle 14 Tage abgehalten wurden.

Die Erfüllung dieser Aufgaben, die durch den Krieg den Schulen in Deutschland überall gestellt waren, wurde erschwert durch die Einziehung der Lehrer zum Heer, durch Inanspruchnahme älterer Schüler für industrielle und landwirtschaftliche

Tätigkeit, durch Mangel an Heizmaterial, durch anderweitige Verwendung der Schulhäuser, und auch unser Schulwesen hat den Druck dieser Umstände empfinden müssen, aber so schwer, wie viele Großstädte und Industrieorte, wo der Unterricht wochen- und monatelang ganz ausgesetzt werden mußte oder nur in wenigen Wochenstunden Unterricht erteilt werden konnte, haben wir nicht zu leiden gehabt. Der Unterricht konnte in unseren Schulen mit geringen Ausnahmen planmäßig durchgeführt werden. An einzelnen Tagen freilich fiel ebenso wie anderswo auch bei uns der Unterricht aus, so bei den gegen Ende des Krieges leider immer seltener werdenden Siegesfeiern, die in der Schule zu patriotischen Festtagen gestaltet wurden, so an den Werbetagen für die Kriegsanleihen, wobei sich die Schuljugend besonders lebhaft beteiligte. Allein die Schulen der Landstädte und Landorte Coburgs brachten durch ihre Werbetätigkeit für die 9 Kriegsanleihen 4 Millionen Mark auf. Auch alle andern Kriegssammlungen erregten die Jugend zu freudigem Eifer. Metalle, Altpapier, Bucheckern, Laubheu und viele andere vom Kriegsamt geforderte Gegenstände wurden von den Schülern in Masse eingeliefert, und bei der Goldsammlung wurden an Zehn- und Zwanzigmarkstücken vom Gymnasium 21000, von der Oberrealschule 60000, vom Lehrerseminar 14000 und von der Alexandrinenschule 8800 Mark nebst alten Goldsachen im Wert von 1600 Mark bei der Reichsbank zum Verkauf gebracht. Die Mädchen in Stadt- und Landschulen strickten, so lange Wolle vorhanden war, Strümpfe und Binden für die Soldaten, die älteren arbeiteten auch an Soldatenhemden und der Ausbesserung schadhafter Wäschestücke. Die Sammlung von Beiträgen für das Rote Kreuz, die Nationalstiftung, die Ostpreußenhilfe, die Hindenburg- und Ludendorff-Spende ließen sich viele Schüler angelegen sein, und die Landschulen brachten — wie bereits erwähnt — im ersten Kriegsjahre für die Coburger Lazarette 118 Weihnachtsgänse und während des Krieges über 19000 Eier nebst anderen Eßwaren. Für die großen Erfolge aller dieser Sammlungen und Arbeiten ist die anregende und mithelfende Tätigkeit der Lehrer von vorbildlicher und entscheidender Bedeutung gewesen.

Die älteren Schüler der Stadt wurden in Anspruch genommen von der Feuerwehr, die durch die Einziehung viele Mitglieder verloren hatte, sie halfen bei der Überführung der Verwundeten in die Lazarette. Um den Stockungen in der Verteilung der notwendigen Massengüter, wie Kohlen und Brennholz, bei dem empfindlichen Mangel an leistungsfähigen Pferden zu begegnen, wurde auch hier ein Schülerhilfsdienst eingerichtet, um mit Handwagen, die vom Magistrat angeschafft wurden, Aufträge der Stadtbevölkerung auszuführen.

Besonders betont wurde von allen Kriegsämtern die Beteiligung der Schüler höherer Lehranstalten am landwirtschaftlichen Hilfsdienst, und an vielen Orten wurden zu diesem Zweck auf Anordnung der Kriegswirtschaftsämter höhere Lehranstalten ganz oder klassenweise geschlossen. In unserem Lande erwies sich eine solche Maßregel als unnötig. Wir haben zumeist kleinere Bauernhöfe, einen eigentlichen Großgrundbesitz gibt es nicht. Daher ersetzten in der Regel die Frauen mit Tatkraft und Sachkenntnis die im Felde stehenden Männer, lediglich die sachkundige Hilfe

ihrer eigenen Angehörigen in Anspruch nehmend. Nur auf einigen größeren Gütern und nur für kürzere Zeit wurde die Unterstützung hilfsbereiter Schüler angerufen, und gar manche suchten truppweise bei der Landwirtschaft Arbeit, ohne sie zu finden.

Den vollgiltigsten Beweis von vaterländischer Opferwilligkeit gaben aber die Schüler der höheren Schulen — von den Schulen, deren Schulpflicht nur bis zum 17. Lebensjahre dauert, kann hier weniger die Rede sein —, die im Heere dienten und im Feindesland dem Feind die Stirn boten. Es gab eine Zeit, es ist so lange noch nicht her, da gefiel man sich darin, von einer verweichlichten oder wurmstichigen Jugend der höheren Schulen zu sprechen. Der große Krieg hat dieses Urteil Lügen gestraft. Auch diese Jugend hat während des langen, schweren Ringens bewiesen, daß sie zu allen Opfern, die die Not der Zeit von ihr fordert, nicht nur bereit, sondern auch fähig und stark ist.

Teils als Freiwillige, teils als Dienstpflichtige stellte das Gymnasium über 100 Schüler zum Heere. Von diesen fielen 14: Max Methfessel, Albert Kahlert, Paul Himmelreich, Alfred Henne, Rudolf Methfessel, Franz Löffler, Rudolf Brockmann, Hans Simon, Hermann Luthardt, Willy Lehmann, Herbert Grasser, Willy Junker, Walter Schiller, Kurt Grempel. Von früheren Schülern fielen 112.

Die Oberrealschule stellte 113 Schüler. Von diesen fielen 19: Hans Joachim v. Bassewitz, Fritz Brückner, Walter Catterfeld, Alfred Ehrlich, Erich Flocken, Karl Girbert, Fritz Kiese, Otto Möser, Lothar Müller, Karl Münscher, Friedrich Reiße, Alfred Rudolph, Willi Sattler, Albert Schmidt, Kurt Schmidt, Hans Störbeck, Alfred Vogt, Hans Voll, Fritz Wirsing. Von früheren Schülern fielen etwa 200.

Das Ernst-Albert-Seminar stellte 79 Schüler. Von diesen fielen 17: Wilhelm Hein, Carl Reichardt, Albert Wittmann, Erich Reich, Erich Brauns, Alexander Schmidtkanz, Johann Zetzmann, Erich Pechtold, Hans Simon, Friedrich Reuter, Albert Dio, Hermann Lobenstein, Albert Decker, Georg Lieb, Alfred Enrich, Hermann Gerlicher, Hermann Artmann.

Die Baugewerkschule stellte 48 Schüler. Von diesen fielen 17: Paul Blank, Gustav Faber, Albert Feiler, Ludwig Gatzer, Albert Gehrlicher, Karl Groß, Wilhelm Hammerer, Ernst Immler, Hugo Kiesewetter, Hans Köhler, Emil Marr, Alfred Nitsch, Karl Recknagel, Willi Schilling, Hugo Schmidt, Ernst Strehl, Willi Wittig.

Von früheren Schülern der Landwirtschaftlichen Winterschule fielen 38.

Die Handelsfachschule stellte 19 Schüler. Von diesen fielen Ernst Schulz und Franz Fuhrmann. Von den bei Ausbruch des Krieges noch schulpflichtigen Schülern der Rast'schen Gewerbeschule starben 22 den Heldentod: Emil Albrecht, Franz Bernreuther, Ernst Berzersdorf, Paul Dreißigacker, Edmund Dressel, Julius Esch, Max Escher, Gustav Fink, Artur Fischer, Fritz Fleischmann, Karl Geisthardt, Andreas Klüglein, Max Köhler, Otto Krautwurst, Alfred Lang, August Luther, Karl Morgenroth, Mathias Müller, Fritz Sorge, Ludwig Schwager, Adolf Steiner, Albert Zapf.

An Lehrern entsandte zum Heere das Gymnasium 5, die Oberrealschule 14, das Lehrerseminar, die Alexandrinenschule und die Neustadter Industrie- und Ge-

werbeschule je 2. Von diesen fiel der Oberlehrer am Seminar Dr. Max Treibich im Gefecht, die Oberlehrer der Oberrealschule Eduard Töpfer und Dr. Ferdinand Güntzel starben an den Folgen des Krieges.

Da die 199 Lehrerstellen der Landschulen meist mit jüngeren Kräften besetzt waren, wurden während des Krieges 131 Landlehrer eingezogen, von denen 31 fielen: Karl Aumüller, Ludwig Barnickel, Karl Benersdorfer, Albin Brückner, Franz Eckardt, Ferdinand Fischer, Franz Georgi, Paul Grobe, Edwin Großmann, Reinhold Hofmann, Reinhold Jacob, Willi Kratsch, Albin Müller, August Müller, August Ortlepp, Walter Portsch, Ernst Probst, Albert Reblitz, Georg Reichardt, Franz Schmidt, Kurt Schwesinger, Willi Spindler, Ernst Stubert, Albert Wicht, Albert Will, Ewald Wolf, Alfred Wiegand, Julius Geißhardt, Oswald Wolf. Edmund Berbig und Alfred Neun starben infolge Krankheit.

Die städtischen Schulen stellten von ihren 63 Lehrern 38 zum Heere, von denen E. Lindner, Richard Popp, Robert Butz, Heinrich Müller und Friedrich Faber fielen, Oberlehrer Max Brückner starb an den Folgen einer Verwundung. Die Rast'sche Gewerbeschule stellte ihre fünf hauptamtlichen Lehrer, von denen der Gewerbelehrer Adolf Gutmann fiel.

Dieser große Ausfall von Lehrkräften, der an die zurückgebliebenen naturgemäß erhöhte Anforderungen stellte, konnte noch am leichtesten ersetzt werden bei den höheren Schulen. Da deren obere Klassen durch den Eintritt der Schüler ins Heer stark entvölkert waren, ließen sie sich unschwer zusammenlegen, und in wenigen unbesetzten Fächern leisteten Kollegen der verwandten Anstalten gern willkommene Hilfe. Schwieriger gestaltete sich die Sache für die Schulen der Stadt Coburg und ganz besonders für die Landschulen, von denen mehrere auf zwei bis drei Nachbarorte verteilt werden mußten. Die verwaiste Schule in Leutendorf z. B. gab ihre Kinder für mehrere Jahre an die Schulen in Beikheim (bayrisch), Steinach a. d. St. und Neuses a. Br. ab. An manchen Orten bot sich freiwilliger Ersatz durch pensionierte Lehrer, durch Lehrerinnen, Landgeistliche und andere zum Unterrichten befähigte Personen. Auch gelang es, manche Lehrer, die nur für den Garnisondienst tauglich waren, für ihren eigentlichen Beruf zurückzugewinnen. Die durch den Krieg veranlaßte stärkere Arbeitslast hinderte indessen die Lehrer nicht, sich zahlreich zu den Vorträgen zur Verfügung zu stellen, die in den hiesigen Lazaretten zur Unterhaltung und Belehrung der Verwundeten gehalten wurden. Besondere Schwierigkeit verursachte es, daß die städtische Heiligkreuzschule in ein Lazarett umgewandelt wurde. Infolgedessen mußten Schulen, die kein eigenes Heim besitzen und in jenem Schulgebäude Unterkunft gefunden hatten, auf die Wanderung gehen und je nachdem im Gymnasium, in der Oberrealschule und der Alexandrinenschule eine nicht bleibende Stätte suchen. Daß unter diesen Verhältnissen der einheitliche Vormittagsunterricht nicht festzuhalten war, und daß vielfach zum Nachmittagsunterricht zurückgegriffen werden mußte, ist nicht verwunderlich.

Die größte Einbuße erlitt durch die Kriegszustände das Turnen. Seine Hallen in der Stadt waren von Lazaretten besetzt, und so sah es sich auf den öffentlichen

Turnplatz beschränkt. Die herzogliche Reitbahn, die eine Zeit lang die turnende Jugend aufgenommen hatte, wurde bald anderen Zwecken dienstbar gemacht.

In der Landwirtschaftlichen Winterschule mußte in den Jahren 1916/17 und 1917/18 der Unterricht auf zwei Monate herabgesetzt werden, und 1918/19 fiel er ganz aus, weil der Direktor, der einzige hauptamtliche Lehrer, mit der Leitung und Geschäftsführung der Landesstelle für Speisefette und Eier betraut wurde.

Die regelmäßigen Ferien mußten wegen der Kohlennot öfters um eine Woche verlängert werden. Eigenartig aber waren die Ferien, die die Schulen der Stadt Coburg vom 23. November bis 11. Dezember 1918 erlitten. Infolge eines Gerüchtes, es stehe eine Einquartierung von 20—30 000 Mann bevor, wurden alle Schulen geräumt. Als sich dann herausstellte, daß für die Unterbringung der ankommenden Soldaten die sonst verfügbaren Räume genügten, nahm der Unterricht automatisch wieder seinen Anfang.

Die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst war früher entweder durch die Versetzung in die Obersekunda der höheren Lehranstalten oder für den Bezirk des 11. Armeekorps durch eine Prüfung vor der Kommission in Cassel erreicht worden. Mit Beginn des Krieges wurde diese Prüfung den Schulen überwiesen, bis nach Schluß des Krieges die Einjährig-Freiwilligen-Einrichtung beseitigt wurde.

Mehr als durch diese Prüfungen wurden die höheren Schulen beschäftigt durch die außerordentlichen Reifeprüfungen. Die erste derselben fand gleich nach der Kriegserklärung am 8. August 1914 für Kriegspflichtige und Kriegsfreiwillige der ersten Klasse des Gymnasiums, der Oberrealschule und des Lehrerseminars mit Erlaß der schriftlichen Arbeiten statt. Später mußten im langen Verlauf des Krieges solche Prüfungen öfter abgehalten werden für Oberprimaner, die Gestellungsbefehl erhalten hatten. Aber den Schülern, die, ohne der Oberprima anzugehören, schon bei Anfang des Krieges ins Heer eingetreten waren, mußte es von Jahr zu Jahr schwieriger werden, in der regelmäßigen Weise zum Reifezeugnis zu gelangen. Daher war es ein Gebot der Billigkeit, daß auch junge Leute, deren Versetzung aus der Obersekunda in die Unterprima spätestens Ostern 1914 (später in 1915 abgeändert) erfolgt war, und die dem Heere angehörten, zur sogenannten Kriegsreifeprüfung unter erleichterten Bedingungen zugelassen wurden. Zu diesem Zweck wurde ihnen auf Antrag der Schulbehörden ein kurzer Urlaub erteilt. Aber auch ohne Prüfung konnte das Reifezeugnis erteilt werden nach der Vereinbarung der Bundesregierungen vom 25. März 1919, die lautet: „Kriegsteilnehmern, die in den Schuljahren 1914—16, also bis Ostern 1917, regelrecht nach Unterprima versetzt und von der Schule aus ins Heer eingetreten sind, oder die nach längerem als einjährigem Besuch der Obersekunda das Zeugnis der Primareife erworben haben, wird das Zeugnis der Reife ohne Prüfung zuerkannt, wenn sie zum Schluß des Krieges im Heeresdienst waren oder kriegsbeschädigt sind." Wenn auf diese Weise hie und da einer zu einem Zeugnis gekommen ist, das er auf dem Wege des Friedens schwerlich erreicht hätte, so hat er es trotzdem reichlich verdient.

Not- oder Kriegsreifeprüfungen wurden abgehalten im Gymnasium 14, in der Oberrealschule 15, im Lehrerseminar (Vor- und Reifeprüfungen) ebensoviele.

Die Schülerzahl blieb in den meisten Schulen ungefähr die gleiche wie vor dem Kriege, abgesehen von denen, die zum Heere einberufen wurden. Größere Änderungen zeigten sich nur in der Rast'schen Gewerbeschule, der Fortbildungsschule in Coburg und der Industrie- und Gewerbeschule in Neustadt. Zum Besuch der Rast'schen Gewerbeschule mit einem Unterricht von neun Wochenstunden sind verpflichtet alle männlichen Arbeiter in der Stadt (Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge) bis zum Ende des Schuljahres, in dem sie das 17. Lebensjahr vollendet haben. Die ungelernten Arbeiter, sowie Metzger, Bäcker und Friseure, besuchen die städtische Fortbildungsschule. In der Gewerbeschule nahm die Zahl der zum Handwerk gehenden Lehrlinge ab, die Zahl der ungelernten Arbeiter vermehrte sich, weil sie in der Kriegsindustrie besser bezahlt wurden. Erst 1918 stieg die Zahl der neu eintretenden Lehrlinge wieder auf den Friedensstand. Ebenso trat eine Verschiebung in den Berufen ein. Die Zahl der Korbmacherlehrlinge sank um die Hälfte, die der Bau- und Maschinenschlosser stieg auf das Dreifache, die Lehrlinge im Baugewerbe verschwanden fast ganz. Endlich war in den Jahren 1916/18 ein großer Teil der Lehrlinge der verschiedensten Berufe, besonders der Maschinenschlosser, wegen Kriegslieferungen vom Unterricht befreit, sodaß eine Anzahl Lehrlinge teilweise bis zu zwei Jahren die Schule nicht besuchten.

In der städtischen Fortbildungsschule (dreijähriger Kursus mit 5 Wochenstunden, während des Krieges auf zwei herabgesetzt) ergab sich eine Verminderung der Schülerzahl dadurch, daß die jungen Leute aus Bayern ausblieben und für die Nahrungsmittelgewerbe und für Friseure sich nur wenige Lehrlinge einfanden.

Auch in der Mädchen-Fortbildungsschule fehlte der Zuzug von außerhalb. Besonders stark zurück ging die Zahl der Kinder- und Dienstmädchen, die bei der überall sich nötig machenden Sparsamkeit weniger gesucht waren und in der Industrie reicheren Verdienst fanden.

Besonders groß war die Veränderung der Schülerzahl in der Industrie- und Gewerbeschule zu Neustadt. Von 309 bei Beginn des Krieges sank sie auf 189, um dann 1920/21 sogar auf 486 zu steigen. Die während des Krieges abgehenden Schüler gehörten hauptsächlich der heimischen Spielwarenindustrie an und wurden von den besser bezahlten Arbeiten für das Heer, besonders Geschoßfabrikation, angezogen. —

In dem Ernährungszustand war bei den Kindern, die in die Schule eingeführt wurden, nach den ärztlichen Untersuchungen ein Rückgang nicht festzustellen. Als aber nach Schluß des Krieges die Quäkerspeisungen (über diese und die Unterbringung hilfsbedürftiger städtischer Kinder auf dem Lande ist an einer anderen Stelle dieses Buches ausführlicher berichtet) eingerichtet und zu diesem Zweck die Kinder aller Schulen in der Stadt untersucht wurden, ergab sich eine große Anzahl unterernährter und zwar besonders aus den sogenannten besseren Ständen, aus der höheren Töchterschule zehn Prozent der Schülerinnen.

Warmes Frühstück war schon früher an etwa 60 arme Kinder verabreicht worden; im Krieg stieg deren Zahl auf 250. Aber in zwei Wintern mußte diese milde Gabe aus Mangel an Milch und Suppe wegfallen. An der Mittagsspeisung in der Volksküche des Alexandrinenvereins nahmen über 100 Kinder teil. Auch die Herzogin-Witwe Marie und die regierende Frau Herzogin trugen ihrerseits zur Ernährung armer Kinder reichlich bei. —

Der Gesundheitszustand in den Schulen war während des Krieges im allgemeinen nicht schlecht. Aber infolge mangelnder häuslicher Pflege, und infolge des Fehlens guter und billiger Seife mehrten sich die Verlausungen und Krätzeerkrankungen besonders in den letzten Kriegsjahren in unheimlicher Weise. Da viele Väter zum Heere eingezogen und die Mütter deshalb zu höheren Arbeitsleistungen genötigt waren, fehlte es in den Familien oft an der nötigen Zucht und Beaufsichtigung der Kinder. Die Folgen davon waren nicht nur in der Schule selbst, besonders in der Steigerung der versäumten Unterrichtsstunden zu bemerken, sondern mehr noch in dem sonstigen Gebahren. Dazu stieg die Zahl der jugendlichen Diebe bedenklich, zumal bei den aus der Volksschule entlassenen Schülern.

Hoffentlich gelingt es den zuständigen Behörden, bald Mittel zu finden, um die heranwachsende Jugend in allen Teilen des Volkes wieder an Zucht und Ordnung und Pflichterfüllung zu gewöhnen.

## Gesundheitswesen.

Von Obermedizinalrat Dr. Hönisch, Bezirksarzt.

Dank des zunehmenden Wohlstandes und der guten Verdienstmöglichkeiten trat die coburgische Bevölkerung gut, reichlich bis überernährt in den Weltkrieg ein. Die Volksgesundheit war so gut wie nie gewesen; Seuchen, als einzige eigentlich nur noch die Tuberkulose, waren dank der Bekämpfungsmaßnahmen auf niemals erreichte Zahlen gesunken.

Der Heeresdienst, gewissermaßen eine Hochschule der Gesundheit und der Willensstählung, die soziale Versicherung, Freude an Sport und Spiel, die alte, deutsche Lust am Wandern, die Jugendbewegung, die ungerufen aus dem Brunnquell deutscher Volkskraft entsprang, glichen hier und da auftretende Verweichlichung und Verfallserscheinungen reichlich aus. Ernstere Schäden lagen auf seelischem Gebiete, wo die materialistische Weltanschauung den deutschen Idealismus bereits ernstlich angegriffen hatte.

Aber all' diese Schatten verschwanden wie ein Spuk unter dem herrlichen Einswerden des deutschen Volkes in dem Gedanken: „Wir haben den Krieg nicht gewollt." Und gerade dieses gute Gewissen, bei einem so ausgesprochenen Gemütsvolke wie dem deutschen von ganz anderer Bedeutung als den nüchternen feindlichen Verstandesvölkern, löste die ungeheuren Kräfte aus, gleich staunenswert im Handeln und Dulden, welche unsere Feinde klarer als wir selbst erkannten, und die

sie jetzt sogar noch fürchten, wo wir körperlich und seelisch zermürbt und wehrlos sind.

Die Einstellung auf das Hochziel „Vaterland" ließ mit einem Schlage all die Kleinigkeiten des täglichen Lebens, die vielen, kleinen Nöte der persönlichen Gesundheit vollkommen verschwinden, und diese Zucht hielt bis in die spätere Kriegszeit vor, um am Kriegsende zusammenzubrechen. Jedoch findet man auch heute noch bei ausgeglichenen, tieferen Naturen eine feste, seelische Selbstzucht, die klagelos das eigne Leid hinter das große Elend des Volkes zurückstellt.

Wie gewaltig der Weltkrieg in das Gesamtleben eingriff, und welche Massen der Heerbann an sich zog, zeigt folgende amtliche Zusammenstellung.

Das Coburger Land mußte unter Zugrundelegung der letzten Volkszählung von 1910, dem natürlichen Abgang durch Tod, und Zugang durch Geburten

Ende 1917 . . 77 103 Einwohner zählen,
vorhanden waren . 66554
es fehlten also . . 10509 = 13,7 %.

Die Volksernährung wurde bis 1916 langsam auf Kriegsbrot, Zuteilung von Fleisch und Butter umgestellt, was bis Ende 1916 ohne merkbare Schäden geschah. Erst der Kohlrübenwinter 1916/17 förderte solche zu Tage in Gestalt schneller Abmagerung, besonders bei älteren Leuten, langsamer Zunahme der Todesfälle an Schwindsucht und Altersschwäche, da für Lungenkranke die Nahrung nicht mehr gehaltreich genug und für ältere Personen zu schlackenreich war. Im Laufe des Sommers 1917 traten zahlreiche, ruhrartige Darmkatarrhe auf, jedoch bis auf Ausnahmen gutartig verlaufend. Für Kranke, werdende Mütter wurden auf ärztliche Zeugnisse hin besondere Lebensmittelzusätze gewährt, nach vorausgegangener Prüfung durch einen Ausschuß, dem 2 Amtsärzte und 1 prakt. Arzt angehörten. Zugleich bestand die Möglichkeit der Berufung und Nachuntersuchung, welche von vermeintlich Benachteiligten selbst beantragt werden konnte. 1919 durchliefen 16500 Zeugnisse den Prüfungsausschuß. Die Geburtenzahl sank auf fast 1/3, die Säuglingssterblichkeit stieg.

Merkwürdig war der Rückgang der Selbstmorde um die Hälfte. Ein Grund dafür war sicher das Fehlen des Alkohols, ein anderer die Tatsache, daß die körperlich und seelisch zerrütteten Menschen angesichts der großen Volksnot ihre eigenen Gebrechen geringer achteten und bis zum äußersten ihre Menschenpflicht erfüllten. In jedem Falle wurde den Ursachen nachgegangen, jedoch war der Krieg niemals der unmittelbare Grund zum Selbstmord, erst nach dem Umsturz drückte der Gram über das Unglück des Vaterlandes einem Manne die Waffe in die Hand.

Das 5. Kriegsjahr 1918 stand noch mehr unter der dauernden Unterernährung, die im August ihren Höhepunkt erreichte. (Näheres siehe spätere Zusammenstellung). Kaum 1/3, eine Woche sogar darunter, des Friedenssolls an Nahrung entfiel auf den Kopf. Das Ergebnis einer im August vorgenommenen Nährwertberechnung wurde außer den amtlichen Behörden auch den Richtern mitgeteilt, welche die düsteren Zahlen bei der Aburteilung entsprechend verwerteten.

Die Ernährungsschäden wurden noch tiefere. Weitere Gewichtsverluste durch Schwund des Fettpolsters bis zur Entstellung, auch der Muskeln trat ein, weswegen sich auch die körperliche Leistungsfähigkeit verminderte und Ermüdung nach den leichtesten Anstrengungen eintrat. Die Harnabsonderung, besonders nachts, steigerte sich infolge vermehrter flüssiger Nahrung, des damit eintretenden, stärkeren Genusses von Kochsalz und Verringerung von wasserbindenden Kohlenwasserstoffen. Die Darmausscheidungen wurden massiger infolge der schlackenreichen Kost, die Darmträgheit verschwand zumeist unter dem Andrang der Massen. — Diese Zustände trafen den Städter ungleich mehr als die Selbstversorger und Landbewohner. Der Städter handelte also aus Notwehr, als er zur Selbsthilfe griff. Schleichhandel und Wucher waren die natürlichen Folgen, Zersetzung der Achtung vor dem Gesetz eine selbstverständliche Begleiterscheinung.

Auch das Nervenleben erlag allmählich der dauernden Hochspannung. Erhöhte Reizbarkeit und schnelle Erschöpfung wurden oft beobachtet. Der Blick lenkte sich hauptsächlich auf die alltäglichen, kleinen Bedürfnisse. Die Arbeit wurde ein müdes Frohnden, die Arbeitsfähigkeit sank bis zum Schluß des Jahres als natürliche Folge der jahrelangen Unterernährung, der seelischen und geistigen Anspannung. „Mach End, o Herr, mach Ende aus aller unserer Not!" Das war die überwiegende Gemütsstimmung im Herbste 1918.

Die Geburtenzahl ging zurück auf 30,67 %. Schwindsuchtstodesfälle nahmen zu, Hauterkrankungen, Verlausungen, Krätze traten infolge Seifenmangels und fehlender Badegelegenheit gehäufter auf. Geschlechtskrankheiten infolge der geschlechtlichen Zügellosigkeit mehrten sich. Nikotinmißbrauch ergriff breite Kreise, leider auch die Jugend, in welcher sich häufig auch sonstige Schäden, besonders Zuchtlosigkeiten, zeigten.

Um Sommersmitte zog als Seuche, von Spanien kommend, die Grippe ein, anfänglich gutartig, mit Oktober aber in bösartiger Form. Es erkrankten laut Angaben der größten der Coburger Kassen, der hiesigen Ortskrankenkasse, hauptsächlich jüngere Leute, am schwersten wurde das mittlere Alter getroffen, hingerafft zumeist die gutgenährten Landbewohner, unter ihnen ⅔ Frauen. Die Ernährung spielte bei der Erkrankung und dem Ableben gar keine Rolle; dürftige Kranke kamen vielfach am besten durch. Als einziger dauernder Schaden ist zu erwähnen das Aufleben alter, schlummernder Tuberkulosen und das schnelle Wegsterben schwerer Tuberkulöser. Diese Auffassungen wurden schon zum Schluß der Seuche geäußert, erhärtet wurden sie durch 1919 erfolgte Veröffentlichungen der in der Schweiz arbeitenden Lebensversicherungen, wonach die Grippetodesziffer in der vorzüglich ernährten Schweiz die 3 ½fache war gegenüber dem schlecht ernährten Deutschland.

Die Versorgung der zahlreichen Kranken war nur unter größter Arbeitswilligkeit der daheimgebliebenen Ärzte (15 von 27) möglich, welche die Behandlung der Privat- und Kassenkranken neben ihrer Lazarettätigkeit leisten mußten. Die Grippe war eben in der Abnahme, als der Umsturz kam und zur jähen Auflösung des Heeres führte. Die Sanierungsanstalten an den Grenzen wurden verlassen, ein

großer Teil der Entlassenen kam ohne jede ärztliche Untersuchung in die Heimat zurück, zum Teil aus den verseuchten Oststaaten. Nur Erfassung jedes Einzelnen konnte vorkommende Erstfälle seuchenhafter Krankheiten feststellen, und diese Untersuchung gelang dadurch, daß niemand Lebensmittelkarten erhielt, der nicht ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis beibrachte. So wurden insbesondere die Ungeziefererkrankheiten festgestellt, entsprechenden Anstalten überwiesen und für die Allgemeinheit unschädlich gemacht. Neben strenger Durchführung dieser Maßnahmen hat aber ein günstiger Stern in dieser Zeit über dem Coburger Lande gestanden, das seuchenfrei blieb, während im Kreise Schleusingen ein Pocken- und in Bamberg sich ein Fleckfieberherd bildete.

Düster stieg das Jahr 1919 herauf, vom immer noch anhaltenden Zurückströmen der Feldzugsteilnehmer drohten der erschütterten Volksgesundheit schwere Gefahren. Wohl war der Kampf der Waffen mit den Feinden zu Ende, aber die Unruhen im Inneren zerrütteten Seele und Nerven noch mehr, und als furchtbarste Feindwirkung für das zermürbte Deutschland dauerte die Hungerblockade fort. Unseren Gegnern waren die traurigen Zustände des deutschen Volkes bekannt, trotzdem ließen sie erst im Juni Nahrungsmittel herein. Die Weltgeschichte wird einst hierüber zu Gericht sitzen.

Als neue Erkrankung der Unterernährung machte sich bei der schnellwachsenden Jugend die Spätform der englischen Krankheit bemerkbar, die Gehen und Stehen erschwerte und oft langdauernde Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte.

Während die Zahl der Schwindsuchtstodesfälle zurückging, stieg die Zahl der Tuberkulosekranken, zumeist hervorgerufen durch die vorjährige Grippe. Syphilis nahm auf dem Lande und in der Stadt stark zu, leider fiel ein Teil dieser Kranken infolge der Freigabe der im Kriege unterdrückten Pfuscheranzeigen Betrügern in die Hände, obwohl jeder Kranke kostenlose Behandlung in der 1919 im hiesigen Krankenhause eingerichteten Beratungsstelle für Geschlechtskranke erhielt. Behördliche Maßnahmen zur Bekämpfung auf der einen Seite, auf der andern Niederreißen aller Schutzdämme durch Erlaubnis betrügerischer Anzeigen, durch Mangel an Einsicht, Gewissenlosigkeit und Gewinnsucht. Die Erkenntnis, daß diese Zügellosigkeiten nur zur Volksschädigung führt, hat sich bei der Regierung und den Volksvertretern noch nicht in bessernde Taten umgesetzt.

Wohl führte die Besserung der Ernährung in der 2. Jahreshälfte eine leichte Hebung des körperlichen Zustandes herbei, aber die allzulange Unterernährung, schwere Blutarmut und Hinfälligkeit beeinträchtigten die Arbeitsleistung immer noch stark. Schloß 1918 noch mit einer Bevölkerungsabnahme von 526 Köpfen, so war 1919 ein Überschuß von 175 vorhanden. Mit der erhöhten Geburtenzahl stieg aber auch die Säuglingssterblichkeit, im Amtsgerichtsbezirk Coburg-Land von 29 auf 48 Todesfälle, zum Teil durch die größere Anzahl lebensschwach geborener Kinder. So starben von obigen 48 21 im 1. Monat, sicher infolge Schwächung durch Kriegsfolgen. Diese Zahl wog um so schwerer, als während des Krieges durch Mangel an Kuhmilch und Gummisaugern die Stillzahl auf dem Lande bis 95 % hinauf-

gangen war, die Säuglinge also bis auf Ausnahmen die Segnungen der Mutterbrust erhalten hatten. Einzelne Ruhrfälle, vom großen Seuchenherde bei Eisfeld eingeschleppt, blieben durch sofortige Absonderung vereinzelt. Bis auf Diphtherie, die in Neustadt stärker, aber gutartig auftrat, blieb das Coburger Land entgegen allen Befürchtungen nicht allein von Feldseuchen frei, sondern wurde auch von sonstigen ansteckenden Krankheiten in so geringem Maße heimgesucht wie seit langen Jahren nicht. In dem schweren Leid, das sich in Gestalt des grausamen Friedens auf das deutsche Volk niedersenkte, einer der wenigen Lichtblicke.

Im Jahr 1920 läßt sich weitere körperliche Erholung feststellen, aber das Gemüts- und Seelenleben machte noch gewaltige Schwankungen durch, bewegte sich in Gegensätzen und ließ jede Sammlung, jedes feste Ziel vermissen. Neigung zu mystischer und spiritistischer Betätigung trat weit mehr als früher auf. Die Geburtenzahl stieg beträchtlich, während die Sterbezahl, besonders der Schwindsucht, sank. Die Selbstmordziffer ging wieder hinauf, die Zahl der ansteckenden Krankheiten, abgesehen vom Geschlechtsleiden, war aber günstiger als in Friedensjahren. Die geschlechtliche Zügellosigkeit nahm zu, ebenso der Hang zu oberflächlichen Vergnügungen. Als der schwarze Tod 1375 vorüber war, berichtet ein Chronist: „Da hub ein großes Tanzen an, da sah man springen Frau und Mann". Eine ähnliche Tanzwut stellte sich jetzt ein, nachdem sich eben Millionen Gräber geschlossen und eben noch die Opfer der Hungerblockade fielen. Die Tanzsucht ergriff selbst Kreise, die sittlich unversehrt durch den Krieg gekommen waren. Tänze, unschön und häßlich, unbewußt an eine Urform des Tanzes, das geschlechtliche Werben erinnernd, kamen auf. Die Sucht zum Ausleben wurde selbstverständlich nicht allgemein, aber vielfach. Der im Kriege geübte Opfersinn schlug zum Teil in zügellose Selbstsucht um.

Die Ernährung verschlang große Summen, eine fühlbare Hilfe war das zu billigem Preise abgegebene, vorher tierärztlich untersuchte Fleisch von Maul- und Klauenseuche erkrankter Tiere.

Über den Ernährungszustand der Schulkinder in der Stadt Coburg bot die um die Wende 1920/21 vorgenommene, amtsärztliche Untersuchung von fast 4000 Schulkindern für die Quäkerspeisung genauen Aufschluß. Sie geschah nach dem von den amerikanischen Quäkern genau vorgeschriebenen Verfahren, das feststellte:

1. Das Gewicht,
2. Die Größe,
3. Das Alter,
4. Die aus diesen 3 Ermittlungen gewonnene Entwicklungs-Durchschnittszahl, gesondert für Knaben und Mädchen,
5. Die prozentuale Abweichung bis 30 über oder unter dieser Zahl,
6. Dazu kam das Schlußurteil der beiden Amtsärzte, welche auf Grund ihrer 4jährigen Tätigkeit im Prüfungs-Ausschuß für Lebensmittelzusatzzeugnisse daselbst vermerkte schlechte Gesundheiten, bezw. Belastung durch die Eltern, berücksichtigten.

Diese Feststellungen ergaben die überraschende Tatsache, daß in den höheren Lehranstalten, die von einer großen Zahl Kinder von Landwirten und Kriegsgewinnlern besucht wurden, die Ernährungsnote I. (vorzüglich) mit 7 % zwar mehr vertreten war als in den Mittel- und Volksschulen, daß aber in den Klassen II. u. IV. die Volksschulen durchweg besser abschnitten als die Mittel- und höheren Schulen.

So betrug die Zahl der schwer unterernährten Knaben in den höheren Schulen trotz der Kinder von Landwirten und begüterten Leuten . . . . . 12,3 %,
in den Mittelschulen . . . . 6,1 %,
in den Volksschulen . . . . . 4,4 %.

Im Einzelnen lautete das Untersuchungsergebnis sämtlicher Schulkinder der Stadt Coburg in Prozenten:

| Klassen-einteilung | Höhere Schulen 690 | | Mittelschule 573 | | Volksschulen 876 | | Bemerkungen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Knaben | Mädch. | Knaben | Mädch. | Knaben | Mädch. | |
| Kl. I. | 7.— | 7.8 | 3.2 | 2.6 | 1.5 | 1.8 | vorzüglich ernährt |
| „ II. | 39.1 | 43.7 | 46.1 | 37.9 | 57.9 | 43.1 | leicht unterernährt |
| „ III. | 41.6 | 38.6 | 44.6 | 45.7 | 36.2 | 45.6 | ausgesproch. „ |
| „ IV. | 12.3 | 9.9 | 6.1 | 13.8 | 4.4 | 9.5 | schwer „ |
| | 100 % | 100 % | 100 % | 100 % | 100 % | 100 % | |

Weitere Zahlenreihen dienen zur Erhärtung der vorherigen, allgemeinen Ausführungen:

Bevölkerungsbewegung im Coburger Lande.

| | Einwohnerzahl | Geburten | Sterbefälle |
|---|---|---|---|
| 1903 | | 2286 | 1484 + 802 |
| 1910 | 74818 | 2051 | 1416 + 635 |
| 1914 | | 1927 | 1126 + 765 |
| 1915 | | 1387 | 1164 + 223 |
| 1916 | | 925 | 1259 — 334 |
| 1917 | 66554 | 897 | 1278 — 381 |
| 1918 | | 801 | 1527 — 526 |
| 1919 | | 1434 | 1259 + 175 |
| 1920 | | 1798 | 1160 + 638 |

Rückgang der Geburten von 1903 bis 1917 auf 39 %
„ „ „ „ „ „ 1918 „ 30,6 %.

Verhältnis der verstorbenen Säuglinge zur Zahl der Neugeborenen im Amtsgerichtsbezirk Coburg-Land.

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1911 | . . | 86 : 527 = | 18,5 % |
| 1917 | . . | 41 : 184 = | 12,8 % |
| 1918 | . . | 30 : 203 = | 14,7 % |
| 1919 | . . | 48 : 376 = | 12,7 % |

Anteil der Säuglingsterblichkeit an der Gesamttodeszahl im Amtsgerichtsbezirk Coburg-Land.

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1917 | . . | 30 : 319 = | 9,43 % |
| 1919 | . . | 48 : 260 = | 18,46 % |
| 1920 | . . | 122 : 545 = | 22,38 % im Bezirksamt ohne die 3 Städte. |

Tuberkulosesterblichkeit nach % im Amtsgerichtsbezirk Coburg-Land

| | |
|---|---|
| 1913 . . . . . | 6,7 % |
| 1918 . . . . . | 13 % |
| 1919 . . . . . | 7,28 % |
| 1920 im Bezirksamt ohne die 3 Städte | 9,19 % |

Zahl der Schwindsuchtstodesfälle in Coburg-Stadt.

| | |
|---|---|
| 1917 . . . . | 70 |
| 1918 . . . . | 82 |
| 1919 . . . . | 54 |
| 1920 . . . . | 39. |

Selbstmorde im Amtsgerichtsbezirk Coburg mit Stadt.

| | |
|---|---|
| 1912 . . . . . | 20 |
| 1913 . . . . . | 18 |
| 1917 . . . . . | 9 |
| 1918 . . . . . | 12 |
| 1919 . . . . . | 11 |
| 1920 im Bezirksamt Coburg mit Stadt | 19. |

Nährwertberechnungen.

Tägliches Friedenssoll für den arbeitenden Erwachsenen: 2700 Nährwerteinheiten.

| | | 1918 | 1919 | |
|---|---|---|---|---|
| April: | Durchschnitt der auf Karten verausgabten Nahrungsmittel . | 1380 | 1268 — 112 | Nährwert-einheiten |
| August: | „ „ . . | 946 | 1472 + 526 | |
| Letzte Augustwoche | „ . . | 805, d. h. roh, mit den bei der Zubereitung eintretenden Abfällen und den unverdauten Abgängen, die bei dem 92% ausgemahlenen, kleiehaltigen Mehl sehr große waren. | | |

Das sind die schwärzesten Zahlen in der ganzen Zusammenstellung.

All diese Mißstände wurden in ihrer ganzen Härte stets dem Staatsministerium mitgeteilt, schon 1917 der Ausbau des gesamten bewährten Fürsorgewesens angeregt und auf Beschaffung größerer, staatlicher Mittel gedrungen.

Das erste Ergebnis war die Bereitstellung eines Teils der Steuerzuschläge für Wohlfahrtszwecke, schließlich Gewährung laufender Mittel, zuletzt in Höhe von 20000 Mark, wozu noch ebenso hohe einmalige Unterstützungen der beiden 1920 eröffneten Walderholungsstätten, Wüstenahorn und Neustadt kamen, auch die Beihilfen der Städte waren verhältnismäßig hoch. Die Thüringische Landes-Versicherungsanstalt wendete 1919 fast 90000 Mark auf. Auch glückte es den Leitern des Staatsministeriums, einzelne Stiftungen beträchtlich aufzufüllen und damit kommenden, mageren Jahren vorzubauen.

Das Fürsorgewesen zur Bekämpfung von Gesundheitsschäden, sich gliedernd in Wöchnerinnen-, Säuglings-, Kleinkinderfürsorge, Tuberkulose- und Geschlechtskrankenfürsorge, war beim Übergang nach Bayern soweit entwickelt, daß drei Fürsorge- und neun Hilfsfürsorgestellen das Coburger Land betreuten. Vom bayrischen Staatsministerium wurde es geradezu als vorbildlich bezeichnet. Um diese hochentwickelten Wohlfahrtseinrichtungen dem Coburger Lande dauernd auf guter Höhe zu erhalten, wurde den Coburgischen Unterhändlern eine ärztliche Denkschrift mitgegeben, welche die damalige Entwicklung unseres Wohlfahrtswesens beleuchtete. Schließlich gelang es, in den Coburgisch-Bayrischen Staatsvertrag vom 14. Februar 1920 folgenden Zusatz aufzunehmen: „Der bayrische Staat wird dafür sorgen, daß die in dem bisherigen Freistaat Coburg bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere für die Säuglingsfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten, im bisherigen Umfange erhalten bleiben." Damit ist für die Zukunft viel gewonnen. Da aber die Ansprüche fortgesetzt steigen, die Geldentwertung noch zunimmt, so wird die Arbeiterschaft, für welche das Fürsorgewesen einst begründet wurde, auch später zu den Lasten beitragen müssen, wenn sie Wert auf Erhaltung oder Ausbau der Wohlfahrtseinrichtungen legt. Die Lasten trugen bisher der Staat, die Gemeinden, Fürstlichkeiten und der gute Mittelstand, der jetzt zumeist verarmt ist und schwer zu ringen hat. Die Verschiebung der Erwerbsver-

hältnisse ist, wie das günstige Ernährungsergebnis der Volksschulen zeigt, hauptsächlich den Eltern der Volksschulbesucher zugute gekommen und drückt sich in dem günstigen Stande der Ernährungsklassen II—IV aus. Aus dieser Erkenntnis wird dereinst auch die sittliche Pflicht erwachsen, beizusteuern an der Erhaltung der Wohlfahrtseinrichtungen, wie es vorbildlich bereits im nahen Kulmbach und Erlangen geschehen ist.

Auf diesem Gebiete der werktätigen Nächstenliebe müssen wir einander die Hände reichen und verstehen lernen zur Behebung der schweren, gesundheitlichen Kriegsschäden, zum heiligen Dienst am Vaterland.

Noch immer gleicht unser Volk einem Kranken, der körperlich ein schweres Leiden durchgemacht hat, dessen Seelen- und Gemütsleben aber gleichzeitig bis in die Tiefe erschüttert wurde, und solche Kranke brauchen nach ärztlicher Erfahrung neben körperlicher Pflege und seelischem Verstehen eine lange Erholung. Und daran soll jeder mitarbeiten, der den Opfersinn über die Selbstsucht stellt und über das Wort die Tat.

# Die Landwirtschaft.

Von Veterinärrat Dr. Lungershausen.

## 1. Stand der Landwirtschaft vor dem Kriege.

Als der Weltkrieg 1914 über Deutschland hereinbrach, traf er die Coburger Landwirtschaft in einer erfreulichen Blüte. Es muß jedoch gleich von vornherein gesagt werden, daß das Land Coburg nicht annähernd die durch eine gute Bodenbeschaffenheit begründete Fruchtbarkeit besitzt wie viele Gegenden unseres Vaterlandes. Ein großer Teil der bewirtschafteten Grundstücke besteht aus nährstoffarmen Bodenarten, besonders bringt die außerordentlich wechselreiche Keuperformation unsichere, oft ganz geringe Ernten. Viel seltener ist der fruchtbare Jura, der plateauartig aus dem Keuper hervortritt, und das angeschwemmte Land in den Tälern, das die Arbeit des Landwirts am besten lohnt. Die mittlere Jahrestemperatur Coburgs beträgt 7,7° C, die mittlere Niederschlagsmenge 659,7 mm. Die frostfreie Periode dauert im Durchschnitt 170 Tage. Die Winde kommen vorwiegend aus NW. und W. Die Meereshöhe schwankt zwischen 275 und 519 m.

Der größte Teil des Bodens wird landwirtschaftlich benutzt. Das landwirtschaftliche Einheitsmaß ist der Coburger Acker = zirka 29 ar. Nach der Aufnahme im Sommer 1900 dienten im Herzogtum Coburg als

| | | ha. | % der Gesamtfläche |
|---|---|---|---|
| I. | Acker- und Gartenländereien | 27793,7 | 49,5 |
| II. | Wiesen . . . . | 9284,5 | 16,5 |
| III. | Weiden und Hutungen . | 1137,4 | 2,0 |
| IV. | Weinberge . . . . | 23,7 | — |
| V. | Forsten und Holzungen . | 15898,0 | 28,2 |
| VI. | Haus- und Hofräume . . | 434,1 | 0,8 |
| VII. | Öd- und Unland . . | 116,7 | 0,2 |
| VIII. | Wegeland, Friedhöfe, Gewässer usw. | 1544,6 | 2,8 |

Große Änderung in der Benutzung des Bodens sind seitdem nicht vorgekommen. Der größte Teil der landwirtschaftlich benutzten Flächen fällt auf die eigentlichen Bauerngüter. Nur ein kleiner Teil wird im Nebenberufe bearbeitet.

Der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe nach ist der Grund und Boden in Prozent in folgender Weise verteilt:

Von 100 Betrieben entfallen auf:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Parzellenbetriebe | unter | 2 ha. | 59,9 |
| kleinbäuerliche Betriebe | unter | 2—5 „ | 14,7 |
| mittelbäuerliche Betriebe | von | 5—20 „ | 21,3 |
| großbäuerliche Betriebe | von | 20—100 „ | 3,8 |
| Großbetriebe | über | 100 „ | 0,2 |

Die Größe der einzelnen Betriebe und ihre Anzahl ist aus nachstehender Statistik ersichtlich:

| Landwirtschaftlich benutzte Fläche der einzelnen Betriebe | Anzahl der einzelnen Betriebe | Gesamtfläche ha. |
|---|---|---|
| bis 1 ha. | 3954 | 1552,05 |
| 1—2 „ | 933 | 1417,46 |
| 2—5 „ | 1200 | 4412,10 |
| 5—10 „ | 907 | 8351,28 |
| 10—20 „ | 834 | 14106,56 |
| 20—50 „ | 288 | 9141,40 |
| 50—100 „ | 22 | 1750,02 |
| 100—200 „ | 16 | 2238,91 |
| 200—500 „ | 3 | 1018,38 |
| | Sa.: 8157 | 43988,16 |

Weitaus der größte Teil der Betriebe bewirtschaftet eigenen Besitz. Gepachtetes Land gab es nur rund 5170 ha.

Vor 60 Jahren waren noch 24 geschlossene Domänengüter mit zusammen fast 9000 Acker Land vorhanden und 32 Rittergüter mit einer Größe von 120—500 Acker. Durch Parzellierung und Verkauf ist die Zahl der Domänengüter auf 7, die der Rittergüter auf etwa 16 zurückgegangen.

Die Agrarwirtschaft des einzelnen Bauernhofs litt meist sehr durch eine starke Zersplitterung des Grundbesitzes, da in der Regel die Zahl der einzelnen Acker (Parzellen) eine sehr hohe und ihre Größe nur gering war.

Diesem Übelstande wurde abgeholfen durch das neue Gesetz über die Zusammenlegung. Nach diesem wurde etwa in den letzten zehn Jahren durch die lebhafte Tätigkeit der von Preußen nach Coburg verlegten Spezialkommission der größte Teil der Fluren des Amtsgerichtsbezirks Rodach, der Kornkammer Coburgs, separiert.

Die einzige, auf Grund und Weiden ruhende Steuer war die Grundsteuer, die pro Steuereinheit den 75. Teil des festgesetzten steuerbaren Jahresertrages eines Grundbesitzes darstellte (10 Pfg. für einen Hektar der ersten Klasse und 20 Pfg. der zweiten Klasse usw.). Von dieser Steuer wurde seit 1905 nur die Hälfte erhoben.

Über Arbeiter- und Dienstbotenverhältnisse wurde schon von je in Coburg Klage geführt, da die besser rentierende Industrie höhere Löhne zahlen konnte. In der Landwirtschaft wurden für Knechte 300 Mark und für Mägde etwa 200 Mark im Jahre ausgegeben, gelegentliche Trinkgelder ausgenommen. Für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wurde ein Jahreslohn von 600 Mark für männliche und 330 Mark für weibliche Arbeiter zu Grunde gelegt.

Eisenbahnen gab es nach sechs Richtungen. Die Staatsstraßen und auch die Ortsverbindungswege befanden sich infolge weitgehender Verwendung von Basaltbeschotterung in gutem bezw. leidlichem Zustande.

Die Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse war wegen der großen Bedürfnisse der dichten Bevölkerung, besonders auch des angrenzenden Thüringer Waldes, eine gute. Wurde doch in Verbraucherkreisen direkt behauptet, durch jede neue Bahn nach dem Gebirge zu seien die Coburger Preise in die Höhe gegangen.

Trotzdem bewegten sich die Preise für landwirtschaftliche Produkte in mäßigen Grenzen:

Weizen 10—12 Mark per Zentner,
Roggen 8—10 „ „ „
Gerste 8—10 „ „ „
Hafer 6—7 „ „ „
Schlachtvieh (beste Qualität) 100 Mark p. Ztr. Schlachtgewicht,
Wurstkühe 40 Mark per Zentner Schlachtgewicht,
Schweine 60—70 Mark,
Butter 1—1,20 Mark per Pfund,
Eier 5—6 Pfg. per Stück,
Milch 18 Pfg. per Liter,
Käse 50 Pfg. per Pfund.

Stieg einmal der Verkaufspreis von Schweinefleisch bis etwa 1 Mark per Pfund, so setzte regelmäßig der „Fleischnotrummel" in der Presse ein.

Aus dem Munde hervorragender auswärtiger Landwirte, die uns besuchten, hörte man öfters das Urteil, die Coburger Landwirte seien gute Viehzüchter, aber schlechte Ackerbauern. Dies wurde begründet mit der Schmalbeetkultur, der mangelhaften Unkrautvertilgung, der sogenannten Rainbegrenzung der Acker, der geringen Tiefe der Ackerfurche, der ungenügenden Anwendung von künstlichem Dünger und der vielfach wenig sorgfältigen Auswahl des Saatgutes. Immerhin muß hervorgehoben werden, daß in den letzten 30 Jahren auch im Ackerbau wesentliche Fortschritte gemacht wurden, besonders durch Neubeschaffung und Anwendung von landwirtschaftlichen Maschinen und durch Abstellung oben gerügter Mängel. Die alte germanische Dreifelderwirtschaft war meist nur noch in Spuren vorhanden. Trotzdem blieb die Fruchtbarkeit des Bodens eine geringe. Das lag vor allem an dem großen Regenbedürfnis vieler Bodenarten, insbesondere waren in heißen Sommern die Kies-, Sand-, Keuper- und Kalkgegenden zu üppigem Pflanzenwuchs schlecht geeignet. Dies galt in erster Linie für Sommergetreide, während Wintergetreide, das aus der niederschlagsreicheren Jahreszeit die Feuchtigkeit in die Vegetationsperiode des Sommers mit herüber nahm, aus diesem Grunde viel besser gedieh. In Zeiten anhaltender Dürre wurde oftmals der Boden so hart, daß er gar nicht gepflügt werden konnte.

Fast die Hälfte aller Coburger Dörfer liegen in halber oder ganzer Höhenlage und leiden bei Trockenheit oft empfindlich unter Wassermangel und dem durch Wasserfahren umständlichen Wirtschaftsbetriebe. Bei Feuersgefahr kommen hierdurch viele Dörfer in große Not.

Die Anbaufläche für die einzelnen Fruchtgattungen war in den letzten 60 Jahren ungefähr gleichgeblieben. Hafer wurde in der Neuzeit mehr angebaut als früher, während der Anbau der übrigen Getreidearten zurückgegangen war. Dinkel, Einkorn, Ölfrüchte, Lein und Hopfen waren zuletzt fast ganz verschwunden.

Es wurden bebaut:

| | 1878 ha. | 1900 ha. | % |
|---|---|---|---|
| Weizen | 3546 | 3562,0 | 12,8 |
| Roggen | 4745 | 4192,5 | 15,1 |
| Gerste | 3254 | 3085,5 | 11,1 |
| Hafer | 3759 | 4391,6 | 15,8 |
| Hülsenfrüchte | 1049 | 794,1 | 2,7 |
| Kartoffeln | 2817 | 3226,0 | 11,6 |
| Runkeln | 748 | 900,3 | 3,2 |
| Klee | 2630 | 2660,6 | 9,6 |

Der Durchschnittsertrag in den Jahren 1910—1914 erhellt aus folgenden amtlichen Erhebungen:

| | Dopp.-Zentn. vom ha. | | Dopp.-Zentn. vom ha. |
|---|---|---|---|
| Winterweizen | 16,2 | Hafer | 15,6 |
| Sommerweizen | 15,9 | Kartoffeln | 118,6 |
| Winterroggen | 15,4 | Klee (als Heu) | 48,8 |
| Sommerroggen | 11,8 | Luzerne (als Heu) | 59,3 |
| Sommergerste | 18,1 | Wiesen (als Heu) | 47,6 |

Die immerhin umfangreichen Wiesen erleichterten durch ihre große Ausdehnung die Viehhaltung. Durch natürlichen und künstlichen Dünger wurden die Wiesen wesentlich verbessert, ebenso durch Meliorationen, sodaß der Ertrag in den letzten 50 Jahren vor dem Kriege ungefähr auf das Doppelte gestiegen war.

Der Obstbau war seit alters heimisch, hatte aber unter der Ungunst örtlicher Verhältnisse sehr zu leiden. Die Bestrebungen des Gartenbauvereins und der Landesbaumschule waren ohne großen Erfolg geblieben, woran die große Zersplitterung in allen möglichen Obstsorten auch mitbeteiligt war.

Wein wurde nur noch in der Gegend von Königsberg in Franken gebaut. Während die Zahl der Obstbäume bis 1900 wesentlich gestiegen war, ging der Weinbau etwas zurück. Er umfaßte 1900 nur noch 23,7 ha.

Der Waldbestand war in 50 Jahren um 2—3 % gestiegen, sodaß er etwa 28 % der Bodenfläche umfaßte, 36 % davon waren Domänenforsten, 30 % Privatforsten. Weitaus der größte Teil fiel auf Kiefern (41,7) und Fichtenbestände (28,6%).

Ihrem Ertrage nach lieferten im Jahre 1900:

1. Nutzholz . . . 20980,41 fm.
2. Brennholz . . . 16745,19 „
3. Stock- und Reisholz . 13106,65 „
4. Eichenlohe (in trocknem Zustande) 103.81 „

In den Gemeinden, deren Fluren separiert waren, hatte sich eine freie Bewirtschaftung der Felder bewährt. Da, wo noch Rücksicht auf die Dreifelderwirtschaft genommen werden mußte, waren die Erträgnisse zweifellos erheblich geringer. Die Ursache war besonders darin zu suchen, daß bei der Separation zugleich auch eine Regulierung der Wasserläufe und Entwässerung sumpfiger Grundstücke vorgenommen wurde.

Viehzucht.

| Im Jahre 1855 gab es: | | 1914: |
|---|---|---|
| Pferde . . | 660 | 3107 |
| Rinder . . | 23991 | 30261 |
| Schafe . . | 20075 | 2888 |
| Schweine . | 8317 | 29406 |
| Ziegen . . | 3186 | 10298 |

Es hatte sich also die Zahl der Pferde, Schweine und Ziegen ganz erheblich, die Zahl der Rinder mäßig vermehrt, und die Zahl der Schafe war erheblich zurückgegangen. Die Erklärung war zu suchen in der Einführung der landwirtschaftlichen Maschinen, die vielfach nur von Pferden gezogen werden können, und dem beispiellosen Sinken der Wollpreise.

Während die Pferdezucht unter Herzog Ernst II. auf dem Callenberg gepflegt wurde, ging sie später erheblich zurück. Coburg war in dieser Hinsicht auf die benachbarten Gestüte in Bockstadt und Rentweinsdorf angewiesen. Durch den Landwirtschaftsrat und einzelne Private, sowie durch die Mitwirkung des Vereins der Pferdefreunde wurden im Jahre 1905 mehrere Oldenburger Hengste in Unterlauter und Schweighof aufgestellt.

Viel bedeutender war die Rindviehzucht, die seit Jahren den Stolz des Coburger Landwirts bildete, und die als Zuchtziel Zug-, Mast- und Milchvieh erstrebte und in dem Zugochsen einen wichtigen Exportartikel lieferte. Eine Kuh kostete etwa 400—500 Mark, ein paar Zugochsen 1200—1400 Mark. Die Coburger Zucht war hervorgegangen aus einer Kreuzung des einheimischen Frankenviehs mit eingeführtem großen Höhenfleckvieh (Simmentaler).

Der Rückgang der Schafe war um so mehr zu bedauern, als im Herzogtum Coburg immer noch genügend Hutland vorhanden war, dessen frühere bessere Verwertung verloren ging. Die Grundlage der Coburger Schafzucht war das fränkische Landschaf, daneben das Rhönschaf, seltener das Württemberger Schaf, die dann durch auswärtige Schafe zu veredeln versucht wurden, freilich mit nur geringem Erfolg.

Von dem ehemaligen Coburger Landschwein war keine Spur mehr vorhanden, da der gegenwärtige Schweinebestand durch Kreuzung mit hochgezüchteten Rassen (Yorkshire, veredeltes Landschwein, Marschschwein) zu schnell mastfähigen Tieren veredelt wurde. Schweine wurden besonders auch von Industriearbeitern, die vielfach ein eigenes Haus besitzen, gemästet und im Hause geschlachtet. Zum Ankauf von

Ferkeln boten die Märkte in Coburg, Neustadt und Rodach, auf welche auch aus bayrischen und meiningischen Dörfern, ferner von Händlern aus der Provinz Hannover Tiere angeliefert wurden, gute Gelegenheit. Gute Ferkel wurden das Paar mit 40—50 Mark bezahlt, während im Jahre 1876 ein Ferkel sogar einmal für drei Kreuzer zu kaufen war. Angeblich fand damals mancher Käufer von zwei gekauften Saugschweinen zu Hause drei im Sack vor. Mastschweine wurden in den Coburger Exportschlachtereien in hoher Zahl angekauft und vielfach auch noch von den großen Schweinemärkten (Berlin, München) und von Schweinemastanstalten eingeführt.

Die Ziegenzucht hatte sich seit der Gründung des Coburger Ziegenzuchtverbandes 1906 ganz wesentlich gehoben. An Stelle der früheren silbergrauen oder schwarzbunten Landziege waren Schweizer Rassen (Saanen- und Toggenburger) getreten, die wegen ihrer höheren Milchergiebigkeit und ihres höheren Körpergewichts mit Recht bevorzugt wurden.

Geflügelzucht wurde früher nur nebenbei betrieben, in den letzten Jahrzehnten wurde ihr aber auch mehr Beachtung geschenkt und neue Anregung durch zahlreiche Geflügelausstellungen zugeführt. Im Jahre 1907 wurden gezählt: Gänse 7905, Enten 1361, Hühner 66391 und Truthühner 979. Zahlreiche Geflügelzuchtvereine ließen sich die Zucht reinrassiger Tiere angelegen sein, ein Bestreben, das jedoch oft, besonders auch bei Tauben, in eine Fexerei ausartete und auf den Nutzungseffekt keine Rücksicht nahm.

Die Kaninchenzucht wurde durch zahlreiche Vereine auf ein höheres Niveau gebracht. Trotz vielfach sportmäßiger Grundsätze muß den Kaninchenzuchtvereinen das Verdienst, fruchtbarere, große und fleischreiche, wenn auch in der Ernährung etwas anspruchsvollere Tiere geschaffen zu haben, zugesprochen werden.

Die Fischzucht war infolge Trockenlegung zahlreicher Teiche sehr zurückgegangen. Sie wurde eigentlich nur noch von einigen Gütern, Gemeinden und Privaten, die über größere Teiche verfügten, nebenbei betrieben.

Die herzoglichen Güter, sowie diejenigen mit mehr als 200 Acker unmittelbar zusammenhängender Bodenfläche hatten eine eigene Jagd, sonst besaß das Jagdrecht die Gemeinde, die es meist verpachtete. Nur ausnahmsweise beteiligten sich die Bauern an der Jagd, meist wurde sie von reichen Kaufleuten und Industriellen aus der Stadt gepachtet. Das Jagdgeld wurde dann den einzelnen Eigentümern nach der Größe ihres Anwesens überwiesen.

Die Staatsregierung Coburgs hatte die Wichtigkeit der Landwirtschaft schon vor Jahrzehnten erkannt und ihr eine fürsorgliche Förderung zuteil werden lassen. Der hochselige Herzog Ernst II. war bemüht, auf den Mustergütern Ernstfarm und Callenberg Beispiele für eine neuzeitliche Bewirtschaftung zu geben, insbesondere hatte er sich um die Hebung der Pferde- und Rindviehzucht große Verdienste erworben. Der von der Staatsregierung im Jahre 1883 begründete Landwirtschaftsrat beschäftigte sich regelmäßig mit allen Fragen, die eine Verbesserung des landwirtschaftlichen Betriebes erstrebten. Die im Jahre 1900 gegründete staatliche landwirt-

schaftliche Winterschule gab Landwirtssöhnen nach Beendigung der Schulzeit eine vorzügliche Gelegenheit, sich fachmännisch auszubilden. Viele junge Landwirte waren diesem Bildungsinstitute zu großem Dank verpflichtet, boten aber auch zum Nutzen der Allgemeinheit die Garantie für eine künftige rationelle Bewirtschaftung ihrer Höfe. Die dem Landwirtschaftsrat angegliederten 11 landwirtschaftlichen Vereine erstreckten sich auf alle Teile des Coburger Landes und hatten durch eine lebhafte Vereinstätigkeit und durch viele gediegene Vorträge, zu welchen einheimische, gelegentlich aber auch auswärtige qualifizierte Kräfte gewonnen wurden, viel Gutes geleistet.

Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hatten die im Coburger Land verbreiteten 16 Raiffeisenvereine zu einer blühenden Entwickelung gebracht. Dreschmaschinengenossenschaften, Bodenkulturgenossenschaften, Weide-, Bullen- und Schafhaltungsgenossenschaften waren noch in einer ganzen Anzahl im Raume der von ihnen festgelegten Programme zum Segen für alle tätig.

Das landwirtschaftliche Versicherungswesen war in der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, ferner in der Landesviehversicherungsanstalt, bei welcher etwa ein Viertel des gesamten Rindviehbestandes versichert war, und in anderen Ortsviehversicherungsvereinen zum Vorteil der Versicherungsnehmer und des von Schaden Betroffenen in einer mustergiltigen Weise geregelt. Der Landwirtschaftliche Verein für das Herzogtum Coburg, dem die Führung der landwirtschaftlichen Vereine zugesprochen werden muß, konnte schon im Jahre 1907 auf eine 50jährige ersprießliche Tätigkeit zurückblicken. Er hatte in Coburg sieben landwirtschaftliche Ausstellungen abgehalten und sich ebenso wie die landwirtschaftlichen Vereine im Itzgrund, in Neustadt, Rodach und in Sonnefeld für die Neubelebung auf dem Gebiete des Ackerbaus und der Viehzucht hohe Verdienste erworben.

Im alten Coburger Bauernhofe befanden sich die bäuerliche Wohnung und der Viehstall unter einem Dache. Beide waren durch eine Tür unmittelbar verbunden. Niemand empfand den Geruch nach Viehstall unangenehm. Tat des Nachts ein Kälbchen nur einen unrechten „Blöker", so zeigten sich alsbald die treubesorgten Augen der Bäuerin, ohne daß zuvor eine große Toilette notwendig war.

Das Haustier der Coburger Bauern war das Rind, das vor Jahrzehnten auch die hauptsächlichste Spannkraft darstellte.

Der Coburger Bauer ließ von jeher seinem Vieh eine hervorragende Fürsorge angedeihen; er war stets ein vorzüglicher Fütterer und Viehpfleger. Die Liebe zu seinem Vieh war stets bei ihm an erster Stelle; große, gängige Ochsen, schöne, gutmilchende Kühe waren der Stolz der ganzen Familie. Sein Vieh und seine Wiesen waren oft seine einzige Freude. Bei eintretender Krankheit holte er für sein Vieh vielleicht eher den Tierarzt als für seine Familie den Arzt, und so war das böse Wort entstanden:

„Weibersterben ist kein Verderben,
Aber Viehverrecken, das macht Schrecken."

Seinen Patienten im Stalle gab er willig Bier und Milch, Wein und Eier. Ging einmal ein Stück Vieh zu Grunde, so dachte er regelmäßig an sein eignes Ende. Große Verluste im Viehstalle lösten bei ihm stets den Gedanken an Sein und Nichtsein aus. Manche Bäuerin war tagelang wie krank, wenn der Metzger ein Kälbchen aus dem Stall fortholte. Viehschinderei galt dem Bauer als ein Zeichen ausgesprochener Gemütsroheit. Manchmal hörte man von ganz einfachen Leuten die biblischen Worte gebrauchen: „Der Gerechte erbarmt sich seines Viehs." Der Bauer sah es auch als ein Unrecht an, daß das Rind in allen seinen Vertretern Schimpfworte abgeben mußte für blöde und ungeschlachte Menschen und empfand darin mehr eine Beleidigung für sein Vieh, ebenso verstand er es nicht, daß man von einer Kuh, die trinkt, sagte „sie säuft", und von einem Menschen, der soff, „er trinkt." Beim Betreten des Viehstalls seines Freundes wünschte er diesem regelmäßig „Glück im Stalle!"

Neben der Ausnutzung als Spanntiere stand die Zucht und die Milchnutzung seinen Anschauungen über Viehzucht am nächsten. Reine Abmelkwirtschaften, die frisch milchende Kühe ankauften und sie am Ende der Milchperiode als Wurstkühe zum Schlachten (meist mit erheblichem Verlust) verkauften, gab es in der Hauptsache nur auf größeren Gütern und in kleinen Wirtschaften in der Nähe der Städte. Diese „Milchfabriken" versorgten in erster Linie die Städte reichlich mit Milch, rentierten aber bei einem Verkaufspreis der Milch von 18 Pfg. pro Liter und dem großen Aufwand für Kraftfutter und anderen Unkosten schon damals nicht.

Die früher gut betriebenen Viehmärkte, auf denen insbesondere die Coburger Ochsen als Exporttiere für die norddeutschen Zuckerfabriken einen guten Namen hatten, waren infolge des sonstigen lebhaften Handels durch Händler eingegangen.

Die Viehstallungen hatte der Coburger Bauer vielfach neu aufgebaut, erst später kam sein Wohnhaus an die Reihe. Im Stalle wählte er eine Einrichtung nach modernen hygienischen Grundsätzen, wenn möglich mit einer Tränkanlage.

Der landwirtschaftliche Stall- und Hofbetrieb war durch das Aufkommen der elektrischen Überlandzentralen bequemer geworden, das elektrische Licht wurde in Haus und Stall angenehm empfunden und dort, wo es noch nicht vorhanden war, sehnlichst begehrt. Die elektrische Kraft zum Antrieb der Maschinen stellte in den Gemeinden, welche sich der elektrischen Einrichtung erfreuten, sozusagen ein Gegengewicht dar gegen die immer schwieriger werdenden landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse.

Die Fürsorge für sein Vieh veranlaßte den Coburger Bauer in erster Linie zu einer sorgfältigen Pflege seiner Wiesen und seiner Futter- und Rübenäcker. Trotz des reichlich vorhandenen Stallmistes, der im Coburger Land infolge der großen Rinderzahl in reichem Maße produziert wurde, entschlossen sich allmählich die Landwirte, durch Vorträge in Vereinen und durch die Tätigkeit der Raiffeisenvereine angeregt, in stärkerem Maße zur Anwendung von Kunstdünger. Es lag jedoch die Zeit noch nicht weit zurück, in welcher in ganzen Dörfern noch kein Pfund Kunstdünger angewendet wurde, und ein Schultheiß erklärte: „Wir sind

nicht so reich, daß wir für solches Zeug noch Geld ausgeben können". Von manchen Bauern wurde sogar der Kunstdünger als eine Ursache von Viehseuchen erklärt.

Der Coburger Bauer war seit jeher ein fleißiger und gewissenhafter Arbeiter, der keine Mühe scheute, vorwärtszukommen und seinen landwirtschaftlichen Betrieb in Stall und Feld auf die Höhe zu bringen. Die Arbeitsleistung anderer Stände pflegte er zu bemessen nach der hierzu nötigen körperlichen Anstrengung. Sichtbarem Fleiß und Eifer brachte er in jedem Berufe Achtung entgegen. Geistige Arbeit bewertete er nur gering. Die Tätigkeit der studierten Leute schätzte er nur dann, wenn sie praktischen Zwecken diente, oder wenn sie es verstanden, durch List und Witz ihr Ziel zu erreichen und die Lacher auf ihre Seite zu bringen. Anderseits wurde aber auch noch nach Generationen erzählt, wenn einmal ein Schultheiß dem Herrn Landrat oder ein einfacher Bauer einem Advokaten oder eine Arbeiterfrau, wie vor zwei Menschenaltern in Neuses b. Cob., dem Herrn Pfarrer ein Schnippchen geschlagen hatte.

Da der Bauer in der Stadt außer wenigen Kaufleuten fast nur Leute sah, die sich auf der Straße befanden und gerade keine sichtbare Arbeit leisteten, sondern scheinbar müßig umhergingen, so bildete sich auf dem Lande vielfach die Ansicht aus, die Städter seien ein großer Verein von Faulenzern und Müßiggängern. Diese Geringschätzung war als eine Reaktion aufzufassen gegenüber der oft an den Bauer herantretenden Tatsache, daß der Bauer von einem großen Teil der Städter für minderbegabt gehalten, und daß weniger aus den Kreisen der Arbeiter als der Gesellen, Handwerker, Angestellten und Kaufleute oft nur von den „dummen Bauern" gesprochen wurde. Wenn man einen Vergleich zog zwischen den geistigen Qualitäten der hier in Betracht kommenden städtischen und ländlichen Kreise, so konnte man sich einer Verwunderung nicht verschließen über die hier geschilderte, sachlich völlig unberechtigte Minderbewertung des Bauern. Mit Ärger und Betrübnis beobachtete aber noch der Bauer, daß auch in städtischen Kreisen bis in die höchsten Stellen hinein oft ein erstaunlich geringes Verständnis für die Landwirtschaft und die Schwierigkeiten ihres Betriebes bestand. Die Wertschätzung in der Stadt wurde nach seiner Ansicht zunächst begründet auf den Glanz der Uniform, auf die Paragraphen der Juristen und auf die Gelehrsamkeit der Studierten, dann noch auf die Kapitalien der Industrie und der Großkaufleute. Sie alle verfügten über hohe Gehälter und große Mittel. Die „Herren" in der Stadt und die „Großen" brachten der Erzeugung von Brot und Fleisch deshalb keine besondere Achtung entgegen, weil alles billig zu kaufen war, Wein und Schinken, Delikatessen und Leckerbissen, von Brot und Fleisch, Butter und Eiern ganz zu schweigen. Ferner hatte der Bauer manchmal in Gastwirtschaften Gelegenheit zu sehen, wie junge Leute fette Stücke, z. B. von Schweinefleisch, liegen ließen, weil sie nicht soviel Fett essen mochten. Der Landmann kam so leicht auf den Gedanken, die Städter könnten nicht richtig essen, besonders wenn er das hie und da Gesehene verallgemeinerte. Dazu kam, daß der Bauer in der Stadt oft unbekannte Delikatessen antraf, die seinem unverdorbenen Geschmack nicht zusagten. Er schloß daraus auf einen sonder-

baren Geschmack der Städter, sie hätten „Säumägen", während sich in der Stadt das Wort bildete: „Was der Bauer nicht kennt, das frißt er nicht".

Für Erholungs- und Badereisen hatte der Bauer keinen Begriff. Er fand seine Erholung in der täglichen Arbeit und erhielt sich seine Gesundheit durch den langen Aufenthalt in frischer Luft. Die Lebensweise des Bauern war einfach, die ihm im städtischen Kreisen vielfach angedichtete Üppigkeit war nur ausnahmsweise an Feiertagen oder hohen Familienfesten zu beobachten.

Viele Bauern verfügten neben zwei Arbeitsanzügen nur noch über eine bessere Sonntagskleidung. Die Nahrung für die bäuerliche Familie einschließlich der Dienstboten wurde in der Hauptsache aus dem Abwurf des eigenen Betriebes beschafft, frisches Fleisch nur ausnahmsweise gekauft. Dafür wurden im Winter ausgiebig durchgemästete Schweine geschlachtet. Schweinefleisch und geräucherter Schweinespeck bildeten zusammen mit Sauerkraut und rohen Kartoffelklößen lange Zeit hindurch im Sommer ein häufig wiederkehrendes Mittagessen. Fettreichere Nahrung stillte in hervorragendem Maße das Hungergefühl. Dabei sei an einen in manchen Dörfern bekannten Vers erinnert:

„Wenn's Sauerkraut regnet und Säuzüngle schneit,
Da wollen wir beten, daß das Wetter so bleibt."

In jedem Bauernhofe wurde das für den Hausstand nötige Brot selbst gebacken. Früher rechnete man von einem Zentner Getreide, das man dem Müller gab, einen Anfall von einem Zentner Brot. Seitdem Müller und Bäcker teurer geworden waren, kam man nicht mehr so hoch. Das Bauernbrot war kräftig gebacken und hielt nach dem Genuß an. Es wurde bis drei Wochen und darüber alt. Das leichte, frische Stadtbrot mußte auf dem Lande in großen Quantitäten verzehrt werden, bevor es den Magen füllte. Der Bauer lächelte über das nach seiner Ansicht unvollkommene Stadtbrot, lobte sich sein hausbackenes Brot, „das am besten nährt". Das Brot wurde meist in dem Gemeindebackhause gebacken, einem kleinen, massiv gebauten, kompakten Häuschen, das wegen seines gedrungenen, massigen Eindrucks oft zu Vergleichen herangezogen wurde. Nur ausnahmsweise gab es im Bauernhofe einen eigenen Backofen.

Das Bier wurde in allen Bauernhöfen als Nahrungsmittel betrachtet. Bei vielen Bauern war es Mode, das Bier als Haustrunk selbst zu brauen. Gutgeratenes, selbstgebrautes Bier wurde den Besuchern aus der Stadt mit Wohlbehagen gereicht und von diesen gern getrunken, zumal das Fabrikbier überall an Güte abnahm. Vor Jahren kostete das Bier in der Wirtschaft pro ½ Liter 10 Pfg., mußte aber nach Einführung der Biersteuer auf 12 Pfg. erhöht werden. Damals löste sich ein allgemeiner Entrüstungskrieg und ein Streik der Biertrinker in Stadt und Land aus. Wein gab es in Bauernhöfen nur ausnahmsweise. In dieser Hinsicht tat sich der Bauer hin und wieder eine Ehre in der Stadt im „Ratskeller" an, wenn er mit Suckläuen oder sonst ein gutes Geschäft gemacht hatte. In manchen Gemeinden war es Mode, in starkem Maße Apfelwein zu keltern. In einzelnen Bauernhöfen wurde ein vorzüglicher Beerenwein erzeugt, Schnaps wurde im

Coburger Land nur selten getrunken. Zigaretten zu rauchen verschmähte der Bauer, er bevorzugte die Tabakspfeife, an Sonn- und Feiertagen rauchte er vielleicht auch einmal eine Zigarre. Im Wohnzimmer des Bauern stand ein großer, tönerner Kachelofen, der große Röhren und eine ungeheure Wasserpfanne besaß und fast ausschließlich von der Küche aus mit Holz geschürt wurde. Um den Ofen herum befand sich im Zimmer eine Ofenbank, nahe der Decke hingen Stangen, an denen Socken, Wäsche und Kleidungsstücke getrocknet wurden. An und hinter dem Ofen wurden oftmals junge Schweine und „Glückerle" untergebracht, denen der warme Ofen in den ersten Lebenstagen Kraft zu fortschreitender Entwickelung spendete. Der Platz hinter dem Ofen, die „Hell", war in manchen Häusern dem Großvater überlassen. Wenn der Ofen richtig warm war, entwickelte er durch diese geschilderte Umgebung im Zimmer allerlei Duft, sodaß wohl deshalb das böse Wort seine Erklärung fand, daß auf dem Lande die Luft deshalb so gut sei, weil die Bauern die Fenster nicht aufmachten.

Das Hausgerät in der Wirtschaftsstube des Bauern war einfach, bestehend aus einem oftmals aus hartem Holz gearbeiteten Tisch, der meist in der Ecke stand, zwei Bänken an der Wand und zwei Stühlen. Ein meist noch vorhandenes Sofa stand abseits.

In vergangenen Zeiten wurde die Beleuchtung mit Kienspan, welche die alten Leute schnitzten, erzeugt. Später kam das Öl- und Petroleumlicht auf, neuerdings fand man in einigen Gemeinden die elektrische Beleuchtung vor.

Durch den im Bauernhause neben der Wohnung vorhandenen Stall gab es unten nicht mehr viel Platz, nur noch eine Kammer neben der Wirtschaftsstube und die meist geräumige Küche. Die gute Stube befand sich eine Treppe hoch, dort waren bessere Möbel vorhanden und Vorhänge und Gardinen vor den Fenstern. Diese Zimmer waren das Reich der Großeltern, des „Herrle" und des „Fräle".

Die Bauersfrau besorgte in der Hauptsache den haus- und landwirtschaftlichen Hofbetrieb, besonders war der Viehstall das Feld ihrer Tätigkeit, die Milchwirtschaft, die Fütterung und Pflege des Viehs, die Aufzucht des Jungviehs, die Besorgung der Schweine und Ziegen. Auf Schafe und Pferde hatte meist der Bauer zu achten. Ausgiebig tätig war auch die Bauersfrau bei der Arbeit auf Feld und Wiese, namentlich bei Saat und Ernte. Daß Bauersfrauen säten, war keine Seltenheit.

Die Erziehung der Jugend in Haus und Schule war streng, gut, sachgemäß, auf die Arbeit gerichtet. Die Kinder mußten schon frühzeitig in Haus und Hof und auf dem Felde geeignete Arbeit verrichten. Kinderreiche Bauernfamilien waren in der Bewirtschaftung in Stall und Feld gut gestellt, da sie unabhängig von fremden Arbeitskräften waren. Die heranwachsenden jungen Leute begegneten ihren Eltern und Großeltern mit Achtung und Ehrfurcht.

Viel Sorgfalt verwendete die Bauersfrau auf ihre Betten. Die Bettgestelle waren zwar meist einfach, aus hartem Holz, selten mit Drechslerarbeit und ohne Politur. Dagegen waren die Federbetten prall gefüllt in vielfach noch selbstge-

sponnenes und gewobenes Leinen. Sprungfedermatratzen waren in besseren Familien erst eine Errungenschaft der Neuzeit. Zum Bauernbett gehörte ein Strohsack. Selbstgewobenes Leinen gab es übrigens nur noch in größerer Menge in einzelnen Familien, dagegen fand man leinene, selbstgewobene Wäschestücke und Handtücher vor. Wenn sich ein Stadtfräulein dieser durch Zufall bediente, so meinte der Bauer, es müsse das Blut fließen.

An langen Winterabenden versammelte sich auf dem Dorfe die Jugend in den Lichtstuben, in die die moderne Gesetzgebung mit rauher Hand eingegriffen hat oder nach der schweren Arbeit im Sommer zu Spaziergängen auf der Landstraße unter Gesang ländlicher Heimatklänge, tragischer Melodien oder vaterländischer Lieder.

Zweimal im Jahre gab es hohe Feiertage: Erntedankfest und Kirchweih. Da ging es auf dem Tanzsaal oder auf dem Plan und um den Platzbaum lustig zu. Einmal im Jahre kam die Jugend aus allen Teilen des Landes zu dem Fastnachtsvergnügen des landwirtschaftlichen Kränzchens in Coburg zusammen, auf dem jeder Bauer, der einen netten Schwank auf dem Kerbholz hatte, diesen noch einmal in heller Beleuchtung auf der Bühne, in der Fastnachtszeitung oder in Chorliedern hören konnte. Die früher einfache Tracht der Mädchen hatte sich den städtischen Gewohnheiten angepaßt. Früher trugen die Bauernfrauen und Mädchen noch die meist in dunklen Farben gehaltenen, mit breiten Seidenbändern versehenen, kleidsamen ländlichen Kostüme mit einer großen Granat- oder Silberkette, eine goldene, in ganz zarten Gliedern gehaltene Halskette mit einem Goldstück (Dukaten) war selten. Goldene Konfirmationskreuze bildeten eine Erinnerung für's Leben. Brillanten waren unbekannt.

Früher trug der Bauer nur selten einen Bart, er war glatt rasiert, Bauern mit Schnurrbärten hießen verächtlich Schnurrbauern, Bauern mit Manschetten — Manschettenbauern.

In der Verwaltung seines Hofes, der Verwertung seiner Produkte, der Bezahlung seiner Rechnungen sah der Bauer seit je auf Ordnung, ebenso wie er es in der Gemeindeverwaltung vom Schultheißen und den Deputierten und in noch erhöhtem Maße von der Landesversammlung, den Stadträten und den Landtagsabgeordneten verlangte. Schuldenwirtschaft war ihm ein Greuel. Sparsamkeit im eignen, im Gemeinde- und im Staatsbetrieb galt ihm als erstes Gebot. Manchmal artete die Sparsamkeit aus in Engherzigkeit und Geiz. Die Vorstellung von der Macht und Größe des Geldes war bei jedem Bauern eine sachlich unberechtigt hohe. Nur so war es oft zu erklären, daß einzelne Bauern ihre Höfe an den Güterschlächter verkauften, in die Stadt zogen und dort kümmerlich privatisierten.

Die Bauerngüter gingen geschlossen auf einen der Söhne, meist den ältesten oder jüngsten über zu einer mäßigen Schätzung. Die Geschwister waren mit bescheidenen Beträgen zufrieden, sahen aber auch den elterlichen oder urelterlichen Hof als eine Heimstätte der Familie an. Manche der Geschwister brachten es zu nichts, während der Sohn im Elternhofe weiter als begütert galt.

Der Coburger Bauer war im allgemeinen friedlich, in fast jedem Dorfe gab es aber Streithammel und Prozeßhänse. Doch fiel es allgemein auf, wie es auch vorkam, wenn einmal ein Bauer mit einem Advokaten akkordierte. Meist auf alkoholischer Grundlage wirkten hin und wieder in einem Dorfe die sogenannten „Großen Bläker" zur Unterhaltung der Ortsnachbarn und um dem Schultheißen die Langeweile zu vertreiben.

Die frühere kirchliche Gesinnung des Bauern hatte schon im Laufe der Jahre gelitten, der Kirchenbesuch war überall zurückgegangen. Am Erntedankfest aber war jeder Bauernhof in der Kirche vertreten.

Die Coburger Landschulen befanden sich auf der Höhe. Für Kirchen und Schulen standen in vielen Gemeinden aus den Domänenwaldungen erhebliche Deputate zur Verfügung.

Früher gab es nur in jedem Pfarrdorf einen Friedhof, der für alle Gemeinden des Kirchspiels bestimmt und meist von der Umgebung der Kirche außerhalb des Dorfes verlegt war. Die Toten mußten öfters noch stundenweit gefahren werden. In der Neuzeit hatten sich aber eine Anzahl Dörfer eigene Friedhöfe angelegt, unabhängig von dem Vorhandensein einer Kirche. Die Bauern ließen ihre Toten begraben, noch nie war es vorgekommen, daß ein Bauer im Krematorium verbrannt wurde.

Die Friedhöfe selbst wurden in guter Ordnung gehalten, wenn ihnen auch künstlerische Gartenanlagen und der Denkmäler Pracht fehlte.

Der Coburger Bauer hatte in ständig fortschreitender Entwicklung seines Betriebes seinen Teil mit beigetragen zu den geradezu glänzenden Leistungen, welche die große deutsche Landwirtschaft im Jahre 1914 zu verzeichnen hatte: In Deutschland wurden produziert 25 % der Welternte an Roggen, 15 % an Hafer, 10 % an Gerste und über 33 % an Kartoffeln (45 Millionen Tonnen). Diese stolzen Zahlen hatte der nie ermüdende Fleiß des Bauern gezeitigt, der im Hinblick auf den sicheren Besitz seines Ackers und dessen Erträge berechtigtes Selbstbewußtsein in sich trug. „Der Bauer", so lautete sein Motto, „bricht die Scholle mit eisernem Pflug, der Kaiser schützt ihn mit eisernem Schwert." Millionen deutscher Bauern dankten dem Kaiser aus tiefster Seele, den goldenen Frieden den heimischen Fluren durch ein halbes Jahrhundert erhalten zu haben. Das Jahr 1914 versprach eine Rekordernte.

Das Heu war bereits geborgen, der Roggenschnitt hatte eben begonnen. Arbeitsfreudige Stimmung herrschte auf dem Lande, denn das Jahr hatte eine gute Ernte beschert. Nun galt es, den reichen Segen mit allen verfügbaren Mitteln abzuernten und unter Dach zu bringen. Wolkenlos strahlte der Himmel am 1. August 1914, die Dörfer lagen da wie ausgestorben, jung und alt war emsig bei der Erntearbeit, um den schönen Tag zu nützen.

Da tönte plötzlich die Ortsschelle. — Wie ein Schlag aus heiterem Himmel schlug die Bekanntgabe der „drohenden Kriegsgefahr" auf dem Lande ein. Der Ruf flog mit Windeseile von Feld zu Feld. Erschrocken hielt der Bauer in seiner

Arbeit inne und eilte in banger Sorge nach Hause. — Ist das der Krieg? der oft an die Wand gemalte, nie ernst geglaubte Krieg? — Ja, es war wirklich der Krieg. Unerbittlich und streng setzte er mitten in der Ernte ein und entblößte das Land von seinen unentbehrlichsten Arbeitskräften. Mit den heerespflichtigen Bauern zog auch das gute Pferdematerial zu Felde. Wie hatte sich das Bild auf dem Lande doch so plötzlich verändert! Mann und Pferd fehlten, nur Greise, Frauen und Kinder waren zurückgeblieben. Doch die Arbeit war geblieben und stellte an die Zurückgebliebenen ungeheure Forderungen. Der Großvater, die Großmutter — sie vergaßen ihr Alter, die Begeisterung fürs Vaterland und die Not der Zeit drückten ihnen den Pflug, die Gabel wieder in die arbeitsmüden Hände. Und die Bäuerin, die echte deutsche Frau — sie hing nicht trüben Gedanken nach um ihren von Gefahr umgebenen Gatten, sondern sie erfaßte fest die Zügel der Wirtschaft, und die Notwendigkeit und ihr deutscher Wille lehrten sie die ungewohnte Arbeit der Wirtschaftsleitung und der Mannesarbeit. Ihr besonders gebührt der Dank des deutschen Volkes, denn nur durch ihre Opferwilligkeit und Arbeitsfreudigkeit war es möglich, das deutsche Volk während der langen, schweren Kriegsjahre zu ernähren. Wir haben wohl entbehren müssen, aber dank der deutschen Frau und trotz der Kriegsgesellschaften sind wir nicht durch Hunger bezwungen worden.

Als die Mobilmachung 1914 vor sich ging, Tausende und Abertausende von Truppen aus dem Innern des Reiches an die Grenzen fuhren, da wurden sie unterwegs in einer Üppigkeit verpflegt und mit Vorräten an Nahrungsmitteln versorgt, die den Glauben erweckte, uns könne es nie an etwas fehlen. Die ersten Kriegsmonate waren verstrichen, die anfängliche Hoffnung, der Krieg lasse sich durch ein Überrennen Frankreichs in kurzer Zeit beenden, hatte sich nicht erfüllt. Man begann zu beobachten, daß mit den Nahrungsmitteln sparsam umgegangen werden müsse. Es entstand, wie aus einem Gebot der Stunde heraus, die „Brotkarte"; jeder wurde auf Ration gestellt. Damit war die Wichtigkeit der heimischen Ernte und der Landwirtschaft besiegelt.

## 2. Der Ernteausfall in den Jahren 1914—1920.*)

1914. Weizen und Roggen waren gut durch den Winter gekommen. Der Ertrag dieser Früchte war dementsprechend ein guter. Die Frühjahrsbestellung in Getreide konnte erst spät vorgenommen werden. Die Entwicklung der Früchte war gut, auch der Ertrag reichlich. Die Ernte hatte viel unter Regenwetter zu leiden, wodurch die Qualität der Sommerfrucht gelitten hatte. Kartoffeln und Rüben gaben eine Mittelernte, während der Heu- und Grummetertrag sehr befriedigte. Die Bestellung der Wintersaaten war gut. Roggen hatte beim Aufgehen sehr unter Schneckenfraß zu leiden, sodaß große Flächen umgepflügt werden mußten.

1915. Die Frühjahrsbestellung hatte sich durch nasse Witterung sehr verzögert. Lang anhaltende Trockenheit ließ die Saaten schlecht aufgehen, die Sommerfrucht

*) Nach Berichten von Gutsbesitzer Stahn in Meschenbach und Farnwerwalter Becker in Callenberg.

hatte viel durch Unkraut, hauptsächlich durch Hederich, zu leiden. Im ganzen Jahre war die anhaltende Trockenheit tief zu beklagen. Eine Notreife trat ein, sodaß zwar die Winterfrucht noch eine halbwegs befriedigende, die Sommerfrucht, die sich hauptsächlich durch Zwiewuchs auszeichnete, eine schlechte Ernte brachte. Kartoffel- und Rübenernte befriedigten, während die Futterernte, Heu und Grummet, nicht einmal Mittelernten brachten.

1916. Die Wintersaaten kamen gut ins Frühjahr. Die weitere Entwicklung ließ viel zu wünschen übrig. Nicht allein die Ungunst der Witterung, sondern auch Krankheiten (wie Gelbrost bei Weizen und Getreide, Blasenfuß bei Roggen) hat den Stand des Wintergetreides sehr beeinflußt. Die Körnerausbildung war eine schlechte und das Erdruschergebnis gering. Auch das Sommergetreide ließ viel zu wünschen übrig Die ungünstige Witterung war die Ursache, daß Unkraut die Sommerfrucht vielerorts überwucherte. Der Körnerertrag erreichte lange keine Mittelernte. Am meisten hatte die Kartoffel versagt. Infolge Auftretens der Kraut- und Kartoffelfäule, sowie der Blattrollkrankheit wurden viele kranke und unentwickelte Kartoffeln gebaut. Die Kartoffelversorgung der Bevölkerung gestaltete sich deshalb schwer. Bei Erbsen und Rüben, ebenso bei Heu und Grummet war die Ernte gut ausgefallen. Ein Merkmal des Jahres war, daß es an Arbeits- und Gespannkräften mangelte. Kinder und Frauen mußten die schwersten Männerarbeiten verrichten.

1917. Die Überwinterung des Weizens und Roggens gab an vielen Orten Grund zur Klage. Unbedeckte Sorten hatten bei strenger Kälte, Schneeschimmel usw. viel Schaden angerichtet. Es mußten deshalb Roggen- und Weizenschläge umgepflügt werden. Die Frühjahrsbestellung war trocken. Der Mai brachte reichlich Niederschläge. Darauf folgte eine lang anhaltende tropische Hitze, die die Entwicklung des Getreides stark beeinträchtigte. Der Ertrag an Körnern und Stroh war gering. Hafer, Erbsen und Grasnachwuchs brachten vielerorts eine Mißernte. Die Futternot war groß. Lehrer mit Schulkindern zogen in Buchen- und Eichenwaldungen, um Laub zu schneiden, das fuhrenweise in die neu gegründete Trockenanstalt in Neuses b. Cob. geschafft und hier getrocknet wurde. So suchte man der Futternot zu steuern. Obendrein mangelte es an Arbeitskräften, und Maschinen und Geräte waren heruntergewirtschaftet und konnten nicht ersetzt werden. Es fehlten Gespanne, und die Bodenbearbeitung hatte darunter zu leiden. Auch Mangel an Kunstdünger war mit die Ursache des Rückgangs der Ertragfähigkeit des Bodens.

1918. Die Witterung in den Wintermonaten war den Saaten günstig. Auch die Entwicklung im Frühjahr war gut. Man sah es aber den Winterfrüchten an, daß es an Nährstoffen mangelte. Die dunkelgrüne Farbe fehlte, und der Erdrusch ergab nicht ganz eine Mittelernte. Die Frühjahrsbestellung begann zeitig. Die Entwicklung der Sommerfrucht und der Kartoffeln war gut, wenn auch die Niederschläge in den Monaten Mai und Juni spärlich ausfielen. Die Heuernte konnte gut und rasch geborgen werden. Die Menge, namentlich auf Höhenwiesen, ließ zu wünschen übrig. Das Sommergetreide ergab einen höheren Ertrag als im Vorjahre, jedoch wurde eine Mittelernte nicht erreicht.

Die Kartoffel war in Ertragsmenge gut und wäre als gute Mittelernte zu bezeichnen gewesen, wenn ihr die nötigen Nährstoffe hätten zugeführt werden können.

Leider war die Haltbarkeit der Kartoffel gering. Schon bei der Ernte konnten viele kranke Kartoffeln festgestellt werden. Im Keller gab es große Verluste durch Naßfäule.

1919. Die Winterfrucht, hauptsächlich Roggen, hatte sehr unter Schneckenfraß zu leiden. Auch der Winter war für die Saaten nicht günstig. Es mußten im Frühjahr Roggenschläge umgepflügt und im Frühjahr neubestellt werden. Der Bestand der übrigen Winterfrucht war dünn, die Entwicklung infolge von Mangel an Nährstoffen dürftig und der Ernteausfall an Wintergetreide gering.

Die Frühjahrsbestellung war unter den günstigsten Verhältnissen erfolgt. Die günstige Witterung gab der Frucht während der ganzen Vegetationsdauer hoffnungsfrohes Aussehen. Hätten den Pflanzen die nötigen Nährstoffe zur Verfügung gestanden, so wäre die Ernte die beste der Kriegszeit geworden. So hat der Sommerbau nur eine Mittelernte gebracht. Kartoffel- und Rübenernte fielen, den Verhältnissen entsprechend, gut aus, dasselbe durfte auch vom Futterbau gesagt werden.

1920. Winterbau war in diesem Jahre besser über Winter gekommen als im Vorjahr. Vereinzelt machte sich das Auftreten des Schneeschimmels bemerkbar. Im Durchschnitt war die Entwicklung gut und der Ertrag der Winterfrucht befriedigend.

Die Saat des Sommergetreides ging gut von statten. Der Aufgang ließ nichts zu wünschen übrig. Die Trockenperiode im Mai und Juni wirkte sehr nachteilig auf die Saaten. Zwiewuchs war die Folge. Es kam noch dazu, daß die Sommerfrucht (die Winterfrucht war schon geborgen) in der Reife von einem Hagelschlag betroffen wurde, den die Versicherungen bis 80% entschädigten. Der Ertrag an Körnern und Stroh war gering. Kartoffeln und Rüben ergaben keine Mittelernte. Bei Erbsen, soweit diese nicht von Hagel betroffen wurden, war der Ertrag gut. Die Futterernte war bei Heu befriedigend, bei Grummet und anderem Herbstfutter gering.

* * *

Nach der Betriebserhebung vom Jahre 1913 waren im Herzogtum Coburg vorhanden 26520 ha Ackerland, der Durchschnittsertrag in den letzten fünf Jahren vor dem Kriege (1910—1914) in Sachsen Coburg ist bereits Seite 162 mitgeteilt worden.

Im Jahre 1917 wurde eine neue Erhebung über Ausdehnung der Anbauflächen im ganzen Reiche vorgeschrieben. Es ergab sich das auffallende Resultat, daß im Coburger Land nur noch 22965 ha Ackerland vorhanden waren, es fehlten also 3555 ha. Im Deutschen Reich wurden 1030000 ha weniger ermittelt gegenüber der früheren Erhebung. Die Ursache dieser auffallenden Erscheinung ist zu erblicken in dem veränderten System, nämlich der sogenannten Einzelerhebung. Während früher der Schultheiß insgesamt über den ganzen Flurbezirk berichtete, war nach der neuen Vorschrift jeder einzelne Besitzer zur Berichterstattung gezwungen.

Es durfte ihm bei seinen Angaben wohl daran liegen, die Zahlen nicht zu hoch zu wählen, um nicht in der Ablieferungspflicht zu hart bedacht zu werden. Eine ganz genaue Ermittlung der bestellten Ackerflächen stieß auf sachliche Schwierigkeiten in Bezug auf die wirklichen Flächenmaße, besonders in den nicht separierten Fluren, wo zwischen den Äckern regelmäßig zwei Furchen breite Raine liegen bleiben. Bemerkenswert war, daß im Laufe des Krieges die Anbaufläche für Ölfruchtbau (Raps, Mohn, Senf) erheblich größer wurde, ähnlich verhielt es sich mit den Gespinstpflanzen (Lein und Hanf):

| | Ölfrüchte | Gespinstpflanzen |
|---|---|---|
| 1913 | 2 ha | 1,6 ha |
| 1918 | 76,5 ha | 22,6 ha |

Naturgemäß wurden bei dem Öl- und Fettmangel im Kriege Bucheckern eifrig in den Wäldern gesammelt, ebenso wie das Sammeln von Brennesseln von einer gewissen Mindestgröße an zum Zwecke der Gewebeherstellung von vielen Leuten als ein Baustein zur Rettung des Vaterlandes angesehen wurde. Im Jahre 1917 wurde die Summe der bestellten Ernteflächen auf rund 22000 ha und der nicht bestellten Ernteflächen auf 1000 ha ermittelt. Von den bestellten Flächen kamen auf

| | | |
|---|---|---|
| Weizen . . . . . | rund | 2700 ha |
| Kohl und Gemüse . . . | „ | 14,5 „ |
| Futterpflanzen: Klee, Luzerne, Mais u. a. | „ | 3800 „ |
| Wiesen . . . . . | „ | 9900 „ |
| Viehweiden . . . . . | „ | 350 „ |
| Kartoffeln . . . . . | „ | 2800 „ |
| Runkeln und Möhren . . . | „ | 1100 „ |
| Roggen . . . . . | „ | 3800 „ |
| Gerste . . . . . | „ | 2450 „ |
| Hafer . . . . . | „ | 4100 „ |
| Hülsenfrüchte im ganzen . . . | „ | 800 „ |
| Ölfrüchte . . . . . | „ | 43 „ |
| Gespinstpflanzen . . . . | „ | 9 „ |

Die Regierung war bemüht, entsprechend reichsbehördlicher Anweisung zu erreichen, daß alle Ackerflächen rechtzeitig bearbeitet und bestellt wurden. Bei dem dem Bauern eigentümlichen Eifer und Fleiß hatte sie nur in wenigen Fällen nötig einzuschreiten.

### 3. Der Kartoffelbau.*)

Bei einer jährlichen Kartoffelanbaufläche im Deutschen Reiche von fast $3^1/_2$ Millionen Hektar und einem Durchschnittsertrag von rund 300 Zentnern per Hektar hätte es wohl niemand für möglich gehalten, daß schon nach einigen Jahren ein großer Kartoffelmangel eintreten könnte, standen wir doch mit einem Jahres-

*) Nach einem Bericht des Domänenpächters Wirth in Oeslau.

durchschnitt von 45 Millionen Zentnern Ertrag an erster Stelle auf dem Weltmarkt. Eine Einfuhr von Kartoffeln aus dem Auslande gab es vor dem Kriege nicht, im Gegenteil: wir konnten 1914 $2^1/_2$ Millionen Doppelzentner ausführen. Als sich bereits im zweiten Kriegsjahre ein Mangel an Brotgetreide geltend machte, glaubte man durch Streckung des Brotteiges mit Kartoffeln für alle Zeiten der Gefahr einer Hungersnot enthoben zu sein. Minister der Feindstaaten stellten ihren Völkern den deutschen „Kartoffelbrotgeist" als leuchtendes Beispiel von Selbstlosigkeit hin.

Im Coburger Lande sind die Bodenverhältnisse für den Kartoffelbau ungünstig. Unser Durchschnittsertrag blieb per Hektar um 30 Zentner hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Coburg war schon früher in der Kartoffelversorgung auf Einfuhr von auswärts angewiesen.

Die Kartoffeln als solche und die aus ihnen bereiteten Speisen, insbesondere die Kartoffelklöße, spielten von jeher in der Ernährung besonders auf dem Lande eine hervorragende Rolle.

Das Jahr 1914 brachte uns eine gute Kartoffelernte. Das Jahr 1915 war sehr trocken, doch hatte die Niederschlagsmenge genügt, um eine befriedigende Kartoffelernte zu liefern. Die Kartoffelernte des Jahres 1916 war infolge des schlechten Wetters und der reichlich auftretenden Kartoffelkrankheiten eine Mißernte. Aus diesem Grunde erhielten wir im Jahre 1916 durch Reichsgesetz vom 2. August 1916 die Zwangswirtschaft für Kartoffeln. Sonderbarerweise wurde Coburg sogar als ein Überschußgebiet erklärt und deshalb durch die eintretenden Maßnahmen um so empfindlicher getroffen. Der Winter 1916 auf 1917 wird sicher allen, besonders den Städtern, in wenig angenehmer Erinnerung bleiben als eine Zeit, da statt Kartoffeln siebenmal in der Woche Kohlrüben auf den Tisch kamen. Diese gab es glücklicherweise in ausreichender Menge, sie waren aber ebenfalls beschlagnahmt. Um Kohlrüben und ausnahmsweise einmal Kartoffeln zu erhalten, mußte man stundenlang in endlosen Reihen vor den Ausgabestellen sich gedulden (Kartoffelpolonaise). Manch drastisches Gedicht verherrlichte diese Kohlrübenzeit. Selbst Kriegsnotgeldscheine hielten sie im Bilde fest. Allenthalben begegnete man damals bei Dunkelheit auf dem Lande Leuten mit Rucksäcken, die nicht etwa Butter und Eier, sondern Kartoffeln gehamstert hatten.

Die Kartoffelzwangswirtschaft litt an dem Grundfehler, daß die geerntete Fruchtmenge restlos erfaßt und außerdem viel zu wenig Wert darauf gelegt wurde, die Ernteerträge durch Vergrößerung der Anbauflächen und durch intensive Bodenkultivierung und Düngung zu vermehren. Alle Kartoffeln von einer Anbaufläche von über 200 qm unterlagen der Zwangswirtschaft. Durch Probenentnahme auf Teilstücken von 1 ha Größe wurden die Gesamterträge ermittelt. Ungeachtet dieser Ergebnisse setzte die für unseren Kommunalverband maßgebende Landeskartoffelstelle Weimar einen erheblich höheren Ertrag fest. So ergaben z. B. im Jahre 1918 die einzelnen Probeentnahmen einen Durchschnittsertrag von 162 Zentnern per Hektar, die Landeskartoffelstelle setzte aber 240 Zentner fest, zuletzt mußte sich der Kommunalverband Coburg mit einem tatsächlich vorhandenen Bestand von 113 Zentnern begnügen.

Die Kartoffelerzeuger mußten nach Beendigung der Ernte das Ertragsergebnis anzeigen. Eine Kommission von 3 bis 4 Herren überzeugte sich dann an Ort und Stelle von der Richtigkeit der Angaben. Eine Militärkommission mit Metermaß folgte als zweite, weitere kamen teils zu Fuß, teils per Auto, bis die letzte nach der Frühjahrsaussaat doch noch einige Zentner als zu viel für die notleidende Stadtbevölkerung herausknobelte. Den Kartoffelerzeugern wurden folgende Mengen freigegeben: 5½ Zentner auf jeden Kopf im Haushalt, dann 40 Zentner Saatgut auf jeden Hektar Anbaufläche, 56 Pfund per Kopf des Haushaltes zur Brotstreckung für die Brotselbstversorger, und zum Verfüttern an Schweine waren frei alle Kartoffeln unter 2,72 cm Größe.

Die Verbraucher konnten ihren gesamten Jahresbedarf auf Bezugscheine auf einmal eindecken. Per Woche standen 7 Pfund pro Person zu.

Die Sorge der Regierungen, den Kartoffelpreis für die Industriearbeiter möglichst billig zu erhalten, wurde vom Erzeuger als eine falsche Preispolitik empfunden. Die 1915 festgesetzten Kartoffelhöchstpreise waren so niedrig, daß durch Verfütterung der Kartoffeln an das Vieh eine bessere Rente erzielt wurde. Das später einsetzende Verbot der Verfütterung von Kartoffeln an das Vieh, die niedrigen Preise und die fehlenden Arbeitskräfte für die immerhin umständlichere Kartoffelkultur führte zu einer Verminderung der Anbaufläche. Der Kartoffelpreis betrug in den ersten Kriegsjahren für den Zentner 2,75 Mk., 1917 4 Mk., 1918 5.50 Mk., hierzu wurden noch kleine Extravergütungen für Aufbewahrung und Anfuhr bewilligt. 1919 betrug der Preis 7,25 Mk. und 2,75 Mk. Extravergütung. Später bewilligte die Reichsregierung dem Erzeuger noch eine Prämie, beginnend mit 2 Mk. per Zentner, bei Ablieferung von 50 bis 60 % des Ablieferungssolls, endigend mit 5 Mk. für jeden über 100 % des Ablieferungssolls abgelieferten Zentner. Übrigens ist ein Rest dieser Prämie noch heute nicht ausgezahlt.

Der Kommunalverband führte für jeden Kartoffelerzeuger eine Wirtschaftskarte über Anbaufläche, Ertrag, Liefersoll und Ablieferung. Die Zahl dieser Wirtschaftskarten betrug im Coburger Land annähernd 7000. Um Kartoffeln zu sparen kam 1918 das Verbot der Herstellung roher Kartoffelklöße, das in die Wirtschaftsverhältnisse vieler Haushaltungen tief eingriff. Das Erntejahr 1920 brachte endlich Freigabe der Kartoffeln. Der Verbraucher zeigte aber auch noch dann den gleichen Eifer, seinen gesamten Bedarf gleich im Herbst einzudecken. Der Preis stieg nunmehr auf 20—30 Mk., 1921 sogar auf 60—80 Mk. per Zentner. Die Kartoffelnot wird sich erst durch Vergrößerung der Anbaufläche und durch bessere Bearbeitung und Düngung der Felder mindern.

| | ha. Anbaufläche | Ertrag auf 1 ha |
|---|---|---|
| 1914 | 3752 | 260 Zentner |
| 1919 | 2483 | 115 „ |

Der starke Rückgang der Anbaufläche ist zunächst zurückzuführen auf den Mangel an Arbeitskräften. Besonders in der Kriegs-Korbindustrie wurden für Jugendarbeiter so hohe Löhne gezahlt, daß niemand mehr Feldarbeit verrichten

wollte, dazu kam beim Erzeuger ein Unmut über die Rechtsquälereien der Zwangswirtschaft. Die Leistung des Spannviehs ging zurück. Die Maschinen und Geräte konnten nicht mehr in gebrauchsfähigem Zustande erhalten werden, da die Preise für Reparaturen und Neuanschaffung übermäßig hohe wurden.

Für die Düngung gab es keinen oder nur minderwertigen, betrügerisch verteuerten Kunstdünger, die Menge und der Wert des Stallmistes ging zurück. Neues Saatgut war schwer und nur zu sehr hohen Preisen zu beschaffen. Die alten im Coburger Land üblichen Kartoffelsorten waren abgebaut und brachten nur geringe Erträge.

Für die Zukunft wird es für viele Landwirte eine dankbare Aufgabe sein, insbesondere durch Sortenauswahl und durch Düngungsversuche bessere Erträge zu erzielen. Erfreulicherweise sieht man schon jetzt wieder ein frisches und freudiges Drangehen an den Wiederaufbau der zusammengebrochenen Betriebe.

### 4. Getreide- und Mehlbeschaffung.*)

Im Jahre 1913 hatte das Kaiserliche Statistische Amt in einem Buche über die Deutsche Landwirtschaft nachstehendes zusammenfassende Urteil abgegeben: „Wäre der Vorrat an Getreide und Kartoffeln im wesentlichen der menschlichen Ernährung vorbehalten, und würde keine Ausfuhr von Getreide stattfinden, so würde der Bedarf für den Unterhalt der Bevölkerung bei Mehrverzehr von Roggenbrot und Kartoffeln und geringerem Genusse von Weizen in den letzten Jahren regelmäßig aus dem Inlande zu decken gewesen sein. Der Viehbestand würde freilich unter der Beschränkung der Verfütterung und noch mehr im Falle der Abschneidung der ausländischen Zufuhren an Futtermitteln zeitweilig leiden, was dem Fleischverbrauche infolge des anfangs vermehrten Auftriebs auf den Viehmärkten zugute kommen, ihm später aber sehr schaden müßte. In Betracht zu ziehen für die Frage der Eigenversorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln im Notfall ist auch, daß in jedes Erntejahr einige Vorräte an Getreide aus dem Vorjahr übernommen zu werden pflegen."

Dieses Urteil hat sich in den Kriegsjahren als zutreffend erwiesen. Die Regierung ist bei der Anordnung ihrer Ernährungsmaßnahmen von der hier angegebenen Feststellung ausgegangen. Während in der Zeit der Mobilmachung mit Nahrungsmitteln Verschwendung getrieben wurde, stellte sich schon im Laufe des Winters 1914/15 heraus, daß die Ernährung bei längerer Kriegsdauer versagen müßte, wenn nicht eine Rationierung der zur Verfügung stehenden Mengen gesetzlich durchgeführt würde.

Es hatte im Anfang ausgesehen, als ob bereits im September 1914 dem Krieg durch ein Überrennen Frankreichs ein alsbaldiges Ende bevorstände, andererseits hörte man schon damals Befürchtungen, daß England die Aushungerung Deutschlands als das wichtigste Mittel zur Erreichung seines Kriegszieles betrachte. Aus diesen Gründen heraus kam durch Anregung von privater Seite gelegentlich einer Tagung des Deutschen Städtebundes von Großindustriellen und Vertretern

*) Nach einem Bericht des Direktors Kühnel in Coburg.

der Landwirtschaft die Gründung einer Gesellschaft zustande, mit der Aufgabe, eine Getreiderücklage mit großer Beschleunigung durch Ankauf durchzuführen. Alle Versuche, auf dem Wege des freien Handels zu einer Getreidevorratstapelung zu gelangen, ebenso wie die Festsetzung eines Höchstpreises durch die Regierung und die Ausfuhrverbote der Landräte, sowie die Bestandsaufnahme sämtlicher Vorräte erwiesen sich als unzulänglich. Die Rationierung war unvermeidbar. Die Reichsgetreidegesellschaft, die ohne Gewinn arbeiten sollte, übertrug in Thüringen ihre Aufgabe der schon seit langem bewährten Raiffeisenorganisation. Im Coburger Land bildeten die städtischen Bezirke anfänglich noch besondere Kommunalverbände, später gingen sie alle über in die „Vereinigten Coburger Kommunalverbände". Außer der Thüringer Hauptgenossenschaft (Raiffeisen) waren noch die Coburger Firmen Julius Mai und Gustav Külbel mit der Abnahme sämtlicher Feldfrüchte betraut. Die Mehlverteilung lag ebenfalls in den Händen der Raiffeisenorganisation. Das schwierige Amt, einerseits die notwendigen behördlichen Maßnahmen streng durchzuführen, andrerseits aber auch die Landwirtschaft nicht durch rigoroses Vorgehen bei der Getreideabnahme in noch größere Erbitterung zu bringen, wie dies schon der Fall war, ist von der genannten Organisation mit Geschick geführt worden.

Es konnte oft beobachtet werden, daß durch Aufklärung und gütliches Zureden der genossenschaftlichen Organisation mehr erreicht wurde als durch den Zwang der Behörden.

Von den Bauern wurde beklagt, daß im Frühjahr vor der Bestellung stets von der Regierung große Versprechungen gemacht, die jedoch im Herbst nach der Ernte nicht gehalten wurden. Um das geerntete Getreide restlos zu erfassen, wurden für die ersten Ablieferungen die höchsten Preise bezahlt durch sogenannte Frühdruschprämien, später fiel von Monat zu Monat der Preis.

Durchschnittlich belief sich die Getreideanlieferung im Coburger Land jährlich

auf ca. 60 000 Zentner Brotgetreide,
„ „ 12 000 „ Hafer,
„ „ 10 000 „ Gerste.

An die versorgungsberechtigte Bevölkerung gelangten jährlich im Durchschnitt 120 000 Zentner Mehl zur Ausgabe.

Getreidepreise.*)

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1914/15 | Roggen . . | 22.90 | Mk. | 1916/17 | Roggen . . | 23.70 | Mk. |
| | Weizen . . | 26.80 | „ | | Weizen . . | 27.70 | „ |
| 1915/16 | Roggen . . | 22.50 | „ | | Gerste . . | 28.— | „ |
| | Weizen . . | 26.50 | „ | | Hafer . . | 27.60 | „ |

*) Die Preise gelten für den Doppelzentner und sind als Durchschnittspreise zu betrachten. Sie wechselten im Laufe eines Jahres infolge Gewährung von Frühdruschprämien.

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1917/18 | Roggen | . . | 27.50 Mk. | 1919/20 | Roggen | . . | 56.— Mk. |
| | Weizen | . . | 29.50 „ | | Weizen | . . | 61.— „ |
| | Gerste | . . | 38.— „ | | Gerste | . . | 56.— „ |
| | Hafer | . . | 32.60 „ | | Hafer | . . | 56.— „ |
| 1918/19 | Roggen | . . | 31.— „ | 1920/21 | Roggen | . . | 144.50 „ |
| | Weizen | . . | 46.— „ | | Weizen | . . | 158.50 „ |
| | Gerste | . . | 30.— „ | | Gerste | . . | 159.50 „ |
| | Hafer | . . | 36.— „ | | Hafer | . . | 139.50 „ |

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1921/22 | Roggen | . . | 210.— Mk. |
| | Weizen | . . | 230.— „ |
| | Gerste | . . | 200.— „ |
| | Hafer | . . | 180.— „ |

Mehlpreise.**)

| | Weizenmehl | Roggenmehl |
|---|---|---|
| Jahr 1915 | Mk. 42.— | Mk. 37.— |
| „ 1916 | „ 39.— | „ 37.— |
| „ 1917 | „ 39.— | „ 33.— |
| „ 1918 | „ 83.— | „ 76.— |
| „ 1919 | „ 126.— | „ 118.— |
| „ 1920 bis 15./8. 21 | „ 244.— | „ 236.— |
| ab 16./8. 1921 | „ 400.— | „ 375.— |

alles je Doppelzentner (100 kg)

Wegen des Mangels an Kunstdünger gingen die Erträge der Felder immer mehr zurück, die Landwirtschaft war gezwungen, in der Feldbewirtschaftung schärfsten Raubbau zu treiben.

Die Coburger Landwirte haben die Ablieferung an Getreide willig und rechtzeitig bewerkstelligt. Der Verkehr mit den berufenen Stellen ging reibungslos vor sich. Verstöße gegen behördliche Anordnungen sind zwar auch hier nicht ausgeblieben, beschränkten sich aber erfreulicherweise auf verhältnismäßig wenige Fälle. Die überwiegende Mehrheit der Coburger Landwirte hat durch Verantwortlichkeitsgefühl und Pflichtbewußtsein bewirkt, daß in Coburg keine Stockungen in der Brotversorgung eingetreten sind.

**) Abgabepreis seitens des Kommunalverbandes an die Bäcker.

## 5. Obst- und Gemüsebau.*)

Dank einer nahezu hundertjährigen Arbeit des Gartenbauvereins in Coburg befand sich der Obstbau in Stadt und Land vor dem Kriege auf einer erfreulichen Höhe, zählte man doch im Jahre 1913 insgesamt 284824 Obstbäume. Auf einen Hektar der Gesamtfläche (ausschließlich der Waldungen) kamen im Stadtbezirk Coburg allein 48,6 Obstbäume gegen 7,4 im übrigen Herzogtume. Dieser starke Obstbaumbestand im Zusammengehen mit glücklicherweise reichlichen Ernten während der Kriegsjahre ermöglichten es, die Umlagen der Reichsstelle zur Versorgung der Großstädte mit Frischobst und zur Herstellung des so notwendigen Aufstrichmittels (Marmelade) anstelle des fehlenden Fettes für das Heer und die Zivilbevölkerung unter Vermeidung aller Härten bei der Erfassung voll zu erfüllen. Dabei blieben nicht nur die Erzeuger gut versorgt, sondern auch die Zivilbevölkerung und weite Kreise des anliegenden Thüringerwaldgebietes konnten mit Frischobst versehen werden. Die Belieferung der Reichsstelle vom 1. August 1917 bis Ende dieses Jahres allein betrug 20576,22 Zentner Frischobst und 360 Zentner Dörrobst, die Umlage für 1916 betrug 11300 Zentner — eine stattliche und erfreuliche Leistung. Die dabei erzielten Überschüsse konnten der Allgemeinheit bei der Gemüseversorgung voll zu gute kommen.

Die Belieferung des hiesigen Gemüsemarktes seitens Bamberg hatte den Gemüsebau gartenbaulich sehr in den Hintergrund gedrängt, feldbaulich bestand er bei uns so gut wie gar nicht. Bei dem billigen Bamberger Angebot lohnte sich Anbau von Gemüse hierorts kaum; nur die Feinschmecker wußten schon vor dem Kriege den Wert heimischen Frischgemüses zu schätzen. Als nun 1917 die bayrische Einfuhr nur noch ganz gering war und die „Ohnifahrer" ganz auszubleiben drohten, als man nach vielen mühseligen Verhandlungen wöchentlich eine Anfuhr von nur 200 Ztr. erwirkte — bei einem Jahresbedarf von 75000 Kilogramm waren nur 10000 Kilogramm gedeckt —, da erscholl eindringlichst die Mahnung: Baut Gemüse!

Durch Presseartikel wurde die Bevölkerung über die Notwendigkeit des Gemüsebaues aufgeklärt, während die Behörden die Bereitstellung von Pachtland sich angelegen sein ließen. Die „Landesstelle für Gemüse und Obst", seit Mitte 1917 unter der tatkräftigen Leitung des Regierungsrats Dr. Fritsch stehend, ging selbst mit gutem Beispiel voran. Sie nahm fünf Hektar der zum Ahorner Rittergut gehörigen Wiesen unterhalb der Eisenbahnbrücke am Schafsteg in Pacht, ließ sie umbrechen und durch eine gärtnerische Kraft gemüsebaulich bewirtschaften. Die Einrichtung hat sich als sehr segensreich erwiesen, so daß sie noch heute (1921) fortbesteht und hoffentlich auch weiter bestehen bleibt. Daneben setzte eine rege Aufklärungstätigkeit seitens der Landesstelle ein. Es wurden Fachleute als Redner gewonnen und belehrende Schriften und Schriftchen in Massen verteilt, vor allem an die Schulen, welche Schulgärten einrichteten, sowie an Schreber- und Gartenbauvereine und an Landwirte, die sich bereit erklärten, gemüsebaulich mitzuhelfen.

*) Nach einem Bericht des Hauptlehrers E. Hahn.

Der gemeinsame Bezug von Sämereien und Düngemitteln, die beide schwierig zu beschaffen waren, wurde unter wesentlichen geldlichen Opfern seitens der Landesstelle vermittelt. Die Erfahrungen aus dem Beginn des Jahres 1917 hatten gezeigt, daß mit Erfolg nur zu arbeiten ist, wenn alle Vorfragen schon im Herbste zuvor in Angriff genommen werden und bei Beginn der Landbestellung erledigt sind. Was der Stadtbehörde als damaliger Verwalterin der Landesstelle im Frühjahr 1917 nicht gelungen war, nämlich alle gemüsebaulichen Kräfte in Bewegung zu setzen, um einem neuen „Kohlrübenwinter" durch genügende heimische Gemüseerzeugung zu begegnen — sie hatte die Vorbereitungen dafür eben zu spät in Angriff genommen —, das gelang der Landesstelle nach Angliederung an das Staatsministerium, denn alle die vorgenannten Arbeiten waren im Herbste 1917 so zeitig in Angriff genommen worden, daß uns das Frühjahr 1918 voll auf dem Plane fand. Gegen 200 Hektar Land wurden in diesem Jahre gemüsebaulich bestellt, das Fehlende an Gemüseerzeugung konnte durch rechtzeitig betätigte Lieferungsverträge in Großabschlüssen und Großbezügen seitens der Landesstelle in Weißkraut, Rotkraut, Wirsing, Kohlrabi, Steck- und Weißrüben, Meerrettich, Sellerie, Bohnen und Spargel von auswärts gedeckt werden, selbst die Sauerkrautbereitung wurde in eigenen Betrieb genommen. So war planmäßig eine Arbeit geleistet worden, deren Segnungen sich angenehm gegenüber dem Kohlrübenwinter fühlbar machten, und die in mancher Anerkennung ihren Niederschlag gefunden haben. Auf Anregung der Landesstelle fanden zahlreiche Obst- und Gemüseausstellungen statt, die auf beiden Gebieten anspornend wirkten. Die Leistungen, welche zur Steuerung der Ernährungsschwierigkeiten durch Beschaffung von Wildfrucht und Wildgemüse in Erscheinung traten, fielen den sonstigen Leistungen der Landesstelle gegenüber kaum ins Gewicht, obgleich die Sammlungen der Schulklassen in Stadt und Land ganz ansehnliche Mengen erbrachten.

Daß die Erkenntnis der Bedeutung des Kleingartenbaus durch den Krieg in weite Kreise gedrungen ist, mögen nachstehende Zahlen erweisen. Die Mitgliederzahl des Gartenbauvereins ist von 170 vor dem Kriege auf über 600 im Jahre 1921 gestiegen. Vor dem Kriege richtete die Stadt Coburg 52 Gärten mit je 200 Quadratmeter Fläche an der Spittelleite ein. 1916 folgten ca. 300 von gleicher Größe am Ketschenanger, 1918 wurden weitere 250 dortselbst eingerichtet. 1920 wurde die Anlage an der Spittelleite um 400 vergrößert. In Summa verpachtet die Stadt Coburg heute rund 1000 Stück 200 Quadratmeter-Parzellen, dazu kamen 1917 118 1000 Quadratmeter-Flächen auf der Brandensteinsebene, 1918 142 ebensolche auf dem Judenberg und 1920 55 bis zu 700 Quadratmeter an der Seidmannsdorferstraße, also nochmals über 300 Stücke, die neben dem Gemüsebau vor allem der Kartoffelerzeugung dienten. Die Gesamtzahl der städtischen Pächter beträgt z. Zt. 2500. In der Restzahl von 1200 sind besonders die zahlreichen Kleintierzüchter der Kriegszeit als Pächter von Grasland enthalten.

## 6. Viehzucht.*)

Über die Bewegung der Anzahl der im Herzogtum Coburg vorhandenen wichtigen Haustiere seien folgende Zahlen angegeben:

| | Pferde | Rinder | Schafe | Schweine | Ziegen |
|---|---|---|---|---|---|
| 1913 | 3107 | — | — | — | — |
| 1914 | 2265 | 30 261 | 2888 | 29 406 | 10 298 |
| 1917 | 2208 | 28 744 | 2230 | 13 956 | 11 433 |
| 1918 | 2149 | 25 074 | 2587 | 11 750 | 10 560 |
| 1919 | 2883 | 25 481 | 3496 | 7 202 | 10 472 |
| 1920 | — | 22 551 | 4419 | 14 130 | 8 601 |

Kaninchen: Von 9515 viehbesitzenden Haushaltungen hielten 1115 nur Kaninchen.

Bei der Mobilmachung wurden am 5. August von dem Pferdebestand rund 1100 Stück ausgehoben. Die zu diesem Zwecke bestellte Kommission erfüllte ihre Aufgabe mit zähem Eifer von Montag bis Mittwoch ununterbrochen, auch des Nachts bei elektrischer Beleuchtung, trotz Gewitters und starken Regens. Die Pferde wurden meist zu mäßigen Preisen abgeschätzt und nach ihrer Verwendungsart klassifiziert. Spätere Aushebungen folgten bis zum Jahre 1918. Daneben wurde aus dem Pferdebestand der Coburger Landwirtschaft noch eine ganze Anzahl von Pferden durch Ankauf, besonders durch die Händler, den benötigten Zwecken zugänglich gemacht.

Auf der anderen Seite bemühte sich der Landwirtschaftsrat, für diese entstandenen Lücken den einheimischen Landwirten durch Einfuhr von kriegsunbrauchbaren Pferden Ersatz zu schaffen. Es gelang ihm im Laufe der Jahre von 1914 bis 1919 in 35 Transporten 1304 Pferde zu einem Gesamtpreis von 1 385 000 Mark zu verschaffen. Nebenher lief noch die Stellung von Leihpferden für landwirtschaftliche Zwecke und die Einfuhr von Fohlen und Zuchtpferden, ferner von Zugochsen, Nutzkühen, Mastrindern, von Wagen, Geschirren und landwirtschaftlichen Geräten. Dem Landwirtschaftsrat gelang es, sich während des Krieges auf eigene Füße zu stellen. Die Vermittlung von Pferden und Rindern, Wagen und Geschirren, Saatgut jeglicher Art, Petroleum, Benzin und Benzol erbrachte einen Überschuß, welcher zum Ankauf des der Frau Herzogin-Witwe Marie gehörigen Marstallgebäudes Verwendung fand. Des Entgegenkommens der genannten hohen Frau soll auch an dieser Stelle in Dankbarkeit gedacht sein.

Am 13. März 1917 wurde dem Landwirtschaftsrat die Rechtsfähigkeit verliehen. Nach dem Anschluß Coburgs an Bayern ging die fachwirtschaftliche Vertretung auf die Bauernkammer über. Der Landwirtschaftsrat verwandelte sich in eine Stiftung.

Die eigentliche Viehzucht in bäuerlichem Sinne beschränkt sich auf das Rind. Dasselbe hatte im Verlaufe und nach dem Weltkriege hohe Ansprüche zu erfüllen.

*) Unter Zugrundelegung der Arbeiten von Domänenrat Dietrich und Amtmann Albrecht in Coburg.

Vielfach mußte es mehr wie früher Zugdienste leisten. Die Ansprüche, die das Heer und das Volk an die Ernährung stellte, mußten durch Heranziehung der Rinder in allen Arten erfüllt werden. Milch, Butter und Fleisch wurden vom Jahre 1916 ab beschlagnahmt. Es kam die Milch-, Butter- und Fleischkarte.

Das Schlachtvieh mußte an den Viehhandelsverband in Thüringen geliefert werden; Coburg war in Bezug auf Schlachtvieh ein Überschußgebiet. Es gelangten die Schlachtstücke an das Heer und nach verschiedenen Orten im Königreich Sachsen (besonders Leipzig und Plauen). In Coburg wurde vom Viehhandelsverband eine eigene Wurstfabrik errichtet.

Es wurden an den Viehhandelsverband abgegeben:

| im Jahre | Rinder | Kälber | Schweine | Hammel |
|---|---|---|---|---|
| 1916 | 1148 | 125 | 581 | 976 |
| 1917 | 3828 | 856 | 4076 | 3317 |
| 1918 | 5650 | 1432 | 1629 | 110 |
| 1919 | 1277 | 653 | 267 | — |
| 1920 | 929 | 315 | 107 | — |
| zusammen | 12832 | 3381 | 6660 | 4403 |

Da die Landwirte nicht mehr genügend Schlachtvieh ablieferten, wurde vom 18. Februar 1918 ab außerdem Schlachtvieh enteignet. Es wurden Jungrinder, Bullen und Tiere, welche zur Zucht sich nicht eigneten, gewählt.

Von 1918 bis 1920 wurden enteignet 4290 Rinder und 998 Schweine. Nach dem Friedensvertrag mußten von Coburg im Jahre 1920 abgegeben werden an den Feindbund 466 Stück Rindvieh, 95 Schafe, 43 Ziegen.

Am 1. Oktober 1920 wurde die Fleischkarte fallen gelassen; Vieh- und Fleischpreise gingen in die Höhe, doch gab es mit einem Male wieder Fleisch genug.

In den Jahren 1916 bis 1920 wurden nach 3 Klassen per Zentner Lebendgewicht gezahlt:

für Rinder von 55—90 Mk. (Mindestpreis) bis 340—420 Mk. (höchst. Preis),
„ Kälber „ 80 „ „ „ „ 450 „ „ „ ,
„ Schweine „ 77 „ „ „ „ 575 „ „ „ ,
alles abzüglich 5 %.

Die Landesvieh- bezw. Landesfleischstelle, die im Jahre 1916 errichtet wurde, hatte die Aufgabe, die notwendige Anzahl von Schlachtvieh zu besorgen. Zum Viehhandel war nur eine Anzahl Händler bezw. Metzger zugelassen, eine Schlachtung auf eigene Rechnung gab es nicht. Jeder Konsument mußte seine Fleischkarte in Empfang nehmen und seinen Bedarf in die Kundenliste eines Metzgers eintragen lassen. Aus der Summe dieses Bedarfs erhielt der Metzger den auf ihn entfallenden Teil von geschlachteten Tieren.

Es war verständlich, daß von den Metzgern gut genährte, möglichst fette Tiere mehr begehrt wurden als alte Wurstkühe, da die Verteilung solcher Tiere sich ausgiebiger gestaltete und einen höheren Gewinn besonders durch die Verwertung des

UNIVERSITY OF ILLINOIS
NOV 8 1922


Talgs ermöglichte. Die Enteignung wurde von einer Kommission, einem Landwirt und einem Metzger, vorgenommen. Die Interessen der Metzger waren eine Zeit lang stark gewahrt worden, indem man junge, gut genährte Kalbinnen zum Schlachten auch dann enteignete, wenn sie wahrscheinlich trächtig waren. Es hatte diese Methode bei den beteiligten Viehzüchtern viel böses Blut gemacht.

Der Handel mit Nutzvieh war nur den Zugelassenen erlaubt. Nur in einzelnen Fällen konnte der Viehzüchter seinen Bedarf direkt decken. Die Metzger im Schlachthaus in Coburg schlachteten die zugewiesenen Tiere, erst dann wurde das Fleisch verteilt. Viele waren mit dieser Regelung und mit den auf sie entfallenden Fleischanteilen nicht zufrieden, es gab häufig an den alle acht Tage stattfindenden Schlacht- und Verteilungstagen im Schlachthaus eine laute Unterhaltung. Für die Versorgung der anderen Städte und des Landes mit Fleisch wurden Bezirksschlachtereien eingerichtet, die ihrerseits die nach den Kundenlisten anfallenden Fleischmengen den einzelnen Metzgern zu übergeben hatten.

Lange Zeit im Kriege war die dem einzelnen Konsumenten zustehende Fleischmenge auf 250 Gramm in der Woche festgesetzt; in Zeiten knapper Fleischversorgung wurde sie auf 125 Gramm zurückgesetzt. Es gab wöchentlich zwei fleischlose Tage und sogar von Zeit zu Zeit eine fleischlose Woche.

Bei einer Verteilung von 250 Gramm waren wöchentlich 65 Rinder, 60 Kälber und 52 Schweine, bei 125 Gramm, nachdem die Bezirksschlachtereien eingerichtet waren, 19 Rinder und 30 Kälber für die Stadt Coburg, 17 Rinder und 20 Kälber für die Bezirksschlachtereien nötig.

Daneben liefen noch Schlachtungen für immobile Truppen. Die Hausschlachtungen auf dem Lande wurden ganz erheblich reduziert. Der Mangel an Schweinefleisch und Schweinefleischwaren und noch vielmehr der an Fett wurde in der Stadt und besonders auch auf dem Lande schwer empfunden.

Bei der fettlosen Ernährung verlangte der Durchschnittsmensch ungeheure Portionen von Kartoffeln und Brot.

In der Züchtung, Haltung und Verwendung der Rinder war in unserem viehreichen Coburg bis zum Jahre 1916 eine nennenswerte Änderung nicht eingetreten, wofern nicht etwa das futterarme Jahr 1915 einen gewissen nachteiligen Einfluß auf die Viehzucht ausübte. Die nächsten Kriegsjahre 1917 und 1918 brachten durch schlechte Futterernten, starke Inanspruchnahme der Futtervorräte für die Heeresverwaltung und durch die von den Ländern verlangte starke Spanndienstleistung einen namhaften Rückgang weniger der Zahl als dem Gewicht nach. Am wenigsten konnte sich der Bauer mit der Beschränkung in der Ernährung der Kälber mit Milch abfinden.

Das Schwein wurde in Zucht und Haltung von allen Haustieren durch Kriegsmaßnahmen am meisten getroffen. Schweine gab es infolgedessen in der Kriegszeit nur noch in geringer Anzahl. Der Anblick der leeren, verfallenen und vielfach nur von Ratten bevölkerten Schweineställe versetzte den Bauer in tiefe Betrübnis. Im Frühjahr 1917 waren dürre Mutterschweine zu sehen, die in Wirk-

lichkeit nur aus Haut und Knochen bestanden und einem Schwein ganz unähnlich sahen. Große Not entstand auch auf dem Lande in der Ernährung der Dienstboten durch den Mangel an Fett, Speck und fettem Fleisch.

Die Ziege war das einzige Haustier, das von Kriegsverordnungen nur in geringem Umfange getroffen wurde. Ziegenfleisch war frei. Verbot des Schlachtens der weiblichen Zicklein, dann später die Anrechnung der Ziegenmilch auf Milch- und Buttermarken waren mäßige Maßnahmen. Die Ziegenzucht machte deshalb während des Krieges große Fortschritte. Während die Ziege früher oft als die „Kuh des armen Mannes" angesehen wurde, gelangte sie nun auch bei reichen Leuten zu Ehren.

Die Schafzucht machte bei den Landwirten Fortschritte, besonders wegen des Bedarfs an Wolle. Die Spinnräder wurden nicht nur für Flachs, sondern auch wieder für Wolle in Bewegung gesetzt, sodaß die Bauern aus eigenem Erzeugnis Strümpfe und Socken ergänzen konnten.

Die Geflügelzucht stieß, soweit das Huhn in Betracht kam, auf Schwierigkeiten durch den Mangel an Körnerfutter. Eier mußten zu ermäßigtem Preise abgeliefert werden, Ersatzfuttermittel waren in nur bescheidenem Maße zu beschaffen. Es ging deshalb die Hühnerzucht erheblich zurück. Oftmals sah man beim Passieren der Dörfer das Hühnervolk vor der Haustür stehen und vergeblich auf Futter warten. Das Halten der Gänse und Enten, das durch Verordnungen weder direkt noch indirekt betroffen war, wurde von manchen Landwirten als ein rentabler Erwerbszweig betrieben, da für fette Gänse verhältnismäßig hohe Preise zu erzielen waren. Von den Tauben waren die sogenannten Feldflüchter im Kriege am leichtesten zu halten; doch Futtermangel war auch hier nachteilig.

Die Kaninchenzucht lag weniger in den Händen des Bauern als des Industriearbeiters. Die Fütterung dieser Tiere ist einfacher und kann mit Küchenabfällen und gesammelten Kräutern namhaft unterstützt werden. Die Kaninchenaufzucht kam im Kriege sehr in Mode.

Über die Viehzucht im Kriege im allgemeinen ist noch zum Schlusse hervorzuheben, daß die Zahl der noch vorhandenen Tiere keinen Rückschluß erlaubt auf Wert und Nutzung. Fast alle Tiere waren infolge der mangelhaften Ernährung mit Kraftfutter im Gewicht ganz erheblich zurückgegangen, ebenso wie in der Nutzung. Gut milchende Kühe waren eine Seltenheit, die Milchergibigkeit ging aber auch da schon nach einigen Wochen erheblich zurück. Die Metzger klagten mit Recht sehr über die Fleischarmut vieler Schlachttiere und über die häufige wässerige Beschaffenheit des Fleisches. Sie waren sehr begehrlich auf junge, zu Beginn trächtige Kalbinnen, da diese erfahrungsgemäß am besten genährt und mit gutem Fettansatz versehen sind. Mit rauher Hand griff die Enteignungskommission auch in diese Zuchtviehbestände ein, aber nur eine Zeitlang, da die Bauernschaft durch energischen Protest eine Abstellung dieser Übelstände erzielte.

Der Gesundheitszustand der Haustiere war infolge der Unterernährung kein guter. Schwere Seuchengänge waren im Jahre 1915 und 1920 zu beklagen, in

denen die Maul- und Klauenseuche in bösartiger Form auftrat und viele Tiere zu Grunde richtete. Im Jahre 1920 sind verschiedene Tausend Stück notgeschlachtet worden. Die Not der Zeit und eine herabgesetzte Empfindlichkeit des Publikums ermöglichte noch eine leidliche Verwertung des Fleisches und dessen Produkte.

Durch staatliche Verordnung mußten in den Kriegsjahren die gefährdeten Schweinebestände in einer ganzen Anzahl von Dörfern gegen Rotlauf schutzgeimpft werden. Die Kosten trug zum größten Teil der Viehhandelsverband in Weimar. Die Zwangswirtschaft in Schlachtvieh erlitt schon im Dezember 1919 und Januar 1920 ihren moralischen Todesstoß, indem der Bauer zu dieser Zeit z. B. für die Haut eines verendeten Kalbes allein mindestens 100 Mark mehr erhielt als vom Metzger für das schlachtreife lebende Kalb.

### 7. Gesetzliche und behördliche Zwangsmaßnahmen im landwirtschaftlichen Betriebe.*)

Der Weltkrieg hatte nur einige Monate gedauert, als ein restloser Abschluß der deutschen Grenzen vom Weltverkehr durch unsere Feinde erreicht wurde, sowohl durch die Blockade zur See als durch Sperrung der feindlichen Landesgrenzen und durch unerhörten Druck auf die neutralen Länder. Der heimischen Landwirtschaft erwuchs die Aufgabe, Heer und Heimat mit der notwendigen Nahrung und Bekleidung zu versorgen. Dieses Ziel zu erreichen, war schon jahrelang vor dem Kriege die wichtigste Aufgabe der Agrarpolitik des Reiches gewesen. Aber noch 1913 hatten maßgebende landwirtschaftliche Stellen erklärt, daß eine nationale Versorgung durch die einheimische Landwirtschaft nur für kurze Zeit möglich sei. Aus dieser Not heraus mußte die Reichsregierung schon zu Beginn des Weltkrieges Zwangsmaßnahmen ergreifen, um die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung zu erfassen und gerecht zu verteilen. Die Heeresversorgung ging vorweg, mit dem, was übrig blieb, mußten die Daheimgebliebenen haushalten.

Die Zwangsmaßnahmen der Behörden können ihrem Wesen nach in 3 Klassen eingeteilt werden:

1. Die Erzeugung betr. (Saatgutverbrauch, Bestellung, Pflege der Saaten, rechtzeitige Ernten, Spannkraft, Schlachtvieh, Felddiebstähle und Grundstücksbeschädigungen),

2. Die Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse betr. (Getreide, Hülsenfrüchte, Öl- und Gespinstpflanzen, Kartoffeln, Viehfutter, Schlachtvieh, Milch und Milchprodukte, Eier, Jagdbeute, Obst, Gemüse, Häute und Wolle),

3. Die Rechte des Selbsterzeugers betr. für ihn und seine Hausgenossen. (Zumessung der Ernährungsportionen und der Kleidungsstücke).

*) Nach einem Berichte des Gutsbesitzers Heß in Neuses.

Der Coburger Bauer, fest mit seiner Scholle verwachsen, dem gesunden Fortschritt stets zugänglich, war sich wohl bewußt, daß nur bei einer genügenden Ernährung des Heeres und der Heimat der Weltkrieg zu gewinnen war, und daß er an dieses Ziel den letzten Rest seiner Arbeitskraft und seines Arbeitswillens setzen mußte. Bei diesem gesunden Sinn für das Gegebene durfte es nicht wundernehmen, wenn ein Teil der behördlichen Maßnahmen bei ihm Kopfschütteln, zuweilen mitleidiges Lächeln, manchmal auch heftigen Zorn oder stumpfe Gelassenheit auslöste. Alle diese Gefühlsausbrüche konnten ihn aber von dem einen Ziel nicht abbringen, dem Boden unter den schwierigsten Verhältnissen das äußerste an Ertrag abzuringen. Es würde ein Ding der Unmöglichkeit sein, die endlose Zahl der Verordnungen und Gesetze, die oftmals auch nebensächlicher Art waren, und ihre Wirkung auf die landwirtschaftlichen Betriebe zu behandeln, es soll lediglich in nachfolgendem ein kurzes Bild der Zwangsmaßnahmen und der durch sie bei dem Bauern ausgelösten Stimmung gegeben werden.

1. Durch die Bemessung des Saatgutes (Getreide 3—3,5 Zentner, Kartoffeln 40 Zentner für den Hektar) sollte einem übermäßigen Verbrauch gesteuert werden. Diese an sich wohlbegründeten Maßnahmen stießen in Coburg auf Schwierigkeiten insofern, als Drillmaschinen, die weniger Saatgut verbrauchen, nur wenig vorhanden waren und geübte Säeleute, die zu den Fahnen berufen waren, durch Frauen und Kinder ersetzt werden mußten, dazu forderte die abnehmende Düngung und schlechtere Bodenkultur mehr Saatgut. Eine genaue Befolgung der Vorschriften hätte zu Mißernten geführt.

Die Verordnung über die Kraftfutterrationierung an Spanntiere war schwer zu befolgen, da sonst die (an sich minderwertigen, kriegsunbrauchbaren) Pferde und mangelleidenden Ochsen und Kühe längst vor dem Kriegsende niedergebrochen wären. Der Coburger Bauer konnte sich mit Recht etwas darauf zugute rechnen, in diesem Falle weiter geblickt zu haben als die Behörden. An eine Mast der Schlachttiere war nicht mehr zu denken. Nur in der Zeit des Grünfutters konnte man noch halbwegs fettes Rindfleisch sehen.

Die Verbote über den Verbrauch von Getreide und Kartoffeln zu Mastzwecken sind im großen und ganzen allgemeinem Verständnis begegnet und auch dementsprechend befolgt worden. Anders liegen wohl die Dinge bei der Kälber- und Ferkelaufzucht. Bei der diesen Tieren zugedachten Menge Vollmilch würde wohl schwerlich ein gesundes und entwicklungsfähiges Tier zu erzielen gewesen sein. Da mag wohl manches Liter Vollmilch an die Schützlinge der Bäuerin hinten herum gekommen sein, manche Strafe zeugt davon, aber doch wurde auf diese Weise für die Viehzucht der späteren Zeit gesorgt, wo die Not noch erheblich größer wurde.

Besonderes Verständnis fanden die Maßnahmen der Behörden zur Sicherung der Ernte gegen Felddiebstähle und Grundstücksbeschädigungen, die zum Teil auch vom stellvertretenden Generalkommando des 11. Armeekorps erlassen wurden. Die Todesstrafe auf Brandstiftung hat Wunder gewirkt, kaum ein einziger Brand in ländlichen Ortschaften war während des Krieges zu verzeichnen, und die spielenden

Kinder waren doch auch daheim, ohne die Verordnung zu kennen, noch dazu bei sehr mangelhafter Aufsicht.

2. Zum Zwecke der Beschaffung und Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurde seitens des Reiches und der Bundesstaaten eine Reihe von Behörden eingerichtet, die ihrerseits wieder durch weit verzweigte Unterabteilungen ihre segensreiche Arbeit den Coburger Bauern vor Augen zu führen suchten. Außer den Reichsbehörden, die den Coburger Bauern ziemlich fern wohnten und sich ihnen deshalb weniger einprägten, bestand in Thüringen mit dem Sitz in Weimar das Ernährungsamt der Thüringer Staaten, in dessen Beirat das Herzogtum Coburg durch drei, später vier Mitglieder vertreten war. Neben ihm arbeitete das Landesfuttermittelamt, der Viehhandelsverband Thüringens, die Thüringer Landesstelle für Gemüse und Obst, die Thüringer Landeskartoffelstelle, der Zweckverband der vereinigten Coburger Kommunalverbände mit seinen Unterabteilungen, der Landesviehstelle, der Landesfettstelle, der Landeseierstelle, der Landeskohlenstelle usw.

Jede Stelle glaubte, durch möglichst eindringliche Verordnungen mit vielen Paragraphen das Vaterland retten zu können. Jede Landesstelle hatte ihren eigenen Etat, in welchem Umsätze und Gewinne von Beträgen gemacht wurden, die in viele Millionen gingen. Die Verwaltung war nicht an eine kontrollierende Instanz, wie im Frieden die Regierung, an den Landtag, gebunden. In weiten Kreisen der Landbevölkerung existierten in dieser Hinsicht Vorstellungen von kaum ausdrückbarem Ausmaß. Der Wahrheit gesellte sich die Dichtung bei. Man wird einmal, wenn man weiteren Abstand von den Dingen genommen hat, den Wert und Unwert der Hunderte von Verordnungen erkennen lernen. Eines war schon in der letzten Kriegszeit sicher: ihre Häufung und die in ihnen enthaltenen Widersprüche waren ein Zeichen unserer modernen Volkskrankheit, der ungeheuer wachsenden Nervosität.

Sämtliche Bodenerzeugnisse galten nach den bestehenden Vorschriften mit dem Augenblick der Trennung vom Boden als beschlagnahmt. Alles Vieh im Stalle, Schweine, sogar Hühner waren beschlagnahmt, ebenso Milch und Milchprodukte.

Für jedes einzelne Erzeugnis bestanden Höchstpreise, die von den zuständigen Stellen allein oder zusammen mit der Preisprüfungsstelle festgesetzt wurden. Zur Überwachung der Lieferpflicht jedes Erzeugnisses war für jeden Bauer eine sogenannte Wirtschaftskarte bei den vereinigten Kommunalverbänden eingeführt. Die Viehhaltung jedes Betriebes wurde durch das Viehkataster bei der Landesviehstelle überwacht, Kälbergeburten mußten innerhalb der ersten Tage gemeldet werden, und wehe der Bäuerin, wenn sie einmal mehr an ihren Mann oder ihren Sohn draußen im Felde dachte und darüber die Anmeldung einer Kälbergeburt beim „Standesamt für Rindviecher", wie der Volkswitz diese Einrichtung nannte, vergessen hatte.

Zur Wirtschaftskarte wurden die Unterlagen durch Ernteflächenerhebung in jeder Gemeinde durch den vielgeplagten Schulzen beschafft, der hier wie auch sonst vielfach bedauert, bespöttelt, verständnislos angefeindet und betrogen wurde, die

Ernteschätzung nahm eine hierzu für jeden Bezirk bestellte Kommission vor. Gemeindeweise wurde jedem Betriebe dann die Erntemenge zugeschrieben, dem Kommunalverband gemeldet, dort in der Wirtschaftskarte vermerkt und unter Berücksichtigung der Saatmenge, des Haus- und Futterverbrauchs und des Schwundes das Liefersoll jedes Einzelnen verrechnet.

Daß bei dem einen die Ar-Zahl in die Hektar-Spalte rutschte oder umgekehrt, daß ein anderer Gerste oder Weizen liefern sollte, während er nur Roggen und Hafer gebaut hatte, kam vor und sei spaßeshalber erwähnt. Daß aber solche Dinge, auch wenn sie auf Irrtum beruhten, dem Ansehen der Behörden abträglich waren, ist begreiflich und gewiß. Kein Wunder, wenn man öfters von Bauern hören konnte, es wäre viel gescheiter, die Unmenge dieser bürokratischen Arbeiter in der Landwirtschaft bei Saat und Ernte nutzbringend zu verwenden.

Auf Empfehlung der Reichsstellen bauten viele Bauern willig Öl- und Gespinstpflanzen an, manche aber warten noch heute auf die Ölkuchen und auf das Öl, das ihnen im Verhältnis zu ihrer Lieferung zustand.

Eines der schwierigsten Kapitel während der ganzen Kriegszeit war die Zwangswirtschaft im Kartoffelbau. Falsche Preispolitik und rücksichtslose Enteignung führten zu einer Abnahme der Anbauflächen und der Ernte. Zu dem gleichen Ziel führten der unvermeidliche Mehrverbrauch im eigenen Haushalt, Schwund und Fäulnis und die herzzerreißenden Klagen tagtäglich erscheinender Hamsterer.

Die Erzeugung von Milch, Butter und Käse ging durch Mangel an Kraftfutter, durch verlangte Spanndienste der Milchkühe, durch verständnisloses Abschlachten guter Kalbinnen ungeheuer zurück. Bittere Vorwürfe trafen deshalb die heimische Landwirtschaft, mit Gelassenheit wußte sie diese zu tragen.

Während in der Kriegsindustrie die Gewinne zu früher nicht gekannten Zahlen in die Höhe gingen, Arbeiter und Lehrlinge hohe Löhne verdienten, mußte der Bauer das Pfund Butter für 3,60 Mark verkaufen, während er für Wagenschmiere das Doppelte zu bezahlen hatte und obendrein bei ihm niemand mehr Arbeit annehmen wollte und alles in die Kriegsindustrie abwanderte.

Die Erzeugung und Lieferung von frischer Milch ging erheblich zurück, dazu erregte in weiten bäuerlichen Kreisen die Verständnislosigkeit der städtischen Kreise in Coburg bis in deren höchsten Spitze hinein Ärger und Verdruß, brachte man es dort noch im zweiten Kriegsjahr fertig, eine Erhöhung des Milchpreises von 22 auf 24 Pfg. zu hintertreiben und in diesem sachlich begründeten Wunsch eine Bewucherung zu erblicken und indirekt die Ursache zu geben zur Umstellung großer Milchwirtschaften und zur Abschaffung der Milchkühe.

Die Lieferung von Frischmilch nach Sonneberg und die Orte des Thüringer Waldes, die aufrecht erhalten werden mußte, löste dort mehr Dank aus. Außerdem wurde den Coburger Bauern von dort Kraftfutter, Petroleum und Spiritus besorgt, sodaß sie ihrerseits aus der Beleuchtungsnot ihrer Ställe und ihrer Wohnungen leidlich herauskamen. Der Mangel an Licht war in vielen Dörfern eine allgemeine Klage. Nachts mußte man sich frühzeitig ins Bett begeben. Mancher Brief

an die Lieben ins Feld mußte beim Lichtschein der geöffneten Ofentür geschrieben werden.

Die Viehzwangswirtschaft und die Viehenteignung trafen den Bauer an seiner verwundbarsten Stelle. Er bemerkte, daß zum Schaden von Erzeuger und Verbraucher viele Hunderttausende angehäuft und ohne die gewohnte verfassungsmäßige Kontrolle umgesetzt wurden. Die Rücksichtslosigkeit der Enteignungskommission, auch gute Zucht-Rinder, selbst trächtige Kalbinnen der Schlachtbank zu überliefern, erzeugten tiefen Groll, kein Wunder, wenn dem Coburger Land durch diese Lieferung erstklassiger Schlachttiere auf seinen Verbrauch jedes Tier mit 25 kg Lebendgewicht im Durchschnitt höher angekreidet wurde als den übrigen Thüringer Staaten.

Die Eiererzeuger mußten ihre Produkte ebenso wie Butter an die Sammelstellen der Ortschaften nach der ihnen auferlegten Umlage abliefern. Auch auf dem Hühnerhofe wuchs ständig Konfliktsstoff, und das Kunststück, Eier ohne Futter zu erzeugen, hat noch heute keine Bäuerin fertig gebracht ebensowenig, wie der Bauer Verständnis dafür gewinnen konnte, fette Schlachtschweine durch Heublumen, Kleeabfälle, Bohnen- und Erbsenschalen und minderwertige Kleie zu mästen, wie ihn der oder jener Gelehrte in eindringlichen Vorträgen und ellenlangen Zeitungsartikeln eintrichtern wollte. Wo nichts hinkommt, kann nichts herkommen.

Die Jagdbeute galt ebenfalls als beschlagnahmt, jedes zweite Stück Wild mußte sofort nach Jagdschluß an den zuständigen Kommunalverband neben einer schriftlichen Meldung der Strecke abgeliefert werden. Mancher Jäger, auch aus der Stadt, der sonst mit eigener Hand stolz seinen erlegten Hasen zur Strecke brachte, ließ ihn vorher im Rucksack verschwinden, ohne Wert darauf zu legen, in den Augen der anderen als ein tüchtiger Schütze zu gelten.

Die Zwangswirtschaft in Obst und Gemüse trieb tolle Blüten. Mit Recht hat sich der Bauer über die durch unsachgemäße Behandlung und Lagerung, sowie durch Bahntransport bei Frost entstandenen Schäden aufgehalten. Wohl kein Zweig der Zwangswirtschaft, auch Kartoffeln nicht ausgenommen, hat mit derartigen Mengen Verderb rechnen müssen wie Gemüse und Obst.

Die Viehhäute waren auch beschlagnahmt, doch wurden dem Bauern die im eigenen Betriebe angefallenen Häute überlassen. Dankgefühl löste es bei ihm aus, wenn er so Leder für Schuhe und für Geschirr in beschränktem Maße erhielt. In der Landwirtschaft haben alle Schuhersatzmittel kläglich versagt.

Schafwolle war ebenfalls beschlagnahmt. Kleinigkeiten kamen dem Erzeuger zu. Der alte Brauch lebte wieder auf, die Schur in Fabriken gegen Kleiderstoffe zu tauschen. Mancher Schafhalter wird noch heute um seinen guten Anzug aus jener Zeit beneidet.

3. Der Verbrauch des täglichen Brotes war auch dem Bauern unter Androhung schwerer Strafen wie jedem anderen Verbraucher nach Gramm, jedoch in den Zeiten wechselnd, streng vorgeschrieben. Er erhielt danach nur wenig mehr als der Städter. In die Köpfe der Bauern und noch weniger in die ihrer Arbeiter wollte der Gedanke, daß ein Tippfräulein, die nur acht Stunden an ihrem Platz saß,

ebenso großen Hunger hätte wie ein Pferdeknecht, der im Sommer von früh um 4 bis nachts um 10 Uhr auf den Beinen sein mußte, durchaus nicht hinein. Und doch, die Reichsstellen in Berlin wußten es besser. Der Pferdeknecht durfte nicht mehr Hunger haben als das Tippfräulein, und wehe seinem Herrn, wenn er ihm mehr zu essen gab. Soweit reichte der gesunde Verstand der Bauern und ihrer Leute immer noch, daß sie einmütig den Brotvorschnitt ablehnten, weil sie wußten, daß mit der Befolgung der Brotverbrauchervorschriften die Landwirtschaft einfach aufgeschmissen wäre und die Erfüllung der schweren Erntearbeiten unmöglich würde. Es war jedem Bauern klar, daß die Einhaltung dieser strengen Vorschriften gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch der Landwirtschaft überhaupt war. Spaßeshalber sei erwähnt, daß der Eingriff der Behörden in den bäuerlichen Betrieb zeitweise soweit ging, daß die Bäuerin, wenn sie Brot backen wollte, den Teig zum Schulzen bringen und ihm vorwiegen sollte.

Die Brotselbstversorgerrationen wurden meist im Anfang des Druschjahres höher bewilligt, später wurden sie heruntergesetzt und gleichzeitig Boden- und Scheunenrevisionen vorgenommen zur Feststellung des dem Bauern bleibenden Mahlguts. Die Kommissionen bestanden meistens aus dem zuständigen Landjäger, dem Schulzen und einem Vertreter der Verbraucher; manchmal haben auch die ein Auge zugedrückt. Oft waren es für den Bauer peinliche Augenblicke, wenn er die Frage der Kommission nach weiteren Vorräten unter Begehung einer Notlüge verneinen mußte.

Die Autorität der Behörden und ihre Organe fiel daher beim Bauern bald im Kurs. Die Zuweisung der Brotselbstversorger, meist entgegen ihrem Wunsche an bestimmte Mühlen, wurde vielfach die Ursache schlimmster Ausbeutung und hinterließ manche Bitternis. Der Bauer mußte zufrieden sein mit dem, was er aus der Mühle rettete, Beschwerden waren aus begreiflichen Gründen unmöglich. Er hatte nur den einen Trost, daß das Mehl, was ihm abgezwackt war, vielleicht einem hungrigen Hamsterer, wenn auch gegen schweres Geld, einen guten Tag gewährte.

Wie beim Brot, so war auch beim eigen erzeugten Fleisch genau nach Gramm und Kopfzahl die Zuteilung erfolgt, auch mußte die Genehmigung zum Schlachten behördlich erteilt sein. Alle Schlachttiere mußten lebend amtlich gewogen und geschlachtet amtlich nachgewogen werden. Eine Zeitlang mußte Speck oder Fleisch, einmal sogar als „Hindenburgspeck" zur Spende für hungernde Bergleute und Munitionsarbeiter von jedem Schlachtschwein abgeliefert werden. Man beobachtete aber mit Staunen, daß z. B. in Coburg der Speck an die sogenannten Schwerstarbeiter verteilt wurde. Schwer- und Schwerstarbeiter waren aber vielfach Speditionskutscher und oftmals überhaupt keine Arbeiter. Sogar geschlachtete Hühner wurden auf die Ration der Bauern angerechnet. Die Gewissenhaftigkeit der Berichterstattung verlangt mitzuteilen, daß ein Landrat (Kommunalverbandsvorstand) im Beirat beim Ernährungsamt in Weimar unter Lächeln der Anwesenden erklärte,

Glockenabschied.

Im Dienste der Kriegs-(Geschoßkorb-)Industrie

im letzten Berichtsjahre sei in seinem Amtsbezirk nur 1 (eine!) Henne, und zwar von seiner Schwägerin als geschlachtet gemeldet worden.

Der leckere Kirmesvogel war behördlich nicht erfaßt.

Die Milch- und Buttermenge, die dem bäuerlichen Haushalt zugeteilt waren, wurden nach Liter und Gramm genau errechnet, das Liefersoll an Milch oder Butter durch Milchkontrolleure genau festgesetzt und auferlegt nach den Kuhbeständen und der Milchergibigkeit der Kühe. Rücksicht auf Trächtigkeitsstand wurde selten genommen. Mag sein, daß einzelnen Milchkontrolleuren die Begriffe über den Zusammenhang der Milcherzeugungsprozesse fremd waren. Richtig ist, daß es oft zu scharfen Auseinandersetzungen kam zwischen Bauern und Milchkontrolleuren. Ein gewisses Mißtrauen konnte der Bauer auch nicht loswerden, da die Übereinstimmung der den Erzeugern ausgestellten Quittungen mit dem Ablieferungsquantum der Buttersammelstellen niemals nachgeprüft wurde, wenigstens hörte man nichts davon. Der Buttertag war meistens Donnerstag, an anderen Tagen der Woche durfte auch für den Eigengebrauch nicht gebuttert werden. Manche Bäuerin mußte sich die unverhoffte Nachmessung ihrer Rahmtöpfe gefallen lassen. Tatsache ist, daß neben der abgelieferten Butter und Milch wohl überall ein mäßiger Eigenmehrverbrauch stattfand und auch einmal für nähere oder weitere Anverwandte in Not ein Stückchen Butter oder eine Flasche Milch außerhalb der vorgeschriebenen Geleise lief. Außerdem waren doch Öle, Lichte, Schuhe, Kleiderstoffe, Arzneien usw. für den Bauer nur zu haben, wenn er ein Stück Butter oder sonst etwas Eßbares mitbrachte. Im Übrigen war der Sparsamkeitssinn des Coburger Bauern ein derartig ausgeprägter, daß Vorwürfe, wie sie von seiten der Verbraucher öffentlich gegen ihn erhoben wurden, er könne zusehen, wie andere hungern, während ihm das Fett von beiden Backen liefe, ihn zu Unrecht trafen. Sie mußten seinen berechtigten Zorn wachrufen.

Von den Hühnern des Bauernhofes wurde verlangt, daß sie 25 Eier für die Allgemeinheit legten, den Rest konnte die Bäuerin für den Haushalt und die Hühnerzucht verwenden. Auch hier gab es oft Meinungsverschiedenheiten über die Zahl der Hühner zwischen Bäuerinnen und behördlichen Stellen. Manchen hühnerfütternden Landjäger konnte man auf den Bauernhöfen sehen, der sich durch den Ruf zum Futter von der Anzahl der vorhandenen Hühner überzeugen wollte.

Die Preise für Eier waren behördlich festgelegt, auch für solche, die nicht von der Umlage erfaßt waren. Daß es gefährlich war, über den Höchstpreis zu verlangen, mag der Umstand beweisen, daß Bäuerinnen das Unglück hatten, bei ihrem Hintenherumverkauf Beamten des Finanzamtes in die Hände zu fallen, die dem Bauern bei seinem Einspruch gegen die Steuerveranlagung von der „Schröpfung" Kenntnis gaben und ihn ablaufen ließen.

Am unzulänglichsten war wohl die Zuteilung der Kartoffelmenge für den Kopf der bäuerlichen Bevölkerung zum Eigenverbrauch. Das Verbot der Herstellung von Kartoffelklößen wirkte bei den Dienstboten revolutionierend und konnte kaum durchgeführt werden. Bei dem Fettmangel brauchten der Knecht und der

Arbeiter andere Portionen für ihren Magen, sollten sie der ihnen bestimmten schweren Arbeit noch gewachsen sein. Die Verordnungen stellten äußerste Hindernisse dar, aber man fügte sich ins Unvermeidliche.

Vorwürfe schwerster Art hat die Landwirtschaft seit dem Kriege in Fülle ertragen müssen. Dem war entgegenzuhalten: Die Kräfte der alten Leute, der Frauen und Kinder waren auf die Dauer der schweren Arbeit der Landwirtschaft nicht gewachsen, mancher sank vorzeitig ins Grab, andere verfielen dauerndem Siechtum. Der Vorwurf des Versagens war die schwerste Kränkung, da die Arbeit der Daheimgebliebenen mit Fug und Recht der im Felde an die Seite zu stellen war. Der Bauer war nicht schuld an der mangelhaften Verteilung der Nahrungsmittel, die sachlichen Schwierigkeiten waren aus der Tatsache zu erklären, daß für hundert Millionen Menschen Nahrungsmittel gesammelt und nach Bedürfnis gerecht verteilt werden mußten. Das wissenschaftlich berechnete und bei der Verteilung praktisch berücksichtigte Existenzminimum war für den normalen Menschen zu niedrig, der seinen Hunger nun durch Einhamstern von Nahrungsmitteln stillen mußte. Anfänglich gab der Bauer aus Mitleid und Brudersinn, als dann durch die hohen Verdienste in der Kriegsindustrie viel Geld unter die Arbeiter kam, als alle landwirtschaftlichen Bedarfsartikel sehr teuer wurden und die Dienstboten und Arbeiter des Bauern höhere Löhne forderten, blieben die Höchstpreise für Nahrungsmittel zu niedrig, die der Staat aber mit Rücksicht auf die schlechtgestellten Beamten, Kleinrentner und Invaliden nicht in die Höhe setzen konnte. Die Not dieser Kreise berücksichtigte der Bauer nur anfangs, dann erlag er oft dem hohen Angebot des großen und kleinen Kriegsgewinnlers. Die einzig Schuldigen waren die Zentralgewerkschaften in Berlin, die im Gegensatz zu der Hindenburg'schen Idee die Zivildienstpflicht der Arbeit von hohen Löhnen abhängig machten.

Der Schrei des Bauernstandes nach behördlicher Hilfe zum Zwecke der Produktionssteigerung durch Belieferung mit künstlichem Dünger und Stellung der nötigen Arbeitshilfe über die Zahl der Kriegsgefangenen hinaus verhallte ungehört.

Eine Zentralisierung von Nahrungsmitteln brachte in der Kriegszeit bei der Beschränkung der Hilfsmittel noch mehr als sonst die Gefahr des Verderbens dieser wertvollen Ware mit sich. Der Umsatz und der Handel mit Nahrungsmitteln aller Art wird wohl für alle Zeiten den direkten Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher oder letzten Endes den Kleinhandel notwendig machen, der alles daran setzt, ein Verderben zu verhüten und noch rechtzeitig die Nahrungsmittel — selbst unter Verlust — ihrem Zwecke entgegenzuführen. Der kleine Kaufmann kann große Verluste nicht vertragen, die schon aus diesem Grunde sich ergebende Sorgfalt kann nie erreicht werden durch eine öffentliche Bewirtschaftung.

Höchsterträge wird der Bauer nie unter dem Regiment einer Zwangswirtschaft erzielen, sondern nur unter Anerkennung des Grundsatzes: „Freier Bauer auf freier Scholle!"

* * *

Wir haben im Vorstehenden dem Urteil über die behördlichen Zwangsmaßnahmen, wie es in Erzeugerkreisen sich im Laufe der Kriegszeit gebildet hat, freien Ausdruck gewährt. So sei auch einem Verbraucher, einem Städter, das Wort zu seinen Betrachtungen beim

Hamstern

gegeben.

Als im ersten Kriegsjahre die Bauern nur noch wenig Butter auf den Markt brachten, gingen naturgemäß die Preise in die Höhe, und in mancher Stadt kam es infolgedessen zu Ausschreitungen, bei denen die Landleute durch Gewalt gezwungen wurden, ihre Erzeugnisse zu billigeren Preisen abzugeben. Ähnliches geschah auch auf dem Markte in Coburg, als ½ Pfund Butter noch für 75 Pfg. zu haben war, also zu einem Preise, wie er hin und wieder auch schon vor dem Kriege vorgekommen war. Da die Polizei erst einschritt, wenn es zu Tätlichkeiten gekommen war, konnte es nicht Wunder nehmen, daß die Bäuerin dem Markte allmählich fern blieb. Selbst die treuen Butterfrauen, die sonst die Butter ins Haus zu bringen pflegten, blieben aus, zumal fast alle auf dem Lande benötigten Bedarfsartikel in der Stadt selten geworden waren.

Mit Eintritt der öffentlichen Bewirtschaftung breitete sich die Knappheit auch auf andere Lebensmittel aus, und der Städter, wenn er nicht darben wollte, war gezwungen, regelmäßig auf das Land zu gehen. Da er dabei tunlichst reichlich sich zu versorgen strebte, so bildete sich für diese neue Tätigkeit des Städters der Ausdruck „Hamstern". Das Hamstern an sich war für die Volksernährung keine große Gefahr, da der Hamsterer nur für seinen eigenen Bedarf sorgte und ihm daran liegen mußte, daß die Preise nicht so rasch in die Höhe gingen. Nachdem aber der Schleichhandel, die Not des Volkes ausbeutend, sich auch auf dem Lande breit zu machen begann, erschien der Feldjäger auf dem Plan, und damit begann die Leidenszeit des Hamsterers. Er wählte geheime Wege und gewisse Tag- und Nachtstunden, wo er das „Auge des Gesetzes" schlafend wähnte, aber der „Hilfsfeldjäger" kreuzte doch eines Tages oder eines Nachts seine geheimen Pfade. Der also Verfolgte griff zu den seltsamsten Mitteln, um als harmloser Wanderer zu erscheinen, und besonders die Frauen zeigten hierbei einen erfinderischen Geist, der nicht allein den Hamster-Unterrock hervorbrachte. Weite Umgehungsmärsche wurden unternommen, die verborgensten Pfade selbst bei Nacht nicht gescheut, ja, ein Knabe schwamm sogar durch die Itz, um seinen gefüllten Rucksack vor dem nahenden Gendarm zu retten.

Wie schwer war es aber auch, etwas für den Rucksack zu erlangen! Die Abgabe von Lebensmitteln war verboten, und gewiß ist es manchem Bauern schwer geworden, Hungernde herzlos abzuweisen. Nicht klein war oft die Zahl der Hamsterer, die an *eine* Tür pochten, denn mancher Bauer hatte plötzlich einen großen Vetternkreis in der Stadt, der sich früher nicht um ihn gekümmert hatte.

Wer aber keinen Bekannten auf dem Lande hatte, mußte oft größte Mühe aufwenden, um Lebensmittel zu erhalten, oft auch wurde er mit herzlosen, groben Worten von der Tür gewiesen. In welch' bittere Stimmung ein so enttäuschter

Hamsterer versetzt wurde, das beweist der Ausruf jenes Abgewiesenen: „Ihr Bauern, ihr seid alle Spitzbuben, und euer Schulz ist der größte!"

Schließlich suchte der Städter auf dem Wege des Tauschhandels zu seinem Ziele zu kommen und bot Kleidungsstücke, Zucker, Petroleum usw. für Lebensmittel. Das zog.

Infolge der erhöhten Nachfrage und der Zudringlichkeit der Schleichhändler kam es bald dahin, daß die gesetzlichen Höchstpreise um das Doppelte, ja das Dreifache überschritten wurden. Das führte zur Einsetzung der Wuchergerichte, die aber den gewerbsmäßigen Schleichhandel nicht zu unterbinden vermochten.

Gewisse gut bezahlte Arbeiterkreise trieben die Preise mit Rücksichtslosigkeit rasch in die Höhe, und besonders die Geschoßkorbarbeiter, im Volksmunde kurz „Geschoßkörber" genannt, machten sich auf diese Weise bei der minderbemittelten Bevölkerung recht verhaßt. Dazu kam noch die Preistreiberei der Schleichhändler und Hamsterer aus dem Meininger Oberlande, aus Berlin, Suhl und anderen Gegenden. Ein Sonneberger z. B. überbot im Frühjahr 1918 die ortsüblichen Hamsterpreise um 100 %. Eine Frau aus Neustadt fuhr 1919 6 bis 7 mal in der Woche mit dem Tragkorb abwechselnd nach verschiedenen Itzgrunddörfern und hamsterte unter erbärmlichen Klagen für ihre 11 Kinder, die sie in Wirklichkeit gar nicht besaß, und für ihren „arbeitslos" gewordenen Mann, der damals — nach Mitteilung von anderer Seite — gerade eine Gefängnisstrafe wegen Schleichhandels abzusitzen hatte, dazwischen fuhr sie mit demselben Tragkorb in der Richtung nach Sonneberg, um dort ihre Ware abzusetzen. Trotz ihrer großen Armut und Bedürftigkeit wußte sie den Bauern zu berichten, daß das amerikanische Schweinefleisch gänzlich ungenießbar sei, sie war also scheinbar reichlich verwöhnt. So konnte man bis 1918 behaupten, daß die auswärtigen Schleichhändler und Hamsterer fast allein an der Preissteigerung schuld waren, der Bauer hätte sehr charakterstark sein müssen, wenn er die ihm immer wieder gebotenen hohen Preise nicht hätte annehmen wollen.

Dann trat aber ein Umschwung ein: Während bisher die Mehrzahl der Bauern voll Abscheu von den wenigen Ausnahmen sprachen, bei denen sich die Erzeuger an der Preistreiberei beteiligt hatten, waren es nun zuerst die Frauen und dann auch die Bauern selbst, die das Beispiel dieser Preistreiber nachahmten. Wie sie dabei vorgingen, zeigt folgender Fall: Eine Bäuerin, die von ungefähr 50 Hühnern nur 25 angemeldet hatte, sagte zu ihrem Bruder aus der Stadt: „Die Eier kosten 1.20 Mk., in G. bekommen sie aber 1.50 Mk.!" Sie wollte natürlich auch den höheren Preis haben. Die Nachfrage bei ihrem Schwager in G. am nächsten Tage ergab aber die überraschende Tatsache, daß dieser Eier für 1.— Mk. hergab und auf ausdrückliches Befragen erklärte: „Mehr als 1.20 Mk. habe ich noch nie bekommen."

Ähnliche Fälle waren nicht zu selten. Viele Leute klagten seit 1918 sehr, daß sie bei Verwandten keine Lebensmittel mehr bekämen. Der Grund dazu war meistens, daß der Bauer von Bruder oder Schwester nicht so hohe Preise verlangen mochte, wie er sonst tat, billiger zu liefern, dazu mochte er sich aber auch

nicht entschließen, also gab er ihnen überhaupt nichts. Geradezu sprichwörtlich für die Ausreden der Bauern waren damals die Sätze: „Unnere Hühner legen net, unnere Küh' geb'n kei Millich: mir ham gar nix!"

Die abgelieferte Lebensmittelmenge ging immer mehr zurück, in demselben Maße mußte natürlich die Versorgung „hinten herum" steigen. Es soll Gemeinden gegeben haben, die zuletzt wöchentlich weniger Butter ablieferten, als vor dem Kriege ein einzelner Bauer aus derselben Gemeinde auf den Markt gebracht hatte.

Um Gesetze und Verordnungen kümmerten sich gegen Ende des Kriegs und nach Ausbruch der Revolution viele Bauern überhaupt nicht mehr, und der Schultheiß und der Landrat wurden angefeindet, als ob sie die aus Berlin oder Weimar kommenden Anordnungen eigenhändig verfaßt hätten.

Diese moralische Zersetzung ging soweit, daß 1918 ein großer Bauer bei seinem Nachbarn besonders anerkennen zu müssen glaubte, daß dieser ohne Sträuben die ihm auferlegte Menge Heu und Stroh für die Heeresverwaltung abgeliefert habe. Als nach dem Kriege vorübergehend sämtliche Preise und damit auch die Fleischpreise sanken, sagte einmal eine Bauersfrau: „Dös is ober a Schlog!"

Diese Erscheinungen beruhten in erster Linie auf der übertriebenen, an Geiz grenzenden Sparsamkeit des Bauern und seinem Mangel an Verständnis für Andersgestellte. Der Bauer war sich durch den Krieg seines Wertes wohl bewußt geworden und ließ sich dementsprechend bezahlen.

## 8. Der Bauernverein.

Die berufene Vertretung der Landwirtschaft, der Landwirtschaftsrat, wurde in den letzten zwei Kriegsjahren in weiten Bauernkreisen scharf kritisiert und angefeindet, sonderbarerweise wegen der Einfuhr und des Verstrichs von kriegsunbrauchbaren Pferden und der hierdurch erzielten Gewinne. Das Mißtrauen, es könnte dieses Geld von dem berufenen Vorstand mißbräuchlicherweise verwendet und der Landwirtschaft entzogen werden, ferner der Glaube, jeder Pferdekäufer habe zu viel bezahlt, führte viele Bauern ins Lager der Opposition. Wie es oft schon in der Vergangenheit vorkam, wurde auch hier der Undank zur Quelle einer sich immer weiter verbreitenden Bewegung. In Wirklichkeit haben — wie wir bereits hörten — die aus den Pferdeverstrichen erzielten Überschüsse Verwendung gefunden zum Ankauf des zum Besitz der Herzogin-Witwe Marie gehörigen „Kleinen Marstalls", der für alle Zeiten als ein Landwirtschaftsheim das wertvollste Objekt bilden wird, über das die Coburger Landwirtschaft in der Öffentlichkeit verfügt.

Während die zur Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bestimmten Stellen sich bemühten, ihrer Aufgabe möglichst reibungslos im Verkehr mit den Landwirten gerecht zu werden, lösten die an die Bauernschaft herantretenden harten Anforderungen Feindseligkeit, Murren und Widerspruch aus. Das verursachten insbesondere die endlosen Revisionen, die sich der Bauer auf allen Gebieten der Bewirtschaftung von Getreide, Futter, Vieh, Fleisch, Eier, Butter usw. gefallen lassen mußte, die im Anschluß daran gefundenen Beanstandungen und die der Zahl

nach geradezu endlosen Strafanzeigen. Flammende Entrüstung rief bei vielen Bauern die Art der Begründung einer Strafanzeige hervor, die sich oft auf eine bieder-familiäre Unterhaltung stützte, bei der das „eigene Geständnis der strafbaren Handlung" herausgelockt worden war. Gegen nichts war der Bauer empfindlicher, als wenn man versuchte, ihn zu verdummen. Mehrfach konnte man hinterher hören: „Die Strafe haben nicht wir bezahlt, sondern die Hamsterer." Auf diese Weise wurde sein erschüttertes Rechtsempfinden wieder ins Gleichgewicht gebracht. Ähnliche Klagen verursachte das Aushorchen der Dienstboten durch die Polizeiorgane und durch die Revisionskommissionen, sodann die immer wiederkehrende Drohung der Verwaltungsstellen mit dem Staatsanwalt.

Aber alles wurde übertroffen durch die Polizeispitzeldienste, deren sich selbst hohe Stellen bei der Zwangsverwaltung bedient haben sollen, und die erfolgreichen Denunziationen, die besonders nach der Revolution bei der Regierung hoch im Kurs standen. Nicht Mißgunst und Neid, sondern staatspolitisches Kopfschütteln erregte es beim Bauern, wenn nach einer Weisung aus Berlin Viehhändler zu Geschäftsführern der Landesviehstellen mit geradezu diktatorischer Gewalt bestellt und ihnen in einem völlig risikolosen Geschäftsbetriebe nur für ihre Arbeitskraft und Talente viele Hunderttausende von Mark zuflossen, und das in der schweren Kriegszeit, wo der Staat jede Einnahme dringend benötigte. Das Vertrauen zu der Regierung, die alle diese Mißstände unterstützte, sank tief, am meisten prallte der Ärger an das Landratsamt und an die berufenen anderen Kriegsverwaltungsstellen heran.

Trotzdem alle diese Momente bekannt waren, nahm es doch noch Wunder, als im Jahre 1918 in den Zeitungen eine Aufforderung zur Gründung einer Vertretung der Bauern erschien, von Pfarrer Meyer in Weißenbrunn v. Wald unterzeichnet, ein Plan, der bei den landwirtschaftlichen Vereinsvorständen zunächst verständnisloses Erstaunen hervorrief und als der Ausfluß einer demokratischen Hintertreppenpolitik, dem man keine Lebenskraft zutraute, erschien. Wider Erwarten kam der neue Bauernverein zustande, schwoll durch viele, von allen Seiten zuströmende Mitglieder zu einer gewaltigen Stärke an, sog auch die früheren landwirtschaftlichen Führer in sich auf und errang sich allmählich eine gewaltige Stoßkraft. Angeblich unpolitisch, wurde er jedoch bald zu der stärksten politischen Vertretung der Bauernschaft, da sich Wirtschaftsfragen von der Politik gar nicht trennen ließen.

Als die Revolution das alte Reich über den Haufen warf, blieben alle Kriegswirtschaftsstellen weiter in Kraft. Der Bauer merkte allmählich, daß die ihn in den letzten Jahren so schwer kränkende Zwangswirtschaft in Wirklichkeit schon eine der wichtigsten Forderungen des Sozialismus gewesen war, und daß bei Fortdauer oder gar Ausbau dieser Wirtschaftsweise der Bauer unweigerlich zugrunde gehen würde. Es war deshalb erklärlich, wenn sich sein Zorn nach kurzer Zeit ganz gegen die Revolution und deren Führer richtete, obwohl mancher anfangs im Kampf gegen die „Herren" und die „Großen" oftmals sehr radikal veranlagt war.

Die schlechte Kartoffelernte im Herbst 1919 und die niedrigen „Höchstpreise" erregten bei den Bauern Verdruß und bei den Arbeitern Sorge um ihre Er-

nährung. Gelegentlich einer großen Versammlung im Saale des Hofbrauhauses, bei welcher sich die städtische Polizeileitung recht ungeschickt benahm, prallten die Gegensätze so heftig aufeinander, daß beinahe Blut geflossen wäre.

So entstand und arbeitete der Bauernverein. In Verteidigung und Kampf hat er sich als ein Block zur Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen, die oft geschunden und zertreten zu Boden lagen, bewährt und wird wohl noch für lange Zeit die politische Führung der Landwirtschaft behalten.

* * *

Die vorstehenden Berichte sind zum Teil auf Grund von Arbeiten verschiedener Landwirte zusammengestellt. Es sind absichtlich verschiedene, sich manchmal widersprechende Ansichten unbeanstandet aufgenommen worden, um die im Kriege vorhandenen landwirtschaftlichen Verhältnisse nach allen Seiten entsprechend zu charakterisieren. Alle Berichterstatter sind jedoch einig gewesen in der Wiedergabe der Empfindung, daß bei der Durchführung der Kriegsmaßnahmen den heimischen Behörden, dem Staatsministerium und auch den Unterbehörden, Vorwürfe nicht gemacht werden sollten. Sie handelten auf Weisung mehr von Berlin, Kassel und Weimar als von Coburg, ja, sie haben sich oft mildernd und ausgleichend zwischen die Kriegswirtschaftsstellen und die Landwirte geworfen, gleichwie sie mit Erfolg bestrebt waren, Fehler, die den Gegensatz zwischen Stadt und Land noch zu verschärfen geeignet waren, wieder wett zu machen.

In den breiten Kreisen der Landwirtschaft herrschte die Überzeugung vor, daß in der Kriegszeit seitens der Reichsregierung und der Kriegswirtschaftsstellen nicht genug Anstrengungen gemacht worden sind, um die Erträge der Landwirtschaft zu erhöhen oder auf der Höhe zu halten. Abgesehen von der Abnahme der Sorgfalt in Bezug auf die landwirtschaftlichen Acker- und Saatarbeiten, hat der alsbald einsetzende Mangel an Kunstdünger wesentlich zum Rückgang der Ernten beigetragen. Infolge mangelhafter Fütterung der Haustiere und deren Rückgang an Zahl und Gewicht versiechte eine weitere Quelle des Pflanzenwachstums, denn der Stallmist wurde immer wertloser und seltener. Dazu kam Entkräftung bei Mensch und Vieh und Mangel an sachkundiger Führung der Bauernhöfe, deren Besitzer meist im Felde standen.

Trotz des im Jahre 1916 gebildeten Kriegsernährungsamtes zeigte sich hinsichtlich der Volksernährung bald, daß die einheimische Landwirtschaft nicht mehr imstande war, die nötigen Nahrungsmittel zu erzeugen, man bemerkte, wie wenig wir in dieser Hinsicht auf einen Krieg vorbereitet und gerüstet waren. Unsere Landwirtschaft hätte schon in Friedenszeiten eine einheitliche Leitung unter führenden Männern der Praxis besitzen müssen, ähnlich wie unser Heer, das ohne seine straffe, einheitliche Führung nie zu dem ungeheuren Machtfaktor hätte werden können. Durch die Wirren des Kriegsendes und der Revolution ist die Erzeugungskraft der Landwirtschaft noch nicht annähernd wieder zur alten Stärke zurückgekehrt, und doch wird durch die eigenartigen Zustände der Nachkriegszeit die Landwirtschaft der Grundfaktor für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes bleiben. Mit jeder Ackerfurche,

mit jedem Hektar Saat und mit jedem Wagen Getreide wächst die Kraft des erwachenden Staates. Glücklicherweise ist in der Landwirtschaft der alte Arbeitswille ungeschwächt erhalten geblieben, nach wie vor ist der Bauer vom ersten Morgengrauen bis in die späte Nacht hinein unverdrossen bei der Arbeit, nicht Hitze, nicht Kälte scheuend. Unerbittlich schreibt ihm die Zeit seine Arbeit vor, der er sich willig unterzieht. Die Liebe zur Scholle, die Liebe zum Vieh, das sind die starken Triebkräfte der bäuerlichen Arbeit, und darum:

Den Blick zu Gott, am Pflug die Hand,
Der Scholle treu und treu dem Vaterland!

## Industrie und Handel.

Von Kommerzienrat A. Haußknecht.

Nach erfolgter Mobilmachung trat fast in allen Zweigen der Industrie teils Arbeitsstockung, teils Stillegung ein. Die Aufträge wurden gekündigt oder zurückgezogen, und den Fabriken, welche noch hätten arbeiten können, wurde durch Beschlagnahme der benötigten Rohmaterialien der Lebensfaden abgeschnitten. Auch die Bauarbeiten auf der Veste Coburg und am Personenbahnhof wurden eingestellt, und die Zahl der Arbeitslosen, welche durch den gleich nach Kriegsbeginn ins Leben gerufenen Vaterländischen Hilfsausschuß Unterstützungen aus freiwilligen Sammlungen und Stiftungen, sowie aus städtischen Mitteln erhielten, wuchs von Woche zu Woche. So sah es um Industrie und Handel im Staate Coburg traurig aus, als durch die Bemühungen des Reichstagsabgeordneten Fabrikbesitzer Arnold in Neustadt für Coburg die ersten Aufträge für Kriegsmaterial eingebracht wurden, sodaß zunächst der Not in Neustadt gesteuert werden konnte. Aber auch in Coburg trafen infolge eifriger Bemühungen der Korbwarenfabrikanten im September die ersten, wenn auch kleinen Aufträge auf Heeresmaterial, und zwar auf Geschoßkörbe, ein, welche prompt und exakt durch die bodenständige Korbindustrie ausgeführt wurden. Da sich der Bedarf schnell vergrößerte, wurden auch Nichtgelernte mit beschäftigt, auch Sattler, Tapezierer, Kriegerfrauen u. a. erhielten Arbeit durch die Beledерung und Begurtung, Schreiner und andere Holzarbeiter durch Anfertigung von Leisten, Schlosser und Schmiede durch Nieten und andere Vorrichtungen an Beschlagteilen von Geschoßkörben usw.

Aus der großen Zahl von Geschoßkorbarten, welche während des Krieges hier angefertigt wurden, mögen nur folgende, in besonders großer Zahl gefertigten Sorten benannt werden:

Feldpatronenkorb (für 7,5 cm Granate),
Munitionskorb 98 für Feldhaubitze,
Korb für 15 cm Langgranate,
„ „ 21 „ Mörser,
„ „ 10,5 „ Granate,

Kartuschkorb für Feldhaubitze,
„ „ 21 cm Mörser,
Flak-Korb,*)
Minenkörbe aller Kaliber für die Minenwerfer usw.

Für alle diese Körbe wurde ursprünglich Rohr, später Weide verwendet. Ersteres war bereits Ende 1915 so gut wie aufgearbeitet, der Rest wurde beschlagnahmt und durfte nur noch für besondere Körbe oder für Tragflächen von Flugzeugen verarbeitet werden. Aber auch die Weiden wurden allmählich so knapp, daß an Ersatzstoffe gedacht werden mußte, und da Holz das natürlichste war, so erhielten durch Verarbeitung desselben zu behelfsmäßigen Körben, aber auch durch Anfertigung von Munitions- und Pulverkisten die Betriebe der Holzindustrie, Möbelfabriken, Sägewerke usw. ausreichende Beschäftigung. Da infolge der Bemühungen unseres Reichstagsabgeordneten Coburg auch ein Abnahme-Kommando unter Leitung des Militärbaumeisters Konschak erhalten hatte, so kamen auch andere, mit den Geschoßkörben in engster Verbindung stehende Arbeiten in's Land, Traggurte, Geschoßkappen usw., sodaß auch Näharbeiten vergeben und allein stehende Frauen beschäftigt werden konnten.

Die Metall-Industrie hatte inzwischen auch die Umstellung auf den Krieg vorgenommen, und da die gelernten Schlosser auch nicht annähernd ausreichten, wurden sowohl beim Granaten-Drehen als auch bei der Anfertigung von Zündern und anderen Zubehörteilen viele Angehörige anderer Berufe angelernt und hatten ihren auskömmlichen Verdienst. Am Ende des Jahres 1915 gab es keine eigentlichen Arbeitslosen außer alten oder gebrechlichen Menschen. Da trat ein Rückschlag ein durch gewaltige Reduzierung der Geschoßkorbaufträge, der Zahl der zu drehenden Granaten usw. Arbeitslosigkeit in großem Umfange war die Folge, und es mangelte insbesondere an Näharbeiten zur Beschäftigung der alleinstehenden und bedürftigen Frauen, indem Begurtungen und Belederungen von Geschoßkörben vollständig ausfielen.

Da erschien der mit tatkräftiger Unterstützung des Staatsrats Dr. Quarck durch Fabrikant Alfred Haußknecht ins Leben gerufene „Kriegshilfs-Ausschuß für Arbeitslose im Herzogtum Coburg" auf dem Plan, und es gelang beiden Herren, Arbeitsgelegenheit in ausreichendem Maße zu beschaffen, sodaß die Not für's erste als beseitigt betrachtet werden konnte.

Zunächst wurde die Ausführung von Sandsäcken und Futtersäcken, Nähen von Unterbeinkleidern und Hemden, von gewöhnlichen und Pionier-Handschuhen zum Zerschneiden von Drahtverhauen übernommen, später auch die Anfertigung von Drillich-Anzügen, Uniformhosen usw.

Der Hilfsausschuß dehnte sich allmählich auch auf die Beschaffung anderer als Nähaufträge aus, und der unter Leitung von Frau Geh. Staatsrat Baudler und Privatier W. Hoffmeister stehenden Nähabteilung gliederte sich allmählich die Geschoßkorb-Abteilung mit eigenem Büro an.

*) Flak = Flugzeug-Abwehr-Kanone.

Dem Geschäftsführer Alfred Haußknecht stand ein Vorstand zur Seite, dem u. a. folgende Herren angehörten:

Fabrikant C. Senkeisen als Vorsitzender,
Staatsrat Dr. Quarck als Vertreter des Ministeriums,
Oberbürgermeister Hirschfeld als Vertreter der Stadt Coburg,
Bürgermeister Mosbach „ „ „ „ Neustadt,
„ Langner „ „ „ „ Rodach,
Geh. Komm.-Rat Gagel als Vertreter der Handelskammer,
Stadtverordneter Fenler als Vertreter der Handwerkskammer,
von Strenge als Landrat,
Hoftöpfermeister Gutsel, Sonnefeld, als Vertreter des Landtags.

Die Organisation war so getroffen, daß das Land in 18 Zweigstellen gegliedert wurde, drei davon bildeten die Städte des Landes, und von den Gemeinden wurde stets eine Anzahl von 5 bis 10 zu einem Bezirk zusammengezogen. Nach der Kopfzahl der mit der Herstellung von Geschoßkörben beschäftigten Personen erfolgte die Verteilung der eingehenden Aufträge, für welche der Kriegshilfsausschuß die Original-Preise abzüglich von 2% für Verwaltungs-Unkosten usw. zahlte.

Die Geschäftsführung wurde auch in den Städten und Bezirken ehrenamtlich ausgeübt, so in hervorragender Weise in Coburg von Fabrikant Leh, in Neustadt von Stadtrat Süßenguth, in Rodach von Stadtkämmerer Berner. Sie und die ungenannten Vorsteher der Gemeindebezirke verdienen den uneingeschränkten Dank der Heimat für ihre umfangreiche und mühevolle Arbeitsleistung.

Da die Aufträge immer mehr wuchsen, wandten sich auch andere Teile des deutschen Vaterlandes an die vergebenden Behörden, um mit Geschoßkorb-Aufträgen bedacht zu werden und hatten auch mit ihren Bestrebungen, unterstützt durch ihre Vertreter im Parlament, Erfolg. Trotzdem, insbesondere durch pünktliche und exakte Lieferung behielt Coburg den Hauptteil der Aufträge und seinen Anteil an den Lieferungen im Reiche. Nach der Statistik des Kriegsministeriums, auf Grund der Kopfzahl der Bevölkerung prozentiert berechnet, betrug sie zeitweise 680 %, die weitaus höchste Beteiligungsziffer, welche von einem Bundesstaat erreicht wurde, gewiß eine anerkennenswerte Leistung, ermöglicht durch Intelligenz und Anpassungsvermögen seiner Bevölkerung.

Der Umsatz des Kriegs-Hilfsausschusses belief sich allein im Geschäftsjahr 1918 auf ca. 24 Millionen Mark, der Gesamt-Überschuß während der Dauer seiner Tätigkeit auf 1 152 420.— Mark, welcher Betrag jedoch die von den Städten und Bezirken gemachten Überschüsse nicht in sich schließt. Die Stadt Coburg z. B. erübrigte ebenfalls ca. 300 000.— Mark.

Alle durch das Haupt-Büro erübrigten Beträge wurden für Kriegs- und allgemeine Wohlfahrtseinrichtungen, sowie für die 1919 ins Leben gerufene Landesstiftung verwendet.

Von Interesse dürfte es sein, die Zahl der mit der Anfertigung von Kriegsmaterial beschäftigten Personen zu erfahren:

| | | |
|---|---|---|
| 1. in der Geschoßkorbindustrie . . | ca. 6924 | Personen |
| 2. „ „ Holzindustrie . . . . | „ 1165 | „ |
| 3. „ „ Metallindustrie . . . | „ 1200 | „ |
| 4. Mit Näh- und anderen Arbeiten . | „ 2000 | „ |
| 5. Kartonnage-Industrie . . . | „ 300 | „ |
| | 11589 | Personen, |

also rund 17 % der gesamten Bevölkerung des Staates Coburg, und wenn die Zahl der zum Heeresdienst Eingezogenen mit etwa 10000 in Abrechnung gebracht wird, ca. 21 % der heimgebliebenen Bevölkerung.

Daß dieser Beschäftigungsgrad auf die Finanzen nicht allein der beschäftigten Personen und Firmen, sondern auch auf die Finanzkraft des Staates Coburg, sowie seiner Städte und Gemeinden einen wohltätigen Einfluß ausübte, unterliegt wohl keinem Zweifel.

Aber auch auf die Zeichnung der Kriegsanleihen übte der hohe Beschäftigungsgrad eine gute Wirkung aus, denn es wurden bei den aufgelegten 8 Kriegsanleihen nicht weniger als 129 Millionen gezeichnet, was auf den Kopf berechnet 1842 Mark ergibt gegen 1298 im Reichsdurchschnitt.

Mit dem unglücklichen Ende des Krieges hörte natürlich die starke Beschäftigung unserer Bevölkerung auf, und die heimkehrenden Krieger vergrößerten die Zahl der Arbeitslosen im ehemaligen Herzogtum, sodaß sowohl von seiten des Staates wie auch von den Gemeinden Notstandsarbeiten in großem Umfange vergeben werden mußten.

Wie aus dem vorstehend Gesagten hervorgeht, waren sowohl die Korbindustrie als auch die Möbelfabriken und die Holzindustrie, sowie die Metallindustrie während des Krieges durch Heeres-Aufträge reichlich beschäftigt. Eine Ausnahme bildete in der ersten Kriegszeit die Kartonnagen-Industrie, welche zunächst ganz stillag, später aber mit Papp-Hülsen für Handgranaten, für Leuchtpatronen und andere Zwecke beschäftigt wurde.

Die Textil-Industrie feierte ebenfalls nach Beschlagnahme der Rohmaterialien, und die Wollspinnerei von Gruner & Sohn in Ketschendorf behalf sich zunächst mit Geschoßkorbarbeiten, um ihre Arbeiter nicht entlassen zu müssen.

Anfang 1916 richtete dieselbe ihre Woll- und Garnwäscherei als Militärwäscherei ein und führte dieselbe bis Anfang 1919 weiter.

Bei Beginn des Jahres 1919 wurde die Fabrikation von Wollenstrickgarn wieder aufgenommen. Der Mangel an Rohmaterial, das durch die Enteignung hervorgerufene Fehlen der Treibriemen, die nur nach und nach wieder beschafft werden konnten, ließen nur eine allmähliche Inbetriebsetzung des Werkes mit großen Kosten zu. Der volle Betrieb konnte erst im Januar 1921 wieder aufgenommen werden.

Die Wollpreise, welche 1919 und 1920 eine fortwährende Steigerung erfuhren, flauten Mitte Januar 1921 ab und erreichten ihren niedrigsten Standpunkt

Mai-Juni 1921, befestigten sich von da ab wieder und verfolgten seit August eine stark steigende Richtung, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Die Nachfrage nach Strickgarnen konnte während der ganzen Zeit nicht voll befriedigt werden.

Der Mangel an Rohmaterial und die hohen Wollpreise werden wohl demnächst eine Einschränkung der Fabrikation oder gar einen Stillstand der Spinnereien hervorrufen.

Die Weberei von J. P. M. Forkel in Coburg war schlimmer daran, da der Besitzer verstarb und der Betrieb in Abwesenheit seines Sohnes, der im Felde stand, nicht auf das Verarbeiten von Ersatzgespinsten umgestellt werden konnte. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte erst Anfang August 1919.

Wenn auch dieselbe zunächst infolge Fehlens einzelner Materialien und Farben nicht sofort in allem derjenigen vor dem Kriege angepaßt werden konnte, so zeigte sich trotzdem ein derartiger Warenhunger, daß die Stoffe, wie sie von den Maschinen kamen, aus dem Hause gingen.

Auch die Verschlechterung unserer Währung, die einen schnellen Einfluß auf die Rohgarnpreise ausübte, wirkte nicht hemmend, die Preisfrage spielte eine nur unbedeutende Rolle.

Starke Nachfrage und schneller Absatz hielten Ende 1919 noch an und setzten sich bis zu Beginn des Frühjahrs 1920, wo die Materialpreise inzwischen die ganz enorme Höhe des über 90fachen Friedenspreises erreicht hatten, fort.

Jetzt trat infolge des unerwarteten Hinaufschnellens unserer Valuta eine ernste Krise ein, die Aufträge blieben in kurzer Zeit vollständig aus, und vollständige Geschäftsstille herrschte etwa während 3 1/2 Monate.

Diese anhaltende Absatzstockung zwang schließlich zu einer mehrmonatigen Betriebsschließung.

Erst Anfang September 1920 begann das Geschäft langsam wieder anzuziehen, obwohl die Preise nicht den vom Käufer erwarteten Rückgang erfahren hatten, der indes teilweise immerhin 40—50% ausmachte und für den Fabrikanten große Verluste mit sich brachte.

Bis Ende November konnte dann der Geschäftsgang bei geringer Preissteigerung als befriedigt bezeichnet werden, dann trat abermals eine Stockung ein, die auf das Fallen der Baumwollpreise in Amerika und den durch die Presse auch für Deutschland angekündigten Preissturz zurückzuführen ist. Seit Spätsommer ist infolge sinkender Valuta und unstillbaren Warenhungers wieder Hochbetrieb. Wie lange derselbe anhält, weiß man nicht, die Beantwortung dieser Frage hängt in erster Linie von der Beschaffung der Rohmaterialien ab.

Als im August 1914 der Weltkrieg ausbrach, hatte das Geschäft in der Spielwaren-Industrie*) seinen Höhepunkt erreicht. Es lagen namentlich aus dem Ausland, so vor allem aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, England,

*) Nach dem Jubiläumsbericht der Handelskammer-Coburg.

den englischen Kolonien, Südamerika usw. reichlich Aufträge vor, sodaß wohl ein Rekordjahr zu verzeichnen gewesen wäre, hätte nicht der Kriegsausbruch alles mit einem Schlage zum Stillstand gebracht.

Nur ganz spärlich setzte im September die Nachfrage auf dem deutschen Markt wieder ein, und einige amerikanische Firmen nahmen die für sie angefertigte Ware noch ab. Die Herbstmesse 1914 war ein Fiasko, und nicht viel besser war die Frühjahrsmesse 1915. Das Jahr 1915 war für das Spielwarengeschäft überhaupt das allerschlechteste, denn nur ganz wenige, auf den Krieg bezügliche Artikel fanden etwas Absatz. Die Lager blieben mit Waren bis in die Sommermonate 1916 angefüllt, als das neutrale Ausland endlich wieder zu kaufen anfing, und bald waren die Vorräte geräumt. Die Neuanfertigung von Waren stieß allenthalben auf Schwierigkeiten. Es fehlte an Arbeitskräften, denn fast jeder, der nicht Waffendienst versah, wandte sich der Kriegsindustrie zu. Große Schwierigkeiten bereitete auch der Mangel an Rohstoffen aller Art, so fehlte vor allem die aus dem Ausland bezogene Baumwolle, das Puppenhaar und dergl., ferner Druckmehl, Leim und manches andere inländische Rohprodukt. Wenn es auch den Bemühungen der Handelskammer gelang, hierin einige Abhilfe zu schaffen, so konnte doch der ganze Bedarf nicht befriedigt werden. Die Rationierung von Leim und anderen Stoffen verursachte viel Arbeit. Ersatzstoffe mancher Art wurden im Laufe der Zeit auf den Markt gebracht. Die Puppen wurden mit Flachs, dann mit Kunsthaar frisiert, erst in Kreppapier, dann in Zellstoff gekleidet, anstelle von Leder- und Knochenleim wurde vielfach Pflanzenleim verarbeitet, kurz, man half sich eben so gut man konnte.

Allmählich konnte aber doch ein Artikel nach dem andern in der alten Weise wieder hergestellt werden, wenn auch die Qualität bis in den Sommer des Jahres 1920 hinein bei manchem Artikel zu wünschen übrig ließ. Als nun auch die Porzellanfabriken ihre Tätigkeit wieder aufnahmen, löste der Porzellan-Puppenkopf den als Ersatz benutzten aus Papiermachéegußmasse wieder ab.

Von 1915 ab stieg der Umsatz von Jahr zu Jahr, ohne daß der Übergang vom Krieg zum Frieden besonders wahrnehmbar gewesen wäre. Als Käufer kamen neben der inländischen Kundschaft zunächst nur die neutralen Länder in Betracht. Erst im Spätherbst des Jahres 1919 erschien der früher bedeutendste Abnehmer unserer Erzeugnisse, der amerikanische Importeur, wieder auf dem Markt. Infolge Tiefstands unserer Valuta setzte nun eine derartige Nachfrage ein, daß nicht nur alle Lager bald verkauft waren, sondern daß auch alle Hände voll zu tun hatten. Die Preise gingen sprunghaft in die Höhe und wurden von dem Käufer anstandslos bewilligt. Der Höhepunkt war mit dem tiefsten Stand der Mark im Februar 1920 erreicht, und als sich die deutsche Valuta in den folgenden Monaten schnell erholte, kam im Mai 1920 die bekannte große Krisis. Die Aufträge wurden fast sämtlich zurückgezogen, selbst die großen Posten fertiger Ware wurden nicht abgenommen. Weder die ausländische noch die inländische Kundschaft bezahlte, was fest gekauft und geliefert war, und machte die Zahlung schließlich von bedeutenden Preisabschlägen abhängig. Infolgedessen waren die Sommermonate äußerst flau, die

Herbstmesse brachte nur Enttäuschung. Aber allmählich besserte sich der Geschäftsgang wieder, und wenn auch der Nutzen ein bescheidener geworden ist, so sind doch die Hausgewerbetreibenden bis zum Schluß des Jahres 1920 ziemlich gut beschäftigt gewesen.

Bei dem guten Absatz nach dem Ausland konnten die Lohnforderungen der Arbeiter, die eine Folge der immer teuerer werdenden Lebenshaltung waren, bewilligt werden, aber das Inlandsgeschäft ist stark zurückgegangen, weil eben infolge der hohen Löhne und Materialpreise die Spielwaren jetzt Preise haben, die der Deutsche nicht mehr bezahlen kann.

Inzwischen haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika, England und Japan ernstlich bemüht, als Konkurrenten aufzutreten. Besonders englische Fabrikanten haben schon mehrere Jahre ihr Bestes getan, den Bedarf der englischen Kinder in Spielwaren zu decken. Eine Reihe neuer Firmen ist dort entstanden. Wenn auch vorläufig noch die gesamte Fabrikation von dem heimischen Markt aufgenommen wird, so wird doch zweifellos die Zeit kommen, wo diese Firmen sich nach ausländischen Absatzmärkten umsehen müssen. Die Preisfrage wird hierbei eine besondere Rolle spielen. Zweifellos hat das englische Publikum, das zum Weihnachtsfest seine Einkäufe in den Läden machte, den Eindruck gewonnen, daß englische Fabrikate mit den deutschen Spielwaren nicht konkurrieren können. Daher werden sich die deutschen Fabrikanten und Exporteure vor Augen halten müssen, daß sie, falls sie nicht vom Ausland verdrängt werden wollen, Qualitätsarbeit herstellen und liefern und alles aufbieten müssen, um auf dem Weltmarkt wieder Boden zu fassen.

Während wir diesen Bericht verabschieden, können wir allerdings feststellen, daß infolge des Tiefstandes der Mark das Ausland selbstverständlich die deutschen Fabrikate wesentlich billiger verkauft als die bei ihm hergestellten, sodaß zur Zeit auch in der Spielwarenindustrie eine ungeahnte Hochkonjunktur vorhanden ist.

Bei Kriegsbeginn waren im Kolonialwaren, Drogen- und Farbenkleinhandel*) die Lager reichlich gefüllt. Während für Farben und Chemikalien das Geschäft mit Kriegsanfang sofort ruhte, setzte in Lebensmitteln schon vor der Kriegserklärung ein stürmischer Geschäftsgang ein, der erst abflaute, als die vorhandenen Bestände zu Ende gingen und zu erhöhten Preisen Ware auf Lager genommen werden mußte. Lediglich den großen Warenbeständen in den ungezählten Einzelbetrieben des Nahrungsmittel-Einzelhandels ist es zu danken, daß nicht schon in den ersten Kriegsmonaten die Nahrungsmittel-Versorgung der Bevölkerung schwierig wurde. In der ersten Zeit des Krieges und bis 1916 wurde auch durch den Feldpostversand an Heeresangehörige ein guter Umsatz erzielt.

Im Frühjahr 1915 begann — zunächst erst langsam — die Zwangsbewirtschaftung, als deren Folge immer mehr Ware dem ordentlichen Handel entzogen

*) Nach dem Jubiläumsbericht der Handelskammer-Coburg.

wurde und Schleichhandelswege wanderte. Viel Arbeit und lästige Bevormundung bei vielfach gänzlich unzureichendem, behördlich festgesetztem Nutzen brachte die Abgabe auf Marken, und alle Vorstellungen um Bewilligung eines ausreichenden Nutzens wegen der gestiegenen Unkosten und Kosten der Verpackung (Düten usw.) fanden bei den zuständigen Stellen nur zögernd und auch erst in der letzten Zeit einige Berücksichtigungen.

Für die Heeresverwaltung wurden auch beim Einzelhandel wichtige Lebens- und Genußmittel, z. B. Tee, Kakao, Kaffee, Reis usw., beschlagnahmt, ebenso auch Chemikalien, Säuren, Öle, Verbandstoffe.

Je länger der Krieg sich hinzog, umso knapper wurden alle Waren. In den Lebensmitteln gab es nur noch rationierte. Auch in der Drogen-Branche fehlte es sehr bald an ausländischen Produkten. Alle Drogen, darunter heimische Vegetabilien, stiegen außerordentlich im Preise. Letztere wurden nur noch wenig eingeerntet, da diejenigen Kräfte, die sich sonst damit befaßten, in der Kriegsindustrie lohnende Beschäftigung gefunden hatten.

Das Farbengeschäft lag während der Kriegszeit fast brach. Seit der Ölbeschlagnahme gab es keine Leinöl-Firnisse und Lacke mehr. Die Ersatz-, zumeist Teer-Produkte, versagten. Zweckentsprechende, haltbare Anstriche waren damit nicht herzustellen und standen in keinem Verhältnis zur aufgewendeten Arbeit.

Nach Friedensschluß trat die unerwartete Tatsache ein, daß alle Waren anstatt billiger ganz erheblich teurer wurden. Trotzdem wurden, da es eben wieder Ware gab, für Lebensmittel in den Jahren 1919 und 1920 recht gute Umsätze erzielt.

Von April bis Juni 1920 traten erhebliche Absatzstockungen ein, die ihren Grund in der außerordentlichen Preishöhe der Waren hatten. Viele Waren fanden nur mit erheblichem Verlust Absatz. Erst seit August war der Geschäftsgang wieder normal.

Auch das Farbengeschäft befriedigte und könnte bei niedrigeren Preisen für Leinöl auf Jahre hinaus gute Umsätze erhoffen lassen. In allen Häusern sind notwendige Streicharbeiten seit Jahren unterblieben, und es müßten Fußböden, Fenster usw. einen neuen Anstrich erhalten, doch die Kostenfrage hält noch davon ab, zumal da die meisten Hausbesitzer in eine recht mißliche Lage geraten sind.

Mit großer Genugtuung ist der Abbau der Zwangsbewirtschaftung zu begrüßen, Verwahrung muß aber dagegen eingelegt werden, daß durch kurzfristigen Preisabbau der Einzelhandel der Leidtragende ist, wie bei Seife, Kaffee-Ersatzmitteln, Zündhölzern und Zuckerwaren. Dem Kleinhandel waren Konjunktur-Gewinne verboten, und er kann jetzt auch nicht die enormen Verluste tragen, die seine Existenz untergraben müssen.

Trotz aller Anfeindung und behördlicher Einschnürung wird aber hoffentlich auch in der Zukunft der Einzelhandel, wie er es während der Kriegszeit dargetan hat, seine wirtschaftliche Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit beweisen und als letztes Glied des Handels zum Verbraucher bestrebt sein, an seinem Teil mitzuhelfen an dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens.

Da die Porzellan- und Feinsteingut-Industrie*) den Vorteil besitzt, ihre Rohstoffe aus dem Inland beziehen zu können, war während der ganzen Dauer des Kriegs die Aufrechterhaltung mancher Betriebe gewährleistet, in denen, wenn auch infolge der Abwesenheit des größten Teils des männlichen Personals und infolge des namentlich während des letzten Kriegsabschnittes in Erscheinung getretenen Kohlenmangels eingeschränkt, doch weiter gearbeitet werden konnte.

Machte sich bereits während des Krieges die Kohlennot recht unangenehm bemerkbar, so steigerte sie sich nach der Revolution zur vollständigen Unerträglichkeit. Die Folge davon war, daß doch einzelne Betriebe während eines großen Teils des Jahres 1919 ruhen mußten und deshalb ihren Lieferungsverpflichtungen nicht mehr nachzukommen vermochten. Um mit diesem Zustande schon im Interesse des Personals und nicht zuletzt der alten treuen Kundschaft aufzuräumen, stellten die Fabriken ihre Betriebe trotz der damit verbundenen außerordentlichen Mehrkosten von der Kohlen- zur Holzfeuerung um, da eine Besserung der Kohlenfrage kaum zu erwarten war.

Die Nachfrage nach den Erzeugnissen der einzelnen Fabriken war befriedigend, wobei allerdings gesagt werden muß, daß der Begehr nach teueren (Luxus-) Sachen in Anbetracht der einmal bestehenden Verhältnisse naturgemäß einen Rückgang aufweist, die Nachfrage nach Gebrauchsartikeln aber um so stärker einsetzt. Auch mit den ehemals feindlichen Ländern die durch den Krieg abgerissenen Fäden wieder anzuknüpfen, ist bereits gelungen, und selbst nach den Ententeländern sind inzwischen schon wieder ganz ansehnliche Umsätze erzielt worden.

Hinsichtlich der Preisbildung ist folgendes zu sagen: Die gewaltig erhöhten, durch ausgedehnte Lohn- und Gehaltszulagen, sowie Materialpreiserhöhungen bedingten Produktionskosten machten bereits zu Kriegszeiten eine angemessene Verkaufspreiserhöhung nötig, welche sich später hauptsächlich infolge der durch die Revolution gebrachten Lasten wesentlich steigerte. Durch die infolge der Betriebsumstellung von der Kohlen- zur Holzfeuerung eingetretene gewaltige Verteuerung der Brandkosten, sowie durch fortgesetzte weitere Lohnforderungen mußten selbstverständlich jeweils weitere Verkaufspreiserhöhungen eintreten, sodaß im Mai 1920 ein Verkaufspreis erreicht war, der dem 15fachen des Friedenspreises entsprach.

Die Verkaufsbasis konnte beibehalten werden, und auch heute ist von Materialpreis- oder Lohn-Rückgängen keinesfalls etwas zu verspüren, im Gegenteil. Seit dem 1. Januar 1921 wurden durch mehrfache tariflich festgesetzte Lohnmehraufwendungen (Familienzulagen), sowie durch die umfangreichen Steuerlasten neuerdings schwere

*) Nach dem Jubiläumsbericht der Handelskammer Coburg.

Verpflichtungen auferlegt, und es besteht in der Tat vorläufig keinerlei Grundlage dafür, an einen Preisabbau in der Porzellanbranche zu denken.

Bei Ausbruch des Krieges stockte wie fast in allen Industrien auch bei den Schamotte- und Tonwarenfabriken der Absatz vollständig, bis einigermaßen Beruhigung eingetreten war und sich alle Werke auf die veränderten Verhältnisse eingestellt hatten, was immerhin einige Monate dauerte. Es flossen dann auch die Aufträge besonders dem führenden Werke, dem Annawerk, so reichlich zu, daß es die durch Einberufungen stark verminderte Arbeiterzahl voll beschäftigen konnte. Dieses Werk hatte sich rechtzeitig auf die Erledigung der Aufträge aus der Kriegsindustrie eingerichtet und vor allem große Aufträge für die chemische Großindustrie und die Eisenindustrie in feuerfesten und säurebeständigen Steinen, Gefäßen usw. entgegengenommen. Leider fehlte zunächst auch bei Behörden vielfach das Verständnis für die Wichtigkeit der feuerfesten Industrie, sodaß allgemein das geringe Entgegenkommen bei der Zuweisung von Kriegsgefangenen und Kohlen zu beklagen war. Dies änderte sich erst, als durch die ungenügende Erzeugung von Granaten, Gasen und allen übrigen Kriegsmitteln sich eine durchgreifende Besserung durch die Aufstellung des Hindenburg-Programms dringend nötig machte. Auch die Betriebe des Annawerk wurden nun als kriegswichtig anerkannt und durch Zuweisung von Gefangenen und Kohlen bevorzugt. Es wurden dann rund hundert Kriegsgefangene bis Kriegsende beschäftigt.

Trotz dankenswerter Unterstützung von seiten der Behörden wurde für das Annawerk die Kohlennot infolge des großen Bedarfs und des herrschenden Wagenmangels immer bedrohlicher, sodaß sich die Leitung entschloß, die Lieferung des Hauptbedarfes aus dem Ruhrbezirk auf dem Wasserwege zu bewirken, was auch heute noch geschieht. Der Schiffsraum war während des Krieges natürlich oft sehr knapp, sodaß auch hier manchmal große Schwierigkeiten zu überwinden waren. Der Schiffsverkehr erfolgte bei gutem Wasserstand bis Bamberg, von da geschah die Beförderung durch die Eisenbahn.

Der Übergang von der Kriegs- zur Friedenserzeugung hat sich ohne Schwierigkeiten vollzogen. Die Werke sind sämtlich auch nach dem Kriege in allen ihren Abteilungen gut beschäftigt, und beim Annawerk sind die Aufträge so reichlich eingegangen, daß die Arbeiterzahl gegen die Vorkriegszeit sich nahezu verdoppelt hat.

In der Brauindustrie war schon mit Ausbruch des Weltkrieges die Verwendung von Malz zur Bierbereitung und somit auch der Verbrauch an Bier erheblich zurückgegangen. Über diesen Rückgang hinaus erwies es sich aber bald für notwendig, die Brauereien in der Malzverwendung durch gesetzliche Maßnahmen einzuschränken, um Gerste zur Streckung des Brotes, zur Herstellung von Graupen und für Futterzwecke frei zu bekommen. Die Biererzeugung wurde immer mehr eingeschränkt und schließlich die Herstellung von Vollbier überhaupt verboten.

Die Herabsetzung des sogenannten Malzkontingentes nahm von Jahr zu Jahr zu.

Die erste gesetzliche Einschränkung, welche mit Verordnung vom 15. Februar 1915 erfolgte, gestattete noch einen 50%igen Malzverbrauch der durchschnittlichen Mengen der letzten Friedensjahre.

Im Kriegsjahre 1915/16 wurde dieser Prozentsatz auf 48, im Kriegsjahre 1916/17 auf 25, im Kriegsjahre 1917/18 auf 15 und in den Jahren 1918/20 auf 10% erniedrigt. Das Jahr 1920/21 hat eine Kontingenterhöhung auf 30% und das Jahr 1921 den Übergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft gebracht, nachdem die Brauindustrie über sechs Jahre Zwangsbewirtschaftung hinter sich hatte.

Die Kontingentierung wurde von der Brauindustrie als Kriegsnotwendigkeit hingenommen, von den einschneidendsten wirtschaftlichen Folgen aber war es, daß das bis auf's äußerste herabgesetzte Kontingent selbst beim tiefsten Stand von 10 bezw. 15% auch nicht annähernd mit Gerste beliefert werden konnte. Die Stammwürze des Bieres mußte erheblich herabgesetzt werden. So wurden notgedrungen während des Krieges Biere mit 2½% Stammwürze und darunter, sowie Biererſatzgetränke hergestellt, und infolge dieser Verdünnung ging der Verbrauch stark zurück. Da aber die Herstellung immer teurer zu stehen kam, mußten selbst für dieses dünne Getränk die Preise immer mehr erhöht werden, was wiederum zu erneutem Absatzrückgang und damit zu einer dauernden Unwirtschaftlichkeit vieler Betriebe geführt hat.

Allein nicht nur die vorerwähnten Gründe, sondern auch die enormen Erhöhungen der Löhne, der Preise für Kohlen und für sämtliche Brauereibedarfsartikel, sowie vor allem die stetig steigenden Preise für Gerste und Hopfen zwangen die Brauereien zu fortlaufenden Erhöhungen der Bierpreise.

Die Durchschnittspreise für Gerste und für Hopfen, sowie die von den Brauereien erhobenen Bierpreise während der Jahre 1914—1921 waren:

| | 1914 | 1915 | 1916 | 1917 | 1918 | 1919 | 1920 | 1921 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | für Gerste: | | | | |
| Mk. | 12.- | 20.- | 21.- | 23.- | 25.- | 35.- | 85.- | 250-400.- | per Ztr., |
| | | | | | für Hopfen: | | | | |
| Mk. | 120.- | 120.- | 170.- | 215.- | 700.- | 1000.- | 3300.- | 8500-14000.- | „ „ „ |
| | | | | | für Bier: | | | | |
| Mk. | 18.- | 21-25.- | 29.- | 31.- | 34.50 | 39.- | 55.-, 84.- u. 122.- | 145.- u. 230.- | per hl. |

für 12—13%iges Bier: Mk. 280.- u. Mk. 300.- per Hektoliter.

Die Ausschankpreise sind von 24 Pfg. für das Liter Friedensbier nunmehr auf Mk. 3.30 für das Liter 8%iges und auf Mk. 4.20 für das Liter 12—13%iges Bier gestiegen. Die schöne Zeit des billigen Coburger Bieres dürfte leider für immer vorüber sein, so wünschenswert eine Senkung der Bierpreise im Interesse der Hebung des Konsums auch sein möchte.

In den Kriegsjahren 1915/18 haben sich auch die Coburger Brauereien in den unmittelbaren Dienst der Heeresverwaltung gestellt, indem sie durch Darbietung des dringend verlangten Bieres zur Stärkung und Erquickung der kämpfenden Truppen erheblich beigetragen haben.

Die Heeresverwaltung forderte nur die besseren Biere an, während im Lande nur noch Dünnbiere zum Ausstoß kommen konnten, auch entstand sowohl durch die Heereslieferungen wie auch durch die ungenügende Gerstenzuteilung ein allgemeiner Biermangel, der die Brauereien zu erheblicher Kontingentierung ihrer Kundschaft zwang, beide Teile, Produzent und Konsument, mußten sich fügen und taten dies in Geduld.

Die schreckliche Zeit der Dünnbiere hat nun seit dem 1. Oktober 1920 ihr Ende erreicht, es war gestattet worden, von diesem Tage ab 8%ige Biere zu brauen, denen sich ab 1. Juni 1921 die 12 bis 13%igen Biere anschlossen. Eine Verbesserung der Qualität war jedoch nur möglich durch die Verwendung ausländischen Malzes, das sich aber infolge des starken Rückgangs unserer Valuta im Verhältnis zum Inlandmalz außerordentlich teuer stellte.

Die Notlage der Brauindustrie fand ihren sichtbaren Ausdruck in der weiter fortschreitenden Konzentration, die in Rücksicht auf die heutigen abnormen Preise für Rohmaterialien usw. den Höhepunkt noch nicht erreicht haben dürfte. Von den mehr als 60 Brauereibetrieben des ehemaligen Coburger Staates sind nach zuverlässiger Schätzung nur noch rund 30 im Betrieb.

Wie die gesamte Industrie, so hat auch die Coburger Brauindustrie bis zum äußersten ausgehalten und alle kriegswirtschaftlichen Anforderungen restlos erfüllt. Mit Recht kann wohl gesagt werden, daß keine Industrie unter dem Kriege und seinen Folgen mehr gelitten hat wie die Brauindustrie.

Mit Ausbruch des Krieges wurde auch die Fleischwaren-Industrie gezwungen, wie alle anderen ausführenden Industrien den Verkehr mit dem Ausland einzustellen und ihre Produkte nur im Inland zu verkaufen.

Die außerordentlichen Verhältnisse, die der Krieg zeitigte, zwangen die Firmen der Fleischwaren-Industrie, wie einem Bericht der führenden Firma C. Großmann, G. m. b. H., zu entnehmen ist, zur Umstellung der Betriebe. Zunächst wurden für die im Felde stehenden Truppen die in Frage kommenden Artikel, und zwar kleine Feldpostpakete mit Würstchen und anderen leckeren Fleischwaren, hergestellt, außerdem wurden für die Proviantämter Fleisch- und Wurstwaren fabriziert und der Betrieb hauptsächlich durch deren Bestellungen aufrecht erhalten.

1915 trat eine Beschränkung der Betriebe dadurch ein, daß die Ausfuhr aus dem Staate Coburg beschränkt wurde und — nachdem die ganze Wirtschaft umgestellt war — durch Erscheinen der Viehhandelsverbände gezwungen waren, ihre Verbindungen, die größtenteils nach Bayern gingen, zu lösen, da eine weitere Ausfuhr überhaupt nicht mehr erlaubt wurde. Die Zwangswirtschaft setzte vollständig ein, und die Firma Großmann, welche sonst wöchentlich hunderte von

Schweinen schlachtete, tausende von Schinken einführte, salzte und zurichtete und wieder ausführte, war, wie jeder kleine Fleischer am Platze, darauf angewiesen, mit einer beschränkten Anzahl von Ladenkunden ihren großen Betrieb in ein kleines Fleischverkaufsgeschäft umzugestalten, in welchem wöchentlich ein bis zwei Rinder, sowie einige Schweine und Kälber die ganze Schlachtung bildeten. Später gelang es, einen größeren Teilbetrieb zur Versorgung der Schwerstarbeiter der Thüringischen Industrie aufzunehmen, und die Schlachtungen stiegen bis auf 30 Rinder per Woche. Die Schweineschlachtungen waren im allgemeinen gering und fanden nur zu Ausnahmezeiten statt, z. B. während des sogenannten Schweinemordens, wo ihre Zahl auf 200 stieg.

Während der ganzen Zwangswirtschaft war das Vieh nur schwer zu bekommen, und es zeigte sich nach Aufhebung derselben, daß die Viehbestände reichlicher waren, als man geglaubt hatte, und daß die Landwirtschaft, unbefriedigt von den Höchstpreisen, mit dessen Abgabe zurückgehalten hatte. Mit dem Steigen der Preise wurden auch die Märkte wieder zahlreicher mit Vieh beliefert, und die so oft befürchtete fleischknappe Zeit trat nicht ein.

Heute ist der Betrieb in allen Fleischwaren- und Wurstfabriken wieder voll im Gange, und die Coburger Schinken und Wurstwaren werden wieder in allen maßgebenden Feinkostgeschäften der Mittel- und Großstädte Deutschlands als Lockmittel unter die Auslagen der Schaufenster gelegt.

Fleischpreise:
per Pfund

| | | Rindfleisch | Kalbfleisch | Schweinefl. | Rotwurst | Leberw. | Fleischw. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| ab Juli | 1918 | 1.95 | 1.30 | 1.80 | 1.40 | 1.70 | 2.20 |
| „ Jan. | 1919 | —.— | —.— | 2.30 | 1.60 | 1.90 | 2.40 |
| „ Juli | 1919 | 2.90 | 2.05 | —.— | 1.80 | 1.80 | 3.70 |
| „ Okt. | 1919 | 2.70 | 1.85 | —.— | —.— | —.— | —.— |
| „ Nov. | 1919 | —.— | —.— | —.— | 2.30 | 2.30 | —.— |
| „ April | 1920 | 3.20 | 2.05 | —.— | 3.20 | 3.20 | 4.20 |
| „ Mai | 1920 | 4.70 | 3.50 | —.— | 3.70 | 3.70 | 5.70 |
| „ Mai | 1920 | 5.60 | 4.85 | 8.20 | 4.60 | 4.60 | 7.10 |
| „ Juni | 1920 | 8.60 | 7.60 | 11.— | 5.60 | 5.60 | 9.60 |

Einen großen und die Kriegsindustrie fördernden Einfluß übten die Coburger Banken aus. Es bestanden bei Ausbruch des Krieges in Coburg folgende Bank-Firmen:

1. Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp, Aktiengesellschaft, Filiale Coburg,
2. Coburg-Gothaische Bank Akt.-Ges.,
3. Haeßler & Hülbig,

4. Schraidt & Hoffmann (seit Ende 1917 Mitteldeutsche Creditbank, seit Juli 1920 Commerz- und Privatbank),
5. Vereinsbank Coburg e. G. m. b. H.

An öffentlichen Kassen bestanden:

1. Creditkasse des Spar- und Hülfevereins,
2. Städtische Sparkasse,
3. Herzogliche Landrentenbank.

Der Krieg beeinflußte die Bankbetriebe außerordentlich. Die erste Wirkung des Ausbruchs war, daß die Kundschaft viel Geld von den Banken entnahm, die Reichsbank mit der Ausgabe von Gold zurückhielt und dadurch bald große Geldknappheit eintrat. Die starke Geldentnahme durch das Publikum und die reservierte Haltung der Reichsbank bei der Gold- und Geldausgabe führten soweit, daß an die Kundschaft eine Zeitlang nur Beträge in begrenztem Maße ausgezahlt werden konnten. Auch die Geldansprüche der Fabriken konnten nicht in allen Fällen volle Befriedigung finden, und die Folge war, daß die Arbeiter und Lieferanten zum Teil anstatt baren Geldes Schecks auf Banken in Zahlung nahmen oder mit der Begleichung ihrer Ansprüche warten mußten.

Durch die Einberufungen aller Wehrfähigen einschließlich der Ersatzreserven und des Landsturms machte sich in den Banken der Personalmangel außerordentlich fühlbar. Dieser Mangel an technisch gebildetem Personal brachte es mit sich, daß die Banken Hilfskräfte, hauptsächlich Damen, anstellten, und diese halfen mit, die in den Banken ins Schwanken geratene, bisher regelmäßige und glatte Abwicklung der Geschäfte wieder in geordnete Bahnen zu leiten.

Ende 1914 gelang es hiesigen Handels- und Fabrikantenkreisen, mit Hilfe der Regierung Heeresaufträge für die Korbwarenbranche zu erhalten. Obgleich die Geldnot in dieser Zeit noch zu verspüren war, gelang es doch den Banken, den Fabrikanten das zum Einkauf von Rohmaterialien zur Herstellung von Geschoßkörben, Munitionskisten usw. erforderliche Kapital zur Verfügung zu stellen. Viele Kleinfabrikanten, auch unternehmungslustige Personen anderen Standes nahmen sich der Fabrikation von Geschoßkörben an, und es wirkten in jener Zeit die Banken außerordentlich segensreich durch Gewährung von Kredit, und manche Geschoßkorb- und auch Fabrikanten anderer Branchen verdanken ihren heutigen Wohlstand der Unterstützung ihrer Bank in schwerer Zeit. Das Konto-Korrent-Geschäft fand durch diese Tätigkeit wieder seine Belebung, dagegen war das Effektengeschäft nahezu lahmgelegt. Erst der Aufruf zur Zeichnung der ersten Kriegsanleihe brachte wieder Anregung, aber die Zeichnungen wurden zum größten Teil à conto des Guthabens bei den Banken und Sparkassen vorgenommen, weil die flüssigen Mittel noch knapp waren. Erst im Laufe des Jahres 1915 kam das Geld durch die guten Verdienste bei den Heereslieferungen wieder in Fluß, und das zeigte sich auch in den weiteren Kriegsjahren an den Resultaten der Zeichnungen auf die bis zum Jahre 1918 regelmäßig wiederkehrenden Kriegsanleihen. Im Kreise Coburg war das Resultat der Zeichnungen auf Kriegsanleihe das folgende:

| | | | |
|---|---|---|---|
| im Herbst | 1914 | ℳ | 3.669.200.— |
| im Frühjahre | 1915 | „ | 10.433.600.— |
| im Herbst | 1915 | „ | 15.532.600.— |
| im Frühjahre | 1916 | „ | 13.634.000.— |
| im Herbst | 1916 | „ | 13.561.300.— |
| im Frühjahre | 1917 | „ | 13.597.300.— |
| im Herbst | 1917 | „ | 14.896.600.— |
| im Frühjahre | 1918 | „ | 22.465.800.— |
| im Herbst | 1918 | „ | 21.156.000.— |
| | | Sa. ℳ | 128.946.400.— |

Die im Laufe der Kriegsjahre bei der Industrie, im Handel und Gewerbe immer weiter fortschreitende Verwertung der vorhandenen Warenbestände und der Rückfluß der für Heer und Flotte vom Reich aufgewendeten Milliarden, die ja in der Hauptsache im Lande blieben, sowie die Sparkraft der arbeitenden Stände führten zu einer Ansammlung von Geldern bei den Banken und Kassen, wie man sie vorher nicht kannte.

So wurden trotz des verlorenen Krieges große Mittel mit in die Friedenszeit hinübergerettet, die Umstellung der Kriegsbetriebe in Friedensbetriebe und die Wiederbelebung der still gelegenen Fabriken konnten mit den vorhandenen reichen Mitteln ohne besondere geldlichen Schwierigkeiten herbeigeführt werden, und der Verkehr bei den Banken hat sich während der letzten Jahre derartig umfangreich gestaltet, daß das Personal verdoppelt, bei einigen Banken vervielfacht werden mußte.

Einen wesentlichen Faktor in der Erhaltung und Belebung der Coburger Industrie bildete die Kohle. Sie wurde während des Krieges vorzugsweise den Kriegsmaterial herstellenden Firmen geliefert. Nach Beendigung des Krieges traten Stockungen ein, die ihre natürlichen Ursachen hatten. Im Jahre 1913 wurden im Deutschen Reiche ca. 190 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert, im Jahre 1918 nach Abzug des Saargebietes nur noch 70 Millionen Tonnen, und von diesen forderten die Feinde 24 Millionen. Im September 1918 wurden im ganzen täglich noch etwa 36 700 Wagen Steinkohle mit der Bahn abgefahren, nach dem Waffenstillstand und dem Verlust des Saargebietes verblieben noch täglich 19 500 Wagen. Da aber die Eisenbahn, Gas- und Elektrizitätswerke, die lebenswichtigen Betriebe und der Hausbrand mit seinem gleichbleibenden Bedarf von dieser viel geringeren Fördermenge mit versorgt werden mußten, so verblieb für die Industrie sehr wenig. Trotz der katastrophalen Lage, der Streiks und der Unruhen gelang es aber, die Betriebe aufrecht zu erhalten und, wenn auch hin und wieder frierend, durch die Winter zu kommen. Hausbrand und Industrie wurden rationiert und mußten sparen, und es gelang, wenn auch mancher Industrie schwer, ihre Betriebe im Gange zu erhalten.

Leider wird die für Coburg so wichtige Porzellanindustrie auch heute noch, trotz glänzenden Geschäftsganges, nicht voll beliefert und muß noch große Summen für Brennholz als Behelf aufwenden.

Im Jahre 1920 stieg die Förderung wieder auf ca. 130 Millionen Tonnen, ohne Saargebiet, von denen auf Oberschlesien ca. 32 Millionen Tonnen kommen, die zum größten Teil in Zukunft in Wegfall kommen, da von den 61 Steinkohlengruben 49⅛ an Polen fallen und nur 11½ deutsch bleiben. Von den auf 60 Milliarden Tonnen geschätzten Vorräten verliert Deutschland 54,5 Milliarden Tonnen = 91%.

Über die Preisbewegung gibt untenstehende Tabelle einen interessanten, aber recht unerfreulichen Überblick. Die Kohle, das Lebenselement der Industrie, ist im Laufe der Jahre so teuer geworden, daß es bei sinkender Konjunktur, die unausbleiblich ist, manchem Fabrikanten schwer fallen wird, seinen Betrieb aufrecht zu erhalten, aber auch manchem Hausverbraucher dürfte es heute schon schwer fallen, manchem sogar unmöglich sein, dem Wohnraume die von früher gewohnte behagliche Wärme zuzuführen.

| | | Preise*) für | | |
|---|---|---|---|---|
| | | Pa. Sächsische Steinkohle | Pa. Mitteldeutsche Braunkohlenbriketts | Pa. Böhmische Braunkohle |
| Januar | 1914 ℳ | 190 | 92 | 85 |
| „ | 1915 „ | 190 | 92 | 85 |
| „ | 1916 „ | 229 | 120 | 110 |
| „ | 1917 „ | 280 | 145 | 138 |
| „ | 1918 „ | 405 | 230 | 215 |
| „ | 1919 „ | 625 | 400 | 400 |
| „ | 1920 „ | 1562 | 1165 | 1250 |
| „ | 1921 „ | 3255 | 1890 | 2140 |
| Dezember | 1921 „ | 5801 | 3257 | 6140 |

Fassen wir alles, was Industrie und Handel während und nach dem Kriege geleistet haben, zusammen, so dürfen wir wohl behaupten, daß durch Tatkraft und Intelligenz, durch oft ganz hervorragende Arbeitsleistungen, aber auch durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der einzelnen, auf exponierten Stellen stehenden Personen dem Staate Coburg und seinen Städten und Gemeinden manche Last genommen wurde.

Möchte die dabei zu Tage getretene Selbstlosigkeit und Opferfreudigkeit auch späteren Generationen ein Vorbild sein und dazu beitragen, die seit dem Zusammenbruch leider noch mehr in Erscheinung getretenen Klassengegensätze zu mildern.

So wie während des Krieges ein gedeihliches und erfolgreiches Arbeiten nur möglich war durch ein verständnisvolles Zusammengehen von Unternehmertum

*) Die Preise verstehen sich per 10 Tonnen ab Werk.

und Arbeiterschaft, getragen und gestützt durch den berufenen Schutz der Behörden, so ist auch jetzt, wo die Reparationen ihre blutigen Geißeln schwingen, nur der Zusammenbruch zu vermeiden, wenn getreu der geschichtlichen Entwickelung des wirtschaftlichen Deutschlands alle Stände zusammenstehen. Nur so können wir vorwärts und aufwärts kommen.

## Das Handwerk.

Von Adolf Kohler, Sekretär der Handwerkskammer Coburg.

Als Interessenvertretung des Handwerks im Herzogtum Coburg bestand während des Krieges unter dem Vorsitz des Hofbäckermeisters Wilhelm Feyler die Handwerkskammer, Abteilung Coburg der Handwerkskammer zu Gotha.

Organisiert war das Coburger Handwerk in Innungen und Handwerkervereinigungen. Die während der zunehmenden Dauer des Krieges mehr und mehr einsetzende Beteiligung des Handwerks an Heeresaufträgen nötigte die einzelnen Handwerkszweige, sich vielfach zu Genossenschaften zusammenzuschließen. Auch Innungen und sonstige Handwerkerkorporationen wurden während dieser Jahre neu errichtet.

Wie es für das deutsche Volk während des Krieges ein unbedingtes Erfordernis war, in Einigkeit an der Front sowohl wie in der Heimat zusammenzustehen, so wurde es für die wenigen noch zurückgebliebenen Handwerker zur dringenden Notwendigkeit, Organisationen zu gründen, die sie in den Stand setzten, bei der von Jahr zu Jahr fühlbarer werdenden Rohstoffknappheit bestehen und sich an Aufträgen für die Militärverwaltung beteiligen zu können.

Im Herzogtum Coburg bestanden während des Krieges:

1 Zwangsinnung,
22 freie Innungen,
9 Handwerkervereinigungen und
11 Genossenschaften.

Vornehmlich für das Schneider-, Korbmacher-, Sattler-, Goldschmiede- und Uhrmacherhandwerk wurden Genossenschaften zwecks Ausführung von Heereslieferungen gegründet. Die Aufträge selbst wurden vielfach durch diese Genossenschaften unmittelbar von den Vergebungsstellen übernommen und meist durch Vermittlung des Vorsitzenden der hiesigen Handwerkskammer-Abteilung und des Abteilungs-Schriftführers Schmiedeobermeister Fritz Sollmann, an das Handwerk verteilt. Zu deren Unterstützung wurde während der letzten Kriegsjahre, nachdem die Rohmaterialbeschaffung sich immer schwieriger gestaltete, eine Zweigstelle des Verdingungsamtes der Handwerkskammer zu Gotha in Coburg errichtet, die die umfangreichen Arbeiten mit den verschiedenen Abnahmestellen, Bekleidungsämtern, Depots usw. übernahm.

Durch diese Organisationen war das Coburger Handwerk in der Lage, sich an namhaften Arbeiten für die Heeresverwaltung zu beteiligen und viele Handwerksbetriebe vor dem Stillegen zu bewahren.

Mit Ausbruch des Krieges trat in dem Wirtschaftsleben eine gänzliche Stockung ein. Die Kaufkraft des Publikums ließ nach, das Handwerk sah sich gezwungen, seine Produktion zum größten Teil einzustellen. Die jungen Meister, sowie die überwiegende Zahl der Gesellen eilten zu den Fahnen, sich vielfach als Kriegsfreiwillige stellend, um dem bedrohten Vaterlande zu dienen. Persönliche Interessen mußten bei dieser großen Aufgabe zurückstehen. Viele Handwerker sahen sich gezwungen, ihre Betriebe zu schließen, sodaß manche neugegründete Existenz aufgegeben, manches Geschäft fremden Händen überlassen werden mußte.

Im Bekleidungsgewerbe hatten die zurückgebliebenen Meister anfänglich noch gut zu tun, denn viele der einrückenden Offiziere und Mannschaften ließen sich eigene Uniformen und Ausrüstungsstücke fertigen. Vornehmlich wurden nach Maß gearbeitete, gut sitzende Stiefel verlangt, um durch passendes Schuhwerk den Strapazen des Krieges besser gewachsen zu sein. Es machte sich jedoch gar bald im Schneider- und Schuhmacherhandwerk der Mangel an Rohmaterialien bemerkbar, bis mit der Zeit nach der Beschlagnahme derselben solche überhaupt nicht mehr zu haben waren.

Mit dem siegreichen Vordringen unserer Heere im Feindesland und der Dauer des Krieges belebte sich jedoch das Geschäft im allgemeinen wieder. Infolge der wiederholten Ausmusterungen mußten aber noch manche schon älteren Meister und vornehmlich viele bis dahin noch nicht militärpflichtigen jüngeren Gesellen gleichfalls einrücken. Die zurückbleibenden Gewerbetreibenden waren lediglich nur noch auf ihre Lehrlinge angewiesen. Die nicht an Rüstungsarbeiten beteiligten Handwerksberufe mußten auch diese ihre letzten Hilfskräfte in die Munitionsfabriken und die Geschoßkorbindustrie, in denen den jungen Leuten eine viel bessere Verdienstmöglichkeit geboten wurde, abwandern sehen.

Bereits im Winter 1914/15 fing das Handwerk an, sich an Aufträgen für die Heeresverwaltung zu beteiligen, nachdem es dem Handwerkskammerabteilungsvorsitzenden durch persönliche Vorstellung in Cassel gelungen war, Arbeiten für das Schneider- und Sattlerhandwerk, sowie Instandsetzungsarbeiten an Drillichanzügen zu erlangen. Die letzteren wurden zur Ausführung an Kriegerfrauen und -Witwen vergeben.

Die Handwerkskammer-Abteilung baute hierauf die Umstellung des Handwerks für Heereslieferungen weiter aus und versah nunmehr auch die Stadt Neustadt mit laufenden Schneideraufträgen durch Überweisung an das dortige Arbeitsamt, bis dieses an den Lieferungen unmittelbar beteiligt wurde. Zur besseren Verteilung der Aufträge auch an kleinere Betriebe gründete sich dann für das Herzogtum Coburg ein Kriegshilfsausschuß mit einem Unterausschuß für die Stadt Coburg, sodaß die auf Heeresbedarf eingestellten Handwerkszweige sowohl durch diese Vermittlungsstellen wie auch durch ihre Genossenschaften im unmittelbaren Verkehr mit

den Militärbehörden mit Aufträgen für die Heeresverwaltung versehen wurden. Zur Erledigung derselben waren jedoch neue Hilfskräfte notwendig, Gesellen und Lehrlinge aber standen im Heeresdienst, sodaß Frauen und Mädchen für diese Arbeiten eingestellt und ausgebildet werden mußten, die darin Tüchtiges leisteten. Außer den Maschinenfabriken bei Herstellung von Artilleriegeschossen und dem Korbmacherhandwerk bei Anfertigung von Geschoßkörben beteiligten sich an Kriegslieferungen das Sattler- und Tapezierhandwerk durch Übernahme von Belederung der Geschoßkörbe, Anfertigung von Tornistern, Patronentaschen, Leibriemen, Pferdegeschirren, wie Brustblättern, Kreuzleinen, Zäumen, Stallhalftern, Anbinderiemen und dergleichen, das Schneiderhandwerk durch Herstellung von Waffenröcken, Mänteln und Hosen, die Goldschmiede, Uhrmacher und Graveure durch Anfertigung feinmechanischer Arbeiten und das Wagnerhandwerk durch den Bau von Militärwagen. Hieran war hervorragend die Firma A. Trutz, Wagenfabrik, Coburg beteiligt. Bei Ausführung dieser Arbeiten machte sich jedoch ein fortwährender Mangel an Rohmaterialien, Halbfabrikaten und Ersatzteilen störend fühlbar, sodaß oft durch ungenügende Zuteilung derselben Verzögerungen in der Ablieferung der Aufträge eintraten.

Bei dem Ausbau des Bades Colberg (S.-M.) und des ehemaligen Gefängnisses in Hassenberg zu Gefangenenlagern war das Coburger Zimmererhandwerk durch Lieferung der Baracken und das Klempner- und Installateurhandwerk durch Anlage der Badeeinrichtungen, Entlausungsanstalten, sowie Ausführung der übrigen Installationsarbeiten tätig.

Unter Materialmangel hatten in der folgenden Zeit hauptsächlich die Schlosser, Schmiede, Klempner und das übrige metallverarbeitende Gewerbe zu leiden, da Eisen, Zink, Blech und vornehmlich Schmiedekohlen beschlagnahmt waren und nur für Kriegs- oder lebenswichtige Arbeiten freigegeben wurden. Messing und Kupfer waren überhaupt nicht mehr zu haben. Im Goldschmiede- und Uhrmacherhandwerk mußte sich die Werkstattarbeit auf Reparaturen beschränken, da die einsetzende Goldknappheit noch durch die patriotischen Sammlungen vergrößert wurde. Die errichteten Goldankaufsstellen zahlten für das Gramm 14 krt. Gold Mk. 180.—. Leder war ebenfalls nicht mehr zu beschaffen. Schuhe durften nur noch auf Bezugsscheine*) abgegeben werden. Zum Besohlen der Schuhe war nur noch Ersatzmaterial erhältlich. Hierfür kamen in Frage Holz- und Sperrholzsohlen, geteerte Filzsohlen, Gummiersatzsohlen und andere.

In den Jahren 1916 und 1917 war die Verteilung von Ledersohlen und Holzsohlen an Minderbemittelte dem Schmiedeobermeister Fritz Sollmann als Beauftragten der Handwerkskammer-Abteilung übertragen. Die Holzsohlen fanden

*) Eine Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren vom 10. Juni 1916 brachte die Bezugsscheinpflicht für Wäsche und Kleidungsstücke. Während in der ersten Zeit die Ausstellung von Bezugsscheinen ziemlich frei war und sich nur auf Wäsche und Kleidungsstücke innerhalb gewisser Preisgrenzen erstreckte, wurde mit zunehmender Kriegsdauer die Bezugsscheinpflicht immer weiter ausgedehnt. Vom 31. Oktober 1916 ab fiel die Preisgrenze für bezugsscheinfreie Kleidungsstücke. Vom 27. Dezember 1916 ab wurde der Bezugsschein für Schuhe eingeführt; mit dem gleichen Tage begann auch die Bewirtschaftung von getragenen Kleidern und Schuhen durch die Kommunalverbände.

jedoch nicht den guten Absatz wie im Vorjahre die Ledersohlen. Die Bemühungen der Handwerkskammer wie der Innungen, für das Coburger Schuhmacherhandwerk Leder zugeteilt zu erhalten, waren leider erfolglos.

Das Zivildienstgesetz entzog weiterhin einen großen Teil bereits älterer Schneider, Schuhmacher, Schlosser, Schmiede und Maschinenbauer ihrem Betriebe. Die weiteren Einziehungen zum Heeresdienst verschonten auch die bisher noch zurückgebliebenen Handwerker nicht, sogar Lehrlinge mußten ihre Lehrzeit unterbrechen, um dem Rufe zur Fahne Folge zu leisten. Mancher Handwerksmeister, der sich bereits infolge hohen Alters zurückgezogen hatte, stand wieder in der Werkstatt und schaffte am Amboß und Schraubstock, um die Kundschaft zu befriedigen und den Betrieb für den ausmarschierten Sohn zu erhalten. Vielfach wurden die Geschäfte von den Frauen geleitet, denen das Handwerk für ihre aufopfernde Tätigkeit zwecks Erhaltung der Betriebe großen Dank schuldet.

Hauptsächlich in den von den Städten abgelegeneren Ortschaften wurde der Mangel an Schreinern, Schuhmachern und vor allem an Stellmachern und Schmieden schwer empfunden, da Wagen, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte zwecks Vornahme von Reparaturen erst in solche Dörfer oder Städte verbracht werden mußten, in denen noch einzelne Handwerksbetriebe aufrecht erhalten wurden. Dort mußten die Frauen vielfach die zurückgebliebenen Handwerker unterstützen, oder diese halfen sich gegenseitig aus, um die Reparaturen an den landwirtschaftlichen Fahrzeugen, den städtischen wie privaten Wagenparks auszuführen und den Hufbeschlag der Pferde und übrigen Zugtiere in Ordnung halten zu können. So waren zeitweilig in der Stadt Coburg noch zwei Schmiedebetriebe in Tätigkeit und neun Wagner auf Stadt und Land Coburg verteilt. Das Schneiderhandwerk war gleichfalls nur noch durch einige ältere Meister vertreten, die Barbier- und Friseurgeschäfte wurden zum großen Teil geschlossen. In den wenigen noch geöffneten Geschäften wurde der Betrieb meistens nur noch durch die Frauen mit Hülfe der Lehrlinge notdürftig aufrecht erhalten. Die Beschaffung der Rasierseife war wegen der Seifenbeschlagnahme eine ungenügende.

Am meisten durch den Krieg geschädigt war das Baugewerbe, da sofort nach der Mobilmachung die gesamte Bautätigkeit eingestellt wurde und während wie auch nach dem Kriege wegen der inzwischen eingetretenen enormen Verteuerung der Baumaterialien nur in ganz geringem Umfange wieder aufgenommen werden konnte.

Ebenso waren dem Fleischer-, Bäcker- und Konditorenhandwerk durch die Zwangswirtschaft schwere Einschränkungen auferlegt, sodaß die Betriebe nur mit Mühe aufrecht erhalten werden konnten. Bei den Lebensmittelpreisfestsetzungen wurde den Geschäftsinhabern trotz der erhöhten Unkosten nur ein kleiner Nutzen zugesprochen.

Wie im Fleischergewerbe die Wurstfabrikation, so mußte im Bäcker- und Konditorenhandwerk die Feinbäckerei und die Anfertigung von Konditoreiwaren infolge einschneidender Bestimmungen eingestellt werden. Durch die einsetzende Mehlrationierung, die nur ein Drittel des Friedensverbrauchs zuließ, und die Einführung der Brotkarten wurden diesen Handwerksberufen bereits im Jahre 1915 die ersten

Fesseln angelegt. Es folgten Verbote auf Verbote. Zucker, Eier, Butter, Milch usw. wurden rationiert. Auslandsprodukte, wie Kakao, Mandeln, Kokosnuß und Eiweiß, waren nicht mehr zu beschaffen, die vorhandenen Bestände aufgebraucht, sodaß nur noch mit Ersatzstoffen gearbeitet werden konnte. An solchen wurde zwar vieles angeboten, aber nur ein geringer Teil davon war zu verwenden. Am 18. Dezember 1916 kam dann das sogenannte Backverbot heraus, wodurch den einschlägigen Gewerben überhaupt jede Betätigung genommen und ein empfindlicher Schaden zugefügt wurde.

Es dürfte nicht ohne Interesse sein, die wichtigsten Bekanntmachungen, die während des Krieges für das Bäckerhandwerk erlassen wurden, hier anzuführen.

Laut Bekanntmachung vom 28. Oktober 1914 war nur noch gestattet zum Verkauf zu bringen: Weizenbrot, wenn mindestens 10 Teile Roggenmehl auf 90 Teile Weizenmehl, Roggenbrot, wenn 5 Teile Kartoffeln, Kartoffelflocken, Kartoffelwalzmehl oder Kartoffelstärkemehl auf 90 Teile Roggenmehl zugesetzt wurden. Am 5. Januar 1915 wurde durch Bekanntmachung bestimmt, daß jede Backware (mit Ausnahme von Kuchen) als Roggenbrot anzusehen sei, bei welcher mehr als 30 Teile Roggenmehl auf 70 Teile anderer Mehle oder mehlartiger Stoffe verwendet wurden. Als Weizenbrot galt jede Backware mit Ausnahme von Kuchen, zu deren Bereitung mehr als 10 Teile Zucker auf 90 Teile Mehl verwendet wurden. Letzterer durfte markenfrei verkauft werden, wenn beschlagnahmefreie Mehle darin verarbeitet waren. Als solche galten (gemahlen) Hafer, Gerste, Hirse, Mais, Reis, sowie die Mehrzahl der Hülsenfrüchte, ferner Buchweizen, Eicheln, Edel- und Roßkastanien, vermahlene Kartoffelschnitzel, Mandiokawurzeln, Kohlrüben und dergleichen. In allen gewerblichen Betrieben durften zur Bereitung von Kuchenteig keine Eier oder Eierkonserven und auf 500 Gramm Mehl oder mehlartige Stoffe nicht mehr als 100 Gramm Fett und 100 Gramm Zucker verwendet werden. Seit Ende 1916 war die Bereitung von Kleingebäck (Semmeln und Brötchen) untersagt, es durfte nur noch Weizengroßbrot (später nur noch als Krankenbrot) hergestellt werden.

Die Höchstpreise für Roggenbrot und Kuchen während der Jahre 1914 bis 1921 stiegen fortwährend, ebenso stiegen die Preise für Bäcker-Rohmaterialien fabelhaft. So kostete ein Roggenbrot mit einem Durchschnittsgewicht von 1900 Gramm im Jahre 1914 ca. 60 Pfennig, 1921 7.25 Mark, eine Semmel, welche 1914 5 Pfennig kostete, mußte im Jahre 1921 mit 1 Mark bis 1.50 Mark bezahlt werden. Markenfreies Mehl stieg von 30 auf 1200 Mark per Zentner in dieser Zeit, Umlagemehl von 25 Mark auf 525 Mark. (Briketts konnten 1914 noch mit 80 Pfg. per Zentner gekauft werden, 1921 mit 28 Mark; Holz stieg in dieser Zeit von 10 Mark auf 150 Mark per Meter, Hefe von 40 Pfg. auf 9 Mark per Pfund.)

Die Mühlen waren gesperrt und durften nur noch für den Kommunalverband bezw. für die Landbevölkerung als Selbstversorger das Getreide auf Anweisung mahlen.

Brotgetreide wurde laut Bekanntmachung vom 28. Oktober 1914 wie folgt ausgemahlen: Roggen mindestens 72%, Weizen 75%. Am 5. Januar 1915 und 28. Juni 1915 wurde die Ausmahlung des Roggens auf 82, die des Weizens auf 80% erhöht. Später wurde die Reichsgetreidestelle ermächtigt, die Ausmahlung festzusetzen. Am 15. Februar 1917 ordnete diese bis auf weiteres die Ausmahlung von Roggen und Weizen auf 94% an.

Gegen Ende des Krieges war es Aufgabe des Handwerks, in seinen Betrieben einen großen Teil Kriegsbeschädigter unterzubringen, die durch Einsetzung ihres Lebens und ihrer gesunden Glieder dazu beigetragen hatten, die Feinde von der Heimat abzuhalten und die Werkstätten und Fabriken vor der Vernichtung zu bewahren.

Bereits im März 1918 wurde der Vorsitzende der Handwerkskammer-Abteilung vom Staatsministerium beauftragt, für heimkehrende Krieger die Möbelbeschaffung in die Wege zu leiten. Dies führte zur Gründung der auch für das Handwerk zum Segen gewordenen Möbel- und Hausrathilfe, über die an anderer Stelle ausführlicher berichtet wird.

Die Handwerkskammer-Abteilung übernahm nach Beendigung des Krieges durch ihren Beauftragten, Schmiedeobermeister Fritz Sollmann, die Verteilung von Werkholz aus staatlichen und städtischen Forsten an das holzverarbeitende Handwerk, um diesem durch günstigen Einkauf seiner Rohmaterialien zu ermöglichen, seine während des Krieges schwer geschädigten Betriebe wieder aufrichten zu können, denn gerade der Handwerkerstand hat während des Krieges große Opfer bringen müssen.

Eine nicht geringe Anzahl Berufskameraden, die bei Ausbruch des Krieges und während desselben ihre Dienste freudig dem Vaterlande zur Verfügung stellten, kehrten leider nicht mehr in die Heimat zurück, sie haben ihre Treue zum Vaterlande mit ihrem Tode besiegelt.

Aller Handwerker, die im Weltkriege für Deutschlands Ehre und das deutsche Volk ihr Leben hingaben, sei auch an dieser Stelle in Ehren gedacht.

# Die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

## 1. Der Coburger Sonderausschuß der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Vom Geh. Staatsrat z. D. Louis Baudler.

### Gründung und Einrichtung.

Am 9. Juni 1915 hatten sich auf Einladung des hiesigen Ministerialvorstandes Staatsrat Dr. Quarck die Nachgenannten zu einer Versammlung behufs Gründung eines Landesausschusses der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen eingefunden:

Aus der Stadt Coburg: Baudler, Geh. Staatsrat z. D., Dr. Beck, Oberschulrat, Dr. Bretzfeld, Rechtsanwalt und Notar, Colbatzky, Buchdruckereibesitzer, de Cuvry, Regierungsrat a. D., Dietrich, Ökonomierat, Dr. Döbel, Assessor, Eberhardt, Diakonus, Fenzler, Hofbäckermeister, Fischer, Lehrer, Gagel, Geh. Kommerzienrat, Gundelach, Rechtsanwalt und Notar, Heumann, Bankdirektor, Hirschfeld, Oberbürgermeister, Hoffmeister, Privatmann, Hohmann, Schriftsetzer, Hülbig, Finanzrat und Stadtverord.-Vorsteher, Keßler, Oberhofprediger, Kipp, Diakonus, Dr. Lotz, Schulrat, Moritz, Geh. Justizrat, Dr. Quarck, Staatsrat, Dr. Reukauf, Schulrat, Röhrig, Bankdirektor, Schmidt, Privatmann, Schraidt, Geh. Finanzrat, Stegner, Kassierer, Dr. Schwimmer, Geh. Regierungsrat a. D., Freiherr von Walter, Wischer, Bankvorstand, Wittmann, Diakonus.

Aus Neustadt: Mosbach, Bürgermeister,

Aus Rodach: Langner, Bürgermeister, Rösler, Kommerzienrat,

Aus Sonnefeld: Gutsel, Töpfermeister und Landtags-Vizepräsident,

Aus Meeder: Römhild, Bürgermeister,

Aus Untersiemau: von Schrödel, Kommerzienrat.

In dieser Versammlung wurde die Gründung des Landesausschusses für das Herzogtum Coburg beschlossen, und es wurden zu seinen Mitgliedern die sämtlichen Anwesenden bestellt. Sodann wurde beschlossen, einen Geschäftsausschuß einzusetzen, als dessen Mitglieder aus der Mitte der bereits oben Genannten gewählt wurden:

Baudler als Vorsitzender,
Moritz als Stellvertreter des Vorsitzenden,
Hoffmeister als Schriftführer,
Gundelach als Stellvertreter des Schriftführers,
Röhrig als Schatzmeister,
Heumann als Stellvertreter des Schatzmeisters.

Dem Geschäftsausschuß wurde überlassen, weitere Mitglieder aus den verschiedenen Berufsklassen, sowie aus dem Frauenverein, dem Roten Kreuz und der Loge in den Landesausschuß, auch Beisitzer in den Geschäftsausschuß aufzunehmen.

Der Geschäftsausschuß hielt seine erste Sitzung am 16. Juni 1915. In dieser wurden dem Landesausschuß zugewählt:

Frau Kirchenrat Knauer, Neuses bei Coburg,
Frau Staatsrat Dr. Quarck, Coburg,
Appold, Stadtverordneter in Königsberg i. Fr.,
Döbrich, Hauptlehrer, Coburg,
von Strenge, Landrat, Coburg,
von Wittken, Wirklicher Geheimrat, Exz., Coburg.

Mit Schreiben vom 30. Juni 1915 an das Staatsministerium in Gotha sprach das Präsidium der Nationalstiftung in Berlin den Wunsch aus, daß für den Bundesstaat Coburg-Gotha nicht zwei Landesausschüsse, sondern in Gemäßheit des § 14 der Stiftungssatzung nur ein Landesausschuß für Coburg und Gotha gebildet werde. Dieser Wunsch ist vom Staatsministerium in Gotha dem Coburger Landesausschuß zur Erfüllung empfohlen worden.

Dem entsprechend wurde vom Coburger Geschäftsausschuß der Entwurf einer Satzung für einen Coburg-Gothaer Landesausschuß der Nationalstiftung ausgearbeitet. Eine Hauptaufgabe dieser Satzung war die Regelung der finanziellen Beziehungen der beiden Herzogtümer unter sich und gegenüber der Stiftung. Es mußte dafür Sorge getragen werden, daß jedem Herzogtum die Mittel zur Unterstützung in dem Maße zufließen, wie solches dem Gesamtbetrag der in seinem Gebiet gesammelten Beiträge entspricht. Dies ist geschehen durch die Bestimmung, daß sowohl die Zinsen als auch die Kapitalanteile, welche vom Stiftungspräsidium alljährlich dem Coburg-Gothaer Landesausschuß überwiesen werden, nach Maßgabe der Gesamtsummen der aus jedem Herzogtum dorthin abgewährten Beiträge auf die beiden Herzogtümer zu verteilen sind. Ebenso soll verfahren werden, wenn dereinst einmal das Vermögen der Stiftung in das Eigentum der Landesausschüsse oder der Bundesstaaten übergehen sollte. Der Entwurf fand mit einigen Abänderungen die Zustimmung des Gothaer Geschäftsausschusses, sodann auch die Zustimmung des Stiftungspräsidiums in Berlin. Es wurde hierauf der Coburg-Gothaer Landesausschuß der Nationalstiftung vom Staatsministerium in Gotha unter Genehmigung seiner Satzung mit Verfügung vom 8. März 1916 ausdrücklich anerkannt.

In dieser Satzung war für jedes der beiden Herzogtümer ein Sonderausschuß vorgesehen. Der Coburger Geschäftsausschuß arbeitete daher nun auch den Entwurf einer Satzung für den Coburger Sonderausschuß aus. Dieser Entwurf wurde am 14. April 1916 vom Coburger Landesausschuß genehmigt. Hiernach war von da ab für das Herzogtum Coburg ein Sonderausschuß der Nationalstiftung als selbständige Abteilung des bundesstaatlichen Coburg-Gothaer Landesausschusses der großen deutschen Nationalstiftung in Kraft getreten und zwar mit den gleichen Mitgliedern wie sie bis dahin der Coburger Landesausschuß hatte.

In den nach § 2 der Satzung des Sonderausschusses zu bildenden Vorstand wurden die Personen, die bis dahin dem Geschäftsausschuß des Coburger Landes-

ausschusses angehört hatten, mit den gleichen Ämtern, und Korbmachermeister Hauer als Beisitzer wieder gewählt. Gleichzeitig wurden noch zu Mitgliedern des Sonderausschusses gewählt:

Dr. Claus, Geh. Regierungsrat; Güntzel, Seminar-Oberlehrer; Mönch, Kommissionsrat; Müller, Magistratsrat; Quarck, Magistratsrat; Oppermann, Regierungs- und Baurat; Schweitzer, Oberstleutnant, sämtlich aus Coburg.

Der Coburg-Gothaer Landesausschuß wurde gebildet aus dem jeweiligen leitenden Staatsminister als Vorsitzenden und aus 6 Mitgliedern, von denen jeder Sonderausschuß drei wählte. Coburgerseits wurden zu Mitgliedern die oben genannten Baudler, Hoffmeister und Röhrig gewählt. Seine erste Sitzung hielt der Coburg-Gothaer Landesausschuß am 6. Mai 1916 in Oberhof ab. In dieser wurde als Stellvertreter des Vorsitzenden, Staatsministers von Bassewitz, der Geh. Staatsrat Baudler gewählt, welcher letztere auch zum Beirat des Stiftungspräsidiums in Berlin bestellt wurde.

Mit Erlaß vom 18. Juli 1916 übernahm Kaiser Wilhelm II. die Schirmherrschaft über die Nationalstiftung unter Anerkennung ihrer für das Vaterland bedeutungsvollen Arbeit. Damit hatte der stolze Bau der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Krieg Gefallenen seine Krone erhalten, unter deren Schutz die Stiftung berufen wurde, dazu beizutragen, daß die schweren Wunden des Weltkriegs in unserem Vaterland geheilt und dem deutschen Volk in den Kindern der tapferen Gefallenen sein kräftiger Bestand und ein gedeihliches Wachstum erhalten werde. Die Krone ist zwar im November 1918 gefallen, die Aufgabe und das Bestreben der Stiftung ist geblieben.

Die Zusammensetzung des Sonderausschusses und seines Vorstands hat im Laufe der Jahre dadurch Änderungen erfahren, daß im Jahre 1917 noch Amtsrichter Dr. Schack, im Jahr 1919 die Maurers- und Kriegerswitwe Osper und der Archivsekretär Escher als Mitglieder in den Vorstand, und im Jahre 1918 der Oberregisseur Mahling und der Kapellmeister Fichtner als Mitglieder in den Sonderausschuß aufgenommen worden sind, daß im Jahre 1918 der Stellvertreter des Vorsitzenden, Moritz, gestorben ist, sowie daß im Frühjahr des Jahres 1919 der Vorsitzende Baudler sein Amt aus Alters- und Gesundheitsrücksichten niederlegte und an seine Stelle der bisherige Schriftführer Hoffmeister den Vorsitz übernahm, und Gundelach zum Schriftführer, Hauer zum Stellvertreter des Schriftführers erwählt wurde.

Eine weitere, tief eingreifende Veränderung im Bestand des Coburg-Gothaer Landesausschusses hatte sich durch den im Jahre 1920 erfolgten Anschluß des Landes Coburg an Bayern nötig gemacht. In Folge dieser staatlichen Veränderung mußte der Coburger Sonderausschuß aus dem Coburg-Gothaer Landesausschuß ausscheiden und sich dem Bayrischen Landesausschuß anschließen. Nach längeren Verhandlungen wurde das erfreuliche Ergebnis erzielt, daß der Coburger Sonderausschuß unter der Bezeichnnng Coburger Landesausschuß dem Bayrischen Landesausschuß

als selbständige Abteilung angegliedert und als solche auch vom Stiftungspräsidium in Berlin anerkannt wurde, auch wurde ihm die eigne Verwaltung seines Vermögens überlassen. Dieses Vermögen wurde bei der Auseinandersetzung mit Gotha auf 124000 Mark festgestellt, wobei die ins Reichsschuldbuch eingetragenen Kriegsanleihen im Nennwert von 113000 Mark zum Kurs von 77 eingerechnet sind.

Was den Geschäftskreis des Sonderausschusses anlangt, so bestand er hauptsächlich in der Sammlung von Beiträgen und in der Fürsorge für die seine Hilfe in Anspruch nehmenden Hinterbliebenen.

Was auf diesen beiden Gebieten geschehen ist, darüber wird noch in besonderen Teilen berichtet werden.

Die Sitzungen des Vorstands fanden alle 14 Tage statt, zuerst im Sitzungszimmer des Staatsministeriums, später im Direktionszimmer der Cob.-Gothaischen Bank.

Seine Geschäftsführung hat der Vorstand in der Sitzung vom 19. Mai 1916 durch eine Geschäftsordnung geregelt.

Hinsichtlich der Fürsorge-Aufgabe ist noch zu bemerken, daß sich diese nur auf die Hilfe erstreckt, die mit den Mitteln der Nationalstiftung geleistet werden kann. Mit den sonstigen Gewährnissen an die Kriegs-Hinterbliebenen, namentlich mit denen, die auf den reichsgesetzlichen Bestimmungen beruhen, hat der Sonderausschuß nichts zu tun. Der Vorstand ist jedoch von Anfang seines Bestehens an dafür eingetreten, daß die gesamte Fürsorge für die Hinterbliebenen in einer Stelle vereinigt werde, und zwar in einer solchen, die nicht nur als Anhängsel einer mit anderen Geschäften bereits belasteten Behörde tätig ist, sondern einer besonders zu diesem Zweck eingesetzten, mit amtlicher Eigenschaft versehenen Stelle, welcher auch die gesamte gesetzliche wie freiwillige Fürsorge für die Kriegsbeschädigten zu übertragen wäre. Eine solche staatliche Stelle ist denn auch im Jahre 1919 ins Leben getreten und entfaltet seitdem für ihre Schützlinge eine wohl geordnete, rührige und ersprießliche Tätigkeit. Daneben hat der Sonderausschuß der Nationalstiftung seine Selbständigkeit erhalten, steht aber in engster Verbindung mit der amtlichen Fürsorgestelle, zu deren Herbeiführung und Aufrechterhaltung der Leiter der Fürsorgestelle in den Vorstand des Sonderausschusses und der Vorsitzende des letzteren in den Beirat der Fürsorgestelle als stimmberechtigte Mitglieder aufgenommen worden sind.

Hinsichtlich der Einrichtungs- und Verwaltungskosten ist zu berichten, daß diese außerordentlich gering gewesen sind. Die Mitglieder des Ausschusses und des Vorstands haben selbstverständlich ihre Dienste ehrenamtlich ohne jede Vergütung geleistet, ebenso die Verwalter der Beratungsstelle. Und was die Ausgaben für die übrigen Bedürfnisse der Verwaltung betrifft, so muß dankbar anerkannt werden, daß der Magistrat ein Zimmer im Rathaus für die Sprechstunden der Beratungsstelle und die Coburg-Gothaische Bank ein Zimmer für die Sitzungen des Vorstands mit Heizung und Beleuchtung kostenlos zur Verfügung gestellt haben.

Die Verwaltungskosten betrugen

| | | | |
|---|---|---|---|
| bis Ende 1916 . . | 187 Mk. | 11 | Pfg. |
| im Jahr 1917 . . | 1045 „ | 13 | „ |
| im Jahr 1918 . . | 1292 „ | 66 | „ |
| im Jahr 1919 . . | 1644 „ | 95 | „ |
| im Jahr 1920 . . | 1798 „ | 90 | „ |

## Sammeltätigkeit.

Der Hauptaufruf zur Sammeltätigkeit für die Nationalstiftung wurde Anfang Juli 1915 erlassen. Er wurde in den Landeszeitungen dreimal von Woche zu Woche veröffentlicht und an den Anschlagsäulen, öffentlichen Gebäuden, in den Räumen der Geldgeschäfte, der Gastwirtschaften und sonstiger größerer Anstalten angebracht.

In dankenswerter Weise erklärten sich zur Annahme von Spenden bereit sämtliche öffentlichen wie privaten Geldgeschäfte des Herzogtums, sowie die Geistlichen und Lehrer in den Landorten.

Außerdem dienten dem Zweck des Sammelns folgende Maßnahmen:

Alle Gemeinde- und Kirchenverwaltungen, die gemeinnützigen Vereine und Stiftungen des Herzogtums wurden mit besonderen Schreiben um Bewilligung von Beiträgen ersucht, desgleichen alle auswärts wohnenden Coburger Landeskinder, ungefähr 530 Personen. Auch die oberste Kirchenbehörde wurde um Bewilligung von Kirchensammlungen für die Stiftung gebeten.

In Neustadt und Rodach wurden vom Vorstand Kirchenkonzerte und Nagelungen von Eisernen Kreuzen veranstaltet, solche Nagelungen fanden auch auf Anregung des Vorstands statt in Königsberg, Sonnefeld und in vielen Dörfern. In der Stadt Coburg veranstaltete der Vorstand verschiedene Unterhaltungs-Abende, so unter der bewährten Leitung des Oberregisseurs Mahling Schüleraufführungen, bei denen auch die Fürstlich-Hohenlohe-Langenburgischen Prinzessinnen mitwirkten, eine Reihe von Konzerten, Puppenspielen und dergleichen mehr. Auch schrieb der Vorstand im Jahre 1918 eine Skatwoche für das Herzogtum Coburg mit der Bitte aus, alle Skatgewinne in der betreffenden Zeit an die Nationalstiftung abzugewähren, was dann auch mit nicht unbeträchtlichem Erfolg geschehen ist.

Auch aus Künstlerkreisen wurde eifrig geworben: Kapellmeister Fichtner und Frau Gemahlin, Konzertmeister Engelhardt, Lehrer Zapf veranstalteten Konzerte auf dem Lande, die großen Anklang fanden und recht ansehnliche Beiträge zur Stiftung lieferten. Kammersänger Wolff wirkte bei zahlreichen Aufführungen zugunsten der Stiftung in hervorragender Weise mit.

Zwei vom Kunstmaler Höllein gemalte und der Stiftung überlassene Olbildnisse des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Herzogs Carl Eduard wurden im Einverständnis mit dem Künstler versilbert, wodurch der Stiftung 1500 Mark zuflossen.

Aus der Nationalsammlung von Altertümern und Kunstsachen wurden der Nationalstiftung 6062 Mark überwiesen.

Aus dem Kriegshilfsausschuß für das Herzogtum Coburg wurden bei dessen Auflösung der Nationalstiftung 20000 Mark zugeteilt.

Im Jahre 1918 wurde an der Westseite der Ehrenburg ein vom Architekten Bassarke-Chemnitz gestifteter Opferstock mit der Aufschrift: Bedenket, Ihr lebt, weil Andere starben! angebracht, dieser lieferte namentlich in den ersten Monaten viele kleine, von der regen Beteiligung der ärmeren Volksklassen an dem Liebeswerk zeugende Gaben.

Wahrhaft herzerfreuend war der Eifer der Schuljugend. Viele Klassen der höheren und der Volksschulen in Stadt und Land veranstalteten Aufführungen und Sammlungen unter sich, die im Ganzen ein ansehnliches Ergebnis hatten.

Auf diese Weise wurden bis 31. Dezember 1916 im Ganzen gesammelt:

96590 Mark 30 Pfg.

In dieser Summe sind enthalten in runden Zahlen:

| | | |
|---|---|---|
| 4300 | Mark | von Mitgliedern des Herzoglichen Hauses, |
| 1000 | „ | von der Stadt Coburg, |
| 500 | „ | von der Stadt Neustadt, |
| 300 | „ | von der Stadt Rodach, |
| 200 | „ | von der Stadt Königsberg i. Fr., |
| 10900 | „ | von Stiftungen, Vereinen, Banken und sonstigen juristischen Personen, |
| 1470 | „ | von Sammlungen in Kirchen und Schulen, |
| 620 | „ | Sühnegelder, überwiesen von den Gerichtsbehörden, |
| 37500 | „ | von Bewohnern der Stadt Coburg, |
| 2140 | „ | von Bewohnern der Stadt Neustadt, |
| 3500 | „ | von Bewohnern der Stadt Rodach, |
| 870 | „ | von Bewohnern der Stadt Königsberg i. Fr. |

In den folgenden Jahren gingen an Spenden ein:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 10489 | Mark | 66 | Pfg. | im | Jahre | 1917, |
| 41495 | „ | 44 | „ | „ | „ | 1918, |
| 22067 | „ | 7 | „ | „ | „ | 1919, |
| 2307 | „ | 71 | „ | „ | „ | 1920. |

Vor Beginn der Sammeltätigkeit des Sonderausschusses, also vor Juli 1915, wurden bereits von hiesigen Banken für die Nationalstiftung gesammelt und alsbald an das Stiftungspräsidium in Berlin abgewährt:

2107 Mark 95 Pfg. in barem Geld,
500 „ — „ in einem Wertpapier und 22 Gegenstände aus Silber und Gold.

Die der Beratungsstelle des Sonderausschusses zur freien alsbaldigen Verwendung für die Kriegshinterbliebenen von Behörden, Vereinen und Privaten gewährten Mittel beliefen sich im Ganzen auf

10193 Mark 95 Pfg.

Die Gesamtsumme aller der Nationalstiftung und der Beratungsstelle zuteil gewordenen Mittel beläuft sich auf

195 666 Mark 74 Pfg.,

gewiß ein über alles Erwarten günstiges Ergebnis, mit dem unser Land einen hohen Rang unter den für die Nationalstiftung gesammelt habenden deutschen Kleinstaaten einnimmt, und auf das seine Bewohner mit Befriedigung blicken können. Allen gütigen Gebern und allen Helfern bei diesem schönen, der Vaterlands- und Nächstenliebe gewidmeten Werke sei daher auch an dieser Stelle herzlich gedankt!

Die auf die Sammlung dieser Spenden verwendeten Werbungskosten beliefen sich im Ganzen auf 2654 Mark 64 Pfg.

## Hilfstätigkeit.

Am 18. Oktober 1915 ist die Beratungsstelle des Coburger Sonderausschusses der Nationalstiftung in Wirksamkeit getreten. Sie beruht auf freier Entschließung des Vorstands des Sonderausschusses. Nach § 18 der Satzung der Nationalstiftung sollte die Hilfstätigkeit mit Mitteln der Stiftung erst nach beendetem Krieg beginnen. Der Vorstand war aber der Meinung, daß bei der unerwartet langen Dauer des Kriegs und bei der großen Zahl der schon vorhandenen Witwen und Waisen von gefallenen Kriegern alsbaldige Hilfe dringend nötig sei, sollte diese sich auch wegen Mangels an verfügbaren Mitteln zunächst auf Erteilung guten Rats beschränken müssen. Daher die Bezeichnung „Beratungsstelle". Außerdem glaubte der Vorstand, sich auch seinerseits den Bewohnern des Herzogtums und den auswärtigen Landsleuten, die so reiche Gaben für die Nationalstiftung gespendet hatten, durch den Beginn der Hilfstätigkeit, soweit solche möglich war, dankbar erweisen zu sollen. Der Vorstand beschloß daher, eine Beratungsstelle für alle Krieger-Hinterbliebenen des Herzogtums in der Stadt Coburg einzurichten. Dieser Beschluß fand allseitig freundliche Zustimmung und Förderung. Seitens des Staatsministeriums wurden der Beratungsstelle sofort 800 Mark und später noch 300 Mark zur Verfügung gestellt, um in dringenden Notfällen auch materielle Hilfe gewähren zu können. Der Magistrat der Residenzstadt gestattete der Beratungsstelle, das Zimmer Nr. 15, später Nr. 24 im Rathaus in den Vormittagsstunden unentgeltlich zu benutzen und bewilligte außerdem 250 Mark, später noch 500 Mark zur Verwendung bei dringender Not. Auch von wohlwollenden Vereinen, Stiftungen und Privaten erhielt die Beratungsstelle Zuwendungen zur sofortigen unmittelbaren Verwendung.

Eine sehr wesentliche Förderung seiner Hilfstätigkeit wurde dem Sonderausschuß dadurch zuteil, daß dem Coburg-Gothaer Landesausschuß im Mai 1916 vom Stiftungspräsidium in Berlin, das sich nun gleichfalls zur alsbaldigen Hilfeleistung entschloß, die Summe von 10 000 Mark zu Unterstützungszwecken überwiesen wurden, wovon 5000 Mark dem Coburger Sonderausschuß zugeteilt wurden. Von da ab war der Sonderausschuß nicht mehr an so enge Grenzen seiner Hilfsmittel gebunden wie bis dahin und konnte namentlich bei den erstmaligen Ge-

suchen der Witwen und Eltern den Beweggrund des Dankes und des Trostes ausgiebiger walten lassen.

Was den Geschäftsgang der Hilfstätigkeit betrifft, so wurden Sprechstunden in der Beratungsstelle eingerichtet, und zwar jeden Montag, Mittwoch und Sonnabend vormittags. Die in diesen Sprechstunden angebrachten Gesuche wurden — sofern sie nicht als unbegründet erachtet werden mußten, was jedoch selten der Fall war — niedergeschrieben und dem Vorstand in der nächsten Sitzung zur Beschlußfassung vorgelegt. Die verwilligten Beträge wurden den in der Stadt Coburg wohnenden Gesuchstellern alsbald durch die Beratungsstelle, den auf dem Lande wohnenden durch die Geistlichen ausgezahlt. Zwischen Anbringung des Gesuchs und Empfang der Unterstützung vergingen selten mehr als 14 Tage. In besonders dringenden Fällen war der Verwalter der Beratungsstelle ermächtigt, selbständig über die notwendige Hilfe zu beschließen.

Als Richtschnur für die materielle Hilfeleistung galten die vom Berliner Stiftungspräsidium aufgestellten Richtlinien. Hiernach sollen insbesondere Unterstützungen gewährt werden, wenn es der Witwe an den erforderlichen Mitteln fehlt, um das bestehende Geschäft fortzubetreiben oder ein neues zu begründen, oder wenn die Teuerung aller Lebensbedürfnisse für die Witwe bei einer großen Anzahl von Kindern besonders drückend ist, oder wenn Krankheit oder sonstige Umstände eine sofortige Hilfe dringend nötig machen, oder wenn es sich um die Kosten eines höheren Unterrichts bei besonders befähigten Kindern handelt.

Den Dienst in der Beratungsstelle besorgten der Vorsitzende des Vorstands Baudler, und bei dessen Behinderung der Schriftführer Hoffmeister. Sehr nützliche Hilfe leistete dabei in freundlicher Weise die Tochter des letzteren, Fräulein Frieda Hoffmeister, bis gegen Ende 1916. Von da ab machte sich bei der bedeutend gestiegenen Arbeitslast der Beratungsstelle die Anstellung einer ständigen Hilfskraft nötig, als welche von Januar 1917 ab Frau Kirchenrat Knauer, Mutter von vier an der Front befindlichen Söhnen, gewonnen wurde. Als im Frühjahr 1919 Baudler das Amt des Vorsitzenden des Sonderausschusses und damit auch das des Verwalters der Beratungsstelle niederlegte, übernahm Hoffmeister beide Ämter.

Die Sprechstunden haben von Anfang an einen starken Besuch gehabt, der sich von Jahr zu Jahr steigerte, bis nach Einrichtung der amtlichen Stelle im Jahr 1919 auf diese die Hauptfürsorge für die Kriegshinterbliebenen überging. Die Zahl der um Hilfe nachgesucht habenden Witwen betrug

| | | |
|---|---|---|
| bis Ende | 1916 | 195, |
| im Jahr | 1917 | 345, |
| „ „ | 1918 | 489, |
| „ „ | 1919 | 636, |
| „ „ | 1920 | 669. |

Die Zahl der um Hilfe nachgesucht habenden Väter und Mütter betrug

bis Ende 1916 . . . 98
im Jahr 1917 . . . 147
„ „ 1918 . . . 192
„ „ 1919 . . . 258
„ „ 1920 . . . 272.

An Unterstützungen in barem Geld wurden bewilligt

bis Ende 1916 . . 2998 Mark — Pfg.
im Jahr 1917 . . 11311 „ 20 „
„ „ 1918 . . 15577 „ 75 „
„ „ 1919 . . 22437 „ 12 „
„ „ 1920 . . 13457 „ — „

Außer diesen Unterstützungen aus der Hauptkasse der Nationalstiftung wurden aus Sonderstiftungen (Krupp-Stiftung usw.), deren Verwaltung bei dem Stiftungspräsidium in Berlin liegt, durch Vermittelung des Vorstands des Sonderausschusses an Coburger Kriegshinterbliebene verwilligt

im Jahr 1917 . 4370 Mark — Pfg.
„ „ 1918 . 5510 „ — „
„ „ 1919 . 6620 „ — „
„ „ 1920 . 6650 „ — „

Aus Stiftungen, die in Coburg verwaltet werden (v. Rast-, Denzing-, Leopoldstiftung), wurden durch Vermittelung des Sonderausschusses verwilligt

im Jahr 1917 . 428 Mark 50 Pfg.
„ „ 1918 . 457 „ 77 „
„ „ 1919 . 1743 „ — „
„ „ 1920 . 60 „ — „

Aus den Mitteln, die der Beratungsstelle zur freien unmittelbaren Verwendung überwiesen worden sind, wurden an Unterstützungen gewährt

bis Ende 1916 . 2270 Mark — Pfg.
im Jahr 1917 . 150 „ — „
„ „ 1918 . 1930 „ — „
„ „ 1919 . 650 „ — „
„ „ 1920 . 1775 „ — „

Die Gesamtsumme aller Unterstützungen, die aus Mitteln der Nationalstiftung, aus städtischen Stiftungen und aus Mitteln der Beratungsstelle durch die letztere den Kriegshinterbliebenen bis 31. Dezember 1920 zugeflossen sind, beträgt

97 195 Mark 34 Pfg.

Von den aus der Hauptkasse der Stiftung gewährten Unterstützungen entfallen

15 155 Mk. auf Beihülfe zum allgemeinen Lebensunterhalt,
10 274 „ „ „ zur Krankenpflege,
15 632 „ „ „ zur Kindererziehung,
10 642 „ „ „ zur Gründung und Erhaltung der Lebensstellung,
11 075 „ „ „ zum Lebensunterhalt der Eltern.

Die aus den Sonderstiftungen und den Mitteln der Beratungsstelle geflossenen Beihülfen sind zum weitaus größten Teil zur Bestreitung von Kurkosten, zur Ausbildung befähigter Kinder, zur Schaffung und Erhaltung der Lebensstellung gewährt worden.

Von der Gesamtsumme aller Unterstützungen kommen
rund 45 000 Mk. auf die Stadt Coburg und
„ 52 000 „ auf die übrigen Städte und die Landorte.

Im Anschluß an den Reichsverband für Kriegspatenschaften hat der Vorstand des Sonderausschusses im Jahre 1917 eine Fürsorgestelle für im Krieg geborene Kriegerwaisen im Herzogtum Coburg begründet, deren Führung vom Vorstandsmitglied Dr. Schack übernommen worden ist. Das Wesen dieser Patenschaft in Coburg besteht darin, daß — abgesehen von den persönlichen Beziehungen zwischen Paten und Kind — jährlich 15 Mark für jedes Kind bei der Creditkasse des Spar- und Hülfevereins zu Coburg bis zur Entlassung des Kindes aus der Volksschule eingezahlt und darnach zur Förderung des weiteren Fortkommens des Kindes verwendet werden. Von diesen 15 Mark zahlt die Mutter 5 Mark, der Pate 5 Mark und die Nationalstiftung 5 Mark. Das aus besonderen Spenden herrührende Vermögen der Coburger Kriegspatenschaft belief sich am 31. Dezember 1920 auf 2906 Mk. 26 Pfg., die Zahl der Kriegspatenkinder auf 225.

Was außer diesen Unterstützungen durch Geld von der Nationalstiftung durch sonstige Hilfeleistung für die ihrer Fürsorge anvertrauten Hinterbliebenen geschehen ist, läßt sich nicht in Zahlen ausdrücken. Aber das kann gesagt werden, daß keine Witwe, kein Vater, keine Mutter die Beratungsstelle verlassen hat, ohne den von ihnen erbetenen Rat zu erhalten. So ist namentlich vielfach in Fragen über die gesetzlichen Ansprüche der Hinterbliebenen Belehrung und auch Beistand bei den Eingaben an die zuständigen Behörden erteilt worden, ebenso bei Rechtsstreitigkeiten in Erbschaftssachen, in Mietangelegenheiten, in Unstimmigkeiten zwischen Lehrling und Lehrmeister, bei der Wahl eines Erwerbszweigs für die Witwe oder Kinder und dergleichen mehr.

Bei dieser seiner Hilfstätigkeit hat sich der Vorstand des Sonderausschusses im Allgemeinen von dem Gedanken leiten lassen, daß die erste Bitte einer Witwe oder einer Mutter, eines Vaters, die Bitte, die noch im frischen, tiefen Schmerz um den Verlust des Mannes, des Sohnes gestellt wurde, nicht einer strengen Prüfung der Bedürfnisfrage zu unterziehen sei. Die Nationalstiftung will den Hinterbliebenen der Gefallenen ein „Dankopfer", wie es in fast allen Aufrufen zur Gewährung von Beiträgen geheißen hat, darbringen, und der Vorstand glaubte daher im Sinne der Geber zu handeln, wenn er nicht gleich die erste Bitte — abgesehen von ganz besonders gearteten Fällen — abgeschlagen hat.

Andrerseits aber hat der Vorstand an dem Grundsatz festgehalten, daß die Ehrengabe der Nationalstiftung nur achtbaren Hinterbliebenen zuteil werden kann. Witwen, die offenkundig einen unsittlichen Lebenswandel führten, hat er auf die gesetzliche Hilfe verwiesen und geglaubt, ein solches Verfahren schon den

ehrbaren Witwen, wie dies die Schützlinge der Nationalstiftung fast durchweg sind, schuldig zu sein. Die Kinder der Gefallenen blieben selbstverständlich von diesem Grundsatz unberührt, ihnen wurde unter allen Umständen jede erforderliche und mögliche Hilfe und Fürsorge gewährt.

Schwerer als das Los der Witwen ist in materieller Hinsicht häufig das Los der Eltern, der Väter und verwitweten Mütter von Gefallenen, da die ihnen aus öffentlichen Kassen zustehenden Gebührnisse weit geringer sind als die der Kriegerwitwen, und sie selbst nicht mehr die Leistungs- und Erwerbsfähigkeit besitzen als die jüngeren Witwen. Nicht selten haben die Eltern ihre ganzen Ersparnisse zur Ausbildung des Sohnes verwendet und sind nun durch dessen Tod jeder Hoffnung auf seine Unterstützung in ihren alten Tagen beraubt. Nach dieser Richtung hin hat daher der Vorstand in häufigeren Fällen und in größeren Beträgen, als man von vornherein angenommen hatte, eingreifen müssen.

* * *

Die vorstehenden Darlegungen lassen erkennen, daß die Nationalstiftung in Stadt und Land Coburg ihr möglichstes zur Linderung der Not der Kriegshinterbliebenen und zur gedeihlichen Erziehung der Kriegerwaisen beigetragen, daß sie namentlich in den Kriegsjahren die damals noch nicht umfassend geregelte gesetzliche Fürsorge wesentlich ergänzt hat. Seitdem im Jahr 1919 die amtliche Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen mit eigenen Behörden eingerichtet und mit reichen Mitteln aus der Reichskasse ausgestattet worden ist, ist die Nationalstiftung an zweite Stelle gerückt, das heißt, sie greift nur ergänzend in den Fällen ein, wo die amtlichen Mittel nicht ausreichen, oder wo eine über die der amtlichen Fürsorge gesteckten Grenzen hinausgehende Unterstützung geboten erscheint, also namentlich in Fällen lang andauernder Krankheit, zum Zweck einer höheren Ausbildung besonders begabter Kriegerwaisen, zur Erhaltung des Besitzes oder einer Lebensstellung und dergleichen mehr. Auch in diesem beschränkten Umfang kann die Nationalstiftung noch sehr segensreich wirken. Und sie wird es gerne tun. Denn nach den Wahrnehmungen, die die Beratungsstelle in den Kriegsjahren gemacht hat, haben sich die Witwen und Eltern, welche um Hilfe nachgesucht haben, mit verschwindend wenigen Ausnahmen als verständige, bescheidene und arbeitswillige Personen gezeigt, denen helfen zu können, Freude und innere Befriedigung bereitet hat. Viele haben lange Zeit, ein ganzes Jahr und länger dahin gehen lassen und sich aus eigener Kraft durchgeholfen, bis sie durch die ungeheure Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse oder durch Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit sich gezwungen sahen, um Hilfe nachzusuchen, und gar manche hat auf die Not anderer Witwen aufmerksam gemacht, die die Hilfe noch nötiger hätten als sie selbst, wieder andere haben erklärt, sie brächten zur Zeit sich noch ohne Hilfe durch, sie wollten sich nur für den Fall eintretender größerer Not vormerken lassen. Diese Erfahrungen werden den damaligen Verwaltern der Beratungsstelle nicht nur eine angenehme Erinnerung

bleiben, sondern sie waren ihnen auch in der Zeit, die durch häßliche Geldgier und Genußsucht immer trüber und durch rücksichtslose Selbstsucht und den Mangel an Gefühl der sich gegenseitig tragenden Zusammengehörigkeit immer dunkler wurde, Trost und Hoffnung spendende Lichtblicke.

## 2. Kriegsbeschädigtenfürsorge während des Kriegs bis zur Übernahme durch das Reich.

Von Tobias Quarck.

Während die meisten deutschen Staaten nach Ausbruch des Weltkrieges die ihnen zufallende Kriegsinvalidenfürsorge in die Hände von Landes-, Kreis- und Ortsausschüssen legten, trafen die Thüringischen Staaten mit Ausnahme von dem eigene Wege gehenden S. Altenburg mit der Thüringischen Landesversicherungsanstalt in Weimar die Vereinbarung, diese Fürsorge an ihrer Stelle zu übernehmen. Der Grund hiervon beruhte mit darin, daß die Orts- und Staatsbehörden durch Einberufungen von Arbeitskräften geschwächt und mit einer solchen Menge von neuen Arbeiten belastet waren, daß sie zu einer eingehenden Bearbeitung der Kriegsbeschädigtenfürsorge außerstande waren. Trotzdem die gleichen Hinderungsgründe bei der Thür. Landesversicherungsanstalt vorlagen, entschloß sie sich doch im Interesse der Sache zur Übernahme der Fürsorge in Thüringen, weil sie die einzige Behörde war, deren Bezirk sich über mehrere Bundesstaaten erstreckte und ihr eine 25jährige Erfahrung in Renten- und Heilverfahren, auch eine nicht unbeträchtliche Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse des Bezirks verschafft hatte.

Die bedeutenden persönlichen Kosten der neu errichteten Geschäftsstelle für Kriegsinvalidenfürsorge wurden von der genannten Anstalt getragen, die außerdem zu Kriegswohlfahrtszwecken 2 500 000 Mark bereit stellte. Die weiteren nötigen Geldmittel kamen vom Reich, den Landesregierungen, ferner von Behörden und Verbänden.

Das Arbeitsfeld der Fürsorge erstreckte sich auf folgende Gebiete: Berufsberatung, Blindenfürsorge, Ausbildung der Kriegsverletzten, Arbeitsvermittlung, Siedelungs- und Kleinwohnungswesen, Dankes- und Ehrengaben an Witwen gefallener Kriegsteilnehmer.

Im Gegensatz zu den außerthüringischen Kriegsinvaliden-Fürsorgestellen glaubte die Geschäftsstelle in Weimar von der Errichtung von Orts- und Berufsberatungsausschüssen an den einzelnen Orten ihres Fürsorgebezirkes absehen zu können, da die Einwirkung einer geeigneten einzelnen Persönlichkeit auf den Kriegsverletzten erfolgversprechender erschien als die einer Kommission, eine Annahme, die sich auch später als berechtigt gezeigt hat.

Dagegen wurde in den Thüringischen Staaten ein Netz von Vertrauensmännern geschaffen und möglichst für jeden Amtsbezirk ein mit den wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnissen vertrauter und dazu befähigter Mann

gewonnen, der den auf Vermittelung von passender Arbeitsgelegenheit, oder, wenn der Zustand des Verletzten dies erforderlich machte, auf Überleitung in einen anderen Beruf gerichteten Bestrebungen der Sozialen Kriegsinvalidenfürsorge in Thüringen resp. deren Geschäftsstelle, der Thür. Landesversicherungsanstalt in Weimar, seine Unterstützung gewährte.

In dem Lande Coburg waren in dieser Weise tätig:

für den Stadt- und Amtsbezirk Coburg: Magistratsrat Tob. Quarck, als dessen späterer Nachfolger Kassier J. Stegner,
für die Stadt Neustadt: Bürgermeister Mosbach,
für den Amtsbezirk Neustadt-Land: Hauptlehrer Frank in Mönchröden,
für den Stadt- und Amtsbezirk Rodach: Bürgermeister Langner,
für den Amtsbezirk Sonnefeld: Pfarrer Greiner, Sonnefeld,
für den Amtsbezirk Königsberg: Superintendent Eppler, Königsberg.

Die vielseitige Tätigkeit der Vertrauensmänner schloß folgende Aufgaben in sich:

Es galt für sie, das Vertrauen der Verletzten oder Kranken zu gewinnen, bei ihnen neuen Mut und Zutrauen zu sich selbst zu wecken, ihre seitherigen wirtschaftlichen Verhältnisse kennen zu lernen, wegen Ergreifung eines neuen Berufes, soweit dies erforderlich war, zu beraten und zu helfen, andrerseits sie aber bei Hegung irriger Wünsche in geeigneter Weise aufzuklären. Aber nicht nur den bereits vom Militär entlassenen Kriegsbeschädigten, sondern auch den in den Lazaretten verpflegten Schwerverletzten galt ihre Fürsorge. Auch ihnen, im Notfall auch ihren Familien war mit Rat und Tat und durch Vermittelung von Beihilfen zur Hand zu gehen.

Die Aufgabe, die Kriegsbeschädigten wieder solcher Tätigkeit zuzuführen, wo sie wieder Lust und Liebe zur Arbeit, aber auch wieder Vertrauen zu sich selber und dem eigenen Können gewannen, barg freilich manche Schwierigkeit in sich. Vielfach trat bei ihnen das Bestreben hervor, den bisherigen Beruf, zu dessen Ausübung sie vielfach noch fähig waren, mit einem ihnen höher stehend und leichter erscheinenden zu vertauschen. So galt der schon überbesetzte Beruf eines kaufmännischen oder Büro-Angestellten, die Beschäftigung bei der Post oder Eisenbahn als höchst begehrenswert. Am anhänglichsten gegenüber ihrem seitherigen Beruf zeigten sich die kriegsbeschädigten Landwirte, die selbst bei schwereren Verletzungen ihre alte, ihnen ans Herz gewachsene Arbeit auf ihrer Scholle wieder aufnahmen.

Eine wesentliche, nicht von allen Landesfürsorgestellen gebotene Beihilfe schloß die Gewährung der von der Thüringer Fürsorgestelle gebotenen Dankes- und Ehrengaben an die Witwen gefallener oder an den Folgen ihrer Kriegsdienstleistung bis Ende März 1920 in der Heimat verstorbener Kriegsteilnehmer in sich. Bis Ende 1920 entfielen auf das Fürsorgegebiet 1 080 715 Mark, wovon auf das Land Coburg als verhältnismäßiger Anteil rund 64 000 Mark kamen.

Eine weitere, für bedürftige Kriegsbeschädigte hochwillkommene Beihilfe wurde von der Sozialen Kriegsinvalidenfürsorge in Thüringen durch Beschaffung einer

größeren Menge von wollenen Strümpfen geboten, deren kostenlose Abgabe an die Betreffenden wie auch an die im Lazarett befindlichen Verwundeten und zurückgekehrten Kriegsgefangenen erfolgte.

Auf Anregung des Staatsrats Dr. Quarck und des unter seinem Vorsitz stehenden Ausschusses wurde im Jahre 1915 durch Sammlungen im Lande Coburg eine zweite Stelle für Kriegsinvalidenfürsorge im Herzogtum Coburg geschaffen, die namentlich in Fällen, in denen eine rasche Beihilfe sich nötig machte und die Verhandlungen mit der Geschäftsstelle in Weimar nicht so schnell zum Ziele führen konnten, eine hoch willkommene schleunige Hilfe gewährte. Die Vorschläge für diese Verwilligungen hatten ebenfalls von den Coburger Vertrauensmännern der Sozialen Kriegsinvalidenfürsorge in Thüringen auszugehen oder waren von ihnen zu befürworten, die Durchführung dieser Aufgabe ging später auf die Amtliche Fürsorgestelle (s. u.) über.

Der den Kriegsteilnehmern in der verschiedensten Form durch die Ludendorff-Spende zufließenden Dankesgabe ist in einem besonderen, diese Spende behandelnden Kapitel dieses Buches gedacht.

Infolge der Reichsverordnung vom 8. Februar 1919 wurde seit Juli 1919 die seitherige Form der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge reichsgesetzlich dahin geregelt, daß sie für Land und Stadt Coburg durch das frühere Landratsamt, jetzige Bezirksamt, unter der Bezeichnung „Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebene im Freistaat Coburg" ausgeübt wird.

Die Überwachung dieser Fürsorgestelle und Verwaltung der Reichs- und Spendemittel wird durch die Thüringische Landesversicherungsanstalt in Weimar als Hauptfürsorgestelle erledigt.

Nach Abwickelung der noch in Schwebe befindlichen Fälle ging die vielseitige und arbeitsreiche Tätigkeit der Coburger Vertrauensmänner mit Errichtung der neuen Fürsorgestelle zu Ende.

### 3. Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebene.

Von Verwaltungs-Oberkommissär Karl Escher.

Neben die durch das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 geregelte Rentenversorgung tritt gemäß §§ 21 bis 23 des R. V. G. die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die sich zur Aufgabe macht, durch Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittelung und sonstige soziale Maßnahmen die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen dem Erwerbsleben wieder zuzuführen und die Folgen der erlittenen Dienstbeschädigung oder des Verlustes des Ernährers nach Möglichkeit zu überwinden oder zu mildern.

Diese Aufgabe, die für die Kriegsbeschädigten bisher dem am 16. September 1915 ins Leben gerufenen Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge, für die Kriegshinterbliebenen der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege

Gefallenen oblag, ist durch die Reichsverordnung vom 8. Februar 1919 unter Mitwirkung der Länder und Selbstverwaltungskörperschaften vom Reiche übernommen worden. Zu diesem Zwecke wurden vom Reiche beim Reichsarbeitsministerium der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge und bei den Ländern amtliche Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge, sowie amtliche Fürsorgestellen errichtet. Während für den Bezirk Coburg bis zum 31. Juli 1920 die Hauptfürsorgestelle Thüringen in Weimar zuständig war, kommt seit Einverleibung des Bezirkes Coburg in den Freistaat Bayern die Hauptfürsorgestelle Oberfranken in Bayreuth in Frage. Für den Bezirk Coburg wurde die amtliche Fürsorgestelle am 15. Juli 1919 eingerichtet.

Die soziale Fürsorge will den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen mit Rat und Tat behilflich sein, die wirtschaftlichen Folgen erlittener Dienstbeschädigung oder des Verlustes des Ernährers überwinden oder doch nach Möglichkeit mildern.

Gegenüber den Kriegsbeschädigten strebt sie an, diese, soweit es möglich ist, wieder erwerbsfähig zu machen und in das Wirtschaftsleben zurückzuführen, bei den Hinterbliebenen ist ihr Ziel,

> den Witwen die Fortführung ihres Hausstandes, sowie die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder tunlichst aus eigenen Kräften zu ermöglichen und den Waisen die Erlangung einer ihren Fähigkeiten angemessenen Lebensstellung zu sichern. Unter Beachtung der für das deutsche Volk allgemein eingetretenen Verschlechterung der Lebensbedingungen wird möglichst auf den Stand der Lebensverhältnisse Rücksicht genommen, auf dem die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen vorher gestanden haben, oder den zu erstreben sie nach Vorbildung, Ausbildung und Fähigkeiten berechtigt sind.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge umfaßt, entsprechend dem Ziel der Zurückführung oder Einführung der Kriegsbeschädigten in das wirtschaftliche Leben, vornehmlich Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittelung und Arbeitsbeschaffung, Mitwirkung bei Ansiedlung und Selbständigmachung, sowie Heilfürsorge.

Die Kriegshinterbliebenenfürsorge ist in erster Linie bestrebt, Selbsthilfe und Selbständigkeit der Kriegshinterbliebenen zu fördern. Ihre Maßnahmen richten sich daher darauf, den Gesundheitszustand und die Arbeitsfähigkeit der Hinterbliebenen zu heben, ihnen geeignete Berufsberatung und Berufsausbildung zu vermitteln, drückende Schuldverpflichtungen möglichst zu beseitigen und geeigneten Witwen die Ansiedlung auf dem Lande zu ermöglichen.

Weitere Aufgaben der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sind:

a) Beratung und Vermittelung bei der Erwirkung der gesetzlichen Versorgungsgebührnisse und der sie ergänzenden Zuwendungen aus Reichsmitteln, der Versorgung auf Grund der Sozialversicherung, sowie der Versorgung nach den Beamtengesetzen,

b) Beratung und Hilfeleistung in Fragen des Familien- und Erwerbslebens, insbesondere auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Fürsorge, der Kindererziehung und der Gesundheitsfürsorge, Rechtsberatung,
c) Erleichterung der Beschaffung von Kleidung und Arbeitsgerät,
d) die Förderung allgemeiner Einrichtungen, die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu gute kommen.

Die Amtliche Fürsorgestelle in Coburg ist in zwei Abteilungen eingeteilt, je eine für die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Der Amtlichen Fürsorgestelle steht ein Beirat zur Seite, der sich zusammensetzt aus: zwei Vertretern der Kriegsbeschädigten, einer Vertreterin der Kriegshinterbliebenen, zwei Vertretern der Arbeitgeber, zwei Vertretern der Arbeitnehmer, einem Arzt, zwei auf sozialem Gebiet erfahrenen Personen, einer in der Wohlfahrtspflege tätigen Frau und dem Leiter der Hauptvermittelungsstelle des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Die Wahlzeit des Beirates beträgt zwei Kalenderjahre.

Der Beirat hielt bis jetzt insgesamt 28 Sitzungen mit 951 Beratungsgegenständen ab. Den Vorsitz in den Beiratssitzungen hat der Leiter der Amtlichen Fürsorgestelle.

Die Feststellungen zu den einzelnen Fürsorgeanträgen wurden ursprünglich in der Stadt Coburg von den Beiratsmitgliedern und in den Städten Neustadt, Rodach und in den Landorten von Vertrauensmännern getroffen. Diese Einrichtung hat sich aber im Laufe der Zeit als unzureichend erwiesen, und so wurden denn zu diesen Arbeiten die bereits vorhandenen Gemeindeschwestern herangezogen. Aufgabe der Schwestern ist es u. a. auch, alle Kriegsbeschädigtenfamilien und Kriegerwitwen und Waisen in der gleichen Weise zu besuchen wie die übrigen hilfebedürftigen Bezirksangehörigen. Insbesondere berichten die Schwestern der Amtlichen Fürsorgestelle über gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden, Vernachlässigung oder gar Verwahrlosung der Kinder, abhilfebedürftige Wohnungsverhältnisse usw. Die wirtschaftliche Beratung der männlichen Fürsorgeberechtigten (z. B. auch der Kriegsblinden) gehört nicht zur Tätigkeit der Fürsorgerin, sie kann aber etwaige Wünsche der Fürsorgestelle zur weiteren Sachbehandlung übermitteln. Die dauernd hilflosen Kriegsbeschädigten, welche ständiger Wartung und Pflege bedürfen, werden von den Schwestern ständig überwacht. Die Tätigkeit der Schwestern hat sich nach den gemachten Wahrnehmungen durchaus bewährt. Durch Einrichtung von Kartotheken ist ihnen Gelegenheit gegeben, sich der Kriegsopfer besonders anzunehmen.

Die Berufsberatung der Kriegsbeschädigten nimmt das am 20. Oktober 1919 ins Leben gerufene Berufsamt in Coburg vor. Leiter des Berufsamtes ist der Geschäftsführer des Arbeitsnachweises, Stadtrat Wesselmann. Die Berufsberatung der Kriegsbeschädigten erfolgt in Kommissionssitzungen, zu denen vier Kriegsbeschädigte und der Leiter der Amtlichen Fürsorgestelle als Beisitzer zugezogen sind. Außerdem dienen zur Berufsberatung geeignete Sachverständige. Bis jetzt standen in 14 Sitzungen 194 Fälle zur Beratung.

Bei Überleitung der Kriegsbeschädigtenfürsorge durch die Hauptfürsorgestelle Weimar auf die Amtliche Fürsorgestelle Coburg am 15. Juli 1919 wurden insgesamt 293 Fürsorgefälle überwiesen.

Im Laufe der Zeit wurde die Amtliche Fürsorgestelle von 1441 weiteren Kriegsbeschädigten in Anspruch genommen, sodaß gegenwärtig 1734 Kriegsbeschädigte in Fürsorge stehen. Davon sind: Schwerkriegsbeschädigte (also über 50% erwerbsbeschränkt) 451, Leichtkriegsbeschädigte (also unter 50% erwerbsbeschränkt) 1283.

Der Nationalstiftung wurde auch nach der Verordnung vom 8. Februar 1919 das Recht eingeräumt, frei über ihre Mittel zu verfügen. Der Sonderausschuß der Nationalstiftung, dem der Leiter der Amtlichen Fürsorgestelle als Mitglied angehört, übt deshalb seine Fürsorgetätigkeit nach wie vor weiter aus. Die Übernahme der Akten der Nationalstiftung kam also nicht in Frage, und so mußte auch für die Kriegshinterbliebenen die von reichswegen angeordnete erweiterte Fürsorge durch die Amtliche Fürsorgestelle neu eingerichtet werden. Die Zahl der gegenwärtig in Fürsorge stehenden Kriegshinterbliebenen beläuft sich auf:

| | |
|---|---|
| Witwen . . . . | 1041 |
| Waisen . . . . | 1850 |
| Vollwaisen . . . | 99 |
| uneheliche Kinder | 115 |
| Kriegseltern . . . | 363 |
| zusammen also | 3468 Personen. |

Zur Ausübung der Fürsorgetätigkeit wurden seit Einrichtung der Fürsorgestelle insgesamt

| | | |
|---|---|---|
| aus Reichsmitteln . . . . . | 394 138.67 | Mark |
| aus der Volksspende . . . . . | 28 071.25 | „ |
| aus sonstigen freien Mitteln . . . | 67 561.87 | „ |
| zusammen also | 489 771.79 | Mark |

überwiesen.

Dieser Betrag ist wie folgt verwendet worden:

| | | |
|---|---|---|
| Für die Kriegsbeschädigten-Fürsorge . . | 188 541.04 | Mark |
| Für die Kriegshinterbliebenen-Fürsorge . | 205 350.60 | „ |
| Für Vorschüsse, Darlehen usw. . . . . | 29 883.23 | „ |
| Für Verwaltungskosten . . . . . | 47 814.86 | „ |
| zusammen | 471 589.73 | Mark |
| Am 1. Januar 1922 bleibt Kassebestand | 18 182.06 | Mark |
| und zwar an Bankguthaben | 5 966.64 | „ |
| an Waren | 12 215.42 | „ |

Während bei Einrichtung der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge nur Teilnehmer am Kriege von 1914/19 und deren Hinterbliebene in Frage kamen, sind seit Einführung des Altrentnergesetzes vom 18. Juli 1921 auch

Rentenempfänger und Hinterbliebene aus früheren Militärdienstzeiten in den Bereich der Fürsorgeberechtigten einbezogen worden. Dadurch wird sich die Zahl der Schützlinge in allernächster Zeit wesentlich erhöhen.

Die von den Kriegsopfern vorgebrachten Wünsche und Anträge werden zu Protokoll genommen, eingehend geprüft und den zuständigen Stellen zur Entscheidung vorgelegt. Die Amtliche Fürsorgestelle hat es sich zur Pflicht gemacht, sämtliche Eingänge sofort zu erledigen und insbesondere die Entscheidungen über Unterstützungs- usw. Anträge auf schnellstem Wege herbeizuführen, nur dadurch war bei der unendlich großen Zahl der Fürsorgeanträge die Aufrechterhaltung eines geordneten Geschäftsbetriebes möglich.

Um die Kriegsbeschädigten, die ihre früheren Berufe infolge ihrer Dienstbeschädigung nicht mehr ausüben konnten, in das Wirtschaftsleben zurückzuführen, machte sich, wie bereits erwähnt, in vielen Fällen eine Berufsberatung nötig. Nach vorgenommener Beratung erschien bei vielen Schwerbeschädigten eine berufliche Umbildung dringend geboten. So wurden z. B. verschiedene Schwerbeschädigte durch Teilnahme an einem kaufmännischen Ausbildungskursus für den Bürodienst, einige durch den Besuch der Baugewerkschule Coburg bezw. des Technikums Hildburghausen für den Technikerberuf, einige Schneider auf Schneiderakademien als Zuschneider, Bäcker in entsprechenden Fachschulen zu Konditoren und ein Blinder in der Blindenanstalt in Halle a. S. als Korbmacher umgebildet. Nach erfolgter Umbildung setzte sogleich die Arbeitsvermittelung ein, und so ist es der Amtlichen Fürsorgestelle schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen, auch geeignete Arbeitsstellen zu vermitteln. Im ganzen waren im Bezirk Coburg 126 arbeitslose Schwerkriegsbeschädigte vorhanden. Davon sind durch die Amtliche Fürsorgestelle bis jetzt 121 — darunter 3 Kriegsblinde — untergebracht worden. Für den Rest ist eine Arbeit kaum zu vermitteln, da es sich hierbei in der Hauptsache um völlig erwerbsunfähige, mit Lungentuberkulose behaftete Leute handelt. Bei der Unterbringung der Schwerbeschädigten, wozu auch die Unfallbeschädigten gehören, steht der Amtlichen Fürsorgestelle das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 5. April 1920 zur Seite. Trotz dieser gesetzlichen Bestimmungen waren jedoch bei der Unterbringung oft Schwierigkeiten zu überwinden, da sich viele Arbeitgeber von ihrer gesetzlichen und moralischen Verpflichtung nur schwer überzeugen ließen. In einem Falle mußte sogar der Schlichtungsausschuß angerufen werden, um die Einstellung zu erreichen. Dem größten Teil der untergebrachten Schwerkriegsbeschädigten wird trotz ihrer Beschädigung der tarifmäßige Lohn gezahlt. Die Schwerbeschädigten werden hinsichtlich ihrer beruflichen Versorgung seitens der Amtlichen Fürsorgestelle ständig überwacht, damit sie auch fernerhin ihrer Beschädigung entsprechend beschäftigt werden.

Bei der Ansiedlung hat die Amtliche Fürsorgestelle tatkräftig mitgewirkt, die Kriegsbeschädigten über die Bestimmungen des Kapitalabfindungsgesetzes genau unterrichtet und ihnen bei Durchführung der Abfindungsanträge hilfreiche Hand

geleistet. Von der Kapitalabfindung wird nach den gemachten Wahrnehmungen, hauptsächlich in letzter Zeit, rege Gebrauch gemacht.

Auch bei der Selbständigmachung von Kriegsbeschädigten hat sich die Amtliche Fürsorgestelle in einigen Fällen beteiligt. So wurden Beschädigten, die infolge ihres Rentenleidens nicht mehr in ein festes Arbeitsverhältnis treten konnten, aus Mitteln der sozialen Fürsorge Beihilfen und Darlehen zur Beschaffung von Handwerkszeug, wie Schneider- und Strickmaschinen, Arbeitsständern für Schuhmacher, Hobelbänken usw. für Tischler, gewährt.

Besonderes Augenmerk wird der Heilfürsorge zugewendet. Den innerlich Schwerbeschädigten, die nach Ansicht des Arztes bessere Kost haben müssen, diese aber von ihrem Einkommen nicht bestreiten können, werden laufende wöchentliche Beihilfen bewilligt, des weiteren werden die dauernd Siechen durch die Fürsorgerinnen ständig überwacht und in jeder Weise unterstützt. Zwei sieche Kriegsbeschädigte, denen es an der nötigen häuslichen Pflege fehlte, wurden im Laufe der Zeit in Erholungsheimen untergebracht, wo sie, wie die angestellten Ermittelungen ergaben, sehr gut versorgt sind. Ihrer Fürsorge wird trotzdem nach wie vor größtes Interesse entgegengebracht.

Bei den Hinterbliebenen wandte sich die Amtliche Fürsorgestelle bisher hauptsächlich der Gesundheitsfürsorge zu. So wurden bedürftigen Witwen, die nicht gegen Krankheit versichert waren, auf Antrag Beihilfen zu den Arzt- und Apothekerkosten bewilligt und ferner, wo es der Arzt ausdrücklich vorschrieb, besondere Beihilfen zur Beschaffung besserer Kost gegeben. Verschiedene besonders erholungsbedürftige Witwen wurden auf einige Zeit in das Erholungsheim Königsberg in Bayern aufgenommen, wo sie sich sehr gut erholten. Außerdem wurde den Witwen jederzeit Rat in allen vorkommenden Fragen erteilt, Vertretungen vor dem Gericht in Forderungs-, Miets- und anderen Streitigkeiten durchgeführt, ihnen Arbeit vermittelt usw. Auch bei der Selbständigmachung wurde in geeigneten Fällen mitgewirkt, Beihilfen und Darlehen zur Anschaffung von Arbeitsgeräten gegeben, Kosten für Beteiligung an Unterrichtskursen bewilligt und dergleichen.

Auch die Fürsorge für die Waisenkinder und Kinder bedürftiger Schwerkriegsbeschädigter wurde eifrig betrieben. Bei Krankheitsfällen wurden, sofern die Angehörigen nicht in der Krankenkasse versichert waren, auf Antrag die Arzt- und Apothekerkosten übernommen, besonders erholungsbedürftige Kinder auf 6 Wochen in das herrlich gelegene und gut ausgestattete Kindererholungsheim Wöllersdorf W. N. entsandt, von wo sie sehr gut erholt zurückkamen. Die mit Lungenkrankheit u. dergl. behafteten Kinder wurden anderen geeigneten Heilanstalten zugeführt oder ihnen in der Heimat durch die Fürsorgerinnen Solbäder usw. verabreicht. Des weiteren wurden in vielen Fällen fortlaufend wöchentliche Beihilfen zur Kostverbesserung gewährt. Die ordnungsmäßige Verabreichung der Kost wird nötigenfalls von den Fürsorgerinnen überwacht.

Bei der Durchführung der Heilfürsorge für die Kriegshinterbliebenen, die in keiner Krankenkasse sind, wurde der Vertrauensarzt der Amtlichen Fürsorgestelle,

Erholungsbedürftige Stadtkinder auf dem Lande
(Weißenbrunn v. W.)

Jugendwehr (Königsberg i. Fr.)

Jugendwehr (Coburg)

Medizinalrat Dr. Hartig, in Anspruch genommen, der den Kriegsopfern ein sehr warmes Herz entgegenbringt, und nach dessen Vorschlägen die weiteren Fürsorgemaßnahmen durchgeführt werden.

Ferner läßt es sich die amtliche Fürsorgestelle angelegen sein, den Kriegerwaisen, insbesondere den Vollwaisen, geeignete Lehrstellen zu vermitteln, bezw. sie in richtige Familienpflege zu bringen.

Eine wesentliche Belastung der Fürsorgestelle bedeutet die Beratung und Vermittelung bei der Erwirkung der gesetzlichen Versorgungsgebührnisse, zumal die Entscheidungen über die in Frage kommenden Anträge in den meisten Fällen sehr lange auf sich warten lassen. Es machen sich, da die Kriegsopfer ständig auf Erledigung drängen, fortwährend Erinnerungen nötig, die den Dienstbetrieb selbstverständlich wesentlich erschweren. Ferner ist durch die infolge Einführung des Reichsversorgungsgesetzes nötig gewordene Umanerkennung sämtlicher Versorgungsgebührnisse eine wesentliche Mehrarbeit eingetreten. Vielen Kriegsbeschädigten wird die Rente nach den neuen Anhaltspunkten für die Beurteilung der Minderung der Erwerbsfähigkeit nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 oder infolge eingetretener Besserung ihres Gesundheitszustandes gekürzt, was oft große Erregung unter den Kriegsopfern hervorruft und zu Berufungen führt, die größtenteils bei der Amtlichen Fürsorgestelle entgegengenommen und durch den Leiter derselben bei den Versorgungsgerichten vertreten werden müssen. Die für die vorläufige Umanerkennung der Hinterbliebenengebührnisse nötigen Vorarbeiten wurden restlos durch die Amtliche Fürsorgestelle durchgeführt. Zur Herbeiführung der endgiltigen Umanerkennung sind neue, umfangreiche Fragebogen vorgeschrieben, die von den Vorsorgungsämtern sämtlich den Fürsorgestellen zur Ausfüllung und Beibringung der nötigen Unterlagen übersandt werden. Auch bei Zahlbarmachung der neuen Renten begegnet man den größten Schwierigkeiten. Wenn auch der größte Teil der Hinterbliebenen wohl vorläufig umanerkannt ist und die Nachzahlung mit dem 25%igen Teuerungszuschlag erhalten hat, so steht jetzt die infolge Erhöhung des Teuerungszuschlages von 25 auf 35% ab 1. Januar 1921 angefallene Nachzahlung in den meisten Fällen noch aus. Dazu kommt neuerdings die durch die neue Ortsklasseneinteilung für viele Orte bedingte Nachzahlung vom 1. April 1920 ab.

Vor kurzem wurde den Fürsorgestellen die Auszahlung der vom 1. Oktober 1921 ab bewilligten erhöhten laufenden Teuerungszuschläge übertragen. Wenn auch der Amtlichen Fürsorgestelle hierdurch eine erhebliche Mehrarbeit entstand, so war es doch am Schlusse des Jahres 1921 eine große Befriedigung, die Auszahlung in verhältnismäßig kurzer Zeit durchgeführt, insbesondere den größten Teil der in Frage kommenden bedürftigen Kriegsopfer noch vor Weihnachten in den Besitz der Zuschläge gebracht zu haben, obwohl die entsprechenden Bestimmungen erst kurz vordem in Kraft getreten und eingegangen waren. Es muß allerdings zugegeben werden, daß die Amtliche Fürsorgestelle ihr Ziel nur unter größter Anspannung der Beamten

und Angestellten, die sich die Not der Kriegsopfer allezeit vor Augen halten, erreichen konnte.

Außer Barunterstützungen wurden den Kriegsopfern auch fortwährend Sachzuwendungen gemacht. Die bedürftigsten Kriegsbeschädigten erhielten verschiedentlich Arbeitskleidung, Wintermäntel, Schuhe, die Waisenkinder und Kinder der bedürftigsten Schwerkriegsbeschädigten Anzüge und Schuhwerk. Ferner wurden seit Bestehen der Amtlichen Fürsorgestelle vielfach Lebensmittel, wie Erbsen, Kartoffeln, Butter usw. zu verbilligtem Preise ausgegeben. Besonders verdient die von der Amtlichen Fürsorgestelle im Jahre 1920 für die Kriegsopfer durchgeführte Kartoffelbeschaffung erwähnt zu werden. Es wurden damals von den Coburger Landwirten insgesamt 904 Zentner abgeliefert, davon ein größerer Teil kostenlos, sodaß nach der Gesamtberechnung der Zentner für 12 Mark abgegeben werden konnte. Insgesamt wurden hiervon 540 bedürftige Kriegsopfer bedacht. In diesem Jahre wurde die Kartoffelbeschaffung vom Bauernverein für sämtliche bedürftige Verbraucher durchgeführt. Das Gesamtergebnis für alle Minderbemittelten betrug 1700 Zentner. Hiervon wurden der Amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsopfer 950 Zentner zur Verfügung gestellt, die in den letzten Wochen besonders bedürftige Kriegsopfer nach einem bestimmten Verteilungsmodus erhielten.

Nach den gemachten Wahrnehmungen hat sich die freie Liebestätigkeit (s. „Die freie Wohlfahrtspflege") im Bezirk Coburg den Kriegsopfern erfreulicherweise mit großem Interesse zugewendet, was insbesondere aus der jüngst stattgefundenen Landessammlung „Kriegerhilfe" hervorging, die bis jetzt insgesamt 44054 Mark einbrachte. Auch das Hof- bezw. Landestheater hat sich wiederholt und mit namhaftem Erfolg in den Dienst der Fürsorge für die Kriegsopfer gestellt. Den Spendern und Förderern sämtlicher Sammlungen gebührt auch an dieser Stelle herzlichster Dank. Mögen sich auch in Zukunft Herzen finden, die von der Notlage des größten Teiles der Kriegsopfer überzeugt sind und demgemäß dazu beitragen, das Los der durch den unglücklichen Krieg am schwersten Heimgesuchten zu erleichtern.

## Arbeitsmarkt, Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweis und Berufsamt.

Von Stadtrat W. Wesselmann.

Der gewerbliche Arbeitsmarkt hatte in den ersten Monaten des Jahres 1914 eine kleine Besserung aufzuweisen, während die mit dem Auslande arbeitenden Firmen nur geringe Aufträge hatten. Im Juli machte sich neben teilweiser geringer Besserung ein scharfer Rückgang bemerkbar, verursacht durch die unruhige politische Lage und gegen Ende des Monats verstärkt durch den drohenden Kriegsausbruch. Infolge der Mobilmachung erfuhr in der ersten Hälfte des Monats August der Beschäftigungsgrad, insbesondere in den Industrien, die mehr oder weniger für die Ausfuhr arbeiteten und Luxusgegenstände herstellten, eine starke Senkung. Während

in den ersten Monaten 1914 durchschnittlich 75—80 Arbeitslose gezählt wurden, stieg diese Zahl im Monat August auf 417. In der Porzellan-Industrie trat vollständige Stockung ein, während die Holzbearbeitungsbetriebe (Schreiner und Korbmacher), sowie die Metallindustrie eine vorübergehende schwache Beschäftigung aufwiesen. Die Umstellung der verschiedenen Branchen zur Herstellung von Rüstungsarbeiten änderte bereits im September die Arbeitsmarktlage trotz der verstärkten Einberufung zum Heere vollkommen. Es wurden nur noch 150, im Dezember 1914 nur noch 28 Arbeitslose gezählt. In den Jahren 1915 bis Ende 1918 war infolge der Zunahme der Heeresaufträge eine gute Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden, sodaß sich ein erheblicher Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und den Maschinenfabriken bemerkbar machte. Das im Jahre 1916 erschienene Gesetz über „Vaterländischen Hilfsdienst" mußte in vielen Fällen die für die Rüstungsindustrie erforderlichen Arbeitskräfte beschaffen.

Die Herbeiführung des Waffenstillstandes und die damit einsetzende Stilllegung der Rüstungsindustrie änderten die Arbeitsmarktlage vollkommen. Es wurden im Januar 1919 1151, im Februar 1109 Erwerbslose gezählt. Im Dezember 1919 wies der niedrigste Stand der Erwerbslosigkeit 301, der höchste Stand im August 1920 907, im Monat April 192 Arbeitslose auf. Im Jahre 1921 wurde die größte Erwerbslosigkeit im Monat Februar mit 735 Personen festgestellt. Die Frauen sind an diesen Ziffern mit ca. 25 % beteiligt.

Die schlechte Lage des Arbeitsmarktes veranlaßte die Stadtverwaltung Coburg, im Jahre 1914 verschiedene Notstandsarbeiten bereitzustellen. U. a. gehörten dazu die Planierungsarbeiten auf den Plattenäckern, Flußbettreinigung der Itz und Kiesgewinnung, Kanalisation und Ausbau von Straßen.

Diese Arbeiten wurden mit Rücksicht auf die rasch abnehmende Arbeitslosigkeit nur zum Teil durchgeführt. Der von der Eisenbahndirektion in Erfurt in Aussicht genommene weitere Umbau des Bahnhofes unterblieb aus demselben Grunde und aus Materialmangel. Der Umbau der Bezirksstraße nach Ahorn wurde während der ersten Kriegsjahre durchgeführt.

Größere Notstandsarbeiten machten sich erst in den Nachkriegsjahren 1920 und 1921 nötig. Neben größerer Sandentnahme aus dem Itzflußbett, dem Abbruch von Gebäuden der ehemaligen Vereinsbrauerei, Steinbrucharbeiten und der Geradlegung des Hahnflußbettes wurde auch der Aus- und Neubau von Wohnungen durch die Stadtverwaltung betrieben.

Vom Monat März 1921 ab war die heimische Korb-, Holz- und Metallindustrie gut beschäftigt. Auch die Porzellanindustrie hatte einen Aufschwung zu verzeichnen.

Durch Magistratsbeschluß wurden im September 1914 Mittel zur Unterstützung von Arbeitslosen zur Verfügung gestellt. Bis zum 15. Januar 1916 waren insgesamt 400 Unterstützungs-Anträge eingelaufen. Verausgabt wurden bis Kriegsende rund 30 000 Mark. Die Kosten wurden je zu 1/3 von der Stadt, dem Lande und dem Reiche getragen. Die Reichsverordnung vom 13. November 1918 über

Erwerbslosen-Fürsorge regelte das Unterstützungswesen neu und setzte das seitherige System außer Kraft.

Die wirtschaftliche Depression stellte erhebliche Anforderungen an die Fürsorge. So wurden bis Ende 1921 867 197.61 Mark für Erwerbslosenfürsorge aufgewandt. Von dieser Summe müssen 144 532.60 Mark von der Stadt Coburg getragen werden.

Der Arbeitsnachweis war bis zum 15. Dezember 1918 mit der Volksauskunftstelle verbunden. Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse machten seine Abtrennung und seinen weiteren Ausbau notwendig. Die Zurückführung der Heere und der damit verbundene große Andrang von Arbeitsuchenden ist am deutlichsten aus folgenden Ziffern ersichtlich.

| | Zahl der offenen Stellen | Zahl der Arbeitsuchenden |
|---|---|---|
| 1914/15 | 779 | 1293 |
| 1915/16 | 13 | 91 |
| 1916/17 | 3 | 104 |
| 1917/18 | 79 | 187 |
| 1918/19 | 952 | 1387 |
| 1919 20 | 2583 | 2490 |
| 1920/21 | 5456 | 5877 |

Im Jahre 1921/22 war der Geschäftsgang ein besserer, sodaß die Frequenz des Arbeitsnachweises gegenüber 1920/21 etwas zurückging. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, sind neuerliche wirtschaftliche Erschütterungen zu erwarten, sodaß die Nachwirkungen des Krieges in absehbarer Zeit wieder stärker in Erscheinung treten dürften.

Im Anschluß an den Arbeitsnachweis für Sachsen-Coburg wurde im Jahre 1919 eine Berufsberatungsstelle (Berufsamt) errichtet. Der Zweck dieser Einrichtung war, sowohl den neu ins Erwerbsleben eintretenden jungen Menschen als auch jenen, die durch irgendwelche Ursachen zu einem Berufswechsel gezwungen wurden, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Eine vollkommen veränderte Wirtschaftslage macht eine planmäßige Auswahl der Lehrstellen für Schulentlassene notwendig, die Wirkungen des Krieges veranlassen jedoch auch ältere Personen beiderlei Geschlechts zu einem Berufswechsel. Die Inanspruchnahme des Berufsamtes ist eine rege, seine Einrichtung wird dankbar empfunden. Bis jetzt wurden allein 194 Gutachten für Kriegsbeschädigte an behördliche Stellen abgegeben.

## Die freie Kriegswohlfahrtspflege.

Vom Herausgeber.

Wie in anderen deutschen Landen war auch in unserem Heimatgebiet die freie Wohlfahrtspflege während der ganzen Kriegszeit äußerst rege. Ihre Sorge galt mit der gleichen Liebe den Kämpfern an der Front wie den Daheimgebliebenen, den Trauernden, den Sorgenden, den Notleidenden. Jeder der in diesem Buche enthaltenen Abschnitte gibt Zeugnis von einer umfassenden, unermüdlichen, im Geiste rechter Vaterlandsliebe geleisteten Heimat-Kriegsarbeit. Nach Hunderten und

Tausenden zählen sie, die unaufhörlich schafften und sorgten, spendeten und opferten, deren Riesenarbeit zahlenmäßig überhaupt nicht erfaßt werden kann.

Nur auf die bedeutsamsten, bisher noch nicht beachteten Leistungen der freien Wohlfahrtspflege sei hier hingewiesen.

In den Dienst der rat- und fürsorgeheischenden weiblichen Jugend stellte sich der unter der Frau Geh. Staatsrat Anna Baudler stehende Verein der Freundinnen junger Mädchen,*) der schon Ende August 1914 mit seiner Kriegsarbeit einsetzte. Eine Anzahl Freundinnen widmete sich der Arbeit, darunter besonders Fräulein Sophie von Passavant, Fräulein Toni und Klara Sckerl, Frau Schulrat Otto, Frau Elise Oertel, Frau Direktor Heumann und Fräulein Ottilie Girtanner. Die Ehrenvorsitzende, Frau Infantin Beatrice von Orleans-Bourbon, und Frau Herzogin-Witwe gewährten dem Verein reiche Unterstützung. Zunächst galt seine Fürsorge einigen jungen Coburgerinnen, die in Frankreich und in der Schweiz zurückgehalten wurden. Er vermittelte den besorgten Eltern wiederholt Berichte über das Ergehen ihrer Töchter und trug schließlich zu deren endgiltiger Befreiung bei.

Den gerade zu Anfang des Krieges zahlreichen erwerbslos gewordenen jungen Mädchen brachte der Verein — wenn auch zunächst mit geringer Entlohnung — Beschäftigung, die durch eine Beratungsstelle vermittelt wurde. Zu weiterer Hilfe wurde eine Nähstube eingerichtet, in der junge Mädchen in weiblichen Handfertigkeiten Belehrung und zugleich Verdienst fanden. Um das dabei zu Tage tretende starke Arbeitsbedürfnis zu befriedigen, wandte sich der Verein der Freundinnen junger Mädchen an das Bekleidungsamt des 11. Armeekorps in Cassel mit der Bitte um Zuweisung von Arbeitsaufträgen. Zunächst wurden dem Verein monatliche Lieferungen von handgestrickten Strümpfen**) übertragen, später erfolgten Bestellungen auf Soldatenhemden, Unterhosen, Wollhandschuhe usw. Damit war die Arbeit so gewachsen, daß sie zum Teil als Heimarbeit vergeben werden mußte.

Es wurden von Oktober 1914 bis Februar 1915 angefertigt:

6501 Paar Strümpfe von 500 Frauen, ord. Arbeitslohn . . . . . 3250 Mark,

von Januar 1915 bis April 1916:

3040 Soldatenhemden von 90—130 Frauen u. Mädchen, ord. Arbeitsl. 1572 „

3000 Unterhosen „ 90—130 „ „ „ „ „ 2150 „

4000 Handschuhe „ 90—130 „ „ „ „ „ 1150 „

Für diesen Arbeitsbetrieb hatte der Magistrat dem Verein ein Darlehen von 3000 Mark unverzinslich zur Verfügung gestellt.

Nachdem im Frühjahr 1916 der Kriegshilfsausschuß, dem nunmehr alle Kriegsaufträge zugeteilt wurden, seine Tätigkeit eröffnet hatte, schloß der Verein der Freundinnen junger Mädchen seine Lieferungen für das 11. Armeekorps ab. Frau Anna Baudler trat in den Vorstand des Hilfsausschusses ein und übernahm

*) Nach einem Bericht der Frau Anna Baudler.

**) Für das Paar Strümpfe (einschließlich Wolle) wurden 2,20 Mark bezahlt.

die Leitung der von nun an viel ausgedehnteren Arbeitsausgabe an Frauen und Mädchen. Hierbei fielen auch dem Verein umfangreiche Aufträge zu, u. a. die Anfertigung von 70000 Schutzkappen, ferner Ausbesserungsarbeiten für die Reinigungs- und Ausbesserungsstelle für Militärwäsche in Neustadt.

Als im Winter 1916/17 die große Stiefelnot eintrat, richtete der Verein eine Anfertigungs- und Verkaufsstelle für billige Holzschuhe nach Schweizer Muster ein, die ungefähr 3000 Paar Schuhe umsetzte.

In seinem Heim gewährte der Verein während des ganzen Krieges jungen Flüchtlingen freie Aufnahme und Verpflegung, auch kriegstätigen jungen Mädchen wurde diese Wohltat gegen mäßige Vergütung gewährt.

Endlich sei noch der von demselben Verein eingesetzten Bahnhofsmission gedacht, die sich im Kriege nicht mit den aus der Friedenszeit gewohnten Dienstleistungen begnügte, sondern auch — namentlich zu Anfang des Krieges — bei Heimbeförderung junger Mädchen und zu Ende des Krieges bei Entlassung der Fabrikarbeiterinnen ihre Dienste leistete.

Der Frauenverein*) erfüllte während der Kriegszeit unter der tatkräftigen Leitung der Frau Elise Hülbig auf's treueste seine vaterländische Pflicht.

Schon am 28. Januar 1913 hatte er in Voraussicht der kommenden Ereignisse folgenden Beschluß gefaßt:

„Im Fall eines Krieges wird der Frauenverein getreu seiner Tradition mit allen Kräften für das Vaterland wirken. Der Unterricht hört auf, bloß die ständigen Unterstützungen und Hausmietbeiträge werden weiter gezahlt. Außerordentliche Unterstützungen werden in der Hauptsache für Frauen und Kinder ausmarschierter Krieger verwilligt werden. Der Frauenverein wird sich der allgemeinen Fürsorge anschließen und durch seinen Geschäftsführer mit Exzellenz von Wittken in Verbindung treten, um über die Ausgaben, die vom Frauenverein im Kriegsfall geleistet werden können, zu beraten."

Als dann der Krieg ausgebrochen war, hat der Frauenverein, was er voraussehend beschlossen hatte, nach jeder Richtung hin durchgeführt. Bei Beginn des Krieges 1914 lieferte er dem Roten Kreuz:

| | |
|---|---|
| 150 wollene Hemden, | 150 Kopfschützer |
| 150 Paar Socken, | 150 Paar Pulswärmer, |
| 150 wollene Leibbinden, | 150 wollene Unterhosen. |

Der Frauenverein erließ sofort einen Aufruf in den hiesigen Zeitungen, worin er um Wäsche, Wollwaren, Wolle und Geld bat. Er hatte guten Erfolg, denn es gingen reichlich Gaben ein. Er beschäftigte viele arbeitslose Frauen mit Wäschenähen und Strümpfestricken.

Am 7. September wurde die erste Sendung ins Feld geschickt, deren von Zeit zu Zeit neue folgten. Im ganzen hat der Frauenverein folgendes versandt:

*) Siehe Jubiläumsbericht des Frauenvereins, von Dr. H. Stoll.

| | |
|---|---|
| 822 Hemden, | 24 Handtücher, |
| 1527 Paar Strümpfe, | 181 Taschentücher, |
| 69 Beinkleider, | 1 wollene Decke, |
| 181 wollene Jacken, | 5 Paar Handschuhe, |
| 305 Paar Pulswärmer, | 236 Tafeln Schokolade, |
| 259 Leibbinden, | 88 Paket Cakes, |
| 22 Schals, | 2600 Zigarren, |
| 148 Kopfschützer, | 3 Mundharmonikas, |

Fußlappen, Bücher, Zigaretten, Tabak und Seife.

Von Ende September 1916 an arbeiteten die meisten Damen des Vorstandes beim Kriegshilfsausschuß, der den Zweck hatte, die Arbeitslosigkeit der Frauen zu bekämpfen. Es wurden Näharbeiten der verschiedensten Art vergeben. Im Winter gründete der Vorstand des Frauenvereins einen Nähabend für Kriegerfrauen. Der Unterricht wurde unentgeltlich erteilt.

Der Alexandrinen-Diakonissen-Verein für Armen- und Krankenpflege, von Frau Hofbankier Schraidt mit Hingebung geleitet, entfaltete eine besonders rege Tätigkeit im Dienste der Kriegsfürsorge. Durch rastlose Arbeit seiner Mitglieder war er in der Lage, der Heeresverwaltung eine erstaunlich große Menge von Kleidungsstücken für die Frontkämpfer zur Verfügung zu stellen. Im ganzen wurden versandt: 721 Hemden, 1495 Paar Unterbeinkleider, 45 Paar Unterjacken, 65 Taschentücher, 5340 Halsbinden, 1797 Paar Müffchen, 1400 Paar Fußlappen, 196 Leibbinden, 2335 Paar Strümpfe, 175 Kopfhauben, 47 Paar Handschuhe, 60 Paar Kniewärmer, 36 gestrickte Jacken, 50 Schals, 12 Handtücher, 500 Stück Zigarren, 18 Dutzend Armbinden, außerdem Brustwärmer Ohrenschützer, Nähtaschen, Waschlappen usw.

Besonders heimatloser Soldaten nahm sich der Alexandrinen-Diakonissen-Verein an, denen regelmäßig zu Weihnachten Liebesgabenpakete übermittelt wurden.

Der Gemeindepflege stellte der Verein 3 seiner Schwestern zur Verfügung, die durch Hausbesuche, Nachtwachen, aber auch durch Übermittelung materieller Unterstützungen reichen Segen stifteten. Im Dienste der Lungenfürsorge arbeitete 1 Diakonisse, welche dem Arzte in der Sprechstunde Hilfe leistete und dessen Anordnungen bei Hausbesuchen überwachte und durchführte.

Unter Leitung des späteren Bezirksarztes Dr. Hönisch, während dessen Kriegsabwesenheit Sanitätsrat Dr. Ludloff die Vertretung übernahm, wurde mit Hilfe einer Diakonisse eine Säuglingskrippe unterhalten, die täglich bis zu 30 Kinder aufnahm. In einem Kinderhort wurden unter Leitung einer Kindergärtnerin täglich bis zu 40 Kinder durch Schul- und Handarbeit und bei Spiel in Haus und Garten beschäftigt. Jedem Kinde wurde täglich Milchkaffee mit Brot gereicht. In den letzten Kriegsjahren ließ der Alexandrinen-Diakonissen-Verein während je 4 Wochen skrophulösen Kindern stärkende Solbäder zu teil werden, durch die, zumal noch kräftige Kost verabreicht wurde, wesentliche Gewichtszunahmen (bis zu 5 Pfund) erzielt wurden.

Neben der Einrichtung einer 2. Volksküche (siehe Bericht der Coburger Stadtverwaltung) ließ sich derselbe Verein die Ausgestaltung eines Freitisches für bedürftige Kinder (namentlich von Kriegsteilnehmern) angelegen sein, an dem täglich 125—140 Kinder Platz nahmen. — Für die Wöchnerinnenfürsorge des Marienvereins lieferte er Suppe und abgekochte Milch.

Auch in den Dienst der Jugendpflege stellte sich der Alexandrinen-Diakonissen-Verein, indem er in den Wintermonaten Jungfrauenabende einrichtete, bei denen die Teilnehmerinnen unter Leitung der Schwestern sich mit nützlichen Handarbeiten beschäftigten. Zeitweilige Kurse für Kriegerfrauen und junge Mädchen für Unterricht in der Schusterei (Selbstanfertigung von Schuhen für den eignen Bedarf) erwiesen sich angesichts der großen Schuhnot als besonders segensreich.

Diese umfassende Leistung im Dienste der Kriegsfürsorge erforderte natürlich auch reiche Mittel, zu denen Behörden und Wohltäter und nicht zuletzt unser Fürstenhaus namhaft beitrugen.

Infolge Anregung durch die Kriegsamtsstelle war in Coburg, unterstützt von den Behörden und dem Frauenverein, auch eine Kriegsfürsorgestelle errichtet worden, die sich hauptsächlich der Fabrikpflege und der Berufsberatung von weiblichen Personen widmete. Fräulein Sophie Heil war ihre uneigennützige Leiterin.

In der Kriegswohlfahrtspflege beteiligte sich lebhaft auch die Ortsgruppe Coburg des Flottenbundes deutscher Frauen. Dank eifriger Sammeltätigkeit konnte sie den Kämpfern auf der See manche Liebesgabe übermitteln.

Unsere heimischen Männervereinigungen wurden Mittelpunkte einer rührigen Kriegswohlfahrtspflege. Die Krieger-, Gesang- und Turnvereine in Stadt und Land wurden nicht müde, ihre im Felde und in der Etappe wachenden Mitglieder durch Zeichen ihrer Liebe und Dankbarkeit zu erfreuen. Abertausende von Feldpostpaketchen, gefüllt mit praktischen, im Felde sehr begehrten kleinen Geschenken, wanderten hinaus zu den unermüdlichen Kämpfern, während sich in den heimischen Vereinsarchiven zu vielen Tausenden die Karten und Briefe aus dem Felde aufstapelten, in denen die Dankbarkeit und Freude der Empfänger oft rührenden Ausdruck gefunden hat. Vor allem die Turnvereine in Stadt und Land dürfen sich in diesem Dankbuch der Heimat mit besonderem Stolze nennen, weil sie dem Vaterlande die besten unter den Verteidigern gestellt haben. Freilich haben sie auch die schwersten Opfer gebracht. Von den aus den hiesigen Turnvereinen ins Feld gezogenen Mitgliedern haben über 160 ihre Liebe zum Vaterlande mit dem Tode besiegelt.

Unvergessen sei auch den Turnvereinen ihr unermüdliches Bestreben, in der Heimat den Geist vaterländischen Opfersinns und vaterländischer Treue zu stärken und zu erhalten. Dazu trugen vor allem die „Kriegsabende" bei, wo die Grüße der Feldzugteilnehmer zur Verlesung gebracht und erwidert wurden, wo die „Ur-

lauber" Gelegenheit fanden, den Daheimgebliebenen anschauliche Bilder von dem Kämpfen und Treiben an der Front und in der Etappe darzubieten, und wo durch manchen ernsten und gehaltvollen Vortrag Trauernde getröstet, Zagende ermutigt und Wankende aufgerichtet wurden.

Ebenso stellten die Gesangvereine ihre Kunst und ihr Können in den Dienst der großen vaterländischen Aufgabe, sie haben durch Veranstaltung von Konzerten und durch gesangliche Ausgestaltung vaterländischer Unternehmungen manche namhafte Summe zu dem großen Werke der Kriegswohlfahrtspflege beigetragen.

Nicht unerwähnt darf auch die hiesige Loge Ernst für Wahrheit, Freundschaft und Recht bleiben, die nicht nur manchen Soldaten mit wärmender Kleidung und stärkender Liebesgabe bedacht hat, sondern vor allem in der Heimat eine stille, segensreiche Fürsorgetätigkeit entfaltete.

Auch der coburgische Landesverband des Deutschen Flottenvereins unternahm unter der tatkräftigen Leitung seines Geschäftsführers, Rendant Trotz, dem das Juwelier Birnstiel'sche Ehepaar unermüdlich helfend zur Seite stand, eine erfolgreiche Sammeltätigkeit zugunsten der aus dem Herzogtum Coburg stammenden Marinemannschaften (etwa 150 an der Zahl), seine Fürsorge erstreckte sich bis nach Japan, wo Coburger Heldenkämpfer*) von Tsingtau in Gefangenschaft schmachteten.

In der Wintertagung des Reichstags 1916/17 wurde der Wunsch ausgesprochen, daß in Deutschland zugunsten der U-Boot-Besatzungen und anderer Marineangehörigen, die ähnlichen Gefahren ausgesetzt seien, eine Sammlung stattfinden möge. Dieser Gedanke fand im ganzen deutschen Volke lauten Beifall.

In Coburg waren bereits, noch ehe eine Aufforderung erging, in der Sammelstelle des Flottenvereins Spenden für unsere U-Boot-Leute eingegangen.

Alsbald bildete sich auf den Ruf des Staatsrats Dr. Quarck ein Landesausschuß, der einem unter dem Vorsitz von Exzellenz von Lessel eingesetzten Arbeitsausschuß die Aufgabe übertrug, durch geeignete Veranstaltungen die Bevölkerung im Dienste der U-Boot-Spende zu mobilisieren. Haus- und Straßensammlungen, bei denen wiederum die Jugend sich freudig und unermüdlich betätigte, ferner ein von Kapellmeister Fichtner mit starkem Erfolg durchgeführter „Bunter Abend", eine Sachen-Lotterie und andere Veranstaltungen führten im Verein mit der von den Geistlichen und Lehrern des Landes veranstalteten Sammlung zu einem überraschend hohen Ergebnis. Über 37 000 Mark konnten durch den auch hier wieder vortrefflich bewährten Schatzmeister, Rendant Trotz, dem Reichsausschuß für die U-Boot-Spende übergeben werden.

*) Ihre Namen sind: Ernst Bauer, Albert Fenzel, J. Gleichmann, Alex. Hampe, Otto Hauck, Gefr. Heim, Franz Hopf, R. Johnson, Ernst Knauer, Eduard Leipold, G. Müller, Hugo Ponsel, Felix Schmidt, W. Uhlenhut, Hans Schwamm, Karl Rudolf und Adolf Behr.

Der 70. Geburtstag des Siegers von Tannenberg, der 12. Oktober 1917, gab Veranlassung zur Bildung eines Reichsausschusses in Berlin, der die Veranstaltung örtlicher vaterländischer Feiern anläßlich des Geburtstagsjubiläums Hindenburgs anregte. Gleichzeitig wurde zur Einleitung einer Sammlung für eine Ehrengabe an den Nationalhelden zwecks Verwendung für Kriegsgefangenen-Fürsorge und Soldatenheim-Arbeit aufgefordert. Für das Herzogtum Coburg übernahm Schriftleiter Lorenz die Bildung eines Landes-Ausschusses, der durch Veranstaltung einer großen, durch freiwillige Gaben reich ausgestatteten Sachenlotterie, durch Haussammlungen, Lichtspielvorführungen und durch Blumen- und Postkartenverkauf die stattliche Summe von 32 158 Mark zusammentrug.

Für das wichtige Gebiet der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten war auf Anregung des Staatsministeriums bereits 1916 durch Gründung eines Landesausschusses für Kriegsinvalidenfürsorge Vorsorge getroffen worden. Über 40000 Mark waren bald in der Hand des rührigen Kassiers (Privatier Oskar Schmidt) und halfen manche Not lindern.

Als 1918 der Ruf zur Ludendorff-Spende mit dem gleichen Ziel durch das Reich ging, stellte sich auch unsere Heimat erneut in den Dienst dieses Gedankens. Der um die heimatliche Kriegswohlfahrtspflege hochverdiente Leiter des Ortsausschusses, Tobias Quarck, berichtet hierüber:*)

Der Gedanke zur Errichtung der Ludendorff-Spende entstand im Frühjahr 1918, zu einer Zeit, als Deutschland seinen schwersten Kampf kämpfte und das Ringen zu Ende drängte: Tausende der Kämpfer in Heer und Flotte waren zurückgekehrt, die Glieder verstümmelt, die Gesundheit erschüttert. Ihre Kraft dem deutschen Wirtschaftsleben zurückzugewinnen, ihre Zukunft zu sichern, war Dankespflicht der Heimat.

Das Reich sollte in Erfüllung seiner Pflicht der Versorgung der Kriegsbeschädigten keinesfalls durch eine allgemeine Sammlung entlastet werden, aber wo durch die gesetzliche Regelung der Rentenfrage nicht so rasch geholfen werden konnte, wie es dem vaterländischen und sozialen Empfinden entsprach, mußte zur Abwendung bitterer Not und Verzweiflung schnellstens durch freiwillige Liebestätigkeit durch die bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge geholfen werden.

Die Leitung der Sammlungen in Deutschland lag in den Händen des Zentral-Ausschusses für Kriegsinvalidenfürsorge in Berlin, während die in den Thüringischen Staaten durch die Unterstelle, die Landesversicherungsanstalt für Thüringen in Weimar, besorgt wurde.

Auf deren Anregung bildete sich in Coburg wie in allen Städten Thüringens ein aus den breitesten Schichten der Bevölkerung hervorgegangener Ortsausschuß von ungefähr 40 Damen und Herren unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters Hirschfeld. Neben diesem Ortsausschuß besorgte ein aus sechs Mitgliedern, und zwar

*) Der Bericht spiegelt das Verfahren wieder, das sich bei Gelegenheit der häufigen Sammlungen erneute. Wir geben ihm deshalb ungekürzt Raum.

T. Quarck als Vorsitzenden, den Kommerzienräten L. Mönch und Leh, dem Maurer B. Baudler, Frau Amtsgerichtsrat Stoll und dem Oberrealschullehrer K. Schumann, bestehender Arbeitsausschuß die laufenden Geschäfte und die Erledigung der zu gunsten der Ludendorff-Spende zu treffenden Maßnahmen.

Die Ausführung dieser Maßnahmen wurde dem Arbeitsausschuß wesentlich erleichtert durch die von der Fürsorgestelle in Weimar vermittelte und vom Zentral-Ausschuß in Berlin erfolgende kostenlose Zusendung des hierzu nötigen Materials, bestehend aus den für die Sammelnden nötigen Armbinden und Sammelbüchsen, Bilder- und Schriftplakaten, sowie Erinnerungsblättern für die die Beiträge entgegennehmenden staatlichen, städtischen und sonstigen hiesigen Geldinstitute. Als Sammelstelle für alle in Coburg einlaufenden Gelder diente die Bank für Thüringen, Filiale Coburg.

Von Weimar wurden direkt an Fabriken und an die größeren industriellen Betriebe im Lande Coburg Listen für Sammlungen der Inhaber, Angestellten und Arbeiter mit erfreulichem Erfolg gesandt. Meistens überwiesen die Arbeiter einen Tagelohn als ihren Beitrag.

Wie alle größeren deutschen Theater überließ auch das hiesige Hoftheater einen Teil des Ertrags einer Theatervorstellung der Sammlung für die Ludendorff-Spende. Es war dies hier die am 16. Juni stattgefundene Aufführung der Wagnerschen Oper „Die Meistersinger von Nürnberg", der ein auf den Zweck der Ludendorff-Spende hinweisender Prolog vorausging.

Junge Damen, sowie Schüler und Schülerinnen der hiesigen höheren Schulen stellten sich der vaterländischen Sache in bereitwilligster Weise durch Übernahme der Haussammlungen und des Straßenverkaufs am 12. und 13. Juli zur Verfügung. Die zu letzterem benutzten Erinnerungsnadeln, Postkarten und künstlichen Blumen wurden ebenfalls vom Zentralausschuß kostenlos geliefert.

Die Hauptveranstaltung des Arbeitsausschusses bildete das am Sonntag, den 7. Juli 1918, auf dem Anger abgehaltene Jugend-Turnfest, bestehend aus Vorführungen der turnenden Coburger Jugend aller Schulen und der Damenabteilung der Turngenossenschaft in Freiübungen, verschiedenen Spielen, Geräteturnen, Hindernislaufen usw. Diesen unter der Leitung des Oberrealschullehrers K. Schumann vor sich gehenden und mit großem Erfolg durchgeführten Vorführungen wohnten vom herzoglichen Hause Ihre Königliche Hoheit Frau Herzogin Victoria Adelheid mit ihren Söhnen und eine nach Tausenden zählende Zuschauermenge aus Stadt und Land bei.

Der Schluß des Festes gestaltete sich zu einem wahren Volksfeste, denn die fröhlichen Klänge einer Militärkapelle, die gebotenen Erfrischungsgelegenheiten und das Karussellvergnügen erweckten die Erinnerung an frühere, aber seit Jahren nicht mehr abgehaltene Feste auf dem Anger*), und lange gab sich die Menge diesem seit Jahren entbehrten Vergnügen mit erneuter und erhöhter Lust hin.

*) Seit Kriegsausbruch fand am 12. Oktober 1919 die erste Kirchweihe, am 13. Juli 1920 das erste Gregoriusfest, im August 1919 das erste Schützenfest statt.

Das Ergebnis dieser Veranstaltungen, sowie der Sammlungen hier und an einigen Orten des Landes betrug nach Abzug der Unkosten Mk. 63058,—, die bestimmungsgemäß an die Thüringer Hauptstelle in Weimar abgeführt wurden. Von diesen gesammelten Mitteln wurden bis 30. 5. 1920 für Stadt und Land Coburg Mk. 28071,25 zu Beihilfen verwendet, nach dem Übergang Coburgs an Bayern überwies Weimar für Coburg an die Hauptfürsorgestelle Bayreuth weitere Mk. 16251,60, wozu noch Mk. 31850,— aus dem Zentralfonds der Ludendorff-Spende kamen.

Für ganz Thüringen belief sich der Betrag der Sammlungen auf 2200000 Mk., für das deutsche Reich auf den stattlichen Betrag von über 150 Millionen Mark. In der Revolution erhielt die Spende den Namen „Volksspende".

Über die Verwendung dieser eingegangenen reichen Mittel sei noch folgendes bemerkt: Nicht nur die Zinsen dieser Volksspende sollten verwendet werden, sondern auch die Heranziehung des Grundstockvermögens war ins Auge gefaßt worden und zwar zu folgenden Zwecken:

Zur Gewährung einmaliger oder laufender Beihilfen zur Erleichterung der Unterhaltungsbeschaffung notleidender Kriegsbeschädigter und deren Familien, soweit die Notlage nicht durch ausreichende Rentengewährung, Unterstützung aus Kriegswohlfahrtsmitteln usw. gemildert oder beseitigt werden konnte,

zur Zahlung von Beihilfen in Krankheitsfällen, soweit andere gesetzlich verpflichtete Träger nicht vorhanden waren, und zur Erziehung der Kinder,

zur Durchführung von Invalidenhauspflege, soweit diese nicht durch andere gesetzlich verpflichtete Stellen erfolgen konnte,

zur Fürsorge für hilflose und arbeitsunfähige Kriegsbeschädigte, falls aus Reichsmitteln keine ausreichende Hilfe gewährt werden konnte,

zur Bildung und Erhaltung kleiner, selbständiger Existenzen im Handel und Gewerbe,

zur Unterstützung bei der Ansiedelung.

Es waren dies weitgehende und vielseitige Ziele der Fürsorge für unsere die Opfer des Krieges bildenden Volksgenossen, die sich die Volksspende nicht nur steckte, sondern nach erfolgtem Abschluß der Sammlungen in wohlwollender Weise auch erfüllte.

Hierauf und auf die Ursachen des schon erwähnten günstigen Ergebnisses können wir mit besonderer Befriedigung zurückblicken. Waren doch alle Stände unseres Volkes von gleicher Begeisterung für dieses nationale Liebeswerk erfüllt, und Arbeitgeber und Arbeitnehmer wetteiferten, durch Spendung möglichst reichlicher Beiträge die edlen Aufgaben der Ludendorff- oder Volksspende zur segenspendenden Tat werden zu lassen.

Ein Notruf aus dem durch den Einfall der Russen schwer heimgesuchten Ostpreußen ließ wie anderwärts auch im Coburger Lande den Gedanken lebendig werden, sich der besonders hart betroffenen ostpreußischen Flüchtlingskinder

tatkräftig anzunehmen und sie aus ihren trostlosen Verhältnissen in unsere von den Kriegsgreueln verschonten Heimat zu bringen. Ein Aufruf der hiesigen Zeitungen hatte guten Erfolg. An hundert Familien aus Stadt und Land Coburg, sowie aus dem Meininger Oberlande und dem benachbarten Bayern erklärte sich zur Mithilfe bereit. Ende Januar 1915, gerade als die russischen Horden zum dritten Male versuchten, tiefer in Ostpreußen einzudringen, kamen die ersten 16 Kinder, die von Königsberg i. Pr. nach Berlin gebracht und von da abgeholt wurden, nach Coburg. Ferner wurden 7*) Flüchtlingskinder von Nordhausen, wo sie keinen Platz mehr finden konnten, nach unserer Heimat verbracht. Ende Februar 1915, wenige Tage nach dem siegreichen Abschluß der gewaltigen Schlacht in Masuren, durch die die russischen Heere endgiltig vom deutschen Boden vertrieben wurden, trafen von Königsberg über Berlin noch einmal Flüchtlingskinder ein, darunter zwei Säuglinge, und alle fanden liebevolle Pflege in unserer Heimat. Die Gesamtzahl aller in Stadt und Land Coburg aufgenommenen Kinder betrug 47. Ein Teil derselben kehrte im Spätsommer und Herbst 1915 nach Ostpreußen zurück, andere blieben noch länger bei uns, und 8 von ihnen, unter denen einige keine Angehörigen und keine Heimat mehr haben, bleiben hier zurück und sollen von ihren Pflegeeltern an Kindesstatt angenommen werden. So ist auch ein Stück der furchtbaren Ostpreußennot von unserer Heimat gelindert worden. Dem Leiter dieses Hilfswerkes, Pfarrer Helbig in Scheuerfeld, sei auch an dieser Stelle der Dank der Heimat ausgesprochen.

An der Deutschlandspende für Säuglings- und Kleinkinderschutz nahm auch unsere Heimat lebhaften Anteil. Unter der Schirmherrschaft der Frau Herzogin Viktoria Adelheid bildete sich im Frühjahr 1918 ein von Frau Staatsrat Quarck geleiteter Ortsausschuß, dessen reger Arbeit ein höchsterfreulicher Erfolg zu teil wurde. Ein Opfertag, dem ein von der Coburger Jugend durchgeführter Festabend im Saale der Hofbrauhausbierhalle vorausgegangen war, brachte als Ergebnis die stattliche Summe von ca. 21 000 Mark, von dessen Reinertrag 2% (240 Mark) an die Zentralstelle in Berlin abgewährt wurden. Von den für das Land Coburg verbleibenden Geldern wurden 17 107.39 Mark der Coburger Säuglingsstiftung „Kaiser Wilhelm II. und Kaiserin Auguste Viktoria" überwiesen mit der Bestimmung, daß die Zinsen für die Säuglingsfürsorge im Coburger Lande zu verwenden sind, bis der Bau eines Säuglingsheims erfolgt, dem alsdann die Zinsen zufließen sollen. Die Krippe in Neustadt erhielt von dem Ertrag 2000 Mark, der Alexandrinen-Diakonissenverein 1000 Mark, die Marienschule 180 Mark.

Im Sommer desselben Jahres wurde unter der Führung des späteren Bezirksarztes Dr. Hönisch, der sich den Säuglings- und Kinderschutz in der Heimat während des Krieges besonders angelegen sein ließ, eine Ausstellung „Mutter

*) Unter diesen Flüchtlingskindern befanden sich 2 aus dem von den Russen schwer heimgesuchten Krüppelheim zu Angerburg.

und Kind" veranstaltet, die in Wort und Bild die Notwendigkeit der Mutter- und Säuglingsfürsorge vorführte und gleichzeitig den Dank des Vorstandes der Säuglingsstiftung an das Coburger Land darbrachte für die reichen Spenden anläßlich des im Monat Mai desselben Jahres veranstalteten Opfertags zugunsten der Säuglingsfürsorge.

Gleichzeitig mit der vorerwähnten Ausstellung veranstaltete der Marienverein nach dem Beispiel anderer Städte eine sogenannte Windelwoche, deren Ergebnis armen Müttern zur Fürsorge für ihre Neugeborenen zugute kommen sollte. Da fast jeder Hausstand überflüssige Wäsche bereits für Zwecke der Lazarette usw. abgegeben hatte, Neubeschaffungen aber in der Kriegszeit unmöglich waren, war das Ergebnis trotz der aufgewandten Mühe nur gering.

Staatsrat Dr. Quarck als Führer der Heimatfront wurde nicht müde, alle Kräfte des Landes im Dienste der Heimat und des Vaterlandes zu mobilisieren.

Mit seiner tatkräftigen Unterstützung wurde der zum großen Segen der Heimat und des bedrohten Vaterlandes wirkende „Kriegshilfsausschuß für Arbeitslose im Herzogtum Coburg" ins Leben gerufen, über dessen Tätigkeit an einer anderen Stelle dieses Buches bereits berichtet wurde.

Auf Veranlassung des Staatsrats Dr. Quarck und unter Mithilfe der von dem Stadtverordneten Wilhelm Feyler tatkräftig geleiteten Handwerkskammer entstand 1918 die „Möbel- und Hausrathilfe"*) in Form einer gemeinnützigen G. m. b. H. Den heldenmütigen Kämpfern zum Danke sollte angesichts der herrschenden außerordentlichen Möbelnot Fürsorge zu teil werden, namentlich den jungen kriegsgetrauten Ehepaaren sollte nach glücklicher Heimkehr des Gatten aus dem rauhen Kriegsleben die Möglichkeit gegeben werden, sich unter den denkbar günstigsten Bedingungen eine gediegene Einrichtung und sonstigen Hausrat zu beschaffen. Die Geschäftsführung übernahm Möbelfabrikant Gottlieb Frommann, der sich seiner Aufgabe mit Eifer und Umsicht unterzog. — Den finanziellen Grundstock bildeten 25000 Mark, welche das Ministerium aus Mitteln des Kriegshilfsausschusses bewilligt hatte, dazu traten 4170 Mark aus freiwilligen Spenden und die Anteile der Genossen. Die beiden erstgenannten Summen sollten namentlich dazu dienen, unbemittelten oder sonst unterstützungsbedürftigen Kriegsteilnehmern besondere Vorteile beim Kauf von Möbel und Hausrat zu gewähren.

Die Möbel- und Hausrathilfe hat sich bei der noch lange nach Kriegsende anhaltenden Möbelnot als außerordentlich segensreich erwiesen, haben doch an die 60 Kriegsteilnehmer dort ihren Bedarf gedeckt und konnten versichert sein, durch die Möbel- und Hausrathilfe in den Formen ansprechende und den Bedürfnissen entsprechende, von den Handwerksmeistern aus trockenem Holze und mit Liebe und Verständnis angefertigte Gegenstände erhalten zu haben.

*) Nach einem Bericht des Kommerzienrats A. Haußknecht.

Ein ehrendes Denkmal heimatlicher Kriegswohlfahrtspflege wird das Werk bilden, das am 6. Juli 1918 unter dem bezeichnenden Namen Coburger Kriegerdank von Staatsrat Dr. Quarck ins Leben gerufen wurde. Gegründet als gemeinnützige Siedlungsgesellschaft, setzte er sich zum Ziel, im Gebiet des ehemaligen Herzogtums Coburg Wohnungsfürsorge und Siedlungswesen zu treiben. In erster Linie soll diese Tätigkeit Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten, Kriegerfamilien und Hinterbliebenen von Kriegern zugute kommen. Die Tätigkeit des Kriegerdank, die alsbald unter der umsichtigen und tatkräftigen Führung des damaligen Amtsrichters Dr. Schack, des Bezirksbauinspektors Carl Meythaler und des späteren Geschäftsführers Müller einsetzte, begann, nachdem die staatlichen Beihilfen gesichert waren, mit dem Bau von 21 Heimstätten im sogenannten Kürengrunde auf dem Gelände der ehemaligen Landesbaumschule. Die Häuser wurden teils als Einzel-, teils als Gruppenbauten ausgeführt und waren bereits im August 1920 schlüsselfertig hergestellt. Jede Heimstätte hat eine Wohnfläche von 70 Quadratmetern, Küche, zwei Stuben, zwei Kammern, Keller, Spitzboden, Waschküche und Kleintierstall. Außerdem gehört dazu eine Landbeigabe von durchschnittlich 1250 Quadratmeter Gartenland, das bereits vor Übergabe an die Siedler mit Obstbäumen gut bestanden war. Die Kosten für eine Heimstätte einschließlich der Landbeigabe schwankten je nach der Größe und der Art ihrer Ausführung zwischen 34—48 000 Mark. Vom Reich und Staat, sowie von der Stadt Coburg wurden je Heimstätte insgesamt 20 bis 29 000 Mark Zuschuß gewährt, sodaß der Siedler nur 15—19000 Mark durch Anzahlung und langsam zu tilgende Hypotheken, die von der Städtischen Sparkasse in Coburg gegeben wurden, zu leisten hatte.

Auch in Neustadt wurde 1920 durch den Coburger Kriegerdank mit dem Bau von Heimstätten begonnen, die Ostern 1921 bezogen wurden. Ebendaselbst wurden während des Jahres 1921 sechs weitere Heimstätten in Angriff genommen, und auch in Hassenberg sind sechs Heimstätten im Bau, die dort in einem malerisch am Steinachhang gelegenem Gruppenhause zusammengefaßt werden. Auch vor den Toren der Stadt Coburg, in Neuses, hat der Kriegerdank noch im Jahre 1921 mit dem Bau von sechs in drei Doppelhäusern untergebrachten Heimstätten beginnen können. Andere Ortschaften werden folgen.

Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, aber auch andere Widerstände und Kämpfe haben die Arbeit des Kriegerdank oft bedroht und gehemmt, und die Zufriedenheit der Angesiedelten wuchs ihm nicht immer sofort zu. Dennoch wird er in seiner Arbeit, die der Zukunft nicht weniger dienen soll als der Gegenwart, nicht müde werden.

An dieser Stelle sei auch der im Sommer 1916 in Coburg errichteten „Gold- und Silberankaufsstelle"*) Erwähnung getan. Um den Goldschatz der Reichsbank zu stärken und die wirtschaftliche Kraft des Vaterlandes für Krieg und Frieden zu heben, wurde, dem Beispiele Sachsens und der Rheinprovinz folgend, auf Veranlassung des Reichsbankdirektoriums und im Einverständnis mit der coburgischen

*) Vgl. Cob. Zeitung vom 10. Oktober 1918

Staatsregierung auch in Coburg unter der Leitung eines Ehrenausschusses, dessen Vorsitz Geh. Regierungsrat Dr. Claus hatte, eine Goldankaufsstelle eröffnet. Schaffende Mitglieder des Ehrenausschusses waren Geheimrat Dr. Sternberg, Finanzrat Sippel, Privatmann Adolf Riemann, Hauptlehrer Reinhold Ungelenk, Herzogl. Rat Beger und Privatmann Carl Albrecht. Das Amt des Schätzers wurde — ebenfalls ehrenamtlich — von dem Hofjuwelier W. Ganßen geführt. Die Geschäftsräume hatte in entgegenkommender Weise der Spar- und Hülfeverein zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wurden in Neustadt, Rodach und Königsberg Hilfsstellen — ebenfalls unter ehrenamtlicher Verwaltung — errichtet.

Insgesamt wurden für über 72000 Mark Goldsachen angekauft, desgleichen Platin für nahezu 2000 Mark.

Zwecks Verkauf im neutralen Auslande wurden an Juwelen 38 Posten eingeliefert, von denen 22 verkauft wurden.

Reichsgoldmünzen wurden im Betrage von 4875 Mark eingewechselt, außerdem auch ausländische Goldmünzen für Rechnung der Reichsbank angekauft.

Vom 16. Januar 1918 ab trat der Ankauf von Silbermünzen hinzu, ebenfalls um dem Reiche im Auslande Guthaben zur Bezahlung von Rohstoffen und Lebensmitteln zu beschaffen. Hierbei wurden insgesamt für über 6000 Mark Münzen eingeliefert.

Ein vom Reichsbankdirektorium für den Verwaltungsaufwand überwiesener Betrag wurde hiesigen Kriegswohlfahrtsstellen übergeben, auch seitens der Einlieferer von Gold und anderen Edelmetallen wurden wiederholt Beträge zu Kriegswohlfahrtszwecken zur Verfügung gestellt.

Für den Vaterlandsdank wurden 107 Spenden, teils in Schmucksachen, teils in bar entgegengenommen, wogegen 78 eiserne Ringe mit der Jahreszahl 1914 auf Wunsch gewährt wurden.

Am 14. September 1918 wurde die Gold- und Silberankaufsstelle geschlossen, die Einwechselung von Reichsgoldmünzen und ausländischen Goldmünzen konnte fortan bei den Reichsbank- und Reichspoststellen*) erfolgen.

Die konfessionelle Wohlfahrtspflege hat nicht nur in den Kreisen ihrer Angehörigen eine segensreiche Einzelfürsorge getrieben, sondern sich auch da betätigt, wo Heimat und Vaterland Opfer forderten.

Pfarrer Wohlpart in Giech bei Bamberg, während des Krieges Pfarrer zu St. Augustin in Coburg, berichtet uns aus der Kriegsarbeit der hiesigen katholischen Gemeinde:

Von Anfang des Krieges an hat auch die katholische Gemeinde Coburgs die große Stunde in der Geschichte unseres deutschen Vaterlandes erkannt und sich tatkräftig darauf eingestellt. Die allgemeine vaterländische und religiöse Erhebung des deutschen Volkes im August 1914 riß sie mit fort und gab ihrem religiösen Eifer und Gebetsleben frischen Ansporn. Die an jedem Freitagabend abgehaltenen Kriegsbetstunden sahen immer zahlreichen Besuch, und die besonderen, oberhirtlich ange-

*) Für ein Zwanzigmarkstück wurden am Anfang des Jahres 1922 720 Mk., für ein Zehnmarkstück 360 Mk. an den Reichsbank- und Reichspoststellen bezahlt.

ordneten Gebetssonntage gestalteten sich stets zu einer ergreifenden Kundgebung tiefen, ernsten, religiösen Strebens und Erlebens. Ein sicherer Gradmesser dessen waren die jährlichen Kommunionen, deren Zahl um einige Hundert gestiegen ist.

Die Kriegsschäden zu heilen, war die katholische Gemeinde nicht untätig. Bei den infolge der Teuerung gesteigerten Bedürfnissen für das eigene Kirchenwesen und für Schulzwecke konnte doch ihre Opferwilligkeit für die Kriegsbedürfnisse billiger Weise nicht übertroffen werden. Die Katholiken zeigten auch bei Sammlungen, sei es in der Kirche oder von Privaten, stets eine offene Hand und einen guten Willen. Die Summe all dieser Gaben braucht das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen.

Im Jahre 1911 war, einem dringenden Bedürfnisse entsprechend, eine katholische Schwesternstation errichtet worden, die sich in den Dienst der ambulanten Krankenpflege stellte. Nur drei Schwestern waren es, die der Station angehörten, stille, friedliche Dienerinnen der Caritas. Aber die allgemeine Kriegsbegeisterung veranlaßte auch sie, ihr liebes, trautes Heim mit dem Schlachtfelde zu vertauschen. Zwei derselben zogen dahin, um an den Verwundeten und Sterbenden Samariterdienste zu leisten. Sie haben denn auch die auf sie gesetzten Hoffnungen reichlich erfüllt. In vorzüglichem Maße bewährten sie sich in der Feldkrankenpflege und waren fast nur in ganz gefährdeten Lazaretten, wie Seuchenlazaretten, bis zum Kriegsschluß tätig.

Die katholische Gemeinde besitzt seit dem Jahre 1807 eine eigene Schule, die den Charakter einer Privatschule trägt und deshalb lediglich in ihrem Bestande auf sich selbst gestellt ist. Im Jahre 1914 betrug die Zahl der Schulkinder 130 Köpfe, deren Ausbildung und Erziehung einem Lehrer und einer Lehrerin anvertraut war. „Knabenzucht will harte Hände!" sagt Weber in seinem unvergleichlichen, echte, kernhafte Lebensauffassung wiederspiegelnden „Dreizehnlinden". Von diesem Gedanken ausgehend und in der Annahme, daß der katholische Lehrer als einziger im Herzogtum doch wohl „unabkömmlich" sei, ergingen mehrfach Reklamationen, um ihn dem Schuldienste zu erhalten. Doch als alle Bemühungen erfolglos blieben, wußte man sich zu trösten mit dem Gedanken: Auch dieses Opfer dem Vaterland! So blieb über vier Jahre der Schulunterricht einer einzigen Lehrkraft, einer Lehrerin, überlassen, die vom Pfarrer im Schulbetrieb unterstützt wurde.

Am Fuß des Festungsberges erhebt sich seit dem Jahre 1860 die anmutig gelegene, durch fürstliche Munificenz erbaute katholische Pfarrkirche St. Augustin. Am 1. Mai 1860 wurden die für das neu zu errichtende Gotteshaus bestimmten, von dem Glockengießer Lotter in Bamberg gegossenen drei Kirchenglocken konsekriert. Am 28. Juni 1917 läuteten diese Glocken zum letztenmale, die kleinste mit den durchdringenden, raschen, schrillen Schlägen, die andere in sonorem, weichem Klang, zu tiefst aber erdröhnte ein Ton, dessen Klang, bestimmt und gewaltig, etwas von der Ruhe und Unerschütterlichkeit der Ewigkeit an sich trug. Sie haben sich ihre Scheidung geläutet, sie sollten mit Ausnahme der kleinsten herunterkommen und dem rauhen Kriegshandwerk dienstbar gemacht werden. Tränen standen in den Augen der Kirchenbesucher, und eine tiefe Rührung bemächtigte sich derer, die den Scheide-

gruß der Glocken hörten. Karfreitagstimmung herrschte nunmehr im Gotteshaus. Doch wie aus dem Dunkel des Karfreitags das Licht des Ostermorgens hell und klar aufdämmerte, so sollten auch die alten, begrabenen Glocken just zum Osterfeste 1919 neu verjüngt wieder erstehen. Es ist ein ewiges Ruhmesblatt für Seine Majestät den König Ferdinand von Bulgarien, den hohen Gönner der katholischen Kirche, daß er ihr in vier neuen Glocken wieder ihre Sprache gegeben hat. War schon und in erster Linie der Verlust der Glocken eine recht fühlbare Lücke für die katholische Kirche, so bedeutete die Einziehung der Orgelpfeifen ein neues Opfer, das bis heute noch nicht behoben ist.

Gleich mit Beginn des Krieges eröffneten die hiesigen Lazarette den Verwundeten ihre Tore, auch solchen katholischer Konfession, deren seelsorgerische Betreuung bis September 1915 in den Händen des Pfarrers lag. Die vermehrten Pfarrgeschäfte machten es jedoch demselben unmöglich, die Verwundetenpastoration in der erwünschten Weise auszuüben. Deshalb wurde hauptsächlich auf Betreiben der oberhirtlichen Stelle ein eigener Lazarettseelsorger admittiert in der Person des Herrn P. Eugen Fritscher, eines Mitgliedes des Ordens der weißen Väter. Derselbe wurde im Frühjahre 1917 nach erfolgreicher Tätigkeit abgelöst durch den Benediktinerordensgeistlichen P. Benedikt Bohl. Dieser, ein Mann von hohem, musikalischen Können und Wissen, hob den seit Beginn des Krieges darniederliegenden Dirigentenstab des Kirchenchors im Verein mit dem um die katholische Sache hochverdienten Kapellmeister a. D. August Schwanenberger wieder auf und führte ihn mit großem Erfolg. Leider war es Herrn P. Bohl nicht vergönnt, in die heißersehnte Klosterzelle zurückzukehren — eine heimtückische Krankheit raffte ihn im hiesigen Landkrankenhaus in dem jugendlichen Alter von 27 Jahren im November 1918 dahin. Er liegt begraben im hiesigen Friedhof. —

Durch die Aufstellung eines eigenen Geistlichen nahm die Lazarettseelsorge festere, bestimmtere Formen an. Es fand für die Verwundeten alle 14 Tage eigener Gottesdienst statt. Sie wurden mit Büchern religiösen und allgemein wissenschaftlichen Inhaltes versorgt. Diesen Schriften gesellten sich Flugschriften und Sonderdrucke in zwangloser Reihenfolge bei, die in wichtigen Fragen richtunggebend sein und auf die Rückkehr in die Heimat und die Zeit nach dem Kriege vorbereiten sollten: Schriften über Vorsehung, christliche und katholische Weltanschauung, Lebenszufriedenheit und übernatürliche Hoffnungsfreude, wahre Freiheit, Arbeitsfreude, Heimatliebe.

Die katholische Gemeinde kann mit Stolz zurückschauen auf all die Opfer, die sie im Krieg für das Vaterland gebracht; Seele und Herz aller Kriegshilfe aber war die Liebe, die allein die Völker versöhnen und den wahren Frieden bringen kann.

Nicht vergessen darf jener blutigen Opfer werden, die auch unsere Gemeinde bringen mußte durch den Heldentod manches ihrer treuen Glieder. Es war für den Pfarrer immer ein schwerer Gang, wenn er das Gedenkblatt einer armen Witwe, trauernden Eltern mit tröstenden Worten aushändigen mußte, die ihr Einziges und Teuerstes haben hergeben müssen.

Die Liebestätigkeit, die während des Krieges geübt wurde, fand eine erfreuliche Fortsetzung in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege. Die Leiden des Feldzuges hatten auch vielfach die Willenskraft der heimkehrenden katholischen Glaubensgenossen geschwächt, ihren Mut gebrochen, ihr religiöses und sittliches Denken und Leben schwer erschüttert. Nur Geduld und Liebe konnte da helfen. Die katholische Gemeinde suchte deshalb nach Kräften dahin zu wirken, daß die Heimkehrer diese Heilmittel fanden in der Kirche, im Verein, im öffentlichen Leben, daß sie die Heimat auch seelisch und geistig wiederfanden. So mit sich und der Heimat versöhnt, nahmen sie bald mit frischer Lebensfreude die altgewohnte Tätigkeit wieder auf und fanden sich mit den durch die Revolution geschaffenen neuen Verhältnissen in aller Seelenruhe zurecht.

So hat der Krieg, so sehr er auch im einzelnen eingegriffen hat in das Leben unserer Gemeinde, ihr doch nicht wesentlich geschadet, und wir dürfen die Hoffnung hegen, daß die Gemeinde St. Augustin, die heuer ihr 100jähriges Pfarrjubiläum begehen konnte, auch in Zukunft in der bayrisch gewordenen Stadt Coburg segensreich im Interesse der großen, christlichen Idee sich weiter entwickeln werde.

Über die Kriegsarbeit der hiesigen Israelitischen Kultusgemeinde sind uns von ihrem Prediger Hermann Hirsch folgende Mitteilungen zugegangen:

Je kleiner eine Gemeinschaft ist, umso mehr machen sich äußere und innere Ereignisse bemerkbar. Wenn der Weltkrieg in den Lauf vieler, festgefügter Institutionen recht fühlbar eingriff, so erst recht in das Leben einer kleinen, verhältnismäßig noch jungen Religionsgemeinde, die gerade aus den Anfangsstadien ihrer Entwicklung herauswachsen wollte. Die Coburger Israelitische Kultus-Gemeinde ist erst im Jahre 1873 gegründet worden und hat sich sehr langsam entwickelt. Da sich das Gemeindeleben der jüdischen Gemeinde hauptsächlich um Gottesdienst und Religionsschule gruppiert und die wenigen Kräfte — hauptsächlich zum Gottesdienste, wo nur männliche Personen über 13 Jahren gezählt werden — fast unentbehrlich sind, so erhellt schon aus diesem Grunde, wie sehr das gesamte Gemeindeleben durch den Weltkrieg leiden mußte.

Mit dem Kriegsausbruch füllten sich die Gottesdienste. In den ersten Wochen wurde eine allabendliche Kriegsandacht angeordnet, bei welcher außer der üblichen Gebetsordnung die Psalmen 25, 46, 61, 62, 72 und bei erhobener Thorarolle ein Gebet für unsere Krieger, Heerführer und Fürsten gesprochen wurden. Am Freitag, 7. August 1914, war Bußtagsgottesdienst, welcher das Gotteshaus bis auf den letzten Platz füllte. Der Predigt lag 5. Buch Mos. Pag. 1, Vers 11 zugrunde. Zum Schlusse der schlichten, von tiefem Ernste getragenen Andachtsstunde wurde der hebräische Text von Heil dir im Siegerkranz gesungen. Später, als immer mehr Männer der Gemeinde zum Kriegsdienste zogen, wurden allwöchentliche Kriegsandachten abgehalten, bei welchen meistens die Psalmen 3, 13 und 20, bei Siegesnachrichten auch noch Psalm 27 rezitiert wurden. Diese Gottesdienste waren oft von

Andersgläubigen besucht, da der Ernst der Zeit keine Grenze zwischen Menschen und Menschen duldete. U. a. besuchte auch der Oberhofprediger den Freitagabendgottesdienst in der Synagoge, während andrerseits eine Abordnung der Gemeinde zum Gottesdienst in der Hofkirche eingeladen war.

Von besonderem Eindrucke waren die ernsten Herbstfeiertage im ersten Kriegsjahre mit der Seelenfeier für die ersten Gefallenen.

Allmählich standen fast die meisten Männer des besten Alters im Soldatenrock. Die Zahl der Gottesdienstbesucher wurde immer kleiner, es waren sehr bald überwiegend Frauen. Wer zu Hause blieb, beteiligte sich rege an der allgemeinen Liebestätigkeit. Frauen und Mädchen wetteiferten im Dienste für das Vaterland.

Im Januar 1915 gab es für die Gemeinde neue Veränderung. Schreiber dieses, der erst seit Frühjahr 1914 in der Gemeinde als Prediger tätig war, vertauschte am 26. Januar 1915 seinen Talar mit dem feldgrauen Rock und zog im Frühjahr 1915 nach Frankreich, wo er zunächst als Infanterist, später als Feldprediger seiner Pflicht dem Vaterlande gegenüber zu genügen suchte. Das war für Gottesdienst und Religionsunterricht in der Gemeinde wieder eine große Hemmung. Der Dienst wurde von dem pensionierten Prediger Oppenheim übernommen und — soweit es das Alter des Herrn zuließ — auch durchgeführt.

Immer mehr Männer fehlten beim Gottesdienste, sodaß sich oft nicht die nötige Anzahl von zehn Erwachsenen zusammenfand. Die Religionsstunden konnten nur zum Teil gehalten werden, so daß man jetzt erst richtig die Schwere des Krieges im Gemeindeleben verspürte. Der Synagogenchor — erst kurz vor dem Kriege gegründet — konnte aus Mangel an Männerstimmen nicht mehr singen. Die in der Gemeinde bestehenden Vereine: „Verein für jüdische Geschichte und Literatur" und „Israelitischer Männerverein" mußten ihre Tätigkeit einstellen, weil die meisten Mitglieder beim Militär waren. Den größten Teil ihres Vereinsvermögens hatten sie den allgemeinen Kriegssammlungen überwiesen. Nur der „Frauenverein" war in Tätigkeit und arbeitete unter Führung der langjährigen Vorsteherin Luise Hirsch rührig im Dienste der Wohltätigkeit.

Da sich mit der Länge der Zeit das Fehlen des Führers für Gottesdienst, Jugend und Seelsorge in der Gemeinde gerade in den letzten beiden Kriegsjahren immer mehr fühlbar machte, kam der Vorstand zu dem Entschluß, ihren Prediger wieder von der Division anzufordern. Derselbe trat im April 1917 seinen Dienst wieder an, um allmählich mit der Jugend neu aufzubauen. In den Reihen der Gemeinde fehlte schon mancher, den längst der kühle Rasen draußen im Feindesland deckte. —

Die Schäden der Zeit erkennend — die langen Kriegsjahre hatten auf viele nicht verbessernd gewirkt —, tat sich auch die jüdische Jugend zu einem Jugendbund zusammen, um einer inneren Erneuerung zuzustreben und sich auf den Boden der allgemeinen Jugendbewegung zu stellen. Es war das Nützlichste, was der Krieg für die Gemeinde gebracht hat. Alle anderen Pläne der Beheizung des Gotteshauses, der Schaffung einer neuen Orgel oder des längst ins Auge gefaßten Syna-

gogenneubaus sind infolge der durch das unglückliche Kriegsende eingetretenen Verhältnisse in weite Fernen gerückt.

Noch einer Ehrenpflicht galt es zu genügen. Den Gefallenen der Gemeinde wurde auf dem jüdischen Friedhofe ein schlichtes Denkmal errichtet und am 7. Dezember 1919, an einem Sonntag vormittag, durch eine erhebende Feier eingeweiht. Außer dem Prediger, der die Weiherede hielt, sprachen der Vorsteher der Gemeinde, Sanitätsrat Dr. Masur, sowie der Bürgermeister der Stadt. Militär- und Kriegerverein hatten Abordnungen geschickt. Der Theaterchor sang. Die jüdischen Kriegsteilnehmer waren mit ihren Kriegsauszeichnungen erschienen. — Die Kränze dort sind längst verwelkt, doch aus den Gräbern tönt mächtig der Ruf:

„Feiger Gedanken
bängliches Schwanken . . .
wendet kein Elend,
macht uns nicht frei . . .
nimmer sich beugen,
kräftig sich zeigen,
rufet die Arme
der Götter herbei."

---

Die lange Dauer des Krieges stellte die seelische Kraft der inneren Front auf eine harte Probe. Die furchtbaren, immer zahlreicher werdenden Blutopfer, der Niedergang des Wirtschaftslebens und nicht zuletzt die zunehmenden Ernährungsbeschränkungen zeitigten vielfach die für ein kriegführendes Volk bedenklichsten Folgen: Stumpfheit, Gleichgiltigkeit, Pessimismus. Dazu kam, daß nicht alle Berufsschichten der dem deutschen Volke drohenden Gefahr mit dem gleichen vaterländischen Empfinden gegenüberstanden.

Die innere Kraft des Volkes bedurfte einer Stärkung, einer Straffung durch eine geordnete Aufklärungsarbeit, welche die das Vaterland bewegenden Fragen vom Standpunkt des Volksganzen behandelte.

Schon seit Beginn des Krieges hatten namentlich die Geistlichen und Lehrer in Stadt und Land in dieser Richtung eine rege und segensreiche Tätigkeit entfaltet. Ihnen gesellten sich die Krieger-, Gesang- und Turnvereine zu, deren geistige Kriegsarbeit für die Stärkung der Heimatfront von nicht zu unterschätzender Bedeutung war. Die Kriegsabende der Coburger Turngenossenschaft z. B., deren Leiter, Oberturnlehrer Emil Rädlein, eine unermüdliche Schaffensfreude bewies, waren zweifellos von starker, segensreicher Wirkung. Auch der Kunst- und Gewerbeverein setzte unter dem Vorsitz des Baurats Wustandt seine Tätigkeit während des Krieges trotz der sich mehr und mehr häufenden äußeren Schwierigkeiten fort und stellte seine Arbeit ganz in den Dienst der großen vaterländischen Aufgabe. Mit der Zeit traten alle vaterländischen Vereine der

Stadt hervor, um durch Veranstaltung von Vortragsabenden usw. für das Vaterland neben materieller auch geistige Arbeit zu leisten. Schließlich bildete sich ein „Ortsgruppenverband der vaterländischen Vereine",*) der namhafte Redner aus allen deutschen Gauen gewann, deren Vorträge in den „Deutschen Abenden" wohl geeignet waren, die seelische Kraft der Heimat zu stärken.

Einen weiteren Ausbau und eine einheitliche Gestaltung erfuhr die eingeleitete Aufklärungsarbeit endlich durch das Generalkommando des 11. Armeekorps in Kassel, dessen hochverdienten Stabschef, Generalmajor Freiherrn von Tettau, wir Coburger mit Stolz den Unsrigen nennen dürfen, dem wir aber auch zu besonderem Dank verpflichtet sind, denn er hatte für die Wünsche unserer Heimat stets ein offenes Ohr und hat seinen großen amtlichen Einfluß gern benutzt, um die Schärfen der Zwangswirtschafts- und anderer Notgesetze zu mildern.

Das genannte Generalkommando veranstaltete — zuerst 1917 in Jena, später in Eisenach, Gera und Meiningen — Lehrgänge für vaterländischen Volksunterricht, unter deren Teilnehmern sich Vertreter aller Berufe, Schichten und Parteien Thüringens befanden. Major Seebohm, Adjutant beim stellvertretenden Generalkommando, leitete die Lehrgänge durch tiefgründige Ansprachen ein, in denen er seine Hörer für die das ganze deutsche Volk bewegenden Fragen zu fesseln und sie zu überzeugen wußte, „daß das Wohl einer Gemeinschaft von zusammenarbeitenden Menschen sich um so günstiger stellt, je mehr der Einzelne es über sich gewinnt, von den Erträgnissen seiner Arbeit einen möglichst großen Teil der Gemeinschaft zufließen zu lassen, und je mehr die Gemeinschaft es über sich gewinnt, für den Einzelnen in seinen Mühsalen und Nöten umsichtig zu sorgen".

Die folgenden Vorträge ausgezeichneter Redner behandelten die Aufgaben und Schwierigkeiten, insbesondere die Wirtschaftsnöte der Heimat, eine weitere Gruppe von Vorträgen beschäftigte sich mit unseren Feinden, und eine letzte Vortragsreihe endlich stellte die staatsbürgerliche Erziehung in den Kreis ihrer Betrachtung.

Die Teilnehmer der Lehrgänge sollten die gewonnenen Erkenntnisse, aber auch den Geist, der die Lehrgänge durchwehte, hineintragen in ihre Heimatkreise.

Die Vertreter Südthüringens, unter ihnen eine Reihe von Damen und Herren aus dem ehemaligen Herzogtum Coburg, nahmen an dem in Meiningen veranstalteten Lehrgang teil.

Major Seebohm fand sich später noch persönlich in Coburg ein, um in einer von Vertretern der Behörden, Vertrauensmännern, Offizieren, Geistlichen und Lehrern zahlreich besuchten Besprechung einen Arbeitsplan vorzutragen, der die weitere Ausgestaltung des vaterländischen Unterrichts bei der Bevölkerung Coburgs und in den Lazaretten bezweckte.

---

*) Dem Ortsgruppenverbande der vaterländischen Vereine gehörten an: Deutscher Flottenverein, Flottenverband deutscher Frauen, Verein für Luftschiffahrt, Wehrverein, Verein für das Deutschtum im Auslande, Ostmarkenverein, Alldeutscher Verband, Landesgruppe der Ostpreußenhilfe.

Eine volle Auswirkung war dem von Major Seebohm großzügig angelegten Plan eines vaterländischen Volksunterrichts leider nicht beschieden, der alsbald erfolgende Zusammenbruch setzte der Arbeit der eifrigen Sendboten ein nur zu frühes Ziel.

Die vaterländischen Lehrgänge haben aber später noch eine über ihren nächsten Zweck weit hinausgehende Wirkung gehabt.

Schon während des Krieges waren gerade in Thüringen Einrichtungen gefordert worden, ähnlich den in den nordischen Ländern längst bestehenden Erwachsenenschulen. Die Bewegung wurde nach dem Zusammenbruch von fast allen thüringischen Städten übernommen, und auch in Coburg konnte dank der energischen Initiative des Schulrats Dr. Reukauf und des Amtsrichters Rabich bereits im Mai 1919 eine Volkshochschule in's Leben treten, deren Förderung sich die Staatsregierung besonders angelegen sein ließ.

Endlich sei hier noch mit einem kurzen, aber wohlberechtigten Dankeswort unserer prächtigen Coburger Jugend gedacht. Sie nahm an dem herrlichen Aufschwung, den unser deutsches Volk im Anfang des Krieges bewies, begeisterten Anteil, und das muß zu ihrer besonderen Anerkennung gesagt werden: sie hielt durch. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß für viele Jugendliche die hohen Löhne, die mehr und mehr fehlende strengere väterliche Zucht und nicht zuletzt die wachsende wirtschaftliche Notlage unerfreuliche Erscheinungen zur Folge hatten. Wer nur einmal dem Aufmarsch der Jugendwehr zur Siegesfeier unter ihrem verehrten Führer Carl Schumann beigewohnt hat, wer die leuchtenden Augen der Knaben sah und den begeisterten Jugendgesang auf sich wirken ließ, wird sich trotz des leid- und schmachvollen Kriegsausganges immer wieder gern jener erhebenden Abendstunden auf dem Coburger Marktplatz erinnern.

# Das Ernährungswesen.

Von Regierungsrat I. Kl. Dr. Doebel.

An die Möglichkeit eines Hungerkrieges zwischen zivilisierten Völkern hatte vor und noch bei dem Ausbruch des Weltkrieges in Deutschland wohl niemand geglaubt, auch nicht, als am 5. August 1914 England mit seinem rücksichtslosen Vernichtungswillen in den Krieg eintrat. So kam es, daß das Deutsche Reich, so glänzend es militärisch gerüstet war, auf dem Gebiet der Volksernährung völlig ungenügend vorbereitet in den Krieg hineinging. Auch ein am 31. Juli 1914 erlassenes Verbot der Ausfuhr von Verpflegungs-, Streu- und Futtermitteln diente in erster Linie doch nur militärischen Zwecken, und erst, als sich die ersten Wirkungen der englischen Hungerblockade zeigten, begann man im Spätherbst 1914 den Aushungerungsplänen Englands energischere Maßnahmen entgegenzusetzen.

Die Wirkungen der Blockade mußten mit Naturnotwendigkeit schon bald eintreten. Denn seit Jahrzehnten war das deutsche Volk auf die Einfuhr ungeheurer Mengen von Lebens- und Futtermitteln aller Art angewiesen, um seinen Bedarf decken zu können. Im Durchschnitt der Jahre 1907—1910 waren jährlich allein an Getreide (Roggen, Weizen, Gerste und Hafer) rund 90 Millionen Zentner, an Hülsenfrüchten (Bohnen, Erbsen, Linsen, Mais, Reis usw.) rund 24 Millionen Zentner eingeführt worden: Wir bezogen rund 20% unserer Nahrungsmittel vom Ausland! Ersatz für diese gewaltigen Mengen aus dem Inland zu beschaffen, war ganz unmöglich. Tastende Versuche, die vorhandenen Vorräte zu strecken (durch erhöhte Ausmahlung des Brotgetreides, durch Zusatz von Kartoffeln zum Brotmehl („K-Brot"), durch Verfütterungsverbote u. dergl.), erwiesen sich bald als gänzlich unzureichend. Es blieb schließlich nur die behördliche Erfassung der Nahrungsmittel und ihre planmäßige Verteilung auf die Verbraucher: die „Zwangswirtschaft".

Die Behörden wurden damit vor ganz neue Aufgaben gestellt. Sie verfügten weder über das nötige sachkundige Personal noch über die unerläßlichen kaufmännischen Einrichtungen noch auch nur über die erforderlichen Geldmittel. Doch die Schwierigkeiten mußten überwunden werden, und sie wurden überwunden. Durch eine Bekanntmachung des Staatsministeriums Gotha vom 26. Januar 1915 entstanden im Herzogtum Coburg fünf „Kommunalverbände", je einer für den Bezirk der Städte Coburg, Neustadt, Rodach und Königsberg i. Fr. und für die Gesamtheit der Landgemeinden, die schon wenige Tage darauf ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Getreide- und Mehlwirtschaft aufnahmen und schließlich die Träger der gesamten Zwangswirtschaft für Nahrungs- und Futtermittel und zahlreiche Gegenstände des täglichen Bedarfs (Seife, Webwaren, Schuhe, Nähfäden, Leuchtmittel u. dergl. mehr) wurden.

## I.

Durch eine Bundesratsverordnung (BRVO) vom 25. Januar 1915 über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl waren mit Wirkung

vom 1. Februar 1915 ab alle Vorräte über 2 Zentner an Brotgetreide oder Mehl oder beiden zusammen beschlagnahmt worden, und zwar das Getreide für die Kriegsgetreide-Gesellschaft m. b. H. (die Vorläuferin der späteren Reichsgetreidestelle), das Mehl für den Kommunalverband, in dessen Bezirk es sich befand. Trotz der Beschlagnahme durften lediglich die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe das zur Ernährung der Angehörigen ihrer Wirtschaft einschließlich des Gesindes (der „Selbstversorger") und zur Frühjahrsbestellung erforderliche Getreide zurückbehalten, dessen Höchstmenge genau bestimmt war, über alles übrige Getreide verfügte eine „Reichsverteilungsstelle" zu Gunsten der Kommunalverbände, die den Verbrauch zu regeln hatten. Die coburgischen Kommunalverbände gingen dabei zunächst unabhängig von einander vor. Sie führten je für ihren Bezirk alsbald die Brotkarte ein, auf die allein von Mitte März 1915 an noch Mehl und Brot an Verbraucher abgegeben werden durfte, bestimmten die wöchentliche Höchstverbrauchsmenge (bis Ende März noch 4 Pfund Brot oder Mehl, dann $3^1/_2$ Pfund Gebäck oder 1400 g Mehl*) und trafen die zur Überwachung der Verbrauchsbeschränkungen notwendigen Maßnahmen. Wenn die Anordnungen auch in den Grundzügen übereinstimmten, so hatten sie doch zur Folge, daß die einzelnen Kommunalverbände völlig von einander abgeschlossen wurden, ein Zustand, der bei der Kleinheit der Verhältnisse auf die Dauer unhaltbar wurde. Insbesondere wurde es von Stadt- und Landbewohnern schon bald höchst unliebsam empfunden, daß die Brotkarten grundsätzlich nur in dem Kommunalverband galten, der sie ausgegeben hatte. Dieser Mißstand wurde auch dadurch nicht behoben, daß die um die Stadt Coburg herumliegenden Orte auf Grund einer besonderen Vereinbarung zwischen dem Landratsamt und dem Magistrat Coburg dem städtischen Versorgungsgebiet angegliedert wurden. Die wirtschaftliche Einheit, die das Herzogtum von jeher gebildet hatte, ließ sich eben nicht ohne schwere Beeinträchtigung der Interessen aller Beteiligten aufheben. Es bedeutete deshalb einen großen Fortschritt, als am 27. März 1915 auf Betreiben des Landratsamtes zunächst zwischen den vier Kommunalverbänden Coburg-Stadt, Rodach, Königsberg i. Fr. und Coburg-Land und im August 1915 auch mit dem Kommunalverband Neustadt eine Vereinbarung zustande kam, durch die sich die Kommunalverbände zu einem Zweckverband der „Vereinigten Kommunalverbände des Herzogtums S.-Coburg" (im folgenden kurz mit VKV bezeichnet) zusammenschlossen. Dieser übernahm nunmehr „mit Genehmigung des Staatsministeriums für den Bezirk des Herzogtums die Rechte und Pflichten, welche die BRVO vom 25. Januar 1915 über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl und die zu ihr erlassenen Ausführungsanweisungen den Kommunalverbänden beilegten", und führte damit eine einheitliche Bewirtschaftung des Mehles und Brotes im Herzogtum durch. Sein Organ bildete der Vorstand, der sich aus dem Landrat als Vorsitzendem und je einem Mitglied des

*) Kinder unter 6 Jahren erhielten in Coburg, Rodach und im Landbezirk vorübergehend nur die Hälfte dieser Menge.

Magistrats der 4 Städte, dieses von dem betreffenden Magistrat ernannt, zusammensetzte, ihm stand ein Ausschuß von Vertretern der Landwirtschaft, der Verbraucher, der Bäcker und Müller beratend zur Seite. Die laufenden Geschäfte führten gemeinsam der Landrat und das Mitglied des Magistrats Coburg mit Hilfe einer beim Landratsamt gebildeten Geschäftsstelle, der der Schriftwechsel, die Aufstellung der Verteilungspläne usw. oblag, und einer später errichteten „Kreiskornstelle", die, als besondere Abteilung des Landratsamts, der Coburger Zweigstelle der Thüringer Hauptgenossenschaft angegliedert war und die rein kaufmännischen Geschäfte zu erledigen hatte.

Das zur Deckung des Bedarfsanteils erforderliche Brotgetreide und Mehl gewannen die VKV mit dem Beginn des Wirtschaftsjahres 1915/16 im Wege der „Selbstwirtschaft"*) in erster Linie aus den in ihrem Bezirk für sie beschlagnahmten Ernteerträgnissen, und, soweit diese nicht ausreichten, aus den Zuweisungen der Reichsgetreidestelle (nach dem Anschluß Coburgs an Bayern der Bayr. Landesgetreidestelle). Mit der Mehlbeschaffung und -verteilung hatten sie durch Vertrag die „Mehlverteilungsstelle Thüringischer Kommunalverbände, G. m. b. H." in Erfurt beauftragt, die, gewissermaßen als Tochtergesellschaft der Thür. Hauptgenossenschaft, in jener Zeit entstanden war. Diese lieferte den Bäckern und Mehlhändlern das Mehl durch die Coburger Zweigstelle der Thür. Hauptgenossenschaft als Unterverteilungsstelle auf Grund von „Mehlbezugsscheinen", die von der Geschäftsstelle der VKV für je eine Brotkartenperiode von 14 Tagen nach Maßgabe der von dem betreffenden Bäcker oder Mehlhändler in der vorangegangenen Periode eingenommenen und zurückgelieferten Brotmarken auf eine bestimmte Mehlmenge ausgestellt wurden. Die Organisation des Zweckverbandes besteht heute nach sieben Jahren noch im wesentlichen unverändert und wird voraussichtlich auch bis zur endgiltigen Aufhebung der Mehlwirtschaft fortbestehen.**) Sie hat sich glänzend bewährt, nicht zuletzt durch die überaus rührige und zielbewußte Tätigkeit des damaligen Landrats von Strenge, der sie einrichtete und bis zum 1. April 1921 leitete, und die sachkundige Mithilfe der Thüringer Hauptgenossenschaft Erfurt und ihrer Coburger Zweigstelle (Direktor Kühnel), der vor allem zu danken ist, daß der Zweckverband vor schweren geldlichen Verlusten, wie sie zahlreiche andere Kommunalverbände erlitten, bisher bewahrt blieb.

Die Regelung des Verbrauchs innerhalb der einzelnen Kommunalverbände erfolgte auch nach der Begründung des Zweckverbands formell durch die Einzel-

*) Sie erstrebten damit für die Verbraucher billigere Mehl- und Brotpreise und schafften den kleinen Mühlen im Lande Gelegenheit zu lohnender Beschäftigung. Vorher hatten sie von dem Recht der Selbstwirtschaft mangels ausreichender Kornvorräte im Lande keinen Gebrauch machen können und die erforderlichen Mehlmengen sich zuweisen lassen müssen.

**) Der Kommunalverband Königsberg i. Fr. und die sieben Landorte der Königsberger Enklave schieden nach dem Anschluß Coburgs an Bayern mit dem 1. Juli 1920 aus dem Zweckverband aus und traten zum Kommunalverband Hofheim.

Kommunalverbände, tatsächlich aber völlig übereinstimmend (in der Regel durch gemeinsame Verordnung). Neben zahlreichen Vorschriften über die Herstellung des Brotes in bestimmten Einheitsgrößen und in bestimmter Zusammensetzung (insbesondere mit einem bestimmten Zusatz von Kartoffeln oder Kartoffelpräparaten), über die Einschränkung der Kuchenbereitung, bestimmte Backzeiten u. dergl., die zur Ausführung und Ergänzung der Reichsvorschriften teils vom Staatsministerium, teils von den Kommunalverbänden erlassen wurden, betrafen die Anordnungen vor allem die Durchführung und Kontrolle der Verbrauchsbeschränkung bei Selbstversorgern und Verbrauchern. Jene durften das ihnen nach Reichsvorschrift zustehende Selbstversorgergetreide (an Brotgetreide durchschnittlich 9 kg je Kopf und Monat) nur auf Grund eines vom Gemeindevorstand, später vom Landratsamt auf bestimmte Zeit ausgestellten Ausmahlnachweises („Mahlkarte") in einer bestimmten Mühle ausmahlen lassen, die darüber in ihrem „Mahlbuch" genaue Nachweisungen zu führen hatte; zeitweilig hatten sie sich auch hinsichtlich des Verbackens ihres Mehles Kontrollen zu unterwerfen. Vor allem aber wurde für die Verbraucher eine nicht mehr auf den Einzel-Kommunalverband, sondern auf die Vereinigten Kommunalverbände lautende Brotkarte eingeführt, die ohne Rücksicht auf den Ausgabeort im ganzen Bezirk der VKV galt. Die Brotkarten wurden auf Grund einer „Haushaltungskarte", die jeder Haushaltungsvorstand als Ausweis für den Empfang der verschiedenen Nahrungsmittelkarten für die Angehörigen seines Haushalts erhielt, durch die städtischen Lebensmittelämter oder deren Obmänner und die Gemeindevorstände an der Hand von Brotkartenausgabelisten auf zwei, vom Oktober 1920 ab auf vier Wochen im voraus ausgegeben und enthielten, wie die früheren Karten der Einzelkommunalverbände, neben einem Stammabschnitt einzelne Brotmarken, deren jede für eine bestimmte Menge Mehl oder Brot galt (vergl. Markentafel Nr. 1).*)

Den Wert der Brotkarten bestimmte jeweils der Vorstand der VKV im Rahmen der von der Reichsgetreidestelle festgesetzten Höchstverbrauchsmenge. Infolge des ungleichen Ausfalls der Ernten war diese und damit auch die von den VKV bestimmte Wochenration zu den verschiedenen Zeiten starken Schwankungen

*) Auf der Rückseite der Brotkarten finden sich wiederholt Aufdrucke wie „Gebt alles Gold dem Vaterlande" oder „Zeichnet Kriegsanleihe" u. dergl. — Für den Reiseverkehr gaben die Kommunalverbände vom 1. Juli 1916 bis Mitte September 1916 im Anschluß an das bayerische Landesbrotmarkensystem besondere Reisebrotmarken im Umtausch gegen die heimischen Brotmarken aus (vergl. Markentafel Nr. 17), auf die auch in Bayern und einigen anderen, dem System angeschlossenen Staaten Brot bezogen werden konnte, wie umgekehrt die Brotmarken dieser Staaten zur Entnahme von Brot im Herzogtum Coburg berechtigten. Die Verrechnung der beiderseitigen Marken erfolgte durch eine besondere „Landesbrotmarkenvermittlungsstelle" beim Magistrat Coburg. Hotelgäste anderer Staaten erhielten in Coburg und Neustadt vorübergehend Tagesbrotkarten auf Grund der Abmeldebescheinigung ihres Kommunalverbands; die drei anderen coburgischen Kommunalverbände gewährten den Gastwirten für den Fremdenverkehr bestimmte Pauschmengen an Mehl oder Brot ohne Markenkontrolle, wobei Königsberg i. Fr. von je 70 Gramm Brot 5 Pfg. zur Unterstützung bedürftiger Kriegerfamilien von den Fremden erhob. Diese Regelung wurde gegenstandslos, als die Reichsgetreidestelle im September 1916 im ganzen Reich giltige Reichsreisebrotmarken einführte (vergl. Markentafel Nr. 18 für die zuletzt giltige Form).

unterworfen. Im allgemeinen betrug sie zu Beginn des Wirtschaftsjahres für jeden Verbraucher ohne Unterschied des Alters durchschnittlich etwa 2000 g Schwarzbrot (oder die entsprechenden Mehl- oder Weißbrotmengen). Fast alljährlich mußte sie aber schon wenige Monate nach der Ernte wesentlich vermindert werden, weil das tatsächliche Ernteergebnis den Schätzungen nicht entsprach. Ihren tiefsten Stand erreichte sie infolge des schlechten Ausfalls der Ernte 1916 im Frühjahr und Sommer 1917 mit 1550 g Schwarzbrot unter gleichzeitiger Erhöhung des Ausmahlungssatzes von 80 % bei Weizen und 82 % bei Roggen auf 94 %*). Diese Einschränkung war um so empfindlicher, als gleichzeitig die Kartoffelnot aufs höchste gestiegen war, und auch die außerordentliche Fleischzulage von 250 g wöchentlich, die auf Anordnung des Kriegsernährungsamts für die Zeit der Verminderung der Brotration (bis Mitte August 1917) gewährt wurde, konnte kaum als ausreichender Ersatz betrachtet werden.**) Fast ebensoweit (auf 1650 g Schwarzbrot) sank die Ration im Sommer 1918 von Mitte Juni bis Ende August, wofür es einmal im Juni eine Zuckerzulage von 750 g und im Juli für 3 Wochen je 250 g Hülsenfrüchte gab. (Vergl. die „Zusatzmarke" Markentafel Nr. 5)***). Im Jahre 1919 besserte sich die Brotversorgung vorübergehend: Außer einer allgemeinen Brotzulage und der Herabsetzung des Ausmahlungssatzes von 94 % auf 80 bezw. 82 % konnte zeitweise noch gutes amerikanisches Weizenmehl auf „Einfuhrzusatzkarten" verteilt werden. Im Februar 1920 mußte freilich die Ration unter gleichzeitiger Erhöhung der Ausmahlung auf 90 % wiederum vermindert werden; sie beträgt seitdem bis heute 1850 g Schwarzbrot. Eine fühlbare, freudig begrüßte Erleichterung bedeutete es, daß vom November 1920 an wieder amerikanisches Weizenmehl, und zwar nunmehr allmonatlich zuerst 600 g, dann 800 g ausgegeben werden konnten. Diese Zulage mußte jedoch vom Januar 1922 ab wieder wegfallen, da der traurige Stand der deutschen Valuta die Einfuhr des Mehles nicht mehr gestattete.

Mit dem Wirtschaftsjahr 1921/22 begann eine neue, hoffentlich die letzte Periode der Mehlwirtschaft: An die Stelle der Zwangswirtschaft im eigentlichen Sinn wurde durch Reichsgesetz vom 21. Juni 1921 über den Verkehr mit Getreide

*) Zur Einsparung von Mehl wurde den Bäckern gleichzeitig das Kuchen- und Tortenbacken von den VKV verboten, wie schon im Mai 1916 das Staatsministerium aus dem gleichen Grund den Verkauf von Zuckertüten für Schulanfänger untersagt hatte,

**) Kinder unter 6 Jahren erhielten die Hälfte der Zulage. Zum Ausgleich des Unterschieds zwischen dem Brotpreise und dem der Fleischzulage gewährten Reich und Staat, anfangs nur für minderbemittelte Familien bis zu 3500 Mk. Jahreseinkommen, später für alle Verbraucher für dieses Fleisch, das auf besondere kommunale Zusatzkarten abgegeben wurde, einen Zuschuß von 1.30 Mk. je Pfund, sodaß man im Mai 1917 z. B. eine Pfund Schweinefleisch für 20 Pfennige, ein Pfund Rot- oder Weißwurst für 30 Pfennige erhalten konnte.

***) Auch in den Wintermonaten 1917/18 konnte einigemale nicht die volle Brotration ausgegeben werden, weil die benötigten Brotstreckungsmittel (Kartoffelflocken, Walzmehl u. dgl.) nicht rechtzeitig verfügbar waren. In diesen Fällen wurden die entsprechenden Mengen Frischkartoffeln auf besonderen Abschnitt der Brotkarte geliefert.

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY
NOV 8 1922


das Umlageverfahren gesetzt, d. h. jeder Landwirt hatte von seiner Getreideernte nur noch eine vom Kommunalverband oder Gemeindevorstand bestimmte Menge abzuliefern, während er über den Rest frei verfügen konnte. Damit wurde der Landwirt von den Fesseln der Zwangswirtschaft, insbesondere von den Verbrauchsbeschränkungen, dem Mahlscheinzwang usw. frei, sobald er seine Umlage abgeliefert hatte. Das Umlagegetreide wird noch vom Kommunalverband bewirtschaftet und das daraus gewonnene Mehl und Brot in gleicher Weise wie bisher, auch in derselben Ration an die Nichtselbstversorger auf Brotmarken abgegeben. Daneben aber gibt es jetzt freies Mehl und Brot, das jeder, der über den entsprechenden Geldbeutel verfügt — denn es ist nicht unerheblich teurer als das Markenmehl und -brot — in beliebiger Menge erwerben und verbrauchen kann. Tatsächlich ist damit die Zwangswirtschaft für Brotgetreide, Mehl und Brot aufgehoben. Denn die teilweise Beibehaltung der Erfassung und Rationierung bedeutet lediglich ein Zwischenstadium, das den Übergang zur freien Wirtschaft erleichtern und möglichst reibungslos gestalten, insbesondere ein für die meisten Verbraucher unerträgliches sprunghaftes Steigen der Mehl- und Brotpreise tunlichst verhüten soll. Mit dem Ende des Wirtschaftsjahres wird voraussichtlich auch dieser letzte Rest der Zwangswirtschaft fallen.

II.

Der wenig befriedigende Ausfall der Kartoffelernte des Jahres 1915 führte dazu, daß auch die Kartoffel, dieses nächst dem Brot wichtigste Volksnahrungsmittel, schon bald in die öffentliche Wirtschaft einbezogen wurde. Mißstände im Verkehr mit Kartoffeln hatten sich bereits im Herbst und Winter 1914 gezeigt, sodaß die Stadt Coburg und das Landratsamt schon damals Kleinhandelshöchstpreise für Speisekartoffeln festsetzen mußten. Um weiterhin die Versorgung, namentlich der minderbemittelten Bevölkerung, sicherzustellen, verbot das Landratsamt im April 1915 und kurze Zeit darauf auch die Stadt Coburg auf Grund einer BRVO vom 12. April 1915 die Abgabe von Kartoffeln aus ihren Bezirken, sofern nicht ein städtischer Kommunalverband des Herzogtums selbst als Käufer auftrat. Im übrigen blieb es dem Einzelnen noch überlassen, die von ihm für Herbst und Winter 1915/16 benötigten Kartoffeln durch freihändigen Ankauf selbst zu beschaffen, einen etwaigen Fehlbedarf hatten die Kommunalverbände, soweit sie ihn nicht selbst aufbringen konnten, bei der neu errichteten „Reichsstelle für Kartoffelversorgung" (der nachmaligen Reichskartoffelstelle) anzumelden, die ihrerseits die angemeldeten Mengen wiederum zunächst im freien Verkehr aufzubringen suchte, bis den Landwirten seit dem Herbst 1915 durch eine Reihe Bundesratsverordnungen eine allmählich immer weitergehende Abgabepflicht für Speisekartoffeln auferlegt wurde. Als sich in Coburg die Kartoffelknappheit mehr und mehr verschärfte, erließ das Staatsministerium im Mai 1916 ein zeitweiliges allgemeines Ausfuhrverbot für das Herzogtum und machte gleichzeitig den gewerbsmäßigen An- und Aufkauf von Kartoffeln von behördlicher Genehmigung abhängig.

Die völlige Mißernte des Jahres 1916 nötigte schließlich dazu, die Kartoffel der regelrechten Zwangswirtschaft zu unterwerfen. Durch BRVO vom 26. 6. 1916 war den Kommunalverbänden zur Pflicht gemacht, die für die Versorgung ihrer Bevölkerung im nächsten Wirtschaftsjahr (16. 8. 16 — 15. 8. 17) erforderlichen Speisekartoffeln sicherzustellen und, soweit sie sie nicht aus den Vorräten ihres Bezirks aufbringen konnten, durch Vermittlung der Reichskartoffelstelle zu beschaffen, die ihnen die nötigen Mengen auf Grund ihrer Bedarfsanmeldung in einem Überschußbezirk zuwies. Als Vermittlungs- nnd Verteilungsstelle der thüringischen Kommunalverbände diente dabei die Thür. Landeskartoffelstelle in Weimar, die im Juli 1916 von den Thüringischen Staaten errichtet worden war und als solche die Aufbringung der von der Reichskartoffelstelle nach Erntedurchschnittserträgen geschätzten Überschußmengen der Kommunalverbände sowie die Verteilung der Fehlbedarfsmengen zu regeln und überwachen hatte.*)

Die Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln vollzog sich nach einer Verordnung des Landratsamts, der im wesentlichen auch die Versorgungsregelungen der Städte nachgebildet waren, in den Grundzügen folgendermaßen: Wer selbst Kartoffeln in ausreichender Menge baute, mußte sich selbst versorgen, er durfte den ihm nach Reichsvorschrift zustehenden Eigenbedarf an Speisekartoffeln, Saatgut u. dergl. zurückbehalten, den Rest seiner Ernte hatte er an den Kommunalverband abzuliefern. Alle anderen Versorgungsberechtigten wurden ausschließlich vom Kommunalverband versorgt. Dabei war ihnen die Wahl gelassen, entweder auf Grund eines Bezugsscheins ihren zulässigen Jahresbedarf oder wenigstens einen größeren Teil davon unmittelbar bei einem bestimmten Landwirt im voraus einzukaufen und selbst einzulagern, oder, wenn sie dies nicht tun wollten oder konnten, von ihrer Gemeinde Kartoffelmarken zu beziehen und so ihren Bedarf nach und nach durch die Gemeinde zu decken. Mit der Aushändigung eines Bezugsscheins übernahm der Empfänger die Pflicht, für seine Kartoffelversorgung in Höhe des Bezugsscheins selbst zu sorgen, während andrerseits die auf den Bezugsschein gelieferte Menge dem betreffenden Landwirt natürlich auf seine Abgabepflicht angerechnet wurde. Den Städten Coburg, Neustadt und Rodach, die nach den Bestimmungen der Reichskartoffelstelle aus dem Landbezirk zu beliefern waren, war vom Landratsamt zur Vereinfachung der Lieferungen freigestellt, innerhalb der Grenzen ihres Bedarfsanteils und unter Anrechnung auf diesen selbst Bezugsscheine an ihre ver-

*) Sie war die erste der „Thür. Landesstellen" in Weimar, die später im Thür. Ernährungsamt zusammengefaßt waren. Dieses entwickelte sich Anfang Februar 1917 aus einem Ende Dezember 1916 in Weimar begründeten „Ernährungsausschuß" der Thür. Staaten, dem die gleichmäßige Verteilung der den Thür. Staaten vom Reich für die allgemeine Versorgung und die der Arbeiter der Kriegsindustrie zugewiesenen Nährmittel (s. unten unter V) im engen Anschluß an die Aufgaben der Thür. Landeskartoffelstelle obgelegen hatte, und dessen Aufgaben es übernahm. Der Staat Coburg schied aus seiner Zugehörigkeit mit dem Anschluß Coburgs an Bayern am 1. Juli 1920 aus. Gleichzeitig übernahmen die bayerischen Landesstellen die Versorgung der coburgischen Landesteile. Aus dem Ernährungsamt ging nach Begründung des Landes Thüringen das Thür. Wirtschaftsministerium hervor.

sorgungsberechtigten Einwohner auszugeben, auf welche diese Kartoffeln auch im Landbezirk unmittelbar beziehen konnten. Auf die Kartoffelmarken, die von den Städten und den Landgemeinden in verschiedenen Formen ausgegeben wurden*), durften die Verbraucher nur von der Gemeinde aus deren Vorräten, nicht aber unmittelbar vom Landwirt Kartoffeln beziehen. Von unbedeutenden Abweichungen abgesehen, war in gleicher Weise die Kartoffelversorgung auch in den folgenden Jahren geregelt.

Die praktische Durchführung der Versorgung bereitete von Anfang an ungeheure Schwierigkeiten. Die heimischen Ernten, deren Ertrag teilweise wenig günstig war und von der Reichskartoffelstelle auch noch mehrfach erheblich überschätzt wurde, reichten zur Versorgung des Landes nicht aus. Alljährlich wurde deshalb die Beschaffung großer Mengen auswärtiger Kartoffeln nötig, die oft unter schwierigsten Verhältnissen (im Winter, bei Wagenmangel der Eisenbahn!) und von weither (u. a. aus der Provinz Posen) bezogen werden mußten.**) Stockungen in der Versorgung waren deshalb unvermeidlich. Oft konnte auf die Marken nur ein Bruchteil der offiziellen Wochenration, mehrfach auch gar nichts verteilt werden. Wiederholt mußten deshalb die Rationen für Selbstversorger und Verbraucher, die grundsätzlich vom Reich bestimmt wurden und in der Regel für jene 1½ Pfund, für diese ein Pfund je Kopf und Tag betrugen, herabgesetzt und den Selbstversorgern und Selbsteinlagerern nachträglich wieder ein Teil ihrer Kartoffeln abgenommen werden. Aufs höchste stieg die Kartoffelnot im Winter und Frühjahr 1916/17. Schon vom 1. Januar 1917 an war die Ration allgemein vom Reich erheblich vermindert worden, durch eine Verschärfung der Verfütterungsverbote und andere Maßnahmen***) versuchte man, die Vorräte weiter zu strecken. Trotzdem gelang es nicht, eine auch nur einigermaßen ausreichende Versorgung durchzuführen. In den Städten und Industriegemeinden des Herzogtums konnten nur ganz unregelmäßig Kartoffeln abgegeben werden, und die Hausfrau mußte froh sein, nach stundenlangem „Anstehen" in Wind und Wetter einige wenige Kartoffeln zu erhalten, wenn sie nicht gar nach vergeblichem Harren mit leerem Korb oder allenfalls einer Kohlrübe nach Hause gehen mußte. Es hatte der berüchtigte „Kohlrübenwinter" begonnen, in dem wir die Kohlrübe als Kartoffelersatz im Brot, als Gemüse, in der Marmelade und sogar als „Kaffeeersatz" genossen. Auch sie wurde rationiert. Die Abgabe erfolgte in

*) Sie waren in der Regel ähnlich wie die Brotmarken an einem Abschnitt zu einer Kartoffelkarte vereinigt und lauteten auf eine bestimmte Zeit (meist eine oder zwei Wochen), enthielten aber keine Angabe über die darauf zu liefernde Menge, die vielmehr jeweils von der Ausgabestelle besonders bekannt gegeben wurde (vergl. Markentafel Nr. 10). In der Stadt Coburg gab es vorübergehend auch Gasthauskartoffelmarken.

**) Bei der unzureichenden Inlandsversorgung gelangten auch polnische, dänische und holländische Kartoffeln zur Lieferung, die zur Angleichung an den Inlandspreis mehrfach unter großem Kostenaufwand von Staat und Stadt verbilligt wurden.

***) Das Staatsministerium verbot z. B. am 5. Dezember 1916 die Herstellung und Abgabe von rohen Kartoffelklößen in Gastwirtschaften, Fremdenheimen, Volksküchen usw

der Regel auf die Kartoffelmarken, teilweise auch auf besondere Kohlrübenmarken, je nach Maßgabe der verfügbaren Mengen, wobei im allgemeinen zwei Pfund Kohlrüben = ein Pfund Kartoffeln gerechnet wurden. Zur Linderung der größten Not konnten gegen Ende des Wirtschaftsjahres an Haushaltungen, die gar keine Kartoffeln mehr hatten, einigemale kleine Mengen Mehl zur Verfügung gestellt werden; einmal wurde auch (Mitte August 1917) eine allgemeine Fleischzulage von 100 Gramm je Kopf gewährt. Es war eine böse Zeit, die sich in den folgenden Jahren glücklicherweise nicht oder wenigstens nicht in der gleichen Schärfe wiederholte. Nach den Erfahrungen dieses Winters wurden natürlich auch die Frühkartoffeln in die öffentliche Bewirtschaftung einbezogen, nachdem bisher nach einer Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 21. Juli 1916 nur eine Genehmigungspflicht bei ihrer Veräußerung an Verbraucher und Aufkäufer bestanden hatte; ebenso wurden die im gartenmäßigen Anbau gezogenen Kartoffeln den Erzeugern zwar grundsätzlich belassen, aber auf ihren Bedarfsanteil angerechnet. Trotzdem konnte man auch in den folgenden Jahren (bis März 1919) noch nicht auf die Kohlrübe verzichten und mußte sie gelegentlich immer wieder zur Auffüllung der Rationen verwenden. Eine neue Krisis schien wieder im Frühjahr 1920 einzutreten: man konnte hier die Verbraucher-Rationen nur dadurch halten, daß die Selbstversorger-Ration und die Versorgungsperiode der Selbstversorger und der Selbsteinlagerer um mehrere Wochen gekürzt und außerdem erhebliche Mengen ausländischer Kartoffeln von der bayerischen Landeskartoffelstelle zur Verfügung gestellt wurden.

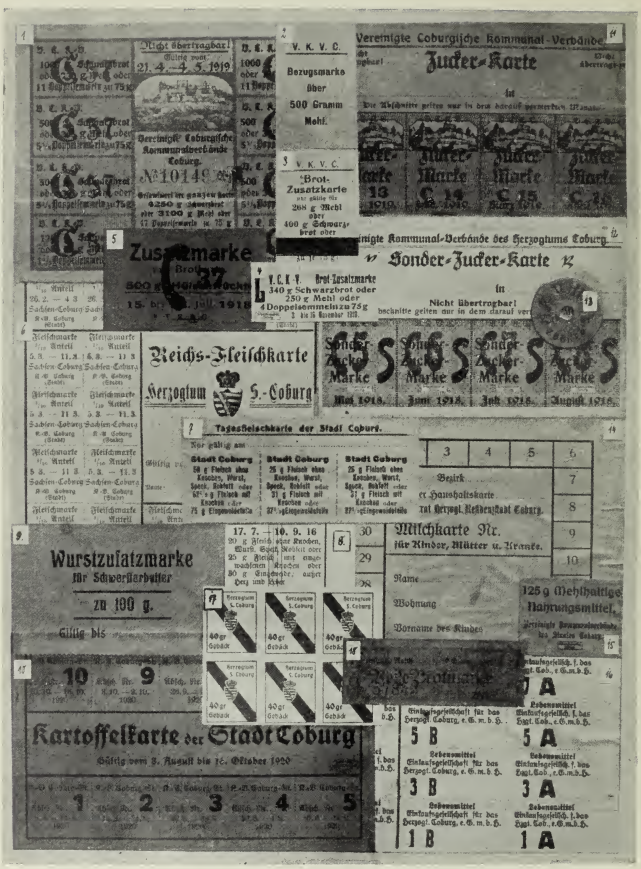
Mit dem Beginn der Kartoffelernte 1920 wurde der Verkehr mit Speisekartoffeln vom Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft für Bayern freigegeben. Damit hörte auch im vormaligen Staat Coburg die öffentliche Kartoffelwirtschaft auf. Lediglich für eine gewisse Übergangszeit wurde der gewerbsmäßige Aufkauf und der Versand von Kartoffeln in Wagenladungen noch von behördlicher Genehmigung abhängig gemacht, bis bald auch diese Schranken fielen.

III.

Ungefähr gleichzeitig mit den Anfängen der Kartoffelbewirtschaftung finden wir die ersten Ansätze für die Fleischwirtschaft. Auch hier waren es zunächst vorsichtige Sicherungs- und Erhaltungsmaßnahmen, die vom Reich und in Ausführung und Ergänzung seiner Anordnungen von den Landesbehörden ausgingen, wie Schlachtverbote für Jungvieh, trächtige Kühe und Sauen — denen später wegen der Kartoffel- und Futternot ganz entgegengesetzte Maßnahmen: Schlachtgebote für Schweine gegenübertraten —, die Einführung fleischfreier Tage für gewerbliche Betriebe und Gastwirtschaften, Vorschriften zur Vereinfachung der Beköstigung in Gastwirtschaften*), ein Verbot der gewerbsmäßigen Herstellung von

*) BRBO v. 31. 5. 1916: In Gastwirtschaften dürfen zu einer Mahlzeit nicht mehr als 2 Fleischgerichte zur Auswahl gestellt werden. Jeder Gast darf nur ein Fleischgericht erhalten. Feste Speisenfolgen dürfen höchstens folgende Gänge enthalten: eine Suppe, ein Fisch- oder Zwischengericht ohne Fleisch, ein Gericht aus Fleisch mit Beilage (an fleischfreien Tagen ein weiteres Fisch- oder Zwischengericht), eine Süßspeise oder Käse oder Dunstobst oder Früchte.

Lebensmittel-Ausgaben




Lebensmittelkarten

Fleischkonserven u. dergl. Zur Verhinderung des wilden Handels mit Vieh führten das Staatsministerium Coburg und die Bezirksverwaltungsbehörden im Januar und Februar 1916 für den gewerbsmäßigen Handel mit Vieh und die gewerbliche Ausfuhr von Vieh und Fleisch die Genehmigungspflicht ein; gleichzeitig wurden Schlachtungen von trächtigem Vieh, weiblichen Kälbern, mindergewichtigen Schweinen und jungen Kälbern überhaupt verboten; sonstige Schlachtungen waren, von dringenden Fällen, wie Notschlachtungen, abgesehen, den gewerbsmäßigen Schlächtern nur für ihre eigenen gewerblichen Zwecke, anderen Personen nur dann gestattet, wenn sie die Tiere in ihrer Wirtschaft aufgezogen oder wenigstens längere Zeit gemästet hatten. Schlachtfeste wurden ganz verboten.

Trotzdem spitzte sich die Fleischversorgungsfrage immer mehr zu und nahm schließlich im Reich eine so ungünstige und unwirtschaftliche Entwicklung, daß im Frühjahr 1916 die Versorgung des Heeres, der Marine und der Zivilbevölkerung ernstlich bedroht erschien. Durch eine BRVO vom 27. März 1916 über Fleischversorgung wurden deshalb alle gewerblichen Schlachtungen kontingentiert, d. h. sie waren nur noch in einem von der Reichsfleischstelle festgesetzten Umfang gestattet, Hausschlachtungen nur noch unter eng begrenzten Voraussetzungen; für die rechtzeitige und vollständige Beschaffung des erforderlichen Schlachtviehs hatten die Landeszentralbehörden zu sorgen, den Verbrauch von Fleisch und Fleischwaren endlich hatten die Gemeinden zu regeln. In Vollzug dieser Verordnung wurden durch Bekanntmachung des Staatsministeriums Gotha vom 6. April 1916 auch für das Herzogtum Coburg neben einer Verschärfung des hier bereits bestehenden Ausfuhrverbots für Vieh und Fleisch alle Schlachtungen von Rindern, Kälbern, Schafen und Schweinen einschließlich der Hausschlachtungen mit alleiniger Ausnahme der Notschlachtungen an die ausdrückliche Genehmigung des Kommunalverbands geknüpft, der seinerseits die ihm vom Staatsministerium zugeteilte Höchstzahl der Schlachtungen auf seine Gemeinden zu verteilen hatte. Mit der Aufbringung des Schlachtviehs im Herzogtum war zunächst kurze Zeit der Landwirtschaftsrat für das Herzogtum Coburg, dann der „Viehhandelsverband Thüringen" in Weimar beauftragt, dem sich das Herzogtum im April 1916 zwecks Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh angeschlossen hatte. Dieser Verband war einige Wochen vorher für das Gebiet der Thür. Staaten als eine Art Zwangsgenossenschaft der Viehhändler und der Fleischer seines Bezirks entstanden, soweit sich die letzteren mit dem Viehankauf befaßten, und nahm seine Tätigkeit, insbesondere die Beschaffung des zur Deckung des Heeresbedarfs und zur Belieferung der auswärtigen Bedarfsverbände erforderlichen Schlachtviehs gegen Ende Juni 1916 im Herzogtum auf. Die Aufbringung sollte tunlichst im Weg des freihändigen Ankaufs durch die dem Verband angehörenden Viehhändler und Metzger erfolgen, die dabei an genaueste Vorschriften des Verbands, namentlich an die von ihm festgesetzten Stallhöchstpreise gebunden waren, und nur insoweit der freihändige Ankauf nicht möglich sein sollte, war ein Umlage- und Enteignungsverfahren vorgesehen. Die Verfügung über die angekauften Tiere stand in jedem

Fall dem Verbandsvorstand zu, dem zu diesem Zweck von jedem Viehkauf durch den Vertrauensmann des Verbands, den „Haupthändler", Anzeige zu erstatten war. Der Vorstand nahm auch die Verteilung des gesamten aufgebrachten Viehs auf die Bedarfsstellen vor, um eine einigermaßen gleichmäßige Versorgung Thüringens zu gewährleisten, vor allem aber die ordnungsmäßige Versorgung des Feldheeres sicherzustellen.

Als örtliche Kreisstelle des Verbands für das Herzogtum Coburg stand ihm die im Juni 1916 beim Staatsministerium gebildete „Landesviehstelle" zur Seite, die, aus einem Vorsitzenden, einem Vertreter des Landwirtschaftsrats als landwirtschaftlichem Berater und dem Haupthändler bestehend, den gesamten Handel mit Schlachtvieh sowie insbesondere die Aufbringung des Schlachtviehs in ihrem Bezirk zu überwachen hatte. Der Haupthändler hatte ihr dazu allwöchentlich einen festen Aufbringungsplan vorzulegen, gegen den sie gegebenenfalls Einspruch erheben konnte, wie sie auch sonst berechtigt war, dem Haupthändler im Rahmen der Verfügungen des Viehhandelsverbands bestimmte Weisungen zu erteilen. Außerdem lag ihr unter Mitwirkung des Haupthändlers auch die Unterverteilung des Viehs auf die örtlichen Bedarfsstellen (die Kommunalverbände, immobilen Truppen, Lazarette ihres Bezirks usw.) ob.*)

Als im April 1917 beim Thür. Ernährungsamt in Weimar ein besonderes „Thür. Landesfleischamt" begründet wurde, übernahm dieses die Überwachung der gesamten Fleischwirtschaft in den Thür. Kommunalverbänden, insbesondere die Feststellung des Viehaufbringungsplans, die Verteilung der von der Reichsfleischstelle zugelassenen Schlachtungen auf die einzelnen Kommunalverbände, die Regelung der Hausschlachtungen usw.; der Viehhandelsverband wurde ihm dazu als Geschäftsstelle unterstellt. Die coburgischen Kommunalverbände galten ihm gegenüber als e i n Kommunalverband, dessen Organ die Landesviehstelle war.

Die Regelung des Verbrauchs erfolgte anfangs durch die einzelnen Kommunalverbände. Sie beschränkte sich vorerst im wesentlichen auf die Festsetzung einer wöchentlichen Höchstmenge, die ein Haushalt verbrauchen durfte, und auf das Verbot, Fleisch und Fleischwaren an außerhalb des Kommunalverbands wohnende Personen abzugeben (so z. B. in Coburg und im Landbezirk, wo ein Haushalt in der Woche bis zu 3 mal, und zwar jedesmal bis zu 3 Pfund Fleisch oder Fleischwaren oder 2 Pfund Wurst, insgesamt also bis zu 9 Pfund Fleisch oder 6 Pfund Wurst, gegen Vorlage der Haushaltungskarte beziehen konnte, auf der die Entnahme vom Metzger zu vermerken war). Erst durch eine Ministerialbekanntmachung vom 25. Juni 1916

*) In der Stadt Coburg bestand daneben eine vom Magistrat für den gemeinsamen Einkauf von Schlachtvieh für die Fleischversorgung der Stadt eingerichtete Sammelstelle, bei welcher die städtischen Metzger ihren Bedarf an Schlachtvieh allwöchentlich anzumelden hatten. Jeder Metzger konnte an sich sein Schlachtvieh selbst ankaufen, hatte es aber bei der Sammelstelle anzumelden. Auf Grund der Bedarfsmeldungen verteilte die Sammelstelle das Vieh — immer natürlich im Rahmen des der Stadt zustehenden Schlachtungskontingents — auf die einzelnen Metzger, wobei sie Vieh, das ein Metzger etwa zuviel angekauft hatte, auch einem anderen überweisen konnte.

wurden auch im Herzogtum Coburg Fleischmarken eingeführt, die von den Kommunalverbänden in Karten für 8 Wochen mit Abschnitten für größere und kleinere Fleischmengen ausgegeben wurden (s. Markentafel Nr. 8) und im ganzen Staatsgebiet giltig waren*). Daneben führten die Städte Coburg, Neustadt und Rodach wenig später noch „Kundenlisten" ein: Jeder Verbraucher**) mußte sich in die Kundenliste eines beliebigen Metzgers eintragen, von dem allein er künftig sein Fleisch zu beziehen hatte. Die Listen waren für die richtige Verteilung des Schlachtungskontingents der Städte auf die einzelnen Metzger von großer Bedeutung. Da sie unter der Kontrolle der städtischen Behörden standen und nur mit deren Genehmigung geändert werden durften, bildeten sie eine zuverlässige Grundlage für die genaue Berechnung des tatsächlichen Fleischbedarfs jedes Metzgers, und dadurch auch für die Zuweisung der wirklich benötigten Schlachtviehmengen. Damit wurde einerseits eine Vergeudung des Schlachtviehs verhindert, anderseits konnte der Verbraucher sicher damit rechnen, daß er die ihm zustehende Fleischmenge auch bekam. Großverbraucher, wie Gastwirtschaften, Anstalten usw., empfingen statt der Marken Fleischbezugsscheine, die ebenfalls auf einen bestimmten Metzger und für eine bestimmte Menge und Zeit ausgestellt wurden. Fleischselbstversorger, die ihren Fleischbedarf durch Hausschlachtung selbst deckten, erhielten natürlich keine Fleischmarken, solange sie nach den Reichsvorschriften mit ihren Vorräten reichen mußten. Anfang Oktober 1916 fielen die kommunalen Fleischmarken infolge Einführung der Reichsfleischkarte wieder weg. Diese lautete nicht mehr, wie die Kommunalverbandsmarken, auf bestimmte Fleischmengen, sondern enthielt an einem Stammabschnitt für je 4 Wochen je 10 Zehntelabschnitte, deren Wert jeweils vom Kriegsernährungsamt oder im Rahmen seiner Anordnungen vom Kommunalverband festgesetzt wurde (s. Markentafel Nr. 6). Für Kinder bis zu 6 Jahren gab es eine besondere Kinderfleischkarte mit 4 mal 5 Zehntelabschnitten.

Auch die Fleischversorgung machte zeitweilig große Schwierigkeiten, wenn auch nicht in solchem Maße wie die Kartoffelversorgung. Indes konnten Stockungen in der regelmäßigen Versorgung mit gutem Frischfleisch dank der umsichtigen Leitung der Landesviehstelle durch ihren Vorsitzenden Regierungsrat Dr. Fritsch und der sachkundigen und unermüdlichen Tätigkeit des Haupthändlers, Kommissionsrat Abr. Friedmann in Coburg, im allgemeinen glücklich vermieden und insbesondere verhindert werden, daß die Bevölkerung der coburgischen Kommunalverbände wochen-, ja monatelang ausschließlich auf Konservenfleisch u. dergl. angewiesen war, wie es

*) Nach einer besonderen Vereinbarung des Staatsministeriums mit den anderen Thür. Staaten berechtigten die Marken im Reiseverkehr auch zur Entnahme von Fleisch in Gastwirtschaften außerhalb des Herzogtums, wie umgekehrt auch die Fleischkarten der an der Vereinbarung beteiligten Staaten in coburgischen Gastwirtschaften (nicht auch bei Metzgern) verwendet werden konnten. Für Reisende, die keine hier giltigen Fleischmarken besaßen, gab die Stadt Coburg vorübergehend Tagesfleischkarten aus (s. Markentafel Nr. 7).

**) Den Landbewohnern, die bisher regelmäßig ihr Fleisch von städtischen Metzgern bezogen hatten, blieb gestattet, sich in die städtischen Kundenlisten eintragen zu lassen.

in zahlreichen anderen Kommunalverbänden der Fall war. Der allgemeine Mangel an Schlachtvieh, der sich im Lauf der Zeit auch in unserem Land mehr und mehr fühlbar machte, führte freilich dazu, daß die anfänglich noch verhältnismäßig hohen Wochenrationen auf die Dauer nicht gehalten werden konnten. Bei Einführung der Fleischkarte war die wöchentliche Höchstverbrauchsmenge vom Staatsministerium einheitlich für das Herzogtum noch auf 750 g Fleisch mit Knochen (oder statt dessen 600 g Fleisch ohne Knochen, Wurst, Speck oder Rohfett oder 900 g Eingeweideteile) festgesetzt worden, mußte aber schon wenige Wochen später um fast die Hälfte (auf 450 g Fleisch mit Knochen) gekürzt werden und wurde bei Einführung der Reichsfleischkarte vom Kriegsernährungsamt vom 2. Oktober 1916 ab weiter auf 250 g Schlachtviehfleisch mit Knochen (= 200 g Fleisch ohne Knochen, Schinken, Speck, Dauerwurst u. dergl. oder 500 g Frischwurst, Eingeweideteile oder Fleischkonserven) herabgesetzt. (Kinder bis zu sechs Jahren erhielten jeweils die Hälfte dieser Mengen.*) Nur für die Weihnachtswoche 1916 gab es „wegen der zahlreichen Sonntage" 300 g Fleisch mit Knochen. Nebenher gingen Vorschriften des Kriegsernährungsamts und der Kommunalverbände, die die möglichste Schonung der Viehbestände und die Streckung der vorhandenen Fleischvorräte bezweckten. So wurden u. a. die Vorschriften über die Hausschlachtungen erneut verschärft (die der sogen. „Pensionsschweine", die der Schlachtende nicht selbst gemästet hatte, z. B. ganz verboten), die Kommunalverbände erließen Vorschriften über die alleinige Herstellung und Abgabe gewisser Wurstsorten, über die Verpflichtung der Verbraucher, mindestens einen gewissen Teil ihrer Fleischration in Wurst zu entnehmen u. dergl. In diesem Zusammenhang sei auch eine Verordnung des Staatsministeriums vom 6. Oktober 1916 erwähnt, die die Jagdberechtigten verpflichtete, von ihrer Jagdbeute an Hasen die Hälfte an die Kommunalverbände abzuliefern, die dazu bestimmte Jagdbezirke zugewiesen erhielten, und die im folgenden Jahr auf Rot-, Dam-, Schwarz- und Rehwild ausgedehnt wurde. Wurden dadurch die verfügbaren Mengen an Schlachtviehfleisch auch nicht allzu sehr gestreckt, so wurde doch erreicht, daß das Wildpret nicht nur dem Jagdberechtigten und seinen Freunden, sondern auch weiteren Kreisen der Allgemeinheit zu Gute kam.**)

Als gegen Ende des Jahres 1917 die Aufbringung des Schlachtviehs immer schwieriger wurde und schließlich nur noch im Weg des Umlage- und Enteignungsverfahrens möglich war, setzte die Landesviehstelle die Ration für den Landbezirk vom 31. Dezember 1917 ab auf 125 g Fleisch mit Knochen herab, um die bisherige Ration wenigstens in den Städten aufrecht erhalten zu können. Infolgedessen entfielen auf den Landbezirk nur noch so wenig Schlachtungen, daß nicht mehr jedem Metzger ein ganzes Schlachttier zugewiesen werden konnte. Das Landratsamt

*) Kinder unter einem Jahre erhielten bis zur Einführung der Reichsfleischkarte überhaupt kein Fleisch.

**) In der Stadt Coburg wurden dazu sogar besondere „Hasenkarten" ausgegeben, auf die allerdings nur verhältnismäßig wenig Glückliche auch wirklich einen Hasen bekamen.

bildete deshalb in seinem Bezirk sogen. „Schlachtbezirke", die als solche nach der Zahl ihrer Versorgungsberechtigten einerseits und der Zahl der von der Landesviehstelle überwiesenen Schlachttiere anderseits mit Schlachtvieh versorgt wurden. Kleine Metzgereien mit wenig Kunden mußten gemeinsam schlachten und sich in die Schlachtausbeute nach Maßgabe ihrer Kundenlisten teilen, die jetzt auch im Landbezirk angelegt wurden. Aber auch diese Maßnahme genügte nicht, um eine restlose Ausnutzung der verfügbaren Schlachttiere zu gewährleisten, zumal da die unerlaubten („schwarzen") Schlachtungen und der Schleichhandel mit Vieh und Fleisch trotz Androhung harter Strafen und schwerer wirtschaftlicher Nachteile*) immer mehr überhand nahmen und die Versorgung der Bevölkerung zeitweise geradezu in Frage stellten. So entschloß sich die Landesviehstelle um die Mitte des Jahres 1918, die sämtlichen Schlachtungen mit Ausnahme derer in der Stadt Coburg in eigener Regie und unter ihrer Aufsicht und Oberleitung**) durch Bezirksschlächtereien vornehmen zu lassen. Diese wurden in Neustadt, Rodach und Königsberg je für die betreffenden Stadtbezirke und die umliegenden Landorte, in Coburg und Sonnefeld für den übrigen Landbezirk eingerichtet und Ende Juli 1918 eröffnet. Das Schlachtvieh wurde jetzt (außer in der Stadt Coburg) nicht mehr den einzelnen Metzgern, sondern ausschließlich den Bezirksschlächtereien, und zwar unmittelbar von der Landesviehstelle überwiesen. Zum Weiterverkauf des Fleisches und der in den Bezirksschlächtereien hergestellten Wurstwaren an die Verbraucher wurden von den Bezirksverwaltungsbehörden je nach Bedarf, in der Regel bei den ortsansässigen Metzgern, Fleischverkaufsstellen bestimmt, die jeweils am Freitag vormittag nach Maßgabe ihrer Kundenzahl die erforderlichen Fleisch- und Wurstmengen von ihrer zuständigen Bezirksschlächterei erhielten und im unmittelbaren Anschluß daran, soweit nötig auch noch am Sonnabend vormittag, das Fleisch an die Verbraucher abgaben. Die Einrichtung der Bezirksschlächtereien hat sich vorzüglich bewährt. Nur mit ihrer Hilfe war es möglich, die Versorgung der Bevölkerung auch unter den damaligen äußerst schwierigen Verhältnissen durchzuführen. Die Viehbestände hatten in jener Zeit so abgenommen, daß die Reichsfleischstelle im Winter 1918/19 außer weiteren Kürzungen der Ration — sie sank im Juni 1919 auch in den Städten bis auf 125 g Fleisch mit Knochen — zur Einschiebung mehrerer fleischloser Wochen schreiten mußte, in denen nirgends Frischfleisch abgegeben und auch nicht geschlachtet werden durfte. Dieser Ausfall in der Ration wurde in den coburgischen Kommunalverbänden teilweise durch Abgabe ausländischer Schweinefleischerzeugnisse ausgeglichen, die die Landesviehstelle beschafft hatte, während die 100—125 g

*) Fleisch aus unerlaubten Schlachtungen wurde regelmäßig ohne Entschädigung eingezogen. Viehhaltern, die des Schleichhandels mit Vieh überführt wurden, wurden vom Frühjahr 1919 ab ohne weiteres für jedes verschobene Stück Vieh zwei andere Stück, gleichviel ob Schlachtvieh oder nicht und ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Viehbesitzer, enteignet.

**) Die geschäftliche Oberleitung lag in den Händen des Haupthändlers Kommissionsrat Friedmann.

Gersten- oder Roggenmehl, die in den übrigen fleischlosen Wochen als „Fleischersatz" verteilt wurden, mehr den guten Willen der Behörden zeigten als einen wirklichen Ersatz darstellten.

Als infolge der Fleischnot auch die Nachfrage nach Pferdefleisch mehr und mehr stieg, wurde schließlich auch dessen Verbrauch noch behördlich geregelt. Auf Grund einer Bundesratsverordnung vom 14. Juni 1918, die auch das Pferdefleisch dem Markenzwang unterwarf, führte zunächst Neustadt*), dann auch Coburg Pferdefleischkarten ein, die an Liebhaber ausgegeben und je nach den verfügbaren Mengen in verschiedener Höhe beliefert wurden. Landbewohner, die Wert auf Pferdefleisch legten, konnten dieses von den städtischen Pferdemetzgern beziehen. Frei blieb am Ende nur noch das Geflügel mit Ausnahme der Hühner, wenn man von einem Ausfuhrverbot und einer Beschränkung des gewerbsmäßigen Aufkaufs, die das Staatsministerium bereits 1916 und 1917 verordnet hatte, absieht. Freilich sorgten schon die Preise dafür, daß man sich den Genuß einer mehr oder minder fetten Gans nicht allzuoft gestattete.

Als zu aller Vieh- und Fleischnot im Juni 1920 auch noch die Maul- und Klauenseuche in bösartigster Form in allen coburgischen Gemeinden ausbrach und hunderte von Rindern dahinraffte, schien der völlige Zusammenbruch der Fleischwirtschaft unvermeidlich. Um die an sich schon aufs äußerste geschwächten und durch die Seuche noch mehr verringerten Rindviehbestände vor völliger Vernichtung zu bewahren, mußten die Schlachtungen volltauglicher Tiere auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden. Infolgedessen wurde auf Anordnung der Landesviehstelle von Mitte Juli 1920 bis zum Ende der Fleischwirtschaft auf die Fleischmarken nur noch einigemale Fleisch abgegeben**), in den anderen Wochen gab es auf je 5 Zehntelabschnitte der Reichsfleischkarte 125 g Erbsen, außerdem aber in beliebiger Menge markenfreies Fleisch aus Notschlachtungen***), die damals wegen der Seuche in ungeheurer Zahl vorgenommen wurden. Zunächst begegnete dieses „Seuchenfleisch" allerdings vielfach starker Abneigung, obwohl es selbstverständlich nur dann abgegeben wurde, wenn es bei der Untersuchung im städtischen Schlachthof in Coburg, wo es vor der Verteilung ausnahmslos nochmals der Beschau unterworfen wurde, vom Amtstierarzt als durchaus einwandfrei und völlig genußtauglich befunden war, zuletzt wurde es aber von den meisten Verbrauchern recht gern genommen, zumal da es wesentlich billiger als anderes Fleisch war (es kostete nur 5.50 Mk. je Pfund).

Damit war aber in den coburgischen Landen auch schon der Übergang zur freien Wirtschaft vorbereitet, die bald darauf wieder einsetzen sollte. Anfang August

---

*) Dort bestand sogar das Bedürfnis zur Rationierung des Wurstsuppenanfalls der Bezirksschlächtereien.

**) Auf die Marken wurde grundsätzlich nur vollwertiges Fleisch gesunder Tiere geliefert.

***) Im Königsberger Bezirk wurde kein Seuchenfleisch ausgegeben. Dort blieb es bei der regelmäßigen Versorgung.

1920 war bereits die Fleischkarte auf Anordnung des Reichsernährungsministers gefallen, wenn auch die Rationierung zunächst noch in Kraft blieb und an der Hand der Kundenlisten durchgeführt wurde. Mit dem 30. September 1920 fand die Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch laut Verordnung der Reichsregierung vom 19. September 1920 ihr Ende. Mit dem gleichen Tage stellte die Bezirksfleischstelle, wie die Landesviehstelle seit Coburgs Anschluß an Bayern hieß, ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Fleischversorgung ein. Seitdem ist nur noch der Viehhandel und in gewissen Fällen die Zulassung zum Kleinhandel mit Frischfleisch an Übergangsvorschriften des Reichs und des bayerischen Landesamts für Viehverkehr gebunden.

## IV.

Obwohl infolge des Mangels an Futtermitteln die Erzeugung von Milch auch im Herzogtum Coburg rapide zurückging, wandte man sich doch erst verhältnismäßig spät ihrer Bewirtschaftung zu. Lediglich einer Vergeudung von Milch trat im August 1915, als sich die ersten Zeichen beginnender Fettknappheit stärker bemerkbar machten, das stellv. Generalkommando des XI. Armeekorps in Cassel entgegen, indem es für seinen Bezirk die Herstellung und den Verkauf von Schlagsahne untersagte, und wenig später der Bundesrat durch ein Verbot der Verwendung von Vollmilch oder Sahne in gewerblichen Betrieben zum Backen, zur Herstellung von Bonbons und anderen Süßigkeiten und durch die Einschränkung der Verfütterung von Vollmilch. Von weiteren Maßnahmen zur Sicherstellung insbesondere des Milchbedarfs der Kinder, stillenden Mütter und Kranken, wie sie eine weitere BRVO vom 4. 11. 1915 für die größeren Gemeinden vorsah, konnte man in den coburgischen Kommunalverbänden vorerst noch absehen, da die Milchversorgung auch in den Städten anfangs noch leidlich im Gang blieb.

Unangenehmer machte sich der zunehmende Mangel an Butter bemerkbar, die durch auswärtige Aufkäufer und durch „Hamster" aus den Städten und vom nahen Wald massenhaft in den Landorten aufgekauft wurde, sodaß bald nur noch für den etwas zu haben war, der „gute Beziehungen" besaß. Diesem Mißstand suchte das Staatsministerium entgegenzutreten, indem es durch eine Verordnung vom 18. Mai 1916 den entgeltlichen Versand von Butter nach Orten außerhalb des Herzogtums durch die Erzeuger sowie den gewerbsmäßigen An- und Aufkauf von Butter von der schriftlichen Genehmigung der Bezirksverwaltungsbehörde, wenige Wochen später auch die entgeltliche Abgabe von Butter (und Käse) an ortsfremde, mit dem Hersteller nicht nahe verwandte Personen von der des Gemeindevorstands abhängig machte. Die Stadt Coburg ging etwa zur gleichen Zeit dazu über, durch die damals eben gegründete Einkaufsgesellschaft für das Herzogtum Coburg in Coburg und deren Aufkäufer für ihre Rechnung Butter und andere Speisefette aufkaufen zu lassen, die sie an ortsangehörige Minderbemittelte gegen Vorlage der Lebensmittelbezugskarte und des Steuernachweises bis zu einer Höchstmenge von 250 g je Woche und Haushalt abgab. Die allgemeine Rationierung der Butter wurde

im Herzogtum durch eine Ministerialverordnung vom 16. August 1916 eingeführt, nachdem das Reich einige Wochen vorher den Kommunalverbänden die Verpflichtung auferlegt hatte, nach den Weisungen der gleichzeitig begründeten Reichsstelle für Speisefette und der zu errichtenden Landesverteilungsstellen den Verkehr und den Verbrauch von Speisefetten (Butter, Butterschmalz, Margarine, Speiseöle usw.) zu regeln. Für das Herzogtum Coburg wurde eine „Landesverteilungsstelle für Speisefette" beim Staatsministerium in Coburg gebildet, die, aus einem Vorsitzenden und 2 Beisitzern bestehend*), auch nach der Begründung einer „Thür. Landesfettstelle" beim Thür. Ernährungsamt in Weimar (Mitte Februar 1917) als Bezirksverteilungsstelle für die coburgischen Kommunalverbände bestehen blieb und später den Vereinigten Kommunalverbänden als selbständige Abteilung angegliedert wurde. Die gesamte im Herzogtum erzeugte Butter, die nur noch Donnerstags hergestellt werden durfte, wurde dem freien Verkehr entzogen und für den Kommunalverband beschlagnahmt. Die Buttererzeuger galten als Selbstversorger. Sie durften die Mengen zurückbehalten, die sie nach einem bestimmten Kopfsatz zu ihrer Versorgung und der ihrer Wirtschaftsangehörigen brauchten, alle übrige Butter hatten sie an die amtlichen Aufkäufer und, seitdem in den Landgemeinden besondere Buttersammelstellen eingerichtet waren, an diese abzuliefern. Über diese Mengen verfügte die Landesverteilungsstelle nach einem allmonatlich aufgestellten Verteilungsplan, und zwar dergestalt, daß zunächst der Bedarf der eigenen Gemeinde von der Sammelstelle gedeckt, der Rest an bestimmte Bedarfsgemeinden zu liefern war. Butter, die dann etwa noch übrig blieb, war der Einkaufsgesellschaft in Coburg zur Verfügung zu stellen, die gewissermaßen die Hauptsammelstelle der Landesverteilungsstelle bildete und nach deren Weisungen einen etwaigen Fehlbedarf der Städte und Landgemeinden deckte**). Die Verbraucher erhielten ihre Butter jeweils am Sonnabend einer jeden Woche aus den den Gemeinden von der Landesverteilungsstelle zugewiesenen Beständen auf Speisefettmarken, die durch die erwähnte Ministerialverordnung vom 16. August 1916 für das Herzogtum eingeführt waren. Die Marken waren für je eine Woche ausgestellt, nach deren Ablauf sie ihre Giltigkeit verloren, und lauteten, ähnlich wie die Kartoffelmarken, nicht auf bestimmte Mengen von Speisefett, sondern so, daß die darauf zu entnehmende Art und Menge jeweils nach den verfügbaren Vorräten bestimmt wurde. Großverbraucher, wie Gastwirtschaften, Anstalten, Gewerbebetriebe usw., soweit letztere nach den Reichsvorschriften Butter verarbeiten durften, erhielten statt der Marken Bezugsscheine über bestimmte Mengen.

Bei der zunehmenden Futternot konnte es auf die Dauer nicht ausbleiben, daß auch die Milchversorgung, namentlich in den Städten, in ein kritisches Stadium

*) Im Juli 1917 wurde ihr noch ein Beirat von je einem Erzeuger-, Verbraucher- und Arbeitervertreter beigegeben, der in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zu hören war.

**) Lieferauflagen der Thür. Landesfettstelle für auswärtige Kommunalverbände konnten nur ganz im Anfang und vorübergehend erfüllt werden, da die „erfaßte" Butter kaum zur Belieferung der coburgischen Bedarfsorte ausreichte.

trat und behördliche Regelung erheischte. Im September 1916 war vom Staatsministerium bereits ein Verbot ergangen, Milch ohne behördliche Genehmigung aus dem Herzogtum auszuführen. Auf Grund einer Verordnung des Kriegsernährungsamts vom 3. Oktober 1916, die die Bewirtschaftung der Milch der Reichsstelle für Speisefette und den Landesverteilungsstellen übertrug und zugleich den Kommunalverbänden zur Pflicht machte, die Einrichtungen zu einer geregelten Verteilung der in ihrem Bezirk gewonnenen oder dorthin eingeführten Milch zu treffen, führten im Juni 1917 zunächst die Stadt Coburg, bald darauf die anderen Städte und schließlich im Dezember 1917 auch das Landratsamt für einzelne größere Gemeinden, deren Kreis später wesentlich erweitert wurde, die Milchkarte ein. Diese wurde nur an die „vollmilchversorgungsberechtigten Personen" im Sinne jener Verordnung des Kriegsernährungsamts ausgegeben, d. h. an Kinder bis zu 6 Jahren, stillende Mütter und schwangere Frauen in den letzten 3 Monaten vor ihrer Niederkunft, sowie Kranke, die auf Grund ärztlichen Zeugnisses Milch erhalten mußten. Die Milchkarten lauteten auf je 3 Monate und enthielten eine entsprechende Anzahl Tagesabschnitte (s. Markentafel Nr. 14). Ihre Belieferung erfolgte an der Hand von Kundenlisten teils durch die Milchhändler, die die Milch in die Stadt brachten, unmittelbar, teils in Verkaufsstellen.

Dieselben Mißstände wie bei der Butter zeigten sich sehr bald auch im Verkehr mit Eiern. Nachdem das Staatsministerium zunächst in ähnlicher Weise und etwa zur selben Zeit wie dort versucht hatte, dem Übel durch Beschränkung der Ausfuhr und des Aufkaufs im Lande abzuhelfen, wurde schließlich die Versorgung der Bevölkerung, namentlich der Kranken, Krankenanstalten, Lazarette usw., mit Eiern auf Grund einer BRVO vom 12. August 1916, die den Verkehr mit Eiern allgemein regelte, im engen Anschluß an die Butterversorgung der Landesverteilungsstelle für Speisefette mitübertragen. Diese beschränkte sich anfangs darauf, die von amtlichen Aufkäufern beschafften Eier nach einem von ihr bestimmten Höchstverbrauchssatz auf die Bedarfsgemeinden zu verteilen, bis das Staatsministerium ein förmliches Umlageverfahren anordnete. Danach hatte jede Gemeinde vom Mai 1917 ab eine gewisse Mindestmenge von Eiern aufzubringen, die von der Landesverteilungsstelle nach der Zahl der Hennen festgesetzt und vom Gemeindevorstand auf die Geflügelhalter umgelegt wurde. Die Geflügelhalter durften als Selbstversorger eine gewisse Anzahl Eier behalten, alle anderen hatten sie in bestimmten monatlichen Raten ausschließlich an die amtlichen Aufkäufer oder die örtlichen Sammelstellen abzuliefern, die schon Anfang März 1917 bei den Buttersammelstellen eingerichtet worden waren. Über die weitere Verwendung der Eier verfügte die Landesverteilungsstelle in gleicher Weise wie bei der Butter. An die Verbraucher wurden die Eier in den Landorten unmittelbar vom Gemeindevorstand und unter dessen Kontrolle, in den Städten auf Eierkarten abgegeben, die je nach den verfügbaren Mengen, in der Regel bezirksweise beliefert wurden.

So verhältnismäßig einfach diese Organisation der Milch-, Butter- und Eierwirtschaft auch zunächst erscheint, so schwierig war doch von Anfang an ihre prak-

tische Durchführung. Ganz abgesehen davon, daß die Arbeit der Behörden durch die Butter- und Eierhamster außerordentlich erschwert wurde, die oft von weither kamen und zeitweise geradezu eine Landplage auch für die Landwirte wurden, und daß sich mancher Landwirt gar nicht recht daran gewöhnen konnte, daß er mit den ihm zugeteilten Rationen an Milch und Butter auskommen müsse, war schon die Aufstellung der Aufbringungspläne außerordentlich kompliziert. Das Aufbringungssoll für Milch und Butter, das allmonatlich von der Thür. Landesfettstelle für jede Gemeinde berechnet wurde, richtete sich z. B. nicht nur nach der Zahl der Milchkühe, sondern auch nach deren Art (Höhen-, Niederungs- und Spannvieh), wobei verschiedene, in den einzelnen Monaten oft erheblich schwankende Milchergiebigkeitssätze angenommen wurden. Ebenso unsicher war die Grundlage für die Eierumlage, die in umständlicher Berechnung nach der an sich schon schwer feststellbaren Hühnerzahl festgesetzt wurde, wobei wieder nur ein gewisser Hundertsatz als Legehühner angenommen werden konnte. Eine wirkliche Kontrolle der Erzeugung war deshalb kaum durchführbar, ebensowenig des Selbstversorgerverbrauchs, und so manches Ei oder Stückchen Butter ist ohne den Umweg über die Landesverteilungsstelle „hintenherum" an den Verbraucher gelangt. Auch Zwangsmaßnahmen, wie die zeitweilige Entziehung der Zucker- und Petroleumkarten, Versagung der Hausschlachtungen usw., die das Landratsamt einigemale gegen besonders schlecht liefernde Gemeinden anwandte, halfen nicht viel. Ein Versuch der Landesverteilungsstelle, eine Anzahl Gemeinden in der Umgebung von Rodach zur Hebung der Butterlieferungen zwangsweise an die dortige Molkerei anzuschließen, schlug völlig fehl. Dazu kam, daß nicht unerhebliche Mengen Frischmilch auf Grund älterer Lieferbeziehungen nach Sonneberg, Lauscha, Suhl usw. hinausgelassen werden mußten. Es war deshalb kein Wunder, daß die Rationen für Selbstversorger und Verbraucher von der Landesverteilungsstelle immer weiter heruntergesetzt werden mußten, daß Eier nur recht selten, manchmal wochenlang gar nicht verteilt werden konnten, und daß zuletzt die Butterversorgung ganz ins Stocken geriet. Bei der Butter betrug die offizielle Selbstversorgerration anfangs noch 180 g, von Mitte Dezember 1916 ab 125 g und von Anfang April 1918 ab nur 100 g je Kopf und Woche. Die Verbraucher, die anfangs in der Woche durchschnittlich 90 g erhalten konnten, mußten sich im August 1917 mit 50 g, seit Ende Juli 1918 mit 40 g, bald darauf (vom Dezember 1918 ab) mit 20 g Butter, schließlich wiederholt nur mit Margarine, Speiseöl oder Schmalz begnügen, die von der Thür. Landesfettstelle aus Reichszuweisungen geliefert wurde. Ganz ausnahmsweise wurde daneben einige Male etwas Schmelzbutter ausgegeben, die die Landesverteilungsstelle aus übrig gebliebenen Resten der Wochenlieferungen allmählich angesammelt hatte. Eine kleine Besserung erfuhr die Fettversorgung im Herbst und Winter 1919/20, als die Landesviehstelle etliche Male ausländisches Schweineschmalz verteilte, das sie von sich aus beschafft hatte.

Noch schwieriger war die Versorgung der Städte und Industriegemeinden mit Frischmilch. Die Festsetzung einer Höchstverbrauchsmenge von täglich einem,

später nur ½ und ¼ Liter Vollmilch für die Selbstversorger stand tatsächlich nur auf dem Papier, deren Verbrauch war einfach nicht zu kontrollieren. Dazu nahmen die Schwierigkeiten immer mehr zu, die Milch in die Städte hineinzubringen, sodaß die von der Reichsstelle für Speisefette den Vollmilchversorgungsberechtigten zugestandenen Mengen (für Kinder im ersten und zweiten Lebensjahr, soweit sie nicht gestillt wurden, und stillende Mütter ein Liter, Kinder im dritten und vierten Lebensjahr sowie schwangere Frauen in den letzten drei Monaten vor der Entbindung dreiviertel Liter, Kinder im fünften und sechsten Lebensjahr ½ Liter, Kranke bis zu einem Liter täglich) oft nur mit Mühe und Not, häufig aber auch nur zu einem Bruchteil ausgegeben werden konnten. Andere Personen, wie die „vollmilchvorzugsberechtigten" Kinder von sieben bis vierzehn Jahren, konnten wohl theoretisch Milch bekommen, erhielten tatsächlich auf legalem Wege aber niemals welche. Mit ganz besonderer Milchnot hatte die Stadt Neustadt zu kämpfen, bei ihrer ungünstigen Lage unmittelbar an der Landesgrenze neben Sonneberg und dem Mangel ausreichenden landwirtschaftlichen Hinterlandes war es trotz aller Bemühungen nicht möglich, ihr die erforderlichen Milchmengen zuzuführen, obwohl sie auch aus eigenen Mitteln zur möglichsten Förderung der Ablieferungen noch Lieferprämien und sonstige Gegenleistungen in erheblichem Umfang bewilligte. Zur teilweisen Deckung des Fehlbedarfs mußte sie sich häufig mit ausländischer Kondensmilch u. dergl. behelfen.

Auch die amtliche Eierversorgung der Verbraucher hielt sich in allerbescheidensten Grenzen. In erster Linie mußten natürlich die Kranken, Krankenhäuser und Lazarette bedacht werden, und was dann an Eiern noch übrig blieb, reichte in den Städten kaum dazu aus, alle paar Wochen einmal auch dem gesunden Verbraucher ein Ei zu gewähren. In einem Jahr konnten insgesamt nur 9, in einem anderen gar nur 7 Eier je Kopf verteilt werden. Damit aber auch der Humor nicht fehle, wurde im Jahr 1917 jedem Verbraucher ein Ei „zum Einlegen" gewährt, das freilich in dem Jahr das einzige in seiner Art blieb. Im Jahr darauf gab es 5 Einlegeeier.

Es waren herzlich undankbare Aufgaben, denen sich die Geschäftsführer der Landesverteilungsstelle, Ökonomierat Fischer und Wilh. Kufferath, zu unterziehen hatten, wenn die Landesstelle trotz ihrer angestrengtesten Tätigkeit keine besseren Erfolge erzielte, so war das lediglich in den oben erwähnten sachlichen Schwierigkeiten begründet. Die Milch- und Butterwirtschaft hörte am 1. Juli 1921 auf. In den Städten blieb die Milchkarte vorläufig noch in Geltung, um die Versorgung namentlich der Säuglinge, kleinen Kinder usw. sicherzustellen. Im übrigen war der Verkehr mit Milch und Butter nur noch an einzelne Übergangsvorschriften des Bayer. Staatsministeriums für Landwirtschaft und der bayer. Landesfettstelle*)

*) Diese hatten Coburgs Versorgung mit Speisefetten vom 1. Juli 1920 an übernommen.

gebunden, die insbesondere die Verschiebung von Butter aus dem Lande durch Einführung sog. „Beförderungsscheine" verhindern sollten.

Die Eierwirtschaft wurde vom Reich schon am 1. April 1919 aufgehoben. Das Staatsministerium Coburg hielt die bisherigen Vorschriften für seinen Bereich aber weiterhin aufrecht und ergänzte sie im Februar 1920 nach vorübergehender Freigabe der Eier durch weitere Vorschriften nach dem Vorbild der bayerischen Bestimmungen, bis auch die Eierwirtschaft Mitte Oktober 1920 endgiltig aufgehoben wurde.

Eine förmliche Bewirtschaftung von Käse fand in Coburg nicht statt. Er wurde vielmehr lediglich, wie die sog. Nährmittel (vergl. unten V.), auf Lebensmittelkarten durch Vermittlung der Einkaufsgesellschaft abgegeben, der er von amtlich zugelassenen Aufkäufern geliefert wurde.

## V.

Schon bald nach der Rationierung des Brotes hatten die städtischen Kommunalverbände begonnen, den zunehmenden Nahrungsmittelmangel und insbesondere den Ausfall an Brot durch Beschaffung und Verteilung noch freier Waren, wie Konservenfleisch, Hülsenfrüchte, Reis, Heringe und dergl., tunlichst auszugleichen.*) Um dieses Vorgehen planmäßiger und auch großzügiger zu gestalten, bildete sich im März 1916 auf Betreiben des Staatsministeriums und unter wesentlicher Mitwirkung der fünf coburgischen Kommunalverbände, die das Unternehmen vor allem durch Gewährung billiger Darlehen finanzierten, die schon erwähnte „Einkaufsgesellschaft für das Herzogtum Coburg, e. G. m. b. H., in Coburg", deren satzungsgemäße Aufgabe „der Bezug und Vertrieb von Lebens- und Futtermitteln aller Art mit Ausnahme der Brotgetreide- und Mehlversorgung sein sollte, mit dem Zweck, den Bedarf der Zivilbevölkerung im Herzogtum Coburg, insbesondere der minderbemittelten Volksklassen, ausreichend zur rechten Zeit und zu angemessenen Preisen während der Kriegszeit und, soweit erforderlich, darüber hinaus zu sichern und ungerechtfertigte Verteuerung tunlichst hintanzuhalten". Diese ihre eigentliche Aufgabe konnte die Einkaufsgesellschaft tatsächlich nur in beschränktem Maße erfüllen, da der Warenmarkt bei ihrer Gründung schon zum größten Teil ausverkauft war und auch die Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin (die vielgeschmähte „ZEG"), die die Warenvermittlung zwischen Aus- und Inland vornahm, nur noch verhältnismäßig wenig Waren zuweisen konnte. Sie mußte deshalb bald ihre Tätigkeit mehr und mehr auf die Verteilung der sog. Nähr- und sonstigen Lebensmittel, wie Grieß, Graupen, Teigwaren, Haferpräparate, Hülsenfrüchte, Kaffeeersatz, Fische und dergl., umstellen, die die Ver. Kommunalverbände vom Reich durch Vermittlung

*) Die Stadt Coburg hatte dafür eine eigene Verkaufsstelle eingerichtet. In Neustadt wurden die Waren an bestimmten Tagen rationiert verkauft.

des Thür. Ernährungsamts und des „Haupteinkaufs Thüringen"*) in Weimar zugewiesen erhielten, und entwickelte sich damit allmählich zu einer Art „Geschäftsabteilung" der Ver. Kommunalverbände für diese Waren. Trotzdem nahmen ihre Geschäfte im Laufe der Zeit immer größeren Umfang an: Ihr Umsatz stieg in den fünf Jahren ihres Bestehens — sie trat im Mai 1921 in Liquidation und wurde im Frühjahr 1922 endgiltig aufgelöst — von

1 532 434,32 ℳ im 1. Geschäftsjahr 1916/17,
2 818 962,76 „ „ 2. „ 1917/18,
3 384 681,90 „ „ 3. „ 1918/19,
7 678 573,87 „ „ 4. „ 1919/20,

auf

15 118 213,60 „ „ 5. „ 1920/21,

gewiß recht ansehnliche Summen, auch wenn man berücksichtigt, daß das Steigen der Beträge zum Teil auf die zunehmende Teuerung aller Waren zurückzuführen ist. Im Jahre 1917 wurden ihr beispielsweise folgende Waren überwiesen und von ihr für die VKV verteilt:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1080 | Zentner | Graupen, | 180 | Zentner | Sago, |
| 1920 | „ | Grieß, | 320 | „ | Grütze |
| 420 | „ | Haferflocken, | 540 | „ | Suppenmehle, |
| 1440 | „ | Kunsthonig, | 150 | „ | Erbsen, |
| 1560 | „ | Teigwaren, | 120 | „ | Zwiebeln, |
| 2400 | „ | Marmelade, | 270 | „ | Dörrobst, |
| 240 | „ | Dörrgemüse, | 570 | „ | Kaffeeersatz, |
| 300 | „ | Rübensauerkraut, | 240 | „ | Rübensaft, |
| 180 | „ | Bohnen, | 720 | „ | Schmalz; |

dazu 180 000 Päckchen Süßstoff, für etwa 30 000 Mk. Heringe usw. Es war eine gewaltige Arbeitslast und Verantwortung, die ihre uneigennützigen und pflichtgetreuen Geschäftsführer, Konsumvereinsgeschäftsführer Carl Wöhner und Kaufmann J. P. B. Petz, zu tragen hatten.

Die Verteilung der Waren erfolgte nach den grundsätzlichen Weisungen des Vorstands der VKV und unter dessen Kontrolle auf sog. „Lebensmittelmarken", die Anfang März 1917 von den Einzelkommunalverbänden an die Bevölkerung, wiewohl unter Ausschluß der landwirtschaftlichen Selbstversorger, ausgegeben wurden. Die Lebensmittelmarken enthielten in der zuletzt üblichen Form (s. Markentafel Nr. 16) 2 Abschnitte A und B mit gleicher Nummer, die jeweils zur Belieferung mit gewissen Waren aufgerufen wurde; der Markeninhaber gab nach dem Aufruf

*) Der „Haupteinkauf Thüringen" in Weimar war ursprünglich als eine G. m. b. H. einzelner thüringischer (auch coburgischer) Städte begründet worden, an deren Stelle später die Thüringischen Staaten traten. Zweck der Gesellschaft war „die Verteilung der vom Thür. Ernährungsamt zugewiesenen Lebensmittel sowie der freihändige Ein- und Verkauf von Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs für die Bevölkerung der Thür. Staaten zu angemessenen Preisen". Der „Haupteinkauf" trat schließlich in ein ähnliches Verhältnis zum Thür. Ernährungsamt wie die EG zu den VKV.

der Marke zunächst den „Bestellabschnitt" A bei einem beliebigen Lebensmittelhändler ab, von dem er 2 oder 3 Tage später auf den „Bezugsabschnitt" B die betreffenden Waren erhielt. Dieses zunächst etwas umständlich erscheinende Verfahren bot dieselben Vorteile wie die Kundenliste, ohne daß jedoch der Verbraucher wie bei der Kundenliste dauernd an einen bestimmten Kaufmann gebunden war. Art und Menge der auf die Marken abgegebenen Lebensmittel war sehr verschieden. Es gab bald Graupen, bald Marmelade, bald Süßstoff, bald Teigwaren, Kaffeeersatz, Erbsen oder dergl. oder auch mehrere Waren gleichzeitig. Im allgemeinen war man bestrebt, bei jeder Verteilung wenigstens eine Ware von wirklichem Nährwert (Teigwaren, Hülsenfrüchte oder dergl.) auszugeben, auch sollten die Portionen nicht gar zu klein sein, um eine Zersplitterung der an sich schon knappen Waren zu vermeiden. Die Verteilungen fanden deshalb nicht regelmäßig jede Woche, sondern oft nur alle 14 Tage statt, je nachdem eben ausreichende Vorräte vorhanden waren. Es wurden beispielsweise in einer Woche verteilt: 100 g Nudeln und 50 g Sago und 100 g Kaffeeersatz, in einer anderen 100 g Weizengrieß und 100 g Rübensauerkraut und 250 g Marmelade oder 200 g Haferflocken oder 165 g Teigwaren und 40 g Auslandskäse oder 100 g getrocknete Kohlrabi (als Gemüse zur Kartoffelstreckung) und 150 g Haferflocken oder 125 g Graupen und 1 Suppenwürfel usw. Freilich kamen auch magere Wochen vor, es konnten z. B. einmal nur 250 g Kaffeeersatz und 125 g Morgentrank und 250 g Marmelade verteilt werden. Einzelne Waren, wie z. B. Räucherfische, in denen nur äußerst spärliche Zuweisungen kamen, konnten wiederholt nur an mehrere Personen zusammen (z. B. 1 Hering an 2 Personen) ausgegeben werden. Gelegentlich mußte auch wieder der Bezug stark begehrter Waren, wie Teigwaren oder Grieß, von der gleichzeitigen Entnahme weniger beliebter Waren, wie „Morgentrank" (einem Mehlpräparat undefinierbaren Geschmacks zur Herstellung von Suppen!), Rübensauerkraut, Bohnenmehl u. dergl. abhängig gemacht werden, da diese Waren trotz aller Ernährungsnot sonst nicht abzusetzen gewesen wären und der EG dadurch große Verluste verursacht hätten. Wieder andere Waren, wie die sehr selten gewordene Schokolade, Himbeersaft usw., deren Mengen zu allgemeinen Verteilungen nicht ausreichten, wurden ausschließlich an Kinder (z. B. auf den Stammabschnitt der Kinderfleischkarte) abgegeben. Einige wenige Male gab es auch mit besonderer Freude begrüßte, außerplanmäßige Zuweisungen, so zu Weihnachten 1917 100 g Grieß und 125 g Weizenmehl und für Kinder bis zu 6 Jahren 50 g Schokolade, auf Butterkarten außerdem in Coburg und Neustadt 200 g kondensierte oder Trockenmilch und in Coburg-Stadt und -Land noch 50 g Schmelzbutter, zu Weihnachten 1919 250 g Reis und 125 g Grieß und 125 g Kunsthonig und Süßstoff und (auf Butterkarten) 100 g Schmalz und 200 g Auslandsmargarine, ferner in der Stadt Coburg zum Gregoriusfest 1918 für Kinder bis zu 6 Jahren 1 Paket Zwieback (als Ersatz für die einst übliche Bratwurst).

Erwähnt sei schließlich noch, daß von Anfang 1920 an, als Coburgs Anschluß an Bayern gesichert war, die bayerische Lebensmittelstelle der coburgischen Be-

völkerung wiederholt größere Mengen verschiedener Lebensmittel, insbesondere Käse und Marmelade überwies, die eine willkommene Zulage zu den knappen bisherigen Verteilungen darstellten.

Die amtlichen Verteilungen der „Lebensmittel" wurden allmählich eingestellt, als sich die allgemeine Ernährungslage besserte, und fanden etwa Mitte des Jahres 1921 ihr Ende.

Neben den „Lebensmitteln" bewirtschaftete die EG im Auftrag und nach Weisung der Kommunalverbände auch den Zucker, der durch eine BRVO vom 10. April 1916 ebenfalls der Rationierung unterworfen worden war. Bei der Regelung des Zuckerverbrauchs, die die Kommunalverbände nach dieser BRVO vorzunehmen hatten, waren die coburgischen Kommunalverbände anfangs ebenfalls selbständig vorgegangen, aber doch im wesentlichen nach gleichen Grundsätzen, bis auch die Zuckerwirtschaft im Herzogtum durch die Übernahme auf die VKV mit dem 1. Januar 1917 vereinheitlicht wurde. Zum Verkauf des Zuckers wurden sämtliche Händler des Herzogtums, die sich damit befassen wollten, zugelassen. Ihnen wurde allmonatlich nach dem nachgewiesenen Verbrauch im Vormonat eine bestimmte Menge Zucker auf Bezugsschein überwiesen, der von der Geschäftsstelle der VKV ausgefertigt und ausschließlich von der EG beliefert wurde, welch' letztere den Zucker auf Grund der von der Reichszuckerstelle für die VKV ausgestellten Bezugsscheine beschaffte. Die Abgabe an die Verbraucher erfolgte auf Zuckermarken (anfangs runde Blechmarken mit einem Nennwert von 750 g, s. Markentafel Nr. 13, die für je einen Monat ausgegeben wurden), später auf Zuckerkarten, die je vier Monatsabschnitte für bestimmte Monate enthielten (s. Markentafel Nr. 11). Daneben gab es sog. „Sonderzuckerkarten", die an Urlauber für die Dauer ihres Urlaubs, an Säuglinge für eine gewisse Zusatzmenge usw. ausgegeben wurden (s. Markentafel Nr. 12). Gewerbliche Betriebe, wie Konditoreien, Bäckereien,*) Gastwirtschaften, sowie die Apotheken, die aus dem Bedarfsanteil des Kommunalverbands mit zu versorgen waren, wurden nach bestimmten, vom Vorstand der VKV aufgestellten Grundsätzen mit Zucker beliefert, sie erhielten besondere Bezugsscheine.**)

Die Ration, die auf die einzelnen Monatsabschnitte der Zuckerkarten abgegeben werden durfte, wurde allmonatlich vom Vorstand der VKV bestimmt. Sie betrug in der Regel 750 g. In einigen Monaten gab es etwas weniger, einige Male anderseits auch aus Ersparnissen der VKV kleine Zusatzmengen, so z. B. zu Weihnachten 1918 250 g, zu Weihnachten 1920 1½ Pfund, wozu für Kinder bis zu sechs Jahren noch ein weiteres ½ Pfund kam. Außerdem wurde alljährlich aus besonderen Reichszuweisungen Einmachezucker in verschiedenen Mengen und nach verschiedenen Grundsätzen (teils nach der Kopfzahl, teils unter Berücksichtigung

*) Die Bäckereien erhielten für ihren Betrieb von Mitte März 1917 an keinen Zucker mehr zugewiesen.

**) Für den Reiseverkehr führte die Reichszuckerstelle im April 1917 Zuckerumtauschkarten ein, die bei längerem Aufenthaltswechsel gegen Abgabe der gewöhnlichen Zuckerkarten ausgegeben wurden und im Kommunalverband des Reiseziels zum Empfang der dortigen Zuckermarken berechtigten.

der Zahl der Kirschbäume, Beerensträucher usw.) verteilt. Imker erhielten auf Antrag für ihre Völker auch noch „Bienenzucker", dessen Abgabe auf Anordnung des Staatsministeriums in den Jahren 1917 bis 1919 von der Ablieferung einer nach der Zahl der Bienenstöcke berechneten Menge Honig abhängig gemacht wurde. Der Honig wurde an Krankenanstalten, Lazarette und kleine Kinder abgegeben.

Als teilweiser Ersatz für die Beschränkung des Zuckerverbrauchs wurde von der Reichszuckerstelle seit Mitte des Jahres 1916 — anfangs nur bei besonderem Bedarf, später allgemein — Süßstoff (Saccharin) zur Verfügung gestellt, der im Laufe der Zeit von der Bevölkerung sehr stark begehrt und, wie bereits erwähnt, auf Lebensmittelkarten verteilt wurde. Durchschnittlich wurde etwa alle 1—1½ Monate an jeden Haushalt ein Briefchen (= 1¼ g) Süßstoff abgegeben, das die Süßkraft etwa eines Pfundes Zucker besaß. Mit dem 31. Oktober 1921 wurde der Zucker freigegeben. Aus den Restbeständen verteilten die VKV im November 1921 nochmals 1 Pfund je Kopf, den Rest gaben sie an die Krankenanstalten.

Als dem Herzogtum im Jahre 1917 von der im Mai 1916 „zur Förderung der Erzeugung, Verwertung und Haltbarmachung von Gemüse und Obst" gegründeten Reichsstelle für Gemüse und Obst erhebliche Lieferungen an Marmeladeobst angesonnen wurden, wurde auch der Verkehr mit Obst genauer geregelt*). Das Staatsministerium hatte allerdings schon im Herbst 1916 der Deckung des heimischen Bedarfs an Obst seine Aufmerksamkeit zugewandt und zu diesem Zweck den Erwerb von Obst in größeren Mengen durch Einführung der behördlichen Genehmigungspflicht eingeschränkt, zugleich war in Coburg eine Obstverkaufsstelle eingerichtet worden, deren Aufgabe es sein sollte, das im Herzogtum erzeugte Obst, soweit es nicht vom Erzeuger verbraucht oder mit behördlicher Genehmigung veräußert wurde, durch unmittelbaren Ankauf oder durch Nachweisung der Gelegenheit zum Abschluß von Kaufverträgen dem Verbrauch durch die Allgemeinheit zuzuführen. Auch war im Frühjahr 1917 „zur Unterstützung der Reichsstelle bei Durchführung ihrer Aufgaben" beim Magistrat Coburg eine „Landesstelle für Gemüse und Obst" errichtet worden, die sich zunächst aber im wesentlichen nur mit Preisfestsetzungen u. dergl. befaßte. Eine durchgreifende Regelung fand der Verkehr mit Obst dann durch eine Min.-Bekanntmachung vom 31. Juli 1917, die einmal die dem Herzogtum auferlegten großen Lieferungen von Marmeladenobst, anderseits aber auch die ausreichende Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Obst sicherzustellen bezweckte. Auf Grund dieser Verordnung wurden von den Bezirksverwaltungsbehörden im Einvernehmen mit dem Landesobstbauverein überall Bezirkssammelstellen für Obst gebildet, an die die Obsterzeuger das Obst, das sie nicht in der

*) Im Herbst 1916 war bereits durch eine Verfügung des stellv. Generalkommandos XI. Armeekorps in Cassel vom 16. 9. 1916, zur „Sicherung des andernfalls gefährdeten Bedarfs des Heeres und der Bevölkerung an Marmelade und Mus im Interesse der öffentlichen Sicherheit" die gesamte, noch nicht im Kleinhandel befindliche Ernte an Aepfeln, Zwetschgen und Pflaumen beschlagnahmt worden. Die Anordnung kam aber viel zu spät, um wirksam zu sein.

eigenen Wirtschaft verbrauchten oder in gesetzlich zulässiger Weise veräußerten, abzuliefern hatten. Die Verkaufsstelle in Coburg wurde gleichzeitig zu einer Hauptsammelstelle ausgebaut, nach deren Weisungen die Bezirkssammelstellen über das von ihnen gesammelte Obst verfügen mußten. Der Verkauf des Obstes wurde weitgehenden Beschränkungen unterworfen, auch soweit es sich in Privateigentum befand. Die Durchführung der gesamten Anordnungen lag in den Händen der Landesstelle, die nunmehr dem Staatsministerium angegliedert wurde und unter der Leitung des Regierungsrats Dr. Fritsch und der Mitarbeit des Forstmeisters Wittmann, des Obst- und Landwirtschaftsgärtners Wöhner und des Hauptlehrers Emil Hahn alsbald eine lebhafte Tätigkeit entwickelte. Sie nahm in den beiden folgenden Jahren die Bewirtschaftung und Erfassung der Obsternten vollständig in eigene Regie und erreichte dadurch, daß nicht nur die ausgeschriebenen Lieferungen an Marmeladenobst erfüllt, sondern auch noch ansehnliche Mengen guten Obstes durch die Verkaufsstelle der Allgemeinheit zu angemessenen Preisen zugeführt werden konnten. Mit Aufhebung der Obstbewirtschaftung stellte die Landesstelle ihre Tätigkeit am 1. Juni 1920 ein.

Große Verdienste erwarb sich die Landesstelle auch um die Gemüseversorgung der coburgischen Städte, die durch die wiederholte Absperrung der bayerischen Grenze zeitweise in arge Bedrängnis geriet. Den Ausfall der Bamberger Zufuhren, die für uns vor allem in Betracht kamen, deckte sie zum Teil durch den Bezug großer Mengen auswärtigen Gemüses aller Art, die sie sich durch rechtzeitigen Abschluß von Lieferverträgen gesichert hatte, zum andern Teil aus den Erträgnissen einer eigenen Gemüsegärtnerei, die sie weitblickend schon bald vor den Toren Coburgs angelegt hatte.*) Neben ihr trafen auch die Städte Coburg und Neustadt selbst Maßnahmen zur Behebung des oft recht empfindlichen Gemüsemangels, indem sie auch von sich aus erhebliche Mengen Gemüse von auswärts beschafften und durch Verpachtung geeigneten Landes zur Anlegung von Gemüsebeeten und Schrebergärten, Abgabe von Gemüsesämereien u. dergl., die heimische Erzeugung zu steigern suchten. Auch der Bezirkskonsumverein Coburg brachte mehrfach Gemüse zum allgemeinen Verkauf, das er aus Holstein, Magdeburg und der Pfalz eingeführt hatte. Eine Rationierung des Gemüses konnte vermieden werden.**)

Eine Bewirtschaftung des Bieres, wie sie u. a. in Bayern durchgeführt war, fand im Herzogtum nicht statt. Eine „Rationierung auf eigene Faust" mußten freilich wiederholt die Wirte vornehmen, indem sie jedem Gast nur eine beschränkte Menge verabreichten, um ihre Vorräte zu strecken. Daß nicht allzu viel mehr getrunken wurde, — dafür sorgte auch schon die Qualität des Bieres, das mit dem

*) Die Gemüsegärtnerei besteht auch heute, nach der Auflösung der Landesstelle, noch fort und liefert regelmäßig große Mengen Gemüse auf den Coburger Markt.

**) Lediglich in der Stadt Coburg gab es eine Zeitlang „Sauerkrautkarten", die für ein Pfund je Kopf und Woche galten.

Friedensbräu oft nicht viel mehr als nur die Farbe noch gemein hatte, und der Preis, der in den letzten Jahren des Krieges vom Staatsministerium geregelt wurde.

## VI.

In demselben Maße, in dem die Zwangswirtschaft auf die verschiedenen Nahrungsmittel ausgedehnt und dadurch die Ernährungsmöglichkeit eingeschränkt wurde, trat die Notwendigkeit hervor, bestimmten Personengruppen: Arbeitern, die besonders schwere Arbeit zu verrichten hatten, vor allem aber Kindern, Wöchnerinnen und Kranken Zulagen zu den gewöhnlichen Rationen zu gewähren.

Schon seit dem Jahre 1915 hatten die coburgischen Kommunalverbände gewissen schwer arbeitenden Personen, insbesondere den landwirtschaftlichen Arbeitern während der Ernte und den Arbeitern, die in Fabriken und sonstigen Betrieben mit voller Nachtschicht tätig waren, außerdem auch vorübergehend allen Einwohnern über 16 Jahre, deren eigenes Arbeitseinkommen 2400 Mark jährlich nicht überstieg, sowie den Jugendlichen von 12 bis 17 Jahren eine Brotzulage in wechselnder Höhe gewährt, die auf Brotzusatzkarten (s. Markentafel Nr. 2 und 3) abgegeben wurden. Auch die Kartoffelration für Schwerarbeiter war anfangs nach Reichsvorschrift über den gewöhnlichen Satz hinaus erhöht. Einheitliche Grundsätze für die Zulagen an die Schwerarbeiter stellte im Sommer 1917 das Kriegsernährungsamt auf, sodaß den Kommunalverbänden für eigene Maßnahmen auf diesem Gebiet nur wenig Raum blieb. Es wurde jetzt zwischen Schwerst-, Schwer-, Rüstungs-, Sonder-, ja auch Minderschwerarbeitern unterschieden, denen je verschiedene Arten und Mengen an Zulagen zustanden: Der Schwerarbeiter erhielt grundsätzlich nur eine Brotzulage, der Rüstungsarbeiter eine Brot- und eine Fettzulage, der Sonderarbeiter (= wer, ohne Schwerstarbeiter zu sein, in regelmäßigen Nachtschichten beschäftigt war oder wöchentlich mindestens 10 Überstunden über die gewöhnliche Friedensarbeit seines Betriebs hinaus leistete, sowie gewisse Eisenbahn- und Postarbeiter) eine Brot-, Fett- und Fleischzulage, der Schwerstarbeiter (= wer als Arbeiter der Eisen- und Stahlgießereien, Porzellan- und Tonwarenfabriken und ähnlicher Betriebe unter großer Hitze besonders zu leiden hatte, Feuerarbeiter, Schmiede usw.) eine erhöhte Brot-, Fett- und Fleischzulage. Der Minderschwerarbeiter (z. B. Korbmacher) mußte sich mit dieser seiner Bezeichnung begnügen und erhielt nichts. Für die Zulagen, deren Höhe innerhalb gewisser, vom Kriegsernährungsamt bestimmter Grenzen schwankte*), wurden von den Kommunalverbänden teils durch die Gemeindevorstände (für die Schwerarbeiterzulagen), teils durch die Betriebe (für die über die Schwerarbeiterzulage hinausgehenden Mengen) jeweils Zusatzkarten ausgegeben (s. Markentafel Nr. 4 und 9). Zur Belieferung der Fleisch-

*) Die Zulagen betrugen z. B. im September 1918 wöchentlich

| | | | |
|---|---|---|---|
| für Schwerarbeiter | 680 g | Schwarzbrot, | |
| „ Rüstungsarbeiter | 680 g | „ | und 35 g Fett, |
| „ Sonderarbeiter | 680 g | „ | und 35 g „ und 100 g Wurst, |
| „ Schwerstarbeiter | 1020 g | „ | und 60 g „ und 200 g „ . |

zusatzkarten wurde den Betrieben regelmäßig Wurst zugewiesen, die anderen Karten wurden durch die gewöhnlichen Verkaufsstellen eingelöst.

Gegen Ende 1916 wurde auch im Herzogtum die sog. „Hindenburgspende" durchgeführt: Um die ausreichende Ernährung der im Dienst des Vaterlandes stehenden Schwerstarbeiter, namentlich ihre Versorgung mit Fett sicherzustellen, sollten nach einem Aufruf des Staatsministeriums alle Schichten der Bevölkerung, in erster Linie die Landwirte alle nicht unbedingt benötigten Lebensmittel freiwillig zur Verfügung stellen, vor allem rechnete man auf Butter und auf Fett und Fleisch aus Hausschlachtungen. Leider hatte der Aufruf nicht das erwartete Ergebnis, sodaß das Staatsministerium Anfang 1917 von allen seit 15. Oktober 1916 vorgenommenen Hausschlachtungen von Schweinen eine Zwangsabgabe von 2—5 Pfund Speck oder Schmalz, je nach dem Schlachtgewichte des Tieres, anordnete. Die Durchführung der Sammlung lag in den Händen der Landesviehstelle, die sich dazu der Firma C. Großmann in Coburg bediente. In den folgenden Jahren wurde die Zwangsabgabe wegen der zunehmenden Fettknappheit vom Kriegsernährungsamt und dem Thür. Landesfleischamt in Weimar noch weiter ausgebaut und auch zur Versorgung der Städte, der Volksküchen und ähnlicher Anstalten mit Fett herangezogen, bis sie Ende Oktober 1919 aufgehoben wurde. Die übrigen Zulagen für Schwerarbeiter fielen bald nach dem Waffenstillstand weg, mit Ausnahme der Brotzulagen für gewisse Eisenbahnarbeiter, die noch bis Mitte September 1921 gewährt wurden.

Besonderer Fürsorge bedurfte die Ernährung der Kranken, der werdenden und stillenden Mütter und der kleinen Kinder. Die Kranken erhielten Zulagen an Brot, Fleisch, Nährmitteln, Mehl, Eiern u. dergl., soweit sie sie nach ärztlichem Zeugnis unbedingt benötigten. Über die Gewährung entschied in jedem Kommunalverband eine eigene Prüfungsstelle, die aus einem Kommunalverbandsvertreter und dem Bezirksarzt bestand, denen in der Stadt Coburg noch ein weiterer praktischer Arzt hinzutrat. Die Zahl der Gesuche stieg allmählich ungeheuer, sodaß bei der Knappheit der in Betracht kommenden Nahrungsmittel ein immer strengerer Maßstab angelegt werden mußte, und die Kommunalverbände Coburg-Stadt und -Land für Zweifelsfälle sogar eine Nachuntersuchung durch den Amtsarzt vorschrieben, der sich der Antragsteller gegebenenfalls unterziehen mußte. Die Bewilligungen bewegten sich dementsprechend auch nur in engen Grenzen. Als die Ausmahlung des Mehles auf 94% heraufgesetzt wurde, stellten die VKV für die Versorgung der Kranken besseres, sog. „Krankenmehl" her, das auf besondere Weißbrotmarken erhältlich war. Diese Marken wurden (außer an Säuglinge — s. unten) nur auf Grund ärztlichen Zeugnisses und im Umtausch gegen gewöhnliche Brotmarken abgegeben. Die Krankenanstalten wurden durch Zuweisung geeigneter Nährmittel (Haferpräparate, Teigwaren u. dergl.) im Rahmen des Möglichen unterstützt. Eine einmalige Sonderausgabe von Speck für Schwerkranke und schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer veranlaßte im Juni 1920 die Landesviehstelle.

Die Ernährungsfürsorge für werdende und stillende Mütter, Säuglinge und kleine Kinder wurde von den VKV im August 1917 grundsätzlich geregelt, nachdem bis dahin nur für besondere Fälle gewisse Zulagen, z. B. für neugeborene Kinder und deren Mütter eine einmalige Zuckerzulage von 750 g, vorgesehen waren. Schwangere und stillende Frauen sowie die Säuglinge und kleinen Kinder waren als Vollmilchversorgungsberechtigte in erster Linie mit Milch zu versorgen, wie oben bereits erwähnt. Werdende Mütter erhielten außerdem vom 6. Monat ihrer Schwangerschaft ab auf die Dauer von insgesamt 16 Wochen wöchentlich eine Brotzusatzkarte, später auch noch bis zur Entbindung wöchentlich 125—250 g Nährmittel auf eine „Nährmittelmarke" (s. Markentafel Nr. 15), ferner eine Fleischzulage in Höhe der halben Normalration, sowie vorübergehend 125 g Zucker wöchentlich auf Sonderzuckermarke (s. Markentafel Nr. 12). Stillenden Müttern wurde später außer Milch noch eine Fettzulage von 100 g wöchentlich zugebilligt, sofern sie nicht einem Fettselbstversorgerhaushalt angehörten. Gesunde Säuglinge erhielten außer der Milch eine Sonderzuckerkarte über monatlich 125 g Zucker*), Weißbrotmarken in Umtausch gegen gewöhnliche Brotmarken sowie auf die „Nährmittelmarke" monatlich 500 g Haferflocken, Weizengrieß, Keks oder dergl. Für kranke Säuglinge wurden außerdem besondere Nährmittelzubereitungen (Larosan, Ramogen, Soxhlets Nährzucker, Nährmaltose usw.) in den Apotheken bereit gehalten und auf besonderen Bezugsschein abgegeben, der auf ärztliches Zeugnis vom Kommunalverband ausgefertigt wurde. Für Kinder unter 6 Jahren fanden mehrfach Sonderverteilungen von Zwieback, Keks, Gerstenmehl und anderen geeigneten Nährmitteln statt.

## VII.

Mit der Mobilmachung setzte, wie überall, so auch in Coburg alsbald eine allgemeine Hamsterei von Lebensmitteln aller Art ein, die naturgemäß ein sofortiges Emporschnellen aller Preise zur Folge hatte: Die kommende Teuerung warf schon in jenen Tagen ihre Schatten voraus. Zwar nahmen auch die coburgischen Behörden den Kampf dagegen sofort auf: U. a. setzten der Magistrat Coburg und das Landratsamt noch im Spätherbst 1914 auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. 8. 1914 über Höchstpreise für die besonders gesuchten Kartoffeln Höchstpreise fest, im Sommer 1915 schrieben die Bezirksverwaltungsbehörden den Aushang der Preise für alle Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere auch für Lebensmittel vor, Generalkommando und Staatsministerium machten den gewerbsmäßigen Aufkauf zahlreicher Lebensmittel (Milch, Butter, Eier, Geflügel, Kartoffeln usw.) von behördlicher Genehmigung abhängig, wie oben bereits erwähnt. Auf Grund von Bundesratsverordnungen wurde beim Magistrat Coburg für die 5 Kommunal-

*) Die Zuckerzulage für Säuglinge wurde später auf 500 g monatlich erhöht; dafür fiel die der werdenden Mütter weg.

verbände eine gemeinsame Preisprüfungsstelle*) errichtet, bei den Bezirksverwaltungsbehörden außerdem Stellen, die über die Zulassung zum Großhandel mit Lebens- und Futtermitteln zu befinden hatten, um unlautere Elemente vom Handel fernzuhalten, u. dergl. mehr. Indes konnten alle diese Maßnahmen die Teuerung nicht aufhalten. Das Steigen der Preise war eben eine notwendige Folge der ständig zunehmenden Warenknappheit. Insbesondere hatte auch die Festsetzung der Höchstpreise nur teilweise den gewünschten Erfolg, denn abgesehen davon, daß die Höchstpreise von Verkäufern und auch Käufern oft auf alle mögliche Art umgangen wurden, waren sie stets auch zugleich die Mindestpreise, unter denen die betreffende Ware nach der amtlichen Höchstpreisfestsetzung einfach nicht mehr zu haben war, dazu verschwanden die Waren, wenn die Höchstpreise zu niedrig bestimmt waren, sofort spurlos vom Markt, um im Schleichhandel umso teuerer verwertet zu werden — eine Erfahrung, die überall gemacht wurde, und die auch in Coburg mehrfach (z. B. bei Kirschen und Waldbeeren) unangenehm hervortrat.

Die Preisentwicklung im Herzogtum gestaltete sich im allgemeinen gleich der in den anderen thüringischen Ländern. Infolgedessen waren die hiesigen Preise vielfach höher als im benachbarten Bayern, das namentlich die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse bei reicher eigener Produktion mit Hilfe einer völligen Absperrung seiner Grenzen zumeist erheblich niedriger halten konnte als seine nördlichen Nachbarn. Anderseits machte das Vorgehen angrenzender Kommunalverbände wiederholt auch hier Preiserhöhungen nötig, um ein allzu starkes Abfließen der heimischen Erzeugnisse zu verhindern. Im allgemeinen nahmen die Preise für die einzelnen Lebensmittel eine stetige, von allzugroßen Überraschungen freie Entwickelung zur Höhe, bis seit etwa Anfang 1920 die Teuerung in ganz Deutschland sprunghaft zunimmt und noch kein Ende absehen läßt. Sie bewegten sich ungefähr auf der mittleren Linie des Reichsdurchschnitts, in den Städten Coburg und Neustadt vielfach allerdings auch darüber. Im einzelnen darf dazu auf die Tabelle Anlage B verwiesen werden.

Als die Preise Ende 1919 immer schneller in die Höhe gingen, führte das Staatsministerium eine umfangreiche Verbilligungsaktion**) durch. Die Landesversammlung bewilligte dazu zunächst eine Million Mark, dann weitere 420000 Mark, für unser kleines Land sehr namhafte Summen, von denen

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 200000 | Mark | zur | Verbilligung | von | Brennstoffen, |
| rund | 340000 | „ | „ | „ | „ | Speisekartoffeln in den Städten, |
| „ | 320000 | „ | „ | „ | „ | Erbsen, |
| „ | 350000 | „ | „ | „ | „ | Margarine, |
| der Rest | | | „ | „ | „ | verschiedenen anderen Lebensmitteln |

*) Sie versah bis Ende September 1920 zugleich die Aufgaben der Ersatzmittelstelle, die im Frühjahr 1918 auf Grund einer BRBO vom 7. 3. 1918 zur Entscheidung über die Genehmigung zur Herstellung und zum Verkauf von Ersatzmitteln errichtet wurde.

**) Schon vorher hatte das Staatsministerium wiederholt beträchtliche Summen bereit gestellt, um

wie Marmelade, Kunsthonig, Haferbackmehl u. dergl., zur Verfügung gestellt wurde. Zu der Verbilligung der Speisekartoffeln hatten die Städte mindestens den gleichen Betrag aus eigenen Mitteln aufzubringen.*)

Weitere Mittel stellten die VKV und die Bäcker des Landes gemeinsam im Juli 1920 bereit, um für Erwerbslose, Rentenempfänger, Schwerkriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Witwen und Waisen, Kleinrentner und Pensionäre, soweit sie bedürftig waren, Brot zu billigerem Preise abgeben zu können. Die Empfangsberechtigten erhielten dazu von den städtischen Erwerbslosenfürsorgestellen, auf dem Lande von den Gemeindevorständen für je 14 Tage einen „Brotgutschein", der von den Bäckern bei der Brotentnahme mit einer Mark in Zahlung genommen wurde. Die Einrichtung bestand bis Mitte August 1921 und hat manchem Bedürftigen eine, wenn auch nur kleine Erleichterung in der Lebenshaltung geschafft.

Endlich sei noch der Kartoffelhilfsaktionen gedacht, die das Bezirksamt Coburg und der Coburger Bauernverein gemeinsam in den Jahren 1920 und 1921 zu Gunsten der notleidenden Kleinrentner, Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Witwen und Waisen unternahm. Durch die Sammlungen der genannten Stellen konnten den Ärmsten der Armen beträchtliche Mengen Kartoffeln überwiesen werden, die die Landwirte freiwillig zu billigerem Preise, teilweise auch unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatten.

* * *

Die Zwangswirtschaft ist tot — hoffentlich kehrt sie niemals unserem Vaterlande wieder! Wohl kaum eine andere Erscheinung des Krieges hat so wenig Dank und soviel abfällige Kritik erfahren wie sie, und auf keinem anderen Gebiet sind den Behörden soviel gute Ratschläge aus dem Publikum heraus erteilt worden wie auf dem der Ernährungswirtschaft. Es war ja so leicht, in der Theorie alle Vorräte zu „erfassen" und gleichmäßig zu verteilen! Gewiß hätte das eine oder andere besser gemacht werden können, auch Fehler sind vorgekommen, aber im Ganzen hat die Zwangswirtschaft ihre Aufgabe erfüllt: Sie hat das deutsche Volk vor dem Hungertod bewahrt. Manches mag heute — im Rückblick — unbedeutend, ja nichtssagend erscheinen, und doch ahnt der Außenstehende nicht, welch' ungeheuere Arbeit zu leisten und welche Hindernisse in der Praxis oft zu überwinden waren, um auch nur unser kleines Land mit dem notwendigsten Lebensbedarf zu versorgen. Welche Mengen an Lebensmitteln allein zur Versorgung der Stadt Coburg mit ihren rund 22 000 versorgungsberechtigten Einwohnern beschafft und verteilt werden mußten, zeigen beispielsweise folgende Ziffern: Außer dem Bedarf der An-

---

durch Zuschüsse zu den Kosten von Saatkartoffeln die Kartoffelerzeugung zu fördern, ebenso die Landesviehstelle, die zur Hebung der Schweinezucht verbilligtes Futter ausgab.

*) Der Zuschuß wurde in Anspruch genommen von Coburg in Höhe von rund 206 000 M.,
Neustadt „ „ „ „ 92 000 „
Rodach „ „ „ „ 700 „
Königsberg „ „ „ „ 3 500 „

stalten, Gewerbebetriebe, für Zulagen an Kranke und Schwerarbeiter u. dergl. wurden zur allgemeinen Verteilung benötigt:

| | wöchentlich | monatlich | jährlich |
|---|---|---|---|
| an Mehl bei einer Wochenration von 1350 g: | rd. 600 Ztr., | rd. 2500 Ztr., | rd. 30 000 Ztr. |
| Kartoffeln „ „ „ „ 7 Pfund: | „ 1500 „ | „ 6600 „ | „ 80 000 „ |
| Fleisch „ „ „ „ 250 g: | „ 110 „ | „ 470 „ | „ 5 700 „ |
| Fett „ „ „ „ 50 g: | „ 22 „ | „ 95 „ | „ 1 100 „ |
| Eiern „ „ „ „ 1 Stück: | „ 22000 St., | „ 95000 St., | „ 1100000 St. |
| Zucker „ „ Monatsration „ 750 g: | — | „ 330 Ztr., | „ 4 000 Ztr. |

Die VKV bewirtschafteten alljährlich mehr als 100 000 Zentner Mehl, die Landesviehstelle brachte in den vier Jahren ihres Bestehens nahezu 30 000 Rinder, Kälber und Schweine auf. Dabei wurde den Behörden die Arbeit nicht selten noch von der Bevölkerung selbst recht erschwert, und zwar nicht nur von Landwirten, deren Widerstreben gegen die Zwangswirtschaft mit all ihren unzähligen Verordnungen, Strafandrohungen, Bestandsaufnahmen, Ablieferungspflichten und anderen Hemmnissen der sonst gewohnten freien Betätigung immerhin begreiflich war, sondern auch von Verbrauchern, die auf dem Lande „hamsterten", was sie bekommen konnten, vor allem aber von gewissenlosen Schleichhändlern und Schiebern, die auch unser Land unsicher machten. Große Mengen der ohnehin schon knappen Lebensmittel wurden dadurch der geregelten Verteilung entzogen. Wenn es trotzdem gelang, die Ernährung unseres Landes ohne wesentliche Stockung durchzuführen, so ist das einmal der unermüdlichen Hingabe unserer Behörden und ihrer Beamten, vom Staatsministerium mit seinem weitblickenden und namentlich auch auf dem Gebiet der Ernährungsfürsorge rastlos tätigen Vorstand, Staatsrat Dr. Quarck, an bis zum letzten Gemeindevorstand und Polizeiverwalter, nicht minder aber auch unserer heimischen Landwirtschaft zu danken, die, in ihrer überwältigenden Mehrheit und allen Schwierigkeiten zum Trotz, oft nur auf die Arbeit ihrer Frauen angewiesen, treu zu ihrem Teil mithalf, unserer Bevölkerung die schlimmste Not fernzuhalten.

* * *

# Uebersicht über die durchschnittlichen Höchstverbrauchsmengen für Verbraucher.[1]



| | 1. 4. 15 | 1. 4. 16 | 1. 7. 16 | 1.10.16 | 1.1.17 | 1. 4. 17 | 1. 7. 17 | 1.10.17 | 1. 1. 18 | 1. 4. 18 | 1. 7. 18 | 1.10.18 | 1. 1. 19 | 1. 4. 19 | 1. 7. 19 | 1.10.19 | 1. 1. 20 | 1. 4. 20 | 1. 7. 20 | 1. 10. 20 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Schwarzbrot[2] wöchentlich | ab 19. 2. 15: 2000 g<br>ab 25. 3.: 1750 g[3]<br>„ 11. 8.: 2000 g<br>„ 30. 1. 16: 1750 g<br>„ 27. 2. 16: 2000 g | 2000 g | 2000 g | ab 9.10.16 2100 g | ab 10.3.17 2000 g | ab 16.4.17 1550 g | ab 12.8.17 2000 g | 1850 g<br>ab 8. 10. 2000 g<br>ab 3. 11. 1850 g | ab 11. 2. 18 2100 g | 2100 g<br>ab 17. 6. 18 1650 g[4] | ab 26. 8. 18 1850 g | ab 7. 10. 2000 g<br>ab 2. 12. 2375 g | 2125 g | 2125 g | 2500 g + amerikan. Weizenmehl. ab 1. 12. 19 2375 g | ab 11. 8. 2125 g | ab 23. 2. 20 1850 g | 1850 g | 1850 g | 1835 g (+ ab 1. 11. 20 monatlich: 600 g ab 15. 2. 21: 800 g amerikanisches Weizenmehl bis 31. 12. 21) |
| Kartoffeln[5] wöchentlich | — | — | — | 7 Pfd. | 5¼ Pfd. | 5¼ Pfd. | 5¼ Pfd. | 7 Pfd.[6] | 7 Pfd.[6] | 7 Pfd.[6] | ab 12. 8. 5 Pfd. | ab 15. 9. 7 Pfd. | ab 12. 2. 5 Pfd. | 5 Pfd. | 5 Pfd. ab 13. 9. 7 Pfd. | 7 Pfd. | 7 Pfd. ab 1. 2. 5 Pfd. | 5 Pfd. | 5 Pfd. | — |
| Fleisch (mit Knochen) wöchentlich[7] | — | ab 24. 4. 3 × 500 g je Haush. ab 25. 6. 750 g je Kopf | ab 4. 8. 450 g ab 11. 9. 375 g | ab 2. 10. 250 g | 250 g | 250 g \| 250 g + 16. 4. bis Mitte Aug. 17 250 g Zulage als Ersatz für Minderung der Brotration | | 150 g[8] | 125 g[8] | 125 g[8] | ab 19. 8. 100 g[8] (7 fleischlose Wochen) | 100 g[8] | 100 g[8] | ab 17. 3. 175 g (1 fleischlose Woche) | 125 g + ausländisches Schweinefleisch, Cornedbeef usw. | 125 g | 125 g | 125 g | 125 g ab 11. 7. Ausgabe von Seuchenfleisch | — |
| Fett wöchentlich | — | — | ab 16. 8. 90 g | 90 g | 90 g | 90 g | ab 1. 8. 50 g | 50 g | 50 g | 50 g | 45 g ab 1. 8. 40 g | 40 g | 40 g | 40 g | 40 g | 40 g | 40 g | 40 g | 40 g | 40 g bis 1. 7. 21 |
| Zucker monatlich | — | ab 1. 5. 750 g | 750 g | 750 g | 750 g | 750 g | 750 g Im Sept. 1070 g | 750 g | 700 g | ab 1. 5. 750 g Im Juni dazu 750 g als Broters. | 750 g | 750 g Im Dezbr. 1000 g | 750 g | 750 g Im Juni 1500 g | 750 g Im Sept. 500 g | 750 g | 750 g | 750 g Im Juni 1250 g | 650 g | ab 1. 11. 20 750 g bis 1. 11. 21 |
| Nähr- u. andere Lebensmittel | In wechselnden Arten und Mengen[9] | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

[1]) Die Uebersicht will lediglich ein **ungefähres** Bild über die durchschnittliche Versorgung der Verbraucher mit rationierten Lebensmitteln geben. Abweichungen einzelner Kommunalverbände und vorübergehende Aenderungen der Sätze sind deshalb unberücksichtigt geblieben.

[2]) Ausmahlungssatz des Mehles:

| | bei Weizen | bei Roggen |
|---|---|---|
| Februar 1915—März 1917 | 80% | 82% |
| März 1917—Oktober 1919: | 94% | 94% |
| Oktober 1919 – Februar 1920: | 80% | 82% |
| Februar 1920—Oktober 1920: | 90% | 90% |
| seit Oktober 1920: | 85% | 85% |

[3]) Kinder die Hälfte, ab 11. 8. 15 die volle Ration.

[4]) Dazu im Juli für 3 Wochen je 250 g Hülsenfrüchte.

[5]) Eingesetzt sind die Höchstmengen, die nach den Vorschriften des Bundesrats dem Verbraucher höchstens gewährt werden durften. **Tatsächlich** wurden diese Mengen, namentlich in den Städten **sehr häufig bei weitem nicht erreicht**; in verschiedenen Wochen konnten überhaupt keine Kartoffeln verteilt werden.

[6]) Dazu einigemale bis 16. 6. 18 je 1½ Pfd., weil infolge Ausbleibens der Brotstreckungsmittel die Brotration vorübergehend in einzelnen Wochen herabgesetzt und für die Brotstreckungsmittel Frischkartoffeln gewährt werden mußten.

[7]) Kinder bis zu 6 Jahren die Hälfte.

[8]) In den Städten bis Mitte März 1919 teilw. 250 g.

[9]) Beispielsweise wurden von April 1917 bis März 1918 verteilt:

| | |
|---|---|
| 5 × 100—250 g Graupen | 2 × 100—125 g Dörrobst |
| 11 × 100—250 g Grieß | 8 × 250 g Marmelade |
| 10 × 125—165 g Teigwaren | 6 × 125—250 g Kunsthonig |
| 2 × 150—200 g Haferflocken | 1 × 200 g Syrup |
| 3 × 60—100 g Hafergrütze | 6 × 100 g Schweineschmalz |
| 3 × 40— 50 g Sago | 1 × 40 g Käse |
| 4 × 100—150 g Suppenmehl | 3 × 1 Thür. Kuhkäse |
| 1 × 125 g Erbsen | 1 × ½ Hering |
| 1 × 150 g Bohnen | 3 × 100—250 g Kaffeeersatz |
| 2 × 100 g Dörrgemüse | 3 × 11/4 g Süßstoff. |

Anlage B.

# Amtliche Kleinhandelshöchstpreise in Pfennigen.[1]

(Die schräggedruckten Ziffern stellen die durchschnittlichen Marktpreise dar.)

| | Durchschnittspreis 1914 | Juli 1915 | Jan. 1916 | Juli 1916 | Jan. 1917 | Juli 1917 | Jan. 1918 | Juli 1918 | Jan. 1919 | Juli 1919 | Jan. 1920 | Juli 1920 | Jan. 1921 | Juli 1921 | Jan. 1922 | Durchschnittlicher Schleichhandelspreis während der Zwangswirtschaft |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Roggenmehl . . . 1 Pfd. | *15* | 22 | 19 | 21 | 19 | 18 | 22 | 24 | 28 | 29 | 61[2] | 135 | 135 | ab 15.8. 215 | (230[3] / *500*[4]) | etwa 50— 300 |
| Weizenmehl . . . 1 Pfd. | *22* | 25 | 23 | 23 | 23 | 21 | 24 | 26 | 30 | 31 | 65[2] | 140 | 140 | ab 15. 8. 230 | (240[3] / *600*[4]) | 50— 400 |
| Schwarzbrot . . . 1 Pfd. | *15* | 20 | 16½ | 18 | 16½ | 16½ | 20 | 22 | 25 | 27 | 53[2] | 122½ | 122½ | ab 15. 8. 180 | (205[3] / *400*[4]) | 50— 200 |
| Kartoffeln . . . . 1 Ztr. | *350* | 525 | 350 | 1200[5] | Okt. 16 550 | 1000[5] | Okt. 17. 550 | 1000[5] | Okt. 18 550 | 1200[5] | Sept.19 725 | *4500* | *4500* | *12000* | *11000* | 1500—2000 |
| Rindfleisch . . . . 1 Pfd. | *90* | *110* | *120* | 220 | 210 | 200 | 185 | 215 | 215 | 310 | 290 | 900[6] | *1000* | *1000* | *1200* | 500—1200 |
| Schweinefleisch . . 1 Pfd. | *80* | *140* | 150 | 160 | 160 | 150 | 130 | 200 | 250 | 250 | 480 | 850[6] | *1800* | *1500* | *2400* | 500—1500 |
| Coburger Mettwurst 1 Pfd. | *80* | *140* | 160 | 200 | 200 | 200 | 200 | 240 | 260 | 390 | 390 | 1000[6] | *1300* | *1200* | *1800* | 400—1500 |
| Landbutter . . . 1 Pfd. | *100* | Okt. 150 | 200 | 200 | 220 | 220 | 290 | 290 | 400 | Aug. 530 | Febr. 980 | 980 | 1050 | *1900* | *3250* | 600—2500 |
| Milch . . . . . 1 Liter | *20* | *22* | 22 | 24 | Febr. 28 | 30 | 36 | 36 | 46 | Aug. 60 | Febr. 120 | 120 | 120 | 230 | *400*[7] | 50— 250 |
| Zucker (gemahlen) . 1 Pfd. | *26* | *26* | *26* | 32 | 36 | 36 | 40 | 42 | 50 | Aug.58 Nov.98 | 115 | 190[8] | 375 | 400 | *650* | 200— 450 |

[1]) Zu Grunde gelegt sind im allgemeinen die Preise in der Stadt Coburg, denen die in den anderen Komm.-Verbänden ohne wesentliche Abweichung entsprechen.

[2]) Roggenmehl ab 30. 6. 19: 29, Weizenmehl 31 Pfg., Schwarzbrot 27 Pfg.
" " 8. 9. 19: 31, " 33 " " 30 "
" " 27. 10. 19: 44, " 48 " " 40 "
(Ausmahlungssatz herabgesetzt)
" " 29. 12. 19: 61, " 65 " " 53 "
" " 26. 1. 20: 69, " 73 " " 60 "
" " 3. 5. 20: 135, " 140 " " 122½ "
(Reichsgetreidestelle erhöht ihre Mehlpreise um fast 100 %).

[3]) ab 19. 2. 22: Roggenmehl: 400 Pfg.
Weizenmehl: 430 "
Schwarzbrot: 340 "

[4]) Freies Mehl und Brot.

[5]) Für Kartoffeln neuer Ernte. Der Preis fällt in 8—10 tägigen Abschnitten bis zu dem in der folgenden Spalte eingesetzten Betrag, um im Frühjahr allmählich wieder etwas zu steigen. Bei pfundweisem Verkauf sind die Preise etwas höher.

[6]) Rindfleisch ab 23. 2. 20: 270 Pfg., Schweinefleisch 480 Pfg., Mettwurst 390 Pfg.
" " 7. 4. 20: 350 " " 850 " " 450 "
" " 26. 4. 20: 500 " " 850 " " 600 "
" " 23. 5. 20: 600 " " 850 " " 750 "
" " 8. 6. 20: 900 " " 850 " " 1000 "
" " 21. 7. 20: 850 " " 850 " " 1000 "
" " 23. 8. 20: 750 " " 1000 " " 1000 "
Rindfleisch aus Notschlachtungen im August 1920: 550 Pfg.

[7]) Milch ab 15. 2. 22: 500 Pfg.

[8]) Zucker: ab 2. 1. 20: 115, ab 1. 2. 20: 140, ab 1. 4. 20: 145, ab 1. 5. 20: 190, ab 1. 11. 20: 360, ab 1. 1. 21: 375, ab 1. 6. 21: 400 Pfg.

# Das Herzogliche Hoftheater (Coburgisches Landestheater).

Von Hofrat Gottfr. Mahling, Intendant des Coburgischen Landestheaters.

Von den Wirkungen des furchtbaren Weltkrieges ist auch das Coburg-Gothaer Hoftheater nicht verschont geblieben. Hatten bis dahin unsere Landesfürsten das Kunstinstitut zum größten Teile aus ihren privaten Mitteln erhalten, so schien dies fortan unmöglich, denn infolge des Krieges begannen die Einnahmequellen der Herzoglichen Hofkammer zu versiegen. Dennoch konnte Herzog Carl Eduard, ein wahrer und steter Förderer der Kunst, sich nicht entschließen, das Hoftheater eingehen zu lassen. Er verhielt sich zunächst abwartend, befahl den Beginn der Spielzeit zu verschieben und allen Theaterangestellten die bisherigen Bezüge, abzüglich des auf die Nichtspielzeit entfallenden garantierten Spielgeldes, auszuzahlen.

Aber die Lage des Hoftheaters verschlimmerte sich zusehends, sodaß der Chef der Hofbehörden, Hofkammerpräsident Exzellenz von Bassewitz, der mir an Stelle des am 2. August 1914 ins Feld gezogenen Hoftheaterintendanten Holthoff von Faßmann die Leitung des Theaters übertrug, sich veranlaßt sah, der Intendanz unterm 25. August 1914 zu eröffnen, daß mit einer Schließung des Theaters gerechnet werden müsse, da die Hofkammer nicht mehr in der Lage sei, die erforderlichen Barmittel aufzubringen.

Wäre damals infolge der Not der Stunde die Schließung des Hoftheaters zur Tatsache geworden, so hätte es seine Pforten nicht so bald, vielleicht nie wieder geöffnet, und ein Stück deutscher Kulturarbeit, aber auch manche Existenz wäre der Vernichtung anheimgefallen.

In der Tat gestalteten sich die Verhältnisse für unser Kunstinstitut immer bedrohlicher. Die Hofkammer erwog bereits, das Theater geschlossen zu lassen und den Theaterangestellten bis auf weiteres eine Remuneration zu zahlen.

Trotzdem damals die Bevölkerung durchaus nicht theaterfreundlich gestimmt war, mußte der ernsten Folgen wegen, die die Schließung des Theaters gezeitigt hätte, alles getan werden, die Wiedereröffnung der Spielzeit durchzusetzen.

Nach eingehenden Verhandlungen mit dem Hofkammerpräsidenten wurde endlich ein Ausweg gefunden. Die dem Personal zugedachten Remunerationen wurden erhöht, sodaß man sie den Angestellten als Kriegsnotgagen anbieten konnte, die sie in die Lage versetzten, unter Beobachtung der größten Sparsamkeit und Einschränkung ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Das Theater wurde auf kurze Zeit geschlossen, die bisherigen Verträge gelöst und neue Verträge auf Grund der Kriegsnotgagen abgeschlossen. Nun konnte der Theaterbetrieb versuchsweise wieder aufgenommen werden, wenn auch unter veränderten Verhältnissen und Bedingungen. Es darf nicht unterlassen werden, die Opferwilligkeit des Personals, das sich mit

außerordentlich bescheidenen Bezügen*) zufrieden gab, auch an dieser Stelle anzuerkennen. So wurde die erste Kriegsspielzeit am 11. Oktober 1914 eröffnet.

Die Preise der Plätze wurden bedeutend herabgesetzt. Es kostete ein Platz im I. Rang (Balkon) und an der Hofloge 2,50 Mark an der Tageskasse, 2 Mark im Abonnement, ein Platz im III. Rang 80 Pfg. an der Tageskasse, 50 Pfg. im Abonnement.

Dennoch durften die künstlerischen Leistungen des Theaters auf keinen Fall minderwertiger werden. Im Gegenteil!

Und da muß zum Ruhm des Personals ausdrücklich betont werden, daß dasselbe trotz unsagbarer Entbehrungen und niederdrückender Sorgen mit geradezu vorbildlichem Ernst und Eifer, mit bewundernswerter Schaffensfreude an die Arbeit ging und Großes leistete. Nur diesem echt künstlerischen Geiste, der Kunst und Künstler adelt, war es zu danken, daß ein so abwechslungsreicher und gediegener Spielplan, wie ihn das erste Kriegsjahr brachte, durchgeführt werden konnte. Daß sich unsere Künstlerschar außerdem im Dienste der Kriegswohlfahrtspflege unermüdlich betätigte und den Kranken und Verwundeten viele schöne Stunden der Erbauung und Zerstreuung verschaffte, sei noch nebenbei mitgeteilt.

Anfangs wurde in Coburg wöchentlich nur zwei-, später dreimal, in Gotha viermal im Hauptabonnement gespielt. Die Auswahl der Opern und Schauspiele wurde der ernsten Zeit angepaßt. Die feindländischen Dichter und Komponisten wurden aus dem Spielplan verbannt. Das Publikum, seiner Pflicht der heimatlichen Kunst gegenüber bewußt, unterstützte durch zahlreichen Besuch das Hoftheater.

Am 30. Mai 1915 erreichte die erste Kriegsspielzeit ihr Ende und konnte auf einen höchst achtbaren künstlerischen und materiellen Erfolg zurückblicken.

Die zweite Kriegsspielzeit begann am 5. September 1915 und dauerte bis 13. Juni 1916. Sie umfaßte bereits 214 Vorstellungen gegen 136 im Vorjahre, da wieder fast regelmäßig, wie vor dem Kriegsbeginn, gespielt wurde.

Das Personal erhielt vom 1. September 1915 ab wieder die vor dem Kriege gezahlten Bezüge ohne jeden Abzug. Es wurde nur für den Fall, daß wegen etwa eintretender Verschlimmerung der Kriegslage die weitere Erhaltung des Theaters unmöglich werden sollte, eine gegenseitige Kündigung zum Ablauf des ersten Engagementsjahres, die event. bis 1. Januar 1916 zu erfolgen hätte, vorgesehen.

Den Angehörigen der im Felde stehenden Solomitglieder wurde eine monatliche Unterstützung von 100 Mk., denjenigen der Chor- und Kapellenmitglieder von 60 Mk. gezahlt. Unverheiratete Mitglieder erhielten für die Zeit ihrer Einberufung keine Bezüge. An lebenslänglich und widerruflich angestellte Mitglieder der Kapelle

*) Die damaligen Bezüge betrugen p. Monat: 200 Mark für verheiratete, 150 Mark für ledige Solis, 100 Mark für verheiratete, 75 Mark für ledige Chorsänger. Die dekretlich angestellten, im Hofdienste befindlichen Mitglieder mußten ihre bisherigen Bezüge ungekürzt erhalten.

und des technischen Personals wurden während ihres Militärdienstes die vollen Gehaltsbezüge weitergezahlt.

Die Abonnements- und Tagespreise wurden gegen das Vorjahr etwas erhöht, was aber auf den Besuch des Theaters keine nachteilige Wirkung hatte.

Hoftheaterintendant Holthoff von Faßmann, der am 25. September 1915 zur Dienstleistung bei dem II. Ers.-Batl. Inf.-Rgt. Nr. 95 nach Coburg versetzt wurde, übernahm von diesem Tage ab wieder die Leitung des Theaters.

Auch diese Spielzeit konnte trotz der durch Einberufung von Mitgliedern und Heranziehung von Hilfskräften entstandenen künstlerischen und technischen Schwierigkeiten durchgeführt werden.

Fast hatte es den Anschein, als ob der Bestand des Hoftheaters nicht mehr gefährdet sei, da auch die 3. und 4. Kriegsspielzeit, 1916—17 und 1917—18, ohne wesentliche Störungen vonstatten ging. Die sich jedes Jahr automatisch einstellenden künstlerischen und technischen Schwierigkeiten wurden glücklicherweise stets beseitigt und der Spielplan durchgeführt. Im vierten Kriegsjahr, 1917—18, wurde sogar wieder regelmäßig wie zu Friedenszeiten gespielt, es fielen wegen mangelhafter Zugverbindung nur die früher üblichen Fremdenvorstellungen in Coburg aus.

Nun aber kam das Jahr des Umsturzes, die Spielzeit 1918/19. Sie mußte ausschließlich in Coburg stattfinden, weil die alljährig anfangs Januar übliche Übersiedelung des Hoftheaters nach Gotha wegen unmöglicher Belieferung des dortigen Theaters mit Heizmaterial unterbleiben mußte.

Am 1. November 1918 wurde die 25. Jubiläumsaufführung des „Rosenkavalier" besonders glanzvoll und festlich gestaltet. Herzog Carl Eduard lud den Komponisten, Königl. Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß, ein, die Oper selbst zu leiten, in der als hervorragende Gäste Kammersänger Ermold und Hofopernsängerin Merrem-Nikisch von der Königl. Hofoper in Dresden mitwirkten. Das war die letzte große künstlerische Tat, der Schwanengesang des Hoftheaters. Denn am 9. November 1918 brach die Revolution aus, durch die das Herzogtum Coburg zum Freistaat ausgerufen wurde.

Einige Tage später, am 13. November 1918, entsagte Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha infolge der politischen Ereignisse dem Throne.

Der Zufall wollte es, daß wegen Licht- und Kohlenmangels einige Tage nach des Herzogs Thronentsagung (vom 14. bis 30. November) das Theater geschlossen werden mußte. Als es am 1. Dezember 1918 wieder geöffnet werden konnte, wurde das ehemalige Herzogliche Coburg-Gothaische Hoftheater laut Beschluß des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats von diesem Tage ab vorläufig bis 31. August 1919 auf Rechnung der Freistaaten Sachsen-Coburg und Gotha unter der Bezeichnung „Theater" weitergeführt.

Wie 1914 bei Ausbruch des Krieges drängte sich auch jetzt wieder die Frage nach dem weiteren Schicksal unseres Theaters in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Es wurden Unterhandlungen gepflogen mit dem Herzog als Eigentümer des Theaters und des Fundus. Das Ergebnis war ein günstiges, denn am

7. Juni 1919 kam zwischen dem Herzog und der Staatsregierung des Freistaates Coburg ein Vertrag zum Abschluß, in dem vereinbart wurde:

„Aus seinem Privatvermögen überträgt der Herzog auf die Landesstiftung das Theater und das Magazingebäude auf dem Floßplatz in Coburg. Auch den in Coburg befindlichen Theaterfundus überträgt der Herzog auf die Landesstiftung. Der Übernehmer ist verpflichtet, in Verhandlungen mit Gotha einzutreten, um eine Spielzeit dort nach der bisherigen Übung unter entsprechender Lastenübernahme zu ermöglichen. Der Staat oder die Stiftung stehen dafür ein, daß die bestehenden Verpflichtungen bezüglich des jetzt tätigen Theaterpersonals übernommen werden."

Mit Gotha jedoch kam es zu keiner Einigung, Gotha errichtete sich ein selbständiges, von Coburg völlig unabhängiges Theaterunternehmen. Freilich vollzog sich in Gotha der Übergang nicht so glatt und besonnen wie in Coburg. In dem dortigen ehemaligen Hoftheater hauste die Volksmenge vandalisch. Alle an die fürstliche Regierung erinnernden äußeren Merkmale dieser Epoche wurden gewaltsam entfernt und mutwillig große Schäden an den Einrichtungen verübt. In unserem friedlichen Coburg aber waren die Leidenschaften nicht so arg entfesselt, in aller Stille vollzogen sich im Theaterraum die republikanischen Änderungen. Die Stickereidraperie an der herzogl. Proscheniumsloge, ebenso die Initialen an der ehemaligen großen Hofloge und Krone wurden entfernt. Der Raum der großen Hofloge wurde (für 10 Mk. pro Platz) der Öffentlichkeit freigegeben.*)

Die Spielzeit 1918/19 wurde zunächst auf folgender Grundlage fortgeführt. In einer am 16. November von der Gesamtheit des Theaterpersonals abgehaltenen Versammlung im Hotel zur Goldenen Traube wurde beschlossen, daß der bisherige Hoftheaterintendant und Kammerherr Holthoff v. Faßmann die Oberleitung des Theaters unter den nunmehr veränderten Verhältnissen beibehalte. Ihm wurde ein aus allen Gruppen der Bühnenmitglieder zusammengesetzter Beirat zur Seite gestellt, der bei allen wichtigen sozialen und geschäftlichen Fragen mit entscheiden sollte.

Am 1. Juni 1919 trat jedoch der Hoftheaterintendant Holthoff v. Faßmann von der Leitung zurück und wurde von diesem Zeitpunkt ab zur Disposition gestellt.

Über die Fortführung des Theaters vom 1. September 1919 ab fanden zwischen dem Staatsministerium des Freistaates Coburg und dem Magistrat der Stadt Coburg Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, daß am 9. August 1919 zwischen den beiden Körperschaften ein Vertrag abgeschlossen wurde, wonach sich die Stadtgemeinde Coburg verpflichtet, das frühere Hoftheater unter der Bezeichnung „Coburgisches Landestheater" auf seiner bisherigen künstlerischen Höhe unter Darbietung von Oper und Schauspiel fortzuführen. Stadt und Staat leisten gemeinschaftlich die erforderlichen Zuschüsse von 60 bezw. 40 %.

*) Der erste zahlende Gast in dieser Loge erregte allgemeine Aufmerksamkeit, umsomehr als er in den Zwischenpausen die Benützung der ehemaligen herzoglichen Appartements als selbstverständlich ansah.

Die Verwaltung des Landestheaters wurde in die Hände eines Verwaltungsausschusses gelegt, der aus dem Oberbürgermeister Hirschfeld als Vorsitzendem, Staatsrat Klingler als Vertreter der Staatsregierung, den Abgeordneten Mämpel und Stegner als Vertreter der Landesversammlung, Magistratsrat Müller als Vertreter des Magistrats und den Stadtverordneten Justizrat Hirsch und Sparkassenbuchhalter Scholz bestand.

Zum Intendanten wurde unter mehr als 70 Bewerbern Anton Ludwig, Opernsänger am Nationaltheater in München, gewählt.

Am 13. September 1919 fand die Eröffnungsvorstellung des Coburgischen Landestheaters mit „Fidelio" und einem vorausgegangenen Prolog, dem sich die Eröffnungsansprache des Oberbürgermeisters Hirschfeld anschloß, statt.

Nachdem der Verwaltungsausschuß den mit dem Intendanten Ludwig abgeschlossenen Vertrag am 17. Mai 1920 gelöst hatte, wurde die Leitung bis auf weiteres dem Verfasser dieses Abschnitts anvertraut und derselbe am 17. Juni 1920 im Einvernehmen mit der Coburgischen Staatsregierung und unter Bestätigung des bayerischen Kultusministeriums als Intendant mit der Leitung des Landestheaters beauftragt.

Am 1. Juli 1920 erfolgte der Anschluß des Freistaats Coburg an den Freistaat Bayern.

Im Schlußprotokoll zum Staatsvertrag vom 14. Februar 1920 über die Vereinigung Coburgs mit Bayern bestimmt Ziffer 10, daß der bayerische Staat in den zwischen dem Staate Coburg und der Stadtgemeinde Coburg unterm 9. August 1919 abgeschlossenen Vertrag eintritt.

Im Mai 1920 wurden wieder die rühmlichst bekannten „Maifestspiele" veranstaltet, die seit Beginn des Krieges eine Unterbrechung erfahren hatten.

Nachdem infolge des Anschlusses Coburgs an den Freistaat Bayern sich die Coburger Landesversammlung aufgelöst hatte, wurden die Vertreter derselben im Verwaltungsausschuß, die Abgeordneten Mämpel und Stegner, durch Vertreter der bayerischen Staatsregierung, den Oberregierungsrat Dr. Fritsch und Oberregierungs- und Fiskalrat Bauer in Bayreuth (Vertreter Regierungsrat Dr. Doebel), ersetzt. Als dritter Vertreter der Staatsregierung blieb Abgeordneter Klingler im Amt.

Die Spielzeit 1920/21, die am 5. September 1920 begann, schloß am 23. Mai 1921. Dann folgte eine Maifestspielwoche vom 29. Mai bis 5. Juni und neu in's Leben gerufen und der Spielzeit angegliedert die Nach- bezw. Sommerspielzeit vom 9. Juni bis 10. Juli 1921. Auch die Einrichtung der Symphoniekonzerte wurde erweitert und ausgebaut. Einen besonderen Anziehungspunkt bildete die zweimalige, geschlossene Ring-Aufführung und das Weihfestspiel „Parsifal", das am 25. Dezember 1920 zum ersten Male am Landestheater gegeben wurde.

Nichts wird unversucht gelassen, um das Interesse des Publikums wach zu halten und zu steigern und bei Wahrung künstlerischer Interessen dem Landestheater wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen und seine Erhaltung zu sichern.

Eine Stadt von rund 24000 Einwohnern wie Coburg kann auf die Dauer die ungeheuren Ausgaben für das Landestheater kaum tragen. Deshalb knüpfte Ministerialrat Korn, der Referent im bayerischen Kultusministerium, Verhandlungen mit Bayreuth, Bamberg, Meiningen und Kissingen an, um durch langfristige Gastspiele unseres Theaters in genannten Städten Coburg zu entlasten. Leider scheiterten die Verhandlungen mit Bayreuth an der geringen Opferwilligkeit des dortigen Stadtrates und in Bamberg und Kissingen an der von dort aus strikt ablehnenden Haltung.

Nun heißt es, weiter Mittel und Wege zu suchen, die die Erhaltung unseres Landestheaters, das nicht nur einen Kulturfaktor, sondern einen der allerwichtigsten Bestandteile des wirtschaftlichen Lebens unserer engeren Heimat bedeutet, gewährleisten. Und wo ein Wille, ist auch die Tat! Es muß gelingen, die den Coburgern an's Herz gewachsene Kunst- und Kulturstätte, die seit jeher weit über die Grenzen des Landes einen rühmlichen Namen hat, unser Landestheater, das vom Anbeginn des Krieges harte Kämpfe um seine Existenz bestehen mußte, zu erhalten.

Was ist es, das uns in der jetzigen furchtbaren Zeit einzig und allein erfrischt, zerstreut, erhebt und erbaut? — Die deutsche Kunst!

Darum wollen wir hoffen und alles daransetzen, daß uns der ihr geweihte Tempel, unser coburgisches Landestheater, erhalten bleibt!

## Die Presse.

Von Schriftleiter Richard Lorenz.

Die Presse, wie gemeinhin die regelmäßig erscheinenden Zeitungen benannt werden, spielte im Weltkriege eine bedeutsame Rolle. Hatten ihr die Behörden zur Friedenszeit im Gegensatz zu anderen Ländern nur geringe Beachtung geschenkt, so änderte sich das Bild wesentlich mit dem Tage des Kriegsausbruchs. Die Regierungs- und militärischen Stellen wendeten namentlich den Tageszeitungen erhöhte Aufmerksamkeit zu, und mit dem Zeitpunkt der Mobilmachung hatte für alle Zeitungsleute bis in den kleinsten Druckort Deutschlands hinein das bisher nur dem Namen nach gekannte Wort Zensur greifbare Gestalt angenommen. Die Zensur-Vorschriften erschienen, von der örtlichen Militärbehörde übermittelt, zunächst in einem vorgedruckten Formular als „Merkblatt für die Presse" mit Leitsätzen über das Verhalten der Redaktionen bei Veröffentlichungen militärischen und politischen Charakters, um mit der Zeit eine immer vielseitigere Gestaltung und Verschärfung anzunehmen. War in denselben anfänglich fast ausschließlich auf den der Schriftleitung unterstellten Teil der Zeitungen Bezug genommen, so wurde bald auch der Anzeigeteil unter Zensur gestellt, insbesondere hielt man im Hinblick

auf die fühlbar werdende Knappheit an Lebensmitteln und Rohprodukten aller Art Maßnahmen zur Verhinderung von Ausbeutung und Wucher für erforderlich. Auch dem Spionageweſen, das ſich eine gewiſſe Abfaſſungsart der Anzeigen zu nutze machte, ſollte durch eine Beſchneidung der Ankündigungsmöglichkeiten Abbruch getan werden. Mit der Zeit gingen die Zenſuranordnungen in die Tauſende, womit der Zeitungsbetrieb ganz empfindlich erſchwert wurde.

Für den Leſer wurde die behördliche Beaufſichtigung der Preſſe inſofern erkennbar, als Drahtnachrichten und Artikel politiſchen und wirtſchaftlichen Inhalts mit einem Zenſurzeichen verſehen waren, wobei zu erwähnen iſt, daß jedes ſtellvertretende Generalkommando und jedes Feſtungsgouvernement ſein eigenes Zenſurzeichen hatte. Das des Generalkommandos Caſſel, deſſen Oberzenſurſtelle Coburg unterſtellt war, beſtand aus den Buchſtaben „G. C." Daneben gab es örtliche Zenſur-Aufſichtsſtellen, die in den erſten Kriegsjahren des öfteren wechſelten. Zunächſt übte der hieſige Garniſonälteſte die Aufſicht über die Preſſe aus, dann wurde dieſe dem Staatsminiſterium übertragen, kurze Zeit verſah ſie der Chef des Landratsamts, bis ſie ſchließlich in die Hand des Oberbürgermeiſters bezw. ſeines Stellvertreters kam, wo ſie bis zu ihrer Auflöſung nach Ausbruch der Revolution verblieb. Gelegentliche Zenſurſitzungen dienten der Bekanntgabe neuer Verfügungen oder der Entgegennahme von „Rügen", ſoweit dieſe nicht ſchriftlich den Schriftleitern mitgeteilt wurden. Von den angedrohten ſtrengen Beſtrafungen bei Zenſurübertretungen brauchte man hierorts keinen Gebrauch zu machen, nur in zwei Fällen wurde ein dreitägiges Extrablatt-Verbot über hieſige Tageszeitungen verhängt. Sonſt blieb es bei Verwarnungen. Von Zeit zu Zeit fanden in den letzten Kriegsjahren Preſſe-Zuſammenkünfte mit den militäriſchen Stellen in Erfurt, Eiſenach und Leipzig ſtatt.

Die örtliche Preſſe beſtand zur Zeit des Kriegsbeginnes in folgenden Tageszeitungen:

„Coburger Zeitung", Verlag von Robert Dornheim,

„Coburger Tageblatt", Verlag von Friedrich Colbatzky,

„Generalanzeiger für Thüringen und Franken", Verlag von Spandels Witwe in Nürnberg,

„Coburger Volksblatt", Verlag von Bruno Körſchner & Co.,

„Regierungsblatt für das Herzogtum Coburg", Verlag der Herzogl. Staatsregierung,

„Eberhardt'ſcher Polizei-Anzeiger", Herausgeber Polizei-Inſpektor A. Rauſchert,

„Sprechſaal", Zeitſchrift für die keramiſchen, Glas- und verwandten Induſtrien, Verlag von Müller & Schmidt,

„Heimatglocken", Verlag von Aug. Braunſchmidt.

„Regierungsblatt" und „Polizei-Anzeiger" erſchienen in der Regel zweimal in der Woche, die beiden letzteren Blätter wöchentlich.

Während die Tageszeitungen infolge eines erhöhten Lesebedürfnisses in der Kriegszeit ihre Bezieherziffer anschwellen sahen, büßte der „Sprechsaal", der als Fachblatt in allen kultivierten Ländern gelesen wurde, 50 bis 60% seiner Bezieherzahl unter dem Einfluß der Sperre des internationalen Verkehrs ein, der Anzeigenteil schmolz wegen vielfacher Veröffentlichungsverbote und Fabrikstillegungen auf ein Minimum zusammen. Erst im zweiten Jahre nach dem Kriege erreichte das Blatt seinen alten Stand wieder. Der „Generalanzeiger" stellte 1915 wegen Unrentabilität sein Erscheinen ein.

Schon bei den ersten Kriegsanzeichen machte sich eine Veränderung in der Ausstattung der Tageszeitungen bemerkbar. Die erste Seite wurde im allgemeinen zur Wiedergabe der täglich einlaufenden Heeresberichte und sonstigen wichtigen Meldungen über die Kriegslage benutzt, je nach Wichtigkeit wurden die Nachrichten mit mehr oder minder fetter Schrift gedruckt und mit auffälligen Überschriften versehen. So näherte sich das Bild der deutschen Zeitungen sehr dem der amerikanischen Blätter, eine Erscheinung, die zwar keine kulturelle Errungenschaft bedeutete, aber ganz der Stimmung im Volke Rechnung trug. Die Presse Coburgs stand dabei nicht hinter der der Großstädte zurück. Die Tagesberichte über die Kriegslage wurden durch Extrablätter bekanntgegeben und diese auf den Straßen der Stadt zum Verkauf gebracht. Bei bedeutsamen Siegesmeldungen waren die Extrablätter der bürgerlichen Zeitungen mit einer schwarz-weiß-roten Umrandung versehen. Das „Coburger Tageblatt" würdigte Siege der verbündeten österreichischen oder bulgarischen Armeen durch Umrandung in den Farben der betreffenden Länder. Oft wartete die Einwohnerschaft in Massen auf die neuesten Nachrichten von der Front, eine Schar Erwachsener und Kinder bot sich als Verkäufer an und rief ihr zu einem stereotypen Ruf gewordenes „Extrablatt" über Straße und Platz. Manches Kind minderbemittelter Leute konnte durch den dabei erzielten Gewinn mit zur Unterhaltung der Familie beitragen. Wenn der Extrablatt-Verkauf durch die zuweilen recht temperamentvolle Jugend auch Auswüchse zeitigte, so wurde doch die Einrichtung, die in gewissen Fällen von der obersten Zensurstelle verlangt wurde, gern gesehen. Während der ersten Kriegsjahre gaben die politischen Zeitungen auch einseitig bedruckte Frühausgaben heraus, eine Einrichtung, die sich mit der Länge des Krieges und den sich daraus ergebenden Verhältnissen von selbst verbot.

Der mit Zunahme der Rekrutierung sehr fühlbar werdende Mangel an Arbeitskräften war auch auf das Zeitungsgewerbe nicht ohne störenden Einfluß geblieben. Der Hauptgrund dafür lag in der infolge der geringen Kohlenbelieferung bis auf ein Minimum gesunkenen Papierherstellung und in der dadurch bedingten schwachen Belieferung der Druckereien mit Druckpapier, das, wie fast alle Artikel für Fabrikation und Gebrauch, einer Rationierung unterworfen war. Den Zeitungen waren unter Berücksichtigung ihrer Auflage vor dem Kriege den wahren Anforderungen nicht entsprechende Monatsquanten zugeteilt, über die hinaus eine Belieferung nicht stattfand. Blieb, was infolge der öfters eintretenden Verkehrsstörungen auf der Eisenbahn nicht selten eintrat, die erhoffte Papiersendung aus, dann war

im Druckersaal Schmalhans Küchenmeister, und es gehörte schon manchmal ein Stück Erfindergeist dazu, die Leser mit dem vielbegehrten Stoff zu versorgen. Manche stille Reserve, die im hintersten Winkel der Papierkammer lagerte, wurde hervorgeholt, ganz gleich, ob sie blaue, rote oder grüne Nuancen in der Farbe aufwies. Auch die wesentlich zurückgegangenen Produktionsmöglichkeiten der Städtischen Werke führte in den Zeitungsbetrieben fühlbare Störungen herbei. Je nach den Sperrzeiten für Gas und elektrische Energie mußten die Satz- und Druckzeiten eingerichtet werden, und nicht zuletzt mußte auch auf die Beförderungsmöglichkeiten durch Post und Bahn Rücksicht genommen werden. Als Kuriosum mag dabei erwähnt sein, daß das „Coburger Tageblatt" zur Beheizung seiner Setzmaschine eine Zeit lang das in den Sperrzeiten benötigte Gas in eisernen Flaschen aus Berlin bezog, die Zeitungen aber sämtlich dazu übergingen, neuerfundene Apparate aufzustellen, die in den Sperrstunden das Gas aus den Hauptleitungen der Stadt herauszogen und der Setzmaschine zur Flüssighaltung des Gießmetalls zuführten.

Unter dem Einfluß der mancherlei Störungen mußte sich die Leserschaft zuweilen, namentlich aber in Zeiten verschärfter Gassperre, mit zwei Seiten Lesestoff täglich begnügen. Das bislang geübte Erscheinen der Zeitungen gegen den Abend — das „Coburger Tageblatt" gab auch eine Mittagsausgabe heraus — mußte in die ersten Nachmittagsstunden verlegt werden, um dem auswärtigen Lesepublikum gerecht zu werden. Zu diesem gehörten auch unsere feldgrauen Landeskinder an den Fronten und in den heimatlichen Garnisonen. Viele Hunderte Exemplare der Heimatpresse gingen täglich als Feldpostsendungen nach West und Ost, nach Nord und Süd bis hin zu den Kampffronten des Morgenlandes. Immer wurde die Heimatzeitung mit Sehnsucht erwartet und mit Freude begrüßt, denn sie war ja das Bindeglied zwischen Schützengraben und Heimat. Kein gedrucktes Wort blieb ungelesen, und selbst das bescheidenste Inserat fand bei unseren Feldgrauen Beachtung, weil es die Erinnerung an die Heimat belebte und in Gedanken zu dieser hinüberführte. So war die Presse gewissermaßen zur Mitkämpferin im Kriege geworden, und die Leiter derselben wurden zu Pionieren in gemeinsamer Arbeit für Volk und Vaterland.

## Selbstschutzmaßnahmen.

Von Gewerbeschulrat Fritz Dürr.

In den ersten Augusttagen 1914 folgten die wehrpflichtigen Männer dem Rufe des Vaterlandes zum Kampfe gegen seine Feinde. Damals waren die Straßen bunt von Menschen, die hinwanderten in gleichem Schritt und Tritt und sangen, und was sie sangen, war Gebet und Schwur. Frei sollte die deutsche Heimat vom Feinde gehalten werden.

Aber auch innerhalb der deutschen Grenzen sah man sich durch feindliche Unternehmungen bedroht, sodaß besondere Maßnahmen zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit, insbesondere zum Schutze der öffentlichen Einrichtungen und Gebäude geboten erschienen. Diesen Aufgaben waren aber die durch die zahlreichen Einstellungen ins Heer geschwächten Sicherheitsorgane nicht gewachsen. Am 6. August 1914 bestand in Coburg die Polizei nur noch aus sechs Beamten. Deshalb verlangte bereits am 16. August 1914 das Herzogl. S. Staatsministerium von Stadt und Landgemeinden die Bildung eines Selbstschutzes aus nichtmilitärpflichtigen oder nicht militärtauglichen Freiwilligen. Auch das Generalkommando des 11. Armeekorps legte die Bildung von Selbstschutzverbänden (Bürgerwehren) den Gemeinden nahe. Da auch in der Bürgerschaft der Wunsch nach Sicherheit laut wurde, fand am 21. September 1914 die Gründung einer Bürgerwehr für die Stadt Coburg statt. Der Zweck dieser Wehr sollte sein, die Polizeiverwaltung, welche infolge der vielen Einberufungen der Beamten zum Heeresdienst nicht mehr imstande war, ihre Aufgaben voll zu erfüllen, zu unterstützen. Durch Ausübung des Wachdienstes während der Nacht sollte Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten und das Gefühl der Sicherheit in der Bürgerschaft gewährleistet werden. Die neugegründete Wehr nahm mit einem Kommandanten, 10 Zugführern und 190 Mann am 23. November 1914 ihren ehrenamtlichen Dienst auf, ausgerüstet mit dem Gewehr Mod. 71 und durch Armbinden „Bürgerwehr" kenntlich gemacht. Zum Kommandanten wurde Kaufmann Anton Jacobi gewählt. Ziel- und Schießübungen auf den Schießständen der Schützengesellschaft fanden unter Aufsicht und Anleitung der Zugführer statt. Der Dienst selbst zerfiel in eine Vor- und Nachwache, die von 9—1 Uhr nachts und von 1—5 Uhr morgens währte und aus neun Mann bestand.

Wie in der Stadt Coburg so bildeten sich auch in 58 Landgemeinden alsbald Bürgerwehren. Deren Aufgaben hat Weißenbrunn v. W. in einer Dienstanweisung folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die Wehr soll im Falle der Not den heimischen Herd und das heimische Dorf gegen die Übergriffe herumtreibenden Gesindels, z. B. ausgebrochener Kriegsgefangener, schützen und die staatlichen Behörden auf deren Verlangen auch bei anderen polizeilichen Maßnahmen unterstützen. Zu rein militärischen Aufgaben ist die Wehr weder verpflichtet noch berufen.

Es wird erwartet, daß derselbe Geist, der in der Armee lebt, und dieselbe stramme Zucht, welche das Heer auszeichnet, auch in jedem Wehrmann lebendig sein wird. Nicht zum Spielen mit der Waffe oder zum Zeitvertreib soll diese Wehr dienen, sondern ihre Aufgabe ist es, den Schwachen in der Stunde der Gefahr ein Schild zu sein und sie gewiß zu machen, daß auch in ernsten Zeiten starke Arme und Herzen bereit sind, ihnen zuverlässigen und ausreichenden Schutz zu gewähren."

Auf diesen Grundlagen hat sich die Bürgerschaft in opferwilliger Weise zur Verfügung gestellt, und alle Kreise der Bevölkerung, Jüngere und Ältere, sind den übernommenen Pflichten freiwillig in gewissenhaftester Weise nachgekommen.

Am 1. Mai 1915 sprach bei einem Appell in der Herzoglichen Reithalle Oberbürgermeister Hirschfeld der auf 263 Mann angewachsenen Bürgerwehr den Dank der Stadt für die geleisteten Dienste und zugleich die Erwartung aus, daß die Wehr, sofern die Verhältnisse es erfordern sollen, sich jederzeit wiederum in den Dienst der Stadt stellen werde. Der Dienst selbst wurde in Anbetracht des starken, hier in der Kaserne vorhandenen Militärbestandes bis auf weiteres eingestellt. Die Organisation blieb jedoch bestehen, auf den Landorten Orts- und Flurschutz ausübend.

Der Krieg war beendet.

Damals als wir ausmarschierten, als der Flammensturm in uns allen war, da gab es nur einen Gedanken, wenn wir der Heimat gedachten — nur den einen, der wie eine Fahne brausend hoch über unseren Köpfen mit uns flog: als Sieger, als Sieger!

Bedingungslose Waffenstreckung war die Folge der erschöpften Kraft des deutschen Volkes. In dem neuen Deutschland galt es zunächst, der inneren Kämpfe Herr zu werden. Aber das deutsche Heer, das allein schon durch seine Existenz Gewähr für Sicherheit des öffentlichen Lebens bot, war zerschlagen. Die Freiwilligen-Verbände reichten auch nicht aus, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und die friedliebenden Bürger vor Plünderung zu schützen. Die Unsicherheit in Stadt und Land nahm zu, die Gefahr der gänzlichen Auflösung von Zucht und Sitte wuchs beständig. Deshalb schlossen sich zu Beginn des Jahres 1919 da und dort Ortseingesessene, die Ruhe und Ordnung wollten, zu Selbstschutzverbänden, „Einwohnerwehren", zusammen, um Frauen und Kinder, Heimat und Zukunft vor Plünderern, Spartakisten und Bolschewisten zu schützen. Für ganz Deutschland wurde die Bildung solcher Einwohnerwehren am 25. April 1919 vom Reichswehrminister Noske angeordnet. Auf Veranlassung des Staatsministeriums Coburg wurden alsbald auch in unserer Heimat solche Selbstschutzorganisationen gebildet. In der Stadt Coburg konnten am 1. Juni 1919 insgesamt 120 Mitglieder der Turngenossenschaft, des Männerturnvereins und des Vereins für Bewegungsspiele als Angehörige der Einwohnerwehr verpflichtet werden. Mit der Leitung wurde Direktor Fritz Dürr betraut. Durch weitere Anmeldungen von Bürgern, die keinem dieser Vereine angehörten, sowie durch den späteren Zutritt des Arbeiterturnvereins erhöhte sich die Mitgliederzahl auf 200 Mann. Ebenso wurden in 98 Landorten Einwohnerwehren gegründet, für die Stadt Coburg standen außerdem drei Maschinengewehre zur Verfügung. Sämtliche Wehren unterstanden der Zentralstelle für Einwohnerwehren beim Ministerium des Innern in Berlin.

Die so errichteten Einwohnerwehren waren eine freie und vollkommen unpolitische Vereinigung aller ordnungsliebenden Einwohner sämtlicher Berufsklassen, die ihre Führer selbst wählte. Sie hatten die Aufgabe, die Polizei bei Diebstahl, Plünderung und bewaffnetem Aufruhr in der Gemeinde zu unterstützen und mitzuhelfen, den Anordnungen der Volksregierung Geltung zu verschaffen. Dank der besonnenen Haltung der Coburger Bevölkerung traten die Einwohnerwehren nie

in Erscheinung. Unsere Feinde sahen jedoch mit größtem Mißtrauen diese Selbstschutzorganisationen an und erreichten endlich, daß die Zentralstelle in Berlin im April 1920 aufgelöst wurde. Dieser Auflösung folgte nach einjährigem Bestehen die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren zufolge des Abkommens von Spa am 9. Juli 1920. Trotzdem in fast allen Bundesstaaten dem Auflösungsbefehl Folge geleistet wurde, stellte sich die bayerische Regierung auf den Standpunkt, daß die bayerischen Einwohnerwehren nicht von diesem Auflösungsbefehl betroffen würden. Die bayerischen Einwohnerwehren unterstanden nämlich nicht der Staatsverwaltung, sondern sie waren eine selbständige private Einrichtung des öffentlichen Wohles. Der Charakter des Privatvereins war auch von der damaligen bayerischen Regierung Hoffmann ausgesprochen worden. Aus dem Volke hervorgegangen, beruhten die bayerischen Einwohnerwehren auf dem völlig freien Zusammenschluß ihrer Mitglieder. Diesem bayerischen Landesverband der Einwohnerwehren trat nach dem Anschluß Coburgs an Bayern am 1. Juli 1920 auch der größte Teil der ehemaligen Wehren des Coburger Landes bei. Durch eifrige Organisationsarbeit gelang es, in der Stadt Coburg unter Führung des Studienrats Dr. Gerstenmeier eine Stadtwehr von rund 900 Mitgliedern aufzustellen. Auf den Landorten sowie in der Stadt Rodach war die Beteiligung ebenfalls eine sehr ansehnliche. Am 1. Juni 1921 bestanden in 102 Gemeinden des Bezirksamts Coburg Ortswehren mit insgesamt über 4000 Wehrmännern, die sich zum Schutze ihres eigenen Wohnorts und der Nachbarorte bereit erklärten. Stadt- und Landwehren bildeten zusammen den Gau Coburg, der wieder ein Teil des Einwohnerwehrkreises Oberfranken darstellte. Außerdem konnte im Gau eine Gauschützenhundertschaft gebildet werden, die sich zum Schutze des ganzen Gaues oder zu nachbarlicher Hilfe in den angrenzenden Gauen verpflichtete. Die Führung des Gaues lag in Händen des Gewerbeschulrats Fritz Dürr. Als Stabsleiter war Major a. D. Friedrich Beyer tätig.

Zur Bewaffnung erhielt jeder Wehrmann ein Gewehr 98 nebst 30 Patronen als eisernen Bestand. Auch Maschinengewehre konnten an einzelne Wehren abgegeben werden. Eine weiß-blaue Armbinde sowie ein Waffenschein bildeten den Ausweis der Wehrleute. Gegen Unfall und Haftpflichtschäden waren sämtliche Wehrleute bei der bayerischen Wehrversicherung versichert.

Um ihre Waffen kennen zu lernen, war den Wehrleuten Gelegenheit geboten, Schießübungen zu veranstalten. In Coburg stellte die Schützengesellschaft ihre Schießstände zur Verfügung. Auch auf den ehemaligen Militärschießständen fanden Schießen der Einwohnerwehren statt. Mit viel Fleiß und unermüdlicher Ausdauer entstanden auf so manch sonntagsstiller Flur Erdaufwürfe, Balkendeckungen, Scheibenzugwerke, alles von wetterharten, im Krieg erfahrenen Jünglingen mit Zuversicht in den Augen nach des Tages Müh und Lasten geschaffen. Und war es nicht eine Freude, den Eifer zu sehen, mit dem am Tage der Ruhe von Jung und Alt Aug und Hand für's Vaterland geübt wurden! Doch es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Unsere Feinde übten auf Deutschland solange den härtesten Druck aus, bis daß die Entwaffnung der Selbstschutz-

verbände restlos durchgeführt wurde. Diesem Drucke der Entente folgend, hat die Reichsregierung am 4. Juni 1921 die Entwaffnung und danach die Auflösung der Einwohnerwehren Bayerns angeordnet. Eine Note des französischen Generals Nollet verlangte bis 30. Juni vollständige Entwaffnung, die auch in Coburg durchgeführt werden mußte.

Die Waffen wurden abgegeben, die Form der Einwohnerwehr ist zerschlagen. Der Gedanke des Sichwehrens aber wird nie untergehen, und so ist jeder Einzelne zum Träger der Ideen geworden, die in den Selbstschutzverbänden verkörpert waren.

# Die Verwaltung der Stadt Coburg.

## 1. Zustand der Stadt im allgemeinen.

Von Oberbürgermeister Hirschfeld in Coburg.

Auch die Stadt Coburg hat gleich den meisten anderen Städten im Reich ihr Teil an dem glänzenden Aufstieg deutschen Städtelebens in den 44 Friedensjahren genommen. Der Wohlstand der Bevölkerung hatte sich sichtlich gehoben, neue Unternehmungen waren entstanden, alte hatten ihren Wirkungskreis wesentlich ausgedehnt, der Warenaustausch, insbesondere nach dem Ausland, war beträchtlich gestiegen, Handel und Wandel blühte. Der Post- und Eisenbahnverkehr, der letztere namentlich nach dem Übergang der Werra-Eisenbahn in die preußische Staatseisenbahnverwaltung am 1. Oktober 1895, hatte sich wesentlich gehoben, mancherlei Wünsche in Bezug auf Hebung des Verkehrs waren der Erfüllung nahe gerückt. Die Einkommensteuer war im Staatshaushalt des Herzogtums im Jahre 1870 mit 174848 Mk. gegen 772000 Mk. im Jahre 1914 veranschlagt, von welcher Summe etwa $^2/_3$ auf die Stadt allein entfielen. Die Zahl der Gebäude stieg in dieser Zeitspanne von 907 auf 3127. Zwar war die Einwohnerzahl nicht in dem Maße gewachsen wie die vieler anderer Städte ähnlicher Lage im Reiche, aber immerhin hatte sie sich von 12819 im Jahre 1871 auf 24241 im Jahre 1914 gehoben. Die reichen Bildungsinstitute der Stadt hatten sich kraftvoll entwickelt, die Kunst fand eifrige Pflege, namentlich ihr Hauptträger, das Herzogliche Hoftheater, stand auf hoher Stufe und erfreute sich großer Wertschätzung in weiten Kreisen der Kunstwelt. Das gesellschaftliche Leben der Stadt bewegte sich in aufsteigender Linie und ließ auch hier den Rückschluß wachsender Wohlhabenheit zu. Neue Wohlfahrtseinrichtungen wurden geschaffen, vorhandene ausgebaut und erweitert, kurz: trotz allerlei Klagen über die Nöte der Zeit und das Dahinschwinden

der „guten alten Zeit" ein Bild des Aufstieges auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit.

Von dieser Entwickelung wurde naturgemäß die städtische Verwaltung mit ergriffen. Auch sie war in den 44 Friedensjahren im ehrlichen Ringen bemüht, vorwärts zu schreiten und kommunale Einrichtungen zu schaffen, die neuzeitliches Städtewesen mehr oder weniger als selbstverständliche Forderung aufstellte. Dies machte sich besonders in Ausbau und Erweiterung des Straßennetzes, in der Neupflasterung der Straßen, in Brückenbauten und der Geradelegung der Itz erkennbar. Der Bau einer Hochdruckwasserleitung, die alle Teile des Stadtgebietes mit einwandfreiem Trinkwasser versah und sich bis auf die Veste erstreckte, die Einführung einer umfassenden Kanalisation der Stadt nach dem Trennsystem, die Erweiterung und Verbesserung der Friedhofsanlagen und der Bau des Krematoriums, endlich ein Umbau des Rathauses legten ein beredtes Zeugnis ab für den Aufstieg des Gemeinwesens. Auch auf dem vielgestaltigen Gebiete der Volkswohlfahrt war der Fortschritt unverkennbar. Hiervon zeugten die Errichtung eines großen, mit allen Erfordernissen der Neuzeit ausgerüsteten Volksbades, die Schaffung von Anlagen, Promenadenwegen und Spielplätzen. Auf dem Gebiete der Volksbildung zeigte sich ein starker Aufschwung durch die Errichtung neuer Volksschulgebäude, im Innern und Äußern reich ausgestattet mit den Erfordernissen der Neuzeit, in der Verfeinerung der Unterrichtsmethoden, der Schaffung kleinerer Klassen, der Vermehrung der Lehrkräfte; die Errichtung einer Gewerbeschule bot der heranwachsenden Jugend eine ausgezeichnete Gelegenheit für ihre fachmännische Ausbildung, ein Gleiches konnte die mit städtischen Mitteln unterstützte Handelsfachschule für die kaufmännische Jugend für sich beanspruchen. Gewerbliche Betriebe wurden in den Bereich der städtischen Verwaltung gezogen, so ein Schlachthof, ein Gas- und Elektrizitätswerk errichtet, beide Werke schoben ihren Wirkungskreis über das Stadtgebiet hinaus. Die Städtische Sparkasse, das einzige wirtschaftliche Unternehmen, das die Stadt im bescheidenen Umfange allerdings schon im Jahre 1821 errichtet hatte, entfaltete sich zu einem großen und für das Finanzwesen der Stadt bedeutungsvollen Institut.

In diese erfreuliche Entwickelung fuhr mit rauher Hand der Krieg. Er brachte Stillstand in den kulturellen Aufstieg des Gemeinwesens, und der Zusammenbruch Deutschlands im Kriege, die Revolution mit ihren Begleiterscheinungen und Folgen, sie gaben den Rest.

Während der ersten beiden Kriegsjahre nahm im großen und ganzen das geschäftliche Leben seinen gewöhnlichen Verlauf, wenn auch in den Fabriken, Werkstätten, Amtsstuben und Kontoren durch die Masseneinberufungen zum Kriegsdienst oft große Lücken in dem Personalbestand entstanden waren, sie wurden in der Mehrzahl durch weibliche Hülfskräfte wieder ausgeglichen. Auch die Preise für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens hielten sich anfänglich in den üblichen Grenzen. Erst mit der längeren Dauer des Krieges trat hierin ein Wandel ein. Industrie und Handwerk mußten die Friedensarbeit aufgeben, um auf die Herstellung von Kriegsmaterial umgestellt zu werden. Hauptsächlich wurden davon die Maschinen-

fabriken und die Korbwarenindustrie betroffen. Durch die jahrelangen Massenaufträge hatten Unternehmer und Arbeiter guten Verdienst, und manchem gelang es, zu ansehnlichem Vermögen zu kommen. Aber auch die Schattenseiten dieses leichten Geldverdienens machten sich im Laufe der Kriegsjahre, stetig steigend, bemerkbar. An dem leicht verdienten Gelde konnte man nur zu oft die Wahrheit des alten Sprichwortes „Wie gewonnen, so zerronnen" beobachten. Leider war es die Jugend, die in einer erschreckenden Weise gegen Ende des Krieges und noch mehr nach dessen Schluß von Vergnügen zu Vergnügen taumelte, den guten Verdienst in schalen Genüssen vertat und im Gegensatz zu unseren braven Kämpfern draußen an der Front nur im Genuß den Lebenszweck erblickte. Ein Sinken der Moral, die Mißachtung von Zucht, Ordnung und Sitte war unverkennbar; es häuften sich die Verfehlungen gegen das Eigentum in erschreckender Weise.

Das Ziel der Gemeindeverwaltung konnte nach dem Zusammenbruch des Vaterlandes nur die Erhaltung des Bestehenden sein. An zurückgestellte oder neue Aufgaben heranzutreten, verbot von selbst die deutlich erkennbar werdende, trostlose Lage der Gemeindefinanzen. Nur in einer Beziehung brachte die veränderte staatsrechtliche Gestaltung unseres kleinen Staatswesens eine neue und ungewohnte Aufgabe der Gemeindeverwaltung, der sie sich nicht entziehen konnte, wollte sie die Stadt nicht auf das schwerste schädigen, ihr Wirtschaftsleben auf das Nachteiligste beeinflussen: die Stadt mußte Führung und Leitung des ehemaligen Hoftheaters übernehmen. Ein mit dem Staate abgeschlossener Vertrag vom 9. August 1919 bestimmte die Stadt zum Träger des Instituts und verpflichtete sie, zunächst auf die Dauer von vier Jahren $^6/_{10}$ der erwachsenden Kosten zu übernehmen. An die eigenartige Arbeit traten die städtischen Körperschaften mit opferbereiter Entschlossenheit heran, galt es doch, eine alte Stätte der Kultur zu erhalten, die seit mehr denn 100 Jahren sich in unserer Stadt befand, sich in der Kunstwelt einen geachteten Namen erworben hatte und den Einwohnern eine starke Quelle der Bildung und der Erholung wurde, eine Einrichtung, die aber auch für weite Kreise der städtischen Bevölkerung von nicht zu unterschätzender wirtschaftlicher Bedeutung geworden war. Es ging endlich auch darum, 150 im Theaterbetrieb beschäftigten Menschen ihre Existenzmöglichkeit zu erhalten. Freilich, die Opfer, die zu bringen waren, waren sehr beträchtlich und überstiegen die Leistungsfähigkeit der Stadt. Sie stellten sich in den 3 ersten Betriebsjahren wie folgt:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 147 000 | Mark | auf die Zeit | 1. Sept. | 1919 | bis | 31. März | 1920 |
| 844 833 | „ | „ „ „ | 1. April | 1920 | „ | 31. „ | 1921 |
| 1 282 995 | „ | „ „ „ | 1. April | 1921 | „ | — | 1922 |
| 2 274 828 | Mark. | | | | | | |

Ohne Frage war die Umwälzung im Staatsorganismus in Folge der Revolution, der Verzicht des Herzogs auf den Thron, von einschneidender Bedeutung für die Stadt. Damit verlor sie den Charakter als fürstliche Residenz, den sie Jahrhunderte gehabt, der ihr unverkennbar den Stempel aufgedrückt hatte. Mit viel

Verständnis hatten die Herzöge im Laufe dieser Zeitspanne, oft ihrer Zeit vorauseilend, in ihrer Residenz eine schöne Stätte deutscher Kultur geschaffen. Hiervon legten beredtes Zeugnis ab die vielen von ihnen ins Leben gerufenen und zum großen Teil auch unterhaltenen Einrichtungen für Bildung und Volkswohlfahrt, die Sammlung reicher Kunstschätze auf der Veste, im Hofgartenmuseum und im Residenzschloß, das Hoftheater, die Bibliothek und das Gymnasium, die Hofgartenanlage, ferner zahlreiche Stiftungen von dauernd segenspendender Wirkung, sie schufen monumentale Gebäude im Innern der Stadt, die ragende Burg ob der Stadt, dem Städtebild schönes, ausdrucksvolles und eigenartiges Gepräge verleihend. Dankbar wird die Bürgerschaft der Schaffensfreude des Fürstengeschlechts bei dem Anblick dieser Wahrzeichen einer vergangenen Zeit sich erinnern, das kommende Geschlecht aber wird beweisen müssen, ob es Werte von gleichem Ausmaß und gleicher Bedeutung hervorzubringen im Stande ist.

## 2. Einfluß des Krieges auf die städtische Verwaltung und die Bevölkerung.

Von Oberstadtsekretär Sauerteig.

Bei Ausbruch des Krieges gehörten dem Magistratskollegium an: Oberbürgermeister Hirschfeld, Bürgermeister Altenstädter, Stadtbaurat Böhme sowie die Magistratsräte: Kaufmann Friedrich Schumann, Geh. Justizrat Dr. Forkel, Privatier Tobias Quarck, Kaufmann Karl Knorr, Hofbüchsenmacher Karl Schilling, Malzfabrikant Ernst Külbel, Chefredakteur Richard Müller und Fabrikant Karl Senkeisen. Anstelle des Magistratsrats Knorr, der am 17. Juli 1917 sein Amt niedergelegt hatte, wurde der bisherige Stadtverordnete Kaufmann Christian Grempel unterm 30. August 1917 in den Magistrat gewählt, im übrigen blieb es bei der vorgenannten Zusammensetzung bis zu den Neuwahlen 1919.

Die Stadtverordnetenversammlung setzte sich 1914 wie folgt zusammen: Bankier Otto Hülbig, Vorsteher. Stadtverordnete: Weiß, Fenzler, Lenk, Elsner, Grempel, Wengert, Bonsack, Jung, Hirsch, Menzthaler, Braune, Mai, Balzer, Chr. Menzer, Kübler, Pommer und Dr. Gebhardt.

Zum Heere mußte von den Mitgliedern der städtischen Körperschaften nur der Stadtverordnete Maurermeister Christian Menzer einrücken, der erst bei Kriegsende nach Auflösung seiner Truppe in die Heimat zurückkehrte. Der als ungedienter Landsturmmann wehrpflichtige Stadtbaurat Böhme wurde als unabkömmlich reklamiert und blieb vom Heeresdienst befreit.

Durch Notverordnung des Herzogl. Staatsministeriums wurde die Amtszeit der städtischen Körperschaften mehrfach um ein Jahr verlängert, nach Kriegsende sollten Magistrat und Stadtverordnetenkollegium in ihrer Gesamtheit neu gewählt werden. Auch wurde auf Grund ministerieller Ermächtigung von den städtischen Körperschaften beschlossen, daß für die Dauer des Krieges zur Gültigkeit der Stadtverordnetenversammlungsbeschlüsse die Abstimmung von wenigstens neun Stadtver-

ordneten, anstatt bisher zwölf, erforderlich sein sollte. Nachdem der Stadtverordnetenvorsteher Hülbig und der Stadtverordnete Jung verstorben waren und der Stadtverordnete Grempel in das Magistratskollegium gewählt worden war, wurden am 14. Januar 1918 Ersatzwahlen vorgenommen und der Kaufmann Karl Knorr und Oberrealschullehrer Karl Schumann für den vierten Stadtbezirk, der Geschäftsführer Karl Wöhner für den siebenten Stadtbezirk als Stadtverordnete gewählt. Anstelle des Rektors Kübler, der sein Stadtverordnetenamt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hatte, trat der Amtsrichter Dr. Hans Schack.

Die Begeisterung der Coburger Bevölkerung bei Verkündung der Mobilmachung war eine unvergleichliche. Man empfand den Krieg als einen aufgezwungenen, den unser Volk nicht gewollt hatte, man empfand ihn als einen Verteidigungskrieg zum Schutze unserer heiligsten Güter, für Haus, Hof, Weib, Kind, Altar, Thron und Vaterland. Aus der Jugend strömten viele als Freiwillige zu den Fahnen, weg von der Arbeitsstätte, aus dem Büro und der Schreibstube, fort vom Pfluge. Die Zeit der nationalen Erhebung unseres Volkes vor 100 Jahren kann nicht überwältigender gewesen sein.

Am Montag, den 3. August, früh 7 Uhr, begann auf dem Ketschenanger die Aushebung der Pferde für den Kriegsdienst. Aus dem ganzen Herzogtum wurden die vorgemusterten Pferde vorgeführt, manch altes Bäuerlein, das von dem Glockenschlag 7 in den Straßen der Stadt überrascht wurde, setzte sich, sein Tier am Halfterband führend, mit diesem in Trab, um nur ja möglichst pünktlich auf dem Musterungsplatze zu sein, wo er dann vielleicht 24 bis 36 Stunden warten mußte. Dieses Verhalten war so recht ein Beweis der Gewissenhaftigkeit, Pünktlichkeit und Treue im Kleinen, die Deutschland so groß, vorbildlich und leistungsfähig erweisen sollte. Das vorgeführte Pferdematerial war übrigens nach Ausspruch der militärischen Sachverständigen ein vorzügliches und legte ein beredtes Zeugnis ab von dem Wohlstande unserer Coburger Landwirtschaft.

Sofort nach der Mobilmachung ging das Gerücht, daß Frankreich seinem Verbündeten, dem Russischen Kaiserreiche, nach Absperrung aller Zufahrtswege in unzähligen Autos Millionen Goldes auf dem Wege über Deutschland zukommen lassen wollte. Um solche Autos, die angeblich auch der Spionage dienten, aufzuhalten, wurden, wie anderwärts im Lande, auch hier an den Kreuzpunkten (Rodacherstraße-Neustadterstraße, Ketschendorferstraße-Alexandrinenstraße, Weichengereuth-Ecke Marschberg) sogenannte Autosperren (hier durch Aufstellung von Lastwagen) errichtet, um des Nachts durchfahrende Autos und Geschirre zwecks Vornahme der angeordneten Kontrollen zum Stehen zu bringen.

Von der Beamtenschaft des Rathauses wurden alsbald außer 12 Polizeibeamten 20 gediente Beamte zu den Fahnen einberufen, sodaß der Magistrat bereits in seiner Sitzung vom 4. August beschloß, zur Fortführung der Geschäfte der städtischen Verwaltung die erforderlichen Hilfskräfte einzustellen. Die Einstellung von Hilfskräften steigerte sich infolge weiterer Einberufung von Beamten und der

Errichtung neuer Kriegsstellen und -Ämter für die Bearbeitung der Lebensmittelversorgung und all der sonstigen Aufgaben, welche die Zwangswirtschaft mit sich brachte. Während des ganzen Krieges mußten immer wieder Beamte und Angestellte sowie viele der nach und nach eingestellten Hülfskräfte wegen Unabkömmlichkeit reklamiert werden, die Zahl der Reklamierten betrug im Oktober 1918 70 Beamte, Angestellte, Hülfsarbeiter und 22 Lehrer.

Der Magistrat hielt die ganze Kriegszeit hindurch allwöchentlich Sitzungen ab, außerdem waren die Magistratsmitglieder und Stadtverordneten in den zahlreichen, infolge der Kriegs- und Zwangswirtschaft gebildeten neuen Kommissionen und Kriegsstellen mit tätig. Die Stadtverordnetenversammlung tagte allmonatlich. Am meisten steigerte sich der Geschäftsgang in Ausführung der vielen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen bei der Polizeiverwaltung, namentlich in den Jahren 1916, 1917 und 1918 (1917 beispielsweise 66 % mehr als im letzten Friedensjahr), um in der Folgezeit wieder zurückzugehen, während nach der Demobilmachung bei der allgemeinen Verwaltung eine gesteigerte Tätigkeit zu verzeichnen war.

Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer, die Bearbeitung der Erwerbslosenfürsorge vermehrte die behördliche Tätigkeit nicht unbeträchtlich. Dazu kam, daß zahlreiche Flüchtlinge und Vertriebene aus den vom Feinde im Osten und Westen unseres lieben Vaterlandes losgerissenen Landesteilen untergebracht werden mußten, Deutsche, die das vom Feind geübte „Selbstbestimmungsrecht der Völker" ihrer Heimat, der Stätte ihrer Kindheit, beraubt und vielfach um Hab und Gut gebracht hatte. In Ausführung des Friedensdiktats von Versailles mit seiner auf die Vernichtung des Deutschtums gerichteten Tendenz mußte die von der Stadt auf der Brandensteinsebene im Jahre 1913 erbaute Flughalle im Juli 1921 abgebrochen werden. Alle Vorstellungen hiergegen hatten trotz Unterstützung der Bayerischen Regierung keinen Erfolg. Obwohl man die Halle für Sportzwecke städtischerseits so umbauen wollte, daß jede Verwendungsmöglichkeit als Flughalle ausgeschlossen war, wurde auf Abbruch bestanden. Die von einem freien Volke mit Stolz und Freude errichtete Halle mußten wir — gedemütigt und niedergeworfen — samt den Fundamenten wieder beseitigen.

Von den neu gebildeten und errichteten Stellen, Kommissionen und Ämtern seien besonders erwähnt: die zweite Kommission des Lieferungsverbandes (für Familienunterstützung von Kriegerangehörigen), Vaterländischer Hülfsausschuß, der die städtischen Zuschüsse pp. zur Familienunterstützung bearbeitete; Lebensmittelkommission, Kommunalverband Coburg-Stadt, Fleischverteilungskommission, Wohnungskommission, Kommission zur Kontrolle des Ernährungswesens, Städtische Kohlenstelle, aufsichtführende Kohlenstelle, Preisprüfungsstelle, Großhandelserlaubnisstelle, Ersatzmittelstelle, Altkleider- und Schuhwarenstelle, Altmöbelstelle, die Lebensmittelstelle, welche am 4. Februar 1918 zum selbständigen Lebensmittelamt ausgebaut wurde, Mieteinigungsamt und Wohnungsamt, der Ausschuß zur Prüfung der Kriegsteilnehmerdarlehnsgesuche. Nach der Revolution: Kommission zur Förderung des Wohnungswesens und der Zukunft Coburgs. Erwerbslosenfürsorge und Berufs-

beratungsstelle. — Über die Tätigkeit dieser Stellen ist weiter unten näher berichtet. Hier sei nur über das „Fuhramt" einiges gesagt, das im Jahre 1917 bei dem bestehenden Pferdemangel zwecks schnellerer und pünktlicherer Entladung der Güterwagen mit der Aufgabe errichtet wurde, die in der ganzen Stadt vorhandenen Privatgespanne listenmäßig zu erfassen und zur Abwickelung und Abfuhr auch für Private behördlicherseits heranzuziehen. Bei fortschreitender Geschirrknappheit machte sich nach und nach die Beschaffung zweier Lastkraftwagen für das Fuhramt erforderlich.

Die bereits mehrere Jahre vor dem Kriegsausbruch aus der Bürgerschaft angeregte Neueinteilung der Stadtbezirke bezw. Schaffung größerer Wahlbezirke hatte sich im Jahre 1914 zu einem Ortsstatutenentwurf dahin verdichtet, daß die Stadt entsprechend der Einteilung für die Landtagswahlen in drei große Bezirke in der Weise geteilt werden sollte, daß die Stadtbezirke 1, 2, 3 und 5 den I., die Stadtbezirke 4, 6 und 9 den II. und die Stadtbezirke 7 und 8 den III. Stadtverordnetenwahlbezirk bildeten. Die Anzahl der Stadtverordneten sollte hierbei von 18 auf 21 erhöht werden. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung das Statut im Jahre 1915 zurückgestellt hatte, kam es unterm 21. Mai 1918 bezw. 26. September 1918 zur Annahme und Verabschiedung seitens der Stadtverordneten. Ehe dieses neue Ortsgesetz zur Veröffentlichung gelangte, brach die Revolution aus, die eine völlige Neuordnung der Dinge nach sich zog.

Nachdem in vielen nordthüringischen Städten sich im Laufe des 9. November 1918 Arbeiter- und Soldatenräte zur Übernahme der vollziehenden Gewalt gebildet hatten und seitens des Generalkommandos Cassel die hiesige Garnison angewiesen war, keinerlei Widerstand zu leisten, hatte sich der Magistrat im Einvernehmen mit dem Staatsrat Dr. Quarck, dem Leiter des Staatsministeriums, auf den Standpunkt gestellt, daß wohl auch den hiesigen Zivilbehörden nichts anderes übrig bleiben werde, als sich zu fügen. Der Oberbürgermeister selbst hat der Sitzung vom 9. November 1918 nicht beiwohnen können, da er sich zu den Landtagsverhandlungen in Gotha befand.

Für nachmittags 1/2 2 Uhr war das Eintreffen des Arbeiter- und Soldatenrates aus Meiningen bezw. Hildburghausen angekündigt. Es hatte sich auch eine größere Menschenmenge, unter ihr viele Jugendliche, vor dem Bahnhof eingefunden, doch war niemand eingetroffen. Am Sonntag, den 10. November, nachmittags 1/2 2 Uhr, fand in der Regimentsstube des Rathauses eine Sitzung statt, zu der Vertreter der Staatsregierung, des Magistrats und der hiesigen Garnison sowie von seiten des Sozialdemokratischen Landesvereins Kassier Stegner, Korbmachermeister Wilhelm Höhn und Georg Göpfert sowie der Schreiner und Landsturmmann Reinhold Artmann erschienen waren. Die Vertreter des Landesvereins kündigten an, daß ein Arbeiter- und Soldatenrat sich bilden und am folgenden Montag ein Umzug hier stattfinden würde. Das wiederholte Ersuchen an die sozialdemokratischen Vertreter, von einer solchen Demonstration abzusehen und bis zur Klärung der Verhältnisse im Reich die Geschäfte hier gemeinsam mit den bisherigen Organen der Stadt-

verwaltung zu ordnen, wurde abgelehnt, vielmehr seitens des Landsturmmanns Artmann darauf hingewiesen, daß, wenn die Überleitung in die neuen Verhältnisse hier nicht, wie anderwärts, im Wege der geordneten Regelung durch die Partei erfolge, mit Zusammenstößen zu rechnen sei, die im Interesse der Bevölkerung und deren Eigentums vermieden werden müßten. Artmann führte weiter aus, daß der geplante Arbeiter- und Soldatenrat eine Kontrollstelle für die Zivilverwaltung sein solle und insbesondere auch dem Oberbürgermeister zur Seite bezw. über ihm zu stehen habe.

Da die Vertreter des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats, der die ausübende Gewalt inzwischen an sich genommen hatte, bis zum 11. November nachmittags 3 Uhr — d. i. bei dem Eintreffen des für diesen Tag geplanten Umzuges — von dem Oberbürgermeister eine Erklärung wegen der Stellungnahme der Stadtverwaltung zu dem Arbeiter- und Soldatenrat gefordert hatten, wegen der Kürze der Zeit aber weder eine Sitzung des Magistratskollegiums noch der Stadtverordnetenversammlung stattfinden konnte, verhandelte der Oberbürgermeister mit dem Stadtverordnetenvorsteher, der sich zwecks ordnungsmäßiger Fortführung der Geschäfte im Interesse der Stadt und ihrer Bürgerschaft damit einverstanden erklärte, daß sich der Oberbürgermeister als Vertreter der Gemeindeverwaltung der Forderung des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats unterwerfe. Unter Führung des Kassiers Johann Stegner, Geschäftsführers C. Wöhner, Korbmachermeisters Georg Göpfert und Schreiners Reinhold Artmann war am 11. November ein Umzug von der Kaserne nach dem Marktplatz erfolgt. Daselbst angekommen, begaben sich die Obengenannten nebst einer Abordnung von 5—6 Soldaten in die Regimentsstube, wo sie von dem Oberbürgermeister Hirschfeld, Bürgermeister Altenstädter und Stadtverordnetenvorsteher Balzer empfangen wurden. Die Erschienenen stellten sich als der neu gewählte Arbeiter- und Soldatenrat vor und beauftragten den Oberbürgermeister, die Geschäfte der Stadt mit den übrigen Beamten weiter zu führen, sie versicherten, für Aufrechterhaltung der Ruhe in Stadt und Land Coburg zu sorgen. Der Oberbürgermeister unterstellte sich dem Arbeiter- und Soldatenrat und behielt sich die Stellungnahme der städtischen Körperschaften vor. Der Stadtverordnetenvorsteher schloß sich dieser Erklärung an. Dem auf dem Marktplatz versammelten Publikum wurde vom Balkon des Rathauses aus die Entschließung des Oberbürgermeisters durch Johann Stegner unter Ermahnung zur Ruhe und Ordnung bekannt gegeben. In seiner Sitzung vom 12. November erklärte das Magistratskollegium nach erhaltener Mitteilung von den Vorgängen sich zur Weiterführung seiner Geschäfte bereit und behielt sich seine endgültige Entschließung bis zum Vorliegen der Bedingungen und Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrates vor. An dem Tage des Umzugs waren die Betriebe und Verkaufsstellen von 1 Uhr mittags ab geschlossen. Vom Marktplatz aus begab sich der Zug nach dem Schloßplatz, wo die geplante Kundgebung stattfand und vom Balkon des Schlosses zur Menge gesprochen wurde. Störungen irgendwelcher Art kamen hierbei nicht vor. Der Arbeiterrat bestand aus 8 von dem Sozialdemokratischen

Landesverein gewählten Mitgliedern, der Soldatenrat, der vom hiesigen Ersatzbataillon des Landwehrinfanterie-Regiments 71 gewählt wurde, aus je 4 Mann und einem Unteroffizier jeder Kompagnie. Vorsitzender des Arbeiterrates war Kassier Johann Stegner, des Soldatenrats Landsturmmann und Schreiner Reinhold Artmann.

Auf Nachsuchen wurde seitens der Stadtverwaltung das Beratungszimmer der Stadtverordnetenversammlung (Zimmer 24 des Rathauses) dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt, der daselbst täglich von 9—12 Uhr vormittags Sprechstunden abhielt und zwar bis zum 1. März, dem Tage der Eröffnungssitzung der neu gewählten Coburger Landesversammlung.*) Von einem Eingreifen des Arbeiter- und Soldatenrates in die Geschäftsführung der Stadtverwaltung selbst war so gut wie keine Rede.

Bei der am 9. Februar 1919 erfolgten Wahl zur Coburger Landesversammlung wurden in hiesiger Stadt für die Liste des Bürger- und Bauernausschusses 6465 und für die Liste der Sozialdemokratischen Partei 6096 Stimmen abgegeben, während in den übrigen Städten des Freistaates und besonders auch auf dem Lande die sozialdemokratische Partei ganz erheblich überwog, sodaß 7 sozialdemokratische und 4 bürgerliche Abgeordnete in den Landtag einzogen.

Mit dem Inkrafttreten des von der Landesversammlung über das Bürgerrecht (Nachbarrecht) und die Gemeindewahlen erlassenen Gesetzes vom 29. März 1919 sind die bisherigen Bestimmungen des Coburger Gemeindegesetzes vom 22. Februar 1867 über die Aufnahme von Bürgern sowie die Vorschriften, nach denen der Erwerb des Bürgerrechts von der Zahlung eines Bürgergeldes abhängig war, aufgehoben worden. Das Bürgerrecht stand nunmehr allen reichsdeutschen Männern und Frauen zu, die das 20. Lebensjahr vollendet und seit mindestens ½ Jahr ihren Wohnsitz in der Gemeinde hatten oder die Coburg-Gothaische Staatsangehörigkeit besaßen. Wahlberechtigt zu den Stadtverordnetenwahlen waren alle Personen, die am Wahltage hier wohnhaft waren. Die Stadt bildete einen einzigen Bezirk, in dem 21 Stadtverordnete nach dem Verhältniswahlsystem gewählt wurden. Die Wählerlisten der Stadt Coburg wiesen insgesamt 15590 Wahlberechtigte gegen 1652 stimmberechtigte Bürger im Jahre 1913 auf. Es erhielten bei der Stadtverordnetenwahl vom 11. Mai 1919 die sozialdemokratische Partei 4288 Stimmen = 9 Sitze, die Deutsch-Demokratische Partei 3872 = 9 Sitze und die Deutsche Volkspartei 1601 = 3 Sitze. In den Magistrat wurden von der Stadtverordnetenversammlung 4 Sozialdemokraten, 3 Demokraten und 1 Volksparteiler gewählt, den Stadtverordnetenvorsteher stellte die Demokratische Partei. Die letzte Bürgerverpflichtung hat am 27. März 1919 stattgefunden und zwar wurden hierbei 45 Aufgenommene auf Grund der neuen Verpflichtungsformel vereidigt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 29. März 1919 bedurfte es einer Aufnahme in den Bürgerverband nicht mehr.

*) Seit der Revolution wehte von der Ehrenburg eine rote Flagge, an deren Stelle am 1. März 1919 die neue deutsche Reichsflagge trat.

Eine unheilvolle Wirkung zeitigte der Krieg in der Bevölkerungsbewegung, wie sich aus der Zusammenstellung des Standesamts für die Jahre 1914 bis 1921 ergibt:

| | 1914 | 1915 | 1916 | 1917 | 1918 | 1919 | 1920 | 1921 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Geburten: ehelich | 402 | 326 | 237 | 236 | 203 | 327 | 456 | 452 |
| „ unehelich | 55 | 49 | 39 | 27 | 29 | 31 | 52 | 46 |
| Eheschließungen: | 178 | 137 | 115 | 116 | 124 | 303 | 355 | 253 |
| Sterbefälle: | 404 | 569 | 499 | 520 | 591 | 462 | 431 | 360 |
| darunter Militärpersonen: | 26 | 210 | 142 | 97 | 125 | 42 | 22 | 3 |

## 3. Die städtische Polizei.

Von Polizeiinspektor a. D. Rauschert.

Von den Einberufungen zum Heeresdienst blieb auch das Polizeikorps der Stadt Coburg, das bei Kriegsausbruch aus dem Polizeiinspektor, Polizeiassistenten, Polizeiwachtmeister, zwei Kriminalbeamten und zwölf Polizeisergeanten bestand, nicht verschont. Dreizehn Beamte wurden zu den Fahnen einberufen und haben den Krieg bis zum Ende mitgemacht. Zwei von ihnen, die Polizeisergeanten Hellfeld und Fischer, haben den Heldentod fürs Vaterland erlitten, einer (Müller) wird vermißt.

Als Ersatz für die ins Feld gerückten Beamten wurden nicht mehr felddienstfähige Männer aus dem Handwerker- und Gewerbestand als Hilfsbeamte zur Ausübung des Polizeidienstes berufen. Während des Krieges hat sich der Mangel an Polizeibeamten oft recht unangenehm bemerkbar gemacht, dies um so mehr, als zu den gewöhnlichen Obliegenheiten der Polizei zahlreiche neue Aufgaben hinzutraten. So mußten z. B. in der ersten Zeit die Bahnübergänge und Straßenkreuzungen, im späteren Verlauf des Krieges die Lebensmittellager, Futtervorräte, Mühlen und sonstige lebenswichtige Betriebe überwacht werden. Als dann die Lebensmittel knapper wurden, war auch die Überwachung und Ordnung der „Schlangen" an den Lebensmittelgeschäften nötig, und besonders machte die gegen Kriegsende zunehmende Kriminalität der Polizei viel Arbeit. Einige Monate nach Kriegsausbruch hat sich zur Unterstützung der Polizei aus den Kreisen der zurückgebliebenen Einwohner freiwillig eine Bürgerwehr gebildet, über die von Gewerbeschulrat Dürr bereits berichtet worden ist.

Alsbald nach Veröffentlichung des Mobilmachungsbefehls setzte eine scharfe Fremdenkontrolle ein. In Verbindung damit fand eine ständige polizeiliche Überwachung der hier ansässigen feindlichen Ausländer statt. Die Überwachung wurde in der Weise geübt, daß die hier wohnhaften Angehörigen feindlicher Staaten in ihren Wohnungen kontrolliert und sich außerdem täglich zweimal, später wöchentlich zweimal auf dem Polizeiamt bezw. der Polizeiwache persönlich melden mußten. Ohne polizeiliche Genehmigung durften die Betreffenden das Stadtgebiet nicht verlassen.

Die lange Dauer des Krieges und der infolge der feindlichen Blockade sich fühlbar machende Mangel an Rohstoffen gab der Heeresverwaltung Veranlassung zur Sicherstellung des Metalls usw., das sich in Händen von Behörden, Anstalten und Privaten befand. Es wurde deshalb in den Jahren 1915 bis 1918 die Beschlagnahme der aus Metall usw. hergestellten Fabrikate und Gebrauchsgegenstände angeordnet, auch die freiwillige Abgabe der der Beschlagnahme nicht unterworfenen Sachen aus Kupfer usw. anheimgegeben. Beschlagnahmt wurden:

im Jahre 1915:
1. Dachkupfer von öffentlichen und privaten Bauwerken,
2. fertige, gebrauchte und ungebrauchte Gegenstände aus Kupfer, Messing und Reinnickel,

im Jahre 1916:
1. Bierglasdeckel und Bierkrugdeckel aus Zinn,
2. Prospektpfeifen aus Zinn von Orgeln,

im Jahre 1917:
1. fertige, gebrauchte und ungebrauchte Gegenstände aus Aluminium,
2. Glocken aus Bronze,
3. Metalle, welche in Bronze- und Kupferbildwerken enthalten waren, soweit diese nach dem Jahre 1850 errichtet worden waren. Hierzu gehörten die Denkmäler Herzog Ernst I. auf dem Schloßplatz, Herzog Ernst II. im Hofgarten, das Prinz Josias-Denkmal auf dem Theaterplatz und der Herzog Alfred-Brunnen im Hofgarten usw. Zum Abbruch der Denkmäler kam es nicht.
4. Destillationsapparate aus Kupfer und Kupferlegierungen, ferner Einrichtungsgegenstände aus Kupfer und Kupferlegierungen (Messing, Rotguß, Tombak, Bronze),

im Jahre 1918: Türklinken, Fenstergriffe, Gewichte, Blitzschutzanlagen und die an diesen Anlagen befindlichen Platinteile.

Insgesamt wurden in der Stadt Coburg*) folgende Metallmengen mobil gemacht:

| | | |
|---|---|---|
| 1. Haushaltungs- und Einrichtungsgegenstände aus Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Nickel . | = | 34 716,87 kg |
| 2. Aluminium . . . . . | = | 1 241,30 „ |
| 3. Zinn (Bierglasdeckel) . . . . | = | 2 941 74 „ |
| 4. Orgelpfeifen . . . . . | = | 228,40 „ |
| 5. Dachkupfer und Blitzableiter . . . | = | 6 858,95 „ |
| 6. Bronzeglocken . . . . . | = | 1 456,00 „ |
| 7. Schwerkupfer aus städtischen Betrieben . | = | 5 291,00 „ |
| 8. Platin . . . . . | = | 0,015 „ |
| | Sa. = | 52 734,275 kg |
| | = | rd. 1000 Zentner. |

Bereits im November 1914 erging auf Grund eines Erlasses des Reichskanzlers zur Stärkung des Bestandes der Reichsbank an sämtliche öffentliche Kassen des ehemaligen Herzogtums die Weisung, Goldmünzen zu Zahlungen nicht mehr zu verwenden.

*) Im Bezirk Coburg-Land wurden 715 Zentner Metallmengen eingezogen.

Oberbürgermeiſter Guſtav Hirſchfeld

Im Jahre 1916 wurde zur weiteren Verstärkung des Goldschatzes der Reichsbank der Ankauf von Goldsachen allgemein organisiert. Es wurde ein Ehrenausschuß für das ehemalige Herzogtum Coburg gebildet, dem die Anregung zur Abgabe von Goldsachen an die hiesige Goldankaufsstelle oblag.

Im zweiten Kriegsjahr wurde zur Schonung der Betriebsstoffe der allgemeine Kraftwagenverkehr erheblich eingeschränkt. Zulassungen für Kraftwagen wurden widerrufen, neue Zulassungen für Personenkraftwagen erfolgten nur, falls ein dringendes öffentliches Bedürfnis vorlag, Vergnügungsfahrten wurden gänzlich verboten. Der Radfahrverkehr war nur noch zu Berufszwecken gestattet. An Stelle von Gummibereifung wurde mit Ersatzbereifung (Eisenbereifung, Spiralbereifung und dergl.) gefahren. Da auch noch der größte Teil der Pferde zu Heereszwecken ausgehoben wurde, ging der Straßenverkehr während der Kriegszeit bedeutend zurück.

Mit dem Knappwerden der Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisse des täglichen Lebens breitete sich das Wucher- und Schiebertum in nie geahnter Weise aus. Dieses gefährliche Treiben trug zu der alsbald einsetzenden, nie gekannten Teuerung bei, und der täglich fühlbarer werdende Mangel an Lebensmitteln rief in der Bevölkerung Unzufriedenheit und Erbitterung hervor. Es setzten dann auch politische Streikbewegungen ein, so daß das Jahr 1918 von Anbeginn an unruhig war. Nur der Besonnenheit des überwiegenden Teils der Bevölkerung war es zu danken, daß es zu nennenswerten Ausschreitungen nicht kam. Gegen Kriegsende und nach Ausbruch der Revolution wurde die Tätigkeit der Polizei infolge des moralischen Niedergangs und der zunehmenden Sittenverderbnis gewisser Kreise der Bevölkerung noch mehr in Anspruch genommen wie vorher.

Truppeneinquartierungen gab es in verhältnismäßig geringem Umfange, so daß die Bevölkerung größere Lasten nicht zu tragen hatte. Es waren, abgesehen von kleineren Verbänden, in Coburg einquartiert:

1. vom 4. bis 7. August 1914 das 3. Bataillon Inf.-Regts. Nr. 95 (7 Offiziere, 460 Unteroffiziere und Mannschaften, 35 Pferde);
2. vom 30. August bis 1. September 1914 in Massenquartieren und dann vom 2. bis 11. September in Bürgerquartieren: Erstes Rekruten-Depot des Inf.-Regts. Nr. 147 aus Lyk in Ostpreußen (20 Offiziere, 863 Mannschaften);
3. vom 23. bis 28. Dezember 1914 eine 250 Mann starke Landsturm-Kompagnie;
4. vom 28. Dezember 1914 bis 8. Januar 1915 ein 800 Mann starkes Rekruten-Depot. Nach Ausrücken des Feld-Infanterie-Bataillons Nr. 58 wurde das Depot in die Kaserne einquartiert.

In der Zeit vom 1. März 1915 bis 25. Oktober 1917 war das Ersatz-Bataillon Inf.-Regts. Nr. 95 wegen Platzmangels in der Kaserne in der Hofbrauhausbierhalle, Mohrenstraße, untergebracht.

Am 19. November 1914 wurden 600 schlesische Wehrpflichtige, die in Rodach und Rossach einquartiert wurden, in der Hofbrauhausbierhalle mit Abendkost versorgt.

Zur Unterbringung der zahlreich verwundeten und erkrankten Krieger waren in der Stadt Reservelazarette in öffentlichen Gebäuden, Schulen, ferner in Fabriken und Hotels errichtet worden. Bei der Ankunft der Verwundetentransportzüge oblag der Polizei die Absperrung der Bahnhöfe und der Zugänge zu den Lazaretten.

Der Ernst der Zeit forderte auch eine Polizeistunde für Schließung der Gastwirtschaften. Schon unterm 24. Februar 1915 setzte der Magistrat in Gemäßheit des § 1 der Verordnung vom 24. Februar für die Dauer des Krieges die Polizeistunde auf 1 Uhr nachts fest. Mit dem Eintritt der Kohlen- und Lichtnot wurde die Maßnahme verschärft und in Verbindung mit einer Bekanntmachung des Bundesrats vom 11. Dezember 1916 die Polizeistunde auf 11 Uhr festgesetzt. Erst am 5. Juni 1919 wurde infolge einer Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 14. April 1919 die Polizeistunde wieder auf 11½ Uhr festgesetzt, um später bis 12 Uhr verlängert zu werden.

## 4. Finanzen.

Von Ernst Altenstädter, II. Bürgermeister.

Im voraus wird bemerkt, daß eine erschöpfende Übersicht mit vollständigem Zahlenmaterial jetzt noch nicht gefertigt werden kann, da nicht der Krieg selbst, sondern erst seine Nachwirkungen, insbesondere auch der Friedensvertrag in dem letzten Jahre ein ungeheueres Anschwellen der Ausgaben und Schulden brachten.

Allerdings ergaben sich auch durch den Krieg eine ganze Reihe finanzieller Anforderungen, die an und für sich nicht zum Geschäftsbereich einer städt. Verwaltung gehören. Die nachstehende Abhandlung ist daher in 2 Abschnitte getrennt: ordentlicher Haushalt und Kriegsausgaben.

### A. Haushalt.

Ein Blick in die Rechnungsabschlüsse der Stadtkasse für die Kriegsjahre 1913—1918, ja selbst noch in den Abschluß für 1919/20 ergibt merkwürdigerweise, daß der Krieg selbst auf die Finanzverhältnisse der Stadt, soweit die laufenden Einnahmen und Ausgaben in Frage kommen, einen ungünstigen Einfluß nicht ausgeübt hat. Im Gegenteil: die Abschlüsse sind von Jahr zu Jahr besser geworden, erst im Jahre 1921 kamen die Nachwirkungen des Krieges in stärkerem Maße zur Geltung.

Übersicht über die Rechnungsabschlüsse 1./4. 1913 bis 1./4. 1920.

| Jahr | Einnahme ℳ | Ausgabe ℳ | Mehreinn. ℳ | Mehrausg. ℳ |
|---|---|---|---|---|
| 1913/14 | 1.481.653 | 1.482.402 | | 749 |
| 1914/15 | 1.466.566 | 1.477.850 | | 11.284 |
| 1915/16 | 1.399.168 | 1.440.631 | | 41.463 |
| 1916/17 | 1.754.797 | 1.513.740 | 241.057 | |
| 1917/18 | 1.891.644 | 1.685.475 | 206.169 | |
| 1918/19 | 2.149.150 | 1.907.622 | 241.528 | |
| 1919/20 | 3.614.381 | 3.219.686 | 394.695 | |
| 1920/21 | ca. 5.600.000 | ca. 7.000.000 | | ca. 1.400.000 |

Für das Jahr 1920/21 liegt der endgültige Abschluß noch nicht vor. Voranschläge für den Stadthaushalt für die Jahre 1915/16, 1916/17, 1917/18, 1919/20 wurden nicht aufgestellt. Es wurde vielmehr auf Grund des vorhergehenden Etats weiter gewirtschaftet, unter Berücksichtigung der sich nach den jeweiligen Verhältnissen ergebenden Abänderungen.

Die Gesamtüberschüsse der Stadtkasse beziffern sich unter Hinzurechnung der früher schon vorhandenen Überschüsse am 1. April 1920 auf 1.079.370.37 Mk. Allerdings werden diese Überschüsse aufgezehrt werden durch den Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1920/21, der zahlenmäßig noch nicht feststeht, aber mit etwa 1.400.000 Mk. berechnet wird. Ob und inwieweit sich dieser Fehlbetrag vielleicht noch ermäßigen wird, läßt sich noch nicht voraussagen, da es wesentlich davon abhängen wird, welche Überweisungen der Stadt aus den Reichseinkommensteuern zufließen werden. Die Garantiesumme (nach Art. 56 des Landessteuergesetzes) ist mit 3 Millionen Mk. berechnet worden, wovon aber bis jetzt nur 2.483.091.17 Mk. überwiesen sind.

Die wesentlichste Folge des unglücklichen Kriegsausganges für die städt. Finanzen ist ohne Zweifel die neue Steuergesetzgebung, die den Gemeinden das Recht nimmt, Einkommensteuern nach dem tatsächlichen Bedarf zu erheben.

Dies dürfte zu einer Katastrophe für die Gemeinden führen, wenn ihnen nicht bald ausreichender Ersatz gewährt wird.

Ebenso ungünstig dürfte sich der Abschluß der Stadtkasse für das Rechnungsjahr 1921/22 gestalten, der schon im Voranschlag mit einem Fehlbetrag von 1.058.600 Mk. rechnet, bei dem aber voraussichtlich ein wesentlich größeres Defizit sich ergeben wird, wenn nicht noch unverhoffte Einnahmequellen sich erschließen.

Zu den Stadtkasseabschlüssen ist folgendes erläuternd zu bemerken:

### a) Grundeigentum.

Mit der fortschreitenden Geldentwertung stiegen naturgemäß auch die Grundstückswerte, sodaß seit Kriegsbeginn die Stadtvertretung mit dem Verkauf von Grund und Boden zurückhielt und nur noch für den Bau von Wohnungen Gelände abgab.

Einen wesentlichen Zugang an Land erhielt die Stadt im Juni 1920, indem sie für die Übernahme von rund 18 ha Anlagen und Straßen als Vergütung rund 95 ha nutzbares Land von dem Freistaat Coburg vor dem Übergang an Bayern übereignet erhielt. Dadurch wuchs der Gesamtgrundbesitz der Stadt auf rund 590 ha.

Die durch den Krieg veränderten Ernährungsverhältnisse stellten an die Stadt große Anforderungen hinsichtlich der Beschaffung von Gartenland, denen weitgehendst entsprochen wurde.

Pächterzahl

| | |
|---|---|
| 1. Vor dem Kriege . . . . . | 893 |
| 2. Neu angelegte Kriegsgärten und kleinere Feldparzellen (durch Aufteilung gewonnen) . . . . . | 1276 |

| | |
|---|---|
| 3. Zugang vom Staat | |
| a) Felder und Wiesen . . . . . | 354 |
| b) Hofgarten . . . . . | 300 |
| 4. Sonstige durch Aufteilung mehr gewonnene Parzellen . | 170 |
| | 2993 |

Die Einnahmen aus dem Grundbesitz, insbesondere aus den Forsten sind erheblich gestiegen. Die Einnahmen aus den Waldungen betrugen 1912 12 000, 1921 310 000 Mk.

### b) Schulden.

Zur Aufbringung der Mittel für die Kriegswirtschaft, für Verläge im Auftrag des Reiches, Notstandsarbeiten, Wohnungsbauten, Erweiterungen und Erneuerungen in den städt. Betrieben usw. mußten Anleihen aufgenommen werden, sodaß sich die Schulden von ca. 10 Millionen vor dem Krieg auf z. Zt. rund 30 Millionen am 1. Januar 1922 erhöht haben.

Für den Schuldendienst mußte die Stadt aufbringen im Jahre

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1914/15: | 495.297.— Mk. | 1915/16: | 505.622.— Mk. |
| 1916/17: | 524.778.— „ | 1917/18: | 566.198.— „ |
| 1918/19: | 619.715.— „ | 1919/20: | 695.537.— „ |
| 1920/21: | 1.142.510.— „ | 1921/22: | 1.351.522.— „ |

### c) Direkte Gemeindeabgaben:

Während bis Anfang 1916 die Steuererträgnisse die gleichen blieben, erhöhten sie sich von da ab teils durch Erhöhung der Steuersätze, teils und zwar wesentlich infolge der durch die Kriegsindustrie hervorgerufenen Erhöhung der Einkommen. Der städt. Steuersatz betrug bis 1918/19 100% der staatl. Steuer, im Jahre 1919/20 125%. Von den staatl. Kriegszuschlägen von 5%—120% hat die Stadt von 1917 ab ¾ erhoben.

Einnahmen aus der Personalabgabe: 1913/14 477.385.— Mk.
1919/20 2.329.658.— „

### d) Indirekte Gemeindeabgaben.

Bei Kriegsbeginn bestand nur die Biersteuer und die Reichszuwachssteuer, erstere ist mit dem Bierkonsum wesentlich zurückgegangen, letztere hat sich erhöht und wird nunmehr auf Grund des Reichsgesetzes erhoben. Mit dem Wegfall der eigenen Gemeindesteuererhebung mußten neue Steuerquellen erschlossen werden, von denen die ausgebaute Lustbarkeitsabgabe die ertragreichste ist.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Einnahmen: | Biersteuer | 1913/14 | 82.505.— | 1919/20 | 16.743.— Mk. |
| | Zuwachssteuer | 1913/14 | 6.302.— | 1919/20 | 44.630.— „ |
| | Lustbarkeitsabgabe | 1913/14 | 6.317.— | 1919/20 | 73.600.— „ |

c) Gemeinnützige und gewerbliche Einrichtungen.

Einnahmen.

Vor dem Kriege stützte sich der städt. Haushalt neben den Steuern in der Hauptsache mit auf die Einnahmen aus den städt. Betrieben: Sparkasse, Gaswerk, Wasserwerk, Elektrizitätswerk und Überlandzentrale. Die Ablieferungen aus den Überschüssen dieser werbenden Institute ließen bis auf die Sparkasse bedeutend nach. Bis jetzt ist der alte Stand noch nicht wieder erreicht, da die Einnahmen mit den gesteigerten Ausgaben trotz der mehrfachen Erhöhungen der Konsumpreise nicht Schritt halten.

Das Volksbad erzielte infolge zeitweisen Betriebsschlusses, verursacht durch Kohlenmangel und durch Anwachsen der Ausgaben, statt der bisherigen Überschüsse Mehrausgaben. Die Erträgnisse des Schlachthauses verminderten sich infolge Rückgangs der Schlachtungen wesentlich.

Auf die Stadtgärtnerei waren die Einwirkungen während des Krieges nicht erheblich, wohl aber machen sich die Nachwirkungen mit dem Emporschnellen der Ausgaben jetzt in ungünstigem Sinne geltend.

Ausgaben.

Die vor dem Krieg bestehenden gemeinnützigen Einrichtungen erfuhren zum Teil starke Einschränkungen, zum Teil sind allerdings auch neue Einrichtungen geschaffen oder vorhandene wesentlich erweitert worden. Die Straßenbeleuchtung mußte auf das geringste Maß eingeschränkt werden. Neu geschaffen bezw. ausgebaut mußten werden: Arbeitsamt, Berufsamt, Erwerbslosenfürsorge, Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke, Walderholungsstätte für Lungenkranke, Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge, Wohnungs- und Mieteinigungsamt, Volksküchen, Fuhramt usw. Für alle diese Einrichtungen waren größere Mittel aufzuwenden.

f) Bauwesen.

Die Ausgaben beschränkten sich während des Krieges lediglich auf die notdürftigste bauliche Unterhaltung, alles andere wurde aus Mangel an Material und vor allem auch wegen mangelnder Arbeitskräfte zurückgestellt. Die Ausgaben für die Unterhaltung und Reinigung der Straßen mußten auf das äußerste beschränkt werden, sodaß nunmehr erhebliche Mittel gebraucht werden.

g) Gemeinde- und Polizeiverwaltung.

Die Einnahmen aus Polizeisporteln bewegten sich in normalen Grenzen, die Marktabgabe ging infolge Einschränkung der Wochenmärkte stark zurück.

Während des Krieges war für die städt. Verwaltung ein langsames Steigen der Ausgaben für Besoldungen und Büroaufwand zu verzeichnen, seit 1919 sind diese Ausgaben aber derart gestiegen, daß die Deckung die größten Schwierigkeiten bietet, zumal die Einnahmen der Stadt durch die Steuergesetzgebung begrenzt sind.

Ganz besonders hohe Mehraufwendungen an Gehältern sind während des Krieges durch die Lebensmittelbeschaffung und -verteilung entstanden, die auf das

allgemeine Kriegskonto (Konto Mobilmachung) verbucht wurden, erst seit 1921 erscheinen diese Ausgaben mit im ordentlichen Etat.

Der Abbau dieser Ausgaben ist, soweit möglich, im Gang.

Personalkosten: 1914/15 188.471 Mk.
1920/21 1.598.407 „ ohne 478.038 Mk. für Hilfskräfte,
1921/22 voraussichtlich ca. 2.850.000 Mk. inkl. 450.000 Mk. für Hilfskräfte.

h) Schulen.

Auf die Schulen hatte der Krieg in finanzieller Hinsicht geringeren Einfluß. Schwierigkeiten in schulischer Hinsicht sind entstanden durch die Verwendung der Heiligkreuzschule als Lazarett.

i) Armenwesen.

Die Zuschüsse der Stadt zu den Ausgaben der Armenverwaltung haben sich während des Kriegs nicht gesteigert, sie sind im Gegenteil zeitweise zurückgegangen, was auf die Reichsunterstützungen zurückzuführen ist. Die Stadt hatte zur Armenkasse zuzuschießen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1914/15 | 33.397.05 Mk. | 1915/16 | 27.388.25 Mk. |
| 1916/17 | 23.002.23 „ | 1917/18 | 24.491.70 „ |
| 1918/19 | 11.578.71 „ | 1919/20 | — „ |

k) Sonstiges.

Durch den Abfindungsvertrag zwischen dem Herzog von Coburg und Gotha und dem Freistaat Coburg ging das frühere Hoftheater als Landestheater zunächst auf den Staat und alsdann am 1. September 1919 auf die Stadt Coburg über. Die städt. Zuschüsse im Jahre 1919/20 betrugen: 152.000 Mk., im Jahre 1920/21 rund 844.000 Mk., jetzt haben sie eine Million überschritten. Diese Zuschüsse, welche die Stadt bisher zur Erhaltung der alten Kulturstätte im Interesse der Stadt geleistet hat, können auf die Dauer nicht getragen werden. Verhandlungen mit dem bayerischen Staat, der z. Zt. nur 40% des Defizits trägt, sind auf Grund des Anschlußvertrags und der Versprechungen des Landtags im Gang und werden hoffentlich in befriedigender Weise in Kürze zu Ende geführt werden.

## B. Kriegsausgaben.

Aus kleinen Anfängen heraus entstanden während der Kriegsjahre eine Menge städtischer Einrichtungen auf dem Gebiete der Lebensmittelbeschaffung, Lebensmittelverteilung, Unterstützung und Versorgung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, Materialbeschlagnahmen der verschiedensten Art. Da man ein derartiges Anschwellen dieser Aufgaben nicht voraussehen konnte, wurde auch hier, wie wohl in den meisten Städten, die Kasse- und Buchführung im Rahmen der Stadtkasse geführt, wodurch der Überblick unzweifelhaft litt. Erst die Praxis hat hier zu Ende des Krieges den richtigen Weg gezeigt. Ein abschließendes Bild

über alle Kriegskonten kann z. Zt. noch nicht gegeben werden, weil ein großer Teil noch offen steht.

Außer den unten erwähnten Konten:

Mobilmachung (neu) einschließlich der Gehälter der Hilfsangestellten,
Hülfsfonds I und II,
Erwerbslosenfürsorge

sind noch 17 andere offene Kriegskonten mit einem derzeitigen Aufwand von 893 596,14 Mark vorhanden, ganz abgesehen von den Konten über Notstandsarbeiten, von denen vielleicht auch manche als Kriegskonten angesprochen werden können.

Die voraussichtlich dauernde Belastung der Stadt auf diesem Gebiet durch den Krieg stellt sich wie folgt dar:

1. Das „Sammelkonto" gibt eine Zusammenstellung von den bisher abgeschlossenen 97 Kriegskonten und zeigt in 54 Bildern einen Gewinn von 430 664,18 M., denen in 43 Bildern ein Verlust von 526 737,26 Mark gegenübersteht. Das ganze gibt für heute eine dauernde Belastung von 96 073,08 Mark. Die Gewinne bestehen in der Hauptsache aus den Überschüssen der Vereinigten Kommunalverbände vom 7. Mai 1915 bis 15. August 1920, der verschiedenen Futtermittelkonten, beschlagnahmter Lebensmittel, Frühkartoffeln 1919, Mehlbeschaffung 1918/19, Kartoffelbezugsscheine 1917/18, Butterversorgung 1917/18 und verschiedener anderer Ämter.

Die Verluste sind entstanden hauptsächlich beim Konto Mobilmachung (alt), Schweineschmalz, Auslandkartoffeln, Verbilligung von ausländischen Lebensmitteln, Auslandsseife, Fleischreserve, Lebensmittelbeschaffung (alt), Einrichtung und Betrieb der Volksküche I. Teil, Kartoffelbeschaffung 1915/19 und 1916/17, Reis, Fleischversorgung, Kohlrüben usw.

2. Das noch offene Konto „Mobilmachung" (neu) einschließlich der Gehälter der Hülfskräfte zeigt heute eine Mehrausgabe von 1 966 085,72 Mark.

3. Die Erwerbslosenfürsorge (1/8 Anteil auf die Stadt) hat bisher eine Ausgabe von 292 222,34 Mark verursacht.

4. Für Kriegswohlfahrtspflege (Konto Hilfsfonds I und II) waren beim Abschluß der Stadtkasserechnung pro 1. April 1920/21 im ganzen 1 642 708 Mark ausgegeben. Dazu haben die Bürgerschaft und die Stadt durch Spenden 149 072,07 beigetragen, der Verlust wurde vom Reich und Staat ersetzt.

Die eingangs erwähnten noch offenen Kriegskonten werden später mit ihren Abschlußzahlen ebenfalls im Sammelkonto erscheinen, sodaß dieses dann ein Gesamtbild der finanziellen Wirkungen des Krieges auf die Stadtverwaltung geben wird.

## 5. Bauwesen.

Von Oberstadtsekretär Sauerteig.

Da es unmittelbar nach Kriegsbeginn in allen Geschäften und Betrieben an Arbeitskräften mangelte, beschloß der Magistrat unterm 4. August 1914, die Bau-

arbeiten einzustellen bezw. nur soweit fortzuführen, als es für die Fertigstellung begonnener Einrichtungen notwendig war, was insbesondere auf die Wasserleitungs- und Kanalisationsarbeiten zutraf. Die an die Stadtverordnetenversammlung zur Zustimmung bereits abgegebenen Vorlagen, die das Ortsstatut gegen die Verunstaltung des Ortsbildes, die Verwilligung von 12500 Mark für Arbeiten am Georgenhospital, sowie die Verwilligung von 61 000 Mark für die Mohrenbrücken- und 10 000 Mark für die Lauterbrückenerneuerung betrafen, wurden zurückgezogen, während die Stadtverordnetenversammlung ihrerseits die Akten, betreffend den Ankauf des Pohlig'schen Anwesens sowie die Errichtung eines Gewächshauses an den Magistrat wieder zurückgab. Der Umbau des Schlachthauses, der von den städtischen Körperschaften unterm 13. Februar 1914 mit einem Kostenbetrag von 550 000 Mark beschlossen war, unterblieb, und die zur Ausführung des Schlachthausumbaues gewählte besondere Kommission trat nicht in Tätigkeit. Für die Freiherrlich von Rastsche Gewerbeschule war die Errichtung eines besonderen Schulgebäudes auf dem am Südende der Kanalstraße liegenden freien städtischen Platz mit einem Kostenaufwand von rund 300 000 Mark in Aussicht genommen. Die vom Oberbürgermeister gefertigte Denkschrift war im Juni 1914 in Druck gegangen, infolge des Kriegsausbruchs konnte diesem Unternehmen nicht näher getreten werden, und es werden wohl noch viele Jahre vergehen, ehe man an einen Neubau für die Gewerbeschule wird denken können. Auch die Ausführung der Hebeleitung im Fischbacher Quellengebiet, die vor Kriegsbeginn von den städtischen Körperschaften genehmigt war, unterblieb. Denn nach Kriegsausbruch herrschte zunächst Mangel an Arbeitskräften, und später konnte sie nicht gebaut werden, weil inzwischen die verzinnten Kupferfilterrohre für Kriegszwecke beschlagnahmt worden waren. Während sie vor dem Kriege ca. 56 000 Mark gekostet haben würden, sind jetzt 750 000 M. erforderlich. Um nach Fertigstellung dieser geplanten Hebeleitung in Fischbach größere Wassermengen nach der Stadt leiten zu können, wurde während des Krieges eine zweite Rohrleitung von der Goebelschen Fabrik in Oeslau bis nach Dörfles bei Coburg zum ehemals Sommerschen Gute im sogenannten Wiesenweg mit einem Kostenaufwand von rund 56 000 Mark verlegt.

Die Kanalisationsarbeiten nahmen ihren Fortgang bis zum 31. Mai 1916, an welchem Tage kein Arbeiter mehr zur Verfügung stand. Es wurden in dieser Zeit die Rosenauerstraße, Ringstraße, Hahnweg, Seidmannsdorferstraße, Callenberger Unterführung, Pilgramsrot und Blumenstraße kanalisiert.

Der Ausbau der Blumenstraße, der bei Kriegsausbruch wegen Arbeitermangel unterbrochen worden war, kam nach eingetretener Arbeitslosigkeit infolge Stockens der Industrie später als Notstandsarbeit zur Ausführung.

An Arbeiten, die zur Beschäftigung von Arbeitskräften nach der bei Kriegsende erfolgenden Demobilmachung vorgesehen waren, wurden 1918/19 ausgeführt: Straße 46 an der Heiligkreuzstraße sowie die Brückenstraße zwischen Callenberger- und Raststraße, als weitere Notstandsarbeiten, die mit staatlichen Uberteuerungszuschüssen zur Ausführung kamen, sind die Erdarbeiten für die Straße Nr. 67/71

(hinter den früheren Baustädeln im Pilgramsrot), die Steinbrucharbeiten in Wüstenahorn sowie der Erdbau und die Ausführung der Gasleitung der Hindenburgstraße zu nennen. Auch erfolgte im Frühjahr und Sommer 1919 die Ausgestaltung des Ernstplatzes und zwar mit einem Kostenaufwand von 23000 Mark, wozu die Niederfüllbacher Stiftung 15000 Mark und ein Ungenannter 3000 Mark gegeben haben.

Unter Inanspruchnahme der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge wurden zur Behebung der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1920/21 die Kiesgewinnung in der Itz und Lauter und die Arbeiten im Sandbruch auf der Hut und im Steinbruch Wüstenahorn betrieben, sowie der Bau der Ufermauer in der Mühlgasse mit 35490 Mark, die Wasserzuleitung für die Walderholungsstätte in Wüstenahorn mit 50000 Mark, der Judenbergstraßenkanal und die Geradelegung des Hahnflusses mit bisher 70000 Mark Kostenaufwand ausgeführt.

Über die Bautätigkeit in der Stadt in den Jahren 1914 bis 1920 ist zu berichten:

Von den im Jahre 1914 genehmigten Neubauten wurden 25 fertiggestellt, die übrigen 4 Bauten gingen infolge des Kriegsausbruches erst im folgenden Jahre — 1915 — ihrer Vollendung entgegen. In den Kriegsjahren 1916—1918 wurden vorwiegend nur kleinere bauliche Veränderungen in Betrieben vorgenommen, die ausschließlich für die Kriegsindustrie arbeiteten. Erst nach Kriegsbeendigung setzte die Bautätigkeit wieder lebhafter ein und erreichte im Jahre 1919 die Zahl von 31 Neubauten. Im darauffolgenden Jahre flaute sie dann merklich ab, sodaß 1920 nur 14 Neubauten zur Ausführung gebracht wurden. Begründet war diese Bauunlust mit der allgemeinen Baustoffknappheit und mit den damals sprunghaft in die Höhe gehenden Materialpreisen und Arbeitslöhnen. In den vorgenannten Bauten sind auch die durch die Stadtverwaltung selbst ausgeführten Neubauten der Jahre 1919/20 enthalten und zwar:

A. Neubauten:

1. Das Elffamiliengebäude auf der Huth mit einem Kostenaufwand von rund . . . . . 720000 Mark
(Reichs- und Staatszuschuß = 427000 Mark)
2. Zwei Gruppengebäude = je 6 Einfamilienhäuser auf der Huth mit einem Kostenbetrag von rund . . . . . 920000 Mark
(Zuschuß hierzu = 494370 Mark)

B. Umbauten:

An Wohnungseinbauten, die durch die Stadt bewirkt wurden, sind noch zu erwähnen:

1. Der Umbau der Scheune und des Stalls in Wüstenahorn mit einer Bausumme von rund . . . . . 140000 Mark
(Zuschuß = 37650 Mark)
2. Der Ausbau des Gebäudes Brauhof 1 (ehem. Vereinsbrauerei) für 13 Familien im Gesamtbetrage von . . . . . 380000 Mark
(Zuschuß = 73950 Mark)

3. Der Ausbau des Schuppens an der Schlachthofstraße (ebenfalls zu Wohnzwecken) . . . . . 17 000 Mark
(Zuschuß = 11 295 Mark)
4. Der Einbau von Wohnungen im städtischen Hause Schenkgasse 7 mit einem Kostenaufwand von . . . . . 33 000 Mark
(Zuschuß = 18 575 Mark)

## 6. Städtische Werke.

Von Direktor Meckel und Direktor Diercks.

### A. Gaswerk.

Von dem im Juli in dieser Abteilung beschäftigten, 52 Mann zählenden Kontor- und Arbeitspersonal erhielten 31 Einberufung zur Fahne. Damit setzte die erste Schwierigkeit ein, denn der Betrieb mußte mit größtenteils ungeübtem Personal durchgeführt werden.

Gleich nach Beginn des Krieges hatte das Gaswerk einen wesentlichen Rückgang des Gaskonsums zu verzeichnen, der fast das ganze Jahr anhielt. Hervorgerufen wurde derselbe dadurch, daß eine größere Anzahl Betriebe ihre Tätigkeit einstellten oder wesentlich verringerten. Insbesondere brachte die Lahmlegung der Korbmöbelindustrie, die später einer der wichtigsten Lieferer für den Kriegsbedarf wurde (Geschoßkörbe), einen großen Ausfall, auch spielte dabei der Wegfall von Vergnügungen, das nächtliche Backverbot, früherer Schluß der Gastwirtschaften, die wesentliche Einschränkung der Straßenbeleuchtung und nicht zuletzt die Sparsamkeit in den Haushaltungen selbst eine große Rolle. Viele kleine Haushaltungen, bei welchen sich der Mann im Kriege befand, wurden aufgelöst. Der später einsetzende Petroleummangel brachte zwar viele kleinere Konsumenten, die aber den Ausfall nicht ausgleichen konnten. Von 17 Gasinstallateuren waren dem Gaswerk nur vier ältere Leute geblieben, die natürlich nicht im Stande waren, die vielen Anmeldungen auf Gaseinrichtung bewältigen zu können. Auch trat großer Mangel an Material ein. Die Messinghähne wurden beschlagnahmt und später durch minderwertiges Eisenmaterial ersetzt. So hatte das Gaswerk im Geschäftsjahre 1914/15 eine Mindereinnahme von über 30 000 Mark. Im Geschäftsjahr 1915/16 stieg trotz der beträchtlichen Preissteigerung aller Betriebsmittel der Bruttogewinn gegen das Vorjahr um 14 000 Mark, welcher durch den erhöhten Gaskonsum, der in diesem Jahre einsetzte, erzielt wurde. Die Geschäftsjahre 1916/17 und 1917/18 waren die schlimmsten des ganzen Krieges. Der Teer wurde beschlagnahmt und mußte an die Großabnehmer zu einem niedrigen Preis zur Herstellung von Marineheizöl geliefert werden. Wenn nun während der Kriegsjahre Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten zu überwinden waren, so brachten die Revolution, die Waffenstillstandsverhandlungen und der unglückliche Friedensschluß Zustände, die die Leitung mit

großer Sorge erfüllten. Das Saargebiet, woher das Gaswerk einen großen Teil seiner Kohle erhielt, nahm der Feind, und Oberschlesien kam unter feindliche Kontrolle, so daß auch eine Bezugsmöglichkeit von dort wegfiel. Die Gasanstalt war somit nur auf das Ruhrgebiet angewiesen, von wo nur ein geringer Teil und wegen des Kohlenabkommens mit dem Feinde nur minderwertige Qualität zugeteilt werden konnte. Diese Zustände führten zu den einschneidendsten Rationierungsmaßnahmen. Die Straßenbeleuchtung kam völlig in Wegfall, was von der Bürgerschaft schwer empfunden wurde. Die Aufrechterhaltung des Betriebes wurde immer schwieriger; längere Zeit konnte nur stundenweise Gas abgegeben werden. Selbst um diese vollständig ungenügende Gasmenge abgeben zu können, mußte man zur Vergasung von allem denkbar möglichen Material wie Holz, Torf, Sägespäne und Ölschiefer greifen. Hier muß dankbar anerkannt werden, daß öfters in größter Not die Staatsbahn und auch die Industrie mit einigen Wagen Kohlen aushalfen.

Die durch die Revolution hervorgerufenen Arbeitsverhältnisse im Ruhrgebiet im Zusammenhang mit der Lohnbewegung dort und hier mußte ihre Auswirkung in der Preisgestaltung der Kohle finden. Wenn diese bis zum Friedensschluß von 23 Mark pro Tonne bei gleichguter Qualität mit einer Gasausbeute von 32% auf 47 Mark gestiegen war, so war sie bis Mai 1920 bei ⅓ schlechterer Qualität auf eine Höhe von 294 Mark pro Tonne gekommen. — Durch die Einführung des Achtstundentages mußte eine dritte Schicht im Ofen- und Kessel-Haus eingeführt werden. An Löhnen wurden im Dezember 1914 wöchentlich für das Ofen- und Kesselhaus-Personal 215 Mark ausgegeben, während für dieselbe Arbeitsleistung im Mai 1920 3300 Mark bezahlt wurden. Die Betriebsunkosten stiegen von Monat zu Monat. Ein 9er Ofenbau, der im Frieden 3900 Mark kostete, wird unter 100 000 Mark nicht mehr geliefert.

Einen kleinen Ausgleich brachten die erhöhten Teerpreise.

Um die Konsumenten nicht allzusehr zu belasten, folgte das Gaswerk nur zögernd mit der Erhöhung des Gaspreises. Bei Ausbruch des Krieges wurde das Gas mit 20 bezw. 15 Pfg. pro cbm berechnet, im März 1917 wurde ein Aufschlag von 10% vorgenommen, der im August 1917 auf 20% erhöht wurde. Im Jahre 1918 wurde, wie in vielen anderen Städten, der Einheitspreis für Leucht- und Heizgas von 23 Pfg. per cbm eingeführt. Ab 1. 3. 1919 bis 1. 7. 1919 betrug der Gaspreis 30 Pfg., vom 1. 7. bis 1. 11. 1919 50 Pfg., im Dezember 1919 60 Pfg., vom 1. 1. 1920 bis 1. 6. 1921 90 Pfg., vom 1. 6. 1921 bis 30. 6. 1921 1,10 Mark. Coburg hatte bis zu dieser Zeit mit den billigsten Gaspreis in Deutschland.

Der Kokspreis hielt Schritt mit dem Kohlenpreis. So mußte schließlich für Koks pro Zentner 18 Mark gegen 1,40 Mark im Frieden genommen werden.

Von dem Personal des Gaswerks starben während des Krieges den Heldentod ein Angestellter, zwei Installateure und ein Feuermann.

### B. Wasserwerk.

Auf das Wasserwerk hatte der Krieg keinen wesentlichen Einfluß. Der in Angriff genommene Ausbau konnte leider nicht durchgeführt werden.

### C. Elektrizitätswerk.

Im Elektrizitätswerk lagen die Verhältnisse ähnlich wie beim Gaswerk. Gleich nach Kriegsbeginn zeigte die Stromabgabe einen beträchtlichen Rückgang, weil viele kleine Handwerker zu den Fahnen eingezogen wurden und ihren Betrieb stillegen mußten. Der Rückgang dauerte bis zum Sommer 1915. Von dieser Zeit an setzte eine lebhafte Aufwärtsbewegung ein, verursacht dadurch, daß die heimische Industrie sich mehr und mehr mit der Herstellung von Kriegsmaterial befaßte. Die Korbwarenfabriken wandten sich alle der Fabrikation von Geschoßkörben zu, während die Metallwarenfabriken die Herstellung von Granaten und teilweise auch die Fabrikation von Maschinengewehr- und Minenwerfer-Teilen aufnahmen. Mit dem Waffenstillstand sank die Stromabgabe wieder beträchtlich, veranlaßt einerseits durch die Stillegung der bisher für Heereslieferung arbeitenden Betriebe und anderseits durch die Einführung des Achtstundentages. Erst im Sommer 1919 begann wieder eine allmähliche Aufwärtsbewegung einzusetzen.

Auch das Elektrizitätswerk hatte genau wie das Gaswerk mit großen Schwierigkeiten in der Brennmaterial-Beschaffung zu kämpfen. Es mußte zum Teil Ersatzmaterial herangezogen werden, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Von den aus Kupfer bestehenden oberirdischen Leitungen im Stadtgebiet wurde ein Teil für Heereszwecke beschlagnahmt, welcher durch Eisenleitung ersetzt werden mußte.

Die Aufrechterhaltung des Betriebes gestaltete sich recht schwierig, weil von dem Personal der größte Teil zu den Fahnen einberufen wurde, und weil infolge der sich immer wiederholenden Einziehungen immer neues Personal eingestellt und angelernt werden mußte. Es gelang aber trotzdem, den Betrieb ohne nennenswerte Störungen und Unterbrechungen durchzuführen.

Von dem Personal des Elektrizitätswerks fanden den Heldentod 1 Angestellter, 1 Monteur und 1 Maschinist.

Bei Beginn des Krieges wurde die Kilowattstunde während der niedrigen Tarifzeit mit 20 Pfg. und während der hohen Tarifzeit mit 60 Pfg. berechnet. Die erste Strompreiserhöhung fand im August 1917 statt. Sie bewegte sich ebenso wie die ihr folgenden beiden Erhöhungen vom Februar und Juni 1918 noch in sehr mäßigen Grenzen. Wesentliche Steigerungen der Strompreise traten erst gleichzeitig mit der beträchtlichen Erhöhung der Kohlenpreise in den Jahren nach Beendigung des Krieges ein. Nachstehendes Diagramm gibt ein genaues Bild über die Strompreis-Erhöhungen.

### D. Überlandzentrale.

Weniger bemerkbar machte sich der Krieg beim Betrieb der Überlandzentrale, weil diese doch der Hauptsache nach landwirtschaftliche Betriebe mit elektrischer

Energie versorgt. Nur im 1. Kriegsjahre zeigte sich ein unbedeutender Rückgang im Strom-Absatz, verursacht dadurch, daß einige Fabriken wegen Arbeitermangel ihren Betrieb verkleinern mußten. Dann aber ging der Stromverbrauch, hauptsächlich verursacht durch den Petroleummangel, rapid in die Höhe. Die Aufwärtsbewegung erlitt auch durch den Waffenstillstand und die Einführung des Achtstundentages keinerlei Verzögerung. Auch im Überlandnetz mußten verschiedene Kupferleitungsstrecken auf Anordnung der Heeresverwaltung ausgebaut und gegen Eisenleitung gewechselt werden.

In den mit den Landgemeinden und mit den an das Überlandnetz angeschlossenen industriellen Betrieben abgeschlossenen Stromlieferungs-Verträgen waren Teuerungs-Klauseln vorgesehen, nach denen sich die Strompreise mit zunehmender Teuerung automatisch erhöhten. Die Verhältnisse zwangen jedoch dazu, auf gütlichem Wege eine Erhöhung der Teuerungsklausel und zwar einmal um 20% und später noch einmal um 33 1/3% im Einverständnis mit den Interessenten vorzunehmen.

Nachstehendes Diagramm bringt den Einfluß des Krieges auf die Stromabgabe sowohl beim Elektrizitätswerk als auch bei der Überlandzentrale zur Veranschaulichung.

---

## Volksbad.

Der Volksbadbetrieb wurde nach den Vorschlägen des Kuratoriums bei Kriegsbeginn eingeschränkt. Während im Betriebsjahr 1913/14: 46146 Brausebäder, 18942 Wannenbäder und 15380 Schwimmbäder zu 10 Pfg. abgegeben wurden, waren es im Jahre 1916/17 nur 27793 bezw. 16483 und 10522. Späterhin war infolge des Kohlenmangels der Badebetrieb nur zeitweise im Gange und zwar 1917/18 an 180, 1918/19 an 128, 1919/20 an 82 und 1920/21 an 236 Betriebstagen. Dementsprechend ging die Besuchsziffer sehr zurück. Anderseits mußten die Preise für die Bäder, die bei Errichtung des Bades möglichst niedrig gehalten worden waren, in Folge des unwirtschaftlichen Betriebes, der sprunghaft ansteigenden Preise für Brennmaterial und sonstige Erfordernisse sowie wegen der gesteigerten Löhne sehr erhöht werden.

| Die Preise stellten sich: | 1914 | Ende 1920 |
|---|---|---|
| für Einzelschwimmbad (Erwachsene) | 35 Pfg. | 2.50 Mk. |
| „ „ (Kinder) | 25 „ | 1.80 „ |
| „ Wannenbad (Einzelkarte) I. Klasse | 1 Mk. | 6.50 „ |
| „ „ ( „ ) II. Klasse | 50 Pfg. | 5.— „ |
| „ Brausebad (Einzelbad) | 10 „ | 2.— „ |
| „ „ (Kinder) | 10 „ | 1.60 „ |
| „ Römisch-irisches Bad (m. Wäsche) | 2 Mk. | 18.— „ |

Es bleibt aber ungeachtet dessen ein Fehlbetrag von rund 200000 Mk. zu decken.

### Stadt- und Friedhofsgärtnerei.

Nach mehrmaliger Ablehnung durch die Stadtverordnetenversammlung wurde die seit dem Jahre 1910 vom Magistrat betriebene Erwerbung der Pohlig'schen Gärtnerei an der Seidmannsdorferstraße, bestehend aus den Pl. Nr. 2171, 2171½, 2171⅓ und 2172 zu 9490 qm mit Wohnhaus, Gewächshäusern und Gartenhaus unterm 1. Juli 1915 von den Stadtverordneten genehmigt. Der Kaufpreis betrug 63000 Mark. Außerdem wurden für die Übernahme der vorhandenen Pflanzen usw. sowie zur Inbetriebsetzung der Gärtnerei 10598 Mark verausgabt. Die Übernahme erfolgte unterm 1. Oktober 1915, die volle Inbetriebsetzung der Friedhofsgärtnerei im Frühjahr 1916. Der erste Voranschlag war mit 32400 Mark in Einnahme und 27000 Mark in Ausgabe, also mit 5400 Mark Überschuß errechnet. Im Juni 1916 wurde der Gärtnereibetrieb des Friedhofsverwalters a. D. Jacobi, Pl. Nr. 2151/53, mit allen Gebäuden und Inventar um den Betrag von 26000 Mark hinzugekauft.

Zweck der Stadt- und Friedhofsgärtnerei ist: Erhaltung der Friedhöfe und Gräber, Besorgung der Dekoration bei Beerdigungen und Einäscherungen, Pflege der städtischerseits zu erhaltenden Grabstätten, Übernahme der Privatgrabpflege, Anzucht und Lieferung von Bäumen und Sträuchern für die städtischen Anlagen, evtl. Herstellung neuer städtischer Anlagen sowie deren Beaufsichtigung und Instandhaltung.

## 7. Das städtische Wohlfahrtswesen.

Von Rechtsrat A. Wagemann.

Bei der Darstellung der Kriegschronik einer Stadt gehört es zu den dankbarsten Aufgaben, über die Entwickelung und Auswirkung städtischen Wohlfahrtswesens während des Krieges berichten zu müssen. Es ist ein versöhnender und beglückender Gedanke, daß gerade der Weltkrieg, der jahrelang ganze Völker im verbissenen Vernichtungswillen gegeneinander im Kampfe sah, Kräfte werktätiger Nächstenliebe in einem Maße wachgerufen hat, wie sie der Friede nicht vermuten ließ. Ja, man kann sagen: wenn auf irgend einem Gebiete der Weltkrieg trotz seines für uns so niederschmetternden Ausganges befruchtend und segensreich gewirkt hat, so ist es auf dem Gebiete der Betätigung sozialen Geistes gewesen. Möge diese verheißungsvolle Saat trotz der Ungunst der Verhältnisse nicht wieder verkümmern, möge sie sich immer mehr entfalten und reiche Frucht tragen zum Segen der unter den Folgen des unglücklichen Krieges immer mehr anwachsenden Schar der Hilfsbedürftigen. Sie können weitgehender sozialer Fürsorge heute weniger denn je entraten.

Ungeheuer groß waren die Anforderungen, die der jahrelange Krieg mit seinen riesigen Ausmaßen, insbesondere auf sozialem Gebiete, an die Gemeinden

stellte. Vergegenwärtige man sich, daß Millionen Krieger, die im Feindesland lange Jahre hindurch tagtäglich ihr Leben für die Heimat in die Schanze schlugen, Millionen hilfsbedürftige Angehörige während der ganzen Zeit der Fürsorge der Heimat überlassen mußten. Daß sie es tun konnten, ohne sich draußen in banger Sorge um das Wohl ihrer Lieben verzehren zu müssen, war die schwere, aber ehrenvolle Aufgabe, die den Heimatgemeinden oblag. Dieser Aufgabe gerecht geworden zu sein, darf die Stadt Coburg dank der warmherzigen Freigebigkeit ihrer Bewohner, dank der hingebungsvollen treuen Mitarbeit vieler Frauen und Männer aus allen Schichten der Bevölkerung mit Fug und Recht für sich in Anspruch nehmen.

Auf dem Gebiete des städtischen Wohlfahrtswesens läßt sich unterscheiden zwischen den den Gemeinden gesetzlich obliegenden Verpflichtungen und dem von ihnen freiwillig Geleisteten. Zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben der Gemeinden auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege gehörte bis zum Kriege im wesentlichen nur die Gewährung der mit Rechtsnachteilen für den Bedachten verbundenen Armenunterstützung und die Waisenfürsorge. Schon vor dem Kriege hatte die Stadt Coburg, dem Beispiel anderer Städte folgend, sich nicht darauf beschränkt, die ihr gesetzlich obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen, sondern hatte freiwillig, wirksam unterstützt von Staat und Herzoglichem Hause, zum Teil selbst eine Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen ins Leben gerufen, zum Teil sich erheblich an privaten Wohlfahrtsbestrebungen beteiligt.

Nach Ausbruch des Krieges erwiesen sich die vorhandenen gesetzlichen und freiwilligen Wohlfahrtseinrichtungen in der Stadt Coburg, wie überall, als unzulänglich und traten gegenüber der ausgesprochenen

Kriegswohlfahrtspflege

stark in den Hintergrund. Zunächst darüber zu berichten, welche Aufgaben die Stadt Coburg auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege zu erfüllen hatte, liegt daher nahe. Auch hierbei sind auseinander zu halten: die Erfüllung gesetzlicher Pflichtaufgaben und die Auswirkung freiwilliger Liebestätigkeit.

Die gesetzliche Kriegswohlfahrtspflege gründet sich auf das Reichsgesetz vom 28. Februar 1888 in der Fassung des Gesetzes vom 4. August 1914, betreffend die Unterstützung der Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften. Da es nicht angängig erscheinen mußte, die bedürftigen Familien von Kriegsteilnehmern der gesetzlichen Armenpflege anheim fallen zu lassen, gewährte ihnen das Kriegsunterstützungsgesetz einen Anspruch auf eine Mindestunterstützung aus Reichsmitteln. Die Verpflichtung zur Auszahlung der Reichsmindestunterstützung oblag dem für das gesamte Herzogtum auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes gebildeten Lieferungsverband, dem auch die Stadt Coburg angehörte. In dem Lieferungsverband entschied über die Unterstützungsbedürftigkeit sowie über Art und Umfang der Unterstützung eine für das ganze Herzogtum gebildete, aus fünf Mitgliedern unter dem Vorsitz des Landrats von Strenge bestehende Kommission.

Im Mai 1915 ergab sich infolge der immer größer werdenden Überlastung dieser Kommission die zwingende Notwendigkeit, eine

Zweite Kommission des Lieferungsverbandes

einzusetzen, deren Zuständigkeit sich lediglich auf Familien von Kriegsteilnehmern aus dem Stadtbezirk Coburg erstreckte. Die zweite Kommission, die sich aus sechs Mitgliedern zusammensetzte, stand gleichfalls unter dem Vorsitz des Landrats von Strenge, jedoch wurde für ihn vom Staatsministerium ein ständiger Stellvertreter ernannt, welches Amt vom Mai 1915 bis Oktober 1919 Magistratsassessor Wölfel, nach dessen Ausscheiden der Berichterstatter versah. Mitglieder dieser Kommission waren fast während des ganzen Krieges: Magistratsrat Müller, Kassier Stegner, Wagenbauer Sollmann und Kaufmann Krämer. Die Höhe der von der Kommission auf Kosten des Reichs zu verwilligenden Unterstützungsbeträge war durch reichsgesetzliche Bestimmung festgelegt und betrug zu Anfang des Krieges für die Ehefrau des Einberufenen monatlich 9 Mark, vom November 1914 ab 12 Mk., für jedes Kind monatlich 6 Mark. Im Laufe des Krieges wurden diese Beträge der fortschreitenden Teuerung entsprechend erhöht, zuletzt betrugen sie für die Ehefrau 30 Mark, für jedes Kind 20 Mark monatlich.

Die Gesamtsumme der in der Stadt Coburg durch die Stadtkasse zur Auszahlung gebrachten reichsgesetzlichen Familienunterstützungen betrug in der Zeit

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| von | August | 1914 | bis | 31. | März | 1915 | = 143 634,10 | Mark |
| vom | 1. April | 1915 | „ | 31. | „ | 1916 | = 453 558,60 | „ |
| „ | 1. „ | 1916 | „ | 31. | „ | 1917 | = 651 502,78 | „ |
| „ | 1. „ | 1917 | „ | 31. | „ | 1918 | = 891 744,12 | „ |
| „ | 1. „ | 1918 | „ | 31. | „ | 1919 | = 915 846,98 | „ |
| „ | 1. „ | 1919 | „ | 31. | „ | 1920 | = 98 559,31 | „ |
| „ | 1. „ | 1920 | „ | 31. | „ | 1921 | = 14 626,68 | „ |
| | | | | | | | Sa. 3 169 472,57 | Mark |

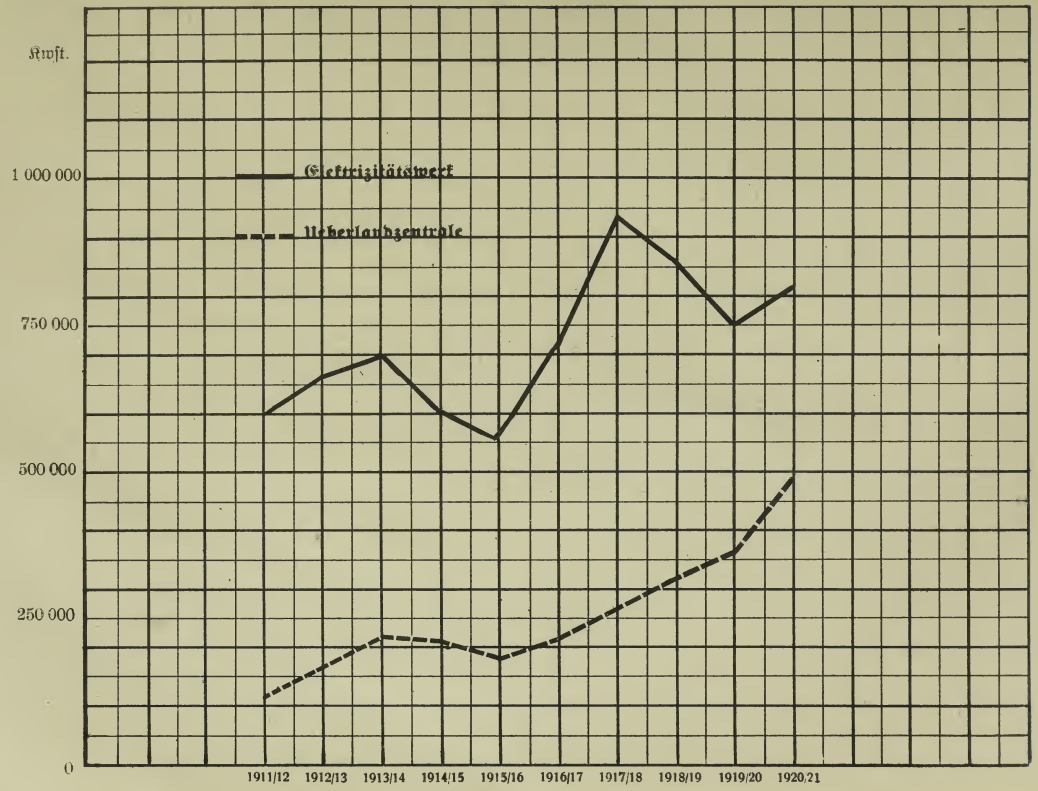
Die Zahl der in der Stadt Coburg genehmigten Unterstützungsanträge belief sich bis

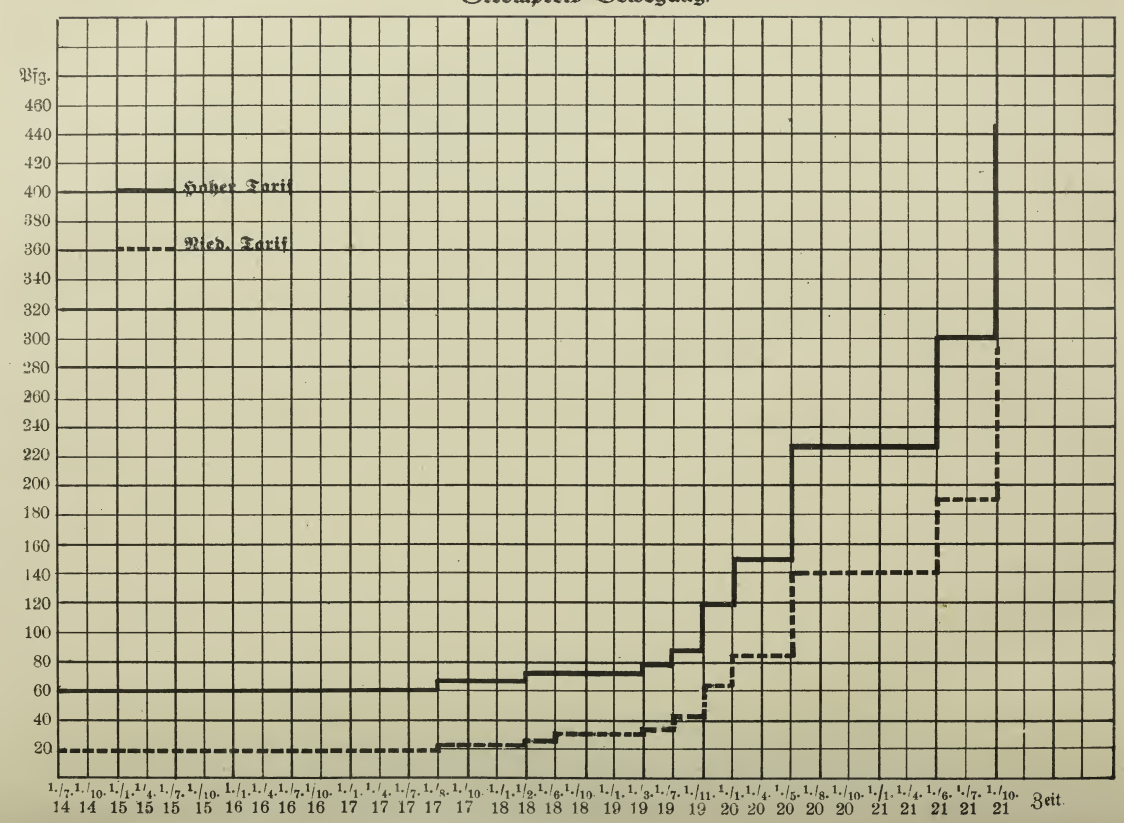
| | | | |
|---|---|---|---|
| Oktober | 1914 | auf | 700 |
| April | 1915 | „ | 1070 |
| „ | 1916 | „ | 1880 |
| „ | 1917 | „ | 2460 |
| „ | 1918 | „ | 2780 |
| November | 1918 | „ | 3900 |

Die Auszahlung der reichsgesetzlichen Unterstützungen durch die Stadtkasse erfolgte in vierzehntägigen Zwischenräumen.

Trotz der großen Summen, die durch die reichsgesetzliche Familienunterstützung ins Land flossen, war sie in den meisten Fällen nicht ausreichend, um die bedürftigen Angehörigen der Kriegsteilnehmer vor Not zu schützen. Wenn dieses Ziel erreicht werden sollte, mußte die Heimat selbst tatkräftig eingreifen. Stadt und Land zögerten keinen Augenblick, sich dieser vaterländischen Pflicht zu unterziehen und traten auf dem Gebiete der freiwilligen Kriegswohlfahrtspflege in edlen Wettstreit miteinander.

Stromabgabe des Städt. Elektr.-Werks und der Ueberlandzentrale
in den Jahren 1911—1921.




Strompreis-Bewegung.
Pfg.
460
440
420
400
380
360
340
320
300
280
260
240
220
200
180
160
140
120
100
80
60
40
20
Höher Tarif
Nied. Tarif
1./7. 14
1./10. 14
1./1. 15
1./4. 15
1./7. 15
1./10. 15
1./1. 16
1./4. 16
1./7. 16
1./10. 16
1./1. 17
1./4. 17
1./7. 17
1./8. 17
1./10. 17
1./1. 18
1./2. 18
1./6. 18
1./10. 18
1./1. 19
1./3. 19
1./7. 19
1./11. 19
1./1. 20
1./4. 20
1./5. 20
1./8. 20
1./10. 20
1./1. 21
1./4. 21
1./6. 21
1./7. 21
1./10. 21
Zeit.

Während der Mobilmachungsausschuß vom Roten Kreuz im Herzogtum Coburg als Wohlfahrtsorganisation sich im wesentlichen auf die Fürsorge für die Krieger selbst beschränkte, wurde in dem

Vaterländischen Hilfsausschuß

für die Stadt Coburg die Zentralstelle geschaffen, die alle auf die Linderung der Kriegsnöte in der Heimat abzielenden Bestrebungen freiwilliger Liebestätigkeit umfaßte und in sich vereinigte.

Die Gründung des „Vaterländischen Hülfsausschusses" erfolgte bereits am 8. August 1914 unter Teilnahme von Vertretern der städtischen Behörden, der Armenkommission, der Handels- und Handwerkskammer und der hiesigen mannigfachen Wohltätigkeitsvereine. Den Vorsitz übernahm Oberbürgermeister Hirschfeld, zu Stellvertretern wurden Bürgermeister Altenstädter und Magistratsassessor Wölfel bestimmt.

Die Aufgaben, vor die sich der Vaterländische Hülfsausschuß gestellt sah, waren vielseitig und schwierig. Um sie bestmöglich lösen zu können, wurden innerhalb des Hülfsausschusses 3 Unterausschüsse gebildet, deren Aufgabenkreise gegeneinander wie folgt abgegrenzt wurden:

Dem Unterausschuß I wurde die allgemeine Fürsorge für die Familien der zum Kriegsdienst Einberufenen übertragen. Er sollte durch Gewährung von Unterstützungen und Beihülfen aller Art, soweit notwendig, ergänzend neben die reichsgesetzliche Familienunterstützung treten.

Dem Unterausschuß II lag die besondere Fürsorge für die Kinder der Kriegsteilnehmer ob. Durch Einrichtung von Kinderhorten oder durch Unterbringung der Kinder in Familien sollte er erforderlichenfalls die Kriegerkinder vor Verwahrlosung schützen.

Der Unterausschuß III war bestimmt zur Prüfung der Verhältnisse der nicht zum Heeresdienst einberufenen werktätigen Bevölkerung. Er wurde im Jahre 1916 zu einem besonderen „Kriegshilfsausschuß für Arbeitslose im Herzogtum Coburg" erweitert und hatte besonders für die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und für die Unterstützung Arbeitsloser Sorge zu tragen. Über ihn ist bereits vorn von seinem Vorsitzenden, Kommerzienrat Haußknecht, eingehend berichtet worden.

Der

Unterausschuß I

setzte sich zusammen aus den Herren Geh. Justizrat Dr. Forkel, Kaufmann Amberg, Privatier Busch, Hoflieferant Bonsack, Geschäftsführer Wöhner, Wagenbauer Sollmann, Diakonus Eberhardt, Herzogl. Rat Hummel und Magistratsrat Grempel. Den Vorsitz führte fast während des ganzen Krieges Magistratsassessor Wölfel. Die erforderlichen Mittel wurden zunächst ausschließlich durch freiwillige Gaben der Bürgerschaft und durch Beiträge öffentlicher und gemeinnütziger Stellen aufgebracht. Insbesondere beteiligte sich das Herzogliche Haus wiederholt mit namhaften Spenden. Bei den immer wieder ins Werk gesetzten allgemeinen Sammlungen zugunsten bedürftiger Familien von Kriegsteilnehmern zeigte sich der oft bewährte Opfersinn der Coburger im glänzendsten Lichte. Arm und Reich wett-

eiferten miteinander, zur Linderung der Kriegsnot beizutragen, soweit in ihren Kräften stand. Schon im September 1914 belief sich die Summe der gesammelten Gelder auf 22600 Mark, im Januar 1915 war sie auf 45000 Mark gestiegen. Eine Sammlung zu Kaisers Geburtstag am 27. Januar 1915 ergab allein die stattliche Summe von 11500 Mark, im Oktober 1915 hatte die Sammlung bereits eine Höhe von 135000 Mark erreicht.

Trotz der Opferfreudigkeit der Bevölkerung zeigte es sich schon in den ersten Monaten des Krieges, daß die dem Ausschuß aus den Spenden freiwilliger Liebestätigkeit zufließenden Mittel auf die Dauer nicht ausreichten, um ihn in den Stand zu setzen, überall da wirksam einzugreifen, wo infolge der Einziehung des Ernährers trotz Gewährung der Reichsfamilienunterstützung noch Not herrschte.

In solchen Fällen der Not zu steuern, war der Zweck einer Verordnung des Herzogl. S. Staatsministeriums vom 15. Mai 1915, betreffend die Unterstützung von Familien in den Heeresdienst eingetretener Mannschaften aus Gemeindemitteln.

In dieser Verordnung wurde den Gemeinden die gesetzliche Pflicht auferlegt, in Fällen, in denen die reichsgesetzliche Familienunterstützung nicht ausreichte, um der Bedürftigkeit abzuhelfen, den in ihrem Bezirk wohnenden Familien von Kriegsteilnehmern nach Maßgabe des Grades der Bedürftigkeit Zuschläge zu den Reichsfamilienunterstützungen aus Gemeindemitteln zu gewähren. Von den auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen aus Gemeindemitteln aufgewendeten Beträgen wurde den Gemeinden vom Reich und Staat je ein Drittel erstattet. Nach neuerlicher Bestimmung will das Reich den Gemeinden auch die für das letzte Drittel aufgewendeten Mittel verzinsen und amortisieren.

Durch die mit Hilfe der Verordnung vom 15. Mai 1915 flüssig gemachten öffentlichen Mittel wurde der Unterausschuß I des Vaterländischen Hülfsausschusses in die Lage versetzt, seine Tätigkeit auf dem Gebiete der gemeindlichen Kriegswohlfahrtspflege immer mehr auszubauen. Die von ihm in Ergänzung der reichsgesetzlichen Mindestunterstützung gewährten Beihülfen bestanden teils in Barbeträgen, teils in Naturalien.

Die Barunterstützungen, die in erster Linie zur Aufbringung der Hausmiete dienen sollten, bewegten sich zwischen 25 % und 100% der reichsgesetzlichen Unterstützungen.

An Naturalien wurde zunächst durch Ausgabe von Gutscheinen Brot gewährt. An besonders bedürftige Familien wurde durch Vermittlung der Volksküche Suppe abgegeben. Während der Wintermonate wurden Gutscheine für Heizmaterial ausgegeben. Außerdem erhielten besonders bedürftige Frauen und Kinder Kleidungsstücke, insbesondere Schuhe. Diese wurden teils neu beschafft, teils der auf Veranlassung des Hülfsausschusses eingerichteten

Kleider- bezw. Brockensammlung

entnommen. In Erkrankungsfällen wurden die Krankenhauskosten, soweit sie nicht von anderer Stelle (Ortskrankenkasse) gedeckt wurden, vom Hülfsausschuß übernommen, erforderlichenfalls hat der Hülfsausschuß sogar die Unterbringung und

Verpflegung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer in Heilanstalten (Hildburghausen, Marienstift Gotha, Lungenheilstätten und dergl.) vermittelt und die Kosten getragen.

Grundsätzlich mußte vermieden werden, daß die Angehörigen der Kriegsteilnehmer der Armenpflege anheim fielen, wie auch immer wieder öffentlich darauf hingewiesen wurde, daß die Unterstützungen des Hülfsausschusses nicht den Charakter von Armenunterstützungen trügen.

Die Gesamtausgaben des Hülfsausschusses betrugen:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| von August | 1914 | bis | 31. | März | 1915 | = 92 106 | Mark |
| vom 1. April | 1915 | „ | 31. | „ | 1916 | = 199 985 | „ |
| „ 1. „ | 1916 | „ | 31. | „ | 1917 | = 348 348 | „ |
| „ 1. „ | 1917 | „ | 31. | „ | 1918 | = 365 724 | „ |
| „ 1. „ | 1918 | „ | 31. | „ | 1919 | = 287 107 | „ |
| „ 1. „ | 1919 | „ | 31. | „ | 1920 | = 74 380 | „ |
| „ 1. „ | 1920 | „ | 31. | „ | 1921 | = 53 850 | „ |
| | | | | | | Sa. 1 421 500 | Mark |

Über die Tätigkeit des

Unterausschusses II

des Vaterländischen Hülfsausschusses, dem die besondere Fürsorge für die Kinder der Kriegsteilnehmer oblag und der sich aus den Damen Frau Hofbankier S. Schraidt, Frau Kommerzienrat Ilgen-Lindner und Frau Geh. Justizrat Quarck, später Frau Kommerzienrat Mönch und den Herren Geh. Regierungsrat Schwimmer und Schulrat Dr. Reukauf zusammensetzte, berichtet sein langjähriger verdienstvoller Vorsitzender, Magistratsrat a. D. Tobias Quarck, daß dieser Unterausschuß in erster Linie seine Aufgabe darin erblickte, vorschulpflichtige und schulpflichtige Kinder von Kriegerfrauen, die außerhalb des Hauses ihrer Arbeit nachgehen mußten, während dieser Zeit in Kindergärten unterzubringen. Diese wurden in dankenswerter Weise vom Alexandrinen-Diakonissen-Verein für Armen- und Krankenpflege und vom Frauenverein zur Verfügung gestellt. Bis zu 20 kleine Kinder unter drei Jahren konnten in der Krippe des Alexandrinenvereins Aufnahme finden, über drei bis sechsjährige Kinder wurden auf Kosten des Unterausschusses in der Marienschule untergebracht. In der Volksküche des Alexandrinenvereins wurde bedürftigen Kriegerkindern ein warmes Mittagessen geboten, eine Einrichtung, die ganz besonderen Anklang gefunden hat. Die tägliche Höchstzahl an verpflegten Kindern betrug 87. Dem gegenüber wurde die von verschiedenen Familien bedürftigen Kriegerkindern gebotene Gelegenheit, am Mittagstisch kostenlos teilzunehmen, wenig ausgenutzt. Eine besondere Freude machte der Unterausschuß II bedürftigen Kriegerkindern dadurch, daß er erhebliche Mittel zur Ermöglichung von Weihnachtsbescherungen zur Verfügung stellte.

Insgesamt sind von dem Unterausschuß II in den Jahren 1914 bis 1919 folgende Mittel bereitgestellt worden:

| | | |
|---|---|---|
| für die Marienschule . . . | 7 110,36 | Mark |
| „ den Hort des Frauenvereins . | 1 782,80 | „ |
| „ „ „ „ Alexandrinenvereins | 2 007,13 | „ |
| „ die Krippe „ „ | 6 140,20 | „ |
| „ „ Volksküche des „ | 14 294,43 | „ |
| | Sa., 31 334,92 | Mark |

Zu den Kosten, die aus öffentlichen Mitteln bestritten wurden, steuerten in dankenswerter Weise der Erziehungsverein und die Thüringer Landesversicherungsanstalt in Weimar Beträge von 5000 Mark bezw. 15 000 Mark bei. Besondere Verdienste um die Fürsorge für die Coburger Kriegerkinder haben sich der Alexandrinen-Diakonissen-Verein für Armen- und Krankenpflege, die Marienschule und der Frauenverein erworben, deren an dieser Stelle dankbar gedacht sei.

In keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Tätigkeit des Unterausschusses II des Vaterländischen Hülfsausschusses stehend, aber als eine ausgesprochene Kriegsfürsorgemaßnahme zu Gunsten der Kinder an dieser Stelle nicht zu übergehen ist die

Unterbringung von Stadtkindern auf dem Lande,

die von dem unter der Schirmherrschaft der Kaiserin stehenden Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" in Berlin im Jahre 1917 im ganzen Deutschen Reich und mit den denkbar günstigsten Erfolgen durchgeführt wurde. Der Gedanke, die Stadtkinder angesichts der im Laufe des Krieges immer schwieriger werdenden Ernährungsverhältnisse für Wochen und Monate in Familien auf dem Lande unterzubringen und ihnen dort eine ausreichende und kräftige Nahrung zu bieten, hatte naturgemäß in erster Linie Bedeutung für die Kinder aus Großstädten und ausgesprochenen Industriebezirken. Aber auch in Coburg wurde er seit dem Jahre 1917, wenn auch in beschränktem Umfange, verwirklicht. Dank der tatkräftigen Unterstützung des Superintendenten Epler in Königsberg i. Fr. konnten in den Sommermonaten 1917 etwa 40 Coburger Schulkinder in Königsberg i. Fr. und Umgebung für mehrere Wochen untergebracht werden. Im Sommer 1918 wurden auf Anregung des Vereins „Landaufenthalt für Stadtkinder" und unter Mitwirkung des Herzogl. S. Staatsministeriums aus Coburg und Neustadt insgesamt 41 Kinder (27 Coburger und 14 Neustadter) zu mehrwöchentlichem Aufenthalt im Herzogtum Gotha untergebracht. Nach Beendigung des Krieges erlosch das Interesse an einer Unterbringung von Stadtkindern auf dem Lande, immerhin konnten im Sommer 1919 noch einmal 10 Coburger Kinder in Gothaer Landgemeinden untergebracht werden.

Der Gedanke, den unterernährten Stadtkindern durch Landaufenthalt zu helfen, wurde nach Kriegsende gewissermaßen abgelöst durch das sich gleichfalls über das ganze Deutsche Reich erstreckende und in ähnlich großzügiger Weise durchgeführte Hilfswerk der religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) von Amerika, die sich in Betätigung ihrer menschenfreundlichen Prinzipien seit dem Jahre 1920 zur Aufgabe machten, überall da, wo sich infolge der Entbehrungen des Krieges

und der Nachkriegszeit unter deutschen Kindern besonders starke Unterernährung bemerkbar machte, durch Einrichtung von sogenannten

Quäkerspeisungen

helfend einzugreifen.

In der Stadt Coburg wurde die Quäkerspeisung dank dem Entgegenkommen der in München arbeitenden Quäker bereits im Januar 1921 in der Weise eingerichtet, daß an vier Speisestellen zunächst 300, seit Ostern 1921 500 und seit 15. Oktober 1921 wiederum 300 von Ärzten nach einheitlichen Gesichtspunkten ausgesuchte unterernährte Kinder aus hiesigen Volks- und höheren Schulen mit den Mitteln der Quäker gespeist wurden. Die Hilfe der Quäker bestand und besteht erfreulicherweise zur Zeit noch in einer werktäglichen Ergänzungsmahlzeit, die den Kindern vormittags in der Frühstückspause gereicht wird und wofür die erforderlichen Lebensmittel in Form von Schmalz, Kakao, Zucker, Milch, Reis, Mehl, Bohnen und Erbsen die Quäker völlig kostenlos liefern. Die Zubereitung der Speisen erfolgt in der Volksküche in der Ehrenburg. Die Leitung und Aufsicht über die Durchführung der Quäkerspeisung in der Stadt hat ein aus zwölf Damen und Herren bestehender Ausschuß unter dem Vorsitz des Berichterstatters.

Wie segensreich die Speisung gewirkt hat und noch wirkt, läßt sich daraus ersehen, daß bei 80% der gespeisten Kinder zum Teil sehr erhebliche Gewichtszunahmen festgestellt werden konnten. Von welcher Bedeutung das Hülfswerk der Quäker ist, zeigt sich darin, daß allein in der Stadt Coburg (Neustadt und Lichtenfels werden außerdem noch von Coburg aus versorgt) der Wert der im Laufe eines Jahres von den Quäkern gelieferten Lebensmittel etwa 350000 Mark beträgt.

Den amerikanischen Menschenfreunden wird ihr Liebeswerk zugunsten unterernährter deutscher Kinder in Coburg, wie überall in deutschen Landen, unvergessen bleiben.

Abgesehen und unabhängig von den Kinderspeisungen der amerikanischen Quäker hat die in Deutschland herrschende Not auch sonst die Hilfsbereitschaft weiter Kreise des Auslands geweckt. Sie alle haben durch Hülfsmaßnahmen jeder Art, vor allem durch Sendungen von Lebensmitteln, Wäsche, Kleidungsstücken und anderen

ausländischen Liebesgaben

dazu beitragen wollen, das Elend in Deutschland zu mildern und den versöhnenden Glauben an ferne, hilfsbereite Freunde dem deutschen Volke wiederzugeben. Die Bearbeitung der sich aus der Durchführung der Auslandshilfe in Deutschland ergebenden Aufgaben erfolgte durch den „Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe" in Berlin. Seinen Richtlinien entsprechend wurde unterm 31. Mai 1920 beim Bezirksamt Coburg unter dem Vorsitz des Bezirksamtmanns Rose ein Hauptausschuß für das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Coburg und kurz darauf für die Stadt Coburg unter dem Vorsitz des Berichterstatters ein Unterausschuß zur Verteilung von Auslandsliebesgaben gebildet.

Bereits im April 1920, vor Gründung des Unterausschusses, konnte in der Stadt Coburg eine aus Nordamerika kommende größere Menge getragener Männer-, Frauen- und Kinderkleider unter Bedürftige verteilt werden.

Im Sommer 1920 wurde durch den städtischen Unterausschuß eine von den englischen Quäkern stammende, ganz besonders wertvolle Sendung, enthaltend vier Ballen Anzug- und Kleiderstoffe in bester Friedensqualität und eine Kiste Nähgarn, wie folgt verteilt:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| an Kriegsbeschädigte . . . . | 38,2 | m Tuch | 180 | Rollen Zwirn |
| „ Kriegshinterbliebene . . . . | 62,25 | „ „ | 330 | „ „ |
| „ den Marienverein . . . . | 31,25 | „ „ | 160 | „ „ |
| „ den Landesverein vom Roten Kreuz . | 18,5 | „ „ | 90 | „ „ |
| „ den Frauenverein . . . . | 37,3 | „ „ | 180 | „ „ |
| „ den Alexandrinen-Diakonissen-Verein . | 50 | „ „ | 240 | „ „ |
| zur Weihnachtsbescherung für arme Kinder | 79,5 | „ „ | 100 | „ „ |
| an den Gewerkschaftsbund . . . | 62,5 | „ „ | 310 | „ „ |
| „ verschämte Arme . . . . | 24 | „ „ | 200 | „ „ |
| „ den Caritas-Verband . . . | 37,5 | „ „ | 180 | „ „ |
| „ Kriegsblinde . . . . . | 7,5 | „ „ | 8 | „ „ |
| „ den israelitischen Frauenverein . . | 6,2 | „ „ | 30 | „ „ |
| „ die Vereinigten Militärvereine . . | 25,4 | „ „ | 120 | „ „ |
| zur Verfügung der Fürsorgeschwester . | 19 | „ „ | 172 | „ „ |

Im Herbst 1920 wurden 78 Dosen Trockenmilch zu Milchspeisungen in den städtischen Schulen verwandt. Die Sendung stammte von dem deutsch-österreichischen Hülfsverein in St. Ansonia Conn. Vereinigte Staaten von Nordamerika. Eine nicht zu unterschätzende ausländische Liebesgabe war eine Sendung, enthaltend 100 Liter Lebertran, die zu Beginn des Jahres 1921 durch Vermittlung der städtischen Fürsorgestelle für Lungenkranke und der Säuglingsberatungsstelle unter gefährdete Kinder verteilt wurden. Einem amerikanischen Spender verdankte der städtische Unterausschuß die Möglichkeit, im Herbst 1921 drei Faß Trockenmilch, zwei Faß Zucker und einen Sack Mehl wie folgt verteilen zu können:

| | |
|---|---|
| 1 Faß Trockenmilch | an den Kinderhort des Alexandrinen-Diakonissen-Vereins, |
| 1 „ „ | an den Frauenverein, |
| 1 „ „ | an die Säuglingsberatungsstelle, |
| 67 kg Mehl | an den katholischen Frauenverein, |
| 45 „ Zucker | an die Marienschule, Kleinkinderbewahranstalt, |
| 31 „ „ | an die Lungenfürsorgestelle, |
| 10 „ „ | an Kriegsblinde. |

In diesem Zusammenhange sei auch der vom Landesverein vom Roten Kreuz in der Zeit vom Oktober 1920 bis Januar 1921 im Gebiete des ehemaligen Herzogtums Coburg durchgeführten

Volkssammlung für notleidende Kinder

kurz gedacht, die einen Reinertrag von rund 39 000 Mark erbracht hat. Das Er-

gebnis in der Stadt Coburg betrug allein etwa 20 000 Mark und wurde durch Haussammlungen, durch Sammlungen unter den hiesigen Vereinen und durch Veranstaltung von zwei Unterhaltungsabenden erzielt. Der Ertrag der Sammlung ist zum größten Teil den hier bestehenden öffentlichen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen zugunsten bedürftiger Kinder zugute gekommen.

In das Gebiet der ausgesprochenen Kriegswohlfahrtspflege gehört noch die Fürsorge für unsere nach Hunderttausenden zählenden Kriegs- und Zivilgefangenen, die von unversöhnlichen und ohne jedes Gefühl für Menschlichkeit ihre Macht bis zum äußersten ausnutzenden Gegnern noch Jahr und Tag widerrechtlich zurückgehalten wurden. Nach Beendigung des Krieges befanden sich aus dem ehemaligen Herzogtum Coburg noch etwa 800 Kriegsgefangene fern der Heimat und zwar etwa 100 in russischer, 300 in französischer und 400 in englischer und amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Auf die Stadt Coburg entfielen hiervon insgesamt etwa 300 Kriegsgefangene. Diesen Unglücklichen ihre Leidenszeit nach Möglichkeit abzukürzen war Ziel und Aufgabe des in Coburg unter der Leitung seines Vorsitzenden, des Generalsuperintendenten Dr. Kükenthal, besonders rührigen

Volksbundes zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen.

Im Mai 1919, länger als ½ Jahr nach Abschluß des Waffenstillstandes, durfte man endlich hoffen, daß das Martyrium unserer Gefangenen nunmehr ein Ende finden werde. Jetzt galt es, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sie würdig zu empfangen und ihnen jede nur denkbare Erleichterung bei der Wiedereingliederung in das Wirtschaftsleben zu verschaffen. Um alle in dieser Richtung tätigen Kräfte bestmöglichst zusammenzufassen, wurde wie in fast allen andern Stadt- und Landgemeinden am 21. Mai 1919 auch in der Stadt Coburg, entsprechend den einheitlichen Richtlinien der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene in Berlin, unter dem Namen

Kriegsgefangenen-Heimkehr

eine zentrale Fürsorgestelle geschaffen. Die Leitung der Fürsorgestelle hatte einen Arbeitsausschuß, der sich aus Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, des Roten Kreuzes, des Volksbundes zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen, des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sowie aus sonstigen besonders interessierten Damen und Herren zusammensetzte. Den Vorsitz führte bis Oktober 1919 Magistratsassessor Wölfel, nach dessen Ausscheiden der Berichterstatter.

Für den Empfang der heimgekehrten Kriegsgefangenen wurde unter dem Vorsitz des Kapellmeisters Fichtner ein besonderer Empfangsausschuß gebildet, dessen Mitglieder, unterstützt von hiesigen jungen Damen, monatelang einander abwechselnd, zur Ankunft eines jeden Zuges sich auf dem festlich geschmückten Bahnhof einfanden, um dort den heimkehrenden Kriegsgefangenen den ersten Willkommengruß der Heimat zu entbieten. Regelmäßig beteiligte sich an dem Empfang am Bahnhof Ihre Königliche Hoheit Frau Herzogin Viktoria Adelheid von Sachsen-Coburg und Gotha und machte den heimkehrenden Kriegsgefangenen durch häufige wun-

dervolle Blumenspenden eine ganz besondere Freude. Der hohen Frau sei dafür auch an dieser Stelle auf das herzlichste gedankt.

Auf der Durchreise in Coburg liegen gebliebenen Heimkehrern wurde die Möglichkeit geboten, auf Kosten der Kriegsgefangenen-Heimkehr in hiesigen Gasthäusern zu übernachten. Kriegsgefangene, die nur kurzen Aufenthalt hatten, wurden zunächst in der Bahnhofswirtschaft, später in der Hofbrauhausbierhalle auf Kosten der Kriegsgefangenenheimkehr beköstigt. Im Landratsamt wurde unter der Leitung des Archivsekretärs Escher eine besondere Geschäftsstelle eingerichtet, deren Aufgabe darin bestand, den Heimkehrern in allen sie berührenden Fragen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Aus Verwilligungen der staatlichen und städtischen Behörden, des Roten Kreuzes, des Volksbundes zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen sowie aus Spenden von Privaten standen der Kriegsgefangenenheimkehr etwa 12 000 Mk. zur Verfügung. Hieraus wurde in etwa 600 Fällen bedürftigen Heimkehrern eine erste Hülfe gewährt. Außerdem verteilte die Geschäftsstelle an bedürftige ehemalige Kriegsgefangene eine größere Menge Kleidungsstücke wie Hosen, Joppen, Unterhosen, Hemden, Taschentücher und Strümpfe, die in freundlicher Weise vom Roten Kreuz der Kriegsgefangenenheimkehr überwiesen wurden.

Dank den eifrigen Bemühungen des mit der Kriegsgefangenenheimkehr in engstem Zusammenhang arbeitenden Arbeitsnachweises gelang es erfreulicherweise, fast sämtlichen ehemaligen Kriegsgefangenen ihre alten Arbeitsstellen wieder zu verschaffen.

Nachdem im Laufe des Sommers 1920 auch die letzten, am längsten von Frankreich festgehaltenen Kriegsgefangenen endlich in die Heimat zurückgekehrt waren, veranstaltete am 4. September 1920 der hiesige Empfangsausschuß als Abschluß seiner Tätigkeit für die Heimkehrer im Festsaale der Hofbrauhausbierhalle unter gütiger Mitwirkung von Frau Gymnasialdirektor Dr. Däbritz, Opernsänger Eichhorn und des Hofschauspielers Seidler vom Coburger Landestheater einen Begrüßungsabend, den außer Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden auch das Herzogspaar mit seinem Besuche beehrte, und der sich zu einem würdigen und eindrucksvollen Feste gestaltete. Die hiesigen Brauereien machten den äußerst zahlreich erschienenen ehemaligen Kriegsgefangenen, die durch Darstellung von Lagerszenen aus der Gefangenschaft zum Teil auch selbst zur Verschönerung des Abends beitrugen, eine ganz besondere Freude dadurch, daß sie ihnen Freibier zur Verfügung stellten.

Unabhängig von dem sogenannten „Krisaheim" wurde entsprechend den Bestimmungen der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene am 24. Oktober 1919 in der Stadt Coburg ein

Hülfsausschuß zur Unterstützung heimgekehrter Kriegsgefangener

gebildet, der sich aus dem Berichterstatter als Vorsitzendem, Archivsekretär Escher als Vertreter der „Sozialen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge" und aus vier ehemaligen Kriegsgefangenen zusammensetzte. Die Aufgabe des Hülfsaus-

schusses bestand darin, bedürftigen ehemaligen Kriegsgefangenen zur Ermöglichung der Wiederaufnahme einer geregelten Arbeitstätigkeit wirtschaftliche Beihülfen im Betrage von 100—600 Mark aus Mitteln zu bewilligen, die zu diesem Zwecke vom Reiche zur Verfügung gestellt wurden. Vom Hülfsausschuß bei der Stadt Coburg wurden aus Reichsmitteln in 202 Fällen an heimgekehrte Kriegsgefangene wirtschaftliche Beihülfen in einem Gesamtbetrag von 46926 Mark bewilligt. Die Beihülfen wurden im allgemeinen in bar, zu einem geringen Teil auch durch sachliche Zuwendungen, insbesondere in Form von Kleidungsstücken, gewährt. In Fällen, in denen eine besondere Notlage festgestellt wurde, trat die Stadt mit ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ergänzend neben die Unterstützung aus Reichsmitteln.

Im Oktober 1921 erhielt der Hülfsausschuß eine neue Aufgabe dadurch, daß ihm vom Landeshülfsausschuß zur Gewährung von wirtschaftlichen Beihülfen für ehemalige Kriegsgefangene in München insgesamt 24 700 Mark aus Reichsmitteln überwiesen wurden zur Verteilung an bedürftige ehemalige Kriegsgefangene als Abgeltung ihrer Anträge auf Nachbewilligung der Löhnung und Entschädigung für die infolge Gefangenschaft erlittenen Verluste. Bei der Verteilung dieses Betrags konnten 145 ehemalige Kriegsgefangene berücksichtigt werden.

Hier muß auch der traurigen Pflicht der

Flüchtlingsfürsorge

gedacht werden, bei der die bittere Not unseres tiefgebeugten Vaterlandes am elementarsten vor Augen tritt. Bis zu Beginn des Jahres 1922 wurden in der Stadt Coburg 35 Flüchtlinge bezw. Flüchtlingsfamilien aus öffentlichen Mitteln mit insgesamt etwa 10000 Mark unterstützt. Von diesen Flüchtlingen kamen

4 aus Frankreich
9 „ Rußland
7 „ Elsaß-Lothringen
2 „ der Pfalz
4 „ abgetretenen Ostgebieten
1 „ Amerika
1 „ England
2 „ dem besetzten Rheinland
2 „ Brasilien
3 „ Schlesien.

Als einer Maßnahme der Kriegswohlfahrtspflege sei zuletzt auch noch des bereits im Jahre 1916 vom Magistrat ins Leben gerufenen

Ausschusses zur Wiederaufrichtung der durch den Krieg geschädigten Einzelwirtschaften

kurz gedacht, der sich insbesondere der durch die Verhältnisse des Krieges in ihrer Existenz gefährdeten Gewerbetreibenden annehmen sollte und dem ein aus öffentlichen und privaten Zuwendungen geflossenes Kapital von zuletzt 110029,27 Mark zur Verfügung stand. Aus dem Abwurf dieses Kapitals haben, nachdem auch der Staat durch das Gesetz, betreffend die Gewährung von Darlehen an Kriegsteil-

nehmer und infolge des Krieges wirtschaftlich Geschädigte vom 10. April 1917, in gleicher Weise Fürsorge getroffen hatte, in einer Reihe von Fällen vor allem solche Gewerbetreibende eine Unterstützung erhalten, die nach den Bestimmungen des Gesetzes für die Gewährung von Darlehen nicht in Betracht kamen. Vorsitzender des Ausschusses war während des ganzen Krieges Magistratsrat Kommerzienrat Senkeisen.

Damit wäre die Darstellung des Gebietes der ausgesprochenen Kriegswohlfahrtspflege, soweit es in der und durch die Stadt Coburg wirksam geworden ist, im wesentlichen erschöpft, bis auf die außerordentliche umfangreiche und bedeutsame Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, die in der beim Bezirksamt geführten, jedoch von der Stadt Coburg mit unterhaltenen

Amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene

für das gesamte ehemalige Herzogtum eine zentrale amtliche Stelle gefunden hat. Hierüber ist bereits an einer anderen Stelle dieses Buches eingehend berichtet worden. Ergänzend sei nur kurz hervorgehoben, daß die Stadt Coburg in den letzten Jahren, abgesehen von ihrer Beitragspflicht zu den Kosten der amtlichen Fürsorgestelle, noch erhebliche Mittel aufgewandt hat, um insbesondere die innerlich schwerkranken Kriegsbeschädigten in die Lage zu versetzen, sich die ihnen ärztlicherseits verordneten Zusatzlebensmittel zu beschaffen.

In Vorstehendem ist versucht worden, in großen Umrissen ein möglichst umfassendes Bild zu bieten, wie die Stadt Coburg bestrebt gewesen ist, den neuartigen und weitgehenden Anforderungen gerecht zu werden, die nach Ausbruch und im Laufe des Krieges auf sozialem Gebiete an sie herantraten. Es ist gezeigt worden, wie außerordentlich mannigfach während des Krieges und in der ersten Zeit nach dem Kriege zum Teil auf Grund gesetzlicher Verpflichtung, zum großen Teil aber als Ausfluß freiwilliger Liebestätigkeit in der Stadt Coburg soziale Fürsorge auf einem Gebiete betrieben worden ist, das, weil es mit den Verhältnissen des Krieges in unmittelbarem und ursächlichem Zusammenhange steht, allgemein unter dem Begriff „Kriegswohlfahrtspflege" zusammengefaßt wird. Auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege hat die Stadt Coburg den Vergleich mit anderen Städten nicht zu scheuen.

Im Folgenden soll nunmehr dargestellt werden, welche Entwickelung die in der Stadt Coburg bereits vor dem Kriege bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen, im weitesten Sinne gefaßt, während und nach dem Kriege genommen haben. Wie bereits eingangs erwähnt wurde, ist diese Entwickelung durch die Verhältnisse des Krieges und der Nachkriegszeit naturgemäß ganz wesentlich beeinflußt worden, sodaß auch die bereits bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen während des Krieges mehr oder weniger den Charakter von Kriegswohlfahrtspflege angenommen haben.

Dieses gilt ganz besonders von der wohl ältesten städtischen Wohlfahrtseinrichtung, der am 27. Dezember 1842 von Archidiakonus D. Amthor und Kollaborator Rose erstmalig veranstalteten, nunmehr seit über 80 Jahren bestehenden

Weihnachtsbescherung für arme Kinder,

durch die seitdem Jahr für Jahr einer großen Anzahl von bedürftigen Kindern eine

rechte Weihnachtsfreude gemacht wurde. Während vor dem Kriege im allgemeinen Waisenkinder und Kinder armer Witwen bedacht wurden — jährlich etwa 200 —, waren es in den Kriegsjahren daneben auch die Kinder von Kriegsteilnehmern, denen der unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Hirschfeld stehende Ausschuß für die Weihnachtsbescherung armer Kinder im strahlenden Lichterglanze gern Schönes und Nützliches auf dem Gabentisch ausbreiten wollte und, dank beträchtlicher Verwilligungen der städtischen Behörden, dank der guten Ergebnisse regelmäßiger Haussammlungen und Spenden von Privaten, zu seiner Freude auch konnte.

Die Zahl der beschenkten Kinder betrug

| | | |
|---|---|---|
| Weihnachten | 1914: | 373 |
| „ | 1915: | 774 |
| „ | 1916: | 1000 |
| „ | 1917: | 541 |
| „ | 1918: | 503 |
| „ | 1919: | 500 |
| „ | 1920: | 502 |
| „ | 1921: | 500 |

Die Geschenke bestanden im wesentlichen in Schuhwerk, Kleiderstoffen, Leibwäsche aller Art und Gebrauchsgegenständen für die Schule. Dem freundlichen Entgegenkommen hiesiger Spiel- und Korbwarenfabrikanten war es zu danken, daß bisher jedem Kind außerdem noch ein Spielzeug aufgetischt werden konnte. Einer alten Sitte folgend, durfte auch ein Weihnachtsstollen nicht fehlen. Durch die fortschreitende Teuerung ist es dem Ausschuß immer schwerer geworden, mit den verfüglichen Mitteln die für die Kinder dringend benötigten Kleidungsstücke in den erforderlichen Mengen zu beschaffen.

Der Aufwand für die Weihnachtsbescherung armer Kinder betrug

| | | | |
|---|---|---|---|
| im Jahre | 1914: | 4 756,41 | Mark |
| „ „ | 1915: | 4 964,22 | „ |
| „ „ | 1916: | 10 352,82 | „ |
| „ „ | 1917: | 10 261,99 | „ |
| „ „ | 1918: | 13 482,95 | „ |
| „ „ | 1919: | 14 667,15 | „ |
| „ „ | 1920: | 16 132,55 | „ |
| „ „ | 1921: | 18 000,— | „ |

Wie in anderen Städten hatte es sich auch in Coburg bereits vor dem Kriege die Stadtverwaltung zur Aufgabe gemacht, die Lungenschwindsucht, diese verheerende Volkskrankheit, zu bekämpfen und zu diesem Zwecke am 14. Mai 1912 eine

Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke

eingerichtet, zu deren Kosten das Staatsministerium, die Thüringische Landesversicherungsanstalt und die Allgemeine Ortskrankenkasse zum Teil erhebliche Zuschüsse beisteuerten.

Die Aufgabe der städtischen Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke sollte sein, die weitere Verbreitung der Lungen- und Kehlkopftuberkulose zu verhüten durch

1. Ermittelung aller lungenkranken Personen,
2. Untersuchung sämtlicher Familienglieder von Lungenkranken und deren dauernde Überwachung,
3. Unterbringung der noch heilbaren und wesentlicher Besserung fähigen Erwachsenen sowie der skrofulösen und der noch heilbaren tuberkulösen Kinder in Heilstätten,
4. Bewahrung der noch gesunden Familienmitglieder vor Ansteckung durch nicht mehr Heilbare.

Die Leitung der Fürsorgestelle hat ein Ausschuß, in dem bis zum Jahre 1919 Magistratsassessor Wölfel, nach dessen Ausscheiden der Berichterstatter den Vorsitz geführt hat. Vertrauensarzt der Fürsorgestelle ist fast seit ihrem Bestehen Sanitätsrat Dr. Thurm. Vom Alexandrinen-Diakonissenverein werden Fürsorgeschwestern zur Verfügung gestellt.

Trotz des Krieges war es möglich, die Tätigkeit der Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke nicht nur ohne Unterbrechung oder Einschränkung weiter zu führen, sondern sie erheblich auszubauen und zu vertiefen. Erhöhtes Augenmerk mußte den Kranken zugewandt werden, deren Ernährer im Felde standen, und denen, die unter den durch den Krieg hervorgerufenen ungünstigen Ernährungsverhältnissen besonders zu leiden hatten.

Welche Bedeutung die Tätigkeit der Fürsorgestelle in der Kriegs- und Nachkriegszeit gewonnen hat, darüber geben nachfolgende Zahlen ein anschauliches Bild. Die Fürsorgestelle wurde aufgesucht in den Geschäftsjahren

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1914/15 | von | 129 | Personen, | außerdem | machte | die | Fürsorgeschwester | 981 Hausbesuche; |
| 1915/16 | „ | 119 | „ | „ | „ | „ | „ | 1672 „ |
| 1916/17 | „ | 119 | „ | „ | „ | „ | „ | 1632 „ |
| 1917/18 | „ | 193 | „ | „ | „ | „ | „ | 2172 „ |
| 1918/19 | „ | 491 | „ | „ | „ | „ | „ | 1448 „ |
| 1919/20 | „ | 872 | „ | „ | „ | „ | „ | 2503 „ |
| 1910/21 | „ | 1351 | „ | „ | „ | „ | „ | 2683 „ |

Die Ausgaben der städtischen Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke, deren Fürsorgetätigkeit sich jedoch nicht nur auf die städtische Bevölkerung beschränkte, die vielmehr in steigendem Maße auch von der Landbevölkerung in Anspruch genommen wurde, betrug in den Geschäftsjahren

| | | |
|---|---|---|
| 1914/15: | 3359,42 | Mark |
| 1915/16: | 2671,99 | „ |
| 1916/17: | 3443,95 | „ |
| 1917/18: | 3854,51 | „ |
| 1918/19: | 4909,60 | „ |
| 1919/20: | 10967,90 | „ |
| 1920/21: | 12939,— | „ |

Infolge einer Anregung des Oberregierungsrats Schaper von der Thüring. Landesversicherungsanstalt in Weimar trat man im Jahre 1919 dem Plane näher, für leichtere Fälle von Tuberkulose auf einem städtischen Waldgrundstück, möglichst in der Nähe der Stadt Coburg, eine

Walderholungsstätte

einzurichten. Nach Überwindung nicht unerheblicher Schwierigkeiten wurde sie auf einem der Stadt Coburg gehörigen Waldgrundstück unweit des städtischen Armenhauses in Wüstenahorn mit einem Kostenaufwand von 59492,04 Mark errichtet und konnte am 7. April 1920 von dem Vorsitzenden der Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke in einer kurzen Feier ihrer Bestimmung übergeben werden. Im folgenden Jahre erhielt die Walderholungsstätte den dringend benötigten Anschluß an eine Quelle. Der Bau der Wasserleitung verursachte 50 000 Mark Kosten. Die erforderlichen Mittel flossen zum Teil aus Überschüssen der Geschoßkorbfabrikation. Das coburgische Staatsministerium steuerte 20 000 Mark zu den Baukosten bei, außerdem beteiligten sich das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose in Berlin, die Thüringische Landesversicherungsanstalt in Weimar und der Landesverein vom Roten Kreuz mit namhaften Beiträgen. Besonderen Dank verdient auch ein hiesiger Wohltäter, der zum Zwecke der Errichtung der Walderholungsstätte 10 000 Mark spendete.

Die Walderholungsstätte, in der zunächst nur Tagesbetrieb vorgesehen und möglich ist, besteht in der Hauptsache aus nach oben bedeckten, nach drei Seiten offenen Liegehallen, einem gedeckten Speiseraum, einer Küche und einem Schwesternzimmer. Zur Aufnahme kommen solche Lungenkranke, die noch auf ihre Einberufung in die Heilstätte durch die Thüringische Landesversicherungsanstalt in Weimar warten müssen, die nach ihrer Entlassung aus der Heilstätte noch eine Nachkur nötig haben und Tuberkulöse, die eine leichte vorübergehende Störung in ihrer Gesundheit erleiden, ohne gerade einer ausgesprochenen Heilstättenkur bedürftig zu sein.

Bei dem über alles Erwarten gestiegenen Andrang zu den Heilstätten der Thüringischen Landesversicherungsanstalt mußten in immer zunehmendem Maße Kranke, die für die Heilstätten vorgemerkt waren, der Walderholungsstätte überwiesen werden, vielfach mit dem Erfolg, daß eine Aufnahme in die Heilstätte mit Rücksicht auf die guten Ergebnisse der Behandlung in der Walderholungsstätte nicht mehr notwendig war.

Zur Beaufsichtigung und Pflege befindet sich ständig eine von dem Alexandrinen-Diakonissen-Verein zur Verfügung gestellte Schwester bei den Kranken, die außerdem regelmäßig von dem Vertrauensarzt der Fürsorgestelle überwacht werden.

Über die Inanspruchnahme der Walderholungsstätte, die in den Jahren 1920 und 1921 von Anfang April bis Mitte Oktober geöffnet war, geben folgende Zahlen Aufschluß:

Es wurden in der Walderholungsstätte verpflegt in den Geschäftsjahren

1920 an 4370 Verpflegungstagen 137 Kranke (43 Männer, 54 Frauen, 40 Kinder),
1921 an 6960 „ 220 „ 34 „ 58 „ 128 „

Die Betriebskosten betrugen
im Geschäftsjahr 1920: 20 416,47 Mark
„ „ 1921: 42 562,84 „

Die Betriebskosten wurden zum Teil durch Verpflegungskostenbeiträge der Kranken ersetzt, im übrigen aber im wesentlichen von der Stadt Coburg getragen. Außerdem trugen bisher die Thüringer Landesversicherungsanstalt in Weimar, die Niederfüllbacher Stiftung und die hiesige Allgemeine Ortskrankenkasse zu den Betriebskosten bei. Es darf hier der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß auch der bayerische Staat, dahingehenden Anträgen entsprechend, in Erfüllung seiner im Staatsvertrag übernommenen Verpflichtungen, „dafür Sorge zu tragen, daß die in Coburg bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen in ihrem Bestande erhalten bleiben", zu den Betriebskosten durch Gewährung eines jährlichen Zuschusses beitragen wird. Dies umsomehr, als die Walderholungsstätte in der kurzen Zeit ihres Bestehens im Interesse der Bekämpfung einer verheerenden Volksseuche bereits außerordentlich segensreich gewirkt hat und hoffentlich auch in Zukunft in steigendem Maße wirken wird, die Stadt Coburg aber bei der argen finanziellen Bedrängnis, in der sie, wie alle deutschen Städte, sich befindet, nicht in der Lage ist, die ständig steigenden Betriebskosten der Walderholungsstätte im bisherigen Umfange allein zu tragen.

Wie auch die Belegzahlen der Walderholungsstätte ergeben, hat sich die Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke, Bedacht nehmend darauf, daß die Zukunft des deutschen Volkes in seiner Jugend liegt, in steigendem Maße der gesundheitlich gefährdeten Kinder angenommen. Zeigten sich doch die furchtbaren Wirkungen der jahrelangen unmenschlichen Hungerblockade gerade bei den deutschen Kindern in erschreckendster Weise. Massenhaft wurden sie infolge der Unterernährung der Tuberkulose in die Arme getrieben.

Da sich

## Solbadekuren

als ein besonders wirksames Vorbeugungs- und Kräftigungsmittel für tuberkulos — und skrofulös bedrohte Kinder allgemein erwiesen haben, versuchte die Lungenfürsorgestelle mit Unterstützung der Thür. Landesversicherungs-Anstalt in Weimar seit dem Jahre 1914 erfolgreich, besonders stark gefährdeten Kindern einen mehrwöchentlichen Aufenthalt in einem Solbad zu vermitteln. Dank vor allem der tatkräftigen Mitarbeit von Schwestern des Alexandrinen-Diakonissen-Vereins konnten in dem Solbad Frankenhausen zu 4—6 wöchentlichem Kuraufenthalt untergebracht werden

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| im Jahre | 1914 | 16 | Kinder | im Jahre | 1918 | 35 | Kinder |
| „ „ | 1915 | 13 | „ | „ „ | 1919 | 30 | „ |
| „ „ | 1916 | 12 | „ | „ „ | 1920 | 20 | „ |
| „ „ | 1917 | 13 | „ | | | | |

Der Jahreskostenaufwand für den Kuraufenthalt der Kinder in Frankenhausen stieg von etwa 1000.— Mk. im Jahre 1914 bis auf 5009.85 Mk. im Jahre 1920 und wurde, abgesehen von Zuschüssen seitens des Staates und der Thür. Landes-

versicherungs-Anstalt, im wesentlichen von der Stadt Coburg aus verfüglichen Legatmitteln getragen.

Eine sehr wirkungsvolle Unterstützung fanden die Maßnahmen der Lungenfürsorgestelle zugunsten gefährdeter Kinder dadurch, daß es der Marien-Verein mit Hilfe hiesiger Damen und gleichfalls unterstützt von der Thür. Landesversicherungs-Anstalt in Weimar seit dem Jahre 1918 möglich machte, für tuberkulös bedrohte und sonstige besonders schwächliche Schulkinder in dem zu diesem Zweck von der Stadt kostenlos zur Verfügung gestellten Ernst-Alexandrinen-Volksbad

Solbadekuren in der Heimat

einzurichten. Die Erfolge, die der Marien-Verein in den Jahren 1918—1920 mit diesen Solbadekuren erzielte, waren derartig gute, daß im Jahre 1921 die Stadt Coburg auf Wunsch des Marien-Vereins, dessen Mittel anderweitig stark in Anspruch genommen wurden, die Einrichtung selbst übernahm und sie mit einem Kostenaufwand von 3265.60 Mk. im Jahre 1921 ganz wesentlich ausbaute. Möchten sich trotz der Ungunst der Verhältnisse auch in Zukunft Mittel und Wege finden, die es ermöglichen, diese außerordentlich segensreich wirkende Einrichtung für die Stadt Coburg zu erhalten.

Ueber den Umfang der Solbadekuren in der Heimat geben folgende Zahlen Aufschluß. Es fanden Kuren statt in den Jahren

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1918 | vom | 31./7. | — | 6./9. | mit einer Teilnehmerzahl von | 100 | Kindern |
| 1919 | „ | 30./6. | — | 31./7. | „ „ „ „ | 100 | „ |
| 1920 | „ | 14./6. | — | 12./7. | „ „ „ „ | 110 | „ |
| 1921 | „ | 15./6. | — | 17./9. | „ „ „ „ | 211 | „ |

Die Durchführung der Kuren geschah in der Weise, daß wöchentlich zwei mal jedem Kind nach einer gründlichen Schmierseifen-Abreibung ein mit Staßfurter Mutterlauge bereitetes Solbad nach ärztlicher Vorschrift und unter ärztlicher Aufsicht verabreicht wurde. Nach dem Bade erhielt jedes Kind $^1/_2$ Liter Vollmilch und 1 Stück Brot. In jedem Jahre konnte erfreulicher Weise bei den gebadeten Kindern, abgesehen von einer wesentlichen Besserung des Allgemeinbefindens, eine durchschnittliche Gewichtszunahme von 1 Kilogramm festgestellt werden.

Ein besonderes Verdienst um das Zustandekommen und den guten Erfolg der Solbadekuren in der Heimat haben sich die Fürsorgeschwestern erworben. Ihrer sei an dieser Stelle dankbar gedacht.

Durch Vermittlung von Schwestern vom Roten Kreuz war es im Jahre 1921, abgesehen von den Solbadekuren in der Heimat, noch möglich, in der Zeit vom 1. bis 30. September 10 schwer tuberkulös bedrohten, bedürftigen Kindern aus der Stadt Coburg eine vierwöchentliche Bade- und Gradierkur im Solbad Salzungen zu verschaffen. Nach dem Zeugnis des Badearztes war der Kurerfolg bei den Kindern, zu deren Beaufsichtigung eine Schwester vom hiesigen Marienhaus mitgeschickt wurde, ein ganz hervorragender. Der Kostenaufwand für den Kuraufenthalt in Salzungen betrug insgesamt 6359.65 Mk. und wurde größtenteils von der Stadt Coburg getragen.

Über die gleichfalls mit Hilfe von Schwestern des Marienhauses eingerichtete Fürsorgestelle für Wöchnerinnen und Säuglinge

ist an einer anderen Stelle dieses Buches bereits eingehend berichtet worden, sodaß hier nur kurz zu erwähnen bleibt, daß die Stadt Coburg sich an den Kosten dieser Fürsorgestelle regelmäßig, zuletzt mit einem jährlichen Beitrag von 2600.— Mk. beteiligt hat.

In welchem hohen Maße die Stadt Coburg auch sonst ihr Interesse der sozialen Fürsorge

zugewandt hat, zeigt sich darin, daß sie sich entschloß, im Jahre 1918 zunächst eine, vom Jahre 1919 ab zwei ausschließlich für die Stadt tätige Fürsorgeschwestern einzustellen, die ihr in dankenswerter Weise gegen bestimmte, nach und nach steigende Jahresvergütungen von dem Marienhaus überwiesen wurden. Aufgabe der Fürsorgeschwestern sollte in erster Linie sein, sich aller der Fürsorge bedürftigen Kinder, insbesondere auch der schulpflichtigen Jugend anzunehmen. Im Laufe der Zeit haben die Fürsorgeschwestern mehr und mehr ihr Augenmerk auch der allgemeinen sozialen Fürsorge zugewandt.

Die Jugendfürsorge gliedert sich in die Mündel- und Waisenpflege, wobei besonders die Amtsmündel zu berücksichtigen sind, und in die Schulpflege.

In der Mündel- und Waisenpflege besteht die Aufgabe der Fürsorgerinnen hauptsächlich darin,

a) die Pflegekinder geeignet unterzubringen und dauernd zu überwachen. Hierbei wird die Unterbringung in geeignete Familien auf dem Lande besonders bevorzugt,

b) schwer erziehbare Kinder durch sachgemäße Beeinflussung nach Möglichkeit vor der Zwangserziehung zu bewahren, bei verhängter Zwangserziehung Kindern, soweit sie nicht in Anstalten untergebracht sind, passende Lehr- und Arbeitsstellen zu vermitteln,

c) mit Hilfe des Kleiderlagers der Armenverwaltung für die Bekleidung der Mündel- und Waisenkinder, soweit erforderlich, zu sorgen.

Die soziale Kinderfürsorge ist innigst mit der Schulpflege verbunden, beides ist nur in engster Zusammenarbeit erfolgreich. Der besondere Aufgabenkreis der Schulschwester, die gewissermaßen die Stellung einer Vermittlerin zwischen Schule und Familie einnimmt, besteht

a) in Hausbesuchen bei Krankheitsfällen, unentschuldigter Versäumnis und Schwänzen der Kinder,

b) in Unterstützung des Schularztes bei Schuluntersuchungen, gegebenenfalls Zuführung der Kinder zum Arzt, Überwachung der angeordneten ärztlichen Maßnahmen,

c) in regelmäßiger Durchsicht der einzelnen Schulklassen sämtlicher Volksschulen der Stadt auf Ungeziefer und Ausschläge, insbesondere Krätze,

d) in der Vornahme der sich bei c erforderlich machenden Reinigung, Entlausung der Kinder, gegebenenfalls der ganzen Familie einschl. Wohnung.

Das Tätigkeitsgebiet der Fürsorgeschwestern, die ihren ebenso segensreichen wie schweren Beruf mit der größten Hingabe erfüllen, ist außerordentlich umfangreich und vielseitig. Hier seien nur folgende Zahlen angegeben. Die Zahl der Hausbesuche betrug in den Jahren

1918/19 in der sozialen Fürsorge 595, in der Schulpflege 231,
1919/20 „ „ „ „ 1336, „ „ „ 900,
1920/21 „ „ „ „ 1402, „ „ „ 848.

Außerdem wurden vorgenommen in den Jahren

1918/19 = 154 Entlausungen nach Durchsicht von 17 Schulklassen,
1919/20 = 172 „ „ „ „ 90 „
1920/21 = 223 „ „ „ „ 100 „

Seit Ostern 1919 hat die Fürsorgeschwester, gestützt auf Zuwendungen seitens der Niederfüllbacher Stiftung, sich mit bestem Erfolge auch der Jugendpflege für schulentlassene Mädchen zugewandt.

Der Aufwand der Stadt für die Fürsorgeschwestern betrug

im Rechnungsjahr 1918/19 1 200 Mk.,
„ „ 1919/20 3 000 „
„ „ 1920/21 8 000 „
„ „ 1921/22 14 000 „

Durch Ortsstatut vom 24. November 1913 wurde in der Stadt Coburg mit Wirkung vom 1. Januar 1914 ab die gesetzliche

Amtsvormundschaft

eingeführt. Zum Amtsvormund wurde der Magistrats-Assistent Puff ernannt. Während seiner Kriegsdienstzeit übernahm Magistratsassessor Wölfel die Stellvertretung. Der Hauptzweck der Amtsvormundschaft, die Rechte der unehelichen Kinder gegen ihren Erzeuger auf friedlichem oder prozessualem Wege wirksamer zu verfolgen, als dies im allgemeinen dem ehrenamtlichen Einzelvormund möglich ist, ist vollkommen erreicht worden. Bis zum 1. Januar 1922 sind insgesamt 435 Vormundschaften von dem Amtsvormund geführt worden, von denen zur Zeit noch 224 Fälle seiner Amtsführung unterstehen.

Über die Entwicklung der Amtsvormundschaft seit ihrem Bestehen geben folgende Zahlen ein anschauliches Bild. Die Zahl der Vormundschaften betrug am

30. Juni 1914 73, 1. Januar 1915 102, 1. Januar 1916 170,
1. Jan. 1917 205, 1. „ 1918 226, 1. „ 1919 159,
1. „ 1920 173, 1. „ 1921 201, 1. „ 1922 224.

Von welch finanzieller Tragweite die Tätigkeit des Amtsvormundes ist, zeigen folgende Zahlen. Der Gesamtumsatz des Amtsvormunds betrug in den Jahren

1914 6 020.86 Mk., 1915 8 701.79 Mk.
1916 4 486.40 „ 1917 4 016.10 „
1918 6 375.30 „ 1919 8 152.18 „
1920 161 079.72 „ 1921 253 731.73 „

Als eine bedauerliche Begleiterscheinung des Krieges machte sich eine immer mehr um sich greifende Verwahrlosung der Jugend bemerkbar. Am deutlichsten trat dies in der steigenden Zahl der Minderjährigen hervor, über die

Zwangserziehung

verhängt werden mußte. Mit Unterstützung des nunmehr seit 70 Jahren in hiesiger Stadt bestehenden Erziehungsvereins, der unter dem Vorsitz des Rektors Fischer seine stille, segensreiche Arbeit auch in der Kriegs- und Nachkriegszeit entfaltet hat, setzte die Stadt alles daran, die verwahrlosten oder sittlich gefährdeten Kinder doch noch zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft heranzuziehen. Soweit irgend angängig, wurden die Zwangszöglinge, um die unerwünschte Anstaltserziehung zu vermeiden, in geeignete Lehr- und Arbeitsstellen, möglichst auf dem Lande, untergebracht. Ergab sich hierzu keine Möglichkeit, so wurden die Kinder während des Kriegs und in der ersten Zeit nach dem Kriege im allgemeinen in die Erziehungsanstalt in Gotha eingeliefert, neuerdings werden in solchen Fällen bayerische Erziehungsanstalten bevorzugt.

Aus der Stadt Coburg waren in Zwangserziehung untergebracht in den Jahren:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1914/15 | 29 | Minderjährige, | 20 | Knaben, | 9 | Mädchen |
| 1915/16 | 38 | „ | 27 | „ | 11 | „ |
| 1916/17 | 44 | „ | 30 | „ | 14 | „ |
| 1917/18 | 48 | „ | 31 | „ | 17 | „ |
| 1918/19 | 55 | „ | 38 | „ | 17 | „ |
| 1919/20 | 60 | „ | 45 | „ | 15 | „ |
| 1920/21 | 59 | „ | 43 | „ | 10 | „ |

An dieser Stelle sei ein kurzer Überblick gestattet.

In großen Zügen wurde zunächst eine Übersicht gegeben über das weitverzweigte Gebiet der Kriegswohlfahrtspflege, soweit es in der Stadt Coburg zur Auswirkung gekommen ist. Wenn das sich hierbei ergebende Bild auch in keiner Weise Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, so hat es doch gezeigt, daß es keine Überhebung war, wenn eingangs gesagt wurde, daß die Stadt Coburg auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens den schwierigen Aufgaben, die im Verlauf des Krieges an sie gestellt wurden, in jeder Weise gerecht geworden ist. Dieser Eindruck mußte sich noch verstärken, wenn die Entwicklung überschaut wurde, die die mannigfachen, bereits vor dem Krieg bestehenden städtischen Wohlfahrtseinrichtungen während des Kriegs und in der Nachkriegszeit genommen haben.

Nach Beendigung des Krieges traten auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens völlig neue Aufgaben an die Stadt heran.

Eine der furchtbarsten Kriegsfolgen ist die unaufhaltsam steigende Teuerung bei ständig fallendem Geldwert. Männer, die am Ende eines Lebens voll Mühe und Arbeit stehen, erdrückt schwerste wirtschaftliche Not. Witwen, die ein ruhiges Alter verdient hätten, bangen um den Verlust ihres letzten Groschens, Waisen, für deren Erziehung und Ausbildung vorgesorgt schien, kommen um die Hoffnungen ihrer Zukunft. Es entsprach daher einem überall als dringend empfundenen Be-

dürfnis, als im Jahre 1921 der Regierungspräsident von Oberfranken, auf diese trostlose Entwicklung hinweisend, zu einem

Hilfswerk für die notleidende Bevölkerung

aufrief, das zunächst in der Zeit von Januar bis September 1921 in der Stadt Coburg wie in ganz Bayern durchgeführt und neuerdings in einer etwas veränderten Form wieder aufgenommen wurde. Zweck und Ziel dieses Hilfswerks ist, bedürftigen Volksgenossen, die ohne eigenes Verschulden infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Existenz oder Lebenshaltung aufs höchste gefährdet sind, mit Geld und Naturalien zu unterstützen und dadurch nach Möglichkeit zu vermeiden, daß diese Bevölkerungskreise, zu denen insbesondere Kleinrentner, kinderreiche Familien, Angehörige der freien Berufe, vermögenslose Witwen und Waisen und Versicherungsrentner zu rechnen sind, der gesetzlichen Armenpflege anheimfallen.

In vorbildlicher Weise wurden seitens des bayerischen Landtags für Zwecke des Hilfswerks sehr erhebliche Beträge bereit gestellt, die ihm als Grundstock dienten, aber naturgemäß nicht ausreichten, um auch nur der dringendsten Not abzuhelfen. Um die hierfür erforderlichen Mittel nach Möglichkeit zu beschaffen, wurde im ganzen Lande eine großzügig durchgeführte und im Regierungsbezirk Oberfranken von besonders gutem Erfolg begleitete Sammeltätigkeit entfaltet, die sich sowohl auf Geld als auf Naturalien erstreckte.

Einschließlich einer Verwilligung der städtischen Behörden in Höhe von 10000 Mark betrug in der Stadt Coburg das Sammlungsergebnis des Jahres 1921 17522,25 Mark. Außerdem wurden der Stadt seitens der Regierung von Oberfranken in Bayreuth aus den vom bayerischen Landtag bereit gestellten Mitteln noch 64479 Mark überwiesen, sodaß von dem unter dem Vorsitz des Berichterstatters stehenden Ausschuß für das Hilfswerk im Jahre 1921 insgesamt 82001,25 Mark in Teilbeträgen von 100 bis 300 Mark unter 583 Bedürftige verteilt werden konnten. Abgesehen hiervon kamen an Naturalien noch 173 Zentner Kartoffeln, 2750 Eier, 27 Laib Brot und 4,90 Zentner Erbsen zur Verteilung, die in dankenswerter Weise von Landwirten des Coburger Landes zur Verfügung gestellt waren.

Da die Not der minderbemittelten Bevölkerung, insbesondere der Kleinrentner und der kinderreichen Familien, immer mehr fortschreitet, ja geradezu verheerende Formen annimmt, hat der bayerische Landtag für das Jahr 1922 wiederum ganz bedeutende Mittel zur Steuerung dieser Not bereit gestellt, und es ist zu hoffen, daß auch seitens des Reichs zu diesem Zweck entsprechende Mittel flüssig gemacht werden. Wiederum ergeht aber auch der dringende Hilferuf an alle nur irgend Leistungsfähigen, sich dieser Not nicht zu verschließen, sondern mit offenen Herzen und Händen helfend einzugreifen. Die Sammlung ist in vollem Gange. Möge der oft bewährte Opfersinn der Coburger Bevölkerung nicht da versagen, wo er am nötigsten ist.

Bereits zu Beginn des Jahres 1922 hat die Regierung von Oberfranken aus den vom bayerischen Landtag neuerdings zur Verfügung gestellten Mitteln der

Stadt Coburg zur Linderung der allerdringendsten Not 43 400 Mark und weitere 22 000 Mark zur Verbilligung von Kartoffeln für Kleinrentner und kinderreiche Familien überwiesen. Der Betrag von 43 000 Mark ist von dem Ausschuß in Teilbeträgen von 100 bis 250 Mark an 250 ganz besonders Bedürftige aus den Kreisen der Kleinrentner und kinderreichen Familien verteilt worden. Demselben Personenkreis kamen 300 Zentner Kartoffeln zu Gute, die mit den überwiesenen 22 000 Mk. bezahlt wurden.

Auf dem Gebiete der

Sozialrentnerfürsorge

wurde den Gemeinden durch das Reichsgesetz vom 7. Dezember 1921 über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung eine Aufgabe von einer außerordentlichen finanziellen Tragweite aufgebürdet. Nach diesem Gesetz sind die Gemeinden verpflichtet, mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 bedürftigen Empfängern von Renten aus der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung Unterstützung in einer solchen Höhe zu gewähren, daß das Gesamtjahres-Einkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 3000.— Mark, einer Witwen- oder Witwerrente den Betrag von 2100.— Mk., einer Waisenrente den Betrag von 1200.— Mk. erreicht. Wenn auch das Reich den Gemeinden, die durch die neuzeitliche Steuergesetzgebung in ihren Einnahmen auf das empfindlichste geschmälert sind, 80 vom Hundert der verauslagten Unterstützungsbeträge ersetzt, so hat die Gemeinde doch die restlichen 20 vom Hundert und den gesamten sich erforderlich machenden Personal- und Sachaufwand endgültig allein zu tragen.

Welche Summen bei der Durchführung dieses Gesetzes für die Stadt Coburg in Betracht kommen, darüber geben folgende, mangels genauer Unterlagen nur überschlägig gewonnene Zahlen interessanten Aufschluß:

Insgesamt sind in der Stadt Coburg vorhanden:

Etwa 800 Invaliden- und Altersrentner,
„ 60 Witwen- und Witwerrentner,
„ 250 Waisenrentner.

Würde man, da bei Berechnung des Gesamteinkommens das Arbeitseinkommen bis zum Betrage von 2000.— Mark außer Ansatz zu bleiben hat, davon ausgehen, daß fast alle Rentenempfänger für die Gewährung der Unterstützung in Betracht kommen, eine Annahme, die, wie die Erfahrung gelehrt hat, allerdings zu hoch gegriffen ist, so würden für die Durchführung des Gesetzes in der Stadt Coburg jährlich erforderlich sein:

| | |
|---|---|
| Für Invaliden- und Altersrentner | 1 440 000.— Mk. |
| „ Witwen- und Witwerrentner | 82 800.— „ |
| „ Waisenrentner . . . | 195 000.— „ |
| | 1 717 800.— Mk. |

Da von diesem Betrag das Reich 80 v. H. ersetzt, würde die Stadt Coburg, abgesehen von dem Personal- und Sachaufwand, jährlich 343 460.— Mark endgültig zu tragen haben.

Sollte nur die Hälfte aller Rentenempfänger in Frage kommen, was wohl zu niedrig gegriffen ist, so würde der der Stadt endgültig zur Last fallende Anteil immerhin noch 171 780 Mark betragen. Der Anteil der Stadt dürfte allerdings eine Herabminderung insofern erfahren, als zu hoffen ist, daß infolge der Sozialrentnerfürsorge eine nicht unwesentliche Entlastung der Armenkasse eintritt.

Trotz der vorstehend geschilderten Kleinrentner- und Sozialrentnerfürsorge würden sich die durch die veränderten Verhältnisse in ihrer Existenz aufs äußerste gefährdeten Bevölkerungskreise nicht über Wasser halten können, wenn nicht zu ihren Gunsten umfangreiche

Verbilligungsaktionen

nebenher gehen würden. Diese erstrecken sich auf die notwendigsten Lebensmittel, wie Brot, Kartoffeln und Milch, sowie auf Brennmaterialien und haben sich als eine außerordentlich segensreich wirkende Wohlfahrtseinrichtung erwiesen.

Auf dem Gebiet der Brotversorgung waren Träger dieser Verbilligungsaktion zunächst die vereinigten coburgischen Kommunalverbände, die gemeinsam mit den hiesigen Bäckern für die Zeit von Juni 1920 bis August 1921 erhebliche Mittel bereit stellten, wodurch die Stadt in die Lage versetzt wurde, während dieser Zeit für niedrige Zensiten allgemein Gutscheine auf verbilligtes Brot auszugeben. Daß die den vereinigten Kommunalverbänden zur Verfügung stehenden Mittel eine weitere Brotverbilligung nicht zuließen, wurde bei der ständig zunehmenden Teuerung von den beteiligten Kreisen äußerst hart empfunden. Als daher der bayerische Landtag für Zwecke der Brotverbilligung Mittel bewilligte, aus denen mit Wirkung vom 1. Dezember 1921 alle diejenigen Gemeinden Zuschüsse von zunächst 0,30 Mk., seit dem 1. März 1922 0,80 Mk. für das Pfund Brot erhalten sollten, die in gleicher Höhe aus Gemeindemitteln eine Brotverbilligung durchführten, da glaubte die Stadt Coburg im Interesse der notleidenden Bevölkerung die seitens des Staats zur Verfügung gestellten Mittel voll ausnützen zu sollen und stellte für die Zeit vom 1. Dezember 1921 bis 15. August 1922 aus städtischen Mitteln 110 000.— Mk. zur Brotverbilligung bereit. Hierdurch ist es möglich, daß z. Zt. an 1219 Personen, deren besondere Bedürftigkeit in jedem Falle besonders festgestellt ist, das Brot um 1,60 Mk. für das Pfund verbilligt abgegeben werden kann.

In ähnlicher Weise wie beim Brot haben die städtischen Behörden die vom bayerischen Staat zur Kartoffelverbilligung für die bedürftige Bevölkerung bereit gestellten Mittel voll ausgenutzt, indem sie zu diesem Zweck 28 000.— Mk. bewilligten. Mit Rücksicht auf die allgemeine Kartoffelknappheit konnten mit Hilfe dieser Mittel bisher leider erst 300 Zentner Kartoffeln an 300 besonders Bedürftige um 30.— Mk. für den Zentner verbilligt abgegeben werden. Von dieser Verbilligung haben Staat und Stadt je die Hälfte getragen. Seit dem 1. März 1922 verbilligt der Staat den Zentner um 40.— Mk., wenn die Stadt ihrerseits 20.— Mk. beisteuert.

Als ebenso segensreich wie notwendig hat sich die von Staat und Stadt seit dem 15. Dezember 1921 durchgeführte Verbilligung von Milch zu Gunsten der bedürftigen Bevölkerung erwiesen. Sie erstreckt sich nur auf Kinder unter 6 Jahren, werdende und stillende Mütter sowie Kranke. Die Stadt Coburg hat zu diesem Zweck zunächst für ein Jahr 42 000.— Mk. bereitgestellt und es dadurch ermöglicht, daß an einen Kreis von z. Zt. insgesamt 445 Bedürftigen die Milch um 1,50 Mk. für den Liter verbilligt abgegeben werden kann. Von der Verbilligung hat bis zum 1. Februar 1922 der bayrische Staat $^2/_3$ getragen. Seit dieser Zeit ist an die Stelle des bayrischen Staates das Reich getreten, aus dessen Mitteln der Stadt Coburg für Zwecke der Milchverbilligung 150 000.— Mk. in Aussicht gestellt sind.

Über die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Brennmaterial ist an anderer Stelle berichtet worden, sodaß sie hier übergangen werden kann.

Es bleibt nunmehr noch übrig, einen Überblick über die Entwickelung zu bieten, die das städtische

Armenwesen

in der Kriegs- und Nachkriegszeit genommen hat. Für die Kriegszeit ist es charakteristisch, daß durch sie die städtische gesetzliche Armenpflege nicht oder nur unwesentlich beeinflußt wurde. In der Nachkriegszeit trat dafür infolge der ständig fortschreitenden Teuerung eine umso stärkere Inanspruchnahme der Armenkasse ein.

Zu Anfang des Krieges wirkte die sich zunächst bemerkbar machende Arbeitslosigkeit vorübergehend belastend für die Armenverwaltung. Bald rief jedoch die sich der Bevölkerung im Verlauf des Krieges bietende lohnende Beschäftigung in der Kriegsindustrie die entgegengesetzte Wirkung hervor, sodaß die Zahl der fortlaufend oder vorübergehend aus öffentlichen Armenmitteln unterstützten Personen im Laufe des Krieges sich eher verminderte als vermehrte. Dies lag allerdings auch daran, daß in erheblichem Umfange Personen, die in früheren Jahren Armenunterstützung bezogen hätten oder sonst der Armenpflege zur Last gefallen wären, infolge der Einberufung ihres Ernährers zum Heeresdienst nicht oder nicht mehr im Wege der öffentlichen Armenpflege unterstützt wurden, sondern auf Kosten des Reiches und der Stadt Kriegsunterstützung erhielten.

Die Zahl der aus öffentlichen Armenmitteln dauernd oder vorübergehend unterstützten Personen schwankte während des Krieges im Jahre zwischen 681 und 774 Personen, in der Nachkriegszeit stieg sie infolge der starken Geldentwertung allmählich an. Dies würde in noch weit stärkerem Maße der Fall sein, wenn nicht seitens des Reiches, des Staates und der Gemeinden in der geschilderten umfassenden Weise Mittel für Zwecke der allgemeinen Wohlfahrtspflege flüssig gemacht würden. Eine sehr wesentliche Entlastung für die Armenkasse bringt naturgemäß auch die Erwerbslosenfürsorge mit sich, über die an anderer Stelle berichtet wurde.

Während des Krieges entfielen in der Stadt Coburg auf 1000 Einwohner durchschnittlich 27 bis 29 aus Armenmitteln Unterstützte. Zur Zeit stehen in dauernder Armenpflege insgesamt 238 Personen, von denen 181 in offener und 57 in geschlossener Armenpflege stehen. Die offene Armenpflege besteht in fortlaufender Unter-

stützung mit Brot, Suppe, Bargeld, insbesondere Mietszuschüssen, im beschränkten Umfange auch in der Versorgung mit Brennmaterial und Kleidungsstücken und wird von 39 Armenpflegern, die in vier Armenpflegebezirken zusammengefaßt sind, wahrgenommen. Die geschlossene Armenpflege besteht entweder in der Unterbringung im städtischen Armenhause in Wüstenahorn, das z. Zt. 24 Arme beherbergt, oder in der Verbringung in auswärtige Heil- und Pflegeanstalten.

Es betrugen

| | die Ausgaben für Armenpflege auf den Kopf der Bevölkerung | die Ausgaben für Armenpflege auf den Kopf der Unterstützten |
|---|---|---|
| in den Jahren 1914/15 | 3,02 Mark | 103 Mark |
| „ „ „ 1915/16 | 3,20 „ | 104 „ |
| „ „ „ 1916/17 | 3,43 „ | 92 „ |
| „ „ „ 1917/18 | 3,46 „ | 97 „ |
| „ „ „ 1918/19 | 3,48 „ | 93 „ |
| „ „ „ 1919/20 | 5,— „ | 167 „ |
| „ „ „ 1920/21 | 9,— „ | 295 „ |

Die Reinausgaben für Armenunterstützungen betrugen in den Jahren

| | |
|---|---|
| 1914/15 | 72 505 Mark |
| 1915/16 | 71 214 „ |
| 1916/17 | 71 235 „ |
| 1917/18 | 70 938 „ |
| 1918/19 | 72 277 „ |
| 1919/20 | 116 363 „ |
| 1920/21 | 214 958 „ |

Der Barzuschuß der Stadt zur Armenkasse betrug in den Jahren

| | |
|---|---|
| 1914/15 | 33 397 Mark |
| 1915/16 | 27 388 „ |
| 1916/17 | 23 002 „ |
| 1917/18 | 24 491 „ |
| 1918/19 | 28 825 „ |
| 1919/20 | 48 397 „ |
| 1920/21 | 196 503 „ |

Für das Rechnungsjahr 1921/22 liegt eine genaue Abrechnung noch nicht vor, der Barzuschuß der Stadt zur Armenkasse hat aber den Betrag von 200 000 Mk. bereits um ein Bedeutendes überschritten.

Der Voranschlag der Armenverwaltung für das Rechnungsjahr 1922/23, der in Einnahme und Ausgabe mit 564 000 Mk. abschließt, muß nicht weniger als 433 000 Mk. Barzuschuß aus der Stadtkasse in Anspruch nehmen. Welch trostlose Entwickelung die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Nachkriegszeit genommen haben, zeigen die wenigen Zahlen mit erschreckender Deutlichkeit.

Die Geschäfte der Armenverwaltung wurden bis zu der im Jahre 1921 erfolgten Einführung des bayerischen Selbstverwaltungsgesetzes und damit auch

des bayerischen Armengesetzes von der städtischen Armenkommission wahrgenommen, deren Vorsitzender während des Krieges und in der ersten Zeit nach dem Kriege Magistratsassessor Wölfel war. Nach dessen Ausscheiden übernahm der Berichterstatter den Vorsitz. Mitglieder der Armenkommission waren bis zuletzt Magistratsrat Lenk, gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender und Armenhausvorsteher, Stadtverordnete R. Meyer und Frau Oberlehrer Töpfer, Generalsuperintendent Dr. Kükenthal, Medizinalrat Dr. Martinet und Korbmachermeister Hauer. Vorsteher der vier Armenpflegebezirke waren Hofbuchhändler Bonsack, Schlossermeister Weidmann, Kirchenrat Eberhardt und Herzogl. Rat Hummel.

In erfreulicher Weise hat sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit das

Stiftungswesen

entwickelt, das in der Stadt Coburg von jeher in großer Blüte gestanden hat. Abgesehen von einer Reihe kleinerer Grabpflegelegate sind der Stadt- bezw. Armenkasse folgende größere Stiftungen und Vermächtnisse zugefallen:

Heinrich Caesar-Stiftung:
seit 1912 bestehend, im Jahre 1918 auf rd. 34000 Mk. erhöht. Der Abwurf ist für lungenkranke Personen der Stadt Coburg bestimmt.

Marie Othberg-Stiftung:
1000 Mk. für Säuglingsfürsorgezwecke,
1000 „ „ Lungenfürsorgezwecke,
15000 „ „ Armenzwecke.

Philipp Haubold-Stiftung:
10000 Mk. für tuberkulose Kranke der Stadt Coburg.

Clara Geist-Stiftung:
10000 Mk. zugunsten bedürftiger Familien gefallener Krieger der Stadt Coburg.

Andreas Beinert'sche Stiftung:
9000 Mk. für schwerverletzte Kriegsteilnehmer.

Johanna Grahl-Stiftung:
18000 Mk. für im Kriege erblindete Soldaten.

Leopold Spörl-Stiftung:
140000 Mk.
Die Nutznießung hat die Tochter des Stifters, nach deren Tod ist der Abwurf zu Erziehungs- und Wohlfahrtszwecken bezw. zur Förderung von Kunst und Wissenschaft in der Stadt Coburg zu verwenden.

Neben diesen Wohltätern der Stadt sei hier ganz besonders dankbar unseres verehrten Mitbürgers Sr. Majestät des Königs Ferdinand von Bulgarien gedacht, der, abgesehen von einem Armenlegat in Höhe von 1500 Mark, wiederholt sehr namhafte Beträge der Stadt für Armenzwecke hat zugute kommen lassen und auch sonst im stillen überall da helfend eingreift, wo besondere Not zu seiner Kenntnis gelangt.

Die Kapitalien der sämtlichen vorhandenen milden Stiftungen und Legate wiesen am 1. April 1921 folgende Summen auf:

| | | |
|---|---|---|
| 267 590,03 | Mark | Samuel Schmidt-Stiftung |
| 12 895,88 | „ | L. C. Riedinger-Stiftung |
| 3 065,10 | „ | Carl Dietz-Stiftung |
| 62 041,— | „ | Hagelgans'sche Legatkasse |
| 38 032,50 | „ | Carl von Stockmar-Stiftung |
| 21 336,94 | „ | Stiftung der Frau Herzogin von Kent |
| 709 330,— | „ | Freiherr von Rast'sche Gewerbe-, Unterrichts- und Stipendien-Stiftung |
| 101 869,48 | „ | Bischoff-Scheler'sche Legatkasse |
| 148 765,51 | „ | Denßing-Stiftung |
| 529 250,— | „ | die übrigen Legate und Stiftungen der Stadtkasse |
| 334 406,30 | „ | Aktivkapitalstock der Armenkasse. |

Insgesamt ergibt sich hiernach bei der Stadt Coburg ein Bestand an milden Stiftungen und Legaten in Höhe von 2 228 582,74 Mark, ein außerordentlich wertvoller Schatz, der das finanzielle Rückgrat des gesamten städtischen Wohlfahrtswesens bildet.

Mit der Feststellung dieser hocherfreulichen Tatsache kann die Darstellung des städtischen Wohlfahrtswesens, wie es sich während des Krieges und in der ersten Zeit nach dem Kriege entwickelt hat und wirksam geworden ist, im wesentlichen als erschöpfend angesehen werden.

Zum Schluß sei noch ein kurzer Überblick über die neuerliche Organisation des städtischen Wohlfahrtswesens gegeben. Die im Sommer 1921 durchgeführte Umstellung der städtischen Verwaltung auf Grund des auch in Coburg zur Einführung gelangten bayerischen Selbstverwaltungsgesetzes bot willkommene Gelegenheit, in dem städtischen Wohlfahrtsamt eine zentrale Stelle zu schaffen, in der all die verschiedenartigen Zweige städtischen Wohlfahrtswesens, die, wie gezeigt wurde, in einer großen Anzahl von einander unabhängiger Kommissionen und Ausschüsse sich entfalten, zusammenlaufen und wo für ihre Durchführung nach einheitlichen großen Gesichtspunkten unter bestmöglichster Ausnutzung der verfüglichen Mittel Sorge getragen wird.

Die Geschäfte des Wohlfahrtsamtes führt ein unter dem Vorsitz des Berichterstatters stehender Wohlfahrtsausschuß, der sich aus sieben Mitgliedern des Stadtrats zusammensetzt und dem außerdem noch eine Anzahl auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens besonders erfahrener Damen und Herren angehören. Neben dem Wohlfahrtsausschuß bestehen die Unterausschüsse für die einzelnen verschiedenen Zweige des Wohlfahrtswesens nach wie vor weiter. Ihnen gegenüber nimmt der Wohlfahrtsausschuß zum Teil die Rechte des Stadtrats wahr. Soweit er hierzu nicht befugt ist, leitet er ihre Wünsche und Anträge nach Begutachtung an den Stadtrat weiter.

Die Aufgaben der Armenverwaltung werden unabhängig von dem Wohlfahrtsausschuß, aber im engsten Einvernehmen mit ihm von dem nach Maßgabe des bayerischen Armengesetzes gebildeten Armenrat erledigt, der an die Stelle der seitherigen Armenkommission getreten ist und sich aus siebzehn Mitgliedern unter dem Vorsitz des Berichterstatters zusammensetzt.

Die neuerdings durchgeführte straffere Organisation des gesamten städtischen Wohlfahrtswesens läßt eine noch wirksamere Entfaltung für die Zukunft erhoffen. Eins darf allerdings hierbei nicht verkannt werden: Wenn irgendwo, dann stellt auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens die Organisation nur die äußere tote Form dar. Leben erhält diese Form erst durch den Geist, von dem sie erfüllt ist. Möge der Geist warmherziger, werktätiger Nächstenliebe in der Stadt Coburg stets eine Pflanzstätte finden, möge vorstehende Darstellung zu ihrem bescheidenen Teile mit dazu beitragen, in weiteren Kreisen Verständnis für die Bedeutung und Notwendigkeit sozialer Arbeit zu wecken zum Segen der immer mehr anwachsenden Schar der Hilfsbedürftigen. Allen aber, die während der schweren Zeit des Krieges und der vielleicht noch schwereren Nachkriegszeit sich mit Rat und Tat, freudig und aufopferungsvoll in den Dienst des städtischen Wohlfahrtswesens gestellt haben, sei nochmals an dieser Stelle herzlichst gedankt.

## 8. Ernährungs- und Bekleidungswirtschaft.

Von Ernst Altenstädter, II. Bürgermeister.

Die durch Abschließung des Reichs gegen das Ausland während des Weltkrieges bedingte Kriegsernährungswirtschaft hatte für die Stadtverwaltungen große, bisher nicht gekannte Aufgaben im Gefolge. Diese Aufgaben konnten, weil auf einem für die städtischen Verwaltungen unbekannten Boden erwachsen, nur unter erheblichen Schwierigkeiten gelöst werden und haben naturgemäß auch für die Stadt Coburg scharfe Auswirkungen gezeigt. Sie bedingten eine Reihe von Organisationen, wie sie auch anderwärts geschaffen werden mußten und die, wie überall, dazu beigetragen haben, daß die Kriegswirtschaft überhaupt durchgeführt werden konnte.

Bereits mit dem Eintritt der Mobilmachung mußte die Stadtverwaltung ihre Aufmerksamkeit der Lebensmittelversorgung zuwenden, namentlich auch deshalb, weil sofort bei Ausbruch des Krieges eine starke Hamsterei von Lebensmitteln einsetzte, die immer stärker wurde und alsbald eine Nahrungsmittelnot hervorrief. Hätte das Publikum weniger Nervosität gezeigt, so wären manche Ernährungsmaßnahmen leichter und besser durchzuführen gewesen, auch der Egoismus, der angesichts der Ernährungslage wohl menschlich begreiflich war, spielte hier eine große Rolle, nicht nur im Anfang des Krieges, sondern auch noch später.

Die ersten Maßnahmen der Stadtverwaltung waren allerdings nur bescheidener Natur. Sie wurden ergriffen unter möglichster Schonung des freien Handels, von dem man erhoffte, daß er die Versorgung der Bevölkerung im allgemeinen würde aufrechterhalten können, namentlich auch deshalb, weil man nicht mit einer langen Dauer des Krieges rechnete. Das erste Gebiet, dem der Magistrat seine Aufmerksamkeit zuwendete, war die Mehl- und Brotversorgung. Bereits am 4. August 1914 wurde eine Kommission aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten gebildet, die diese Frage behandelte. Anfangs September wurde der „Reichseinkauf, Zentralstelle für die Versorgung der Zivilbevölkerung" mit dem Sitz in Hamburg gegründet, mit dem alsbald Verbindungen angeknüpft wurden. Ende Oktober 1915 wurde ein Kredit von 15000 Mk. von den städtischen Körperschaften angefordert, um Lebensmittel einkaufen zu können. Es wurden dann auch verschiedene Waren eingekauft, z. B. Reis, Kartoffeln usw. Die letzteren wurden in verschiedenen Kellern der Stadt eingelagert. Auch geräucherter Speck wurde beschafft. (Über den Ankauf von Fleischvorräten vergl. weiter unten.)

Die beschafften Waren wurden teils an Händler zum Verkauf an die Bevölkerung, teils direkt an die Verbraucher in einem von der Stadt gemieteten Laden (Herrngasse, später Steinweg) nach und nach wieder abgesetzt. Auch Getreide und Mehl wurden beschafft, doch wurde letzterer Geschäftszweig wieder aufgegeben, als im März 1915 die 5 Kommunalverbände des Herzogtums Coburg sich zu einem Zweckverband für die gemeinschaftliche Bewirtschaftung von Getreide, Futtermitteln usw. vereinigten. Auffälligerweise erfuhren die Kartoffelpreise im Sommer 1915 einen namhaften Rückgang, während der Zentner im Winter auf 7 Mark gestiegen war, fiel der Preis im Frühjahr auf 4 Mark, sodaß auch die Stadt mit Verlust verkaufen mußte.

Durch Vermittlung von Händlern, behördlichen Stellen und Privatpersonen, auch des Roten Kreuzes wurden später noch angekauft: Reis, Schweineschmalz, Speck, Kunstspeisefett, Erbsen, Bohnen, konserviertes Rindfleisch, Eier usw., auch amerikanischer frischer Speck, der hier geräuchert wurde.

Im Sommer 1915 wurde auch die Gemüseversorgung in die Hand genommen und mit den Bamberger, Schweinfurter und Würzburger Händlern Abkommen getroffen. Heringe wurden gemeinsam mit der Stadt Neustadt bezogen.

Im Herbst 1915 schlossen sich die hiesigen Kartoffelhändler zu einer Vereinigung zusammen. Die Stadt sollte Kartoffeln beschaffen und einlagern. Aus diesen Vorräten wurden dann die Händler zwecks Abgabe an die Bevölkerung versorgt.

In demselben Jahre wurde die Einkaufsgesellschaft gegründet, welcher die Stadt Coburg mit 12000 Mark Anteilen beitrat. Vertragsmäßig wurden dieser dann alle Rechte und Pflichten übertragen, welche der Stadt aus der Lebensmittelzwangswirtschaft erwuchsen, ausgenommen die Kartoffelversorgung, welche die Stadt selbst in der Hand behielt. Die Einkaufsgesellschaft übernahm dann auch den von der Stadt gemieteten Laden und die Verkaufsstelle der Stadt. Über die von der Stadt bezogenen Lebensmittel usw. gibt die nachfolgende Aufstellung Auskunft.

Im Jahre 1916 verschärfte sich die Lebensmittelnot nicht unerheblich, die Brotkarte war bereits am 15. Februar 1915, die Fleischkarte am 1. Juli 1916 eingeführt worden. Die städtische Lebensmittelkommission tagte daher auch vom Jahre 1916 ab regelmäßig wöchentlich einmal und ergriff die verschiedensten Maßnahmen, um die Not zu lindern.

Da sich die Zahl der Artikel, die in öffentliche Bewirtschaftung genommen wurden, vergrößerte, mußte auch das Personal, welches die geschäftliche Erledigung besorgte, wesentlich vermehrt werden. Es machte sich daher auch eine Änderung in der Organisation insofern notwendig, als die städtische Lebensmittelstelle, welche bisher unter dem Stadtkämmerer arbeitete, zu einer selbständigen Stelle (dem Lebensmittelamt) mit einem Vorstand an der Spitze ausgebaut wurde.

Das Lebensmittelamt mußte bald, da das Rathaus nicht mehr ausreichte, besondere Räume erhalten. Es befand sich vom 31. Oktober 1916 bis 1. Juli 1917 in dem Haus Hintere Kreuzgasse Nr. 1, vom 2. Juli 1917 bis 18. Februar 1919 im Hause Markt 11, vom 19. Februar 1919 bis 30. Dezember 1920 im Marstallgebäude und vom 2. Januar 1921 ab in dem früheren Hotel Coburger Hof, welches die Stadt auf längere Jahre pachtete.

Das Personal des Lebensmittelamts war bis zum 1. Januar 1920 auf 30 männliche und weibliche Hülfskräfte angewachsen. Mit der allmählichen Aufhebung der Zwangswirtschaft wurde auch hier ein Abbau vorgenommen. Am 1. November 1921 wurden nur noch vier Angestellte im Lebensmittelamt beschäftigt.

Zwecks schneller Übermittelung der Lebensmittelkarten usw. wurde die Stadt in 20 Brotkartenbezirke geteilt. Lange Zeit besorgten Coburger Bürger ehrenamtlich die Ausgabe der Karten und Marken, später wurden diese Geschäfte durch Angestellte des städtischen Lebensmittelamtes erledigt. Die Ausgabe erfolgte auf Grund von Ausgabelisten sowie einer „Haushaltungskarte", die jeder Haushaltungsvorstand als Ausweis zum Empfang der Lebensmittelkarten usw. für sich und die Angehörigen seines Haushaltes erhielt.

In dem Abschnitt „Ernährungsmaßnahmen" ist über die Lebensmittelbeschaffung bereits das Wesentlichste berichtet. Hinsichtlich der einzelnen Wirtschaftsgebiete bringt das städtische Lebensmittelamt noch die folgenden Ergänzungen.

### a) Kartoffelversorgung.

Im September 1915 setzte die Zwangsbewirtschaftung für Kartoffeln offiziell ein und dauerte bis September 1920. Die Kartoffeln wurden durch den Magistrat der Stadt Coburg bezogen, eingekellert und durch Händler, die sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen hatten, an die Verbraucher abgesetzt.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Es wurden bezogen | 1915 | Spätkartoffeln | ca. | 18 350 | Zentner |
| „ „ „ | 1916 | Frühkartoffeln | „ | 7 820 | „ |
| „ „ „ | 1916 | Spätkartoffeln | „ | 31 550 | „ |
| „ „ „ | 1917 | Frühkartoffeln | „ | 10 220 | „ |

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Es wurden bezogen | | | 1917 | Spätkartoffeln | ca. 30 570 | Zentner |
| „ | „ | „ | 1918 | Frühkartoffeln | „ 16 100 | „ |
| „ | „ | „ | 1918 | Spätkartoffeln | „ 42 250 | „ |
| „ | „ | „ | 1919 | Frühkartoffeln | „ 11 900 | „ |
| „ | „ | „ | 1919 | Spätkartoffeln | „ 47 110 | „ |
| „ | „ | „ | 1920 | Frühkartoffeln | „ 12 600 | „ |

### b) Butterversorgung.

Zu Beginn des Krieges und auch noch im Jahre 1915 war die Butterversorgung der Stadt Coburg insofern gesichert, als die Landwirte wie in Friedenszeiten die Butter nach der Stadt brachten. Im Jahre 1916 ließ die Belieferung jedoch sehr nach. Die Stadt befaßte sich daher selbst mit Butterauf- und -verkäufen, um dadurch die Versorgung der Bevölkerung mit Butter sicher zu stellen. Im September 1916 hat dann die regelmäßige Belieferung von Butter auf Karten begonnen.

In den einzelnen Gemeinden des Landes (stellenweise auch für mehrere kleinere Gemeinden zusammen) waren Beauftragte tätig, die die Butter sammelten und an die Einkaufsgesellschaft ablieferten.

In jedem Brotkartenbezirk waren Verkaufsstellen errichtet, wo jeden Sonnabend die Butter auf Marken verabfolgt wurde. Die jeweilige Kopfmenge wurde durch Zeitungsinserate bekannt gegeben. Mit dem Monat Juni 1921 hatte die Zwangsbewirtschaftung für Butter ihr Ende erreicht.

In der Zeit vom 9. November 1916 bis 27. Mai 1921 wurden durch die Einkaufsgesellschaft 6275 Zentner Butter bezogen und verausgabt.

### c) Obst- und Gemüseversorgung.

Seitens des Magistrats wurde im Sommer 1915 auch die Gemüseversorgung in die Hand genommen. Das Gemüse wurde von Bamberger, Schweinfurter und Würzburger Händlern bezogen und an die hiesigen Gemüsehändler abgegeben. Eine sogenannte Rationierung für Gemüse bestand nicht. Als sich die Gemüseversorgung immer schwieriger gestaltete, wurde im September 1918 eine selbstständige Obst- und Gemüsestelle von der Stadt ins Leben gerufen. Die Leitung war einem Magistratsrat und dem Vorstand des Stadtbauamtes übertragen. Der Verkaufsraum für Gemüse befand sich im ehemaligen Nonnenmacher'schen Anwesen (Markt 3). Im Juni 1919 schloß die städt. Obst- und Gemüsestelle mit einem namhaften Defizit ihre Pforten.

### d) Fleischversorgung.

Mit Verschärfung der Lebensmittelnot im Jahre 1916 wurde ab 1. Juli desselben Jahres auch für die Fleischversorgung die Zwangsbewirtschaftung eingerichtet. Die Metzger führten Kundenlisten, in die sich die einzelnen Haushaltungen eintragen mußten.

Für jeden Haushalt wurde ein Fleischausweis, auf den Namen des gewählten Metzgers lautend, ausgestellt, der neben der Eintragung in die Kundenliste als Legitimation für die Entnahme von Fleisch diente. Für den gemeinsamen Einkauf von Schlachtvieh wurde eine Sammelstelle errichtet, bei welcher der Bedarf der einzelnen Metzger wöchentlich anzumelden war. Die Metzger konnten selbst Vieh einkaufen, mußten es aber der Sammelstelle zur Verfügung stellen. Das sonst noch erforderliche Schlachtvieh wurde von der Landesviehstelle überwiesen. Die Zuteilung der Schlachttiere an die Metzger erfolgte rechnerisch durch eine eingesetzte Kommission, auf Grund der Zuteilung dann in Wirklichkeit allwöchentlich im Schlachthof, wobei über die vorhandenen Schlachttiere das Los entschied. Dank der Mithülfe des Leiters der Sammelstelle, Kommissionsrat Friedmann, ist es fast immer gelungen, die Bevölkerung der Stadt während der Zwangswirtschaft mit frischem Fleisch zu versorgen. Auslandsfleisch, Konserven, Gefrierfleisch wurden nur im geringen Umfange benötigt.

Die Wirkung der Zwangswirtschaft geht aus nachfolgenden Schlachtziffern des städtischen Schlachthauses hervor:

| | Großvieh: | Kälber und Schafe: | Schweine: | Ziegen: | Pferde: |
|---|---|---|---|---|---|
| 1913: | 2341 | 4527 | 18532 | 410 | 115 |
| 1914: | 2302 | 4130 | 18002 | 496 | 76 |
| 1915: | 2681 | 5305 | 14103 | 349 | 58 |
| 1916: | 1391 | 2327 | 5313 | 384 | 43 |
| 1917: | 2241 | 2488 | 6399 | 961 | 106 |
| 1918: | 3422 | 2434 | 932 | 1253 | 104 |
| 1919: | 2170 | 1940 | 601 | 854 | 351 |
| 1920: | 1628 | 2692 | 1581 | 733 | 192 |

| | Eingeführtes Fleisch: | | Eingeführte Schinken: | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | Schweinefleisch: | Rindfleisch: | | | |
| 1913: | 695 769 kg | 12 383 kg | 22 852 (Paare) | | |
| 1914: | 809 224 „ | 11 721 „ | 22 419 „ | | |
| 1915: | 195 567 „ | 10 363 „ | 14 846 „ | 97 | ganze Schweine |
| 1916: | 11 338 „ | 5 704 „ | 1 320 „ | 105 „ | „ |
| 1917: | 275 „ | 700 „ | = „ | 21 „ | „ |
| 1918: | — „ | 20 „ | 3 „ | 21 „ | „ |
| 1919: | — „ | 493 „ | 29 „ | 30 „ | „ |
| 1920: | 145 664 kg | | 892 | | |

Ein besonders großer Rückgang war bei den Schweineschlachtungen zu verzeichnen, während der Rückgang an Rindvieh nicht so erheblich war. Das ist darauf zurückzuführen, daß in Coburg eine Wurstfabrik des Thüringischen Viehhandelsverbandes von der Firma Großmann betrieben wurde, in der alles nicht zur Versorgung der hiesigen Bevölkerung erforderliche verfügliche Vieh geschlachtet und für

andere Bedarfsbezirke verarbeitet wurde. Zugenommen hat die Zahl der Pferdeschlachtungen.

Eingeführt wurde wesentlich weniger Fleisch als vor dem Kriege, was seinen Grund in dem Stillstand des Fleischwarenexportes hatte.

### e) Eierversorgung.

Im August 1916 wurde auf Grund einer Bundesratsverordnung eine Landesverteilungsstelle für Eier vom Staatsministerium ins Leben gerufen. Dieselbe hatte für die Verteilung der Eier im ehem. Herzogtum Coburg zu sorgen, den Verbrauch zu überwachen usw. In allen Ortschaften des ehem. Herzogtums waren Sammelstellen errichtet, welche die gesammelten Eier an die Einkaufsgesellschaft in Coburg ablieferten. Bestimmte Verkaufsstellen gaben die Eier gegen Eierkarten an die Verbraucher ab. Neben der Verteilung usw. hatte die Landesverteilungsstelle für Eier auch die Preisgestaltung zu überwachen. Im Oktober 1920 wurde die Eierzwangsbewirtschaftung aufgehoben.

Es gelangten in der Stadt Coburg folgende Eier-Mengen zur Verteilung:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1917: | 42948 Stück, | 1919: | 273160 Stück, |
| 1918: | 436947 „ | 1920: | 331352 „ |

### f) Milchversorgung.

Während noch bis Ende 1915 täglich ca. 6000 Ltr. Milch angeliefert wurden, wodurch die Stadt in ausreichendem Maße versorgt war, trat bereits zu Anfang des Jahres 1916 ein erheblicher Milchmangel ein, welcher in der Hauptsache auf mißliche Futterverhältnisse zurückzuführen war. Durch Bundesratsbekanntmachung vom 4. November 1915 wurde eine Regelung der Milchpreise und des Milchverbrauchs angeordnet und allen Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern vorgeschrieben, die vorzugsweise Berücksichtigung der Kinder, stillenden Mütter und Kranken bei der Verteilung der vorhandenen Milchmengen sicher zu stellen. Im November 1915 forderte der Magistrat in einer Bekanntmachung die Milchbedürftigen zur Meldung auf. Es meldeten sich 41 Familien mit einer Milchmenge von 41 Liter pro Tag. Die Gemeldeten erhielten die Milch, welche die Domäne Schweighof lieferte, in der Milchhalle Rüger. Der Preis für den Liter Milch betrug zu jener Zeit 20 Pfg. für den Konsumenten. Eine von den Landwirten geforderte Preiserhöhung von 2 Pfg. pro Liter wurde durch die Preisprüfungsstelle mit der Begründung abgelehnt, daß die Allgemeinheit, insbesondere die Minderbemittelten hart betroffen würden. Im März 1916 wurde der Kleinhandelspreis auf 24 Pfg. pro Liter festgesetzt. Im Juli des gleichen Jahres war der Milchmangel bereits allgemein. Die Ursache war hauptsächlich darin zu suchen, daß eine Anzahl bedeutender Landwirtschaften ihre Milch nach Orten außerhalb des Herzogtums Coburg verkauften oder auch die Milchwirtschaft einschränkte oder ganz aufgaben. Die Versuche, leistungsfähige Landwirte zu stärkerer Lieferung an die Stadt zu bestimmen, schlugen fehl. Es wurden täglich nur noch etwa 3800 Liter Milch angeliefert.

Durch Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 wurde bestimmt, daß die Verabfolgung von Vollmilch an die Verbraucher nur gegen Bezugskarten oder ähnliche behördliche Ausweise erfolgen dürfe. Im Februar 1917 wurde für Vollmilch ein Höchstpreis von 28 Pfg. für den Liter festgesetzt. Im Juni 1917 wurde auf Grund der Bundesratsverordnung über Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September und 4. November 1915 eine Polizeiverordnung über die Bewirtschaftung und den Verkehr mit Milch erlassen. Ende Juni 1917 wurden dann die ersten Milchkarten in der Stadt Coburg ausgegeben. Gleichzeitig wurde der Milchhöchstpreis auf 30 Pfg. für den Liter festgelegt. Wegen des zunehmenden Mangels an Speisefetten wurde ab 1. Oktober 1919 eine Einschränkung der Milchversorgung insofern vorgenommen, als die Kinder vom 7. bis 14. Jahre keine Milch mehr erhielten. Im Oktober 1917 wurde der Milchpreis auf 35 Pfg. für den Liter festgesetzt und hielt sich in dieser Höhe bis November 1918, von wo ab für den Liter Milch 46 Pfg. bezahlt werden mußten. Die Zufuhr und der Preis in den letzten Jahren waren großen Schwankungen unterworfen. In den Sommermonaten wurden durchschnittlich täglich etwa 3000 und in den Wintermonaten durchschnittlich täglich 2800 Liter Milch angeliefert. Am 1. Oktober 1921 kostete ein Liter Vollmilch 3 Mark, Kindermilch 3,40 Mark. Die Milch wurde durch Milchhallen und durch fliegende Händler an den Verbraucher abgeführt.

Die Milchversorgungsberechtigten setzten sich in den Jahren 1917 bis 1920 durchschnittlich wie folgt zusammen:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| ca. 500 | Kinder von 1 bis 2 Jahren | täglich | je 1 | Liter |
| „ 490 | „ „ 2 „ 4 | „ | „ | „ 3/4 „ |
| „ 580 | „ „ 4 „ 6 | „ | „ | „ 1/2 „ |
| „ 150 | werdende Mütter | „ | „ | „ 3/4 „ |
| „ 1800 | Kranke | „ | „ | „ 1/4 bis 1 Liter. |
| Sa. 3520 | | | | |

Die Kranken bekamen die Milch auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses, welches jeweilig von der Ärztekommission überprüft wurde; werdende Mütter erhielten sie auf Grund von Ausweisen der Hebammen, die Kinder auf Grund ihrer Geburtsscheine. Die Höchstdauer auf Gewährung der Milch betrug 13 Wochen.

### g) Leuchtmittelversorgung.

Im Juli 1915 setzte die Zwangsbewirtschaftung für Petroleum ein. Vorerst war das Petroleum noch auf Bezugsscheine, die im Lebensmittelamt aufgestellt wurden, erhältlich und war einem Höchstpreise unterworfen. Mitte 1918 wurden dann besondere Marken ausgegeben, desgleichen auch solche für Karbid und Kerzen. Im September 1920 war die Zwangsbewirtschaftung für Leuchtmittel beendet. Der Magistrat hatte eigens eine Reserve von ca. 20000 Kerzen für besondere Notfälle

Kriegsnotgeld der Stadt Coburg (I)

Kriegsnotgeld der Stadt Coburg (II)

bereit gehalten, die nach Beendigung der Zwangsbewirtschaftung an minderbemittelte Einwohner der Stadt Coburg abgegeben wurde.

### h) Kohlenversorgung.

Auf Grund einer Polizeiverordnung vom 10. 2. 1917 setzte in Coburg die Zwangsbewirtschaftung für Kohlen ein. Von den Kohlenhändlern der Stadt Coburg wurde dann im April 1917 die Kohlenstelle gegründet, welche die Ausgabe der Kohlenmarken, die Überweisung der Lieferungen usw. zu besorgen hatte.

Für die Stadt Coburg sind folgende Mengen Brennstoff eingegangen und an die Bevölkerung abgegeben worden:

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1918 | (Kohlen, Koks, Briketts) | 8110 | To. | u. | 1065 | To. | Gaskoks. |
| 1919 | „ | „ | „ | 12610 | „ | „ | 970 | „ | „ |
| 1920 | „ | „ | „ | 12870 | „ | „ | 2620 | „ | „ |
| 1921 | „ | „ | „ | 16235 | „ | „ | 1870 | „ | „ |

### i) Web-, Wirk- und Strickwarenversorgung.

Um den Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung an Web-, Wirk- und Strickwaren sowie an aus diesen gefertigten Erzeugnissen sicher zu stellen, wurde im Juni 1916 eine Reichsstelle für bürgerliche Kleidung (Reichsbekleidungsstelle) errichtet. Infolgedessen mußte auch die Stadt Coburg eine Bezugsscheinstelle eröffnen, welche die angeordneten Maßnahmen durchzuführen hatte. Die Bezugsscheinstelle war immer mit den Räumen des Lebensmittelamtes verbunden und wurde für Coburg-Stadt und Coburg-Land gemeinsam verwaltet. Für die minderbemittelte Bevölkerung wurden durch den Magistrat von der Reichsbekleidungsstelle Waren zu verbilligten Preisen bezogen und durch hiesige Geschäfte an Bedürftige abgegeben. Es war dabei die Grenze gesetzt, daß, wer unter 2000,— (später 3000,— Mark) Jahreseinkommen hatte, als minderbemittelt angesehen wurde. Einer 5-gliedrigen Kommission, bestehend aus Magistratsräten, Stadtverordneten und Fachleuten, war die Überwachung der Bezugsscheinstelle übertragen. Im September 1919 wurde die Bezugsscheinstelle aufgehoben.

### k) Schuhversorgung.

Wie bei den Textilwaren wurde auch bei der Schuhversorgung verfahren. Im März 1918 wurde in Berlin eine Reichsstelle für Schuhversorgung errichtet, der es oblag, den Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung an Schuhwaren und Schuhwarenbestandteilen aller Art und allem für die Schuhwarenherstellung und Ausbesserung geeigneten Material sicher zu stellen, sowie die Ausbesserung des Schuhwerks für den Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung zu regeln. Schuhe wurden infolgedessen nur auf Bezugsschein abgegeben. Die Ausgabestelle war mit der für Textilwaren vereinigt. Vom Magistrat wurden verschiedentlich probeweise Schuhwaren für Minderbemittelte bezogen und abgesetzt. Aufgehoben wurde die Bezugsscheinstelle im Jahre 1919.

### l) Alt-Kleider- und Alt-Schuhwarenstelle.

Im März 1917 wurde die Alt-Kleider- und Alt-Schuhwarenstelle auf Grund der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 ins Leben gerufen. Eingerichtet und verwaltet wurde die Stelle von Coburger Geschäftsleuten. Um eine geregeltere Geschäftsführung zu ermöglichen, wurde die Stelle später getrennt und mit der Leitung ein Angestellter des städt. Lebensmittelamtes beauftragt. Die Altkleiderstelle befand sich im Hause Steinweg 31, die Altschuhwarenstelle Herrngasse 17. Die Bearbeitung für Stadt und Land war gemeinsam. Anfang des Jahres 1919 wurde die Stelle aufgelöst.

### m) Sammlungen für mildtätige Zwecke.

Unterm 18. April 1918 erließ der Reichskommissar für bürgerliche Kleidung in Berlin eine Aufforderung, die darin gipfelte, daß die wirtschaftlich besser gestellte Bevölkerung einen Teil ihrer entbehrlichen Kleidungsstücke für Arbeiter in den kriegswichtigen Betrieben usw. zur Verfügung stellen möge. Das städt. Lebensmittelamt wurde mit der Durchführung der Sache beauftragt. In der Stadt Coburg wurden über 700 Anzüge gesammelt, für Coburg-Land ca. 200. Die Abgabe der gesammelten Anzüge erfolgte, da inzwischen der Krieg beendet war, an bedürftige Kriegsteilnehmer gegen geringe Bezahlung.

Infolge der Futterknappheit wurden von den Schülern der höheren Lehranstalten und der Mittelschule Laubheusammlungen vorgenommen, die von gutem Erfolg begleitet waren. Auch Bucheckern- und Brennesselsammlungen wurden veranstaltet.

### n) Holz-Versorgung.

Im August 1917 setzte die Brennholzversorgung für die Stadtbevölkerung ein. Die Zuweisungen erfolgten durch das Herzogl. Staatsministerium (Bezirkskohlenstelle). Das Holz entstammte Domänen-, Gemeinde- und Privatwaldungen. Ende des Jahres 1918 mußten infolge der Kohlen- und Holzknappheit seitens der Stadt auch freihändige Holzkäufe getätigt werden. Der Magistrat beschaffte größere Mengen Holz, die ohne Verdienst an die Bevölkerung meterweise abgegeben wurden.

### o) Seifen-Zwangsbewirtschaftung.

Mit Bundesratsverordnung vom 18. April 1916 wurde der Verkehr mit Seife, Seifenpulver u. a. fetthaltigen Waschmitteln der Zwangsbewirtschaftung unterworfen. Besagte Waschmittel wurden nur in rationierten Mengen auf Karten verabfolgt. Über den Verbrauch mußte allmonatlich an die Seifenherstellungs- und Vertriebs-Gesellschaft in Berlin ein Bericht abgereicht werden. Im September 1920 wurde die Zwangsbewirtschaftung für Seife usw. aufgehoben.

Infolge der Zwangsbewirtschaftung für Seife usw. unterlag auch Kristallsoda für die Versorgung der Krankenhäuser, Kliniken und Ärzte der Rationierung. Genannte Stellen erhielten allmonatlich durch das städt. Lebensmittelamt eine Menge prozentual zugewiesen.

### p) Großhandelserlaubnisstelle.

Am 24. Juni 1916 erließ der Bundesrat eine Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels. Nach § 1 dieser Verordnung ist der Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 1. August 1916 ab nur solchen Personen gestattet, denen eine Erlaubnis zum Betrieb dieses Handels erteilt worden ist. Dies gilt auch für Personen, die bereits vor diesem Zeitpunkt Handel mit Lebens- und Futtermitteln betrieben haben. Von seiten des Magistrats wurde eine Kommission gewählt, die über die Erteilung und Entziehung sowie über die Versagung der Erlaubnis zum Großhandel entschied. Die Kommission bestand aus Magistratsräten und Fachleuten. Den Vorsitz führte der Oberbürgermeister. Die Bearbeitung der Anträge usw. war dem jeweiligen Vorstand des Lebensmittelamtes als stellvertretendem Vorsitzenden übertragen.

### q) Ersatzmittelstelle.

Infolge der Knappheit verschiedener Lebensmittel usw. wurden vielfach Ersatzmittel hergestellt. Auf dem Gebiete des Ersatzmittelmarktes hatten sich unerfreuliche Erscheinungen gezeigt, weshalb die Reichsregierung sich veranlaßt sah, unterm 7. März 1918 eine Verordnung über die Genehmigung von Ersatzlebensmitteln zu erlassen. Nach dieser Verordnung durften Ersatzlebensmittel gewerbsmäßig nur hergestellt, angeboten, feilgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht werden, wenn sie von einer Ersatzmittelstelle genehmigt waren. Die Ersatzmittelstellen hatten die Staatsaufsichtsbehörden zu errichten. Der vom Magistrat errichteten Ersatzmittelstelle gehörten an: Vertreter des Groß- und Kleinhandels, der Verbraucher und ein Nahrungsmittelchemiker.

### r) Preisprüfungsstelle.

Am 25. September 1915 erließ der Bundesrat eine Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung. Auf Grund dieser Verordnung wurde für das Herzogtum Coburg eine Preisprüfungsstelle errichtet, die sich aus Erzeugern und Verbrauchern zusammensetzte. Vier Unterausschüsse, und zwar für 1. Kolonialwaren, 2. landwirtschaftliche Artikel, 3. Fleisch- und Backwaren, 4. Kleider- und Schuhwaren, traten in Tätigkeit. Der vom Gesetzgeber erhoffte Erfolg ist der Kommission trotz angestrengtester Tätigkeit leider nicht beschieden gewesen.

### s) Krankenversorgung.

Im August 1916, als die Lebensmittel knapper wurden, setzte auch eine Nährmittelversorgung für Kranke ein. Von seiten der Behörden mußten ausreichende Mengen von Nahrungsmitteln verfüglich gehalten werden, damit eine sachgemäße Ernährung und aussichtsvolle Behandlung der Kranken in den Krankenanstalten, Heilstätten und ähnlichen Einrichtungen gesichert war. Kranke, die sich in ihrer Behausung aufhielten, und solche, die erwerbsfähig waren, bekamen auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses Zusatzlebensmittel zugebilligt. Je nach Art und

Schwere der Krankheit wurden mehr oder weniger Zusätze verordnet. Die eingereichten ärztlichen Zeugnisse wurden durch die Ärztekommission, die aus 3 Ärzten bestand, gesichtet und mit entsprechenden Vermerken versehen. Kranke, die sich durch Abstriche auf Grund ihres Zeugnisses benachteiligt fühlten, konnten den Beschwerdeweg durch den Magistrat bis zum Herzogl. Staatsministerium beschreiten. In der ersten Zeit der Zusatzversorgung für Kranke gingen die ärztlichen Zeugnisse in kleinerer Zahl ein. Mit der Zunahme der Knappheit an Lebensmitteln stieg auch die Zahl der ärztlichen Zeugnisse bedeutend. Im Jahre 1919 wurden rund 18 000 eingereichte Zeugnisse gezählt. Mit Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der verschiedenen Lebensmittel fiel auch die Zahl der eingereichten Atteste. Im Jahre 1920 wurden kaum 10 000 behandelt. Die Erledigung der Arbeiten für die Krankenversorgung unterlag dem Lebensmittelamt. Seit Oktober 1921 werden nur noch Zeugnisse auf Milch ausgestellt.

### t) Volksküche.

Von nicht unwesentlicher Bedeutung für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung während des Krieges waren die Volksküchen. Der Alexandrinenverein für Armen- und Krankenpflege hatte schon vor dem Kriege in seinem Vereinshaus in der Bahnhofstraße eine Volksküche betrieben. Alsbald nach Kriegsausbruch wurde mit dem Alexandrinenverein ein Abkommen getätigt, wonach aus der Volksküche Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Heeresangehörigen, soweit sie Unterstützung zu beziehen hatten, mit Essen beliefert wurden. Zwecks leichterer Versorgung der entfernt wohnenden Familien wurden dann Ausgabestellen in der Gasfabrik (Schillerplatz) und im Marienhaus (Seidmannsdorferstraße) eingerichtet. Als die Zahl der Besucher der Volksküche wuchs, wurde eine zweite Kriegsküche im Gebäude der Baugewerkschule (Steingasse) von der Stadt eingerichtet und ebenfalls vom Alexandrinenverein unter ehrenamtlicher Mitwirkung von Damen und unter finanzieller Beihülfe der Stadt betrieben. Die Ausgabestelle im Marienhaus wurde darauf eingezogen, die in der Gasfabrik aber zunächst beibehalten. Die Volksküche in der Baugewerkschule wurde am 4. Januar 1915 eröffnet und bis zum 30. August 1919 betrieben. Die Einrichtung einer 3. Volksküche durch die Stadt war geplant, kam aber nicht zur Ausführung. Die Ausgabestelle in der Gasfabrik wurde am 1. November 1917 aufgehoben und die Besucher in die Volksküche II (Steingasse) verwiesen.

In den beiden Volksküchen wurden während des Krieges bis zum 30. August 1919 an Essen-Portionen zu $^1/_2$ Liter abgegeben:

Volksküche I: August-Dezember 1914: 51 256, 1915: 163 921, 1916: 183 486, 1917: 221 423, 1918: 229 774, 1919: 199 896 (bis 30. August).

Volksküche II: 1915: 121 742, 1916: 207 181, 1917: 331 781, 1918: 267 335, 1919 (bis 30. August): 111 614.

Am 1. April 1920 gab der Alexandrinenverein den Betrieb seiner alten Volksküche ebenfalls auf, seitens der Stadt wurde alsdann in der Küche des ehe-

maligen Residenzschlosses in der Steingasse eine neue Volksküche mit einem Kostenaufwand von 11 936,90 Mk. eingerichtet und vertragsmäßig vom Alexandrinenverein betrieben. Der Besuch war leider so gering, daß es nicht austräglich erschien, die Küche dauernd fortzuführen. Am 30. August 1921 wurde der Betrieb wieder eingestellt, nachdem die Stadt einen Zuschuß von 15 843,39 Mk. geleistet hatte.

## 9. Die städtische Sparkasse.

Von Direktor Soergel.

Schon in den Zeiten des tiefsten Friedens hat die Sparkasse sich mit der Lösung der Frage beschäftigt, wie im Falle vorübergehender starker Anforderungen, veranlaßt durch Krieg oder sonstige Unruhen, die Liquidität d. h. die Bereitstellung von Barmitteln zu gestalten wäre. So traf der Kriegsausbruch die Sparkasse vollständig gerüstet, um einem event. „Run" zu begegnen. Gar bald zeigte sich aber, daß die weitgehenden Maßnahmen gar nicht notwendig gewesen waren, denn die Rückforderungen in den Krisentagen fanden nur in verhältnismäßig geringem Umfang statt. Nach anfänglicher Kopflosigkeit stellte sich beim Publikum schon nach einigen Tagen die Besinnung wieder ein, und die Sparer schöpften aus unserer Bereitschaft, die allen Ansprüchen Genüge zu leisten fähig war, erneut Mut und Vertrauen. Am 31. Juli und am 1. und 3. August zeigte sich allerdings bei den Abhebungen ein lebhaft bewegtes Bild. An den beiden erstgenannten Tagen wurden je ca. 450 Sparer mit ihren Ansprüchen befriedigt, am 3. August waren es nur noch ca. 200, am 4. August aber ging schon die Zahl der Rückforderungen dauernd auf das normale Maß von ca. 80—90 zurück. Erhebender wie diese Zahlen war aber der Umstand, daß selbst in den bewegten Tagen die Einzahlungen sowohl nach den einzelnen Posten wie nach den Gesamtbeträgen durchaus von den Einzahlungen an normalen Tagen nicht abgewichen sind. Ja, am 3. August, dem Tage der Kriegserklärung Englands, waren die Einzahlungen mit 47 000 Mark um 22 000 Mark höher als die Rückforderungen. An den drei kritischen Tagen wurden insgesamt 182 000 Mark zurückgefordert, dagegen 81 000 Mark einbezahlt. Die ruhige Zuversicht und Hoffnungsfreudigkeit, die in den Augusttagen 1914 die ganze Bevölkerung einte, findet in diesen Zahlen einen sichtbaren Ausdruck.

Die Bekanntmachungen der Sparkasse in der Presse, in denen darauf hingewiesen wurde, daß die Sicherheit der Spareinlagen selbst im Falle einer feindlichen Invasion völkerrechtlich unantastbar sei, hatten ihre Wirkung auf die Einwohnerschaft nicht verfehlt, und so kann die Tatsache nicht wundernehmen, daß am Schlusse des Jahres 1914 der Spareinlagenbestand um rund 3 000 000 Mark in die Höhe gegangen war. Diese Mehrung ist umso bedeutungsvoller und stellt dem Sparsinn der Bevölkerung ein umso besseres Zeugnis aus, als ja im ersten Kriegsjahr Handel und Wandel vielfach stockten und die Verdienstmöglichkeiten zurückgegangen waren. Durch den Zugang von 1600 neuen Sparern hob sich im ersten

Kriegsjahr die Gesamtzahl der Sparer auf 28 100. Das gleiche Bild stetiger Sparkraft zeigte sich auch im Jahre 1915. 3 000 000 Mark betrug in diesem Jahre die Mehrung der Spargelder und 2200 der Zugang an neuen Sparern. Ganz ähnlich war die Entwicklung im Jahre 1916.

Mit der Aufnahme des sogenannten Hindenburgprogramms, durch welches bekanntlich das gesamte industrielle und wirtschaftliche Leben auf den Krieg eingestellt wurde, kam eine Hochflut von papiernen Zahlungsmitteln allmählich in das Land. Coburg war dabei — wenn man es so bezeichnen will — in besonders glücklicher Lage, denn ohne Schwierigkeit konnte sich die Korbwarenindustrie und auch ein Teil anderer Industriezweige der Herstellung von Geschoßkörben zuwenden. Diese Verhältnisse gaben auch bei den Spareinlagen einen kräftigen Ausschlag. Im Jahre 1917 nahmen die Einlagen um rund 9 000 000 Mark zu, bei einem Zuwachs von 2500 neuen Sparkunden. Noch deutlicher trat die allmählich immer stärker werdende Inflation in den Jahren 1918, 1919 und 1920 in Erscheinung. Von einem Jahr zum andern stiegen die Spareinlagen um 13 000 000, um 8 000 000 und um 4 000 000 Mark. In diesen Jahren betrug der Zugang an neuen Sparern rund 1500, sodaß Ende 1920 36 000 Sparer ein Guthaben von rund 83 000 000 Mark unterhielten, seit dem Jahre 1913 also eine Zunahme von 42 000 000 Mark und von 10 000 neuen Sparern.

Die ganze Stärke der Inflation kann an diesen Zahlen allerdings nicht gemessen werden, denn zum allergrößten Teil handelte es sich doch, wie sich dies in der Folgezeit erwiesen hat, um *fest* angelegte Spargelder. Deutlicher aber machte die Inflation bei dem *Umsatz* im Sparverkehr sich bemerkbar. Er stieg von 17 000 000 Mark im Jahre 1913 auf 64 000 000 Mark im Jahre 1920.

Die stärkste Zunahme der papiernen Zahlungsmittel war zweifellos vom Jahre 1920 ab zu verzeichnen. Der Zugang von Spareinlagen stockte aber plötzlich und blieb auch weiterhin unter dem Verhältnis der Geldentwertung.

Die Sparkraft mancher Kreise war überhaupt gebrochen, und andere bestimmte Gruppen der Bevölkerung, die sonst am kräftigsten und nachhaltigsten gespart haben, gingen allmählich immer mehr dazu über, ihr Geld aus Steuerscheu oder aus anderen Gründen nicht mehr in die Hände der Banken und Sparkassen zu legen, sondern es daheim aufzubewahren. Die Befürchtung, daß ein Staatsbankerott komme, hat zur Thesaurierung dieser Gelder nicht unwesentlich beigetragen. Da es sich um Schichten der Bevölkerung handelt, die durch die Zeitverhältnisse immer noch kapitalkräftiger werden, ist die Zurückhaltung der Gelder von wesentlichem und unheilvollem Einfluß auf unsere gesamte Volkswirtschaft. Der geringe, ja gänzlich unbedeutende Zufluß von Spargeldern in der Nachkriegszeit ist in der Hauptsache auf Spareinlagen der *städtischen* Bevölkerung zurückzuführen. Das flache Land, wohin das Geld aus den Städten immer mehr abwandert und dann festgehalten wird, fällt als sparender Faktor vollständig aus.

Deutlicher noch wie in diesen Bildern gibt der Stand unseres Hypothekengeschäftes (ähnlich wie bei anderen Hypothekinstituten), wenn auch nur im kleinen,

ein getreues Spiegelbild der wirtschaftlichen Umwälzungen. Der ländliche Grundbesitz konnte sich fast vollständig von allen Grund- und Hypothekenschulden freimachen, während der städtische Grund- und Hausbesitz immer mehr verschuldet wird. Von den 2700 Hypotheken, die wir im Jahre 1913 hatten, wurden in den Kriegsjahren rund 800 zurückbezahlt. Ländliche Hypotheken bestehen heute bei uns, ebenso wie bei anderen Anstalten, nur noch in ganz geringem Umfange.

Die Preisgabe des Bankgeheimnisses und die Einführung der 10%igen Kapitalertrag-Steuer mit dem Hinterlegungszwang für die Wertpapiere waren dieser Entwickelung förderlich. Durch diese gesetzlichen Maßnahmen wurde die Sparkasse ebenso wie alle anderen Bankanstalten gezwungen, ihre sämtlichen Kunden, soweit sie über 3000 Mk. stehen hatten, dem Finanzamt mitzuteilen, eine gewaltige Arbeit, die noch vermehrt wurde durch den Depotzwang, der der Sparkasse innerhalb weniger Wochen ca. 3000 neue Depots im Werte von vielen Millionen Mark brachte. Die Arbeit war umso schwieriger zu bewältigen, als Fachpersonal mangelte und es nur allmählich gelang, Hilfskräfte hereinzunehmen, denen aber die sachliche Vorbildung fehlte.

Die Verhältnisse machten es zudem notwendig, die ganze Sparkassen-Politik umzustellen. Das Hauptgeschäft der Sparkasse, die Hypothekenausleihung, war infolge der Unmöglichkeit der Errichtung von Neubauten während des Krieges vollständig brach gelegt. Erst später belebte sich dieses Geschäft wieder, aber nicht etwa durch Errichtung neuer Hypotheken, sondern lediglich durch Erhöhung bereits bestehender städtischer Hypotheken. Unsere Organisation und unsere Finanzkraft konnten wir daher, wie alle Kreise, dem Reich zur Finanzierung des Krieges zur Verfügung stellen. Rund 33 Millionen Mark Kriegsanleihe haben wir zum Teil für uns und zum Teil für unsere Kunden dem Reiche abgenommen.

Aber die Unterbringung der Kriegsanleihe in den Kreisen der Klein-Sparer, die früher Wertpapiere kaum den Namen nach gekannt haben, brachte der Sparkasse auch neue Aufgaben. Indem sie die Abnehmer bei der Verwaltung und Weiterverwertung mit Rat und Tat unterstützte, wurde der Betrieb der Sparkasse — durch die Verhältnisse bedingt — immer mehr auf den Weg der bankmäßigen Entwickelung gedrängt. Rund 4000 Wertpapierdepotkunden stellten Ansprüche an die Sparkasse, die sie nur durch bankmäßigen Ausbau dieses Geschäftszweiges befriedigen konnte. Der bankmäßige Ausbau der Sparkasse erhielt weiteren Antrieb durch die immer dringender werdende Forderung der Reichs- und Staatsstellen, im volkswirtschaftlichen Interesse den Umlauf von Zahlungsmitteln einzuschränken und den bargeldlosen Zahlungsverkehr möglichst zu fördern. Der Ausbau der Scheckabteilung war die Folge.

Wie so unter dem Zwange äußerer Verhältnisse die Sparkasse zu immer weiterer Ausdehnung der Geschäfte veranlaßt wurde, so mußten unter dem Druck der übergroßen Geschäftslast, verschärft durch außerordentliche Personalschwierigkeiten, im inneren Betriebe der Sparkasse arbeit- und zeitsparende Reformen durchgeführt

werden, die in ruhigeren Zeiten wohl noch jahrelang auf sich hätten warten lassen müssen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß, wenn gleichwohl die Sparkraft weiterer Bevölkerungskreise durch den Krieg und die Nachkriegszeit aus den verschiedensten Ursachen gehemmt worden ist, die Sparkasse doch durch Anpassung an die veränderten Bedürfnisse des Wirtschaftslebens einen neuen Aufschwung genommen hat. Dieser Aufschwung dokumentiert sich am deutlichsten nicht nur in der außerordentlich starken Zunahme von neuen Kunden, sowohl in der Spar-, in der Bank- als auch in der Hypothekenabteilung, sondern auch in der Ausdehnung des gesamten Geschäftsbetriebes und nicht zuletzt in der Gewinnentwicklung, die trotz stark erhöhter allgemeiner Unkosten eine stetig fortschreitende Aufwärtsbewegung zeigt.

So geht die Städtische Sparkasse Coburg ungeschwächt aus der ungeheuerlichen Belastungsprobe, die ihr der Krieg und seine Folgen auferlegt haben, hervor, und mit neuen und starken Kräften beginnt sie ihr 101. Geschäftsjahr, bereit und willens, zu ihrem Teil an dem Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Vaterlandes mit zu arbeiten.

## 10. Die Jugendwehr.

Von Realoberlehrer C. Schumann.

In dem am 16. 8. 1914 vom preußischen Gesamtministerium veröffentlichten Erlasse heißt es: „Eine eiserne Zeit ist angebrochen, welche die höchsten Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und Opferwilligkeit jedes Einzelnen stellt. Auch die heranwachsende Jugend vom 16. Lebensjahr ab soll nötigenfalls zu militärischem Hilfs- und Arbeitsdienst nach Maßgabe der körperlichen Kräfte herangezogen werden. Hierzu und für ihren späteren Dienst im Heere und in der Marine bedarf sie einer besonderen militärischen Vorbereitung. Zu diesem Zwecke werden am besten in den größeren Orten die jungen Leute aller Jugendpflegevereine vom 16. Lebensjahre ab gesammelt, um nach den vom Kriegsministerium gegebenen Richtlinien unverzüglich herangebildet zu werden."

Die Ausführung dieses Erlasses wurde vom Generalkommando des XI. Armeekorps in Kassel angeordnet und demzufolge auch in Coburg zur Bildung einer Jugendwehr geschritten, deren Leitung der Magistrat dem Berichterstatter übertrug.

Bei den Altersklassen vom 16. Lebensjahre aufwärts und vor allem bei denen, die sich freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet hatten, aber zurückgewiesen werden mußten, sollte die Vorbereitung für den Kriegsdienst, soweit es ohne Waffe möglich war, in den Vordergrund treten. Die mit ihnen vorzunehmenden Übungen sollten sein: schnelles, lautloses Antreten in den einfachsten Aufstellungsformen, Sammeln, Zerstreuen in diesen Formen, Marschübungen mit Unterweisung in den Marschregeln (namentlich hygienischer Natur) und in der Geländelehre, Bildung von Schützenlinien, Bewegung von Gruppen und Zügen im Gelände, Entfernungs-

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY
NOV 8 1922



schätzen, Horchübungen, Spurenlesen, Gebrauch von Karte und Kompaß, kleine Behelfsarbeiten, Lösung von kleinen Aufgaben zweier Abteilungen gegeneinander, Erklärung des Vorpostendienstes, Übungen im Meldedienst. Alle Mittel sollten benutzt werden, um Ausdauer und Willen der Jungmannschaft zu stählen. Die rein körperliche Ausbildung durch Freiübungen, Laufübungen, Geräte- und volkstümliches Turnen, Turnspiele war in die Übungen mit hineinzulegen und kräftig zu betreiben.

Zugleich galt es, auf die Herzen der Jugend durch Erzählung von den Großtaten der Väter einzuwirken, durch Mitteilung von Kriegsnachrichten ihre Vaterlandsliebe zu entflammen und Mut und Entschlossenheit zu wecken.

Die Beteiligung der Jugendlichen, die sich durch die graue Feldmütze und durch eine am linken Arm zu tragende grünweiße Binde kennzeichneten, an den Veranstaltungen der Jugendwehr war zunächst eine freiwillige. An den Übungen, welche seit dem 4. 10. 14 bis Mai 1916 fast regelmäßig jeden Sonntag-Nachmittag bei jeder Witterung stattfanden, nahmen anfänglich über 200 Jungmannen teil, die höchste Teilnehmerzahl war 367, darunter 76 Kaufmannslehrlinge, 194 Handwerker, 97 Schüler der höheren Schulen. Leider nahm die Zahl der Jungmannen später mehr und mehr ab und blieb endlich auf ungefähr 150 stehen. Der Grund hierfür lag teils in den immer häufiger werdenden Heereseinberufungen, teils in den wachsenden Ansprüchen, welche das Erwerbsleben an Zeit und Kraft der jugendlichen Arbeiter stellte. Aber auch gewisse politische Strömungen wirkten hemmend auf die Tätigkeit der Jugendwehr.

Endlich erließ das coburgische Staatsministerium, nachdem es vergeblich auf eine einheitliche Regelung durch das Reich gewartet hatte, ein später vom Landtag bestätigtes Notgesetz, durch welches bei der männlichen Jugend die Pflicht zur Teilnahme an körperlichen Übungen über die Fortbildungsschulzeit hinaus bis zum militärpflichtigen Alter ausgedehnt wurde. Infolgedessen stieg die Teilnehmerzahl auf durchschnittlich 450—500 Jugendliche, wobei zu berücksichtigen ist, daß eine große Anzahl von Leuten aus dem Handwerkerstande, namentlich Schmiede und Schlosser, als Schwerarbeiter von der Teilnahme an der Jugendwehr zu befreien waren. Außer den regelmäßigen Übungen, die meistens auf der Brandensteinsebene, später wegen der von der hiesigen Garnison angelegten Hindernisbahn öfter auch auf dem alten Schindberg abgehalten wurden, fanden von Zeit zu Zeit größere Tagesmärsche in die weitere Umgebung statt. So besuchten am 27. 12. 1914 200 Jungmannen das Gefangenenlager in Hassenberg, wo belgische Zivilgefangene Aufnahme gefunden hatten. Am Himmelfahrtstage 1915 marschierte die Jugendwehr, in zwei Abteilungen getrennt, über Wohlsbach-Tremersdorf bezw. über die Wildfuhr, Breitenau, Ottowind zur Sennichshöhe. Nach einer Geländeübung beider Abteilungen gegeneinander ging es gemeinsam zum Drossenhäuser Schießplatz, wo für die 400 Jungmannen in 10 Feldkesseln abgekocht wurde. Lange Zeit hörte man unsere Jungmannen noch von der vorzüglichen Erbssuppe und den prächtigen Wiener Würsten erzählen. Mitte Juni 1915 unternahmen 500 Jugend-

liche des Bezirkes Kronach einen Nachtübungsmarsch nach Coburg, wobei sie von uns auf dem Anger morgens den Kaffee und mittags Suppe aus unseren Feldkesseln erhielten. Nachmittags marschierten die Kronacher und Coburger Jungmannen, etwa 1000 Mann stark, nach der Brandensteinsebene, woselbst Vorführungen stattfanden. Dieser Besuch der Kronacher wurde Mitte Juli von der Coburger Wehr erwidert. Nach strammem Fußmarsche wurde Kronach mittags erreicht, nachmittags der Rosenberg erstiegen, wo der Jugend Körners „Deutsche Treue" vorgeführt wurde. Am Himmelfahrtstage (19. Mai) marschierte die Wehr nach dem Staffelberg und verlebte dort mit den Kronacher, Lichtenfelser, Staffelsteiner Wehren fröhliche Stunden. Am 23. Juni 1919 begünstigte ein herrlicher Sonntag das Zusammentreffen Jungdeutschlands mit grün-weißen und weiß-blauen Armbinden von der Itz und von der Regnitz in Bamberg und auf der Altenburg. An diesen und anderen schönen und erinnerungsreichen Ausflügen in die Ferne konnten unsere Jungmannen umso leichter teilnehmen, als ihnen stets freie Eisenbahnfahrt gewährt wurde. Auch freies Mittagessen konnte gestellt werden, wozu die Mittel stets durch freiwillige Spenden von Freunden der Jugend, denen an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt wird, aufgebracht worden sind.

Wie erwähnt waren zur besonderen körperlichen Ertüchtigung Turnstunden eingerichtet, die kompagnieweise an 4 Abenden in der Herzogl. Reithalle stattfanden, dem einzigen Ort in der Stadt, an dem noch Gelegenheit zum Turnen gegeben war, weil alle 3 Turnhallen als Lazarette eingerichtet worden waren. Die alljährlich stattfindenden Wettkämpfe für das Wehrturnen, bei denen die Jugendwehr stets glänzend abschnitt, und die turnerischen Vorführungen an vaterländischen Gedenktagen und an den Opfertagen gaben stets Gelegenheit, zu zeigen, daß an der körperlichen Ausbildung der Jugend tüchtig gearbeitet wurde.

Zur weiteren Vorbildung für den Waffendienst war eine Schießabteilung eingerichtet worden. Die Schützengesellschaft Coburg hatte in dankenswerter Weise die Ausbildung der jungen Leute mit der Waffe übernommen und mit ihnen recht gute Resultate erzielt.

Gelegentlich einer im August 1916 stattfindenden Besichtigung der Jugendwehr durch Herren vom Kriegsministerium und vom Generalkommando des XI. Armeekorps konnte alles das, was in der Wehr geübt worden war, zur vollen Zufriedenheit der Inspizierenden vorgeführt werden.

Um auf Herz und Gemüt der Jugend einwirken zu können, waren in den drei ersten Jahren allwöchentlich Vortragsabende, die meist im Festsaal der Rückertschule, seltener in der Aula des Gymnasiums abgehalten wurden, eingerichtet. Neben dem Leiter der Jugendwehr stellten sich aus allen Kreisen Herren zur Verfügung, um die Jugendlichen zu begeistern und zu belehren, mit größter Spannung wurde gelauscht, wenn ein feldgrauer Gast von seinen Kriegserlebnissen berichtete.

Aus der Mitte der Jugend heraus war der Gedanke entsprungen, bei Bekanntwerden von Siegesnachrichten abends eine Siegesfeier auf dem Marktplatze, verbunden mit einem Umzuge durch die Stadt, zu halten, wobei meist der Leiter

der Wehr der Bedeutung des Tages gedachte. An der Spitze die wackere Trommler- und Pfeiferschar, trefflich eingeübt und geleitet von Jungmann Bruno Bezersdorf, ihr folgend die Fahne der Jugendwehr, gestiftet von Fahnenfabrikant Wittmann und von der Frau Herzogin Viktoria Adelheid und der Frau Fürstin von Hohenlohe mit Ehrenbändern geschmückt, dann die Jungmannen —, so zog man vom Anger aus durch die Straßen der Stadt, begleitet von Jung und Alt, zum Marktplatz, um nach der Ansprache, der der Zapfenstreich, gespielt vom Trommler- und Pfeiferkorps, folgte, die Fahne unter den Klängen des Coburger Prinz-Josias-Marsches nach ihrem Standort beim Oberführer zu bringen.

Mit großer Bereitwilligkeit stellte sich die Jugendwehr bei den vielen Sammlungen von Liebesgaben, von Brocken-, Metall-, Papier-, Wollwaren usw. in den Dienst der Kriegsfürsorge und brachte gewöhnlich auf 70—80 Handwagen reiche Ausbeute zu den Sammelorten. Ebenso eifrig beteiligten sich die Jungmannen bei der Goldsammlung: in weitem Umkreise wurden Dörfer und Ortschaften abgesucht, um die Goldschätze der heimischen Sammelstelle zuzuführen.

Daß die zwangsweise Einrichtung der Jugendwehr nicht allen Jungmannen angenehm war, läßt sich denken. Trotzdem muß gesagt werden, daß die meisten bestrebt waren, willig und eifrig das auszuführen, was von ihnen verlangt wurde. Aus staatlichen, städtischen und privaten Mitteln, aus der Niederfüllbacher Stiftung, aus Ergebnissen der von der Jungmannschaft ausgeführten Sammlungen standen der Leitung hinreichende Beträge zur Verfügung zur Anschaffung von Jugendwehranzügen und von Schuhzeug, die entweder unentgeltlich oder zu sehr billigen Preisen an bedürftige Jugendliche abgegeben werden konnten. Viele Jugendwehrpflichtige erkannten den Nutzen, den ihnen die Ausbildung bei der Wehr brachte, an, und aus vielen Dankschreiben aus dem Felde geht hervor, daß die Jugendwehr gute Früchte gebracht hat. Auch ist uns von Offizieren und vom Ausbildungspersonal der Coburger und Hildburghäuser Garnison stets versichert worden, daß die Coburger Jugendwehrleute während ihrer militärischen Ausbildungszeit angenehm aufgefallen sind.

Es sei nun noch der Männer gedacht, die sich zur Ausbildung der Jugend freiwillig als Führer in den Dienst der Jugendwehr gestellt haben. Von Anfang an stellten sich dem Leiter die Herren Buchhändler Kunzelmann, Hausmeister Fischer-Wüstenahorn, Postsekretär Greiner, Lehrer Matthes-Cortendorf, Klempnermeister Schneider, Hofbildhauer Bezersdorf, Hofdiener Hirsch, Fabrikant Frank, Kanzleisekretär Winkler in den Dienst der Jugendwehr. Später traten — teils als Ersatz für die zum Heeresdienst eingezogenen Führer, teils für verzogene und auch für einen leider Verstorbenen — die Herren Oberlehrer Beck und Köhler, Forstmeister Wittmann, Lehrer Engel, Grasmuck, Imbescheid und Walter ein. Mit besonderem Eifer und großer Liebe nahm sich Leutnant und Kompagnieführer Müller seit 1916 der Jugendwehr an und hat die Führerschaft trefflich unterstützt. Allen treuen Mithelfern sagt der Berichterstatter auch an dieser Stelle aufrichtigen Dank.

In den beiden letzten Jahren waren an Stelle der allsonntäglichen Nachmittagsübung zwei Übungen im Monat, die vormittags gehalten wurden, getreten, dafür hatte jeder Jungmann die Pflicht, an einem Abend wöchentlich eine Turnstunde zu besuchen. So wurde weiter gearbeitet bis Oktober 1918. Da kam der Umsturz. Die erste Staatsverfügung der neuen Regierung hob die Jugendwehr auf. Durch diese Anordnung war aber die Einrichtung der Jugendwehr nicht grundsätzlich beseitigt, das Staatsministerium behielt sich vor, die Jugendwehr und die Jungmannenorganisation der höheren Lehranstalten (Jmo) zu den ihnen bisher schon zugewiesenen Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet sowie auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge (Hilfeleistung in der Landwirtschaft, Lade- und Ausladekommando, Güterbeförderungskommando, Sammlung von wirtschaftlich wichtigen Gegenständen oder zu Zwecken der Kriegsfürsorge und ähnliches) auch weiterhin in Anspruch zu nehmen.

## Hindenburg-Ehrung.

Wie im ganzen Reiche so wurde auch in unserer engeren Heimat der 70. Geburtstag des zum Nationalhelden gewordenen Heerführers Generalfeldmarschall von Hindenburg am 2. Oktober 1917 durch besondere Feiern begangen, deren Veranstaltung und Leitung dem für den „Hindenburg-Dank" gebildeten Landesausschuß oblag. In der Stadt Coburg fand bereits am 22. September eine Vorfeier statt, in deren Mittelpunkt der Festvortrag von Dr. Paul Kipper stand, der Hindenburg als den deutschen Nationalhelden feierte und an die große Schar der Festteilnehmer den Ruf nach Einigkeit im Willen zum Siege ergehen ließ.

Am 2. Oktober abends fand auf dem Marktplatze eine öffentliche Feier statt, der eine nach Tausenden zählende Menschenschar anwohnte. Nach dem gemeinschaftlichen Gesang des Niederländischen Dankgebetes hielt Staatsrat Dr. Quarck vom Balkon des Rathauses aus eine Ansprache, in deren Mittelpunkt er den Namen Hindenburg stellte und den Träger dieses Namens als ein Geschenk der Vorsehung an das gesamte deutsche Volk feierte. Die Ansprache schloß mit dem Mahnrufe an die Versammelten, den Kämpfern an der Front treue Mitstreiter zu sein, nicht aber durch Lauheit und Bruderstreit Bundesgenossen der Feinde zu werden. Den Schluß der ernsten, von vaterländischem Geiste erfüllten Rede begleitete stimmungsvoll das Geläute der Glocken von St. Moriz. Mit dem Gesang „Deutschland über alles" schloß die erhebende Feier.

Im Bunde mit 83 thüringischen Städten verlieh die Stadt Coburg dem Helden Hindenburg das Ehrenbürgerrecht. Gleichzeitig wurde zu dauernder Ehrung Hindenburgs der im Ausbau befindlichen verlängerten Löwenstraße der Name „Hindenburgstraße" beigelegt.

Am 12. Januar 1918 erfolgte durch Vertreter der thüringischen Städte im großen Hauptquartier die Überreichung der Ehrenbürgerurkunde an den Generalfeldmarschall von Hindenburg.

# Neustadt.

Von Superintendent P. Reißenweber in Neustadt.

Auch in unserer Stadt waren in den Tagen der Mobilmachung alle Schichten der Bevölkerung von dem einen Gedanken beseelt: Alle Gegensätze müssen schweigen. Wir sind Brüder eines Volkes. „Wir sind ein Volk, und einig wollen wir handeln." Noch heute denken viele mit Wehmut angesichts der gegenwärtigen Zerrissenheit in unserm Volke an jene wunderbare geschlossene Einheit der ersten Kriegszeit, da politische Gegner, alte persönliche Feinde das lang Trennende zwischen sich abtaten und als Brüder sich die Hand reichten zum gemeinsamen Dienst am Vaterland. Jene ersten acht Tage des August 1914, sie werden unvergeßlich sein jedem, der sie mit Bewußtsein miterlebte. Wie eine Weihe, eine heilige Weihe lag es über allen: die feierlichen Gottesdienste, in denen man sich vor dem Lenker der Weltgeschichte beugte, durchdrungen von der Wahrheit des die Herzen in ihren tiefsten Tiefen ergreifenden Liedes: „Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten. Er schaltet und waltet ein strenges Gericht. Er läßt von den Schlechten die Guten nicht knechten. Sein Name sei gelobt, er vergißt unsrer nicht", die stillen Abendmahlsfeiern, in denen man sich in Liebe und Treue zusammenschloß mit seinem Gott und Vater, mit seinem Heiland ebenso wie mit denen, die einem auf Erden das Liebste waren, die letzten Stunden gemütlichen Zusammenseins im Kreise lieber Freunde und Kameraden, die traurigernsten Abschiedsstunden im Hause bei Weib und Kind — sie gaben jenen unvergeßlichen Tagen eine heilige Weihe. Es ging ein wunderbares Leuchten aus den Augen derer, die sich grüßten. Tief senkte sich Auge in Auge, als wollte es auf dem Grunde der Seele lesen. Wie warm war der Händedruck. Wie laut pochte das Herz in der Brust beim Gedanken an das, was kommen werde.

Still, geräuschlos spielte sich die Mobilmachung ab im Großen wie im Kleinen. Jeder hatte seine Ordre, jeder wußte, was er zu tun hatte. Zuerst waren es die Reservisten, die Abschied nehmen mußten, viele schon am Sonntag. Täglich gingen Transporte nach den Garnisonen der verschiedenen Truppenteile, täglich gab's ein Abschiednehmen auf dem Bahnhofe. Besonders eindrucksvoll gestaltete sich der Abschied der Landwehr, die sich am Freitag morgen vor dem Kaiser Friedrich-Denkmal auf dem Marktplatz versammelte. Die Fahnen der militärischen Vereine sowie der Turnvereine hatten Aufstellung genommen, die alten, ergrauten Veteranen von 1870/71 erschienen ordengeschmückt zur Feier des denkwürdigen Ausmarsches. Von den Stufen des Denkmals hielt der Reichstagsabgeordnete Präsident Arnold eine kernige Abschiedsrede. Mit Musik, die Fahnen und die Veteranen voran, ging es zum Bahnhof, wo eine nach Tausend zählende Menge die scheidende Landwehr erwartete. Dort hielt Gustav Förster, ein Kriegsteilnehmer von 1870/71, eine letzte, kurze Ansprache. Er wies auf die genau vor 44 Jahren geschlagene Schlacht von Wörth hin und gab der festen Zuversicht Ausdruck, daß auch die gegenwärtige

Generation gleich den Vätern ihren Mann stellen werde. Am Sonntag, den 16. August, wurde der Landsturm eingezogen, derselbe lichtete wieder bedeutend die Reihen der waffenfähigen Mannschaft unserer Stadt. Doch nicht nur die gesetzmäßig Gerufenen kamen freudig und entschlossen, das Vaterland zu schirmen, auch diejenigen, die noch nicht im waffenfähigen Alter standen, die aus irgendeinem Grund seiner Zeit zurückgestellt worden waren, sie wollten nicht fehlen. Das Kapitel der Kriegsfreiwilligen gehört mit in die wunderbar erhebenden Tage der ersten Kriegszeit. Auch bei uns in Neustadt hat es nicht an solchen Kriegsfreiwilligen gefehlt, und mancher von ihnen hat sein junges Leben auf dem Altar des Vaterlandes geopfert.

Wochen banger Erwartung vergingen. Da kam die erste Nachricht, daß auch die Unsern im Feuer gestanden und geblutet hätten. Die ersten Todesnachrichten trafen aus der Lothringer Schlacht ein von Gliedern der Landwehr, die vor kurzem auf unserm Marktplatz Abschied genommen. Dann kamen die Aktiven und Reservisten der 95er bei Namur an die Reihe, anfangs September folgten die Kämpfe in Ostpreußen. Die Häuser fingen an, eins nach dem andern Trauerhaus zu werden. In der Kirche schrieb man die Namen der Gefallenen auf einer von den Schülern der Industrieschule gefertigten Holztafel ein. Wer hätte damals bei diesen ersten Nachrichten, bei denen sich die Teilnahme aller den betreffenden Familien zuwandte, gedacht, daß kaum ein Haus, kaum eine Familie unserer Stadt aus diesem Krieg herauskommen würde, ohne daß es ein teueres Glied als Opfer des Krieges zu beklagen hätte! Wer hätte es für möglich gehalten, daß jener ersten hölzernen Tafel im Gotteshaus sich eine um die andere anreihen sollte, bis daß das Auge des im Schiffe der Kirche sitzenden Andächtigen links und rechts von der Altarhalle nichts anderes sehen sollte als Tafeln, gefüllt mit Hunderten von teuren Namen, deren Träger ihr Leben im großen Daseinskampfe unseres Volkes dahingegeben hatten!

Je mehr man sich in der Heimat bewußt war, wie ernst und schwer der Kampf, wie groß die Opfer, die gebracht werden mußten, desto fester war auch der Wille derer, die daheim waren, ihre Pflichten zu erfüllen gegen die draußen und gegen deren Angehörige daheim, die ohne ihre Ernährer durchkommen mußten. Es galt die Kriegshilfe zu organisieren. Neben den Mobilmachungsausschuß vom Roten Kreuz in Coburg, der fürs ganze Land die Organisation schuf, traten die Gemeinden, vor allem die Stadtgemeinden, um ihrerseits für den ihnen zustehenden Kreis das durch die Zeit Gebotene zu schaffen. Für Neustadt war für sie bedeutsam die Versammlung des 18. August 1914, in der die verschiedenen Vereine gemeinsam mit den städtischen Körperschaften auf Einladung des Lokalkomitees vom Roten Kreuz über die Art und Weise berieten, wie man den Aufgaben, die die gegenwärtige Kriegszeit in der Heimat stelle, gerecht werden könne. Der Leiter der Versammlung war Landtagspräsident Arnold. Nach längerer Aussprache kam es zur Bildung verschiedener Ausschüsse: Sammel-, Unterstützungs-, Verteilungsausschuß, alles später zusammengefaßt unter dem Namen der „Städtischen Kriegshilfe Neustadt".

Die Aufgaben derselben haben sich im Laufe des Kriegs durch die unglaublichen Notstände, die insbesondere die Blockade über unser Vaterland gebracht hat, zu einer Riesengröße ausgewachsen, sodaß sich die Gründung zweier besonderer städtischer Ämter, des Arbeitsamtes und des Lebensmittelamtes, nötig machten. Es muß anerkannt werden, daß von allen Seiten mitgeholfen wurde, um die Schwierigkeiten, die sich immer mehr häuften, zu überwinden und die immer größer werdende Not zu lindern. Vor allem aber war es die Persönlichkeit des Oberhauptes unserer Stadt, des Bürgermeisters Mosbach, dem es zu danken ist, wenn es gelang, die furchtbaren Notstände, die sich in den langen Kriegsjahren in unserer Stadt heraus stellten, erträglich zu gestalten. Mit großem Geschick, großer Sachkenntnis, rastlosem Eifer hat er sich den vielfachen Aufgaben seines verantwortungsvollen Amtes gewidmet, insbesondere auch dem Problem der Ernährung der städtischen Bevölkerung, und wenn es gelang, aus den gewaltigen Schwierigkeiten ohne größere pekuniäre Opfer für die Stadt herauszukommen — wie viele Städte haben bei diesen Lebensmittelgeschäften Millionen verloren! —, so ist das ihm vor allem zu danken. Es ist während des Krieges vielfach Klage geführt worden über die Reklamation von Männern, die kriegstauglich waren, und die, während ihre Altersgenossen Jahr um Jahr die entsetzlichen Nöte des Krieges durchkosten mußten, daheim bleiben konnten. Es mag viel Berechtigung in diesen Klagen liegen. Aber es muß doch auch hier an dieser Stelle ausgesprochen werden, wie wertvoll es für unsere Stadt gewesen ist, daß ihre leitenden Persönlichkeiten, ihre bedeutendsten Arbeitskräfte dem Heimatdienst erhalten blieben. Es ist auch in der Heimat Kriegsdienst geleistet worden, und bis zum Zusammenbrechen haben diese Männer ihre Kräfte zur Wohlfahrt der Stadt eingesetzt. War es doch doppelte und dreifache Arbeit, die von den Daheimgebliebenen geleistet werden mußte.

Doch hat die städtische Beamtenschaft auch am Kriege selbst ihren reichlichen Anteil genommen. Von den städtischen Beamten waren zum Kriegsdienst einberufen: Stadtkassierer Heinrich Bauer, Schutzmann Gustav Bauer, Bürogehilfe Ernst Gleichmann, Flurhüter Anton Grams, Verwaltungsgehilfe Edmund Grams, Polizeiwachtmeister Karl Heydeke, Bürogehilfe Wilhelm Klein, Schuldiener Fritz Leistner, Sparkassengegenbuchführer Walter Metz, Stadtassistent Max Neumerkel, Gasmeister Franz Röser, Schutzmann Moritz Schilling, Schutzmann Albin Schnabelrauch, Sergeant Johann Schneider, Schutzmann Richard Schneider, Kassengehilfe Karl Schrickel, Schutzmann Adolf Seifert, Bürogehilfe Max Wittmann. Den Heldentod fanden Schutzmann Gustav Bauer am 27. Dezember 1914 vor Ypern und Schutzmann Albin Schnabelrauch am 11. März 1915 bei Neuve Chapelle. Ehre ihrem Andenken!

Wenn auch der eine oder andere der Ebengenannten nach kürzerer oder längerer Kriegszeit auf Grund von Reklamation seinem Dienste zurückgegeben wurde, so machten sich doch vielfach Hilfskräfte nötig, die der Stadt ihre Dienste widmeten. Eine Anzahl älterer Bürger stellten sich der Stadt als Hilfsschutzleute

zur Verfügung. Dankbar sei der Hilfskräfte gedacht, die der Stadt auf ihren Ratsstuben aus den Kreisen der Lehrerschaft, des Kaufmannsstandes und der Fabrikanten zuwuchsen. Endlich aber sei auch hier der Arbeit derer nicht vergessen, sondern in Dankbarkeit ihrer gedacht, die von den städtischen Körperschaften, Stadtrat und Stadtverordnetenkollegium, im Dienste der Stadt durch die langen Kriegsjahre hindurch geleistet worden ist.

Doch kehren wir zu den Anfängen der Hilfsaktion bei Beginn des Krieges zurück. Zunächst galt es, für die im Felde Stehenden zu sorgen. Der Liebesgabenversand nimmt seinen Anfang. Fleißige Hände regen sich daheim, zu nähen, zu sticken, zu stricken, um das, was etwa not sein sollte, zu beschaffen und den Lieben ins Feld schicken zu können. Neben die Gaben der eigenen Lieben trat die Liebesgabe der Kriegshilfe, daneben die Gaben der verschiedenen Vereine, die alle bestrebt waren, ihren Mitgliedern draußen im Felde durch Sendung von Liebesgaben eine Freude zu bereiten und den Dank der Heimat zum Ausdruck zu bringen. Die Opferwilligkeit war eine außerordentlich große. Wenn man die Gabenliste durchsieht, staunt man, mit welcher Opferfreudigkeit gegeben wurde. „Wenn die draußen ihr Leben täglich für uns aufs Spiel setzen, wie sollten wir da daheim säumen, von unserm irdischen Gut das herzugeben, was jene brauchen!"

Neben die Fürsorge für die draußen im Felde trat von Anfang an die andre Frage, wie man der durch den Krieg entstehenden Not daheim steuern könnte, insbesondere der Arbeitslosigkeit und damit Verdienstlosigkeit nicht zum wenigsten derjenigen, deren Ernährer draußen im Felde standen. Die Industrie unserer Stadt, im wesentlichen auf den Export angewiesen, geriet mit dem Eintritt Englands in den Krieg ins Stocken. Müßig standen die Leute auf den Straßen. Die Not stellte sich in verschiedenen Familien ein, weil Verdienst fehlte. Schon im August 1914 bewilligten die städtischen Körperschaften 10000 Mark zur Unterstützung bedürftiger Kriegerfamilien mit Kartoffeln, Mehl und Hülsenfrüchten. Mit banger Besorgnis blickte man in den ersten Kriegswochen in die Zukunft. Es galt vor allem Arbeit zu schaffen. Die Fortsetzung der Steinachtalbahn beanspruchte zwar eine größere Zahl Arbeiter. Aber viele der Unterstützungsbedürftigen konnten die schwere Arbeit nicht verrichten, weil sie nur die feine Arbeit der Puppenindustrie gewöhnt waren. Ein großer Glücksumstand für unsere Stadt wie für unser engeres Heimatland war es, daß wir in unserm Reichstagsabgeordneten Arnold einen Mann hatten, der, die Not der Heimat erkennend, kein Mittel unversucht ließ, um dieselbe zu heben und verdienstbringende Arbeit zu beschaffen. Zuerst war es Näharbeit für die Frauen, später setzte die Geschoßkorbindustrie ein, die unserer Bevölkerung reichlich Arbeit und Verdienst brachte. Bald regten sich überall fleißig die Hände. Die verschiedenen Spielwarenfabrikanten stellten ihre Betriebe ein, und überall sah man die Geschoßkörbe aus den Häusern herausgetragen und in großen Ladungen zur Bahn befördert werden. Und wer nicht in die neueröffneten Betriebe ging, der bekam seine zu leistende Arbeit mit nach Hause. Es kam Geld unter die Leute, besonders auch in die Hände der Jugend. Das war nicht gut. Man mahnte wohl: es können andere

Zeiten kommen, spare in der Zeit, so hast du in der Not! Aber diese Mahnung fand kein Gehör. Der Leichtsinn nahm überhand und setzte sich an die Stelle des heiligen Ernstes, den die Zeit forderte.

In jenen Tagen aber begann leise das Gespenst an unsere Tür zu pochen, das immer lauter und lauter pochend herrisch Eintritt begehrte, und das uns während des ganzen Krieges nicht mehr verlassen, sondern uns in Furcht und Schrecken halten sollte: das Gespenst des Hungers. Die Blockade, die England über uns verhängte, fing an, ihre Wirkung zu tun. Und es hat erreicht, was es erreichen wollte. Ihr, der Blockade allein, ist es in letzter Beziehung zu danken, wenn wir schließlich zusammengebrochen sind. Der Hunger war es schließlich, der den guten Geist im Volke vollends umbrachte. Das wußte England, und spähenden Auges harrte es von Jahr zu Jahr der Wirkung seiner unschuldige Greise und Kinder hinmordenden Maßnahme. Freilich: es hat lange gedauert, bis es dieses Ziel erreichte. Auch hier ein Heldentum einziger Art, von einem Volke bewiesen, das um seine Existenz kämpfte. Mit dem Kartoffelbrot fing es an, um schließlich in der Kohlrübe als Hauptnahrungsmittel ihren Gipfel zu erreichen. Was ist doch gelitten und geduldet worden aus Hunger! Was für Wege sind gemacht worden, um die hungernden Kinder zu sättigen, dazu die Furcht und die Gefahr, daß man angehalten und das mühsam Zusammengebrachte und Weithergeschleppte wieder hergeben müsse. Auch in Neustadt wurde die Hungersnot drückend gespürt, wenn auch noch lange nicht so sehr, wie im benachbarten Sonneberg. Es kam unserer Stadt wesentlich zugute, daß sie trotz der neuzeitlichen industriellen Entwickelung die Verbindung mit dem Ackerboden nicht aufgegeben hatte. Der Bürgerbauer kam wieder zu Ehren. So schied doch immerhin ein beträchtlicher Teil der Einwohner als Selbstversorger oder wenigstens teilweise Selbstversorger aus.

Eine besondere Einrichtung, die hierbei Erwähnung verdient, ist die Anlegung von Kriegsgärten. Der Mangel an Gemüsen, das in Friedenszeiten von den Bambergern zu billigem Preise auf den hiesigen Markt geführt wurde, wie überhaupt die Notwendigkeit, sich einer vegetarischen Lebensweise zuzuwenden, brach dem Gedanken Bahn, den kleinen Leuten durch Beschaffung von Gartenland die Möglichkeit zu geben, sich ihren Bedarf an Gemüsen selbst zu ziehen und damit zugleich der Stadt ein Stück Arbeit in der Versorgung seiner Bewohner abzunehmen. Die Stadtvertretung hatte auch das lebhafteste Interesse an dieser Angelegenheit und förderte sie nach Kräften. Insbesondere war es Stadtrat Christian Süßenguth, dessen energisches Eingreifen hier bald zum Ziele führte. In der Weinbergstraße und der Mühlenstraße wurde eine große Anzahl Gemüsebeete hergerichtet. Von der Kirchgemeinde wurde ein größeres Grundstück hinter der Knoch'schen Fabrik gepachtet und parzelliert. Es entwickelte sich bald ein gegenseitiger Eifer unter den Pächtern der Kriegsgärten. Jeder wollte das schönste und beste Erzeugnis auf seinem Gartenland erzielen. Jede freie Stunde wurde dem Kriegsgarten gewidmet. Es war erstaunlich festzustellen, welche Erträgnisse ein verhältnismäßig kleines Stück Land, gärtnerisch und intensiv bearbeitet, zu liefern

imstande ist. Angesichts dieser Resultate wurde der Hunger nach Land in der hiesigen Bevölkerung noch reger. Die Stadtverwaltung im Bunde mit einer Anzahl Lehrer sowie dem Vorstand des hiesigen Gartenbauvereins veranstaltete eine Versammlung, in der es zur Gründung einer sogenannten „Schrebergartenvereinigung" kam. Die Stadt kaufte südlich der Töpfer'schen Gärtnerei in der Zwietzau ein größeres Land und legte dort eine größere Zahl Schrebergärten an, die auf Zeit an Liebhaber verpachtet wurden. Auch hier wurde während des Kriegs mit Fleiß gärtneriert, und mancher Familienvater hat die Sorge des Haushaltes durch seine Tätigkeit im Schrebergarten um ein gut Teil gemindert. Es ist zu hoffen, daß die Nachkriegszeit die Freude an der gerade den in der Hausindustrie beschäftigten Schichten unserer Bevölkerung so gesundheitfördernden Arbeit nicht wieder zur Verkümmerung bringt.

Die immer größer werdende Ernährungsnot veranlaßte die Stadtverwaltung, ein besonderes Amt einzurichten, das die Aufgabe hatte, für Aufbringung und Verteilung der nötigen Lebensmittel Sorge zu tragen: das Lebensmittelamt. Von dieser z. Z. im Abbau begriffenen Einrichtung liegt dem Chronikschreiber folgender kurze Bericht vor:

„Frühzeitig kamen die verheerenden Folgen der von unsern Feinden planmäßig betriebenen Blockade zur Geltung und ergaben die dringende Notwendigkeit für die Reichsregierung, einschneidende Rationierungsmaßnahmen zu treffen. Die Gemeinden wurden demzufolge vor neue, schwerwiegende Fragen gestellt, deren Lösung die Bildung besonderer Ämter erforderte, denen die zweckentsprechende Bezeichnung Lebensmittelamt gegeben wurde. Zur Beratung und Beschlußfassung über die zur Ausführung der entsprechenden Gesetze notwendigen Einrichtungen erfolgte die Bildung eines Ernährungsausschusses, der später die Bezeichnung Kriegswirtschaftsausschuß erhielt. Das für unsere Volksernährung äußerst wichtige Getreide mußte den Anfang der Rationierungen machen. Sämtliches Getreide wurde beschlagnahmt und der Bewirtschaftung der Kommunalverbände zugeführt. Die Abgabe von Brot und Mehl durfte nur noch gegen Marken erfolgen. Bald mußte diese Rationierung bedeutende Weiterungen erfahren. Weitere Beschlagnahmungen folgten, und im Jahre 1917 waren sämtliche Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs der Zwangswirtschaft unterstellt. Das Markensystem mußte weiteren entsprechenden Ausbau erfahren, der auch die Errichtung einer besonderen Markenausgabestelle zur Folge hatte. Diesen Neuerungen und Erweiterungen entsprechend wurde auch das Beamtenpersonal des Lebensmittelamtes verstärkt, die Zahl der Angestellten desselben betrug in den Jahren 1917 bis Anfang 1919: 7. Zur Unterbringung der bedeutenden Warenvorräte machte sich die Beschaffung ausreichender Lagerräume notwendig, wozu die Glockenbergschule, das Spritzenhaus in der Lindenstraße und die großen Felsenkeller in der Sonnebergerstraße Verwendung fanden. Zu den Angestellten des Lebensmittelamtes zählte ein Lagerhalter, dem die schwere Aufgabe der Verwaltung sämtlicher Vorräte oblag. Zum Verkauf der Waren an die Verbraucher bediente man sich des Handels,

nachdem man mit den anfänglich geübten Zentralausgaben trübe Erfahrungen gesammelt hatte. Die Polizei fand starke Inanspruchnahme durch die zahlreichen Bestandsaufnahmen und Kontrollen. Diese Tätigkeit nahm einen derartigen Umfang an, daß es notwendig erschien, Polizeibeamte ausschließlich mit der Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs zu betrauen. Die nach dem Waffenstillstand und dem Friedensschluß eingetretenen Erleichterungen der Blockade erlaubten eine etappenweise Freigabe der beschlagnahmten Gegenstände und infolgedessen einen entsprechenden Abbau des Lebensmittelamtes. Nunmehr wird auch bald die Möglichkeit zu einem vollständigen Abbau dieses Amtes gegeben sein. Die Angestellten sind bereits sämtlich entlassen, und die noch mit der bestehenden Beschlagnahme des Getreides und des Mehles verbundenen Arbeiten werden durch einen Verwaltungsbeamten nebenher erledigt."

Auch über das andere städtische Amt, das die Kriegsnot gebar, dessen Tätigkeit sich aber über die Kriegsdauer hinaus erhalten hat, und das die Stadt als dauernde Einrichtung seinem Organismus einzuverleiben gesonnen ist, das *städtische Arbeitsamt*, bedarf es ebenfalls noch eines kurzen Berichtes. Schon in den Augusttagen des Jahres 1914 entschloß sich die Stadtverwaltung, ein Arbeitsamt zu gründen, dem die Aufgabe zufiel, Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, bezw. Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte zu regeln. Das Arbeitsamt wurde zunächst ehrenamtlich verwaltet. Es ist die Pflicht des Chronikschreibers, hier vor allem der Tätigkeit des Stadtrats Christian Süßenguth zu gedenken, der Jahre lang in selbstlosester Weise und treuer Hingabe das Arbeitsamt verwaltete. Um seiner Aufgabe gerecht zu werden, sah sich das Arbeitsamt gezwungen, Fühlung mit einer größeren Organisation herzustellen. Es trat daher dem Verband „Thüringer Arbeitsnachweise" bei, der halbwöchentlich Zusammenstellungen über „Offene Stellen" kostenlos an die ihm angehörigen Arbeitsämter vermittelte. Auf Grund dieser Listen war es möglich, den weitaus größten Teil der Arbeitslosen nach und nach in der Landwirtschaft, dem Bahnbau und in den Festungsgebieten unterzubringen. Bei diesen Arbeiten konnten natürlich nur männliche und in ihrer völligen Arbeitskraft befindliche Arbeiter herangezogen werden. Bald gelang es auch, Teile der Kriegsindustrie nach Neustadt zu verlegen. Den Firmen M. O. Arnold, Nikol Steiner und Carl O. Witthauer sowie der Genossenschaft selbständiger Gewerbetreibender gelang es, nicht unbedeutende Aufträge in Geschoßkörben zu erlangen. Durch das Anwachsen des feindlichen Ansturms mit allen Mitteln der Kriegstechnik ergab sich auch für Deutschland die Losung, mit größeren Mengen Munition usw. auf den Plan zu treten. Die Kriegsindustrie wurde durch das Hindenburgprogramm gezwungen, ihre Produktion auf das äußerste Maß zu steigern. Auch in Neustadt mußten die Betriebe bedeutend erweitert und Neugründungen geschaffen werden. Unter diesen Neugründungen befanden sich auch die städtischen Werkstätten, die dem Arbeitsamt angeschlossen waren und 80 Leute auf Geschoßkörbe beschäftigten.

In der ehemaligen Knoch'schen Fabrik entstand eine Waschanstalt. Die Arbeitskräfte wurden zunächst aus den Arbeitsleuten der Knoch'schen Fabrik gedeckt, später

auch aus der Stadt, letzteres insbesondere, seitdem im selben Etablissement eine Bekleidungsinstandsetzungswerkstätte des Bekleidungsamtes des 11. Armeekorps eingerichtet wurde. Mit jedem Monat bot diese Einrichtung mehr Arbeitsgelegenheit, sodaß besonders die Frauen, welche ihre Familien nebenbei zu versorgen hatten, mit Heimarbeit sehr gut beschäftigt werden konnten. Wegen Mangel an Personal war es dem Bekleidungsamt nicht möglich, die Überwachung und Abnahme der Arbeiten allein zu besorgen. Das Arbeitsamt fand sich daher bereit, die Verteilung und Abnahme der Arbeiten mit in die Hand zu nehmen. Es richtete selbst 14 Verteilungsunterstellen ein, die unter der Oberaufsicht des Arbeitsamtes ihre Gesamtleistung an das Bekleidungsamt zur Ablieferung brachten. Die meisten Näh- und Instandsetzungsarbeiten erforderten Vorarbeiten, die von einer Stelle aufgeführt werden mußten, welche den Ansprüchen der Heeresverwaltung Rechnung zu tragen vermochte. Das Arbeitsamt bildete daher aus Fachschneiderinnen eine solche Stelle und beschäftigte darin gegen 30 Arbeiterinnen. Der Bedarf an allen Kriegsgeräten und Ausrüstungsstücken war derart bedeutend, daß in den Jahren 1915, 16, 17 und 18 mit wenig Ausnahmen die Beschäftigung der Einwohnerschaft, soweit diese zu Hause und nicht zum Heeresdienst und zum auswärtigen Hilfsdienst herangezogen war, mit gut zu bezeichnen war.

Mit dem Eintritt der Revolution und der Auflösung des Heeres hatte sich die Lage des Arbeitsmarktes völlig verändert. Wohl hatten die meisten Betriebe noch die Weisung, die in Angriff genommenen Arbeiten zu Ende zu führen, doch war es nicht möglich, die von der Front und der Etappe heimkehrenden ca. 1500 Personen der Beschäftigung zuzuführen. Es setzte wieder große Arbeitslosigkeit ein. Die Aufgaben des Arbeitsamtes gestalteten sich wieder schwieriger. An eine Belebung der Spielwarenindustrie war mit Rücksicht auf den Mangel an Rohstoffen und das Fehlen der Exportmöglichkeiten nicht zu denken. Die Zahl der zu unterstützenden Arbeitslosen beiderlei Geschlechts betrug zu Anfang 1919 nahezu 1000 und konnte auch trotz aller Anstrengungen in den nächsten Monaten nicht erheblich herabgedrückt werden. Es war wohl möglich, einige Hundert Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und dem Bergbau unterzubringen, doch blieb die Zahl der Arbeitslosen fast immer die gleiche, da Betriebe, die noch mit der Fertigstellung von Heeresgeräten beschäftigt waren, nach und nach geschlossen wurden. Es galt daher, Arbeitsmöglichkeiten langmöglichst zu erhalten. Durch Verhandlung mit dem Reichsverwertungsamt gelang es, die in dem Bekleidungs- und Instandsetzungsamt angefallenen Bestände käuflich zu erwerben. Es wurden Zivilbekleidungs- und Wäschestücke für Erwachsene und Kinder daraus hergestellt. Dadurch konnte nahezu 800—900 Arbeitslosen beiderlei Geschlechts Beschäftigung gegeben und die Nähstube des Arbeitsamtes aufrecht erhalten werden. Der Vertrieb der fertigen Kleidungsstücke wurde vom Arbeitsamt übernommen. Es konnten nicht nur die unbemittelte Bevölkerung der Stadt Neustadt, sondern auch weite Kreise der Landbevölkerung mit damals so notwendigen Kleidungsstücken (Arbeitskleidung) versorgt werden. Für die Kriegsindustrie galt es, ihre Betriebe umzustellen. Die städtischen Werkstätten

wurden umgestellt auf Gebrauchskörbe für Landwirtschaft und Industrie und haben bis heute fast durchweg 30—40 Arbeitern die Beschäftigung erhalten. Die Firma Arnold stellte ihre großen Betriebe auf Friedensbedarf und zwar auf die Herstellung von Möbeln, Metallwaren und elektrischen Artikeln um und konnte ihre Betriebe nach Monaten in erheblichem Umfang wieder aufnehmen. Nach dem Freiwerden von Rohstoffen für die Spielwarenindustrie und dem Eintritt der Exportmöglichkeit belebte sich auch jene wieder.

Es muß als ein Verdienst der Zentralisation des deutschen Arbeitsnachweiswesens gebucht werden, wenn es selbst in kritischen Zeiten gelang, Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt so zu regeln, daß die Zahl der Arbeitslosen sich immer noch in mäßigen Grenzen bewegte. Wenn auch die Verwaltung des Arbeitsamtes zuerst ehrenamtlich geschehen konnte, so war sie später wegen seiner großen Ausdehnung nur noch nebenamtlich, bezw. hauptamtlich möglich.

Das Arbeitsamt hat während und nach dem Kriege nicht nur die Arbeitsvermittelung und Arbeitsbeschaffung als seine Aufgabe betrachtet, sondern es war auch bestrebt, sich ein Vermögen zu erwerben, das es in den Stand setzte, ein Industrieunternehmen dauernd zu unterhalten, und das eine Erleichterung für die städtischen Finanzen bringen sollte. —

Ein Ehrenblatt in der Geschichte Neustadts während des Kriegs nimmt die „Städtische Kriegshilfe" ein. Wir haben schon oben ihre Entstehung kurz erwähnt. Ihre Tätigkeit während der langen Kriegsjahre läßt uns einen Blick tun in die große Opferfreudigkeit, die sich immer aufs neue offenbarte. Wir schließen uns im folgenden bei unserer Darstellung der Geschichte der „Kriegshilfe" an eine verdienstvolle Arbeit der Frau Distriktskommissar Siegel hier an, die aus den Akten eine Zusammenstellung der von der Kriegshilfe geleisteten Liebesarbeit angefertigt hat, eine Arbeit, die bisher nur den Mitgliedern des Vorstandes der Kriegshilfe bekannt geworden ist, und die es sehr wohl verdient, der breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht zu werden. Hinter dem trockenen statistischen Material verbirgt sich eine Fülle von lebens- und segensvoller Arbeit.

An jenem 18. August 1914, der die Gründung der Kriegshilfe brachte, hatten die neben den Einzelpersonen geladenen Vereine wie Marienverein, Frauenverein, Sanitätskolonne, Krieger- und Militärverein beschlossen, unter Aufgabe besonderer Tätigkeit sich zur „Städtischen Kriegshilfe" zusammenzuschließen. Es bildete sich 1. ein Hauptausschuß, bestehend aus den Damen Frau Dr. Faber und Frau Diakonus Götz und den Herren Arnold, Mosbach, Dr. Faber, 2. ein Sammelausschuß (Vorsitzender Pfarrer Schleifenheimer, später Superintendent Reißenweber), 3. ein Verteilungsausschuß (Vorsitzender Kaufmann Hartmann), 4. ein Sanitätsausschuß (Vorsitzender Dr. Faber). Die Geschäfte der „Kriegshilfe" standen unter der Oberleitung des Bürgermeisters Mosbach.

Der Sammelausschuß entfaltete alsbald eine mannigfache rege Tätigkeit. Er nimmt Geld, Liebesgaben, Wäsche, Kleidungsstücke für Krieger und hiesige Bedürftige entgegen. Er regt bei den Schulkindern eine Pfennigsammlung an. In

den Gasthäusern werden Sammelbüchsen aufgestellt. Die Vereine stiften zum Teil zu gleichem Zwecke ansehnliche Beträge, oft ihre ganzen Reserven: Der Frauenverein 250 Mk., ebenso der Marienverein 250 Mk., und zwar 100 Mk. in bar und 150 Mk. in Arbeit an Hemden, Brustschützern, Leibbinden, der Kriegerverein 200 Mk., der Militärverein 200 Mk., der Gartenbauverein 50 Mk., der Turnverein 50 Mk., der Stenographenverein 100 Mk., Geflügelzuchtverein 50 Mk., Liederkranz 100 Mk., Turnverein I 50 Mk., Vogelschutzverein 50 Mk., Arbeitergesangverein 25 Mk., Grüntalgesellschaft 160 Mk., Fischereiverein Coburg 25 Mk. Die Gärtner opfern den Blumenflor, und an Blumentagen verkaufen junge Mädchen Sträuße, aus denen zum Besten der Kriegshilfe 59 Mk. gelöst werden; Verkauf von Wohlfahrtskarten 74 Mk., von Fähnchen und Schleifchen 48 Mk. An einem Herbsttag 1914 sammeln 16 Konfirmanden Liebesgaben in allen Teilen der Stadt. Schon bis Ende November 1914 gingen ein: 124 Hemden, 400 Paar Strümpfe, 25 Paar Unterbeinkleider, 105 Paar Müffchen, 68 Fußlappen, 31 Handtücher, 11 Kopfkissenbezüge, 6 Bettbezüge, 5 Bettlaken, 43 Tischtücher, 1850 Zigarren, Tabak, Zigaretten, Pfeifen, 10 Flaschen Wein, 2 Flaschen Saft, 6 Glas Honig, 6 Glas Marmelade, 5 Sack Kartoffeln, 2 Metzen Äpfel, Nudeln, Suppentafeln, Schokolade, Tee, Federn, Bleistifte, Seife, Kniewärmer, Leibbinden, Hosenträger, Ohrenschützer, 1 Ehering, 1 Paar goldene Manschettenknöpfe. — Das Vereinsleben ruhte. Ein vaterländischer Konzertabend am 6. Dezember 1914 bei freiem Eintritt ergab als freiwillige Gabe die Summe von 270 Mk. zum Besten der Kriegshilfe. Eine Lotterie am Palmsonntag 1915 brachte 340 Mk. Der Reinertrag eines gemeinschaftlichen Konzertes der Gesangvereine ergab 270 Mk. Auf Anregung des Marienvereins beschließt die Kriegshilfe, am 22. Oktober 1915 als am Geburtstag der Kaiserin eine besondere Gabe darzubringen. Aus den Vorräten der Hausfrauen wurden gespendet: Eingekochtes Obst, Kompott, Marmelade, Mus, Honig zur Versendung an die Feldgrauen. Durch einen menschenfreundlichen Spender erhielt der Sammelausschuß Oktober 1915: 1500 Zentner Kartoffeln, 2000 Zentner Kohlen für arme Familien, im Herbste 1916 die gleiche Gabe. Im Herbst 1915 brachte ein Kirchenkonzert 153 Mk., ein Unterhaltungsabend des Jünglingsvereins 1916 213 Mk. Am 19. Juli 1916, am Geburtstage des Herzogs, entfaltete die Kriegshilfe ihre Sammeltätigkeit in den Häusern zugunsten einer Volksspende für die im feindlichen Auslande internierten Krieger- und Zivilgefangenen. Das Ergebnis war 705.80 Mk. Februar 1917 veranstaltete der Abend für junge Mädchen eine Theatervorstellung für die Kriegshilfe. Ergebnis: 207 Mk. Während der Dauer des Kriegs fließen der Kriegshilfe an Bargeld zu in Summa 11 455 Mk. 39 Pfg. und zwar 1914: 5518.52 Mk., 1915: 3726.96 Mk., 1916: 819.18 Mk., 1917: 1170,92 Mk., 1918: 345 Mk. Hauptsächlich zur Weihnachtszeit ist die Kriegshilfe beschäftigt. Schon im September 1914 sandte sie 78 Pakete an Neustadter Krieger in Rußland: Wollsachen, Wäsche, Lebensmittel, Zigarren, Tabak, das Paket im Werte von 10 Mk., weitere Sendungen nach den anderen Kriegsschauplätzen, im ganzen 1346 Pakete mit Weihnachtsgaben und einem Gruß der Stadt

Neustadt, dem „Weihnachtsboten", einer Sondernummer des Neustadter Tageblattes, auf Veranlassung des Herrn Bürgermeisters von ihm und verschiedenen anderen Herren verfaßt. Eine Pfingstfreude für die Feldgrauen folgte 1915: 1123 Pakete mit je ½ Pfund Schinken und 3 Zigarren, Weihnachten 1915: 1311 Pakete mit Wurst, Schmätzchen und Zigarren, Weihnachten 1916: 1214 Pakete mit Wurst, Weihnachten 1917 1231 Pakete mit Schmätzchen. Im Ganzen wurden bis Weihnachten 1917 6225 Pakete von der Kriegshilfe abgesandt. Im Jahre 1918 waren die Vorbereitungen zum Versand schon getroffen. Aus der Zahl der jeweils abgehenden Pakete läßt sich die Größe der Arbeit ermessen, die jedesmal von seiten des Verteilungsausschusses und seines rührigen Vorsitzenden Karl Hartmann geleistet worden ist. Viele fleißige Hände von Frauen und jungen Mädchen, die sich jedesmal gerne in den Dienst des Liebeswerkes stellten, waren nötig, um in wenigen Tagen die Verpackung der vielen Hunderte von Paketen zu leisten, und der Dank und Lohn, der reichlich lohnte, bestand in der Vorfreude der Helferinnen, die sie empfanden, wenn sie sich den Augenblick vor die Seele stellten, wo das eben fertiggestellte Paket in die Hand des Empfängers gelangen und der Gruß der Heimat im Auge des Feldgrauen jenes Leuchten hervorbringen werde, das ein Zeugnis der tiefen Herzensbewegung ist.

Für bedürftige Kinder spendete die Kriegshilfe Weihnachten 1914 1000 Mk., wofür hauptsächlich Schuhwerk gekauft wurde. Weihnachten 1915 bereitete Präsident Arnold den armen Kindern Neustadts eine große Freude, indem er 5000 Mk. spendete, von welcher Summe 500 Kinder mit Weihnachtsgaben bedacht wurden. Noch war ja alles vorhanden im deutschen Vaterlande, und die Wünsche der Kinder konnten fast restlos erfüllt werden. Eine unvergeßliche Bescherungsfeier war es, die zu diesem Zwecke im Schützenhaussaale abgehalten wurde. Leider war der Spender der Freude verhindert, an diesem Fest persönlich mit teilzunehmen, aber es fehlte nicht der schriftliche Gruß, der dankbare Freude im Herzen aller Teilnehmer auslöste. Weihnachten 1917 gab die Kriegshilfe aus ihren Mitteln einen Zuschuß zur Bescherung armer Kinder in Höhe von 411.40 Mk., welcher Betrag zur Beschaffung von Lebensmitteln verwendet wurde, da Bekleidungsstücke nicht mehr zu beschaffen waren.

An dieser Stelle sei einer weiteren edlen Tat unseres Mitbürgers Geheimrat Arnold gedacht, der im Jahre 1915 mit dem Betrage von 100000 Mk. die M. Oskar Arnold-Stiftung zugunsten bedürftiger Kriegsteilnehmer, sowie Witwen und Waisen von solchen errichtete.

Um einen Begriff zu machen von der Menge der Dinge, die es zu beschaffen galt, lassen wir eine Statistik folgen: Es wurden für die Soldaten zu den Weihnachtsfesten eingekauft (ohne die geschenkten Sachen): 502 m Stoff zu Hemden, 67 Stück fertige Hemden, 268 Paar Unterkleider, 111 Paar Strümpfe, ca. 60 Pfund Wolle, 3320 Stück Zigarren, 420 Pakete und 15 Pfund Tabak, 750 Pakete Lebkuchen, 250 Pfund Schmätzchen, 1000 Dosen Schinken, 910 Dosen Olsardinen, ferner Strohsohlen, Lichte, Schokolade, Zigaretten, allerlei Kleinigkeiten. Eine

Sammlung im 2. Kriegsjahr für warme Kleidungsstücke wurde in der Stadt von Männern und Frauen opferbereit geleistet und ergab ein schönes Resultat. Die Sachen wurden desinfiziert, in der Glockenbergschule von beschäftigungslosen Frauen unter Mithilfe freiwilliger Helferinnen verarbeitet. 150 Decken, auch eine Anzahl Fußteppiche wurden der Annahmestelle für freiwillige Gaben für das XI. Armeekorps in Cassel gesandt, welche 298.45 Mk. dafür bezahlte. Diese Summe wurde zur Bestreitung der Unkosten verwendet, den Rest 60 Mk. erhielt die Kriegshilfe.

Ein besonders interessantes Kapitel in der Tätigkeit der Kriegshilfe nahm die Kriegsküche ein. In der Sitzung der Ausschüsse am 13. Oktober 1914 wurde die Frage erörtert und die Notwendigkeit anerkannt. Man schritt zur Gründung der Kriegsküche. Zunächst sollte mit den einfachsten Mitteln gearbeitet werden, um möglichst Unkosten zu vermeiden. Der Marienverein übernahm die Leitung. Als Lokal diente die Glockenbergschule. Die erste Ausstattung geschah von der Stadt, sie wurde vervollständigt durch Gaben hiesiger Geschäftsleute. Lebensmittelhändler, Garten- und Feldbesitzer hielten mit freiwilligen Spenden nicht zurück. Am 19. Oktober 1914 wurde die Kriegsküche mit 61 Portionen eröffnet, später wurden täglich 150 Portionen ausgegeben. Am 21. Dezember 1914 wurde die Kriegsküche vorläufig geschlossen, weil infolge der eintretenden Kriegsindustrie die Bevölkerung lohnende Arbeit erhielt. In dieser ersten Periode wurden verabfolgt 11493 Portionen. Verausgabt wurde die Summe von 961.70 Mk. Durch die gesteigerte Tätigkeit der Kriegsindustrie war es einer Anzahl Personen, die in der Kriegsindustrie beschäftigt sind, nicht möglich, das Essen selbst sich zu bereiten. Es machte sich daher eine Wiedereröffnung der Kriegsküche nötig. Am 17. Juli 1916 trat die Veranstaltung neu ins Leben. Unter ehrenamtlicher Leitung arbeiteten viele Helferinnen, größtenteils aus Marienvereins- und Frauenvereinskreisen, sowie 3 bezahlte Kräfte: 1 Köchin, 1 Lagerhalterin, 1 Hilfe für die gröbsten Arbeiten. Sehr wertvoll war auch die Mithilfe der 1. Mädchenklasse, aus der täglich 3—4 Mädchen sich einstellten zum Wegebesorgen, Gemüseputzen, Kartoffelschälen usw. Der ganze Betrieb wurde mit einfachsten Mitteln bewerkstelligt. Damit eine regelmäßige Abholung der Speisen erfolgte, wurden Wochenkarten für 6 Tage ausgegeben. Am Sonntag wurde nicht gekocht. Der Preis der Portion betrug 25 Pfg., der Wochenkarte 1,38 Mk. Außerdem erhielten vom Februar 1918 ab bedürftige Kinder auf Kosten der Stadt oder durch Stiftung von Vereinen und Privatpersonen täglich nach der Schule eine ausreichende Mahlzeit. Die Zahl der Kinder schwankte zwischen 64 und 108. Die Speisung erfolgte in dem neben der Kriegsküche gelegenen Klassenzimmer. Sie bedeutete eine zwar schöne, aber durch die Lebhaftigkeit und Ungeduld der hungrigen Kinder recht schwierige Aufgabe. Von einigen besonders hilfreichen Damen wurde sie jedoch abwechselnd aufs beste gelöst und mit dem Aufblühen manches anfangs schmalen Gesichtes belohnt.

Bis zum 23. Dezember 1916 hatte die Kriegsküche 2888 Wochenabonnenten und verkaufte außerdem noch 9818 Portionen.

Im Jahre 1917 stieg die Zahl der Abonnenten auf 12756, die der verkauften Portionen auf 12653. 1918 verminderte sich die Zahl der Abonnenten auf 3972 und die der verkauften Portionen auf 8416. Über die Einnahmen und Ausgaben der Kriegsküche ergab sich folgende Statistik. 1916: Einnahmen 8995.53 Mk., Ausgaben 7366,31 Mk. 1917: Einnahmen 29371,91 Mk., Ausgaben 24605.33 Mk. 1918: Einnahmen 10971.08 Mk., Ausgaben 16108.12 Mk. Die im Frühjahr 1918 einsetzende große Knappheit der Lebensmittel machte eine strenge Kontrolle der Abnehmer nötig, und nur diejenigen konnten noch Essen bekommen, die tatsächlich nicht in der Lage waren, sich selbst zu kochen. Infolgedessen fiel die Zahl der Abonnenten von 700 auf 400 und wurde mit der Zeit noch mehr eingeschränkt. Mit dem Mangel setzte eine Preissteigerung der Lebensmittel ein, sodaß die Kriegsküche, wollte sie die Abgabepreise nicht erhöhen, einen Teil der Ersparnisse zusetzen mußte. 80 Portionen stiftete der Marienverein, 400 Portionen kaufte die Stadt für ihre Gasarbeiter. An den Kindergarten lieferte die Kriegsküche 533 Portionen. Den 45 erholungsbedürftigen Kindern, welche im Sommer 1918 im Kindergarten sich auf Kosten der Stadt einer Kur unterzogen, gab die Kriegsküche 2025 Portionen unentgeltlich. Die Thüringer Landesversicherung spendete der Kriegsküche 175 Mk. Im Herbst 1916 wurden ihr von der Stadt 133 Ztr. Zwetschen überwiesen. Dieselben wurden teils gedörrt, teils zu Mus verarbeitet. Dieses fand teils in der Küche Verwendung, der größte Teil wurde verkauft und ein Erlös von 1405.20 Mk. erzielt. Im Jahre 1916 wurden 190 Zentner Kraut zu Sauerkraut verarbeitet, im Jahre 1917: 280 Ztr., im Jahre 1918: 245 Ztr.

Marienverein. Trotzdem sich derselbe mit der Kriegshilfe zusammengeschlossen hat, ist doch auch noch von besonderer Tätigkeit zu reden. Dem dringenden Wunsch zahlreicher Mädchen und Frauen Rechnung tragend, veranstaltete er unter Leitung des Bezirksarztes einen Kursus in der Krankenpflege. Im Jahre 1915 versandte er 1300 Pakete, sog. 5-Gabenpakete, an das 11. Armeekorps zur Verteilung. Zur Kaiser Wilhelmspende veranstaltete er eine Sammlung, die 367.65 Mk. einbrachte. Eine große Anzahl Bedürftiger und Kranker erhielten Weihnachtsgaben in Gestalt von Lebensmitteln, später in Geld. Am 22. November 1917 brachte ein Wohltätigkeitskonzert 476 Mk. ein. Zu Gunsten des Roten Kreuzes unternahm der Marienverein eine Sammlung von Altpapier. Im Sommer 1918 wurde eine Windelwoche veranstaltet. Für Weihnachtsgaben 1918 wurden vom Marienverein 737.50 Mk. gesammelt und vorschriftsmäßig nach Coburg an den Mobilmachungsausschuß abgeliefert.

Der Frauenverein versorgte Konfirmanden zu Weihnachten mit Schuhwerk und Kleidung, zu Weihnachten wurden regelmäßig alte und gebrechliche Leute beschenkt.

Der Flottenverein spendete 722 Mk. für unsere Seeleute.

Für den Roten Halbmond wurden 500 Mk. gesammelt.

Für die U-Bootspende wurden durch einen Theaterabend und durch Haussammlung 942 Mk. zusammengebracht. Zu Hindenburgs 70. Geburtstag brachte ein Künstlerkonzert am 29. September 1917 eine Einnahme von 1748.53 Mk., die

den Verwundeten und Hinterbliebenen von Gefallenen zugewendet wurde. Für die Ludendorffspende erbrachte eine Haussammlung und ein Volksfest am 9. Juni 1918 einen Reinertrag von 8355.51 Mk. Für die Kämpfer in den Kolonien konnte der Kolonialkriegerspende durch Veranstaltung eines Familienabends die Summe von 858 Mk. übergeben werden.

Ein Festtag besonderer Art, an dem noch einmal die Wogen nationaler Begeisterung hochgingen, war die Nagelung eines Eisernen Kreuzes zum Besten der Nationalstiftung am 5. September 1915.

Wir entnehmen dem Neustadter Tageblatt die folgende Schilderung des Verlaufs des Festes:

Unter dem Andrang einer zahlreichen Menschenmenge, die trotz wiederholt einsetzender Regenschauer tapfer aushielt, fand die Nagelung eines Eisernen Kreuzes statt. Der Feier ging voran ein Sedanfestgottesdienst in der Stadtkirche, der so stark besucht war, daß das Gotteshaus fast zu klein war. Um 9 Uhr versammelten sich die hiesigen Vereine, die infolge von Einberufungen zum Heeresdienste recht bedenkliche Lücken aufwiesen, im Steinweg. Die auf Urlaub anwesenden Feldgrauen und sonstigen Militärs, über 90 Mann, von Damenhänden mit Blumensträußen geschmückt, waren eingetreten, die Jugendwehr rückte in voller Stärke an, und unsere ergrauten Veteranen an der Spitze, setzte sich der stattliche Zug unter Führung unseres Mitbürgers Gustav Förster und unter den Klängen eines Marsches der Coburger Militärkapelle bei Glockengeläute in Bewegung dem Gotteshause zu. Die Festpredigt hielt Sup. Reißenweber über Matth. 16,26: „Was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewänne und nähme doch Schaden an seiner Seele". Nach dem Gottesdienst zogen die Teilnehmer des Festgottesdienstes zum Marktplatz, wo die Nagelung vor sich ging. Gustav Förster bekränzte zunächst das alte Kriegerdenkmal von 1870/71 und hielt von dessen Stufen eine Ansprache, in der er auf die Ereignisse von 1870/71 einging. Damals hat das deutsche Heer eine eiserne Kette um das Deutsche Reich geschmiedet, und jetzt seien unsere Feldgrauen an der Arbeit, diesen Schutz zu einer stählernen zu verhärten. Sodann ergriff als Vorsitzender des Festausschusses Sup. Reißenweber das Wort zur Festrede, in der er vor allem an die Feldgrauen sich wandte und der Gefallenen in ehrenden Worten gedachte. Weitere Reden hielten Staatsrat Baudler und Fabrikant Hoffmeister aus Coburg, die Mitglieder des Landesausschusses der Nationalstiftung. Sodann begann die Nagelung, die trotz einsetzenden Regens bis 1/21 Uhr fortgesetzt wurde. Der Nachmittag vereinte die Festteilnehmer zu erhebender Nachfeier im Schießhaussaale, bei welcher vor allem die Rede des Bürgermeisters Mosbach von besonderem Eindruck war. Auch der pekuniäre Erfolg war ein zufriedenstellender. Es wurden fast 2000 Mark eingenommen, welche Summe sich durch Gaben auswärtiger Neustädter im Laufe der nächsten Wochen noch um einige Hundert vermehrte. Die Namen der Spender wurden in ein Buch eingetragen, das zu dauerndem Gedächtnis auf dem Rathaus verwahrt wird.

Was den Gesundheitszustand der Bevölkerung während des Krieges anbetrifft, so ist zu sagen, daß derselbe trotz der großen Not und schweren Entbehrungen kein schlechter genannt werden darf. Wohl sind hin und wieder Kinderkrankheiten aufgetreten, doch ohne größere Opfer zu fordern. Im allgemeinen muß festgestellt werden, daß die Sterblichkeit in Neustadt während des Krieges keine übernormale gewesen ist. Erst die bösen Grippemonate November und Dezember des Jahres 1918 brachten auch über unsere Stadt ein großes Sterben. In diesen beiden Monaten haben fast täglich die Sterbeglocken geläutet. Bei dieser Gelegenheit sei der aufopfernden Tätigkeit des Medizinalrats Dr. med. Faber mit Dank und Anerkennung gedacht, der während des ganzen Krieges neben seinen vielen amtlichen Geschäften als Bezirksarzt usw. die ärztliche Praxis in Stadt und weiter Umgebung auf sich liegen hatte. Von Interesse dürfte sein ein Urteil des Arztes über den Gesundheitszustand der Bevölkerung, wie es auf der Höhe des Krieges abgegeben worden ist. Der am 15. September 1917 abgegebene Bericht enthält folgendes Urteil: Der Gesundheitszustand ist noch nicht ungünstig, doch auffallende Abnahme des Körpergewichts bei den beleibten Männern, Zunahme der Tuberkulose namentlich beim weiblichen Geschlecht, der Geschlechtskrankheiten beim weiblichen Teil der Industriebevölkerung infolge Ansteckung durch geschlechtskranke Soldaten, fieberhafte, an Dysenterie grenzende Darmkatarrhe. Auch die Schule urteilt nicht ungünstig, doch plädiert sie für Massenspeisung von Schulkindern und Landaufenthalt unterernährter Kinder. Von ersterer haben wir oben im Bericht der Kriegshilfe näheres gehört. Der zweiten Aufgabe unterzogen sich Schulleitung und Fürsorgeschwester in den letzten Kriegsjahren mit heißem Bemühen und mit gutem Erfolg. Manche Kinder unserer Stadt haben in unserem Coburgischen Königsberg oder in Thüringischen Landorten freundliche Aufnahme gefunden und sind nach mehrwöchentlichem, oft gar mehrmonatlichem Aufenthalt erholt und körperlich erstarkt, mit gesunden, frischen Wangen zur Freude ihrer Lieben in die Heimat zurückgekehrt.

Die Kirche. Mit Beginn des Krieges trat auch hier die Kirche in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens. Dicht gedrängt scharte sich die Menge in den weiten Hallen unseres Gotteshauses, so oft die Glocken riefen, und lauschte mit Andacht und Ergriffenheit den Worten des Predigers, der die ängstlichen und verzagten Gemüter festzumachen suchte durch die Kraft des Glaubens. Schon der erste Sonntag nach dem Ultimatum zeigte die große Wendung und offenbarte die Sehnsucht des Menschenherzens nach Trost und Erhebung in der tiefen Erschütterung der Seele. An den feierlichen Gottesdienst schloß sich der Abendmahlsgang vieler Hunderte, die schon in den nächsten Tagen dem Rufe des Vaterlandes folgen mußten: neben den einberufenen Vaterlandsverteidiger gesellt sich das junge Weib, die Braut, die alten Eltern, die Geschwister. Gemeinsam wollen sie das heilige Mahl feiern als Mahl der Versöhnung mit ihrem Gott im Himmel, als Mahl des Treugelöbnisses und unauflöslicher Gemeinschaft unter einander bis in den Tod. Diese Abendmahlsfeiern wiederholten sich in den nächsten Tagen und fanden ihren

Höhepunkt im Buß- und Bettag des 7. August. Dazu kamen die Kriegstrauungen gleich in den ersten Tagen des Kriegsausbruchs: am Montag, den 3. August, allein sieben Paare. Unermüdet waltet der junge Pfarrer Diakonus Schleifenheimer seines hohen Amtes, das allein auf seinen Schultern ruhte, da der Oberpfarrer und Superintendent Johnsen durch schwere Krankheit verhindert war. Ein herber Seelenschmerz für den glühenden Vaterlandsfreund, den zündenden Redner, den treuen Freund seiner Gemeinde, daß er ihr gerade in dieser schweren Zeit nicht nahe sein, ihr nicht dienen durfte. Schon am 10. August starb Johnsen. Sein Leichenbegängnis war ein Beweis der Achtung, Liebe und Verehrung, deren sich der Heimgegangene erfreute. In der Stadtkirche, in welcher die Leiche aufgebahrt war, hielt ihm sein Bruder im Amte, Diakonus Schleifenheimer, die Gedächtnispredigt auf Grund des Schriftwortes Jes. 40, 6—8, welches Wort der Vollendete vor 33 Jahren seiner ersten Predigt in Neustadt zu grunde gelegt hatte. Am Grabe selbst — die Stadt hatte ihm eine besondere Ruhestätte rechts vom Eingang in die Friedhofskirche herrichten lassen — wurden durch den Bürgermeister sowie von Vertretern verschiedener Vereine und Korporationen die Verdienste des Verstorbenen um die Stadt gewürdigt, auch die Kirchenbehörde rief durch den Mund des Geh. Kirchenrats Halter dem treuen Hirten seiner Gemeinde Worte des Dankes und der Anerkennung nach.

Es war bei dem Mangel an Seelsorgern und bei der Notwendigkeit, gerade jetzt, in der ersten schweren Kriegszeit die Geistlichen ihren alten Gemeinden zu belassen, der Kirchenbehörde nicht möglich, die 1. Pfarrstelle wieder zu besetzen. Um so angenehmer war es für das Kirchenregiment, daß sich der junge Pfarrer bereit erklärte, für die Zeit der Vakanz die alleinige Vertretung zu übernehmen, eine anerkennenswerte Leistung, insbesondere gar, wenn man die großen Anforderungen in Betracht zieht, die gerade die schwere Kriegszeit für das geistliche Amt im Gefolge hatte. Neben die sonntäglichen Gottesdienste traten die wöchentlichen Kriegsbetstunden, die jeden Donnerstag um 5 Uhr gehalten wurden. Dazu kamen bald die schweren Nachrichten aus dem Felde. Es galt den Trost des christlichen Glaubens hineinzutragen in die Trauerhäuser. Der Gefallenen wurde von Anfang an nicht nur in der kirchlichen Abkündigung gedacht, sondern es wurden ihnen besondere Gedächtnisgottesdienste geweiht.

Mit dem 1. Januar 1915 wurde die erste Pfarrstelle, verbunden mit der Superintendentur dem Superintendenten Reißenweber in Sonnefeld übertragen, doch konnte derselbe erst anfangs Februar sein neues Amt übernehmen. Am Sonntag, den 7. Februar 1915, wurde er vom Geh. Kirchenrat Halter in festlichem Gottesdienst in Anwesenheit der kirchlichen und städtischen Körperschaften und unter Teilnahme einer zahlreichen Festgemeinde in sein neues Amt eingeführt. Zu Ostern 1915 trat der 2. Pfarrer, Schleifenheimer, nachdem ihn die Ephorie für abkömmlich erklärt und das Staatsministerium seine Zustimmung erteilt hatte, seinem Wunsche entsprechend in den Heeresdienst und zwar als Oberjäger in Marburg, woselbst er bis Ende September verblieb. Mit dem 1. Oktober fand er an der Front des

westlichen Kriegsschauplatzes als freiwilliger Feldgeistlicher Verwendung. Die 2. Pfarrstelle wurde von mir, dem Oberpfarrer, mit übernommen, und über 2¼ Jahre habe ich das geistliche Amt in Neustadt allein geführt, eine schwere, arbeitsreiche und doch schöne Zeit. Noch heute beim Rückblick danke ich meinem Gott aus tiefster Seele, daß er mir's hat gelingen lassen, und daß er mir Kraft gegeben hat durchzuhalten und nichts liegen zu lassen, was der Erbauung und Aufrichtung der Gemeinde hätte dienen können. So habe ich vor allem auch an den wöchentlichen Kriegsbetstunden in all den Monaten, da ich allein hier das geistliche Amt versah, festgehalten. Wurde doch die Zeit immer ernster und schwerer angesichts der wachsenden Zahl der Feinde, des sich immer mehr in die Länge ziehenden Kriegs, der immer größer werdenden Zahl der Opfer, der Not und Entbehrung, die die feindliche Blockade im Vaterlande verursachte. Wie schwer, wie zentnerschwer legte es sich einem auf die Seele, wenn in einem monatlichen Gedächtnisgottesdienst oft 10—15 gefallener Söhne der Kirchgemeinde gedacht werden mußte, wenn die Lebensbilder der gefallenen Söhne, Brüder, Väter vor dem geistigen Auge der Trauergemeinde wieder erstanden, wenn der Seufzer der singenden Gemeinde gen Himmel klang: „Zur Dir heb' ich die Hände und bet' voll Innigkeit, daß Deine Hand uns wende das große Herzeleid".

Die erste Zeit des gläubigen Vertrauens, der innigen Hingabe war vorüber. Die Herzen wurden hart. Es zeigte sich, daß der Glaube nicht in seiner wahren Gestalt in den vielen Wohnung genommen hatte, die zum Gotteshause gekommen waren. Man suchte Gott vielfach nur, weil man ihn zum Werkzeug seines eigenen, selbstsüchtigen Willens machen zu können meinte. Wenn Gott seinen Weg anders ging, wenn er Herzeleid über die brachte, die es anders wollten, — dann wandte man ihm den Rücken. Die erst so gefüllten Gottesdienste in den Kriegsbetstunden fingen an, bedenkliche Lücken aufzuweisen. Doch blieb den Getreuen die abendliche Kriegsbetstunde ein seelisches Bedürfnis, eine Quelle der Kraft und der Erbauung, und eben deswegen wurde ihr Weiterbestehen als erwünscht und notwendig aufrecht erhalten. —

Mit dem 1. August 1917 trat der zweite Pfarrer in sein Amt zurück. Die lange Kriegszeit, die Ungewißheit des Kriegsendes ließ die Notwendigkeit der Wiederbesetzung der 2. Stelle und der Entlastung des ersten Geistlichen erkennen und veranlaßten das Herzogl. Staatsministerium, den Pfarrer Schleifenheimer zu reklamieren. Etwas über ein Jahr noch hat er in seiner alten Stelle wieder seines Amtes gewaltet. Seine Bewerbung um eine Pfarrstelle in seinem Heimatlande Sachsen-Weimar hatte Erfolg, es wurde ihm die Pfarrstelle Bucha b. Blankenhain übertragen, wohin er Mitte September 1918 übersiedelte. Wieder übernahm der Oberpfarrer die Verwesung der 2. Pfarrstelle bis zum Schluß des Jahres — eine durch den Zusammenbruch und die im Gefolge der Revolution eintretenden Ereignisse doppelt schwere Zeit für das geistliche Amt.

Ein besonders enges Band zwischen der Heimat und denen draußen im Felde schufen die „Heimatglocken", monatliche Mitteilungen aus der Kirchgemeinde.

Anfangs den Liebesgabenpaketen beigelegt, später in den Kriegsbetstunden an die Angehörigen zur Sendung an die Lieben im Felde verteilt, wurde der Versand schließlich auf Antrag des Oberpfarramts von der Kriegshilfe offiziell in die Hand genommen, damit womöglich jedem Feldgrauen jeden Monat, auf welchem Kriegsschauplatz er sich befinde, der Gruß aus der Heimat in die Hände komme. Zu dem Ende mußten freilich die Anschriften der im Felde Stehenden der Versandstelle mitgeteilt werden. Leider wurde das trotz vielfachen Bittens und Mahnens nicht von allen Angehörigen erfüllt. Immerhin bis zu 1200, ja 1300 Anschriften wurden doch bekannt, und vom Februar 1917 ab bis zu Ende des Krieges gingen monatlich die Heimatglocken hinaus ins Feld. Es war keine leichte Arbeit für den verdienstvollen Leiter unseres Verteilungsausschusses, Kaufmann Hartmann, allmonatlich diesen Versand zu bewerkstelligen. Er unterzog sich derselben gerne und mit treuer Hingabe, gaben doch die Briefe, die vom Felde bei ihm, beim Stadtrat und beim Oberpfarramt eintrafen, reichlich Zeugnis von der Freude, die allmonatlich angerichtet wurde, wenn der Gruß aus der Heimat ankam. Freilich auch manche ernste Kunde entnahm der Kämpfer an der Front den Heimatglocken. Der Heldentod mancher Kameraden, die mit ihm draußen vorm Feinde standen, wurde ihm erst auf diesem Wege kund.

Daheim aber mehrte sich die Zahl der Holztafeln im ehrwürdigen Gotteshaus, die die Namen der gefallenen Helden einstweilen sammeln und festhalten sollten. Am Kriegsende betrug die Zahl der Opfer für die Kirchgemeinde Neustadt an Gefallenen und Vermißten: 400. Davon entfallen auf die Stadt selbst: 337, (314 gefallen, 23 vermißt); auf die 6 Landgemeinden 63, und zwar Ebersdorf 6 (3+3), Haarbrücken 14, Ketschenbach 10 (9+1), Meilschnitz 7 (5+2), Thann 6 (5+1), Wildenheid 20 (19+1). Die Vertretung der Kirchgemeinde hat beschlossen, diesen Gefallenen und Vermißten ein gemeinsames dauerndes Denkmal in der Gestalt einer bronzenen Ehrentafel in der Stadtkirche zu errichten. Ein unter den Neustadter Künstlern ausgeschriebener Wettbewerb fand großes Interesse und rege Beteiligung und zeigte die Leistungen unserer heimischen Künstler auf recht anerkennenswerter Höhe. Es wurde dem Kirchenvorstand nicht leicht sich zu entscheiden, zumal auch die Frage der Errichtung eines Denkmals in der Freiheit außerhalb des Schattens der Kirche auf's neue lebhaft in der Zeitung erörtert wurde. Doch ließ sich derselbe von seinem ursprünglichen Plan eines gemeinschaftlichen Denkmals für alle Gefallenen der Kirchgemeinde in der Stadtkirche als Ausdruck der Zusammengehörigkeit der Kirchgemeinde nicht abhalten und übertrug die Ausführung eines seiner Entwürfe dem hiesigen Künstler Gustav Köhler, einem Manne, der selbst von Anfang bis zu Ende die Strapazen und Nöte des Kriegs mit durchgemacht und am eigenen Leibe noch die Folgen zu tragen hat. In der Kirche also, an dem Ort, an dem wir die Namen unserer gefallenen Helden von Anfang an gesammelt, sollen für alle Zeiten diese Namen auf bronzener Tafel verwahrt werden, uns zur heiligen Mahnung, daß das Leben der Güter höchstes nicht ist, und daß auch ein Leben, das jung seinen Abschluß gefunden, nicht umsonst gelebt

worden ist, wenn es für andere dahingegeben wurde. Mahnen sollen ihre Namen uns allezeit, ihrer wert zu sein, niemals zu vergessen, daß die Treue zum Vaterland und zur Heimat, die Treue bis in den Tod unser heiligstes Besitztum werden muß. Nicht darin allein besteht ihre Tat für uns, daß sie den Feind vom deutschen Boden ferngehalten haben. Nicht nur deswegen reden wir davon, daß sie nicht umsonst gestorben sind. Nein, sie sollen uns jetzt noch segnen, da der Krieg ein so ganz anderes Ende gefunden hat, als wir und sie erhofften. Sie sollen uns helfen, ein Neues zu bauen, nicht zu verzweifeln und dumpfem Brüten uns hinzugeben, sondern in ihrem Geiste, im Geiste des festen und treuen Zusammenstehens, des trotzigen Vertrauens, des unverzagten Mutes wirken und schaffen am Neubau unseres armen Vaterlandes. Daß auch in der Kirchgemeinde Verständnis für den Sinn der Art der Ehrung vorhanden ist, bezeugt die Opferwilligkeit aller Schichten der Bevölkerung, selbst in den Gemeinden, wo man schon, wie in Haarbrücken und Wildenheid, mit der Errichtung eines besonderen Ortsdenkmals feste Beschlüsse gefaßt hat. Das Gesamtergebnis für die Ehrentafel in der Kirche beträgt z. Z. ca. 14000 Mk.

Je länger der Krieg dauerte, je größere Ausmaße er annahm, je gewaltigere Anforderungen er an die deutsche Volkskraft stellte, desto mehr mußte auch die Schule in Mitleidenschaft gezogen werden sowohl durch Einberufung von Lehrern wie durch Ansprüche an die Schüler, und desto schwieriger mußte sich der Schulbetrieb gestalten. Es war von Anfang an Grundsatz der Schulleitung wie des Lehrerpersonals, daß in diesem Kampf, bei dem es sich um Leben und Tod des deutschen Volkes handelte, wo alles sich herzudrängte, was die Waffen führen konnte, auch die Schule das letzte aufbieten müßte, und daß von Reklamationen möglichst abgesehen werden und jeder waffenfähige Lehrer, den das Vaterland rufe, seiner Pflicht gegen dasselbe nachkommen müßte. Die durch Alter oder Dienstuntauglichkeit zurückgehaltenen Kollegen übernahmen bereitwillig Überstunden und suchten an ihrem Teil in der Heimat dem Vaterlande den Dienst der Aufopferung und Hingabe zu leisten, den die Brüder draußen im Felde darstellten. Schon gleich bei Kriegsbeginn wurden acht Lehrer eingezogen: Barnickel, Oppel, Probst, Fischer, Becher, Eckardt II, Wagner und von Berg. Ihnen folgte als Kriegsfreiwilliger Schwesinger. Während des Krieges folgten weiter: Gose, Faber, Geuther, Knorr, Luthardt, Sieber, Kratzsch, Grobe, Herbstleb, Morgenroth, Rehfeld, Schüßler, Kirchbauer, Wolf, Schäfer und Müller, von denen wegen Dienstuntauglichkeit nach längerer Abwesenheit wieder entlassen wurden: von Berg, Knorr, Sieber, Morgenroth, Rehfeld, Luthardt, Kirchbauer, Schäfer, Müller, sowie Oppel und Becher nach eingetretener Kriegsuntauglichkeit während des Feldzugs in Belgien 1914. Nicht weniger wie acht der tüchtigsten und strebsamsten Lehrer opferten ihr Leben auf dem Altar des Vaterlandes: Ludwig Barnickel, Ferdinand Fischer, Franz Eckardt, Ernst Probst, Kurt Schwesinger, Willi Kratzsch, Oswald Wolf, Paul Grobe. Verwundet kehrten zurück: Gose, Herbstleb, Wagner. In Gefangenschaft gerieten: Wagner und Geuther.

Das Gedächtnis der Gefallenen wurde jedesmal durch besondere Schulfeiern geehrt, bei denen die Liebe, die sich die Gefallenen bei Lehrern und Schülern erworben, oft zu ergreifendem Ausdruck kam.

Was die Tätigkeit der Schule selbst anbetrifft, so ist sie als eine außerordentlich mannigfaltige zu bezeichnen. Überall, wo sie gebraucht und gerufen wurde, war die Schule, Lehrer wie Schüler, auch am Platz, freiwillige Dienste zu leisten. Eine große Menge Liebesgaben an das 95. Infanterie-Regiment und 32. Landwehr-Infanterie-Regiment wurden von der Schule aus ins Feld gesandt, verschiedene öffentliche Wohlfahrtsaufführungen wurden von der Schule veranstaltet. Bei Sammlung von Geld und Liebesgaben fürs Rote Kreuz und Coburg stellte die Schule wiederholt ihre Dienste bereit. Die Lehrer leisteten Schreibhilfe auf dem Rathause, Wachdienst zur Sperrung der Straßen und zur Sicherung der Feldfrüchte, Beihilfe bei Aufnahme von Getreide, Kartoffeln, Mehl, betätigten sich eifrig bei der Goldsammlung, bei der Ausbildung der Jugendwehr und von Jung-Deutschland. Lehrer und Schüler opferten ihre freie Zeit zur Sammlung von Wollsachen, Metallen, Altpapier, Obstkernen, Brennesseln, Weißblech, Frauenhaaren, Mehlbeeren, Eicheln, Bucheckern, Kastanien, Wildgemüsen, Tee- und Arzneikräutern, Gummi, Korks, Zeitschriften und Büchern, Verkauf von Kriegsbildern und -postkarten, Sammlung von Geldspenden für die Säuglingspflege, die Kriegs- und Zivilgefangenen, für die verwundeten Krieger, für die Ludendorff-, U-Boot- und Kolonialkriegerspende. Auch bei der Werbung für die verschiedenen Kriegsanleihen stellten sich die Lehrer stets gerne zur Verfügung. Unserer Schule darf wohl das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie im Kriege ihre Schuldigkeit getan hat. Dafür sei ihr auch hierorts gedankt.

Die Pflege der schulentlassenen männlichen und weiblichen Jugend wurde, was die letztere betrifft, schon vor dem Kriege durch den hiesigen Vaterländischen Frauenverein (Marienverein) unter Leitung der Frau Förster-Gödeke geübt. Im ersten Kriegsjahr hatte man die sonst regelmäßig alle Montage während des Winters stattfindenden Abende ausgesetzt. Im zweiten Kriegswinter wurden sie mit bestem Erfolg wieder aufgenommen. Alle Montage versammelte sich im Saale des Grüntals eine Schar von 150 und mehr jungen Mädchen. Mit Gesang und kurzer Andacht pflegte jeder Abend begonnen zu werden, sodann folgte ein Vortrag des Schriftführers des Marienvereins, Sup. Reißenweber, der die Zeitereignisse beleuchtete oder, an große vaterländische Erinnerungen anknüpfend, in den Mädchen echte Vaterlandsliebe zu wecken suchte. Im zweiten Teil des Abends pflegten die Mädchen durch den Gesang von Liedern, durch Vorträge von Gedichten selbst zur Unterhaltung beizutragen. Mit nahendem Frühjahr ließ der Besuch wohl nach, doch setzte alljährlich auch in den folgenden Kriegsjahren, sobald der Winter wieder begann, der Besuch der Abende in alter Fülle wieder ein. Die nicht geringe Mühe und Arbeit, die mit der Abhaltung dieser Abende verbunden war, wurde mit umso größerer Freude und Hingabe geleistet, je mehr man wahrnahm, mit welch' warmem Interesse und dankbarem Sinn die jungen Mädchen die Abende besuchten. In der

zweiten Kriegshälfte freilich nahm die Zahl der Besucherinnen wesentlich ab infolge der allgemeinen Apathie, die die Länge des Krieges erzeugte, doch blieb ein treuer Stamm immer noch zusammen, der umso fester sich zusammenschloß, je mehr die auflösenden Tendenzen der Zeit sich geltend zu machen suchten. Erst die Kohlennot, die mit Kriegsausgang immer stärker sich fühlbar machte, und die oft auch eine Beschränkung des Gasverbrauchs in den Abendstunden zur Folge hatte, veranlaßte den Vorstand des Marienzweigvereins, die Jungmädchenabende auf Zeit zu suspendieren.

Während so die Pflege der weiblichen schulentlassenen Jugend in Anknüpfung an die schon in Friedenszeiten bestehende Einrichtung von Jungmädchenabenden auch nun im Kriege der Anordnung des Generalkommandos gemäß in gute Bahnen geleitet werden konnte, war die Frage, wie man an die männliche Jugend herankommen könnte, was doch angesichts der zu tage tretenden Verwahrlosung derselben ein dringendes Erfordernis wurde, eine um so schwierigere. Die verschiedenen früheren Versuche, die in dieser Beziehung gemacht wurden, ließen wenig Hoffnung aufkommen. Dennoch mußte auch hier ein neuer Weg gesucht werden, der zum Ziele führte. So herzandringend hatte der Aufruf des Generalkommandos gelautet, daß jeder Vaterlandsfreund und Freund der Jugend sich betroffen fühlen mußte, mit Hand anzulegen. Und auf der anderen Seite hatte das Generalkommando so innige, warme Worte gefunden, mit denen es sich an die Jugend selbst gewandt und ihnen den Ernst der Zeit, die Bedeutung der Stunde, die Not des Vaterlandes, dessen Zukunft sie selbst einmal sein sollten, vor Augen gestellt, daß man begründete Hoffnung haben konnte, auch die männliche Jugend werde, von solchen Worten in der Seele ergriffen, dem Rufe zur Sammlung und der Aufforderung, im Geiste der Zeit zu leben, sich nicht entziehen. Auf Veranlassung des Schulvorstandes, der ihm die Sache übertrug, hatte der Superintendent Reißenweber eine Anzahl Männer, deren warmes Herz für die Jugend er kannte, insbesondere die Lehrer der Volksschule zu einer Besprechung eingeladen, in der die Frage erörtert wurde. Man war sich einig darüber, daß auch die männliche Jugend unter Aufsicht und Leitung von erwachsenen Personen in wöchentlichen Abenden zur Belehrung, Unterhaltung und Spiel zusammenzurufen sei. Aller Zwang müsse selbstverständlich dabei fehlen. Man solle den jungen Leuten als Freunde gegenübertreten, die es gut mit ihnen meinten. Die Abende selbst sollten durch einen Vortrag eingeleitet werden, woran sich im Laufe des Abends eine gemütliche Unterhaltung, gemeinsame Gesänge, auch Spiel, abgesehen von Kartenspiel, anschließen könnten. Eine größere Anzahl der erschienenen Herren erklärten sich bereit, ihre freie Zeit in den Dienst der Sache zu stellen. So schritt man denn sogleich ans Werk und lud auf Sonnabend, den 13. November 1915, die schulentlassene männliche Jugend zum ersten Jünglingsabend. Über Erwarten groß war die Zahl der Erschienenen. Der Saal des Grüntal war von jungen Leuten im Alter von 15 bis 18 Jahren dicht besetzt. Der Leiter der Versammlung, Superintendent Reißenweber, legte nach kurzer Begrüßung die Grundsätze dar, nach denen man sich den Verlauf der Abende dachte.

Was man mit freudiger Zuversicht aufgegriffen, gelang. Während des ganzen Kriegs konnte die schulentlassene männliche Jugend alle Sonnabende während des Winters gesammelt werden. Zwar verlief sich die große Masse der Neugierigen, die an den beiden ersten Abenden den Saal mitfüllten, aber eine stattliche Schar von Jünglingen blieb den Abenden treu. Jährlich kamen neue nach, während ältere dem Ruf des Vaterlandes folgen mußten. Ein schönes, enges Band schloß sich um diesen Kreis, und der Geist der Vaterlandsliebe, der Treue zur Heimat, der Begeisterung für alles Schöne, Edle, Gute, das Streben nach Ausbildung einer sittlichen Persönlichkeit im Aufblick zu den großen Vorbildern deutscher Geschichte schloß die Jünglinge zusammen und machte ihnen ihre Vereinigung lieb und wert. Gegenstand der Vorträge bildeten vor allem die Ereignisse des Weltkriegs, daran schlossen sich Vorträge aus den verschiedensten Lebensgebieten. Neben dem Leiter stellten sich Bürgermeister Mosbach, Veterinärassessor Dr. Neidiger, die Lehrer Knorr, Lindner, Grobe mit Vorträgen zur Verfügung. Auf Anregung des Bürgermeisters — um für später einen Anhaltspunkt zu haben, in welcher Weise man in Neustadt Jugendpflege während des Kriegs getrieben habe — wählten die jungen Leute einen aus ihrer Mitte, der eine Niederschrift von jedem Abend machen sollte. Es ist ein stattlicher Band geworden — dieses Protokollbuch, eine schöne Erinnerung an eine schwere und doch große Zeit und an die Art und Weise, wie man diese Zeit in den Herzen der jungen Leute fruchtbar zu machen suchte.

Auch eine kleine Bibliothek wurde beschafft aus den geringen Mitteln, die zu Gebote standen. Jeder Besucher der Abende zahlte 5, später 10 Pfennige Beitrag. Außerdem hatte das Staatsministerium durch eine zweimalige Gabe von je 100 Mk. unsere Jugendbestrebungen unterstützt. Dazu kam der Überschuß aus 2 Festabenden, die zu Kaisers Geburtstag 1916 und 1917 veranstaltet wurden.

Mit dem Zusammenbruch Spätherbst 1918 lösten sich die schönen Winterabende der Jünglingsvereinigung auf, trotz lebhaftem Widerstreben etlicher Weniger, da die meisten Besucher der Kriegsabende infolge ihrer Mitgliedschaft bei anderen Vereinen, namentlich Turnvereinen, die ihre Tätigkeit jetzt wieder aufnahmen und meist ebenfalls am Sonnabend ihre Vereinsabende hatten, nicht mehr erschienen.

Mit Beginn des Kriegs wurden die in Neustadt tätigen Rote Kreuz-Schwestern vom Hauptvorstand des Marienvereins eingezogen, um ihrer eigentlichen und ursprünglichen Bestimmung, der Pflege der verwundeten und kranken Krieger sich zu widmen. Wenn man auch hierorts von Anfang an mit dieser Möglichkeit rechnen mußte, so wurde es doch recht schmerzlich empfunden, auf einmal der so gewohnten Hilfe entbehren zu müssen, und mit dankbarer Freude wurde es begrüßt, als es dem Hauptvorstand gelang, nach und nach Ersatz zu schaffen und den Betrieb der Kranken- und Wohlfahrtspflege in Neustadt in alter Weise wieder aufzunehmen, was schon im 2. Kriegsjahr wieder voll der Fall war. Zuerst wurde eine Krankenhausschwester wieder geschickt, dann auch wieder eine Gemeindeschwester angestellt, die bekanntlich von dem Marienzweigverein unterhalten wird. Ihm stand auch schon vor dem Kriege die Überwachung der Lungen-

fürsorge zu, für die ebenfalls eine besondere Schwester gestellt werden konnte. Im Laufe des Krieges wurde letztere Stelle vom Marienverein abgetrennt und in Pflege der Stadtverwaltung übernommen. Auch in der „Krippe" war eine besondere Schwester zur Pflege der Säuglinge tätig. Und endlich wurde noch gegen Kriegsende eine besondere „Fürsorgeschwester", die der besondern Umstände in den Familien sich annehmen sollte, angestellt.

Die „Krippe", ein besonderes Gebäude an der Eisfelderstraße, vom Marienvereinsvorstand in Coburg gepachtet, wurde noch kurz vor dem Kriege im Jahre 1914 fertiggestellt. Während des Krieges wurde, wie oben erwähnt, eine besondere Schwester in die Krippe gesetzt, die die Pflege von Säuglingen übernahm, besonders die Kinder derjenigen Frauen, die in der Kriegsindustrie den ganzen Tag über tätig sein mußten und erst abends ihre Kinder mit sich heimnehmen konnten. Nach dem Krieg, nach Rückkehr der gewohnten Verhältnisse, zeigte es sich jedoch, daß das Bedürfnis nach einem Säuglingsheim in Neustadt doch nicht vorhanden war. Der Hauptvorstand des Marienvereins in Coburg sah sich daher in die Notwendigkeit versetzt, die Pacht des Hauses aufzugeben und vom Plan eines Säuglingsheims bis auf weiteres abzusehen.

Auch der hiesige Kindergarten (nach Fröbel) trat während des Krieges in die Kriegswohlfahrtspflege mit ein. Eine Zeit lang wandelte er sich in ein „Kinderheim" um, in dem die zu Hause unbeaufsichtigten kleinen und größeren Kinder während des Tages von ihren Müttern, die in der Kriegsindustrie beschäftigt waren, untergebracht wurden. Vom Jahre 1918 ab wurden im Kindergartenhaus jährlich Solbadekuren von der Stadtverwaltung eingerichtet, um diejenigen Kinder, die infolge Unterernährung der Tuberkulosegefahr ausgesetzt waren, durch eine mehrere Wochen währende Badekur zu kräftigen und widerstandsfähiger zu machen. Mit der Badekur wurde zugleich die Abgabe kräftigender Speisen, die von der Kindergärtnerin zubereitet wurden, verbunden.

Abendgesellschaft. Während im Kriege die Tätigkeit aller anderen zahlreichen Vereine ruhte, hielt die Abendgesellschaft im Laufe des Winters jeden Mittwoch ihre Versammlungen ab, in denen unter Leitung des Chronikschreibers und meist von ihm selbst Vorträge gehalten wurden, die, gewöhnlich an die Kriegsereignisse anknüpfend, die Geschichte und das Leben der Völker, die in den Weltkrieg eingetreten waren, den Zuhörern vor Augen hielten, und die an ihrem Teile der später einsetzenden Aufklärungstätigkeit vorarbeiteten. Während des ganzen Krieges wurden die auf Urlaub befindlichen Feldgrauen zu den Versammlungen der Abendgesellschaft eingeladen, und viele von ihnen haben Einkehr bei ihr gehalten und, ins Feld zurückgekehrt, dankbar der schönen Stunden sich erinnert, die sie in der Heimat im Kreise lieber Freunde verleben durften. Auch haben manche von ihnen der Bitte der Mitglieder sich nicht verschlossen und aus eigener Anschauung den gespannt lauschenden Zuhörern ein Bild der schweren Kämpfe entrollt, die unsere Tapferen auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen gegen die riesige Übermacht der Feinde mit nie versagendem Heldenmut durchgefochten haben.

Es würde unserer Chronik etwas fehlen, wenn nicht zum Schluß auch noch unsern Kriegsgefangenen und ihrer Rückkehr ein kurzes Wort gewidmet würde. Die Waffenstillstandsbedingungen forderten die sofortige Freigabe aller in Deutschland gefangen gehaltenen feindlichen Soldaten, während die Feinde ihrerseits nur die Zusage gaben, daß die Heimbeförderung der deutschen Gefangenen durch die Vorfriedensverhandlungen geregelt werden sollten. Da diese sich verzögerten, die Sehnsucht des deutschen Volkes nach ihren Lieben in der Ferne, wie anderseits das heiße Verlangen der Gefangenen nach Heimkehr sich immer mehr steigerte, und da es immer mehr den Anschein gewann, als wolle man die Zurückhaltung unserer Gefangenen zum Druck bei den Friedensverhandlungen benutzen, flammte in Deutschland eine elementare Bewegung auf zur Befreiung unserer Gefangenen, die unter der tatkräftigen, zielbewußten Führung des Hauptmanns von Lersner zum „Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen" sich verdichtete. In großen Volksversammlungen durch ganz Deutschland wurde flammender Protest erhoben gegen das himmelschreiende Unrecht, das man unseren Gefangenen antue. Auch in unserer Stadt fand diese Bewegung fruchtbaren Boden. Auch hier bildete sich am 31. Januar 1919 auf Einladung der Frau Bezirksamtmann Siegel, deren Mann selbst in englischer Gefangenschaft in Kairo schmachtete, eine Ortsgruppe des Volksbundes, der sofort 91 Mitglieder beitraten, und die fortan eifrigst an dem Werke der Befreiung der Lieben aus fremder Knechtschaft mitarbeitete. Es gelang der Ortsgruppe, das allgemeine Interesse der Bevölkerung wachzurufen. Unvergeßlich sind die Versammlungen, in denen Beratung gepflogen wurde über die Mittel und Wege, das gesteckte Ziel zu erreichen. Dabei mußten wir freilich immer wieder unserer Ohnmacht uns bewußt werden und mit der Tatsache uns abfinden, daß wir weiter nichts tun könnten, als an das Gewissen unserer Feinde wie der ganzen Kulturwelt zu appellieren. Auf der anderen Seite aber konnten wir doch wenigstens unseren Gefangenen durch unsere rastlose Tätigkeit die Überzeugung einimpfen, daß wir nicht, wie die Feinde ihnen heimlich ins Ohr raunten, ihrer vergessen hätten. Je mehr die Zeit verrann, die Tage sich zu Monden dehnten, desto größer wurde die Ungeduld und die Unruhe in den Herzen derer, die um ihre Lieben bangten. Besonders waren es die Frauen, die schließlich innerhalb des Bundes sich zusammentaten, um mit dem Feuereifer des Weibes, der Mutter die Welt zu bestürmen, dieser Schande des 20. Jahrhunderts ein Ende zu bereiten. Auch in unserer Mitte machte sich der Notschrei des geängstigten Frauen- und Mutterherzens geltend. Wir halten es für unsere Pflicht, bei unserer Berichterstattung besonders anerkennend einer Frau zu gedenken, der die Mutterliebe die Zunge zu herzergreifenden Worten löste. Es ist dies Frau Anna Hofmann von hier, eine schlichte, einfache Bürgersfrau, die selbst nach Weimar reiste und dort vor den Vertretern der Reichsregierung dem Notschrei des deutschen Mutterherzens nach seinem Kinde erschütternden Ausdruck verlieh.

Doch wurde die Sehnsucht noch auf harte Probe gestellt. Noch viele Wochen vergingen, bis endlich die Kunde kam: Die Engländer und Amerikaner geben ihre

Gefangenen frei. Im September 1919 kehrten die ersten Gefangenen heim. Die Liebe der Heimat empfing die Rückkehrenden mit herzlichem Willkommen. Am Bahnhof standen, seitdem die ersten heimgekehrt, die Frauen, die Kinder Zug um Zug, um ihre Lieben zu erwarten.

Aber nachdem die englischen und amerikanischen Gefangenen heimgekehrt waren, setzte eine große Pause ein. Der alte Erbfeind hielt unsere Gefangenen immer noch fest. Monate vergingen wieder. Das neue Jahr hielt wieder seinen Einzug. Da endlich Januar 1920, nach Vollzug des Friedensvertrags in der französischen Kammer, trafen auch unsere französischen Kriegsgefangenen ein.

Die Reichsregierung hatte frühzeitig Anordnung getroffen, überall in den Gemeinden „Kriegsgefangenenheimkehren" zu bilden zu dem Zwecke, die Gefangenen würdig zu empfangen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Auch in unserer Stadt wurde eine solche „Kriegsgefangenenheimkehr" ins Leben gerufen, die mit großem Eifer und treuer Hingabe ihres Amtes waltete. Als unsere Gefangenen bis auf zwei in sibirischer Gefangenschaft schmachtenden heimgekehrt waren, veranstaltete die „Kriegsgefangenenheimkehr" eine würdige, ernste Begrüßungsfeier im Schießhaussaale am 15. April 1920, wobei der bisherige Vorsitzende im Volksbunde, Superintendent Reißenweber, die Begrüßungsrede hielt, während der Kriegsgefangene Wilhelm Martin den Dank seiner Kameraden in tiefbewegten Worten zum Ausdruck brachte.

## Rodach.

Von Stadtkämmerer F. Berner in Rodach.

Der Mobilmachungsbefehl traf am Sonnabend, den 1. August 1914, abends 6 1/4 Uhr, in Rodach ein und lautete:

„Mobilmachung befohlen, 1. Mobilmachungstag der 2. August. Dieser Befehl ist sofort ortsüblich bekannt zu machen." Wachtmeister König, der an den Feldzügen 1866 und 1870/71 teilgenommen hat, machte sogleich durch Ausläuten den Befehl der Bürgerschaft bekannt. Es war ein historischer Augenblick, in allen Straßen sammelten sich die Einwohner der Stadt und waren voller Sorge um Heimat und Vaterland.

Am 3. August wurden sämtliche kriegsbrauchbaren Pferde zur Aushebung nach Coburg gebracht. Die Aushebung fand dort auf dem Anger statt und dauerte bis zum 4. August früh 7 Uhr. Es wurde die ganze Nacht hindurch gemustert, bei strömendem Gewitterregen, ohne Rücksicht auf Menschen und Tiere. Morgens

7 Uhr waren sämtliche brauchbaren Pferde aus dem Herzogtum Coburg auf dem Transport nach den Bestimmungsorten, den Festungen Bitsch und Saarlouis.

Sonntag, 2. August, vormittags 9 Uhr, fand in der Hauptkirche der erste Abschiedsgottesdienst für die Kriegsteilnehmer statt. Der hiesige Ortsgeistliche, Oberpfarrer Sontag, schloß seine ergreifende Predigt mit den Worten: „Ziehet hinaus in den Kampf, tut eure Schuldigkeit, und betragt euch wie Christen". Die ernste Andacht war vorbei, man hörte nur das Schluchzen der Frauen, da setzte die Orgel ein und spielte — vielen zum letzten Male — „Befiehl Du Deine Wege und was Dein Herze kränkt".

Am 6. August, abends 6 Uhr, fand der zweite Abschiedsgottesdienst mit anschließender Abendmahlsfeier für die Landwehrleute statt. Die Landwehr verließ am nächsten Tage vormittags 7 Uhr unsere Stadt. Bürgermeister Langner hielt auf dem Marktplatz an sie eine Ansprache, in der er den abziehenden Familienvätern die Unterstützung ihrer Familienmitglieder durch die Stadt zusicherte. Unter Vorantritt der Rodacher Musikkapelle bewegte sich der Zug Landwehrleute, umgeben von den Angehörigen und einem großen Teil der Einwohnerschaft, nach dem Bahnhof. Unter rührendem Abschiednehmen von Weib und Kind, Mutter und Vater fuhren die zur Fahne Einberufenen in dem mit Birkenreisern geschmückten Zug von dannen.

In der gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Kollegien vom 10. August wurde zur Fürsorge für die Familien der Soldaten eine Kommission gewählt. Ferner wurde beschlossen, als Unterstützung für bedürftige Angehörige der Kriegsteilnehmer ohne Rücksicht auf die Reichsunterstützung für die Ehefrau 5 Mark, für jedes Kind 4 Mark monatlich auszuzahlen, auch die Gehälter an die einberufenen Lehrer und städtischen Angestellten fortzugewähren.

Sonntag, 16. August, nachmittags traf überraschend der Einberufungsbefehl für den gedienten Landsturm ein. Es war gerade Erntezeit, viele Landsturmmänner eilten vom Felde in ihre Wohnung, warfen den Alltagsrock ab und eilten zum Bahnhof, da sie sich schon am andern Morgen in Gotha, Kaserne Nr. 2, einfinden mußten.

Der Bahnhof war wieder mit hiesigen Einwohnern besetzt, die den Landsturmleuten ein herzliches Lebewohl zuriefen. Es war ein Händedrücken ohne Ende, in den Abteilen war Jubel und Freude, dagegen auf dem Bahnhof Weinen und Kummer.

Mitte September 1914 begannen die ersten Sendungen von Liebesgaben an die Rodacher Feldzugsteilnehmer. Die Pakete wurden in der Regel vom Rathaus und dem Pfarrhause aus zum Versand gebracht. Die Mittel hierzu wurden durch freiwillige Spenden aufgebracht.

Im gleichen Monat standen sämtliche hiesige Fabriken wegen Mangel an Aufträgen still, sodaß 2—300 Personen eine Zeit lang ohne Verdienst waren. Es wurden deshalb Notstandsarbeiten durch den Magistrat angeordnet.

An jedem Morgen trafen früh mit dem ersten Zuge die neuesten Nachrichten hier ein. Diese wurden sogleich an der schwarzen Tafel des Rathauses zum Anschlag gebracht. Bei jedem größeren Sieg gingen 4—5 Einwohner auf den Kirchturm und läuteten die Glocken. Alles strömte zum Markt, um das Neueste zu erfahren. Fast in jedem Hause lag die Landkarte auf, und eifrig wurden täglich die Stellungen und Bewegungen der Truppen festgestellt. Sah man Schulmädchen auf dem Spielplatz, so strickten sie Strümpfe für die Krieger. Sammlungen von Geld zum Ankauf von Wolle hierzu gingen monatlich von Haus zu Haus. In der Aula der Schloßschule war eine Nähstube eingerichtet, in der von fleißigen Händen Hemden usw. für die Krieger hergestellt wurden.

Oktober 1914 wurden für die Coburger Lazarette Sammlungen vorgenommen, mit deren Mitteln namentlich Kopf- und sonstige Federkissen für die Schwerverwundeten beschafft wurden.

Außerdem wurden eine große Menge eingemachter Früchte, Fruchtsäfte, Honig, Süßwein, Eier und Wurst von unserer Einwohnerschaft gespendet.

Am Donnerstag, 14. Januar, rückten 10 Mitglieder der hiesigen Sanitätskolonne ins Feld.

Im gleichen Monat begann in Rodach die Geschoßkorbfabrikation. Dadurch wurde die Arbeitslosigkeit gehoben.

Am 1. Februar trat die Beschlagnahme der Vorräte von Getreide ein. Rodach hatte folgende Vorräte:

460 Ztr. Weizen, 825 Ztr. Roggen, 677 Ztr. Gemenge,
2335 Ztr. Hafer, 355 Ztr. Weizen- und 428 Ztr. Roggenmehl.

Die ersten Brotmarken wurden am 5. März 1915 ausgegeben. Die Mehl- und Brotverkaufspreise hatten folgende Höhe:

Roggenmehl 1 Pfund 22 Pfennige,
Weizenmehl 1 „ 25 „ ,
Roggenbrot 1 „ 20 „ .

Dienstag, 1. Juni nachmittags ½3 Uhr, kamen mit dem Zuge 40 gefangene Franzosen aus dem Gefangenenlager Erfurt hier an. Diese wurden im hiesigen Schießhaussaale untergebracht und mußten die Wege in der hiesigen neu separierten Flur herstellen. Das Essen der Gefangenen wurde im Schießhaus gekocht und bestand aus: Morgenkost (1 Liter Kaffee mit Milch oder Zucker), Mittagskost (¼ Pfund Wurst und Brot) und Abendkost (Gemüse mit Kartoffeln und Fleisch). Die tägliche Brotration betrug 300 Gramm.

Vom 2. bis 4. Juli fand eine Erhebung über Anbauflächen der Grundstücksbesitzer statt. Das Ergebnis war hier folgendes:

Angebaut waren mit Winterweizen . . . 51 ha
Sommerweizen . . . 6 „
Winterroggen . . . 52 „
Gemenge (Roggen und Weizen 38 „

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Gerste | . | . | . | 13 | ha |
| Hafer | . | . | . | 118 | „ |
| Kartoffeln | . | . | . | 106 | „ |

An Vieh waren vorhanden: 54 Pferde, 393 Rinder, 738 Schweine, 3 Schafe und 745 Ziegen.

Am Jahrestag der Kriegserklärung, am 1. August 1915, wurde zum Gedächtnis an die Gefallenen in Stadt und Land mittags 12—1 Uhr in drei Absätzen mit allen Glocken geläutet. Es war ein dankbares Gedenken an die Ruhmestaten unserer braven Krieger zu Land und zur See, dargebracht in der frohen Zuversicht, daß die Zukunft uns bald den endgültigen Sieg über unsere Feinde bringen werde.

Im September wurde die große kupferne Braupfanne aus dem städtischen Brauhause dem Vaterlande geopfert. Sie war 10½ Zentner schwer und wurde mit 1590 Mark bezahlt. Es wurde zugleich von der Stadtvertretung der Beschluß gefaßt, den Betrieb im städtischen Brauhause aufzugeben.

Am Sonntag, 24. Oktober, fand auf dem Schloßhofe die Nagelung dreier eiserner Kreuze zum Besten der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Krieg Gefallenen statt. Die Einnahme betrug 2051 Mark.

Unsere Schulverhältnisse wurden durch die Einberufung der Lehrkräfte zum Heeresdienste sehr in Mitleidenschaft gezogen. Anfang 1916 waren nur noch sechs Lehrkräfte zur Verfügung: außer dem Rektor Müller die Lehrer Brückner und Dresselt, sowie die Lehrerinnen Bartholomeus, Brauer und Derks. Durch Zusammenlegung der verschiedenen Klassen und Einrichtung gemischter Klassen war es möglich, den Unterricht aufrecht zu erhalten.

Die am 1. Februar 1916 stattgefundene Volkszählung ergab folgende Zahlen: In 699 Haushaltungen waren 951 männliche und 1558 weibliche Bewohner. Darunter waren

| | | |
|---|---|---|
| 49 | Kinder | bis zu einem Jahr |
| 52 | „ | von 1—2 Jahren |
| 71 | „ | „ 2—3 „ |
| 209 | „ | „ 3—6 „ |
| 400 | „ | bis zu 14 „ |

Einen herrlichen Frühling brachte uns das Jahr 1916. Die Obstbäume waren voll von Blütenknospen. Die Wintersaaten standen prächtig, mit der Frühlingssaat wurde begonnen, und oft sah man die Frau eines Kriegers hinter dem Pfluge herschreiten. Auch die Aufarbeitung des Holzschlages war hauptsächlich von Frauen in Angriff genommen und durchgeführt worden. Ihnen gebührt auch an dieser Stelle hohes Lob. Die Brennholzpreise waren durch den Kohlenmangel ungeheuer gestiegen:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| ein Raumeter | hartes | Holz | kostete bis zu | 90 | Mark, |
| „ „ | weiches | „ | „ „ | 60 | „ |
| „ Schock | hartes | Reisig | „ „ | 60 | „ |

Im Juni 1916 wurden die zinnernen Orgelpfeifen unserer Hauptkirche beschlagnahmt und abgeliefert. Sie hatten zusammen ein Gewicht von 178 Pfund. Die Kirchkasse erhielt dafür 610 Mark. Dieser Betrag wurde als Orgelfonds besonders angelegt und soll dazu dienen, später wieder Ersatz zu schaffen.

Auch die bronzenen Kirchenglocken unterlagen der Beschlagnahme und mußten, soferne sie nicht geschichtlichen oder Kunstwert hatten, ihr Geläute verlassen und in die Kanonengießerei wandern. Am Dienstag, 26. Juni, abends 9 Uhr erklang das letzte volle Geläute. Die große Glocke wurde am 27. und 28. Juni aus dem Glockenstuhl herausgenommen, zerschlagen und die einzelnen Stücke durch das nördliche Schalloch des Turmes herabgeworfen. Sie wog 22 Zentner 30 Pfund. Entschädigt wurden hierfür im Ganzen 3232 Mark. Ebenso erging es der kleinen Rathausglocke. Erst am 28. Dezember 1917 wurden beide Glocken an das Kupferwerk Ilsenburg a. H. zum Einschmelzen abgeschickt. Um das Schlagwerk in Tätigkeit zu erhalten, wurden für beide Glocken Stücke von Eisenbahnschienen angebracht.

Helle Freude weckte der Glockenklang am Sonnabend, 9. Februar 1918. Wenn bisher die Glocken nur immer von blutigen, siegreichen Schlachten redeten, so war es diesmal der erste Klang der Friedensglocken, der an unser Ohr drang. Die Ukraine hatte mit den Mittelmächten Frieden geschlossen.

Im Mai 1918 begann die Laubheugewinnung für die Heeresverwaltung. Die älteren Schulkinder holten mit ihren Lehrern aus der unteren und oberen Waldung das Streulaub, das auf dem Kirchenboden getrocknet und dann in Papiersäcken versandt wurde. Im ganzen gingen 200 Zentner in den Monaten Juli und August an die Heeresverwaltung ab.

Ein großer Mangel an Kleingeld trat ein. Die Stadtverwaltung ließ Kriegsnotgeld prägen. Es wurden zunächst
6000 Stück 50 Pfennig-, 20000 Stück 10 Pfennig- und 10000 Stück 5 Pfennigstücke zur Ausgabe gebracht.

Die Umsturzbewegung in der Zeit vom 7. bis 10. November 1918 ist in Rodach in größter Ruhe verlaufen. Am 9. November nachmittags trafen hier die ersten Nachrichten über den Ausbruch der Revolution ein.

Täglich kamen, zwar vereinzelt, unsere wackeren Streiter in die Heimat zurück. Zu Ehren der Heimkehrenden war am Bahnhof eine Ehrenpforte errichtet. Außerdem hatten fleißige Hände die Häuser der Hauptstraßen mit Guirlanden und Fahnen geschmückt. Uns allen krampfte sich das Herz zusammen, daß wir die Heimkehrenden nicht unter feierlichem Glockengeläute und mit Festlichkeiten begrüßen konnten. Das unglückliche Ende des Krieges drückte jede Freude nieder.

634 Rodacher waren ins Feld gerückt, sie standen an allen Fronten, in Frankreich, Belgien, Rußland, Rumänien, Mazedonien und Italien.

127 von ihnen sind gefallen, an Verwundungen und Krankheiten gestorben. 118 ruhen in Feindesland, und 9 haben wir auf unserem Friedhof in feierlicher Weise zur letzten Ruhe gebettet.

# Königsberg i. Fr.

Von Rektor J. Fenler in Königsberg.

Es war am Sonnabend, den 1. August 1914. Bleiern schwer lastete seit Wochen die drückende politische Gewitterschwüle auf den Gemütern. Die bangen Fragen: Was werden die nächsten Stunden bringen? Wird der Krieg zu vermeiden sein? ließen keine rechte Arbeitsfreudigkeit mehr aufkommen, alles sehnte sich nach Erlösung aus quälender Ungewißheit. Da, gegen 6 Uhr abends, hörte ich, wie am benachbarten Postgebäude die schicksalsschwere Bekanntmachung angeschlagen wurde. „Mobil!" schallte es durch die Straßen unseres Städtchens, und schon im selben Augenblick verkündeten die ehernen Stimmen der Glocken den Beginn des größten aller Kriege. Aus den Häusern stürzten die Männer, die Frauen und standen, von den fragenden Kindern umgeben, in aufgeregten Gruppen zusammen, Gedanken austauschend über die nun kommenden schweren Zeiten für Familie, Gemeinde, Heimat und Vaterland. Schlummerlos war für die meisten Einwohner des Städtchens die stille Augustnacht.

Der folgende Sonntag, der 1. Mobilmachungstag, fand die ganze Gemeinde zum erhebenden Gottesdienst versammelt. Leises Schluchzen und Weinen mischte sich aus den dichtgedrängten Reihen in den Gesang des Liedes „Befiehl du deine Wege", voll Ergebung lauschte man den Worten des Geistlichen, der milden Trost in die Herzen zu senken bestrebt war, und gläubig gingen alle, die in den nächsten Tagen ins Feld ziehen sollten, den Ernst der Stunde fühlend, noch einmal mit ihren Angehörigen zum heiligen Abendmahl.

Ein anderes Bild brachte der nächste Morgen. Vor dem „Goldenen Stern" auf dem Marktplatz versammelten sich die Reservisten Königsbergs und der umliegenden Orte. Vaterlandslieder erschallten, überall ein lebendiger Verkehr, ein letzter, inniger Austausch der Gedanken, während freundliche Hände den Scheidenden Gaben der Liebe reichten. Dann noch eine photographische Aufnahme, und unter Vorantritt des Trommler- und Pfeiferkorps der Schule ging es zum Bahnhof. An den Straßen standen Männer, Frauen und Kinder und winkten den Ausziehenden mit tränenfeuchten Blicken „Lebewohl" zu. Am kleinen Bahnhof hatte sich fast die ganze Einwohnerschaft des Städtchens und der benachbarten Dörfer zusammengefunden. Noch ein letzter Händedruck, ein letztes Abschiednehmen, als der mit dem Kaiserbild, mit Blumen und Kränzen geschmückte Zug von Hofheim eindampfte, aus dem ein donnerndes Hurra der aus dem Haßgau einrückenden Reserve erschallte, und hinein ging's zu den bayrischen Kameraden. Unter dem begeisterten Gesang „Es braust ein Ruf wie Donnerhall" setzte sich der Zug in Bewegung. Noch lange flatterten die Tücher und winkten die Hände, bis die letzten Wagen hinter der Anhöhe verschwunden waren. Dann kehrte man ernsten Sinnes zur täglichen Arbeit zurück. Einige Tage später, am 5. August, und dann

am 16. August zeigte sich das gleiche Bild beim Abschied der Landwehr und des so plötzlich aufgebotenen Landsturms.

Wie überall so hatten auch in unserem Frankenlande die wilden Gerüchte von Spionen, von feindlichen Autos, die Gold von Frankreich nach Rußland bringen sollten, die Bevölkerung in Aufregung versetzt, die durch telegraphische und telephonische Meldungen von Coburg noch vergrößert wurde. An den Eingängen des Städtchens und der Dörfer wurden bewaffnete Posten aufgestellt, und als eines Vormittags der Ruf „Sie kommen!" sich blitzartig verbreitete, da wurden im Nu Hindernisse aus Holz, umgestürzten Eggen, Bänken und Wagen errichtet, beherzte Männer eilten, mit Prügeln, alten Gewehren, mit Revolvern, sogar mit alten Säbeln bewaffnet, hinaus zum Kreuzweg, wo das verdächtige Auto — nicht erschien. Fortan wurde Tag und Nacht ein regelmäßiger Wach- und Patrouillendienst, von den waffenfähigen Männern und Jünglingen versehen, unterhalten. Ein friedliches Bild, wenn alte Leute, die noch niemals in ihrem Leben ein Gewehr in den Händen gehabt hatten, die Waffe zwischen den Knien, auf Stühlen neben dem schnell errichteten Schlagbaum saßen und freundlich die ein- und ausgehenden Personen grüßten. Allmählich legte sich die aufgeregte Stimmung, die wilden Gerüchte verstummten, und das ruhige Leben in Königsberg nahm seinen Gang wie früher, nur unterbrochen durch das Eintreffen der ersten guten Kriegsnachrichten, die vor dem Postgebäude mit Jubel und Begeisterung entgegengenommen wurden.

Die allgemein gehegten Hoffnungen auf ein schnelles, siegreiches Ende des Krieges erfüllten sich leider nicht. Immer weitere Einberufungen verminderten die Zahl der männlichen Einwohner des Städtchens und der Dörfer, deren Arbeit nun von den Frauen, Kindern und alten Männern geleistet werden mußte. Welches Heldentum haben unsere Frauen während des Krieges in der Heimat bewiesen, ebenbürtig den Männern, die draußen das Vaterland verteidigten! Vom frühen Morgen bis zum späten Abend hin waren sie im Hause und auf dem Felde angestrengt tätig, um die des Führers entbehrende Wirtschaft fortzuführen. Ohne Murren, dabei von schweren Sorgen um die Lieben draußen im Felde bedrückt, leisteten sie fast Übermenschliches. Trotz aller Anstrengung konnte in manchem Hause die Arbeit nicht bewältigt werden. So kamen nun auch nach unserem Städtchen, wie schon vorher nach Altershausen und Kottenbrunn, französische und russische Gefangene, die sich im allgemeinen fleißig und anstellig zeigten und große Freiheiten genossen, wohnten sie doch bei uns nicht, wie in den benachbarten bayrischen Ortschaften oder in Nassach, in einem gemeinsamen Heim, sondern bei den Arbeitgeberinnen und konnten, wenigstens in der ersten Zeit, am Sonntag ihre Kameraden in den Dörfern besuchen und bei gemeinsamen Mahlzeiten die Zeit verkürzen. Am widerspenstigsten waren die gefangenen Engländer, besonders draußen in Nassach, am willigsten wohl ein französischer Bankbeamter aus Paris, der hier in Königsberg interniert war. Fluchtversuche, geglückte und mißglückte, regten nicht mehr auf. Die Gefangenen durften nach und nach in die Heimat zurückkehren, die letzten verließen unser Städtchen am 22. November 1918.

Auch andere fremde Gäste, zwei aus Mülhausen ausgewiesene Elsässer, fanden in Königsberg Unterkunft. Als „Internierte" wohnten sie im „Goldenen Stern" und machten sich durch Handreichungen, Gartenarbeiten, Pilzsammeln nützlich. Täglich mußten sie sich bei dem Bürgermeister melden. 1917 durften auch sie wieder abreisen.

In dieser Zeit fanden sich viele Sommerfrischler, die das Frankenstädtchen der guten Verpflegung wegen, die man noch zu billigen Preisen in den hiesigen Gasthöfen haben konnte, hier ein, von den Einwohnern nicht gerade mit freundlichen Blicken angesehen, da sich die Gäste nicht nur erholten, sondern auch unheimlich „hamsterten" und so die Preise für die Lebensmittel in die Höhe trieben. Denn mit der Abschließung unseres Vaterlandes vom freien Welthandel durch die Blockade der Engländer begann die allmähliche Rationierung der wichtigsten Lebensmittel, die nur noch auf „Karten" — Brot-, Fleisch-, Lebensmittel-, Fettkarten usw. — abgegeben wurden. (Wir denken noch mit Grauen zurück an das stundenlange Stehen in Wind und Wetter vor der Türe des Metzgers, um endlich nach manchem Puff und Tritt 125 Gramm Fleisch in Empfang nehmen zu können.) Da aber niemand mit den zugewiesenen Mengen reichen konnte, so setzte nun das „Hamstern" auf dem Lande, der Schleichhandel ein, der besonders auch in unserer Gegend in hoher Blüte stand. Der Grund war wohl in dem Umstand zu suchen, daß auf dem Kaiserl. Postamt eine Kontrolle zuerst nicht stattfand und alle hier aufgelieferten Pakete von der bayrischen Post nicht geöffnet werden durften. Auf einem Leiterwagen wurden täglich die vielen schweren Postsendungen (8—10 Zentner) zur Bahn gefahren. Die Einnahmen der Post erhöhten sich in kurzer Zeit auf das drei- und vierfache, die Einnahmen verschiedener Einwohner aus Königsberg, Hellingen, Altershausen und Unsinden auf das vielfache, so daß die reichen Gewinne gar manche Schuldenlast verschwinden ließen. Als aber der „Handel" zu toll getrieben wurde, da setzte auch hier die Kontrolle ein, und gar manche verdächtige Kiste, manches schwere Paket wanderte zur Öffnung auf das Rathaus. Erwähnt möge noch werden, daß bei der hiesigen Postanstalt nach der Einberufung der Briefboten weibliche Kräfte eingestellt wurden, die den Dienst in Königsberg und in den Landorten zur Zufriedenheit besorgten, aber doch herzlich froh waren, als sie am 1. Januar 1919 entlassen werden konnten.

Nicht nur in das Leben der einzelnen Familien, auch in das gemeindliche griff der Krieg mit rauher Hand ein. Angeschlossen an die vereinigten Kommunalverbände des Herzogtums Coburg und daher von dem entfernten Coburg abhängig, stand die Lebensmittelversorgung nicht immer auf voller Höhe. Städtische Beamte waren zum Heeresdienst einberufen, die übrigen waren mit Arbeit überlastet. Das Bürgermeisteramt konnte die mit der zunehmenden Not sich häufenden Arbeiten — Kartenausgabe, Bezugsscheine für Kleider, Wäsche, Schuhwerk, Brot- und Kartoffelversorgung, Mahlscheine, Zuweisungen, An- und Abmeldungen — nicht mehr bewältigen, eine besondere Lebensmittelstelle wurde geschaffen. Das Rathaus, dessen geplanter Umbau durch den Krieg verhindert wurde, war zum Lagerhaus geworden: im altehrwürdigen Rathaussaal lag das abgelieferte Getreide, in den

Wachtmeister König gibt der Bürgerschaft zu Rodach am Sonnabend, den 1. August 1914, abends ½7 Uhr den Mobilmachungsbefehl durch „Ausläuten" bekannt.

Sieg!

Vorplätzen standen die Mehl- und Zuckersäcke, oft bis zur Decke reichend, daneben Marmelade-Eimer, Heringstonnen, Kisten, im Kämmereizimmer, das zeitweise einem Trödlerladen glich, sah man die abgelieferten Gummibereifungen, Gummiabfälle, an der Wand die für die Arbeiterbevölkerung abgegebenen Männeranzüge, unter der Treppe lagen alte, abgelegte Schuhwaren, Kupfer- und Messinggeräte, im Volksbüchereizimmer die von hausgeschlachteten Schweinen abgegebenen Fleischmengen, beschlagnahmte Hamster- und Schleichhändlerwaren.

Im allgemeinen waren die für Heereszwecke der Beschlagnahme verfallenen Geräte und Gegenstände aus Zinn, Kupfer und Messing willig abgegeben worden, man hatte sich darein gefunden, immer neue Opfer zu bringen. Mit den Glocken von Köslau, Dörflis, Nassach und Altershausen zog auch unsre kleinste Glocke ins Feld — die anderen drei blieben ihres geschichtlichen Wertes wegen erhalten —, kehrte aber Anfang Januar 1921 an ihren alten Platz zurück, nachdem sie ein glückliches Geschick vor dem Einschmelzen bewahrt hatte. Dagegen wanderten die großen, schweren Prospektpfeifen unsrer neuen Orgel noch im September 1918, nachdem man sie lange zurückgehalten hatte, in den Krieg, — ohne das nahende Unglück wenden zu können.

Wie groß die Opferfreudigkeit unsrer Bewohner in den Zeiten der Not war, mögen noch einige Angaben veranschaulichen. Gleich in den ersten Tagen des Krieges wurde durch Damen des Marienvereins eine Haussammlung veranstaltet, deren Ertrag von 747 Mark zur Hälfte dem Roten Kreuz, zur Hälfte zur Unterstützung bedürftiger Familien von Kriegsteilnehmern verwendet wurde. Durch Sammlungen und vielfache mildtätige Zuwendungen konnte der Marienverein durch Verteilung von Brot, Fleisch und anderen Lebensmitteln viel Gutes wirken, besonders 1914—1916. Im Laufe des Krieges wurden dann durch unseren Ehrenbürger, Eduard Lingel aus Erfurt, größere Summen bis zu 10000 Mark zur Linderung der Not der Stadt überwiesen, die auch aus eigenen Mitteln gegen 8000 Mark hierzu beisteuerte. Auf die Veranstaltungen der Vereine zum Besten der Krieger, der Verwundeten, der Gefangenen und der Kriegshinterbliebenen, auf die mannigfachen Sammlungen, zu denen die hiesigen Isolierrohr-Werke wiederholt größere Beiträge bewilligten, ist bereits hingewiesen, auch die Nagelung zweier Eiserner Kreuze nach vorausgegangenem Festgottesdienst erbrachte eine stattliche Summe (484,50 Mark). Nicht unerwähnt soll bleiben die freudige Verzichtleistung unsrer Schüler auf die Weihnachtsgaben, der Mädchen auf die ihnen stiftungsgemäß zustehende Wolle und Leinwand zu Gunsten der im Felde stehenden Krieger, die des öfteren durch Liebesgaben-Sendungen erfreut wurden.

Besonders fühlbar wurde die Kriegszeit für die hiesige Schule. Gleich zu Anfang des Krieges wurden die drei Lehrer zum Heeresdienst einberufen, und als nach den verlängerten Sommerferien der Unterricht beginnen sollte, stand keine Lehrkraft zur Verfügung. Aushilfsweise unterrichteten bis 1915 Superintendent Epler, Edmund Kipp und Frl. Medicus, dann traten wieder Lehrer ein, und bis zum Ende des Krieges hatten zwei Lehrkräfte die gesamte Arbeitslast zu bewältigen.

Die Schule zu Köslau war auch verwaist, die Kinder wurden in Dörflis mit unterrichtet, Hellingen sandte seine Kinder zuerst nach Königsberg, bis wieder eine Lehrkraft verfügbar war. In Nassach unterrichtete zeitweise der Geistliche. Bei der Überfüllung der Klassen, den vielen Versäumnissen der Kinder, die zur Unterstützung der Mutter bei Haus- und Feldarbeit benötigt waren, konnten die Unterrichtsziele nur teilweise erreicht werden. — An den kriegerischen Ereignissen nahm die Schule regen Anteil. Die großen Siegesbotschaften, durch Glockengeläute kund getan, wurden gebührend gewertet. Der Unterricht in den meisten Fächern nahm Bezug auf das große Weltgeschehen. Die Sammlungen der Kinder (Gold, Metalle, Papier, Gummi, Stanniol, Arzneikräuter, Wildgemüse, Brennesseln, Obstkerne, Laubheu usw.) waren recht ertragreich, für das Rote Kreuz, für die Verwundeten in den Lazaretten, für Ostpreußen, für die im Felde stehenden Soldaten flossen reiche Liebesgaben, vermehrt durch Veranstaltungen der Vereine und des Jugendbundes. Auch im übrigen bewährte sich die werktätige Nächstenliebe in Königsberg: unterernährte Stadtkinder aus Coburg und Neustadt fanden in Bürgerhäusern und in den Dörfern gastliche Aufnahme, im darauffolgenden Jahre Kinder aus Barmen im hiesigen Sanatorium, das während der Kriegszeit seinen Betrieb eingestellt hatte. Der leitende Arzt, Dr. Hartig, war ebenfalls einberufen worden, und unsre Kranken waren auf die Ärzte von Hofheim und Haßfurt angewiesen. Zum Glück war der Gesundheitsstand im allgemeinen ein guter, nur die Grippe, die kein Haus verschonte, forderte auch hier und in den Dörfern einige Opfer.

Die „neue Industrie" — Geschoßkorbherstellung — fand hier keinen Eingang, die hiesige Fabrik, in der viele Kriegerfrauen Arbeit fanden, richtete sich wohl auf Heereslieferungen ein und erlangte dadurch verschiedene Entlassungen von Heeresangehörigen, verließ aber dann diesen Zweig und wandte sich ausschließlich wieder der Herstellung von Isolierrohren und Zubehörteilen zu.

So schwand ein Kriegsjahr nach dem andern. Draußen im Feld, in Frankreich und Flandern, in Polen und Rußland, in Italien und Rumänien standen unsere tapferen Soldaten in den vordersten Linien und in den Etappen. Gar manchmal erschienen sie auf Heimaturlaub, einige glückliche Tage mit den Lieben verlebend, um dann wieder hinaus in den grauenvollen Krieg zu ziehen. Erschütternde Todeskunden trafen ein und lösten in der Einwohnerschaft die innigste Teilnahme mit den betroffenen Familien aus. Der Gefallenen wurde in den sonntäglichen Gottesdiensten in ehrender Weise gedacht. 198 waren im Laufe des Krieges hinausgezogen, 23 hatten den Heldentod auf dem Schlachtfelde gefunden, 6 waren an Krankheiten verstorben, 3 werden noch vermißt. Die meisten unserer Tapferen hatten sich neben anderen Kriegsauszeichnungen das eiserne Kreuz zweiter, drei Krieger das eiserne Kreuz erster Klasse erworben.

Nach dem furchtbaren Zusammenbruch im November 1918 kehrten auch unsere Königsberger nach und nach in die Heimat zurück, wenn auch nicht als Sieger, so doch als Unbesiegte. Ihnen wurde von der dankbaren Stadt eine würdige Willkommenfeier veranstaltet. Nach einem gemeinsamen Kirchgang und einer festlichen

Begrüßung auf dem Marktplatz fand in den verschiedenen Wirtschaften des Städtchens das Festmahl statt, dem sich abends noch ein Festball anschloß. Auch den Gefangenen wurden nach ihrer Rückkehr aus schwerer Leidenszeit dieselben Ehren erwiesen, große Freude herrschte, als mit Beginn des Jahres 1921 ein schon längst Toterklärter unerwartet in der Heimat bei seiner Familie eintraf.

Ein Ehrenhain auf unserem schönen Schloßberg wird errichtet werden zum ehrenden Gedächtnis für unsre braven Gefallenen, zugleich aber auch als mahnendes Zeichen für das lebende und kommende Geschlecht, einzustehen mit allen Kräften für die Wiederbefreiung unseres armen Vaterlandes aus der schmachvollen Knechtschaft und für seine Emporführung zu neuer Macht und Größe.

## Das Postamt.

Von Oberpostsekretär Faber.

Mit dem Ausbruch des Krieges traten auch im öffentlichen Verkehrswesen wesentliche Änderungen ein. Die Eisenbahnen waren mit dem Transport der Truppen und des Kriegsmaterials zu den Kriegsschauplätzen derart in Anspruch genommen, daß sie für den Transport der Postpäckereien nur noch wenig Raum übrig hatten, in der Paket- und Briefbeförderung trat daher zuerst eine Stockung ein. Dagegen steigerte sich der Telegramm- und Fernsprechverkehr derart, daß sämtliche Telegraphen- und Fernsprechleitungen wochenlang überlastet waren.

Alsbald setzte auch ein starker Briefverkehr mit den Heeresangehörigen ein, der noch durch die Einführung der Päckchen einen erhöhten Umfang annahm. Der Verkehr wurde so gewaltig, daß zur Bearbeitung der Päckchenpost besondere Verteilungsstellen beim Postamt eingerichtet werden mußten. Von dem für das Feldheer zugelassenen Paketverkehr wurde weniger Gebrauch gemacht, da in der Beförderung größerer Sendungen infolge der häufigen Truppenverschiebungen sehr oft größere Verzögerungen eintraten.

Da die Päckchenpost im Publikum gute Aufnahme gefunden hat, ist diese im Kriege entstandene Einrichtung von der Reichs-Postverwaltung beibehalten worden.

Wenngleich von dem Personal des Postamts mit Ausbruch des Krieges 56 Beamte zum Heeresdienst eingezogen wurden, so wurde doch versucht, die Dienstgeschäfte in unveränderter Weise mit dem Personalbestande aufrecht zu erhalten.

Für die fehlenden Beamten wurde ungeschultes Aushilfspersonal eingestellt und mit den Bestimmungen des Postbetriebsdienstes notdürftig vertraut gemacht. Das Hilfspersonal, das hauptsächlich aus Ortsangesessenen bestand und daher mit den örtlichen Verhältnissen vertraut war, wurde vorwiegend im Ortsbestelldienst beschäftigt. Berücksichtigung fanden in erster Linie Kriegerwitwen, Kriegerfrauen und später Kriegsbeschädigte. Unter fortwährendem Personalwechsel hatte ganz besonders

die Posthalterei Coburg zu leiden. Gleich zu Beginn des Krieges wurden sämtliche Postillione zur Fahne einberufen. Da in diesem Dienstzweige weibliches Personal nicht verwendet werden konnte, so blieb keine andere Wahl, als Jünglinge zwischen dem 16. und 18. Lebensjahre oder Männer in vorgerücktem Lebensalter einzustellen, die für den Postfuhrdienst meistens nicht das richtige Verständnis hatten. Zum Geschäftsbereich des Postamts zählen noch 10 Postagenturen und 62 Post- bezw. Telegraphenhilfsstellen, außerdem ist dem Postamt auch die Leitung und Beaufsichtigung des Postbetriebes auf den Eisenbahnkursen Coburg-Neuhaus am Rennweg, Coburg-Rodach und Coburg-Rossach übertragen. Diese Verkehrseinrichtungen bestanden schon vor dem Kriege, das Postamt hatte daher auch dafür zu sorgen, daß während der Kriegsdauer Störungen dienstlicher Art bei diesen postalischen Einrichtungen nicht eintraten. Nennenswerte Störungen sind auch im gesamten Postbetriebe dank der aufopfernden Tätigkeit des zurückgebliebenen Personals nicht vorgekommen, auch sind sonst wesentliche Änderungen in den Verkehrseinrichtungen nicht vorgenommen worden.

Durch Verlegung einzelner Postzüge und Einführung der achtstündigen Arbeitszeit war es notwendig geworden, in den Bestelleinrichtungen Änderungen eintreten zu lassen. Die viermalige Ortsbriefbestellung vor dem Kriege wurde während des Krieges in eine dreimalige und später in eine zweimalige Bestellung umgewandelt. Ebenso wurde statt der zweimaligen Geld-, Paket- und Landbestellungen eine einmalige Bestellung eingeführt. Diese Maßnahmen haben sich bewährt und werden auch künftig beibehalten werden.

Der vor dem Kriege bestandene Kraftwagenverkehr nach dem Thüringer Wald wurde Anfang August 1914 wieder aufgehoben, da die Fahrzeuge zu militärischen Zwecken gebraucht wurden.

Von den infolge Mobilmachung zur Fahne bezw. Feldpost einberufenen Angehörigen des Postamts sind fünfzehn nicht in die Heimat zurückgekehrt, sie haben ihr Leben auf dem Felde der Ehre dem Vaterland zum Opfer gebracht.

## Das Eisenbahn-Betriebsamt.

Von Oberingenieur Kandler.

Wenn auf Grund persönlicher Erlebnisse über die Gestaltung der Coburger Eisenbahnverhältnisse während des Weltkrieges das Wissenswerte hier niedergelegt werden soll, so muß vorerst die Entwickelung des Eisenbahnwesens unserer engeren Heimat bis zum Tage des Kriegsausbruches in kurzen Umrissen skizziert werden, denn nur auf dieser Grundlage ist eine Beurteilung der Geschehnisse allein möglich.

Es dürfte noch allgemein bekannt sein, daß die teils durch Coburger Gebiet führenden, 1859 von der Werrabahngesellschaft erbauten Bahnen von Eisenach nach Lichtenfels und von Coburg nach Sonneberg und die rein coburgische Strecke nach Rodach am 1. Oktober 1895 durch Kauf an den preußischen Eisenbahnfiskus übergingen. Ein erheblicher Aufschwung des Eisenbahnverkehrs war die unmittelbare Folge, neue Bahnstrecken — Creidlitz - Rossach und Ebersdorf - Weidhausen — wurden gebaut (Inbetriebnahme beider Strecken 1901), neue Bahnhöfe angelegt, so 1903 der große Güterbahnhof südlich von Coburg, andere Bahnhöfe wurden erheblich erweitert.

Die Zahl und Stärke der Züge hatte sich bereits in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts derart vergrößert, daß aus Gründen einer glatten und gefahrlosen Abwickelung des lebhaften Personenverkehrs im Jahre 1911 mit der einem vollständigen Neubau gleichkommenden Erweiterung des Personenbahnhofs Coburg begonnen wurde.

Wenn auch keine der vorgenannten Bahnen strategische Bedeutung hatte oder zu den großen Durchgangslinien des Weltverkehrs gerechnet werden kann, so spielte sich doch auf denselben ein umfangreicher Personen- und Güterverkehr ab, der stetig zunahm, sodaß man, um Coburg mehr an den Fernverkehr anzuschließen und dieserhalb mehr Züge über die alte Werrabahnstrecke Eisenach - Lichtenfels leiten zu können, mit dem zweigleisigen Ausbau derselben auch zwischen Eisfeld und Coburg bereits vor Kriegsausbruch begonnen hatte.

Wir hatten in den Jahren 1913 und 1914 einen Fahrplan, der, wenn er auch noch einiges zu wünschen übrig ließ, doch recht gute Anschlüsse nach Süden über Lichtenfels, nach Westen über Eisenach und nach Norden über Grimmenthal und Stockheim aufwies. Es verkehrten vor Kriegsausbruch über Bahnhof Coburg:

1. Von und nach Lichtenfels:
   4 Schnellzüge,
   17 Personenzüge,
   10 Güterzüge,
2. von und nach Eisenach:
   5 Schnellzüge,
   15 Personenzüge,
   9 Güterzüge,
3. von und nach Sonneberg:
   23 Personenzüge,
   4 Güterzüge, die teils nach Lauscha, teils nach Sonneberg weiter gingen,
4. von und nach Rossach:
   14 gemischte Züge,
5. von und nach Rodach:
   13 gemischte Züge,

6. von und nach Weidhausen:
14 gemischte Züge, die teils in Ebersdorf Anschluß an die Züge der Richtung Coburg-Lichtenfels hatten, teils bis Coburg gingen.

Man trug sich allgemein mit der Hoffnung, daß dieses Fahrplannetz nach Fertigstellung des zweiten Gleises bis Eisenach und des neuen Personenbahnhofes Coburg noch wesentlich verbessert werde. Man war berechtigt zu der Hoffnung, daß die schöne Residenz am Idisstrand immer mehr dem großen Verkehr angeschlossen werde, als auf einmal der plötzlich ausbrechende Weltkrieg mit rauher Hand dazwischen fuhr und alle Hoffnungen vernichtete.

Das folgenschwere Telegramm „Mobilmachung befohlen!" hatte auch im Eisenbahnbetrieb manche tiefgreifende Umgestaltung herbeigeführt. Noch in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August 1914 sandte das Eisenbahn-Betriebsamt Coburg Sonderzüge nach allen Richtungen aus, in denen sich je ein Beamter befand, der die bisher geheim gehaltenen Fahrpläne und sonstigen auf die Mobilmachung Bezug habenden Anordnungen den Bahnhofsvorstehern mit den nötigen Weisungen übergab.

Ruhig ging auch am nächsten und in den folgenden Tagen, Wochen und Monaten nicht nur in der Heimat, sondern im ganzen Deutschland der Eisenbahnbetrieb wie ein Uhrwerk seinen Gang.

Mit dem dritten Mobilmachungstage hörte der Friedens-Fahrplan auf, und der Militär-Fahrplan trat am vierten Mobilmachungstage in Kraft, der, mit dem vorstehend aufgeführten verglichen, wesentlich anders aussah.

Alle, die geschäftlich oder zur Erholung auswärts, in den Bergen oder an der See weilten, kehrten in den ersten Augusttagen eiligst zu den heimatlichen Penaten zurück. In drangvoller Enge stand oder hockte man auf dem Reisegepäck in den überfüllten Zügen, wennn man so glücklich war, letzteres mit zu bekommen. Mancher Koffer gelangte erst nach Wochen in der Heimat an.

Bald ging es in anderem Tempo durch die Lande, es wurden nur noch die sogenannten Militärlokalzüge gefahren, die alle mit gleicher Geschwindigkeit dahinrollten, ohne auf Anschlüsse an den Übergangsstationen Rücksicht zu nehmen. In erster Linie dienten sie den militärischen Bedürfnissen und dem Güterverkehr, für den Reiseverkehr waren nur einige freigegeben. Daher kam es, daß die Coburger teils mit Rad, teils zu Fuß sich nach Lichtenfels begaben, um dort die in dichter Zugfolge durch diesen Bahnhof rollenden Militärtransporte zu sehen. Ein erhebender Eindruck war es, als die in Begeisterung hinausziehenden, teils auf ihren Geschützen und Wagen sitzenden Truppen von der Bevölkerung begrüßt wurden. Wir schwammen noch im Überfluß der Vorkriegszeit, sodaß jeder an Brötchen, Obst, Schokolade, Tabak, Cigarren und dergl. den Truppen spenden konnte.

Sämtliche Bahnstrecken waren an gefährdeten Stellen, als größeren Brücken usw., durch Posten, welche die Gemeinden stellten, bewacht, denn es liefen allerlei unkontrollierbare Gerüchte über Sprengung von Bahnanlagen usw. um. Auch der Aufenthalt auf den Plattformen der Wagen war verboten, um etwaigem Abwerfen

von Sprengmunition vorzubeugen. Alle diese Befürchtungen waren mehr auf die Erregung zurückzuführen, welche in der Bevölkerung infolge des plötzlichen Kriegsausbruches entstanden war. Aus naheliegenden Gründen wurde auch ein Alkoholverbot für die Bahnhofswirte erlassen, es wurde ihnen jede Verabreichung von Schnaps und sonstigen Spirituosen streng verboten.

An den Bahnhofsaufgängen standen Militärposten, welche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten hatten und Kontrolle der Zu- und Abgehenden übten. Von irgend welchen Ausschreitungen in Coburg ist nichts zu berichten, ruhig und besonnen fügte sich die Bevölkerung den Anordnungen der Behörden.

Im Verlaufe der nächsten Kriegsjahre wurde seitens der Eisenbahnverwaltung auch durch Aushänge in den Räumen und Wagenabteilen auf die durch feindliche Agenten betriebene Spionage hingewiesen.

Auch in dieser Beziehung sind außergewöhnliche Ereignisse für Coburg nicht zu vermerken, es war militärisch hier wenig zu erkunden und überhaupt recht stille geworden, nachdem unser Bataillon am 7. August 1914 ins Feld gerückt war.

Ende August wurden neben den Militärlokalzügen wieder einige Personenzüge eingelegt, der öffentliche Güterverkehr war auf der Strecke Eisenach-Lichtenfels bereits am 21. August wieder aufgenommen worden, vom 24. August ab verkehrten sodann neben den Lokalzügen auf dieser Strecke wieder die Personenzüge 463, 464, 465 und 472.

Vom 26. August an wurde auch der Verkehr nach Sonneberg wieder besser, es gingen in jeder Richtung zwischen Coburg und Sonneberg fünf Personenzüge und ein Güterzug, desgleichen nach Rodach vier Personenzüge hin und zurück, ebenfalls nach Rossach.

War auch der Friedensfahrplan hiermit noch lange nicht erreicht, so war doch den Gewerbetreibenden und den Arbeitern Gelegenheit gegeben, ihrer Tätigkeit wieder regelmäßig nachzugehen.

Infolge Anwachsens der Kriegsbedürfnisse und der damit aufblühenden Kriegsindustrie wurde eine weitere Verbesserung des Personen- und Güterzugfahrplanes nötig, sodaß vom 1. Oktober 1914 ab in der Richtung

1. von und nach Lichtenfels:
   14 Personenzüge und
   10 Güterzüge,
2. von und nach Eisenach:
   13 Personen- und
   6 Güterzüge

verkehrten.

Im November verkehrten dann in Richtung von und nach Sonneberg je sieben Personenzüge.

Auch die Schnellzüge 197 und 198 wurden auf der Strecke Eisenach-Lichtenfels wieder gefahren, aber der später auftretende Kohlenmangel zwang wieder zur Aufgabe.

Ein nicht nur die Zugförderung sondern den ganzen Eisenbahnbetrieb ungünstig beeinflussendes Moment trat bereits 1915 in dem Personalmangel zu Tage, weil ein großer Teil des Betriebspersonales teils zur Fahne, teils zur Dienstleistung auf den Eisenbahnen im besetzten Gebiet eingezogen war.

Es mußte daher zu Ersatzeinstellungen von pensionierten Eisenbahnbeamten sowie jüngeren Leuten und Frauen geschritten werden. Es waren dann im Laufe der nächsten Jahre auf den Eisenbahnstrecken innerhalb des Coburger Landes mehrere Aushelferinnen im Telegraphen-, Fahrkarten- und Güterabfertigungsdienst, je eine weibliche Schreibhilfe beim Betriebsamte und den Bahnmeistereien, 14 Schrankenwärterinnen, 1 Bahnsteigschaffnerin, 16 Zugschaffnerinnen und einige Frauen im Güterschuppen- und Lokomotivschuppendienst eingestellt worden.

Fast jeder Zug hatte ein bis zwei weibliche Schaffner. Die Tätigkeit der Frauen und Mädchen bei den Güterzügen war oft nicht leicht, erforderte doch das Ein- und Ausladen schwerer Kisten, das An- und Abkuppeln von Wagen und das Fahren im ungeheizten Bremserhäuschen zur Winterzeit immerhin ein gewisses Maß von Ausdauer und Energie. Die Schaffnerinnen waren gehalten, die vorgeschriebene Dienstkleidung (Kniehose, Litewka und Eisenbahnmütze) im Dienst zu tragen.

Eine kleine Erleichterung in der Personalgestellung brachte dann das Hilfsdienstgesetz, es wurden der Eisenbahnverwaltung seitens der zuständigen Behörden Arbeiter und Handwerker aller Art zugewiesen, auch felddienstunfähige Soldaten.

Ich brauche hier nicht im einzelnen auf die Leistungen innerhalb der verschiedenen Dienstzweige einzugehen, es ist allgemein von hoher und höchster Stelle anerkannt worden, daß das gesamte Eisenbahnpersonal mit großer Ausdauer und Hingabe aller Kräfte den gestellten Anforderungen oft unter den schwierigsten Verhältnissen während der ganzen Kriegszeit nachgekommen ist.

Leider traten wieder andere Verhältnisse zu Tage, die dazu zwangen, den den wirtschaftlichen Bedürfnissen einigermaßen entsprechenden Fahrplan vom Herbst 1914, der im Laufe des Jahres 1915 noch etwas verbessert worden war, im Jahre 1916 infolge des Kohlenmangels erheblich abzubauen, sodaß z. B. im Lokalverkehr nur noch der Arbeiterbeförderung Rechnung getragen werden konnte. Wir hatten auf sämtlichen Strecken nur früh und abends in jeder Richtung je einen Zug, an Sonntagen auf manchen Bahnen gar keinen Zugverkehr.

Schlecht waren die Schüler aus der Umgebung, die in Coburg Schulen besuchten, daran, sie liefen oft bei schlechtestem Wetter am Nachmittag nach Hause, bis Rossach, Ebersdorf, Oeslau, ja sogar bis Neustadt, um nicht bis zu den Abendzügen nutzlos in Coburg warten zu müssen.

Der Kohlenmangel trat zeitweise derart stark auf, daß nur Lokomotivkohle für 2 bis 3 Tage auf Bahnhof Coburg lagerten und das Gespenst der Einstellung des gesamten Verkehrs oft drohend vor der Tür stand. Es gelang dann immer noch, rechtzeitig wieder Kohle heranzubringen, um einer gänzlichen Stillegung des Eisenbahnbetriebes vorzubeugen.

Aushilfsperſonal im Dienſte des Coburger Poſtamts.

Coburger Landfrau im Dienſte der Poſt

Coburgerin
im Dienſte der Eiſenbahn

Diese Kohlenknappheit hielt dann nicht nur während der ganzen ferneren Kriegsdauer, sondern noch darüber hinaus an, sodaß einer wesentlichen Besserung im Fahrplan erst ganz allmählich näher getreten werden konnte.

Ferner war es nicht dieser Umstand allein, der der Wiederaufnahme eines Zugverkehrs hindernd im Wege stand, es gesellte sich zum Kohlenmangel noch der Mangel an Lokomotiven, Wagen, Schmieröl, Messing, Kupfer und anderen Materialien.

Deutschland war nach jeder Richtung ausgepumpt, die Kräfte begannen Anfang 1918 in jeder Beziehung merklich zu schwinden, es fehlte nicht nur an allen Ersatzstoffen, sondern auch bedenklich an kräftigen Nahrungsmitteln, ohne welche der schwierige Dienst des Eisenbahners nicht aufrecht zu erhalten war.

Die Eisenbahnverwaltung sah sich daher genötigt, auf dem Personenbahnhofe Coburg eine sogenannte Kriegsküche noch im Frühjahr 1918 zu errichten. Für den Betrieb derselben wurden verwaltungsseitig Lebensmittel, wie Erbsen, Bohnen, Reis, Speck, Gefrierfleisch, Kartoffeln usw., aus Beständen des Reiches geliefert. Die Speisen wurden an hiesige und auswärtige Eisenbahnbedienstete zum Preise von 60 Pfg. für das Liter verabfolgt und auch mit den Zügen dem unterwegs befindlichen Zug- und Lokomotivpersonal nachgesandt. Auch sonst wurden in Coburg Sonderzulagen an Brot und Fleisch bezw. Fett für Eisenbahner seitens der Landesbehörde ausgegeben. Man half sich durch bis zu dem leider für uns so traurigen Ausgang des Weltkrieges.

Natürlich war es, daß Zusammenbruch und Revolution einen Aufschwung nicht bringen konnten. Streiktage folgten, aber zu einer dauernden Lahmlegung des Eisenbahnbetriebes kam es glücklicherweise im Coburger Lande nicht. Langsam, sehr langsam ging es dann vom Sommer 1920 an etwas aufwärts, und erst jetzt sehen wir im Sommer 1921 der Einführung eines billigen Ansprüchen gerecht werdenden Fahrplanes.

Mögen zum Schluß der Schilderungen über die Vorgänge des Betriebsdienstes noch einige Bemerkungen über die bauliche Tätigkeit des Eisenbahn-Betriebsamtes Coburg, die ebenfalls sehr unter den Einflüssen des Krieges zu leiden hatte, folgen.

Trotz Arbeiter- und Materialknappheit war es von 1914 bis 1918 gelungen, den bedeutenden Umbau des Personenbahnhofes Coburg, teils unter Zuhilfenahme von Kriegsgefangenen, bis auf die Vollendung des Mittelbaues des neuen Empfangsgebäudes fertig zu stellen. Die Lokomotivschuppen-, Werkstatts- und Stellwerksanlagen, die Hebung des Bahnkörpers um fast 2 m wurden vollendet.

Um im Herbst 1918 den aus dem Heeresdienst Entlassenen Arbeitsgelegenheit zu schaffen, wurden die Rest-Arbeiten wieder aufgenommen und das alte Empfangsgebäude abgebrochen. Leider hat sich aus anderen Gründen die Vollendung des Mittelbaues des neuen Empfangsgebäudes bisher nicht ermöglichen lassen.

An einem anderen, gleichfalls vor Ausbruch des Krieges in Angriff genommenen Bau, der Bahnstrecke von Weidhausen nach Neustadt, wurde die Bautätigkeit nach Kriegsende mit allen Kräften aufgenommen. Der Unterbau war in den Kriegsjahren, ebenfalls unter Zuhilfenahme von Kriegsgefangenen, fertiggestellt. Nunmehr war es jedoch schwierig, das benötigte Gleismaterial für die 22 km lange Bahnstrecke, das bereits vor Jahren angeliefert und dann ins Feld gesandt worden war, wieder zu beschaffen, dennoch gelang die Vollendung bis Herbst 1920.

Die Fertigstellung des zweiten Gleises von Eisfeld bis nach Coburg, für welches Schienen und Schwellen schon auf der Strecke verteilt, dann aber ebenfalls auf Verfügung der Militärverwaltung an die Feldeisenbahnen abgegeben worden waren, ist bisher wegen Knappheit des Materials und wegen der sehr hohen Preise nicht gelungen.

Auch der Bahnhof Mönchröden, dessen umfangreiche Erweiterung zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit im Herbst 1918 in Angriff genommen war, konnte aus gleichen Gründen bisher nicht vollendet werden.

Mögen die kommenden Jahre allen angefangenen Bauten die Vollendung und der Coburger Bevölkerung einen günstigen Zugverkehr bringen, damit Handel und Wandel wieder aufblühe, der Heimat zum Segen und dem Vaterlande zum Nutzen.

# Die letzten Zeiten von Coburgs staatlicher Selbständigkeit.

## 1. Staatsregierung und Landesversammlung bis zum Anschluß Coburgs an Bayern.

Von Oberregierungsrat Dr. Ernst Fritsch.

Als ich am 7. Juli 1919 von einer Dienstreise zurückkehrte, hatten sich die Unstimmigkeiten im Regierungskollegium soweit verdichtet, daß sich Staatsrat Dr. Quarck zum Rücktritt entschloß. Die Landesversammlung machte mir noch an demselben Tag das Angebot, das Amt des Ministerialvorstandes zu übernehmen und die Ministerialgeschäfte in der bisherigen Weise, jedoch ohne politische Verantwortlichkeit weiterzuführen. Die politische Verantwortlichkeit sollte in Zukunft ausschließlich ein aus drei Mitgliedern der Landesversammlung gebildetes Regierungskollegium tragen. Ich machte zunächst noch einmal den Versuch, die Regierungskrisis beizu-

legen und den bewährten Leiter des Staatsministeriums zur Durchführung der großen Aufgaben der allernächsten Zukunft zu halten. Als dies leider mißlang, entschloß ich mich, das mir angebotene Amt zu übernehmen. Freilich war ich mir von vornherein darüber klar, daß die Aufgaben, die mir so plötzlich zugefallen waren, äußerst schwierig waren. War es allein schon auf dem reinen Verwaltungsgebiete nicht leicht, einen Verwaltungsbeamten von den hervorragenden Fähigkeiten und dem hingebenden Pflichtgefühl eines Dr. Quarck, der mir selbst ein trefflicher Lehrmeister und ein leuchtendes Vorbild war, zu ersetzen, so machte sich als weiterer erschwerender Umstand geltend, daß ich als Berichterstatter bisher einem nicht unerheblichen Teile der großen politischen Aufgaben, deren Lösung drängte, ferngestanden hatte. Dazu kam noch die völlige Ungewißheit darüber, wie sich in Zukunft das Verhältnis des der politischen Verantwortung entkleideten Staatsministeriums zu den Trägern der politischen Verantwortung gestalten würde.

Die erste Aufgabe war die Anpassung des vorläufigen Gesetzes vom 10. März 1919 über die Gesetzgebung und Verwaltung an die veränderten politischen Verhältnisse. Dies geschah durch das Gesetz vom 11. Juli 1919, durch das die vom Vertrauen der Volksvertretung abhängige und dieser verantwortliche, aus drei Mitgliedern bestehende Staatsregierung neben das Staatsministerium gestellt wurde. Über das Verhältnis der beiden Stellen zueinander ist in diesem Gesetz nur bestimmt, daß die Staatsregierung ihre Regierungsbefugnisse durch das Staatsministerium ausübt. Im einzelnen ist das Verhältnis durch die Geschäftsordnung vom 10. August 1919 geregelt worden. Danach sollte das Staatsministerium alle Zwischenverfügungen, die die sachliche Entscheidung nicht berühren, selbständig treffen. Ebenso durfte es minderwichtige Sachen, die ihren gewiesenen Gang oder ihre feststehende Norm haben oder auf Grund unzweifelhafter Vorschriften entschieden werden, in eigener Zuständigkeit entscheiden. Alle übrigen Angelegenheiten hatte es nur geschäftlich zu bearbeiten und zur Entscheidung durch das Regierungskollegium oder das nach der Geschäftsverteilung zuständige einzelne Regierungsmitglied vorzubereiten. Die vom Regierungskollegium oder den einzelnen Regierungsmitgliedern getroffenen Entscheidungen hatte das Staatsministerium dann wieder in eigener Zuständigkeit auszuführen und zu verkünden, nur bei Angelegenheiten, die der Beschlußfassung im Regierungskollegium bedurften, war dies auch nach außen kenntlich zu machen. Im Vollzuge des Gesetzes vom 11. Juli und der Geschäftsordnung vom 10. August 1919 wurde an Stelle des Staatsrats Dr. Quarck der der deutschen demokratischen Partei angehörige Abgeordnete Dr. Schack zum dritten Mitglied der Staatsregierung bestimmt. Die Staatsregierung bestand also nunmehr aus den Abgeordneten Artmann und Klingler, die der mehrheitssozialdemokratischen Partei angehörten, sowie dem Abgeordneten Dr. Schack. Den Regierungsmitgliedern wurde fortan die Dienstbezeichnung „Staatsrat" beigelegt, während dem politisch nicht verantwortlichen Vorstand des Staatsministeriums die Dienstbezeichnung „Ministerialdirektor" verliehen wurde. Das Staatsministerium war sonach, förmlich betrachtet, zu einem reinen Arbeitsministerium, zu einer Art oberster Staatskanzlei herab-

gesunken. Sachlich gestaltete sich im Laufe der Zeit das Verhältnis der Staatsregierung so, daß deren Beschlüsse, soweit sie nicht auf eine Anregung der einzelnen Staatsräte zurückzuführen waren, auf Vorschlägen des Staatsministeriums, bei dem ja die Fäden der Arbeit zusammenliefen, beruhten. Und wenn ich jetzt, wo der Staat Coburg längst der Geschichte angehört, zurückblicke, so kann ich mit gutem Gewissen sagen, daß sich das Zusammenarbeiten mit der Staatsregierung im großen und ganzen reibungslos vollzogen hat. Selbstverständlich gab es bei der Fülle und der großen Bedeutung der zu lösenden Aufgaben Meinungsverschiedenheiten, die Aussprache in den gemeinsamen Sitzungen der Staatsregierung und des Staatsministeriums führte aber immer zu einem Ausgleich.

Die Zeit, die dem Freistaat Coburg bis zu seinem Anschluß an ein größeres Staatswesen noch zur Verfügung stand, war reichlich mit Arbeit gesegnet. Einmal galt es, die coburgischen Einrichtungen den veränderten Verhältnissen und dem Geiste der neuen Zeit anzupassen. Dann aber mußte das Haus bestellt und Coburg für den Anschluß an ein größeres Staatswesen vorbereitet werden.

So wurde durch das Gesetz vom 11. August 1919 die Grundlage für die neue Rechtsstellung der evangelischen Landeskirche geschaffen. Die Kirche wurde rechtlich vom Staate getrennt, sie wurde eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die unbeschadet des staatlichen Oberaufsichtsrechts ihre Verhältnisse durch die von ihr auf der Grundlage der Kirchengemeinde gewählten Organe selbständig ordnen konnte. Auch die Verbindung mit anderen Landeskirchen wurde ihr gestattet. Die kirchenregimentlichen Befugnisse des bisherigen Landesherren übte zunächst der Oberkirchenrat aus. Er bestand aus einem von der Landesversammlung bestimmten juristischen Mitglied als Vorsitzendem, dem kirchlichen Berichterstatter des Staatsministeriums und einem vom Vorstand des im Jahre 1911 geschaffenen Landeskirchenrats zu wählenden Mitglied. Der Vorsitz im Oberkirchenrat wurde zunächst mir übertragen. Ich habe indessen, da ich mit anderen Arbeiten stark überlastet war, von dem mir zustehenden Rechte Gebrauch gemacht und meine Vertretung ständig dem juristischen Berichterstatter für das Kirchenwesen im Staatsministerium, Regierungsrat Rabich, übertragen. Unter dessen zielbewußter Leitung hat der Oberkirchenrat dann alsbald die Neuordnung der Verhältnisse der Landeskirche begonnen. Zu diesem Zwecke wurde zunächst der bisherige Landeskirchenrat, der in Zukunft aus 18 Mitgliedern, darunter 6 Geistlichen, zu bestehen hatte, nach dem allgemeinen, gleichen unmittelbaren Wahlrecht und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl neu gewählt. Der neugewählte Landeskirchenrat hatte für Kirchenangelegenheiten die Befugnisse einer gesetzgebenden Versammlung (Synode). Nach § 4 des Gesetzes vom 11. August 1919 mußte er eine ausführende Behörde einsetzen, die nach Vollendung ihrer Organisation an die Stelle des durch dieses Gesetz geschaffenen Oberkirchenrats zu treten hatte. Auf dieser Grundlage hat sich die nunmehr mit Selbstverwaltungsrecht ausgestattete coburgische evangelische Landeskirche nach innen und außen weiter entwickelt, bis sie sich schließlich an die bayerische evangelische Landeskirche angeschlossen hat. Die einzelnen Stufen dieser Entwick-

lung zu schildern, ginge über den Rahmen dieser Arbeit hinaus. Hervorheben möchte ich nur noch, daß der Trennung der kirchlichen Verwaltung von der staatlichen die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche noch nicht gefolgt ist. Der Staat überweist der Kirche vielmehr nach wie vor die Mittel, die er bisher für kirchliche Zwecke aufgewendet hatte, und paßt sie vielfach sogar den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen an. Die Verfügung über diese Mittel im einzelnen trifft indessen die Kirche selbst. Wann die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche durchgeführt wird, steht noch dahin.

Sie wird auf so viele Schwierigkeiten und schwer lösbare Zusammenhänge zwischen Staat und Kirche stoßen, daß sie sobald nicht durchgeführt sein wird.

Auch das Volksschulwesen, das bisher grundsätzlich auf dem Volksschulgesetz in der Fassung vom 21. April 1905 beruhte, erfuhr wichtige Umgestaltungen. Zunächst wurde das Staatsministerium durch das Gesetz vom 4. Juni 1919 ermächtigt, im Wege der Verordnung die Vorschriften des Volksschulgesetzes dergestalt zu verändern, daß den Lehrern unbeschadet der bestehenden Aufsichtsrechte eine Teilnahme an der Schulverwaltung und der Schulleitung gesichert wird. Es entsprach dies dem Hauptwunsch, den die Lehrerschaft seit den Novembertagen des Jahres 1918 erhob. Durch das Gesetz vom 10. August 1919 wurde das Staatsministerium weiter ermächtigt, auch andere Änderungen des Volksschulgesetzes im Wege der Verordnung einzuführen. Auf Grund dieser beiden Ermächtigungsgesetze erging die Verordnung zur Abänderung und Ergänzung des Volksschulgesetzes vom 21. Oktober 1919, die nach einigen durch die Landesversammlung vorgenommenen Änderungen am 9. Januar 1920 neu bekannt gemacht wurde. Durch diese Verordnung wurde die Schulleitung an mehrklassigen Schulen nach dem Grundsatze der Selbstverwaltung dem Lehrkörper übertragen, die Lehrer und die erziehungsberechtigten Vertreter der schulpflichtigen Kinder wurden in erheblichem Maße an der Schulpflege beteiligt, und der Ortsgeistliche, der bisher in den Landstädten und den Landgemeinden gesetzliches Mitglied des Schulvorstands war, wurde als solches ausgeschaltet, die Staatsaufsicht wurde den hauptamtlichen Schulaufsichtsbeamten entzogen und Bezirksschulräten übertragen, die dem Lehrerstand angehörten und denen selbst die verantwortliche Führung einer Klasse oblag, schließlich wurden die vielgenannten Lehrerräte eingesetzt und zwar die Ortslehrerräte an Volksschulen mit mehr als 6 Lehrern als Organe der Schulvertretung und Schulleitung neben dem Schulleiter, die Bezirkslehrerräte als Beiräte der Bezirksschulräte in allen wichtigen und grundsätzlichen Fragen der Schulverwaltung einschließlich der Schulleitung, die Stadtlehrerräte in den Städten, in denen mehr als ein Ortslehrerrat besteht, als Beiräte des städtischen Gesamtschulleiters, und der Landeslehrerrat als Vertretung der coburgischen Lehrerschaft bei der Staatsregierung und dem Staatsministerium sowie als Beirat dieser Stellen in allen wichtigen und grundsätzlichen Fragen der Oberaufsicht. Durch weitere Verordnungen wurden für alle Lehrpersonen sogenannte Pflichtstunden festgesetzt, und auch eine neue, den Zeitverhältnissen Rechnung tragende Konferenzordnung wurde erlassen. Durch das

Beamtenbesoldungsgesetz vom 29. Juni 1920 endlich wurden die Lehrer mit Wirkung vom 1. April 1920 zu Staatsbeamten erklärt.

Naturgemäß galt es auch, das Beamtenrecht, insbesondere das Beamtenbesoldungsrecht den veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Schon durch die Verordnung vom 3. Juli 1919 wurden sogenannte Beamtenausschüsse eingeführt, die als Vertrauensorgane der Beamten deren Interessen gegenüber den Vorständen der Behörden vertreten sollten. Die Einsetzung dieser Ausschüsse war eine natürliche Folge des unser ganzes politisches und wirtschaftliches Leben beherrschenden Rätegedankens, der in den wirtschaftlichen Betrieben zur Einsetzung der Betriebsräte, in der Schulverwaltung zur Einsetzung der Lehrerräte führte. Die bei weitem wichtigsten Beamtenfragen gehörten aber dem Gebiete des Besoldungsrechts an. Die im Herbst 1918 durchgeführte Erhöhung der Friedensgehälter um 20 vom Hundert sowie die bisherigen coburgischen Teuerungszulagen reichten schon lange nicht mehr zur Bestreitung der notwendigsten Lebensbedürfnisse aus. Durch Verordnung vom 9. August 1919 wurden den Beamten (einschließlich der Hilfsbeamten, Geistlichen, Volksschullehrern und -Lehrerinnen) mit Wirkung vom 1. April 1919 erhöhte laufende Teuerungszulagen sowie laufende Kinderzulagen gewährt. Die Teuerungszulage betrug, je nachdem das Einkommen höher oder geringer war, 130—150 Mark, die Kinderzulage betrug 30 Mark monatlich. Da unter der Teuerung naturgemäß auch die im Ruhestand befindlichen Beamten sowie die Hinterbliebenen von solchen zu leiden hatten, wurden auch ihnen mit Wirkung vom 1. April 1919 an laufende Teuerungszulagen und Kinderzulagen in Höhe von 50, später von 75 vom Hundert der eben aufgeführten Beträge bewilligt. Da die Teuerung immer weiter stieg, wurde durch Verordnung vom 11. November 1919 den in der Verordnung vom 9. August 1919 bezeichneten Personen sowie den Staatsarbeitern eine einmalige Beschaffungsbeihilfe gewährt. Sie betrug für ledige Beamte 600 Mark, für verheiratete Beamte 1000 Mark und 200 Mark für jedes Kind. Für Beamte im Ruhestand sowie für die Hinterbliebenen von Beamten betrug sie 50 vom Hundert dieser Sätze. Der ledige Staatsarbeiter erhielt eine Beschaffungsbeihilfe von 400 Mark, der verheiratete eine solche von 600 Mark und daneben 200 Mark für jedes Kind. Die Ruhelohn empfangenden Staatsarbeiter sowie die Hinterbliebenen von Staatsarbeitern erhielten 50 vom Hundert dieser Sätze. Durch das Gesetz vom 23. Dezember 1919 wurde den Beamten nach dem Vorbild im Reich und in Preußen neben dem Gehalt, der Teuerungszulage und der Kinderzulage noch ein Wohnungsgeldzuschuß gewährt, der je nach der Ortsklasse zwischen 330 und 630 Mark jährlich schwankte. Durch die Verordnung vom 27. Januar 1920 wurden endlich auch die Teuerungszulagen und Kinderzulagen den im Reich und in Preußen gewährten angepaßt. An Stelle der Sätze von 130—150 Mark wurden daher vom 1. Januar 1920 an solche von 325 bis 450 Mark, an Stelle der Kinderzulage von 30 Mark eine Kinderzulage von 50 Mark monatlich gewährt. Von da an hielt die Entwicklung der Beamtenbesoldung im Freistaat Coburg grundsätzlich gleichen Schritt mit dem Reich und den

größeren Ländern. Durch das Beamtenbesoldungsgesetz vom 29. Juni 1920 wurde die Besoldung der coburgischen Beamten und Lehrer mit Wirkung vom 1. April 1920 der Besoldung der bayerischen Beamten und Lehrer angeglichen.

Auf dem Gebiete der Beamtenfürsorge ist schließlich noch das Staatsbeamtenhinterbliebenengesetz vom 1. Dezember 1919 zu erwähnen, das einen ruhmreichen Gedenkstein in der Geschichte der coburgischen Beamtengesetzgebung bildet. Aus dem Aufsatze meines Amtsvorgängers geht hervor, daß der Entwurf dieses Gesetzes weit in die Zeit vor den Novembertagen des Jahres 1918 zurückreicht und als Teil eines neuzeitlichen coburg-gothaischen Beamtengesetzes gedacht war. Ich kann mich daher darauf beschränken, kurz hervorzuheben, daß durch das Gesetz auch die Hinterbliebenenbezüge den im Reich und in anderen Ländern gewährten Sätzen angepaßt wurden. Zum Teil gingen sie sogar darüber hinaus. Die Witwe erhielt fortan als Witwengeld 30 vom Hundert der von dem Beamten zuletzt bezogenen Besoldung, das Waisengeld betrug grundsätzlich 1/4 des Witwengeldes.

Die Förderung des Siedlungswesens war schon von der Kaiserlichen Regierung und unter ihrer Oberleitung von den Staatsregierungen der einzelnen Bundesstaaten als eine der wichtigsten sozialen Aufgaben erkannt worden. Infolge des unglücklichen Ausgangs des Krieges mußte sie naturgemäß auf ganz anderer Grundlage, als ursprünglich geplant war, gelöst werden. Selbstverständlich kann an dieser Stelle nicht eine umfassende Darstellung darüber, wie die Aufgabe insbesondere im Freistaat Coburg aufgefaßt und durchgeführt wurde, gegeben werden. Dies würde für sich allein einen umfangreichen Aufsatz fordern. Es soll deshalb nur versucht werden, in groben Umrissen die wichtigsten Stufen der Entwicklung des Siedlungswesens im Coburger Land hervorzuheben. Was die ländliche Siedlung, die Wirtschaftssiedlung, anlangt, so erübrigten sich gesetzgeberische Maßnahmen fast vollständig. Der Landhunger der coburgischen Industriebevölkerung wurde vielmehr dadurch gestillt, daß man die Gemeinde-, die Kirchen- und Schulländereien, insbesondere aber auch die Domänengüter in den Dienst der Sache stellte. Die Gemeinde-, Kirchen- und Schulländereien wurden größtenteils an Arbeiterfamilien, insbesondere an solche, die Kleintierzucht betrieben, verpachtet. Mit den Pächtern der Domänengüter wurde über die Freigabe von Teilen des verpachteten Guts aus dem Pachtvertrag verhandelt. Diese Verhandlungen waren durchaus nicht einfach, denn oft standen einander zwei verschiedene Weltanschauungen gegenüber. Sie führten schließlich aber dazu, daß von jedem Domänengut bestimmte Teile freigegeben wurden. Diese Teile wurden je nach der Lage des Domänenguts zu den Industriebezirken des Landes auf längere Zeit an eine oder mehrere Gemeinden verpachtet. Sache der Gemeinden war es, das ihnen im Ganzen verpachtete Land im Einzelnen unterzuverpachten. Dabei war den Gemeinden aufgegeben, in erster Linie Arbeiterfamilien, die kein oder nur wenig Land besaßen und Kleintierzucht betrieben, zu berücksichtigen. Soweit ich die Verhältnisse beurteilen kann, hat sich dieses Verfahren bewährt und im großen und ganzen Zufriedenheit ausgelöst. Da-

bei darf allerdings nicht übersehen werden, daß die ursprünglich überaus stürmischen Forderungen nach Aufteilung des Grund und Bodens gar bald durch vernünftige Erwägungen abgelöst wurden. Umfassendere gesetzliche Maßnahmen waren dagegen auf dem Gebiete der Wohnsiedlungen notwendig. Die Grundlage hatte, soweit Landesrecht in Frage kommt, bereits das coburgische Gesetz vom 2. Juli 1919 geschaffen. Dieses Gesetz knüpft an die vom Bundesrat durch die Verordnung vom 31. Oktober 1918 zur Abbürdung der Baukostenüberteuerung gewährten Baukostenzuschüsse an und bestimmt, daß die durch das Reich nicht gedeckte Hälfte dieser Zuschüsse zur Hälfte vom Staate, zur Hälfte von den Gemeinden zu tragen ist. Weiter legt es den Kreditanstalten der Gemeinden und der Landrentenbank die Verpflichtung auf, Klein- und Mittelwohnungsbauten, die von Bau- und Siedlungsvereinigungen, deren Gemeinnützigkeit staatlich anerkannt ist, innerhalb ihres Bezirks errichtet werden, bis zu 90 vom Hundert des Wertes zu beleihen. Durch Verordnung vom 22. August 1919 wurde im Staatsministerium als besondere Abteilung ein Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt errichtet, dem die allgemeine Bearbeitung der sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Wohnungsfürsorge und der Siedlung in Stadt und Land zugewiesen wurde. Zum Vorstand dieses Amts wurde Regierungsrat Dr. Albert Quarck ernannt, unter dessen trefflicher Leitung der Wohnungsfürsorge und der Siedlung neue feste Richtlinien gegeben und wichtige Aufgaben gelöst wurden. Die bedeutendste Schöpfung auf dem Gebiete des Siedlungswesens, die auf das Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt zurückzuführen ist, ist aber das coburgische Kleinsiedlungsgesetz vom 18. Dezember 1919. Es unterscheidet zwischen Wirtschaftssiedlungen und Wohnsiedlungen und trifft für beide grundsätzliche Bestimmungen. Vor allem aber hat es ein ausführliches coburgisches Heimstättenrecht geschaffen und die für Siedlungszwecke nötigen Kreditbestimmungen zusammengefaßt und teilweise auf neue Grundlagen gestellt. Der Coburger Kriegerdank wurde als gemeinnützige Siedlungsunternehmung im Sinne des § 1 des Reichssiedlungsgesetzes vom 11. August 1919 bezeichnet und in Siedlungssachen dem Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt gewissermaßen als Wirtschaftsabteilung zur Seite gestellt. Auf diese Weise waren gesunde Grundlagen für eine ersprießliche Siedlungstätigkeit geschaffen, und auf diese Grundlagen sind die Siedlungen in Neustadt, Neuses bei Coburg und Hassenberg zurückzuführen.

Eine weitere hochbedeutsame Aufgabe war die Lösung der Theaterfrage. Das „Herzogl. Hoftheater", eine Schöpfung unserer kunstsinnigen Fürsten, war von jeher eine Stätte, wo nur ernste Kunst geboten wurde. Es hat daher einen guten Teil mit dazu beigetragen, daß Coburg nicht nur eine Fremdenstadt, sondern auch ein wichtiger Mittelpunkt des künstlerischen Lebens und Wirkens wurde. Es war deshalb ein schwerer Schlag für Stadt und Land Coburg, als infolge der Novemberereignisse des Jahres 1918 der Herzog als Träger des Hoftheaters ausschied, und es mußte alles daran gesetzt werden, den Fortbetrieb des Hoftheaters sicherzustellen. Zunächst trat der Staat gewissermaßen als Geschäftsführer ohne Auftrag

für einen noch zu schaffenden neuen Träger des Theaterbetriebes ein. Wer dieser neue Träger werden sollte, war längere Zeit unbestimmt. Verhandlungen mit dem Freistaat Gotha über die Fortführung des ja bisher schon zwischen Coburg und Gotha geteilten Hoftheaterbetriebs scheiterten. In § 4 des Abfindungsvertrags zwischen dem Herzog und dem Freistaat Coburg vom 7. Juni 1919 wurde lediglich bestimmt, daß der Herzog aus seinem Privatvermögen das Theater, das Magazingebäude auf dem Floßplatz sowie den reichen, zum Glück nicht in Gotha, sondern in Coburg aufbewahrten Theaterfundus auf die Landesstiftung überträgt. Später ist man davon wieder abgekommen, und in § 3 des Gesetzes über die Verwendung des bisherigen Domänenguts und über die Errichtung einer Landesstiftung vom 9. August 1919 ist das Theater nebst Fundus als Staatsgut erklärt worden, nur für den Fall, daß der Theaterbetrieb eingestellt werden sollte, hatte das Staatsministerium das Theatergebäude und den Fundus der Landesstiftung zu übereignen. In der Zwischenzeit waren Verhandlungen mit der Stadt Coburg über die Fortführung des Theaterbetriebs geführt worden. Man glaubte nämlich dadurch, daß man die Stadt Coburg grundsätzlich zum Träger des Theaterbetriebs machte, den Fortbestand des Theaters am besten zu sichern. Gegen die Schaffung eines reinen Staatstheaters sprach insbesondere die Erwägung, daß bei einem Staatstheater der Staat allein es in der Hand habe, wielange er den Theaterbetrieb fortführen wolle. Diese Bedenken erschienen umso gewichtiger, als ja damals schon die Tage der Souveränität des coburgischen Staates gezählt waren und man das Schicksal unseres hehren Kunsttempels nicht ausschließlich in die Willkür des Staatswesens legen wollte, in dem Coburg über kurz oder lang aufging. Zudem war dieses Staatswesen damals noch gar nicht bekannt. So kam der Vertrag zwischen dem Freistaat Coburg und der Stadtgemeinde Coburg vom 9. August 1919 über die Fortführung des bisherigen Hoftheaters zustande. In diesem Vertrag verpflichtet sich die Stadtgemeinde Coburg, das frühere Hoftheater unter der Bezeichnung „Coburgisches Landestheater" auf seiner bisherigen künstlerischen Höhe unter Darbietung von Oper und Schauspiel fortzuführen. Der Staat überließ ihr zu diesem Zwecke das Theatergebäude, die Magazine und den Fundus unter bestimmten Bedingungen zu unentgeltlichem Nießbrauche. In § 4 Abs. 4 des Abfindungsvertrags zwischen dem Herzog und dem Freistaat Coburg war dem Staate oder der Landesstiftung die Verpflichtung auferlegt worden, dafür einzustehen, daß die bestehenden Verpflichtungen bezüglich des Theaterpersonals übernommen wurden. In diese Verpflichtung ist die Stadt eingetreten. Der Staat verpflichtete sich der Stadtgemeinde gegenüber zur Zahlung eines festen Zuschusses von jährlich 50 000 Mk. und zur Deckung von 40 vom Hundert des nach Abzug dieses Zuschusses noch verbleibenden Fehlbetrags. Außerdem übernimmt er, falls der zunächst bis 31. August 1923 laufende Theatervertrag nicht erneuert werden sollte, alle dauernden Lasten, die der Stadtgemeinde Coburg durch die Übernahme der Beamten und Angestellten des Theaters in den städtischen Dienst entstehen. Wird der Vertrag 1923 wieder erneuert, so ist die Stadtgemeinde Coburg je nach der Weiterdauer des Vertrags

neben dem Staat an diesen Lasten beteiligt und hat sie, wenn der Vertrag über den 1. September 1934 hinaus dauert, schließlich allein zu tragen. An die durch den Vertrag vom 9. August 1919 abgeschlossene Regelung der Theaterfrage hat sich ein lebhafter Streit über die Eigenschaft des auf Grund der Anstellungsvorschriften für die Hofdienerschaft vom ehemaligen Landesherrn angestellten Theaterpersonals geknüpft. Da dieser Streit auch die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigt hat, sei zum Schlusse noch kurz erwähnt, daß er jetzt seiner Erledigung entgegengeht. Das bezeichnete Theaterpersonal wird nämlich in Erfüllung des Vertrags vom 9. August 1919 nunmehr unter zeitgemäßer Erhöhung seiner Bezüge und Wahrung seiner Versorgungsrechte in den städtischen Dienst übernommen werden, selbstverständlich nimmt an den Lasten der Staat nach Maßgabe des Vertrags vom 9. August 1919 teil.

Was die wirtschaftlichen Verhältnisse anlangt, so stand die Zeit, in der ich das Staatsministerium führte, schon im Zeichen des Abbaues der Zwangswirtschaft. Die mit der Bewirtschaftung des Brotgetreides und des Mehles befaßten „Vereinigten Kommunalverbände", die auch heute noch bestehen, arbeiteten unter der altbewährten Leitung des damaligen Landrats von Strenge weiter. Die Landesviehstelle mit dem Betriebe der Bezirksschlächtereien wurde von meinem Nachfolger im Ernährungsreferat, Regierungsrat Dr. Doebel, übernommen und unter der ehrenamtlichen Mitwirkung trefflicher Sachverständiger, zu denen vor allem Kommissionsrat Abraham Friedmann zählte, ausgezeichnet weitergeführt. In dankenswerter Weise wurde er dabei auch von den Hofschlachtermeistern Bauer und Dinkel und Kaufmann Neidiger der Firma C. Großmann sowie Hofschlachtermeister Schlick tatkräftigst unterstützt, und Domänenrat Dietrich sowie Amtmann Albrecht standen ihm stets gern mit ihren hervorragenden landwirtschaftlichen Erfahrungen zur Seite. Die Landesstelle für Gemüse und Obst wurde von Forstmeister Wittmann übernommen und mit großer Liebe und Sorgfalt weiterverwaltet. Hauptlehrer Hahn und der bewährte Leiter der Ketschendorfer Gemüsegärtnerei der Landesstelle, Gärtner Koch, standen ihm dabei hilfreich zur Seite. Die kaufmännischen Angelegenheiten der Landesstelle wurden zunächst noch von Kaufmann Alexander Koch und dann von Kaufmann Franz Angermüller in aufopfernder und zuverlässiger Weise besorgt. Auch Großkaufmann C. W. Otto Schulz in Hamburg ist die Stelle für manchen kaufmännischen Rat und für Vermittlung von Gemüselieferungsverträgen zu Dank verpflichtet. Die Bezirkskohlenstelle hatte Regierungsrat Dr. Albert Quarck übernommen und unter dem bewährten Beistand des Kohlengroßhändlers Karl Geiling bis zu ihrem Übergang auf die Vereinigten Kommunalverbände zum Segen unserer heimischen Kohlenversorgung weiterverwaltet. Die mit ihr verbundene Brennholzverteilungsstelle lag in den bewährten Händen des Forstmeisters Wittmann. Die Landesverteilungsstelle für Speisefette, die von Anfang an zu den undankbarsten Stellen zählte, wurde von Ökonomierat Fischer in der alten aufopfernden Weise weitergeführt, bis sie ebenfalls auf die Vereinigten Kommunalverbände überging. Die Demobilmachungsangelegenheiten, das Schlichtungswesen und

die Erwerbslosenfürsorge gehörten zu den Geschäftsaufgaben des Regierungsrats Rabich und wurden von ihm mit großem Geschick bearbeitet. Allen diesen Herren sei hiermit noch einmal für ihre treuen Dienste gedankt.

Die Staatsregierung sowie die Landesversammlung haben stets ein warmes Herz für die wirtschaftlichen Nöte der Zeit, insbesondere aber für die schwere Not der Minderbemittelten bewiesen. Sie haben wiederholt namhafte Beträge für die Verbilligung von Lebensmitteln, insbesondere von Kartoffeln, sowie für die Verbilligung von Brennstoffen bewilligt. Daneben haben sie die musterhaften Wohlfahrtseinrichtungen des Coburger Landes, insbesondere die der Säuglingsfürsorge und der Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten gewidmeten, sowie die Gemeindekrankenpflege reichlich unterstützt. Auch bedürftige Einzelpersonen und Vereinigungen erhielten aus den verfügbaren Mitteln reiche Unterstützungen.

Durch die Erfüllung aller dieser großen Aufgaben, zu denen naturgemäß noch eine große Anzahl kleiner, hier nicht genannter tritt, ist die Leistungsfähigkeit des kleinen coburgischen Staatswesens überaus stark in Anspruch genommen worden. Es würde zu weit führen, wollte ich hier Zahlen nennen. Ich will mich daher auf die Feststellung beschränken, daß zur Deckung der gewaltigen Ausgaben die bisherigen Einnahmen nicht mehr ausreichten. Es mußten daher neue Einnahmequellen erschlossen werden. Zu diesem Zweck wurden in erster Linie die Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer stark erhöht, sie betrugen vom 1. Oktober 1919 an bei Einkommen von mehr als 2400 Mark jährlich 10 vom Hundert und stiegen bei Einkommen von 170 100 Mark jährlich und darüber bis auf 360 vom Hundert. Die Grundsteuer, die bisher nur mit $1^1/_2$ Steuereinheiten erhoben wurde, wurde vom 1. April 1919 an wieder mit drei Steuereinheiten erhoben. Die Kapitalrentensteuer wurde grundsätzlich verdoppelt. Dasselbe gilt von den in den coburgischen und den gemeinschaftlichen Kostengesetzen und Gebührenordnungen der Gerichts-, Verwaltungs- und Finanzbehörden verzeichneten Gebühren. Aber auch die durch diese Maßnahmen geschaffenen Mehreinnahmen reichten noch nicht aus. Es wurde daher noch eine Anleihe von drei Millionen Mark aufgenommen.

Das bedeutsamste Werk, das in erster Linie der Vorbereitung des coburgischen Staates für sein Aufgehen in einem größeren Staatswesen dienen sollte, war die Schöpfung der Coburger Landesstiftung. Schon zu Zeiten meines Amtsvorgängers wurde ihr Aufbau eifrigst erwogen, und bereits der Abfindungsvertrag zwischen dem Herzog und dem Freistaat Coburg vom 7. Juni 1919 geht von der Gründung einer Landesstiftung aus. Nach diesem Vertrag sollte grundsätzlich das gesamte Domänengut zum Besten des Landes und zur Wohlfahrt seiner Bewohner verwaltet und in einer diesem Zweck gewidmeten Landesstiftung vereinigt werden, und in diese Stiftung sollten weiter die Sammlungen auf der Festung und im Hofgartenmuseum sowie die zum Hausallod gehörigen Einrichtungsgegenstände des Schlosses Ehrenburg eingebracht werden. Nach dem Rücktritt meines Amtsvorgängers ist der Aufbau der Landesstiftung hauptsächlich von dem Abgeordneten und Staatsrat Dr. Schack weiter bearbeitet worden. Bei den Beratungen in der Staats-

regierung und im Staatsministerium sowie in der Landesversammlung wurde darauf hingewiesen, daß die Landesstiftung, wenn sie so, wie dies in dem Abfindungsvertrag mit dem Herzog angedeutet war, aufgebaut würde, mit einer unverhältnismäßig großen Verwaltung belastet würde. Vor allem aber warfen die gewaltigen Reichssteuergesetze, insbesondere das Grunderwerbssteuergesetz ihre Schatten schon voraus, und es mußte befürchtet werden, daß bei einer Übertragung des Domänenguts auf die Landesstiftung unerschwingliche Abgaben zu bezahlen waren. Diese Erwägungen führten schließlich zu dem Aufbau der Landesstiftung, wie er sich aus dem Gesetz vom 9. August 1919 über die Verwendung des bisherigen Domänenguts und über die Errichtung einer Coburger Landesstiftung ergibt. Danach ist die Coburger Landesstiftung als rechtsfähige Stiftung zur Förderung der Volksbildung und der Volkswohlfahrt im Gebiete des Freistaats Coburg und mit dem Sitze in der Stadt Coburg errichtet worden. Die Stiftungszwecke sind in § 2 des Gesetzes noch einzeln erläutert. Das Domänengut ist abweichend vom Abfindungsvertrag mit dem Herzog nicht der Landesstiftung übereignet, sondern zu Staatsgut erklärt worden. Der Landesstiftung wurde lediglich ein Anspruch auf die Hälfte seiner Erträgnisse eingeräumt. Dagegen sind die in der Festung, im Hofgartenmuseum und im Schlosse Ehrenburg befindlichen Sammlungen und Einrichtungsgegenstände nach Maßgabe des Abfindungsvertrags in das Eigentum der Stiftung übergegangen. Zu diesem Zwecke wurde ihr die Festung, das Hofgartenmuseum und das Schloß unentgeltlich zur ausschließlichen Nutzung überwiesen. Die Verwaltung und Erhaltung der bisherigen Hof- und Staatsbücherei und der Staats- und Hausurkundensammlung sowie der Schloßbücherei des Herzogs ist ebenfalls auf die Landesstiftung übergegangen. Später ist sie auch in die Rechte des seiner Zeit zur Beschaffung der für den Umbau der Festung nötigen Mittel gegründeten Festungsbaukomitees eingetreten, und schließlich hat sie als Nutznießerin der Festung durch Vereinbarung mit dem Staate auch die Sorge für den Ausbau der Festung übernommen. Ihr obliegt daher zur Zeit insbesondere auch die Sorge für den weiteren Ausbau der Festung. Die Verwaltung der Stiftung wurde von der Landesversammlung dem Abgeordneten und Staatsrat Dr. Schack vorläufig übertragen. Endgültig ist die Verwaltung der Stiftung erst durch das Gesetz vom 22. Dezember 1919 geregelt worden. Danach besteht der Stiftungsvorstand aus fünf von der Landesversammlung gewählten Mitgliedern, von denen eines zum höheren Gerichts- oder Verwaltungsdienst befähigt sein soll, zehn von den städtischen Körperschaften und zwar je drei von denen in Coburg und Neustadt und je zwei von denen in Rodach und Königsberg gewählten Mitgliedern, einem Mitgliede des Festungsbaukomitees und neun, nach Wegfall des Mitglieds des Festungsbaukomitees zehn Vertretern der coburgischen Landgemeinden. Der Vorstand hat außerdem das Recht, durch Zuwahl von Personen, die zur Förderung der Stiftungszwecke besonders geeignet erscheinen, die Zahl der Vorstandsmitglieder um fünf zu erhöhen. Zur Führung der laufenden Verwaltung der Geschäfte ist ein geschäftsführender Ausschuß gebildet worden, dem insbesondere Staatsrat z. D. Dr. Quarck und Landgerichtsdirektor Dr. Schack angehörten.

## 2. Der Anschluß Coburgs an Bayern.

Von Oberregierungsrat Dr. Ernst Fritsch.

Wie im Leben des einzelnen Menschen, so gibt es auch im Leben der Völker ernste Schicksalswenden. Eine solche Schicksalswende war über Deutschland und über die deutschen Bundesstaaten, insbesondere auch über unser kleines Heimatland nach dem unglückseligen Ausgang des großen Krieges im Herbst 1918 plötzlich hereingebrochen. Hat sich im Coburger Land die staatspolitische Umwälzung auch verhältnismäßig ruhig vollzogen und arbeitete die Staatsmaschine unter den veränderten Verhältnissen auch bald wieder weiter, so drängte sich doch allen um die Heimat besorgten Männern alsbald die Frage auf, wie sich die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres kleinen Heimatlandes nunmehr gestalten würde. Die Meinungen darüber gingen stark auseinander. Eine kleine Gruppe, die sich mit dem Gedanken, daß unser schönes heimatliches Idyll der Vergangenheit angehörte, nicht vertraut machen konnte, glaubte, Coburg würde auch in Zukunft ein politisch und wirtschaftlich selbständiges Staatswesen bleiben können. Der bei weitem überwiegende Teil der Bevölkerung dagegen sah ein, daß Coburg seine Selbständigkeit aufgeben und sich an ein größeres Staatswesen angliedern müsse, nur gingen die Ansichten darüber, an welches Staatswesen es sich anschließen solle, auseinander. Die einen betonten den jahrhundertelangen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang mit Kursachsen und traten für eine Beteiligung Coburgs an dem Zusammenschluß der thüringischen Staaten, die damals noch von einem Großthüringen träumten, ein. Andere wieder erklärten das Aufgehen Coburgs in Preußen für das Gegebene, weil sie hofften, die Wiedergeburt unseres armen darniederliegenden Vaterlandes werde, wie 1813, so auch diesmal wieder von Preußen ausgehen. Eine dritte Gruppe endlich, die sich im wesentlichen um die Abgeordneten Arnold, Klingler und Dr. Schack scharte, wies den Weg nach Bayern. Sie behauptete unter Hinweis auf das niemals besonders glückliche staatspolitische Verhältnis zu Gotha, daß wir nicht Thüringer, sondern Franken seien und unser Aufgehen in dem angrenzenden Franken, also der Anschluß an Bayern deshalb das Natürlichste sei. Es würde zu weit führen, wollte auch ich die einzelnen Stufen in der Entwicklung des Anschlußgedankens noch einmal ausführlicher schildern. Ich will daher an die politische Lage anknüpfen, die ich bei der Übernahme des Staatsministeriums vorfand.

Der Traum eines Großthüringens, d. h. eines Thüringens, das nicht nur die in Thüringen gelegenen preußischen Einschlußgebiete, sondern auch weite preußische Gebietsteile bis hinauf zum Eichsfeld und bis an die sächsische Grenze mitumfassen sollte, war damals fast ausgeträumt. Zwar war in dem Entwurf des Gesetzes über den Zusammenschluß der thüringischen Staaten noch davon die Rede, daß die Gemeinschaft nicht nur den Zweck einer gänzlichen Verschmelzung der thüringischen Staaten zu einem Staate, sondern auch den Zweck der Verbindung mit preußischen Gebietsteilen durch Verhandlungen mit dem Freistaat Preußen haben solle. Als

Beteiligte an der Gemeinschaft selbst waren aber nur die Thüringischen Staaten und zwar auch S. Coburg aufgeführt. Der Entwurf sah als Organ der Gemeinschaft die Gemeinschaftsvertretung (Volksrat von Thüringen) und den Verwaltungsrat (Staatsrat von Thüringen) vor. Dem Volksrat (Artikel 9) sollte die gesetzgebende Gewalt zustehen, und er sollte überhaupt das oberste Organ der Gemeinschaft sein. Dem Staatsrat (Artikel 11) dagegen sollte die laufende Geschäftsführung sowie die Vollziehung der Gemeinschaftsgesetze und -Beschlüsse obliegen. Die coburgische Landesversammlung hat in ihrer Sitzung vom 1. 7. 1919 zu dem Entwurf folgende Stellung eingenommen:

> „Die Landesversammlung des Freistaats Coburg lehnt den vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über den Zusammenschluß der thüringischen Staaten nicht ab, erklärt sich vielmehr bereit, alsbald die in den Artikeln 9 und 11 vorgesehenen Bevollmächtigten der Volksvertretung und Regierungsvertreter zu entsenden, um gemeinsam mit den Vertretern der anderen thüringischen Staaten über die Voraussetzungen zu beraten, unter denen die Bildung eines neuen lebensfähigen Staatswesens möglich ist.
>
> Sie ist aber der Meinung, daß diese Schicksalsfrage des Coburger Landes nicht ohne vorherige Befragung der Bevölkerung entschieden werden kann, und ersucht die Staatsregierung, mit tunlichster Beschleunigung die Maßnahmen zu treffen, die zur Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung erforderlich sind."

Gleichzeitig hat die Landesversammlung zu dem Volksrat die Abgeordneten Lauer, Mämpel und Dr. Schack als Mitglieder und die Abgeordneten Heß, Stegner und Wendt als Stellvertreter gewählt. In den Staatsrat von Thüringen wurden später der Abgeordnete und Staatsrat Artmann als Mitglied und ich als stellvertretendes Mitglied gewählt.

Inzwischen waren aber auch schon Verhandlungen mit der bayerischen Staatsregierung eingeleitet worden. Auf eine Einladung des damaligen bayerischen Justizministers, Dr. Müller (Meiningen), fand am 12. Juni 1919 in Bamberg eine unverbindliche Besprechung statt. An dieser nahmen von Bayern außer dem Staatsminister der Justiz, Dr. Müller, noch die Herren Ministerpräsident Hofmann, Verkehrsminister von Frauendorfer, Handelsminister Hamm, Gesandter von Preger und Ministerialdirektor von Wolf, von Coburg der Staatsrat Dr. Quarck sowie die Abgeordneten Arnold, Klingler und Stegner teil. Der Gedanke eines Anschlusses Coburgs an Bayern wurde von Bayern freudig begrüßt, und man besprach dann in großen Umrissen die Bedingungen, unter denen sich der Anschluß gegebenenfalls vollziehen lasse. Dr. Schack hat auf Grund dieser Besprechung ein Programm aufgestellt, in dem die wichtigsten, bei etwaigen weiteren Verhandlungen von Coburg zu stellenden Forderungen zusammengestellt sind. Ich lasse diese Zusammenstellung folgen:

1. Das bisherige Hoftheater nebst Kapelle sollen als Landeseinrichtungen erhalten und in der bisherigen künstlerischen Weise, soweit erforderlich mit staatlicher finanzieller Unterstützung, weiterbetrieben und nach Möglichkeit gefördert werden. Die unter staatlicher Beteiligung verwaltete Landesstiftung wird die Festung und die darin befindlichen Sammlungen, den Hofgarten und das Museum, das Schloß nebst Einrichtungen und die Bibliotheken übernehmen und zum Besten des Landes verwalten, ebenso die durch das Abkommen mit dem Herzog freigewordenen Domänen. Dem Staat und seinem Rechtsnachfolger bleibt der hälftige Reinertrag der Domänen für allgemeine Staatszwecke, er tritt als Garant hinter die Landesstiftung, um die Erfüllung der Stiftungszwecke für alle Zeiten sicherzustellen.
2. Die in Coburg bestehenden staatlichen Bildungsanstalten werden auch weiterhin erhalten vorbehaltlich solcher Änderungen, die durch allgemeine Schulreformen notwendig werden sollten.
3. Bayern wird, sofern es im Hinblick auf die bevorstehende Übernahme der Bahnen auf das Reich dazu in der Lage ist, baldtunlichst die Itzgrundbahn durchführen und die Grabfeldbahn Rodach-Königshofen bauen, sollte aber Bayern infolge der Verreichlichung der Bahnen Nebenbahnen künftig nicht mehr auf eigene Rechnung zu bauen in der Lage sein, so wird es sich bei den zuständigen Reichsinstanzen für den baldigen Bau dieser Strecken einsetzen, wie dies auch hinsichtlich einer Linie Coburg-Schweinfurt im Bereiche der Möglichkeit geschehen wird.
4. Bayern wird sich bemühen, Coburg seine Garnison zu erhalten.
5. Die bestehenden Amtsgerichte sollen erhalten werden, eine Verminderung ihrer Zahl soll nur nach Maßgabe gleichartiger Veränderungen im angrenzenden Landgerichtsbezirk Bamberg erfolgen. Gewicht ist insbesondere auf die Aufrechterhaltung des Amtsgerichts Rodach zu legen. Sollte sich die Aufhebung des Amtsgerichts Königsberg nicht vermeiden lassen, so ist die Errichtung eines anderen staatlichen Amtes in Königsberg in Aussicht zu nehmen.
6. Als Ersatz für das wegfallende Ministerium soll Coburg eine andere Staatsanstalt erhalten. In erster Linie ist Errichtung eines Landgerichts zu erstreben, etwa so, daß die Amtsgerichte Kronach (4 Amtsrichter), Ludwigstadt (2 Amtsrichter), Lichtenfels (2 Amtsrichter), Nordhalben (1 Amtsrichter), Seßlach (1 Amtsrichter) und Ebern (2 Amtsrichter) vom Landgerichte Bamberg abgetrennt und dem Landgericht Coburg zugewiesen werden. Zum mindesten ist die Beibehaltung der Kammer für Handelssachen und Strafsachen in Coburg unter Ausdehnung ihres Bezirkes auf die Amtsgerichtsbezirke Kronach, Ludwigstadt, Nordhalben und Lichtenfels zu erstreben sowie ihr Ausbau zu einem vollständigen Landgericht für den Fall, daß die Amtsgerichte des Meininger Ober-

landes durch Vertrag oder durch staatlichen Anschluß an Bayern angeschlossen werden können.

7. Solange in Coburg kein Landgericht besteht, werden die jetzigen Coburger Rechtsanwälte beim Landgericht Bamberg zugelassen wie jetzt in Meiningen. Sollte in Coburg das Notariat nach den bayerischen Gesetzen eingeführt werden, so sollen bei der erstmaligen Besetzung Coburger Landeskinder tunlichst in erster Linie berücksichtigt werden.
8. Ausbau der Handwerkskammer in Coburg unter Erstreckung ihres Wirkungskreises auf den Korbmacherbezirk Lichtenfels-Kronach.
9. Den Coburger Beamten und ihren Hinterbliebenen werden ihre Rechte ungeschmälert erhalten. Die aktiven Beamten sind, falls sie wollen, in den bayerischen Staatsdienst zu übernehmen unter Gleichstellung mit den entsprechenden dortigen Beamten.
10. Für die Übergangszeit erhält Coburg drei Abgeordnete, die Sitz und Stimme im bayerischen Landtag haben und mit den dortigen Abgeordneten gleichberechtigt sind. Die drei Abgeordneten werden von der coburgischen Landesversammlung delegiert. Dies gilt bis zur Vornahme der nächsten allgemeinen Landtagswahl in Bayern, die nach Maßgabe der bayerischen Bestimmungen auf Coburg ausgedehnt wird.

Am 11. Juli 1919 fand in Coburg eine Besprechung mit Referenten verschiedener bayerischer Staatsministerien statt, die einen rein unterrichtenden Charakter hatte und das für eine weitere entscheidende Besprechung mit Vertretern der bayerischen Staatsregierung und den Parteiführern des bayerischen Landtags nötige Material liefern sollte. Diese entscheidende Besprechung fand am 28. Juli 1919 in Bamberg statt. An ihr nahmen von Bayern als Vertreter der Staatsregierung Ministerpräsident Hoffmann, Staatsminister des Innern Endres, Staatsminister für Verkehrsangelegenheiten von Frauendorfer, Landwirtschaftsminister von Freyberg, Handelsminister Hamm, Justizminister Dr. Müller, Staatsminister für Soziale Fürsorge Segitz, Staatsrat im Staatsministerium der Justiz Dr. Meyer, Staatsrat im Ministerium für Verkehrsangelegenheiten Riegel und Ministerialrat im Staatsministerium der Justiz Spangenberger, als Vertreter des bayerischen Landtags der 1. Vizepräsident Dr. Hammerschmidt sowie die Abgeordneten Goßler, Held, Dr. Hilpert, Dr. Pilotz und Staedele, von Coburg die Staatsräte Artmann, Klingler und Dr. Schack, die Abgeordneten Arnold und Stegner sowie ich teil. Der Besprechung wurden die von Dr. Schack zusammengestellten 10 Punkte zu Grunde gelegt. Es wurde über alle Punkte grundsätzliches Einverständnis erzielt. Zu Punkt 1 bestand weiter Einigkeit darüber,

a) daß die durch das Abkommen zwischen Staat und Herzog auf das Land Coburg übertragenen Liegenschaften (Domänenforsten und -güter und sonstige Grundstücke) auf den Staat übergehen,
b) daß aus den Sammlungen und Einrichtungsgegenständen, die durch den Vertrag mit dem Herzog dem Lande zur Verfügung stehen, eine Landes-

stiftung errichtet wird, welcher das Gebrauchsrecht an den Grundstücken zustehen soll, in denen die Sammlungen und Einrichtungsgegenstände sich befinden,

c) daß die Hälfte der Reineinnahmen der Domänen dieser Stiftung zugewendet werden kann, während die andere Hälfte in die Staatskasse fließt,

d) daß der bayerische Staat in den Vertrag eintritt, den die coburgische Regierung mit der Stadtgemeinde Coburg hinsichtlich des Landestheaters und der Kapelle abgeschlossen hat, daß der bayerische Staat hiernach verpflichtet ist, zu diesen Unternehmungen einen jährlichen Zuschuß von 50000 Mark zu leisten und außerdem 40 Prozent eines etwaigen Fehlbetrages dieser Unternehmungen zu tragen.

Punkt 3 erläutert Bayern dahin, daß die Itzgrundbahn, sobald es die Materialpreise und die sonstigen Arbeitsverhältnisse gestatten, gebaut wird, ferner daß die Grabfeldbahn Rodach-Königshofen längstens in 10 Jahren im Rahmen einer bayerischen Lokalbahnvorlage in Angriff genommen wird. Voraussetzung sei dabei, daß Bayern im Hinblick auf die Entwicklung der Eisenbahnverhältnisse im Reiche überhaupt noch in der Lage sei, selbst Lokalbahnen zu bauen. Falls dies nicht zutreffe, verpflichtet sich Bayern, bei den zuständigen Reichsinstanzen auf die Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtung durch das Reich hinzuwirken. Die Ausführung der Bahnbauten erfolge nach den in Bayern für die Lokalbahnen geltenden Vorschriften, insbesondere hinsichtlich der Beteiligung der Interessenten. Punkt 5 stimmte Bayern mit der Maßgabe zu, daß das Amtsgericht Königsberg wenigstens während einer Übergangszeit erhalten bleibe und daß zu prüfen sei, inwieweit eine Zusammenlegung innerhalb der Amtsgerichtsbezirke Königsberg, Hofheim und Haßfurt möglich sei. Zu Punkt 6 sicherte Bayern die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes und die Errichtung eines vollständigen Landgerichts in Coburg unter Hinzunahme von bayerischen Amtsgerichten zu. Punkt 8 erläuterte es dahin, daß die Handwerkskammerabteilung Coburg erhalten bleibe und ihre Ausdehnung auf die Korbmacherbezirke Lichtenfels und Kronach erwogen werde. Die Handelskammer in Coburg bleibe bis auf weiteres erhalten vorbehaltlich der Umwandlung in ein Handelsgremium nach Maßgabe der in Bayern in Aussicht genommenen Neuordnung. Zu Punkt 9 herrschte außerdem Einigkeit darüber, daß die Beamten, die nicht in den bayerischen Dienst übertreten wollen, keinerlei Versorgungsansprüche haben. Zu den übrigen Punkten wurden weder Erinnerungen erhoben noch Zusätze gemacht.

Da sich die Landesversammlung in ihrer Sitzung am 1. Juli 1919 grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt hatte, über den Anschluß die Bevölkerung zu befragen, hatte die Staatsregierung naturgemäß die Verpflichtung, alle Anschlußmöglichkeiten zu erörtern. Sie hat sich deshalb auch an die preußische Staatsregierung gewandt. Die preußische Staatsregierung glaubte indessen von Verhandlungen absehen zu müssen und begründete dies damit, daß nach Zeitungsnachrichten

die Verhandlungen über den Anschluß Coburgs an Bayern schon weit vorgeschritten seien und die preußische Staatsregierung getreu ihrer bundesfreundlichen Gesinnung zu vermeiden wünsche, diese Pläne zu durchkreuzen.

Die nächste Aufgabe der Staatsregierung war nunmehr die Vorbereitung der Volksbefragung. Zu diesem Zwecke wurde der Landesversammlung der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, der im wesentlichen folgenden Inhalt hatte: Die Bevölkerung des Freistaates Coburg hat am Sonntag, 28. September 1919, darüber abzustimmen, ob das Coburger Land an Bayern angegliedert werden oder sich an dem Zusammenschlusse der thüringischen Staaten beteiligen solle. Die Volksabstimmung ist allgemein, gleich, unmittelbar und geheim. Die zur Abstimmung gestellte Frage kann nur mit „Bayern" oder mit „Thüringen" beantwortet werden. In der denkwürdigen Sitzung der Landesversammlung vom 9. August 1919 kam es zwischen den Anhängern des Anschlusses an Bayern, den Abgeordneten Arnold, Klingler, Külbel und Dr. Schack einerseits und den übrigen Mitgliedern der Landesversammlung, die die Mehrheit bildeten, andererseits zu scharfen Auseinandersetzungen. Der Gesetzentwurf wurde schließlich von dem sozialdemokratischen Teil dieser Mehrheit dahin umgestaltet, daß die Volksabstimmung nur darüber stattzufinden habe, ob das Coburger Land an Bayern angegliedert werden und der Anschluß an Bayern als abgelehnt gelten solle, wenn sich weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten für Bayern erklärt hätte. Das so umgestaltete Gesetz ist von den beiden Staatsräten Klingler und Dr. Schack nicht unterzeichnet worden. Damit war eine ernste Regierungskrisis gegeben, die indessen, da die Sache vorläufig nicht weiter betrieben wurde, zunächst nicht zum Austrag kam. Dadurch war aber auch die ganze Anschlußfrage selbst ins Stocken geraten.

In der Zwischenzeit tauchten neue staatsrechtliche Schwierigkeiten auf. Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 14. August 1919 hatte in dem berühmten Artikel 18 in Verbindung mit Artikel 167 die Änderung des Gebietes von Ländern und die Neubildung von Ländern geregelt. Es sollte dazu grundsätzlich ein verfassungsänderndes Reichsgesetz nötig sein, nur dann, wenn die unmittelbar beteiligten Länder zustimmten, sollte es nur eines einfachen Reichsgesetzes bedürfen. Ein einfaches Reichsgesetz sollte ferner dann genügen, wenn eines der beteiligten Länder nicht zustimmte, die Gebietsänderung oder Neubildung aber durch den Willen der Bevölkerung gefordert würde und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischte. Der Willen der Bevölkerung war in diesem Fall durch Abstimmung festzustellen. Eine solche Abstimmung sollte aber nach Art. 167 der Reichsverfassung erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung möglich sein. Es fragte sich nun, ob Sachsen-Coburg unter den Begriff „Land" im Sinne dieser Bestimmungen fiel, oder ob, da das ehemalige Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha dem Reich gegenüber immer noch einen Bundesstaat bildete, unter „Land" Sachsen-Coburg-Gotha zu verstehen ist. Nahm man dies an, dann mußte, auch wenn Sachsen-Coburg sich allein an einen anderen Staat anschließen wollte, Sachsen-Coburg-Gotha zustimmen, oder der Anschluß konnte nur auf Grund einer erst zwei Jahre

nach Inkrafttreten der Reichsverfassung vom Reich angeordneten Volksabstimmung durchgeführt werden. Nahm man dagegen an, daß Sachsen-Coburg als Land im Sinne der Reichsverfassung gilt, dann genügte neben der Zustimmung des aufnehmenden Staats die Zustimmung seiner eigenen verfassungsmäßigen Organe. Die Streitfrage ist im Herbst 1919 vielfach erörtert und bald so, bald so beantwortet worden, je nachdem man nach dem Süden oder nach dem Norden neigte. Sie soll weiter unten noch einmal kurz gestreift werden.

Die Pause wurde auch dazu benützt, um nochmals mit der preußischen Staatsregierung Fühlung zu nehmen und Näheres über die Gründe ihrer Ablehnung zu erfahren. Ich fuhr zu diesem Zwecke nach Berlin und hatte dort am 9. September 1919 eine längere Unterredung mit dem preußischen Minister des Innern, Heine. Dieser führte aus, ein Anschluß Coburgs allein oder Coburgs mit Meiningen an Preußen könne nicht in Frage kommen. Von anderen Gründen ganz abgesehen würde dies zu großen verwaltungstechnischen Schwierigkeiten führen. Coburg müßte nämlich in diesem Falle zur preußischen Provinz Sachsen geschlagen werden, dadurch werde aber deren weite Verzweigung noch größer und ihre Verwaltung noch schwieriger, denn Coburg habe mit ihr keinerlei Grenze gemeinsam. Daran ändere sich auch dann nichts, wenn Meiningen noch dazu käme. Von einer Angliederung an Preußen könne daher nur die Rede sein, wenn Großthüringen preußische Provinz würde. Dies sei aber bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Reich*) schwerlich möglich, ganz abgesehen davon, daß mit dem Widerspruche einzelner thüringischer Staaten gerechnet werden müsse. Minister Heine führte dann weiter aus, daß er die Schaffung eines Großthüringens unter Einbeziehung des Stadt- und Landkreises Erfurt und der preußischen Einschlußgebiete in Thüringen für das Zweckmäßigste halte. Dieses Großthüringen würde in eine wirtschaftliche und politische Interessengemeinschaft mit Preußen treten. Durch seine eigene Beurlaubung sowie durch die Beurlaubung der übrigen preußischen Minister sei die Frage Großthüringen leider bisher nicht gefördert worden. Sein Bestreben würde es aber sein, sie alsbald tunlichst zu fördern. Da auch Ministerpräsident Hirsch der Sache aus politischen Gründen sympathisch gegenüberstehe, sei zu hoffen, daß Großthüringen trotz des Widerstrebens, das sich bei einzelnen preußischen Teilen zeige, in dem bezeichneten Umfang zustande komme. Minister Heine ist um seine Hoffnungen leider betrogen worden, denn Verhandlungen, die kurze Zeit darauf über die Bildung Großthüringens unter Einbeziehung preußischer Gebietsteile stattfanden, zeigten, daß das durch den Vertrag von Versailles so hart getroffene Preußen nicht gewillt war, noch weiteres preußisches Gebiet freiwillig aufzugeben.

Um die Anschlußfrage in der Landesversammlung und bei der Staatsregierung wieder in Fluß zu bringen, habe ich Anfang September 1919 im Auftrage der

*) Man wollte damals den unitarischen Reichsgedanken auf Kosten der größeren Bundesstaaten, die zu diesem Zwecke zerschlagen werden sollten, durchführen.

Staatsregierung die Einberufung der Landesversammlung angeregt. Der stellvertretende Präsident kam dieser Anregung nach, und es fand eine Aussprache über die Sach- und Rechtslage statt, durch die die Regierungskrisis beseitigt wurde. Im Oktober 1919 wurde dann der Landesversammlung ein neuer Entwurf eines Gesetzes über die Volksbefragung vorgelegt, der am 30. Oktober 1919 als Gesetz angenommen wurde. Nach diesem Gesetz sollte die Bevölkerung des Freistaats Coburg am Sonntag, den 30. November 1919, darüber abstimmen, ob Coburg dem Gemeinschaftsvertrag der thüringischen Staaten nebst Nachtrag beitreten solle. Die zur Abstimmung gestellte Frage durfte nur mit „ja" oder mit „nein" beantwortet werden. Dabei herrschte Einigkeit darüber, daß die Verneinung der Frage als Zustimmung zur Vereinigung Coburgs mit Bayern gelten solle. Vor der Abstimmung fanden nochmals Besprechungen mit der bayerischen Staatsregierung in München statt, die hauptsächlich den Zweck hatten, die von Bayern in Bamberg gegebenen Zusicherungen, die sogenannten „Bamberger Stipulationen" in dem einen oder anderen Punkte zu ergänzen und zu erläutern. Auch die thüringischen Staaten hatten sich noch in den letzten Tagen des Novembers zu einer Reihe von Zugeständnissen, die sich an die bayerischen anlehnten, herbeigelassen.

So war schließlich der große Schicksalstag, der 30. November 1919, herangekommen, und atemlos wartete das ganze Coburger Land auf das Ergebnis der Volksbefragung. Es wurden im Ganzen 29624 Stimmzettel abgegeben, von denen 56 ungültig waren. Von den gültigen Stimmzetteln lauteten 3466 auf „ja", 26102 auf „nein". Das Coburger Volk hatte sich sonach mit überwältigender Mehrheit gegen die Beteiligung an dem Zusammenschluß der thüringischen Staaten und für den Anschluß an Bayern ausgesprochen. Nun ging man auf beiden Seiten mit großem Eifer an die Durchführung des Anschlusses. Am 9. und 10. Dezember 1919 weilten der Präsident des bayerischen Landtags, 7 Parteivertreter des bayerischen Landtags, der Landwirtschaftsminister von Frenberg und der Handelsminister Hamm in Coburg, um die persönliche Fühlung mit dem Land, das sich mit so großer Mehrheit für Bayern entschieden hatte, aufzunehmen. Im Dezember 1919 und Januar 1920 fanden dann eingehende Besprechungen der Staatsregierung und des Staatsministeriums mit den Bezirksverwaltungsbehörden und Vertretern des Handels, der Industrie, des Handwerks, der Landwirtschaft, der Beamten und der Träger der Arbeiterversicherung statt, in denen Anregungen und Wünsche entgegengenommen wurden. Am 30. Januar 1920 begannen dann in München die amtlichen Vorbesprechungen mit den einzelnen Staatsministerien. An ihnen nahmen außer den 3 Mitgliedern der Staatsregierung der Oberforstmeister Sembach, der Regierungsrat Dr. Doebel, der Finanzrat Wendler, der Rechnungsrat Mäsellhäuser und ich teil. Die Besprechungen waren sehr ausführlich und durchaus nicht einfach, denn es offenbarte sich bei ihnen doch mancher grundsätzliche Unterschied zwischen den bayerischen und den coburgischen Verhältnissen. Bei allem Bestreben, die Coburger Eigenart möglichst zu wahren und Liebgewordenes zu erhalten, galt es daher, einen goldenen Mittelweg zu finden. Am 14. Februar 1920, vormittags, wurde

schließlich vorbehaltlich der Genehmigung der Landtage von Bayern und Coburg und vorbehaltlich des nach Art. 18 der Reichsverfassung erforderlichen Reichsgesetzes der Staatsvertrag*) über die Vereinigung des Freistaats Coburg mit dem Freistaat Bayern abgeschlossen.

Bereits unter dem 21. Februar 1920 wurde der Staatsvertrag nebst dem Schlußprotokoll dem bayerischen Landtage vorgelegt. Am 3. März 1920 wurde er im Verfassungsausschusse des bayerischen Landtags behandelt. Schon an diesen Verhandlungen nahmen die Mitglieder der coburgischen Staatsregierung, der Abgeordnete Arnold und ich teil. Dabei wurde insbesondere die Coburger Theaterfrage (Ziffer X des Schlußprotokolls) noch einmal eingehend erörtert. Es waren nämlich nach dem Abschlusse des Staatsvertrags Zweifel darüber laut geworden, ob die Stadt Coburg auf die Dauer in der Lage sein werde, die hohen Theaterlasten zu tragen. Der Berichterstatter im Verfassungsausschusse gab nach längeren Verhandlungen schließlich nach einer Besprechung mit sämtlichen Fraktionen des Landtags und mit deren Einverständnis die Erklärung ab, wenn die Finanzverhältnisse der Stadt Coburg derart würden, daß die Stadt Coburg nicht mehr in der Lage sei, das Theater zu erhalten, dann würde der bayerische Staat dafür sorgen, daß der Bestand des Theaters in wirtschaftlicher und künstlerischer Hinsicht nicht gefährdet werde. Die feierliche Vollsitzung des bayerischen Landtages, in der über den Staatsvertrag verhandelt werden sollte, wurde auf den 11. März 1920 vormittags festgesetzt. Zu diesem Zwecke hatten sich schon am Tage zuvor die gesamte coburgische Landesversammlung sowie Vertreter der Coburger Presse in München eingefunden. Am 10. März 1920 fand abends zu Ehren der Coburger Gäste eine Festvorstellung im Nationaltheater (Der Freischütz) statt. Nach der Vorstellung wurde mit Herren der bayerischen Staatsregierung und des bayerischen Landtags im „Bayerischen Hof" das Abendessen eingenommen. In der Vollsitzung des bayerischen Landtags am 11. März 1920, der alle Coburger Gäste beiwohnten, wurde der Staatsvertrag nebst Schlußprotokoll einstimmig angenommen. Ministerpräsident Hoffmann und Staatsrat Klingler wiesen in feierlichen, zu Herzen gehenden Worten auf die große Bedeutung des Augenblicks hin. Der Berichterstatter wiederholte in seinem Bericht die im Verfassungsausschuß bezüglich des Coburger Landestheaters abgegebenen Zusicherungen. In Erfüllung des § 4 des Staatsvertrags traten alsbald die drei von der coburgischen Landesversammlung abzuordnenden Mitglieder, und zwar die Abgeordneten Mämpel, Dr. Schack und Stegner, in den bayerischen Landtag ein. Nach der Sitzung gaben die Herren der bayerischen Staatsregierung und des bayerischen Landtags im „Bayerischen Hof" ein Festessen, bei dem noch einmal der hohen Bedeutung des Tags gedacht wurde. Nachmittags wurden das Bayerische Nationalmuseum und das Deutsche Museum besichtigt. Das gemeinschaftliche Abendessen wurde wiederum im „Bayerischen Hof"

*) S. Beilagen.

eingenommen, und danach vereinigte ein gemütlicher Bierabend im Hofbräuhaus die Herren der bayerischen Staatsregierung und des bayerischen Landtags mit ihren Coburger Gästen bei köstlichem Vollbier bis zur Polizeistunde. Dabei wurde nochmals teils in feierlicher, teils in humorvoller Form der Vereinigung Coburgs mit Bayern gedacht. Am nächsten Tag besuchten die Coburger Gäste auf Grund einer Einladung des Oberbürgermeisters der Stadt München, Schmidt, das Münchener Rathaus. Sie trugen sich dort in das „Goldene Buch" ein und wurden dann im Ratskeller von der Stadt München in liebenswürdigster Weise bewirtet. Abends leisteten sie noch einer Einladung des bayerischen Landtagspräsidenten in das „Wagner-Bräu" Folge, und dann kehrten sie nach Coburg zurück.

Der Staatsvertrag nebst Schlußprotokoll wurde alsbald auch der coburgischen Landesversammlung vorgelegt und von ihr in feierlicher Sitzung am 18. März 1920 angenommen. Durch gemeinschaftliches Schreiben vom 23. März 1920 beantragten das bayerische Staatsministerium des Äußern und das coburgische Staatsministerium beim Reichskanzler das nach Art. 18 Abs. 2 der Reichsverfassung erforderliche Reichsgesetz. Gleichzeitig wurde die Reichsregierung ersucht, daß der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Reichsgesetzes durch Verordnung der bayerischen Staatsregierung festgesetzt werden solle, da bis zur Vereinigung, die sonst alsbald mit dem Reichsgesetz wirksam würde, noch umfassende Vorbereitungen auf dem Wege der Landesgesetzgebung und auf dem Gebiete der Organisation zu treffen sowie die Gemeinschaftsverhältnisse des Freistaats Coburg mit anderen Staaten zu lösen seien. Das Reichsministerium des Innern legte unter dem 6. April 1920 dem Reichsrate den Entwurf eines Gesetzes über die Vereinigung Coburgs mit Bayern vor. Darin ist zunächst ausgesprochen, daß das Gebiet von Coburg mit dem Lande Bayern vereinigt wird. Weiter enthält der Entwurf, da nach Art. 6 Ziffer 3 der Reichsverfassung das Reich die ausschließliche Gesetzgebung über die Staatsangehörigkeit hat, Bestimmungen über den Erwerb der bayerischen Staatsangehörigkeit durch die Angehörigen S. Coburgs. Schließlich wird der Reichspräsident ermächtigt, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung durch Verordnung zu bestimmen, da der Reichregierung der Weg, daß ein Reichsgesetz durch Verordnung einer Landesregierung in Kraft gesetzt wird, nicht gangbar erschien. In der Begründung des Entwurfs ist weiter die oben schon behandelte, sich aus Art. 18 der Reichsverfassung ergebende Streitfrage naturgemäß ebenfalls erörtert worden. Die Reichsregierung vertrat den Standpunkt, daß S. Coburg-Gotha staatsrechtlich noch *ein* Land sei. Seit dem Wegfall der gemeinsamen Dynastie hätten die Gebietsteile von Coburg und Gotha die verschiedenen öffentlich-rechtlichen Bande der Zusammengehörigkeit zwar wesentlich gelockert, doch sei eine völlige staatsrechtliche Trennung der beiden Staatsteile bisher weder vollzogen, noch vom Reich im Wege der Gesetzgebung anerkannt worden. Coburg sei daher in dem Gesetzentwurf nicht als Land, sondern nur als Landesteil oder Gebiet bezeichnet worden. Bei der Beratung des Gesetzentwurfs im Ausschuß und in der Vollversammlung des Reichsrats wurde noch einmal darauf hingewiesen, daß sich

S. Gotha und S. Coburg bereits als selbständige Staatswesen getrennt hätten, daß S. Gotha einen Anspruch darauf, der Vereinigung Coburgs mit Bayern ebenfalls zustimmen zu müssen, gar nicht erhebe, und daß es dieser Zustimmung auch sachlich nicht bedürfe, denn in § 1 des Staatsvertrags vom 12. April 1919 über die Verwaltung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Freistaaten Coburg und Gotha sei bestimmt, daß die beiden Freistaaten ihre Angelegenheiten unabhängig von einander durch die von ihnen bestimmten Organe regeln und insbesondere selbständig über ihre künftigen staatlichen Geschicke und das ihrer Gebietsteile bestimmen. Die Reichsregierung hielt indessen an ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß S. Coburg-Gotha dem Reich gegenüber noch ein Land sei, fest, vertrat aber andererseits auch den Standpunkt, daß S. Gotha an der Vereinigung Coburgs mit Bayern nicht unmittelbar beteiligt sei. Die Zustimmung der coburgischen Staatsregierung und der coburgischen Landesversammlung zur Vereinigung Coburgs mit Bayern wurde daher als ausreichend im Sinne des Art. 18 Abs. 2 der Reichsverfassung erachtet. Der Entwurf wurde schließlich vom Reichsrat und der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung angenommen und vom Reichspräsidenten unter dem 30. April 1920 als Gesetz verkündet.

Alsbald nach der Annahme des Reichsgesetzes vom 30. April 1920 in der verfassunggebenden Nationalversammlung sandte der bayerische Ministerpräsident, Dr. von Kahr, den Coburger Mitbürgern drahtlich einen herzlichen Willkommengruß. Die Coburger Staatsregierung dankte drahtlich dafür und begrüßte die Bewohner des schönen Bayernlandes als Mitbürger ebenfalls aufs herzlichste.

Auf Grund des § 21 des Staatsvertrags vom 14. Februar 1920 wurden zu dem Staatsvertrag noch 2 weitere Vereinbarungen durch Zusatzprotokolle getroffen. Bei der Abfassung des § 4 des Staatsvertrags war nämlich angenommen worden, daß zwischen dem Abschlusse des Staatsvertrags und dem Zeitpunkt des Anschlusses Coburgs an Bayern Neuwahlen zum bayerischen Landtag nicht mehr stattfinden, die drei von der coburgischen Landesversammlung in den bayerischen Landtag abgeordneten Mitglieder also nur den verhältnismäßig noch kurzen Rest der laufenden Landtagsdauer dem bayerischen Landtag angehören würden. Diese Annahme erwies sich aber bald als unzutreffend, denn der bayerische Landtag wurde auf Grund des neuen Landeswahlgesetzes vom 12. Mai 1920 Anfang Juni 1920 neu gewählt. Zu diesem Zeitpunkt waren aber die Vorbereitungen für den endgültigen Anschluß Coburgs an Bayern noch nicht abgeschlossen, sodaß Coburg an den bayerischen Landtagswahlen noch nicht teilnahm. Die Folge davon war gewesen, daß die 3 nicht vom coburgischen Volke, sondern von der coburgischen Landesversammlung in den bayerischen Landtag abgeordneten Mitglieder, wenn nicht eine vorzeitige Auflösung des neuen Landtags verfügt wurde, bis Juni 1924 dem Landtag angehört hätten. Dies wäre indessen, zumal die Zusammensetzung der coburgischen Landesversammlung schon im Juni 1920 nicht mehr völlig der politischen Stimmung im Coburger Land entsprach, mit den Grundsätzen eines Volksstaates nicht vereinbar

gewesen. Es wurde daher mit der bayerischen Staatsregierung durch Schlußprotokoll vom 1. Juni 1920 vereinbart, daß der Freistaat Coburg anstelle der drei durch die Landesversammlung abzuordnenden Mitglieder drei Abgeordnete durch unmittelbare Wahl in den bayerischen Landtag zu entsenden hat. Die Wahl war durch coburgisches Landesgesetz nach den Grundsätzen des bayerischen Landeswahlgesetzes zu regeln.

Da nach der übereinstimmenden Ansicht der bayerischen und der coburgischen Staatsregierung durch § 2 des Staatsvertrags vom 14. 2. 1920 nur festgelegt war, daß das Amt Königsberg räumlich dem Kreise Unterfranken und Aschaffenburg und zwar dem Bezirk Hofheim, die übrigen Teile des Freistaats Coburg räumlich dem Kreise Oberfranken angegliedert werden sollten, die Frage der Zugehörigkeit zu der unterfränkischen und der oberfränkischen Kreisgemeinde und der Bezirksgemeinde Hofheim dagegen dadurch noch nicht geregelt war, machte sich auch wegen der Vertretung in den beiden Kreistagen und dem Bezirkstage von Hofheim eine vorläufige Regelung nötig. Sie wurde durch Schlußprotokoll vom 18. 6. 1920 getroffen. Durch dieses wurde Coburg das Recht eingeräumt, bis zur nächsten Neuwahl des oberfränkischen Kreistages drei Vertreter mit Sitz und Stimme in diesen Kreistag durch unmittelbare Wahl zu entsenden. Die Wahl sollte durch coburgisches Landesgesetz nach den Grundsätzen des bayerischen Landeswahlgesetzes geregelt werden. Die Stadt Königsberg erhielt das Recht, je einen Vertreter in den Kreistag von Unterfranken und den Bezirkstag von Hofheim durch die städtischen Körperschaften mit beratender Stimme für die laufende Wahlzeit zu entsenden.

Auf Grund der beiden Schlußprotokolle, die vom bayerischen Landtag und der Coburger Landesversammlung genehmigt wurden, hat letztere auf Antrag der Staatsregierung unter dem 29. Juni 1920 noch ein dem bayerischen Landeswahlgesetz nachgebildetes Wahlgesetz beschlossen. Die in § 51 dieses Gesetzes vorgesehene Wahlordnung wurde unter dem 20. September 1920 vom coburgischen Staatsministerium erlassen. Auf Grund dieses Wahlgesetzes und dieser Wahlordnung wurden am 7. November 1920 als coburgische Abgeordnete zum bayerischen Landtag der Geh. Kommerzienrat M. Oskar Arnold in Neustadt, der Gutsbesitzer Kurt Fromm in Breitenau und der Schriftleiter Franz Klingler in Coburg, als coburgische Vertreter zum Kreistag von Oberfranken der Fabrikant Ernst Külbel, der Staatsrat z. D. Dr. Quarck und der Geschäftsführer Wilhelm Wesselmann, alle in Coburg, gewählt.

Nachdem durch die beiden Zusatzprotokolle wichtige Fragen nach den Coburger Wünschen entschieden und auch im übrigen die vor dem Anschluß noch zu erledigenden Aufgaben — bis auf die Lösung der Gemeinschaftsverträge, die schon damals auf Schwierigkeiten stieß — durchgeführt waren, wurde mit der bayerischen Staatsregierung vereinbart, den Reichspräsidenten zu ersuchen, den 1. Juli 1920 als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Reichsgesetzes vom 30. April 1920 über die Vereinigung Coburgs mit Bayern zu bestimmen. Der Reichspräsident entsprach diesem Ersuchen durch Verordnung vom 21. Juni 1920.

Mittlerweile rückte der 1. Juli, die Schicksalswende für das Coburger Land, immer näher. Die Staatsregierung glaubte, dieses so tief bedeutsame Ereignis durch einen umfassenden Gnadenakt hervorheben zu sollen. Dieser Gnadenakt wurde durch Verordnung vom 28. Juni 1920 veröffentlicht. Am 30. Juni 1920, dem letzten Tage von Coburgs staatlicher Selbständigkeit, gedachten Staatsregierung und Staatsministerium in einem Aufruf der großen Bedeutung des Anschlusses Coburgs an Bayern. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Das Coburger Volk hat beschlossen, seine Staatshoheit dem Bayernvolke zu übertragen, dessen politische Bedeutung, gestützt auf kulturelle Besonderheit und wirtschaftliche Kraft, wirkungsvollste Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches verbürgt. Sein Wille erfüllt sich mit dem Ablauf des heutigen Tages.

Bei wechselvollen staatsrechtlichen Geschicken, durch Krieg und Not oft hart mitgenommen, ist das Coburger Volk nie reich an äußeren Gütern gewesen, aber es hat immer treu und opferbereit zum Deutschtum gestanden, war immer in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel gleich fleißig und tatkräftig, allezeit politisch besonnen und duldsam und bewährte seit Luthers Tagen je und je einen freien Geist, Glaubensmut und Bildungsfreude. Stattlich ist die Zahl der mit seiner Kultur- und Wirtschaftsgeschichte verknüpften Persönlichkeiten, die dauerndes Gedächtnis verdienen und für Kraft und Eigenart des Coburger Wesens gewichtiges Zeugnis ablegen. Bayern, das selbst verstand und versteht, im Reiche Teil zu sein, ohne sich aufzugeben, wird in Erfüllung übernommener Rechtspflichten und warmherziger Versprechungen diese Eigenart achten und schützen. Das Coburger Volk selbst aber wird die Kraft finden, sie zu wahren, damit das Ende seiner Staatshoheit nicht auch sein eigenes Ende bedeute, sondern das Aufgehen im größeren Lande Grundlage einer weiteren glücklichen Entwickelung zu Nutz und Frommen des deutschen Volkes wird. Mit großen Hoffnungen, aber auch mit dem vollsten Bewußtsein der ihm erwachsenden Pflichten tritt Coburg zu Bayern.

Möge die Zukunft Bayerns und damit die unseres geliebten Heimatlandes gesegnet sein!

Coburg, den 30. Juni 1920.

Die Staatsregierung. Das Staatsministerium.
Klingler. Dr. Schack. Artmann. Dr. Fritsch.

Am Nachmittag des 30. Juni 1920 fand dann die feierliche Schlußsitzung der coburgischen Landesversammlung statt. An ihr nahmen von Bayern der Ministerpräsident Dr. von Kahr, der Regierungspräsident von Oberfranken, Staatsrat i. a. o. D. von Stößenreuther, sowie eine Vertreterin des bayerischen Landtags, von Coburg alle Abgeordneten der Landesversammlung, die Mitglieder der Staatsregierung

und des Staatsministeriums sowie eine Anzahl von geladenen Gästen teil. Der alte Landtagssitzungssaal, in dem so manche für unser kleines Heimatland wichtige Beschlüsse gefaßt worden sind, war zu diesem Zwecke mit Blumen und grün-weißen und weiß-blauen Bannern geschmückt. Der Präsident der coburgischen Landesversammlung, Kirchner, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Ehrengäste aus Bayern, und gedachte in einer längeren Rede der Schicksalswende, an der unser kleines Heimatland stehe. Staatsrat Klingler wies namens der Staatsregierung ebenfalls auf die große Bedeutung des Tages hin, hob noch einmal hervor, was das kleine Coburger Land während seiner staatlichen Selbstständigkeit geschaffen und was es insbesondere auch den Fürsten, von denen es früher regiert wurde, zu verdanken hat, dankte den Behörden und Beamten für ihre treue Arbeit im Dienste des Coburger Landes und schloß mit den besten Hoffnungen und Wünschen für die Zukunft. Ministerpräsident Dr. von Kahr begrüßte die Coburger namens der bayerischen Staatsregierung als Bayern, betonte, wie wertvoll der Anschluß Coburgs an Bayern sei, und versprach, daß Bayern Treue mit Treue vergelten und insbesondere die Coburger Eigenart möglichst berücksichtigen werde. Nachdem noch einige weitere Redner gesprochen hatten, erklärte Präsident Kirchner die coburgische Landesversammlung für aufgelöst und schloß die Sitzung. Nach der Sitzung fand ein gemeinschaftliches Essen im Bahnhofshotel statt, bei dem — teilweise in recht humorvollen Trinksprüchen — noch einmal der großen politischen Bedeutung des Tages gedacht wurde. Die Coburger Teilnehmer an diesem Essen ließen es sich nicht nehmen, die mitternächtige Stunde zu erwarten. Als sie schlug, war der freudige Becherklang verstummt, tiefe Ergriffenheit bemächtigte sich der Versammelten, und Präsident Kirchner erhob sein Glas und sprach die ernsten und bedeutungsvollen Worte: „Coburg gehört der Geschichte an, es lebe unser neues Heimatland Bayern!"

---

Wer die Arbeit meines Amtsvorgängers sowie meine Arbeit liest, der kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in der kurzen Spanne Zeit, die die beiden Arbeiten umschließen, gewaltige Aufgaben gelöst worden sind, Aufgaben, wie sie den Coburger Landen noch nie gestellt waren und wohl auch nie wieder gestellt werden. Wie die Aufgaben im einzelnen gelöst worden sind, ob insbesondere die zu ihrer Lösung berufenen Personen dabei auch das Beste für das Coburger Land getroffen haben, darüber wird allerdings erst die Geschichte das Urteil fällen. Wir können heute nur wünschen und hoffen, daß sie uns nicht Lügen strafen wird, daß unsere Kinder und Kindeskinder dereinst einmal mit den schwerwiegenden, in bitterharter Zeit getroffenen Entschließungen ihrer Väter einverstanden sein werden. Soviel steht aber jetzt schon fest, daß die gewaltigen Aufgaben überhaupt nur gelöst werden konnten, weil die Landesversammlung, die Staatsregierung, das Staatsministerium

und alle sonstigen coburgischen Stellen und Behörden eins waren in der Liebe zur Heimat und in dem redlichsten Willen, für das teuere Heimatland das Beste zu schaffen. Dafür gebührt ihnen jedenfalls der Dank der Gegenwart.

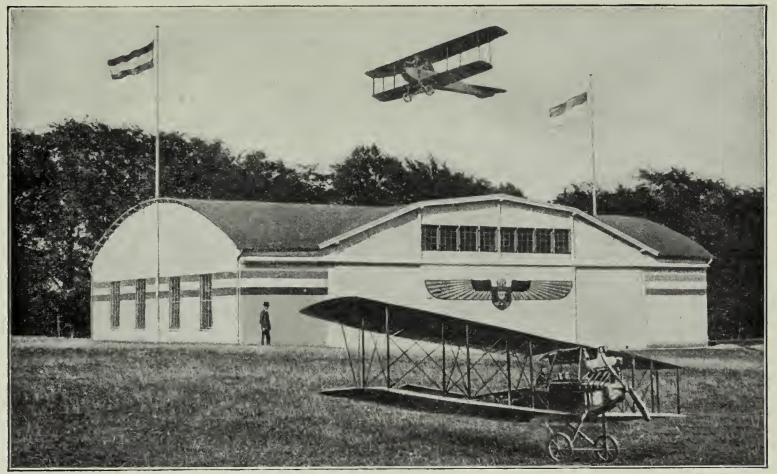
Damit könnte ich meinen Aufsatz eigentlich schließen. Doch ich glaube, der Vollständigkeit halber noch in ganz groben Umrissen andeuten zu sollen, wie sich die Dinge nach dem 1. Juli 1920 weiterentwickelt haben. Die coburgische Landesversammlung war aufgelöst, und die aus der Landesversammlung hervorgegangene parlamentarische Regierung war verschwunden. Es war von den leitenden Stellen nur das Staatsministerium übrig geblieben, das als „Bayerische Abwicklungsstelle" den Abbau der laufenden coburgischen Verwaltungssachen vornehmen und die coburgischen Verhältnisse in die bayerischen mit überleiten sollte. Die Grundlage hierfür bildete die Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaats Bayern über die Behördeneinrichtung des Gebietes von Coburg vom 28. Juni 1920. In dieser Verordnung ist bestimmt, daß die Zuständigkeiten der coburgischen Behörden grundsätzlich auf die bayerischen Behörden übergehen, das coburgische Staatsministerium aber noch zur Erledigung aller Angelegenheiten, die ausschließlich nach coburgischem Landesrecht zu entscheiden sind, zuständig sein sollte. Mit dem 1. Januar 1921 sollte auch diese Zuständigkeit aufhören und dem Staatsministerim als bayerischer Abwicklungsstelle nur noch eine beratende Tätigkeit zukommen. Bei Erlaß dieser Verordnung des bayerischen Gesamtministeriums war man von der Erwägung ausgegangen, daß die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 hauptsächlich der Einführung des bayerischen Rechts in Coburg gewidmet sein wird. Diese Erwartung hat sich indessen, da die zuständigen bayerischen Stellen stark mit Arbeit überlastet waren, nicht erfüllt. Die Einführung des bayerischen Rechts wurde vielmehr erst im Frühjahr 1921, als das coburgische Staatsministerium bereits vor seiner Auflösung stand, betrieben und zwar wurden alsbald große Rechtsgebiete auf einmal eingeführt. Der nach § 6 Abs. 2 des Staatsvertrags vom 14. Februar 1920 für Übergangsfragen bestellte Ausschuß — der alte coburgische Landtagsausschuß — hatte daher zeitweise recht umfangreiche und anstrengende Arbeit zu erledigen. Lückenlos ist das bayerische Recht auch heute in den coburgischen Gebietsteilen noch nicht eingeführt. Auch die Gemeinschaftsverträge, die Coburg mit anderen Staaten, insbesondere mit Thüringen und Preußen verband, sind noch nicht vollständig aufgehoben. Gelöst sind bis jetzt nur die auf dem Gebiete der Justizverwaltung liegenden Staatsverträge, insbesondere die über die Landgerichtsgemeinschaft Meiningen und die Oberlandesgerichtsgemeinschaft Jena, sodaß das im Staatsvertrag vom 14. Februar 1920 zugesagte Landgericht Coburg bereits am 1. April 1921 feierlich eröffnet werden konnte. Auch der Vertrag über die Oberverwaltungsgerichtsgemeinschaft Jena ist aufgehoben. Dasselbe gilt von den Vereinbarungen mit den thüringischen Staaten auf dem Gebiete der Kriegs- und Übergangswirtschaft, insbesondere der Ernährungswirtschaft, die inzwischen wegen des Abbaus der Zwangswirtschaft ihre Bedeutung überhaupt verloren hat. Wegen aller übrigen Verträge schweben dagegen noch Verhandlungen, die zum Teil recht langwierig sind.

So stehen wir zur Zeit noch mitten in der Überleitung. Manches Altgewohnte und Liebgewordene ist bereits verschwunden, manche coburgische Einrichtung dagegen besteht als Insel im großen Meere der bayerischen Vorschriften noch weiter. Daraus ergeben sich naturgemäß auch allerhand Schwierigkeiten. Sie werden aber dank dem stets bereitwilligen und verständigen Entgegenkommen der bayerischen Staatsregierung und der Kreisregierung von Oberfranken überwunden. Und wer mitten in der Entwicklung der Dinge steht, der gewinnt immer mehr die Überzeugung, daß Coburg in einem festgefügten, großen Staatswesen aufgegangen ist, das dank dem natürlichen und gesunden Sinn seiner Bevölkerung trotz allen Stürmen der Zeit in seinen Grundfesten unerschüttert ist, und daß wir gegenüber den Vorzügen, die sich daraus in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ergeben, auch den Verlust manchen Stücks von Alt-Coburg, an dem wir von Herzen hingen, in Kauf nehmen können und müssen. Darauf können wir schließlich auch die Hoffnung gründen, daß die Wahl, die das Coburger Volk am 30. November 1919 getroffen hat, die richtige war, daß wir mit ihr vor der Geschichte und unseren Kindern und Kindeskindern bestehen werden und daß wir als Teil des schönen Bayernlandes dereinst an der Wiederaufrichtung unseres armen deutschen Vaterlandes tatkräftigen Anteil nehmen werden. Das walte Gott!

## 3. Coburger Landesstiftung und Festungsbau.

Von Landgerichtsdirektor Dr. Schack.

Seit den ersten Tagen des Novemberumsturzes war der Gedanke des staatlichen Anschlusses Coburgs an einen anderen Staat immer wieder erwogen worden. Ging die überwiegende Meinung dahin, daß die Tage der Selbständigkeit Coburgs wohl gezählt seien, so waren doch weite Kreise unserer Heimat auch von der Überzeugung durchdrungen, daß es, abgesehen von anderen Sicherheiten, nötig sei, eine die Staatspersönlichkeit Coburgs überlebende Organisation zu schaffen, welcher die Aufgabe zuzuweisen wäre, die in Coburg vorhandenen reichen Schätze an Kunstwerken, Sammlungen usw. in die schützende Hand zu nehmen und für die Erhaltung der coburgischen Eigentümlichkeiten zu sorgen, die im Lande bestehenden sozialen Einrichtungen zu unterstützen und zu fördern und überhaupt für die Pflege des Heimatgedankens einzutreten. Schon in der ersten Rede, die ich als Wahlbewerber des „Bürger- und Bauernausschusses" für die Wahl der coburgischen Landesversammlung am 6. Februar 1919 im Gesellschaftshause gehalten habe, hatte ich öffentlich auf die Notwendigkeit, eine solche Organisation, eine Coburger Landesstiftung, zu begründen, hingewiesen, und bei den Beratungen der Landesversammlung wie auch außerhalb des Landtags war der Plan häufig erwogen und besprochen worden. Am 1. Juli 1919 wurde vom Landtag der Abschichtungsvertrag mit dem Herzog verabschiedet, und damit war die Grundlage gegeben, um der Ausführung des vielerwogenen Gedankens näherzutreten. Nach meinem Eintritte in die Staats-



Flugzeughalle auf der Brandensteinsebene
(In Ausführung des Versailler Vertrags Anfang Juli 1921 abgebrochen)

regierung (11. Juli 1919) wurde die Begründung der Landesstiftung als eine der vordringlichsten Arbeiten in Angriff genommen. Mit Bayern waren Verhandlungen über die Angliederung Coburgs schon vorher angeknüpft, damit war die Möglichkeit der baldigen Aufgabe der Selbständigkeit Coburgs in greifbare Nähe gerückt, und die Lösung der Domänenfrage schien keinen Aufschub mehr zu dulden. Mancherlei Pläne wurden entworfen und wieder aufgegeben. Von besonderer Bedeutung war insbesondere die Frage, ob der Grundbesitz, insbesondere die Forsten und Güter der coburgischen Domäne, wie ursprünglich geplant, der zu begründenden Landesstiftung zu Eigentum überwiesen oder ihr nur ein Nutzungsrecht daran zugeteilt werden sollte. Von vornherein war bei allen Beteiligten, auch den Gegnern der dann getroffenen Regelung, einhellige Meinung, daß das Bezugsrecht des Staates auf die Hälfte des Domänenreinertrags nicht verkürzt werden dürfe, und es standen deshalb zwei Möglichkeiten in Betracht: entweder der Staat blieb Eigentümer des Domänenguts und hatte die Hälfte des Ertrags an die Landesstiftung abzugewähren, oder umgekehrt die Landesstiftung wurde Eigentümerin des Grundbesitzes und übernahm die Verpflichtung, die Hälfte des Ertrages in die Staatskasse fließen zu lassen. Der Durchführung dieser zweiten Möglichkeit standen gewichtige Hindernisse im Wege, die zu überwinden unmöglich schien.*) Staatsregierung und Landtag entschlossen sich deshalb, den erstbezeichneten Weg zu beschreiten, nachdem auch der Gedanke, der Landesstiftung wenigstens einige Forstbezirke zu Eigentum zu übertragen, erwogen, aber wegen der Zweckwidrigkeit solcher Teilung aufgegeben worden war.

In der Landtagssitzung vom 9. August 1919 wurde das Gesetz über die Verwendung des bisherigen Domänenguts und über die Errichtung einer Landesstiftung verabschiedet, es ist eines der wenigen Gesetze aus der Zeit des Freistaates, dem sämtliche Abgeordnete des Landtags zustimmten. So trat die Coburger Landesstiftung, eine rechtsfähige, mit allen Vorrechten einer milden und gemeinnützigen Stiftung des öffentlichen Rechts, ins Leben. Zweck und Aufgaben der Landesstiftung sind im Gesetz festgelegt, durch spätere Verfügungen hat die Stiftung mancherlei besondere Aufgaben dazu übernommen. Aus dem Aufgabenkreis der Stiftung, welche zur „Förderung der Volksbildung und der Volkswohlfahrt" im Gebiete des früheren Herzogtums Coburg errichtet ist, mag hervorgehoben werden:

1. Die Stiftung hat die Kunst- und Altertümersammlungen auf der Veste Coburg, ferner die naturwissenschaftlichen Sammlungen im Hofgartenmuseum und die reichen Kunstschätze, welche im Schloß Ehrenburg verwahrt sind, zu erhalten und zu vermehren und der Volkswohlfahrt und Volksbildung zu Gunsten aller Kreise der Bevölkerung nutzbar zu machen. Die bezeichneten Sammlungen und Ein-

*) Die Gründe sind an anderer Stelle des Buchs (S. 113) angedeutet, aber keineswegs erschöpfend behandelt. Die Fortsetzung der vielerörterten Streitfrage verbietet sich im Rahmen dieses Werks von selbst. Die weitere Entwicklung wird zeigen, ob der beschrittene Weg der richtige war.

richtungen sind Eigentum der Landesstiftung, mit Ausnahme eines Teiles der Bildergalerie im Schloß und einer Reihe von Sammlungsgegenständen, an denen der Herzog sich das Eigentum vorbehalten hat.

2. Der Landesstiftung ist die Verwaltung und Erhaltung der im Schloß Ehrenburg untergebrachten bisherigen Hof- und Staatsbücherei und der Staats- und Hausurkundensammlung übertragen, ebenso die Verwaltung der Privatbücherei des Herzogs, welche sich ebenfalls im Schlosse befindet und mit Ausnahme der Unterhaltungsschriften der Allgemeinheit zugänglich ist. Insgesamt umfassen diese Büchereien die stattliche Anzahl von 130000 Bänden.
3. Die Festung, einschließlich des „Festungshofs", das Hofgartenmuseum und das Schloß Ehrenburg sind der Landesstiftung unentgeltlich zur ausschließlichen Nutzung und Verwaltung überlassen. Die Baulast trägt im allgemeinen der Staat (cob. Domänenfiskus) als Eigentümer der Gebäude. Auch ist die Landesstiftung Bauherrin auf der Veste Coburg.
4. Zufolge Vertrags vom 30. Juni 1920 ist die Landesstiftung die Eigentümerin der Rosenau geworden (Schloß, Park, Wege, Gastwirtschaft, Gärtnerei und Ländereien).
5. Durch Vertrag vom 30. Juni 1920 hat sich der Staat verpflichtet, das sogenannte Greiner'sche Haus in Sonnefeld der Landesstiftung zu übereignen mit der Auflage, das Grundstück oder den Erlös daraus zur Errichtung oder zum Betrieb eines Waisenhauses oder eines Knabenheimes oder einer gleichwertigen Fürsorgeanstalt für Jugendliche zu verwenden.
6. Durch Vertrag vom 11. November 1919 ist festgelegt, daß der Staats-(Domänen-)fiskus der Landesstiftung die Hälfte des Reinertrags aus der coburgischen Domäne alljährlich zur Erfüllung der Stiftungszwecke zu überweisen hat. Außerdem hat die Landesstiftung eine Reihe von Geldbeständen, die das frühere Staatsministerium für bestimmte Zwecke angesammelt hatte, insbesondere auch ein Kapital, welches zur Begründung eines Waisenhauses dienen soll, übernommen. Auch wurde ihr die Verwaltung einiger Stiftungen (Ernststiftung, Stiftung für adlige Damen, Beamtentöchterstiftung, Stiftung für Gemeindekrankenpflege, Sophie Kob'sche Stiftung zur Unterstützung von Lehrer- und Pfarrerwitwen, Waisenversorgungskasse) übertragen. Wegen der Übernahme der Verwaltung anderer Stiftungen (Scheres-Zierits'sche Stiftung) sind Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen.
7. Durch Vertrag vom 30. Juni 1920 wurden der Stadt Coburg der Hofgarten und eine Anzahl anderer Domänengrundstücke im Weichbilde der Stadt übereignet, wogegen die Stadt Coburg die Verpflichtung übernahm, die dazu gehörigen früheren Domänenstraßen, Anlagen und Plätze

in angemessener Weise zu unterhalten, insbesondere auch die gärtnerischen Anlagen auf dem Schloß- und dem Josias-Platz. Für die Ausschmückung des Rundplatzes wurden der Stadt die Lorbeerbäume der ehemaligen Hofgärtnerei zur Verfügung gestellt. Mit dem Hofgarten gingen die Arkaden, das Denkmal des Herzogs Ernst II., der Herzog Alfred-Brunnen, die beiden Parkhäuschen und das Grabmal, ferner die Denkmäler des Herzogs Ernst I. und des Prinzen Josias, sowie der Bismarckturm auf die Stadt über. Der obere Wall um die Veste steht dagegen in der Verwaltung der Landesstiftung. Zugleich erging die Verordnung vom 28. Juni 1920, welche verfügt, daß die in einem bestimmt festgelegten Umkreise um die Veste Coburg gelegenen Grundstücke mit Bauwerken, welche der baupolizeilichen Prüfung unterliegen, nur mit Genehmigung des Staatsministeriums oder der an seine Stelle tretenden Behörde bebaut werden dürfen und daß vor der Erteilung der Genehmigung der Vorstand der Coburger Landesstiftung gehört werden muß.

8. Nach § 7 des Staatsvertrags über die Vereinigung Coburgs mit Bayern vom 14. Februar 1920 dürfen vom 1. Juli 1922*) ab Veräußerungen aus dem früheren Domänengut nur mit Zustimmung des Vorstandes der Coburger Landesstiftung stattfinden. Die Zustimmung ist nicht erforderlich, soweit Flächen von weniger als 1 ha in Frage kommen oder der Veräußerungspreis, bei Tauschverträgen der Gegenstandswert, den Betrag von 5000 Mk. nicht übersteigt.

9. Durch Vertrag vom 1. April 1920 wurde die Hofgärtnerei an Seine Majestät den König Ferdinand von Bulgarien verkauft. Die allgemeine Zugänglichkeit der Hofgärtnerei wurde dabei im bisherigen Umfange sichergestellt. Der Coburger Landesstiftung, in zweiter Linie der Stadt Coburg wurde an den dazu gehörigen Grundstücken ein Vorkaufsrecht eingeräumt. Durch Vertrag vom 17. März 1922 erwarb die Landesstiftung durch einen Akt hochherziger Freigebigkeit des Königs die Hofgärtnerei mit den dazu gehörigen Gebäuden und Grundstücken. In dem Vertrage ist Vorsorge getroffen, daß der oberhalb der Mauer liegende Teil als eine Gartenanlage mit Ruheplätzen erhalten und, wie bisher, zur Zierde der Stadt dem öffentlichen Verkehr zugänglich bleibt. Dagegen ist der Verkauf des unterhalb der Mauer liegenden Gärtnereigrundstücks in Aussicht genommen, ein Kaufpreis von mindestens 150 000 Mk. ist der Landesstiftung frei von Lasten und Verpflichtungen gewährleistet. Diese 150 000 Mk. sollen als eine König Ferdinand-Spende von der Landesstiftung verwaltet, der Zinsabwurf auf die Dauer von 10 Jahren zur Förderung von Arbeiten auf dem Gebiete der Heimatkunde des Coburger Landes verwendet werden, nach dem Ablauf

*) Bis dahin hat der sog. Uebergangsausschuß die Zustimmung zu erteilen.

dieser Zeit ist die Landesstiftung in der Verwendung des Vermögensstocks und der Zinsen für andere stiftungsmäßige Zwecke nicht mehr beschränkt.

10. Weiter soll die Landesstiftung Kunst, Wissenschaft und Gewerbe, soweit ein höheres Interesse obwaltet, unterstützen, Bau-, Kunst- und Naturdenkmäler, sowie landschaftliche Schönheiten erhalten und pflegen, Kunstgegenstände, Altertümer und Sammlungen von wissenschaftlichem, künstlerischem oder geschichtlichem Werte erhalten und erwerben und alle Bestrebungen unterstützen, fördern und anregen, die darauf abzielen, die natürlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Coburger Landes in Gegenwart und Vergangenheit zu erforschen und zu bearbeiten. Zu diesem Zwecke ist schon im Gesetz vom 9. August 1919 vorgesehen, daß der Stiftung eine Personenvereinigung von Förderern der Stiftungszwecke so angegliedert werden kann, daß die Personenvereinigung auch an der Verwaltung der Stiftung beteiligt wird, ihre Satzung bedarf der Genehmigung der Stiftungsverwaltung. In Ausführung dieser Bestimmung wurde im November 1920 der Coburger Heimatverein (1. Vorsitzender Regierungsrat Dr. Doebel) gegründet, nachdem die Gründung durch aufklärende Aufsätze der beiden Vorsitzenden der Landesstiftung in den Coburger Zeitungen vorbereitet worden war.

Nach dem Gesetze vom 9. August 1919 sollte die Stiftung zunächst durch das Staatsministerium verwaltet werden, indessen behielt sich der Landtag das Recht vor, an Stelle des Ministerialvorstandes einen anderen Beamten zum Stiftungsvorstand zu bestimmen. Auf Grund dieser Bestimmung wurde ich am 9. August 1919 vom Landtag zum vorläufigen Stiftungsvorstand ernannt, als solcher habe ich in den ersten 3/4 Jahren des Bestehens der Stiftung die Verwaltungsgeschäfte geführt und die ersten Einrichtungen der Stiftungsverwaltung getroffen. Nach Maßgabe des Gesetzes vom 22. Dezember 1919 erhielt die Stiftung dann einen kollegialen Vorstand, bestehend aus 25 Mitgliedern, welche zum Teil vom Landtag ernannt, im übrigen von den coburgischen Städten und Landgemeinden gewählt wurden, auch das „Komitee zum Ausbau der Veste Coburg" bekam das Recht, einen Vertreter in den Stiftungsvorstand zu entsenden, und weiter wurde im Anschlußvertrag vom 14. Februar 1920 der bayerischen Staatsregierung das Recht eingeräumt, noch 3 Vorstandsmitglieder zu ernennen. Die bayerische Regierung hat von diesem Rechte auch Gebrauch gemacht und Generaldirektor Professor Dr. Halm, Vorstand des Bayerischen Nationalmuseums und des Armeemuseums in München, und Professor Dr. Habich, Direktor des Münzkabinetts in München, zu Vorstandsmitgliedern ernannt. Dem Stiftungsvorstande selbst ist im Gesetze vom 22. Dezember 1919 vorbehalten, durch Zuwahl von Personen, die zur Förderung der Stiftungszwecke besonders geeignet erscheinen, die Zahl der Vorstandsmitglieder um 5 zu erhöhen. Auf Grund dieses Vorbehalts wurden in der Sitzung vom

30. Mai 1921 Seine Exzellenz Ministerpräsident Dr. von Kahr in München und Seine Exzellenz Regierungspräsident von Strößenreuther in Bayreuth sowie Kunstmaler Höllein in Coburg, letzterer auf Vorschlag des „Bundes bildender Künstler" in Coburg, in den Vorstand zugewählt.

Die laufende Verwaltung der Landesstiftung liegt in den Händes eines geschäftsführenden Ausschusses von 5 Vorstandsmitgliedern*). Das Amt des jetzigen Stiftungsvorstandes, der zum ersten Male am 7. April 1920 zusammentrat, dauert bis zum 1. April 1923, bis dahin hat eine Neuwahl stattzufinden.

Wie schon erwähnt, übernahm die Landesstiftung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben den weiteren Ausbau der Veste Coburg. Im Vertrage zwischen dem Staate (Domänenfiskus) und der Landesstiftung vom 11. November 1919 ist ausdrücklich festgelegt, daß die Stiftung als Nutzungsberechtigte das Recht und die Pflicht habe, den Umbau der Festung mit den für diesen Zweck verfüglichen oder weiter zu beschaffenden Mitteln durchzuführen, und daß die den Umbau betreffenden Verträge und die sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten auf die Stiftung übertragen werden sollen, weiter hat sich die Landesstiftung darin verpflichtet, auf die Beschaffung anderer Baumittel hinzuwirken und die planmäßige Wiederherstellung nach Kräften zu fördern. Der seit beinahe 10 Jahren im Gang befindliche Umbau unter der künstlerischen Leitung des Geheimen Hofbaurates Professor Bodo Ebhardt in Berlin-Grunewald lag infolge der Kriegsereignisse seit mehreren Jahren so gut wie still, fast nur sogenannte Notstandsarbeiten wurden mit einem kleinen Stamm von Arbeitern noch ausgeführt. Gleich nach dem Novemberumsturz hatte der Arbeiter- und Soldatenrat auf Vortrag des Staatsministeriums am 25. November 1918 erklärt, „daß er nicht daran denke, Professor Ebhardt seinerseits zur Fortführung des Baues zu engagieren". Im Einklange damit hatte sich das Staatsmininisterium auf den Standpunkt gestellt, daß die Eigenschaft des Geheimrats Ebhardt als Architekt des Herzogs für die Veste Coburg und damit auch der mit ihm abgeschlossene Bauvertrag erloschen sei. Das zur Beschaffung von Baumitteln gegründete „Komitee zum Ausbau der Veste Coburg", ein privatrechtlicher Verein, hatte nunmehr einen örtlichen Bauleiter des Architekten in seinen Dienst genommen und die im Gang befindlichen Notstandsarbeiten fortgesetzt. Der neuen Regierung oblag es zunächst, das Vertragsverhältnis mit dem Architekten, welcher die fortdauernde Gültigkeit seines Vertrags behauptete, in Ordnung zu bringen. Nach langwierigen Verhandlungen gelang es endlich Anfang März 1920, eine Verständigung mit dem Architekten herbeizuführen, der alte Architektenvertrag, den Geheimrat Ebhardt am 29. Juni 1911 mit der coburgischen Domänenverwaltung abgeschlossen hatte, wurde mit einigen Nachträgen grundsätzlich als weiter gültig anerkannt (Vertrag vom 1. März 1920), der Staatsfiskus trat in den Vertrag ein, und es bestand Einverständnis darüber, daß der Weiterausbau der Festung alsbald

*) Anm. des Herausgebers: Der geschäftsführende Ausschuß besteht z. Zt. aus dem Landgerichtsdirektor Dr. Schack als Vorsitzendem, dem Staatsrat z. D. Dr. Quarck als stellvertretendem Vorsitzenden, den Landtagsabgeordneten Arnold und Klingler und dem Gutsbesitzer Heß (Neuses).

in Angriff genommen und nach Kräften gefördert werden sollte, auch wurde vorgesehen, daß an Stelle des Staats die Coburger Landesstiftung als Bauherrin in den Vertrag eintreten sollte. Das „Komitee zum Ausbau der Veste Coburg" befand sich noch im Besitze von Baumitteln, welche im wesentlichen aus den für den Festungsbau genehmigten Lotterien herrührten. In der Vereinssatzung des Festungsbaukomitees war bestimmt, daß im Falle seiner Auflösung das vorhandene Vermögen dem Herzog zufallen sollte, der Herzog hinwiederum hatte im Abschichtungsvertrag vom 7. Juni 1919 eingewilligt, daß die ihm aus der Satzung des Festungsbaukomitees zustehenden Rechte auf die Landesstiftung übertragen werden. So kam infolge der Liquidation des Festungsbaukomitees die Landesstiftung in den Besitz von Baumitteln in Höhe von über 1/2 Millionen Mark, mit denen der weitere Ausbau zunächst wieder aufgenommen werden konnte.

Anfang März 1920 konnten die Bauarbeiten unter der örtlichen Leitung des Architekten Fritz Ebhardt wieder in größeren Ausmaßen begonnen werden. Zunächst galt es, den Fürstenbau, welcher im Abschichtungsvertrag der herzoglichen Familie als Wohnung zuerkannt war, fertigzustellen. Die Ausstattung der Innenräume, insbesondere Tapezierer-, Maler- und Schlosserarbeiten und die Einrichtung der Bäder, der Licht- und der Telefonanlagen, erforderten noch erhebliche Mittel. Unter Anspannung aller Kräfte gelang es, den Fürstenbau so rechtzeitig fertigzustellen, daß die herzogliche Familie Anfang Dezember 1920, am Eingang von dem Bauleiter und den Vorsitzenden der Landesstiftung mit herzlichen Wünschen begrüßt, ihren Einzug halten konnte.

Über den Umfang der weiteren Bauarbeiten gingen in der Stiftungsverwaltung die Ansichten auseinander. Daß die vorhandenen Baumittel, obschon sie im Laufe des Jahres 1920 und auch später noch durch Zuwendungen des Coburger Kriegshilfsausschusses beträchtlich vermehrt wurden, bei weitem nicht ausreichten, um den Bau planmäßig zu Ende zu führen, darüber bestand keine Meinungsverschiedenheit. Die einen meinten, es sei nötig, sich zunächst darauf zu beschränken, die Steinerne Kemenate fertigzustellen, um für den geplanten Neuaufbau der Sammlungen die erforderlichen Räume zu schaffen, und mit einem neuen Bau nicht eher zu beginnen, bevor das dazu erforderliche Baugeld beschafft sei. Die anderen setzten sich dafür ein, daß mit dem letzten vorgesehenen Bauwerk, dem an Stelle des früheren Vogelmuseums geplanten Kongreßhausbau alsbald begonnen und die Lösung der Frage, wie das zur Vollendung benötigte weitere Baugeld zu beschaffen sei, der Zukunft überlassen werden solle. Glücklicherweise gelang es, der zweiten Meinung zum Siege zu verhelfen. Infolgedessen wurde noch im Frühjahr 1920 nicht nur mit der Fertigstellung der Steinernen Kemenate, später auch mit der Herrichtung des darin befindlichen Hornzimmers begonnen, sondern alsbald auch die Aufführung des Kongreßhausbaus, der die Lücke an der Nordseite ausfüllen sollte, in Angriff genommen. Zu den geldlichen Schwierigkeiten gesellten sich solche von technischer Art, die der planmäßigen Durchführung der Bauten wesentliche Hindernisse in den Weg legten. Namentlich war die Sicherung der Grund-

gemäuer des Kongreßhauses infolge der eigentümlichen Lagerungsverhältnisse der natürlichen Unterlage (Wechsel von Letten- und Sandsteinschichten mit stark zerklüfteten Dolomitbänken) außerordentlich schwierig, zeitraubend und kostspielig. Als die Staatshoheit über das Coburger Land am 1. Juli 1920 auf Bayern überging, war trotzdem der Kongreßhausbau soweit gefördert, daß die Umfassungsmauern bis zum ersten Stockwerk in die Höhe geführt waren.

Wiederholt hatten wir die Freude, Vertreter der bayerischen Staatsregierung und des bayerischen Landtags in Coburg zu begrüßen, welche sich an Ort und Stelle von dem hohen Wert der auf der Festung befindlichen Sammlungen und der großen künstlerischen und kulturellen Bedeutung des Festungsbaus überzeugen konnten. In großzügiger Weise ließen Regierung und Landtag dem Werke ihre Unterstützung zuteil werden. Am 7. Mai 1921 beehrte der Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtags unter der Führung des Abgeordneten Stehrl die Veste mit seinem Besuche, und der Landtag stellte zunächst zwei Millionen Mark für den Festungsbau zur Verfügung, beschloß auch am 9. Mai 1921, daß die Um- und Ausbauten auf der Veste in rascher Folge durchgeführt werden sollen.

Im Laufe des Jahres 1921 wurde auch das sogenannte Gästehaus ausgebaut und bezogen. Die Steinerne Kemenate ist bis auf die im ersten Stock befindlichen Lutherzimmer Ende des Jahres 1921 fertiggestellt und zur Aufnahme der Sammlungen, soweit sie nicht im Herzogінbau verbleiben, bereit. Trotz aller Schwierigkeiten geldlicher und technischer Art konnte auch der Kongreßhausbau so gefördert werden, daß er bei Beginn des Jahres 1922 größtenteils unter Dach war. Am 18. März 1922 wurde in althergebrachter Form, wenn auch wegen des Ernstes der Zeit in schlichter Weise, das Richtfest begangen. Der Polier Schramm sprach einen launig gereimten Richtspruch; ich selbst wies in einer Ansprache an die Werkleute unter Dankabstattung auf die großzügige Förderung hin, die der Festungsbau durch den bayerischen Landtag und die Staatsregierung erfahren habe; der stolze Kongreßhausbau sei, so konnte ich unter der Zustimmung der Beteiligten feststellen, ein weithin sichtbares Zeichen der hohen kulturellen Bedeutung, welche dem Anschlusse Coburgs an Bayern zukomme. Möchte der Bau, wenn sich erst seine Pforten bestimmungsgemäß öffnen für Zusammenkünfte von Männern der Wissenschaft, des Handels, der Landwirtschaft, des Handwerks, für ernste Arbeit und heitere Feste, das Seine beitragen zur weiteren wirtschaftlichen Hebung des Coburger Heimatlandes!

Für das Baujahr 1922 ist die Fertigstellung des Kongreßhauses, der Ausbau des Hohen Hauses nebst Nebengebäuden und die Herrichtung des inneren Hofes geplant. Die Fertigstellung der Kapelle (am Fürstenbau) wurde als nicht vordringlich zunächst nicht in den Bauplan aufgenommen, indessen besteht die Hoffnung, einen aus privaten Zuwendungen gebildeten Vermögensstock für diesen Zweck weiterhin so zu vermehren, daß die würdige Ausstattung der Kapelle bald ausgeführt und auch dieses Bauwerk, welches den Ausgangspunkt des ganzen Festungsumbaus

gebildet hatte, glücklich vollendet werden kann. Als erstes Einrichtungsstück hat Herr Generaldirektor Dr. Halm einen prachtvollen Barockaltar zur Verfügung gestellt, Familie Arnold (Neustadt) hat in oftbewährter Opferfreudigkeit ihn gestiftet.

Am 1. November 1921 trat der langjährige Vorstand der Kunst- und Altertümersammlungen auf der Veste Coburg, Oberst von Lossnitzer, welcher die Sammlungen unter den schweren Verhältnissen der Bauzeit betreut hatte, in den Ruhestand, an seiner Stelle wurde Professor Dr. Kaemmerer, früher Direktor des preußischen Provinzialmuseums in Posen, zum Vorstand der Sammlungen ernannt. Zu Beginn des Jahres 1922 konnte er mit der fachmännischen Aufstellung der Sammlungen in der Steinernen Kemenate beginnen. Für viele wertvolle Anregungen ist die Stiftungsverwaltung den Herren Ministerialdirektor Dr. Hendschel (Kultusministerium), Generaldirektor Dr. Halm (Bayerisches Nationalmuseum) und Ministerialrat Ullmann (Oberste Baubehörde), welche ihr immer bereitwilligst freundliche Unterstützung haben zuteil werden lassen, zu aufrichtigem Danke verpflichtet, ihn auch an dieser Stelle zum Ausdruck zu bringen, ist mir herzliches Bedürfnis. Möchte es dem Sammlungsvorstand gelingen, in den durch Bodo Ebhardts Meisterhand trefflich gestalteten Ausstellungsräumen ein Werk zu schaffen, das dem alten Ansehen unserer durch jahrhundertelange weise Fürsorge ihres Fürstengeschlechts mit Kunstwerken und Sammlungen unübertrefflich ausgestatteten wie durch natürliche Reize reich begnadeten coburgischen Heimat neuen Glanz zu verleihen vermag!

# Die toten und vermißten Heldensöhne der Heimat.

## Für uns!*)

Fern, ferne im Osten, da gähnt ein Grab:
Da senkt man zu tausend die Toten hinab –
Für uns!

Im Westen manch Kreuz ragt schlicht und klein,
Da liegen sie stumm in langen Reihn –
Für uns!

Und wo im Winde rauschet das Meer,
Da gaben sie freudig ihr Leben her –
Für uns!

Sie opferten Zukunft und Jugendglück,
Sie kehren nie wieder zur Heimat zurück –
Für uns!

Sie gaben ihr Alles, ihr Leben, ihr Blut,
Sie gaben es hin mit freudigem Mut –
Für uns!

Und wir? Wir können nur weinen und beten
Für sie, die da liegen bleich, blutig, zertreten –
Für uns!

Denn es gibt kein Wort, für das Opfer zu danken,
Und es gibt keinen Dank für sie, die da sanken –
Für uns!

*) Krauß „Deutscher Heldentod".

# Coburg (Stadt).

Abicht Wilhelm, Buchhalter
Allstadt Joseph, Modelleur
Amann Friedrich, Friseur
Amberg Willy, Kaufmann
Ambrosius Willy, Maschinenschlosser
Amend Ludwig, Korbmacher
André Walter, Kaufmann
Angebrandt Johann, Taglöhner
Angermüller August, Kellermeister
Angermüller Gustav, Wagner
Angermaier Karl
Annemüller Heinrich, Gärtner
Appunn Walter
Appel Bernhard
Arndt Hans, Kammerger.-Referendar
Arnold Adolf, Schlosser
Arnold Fritz, Schreiner
Arnold Karl, Korbmacher
Asche Hans, Finanzanwärter
Aumüller Karl, Lehrer
Aurich Oswald, Tapezier u. Dekorateur
Baetz Julius, Kaufmann
Bätz Georg, Bau- und Möbelschreiner
Bätz Friedrich, Schreiner
Bätz Hans, Kaufmann
Bäz Gustav, Tüncher u. Zimmermaler
Bartsch Hans, Bankbeamter
Bartsch Hermann, Tischler
Bartsch Kurt, Bankbeamter
Bartsch Richard, Kaufmann
von Bassewitz Hans-Hch., Leutnant
von Bassewitz Hans-Joachim, Leutnant
Baudach Hans, Maschinentechniker
Bauder Willy, Monteur
Baudler Bernhard, Korbmacher
Bauer Adolf, Schreiner
Bauer Alfred, Korbmacher
Bauer Emil, Taglöhner
Bauer Hans, Schreiner
Bauer Johann, Dienstmann
Bauer Karl, Lagerist
Bauer Karl, Zimmermaler
Bauer Max, Eisenbahngehilfe
Bauer Edwin, Kaufmann
Bauersachs Gustav, Koppelknecht
Bauersachs Rudolf, Bäcker
Bauersachs Simon
Baumann Hans, Oberrealschüler
Baumann Karl, Korbmacher
Bechmann Ernst, Rentkommissär
Bechmann Reinhold, Kaufmann
Beck August, Bäcker
Beck Ernst, Maler
Becker Walter, Zahntechniker
Beger Karl, Kaufmann
Behland Gotthard, Bahn-Gepäckträger
Beiersdorf Alfred, Korbmacher
Beiersdorf Erich, Schüler
Bender Hermann, Maschinenmeister
Bengl Otto, Bierbrauer
Berbig Kurt
Berghold Willy, Korbmacher
Bergner Eduard, Kaufmann
Berndt Johannes, Bankbeamter
Bernreuther Franz, Schlosser
Bernreuther Ludwig, Lackierer
Bernreuther Rudolf, Eisendreher
Beyer Adolf, Schuhmacher
Beyer Albin, Werkmeister
Beyer Alfred, Tischler
Beyer Franz, Lichtdrucker
Beyer Marino, Gärtner
Beyer Theodor, Maler
Beyersdorf Ernst, Schriftsetzer
Beyersdorf Fritz, Bautechniker
Beyersdörfer August, Kaufmann
Biedermann Adolf, Bäcker

Bischoff Albert, Lokomotivheizer
Bischoff Adam, Kellner
Bischoff Karl, Mechaniker
Blanckmeister Erich, stud. phil.
Blochberger Ludwig, Kutscher
Blüming Paul, Friseur
Bode Heinrich, Uhrmacher
Boeser Xaver, Bäcker
Böhm Rudolf
Böhm Karl, Korbmacher
Böhm Hugo, Kaufmann
Böhme Theodor, Leutnant
Böld Paul, Holzbildhauer
Böschner Ernst, Packer
Böhhenz Konrad, Eisendreher
Bohl Max, Gastwirt
Bonsack Fritz, cand. phil.
Bonsack Hans, stud.
Borbonus Theodor, Glasbläser
Bores Emil, Schlosser
Bornhardt Moritz, Maurer
Bornhardt Wilhelm, Maurer
Boser Ludwig, Bankbeamter
Bräcklein Ernst, Lokomotivführer
Brandenstein Alfred gen. Albert
Bräutigam Fritz, Kartonnagenarbeiter
Brandt Ewald, Maler
Brandt Rudolf, Kaufmann
Braune Albert, Glaser
Braune Albert, Konzertmeister
Brauns Erich, Seminarist
Braunschmidt Moritz, Bossierer
Brehm Heinrich, Schreiner
Briegleb Heinrich, Administrator
Brückner August, Justizanwärter
Brückner Max, Oberlehrer
Buchner Chr., Wagnermeister
Buchner Rudolf
Budzinski Erich, Friseur
Buhl Eduard, Korbmacher
Butz Robert, städt. Lehrer
Büchner Ernst, Bereiter
Büchner Hermann, Schreiner
Büchner Julius, Bankbeamter
Bühling Adolf, Metzgermeister
Bühling Adolf, Metzgermeister
Bühling August, Bäcker
Bühling Georg, Lehrer
Büschelberger Albert, Korbmacher
Bürger Wilhelm, Buchbinder
Büttner August, Gastwirt
Büttner Max Julius, Former
Catterfeld Walter, Oberrealschüler
Christ Anton, Korbmacher
Christ Heinrich, Vizefeldwebel
Cohrs Walter, Kaufmann
de Cuvry Robert, cand. med.
Cramer Dedo, Kaufmann
Danz Ernst, Lehrer
Danz Günther, Konditor
Decker Albert, Seminarist
Dehler Eduard, Fabrikarbeiter
Dehler Rudolf
Deparade Franz, Korbmacher
Diem Heinrich, Tiefbautechniker
Dill Hermann, Schuhmacher
Dietlein Hans, Kaufmann
Dietz Hermann, Kutscher
Dietz Rudolf, Fabrikdirektor
Dinkel Christian, Installations-Gehilfe
Dinkel Georg, Kutscher
Doetschel August
Domhardt Julius, Schriftsetzer
Donath Garibald, Musiker
Dorsch Peter, Metzger
Dotzauer Anton, Tischler
Döhler Karl, Bankbeamter
Döll Ernst, Dachdecker
Dötsch Karl, Maler
Dötschel Heinz, Zahnarzt
Drath Hugo, Lithograph
Dreißigacker Fritz, Korbmacher
Dressel Edmund, Schlosser
Dressel Georg, Schuhmacher

Dreſſel Hermann, Friſeur
Dreſſel Kurt, Friſeur
Dreſſel Otto, Korbmachermeiſter
Dreßler Auguſt, Prokuriſt
Dreßler Paul, Kaufmann
Dümpert Paul, Schuhmachermeiſter
Douglas Karl
Eberhardt Albert, Predigtamtskandidat
Eberhardt Alfred, cand. phil.
Eberhardt Oskar, Kaufmann
Eckardt Albin, Maurer
Eckſtein Ernſt, Photograph
Eckſtein Hermann, Maſchiniſt
Ehricht Oskar, techn. Eiſenbahnbüro-Aſſiſtent I. Kl.
Ehrlich Julius, Kaufmann
Eichhorn Erwin, Maurer
Eichhorn Hans, Kaufmann
Elsmann Alfred, Korbmachermeiſter
Endres Konrad, Tiſchler
Enke Artur, Handlungsgehilfe
Enke Hans, Kaufmann
Erbe Auguſt, Brauer
Erdmann Robert, Kaufmann
Erdmann Ernſt
Ernſt Adolf
Eſch Louis gen. Julius, Zimmermann
Eſcher Alexander, Kaufmann
Eſchner Hermann, Schuhmacher
Exer Carl Theodor, Poſtbote
Exrich Alfred, Seminariſt
Faatz Georg, Buchhalter
Faber Alfred, Kaufmann
Faber Wilhelm
Faber Friedrich, Lehramtskandidat
Faſſeing Emil
Fehringer Wilhelm, Former
Feiler Albert, Bautechniker
Feiler Emil, Militär
Feiler Otto, Zigarrenmacher
Fenſelau Karl, Färbergeſelle
Fexler Joſeph, Kutſcher
Fichtmüller Emil, Glasbläſer
Finck Guſtav, Buchdrucker
Fiſcher Albin, Tiſchler
Fiſcher Alfred, Kaufmann
Fiſcher Artur, Maſchinenſchloſſer
Fiſcher Artur, Polizeiſergeant
Fiſcher Ernſt, Zimmermann
Fiſcher Max, Korbmacher
Fiſcher Rudolf, Oberrealſchüler
Fiſcher Theodor, Korbmacher
von Fiſchern Bernhard, Hauptmann
Finzel Karl, Korbmacher
Finzel Louis, Korbmacher
Fleiſchhauer Auguſt, Korbmacher
Flocken Erich, Oberrealſchüler
Forkel Robert, Bäcker
Forkel Ernſt, Korbmacher
Frank Auguſt, stud. math.
Frank Otto, Blechwarenfabrikant
Frankenberg Artur, Kaufmann
Franz Michael, Kohlenhändler
Friedrich Heinrich, Maler
Friedrich Max, Modelleur
Friedrich Rudolf, Inſtall.-Monteur
Fuhrmann Franz, Kaufmann
Gans Eugen, Maler
Gans Paul, Gärtner
Gareis Berthold, Former
Gaertner Max, Deckoffizier
Gärtner Auguſt, Korbmacher
Gatzer Louis, Bautechniker
Gazert Friedrich, Major
Geck Emil
Gehring Albert, Korbmachermeiſter
Gehrlicher Eduard, Maſchinenſchloſſer
Geiger Albin
Geiſthardt Adolf, Packer
Geiſthardt Edmund, Arbeiter
Geiſthardt Friedrich, Sattler
Geiſthardt Karl, Korbmacher
Geiſthardt Karl, Lichtdrucker
Geiſthardt Karl, Maler

Geiſthardt Max, Korbmacher
Geuß Fritz
Geuß Guſtav
Geupel Rudi, stud.
Gerandt Wilhelm, Maurer
Girbert Karl, Oberrealſchüler
Glaſer Albin, Beitreibungsbeamter
Dr. Glaſer Ferdinand, Fabrikant
Glaſer Erich, Friſeur
Goebel Paul, Gärtner
Göpel Ernſt, Muſeumsdiener
Göpel Hermann, Korbmacher
Görauch Albert, Schneider
Götze Werner, Kaufmann
Goſe Max, Bäcker
Graf Kurt, Maler
Grams Anton, Korbmacher
Graſſer Herbert, stud. jur.
Graßmuck Hermann
Gräf Hermann, Kaufmann
Greiner Fritz, Brauerei-Praktikant
Grempel Kurt, Abiturient
Grempel Rudi, Kaufmann
Griebel Karl, Metzger
Groſch Georg, cand. rer. nat.
Groſch Louis, Korbmacher
Großmann Karl
Großmann Auguſt, Friſeur
Großmann Emil, Vorarbeiter
Großmann Ernſt, Schneider
Großmann Edwin, Lehrer
Gruber Max
Gruner Erich, Wollſpinnereibeſitzer
Gruner Friedrich, Buchhalter
Gruner Friedrich, Wollſpinnereibeſitzer
Gruner Hermann, stud. phil.
Gruner Rudolf, Kaufmann
Günther Adolf, Logenkaſtellan
Günther Auguſt, Schornſteinfeger
Günther Chriſtian, Brauer
Günther Lothar, Kaufmann
Gutgeſell Fritz, Poſtbote
Gutmann Guſt. Ad., Gewerbeoberlehrer
Habelitz Erhard, Dachdeckermeiſter
Habermann Julius, Gärtner
Hackert Auguſt, Tagelöhner
Hackert Auguſt, Former
Hahn Ernſt, Kunſtmaler
Hahn Karl, 1. Depoſitor an der Landeskreditanſtalt in Gotha
Hanſtein Bruno, Major
Hagelſtein Paul, Kaufmann
Hamel Albert, Metzger
Hanſt Joh. Max, Bankbeamter
Hammerſchmidt Paul, Muſiker
Harraß Artur, Hausdiener
Häckel Walter
Härtel Oswald, Gärtner
Härtlein Wilhelm, Huf- und Wagenſchmied
Hartung Bernhard, Kutſcher
Hartung Oskar, Landmeſſer u. Ingenieur
Häublein Max
Häublein Heinrich, Korbmacher
Hebert Georg, Schneidermeiſter
Heger Paul, Kaufmann
Hein Wilhelm, Seminariſt
Hein Paul
Heinrich Max, Bankbeamter
Heinhöfer Paul, Bäcker und Konditor
Heinecke Otto, Architekt
Heinicke Karl, techn. Eiſenbahnbüro-Aſſiſtent 1. Kl.
Heinlein Alfred, Photograph
Heinlein Guſtav, Arbeiter
Heinlein Johann, Tünchermeiſter
Heinlein Karl, Klempner
Heinlein Markus, Steindrucker
Heinrich Ludwig, Bankbeamter
Heinrichs Wilhelm, Heizer
Heinz Wilhelm
Held Wilhelm, Korbmacher
Hellfaier Fritz, Maſchinenſchloſſer
Hellfeld Paul, Polizeiſergeant

Hellmann Erich
Henne Alfred, Leutnant
Hennig Artur, Korbmacher
Henning Paul
Hermann Alfred, Justizanwärter
Herrmann Karl, Bürovorsteher
Hernbredel Max, Musiker
Herr Karl, Taglöhner
Hertha Markus, Schreiner
Heß Otto, Expedient
Heß Otto, Maler
Hesse Franz, Tapezierer
Hesse Hermann, Kaufmann
Hetzelt Hermann, Kaufmann
Heublein Max, Korbmacher
Heublein Reinhard, Friseur
Heuring Robert, Brauer
Heydenreich Karl
Heyl Otto, stud. forest.
Heymann Friedrich, Kunstmaler
Heyn Max, Betriebsleiter
Hiemisch Paul, Hausmeister
Hillmann Ferdinand, Korbmacher
Hochberger Hans, Tapezierer
Hofmann August
Hofmann Karl, Zimmermaler
Hofmann Ernst, Musik-Instrumentenmacher
Hofmann Ferdinand, Taglöhner
Hofmann Hans, Schlosser
Hofmann Wilhelm
Hofmann Hugo, Bäcker
Hoffmann Heinrich, Briefträger
Hohlbein Paul, Schneider
Dr. Hohnbaum Wilhelm, cand. phil.
Holzberger Hans, Tapezierer
Holzmann Richard, Korbmacher
Holzmann Wilhelm
Holland Eduard, Vizefeldwebel
Hopf Hermann
Höhn Alfred, Kaufmann
Höhn Alfred, Gymnasiast
Höhn Emil, Buchdrucker
Höhn Fritz, Korbmacher
Höhn Max, Korbmachermeister
Höllein Erich, Finanzanwärter
Höllein Karl, Bankbeamter
Höllein Ferdinand
Hübner Adolf, cand. phil.
Huck Friedrich, Korbmacher
Huck Hermann, Zugführer
Huelsz Reinhold, Braumeister
Hummel Alfred, Drogist
Hüter Alwin, Hausdiener
Huth Friedrich, Kaufmann
Huth Ferdinand
Hutterer Ruppert, Schausteller
Jagemann Friedrich, Bankbeamter
Immler Hans, landwirtschaftl. Verwalter
Jakob Alfred, Kaufmann
Jakob Rudolf, Gärtner
Janson Hermann, Korbmacher
Janson Max, Maler
Johannes Kurt, Buchhändler
Jörg Edwin, Maler
Juch Friedrich, Bäcker
Jung Fritz, Kaufmann
Jung Gustav, Lagerist
Junghans Ernst Otto, Kaufmann
Junker Willy, Fähnrich
Kaffenberger Albin, Schriftsetzer
Kahl Friedr. Wilh., Schriftsetzer
Kahl Louis, Rohrmöbelarbeiter
Kaiser Edmund, Büroschreiber
Kaltwasser Heinrich, Buchhalter
Kaltwasser Hugo, Buchhalter
Kammerzell Alfred, Kaufmann
Karl Joseph, Knecht
Käb Jakob Martin, Korbmacher
Keib Robert
Keil Friedrich, Metzger
Kellermann Alfred, Buchdrucker
Kern Franz, Korbwarenfabrikant
Kern Max, Masseur

Kiese Friedrich, Abiturient
Kirschis Jonas, Müller
Knab Erhard, Bankbeamter
Knauf Ferdinand, Schriftsetzer
Knecht Peter, Maler
Knoch Albert, Korbmacher
Knoch August, Maler
Knoch Kurt, Klempner
Knoch Max, Schreiner
Knoch Wilhelm, Maurer
Knopf Ernst, Korbmacher
Knopf Max
Knoth Emil, Kontrolleur
Koch Edwin, Glaser
Koch Hans, Leutnant
Koch Karl, Maschinenmeister
Koch Rudolf, Lackierer
Kohlus Georg Louis, Korbmacher
Kolb Max, Zinngießer
Kolbe Kurt, Fahnenjunker-Unteroffizier
Kolk Max, Kaufmann
Korn Ernst, Korbmacher
Korn Franz, Kutscher
Köchel Paul, Lagermeister
Köditz Willy, Maschinentechniker
Köhler Ferd., Schmied
Köhler Hans, Techniker
Köhler Max, Buchhalter
König August, Tapezierer
König Karl
Krahmer Ferdinand, Schneider
Kraiß Karl, Landwirt
Krämer Karl, Korbmacher
Krauß August, Korbmacher
Krauß Ernst, Dienstknecht
Krauß Richard, Schreiner
Krauß Wilhelm, Dachdecker
Krauß Hans, Schlosser
Kräußlich Otto, Kaufmann
Kräußlich Ferdinand, Landgerichtsrat
Krautworst Otto, Schlosser
Krebs Ernst, Bautechniker
Krug Max, Maurer
Krüger Hermann, Elektromonteur
Kurt Hans
Kupfer Adolf, Puppenmacher
Kurch Kurt, Klempner
Kurch August, Maler
Kuschke Walter Karl, Tischler
Kühn Emanuel, Schauspieler
Kühn Fritz, Wirker
Kühn Hans, Bankbeamter
Kükenthal Hans, Oberleutnant z. S.
Küsel Rudolf, Kunstgewerbler
Küstermann Curt, ordin. Predigtamts-kandidat
Lang Alfred, Klempner u. Installateur
Lang Robert, Tischlermeister
Langbein Erich, Referendar
Langbein Max, Tapezierer
Langbein Eduard, Briefträger
Laußmann Richard, Kaufmann
Leffer Rudolf, Bankkassier
Leffer Max
Lehmann Willy, Militär
Leischner Wilhelm, Zugführer
Leistner Friedrich, Stukkateur
Leuthäußer Robert, Kaufmann
Licht August, Bierführer
Liebermann Bruno, Kaufmann
Liebermann Erwin, anatom. Modelleur
Lill Peter, Maurer
Lindner Emil, Lehrer
Linß Julius, Spielwarenfabrikant
Lippmann Fritz, Vizefeldwebel
Lippold Julius, Fabrikarbeiter
Lobenstein Hermann, Lehrseminarist
Loos Oskar, Tapezierer
Lorenz Arno, Klempner
Lorenz Fritz, anatom. Modelleur
Dr. von Loßnitzer Max, Direktorial-assistent am Kupferstichkabinet in Dresden
von Loßnitzer Johannes, Kapitänleutn.

Dr. Lotz Friedrich, Regierungsrat
Lotz Karl, Zigarrenmacher
Lotz Artur, Schlosser
Lotz Walter, Kand. d. höh. Lehramts
Löffler Willy, cand. ing.
Lucke Maximilian, Handlungsgehilfe
Ludloff Walter, Schüler der höheren Maschinenbauschule
Lutter Hermann, Korbmacher
Lutz Albert gen. Max, Packer
Lüder Konrad, Konditorgehülfe
Maar Ferdinand, Landbriefträger
Maar Otto, Kaufmann
Mahr Max, Sanitäts-Unteroffizier
Malter Armin, Bäcker
Manger Paul, Handlungsgehilfe
Mann Alfred, Glaser
Mannagottera Karl, Polizeisergeant
Marquardt Gustav, Fabrikbesitzer
Marr Heinrich, Postillon
Martin Lorenz, Zimmermann
Matthes Gustav, Kaufmann
Mattstedt Edmund, Bankbeamter
Mauer Willy
Dr. Maurer Karl, Chemiker, Dipl.-Ing.
Mauritius Stephan, Diplom-Ingenieur
May Franz, Korbmacher
Mayer Paul, Handlungsgehilfe
Mechthold Emil, Hofkutscher
Mechtold Reinhard, Bäcker
Mehler Clemens, Schuhmachermeister
Meisegeier Oskar, Postsekretär
Menzner Max, Postillon
Merten Albin, Glaser
Merz Wilhelm
Mesch Gustav, Schreiner
Meschke Ernst, Kaufmann
Methfessel Rudolf, Fahnenjunker
Methfessel Max, Schüler
Metzner Georg, Korbmacher
Meuschke Karl, Oberpostpraktikant
Meusel Friedrich, Klempner
Meyer Alfred, Zollinspektor
Meyer Fritz, Fabrikbesitzer
Meyer Hermann, Betriebsinspektor
Meyer Karl, Bankbeamter
Molge Wilhelm, Schneidergeselle
Motschmann Ernst, Buchdrucker
Mönch Alfred, Braumeister
Mönch August, Korbmacher
Möser Otto, stud.
Müller Ernst, Bürovorsteher
Müller Hans, Former
Müller Heinrich, Lehrer
Müller Heinrich, stud. theol.
Müller Johann, Tischler
Müller Lorenz
Müller Karl, Sattler
Müller Max, Kaufmann
Müller Max, Tapezierer
Müller Matthäus
Müller Reinhold, Kaufmann
Müller Viktor, Bankbeamter
Müller Wilhelm, Mechaniker
Münch Johann, Schuhmachergeselle
Mundt Franz, Färber
Münscher Karl, Oberrealschüler
Neidiger August, Kaufmann
Neidlein Georg Johann, Korbmacher
Neubauer Bruno, Kaufmann
Neubert Joh. Michael, Kaufmann
Neumann Adolf, Hilfsstellenwerkschlosser
Neumann Alfred, Eisenbahnschlosser
Nicolajewski Georg, Kaufmann
von Nordheim Hermann, Bildhauer
Nötscher Ludwig, Klempner u. Installat.
Oberender Richard
Oberender Eugen, Bäcker
Oehrl Johann, Knecht
Oehrl Willy, Glaser
Oertel Adolf, Weingroßhändler
Oekler Wilhelm, Kaufmann
Oesper Eduard, Bauführer
Ohrdorf Franz, Feldwebel

Olst Konrad, Drogist
Oppel Karl, Leutnant
Ortlepp August, Lehrer
Oswald Bernhard, Schreiner
Otto Gottlieb, Eisendreher
Otto Fritz, stud. theol.
Pabst Wilhelm, Porzellangießer
Paduch Hans, Friseur
Paul Fritz, Schlosser
Pätzold Heinrich, Buchhändler
Pätzold Franz, Kaufmann
Pechauf Berthold, Bau- u. Maschinenschlosser
Pechauf Hugo, Bau- u. Maschinenschlosser
Peter Paul, Eisenbahnbüro-Aspirant
Pethke Werner, Arbeiter
Pfannenschmidt Max, Friseur
Pfeil Fritz, Korbmachermeister
Pflaum Ernst, Korbmacher
Pfützner Heinrich, Konditor
Platsch Gustav, Vollstreckungsbeamter
Platsch Theodor
Platz Karl, Kaufmann
Pohlig Richard
Pohlig Theodor, Gärtner
Pommer Gustav, Lehrer
Ponsel Markus, Bäckermeister
Ponsold Karl, Brauer
Popp Richard, Turnlehrer
Popp Karl
Poppe Erich, Regierungslandmesser
Poser Willy, Koch
Preuß Hans, cand. phil.
Probst Ludwig, Bildhauer
Pulvers Ernst, Gärtner
Püntzner Michael, Tischler
Quarz Karl Gustav, Friseur
Raab Walter, Theatermaler
Rammelt Franz, Friseur
Rampel Georg, Dienstknecht
Ramming Johann, Metzger
Raettig Kurt
Rau Gustav, Steinhauer
Raithel, August, Schlosser
Rauschert Alfred, Buchbinder
Rauschert Karl, Verwalter
Rauschert Fritz, Verwalter
Rauffert August, Zählerrevisor
Rautenstengel Gottfried, Wagenschmied
Rebhan Alfred, Bauführer
von der Recke, Freiherr, Eberhard
Rehlein Hermann, Kaufmann
Reich Erich, Seminarist
Reichardt Kurt, Seminarist
Reichert Anton, Dienstknecht
Reichelt Wilh. gen. Heinrich, Gärtner
Reimann Ernst, Finanzassistent
Reinhardt Emil
Reinecke Heinrich
Reiße Fritz, Oberrealschüler
Reißenweber Artur, Matratzenarbeiter
Reißenweber Joh. Georg, Brauer und Büttner
Resch Albert, Bautechniker
Reumann Siegfried, Bauingenieur
Reuß Albin, Damenschneider
Reuß Reinhold, Porzellanmaler
Richert Theodor, Kaufmann
Richter Max, stud. phil.
Riechers Paul, Konditor
Riebold Wilhelm, Korbmacher
Ritter Adolf
Ritter Ernst, Korbmacher
Roschlau Rudolf
Roschlau Karl, Postbote
Roschlau Christian, Malermeister
Roschlau Max, Korbmachermeister
Roschlaub Hermann
Rose Adolf, Arbeiter
Rose Emil
Rosenlöcher Edgar, Kaufmann
Roth Alfred, Korbmacher
Roth August, Schreiner
Roth Karl, Korbmacher

Roth Ludwig
Rothe Emil, Korbmachermeister
Rödel Hans, Koch
Rösch Max, Kaufmann
Ruck August, Maler
Rückels Paul, Kaufmann
Rühl Emil, Packer
Rüdemann, Rudi, Kaufmann
Sammler Artur, Elektrotechniker
Sauerteig August, Feldwebel
Schad Ernst, Tapezierer
Schad Heinrich, Rentkommissär
Schalk Friedrich, Drogist
Schaller Walter, stud.
Schamberger Alfred, Friseur
Schamberger Friedrich Oskar
Scharf Albin, Schreiner
Scharf Georg, Porzellangießer
Schäfer Fritz, Friseur
Schäfer Erich, Tapezierer
Schäftlein Max, Korbmacher
Schäftlein Rudolf, Korbmacher
Schäftlein Willi, Korbmacher
Scheibe Erich, Bankbeamter
Scheler Ernst, Korbmacher
Scheler Max, Korbmachermeister
Schelhorn Albin, Korbmacher
Schellmann Heinrich, Werkmeister
Schild Fritz, Schlosser
Schild Max, Korbmacher
Schiller Walter, Fähnrich
Schillig Albert, Schmied
Schilling Emil, Erdarbeiter
Schilling Heinrich, Buchhalter
Schilling Karl, Krankenkassenkontrolleur
Schilling Max
Schindhelm Albert, Kaufmann
Schindhelm Christian, Konditorgehülfe
Schlottermüller Karl
Schmidt Adolf, Korbmacher
Schmidt August, Korbmacher
Schmidt August, Schlosser
Schmidt Curt, stud. jur.
Schmidt Eduard, Korbmacher
Schmidt Emil, Korbmacher
Schmidt Franz, Lehrer
Schmidt Georg, Stellmacher
Schmidt Gustav, Lagerist
Schmidt Hermann, Kaufmann
Schmidt Karl, Friseur
Schmidt Karl, Kutscher
Schmidt Max Bernhard
Schmidt Max, Student des Bergfachs
Schmidt Otto, Tischler
Schmidt Stephan, Kutscher
Schmidt Walter, Schlosser
Schmidt Walter, stud. cam.
Schmidt Wilhelm, Sattler
Schmutzer Ernst, cand. phil.
Schneider Alfred, Eisenbahnbeamter
Schneider Albert, Kaufmann
Schneider Berthold, Lichtdrucker
Schneider Hermann, Porzellanformer
Schneider Felix, Kaufmann
Schneider Otto, Buchhalter
Schnell Konrad, Schlosser
Scholz Alfred, Brauer
Schorr Max, Kaufmann
Schödel Hans, Schreiner
Schramm Berthold, Korbmacher
Schramm Karl, Buchhalter
Schrader Georg
Schreiber Ludwig, Brauer
Schreiner Julius, Kaufmann
Schreyer Emil
Schreyer Georg, Gärtner
Schreyer Willy, Korbmacher
Schröder Otto, Korbmacher
Schröter Alfred, Korbmacher
Schröter Alfred, Lehrer
Schröter Hans Karl, Präparator
Schröter Ernst Alfred, Schulamtskand.
Schubert Berthold, Pferdeknecht
Schubert Karl Schneider

Schubert Max, Schreiner
Schultheiß Fritz
Schultheiß Max, Schlosser
Schulz Hugo
Schulz Robert, Elektrotechniker
Schum Max, Arbeiter
Schumann Adolf, Salzer
Schumann Alfred, Sattler
Schumann Heinrich
Schumann Woldemar, Kaufmann
Schuster Paul, Kaufmann
Schuster Willy, Kaufmann
Schütze Karl, Bankbeamter
Schütz Ernst, Maler
Schwager Alfred, Tischler
Schwager Georg, Korbmacher
Schwager Ludwig, Mechaniker
Schwamm Hans, Friseur
Schweitzer Egmont, Oberleutnant
Schweitzer Gustav, Bankbeamter
Schwesinger Heinrich, Schüler
Seeger Kurt, Kunstdrechsler
Seifert Alfred, Drogist
Seifert Anton, Schuhmacher
Seiler Ernst, Schlosser
Seligmann Ludwig, Bankier
Sembach Bernhard, Kaufmann
Setzmann Ferdinand, Maler
Setzmann Artur, Schreiner
Seuffert Rudolf, Maler
Seyd Richard, Uhrmacher
Siebert Walter, Lehrer
Siemann Julius, Handlungsgehilfe
Siller Hermann
Simon Ernst, Messerschmied
Simon Hans, Gymnasiast
Singer Wilhelm, Rohrmöbelarbeiter
Sinner Gustav
Sippel Paul, stud. med. dent.
Skrzypczak Peter, Eisenbahndiätar
Skrzypczak Johann, Zugführer
Solcher Friedrich, Korbmacher
Solge Wilhelm, Schneidergeselle
Sollmann Emil, Brauer
Sollmann Kurt, Kaufmann
Dr. Sommer Eduard, Landgerichtsrat
Sonnefeld Albin, Vizefeldwebel
Sorge Friedrich, Buchbinder
Sorge Max, Buchhalter·
Söllner Hellmuth, Korbmachermeister
Spindler Willy, Lehrer
Spitzweg Paul, Musiker
Stahl Friedrich, Geschäftsführer
Stahn Georg, Maurer
Stammberger Leonhard, Kutscher
Stauch Max, Bäcker
Stauch Max, Werkmeister
Stegner Alfred, Metzger
Stegner Bernhard
Stegner Eduard Porzellanmaler
Stegner Robert, Kaufmann
Stegner Alfred, Kaufmann
Steinecke Otto, Friseur
Steiner Heinrich, Kaufmann
Steiner Paul, Friseur
Steiner Paul Georg, Sparkassenbeamter
Stenglein Christian, Schlosser
Sterzer Johann, Schneider
Stölzel Albert
Stölzel Berthold, Kaufmann
Stölzel Hermann, Korbmacher
Störbeck Hans, Student
Straßenmeyer Emil, Klempner
Straub August, Schlosser
Strecker Walter, Kaufmann
Striegnitz Erich, Postassistent
Stubert Albin, Tapezierer
Stupe Albert, Gärtnereibesitzer
Stüpfert Hans, Kaufmann
Sturm Anton, Brauereibesitzer
Sumser Karl, Photograph
Supp Fritz, Maler
Sünkel Karl, Maler
Taubmann Berthold, Fleischer

Teuschler Ludwig, Schmied
Thees Adolf, Sattler
Thein Adam, Kutscher
Thomas Karl, Schriftsetzer
Tischer Hans, Oberprimaner
Töpfer Eduard, Oberlehrer
Töpfer Hermann, Musiklehrer
Trabant Friedrich, techn. Eisenbahnbüroaspirant
Traut Paul, Kaufmann
Treiber Hermann, Fleischer
Dr. Treibich Max, Oberlehrer
Treuner Otto, Kaufmann
Triebel Karl, Hausmeister
Trinks Hans, Zimmermaler
Trommer Paul, Maler
Trommer Willi, Bildhauer
Truckenbrodt Paul
Türk Emil, Droschkenkutscher
Türk Johann, Schlosser
Ulbricht Max, Malermeister
Ullrich Robert, Metzger
Ungelenk Alfred, Kaufmann
Urban Fritz, Kaufmann
Urban Karl, Kaufmann
Ubler Karl
Vetter Alfred, Knecht
Viktor Berthold, Schreiner
Vierneusel Karl, Lackierer
Vogel Anton, Dachdecker
Vogel Johann
Vogel Berthold, Dachdecker
Vogt Alfred, Oberrealschüler
Vogt Johann, Korbmacher
Vohlde Karl, Sattler
Volk Arno, Postgehilfe
Volk August, Klempner
Volkert Theodor
Vondran Paul
Vorndran Friedrich, Bankkassierer
Völker Albert, Korbmacher
Völker Edwin, Korbmacher
Völker Emil, Brauer
Wachsmuth Artur, Techniker
Waldvogel Rudolf, Referendar
Walter Erhard, Kaufmann
Walter Ernst, Lehramtskandidat
Walter Franz, Korbmachermeister
Walter Ludwig, Schuhmacher
Walther Fritz, Bäcker
Wank Robert, Schreiner
Warnke Hans, Kaufmann
Wäschenfelder Edmund, Sattler
Weber Alfred
Wechsung Emil, Kaufmann
Weckel Albert, Tischler
Wedel Berthold, Korbmachermeister
Wedel Max, Tapezierer
Weidmann Alwin, Schreinermeister
Weidmann Franz, Bäcker
Weidmann Hermann, stud. ing.
Weidmann Max, Bäckermeister
Weidner Rudolf, Kaufmann
Weigelt Eugen, Techniker
Weiglein Johann, Privatlehrer
Weiß Berthold, Kutscher
Weise Robert, Sattler
Dr. Weinberg Moritz, Gerichtsassessor
Weißbrodt Moritz, Zimmermaler
von Weltzien Helmut, Hauptmann
Wengert Leopold, Feilenhauer
Wentorp Wilhelm, Klempner
Werner Karl, Glasergeselle
Wicklein Fritz, Korbmacher
Wiegand Alfred, Lehrer
Wilhelm Rudolf, Friseur
Winkler Karl, Korbmacher
Winter Hans, Metzger
Winterstein Gustav, Schriftsetzer
Wirsing Fritz, Oberrealschüler
Witte Hans, Hauptmann
Wittmann Ernst, Maurer
Wittmann Ernst, Schlosser
Wittmann Fritz, Installateur

Wittmann Richard, Zeichner
Wittmann Auguſt
Wittmann Karl
Wittmer Hermann, Mechaniker
Wittrock Hans
Wohlbach Adolf, Photograph
Wöhner Max, Schloſſer
Wolf Hugo, Brauer
Wolf Ewald, Lehrer
Wolter Arno, Böttcher
Wöhner Max, Korbmacher
Wölfert Ernſt, Schreiner
Wönne Friedrich Adolf, Schloſſer
Wziontek Walter, Dekorateur
Zagel Konrad, Knecht
Zapf Eduard, Schneider
Zapf Willi, Sattler
Zeihe Robert, Major
Zeitner Alwin, Tüncher
Zeitner Karl, Tüncher
Zenker Friedrich, Tiefbautechniker
Zetzmann Johannes, Seminariſt
Zeuner Chriſtian, Maurer
Ziegengeiſt Franz, Flugzeug-Obermont.
Zimmerlein Willy
Zinner Max
Zierock Bruno, Vermeſſungsaſſiſtent
Zimmermann Auguſt, Poſtaſſiſtent
Zimmermann Willy, Kellner

## Neuſtadt.

1914

Alex Bertold
Arnold Erich
Barnickel Ludwig
Bauer Guſtav
Bätz Georg
von Berg, Hermann
Blechſchmidt Franz
Eckardt Franz
Eckſtein Albert
Engel Franz
Faber Albert
Falk Guſtav
Fiſcher Ferdinand
Fiſcher Carl
Grempel Anton
Gundermann Arno
Heublein Ernſt
Hofmann Fritz
Höllein Bernhard
Keller Graf v., Alex.
Kieſewetter Viktor
Kirchner Chriſtian
Kölbel Albert
König Emil
Lich Hermann
Maaſer Guſtav
Malter Otto
Michael Paul
Motſchmann Bernhard
Müller Chriſtian
Müller Wilhelm
Oberender Franz
Probſt Ernſt
Sauer Alfred
Sembach Fritz
Schneider Arthur
Schneider Wilhelm
Schubart Franz
Schweſinger Kurt
Steinbrück Walter
Thorhauer Hermann
Träger Guſtav
Waldenburger Max
Wolf Karl
Wöhner Karl

1915

Arnold Ernſt
Aulwurm Chriſtian
Bauer Chriſtian
Bauer Oskar
Bätz Albert
Bätz Otto
Beer Guſtav
Blechſchmidt Theodor
Bretſchneider Albert
Büchner Karl
Carl Emil
Dietzel Albert

Eckstein Hermann
Faber Ernst
Faber Gerhard
Faber Max
Fischer Karl
Fischer Franz
Fischer Julius
Fischer Max
Fleischhauer Albert
Förster Franz
Förster Rudolf
Gehrlicher Bertold
Gertloff Ernst
Grams Richard
Greiner Heinrich
Grempel Ernst
Gutgesell Max
Günther Max
Heß Franz
Heublein Emil
Heublein Karl
Hohlhut Ferdinand
Höhn August
Horn Georg
Hutschgau Christian
Jung Heinrich
Kästner Gustav
Kiesewetter Albin
Kiesewetter Gustav
Kiesewetter Albert
Kirchner Heinrich
Klett Adolf
Knauer Richard
Knapp Alfred
Krumm Erich
Kupfer Martin
Kümmet Ludwig
Larsen Karl
Lambein Ernst
Langbein August
Langbein Armin
Langbein Julius
Langbein Richard
Lipfert Emil
Löffler Franz
Luthardt Gustav
Maaser Albert
Metzler Max
Mönch Wilhelm
Oberender Reinhold
Oßmann Karl
Patzschke Oskar
Prediger Andreas
Raimund Otto
Rauh Heinrich
Rauscher Eduard
Rose Armin
Rose Max
Rögner Ernst
Rupp Christian
Sänger Rudolf
Seifert Alfred
Seifert Franz
Süßenguth Albert
Süßenguth Ernst
Schamberger Albert
Scheler Hermann
Schelhorn Ernst
Schnabel Albert
Schnabelrauch Albin
Schneider Bernhard
Schneider Edmund
Schreiner Wilhelm
Schubert Armin
Stegner August
Steiner Hans
Ströber Albert
Ulscht Gustav
Volk Emil
Wagner Adam
Welsch Emil
Wenzel Albert
Wenzel Albert
Witter Ernst
Wittig Emil
Wittmann Albert
Wohlleben Karl
Wolf Emil
Wolf Emil
Wolf Johann
Wolf Hugo
Zeidler Albert
Zorn Walter

1916

Arnold Otto
Bauer Karl
Beck August
Birnstiel Bernhard
Brückner Alfred
Büchner Reinhold
Bürhaus Hugo
Elflein Bernhard
Fischer Karl
Friedrich Emil
Grau Anton
Greiner Alfred
Heider Christian
Heublein Alfred
Heublein Christian
Höhn Franz
Jung Albert
Jung Ernst
Knauer Rudolf
Kern Paul
Langbein Gustav
Langbein Hermann
Langbein Karl
Langbein Reinhold
Lauer Karl
Lieb Hermann
Liebermann Theodor
Lorenz Alfred
Luthardt Heinrich
Malter Edmund
Martin Edmund

Martin Reinhold
Otto Karl
Renner Max
Rosenbauer Hermann
Scheler Albert
Schnitter Paul
Schönfelder Karl
Schubert Karl
Seifert Anton
Seifert Anton
Volk Ernst
Wiebel Albin
Wohlleben Waldemar
Wittmann Franz
Ziebeck Otto

1917

Bär Albert
Bätz Markus
Bätz Sanktin
von Berg Hermann
Brückner Armin
Eckstein August
Engelhardt Heinrich
Faber Bertold
Faber Fritz
Fenzel Emil
Finzel Karl
Fischer Albert
Fischer Edwin
Fleischhauer Ernst
Förster Reinhold
Heidler Paul
Hein Emil
Heß Ernst
Heublein Hilmar
Hofmann Eduard
Jung Louis
Kästner Wilhelm
Kempf Louis
Klötzer Karl
Langbein Max
Lauer Friedrich
Lieder Nikol
Maaser Leonhard
Meusel Albert
Nemmert Reinhold
Niller Otto
Oberender Albin
Probst Eduard
Prötzel Eugen
Rosenbauer Albert
Rupp Albert
Schneier Arno
Schramm Bernhard
Schubert Adolf
Stegner Oskar
Träger Armin
Truckenbrodt Karl
Vieweg Armin
Wagner Ernst
Wittmann Alfred
Wolf Hermann

1918

Barnickel Ernst
Barnickel Karl
Baumgarten August
Baumgarten Ernst
Bechmann Paul
Büchner Karl
Büchner Nikol
Bonsack Justus
Börner Christian
Börner Karl
Bunzel Christian
Döll Karl
Eckardt Ernst
Eckstein Albert
Elflein Moritz
Ehrlicher Karl
Förster Franz
Friedrich Ernst
Friedrich Reinhold
Genzel Albin
Gehrlicher Albert
Gleichmann Gustav
Gleichmann Karl
Grams Justus
Grempel Albert
Grempel Ernst
Grobe Paul
Großmann Johann
Heerlein Otto
Hetz Christoph
Heublein Ernst
Heuser Louis
Hofmann Emil
Horn Franz
Hoßbach Franz
Jena August
Kiesewetter Wilhelm
Knoch Kuno
Korn Franz
Langbein Ludwig
Langbein Christian
Lauer Artur
Luthardt Richard
Matthes Anton
Naß Albert
Otto Emil
Pabst Karl
Poschmann Richard
Prötzel Anton
Rehm Emil
Reißmann Gotthelf
Rosenbauer Karl
Ruppert Willi
Scheler Christian
Scheler Eduard
Scheler Erich
Schmidt Edmund
Schneider Heinrich
Schoder Julius
Schreiner Gustav
Schulz Bernhard

Stammberger Ewald
Stammberger Reinh.
Stegner Heinrich
Thum Rudolf
Vogel Wilhelm
Wagner Theodor
Waldhauer Georg
Wittmann Ernst
Wolf Theodor

1919

Friedrich Julius
Geuther Paul
Kupfer Georg

Vermißte.

Bauer Ernst
Bauer Karl
Baumgarten Theodor
von Berg Erich
Brückner Albert
Brückner Bruno
Carl Justus
Engel Ernst
Faber Christian
Fischer Ernst
Häfner Erich
Hofmann Artur
Hofmann Max
Hoßbach Ernst
Jung Karl
Jahn Bruno
Knoch Karl
Koch Hermann
Kratsch Willy
Löffler Bernhard
Lützner Otto
Mechthold Emil
Oppel Albert
Schelhorn Franz
Treuner Moritz
Truckenbrodt August
Witthauer Albert
Wöhner Max
Wolf Max

## Rodach.

Adelmann Walter
Bauer Reinhold
Bernhardt Arno
Bernhardt Reinhold
Böhm Richard
Bräutigam Alfred
Brehm Ernst
Brehm Karl
Brehm Wilhelm
Büschel August
Eisentraut Julius
Engelhardt Arno
Engelhardt Hermann
Florschütz Rudolf
Friedrich Max
Götz Friedrich
Götz Karl
Götz Paul
Graßmuck Anton
Graßmuck Artur
Graßmuck Ernst
Graßmuck Hugo
Graßmuck Karl
Grambs Hermann
Griebel Hermann
Habermann Edwin
Hager Franz
Hartleb Ludwig
Hauser Ludwig
Herr August
Herr Franz
Hofmann Ernst
Hofmann Hermann
Hofmann Karl
Hoffmann August
Hoffmann Arno
Hoffmann Johann
Hoffmann Wilhelm
Hoffmann Siegfried
Hohnbaum Max
Kaiser Ernst
Kiesewetter Ernst
Kiesewetter Ferdinand
Kiesewetter Johann
Kleinlein Karl
Klett Ernst
Köhler Robert
Kommer Gustav
Krieg Walter
Kupfer Gottfried
Lauterbach Otto
Leicht Adolf
Lersch Wilhelm
Leuthäußer Hugo
Lindemann August
Lindemann Hermann
Lotz Karl
Luthardt Hugo
Luthardt Karl
Machold Albert
Machold Ferdinand
Meinfelder Karl
Metzner Max

Meyer Artur
Morgenroth Wilhelm
Müller Reinhold
Müller Emil
Müller Friedrich
Müller Albin
Müller August
Neumann Hugo
Ohm Eduard
Oppel Emil
Oppel Alfred
Peter, Franz
Querfurt Franz
Rauscher Eduard
Rauscher Max
Reinhardt Otto
Reuter Hermann
Reuter Fritz
Ritz Anton
Rottenbacher Ernst
Rumpel Albert
Schelhorn Ernst
Schilling Adolf
Schindhelm Karl
Schleicher Max
Schloß Alfred
Schmidt Franz
Schmidt Wilhelm
Schnetter Hermann
Schnetter August
Schubarth Ernst
Schubarth Albrecht
Schünzel Robert
Siegmund Hermann
Siegmund Rudolf
Strecker Ernst
Strecker Walter
Strecker Albert
Stang Louis
Steitz Franz
Stöcklein Karl
Sühlfleisch Hermann
Sühlfleisch Ernst
Thauer Eugen
Thauer Hugo
Thiem Paulus
Thiem Max
Todt Wilhelm
Treuter August
Uebelhack, Karl
Vogel August
Völker Karl
Völker Erich
Wacker Adam
Wagner Werner
Wagner Wilhelm
Wank Albin
Waldbüßer Alfred
Weber Rudolf
Weber Ernst
Weiße Karl
Wendt Wilhelm
Werner Alfred
Werner Paul
Werner Gustav
Wietzel Otto
Wirsing August
Wirsing Fritz
Wirsing Rudolf
Wirth Anton

## Königsberg.

### Gefallen.

Amend Andreas
Arnold Adolf
Bergner I Wilhelm
Brendel Albert
Brochloß Karl
Denk Mathias
Elflein Fritz
Engelbrecht Emil
Epler Hans
Gareus Bernhard
Geißhardt Karl
Graser Georg
Großmann Edwin
Hanft Max
Hauck Theodor
Herpich Andreas
Hofmann Georg
Immler Karl
Jörg Gustav
Löffler Louis
Löffler Andreas
Medicus Adolf
Saalfrank Philipp
Sachs Karl
Sauer Daniel
Scheidemantel Louis
Schmidt Johann
Schmidt Georg
Schramm Gustav
Schwerdt Adolf
Voit August
Voit Georg

### Gestorben.

Bittenbrünn Hermann
Eltze Christian
Grimmer Christian
Häfner Anton
Sommer Adam

### Vermißt.

Baier Constantin
Keß Gottfried
Keß Gotthilf
Postler Wilhelm

# Coburg (Land).*)

## Ahlstadt

Albrecht Armin
Albrecht Richard
Altenfelder Hermann
Griebel Ernst
Großmann Otto
Kräußlich Richard
Müller Feodor
Reichardt Georg
Wank Hugo

## Ahorn
mit **Finkenau** und **Triebsdorf**

Angermmüller August
Baumann Franz
Büchner Alfred
Büchner Adolf
Büschel Alfred
Engelhardt Max
von Erffa Krafft Hartmann
Forkel Alfred
Hennig Ernst
Hennig Karl
Hoch Alfred
Hoch Christian
Junker Max
Kob Christian
Lieb Georg
Marx August
Nester Alfred
Reißenweber Artur
Rink Fritz
Schubarth Adolf
Schwämmlein Ernst
Seifert Anton
Sturz August
Vetter Gustav
Walter Kurt

## Aicha

Alex Albert
Kaiser Leonhard

## Altershausen

Büschelberger Karl
Fischer Nikolaus
Gretzer Gottfried
Hauck Johann
Horn Valentin
Kellner Oskar
Löffler Gustav
Neubauer Karl
Schmalz Albin
Schmalz Ernst
Wacker Hermann
Wacker Wilhelm

## Beiersdorf

Brand Eugen
Gemeinhardt Artur
Hanft Artur
Hanft Enno
Leister Friedrich
Marx Karl Louis
Rauschert Enno
Rückert Karl
Sattler Willy
Vogt Christian
Wolf Hermann
Wolf Johann Berth.

## Bertelsdorf
mit **Glend**

Bauer Alfred
Brandt Emil
Flohrschütz Alfred
Flohrschütz Eugen
Friedrich Rudolf
Gahn Hermann
Geuß Ernst
Gräbner Karl
Höllein Willy
Koch Ernst
Müller Max
Pfeuffer Max
Steiner Albert
Steiner Franz
Stößlein Louis
Wolf Moritz

## Beuerfeld

Blümig Paul
Brückner Georg
Griebel Ernst
Kiesewetter Eduard
Stauch Louis
Zetzmann Max

## Bieberbach

Bauer Konrad
Bauersachs Christian
Eckardt Charles
Engelhardt Oskar
Engelhardt Albin
Faber Julius
Faber Fritz
Heymann Erich
Schammberger Berth.

Vermißt:
Bohl Ernst

## Birkach a. S.

Deschner Johann
Florschütz Ernst

*) Die Aufstellung der Gefallenen- und Vermißten-Liste ist auf Grund standesamtlicher Berichte erfolgt. Den Herren Geistlichen und Standesbeamten sei für ihre Bemühungen auch an dieser Stelle herzlicher Heimatdank gesagt. Der Herausgeber.

Kolb Richard
Kolb Adam
Müller Friedrich
Nußpickel Karl
Nußpickel Georg
Stüllein Ernst

Vermißt:
Altenstädter Johann
Stüllein Willy

## Birkig

Bräuer Karl
Faber Edmund
Scheler Karl
Schleifenheimer Edm.
Schmidt August
Stahn Walter

## Blumenrod

Bauer August
Eckardt Leonhard
Kaiser Karl

## Bodendorf

Leistner Max
Kaiser August

## Breitenau

Bühling Oskar
Dinkel Karl
Kräußlich Hugo
Marx Ernst
Renner Karl
Renner Johann
Zetzmann Max

## Brux

Langbein Richard
Langbein Max
Langbein August
Wittmann Wilhelm

## Buchenrod

Eichhorn Oskar
Graßmann Adolf
Hümmer Andreas
Martin Emil
Schultheiß Albin
Späth Edmund
Späth Karl

## Callenberg-Weibers

Bergner Ernst
Bergner Hermann
Kästner Kurt
Roth Eugen

## Cortendorf

Bätz Max
Büttner Max
Dietz Hermann
Dirscherl Franz
Geuß Fritz
Huck Friedrich
Linß Julius
Müller Johann
Näther Willy
Oberender August
Rauschert Karl
Rauschert Friedrich
Schilling Karl
Schilling Max
Völker Edwin
Volk Arno
Welsch Max

## Creidlitz

Ackermann Ruppert
Bauer Rudolf Max
Dehler Max
Förtsch Paulus
Hackert Max
Heusinger Max
Hofmann Johann
Hofmann Alfred
Hofmann Max
Hofmann Karl
Knauer Karl
Kolb Max
Köhler Max
Lieb Emil
Lieb Johann
Lieb Karl
Löhnert Karl
Merz Paul
Müller Berthold
Oberender Bernhard
Otto Eduard
Pfaffendorf Paul
Scharf Edmund
Schmölz Karl
Schramm Christian
Steinhauser Robert
Weiß Georg
Will Bernhard
Wittig Berthold
Wittig Willy

## Dörfles b. Cob.

Dressel Friedrich
Heß Ernst
Reinhardt Bernhard
Sauerbrey Gustav
Sauerbrey Karl
Schmidt Robert

## Dörflis

Bock Wilhelm
Denninger Gg. Wilh.
Denninger Wilhelm
Neidnig Johann
Pfeufer Andreas
Stubenrauch Georg
Stubenrauch Lorenz

Ockler Joh. Wilh. Paul Alfred
Wacker Andr. Friedr.
Zapf Heinrich

Vermißt.

Dietz Guſtav

## Droſſenhauſen-Einzelberg

Derks Albin
Licht Auguſt
Scheler Heinrich
Schubert Bruno

## Ebersdorf bei Neuſtadt

Knauer Max
Schmidt Arno
Schmidt Friedrich

Vermißt:

Beyer Michael
Geuther Max
Zech Reinhold

## Ebersdorf W.-B.

Barth Johann
Engel Auguſt
Friedrich Oskar
Friedrich Karl
Friedrich Joh. Heinrich
Gärtner Albert
Georgi Franz
Jung Johann
Kirchner Louis
Klug Albert
Klug Wilhelm
Klug Karl Heinrich
Knorr Auguſt
Koch Ernſt
Leiſtner Franz Albin
Leiſtner Oskar
Leiſtner Johann
Leiſtner Albin
Leiſtner Heinrich
Liebermann Ant. Bruno
Lindner Berthold
Lindner Louis
Marr Max Albin
Marr Julius
Martin Albert
Mönch Albert
Morgentum Max
Morgentum Karl
Rau Auguſt
Schneider Max
Schneider Alfred
Söllner Albin
Stegner Alfred
Vielweber Ludwig
Vorndran Albert
Will Max
Wöhner Ernſt

## Einberg

Bergner Hermann
Bub Julius
Brückner Emil
Carl Louis
Dietzel Carl
Gehrlicher Artur
Götz Johann
Günther Edmund
Günther Gottfried
Gutgeſell Karl
Gutwill Auguſt
Hartmann Konrad
Jakob Guſtav
Keſſel Martin
Laroſch Alfred
Lauterbach Oskar
Leutheußer Adolf
Mey Oskar
Oppel Max
Otto Oskar
Pechtold Adolf
Pechtold Erich
Reißenweber Adolf
Reißenweber Fritz
Schaller Edmund
Schmidt Robert
Schubert Hermann
Seiler Hermann
Suffa Auguſt
Treuter Karl
Winkler Rudolf
Winkler Fritz
Winkler Willy
Wittmann Albin
Zetzmann Auguſt

## Elſa

Gottwald Otto
Höfer Max
Schunk Ernſt
Schunk Max
Strecker Ludwig
Stuhler Andreas
Wank Emil
Wank Ernſt
Wank Eugen

## Erlsdorf

Fauſt Hugo
Lennert Wilhelm
Müller Johann

## Esbach

Löhner Artur

## Fechheim

Alex Karl
Bauer Auguſt
Fiſcher Bernhard
Geißhardt Julius
Großmann Emil
Neun Alfred
Ortlepp Auguſt

Rosenbauer Karl
Schleifenheimer Fritz
Schlund Ludwig
Swiercz Rochus
Wittmann Albert
Wittmann Oswald
Wittmann Rudolf

## Himmelsdorf

Höhn Georg
Höhn Nik. Gustav

## Fischbach

Bräutigam Emil
Müller Ernst
Müller Georg
Völker Albin
Wohlleben August

## Fornbach

Müller Hermann

## Frohnlach

Ehrlicher Robert
Eichhorn Albin
Eichhorn Ernst Joh.
Fischer Johann
Fischer Karl Albert
Forkel Bernhard
Forkel Heinrich
Jung Max
Knauer Karl
Kirchner Max
Kirchner Ernst
Kirchner Richard
Krämer Albrecht
Köhler Albin
Martin Ernst
Martin Heinrich
Marr Emil
Nemmert Emil Max
Nemmert Alfons
Rosenbauer Albert
Rüger Johann Ernst
Reisenweber Karl Gg.
Schillig Albert
Schillig Richard
Schmidt Emil
Stegner Robert
Vollrath Johann Karl
Welsch Ernst

## Fürth am Berg

Bauer August
Bauer Otto
Dösch Ludwig
Fischer Karl Bernhard Robert
Gerlicher Herm. Emil
Höhn Edmund
Klug Max Karl
Kob Gustav Albin
Lotz Max
Spindler Wilh. Rob.

## Gauerstadt

Bauer Alfred
Büchner Berthold
Busch Robert
Büttner Hugo
Gehring Edmund
Geiß Hermann
Hartung Gustav
Hütter August
Kräußlich Robert
Marx Ernst
Ritz Armin
Ritz Ernst
Römhild Adolf
Schubart Adolf
Trier Albin
Taubmann Berthold
Wolf Karl

Vermißt:
Hösch Hugo

## Gereuth

Dietrich Gustav
Köhler Karl

## Gestungshausen

Alex Max
Bauer Albert
Bauer Max
Dötschel Berthold
Dötschel Edmund
Dötschel Max (verm.)
Dötschel Karl
Dötschel Max
Dötschel Berthold
Gruber Hermann
Gutsel Hilmar
Hartan Hugo
Hertha Richard
Hertha Ernst
Jacob Eduard
Jacob Wilhelm
Knauer Adolf
Knauer Alwin
Metzner Ernst
Metzner Max
Meier Alwin
Müller Max
Schedelbeck Karl
Schindhelm Ernst
Schuh Hermann
Siegelin Julius
Siegelin Emil

Vermißt:
Jacob Reinhold
Engel Fritz
Thauer Julius

## Goffenberg

Kieſer Ludwig

## Grattſtadt

Biſchoff Chriſtian
Dorſcht Karl
Frank Hilmar
Geyer Hermann
Großmann Hugo
Heß Ferdinand
Heß Hugo
Hofmann Ferdinand
Kleinteich Max
Pflaum Ferdinand
Schneider Karl
Stammberger Auguſt
Stelzner Adolf
Strecker Richard
Wagner Ottomar

## Großgarnſtadt

Brückner Albin
Carl Franz
Carl Richard
Gerlicher Edmund
Gundermann Robert
Jung Max
Popp Richard
Thauer Berthold
Walter Max

Vermißt:
Engel Ernſt
Gerlicher Anton

## Großheirath

Ehrſam Heinrich
Engelhardt Karl
Gahn Berthold
Gahn Richard
Göckel Hermann
Göckel Reinhold
Jacob Reinhold
Kellermann Georg
Jörg Alfred
Laußmann Richard
Reißenweber Karl
Reblitz Albert
Stoll Moritz
Zeitner Johann

## Großwalbur

Bauerſachs Rudolf
Bauerſachs Guſtav
Bauerſachs Karl
Beyersdorfer Auguſt
Boßecker Albin
Duſch Ernſt
Fiedler Karl
Fiſcher Ernſt
Heider Eugen
Heider Eduard
Klett Ernſt
Löhnert Hugo
Mann Albin
Müller Julius
Roſe Georg
Sauerteig Berthold
Sauerbrey Berthold
Schubert Auguſt
Schubert Artur
Schubert Edwin
Schubert Moritz
Steiner Adolf
Steiner Edmund
Truckenbrodt Paul
Zetzmann Albin
Zetzmann Johann
Zetzmann Karl

## Grub am Forſt

Alex Richard
Aulwurm Karl
Brückner Albin
Büttner Artur
Büttner Eduard
Büttner Karl
Florſchütz Artur
Frank Friedrich
Fuchs Simon
Harthan Guſtav
Härtlein Wilhelm
Härtlein Friedrich
Heublein Hermann
Hochberger Lorenz
Hennig Artur
Herzog Adolf
von Hof Albin
von Hof Hermann
Jung Auguſt
Knoch Reinhold
Knorr Ernſt
Kolb Ernſt
Köhler Reinhold
Kobiger Friedrich
Krämer Edmund
Krämer Auguſt
Lindner Adolf
Marr Albert
Marr Heinrich
Mayer Richard
Nußpickel Otto
Niller Adolf
Oppel Auguſt
Otto Guſtav
Platſch Leonhard
Reſch Hermann
Reſch Bernhard
Schreiner Auguſt

Schulz Berthold
Schulz Edmund
Seidler Reinhold
Stößlein Ludwig
Wagner Albin
Wittmann Hermann
Wöhner Karl

Vermißt:

Alex Edwin
Alex Karl
Harthan Emil
Kolb Konrad
Kempf Emil
Heinlein Adolf
Kaiser Fritz

## Haarbrücken

Bär Albin
Eckardt Franz
Jung Albert
Langbein Edwin
Mechtold August
Nüchter Edwin
Nüchter Wilhelm
Putz Emil
Schaller Gustav
Stammberger Bertold
Stegner Albert
Wagner Oskar
Wagner Reinhold
Wicklein Alfred

## Haarth

Kob Ernst
Leffer Georg
Leffer Albin
Puff Georg

## Hassenberg

Bergmann Franklin
Brückner Johann
Engelhardt Reinhold
Engelhardt Albert
Engelhardt Karl
Fehn Ewald
Hahn Friedebald
Häublein Alfred
Hofmann Peter
Horn Felix
Köhler Hermann
Köhler Friedebald
Köhler Albin Bernh.
Rosenbauer Karl
Secher Karl
Schader Robert
Schader Adolf
Schneider Max
Streng Ernst
Sünkel Otto
Wächter Edmund
Weiß Albert
Wunder Emil
Wunder Julius

## Heldritt

Bär Max
Florschütz August
Hofmann Erich
Kaiser Ernst
Kieser Johann
Kraus Albert
Leicht Adolf
Leicht Reinhold
Meyer Hugo
Müller August
Morgenroth Albin
Morgenroth Karl
Morgenroth Fritz
Morgenroth Heinrich
Ros Eduard
Ros Ernst
Ros Karl
Schelhorn Raimund
Schubert Fritz
Stammberger Albrecht
Supp Fritz
Walther Adolf
Walther Karl
Wolf Alfred
Wolf Fritz

Vermißt:

Kraus Karl

## Hellingen

bei Königsberg i. Fr.

Krauß Kurt
Kritzner Friedrich
Löffler Fritz
Michel Willy
Stubenrauch Hans
Wagner Wilhelm
Wagner Ludwig
Will Albert
Vonhausen Ernst
Vonhausen Heinrich
Vonhausen Hugo

## Herbartsdorf

Höhn Ernst

## Höhn.

Götz August
Götz Berthold
Langbein August
Leipold Karl

## Hof a. St.

mit **Lochleiten**

Bauersachs Albert
Bauersachs Heinrich
Jakob Reinhold

Kestel Bernhard
Lanzendorfer Georg
Rüger Fritz
Ziegler Reinhold
Ziegler Emil
Puff Max (Lochleiten)

### Horb a. St.

Barnickel Ernst
Mäder Ferdinand
Pechtold August

### Horb bei Fürth

Backert Raimund
Barnicol Gustav
Fröber Ernst
Hummel August

### Kemmaten

Hein Leonhard
Kaiser Edmund
Knauer Franz
Knoch Karl
Köhler Karl
Renner Albert
Wendler Alfred

### Ketschenbach

Grosch Gustav
Knauer Emil
Knauer August
Schaller Karl
Schaller Adolf
Schneider Artur
Stegner Edmund
Sommer Max
Wittmann Albin

Vermißt:
Boseker Anton

### Ketschendorf

Angermüller Julius
Büchner Franz
Bosecker Karl
Döbrich Louis Joseph
Griebel Joh. Georg
Gruner Friedrich
Gundermann Oswald
Helbig Franz
Hose Hans
Kupfer Ernst
Mader Adolf
Müller Johann
Paschold Berthold
Reß Wilhelm
Schelhorn Alfred
Schmidt Bernhard
Trommer Wilhelm
Zapf Willy

### Kipfendorf
mit **Thierach**

Hein Ernst
Kessel Reinhold
Knoch Adolf
Knoch Karl
Lesch Paul
Pechauf Karl
Schmidt Karl
Schnetter Karl

### Kleingarnstadt

Bornkessel Albrecht
Carl Oswald
Renner Johann
Schamberger Louis
Scheler Alwin
Scheler August

### Kleinwalbur

Flohrschütz August
Flohrschütz Gustav
Großmann Hugo
Stammberger Albin
Stammberger Ernst

### Kösfeld

Schelhorn Wilhelm
Schreiner Ludwig

### Köslau

Braun Karl
Hopf Georg
Hornung Alfred
Lutsch Georg Adolf
Müller Georg Wilh.
Portsch Walter

### Kottenbrunn

Rausch Andr. Alwin

### Lempertshausen

Büttner Otto
Gatzer Karl
Höfer Eugen
Lorz Ottomar
Pfeuffer Max
Wirsing Paul

### Leutendorf
mit **Häusles**

Bauer Konrad
Rauh Max
Hofmann Adolf

### Löbleinstein

Eckardt Alwin
Mesch Gustav
Rauschert Gustav
Schedelbeck Karl
Schreiner Ernst
Schmidt Gustav

### Lützelbuch

Bühling Wilhelm
Bühling Georg
Engel Emil
Herzog Adolf
Hösler Ernst

Merzner August
Scheler Bernhard
Walther Anton
Utzelius Johann

## Mähremhausen

Bischoff Julius
Büschel Georg
Büschel Alfred
Büschel Hermann
Büschel August
Friedrich Oskar
Friedrich Hugo
Karl Max
Pohl Max
Puff Ludwig
Scheler Ernst
Walter Ernst
Wolf Hugo

## Meeder

Amberg Leander
Aumüller Karl
Baumgärtner Karl
Baumgärtner Ludwig
Boßecker Albert
Braunschmidt Walter
Blümig Albin
Geuß Ernst
Geuß Eugen
Goehring Albin
Goehring Richard
Hanft August
Höhn Ernst
Kiesewetter Eduard
Kost Emil
Rauschert Moritz
Sammler Ernst
Scheler Max
Vetter Alfred
von der Weth Edmund

## Meilschnitz

Bernhardt Albert
Bernhardt Emil
Bosecker Albin
Diem Kurt
Lesch Reinhold

Vermißt.

Dorst Alfred
Lesch Gustav

## Meschenbach

Pechauf Berthold
Thomschke Johann
Karl Wilhelm

Vermißt:

Poßecker Karl

## Miesdorf

Dressel Gustav
Fischer Richard

## Mittelberg

Bauer Albert, Wehrm.
Bauer Albert, Gefr.
Bräutigam Hermann
Cornelz Karl
Horn Edwin
Stegner Max
Truckenbrodt Alfred
Wachsmann Louis

## Mittelwasungen

Krauß Ernst
Schneider Edmund

## Mödlitz

Engel Ernst
Engelhardt Albert
Geuther Ernst
Puff Johann

## Mönchröden

Bauersachs Albin
Büttner Gustav
Büchner Hermann
Clarner Emil
Eckstein Artur
Eisentraut Hermann
Eller Reinhold
Faber Georg
Faber Hermann
Faber August
Fleischmann Erwin
Frank Franz
Gehrlicher Max
Grams Hermann
Günther Alfred
Hofmann Reinhold
Kaiser Ludwig
Knoch Willy
Langbein Albert
Lieb Otto
Liebermann Rudolf
Mächtig Albin
Nüchter Fritz
Pechauf Adolf
Rebhahn Willy
Renner August
Renner Max
Schelhorn Armin
Schelhorn Ernst
Schmidt Rudolf
Schneider Albert
Schneider Artur
Schneider Gustav
Schneider Max
Seiler Ewald
Stegner Richard
Tischer Heinrich
Völk Paul
Volk Karl
Volk Ludwig
Walter Paul

Wolf Ewald
Wolf Karl
Wohlleben Erich

Vermißte:

Gehrlicher Wilhelm
Lieb Ewald
Lieb Karl
Maar Hermann
Renner Emil
Schnetter Auguſt

## Moggenbrunn

Höhn Emil
Höhn Berthold
Höhn Ernſt
Lindlein Albin
Raeth Robert
Wachsmann Albin

## Naſſach

Blos Edmund
Häpp Guſtav
Häpp Julius
Schmidt Andreas
Schwappach Adolf
Thiemer Ernſt
Wicklein Guſtav

Vermißt:

Holzner Ernſt

## Neida

Amberg Ernſt
Baumgärtner Edmund
Kieſer Johann
Kieſer Ludwig
Reißenweber Rudolf
Renner Berthold
Taubmann Heinrich

## Neu- und Neershof

Bauer Fritz
Eckſtein Alfred
Fiſcher Rudolf
Fiſcher Ernſt
Fiſcher Otto
Höfler Alfred
Höfler Ernſt
Höfler Fritz
Hein Ludwig
Schamberger Max
Schammberger Otto

## Neukirchen

Fiſcher Auguſt
Herdan Armin
Herdan Franklin
Höhn Artur
Höhn Adolf
Höhn Albert
Höhn Auguſt
Kämpf Eduard
König Oskar
Rauſchert Edmund
Schubert Hermann
Wendler Robert
Zech Johann

## Neuſes a. Brand

Engelhardt Richard
Hertha Heinrich
Pechtold Robert
Siegelin Guſtav
Schmidt Guſtav
Schweſinger Georg

Vermißt:

Fiſcher Eduard

## Neuſes a. E.

Eller Berthold
Eller Alwin
Fenzlein Alwin
Fromm Georg
Hertha Eduard
Renner Berthold
Schuhmann Johann

## Neuſes bei Cobg.

Angermüller Emil
Bauer Max
Blüming Enno
Blüming Artur
Böhm-Hennes Karl
Böhm-Hennes Emil
Buchner Chriſtian
Buchner Alfred
Büttner Eduard
Fertſch Edwin
Fiſcher Emil
Forkel Chriſtian
Forkel Albin
Franke Artur
Geuß Franz
Göckel Reinhold
Göhring Albin
Gräffner Paul
Grams Max
Grams Karl
Grams Albert
Grams Anton
Heß Otto
Heſſe Friedrich
Horn Friedrich
Horn Louis
Huhl Richard
Heſſel Ernſt
Krug Max
Lotz Artur
Meyer Ernſt
Meyer Karl
Meyer Hugo
Morgenrot Willy
Müller Albin
Müller Karl

Roschlau Karl
Sauerteig August
Schilling Willy
Sommer Ernst
Steiner Adolf
Tausch Viktor
Unbehaun Max

## Niederfüllbach

Bosecker Albin
Dressel Max
Geiger Georg
Griebel Ernst
Griebel Fritz
Gruschwitz Hermann
Hohnhaus Martin
Hanst Alfred
Dr. Müller Karl
Pollach Johann
Rau August
Teichmüller Otto

## Oberfüllbach

Brückner Alwin
Bühling Ewald
Carl Richard
Engel Richard
Faber Gustav
Fertsch Max
Fertsch Edmund
Herzn August
Rüttel Richard
Rüttel Alwin
Weiß Oswald

Vermißt:
Rose Max

## Oberlauter

Bauer Ernst
von Berg Gustav
Bieberbach Wilhelm
Bühling Eduard
Dorn Wilhelm
Dorn Karl
Gemeinhardt Albin
Harres Adolf
Held Albin
Kiesewetter Karl
Koch Artur
Köhler Ernst
Köhler Alwin
Krämer Otto
Kräußlich Friedrich
Metzner Albin
Popp Edmund
Reinhardt Gustav
Schmidt August
Sommer Ernst
Stauch Louis
Walter Berthold

## Obersteman

Matthe Max
Schmidt Oskar
Spörl Karl Alfred
Spörl Johann Karl
Wicht Georg

## Oberwasungen

Eichhorn Otto Karl
Großmann Emil
Jacob Alfred
Knoch Emil
Schammberger Leonh.

## Oberwohlsbach

Amberg Alfred
Eichhorn Adolf
Fertsch Anton
Griebel Ernst
Kob Ehrhardt
Mittmeier Johann
Reh Ludwig
Roos Reinhold
Röser Karl
Schleicher Christian
Weber Berthold
Wöhner Robert

## Oeslau

Angermüller Wilhelm
Appel Ernst
Bätz Alfred
Bätz Carl
Bätz Mylius
Bauter Max
Blümig Edmund
Boßeckert Anton
Boßeckert Rudolf
Boßeckert Ernst
Büchner Max
Oeschner Hermann
Oilg Karl
Franz Bruno
Friedrich Oskar
Gärtner Eduard
Geyer Alfred
Herzog Adolf
Höfler Karl
Hofmann Albert
Korn Adolf
Kunzelmann Hans
Lutz August
Mayer Richard
Otto Wilhelm
Otto Franz
Pechauf Ernst
Roßbach Louis
Roth Gustav
Roth Oskar
Rupprecht Friedrich
Schleger Alfred
Schneier Christoph
Schubert Bruno
Schreyer Albin
Simon Hans

Vogt Alfred
Wachsmann Wilhelm
Walther Arno
Weigelt Karl
Wittmann Ernst

Vermißt:

Stiefel August
Günzel Oskar
Sommer Alfred

## Oettingsshausen

Heß Arno
Heß Alfred
Heß Hugo
(Brüder)

## Ottowind

Amberg Robert
Carl August
Puff Georg
Wank August
Wank Edwin
Wank Hermann
Wank Georg

Vermißt:

Herold Robert

## Plesten

Bätz Ernst
Bätz Richard
Oerks Emil
Wittmann Adolf
Wittmann Konrad

## Rögen

Baumgärtner Karl
Bayer Max
Klaus Johann
Müller Emil
Scheler Julius
Wachsmann Wilhelm

## Rohrbach

Engel Alfred
Hänftling August
Heymann Fritz
Kempf Richard
Leuthäuser Alfred
Mechtold Karl
Wittmann Julius

## Rossach

Altenstädter Karl
Grell Christian
Heß Georg
Hetzel Berthold
Langbein Alfred
Müller Emil
Oswald Johann
Rauschert Ernst
Reblitz Johann
Scheidig Karl

Vermißt:

Schulz Hermilius

## Roßfeld

Bräcklein Ludwig
Fischer Adolf
Günsch Otto
Günsch Berthold
Jugenheimer Karl
Popp Ernst
Reichardt Hugo
Reichardt Kurt
Rottmann Heinrich
Schneider Hermann
Schneider Berthold
Schneider Oskar
Schneier Gottlieb
Scheler Berthold
Treuter Albin
Zitzmann Robert

## Roth am Forst

Gahn Richard
Albrecht Hermann
Wäschenfelder Johann

## Rothenhof

Böhnhardt Albin
Böhnhardt Max
Faber Eduard
Gramß Karl
Kaiser Ernst
Köhler Otto
Roos Armin
Roos Ludwig
Rosenbauer Ludwig

## Rottenbach

Ahnemüller Albert
Fischer Albert
Fischer Alfred
Neumann Adolf
Neumann Berthold
Oppel Eduard
Truckenbrodt Alfred
Will Karl

## Rüttmannsdorf

Martin Friedrich
Schmidt Edmund

## Scherneck

Decker Leonhard
Dünisch Georg
Engelhardt Karl
Geiger Max
Gutgesell David
Heim Fritz
Leffer Ernst
Luther Hans
Rose Gustav
Schnabel Andreas

Sollmann August
Stahn Eduard
Straßner Edmund
Wendler Georg
Zier Ernst
Zirkelbach Georg

Vermißt:

Erkenbrecher August
Gutgesell Willy
Schneider Georg
Süß Gustav

## Scheuerfeld

Bischoff Georg
Boseckert August
Böhm Ernst
Bühling Eduard
Christ Karl
Dressel Albin
Dusch Hermann
Forkel Karl
Gehrlicher Reinhold
Götz Karl
Großmann August
Großmann Richard
Jucht Ernst
Kieser Adolf
Kieser Ernst
Knoch Max
Knorr Georg
Köhler Hilarius
Lieb Ernst
Lieb Otto
Lutter Albin
Lutter Max
Puff Gottlieb
Puff Ludwig
Raithel August
Rehlein Karl
Resch Reinhold
Röhrig Georg
Schmidt August
Schönfelder Hermann
Schwesinger Max
Strobel Berthold
Vierneusel Adolf
Wöhner Anton

Vermißte:

Bauer Emil
Schwesinger Alfred
Schunk Albin

## Schönstadt

Jahn Fritz
Weiß Wilhelm

## Schweighof

Bauersachs Arno

## Seidmannsdorf

Büchner Wilhelm
von Berg Gustav
Dötschel August
Schamberger Max
Schnabel Georg
Schreiner Ludwig
Schulz Wilhelm

## Sonnefeld

Bauer Franz
Beck Emil
Berghold Ernst
Böhm Leonhard
Boreitzky Gustav
Brückner Otto
Dercks Otto
Eberwein August
Engel Ernst
Faber Otto
Feyler Johann
Feyler Lorenz
Fischer Karl
Fischer Ernst
Forkel Emil
Großmann Hermann
Großmann Reinhold
Gutgesell Albert
Gutgesell Anton
Gutsel Karl
Gutsel Edmund
Hauck Alfred
Hanft Karl
Hein Otto
Hertha Albert
Hertha Markus
Hertha Konrad
Herbst Reinhold
Heumann Albin
Heumann Hermann
Hofmann Ernst
Hofmann Karl
Höhn Heinrich
Herling Arno
Knauer Emil
Knoch Berthold
Kessel Alfred
Kühnert August
Koch Louis
Lehnert Louis
Lösch Emil
Lösch Wilhelm
Metzner Richard
Oschmann Emil
Ramster Emil
Reißenweber Julius
Ruppert Franz
Ruppert Johann
Schammberger Max
Schaumberger Max
Schlund Max
Seifarth Max, Bahnarbeiter
Seifarth Max, Kfm.

Walther Robert
Walther Ehrhard
Walther Auguſt
Walther Friedrich
Zech Franz

## Spittelſtein und Theißenſtein

Eckardt Willy
Ganß Karl
Ganß Auguſt
Rebhan Adolf
Luthardt Alfred
Matthes Adolf
Rebhan Adolf
Schelhorn Ferdinand

## Steinach a. Steinach

Fiſcher Georg
Fugmann Hermann
Köhler Otto
Pechtold Karl
Pechtold Hermann
Steiner Friedrich
Weiß Emil

Vermißt:

Höhn Heinrich

## Stöppach

Ehrſam Albin
Engelhardt Alfred
Geiger Albin
Mönch Auguſt
Reißenweber Auguſt
Reißenweber Rudolf
Stegner Albin
Zech Auguſt

Vermißt:

Reißenweber Wilhelm
Reißenweber Guſtav
Leiſtner Georg
Zetzmann Reinhold

## Gulzdorf

Blümig Edmund
Schwanert Friedrich

## Gülzfeld

Hoffmann Hugo
Roos Max

## Taimbach

Florſchütz Adalbert

## Thann

Eichhorn Ewald
Glaſer Robert
Pechtold Auguſt
Popp Richard
Vetter Ehrenfried

Vermißt:

Engel Julius

## Tiefenlauter

Forkel Max
Höhn Albert
Kieſer Erwin
Kieſer Adolf
Laub Hermann
Scheler Ottomar
Schilling Auguſt
Sollmann Theodor

## Tremersdorf

Fehd Georg
Fiſcher Alfred
Welſch Albin
Welſch Albert

## Trübenbach

Bauer Ferdinand
Barnickel Karl
Barnickel Ludwig
Hofmann Otto
Keſſel Konrad
Köhler Albin
Puff Chriſtian
Schmidt Emil
Schmidt Wilhelm
Schmidt Bernhard
Schmidt Aug., Töpfer
Schmidt Aug., Korbmacher
Schmidt Ernſt
Schulz Emil
Stumpf Emil

## Unterlauter

Beyersdorfer Karl
Bonawitz Ernſt
Büttner Wilhelm
Büttner Max
Deſchner Hermann
Eichhorn Hermann
Gertloff Auguſt
Höfer Albert
Horn Louis
Immler Ernſt
Jahn Artur
Kaiſer Emil
Löhner Ernſt I
Löhner Ernſt II
Leipold Ferdinand
Menzner Max
Müller Guſtav
Probſt Paul
Reichenbecher Artur
Roſe Albin
Stammberger Adolf
Wachsmann Louis
Walter Adolf
Wittmann Auguſt

## Unterſteinau

Albrecht Emil
Bauer Chriſtian

Bauer Karl
Bauer Rudolf
Bärmann Karl
Brückner Ernst
Debus Joseph
Feiler Max
Finsel Ernst
Gutgesell Fritz
Günther Albin
Happ Fritz
Hanff Albin
Hartung Friedrich
Körber Hans
Morgenroth Bernh.
Müller Ernst
Och Heinrich
Och Nikolaus
Och Edmund
Paschold Richard
Rüger Friedrich
Schubert Karl
Schunk Berthold
Schunk Georg
Schultheiß Heinrich
Schönmann Karl
Schumann Julius
Stegner Georg
Truckenbrodt Otto
Zeuner Christian
Zehrtisch Karl

Vermißt:
Gemeinhardt Richard
Hartung Richard
Kolb Karl
Schillig Emil

## Unterwasungen

Baudler Edwin
Büchner Emil
Eckardt Max
Schamberger Edwin
Wöhner Max

## Unterwohlsbach

Bauer Edwin
Büchner Gustav
Ehrlicher Georg
Huck Edmund
Lützelberger Gustav
Lützelberger Wilh.
Schleicher Adolf
Wöhner Karl

## Waldsachsen

Bauer Ferdinand
Flohrschütz Albert
Flohrschütz Richard
Fenzlein Adolf
Feiler Max
Hofmann Max
Liebkopf Alfred
Meyer Gustav
Schamberger Karl
Scheler Alfred
Schmiedel Artur
Schreiner Adolf
Wolf Oswald

Vermißt:
Fenzlein Karl
Linke Franz

## Waltersdorf

Deschner Hermann
Rauscher Wilhelm
Soser Edwin
Wohlleben Adolf

## Watzendorf

Buhl Johann
Büchner Ernst
Geiger Alwin
Hänftling Ernst
Krempel August
Leidner Stephan
Müller Berthold
Schmidt Eduard
Wäschenfelder Oskar

## Weickenbach

Bauer Edmund
Fischer Emil
„ Karl
„ Edwin
(Brüder)

## Weidach

Bähring Berthold
Bergner Alwin
Dreßel Hermann
Engelhardt Willy
Glaß Heinrich
Gräf Hermann
Grosch Adolf
Gutgesell Oskar
Holland Artur
Hübner Heinrich
Jakob Reinhold
Menzner Alfred
Oppel Hermann
Reißenweber Maxim.
Reuß Artur
Roth Ludwig
Rudolf Alfred
Stölzel Adolf
Sommer Wilhelm
Weiß Friedrich
Welsch Berthold
Zetzmann Johann

Vermißt:
Lutz Alfred

## Weidhausen

Angermüller Emil
Angermüller Oskar
Angermüller Heinrich
Bauer Reinhold
Bauer Emil

Beyer Theodor
Butz Georg
Butz Ernst
Butz Reinhold
Butz Willy
Butz Bernhard
Butz Robert
Butz Edmund
Dennstädt Gustav
Engel Robert
Engelhardt Gust. Adolf
Enrich Alfred
Enrich Erwin
Faber Robert
Fischer Maximilian
Förtsch Wilhelm Oskar
Friedrich Louis Artur
Friedrich Robert
Gack Johann
Griebner Karl
Hofmann Reinhold
Jahn Ottomar
Jakob Reinhold
Karl Ernst
Kirchner Richard
Knauer Ludwig
Knauer Walter
Knauer Reinhold
Knauer Reinhold
Leistner Alwin
Marr Albin
Marr Reinhold
Martin Gustav
Müller Hilmar
Platsch Nikolaus
Platsch Gustav
Rädlein Anton
Rädlein Emil Karl
Schellhorn Heinrich
Schellhorn Edmund
Schellhorn Johann
Schubert Hilmar
Schmidt Rudolf
Stegner Albin
Stelzner Willy
Stubert Ernst
Vollrath

Vermißte:
Kretz Edmund
Stamm Gustav
Ponzel Edmund

## Weimersdorf
Eckerdt Albin

## Weischau
Fischer Richard
Knoch Karl
Renner Eduard

## Weißenbrunn am Forst
Altenstädter Bernhard
Bühling Philipp
Ehrlicher Hermann
Fertsch Alfred
Fischer Karl
Kleinlein Gustav
Kleinlein Karl
Kolb Berthold
Müller Bernhard
Rüger Georg
Schunk Johann
Vogel Heinrich
Wegener Eberhard
Zimmermann Karl

## Weißenbrunn v. Wald
Brückner Feodor
Diem Louis
Fischer Albin
Fischer Artur
Funk Alfred
Fischer Theodor
Höhn Oskar
Löffler Erwin
Löffler Reinhold
Martin Hermann
Mönch Willy
Schmidtkanz Alex.
Treuter Edmund
Volk Hermann
Wernhöfer Eduard
Winkler Otto
Winkler Rudi
Winterstein Louis

## Weitramsdorf
Brehm Berthold
Eichhorn Hermann
Eichhorn Alwin
Engelhardt Max
Gutgesell Karl
Habermann August
Hörnlein Eduard
Keller Alwin
Keller Ernst
Krauser Karl
Metzner Albert
Metzner Friedrich
Metzner Hugo
Resch Hermann
Schneider Albert
Voit Edmund
Wank Johann
Weiß Albert
Weiß Hermann
Weiß Louis

## Wellmersdorf
Bauer Edmund
Mechtold Albert
Schmidt Ernst

**Wiesenfeld**

Ammon Maximilian
Bauer Erwin
Bauer Wilhelm
Eckstein Heinrich
Geiger Albin
Geuß Alfred
Gräf Albin
Jung Berthold
Rosenbusch Max
Rosenbusch Willy
Reinhardt Ernst
Rose Albin
Scheler Otto
Schunk Louis
Schwarz Rudolf
Von der Weth Edm.

**Wildenheid**

Dötschel Anton
Düsel August
Fleischmann Ferdinand
Groß Karl
Höhn Emil
Holland Albert
Knauer Albert
Knauer Albin
Langbein Georg
Lorenz Ernst
Naß Moritz
Naß Berthold
Nußpickel Hermann
Popp Karl
Popp Armin
Popp Albert
Probst Gustav
Schilling Emil
Tischer Adolf

Vermißt:
Wittmann Erwin

**Wohlbach**

Krempel Ernst
Weber Gabriel
Zech Johann

Vermißt:
Ehrlich Alfred
Habelitz Johann

**Wüstenahorn**

Büttner August
Bauer Edwin
Bauer Emil
Schmidt August
Vetter Emil
Dinkel August
Oswald Bernhard
Schellhorn Alwin
Vetter Carl
Holder Ehrhard
Rädlein Friedrich
Bräcklein Ernst

Vermißt:
Höhn Emil

**Zedersdorf**

Bauer Gustav
Geuther Hermann
Köhler Bernhard

Vermißt:
Fischer Karl

**Zeickhorn**
mit **Buschelles**

Angermüller Friedrich
Martin Hermann
Wöhner Artur

Ein langer Zug des Todes ist auf seinem Wege zur Ewigkeit an unseren weinenden Augen, unseren trauernden Herzen vorübergeschritten, mit ihm ein unersetzbares Stück edler Heimatkraft, stolzer Heimatzukunft.

Über 3000 Namen sind in dem Lebensbuche der Heimat gelöscht worden, Männer, Jünglinge, Knaben, die berufen und freudig bereit waren, das von neidischen, rachgierigen und herrschsüchtigen Feinden jäh überfallene Vaterland durch Kampf zu Sieg und Ehre zu führen. Keine Zeit kann uns wiedergeben all die Summe von Kraft und Größe, von Glück und Liebe, von Stolz und Hoffnung, die mit diesen Namen dahinging.

Ja, die Wahrheit ist noch viel trauriger und furchtbarer: Wir sahen nur einen kleinen Teil des unermeßlichen Zuges, in dem Alldeutschlands Kriegsopfer unter dem Führer Tod dahinschreiten. Kein Menschenauge wäre der Kraft fähig, diesen Zug zu schauen.

In unauslöschlicher Dankbarkeit grüßen wir Euch, Ihr toten und vermißten Heldensöhne unserer Heimat. Nie darf eine Zeit kommen, in der Euer Vaterland, Eure Heimat Euer vergesse.

Und nicht ein oberflächliches Erinnern soll es sein. Aus Euren Gräbern soll in unsere Seelen ein Strom von Kraft fließen, der Kraft des Glaubens an eine bessere Zukunft, der Kraft entsagungsbereiter Freude am Wiederaufbau des zerbrochenen, unglücklichen Vaterlandes.

So werdet Ihr, unvergeßliche Söhne unserer Heimat, Euer Segenswerk über das Grab hinaus an uns fortsetzen zum Wohle unseres Vaterlandes, zum Wohle unserer Heimat, für die Ihr Euer junges Leben dahingegeben habt.

L. U.

# Namen der auf dem städtischen Ehrenfriedhof in Coburg bestatteten Kriegsteilnehmer.

Grab Nr. 1. Scharnhorst Heinrich, Hannover
„ „ 2. Friedrich Ernst, Aue im Erzgebirge
„ „ 3. Hoffmann Richard, Frankenberg i. Sa.
„ „ 4. Filla Peter, Budkowitz in Oberschlesien
„ „ 5. Walter Robert, Sonnefeld
„ „ 6. Schönfeld Marzelt, Seeretz-Cornatowo (Westpr.)
„ „ 7. Ottel Reinhold, Rasephos-Zeitz (Altenburg)
„ „ 8. Trauschke Friedrich, Janowitz in Oberschlesien
„ „ 9. Lotz Karl, Homburg (Pfalz)—Coburg
„ „ 10. Schumann Karl, Düben (Kreis Bitterfeld)
„ „ 11. Schilling Max, Cortendorf
„ „ 12. Gatzer Louis, Coburg
„ „ 13. Hausdörfer August, Steinach S. M.
„ „ 14. Hiemisch Paul, Coburg
„ „ 15. Küstermann Kurt, Coburg
„ „ 16. Lotz Walter, Coburg
„ „ 17. Heinecke Otto, Coburg
„ „ 18. Vorndran Friedrich, Coburg
„ „ 19. Schorr Max, Coburg
„ „ 20. Appunn Walter, Coburg
„ „ 21. Gernhardts Heinrich, Eil bei Köln
„ „ 22. Breitschädel Otto, Lehn-Langenbach (Oberschl.)
„ 23. Kupfer Adolf, Coburg
Grab Nr. 24. Büchner Hermann, Coburg
„ „ 25. Kühl Karl Adolf, Graudenz
„ „ 26. Ritter Adolf, Coburg
„ „ 27. Fischer Alfred, Coburg
„ „ 28. Twardowski Martin, Boreck (Pr. Posen)
„ „ 29. Fiebig Bruno, Dittersbach (Kreis Landshut)
„ „ 30. Münscher Karl, Coburg
„ „ 31. Schindhelm Karl, Coburg
„ „ 32. Holland Eduard, Coburg
„ „ 33. Knauf Ferdinand, Coburg
„ „ 34. Hagelstein Paul, Coburg
„ „ 35. Bauer Max, Coburg
„ „ 36. Sumser Karl, Coburg
„ „ 37. Wolter Arno, Coburg
„ „ 38. Vogel August, Coburg
„ „ 39. Meisegeier Oskar, Coburg
„ „ 40. König August, Coburg
„ „ 41. Platsch Gustav Emil, Coburg
„ „ 42. Schwaiger Joseph, Coburg
„ „ 43. Reimann Ernst, Coburg
„ „ 44. Preuß Hans, Coburg
„ „ 45. Maurer Karl, Coburg
„ „ 46. Broderſen Joh. Emil, Morsum (Kr. Tandern)
„ „ 47. Schad Ernst Kurt, Coburg
„ „ 48. Rose Karl, Unterlauter
„ „ 49. Fiebig Rudolf, Dobbersdorf (Kreis Oppeln)
„ „ 50. Roschlau Max, Coburg
„ „ 51. Lippmann Fritz, Coburg
„ „ 52. Reichardt Georg, Ahlstadt

Grab Nr. 53. Behland Gotthardt, Coburg
„ „ 54. Graßmann Adolf, Buchenrod
„ „ 55. Köhler Ferdinand, Coburg
„ „ 56. Köditz Wilhelm, Coburg
„ „ 57. Eichinger Hans, München
„ „ 58. Kießling Alb. Paul, Reichenbach i. V.
„ „ 59. Herrmann Gotthold, Mittenzeilau-Danzig
„ „ 60. Janus Joseph, Königshütte (Oberschl.)
„ „ 61. Bechmann Ernst, Coburg
„ „ 62. Kühn Ernst Artur, Gotha
„ „ 63. Geupel Rudolf, Coburg
„ „ 64. Glaser Erich, Coburg
„ „ 65. Görlich Clemens, Ritterswalde (Kr. Neiße)
„ „ 66. Wiedemann Johann, Pestenacker bei Landsberg a. Lech
„ „ 67. Criedel Theodor, St. Margaret bei Diedenhofen
„ „ 68. Schmidt Eduard, Coburg
„ „ 69. Steiner Albrecht, Bertelsdorf
„ „ 70. Christ Anton, Coburg
„ „ 71. Scheler Max, Coburg
„ „ 72. Matthes Gustav, Coburg
„ „ 73. Jelinski Paul, Sattyken (Kr. Aletzko)
„ „ 74. Höllein Karl, Coburg
„ „ 75. Amend Ludwig, Coburg
„ „ 76. Leffer Rudolf, Coburg
„ „ 77. Köhler Max, Creidlitz
„ „ 78. Dohse Gustav, Blunk (Holstein)
„ „ 79. Schneider Karl Alfred, Coburg
„ „ 80. Karnath Gustav, Klopschin (Ostpr.)

Grab Nr. 81. Mehler Clemens, Coburg
„ „ 82. Otto Edmund, Ernstthal
„ „ 83. Eckstein Edmund, Effelder
„ „ 84. Feiler Emil, Coburg
„ „ 85. Bauer Johann, Coburg
„ „ 86. Rädlein Friedrich, Wüstenahorn
„ „ 87. Fischer Albin, Coburg
„ „ 88. Essich Hans, Forbach (Lothr.)
„ „ 89. Stüpfert Hans, Coburg
„ „ 90. Rusch Friedrich, Siebenberg (Pr. Brandenburg)
„ „ 91. Angermeier Karl, Coburg
„ „ 92. Bennecke Friedrich, Münder a. d. Deister
„ „ 93. Großmann Otto August, Mupperg
„ „ 94. Schmidt Kurt, Coburg
„ „ 95. Franz Michael, Coburg
„ „ 96. Reinhardt Bernhard, Dörfles bei Coburg
„ „ 97. Ortlepp August, Fechheim
„ „ 98. Geisthardt Friedrich, Coburg
„ „ 99. Manger Paul, Coburg
„ „ 100. Günther August, Coburg
„ „ 101. Schmidt Willy, Schneeberg i. Sa.
„ „ 102. Vogel Berthold, Coburg
„ „ 103. Böser Xaver, Coburg
„ „ 104. Fischer Gustav, Coburg
„ „ 105. Carl Oswald, Großgarnstadt
„ „ 106. Lenzen Johann, Düsseldorf
„ „ 107. Holzberger Hans, Coburg
„ „ 108. Göbel Paul, Coburg
„ „ 109. Bertram Ernst, Remscheid
„ „ 110. Köhler Gustav, Coburg
„ „ 111. Fuchs Hugo, Sonneberg
„ „ 112. Bauersachs Simon, Coburg

Grab Nr. 113. Riedel Wilhelm, Hüttensteinach

„ „ 114. Baranowski Jakob, Barwick (Westpr.)

„ „ 115. Roth Alfred, Coburg

„ „ 116. Weiß Karl, Brotterode

„ „ 117. Wittmann Otto, Judenbach S. M.

„ „ 118. Kolk Max, Coburg

„ „ 119. Carl Otto, Coburg

„ „ 120. Krämer Otto, Oberlauter

„ „ 121. Siegel Paul, Köppelsdorf

„ „ 122. Grams Erwin, Stralsund

„ „ 123. Schreyer Emil, Coburg

Grab Nr. 124. Meusel, Hermann, Rauenstein

„ „ 125. Wittmann Karl, Coburg

„ „ 126. Dietz Franz, Heinersdorf S. M.

„ „ 127. Roß Elias, Steinach S. M.

„ „ 128. Grosch Willy, Cortendorf

„ „ 129. Claus Adam, Coburg

„ „ 130. Ernst Adolf, Coburg

„ „ 131. Holzmann Emil, Coburg

„ „ 132. Oberender Berthold, Creidlitz

„ „ 133. Brill Heinrich, Coburg

„ „ 134. Schneider Georg, Coburg

„ „ 135. Kühn Hans, Coburg

# Beilagen.

**Extra-Blatt.**

Das Regierungsblatt erscheint Mittwochs und Sonnabends und kostet bei der Expedition und den Postanstalten des Deutschen Reiches vierteljährlich 1 Mark.

Einrückungsgebühren für die eingespaltene Korpuszeile oder deren Raum: für das Herzogtum Coburg 20 Pfg., für auswärts 25 Pfg.

Ausgabe des Blattes: Dienstag und Freitag abends 6 Uhr bei der Expedition.

# Regierungs-Blatt

## für das Herzogtum Coburg.

63. Stück. Sonntag, den 2. August 1914

# Mobilmachung befohlen.

## 1. Mobilmachungstag:

## Sonntag, 2. August d. Js.

Coburg, den 1. August 1914.

## Der Landrat des Kreises Coburg.

---

Ministerialbekanntmachung.

Nachdem durch Kaiserliche Verordnung vom 31. Juli 1914 nach Art. 68 des Gesetzes, betreffend die Verfassung des Deutschen Reiches, vom 16. April 1871 das Bundesgebiet in Kriegszustand erklärt worden ist, ist die vollziehende Gewalt an die Militärbefehlshaber übergegangen.

Sämtliche Zivilverwaltungs- und Gemeindebehörden werden hiervon mit der Veranlassung in Kenntnis gesetzt, den Anordnungen und Aufträgen der Militärbefehlshaber Folge zu leisten.

Gotha, am 1. August 1914.

Herzogl. S. Staatsministerium.

# Predigt,

gehalten von Diakonus Kipp im Gottesdienst zu St. Moriz am Sonntag, 2. August 1914 (1. Mobilmachungstag).

Gott ist unsere Hülfe in den großen Nöten, die uns jetzt betroffen haben. Mit Ihm wollen wir in diese schwere Woche gehen.

In Ihm sei's begonnen,
Der Monde und Sonnen
An blauen Gezelten
Des Himmels bewegt.
Du, Vater, Du rate!
Du lenke und wende!
Gott, Dir in die Hände
Sei Anfang und Ende,
Sei alles gelegt! Amen.

Wir haben miteinander aus Herz und Mund das Lied gesungen: „Befiehl Du Deine Wege". Paul Gerhardts Geist, eines großen Beters Geist ist durch diesen Raum gezogen. Das ist ein starker Geist, der in matte Herzen neue Kraft gießt, daß sie auffahren mit Flügeln wie Adler, daß sie laufen und nicht müde werden. Wir haben wohl alle dieses Geistes einen Hauch verspürt. Und nun komme du noch, du Buch der Bücher, du Heldenbuch, du Verzeichnis der Tapferen, die einst dem schweren Schicksal ernst, aber fest ins Auge sahen. Rede du zu uns! Fließe, du Quell des Lebens . . . Hier ist ein dürstendes Volk, das nach Gottes Brünnlein heiß verlangt.

Jesaias 30, 15: „Durch Stillesein und Hoffen würdet ihr stark sein."

Nun wollen wir nach uraltem Rezept verfahren und reden von dem, was uns stark macht.

Aus der Fülle der Gedanken und Empfindungen, die uns in diesen schweren Tagen durchströmten, hat sich klar und bestimmt das eine Gefühl gelöst, daß wir stark sein müssen. In einem gewissen Sinne sind wir schon stark. Wir haben ein starkes Heer, eine starke Flotte, — soweit es in Menschenaugen ein „stark" gibt. Gott sei Dank, daß wir Männer hatten, die diese Stunde kommen sahen und uns stark machten. Aber wir müssen noch in anderem Sinne stark sein: innerlich stark. Wir alle, groß und klein, alt und jung, Männer und Frauen. Die Männer müssen stark sein, wenn sie diese Woche ihr Liebstes verlassen, Weib und Kind. Die Frauen müssen stark sein, besonders wenn sie Gattinnen, Mütter und Schwestern sind. Sie dürfen den Ziehenden das Herz nicht schwer machen, sondern sie sollen sie segnen. Denkt, ihr Frauen, an jene deutsche Frau vor 100 Jahren, die mit Neid auf ihre Nachbarin sah, weil diese zwei Söhne im Feld hatte. Denkt an unsere Kaiserin, sie muß den Gatten, ihre sechs Söhne und den Gatten ihrer Tochter

ziehen lassen. Wahrlich, unter den Gebeten dieser Tage muß vor anderen eines sein: „Herr mach' uns stark!"

Es ist Anlaß vorhanden zum innerlichen Schwachsein. Eine nie gekannte, unvergleichliche Spannung hält die Gemüter gefangen, fast scheint sie für den Einzelnen zu stark zu sein. Furchtbare Wetterwolken sind am Himmel aufgezogen. Niemand weiß, wie's enden wird, niemand weiß, wie dieses Land aussieht, wenn der Sturm vorüber ist. Wie eine Mutter bangt um ihr fiebergeschütteltes Kind, so bangt unsere Seele um unser sturmumtobtes Land, und jeder von uns bangt noch um besondere teure Leben.

Aber wir dürfen nicht schwach werden. Wir müssen stark sein um des Vaterlandes willen. Wir haben's geerbt von den Vätern, die Augen derer, die es gebaut und dafür geblutet haben, sehen in diesen Stunden aus der Ewigkeit heiß zu uns her. Unsere Kinder und Enkel wollen das Reich von uns erben. Sie sollen es bekommen, aber das hängt von dem Starksein dieser Tage ab. Wir wollen nicht mit gekrümmten und gebogenen Seelen durch diese Tage gehen.

Wir wissen, wie wir stark werden. Hier steht es: „Durch Stillesein und Hoffen würdet ihr stark sein." Durch Stillesein! Stillesein, das heißt den Mut nicht sinken lassen und den Kopf nicht verlieren, heißt ruhig und besonnen seinen Weg gehen. Nicht die Sparkassen stürmen, das wäre Sicherheit mit Unsicherheit vertauscht. Nicht Proviant anhäufen. Wir stehen inmitten einer großen Ernte, gibt uns Gott, daß sie gut heimkommt, so braucht unser Land den Hunger nicht zu fürchten. Nicht sich fortreißen lassen von den Überängstlichen und immer das Schlimmste annehmen. Stillesein heißt ein innerlich zusammengefaßter, klarer Mensch sein.

Und ich meine, das könnten wir werden. Die möglichsten Bedingungen dafür sind schon gegeben. Denken wir doch an das, was uns immer stolz gemacht hat, daß wir ein Volk in Waffen sind, denken wir an unsere Bereitschaft, an deutsche Tapferkeit, an deutsche Tat, an deutsche Treue! Denken wir an unseren Kaiser! Die Flammen der Liebe schlagen über ihm zusammen. Jeder weiß: er hat in sechsundzwanzig Friedensjahren getan, was er konnte. Er wird auch in der kommenden Kriegszeit tun, was er kann. Die heißen Gebete seines Volkes begleiten ihn wie Millionen segnende Hände.

Doch soll niemand denken, Stillesein wäre Untätigkeit und Warten. Nein, gerade das Gegenteil. Sieh dir den grünen Baum draußen an. Er prangt in vollem Blätterschmuck. Äußerlich ist er fertig und stille, — aber innerlich wogt auf und nieder in unaufhörlichem Arbeiten der Strom der Säfte. Er setzt den Jahresring an und macht den Baum fester im Gefüge. So muß unser Stillesein ein innerliches und äußerliches Arbeiten sein. Nicht bloß die draußen dürfen Taten tun, sondern auch wir drinnen. Wahrhaft vaterländische Taten sind es, wenn, da nun Millionen der gewohnten Arbeit genommen sind, dennoch das wirtschaftliche Fortbestehen des Volkes gesichert wird. Andere Taten? Es wird viel verlassene Frauen und Kinder geben, denen geholfen werden muß, viele Mütter, die des Trostes bedürfen. Viel

weicher Hände und unermüdlicher Liebe wird's bedürfen, kurz, eine Menge von Dingen, denen wir unsere Kraft zur Verfügung stellen können. Aber dann wird es auch heißen:

Lieb Vaterland, magst ruhig sein!
Wir alle wollen deine Hüter sein!

Noch ein anderes aber macht uns stark: das Hoffen. Hoffen heißt: seine Sache an Gott hängen. Wir wollen unseres Vaterlandes Sache zur Gottessache machen. Und das dürfen wir. Unter den herrlichen Erdengütern, die uns Gott geschenkt hat, ist das herrlichste das Vaterland. Lange haben wir darum dienen müssen, hart und schwer, wie Jakob um Rahel gedient hat. Da wir's nun hatten, haben wir's auch als Gottesgeschenk angesehen und haben gewußt, daß es uns Gott nur darum gegeben hat, weil wir darin eine Weltmission zu erfüllen hätten, — es soll am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen. Wer ein Gottesgeschenk hat, ist verpflichtet, es zu halten. Das wollen wir tun nun mit allen Kräften, in der Zuversicht, daß Gott uns dabei hilft. Unsere Sache ist seine Sache. Mit Freude und Stolz geben wir den Oberbefehl für unsere Sache in seine Hand. Jetzt heißt's:

Bist du doch nicht Regente,
Der alles führen soll,
Gott sitzt im Regimente
Und führet alles wohl.

Und noch ein anderes hält uns: Wir haben ein gutes Gewissen. Wir lebten still, des Unseren froh, wollten nur bauen und unseren gottgewiesenen Platz behaupten, wollten nichts von den anderen, haben sie in Frieden gelassen. Wahrlich, wir können Gott getrost ins Auge sehen!

Und da wir hoffen dürfen und können, so wollen wir auch hoffen, wollen hoffen mit aller Kraft unserer Seelen, daß uns Gott glücklich führen wird durch diese Stürme. Wollen hoffen, wie der Mann droben auf unserer Veste hoffte, da er an Melanchthon schrieb: „Laß die Sache noch so groß sein, groß ist auch der, der sie führt." Wollen hoffen, wie Luther hoffte, als er zum Fenster hinausblickte und zwei Wunder sah: Das Himmelsgewölbe, von keinem Pfeiler gestützt und dennoch feststehend, und eine große schwere Wolke, getragen nur durch einen Regenbogen. Wer solches bauen kann, der wird auch Pfosten und Pfeiler haben für unsere Sache.

Hoffen heißt also: Gott unser Vaterland anbefehlen. Siehe, so lasse es dein Lied sein früh und abends, und singe es immer wieder:

Befiehl du deine Wege
Und was dein Herze kränkt
Der allertreusten Pflege
Des, der den Himmel lenkt.
Der Wolken, Luft und Winden
Bezeichnet ihre Bahn,
Der wird auch Wege finden,
Da dein Fuß gehen kann.

Droben auf dem Berge, an dem Hause, darinnen die toten Herzöge schlafen, da steht geschrieben: „In Stille und Hoffnung." Wir wollen die goldenen Lettern herunter nehmen, sie gelten heute nicht für die Toten, sie gelten den Lebenden. In unsere Herzen wollen wir sie graben, daß sie uns leuchten in der Dunkelheit: In Stille und Hoffnung! Denn durch Stillesein und Hoffen werden wir stark sein.

Und damit hinein in diese Woche, in diese Zeit. Wir werden hindurch kommen. Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein? Das Reich muß uns doch bleiben!

Gebet:

Wir treten zum Beten
Vor Gott, den Gerechten.
Er waltet und haltet
Ein strenges Gericht.
Er läßt von den Schlechten
Die Guten nicht knechten.
Sein Name sei gelobt —
Er vergißt unser nicht!

Heiliger, großer, allmächtiger Gott! Siehe, eine betende Gemeinde steht vor Deinem heiligen Angesicht und ruft zu Dir. Sieh doch herab auf das jammerselige Getriebe der Menschen, die nicht wissen, was sie tun, und wehre ihnen. Groß, Herr, ist Deine Macht, wo ist ein so mächtiger Gott, als Du, Gott, bist? Du bist der Gott, der Wunder tut, Du hast Deine Macht bewiesen unter den Völkern. Du kannst auch Dein Volk erlösen gewaltiglich. Sage den verzagten Herzen: Seid getrost und fürchtet euch nicht! Gib den Müden Kraft, und Stärke dem Unvermögenden! Uns ist bange, aber wir verzagen nicht, denn Du, Herr, bist bei uns drinnen. Dir befehlen wir alles, was wir sind und haben. Segne, schütze, halte unser Volk und Land, unsere Häuser und unsere Kinder. Laß Dein gnädig Angesicht ruhen auf unserem Kaiser. Sende ihm Deinen guten Geist, den Geist der Weisheit und der Kraft, daß er findet die rechten Wege zum Heile des Vaterlandes. Segne das teure Leben des Herzogs, behüte ihn und sein Haus. Wir sehnen uns nach dem Lichte Deiner Gnade . . .

Wir flehen,
Mögst stehen
Uns fernerhin bei,
Daß Deine Gemeinde
Nicht Opfer der Feinde.
Dein Name sei gelobt!
Du, Herr, mach' uns frei! Amen.

# Verzeichnis

## der aktiven Offiziere und Unteroffiziere, welche am 7. August 1914 mit dem ehemaligen III. Batl. Inf.-Regt. Nr. 95 ins Feld zogen.*)

Stab:

| | |
|---|---|
| Bataillonskommandeur: | Major von Selle |
| Major beim Stabe: | Major von Stockhausen |
| Hauptmann beim Stabe: | Major von Usedom |
| Bataillons-Adjutant: | Oberleutnant Freiherr von Palstring |
| Stabsarzt: | Dr. Nicol |
| Zahlmeister: | Vocke |
| Unterzahlmeister: | Gerisch |
| Waffenmeister: | Ansorg |

9. Kompagnie:

Hauptmann Witte †
Leutnant Römer
„ Hüttich
Feldwebel Wetzenstein
Vizefeldwebel Stößlein
Sanitäts-Vizefeldwebel Müller
Vizefeldwebel Albrecht
„ Platsch
Sergeant Röder
„ Linke
„ Ohrdorf †
„ Weber
„ Engel
„ Trautwein
„ Weiß †
Unteroffizier Gutwill †
„ Rüger †
„ Beck †

10. Kompagnie:

Hauptmann Kanter
Leutnant von Ascheberg
Feldwebel Knorr
Vizefeldwebel Kühnlenz
„ Rohner
„ Schmidt
„ Fischer
„ Feiler †
Sergeant Ellenberg
„ Scheidt
Sanitäts-Sergeant Schmidt (Otto)
Sergeant Schmidt (Reinhold)
Unteroffizier Römhild
„ Welsch
„ Schulz
„ Reißenweber
„ Leistner
„ Winkler †

*) Die Namen der Offiziere und Unteroffiziere, welche auf dem Felde der Ehre gefallen sind oder an den Folgen des Krieges starben, sind mit † bezeichnet.

11. Kompagnie:

Hauptmann von Weltzien †
Leutnant Freiherr v. d. Recke †
Feldwebel Käſtner
„ Dreyer
Vizefeldwebel Vogel †
„ Sauerteig †
Sanitäts-Vizefeldwebel Bätzoldt
Vizefeldwebel Scheler
„ Henning †
Sergeant Bauer †
„ Wittmann †
„ Seſſelmann
„ Schamberger †
Unteroffizier Heublein
„ Ritter
„ Borbonus †
„ Schnabel †
„ Kellermann †

12. Kompagnie:

Hauptmann Randt
Leutnant Böhme †
Feldwebel Scheler
Vizefeldwebel Breu
„ Lengefeld
„ Platztaſch
„ Stadler
„ Schultz
Sergeant Puff
„ Grams
„ Lippmann †
„ Brückner
„ Hollandt †
Unteroffizier Fiſcher
„ Wittig †
Sanitäts-Unteroffizier Vogel
Unteroffizier Hoppe
„ Knoch
„ Reſch †

## Schlachten und Gefechte des Infanterie-Regiments Nr. 95.

Eroberung von Namur:

| | | |
|---|---|---|
| 23.—24. 8. 14. | Marchovelette | J.-R. 95 |

Schlacht und Verfolgungskämpfe an den Maſuriſchen Seen:

| | | |
|---|---|---|
| 9. 9. 14. | Sechserben | J.-R. 95 |
| 10. 9. 14. | Groß-Karpowen | J.-R. 95 |
| 11. 9. 14. | Szidlack | I. u. II. 95 |
| | Adamsheide | III. 95 |
| 14. 9. 14. | Wladislawow | J.-R. 95 |

Einmarſch in Südpolen:

| | | |
|---|---|---|
| 3. 10. 14. | Kobylani | J.-R. 95 |
| 4. 10. 14. | Opatow | J.-R. 95 |
| 5.—17. 10. 14. | Kämpfe an der Weichſel bei Nowe u. Slupia | J.-R. 95 |

Kämpfe an der Rawka:

| | | |
|---|---|---|
| 26.—27. 10. 14. | Dopra-Strykow-Pienky | II. u. III. 95 |
| | Zgierz | III. 95 |

### Schlacht bei Kutno:

| | | |
|---|---|---|
| 14. 11. 14. | Chelmno | II. u. III. 95 u. Mgk. |
| 15.—16. 11. 14. | Dombie | II. u. III. 95 |
| | Krzewo | I. 95 |

### Schlacht bei Lodz:

| | | |
|---|---|---|
| 18. 11. 14. | Mühle Kiki | II. u. III. 95 u. Mgk. |
| 19. 11. 14. | Janowici | II. u. III. 95 u. Mgk. |
| | Ludowinka | I. 95 |
| 22. 11. 14. | Wrzonsawa | J.-R. 95 |
| 23. 11. 14. | Czarnyz | J.-R. 95 |
| 24.—28. 11. 14. | Am Ner | J.-R. 95 |
| 28. 11.—5. 12. 14. | Zgierz | J.-R. 95 |
| 9.—16. 12. 14. | Wionzyn-Dolny | J.-R. 95 |

### Kämpfe an der Rawka-Bzura:

| | | |
|---|---|---|
| 18.—20. 12. 14. | An der Krzemionka | J.-R. 95 |
| 21. 12. 14.—29. 1. 15. | Rawa Konopnica, Pukinin | J.-R. 95 |
| 30.—31. 12. 14. | Sturm auf Höhe 10 | III. 95 |
| 1. 2.—12. 3. 15. | Rawa-Stara, Dolek | J.-R. 95 |
| 5. 3. 15. | Jezierzes | I. u. III. 95 u. Mgk. |
| 7.—13. 3. 15. | Strzalki | I. u. III. 95 u. Mgk. |
| 13.—17. 3. 15. | Golki | J.-R. 95 |
| 19. 3.—2. 7. 15. | Stellungskämpfe bei Rawa | J.-R. 95 |

### Durchbruchsschlacht bei Przasnycz:

| | | |
|---|---|---|
| 13. 7. 15. | Gruduск | J.-R. 95 |
| | Pfolki-Gorne | III. 95 |
| 14.—15. 7. 15. | Dfbonje | I. u. II. 95 u. Mgk. |
| | Salufhe-Patorn, Paluki | III. 95 |
| 15.—16. 7. 15. | Ciechanow | I. 95 |

### Verfolgungskämpfe am unteren Narew:

| | | |
|---|---|---|
| 18.—20. 7. 15. | Bofhe-Szirumiany Wyfonki | J.-R. 95 |

### Schlacht am Narew und Einnahme von Pultusk:

| | | |
|---|---|---|
| 23. 7. 15. | Sambhski-Kohftjelnnja | I. u. III. 95 |
| | Schljachethskoje | II. 95 u. Mgk. |
| 24. 7. 15. | Sadnkjefh | I. u. III. 95 |
| 25.—31. 7. 15. | Dombrowna | J.-R. 95 |
| 1.—5. 8. 15. | Zu Komorowo | J.-R. 95 |

### Schlacht bei Ostrowo:

| | | |
|---|---|---|
| 9. 8. 15. | Rogowo | J.-R. 95 |
| 10. 8. 15. | Szrebrna, Paproths-Malaja | J.-R. 95 |

Schlacht bei Tschiszew-Sambrow:

| | | |
|---|---|---|
| 11. 8. 15. | Oldaki | III. 95 |
| | Grodsisk | I. 95 |
| | Warcholy | II. 95 |

Verfolgungskämpfe am Narew und Nurzec:

| | | |
|---|---|---|
| 13.—14. 8. 15. | Mackowienta-Wocyoly | J.-R. 95 |
| 15. 8. 15. | Zablon-Piotrowce | II. u. III. 95 |
| | Tlozewo | I. 95 |
| 16. 8. 15. | Ignatki | II. u. III. 95 |
| | F. Sfare | I. 95 |
| 17. 8. 15. | Zdrojki-Lubica | J.-R. 95 |
| 18. 8. 15. | Stolowacz (Höhe 151) | J.-R. 95 |

Schlacht bei Bielsk:

| | | |
|---|---|---|
| 19.—25. 8. 15. | Gefechte bei Gacki | J.-R. 95 |
| 21. 8. 15. | Sturm auf Gacki | J.-R. 95 |

Verfolgungskämpfe am Swislocz und an der Naumka-Werecia:

| | | |
|---|---|---|
| 27. 8. 15. | Zabludowo | J.-R. 95 |
| 29. 8. 15. | Krolowy-Most | J.-R. 95 |
| 2. 9. 15. | Brzostowica-Wurowana | J.-R. 95 |
| 3.—5. 9. 19. | Kämpfe bei Semerenki | J.-R. 95 |

Schlacht bei Wolkowyszk:

| | | |
|---|---|---|
| 7.—8. 9. 15. | Kowschi | J.-R. 95 ohne Mgk. |

Verfolgung vom Njemen zur Bereszina:

| | | |
|---|---|---|
| 9.—10. 9. 15. | Lawna | J.-R. 95 |
| 11. 9. 15. | Szkidel | J.-R. 95 |
| 15.—17. 9. 15. | Zadworce | II. 95 |
| | Bycewce | I. u. III. 95 |

Verfolgungskämpfe in den littauischen Sümpfen:

| | | |
|---|---|---|
| 18. 9. 15. | Verfolgungsgefecht bei der Lebioda | J.-R. 95 |

Kämpfe zwischen Oise und Aisne:

| | | |
|---|---|---|
| 12. 10. 15—7. 5. 16. | Tracy le Val, Carlepont | J.-R. 95 |

Schlacht bei Verdun:

| | | |
|---|---|---|
| 13.—29. 5. 16. | Kämpfe um Höhe 304 | J.-R. 95 |
| 30. 5.—7. 10. 16. | Stellungskämpfe auf Höhe 304 | J.-R. 95 |

Schlacht an der Somme:

| | | |
|---|---|---|
| 25. 10.—16. 11. 16. | St. Pierre Divion-Grandcourt | J.-R. 95 |

Stellungskämpfe an der Somme:

| | | |
|---|---|---|
| 7.—25. 1. 17. | Serre-Puisieux | J.-R. 95 |
| 5. 2.—15. 3. 17. | Puisieux-Achiet le Petit | J.-R. 95 |

Kämpfe vor der Siegfriedfront:

16. 3.—5. 5. 17. Serre-Doignies-Louverval-Bourſies J.-R. 95
24. 3. 17. Sturm auf Beaumetz J.-R. 95
15. 4. 17. Gefecht bei Bourſies II. u. III. 95

Frühjahrsſchlacht bei Arras:

6. 5.—6. 6. 17. J.-R. 95
16. 5. 17. Sturm auf Roeux J.-R. 95

Schlacht in Flandern:

8. 6.—5. 8. 17. Ypern, Bellewaarde, Weſthoek J.-R. 95

Stellungskampf im Artois vor Arras:

31. 8.—7. 11. 17. Monchy J.-R. 95

Schlacht in Flandern im Winter 1917:

15. 11.—13. 12. 17. Nördlich Paſchendaele J.-R. 95

Stellungskämpfe in Flandern Winter 1917/18:

4. 12.—19. 12. 17.
14. 1.—6. 2. 18. Houthoulſter Wald J.-R. 95
4. 3.—4. 4. 18. Nördlich Paſchendaele J.-R. 95

Stellungskämpfe in franzöſiſch Flandern:

7.—8. 4. 18. J.-R. 95

Schlacht bei Armentières:

9.—18. 4. 18. J.-R. 95

Stellungskämpfe in franzöſiſch Flandern:

19. 4.—5. 5. 18. J.-R. 95
8. 5.—20. 5. 18. Ausbildung hinter der Front der 6. Armee.
21. 5.—5. 7. 18. Stellungskämpfe in franzöſiſch Flandern.
6. 7.—7. 8. 18. Ausbildung hinter der Front der 6. Armee.

Abwehrſchlacht zwiſchen Somme und Oiſe:

8. 8.—20. 8. 18.

Die Tankſchlacht zwiſchen Ancre und Avre:

8.—9. 8. 18.

Schlacht an der Römerſtraße:

10.—12. 8. 18.

Abwehrſchlacht zwiſchen Scarpe und Somme:

21. 8.—2. 9. 18.

Schlacht Albert—Peronne:

22. 8.—2. 9. 18.

Kämpfe vor der Siegfriedfront:

3. 9.—7. 9. 18.

Schlacht zwiſchen Cambrai und St. Quentin:

8. 9.—21. 9. 18.
22. 9.—28. 9. 18. Ausbildung hinter der Front der 2. Armee.
29. 9.—8. 10. 18. Schlacht zwiſchen Cambrai und St. Quentin.

Kämpfe vor und in der Hermannſtellung:

9. 10.—15. 10. 18.

Kämpfe zwiſchen Doule-Kanal und Schelde:

16. 10.—11. 11. 18.

Räumung Belgiens und Rückmarſch in die Heimat:

12. 11.—16. 12. 18.

# Gesetz

## über den Ausgleich mit dem Herzog.

Vom 1. Juli 1919.

Auf Antrag der Staatsregierung hat die Landesversammlung folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1.

Nachdem der zwischen dem Herzog und der Staatsregierung am 7. Juni 1919 abgeschlossene Vertrag nebst dem Zusatzprotokoll vom gleichen Tag die Genehmigung der Landesversammlung gefunden hat, wird er, wie aus der Beilage ersichtlich, als Landesgesetz verkündet.

Die im § 1 des Vertrags genannten Pläne und das in Ziff. 5 des Zusatzprotokolls aufgeführte Verzeichnis sind der den Landtagsakten einverleibten Vertragsurkunde beigefügt.

Die dem Inhalt des Abkommens entgegenstehenden bisherigen Vorschriften sind aufgehoben.

§ 2.

Das aus dem Eigentum des Herzoglichen Hauses ausscheidende bisherige Domänengut einschließlich der sonst nach dem Vertrag überwiesenen Vermögensstücke ist, vorbehaltlich der Errichtung der Landesstiftung, nach den für das Staatsgut geltenden Vorschriften von staatlichen Organen zu verwalten und darf entsprechend den für die Überweisung maßgebenden Grundsätzen für alle Zeiten lediglich zum Besten des Landes Coburg und zur Wohlfahrt seiner Bewohner genutzt werden.

Der Staat und sein etwaiger Rechtsnachfolger leisten für die Erfüllung dieser Zwecke Gewähr. Seine Rechte an dem Reinertrag des Domänenguts bleiben im bisherigen Umfang (Gesetz vom 4. September 1907) aufrecht erhalten.

Die Rechtsverhältnisse der Landesstiftung werden durch besonderes Gesetz geregelt.

§ 3.

Die Ausführung des Vertrags erfolgt frei von Gerichtskosten, Stempeln, Abgaben, Steuern und Gebühren jeder Art.

Die zur Durchführung des Vertrags gemäß dessen § 14 bestellten staatlichen Bevollmächtigten bilden eine Behörde, die berechtigt ist, die Grundbuchämter um die Vornahme der erforderlichen Eintragungen zu ersuchen (Grundbuchordnung § 39). Die Ersuchungsschreiben sind vom Vorsitzenden der Behörde oder seinem Stellvertreter zu vollziehen. Über die Zusammensetzung der Behörde beschließt der Landtag.

§ 4.

Bis zur erfolgten Überweisung an bestimmte Gemeindebezirke sind die im Eigentum des Herzogs verbleibenden Güter und Güterteile von Callenberg, Eichhof und Rosenau nach Art. 6 Ziffer 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 31. Mai 1871 zu behandeln.

§ 5.

Die früher der Schloßhauptmannschaft, dann dem Hausmarschallamt eingeräumten orts- und baupolizeilichen Befugnisse — § 22 des Organisationsgesetzes vom 17. Juni 1858, Verordnung vom 24. Februar 1870 (Ges.-Slg. S. 53) und vom 14. September 1905 (Ges.-Slg. S. 146) — gehen in vollem Umfang auf die ordentlichen Polizeibehörden über.

Die in sonstigen Vorschriften (z. B. § 8 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Mai 1888 über die Anlegung und Veränderung von Straßen) dem Herzog im Verhältnis zur Stadt Coburg als Residenzstadt zugeteilten Befugnisse werden vom Staatsministerium ausgeübt.

Die nach § 36 Abs. 2 und 3 der Bauordnung (Gesetz vom 24. Mai 1888) dem Staatsministerium zustehenden Rechte bezüglich des Baues und des Schutzes von bisher Herzoglichen oder Domänengebäuden bleiben aufrecht erhalten.

Das Staatsministerium ist befugt, zum Schutze des Landschaftsbildes sowie im Interesse der Pflege und Erhaltung von kulturgeschichtlichen und Naturdenkmälern im Wege der Verordnung besondere Vorschriften zu erlassen.

§ 6.

Das Staatsministerium ist berechtigt, solche aus dem Eigentum des Herzoglichen Hauses ausscheidenden Wege, Straßen oder Teile von diesen, deren Übernahme und Erhaltung einem im Gemeindezweck liegenden Verkehrsbedürfnis entspricht, bestimmten Gemeinden zuzuweisen.

Gegen die Entscheidung ist die Anfechtungsklage nach § 2 des Gesetzes über die Zuständigkeit des Thüringischen Oberverwaltungsgerichts in Jena vom 25. April 1913 zulässig.

§ 7.

Mit dem 1. Juli 1919 kommen, unbeschadet der Vorschrift des § 3, alle bisherigen Steuer-, Abgaben- und Gebührenbefreiungen des Herzogs und seiner Abkömmlinge, der Herzogin und der Herzoginwitwe, in Fortfall.

Coburg, den 1. Juli 1919.

Der Präsident
der Landesversammlung
Kirchner.

Staatsregierung
Dr. Quarck Klingler Artmann.

# Vertrag.

Zwischen dem

Herzog Carl Eduard von Sachsen Coburg und Gotha

und

der Staatsregierung des Freistaates Coburg

wird vorbehaltlich der Zustimmung der Landesversammlung folgender

Vertrag

abgeschlossen.

§ 1.

Der Herzog gibt seine Rechte an dem nach den bisherigen Haus- und Landesgesetzen, insbesondere nach der Coburg-Saalfeldischen Verfassungsurkunde vom 8. August 1821 und dem coburgischen Gesetz vom 29. Dezember 1846 dem regierenden Herzoglichen Hause eigentümlich zustehenden Domänenvermögen zu Gunsten des Landes auf.

Das gesamte Domänengut mit allen Lasten und Rechten soll, soweit es nicht schon jetzt zu staatlichen oder kirchlichen Zwecken Verwendung findet, zum Besten des Landes und zur Wohlfahrt seiner Bewohner verwaltet und möglichst in einer diesen Zwecken gewidmeten Landesstiftung vereinigt werden.

Ausgenommen davon bleibt: Schloß, Schloßpark und Gut Callenberg nebst dem Tierpark, weiter der Eichhof und die Schweizerei Rosenau nach Maßgabe der diesem Vertrage beigefügten Pläne. Dieser Grundbesitz verbleibt dem Herzog frei von Ansprüchen des Landes und frei von privatrechtlichen Lasten. Er räumt indessen dem Lande oder der Landesstiftung ein Vorkaufsrecht an diesem Grundbesitz ein.

Das Hofgartenmuseum in Coburg soll wie das Domänengut behandelt werden.

§ 2.

Dem Herzog und der Herzogin wird auf ihre Lebenszeit ein Wohnungsrecht auf der Feste Coburg eingeräumt, dessen Ausdehnung auf die Kinder vorbehalten bleibt.

§ 3.

In der Absicht, die für das Land besonders wertvollen Sammlungen diesem dauernd zu erhalten, überweist der Herzog aus dem Hausallod die auf der Feste

und im Hofgartenmuseum befindlichen Sammlungen der Landesstiftung zu Eigentum. Der Übernehmer hat Fürsorge zu treffen, daß die Sammlungen ihrem Zwecke erhalten und nach Möglichkeit vermehrt werden.

Der Herzog überweist weiter der Landesstiftung zu Eigentum die zum Hausallod gehörigen Einrichtungsgegenstände des Schlosses Ehrenburg. Soweit diese einen geschichtlichen oder Kunstwert besitzen, sollen sie gleichfalls dem Lande erhalten bleiben.

Soweit sich in anderen Gebäuden, die dem Lande oder der Stiftung zufallen, Einrichtungsgegenstände befinden, die zum Hausallod gehören, gehen sie auf das Land oder die Stiftung über.

§ 4.

Aus seinem Privatvermögen überträgt der Herzog auf die Landesstiftung das Theater und das Magazingebäude auf dem Floßplatz tn Coburg.

Auch den in Coburg befindlichen Theaterfundus überträgt der Herzog auf die Landesstiftung.

Der Übernehmer ist verpflichtet, in Verhandlungen mit Gotha einzutreten, um eine Spielzeit dort nach der bisherigen Übung unter entsprechender Lastenübernahme zu ermöglichen.

Der Staat oder die Stiftung stehen dafür ein, daß die bestehenden Verpflichtungen bezüglich des jetzt tätigen Theaterpersonals übernommen werden.

Dem Herzog, seiner Gemahlin und seinen Kindern steht auf deren Lebenszeit die kleine Herzogliche Loge im Theater nebst den anstoßenden Zimmern zur Verfügung.

§ 5.

Weiter überläßt der Herzog aus seinem Privatvermögen die im Hofgartenmuseum befindlichen, ihm gehörigen Sammlungsgegenstände.

§ 6.

Der Herzog ist damit einverstanden, daß seine Privatbibliothek im Schlosse verbleibt und der Allgemeinheit, wie die Hof- und Staatsbibliothek, zugänglich gemacht wird, ausgenommen hiervon ist die belletristische Literatur der Privatbibliothek, deren Benutzung der Herzog selbst regelt. Er ist auch weiter damit einverstanden, daß das Staats- und Hausarchiv und die Hof- und Staatsbibliothek, einschließlich solcher Teile, an denen ihm private oder Allodialrechte zustehen, einheitlich wie bisher verwaltet werden. Die Kosten der Verwaltung und Erhaltung fallen nicht dem Herzog zur Last.

§ 7.

Der Herzog beläßt auf der Feste, solange ihm oder seiner Familie das Wohnrecht dort eingeräumt bleibt, die in seinem Privateigentum stehenden Sammlungsgegenstände daselbst unter Wahrung seines Eigentums vorbehaltlich des Rechts der Entnahme einzelner Stücke. Er räumt an diesen Gegenständen der Stiftung das Vorkaufsrecht ein.

Das gleiche gilt von denjenigen Gegenständen, die der Herzog als sein Privateigentum, einschließlich der in § 6 genannten Gegenstände, im Schlosse Ehrenburg belassen wird.

§ 8.

Der Herzog ist damit einverstanden, daß die ihm aus der Satzung des Festungsbau-Komitees zustehenden Rechte auf den Staat bezw. die Stiftung übertragen werden.

§ 9.

Der Herzog erhält zum Ausgleich für die von ihm aufgegebenen Rechte den Betrag von 1½ Millionen Mark.

§ 10.

Die in den früheren Herzoglichen Verwaltungen in Coburg zum Übernahmetermine noch tätigen, namentlich festzustellenden Beamten werden vom Lande oder der Landesstiftung unter Aufrechterhaltung ihrer Rechte übernommen.

Die am Übernahmetermin auf der Generalkasse ruhenden Personallasten werden zu einem Sechstel vom Staate übernommen.

§ 11.

Alle Abgaben und Steuern, die den Herzog mit Bezug auf die aufgegebenen Vermögensstücke treffen sollten, fallen dem Übernehmer zur Last.

§ 12.

Soweit zu diesem Abkommen die Zustimmung der Agnaten des Herzoglichen Hauses erforderlich ist, wird dieselbe vorbehalten.

§ 13.

Gemäß Nachtrag zum Hausgesetz vom 11. März 1912 wird auch fernerhin ein Viertel des Reinertrags aus den Schmalkaldener Forsten an die Staatskasse in Coburg abgewährt. Im übrigen wird der Staat auf die außerhalb des Landes liegenden Herzoglichen Fideikommisse oder Fideikommissteile, soweit sie dem Herzoglichen Hause verbleiben, keine Ansprüche erheben.

§ 14.

Zur Durchführung des Abkommens werden vom Staat und vom Herzog je drei Bevollmächtigte ernannt. Diese sind insbesondere ermächtigt, die Vermögensstücke wechselseitig zu übernehmen, die erforderlichen Grundbucherklärungen abzugeben, Quittungen auszustellen, Verzichte auszusprechen, Vermögensrechte abzutreten, Vollmachten für einzelne Geschäfte zu erteilen und überhaupt alles zur Vollziehung des Vertrages Erforderliche vorzunehmen.

Die Bevollmächtigten sind auch befugt, erforderlichen Falles Ergänzungen des Abkommens im Rahmen seiner Grundgedanken zu vereinbaren und durchzuführen. Sie vereinbaren den Zeitpunkt des Überganges der einzelnen Vermögensstücke, Rechte und Lasten und regeln dementsprechend auch das Nähere über die Ver-

teilung und Verrechnung der Überschüsse aus der laufenden Domänenrechnung. Soweit möglich, soll als Übernahmetermin der 1. Juli 1919 gelten.

§ 15.

Meinungsverschiedenheiten, die anläßlich der Auslegung oder Durchführung des Vertrages entstehen, regelt ein Schiedsgericht, das aus dem Präsidenten des Oberlandesgerichts in Jena und zwei von ihm im voraus ernannten Mitgliedern dieses Gerichts besteht.

Auf das schiedsrichterliche Verfahren finden die Vorschriften der Zivilprozeßordnung Anwendung.

Coburg, den 7. Juni 1919.

Carl Eduard
Herzog von Sachsen Coburg und Gotha.

Dr. H. Quarck.
Artmann. Klingler

---

# Zusatzprotokoll.

Coburg, den 7. Juni 1919

Die Parteien sind über die nachfolgenden Punkte der Ausführung des Vertrages vom 7. Juni 1919 einig:

1.) zu § 1 Abs. 3. Der Herzog wird die ihm überwiesenen Waldteile nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen, welche die Nachhaltigkeit der Erträge gewährleisten, an der Hand von Wirtschaftsplänen verwalten lassen und wird für den Schutz und die Bewirtschaftung des Waldes durch genügend befähigte Forstbeamte Sorge tragen.

Die auf den dem Herzog verbleibenden Forstteilen ruhende Leseholzgerechtigkeit bleibt im bisherigen Umfange bestehen, mit Ausnahme desjenigen Teiles des Callenberger Parkes, der nicht zugänglich gemacht wird.

Der Park Callenberg wird für den Fußgängerverkehr frei gegeben und offen gehalten mit Ausnahme desjenigen Teiles des Wildparkes, der dem Herzog durch Versetzung des Zaunes oder Neueinzäunung besonders abgegrenzt wird.

Ebenso bleibt für den Verkehr verschlossen der Bergkegel, auf dem Schloß Callenberg liegt, es sei denn, daß die Herzogliche Familie nicht dort weilt.

Der Wirtshausbetrieb wird aufrechterhalten.

Über die Beteiligung an den Wegelasten sind besondere Vereinbarungen zu treffen.

Die der Farm Callenberg auf Grund des Vertrages vom 2. Mai 1854 obliegende Fuhrpflicht wird auf die Abfuhr des vertragsmäßig zu liefernden Holzes, soweit es aus dem Weidacher Revier anfällt, beschränkt.

Der Herzog ist bereit, die Plan-Nrn. 501 und 557 zu Gunsten der Beiersdorfer Einwohner zu verpachten.

Er ist ferner bereit, an den Pächter oder Eigentümer der Ernstfarm die zu Eichhof gehörigen Scheunen zu verpachten.

Der Herzog ist bereit, der Gemeinde Neuses ein Gebrauchsrecht an Quellen im Tierpark einzuräumen, soweit hierdurch nicht die bestehenden Wasserleitungen und die Teichwirtschaft daselbst beeinträchtigt wird.

Der Herzog ist bereit, außer den jetzt schon in Einzelpacht abgegebenen Stücken der Schweizerei Rosenau einen weiteren Teil der Wiesen daselbst in einer Fläche von 15 bis 20 Morgen zu Gunsten der Oeslauer Einwohner pachtweise abzulassen.

Der Herzog wird nach Abschuß seines Rot-, Dam- und Schwarzwildbestandes im eingezäunten Mönchrödener Park bis zum 1. April 1920 spätestens für die Beseitigung des Zaunes und seine Verwertung zu Gunsten der anwohnenden Bevölkerung Sorge tragen.

2.) zu § 2. Das Wohnrecht auf der Feste umfaßt die Räume des Fürstenbaues einschließlich der Küche, des Hornzimmers und der über dem Küchentrakt gelegenen Dachzimmer der Kemenate. Nach Möglichkeit sollen noch weitere Räume im Dachgeschoß der Kemenate zur Verfügung gestellt werden, sofern diese nicht für die Sammlungen und deren Verwaltung gebraucht werden.

Für die Unterstellung des Autos soll ebenfalls Fürsorge getroffen werden. Das Gleiche gilt für die Unterbringung einiger Pferde und Wagen. Gegebenenfalls sollen hierfür freie Räume der Garage und Stallung beim Forsthaus zur Verfügung gestellt werden.

Dem Herzog steht die Benutzung der Wallgärten seitlich der beiden Sternbasteien und an der Nordfront der Feste ausschließlich der Bärenbastei zu.

Von der hohen Bastei ist dem Herzog ein Teil anschließend an den Fürstenbau zur Sonderbenutzung abzugrenzen.

Die Obstnutzung am oberen Wall wird dem Herzog auf Lebenszeit zum Pachtpreise von jährlich 250 Mark überlassen.

Die Gruft unter der Kapelle ist für die Beisetzung der Herzoglichen Familie bestimmt.

Der Herzog macht seine Wohnräume im Fürstenbau der Besichtigung zugänglich, solange die Herzogliche Familie nicht auf der Feste verweilt. Dies gilt auch insbesondere für das Hornzimmer, das als Sehenswürdigkeit im weiteren Umfange zugänglich gemacht werden soll.

Die Kapelle sowie die Lutherzimmer stehen der Besichtigung wie die übrigen Sammlungsräume offen.

Die Festungshöfe bleiben frei zugänglich.

Die Fertigstellung der eigentlichen Wohnräume im Fürstenbau soll nach Maßgabe der dem Komitee zur Verfügung stehenden Mittel nach Möglichkeit gefördert werden.

3.) Es herrscht Einverständnis darüber, daß die Prunkräume des Schlosses Ehrenburg als solche mit den Einrichtungsgegenständen zum Besten des Landes und als Sehenswürdigkeit erhalten werden sollen.

Die Schloßkirche soll auch fernerhin gottesdienstlichen Zwecken nach näherer Vereinbarung mit der evangelischen Kirchengemeinde dienen.

4.) Der Herzoginwitwe Marie bleibt ihrem Wunsche entsprechend das Schloß Rosenau mit den Seitengebäuden sowie das Kavalierhaus (Sterbehaus des Herzogs) ohne Park und Gärtnerei zur Nutzung vorbehalten. Für die nicht die Substanz treffende Unterhaltung dieser Gebäude kommt die Herzogin Marie auf.

5.) zu § 3. Die Vertragschließenden sind darüber einig, daß sämtliche Einrichtungsgegenstände, die sich gegenwärtig in der Ehrenburg befinden, dem Lande oder der Stiftung übereignet werden mit Ausnahme der im anliegenden Verzeichnis aufgeführten Sachen.

Diejenigen Gegenstände, die als Eigentum des Herzogs im Schlosse verbleiben, sind mit B. bezeichnet. Sie sind besonders kenntlich zu machen. Das Land oder die Stiftung übernimmt deren ordnungsgemäße Verwaltung.

6.) zu § 9. Soweit nicht sofortige Zahlung erfolgt, soll die Ausgleichssumme durch Eintragung einer Grundschuld an erster Stelle auf dem zu übernehmenden Grundbesitz sichergestellt werden.

7.) zu § 10 Abs. 2. Die hier genannten Personallasten umfassen neben den Pensionen und Wartegeldern auch das Wittum für die Herzogin Marie.

Carl Eduard
Herzog von Sachsen Coburg und Gotha.

Dr. H. Quarck.
Artmann. Klingler.

# Staatsvertrag

## zwischen den Freistaaten Bayern und Coburg über die Vereinigung Coburgs mit Bayern.

Die Regierungen der Freistaaten Bayern und Coburg sind in dem Bestreben, die zwischen beiden Ländern und ihrer Bevölkerung bestehenden Beziehungen inniger Zusammengehörigkeit noch enger zu gestalten und die beiderseitigen gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen zu pflegen und zu fördern, übereingekommen, einen Staatsvertrag wegen der Vereinigung der beiden Länder abzuschließen.

Die zu diesem Zweck ernannten Bevollmächtigten, nämlich
für Bayern Ministerpräsident Hoffmann,
Justizminister Dr. Müller,
für Coburg Staatsrat Klingler,
Ministerialdirektor Dr. Fritsch,
haben sich, vorbehaltlich der Genehmigung der Landtage von Bayern und Coburg und vorbehaltlich des nach Art. 18 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 erforderlichen Reichsgesetzes, über folgende Punkte geeinigt:

§ 1.

Das Gebiet des Freistaates Coburg wird mit dem Gebiet des Freistaates Bayern zu einem einheitlichen Gebiet vereinigt. Die Staatshoheitsrechte über das Gebiet von Coburg gehen mit der Vereinigung auf Bayern über.

§ 2.

Das Gebiet des Freistaates Coburg mit Ausnahme des Amtes Königsberg (d. i. der Stadt Königsberg in Franken und der Landgemeinden Altershausen, Dörflis, Erlsdorf, Hellingen, Köslau, Kottenbrunn und Nassach) wird dem Kreis Oberfranken, das Amt Königsberg dem Kreis Unterfranken und Aschaffenburg und zwar dem Bezirk Hofheim angegliedert. Die Städte Coburg, Neustadt und Rodach bleiben unmittelbar.

§ 3.

Mit der Vereinigung werden die Angehörigen des Freistaates Coburg, soweit sie in Bayern oder im Gebiete des Freistaates Coburg wohnen, bayerische Staatsangehörige, alle übrigen werden auf Antrag auch ohne vorherige Niederlassung in den bayerischen Staatsverband aufgenommen.

§ 4.

An der auf die Vereinigung Coburgs mit Bayern folgenden Landtagswahl in Bayern nehmen die bisherigen coburgischen Landesteile nach Maßgabe der in Bayern geltenden Bestimmungen teil. Bis zu diesem Zeitpunkt ordnet die coburgische Landesversammlung drei Mitglieder in den bayerischen Landtag ab, die in diesem Sitz und Stimme haben und die gleichen Rechte wie die bayerischen Landtagsabgeordneten genießen. Schon in der Zeit zwischen der Bestätigung des gegenwärtigen Staatsvertrags und der Vereinigung werden die drei coburgischen Abgeordneten zu den Verhandlungen des bayerischen Landtags mit beratender Stimme zugelassen.

§ 5.

Die bayerische Verfassung tritt mit dem Tage der Vereinigung im Gebiete des Freistaates Coburg von selbst in Kraft.

§ 6.

Im übrigen bleiben die im Zeitpunkt der Vereinigung im Gebiete des Freistaates Coburg geltenden Gesetze und Verordnungen in Kraft, bis sie aufgehoben oder geändert werden.

Bei ihrer Aufhebung oder Änderung wird während einer Übergangszeit von zwei Jahren von der Vereinigung an der von Coburg für Übergangsfragen bestellte Ausschuß gehört werden. Diese Bestimmung findet keine Anwendung bei Änderungen, die im Hinblick auf die Reichsgesetzgebung oder bei Erlassung neuer bayerischer Landesgesetze und Verordnungen notwendig werden.

§ 7.

Die zum Domänenvermögen (§ 1 des Vertrags mit dem Herzog Carl Eduard von Sachsen Coburg und Gotha vom 7. Juni 1919) gehörenden Waldungen, Güter und sonstigen Liegenschaften des Freistaates Coburg sind mit Rücksicht auf die vertraglich festgelegten Rechte der „Coburger Landesstiftung" als eine in sich geschlossene Vermögensmasse (genannt Domänengut) von einer in Coburg zu errichtenden staatlichen Behörde (Forst- und Domänenamt) und daneben von den weiter erforderlichen Forstämtern zu verwalten.

Veräußerungen dürfen nur mit Zustimmung des in § 6 Absatz II des Staatsvertrags bezeichneten Ausschusses stattfinden. An die Stelle dieses Ausschusses tritt nach Ablauf der Übergangszeit von 2 Jahren der Vorstand der Coburger Landesstiftung. Die Zustimmung ist nicht erforderlich, soweit Flächen von weniger als 1 ha in Frage kommen oder der Veräußerungspreis, bei Tauschverträgen der Gegenstandswert, den Betrag von fünftausend Mark nicht übersteigt. Der Erlös aus den Veräußerungen ist zur Erhaltung, Verbesserung oder Vermehrung des Domänenguts zu verwenden. Bei Verpachtungen ist auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung des Freistaates Coburg weitgehend Rücksicht zu nehmen.

§ 8.

Sollte sich die Fortführung der Landrentenbank in Coburg durch den bayerischen Staat oder die bayerische Staatsbank als unzweckmäßig erweisen, so ist der bayerische Staat bereit, ihre Umwandlung in eine Bezirksanstalt bei dem Bezirkstage des künftigen Bezirks Coburg in die Wege zu leiten und, falls dieser der Errichtung einer solchen Anstalt zustimmt, die Umwandlung zu fördern.

§ 9.

Die Staatsbeamten (Staatsdiener im Sinne des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vom 3. Mai 1852 nebst Nachträgen) des Freistaates Coburg werden unter Wahrung aller ihnen aus ihrer Anstellung zustehenden Rechte vom bayerischen Staat übernommen. Das Gleiche gilt für die mit anderen Staaten gemeinschaftlichen Beamten, soweit sie nach der Auseinandersetzung zwischen den Freistaaten Coburg und Gotha auf den Staat Coburg entfallen. Den zur Zeit an gothaischen Gerichten angestellten, aus dem Freistaat Coburg stammenden Justizbeamten wird der Anspruch auf Übernahme in den bayerischen Justizdienst auf die Dauer von drei Jahren vom Abschlusse des Staatsvertrages an vorbehalten.

Ferner übernimmt der bayerische Staat die sämtlichen derzeitigen Bezüge für Beamte im Ruhestande, dann für die Hinterbliebenen von Beamten, soweit zur Zahlung die coburgische Staatskasse verpflichtet ist. Dazu gehören auch solche Pensionslasten, die Coburg zufolge der Auseinandersetzung mit dem Freistaat Gotha oder anderen Staaten zu tragen hat. Künftige Erhöhungen der bayerischen Ruhegehalte und Hinterbliebenenbezüge haben auch den coburgischen Beamten und ihren Hinterbliebenen zugute zu kommen.

Bei der Einführung des bayerischen Volksschullehrergesetzes in Coburg finden die vorstehenden Grundsätze auf die Volksschullehrer entsprechende Anwendung.

§ 10.

Die in Coburg bestehenden staatlichen Bildungsanstalten werden auch weiterhin erhalten vorbehaltlich solcher Änderungen, die durch eine allgemeine Neuordnung im Unterrichtswesen notwendig werden sollten.

§ 11.

Die bisherigen Leistungen des Staates an die Kirchen in Coburg werden vom bayerischen Staat bis zur Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche übernommen.

§ 12.

Die Amtsgerichte Coburg, Neustadt, Rodach und Sonnefeld bleiben bestehen, vorbehaltlich von Änderungen, die sich bei der in Aussicht stehenden allgemeinen Neuorganisation der bayerischen Gerichte als notwendig erweisen. Bei dieser Neuorganisation werden hinsichtlich der coburgischen Amtsgerichte die gleichen Grundsätze wie im Landgerichtsbezirke Bamberg maßgebend sein.

Das Amtsgericht Königsberg wird nicht vor der in Aussicht stehenden allgemeinen Neuorganisation der bayerischen Gerichte aufgehoben werden.

§ 13.

Die Aufhebung der Landgerichts- und Oberlandesgerichtsgemeinschaft mit Preußen und den thüringischen Staaten ist herbeizuführen. Die in Coburg bestehende Kammer für Handelssachen und die dortige Strafkammer werden zu einem vollständigen Landgerichte ausgebaut. Dabei werden dem neu zu errichtenden Landgerichte Coburg bayerische Amtsgerichtsbezirke zugeteilt.

§ 14.

Im Gebiet des bisherigen Freistaates Coburg werden Landkrankenkassen im Sinne des § 225 der Reichsversicherungsordnung nicht errichtet.

§ 15.

Für den Fall der Zuteilung des Gebietes des Freistaates Coburg zum Verwaltungsbezirk einer bayerischen Landesversicherungsanstalt bleibt die Ausstellung und der Umtausch der Quittungskarten sowie die Einziehung, Verwendung und Verrechnung der Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gemäß § 1455 und §§ 1447 ff der Reichsversicherungsordnung den Krankenkassen übertragen.

§ 16.

Die coburgische land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft mit dem Sitz in Coburg bleibt bestehen.

§ 17.

In Coburg wird ein dem Gewerberat bei der Regierung von Oberfranken, Kammer des Innern, nachzuordnender Gewerbeaufsichtsbeamter aufgestellt. Ihm werden die erforderlichen Hilfskräfte beigegeben.

§ 18.

Die Handelskammer Coburg bleibt bestehen. Für den Fall einer allgemeinen Neuregelung in Bayern wird ihre Überführung in eine Bezirksvertretung (Handelsgremium) vorbehalten.

Die Handwerkskammerabteilung Coburg wird zu einer selbständigen Handwerkskammer für das Gebiet des bisherigen Freistaates Coburg mit Ausnahme des Amtes Königsberg in Franken ausgebaut.

§ 19.

In dem Bestreben, die Verkehrsbeziehungen zwischen den Gebieten Bayern und Coburg den künftigen Bedürfnissen der vereinigten Freistaaten möglichst anzupassen, wird die bayerische Regierung, soweit sie vor der Übernahme der bayerischen Staatseisenbahnen auf das Reich dazu noch in der Lage ist, die Erbauung einer

Lokalbahn von Kaltenbrunn-Untermerzbach nach Roßach nach dem in Bayern zur Zeit noch gültigen Lokalbahngesetz vom 28. April 1882 möglichst fördern und sich beim Reiche auch dafür einsetzen, daß eine Lokalbahn von Königshofen i. Grabfeld nach Rodach innerhalb der nächsten 10 Jahre nach Abschluß des Staatsvertrages erbaut werde.

§ 20.

Die bayerische Regierung wird die Weser-Werra-Mainverbindung nach Kräften fördern.

§ 21.

Die Vertragschließenden behalten sich vor, weitere Bestimmungen durch Zusatzprotokolle zu treffen, die in ihrer Wirkung diesem Vertrag gleichgestellt werden.

§ 22.

Die Reichsregierung soll ersucht werden, in das Reichsgesetz über die Vereinigung Coburgs mit Bayern eine Bestimmung des Inhalts aufzunehmen, daß der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Reichsgesetzes durch Verordnung der bayerischen Regierung festgesetzt wird.

München, den 14. Februar 1920.

Hoffmann. Franz Klingler.

Dr. Ernst Müller. Dr. Ernst Fritsch.

---

# Schlußprotokoll

## zum Staatsvertrag vom 14. Februar 1920 über die Vereinigung Coburgs mit Bayern.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten waren heute zusammengetreten, um zum Abschlusse und zur Vollziehung des zur Vereinigung Coburgs mit Bayern vereinbarten Staatsvertrags zu schreiten. Hierbei sind in das gegenwärtige Schlußprotokoll nachstehende, mit den Vereinbarungen des Vertrags selbst gleich verbindliche Erklärungen aufgenommen worden:

I.

Der bayerische Staat wird dafür Sorge tragen, daß die im bisherigen Freistaat Coburg bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere für die Säuglingsfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten im bisherigen Umfang erhalten bleiben.

II.

Bis spätestens 31. Dezember 1921 wird die bayerische Gemeindegesetzgebung in Coburg eingeführt werden. Bis zur Einführung bleiben die auf Grund der coburgischen Bestimmungen gewählten Vertretungen (Gemeindevorstand, Magistrat, Stadtrat, Gemeindeausschuß, Stadtverordnetenversammlung) im Amt.

III.

Es bleibt vorbehalten, der Stadt Rodach die Kreisunmittelbarkeit zu entziehen, falls sie nicht binnen 15 Jahren von der Vereinigung an die in Bayern geltenden Voraussetzungen für die Verleihung der Kreisunmittelbarkeit erfüllt.

Die Städte Neustadt und Rodach werden auf die Amtsdauer der gegenwärtigen Bürgermeister — auch im Falle ihrer Wiederwahl — von der Bestimmung des Art. 6 Abs. VII des Selbstverwaltungsgesetzes entbunden.

IV.

Das bisherige staatliche Landkrankenhaus in Coburg geht mit sämtlichen Vermögensrechten und Verpflichtungen auf einen Krankenhausverband über und wird von diesem für die Zwecke der Coburger Bevölkerung verwaltet. Der Verband wird aus den Gemeinden des bisherigen Freistaates Coburg mit Ausnahme derer des bisherigen Amtes Königsberg in Franken gebildet. Zur Verstärkung seiner Mittel werden ihm die zum Domänenvermögen gehörenden Wertpapiere und Forderungen zu Eigentum überwiesen. Reichen die Einnahmen des Landkrankenhauses zur Deckung der Ausgaben nicht aus, so wird vom bayerischen Staat ein Zuschuß in der Höhe von drei Viertel des Fehlbetrages zugesichert. Dem bayerischen Staat bleibt es unbenommen, die Zuschußleistung durch eine einmalige Abfindungssumme abzulösen. Ihre Höhe ist mit dem Verbande zu vereinbaren. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet auf Antrag des einen oder anderen Teiles der Verwaltungsgerichtshof in München im schiedsgerichtlichen Verfahren. Ohne Zustimmung der Gegenseite kann dieser Antrag nicht vor Ablauf von fünf Jahren, von der Vereinigung an gerechnet, gestellt werden.

V.

Die Sparkassen des Freistaates Coburg werden in der bisherigen Art ihres Geschäftsbetriebes nicht beschränkt. Ohne ihre Zustimmung können auf sie die bayerischen Grundbestimmungen über Sparkassen nicht erstreckt werden.

VI.

Die Vorschriften der Stadt Coburg über das Feuerbestattungswesen bleiben unberührt.

VII.

Zu § 9 Abs. 1 des Staatsvertrages besteht Übereinstimmung, daß die Beamten in solche bayerische Stellen zu übernehmen sind, die ihrem Gehalt, ihrem Dienst-

alter und ihrer Vorbildung entsprechen. Auf ihre bisherige dienstliche Stellung wird Rücksicht genommen. Die für den coburgischen Staatsdienst abgelegten Prüfungen werden den betreffenden bayerischen Prüfungen gleichgeachtet.

VIII.

Die Verlegung eines bayerischen Forstamts nach Königsberg in Franken wird zugesichert.

IX.

Die coburgische Regierung wird dafür sorgen, daß der bayerischen Regierung im Vorstande der Coburger Landesstiftung eine noch näher zu vereinbarende Vertretung eingeräumt wird. Die Staatsaufsicht über die Stiftung wird vom bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus unmittelbar ausgeübt werden. Es besteht Übereinstimmung dahin, daß die Anstellung der Stiftungsbeamten durch dieses Ministerium auf den gutachtlichen Vorschlag des Stiftungsvorstandes hin erfolgt.

X.

Der bayerische Staat tritt hinsichtlich des Landestheaters in Coburg in den zwischen dem Staate Coburg und der Stadtgemeinde Coburg unterm 9. August 1919 geschlossenen Vertrag ein.

XI.

Würde die Neuordnung des Lehrerbildungswesens dazu führen, daß besondere, der Lehrerbildung dienende Schulen noch beibehalten werden, so wird die bayerische Regierung das Lehrerseminar in Coburg der Neuordnung gemäß einrichten.

XII.

Bei der Einführung des bayerischen Notariats sind die coburgischen Notare zu entschädigen, soweit sie nicht in den bayerischen Notariatsdienst übernommen werden.

XIII.

Die coburgische Regierung wird dahin wirken, daß die Auseinandersetzung mit dem Freistaat Gotha und die Lösung der sonstigen Gemeinschaftsverträge, soweit bezüglich einzelner Verträge mit der bayerischen Regierung nichts anderes vereinbart ist oder vereinbart wird, noch vor der Vereinigung Coburgs mit Bayern durchgeführt wird. Soweit hieraus Lasten für die bayerische Staatskasse erwachsen, ist die Zustimmung der bayerischen Regierung erforderlich.

Die mit dem vereinbarten Entwurf übereinstimmend befundenen zwei Ausfertigungen des Vertrages sind hierauf von den Bevollmächtigten unterzeichnet und untersiegelt worden, und es haben die Bevollmächtigten der bayerischen und der coburgischen Regierung je eine Ausfertigung des Vertrages und des Schlußprotokolls entgegengenommen.

München, den 14. Februar 1920.

Hoffmann. Franz Klingler.
Dr. Ernst Müller. Dr. Ernst Fritsch.

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY
NOV 8 1922

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 072926469
UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY
DEC 18 1923